









Politische Correspondenz
Karl Friedrichs von Baden.
1783—1806.

Herausgegeben
von der
Badischen Historischen Commission
bearbeitet
von

B. Erdmannsdörffer und K. Obser.

Fünfter Band.



Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1901.

Politische Correspondenz
Karl Friedrichs von Baden.

1783—1806.

Fünfter Band.

(1804—1806.)

Bearbeitet

von

K. Obser.



Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1901.

Dem Andenken

Bernhard Erdmannsdörffers

gewidmet.



Vorwort.

Widrige Umstände haben die Herausgabe des vorliegenden fünften Bandes der „Politischen Correspondenz", der die äußere Politik des badischen Kurstaates vom Falle Enghien ab bis zur Errichtung des Rheinbundes vor Augen führt, über Erwarten verzögert. Mit seinem Erscheinen erreicht unsere Actensammlung das natürliche Endziel, das ihr nach den Beschlüssen der Historischen Commission von vornherein gesteckt worden ist. Da ich eine Darstellung der Verhandlungen über die Heirath des Kurprinzen anderwärts geben zu dürfen hoffe, habe ich auf Mittheilung der darauf bezüglichen zahl- und umfangreichen Schriftstücke verzichtet, zumal dieselben auch aus anderen Rücksichten und Erwägungen von dem Rahmen der Publikation ausgeschlossen bleiben mußten. Eine Ausnahme hat nur bei den Berichten Thiards stattgefunden, die um des inneren Zusammenhangs willen in ihrer Gesammtheit aufzunehmen waren.

Bei weitem der größte Theil der folgenden Actenstücke entstammt wiederum den reichen Beständen des Karlsruher Archives; eine willkommene Ergänzung der hier gewonnenen Ausbeute bilden die vielfältigen werthvollen Beiträge, welche die Staatsarchive von Berlin, Wien, Paris, Stuttgart und Darmstadt, das Departementsarchiv zu Dijon, sowie das gräflich Rechberg'sche Hausarchiv zu Donzdorf geliefert haben. Von den Berichten des am Karlsruher Hofe beglaubigten russischen Gesandten von Maltitz hat dank dem liberalen Entgegenkommen der kaiserlichen Regierung Herr Dr. W. Buck im Petersburger Archive des Auswärtigen Amtes in meinem Auftrage Abschriften entnehmen dürfen; da sie nach Inhalt und Bedeutung hinter dem übrigen Materiale weitaus zurückstehen, verdienen sie nur in beschränkter Zahl an dieser Stelle Verwerthung.

Die dem Karlsruher Archive in Aussicht gestellte Erwerbung umfassender und, wie es scheint, auch wichtiger Correspondenzen aus der Regierungszeit Karl Friedrichs, die sich bisher im Privatbesitze befunden und der Kenntnis außenstehender Kreise entzogen haben, wird vermuthlich die Ausgabe eines kleinen Nachtragbandes nothwendig machen, der die Publikation in Bälde abschließen soll. Weiteres darüber wird aus dem Berichte über die nächste Plenarversammlung der Badischen Historischen Commission zu ersehen sein.

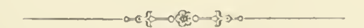
Aufrichtigen Dank schulde ich meinem Freunde, Herrn Legationsrath Dr. Ad. Seyb, sowie Herrn Professor E. Werner für schätzbare Beihilfe beim Lesen der Correctur.

Die Herstellung des Personenverzeichnisses hat Herr Dr. Karl Hölscher, Bibliothekar der Geographischen Anstalt von Justus Perthes in Gotha, freundlichst übernommen.

Schmerzlich bewegt gedenke ich am Schlusse der Vorbemerkungen des trefflichen, unvergeßlichen Mannes, der sich in langen Jahren um diese Publikation hervorragende Verdienste erworben und dessen Name mit ihr immerdar verknüpft bleiben wird. Unerwartet, mitten in rüstigem Schaffen, über neuen Plänen und Entwürfen, ist am 1. März d. J. Herr Geh. Hofrath Dr. Bernhard Erdmannsdörffer vom Tode jählings ereilt und einem an wissenschaftlichen Erfolgen reichen, noch manche reife Frucht verheißenden Dasein allzufrüh ein Ziel gesetzt worden. Von Anbeginn an ist er dem Unternehmen, das mit dem vorliegenden Bande zeitlich seinen Abschluß findet, leitend und berathend zur Seite gestanden; Plan und Anlage des Werkes, dessen Bearbeitung auf Eduard Winkelmanns Anregung ihm anvertraut worden ist, stammen von ihm; die beiden ersten Bände, für die er in Wien und Paris wichtiges Material zusammengetragen, hat er selbst in mustergiltiger Weise herausgegeben, aber auch später, als die Fortführung der großen Actensammlung auf seinen Wunsch in andre Hände gelegt wurde, hat er bis in die letzten Tage seines Lebens ihr Fortschreiten stets mit regem Interesse verfolgt und durch werthvollen Rath bereitwillig gefördert. Seinem Andenken sei, da der schuldige Dank dem Lebenden nicht mehr ausgesprochen werden kann, von dem einstigen Schüler und späteren, in freundschaftlicher Verehrung verbundenen Mitarbeiter dieser Band in Treue gewidmet.

Karlsruhe, im März 1901. Karl Obser.

Inhalt.





Einleitung.

I. Vor dem Ausbruch des dritten Coalitionskrieges. — 1. Ettenheim. März—April 1804. Eine brutale, völkerrechtswidrige Gewaltthat sondergleichen, die in der blutigen Katastrophe von Vincennes ihren erschütternden Abschluß fand, erfüllte im Frühjahr 1804 die Welt mit Entsetzen und Entrüstung. Der Fall Enghien beschäftigte einige Monate hindurch die europäische Diplomatie auf das lebhafteste; unter seinem Zeichen stand vor allem die Politik des Reichsstandes, der wie kein anderer durch den schnöden Rechtsbruch in Mitleidenschaft gezogen wurde, — des badischen Kurstaates.[1]

Seit dem September 1801 hatte der junge Herzog von Enghien zu Ettenheim seinen Wohnsitz aufgeschlagen, unbekümmert um die bedrohliche Nähe der französischen Grenze, des Augenblicks gewärtig, wo er in englische Dienste eintreten könnte; eine tiefe Neigung zu seiner anmutigen Cousine, der bei ihrem Oheim, dem Kardinal, weilenden Prinzessin Charlotte von Rohan-Rochefort[2], hielt ihn dort fest, auch als in der Folge die kleine bischöfliche Residenz mit dem rechtsrheinischen Besitze des Bisthums Straßburg an Baden überging. Karl Friedrich hatte nicht einen Augenblick gezögert, ihm auf Ersuchen, zunächst bis zum Frühjahr 1803, den ferneren Aufenthalt in seinen Landen zu gestatten; kannte und schätzte er doch den wackeren Prinzen, der während der Rheinkampagne der 90er Jahre wiederholt als gern gesehener Gast am Karlsruher Hofe erschienen war und ernstlich daran gedacht hatte, sich um die Hand seiner Enkelin Friederike, der späteren Königin von Schweden, zu bewerben[3], nicht minder, wie die Markgräfin Amalie, die mit dem Herzoge eine regelmäßige Correspondenz unterhielt und aus ihren Sympathieen für ihn keinerlei Hehl machte.[4] Bedenken gegen eine unbegrenzte Verlängerung der

[1] Vergl. im Folgenden Cte Boulay de la Meurthe, Les dernières années du Duc d'Enghien, und H. Welschinger, Le Duc d'Enghien; der erstgenannte Autor plant zur Zeit die Herausgabe einer umfangreichen Actensammlung über die Affaire Enghien.

[2] Welschinger, a. a. O., 222 nimmt ohne nähere Begründung als feststehend an, daß Ende 1802 eine geheime Trauung stattgefunden habe; Boulay de la Meurthe, a. a. O., 10, gibt die Möglichkeit zu, vermißt aber mit Recht genügende Belege für die Annahme.

[3] Welschinger, 33, 93; Crétineau-Joly, Histoire des trois derniers princes de la maison de Condé, II, 197; Schinkel, Minnen ur Sveriges nyare historia, IV, 20 ff.

[4] Vergl. Nr. 38.

Frist schienen in der Folge nicht vorzuliegen. Die französische Regierung, die von Anbeginn durch ihren Geschäftsträger in Karlsruhe von der Anwesenheit Enghiens unterrichtet war, hatte niemals dagegen Einsprache erhoben, auch nicht, als im März 1803 ein offenes Schreiben des Herzogs, worin er sich dem bekannten Proteste Ludwigs XVIII. anschloß, in der Presse die Runde machte; der Prinz selbst hatte im übrigen durch sein Verhalten keinen Anlaß zu Klagen gegeben. Eine ritterliche, kampflustige Natur, sehnte er sich wohl danach, sich im offenen Felde mit dem Gegner zu messen, verabscheute aber von Grund aus alle unehrlichen, verbrecherischen Mittel. Von den hochverrätherischen Anschlägen des Georges Cadoudal, die Ende Februar 1804 enthüllt wurden, hatte er, wie feststeht, keinerlei Kenntniß, geschweige irgend welchen Antheil daran.[1]

Um so unerwarteter für alle kamen die Gewaltmaßregeln, zu denen der erste Consul sich in der zweiten Märzwoche entschloß. Getäuscht durch falsche Berichte geschäftiger Geheimagenten, welche Enghien und die übrigen in Ettenheim und Offenburg ansässigen Emigranten gefährlicher Umtriebe bezichtigten, wähnte Bonaparte, in den beiden Städten den Sitz einer weitverzweigten, mit dem Complotte Cadoudals zusammenhängenden Verschwörung zu entdecken, und beschloß in leidenschaftlicher Aufwallung, durch Talleyrands verhängnißvollen Rath in seinem Vorhaben bestärkt[2], zur Einschüchterung seiner Feinde ein Exempel zu statuiren. Schlag auf Schlag erfolgten seine Weisungen. Am 12. März begehrte Massias im Auftrage der Regierung die Verhaftung und Auslieferung der seit einigen Jahren in Offenburg wohnenden Freifrau von Reich, die der Theilnahme an den neuesten Umtrieben grundlos verdächtigt wurde. Noch ehe der kurf. Geheime Rath sich darüber schlüssig gemacht, traf die Nachricht ein, daß die Festnehmung durch einen französischen Polizeioffizier inzwischen schon stattgefunden habe, die Auslieferung aber, gegen die man staatsrechtliche Bedenken hegte, dringend erwartet werde. Eine Offenburger Meldung vom folgenden Tage stellte fest, daß seit kurzem französische Gensdarmen in Civil sich in auffälliger Weise in Stadt und Umgegend herumtrieben. Wohl auf diese Wahrnehmungen hin scheinen noch in letzter Stunde von Karlsruhe aus heimliche Warnungen an Enghien ergangen zu sein[3], ohne leider die nöthige Beachtung zu finden. Die Vermuthung, daß ein Gewaltstreich geplant sei, wurde nur zu bald zur traurigen Gewißheit. Am 15. März, in aller Frühe, berichtete der wachhabende badische Offizier zu Kehl in fliegender Hast, daß

---

[1] Boulay de la Meurthe, 107 ff.

[2] Welschinger, 416 ff.

[3] Mémoires historiques sur la catastrophe du Duc d'Enghien, 235 (Angabe Dalbergs); Schinkel, a. a. O. IV, 156. Vergl. dazu künftig die Denkwürdigkeiten der Freiin Karoline von Freystedt, die ich im Verlage von C. Winter, Heidelberg, in kurzem herauszugeben gedenke.

in der Nacht eine Abtheilung französischer Truppen, unter dem Befehle des Generals Caulaincourt, mit dem Vorgeben, daß dies mit Wissen und Willen des Kurfürsten geschehe, den Rhein überschritten und die Richtung gegen Offenburg eingeschlagen habe. Als der Kurfürst von Massias Aufklärung darüber verlangte, überreichte dieser statt aller Antwort am Nachmittag ein Schreiben Talleyrands vom 10. März, welches die sofortige Auslieferung eines angeblich in Offenburg bestehenden hochverrätherischen Ausschusses, auf Grund des Lüneviller Friedens aber die Ausweisung aller übrigen im Lande befindlichen Emigranten forderte.[1] Neue Berichte, die in der Nacht einliefen, brachten die Kunde, daß ein weiteres Truppencorps unter Führung des Generals Ordener in Ettenheim eingerückt sei, sich unter Drohungen gegen die Bürgerschaft des Herzogs und seiner Begleiter bemächtigt und mit den Gefangenen dann über den Rhein zurückgezogen habe, während die zu ähnlichem Zwecke nach Offenburg entsandte Abtheilung sich dort ihres Auftrages entledigte. Erst nachdem beide Unternehmungen geglückt waren, ließ Caulaincourt, wie es ihm befohlen war, ein zweites Schreiben Talleyrands, das vom 11. d. M. datirte, nach Karlsruhe abgehen. Die Verhafteten, hieß es darin, hätten sich durch ihre staatsgefährlichen, verbrecherischen Pläne jedes Anspruchs auf den Schutz des Völkerrechts beraubt; mit diesem nichtigen Hinweise bemühte sich der Minister den unerhörten Gewaltakt zu rechtfertigen, der kurfürstlichen Regierung aber machte er es zum schweren Vorwurf, daß sie alle Umtriebe stillschweigend geduldet habe.[2]

Die Aufregung und Bestürzung, die am Karlsruher Hofe bei dem Bekanntwerden der Vorfälle herrschte, läßt sich schwer beschreiben; sie steigerte sich, als wenige Tage später die Kunde eintraf, daß der unglückliche Herzog als Opfer einer feilen, willkürlichen Justiz sein junges Leben in den Festungsgräben von Vincennes geendet. Der greise Kurfürst empfand den Schimpf, den man ihm zugefügt, aufs schmerzlichste. Mitten im Frieden, unter Mißachtung aller völkerrechtlichen Grundsätze, lediglich auf das Recht des Stärkeren pochend, hatte man sein Land zum Schauplatz einer rohen Gewaltthat ausersehen und zugleich das Gastrecht verletzt, das er den seinem Schutz Vertrauenden gewährt. Nicht zufrieden damit, bemühte man sich sogar den Schein zu erwecken, als ob alles mit seiner Einwilligung geschehen sei. Hatten schon die Vorgänge bei der Offenburger Expedition die Absicht deutlich verrathen, so lieferten die Fälschung eines unbequemen, mit dieser Fiction im Widerspruch stehenden Actenstückes und lügenhafte Behauptungen, mit denen Talleyrand und Bona=

[1] Nach Schinkel, Minnen ur Sveriges nyare historia, IV, 158, hätte der König von Schweden auf diese Depesche hin dem Kurfürsten gerathen, mit gewaffneter Hand sich dem Einbruche in seine Lande zu widersetzen; abgesehen von anderen Bedenken, denen eine solche Maßregel begegnen mußte, kam der Rath unter allen Umständen viel zu spät.

[2] Eine Rechtfertigung der Handlungsweise Bonapartes unternimmt neuerdings G. Roloff, Napoleon I., 99 ff., indem er nachzuweisen versucht, daß Enghien als Opfer des Kampfes zweier entgegenstehenden Weltanschauungen gefallen ist.

parte die öffentliche Meinung irre zu führen suchten[1], weitere Belege dafür. Sollte Karl Friedrich, nachdem er die That selbst nicht hatte verhindern können, offen dagegen protestiren und seinen Abscheu darüber aussprechen, wie es unter andern Umständen nahe gelegen wäre? Zweifellos ist unter seinen Räthen diese Frage erwogen worden, aber auch nur, um sofort verneint zu werden. Der Kurfürst war sich der eignen Schwäche dem mächtigen Nachbarn gegenüber nur zu sehr bewußt, er kannte den rachsüchtigen Charakter des ersten Consuls zu gut, um nicht zu wissen, welches Schicksal in dem Falle ihm und seinem Staate gedroht hätte. In der exponirten Lage, in der er sich befand, galt es mit möglichster Vorsicht und Zurückhaltung zu handeln und jede Brüskirung Frankreichs zu vermeiden, ohne andrerseits durch zu weitgehende Nachgiebigkeit die eigene Würde bloszustellen. Es war eine heikle, nicht immer glücklich gelöste Aufgabe für die verantwortlichen Leiter der badischen Politik, die richtige Mittellinie überall zu treffen. Durch das Generaldekret vom 16. März kam man einer Forderung Talleyrands nach und wies sämtliche noch im Lande befindlichen Emigranten an, dasselbe binnen wenigen Tagen zu verlassen, stellte indes ausdrücklich fest, daß das bisherige Verfahren der Regierung in dieser Angelegenheit keinen Tadel verdiene. Unumgänglich nothwendig erschien auch eine Mittheilung des Vorgefallenen in Regensburg: man beschränkte sich jedoch auf eine einfache, von Actenbelegen begleitete Darstellung des Thatbestandes, enthielt sich ängstlich jedes Urtheils und schärfte dem Regensburger Vertreter überdies ein, daß er davon nur mündlichen Gebrauch zu machen habe. Die beiden Antwortschreiben, die Edelsheim an Talleyrand richtete, enthielten bezeichnender Weise kein Wort der Klage über den Friedbruch[2], wohl aber die Versicherung, daß der Kurfürst mit Betrübniß von den ihm bisher unbekannten Umtrieben erfahren und keinerlei Vorwürfe erwartet habe. Zugleich wurde der badische Gesandte in Paris, Freiherr von Dalberg[3], angewiesen, über den Aufenthalt des Herzogs von Enghien näheren Aufschluß zu geben und darzulegen, daß seine Regierung in dieser Sache stets correct verfahren sei. Er wurde in seinen Bemühungen unterstützt durch Massias,

---

[1] Mémoires de Miot de Mélito, II, 153. «Le Margrave, sur ma première réquisition, a consenti que je m'en emparasse.» Die Darstellung Welschingers, a. a. O., 262, 411 ff., der sich diese Aufzeichnungen kritiklos aneignet und behauptet, der Kurfürst habe den Herzog leichten Herzens (facilement) geopfert und im Grunde die Dienste eines Helfershelfers geleistet, ist in diesem, wie in manchen anderen Punkten, durchaus oberflächlich und verkehrt.

[2] Ueber die Gründe vergleiche Nr. 36.

[3] Auch Dalberg ist bekanntlich späterhin in den 1823 erschienenen Denkwürdigkeiten des Duc de Rovigo grundlos der Mitschuld verdächtigt worden und hat sich in Folge dessen veranlaßt gesehen, mit Genehmigung des Staatsministers von Berstett seine auf die Ettenheimer Affaire bezüglichen Depeschen zu seiner Rechtfertigung theilweise zu veröffentlichen. Man kann ihm höchstens, wie dies von Welschinger geschehen ist, einen Vorwurf daraus

der mit anerkennenswerthem Freimuth erklärte, daß das hochgefährliche Offenburger Comité aus einer Gesellschaft sehr harmloser, unbedeutender Menschen bestehe, der General Dumouriez niemals, wie man behauptet, in Ettenheim verweilt habe, und dem Charakter des Herzogs die Theilnahme an der Verschwörung nicht zuzutrauen sei (23. März). Der offiziösen Darstellung, die seinem Hofe eine Mitschuld aufbürdete, suchte Dalberg bei jeder Gelegenheit unter der Hand entgegenzutreten: die Vertreter der näher befreundeten Mächte unterrichtete er durch vertrauliche Mittheilung der Geschichtserzählung von dem wahren Sachverhalt, die ungestümen Frager, die ihn von allen Seiten aus dem Publikum bestürmten, beschied er in gleichem Sinne. Als das Karlsruher Generaldekret mit einer bemerkenswerthen Auslassung im Moniteur erschien, gab er Edelsheim sogar zu erwägen, ob nicht eine Verwahrung gegen diese Entstellung angebracht sei. Die kurf. Regierung wollte indes nichts davon wissen; man war im Stillen froh, daß die Erklärungen des badischen Gesandten Talleyrand befriedigten und der Erste Consul durch Massias den Kurfürsten seines besonderen Schutzes für alle Fälle versichern ließ. Wie rasch zum mindesten Edelsheim den Fall Enghien zu vergessen suchte, beweist der Bescheid, den er ertheilte, als das Gerücht von einer bevorstehenden Werbung Bonapartes um die Hand der Prinzessin Amalie auftauchte und Dalberg deshalb anfragte.[1] Es läßt sich nicht leugnen, daß die Haltung der badischen Politik in der ganzen Frage mitunter eine schwächliche war, daß die Regierung vielleicht auch das Gleiche erreicht hätte, wenn sie etwas mehr Rückgrat gezeigt hätte. Allein man wird doch milder darüber urtheilen, wenn man den Druck der Verhältnisse berücksichtigt und gewahrt, wie weit mächtigere Reichsstände, die in erster Linie eine freiere Sprache zu führen berufen gewesen wären, den Muth dazu nicht fanden.

Wohl war man auch am Berliner Hofe von der Ettenheimer Katastrophe und ihrem blutigen Nachspiel schmerzlich überrascht, aber man legte doch zu hohen Werth auf die Pflege guter Beziehungen zu Frankreich, als daß man sich zu einer Kundgebung der Trauer und Entrüstung entschließen konnte. „Das Beste, was wir bei dem Vorfalle thun können, — schrieb in diesen Tagen Lombard an Hardenberg — ist, keinerlei Lebenszeichen von uns zu geben", und der neue Leiter der preußischen Politik stimmte ihm darin völlig bei.[2]

machen, daß er erst am 20. März über die Vorgänge in Paris Meldung erstattet hat, aber wenn man auch die Gründe, die er zur Entschuldigung aufführt, nicht völlig zu billigen vermag, wird man ihm doch darin unbedingt beistimmen müssen, daß am Abend des 12. März, wo er erstmals von der Mission Caulaincourts dürftige Kenntniß erhielt, die Entsendung eines Kuriers nichts mehr genützt hätte, da der General schon einen Vorsprung von 48 Stunden hatte, und jede Warnung zu spät gekommen wäre. Vergl. Mémoires historiques, 41, 235 ff.; Welschinger, 411.

[1] Vergl. Nr. 39 und 43.

[2] Vergl. P. Bailleu, Preußen und Frankreich, II, 262, sowie neuerdings P. Bailleu, Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise mit Kaiser Alexander I., 52.

Die gleiche Stimmung herrschte in Wien. «Nous sommes à la bouche du canon», meinte Graf Cobenzl, als der russische Botschafter ihm dringend vorstellte, daß zur Wahrung der beleidigten Würde des Reiches etwas geschehen müsse. In ängstlicher Sorge vor einem kriegerischen Conflikte mit der Republik, war er innerlich herzlich froh, daß der badische Gesandte von dem Einfalle keine offizielle Anzeige erstattete: konnte der Kaiser doch, solange diese unterblieb, seines Erachtens die Ettenheimer Affaire ruhig ignoriren.[1]

Auch am Reichstage dasselbe Bild kläglicher Unthätigkeit. Von einigen Aeußerungen des Unwillens abgesehen, die der kaiserliche Commissär von Hügel that, wagte keiner ein offenes Wort, erinnerte sich niemand seiner Pflicht. „Von jeher — ließ sich der Kurerzkanzler beschwichtigend vernehmen — habe Uebermacht sich Gewaltthätigkeiten erlaubt; den Größeren stehe es zu, einer solchen Uebermacht Grenzen zu setzen, die andern müßten geschehen lassen, was sie nicht hindern könnten." So schien der Fall Enghien Ende April auf dem besten Wege in Vergessenheit zu gerathen.[2]

Nur ein unbequemer Mahner erhob laut seine Stimme, ohne freilich viel Beachtung zu finden: König Gustav Adolf von Schweden, der, wie wir uns erinnern, seit September 1803 an dem nahverwandten Karlsruher Hofe verweilte. Die Ettenheimer Gewaltthat, die er durch Warnungen nicht hatte verhüten können, führte zum endgültigen Bruch mit seiner bisherigen Politik. Seine Entrüstung kannte, als er davon erfuhr, keine Grenzen; selbst den ehrwürdigen, greisen Kurfürsten überhäufte er mit Vorwürfen. In einer eigens von ihm diktirten Note, die sein Gesandter in Paris überreichen sollte, protestirte er in den schärfsten Ausdrücken gegen die völkerrechtswidrige Handlung. Wiederholt kam es zwischen ihm und dem französischen Geschäftsträger zu unliebsamen Auftritten, wobei er alle Rücksichten, die er als Gast dem Landesherrn schuldete, bei Seite setzte, so daß Massias sich gezwungen sah, jede Begegnung mit ihm bei Hofe zu vermeiden. Das hielt den wunderlichen Mann freilich nicht davon ab, gleichzeitig einen seiner Adjutanten nach Paris zu schicken und sich vom Ersten Konsul als Zeichen seiner unerschütterlichen Freundschaft die Auslieferung des Testaments des Herzogs von Enghien zu erbitten. Immer mehr trat in krankhaften Symptomen das Leidenschaftliche, Launische und Unberechenbare seines Wesens hervor; nicht nur Massias, auch der österreichische Gesandte, ja selbst die Mitglieder der kurfürstlichen Familie hatten darunter zu leiden. Man konnte es der Karlsruher Regierung nicht verargen, wenn sie unter solchen Umständen das Ende eines Aufenthaltes, der für sie

[1] Wassiltchikow, Les Razoumowski, édition française par A. Brückner, II, 104 ff.; Wertheimer, Geschichte Oesterreichs und Ungarns im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, I, 191; Politische Correspondenz, V, Nr. 50 und 55.

[2] Vergl. zum Folgenden: Schinkel, a. a. O., IV, 158 ff.; 170 ff.; Boulay de la Meurthe, a. a. O., 315 ff.; Polit. Correspondenz, V, Nr. 23, 24, 32, 41, 52.

eine ständige Quelle von Widerwärtigkeiten und für den kleinen Hofhalt mit beträchtlichen Kosten[1] verbunden war, lebhaft herbeisehnte, um so mehr, als sie, wie es scheint, nicht ohne Grund, befürchtete, daß Bonaparte den „Zaunkönig", wie er ihn nannte, eines Tages, seinem blinden Hasse folgend, aufheben lassen könnte, um ihm das Schicksal Enghiens zu bereiten.

2. Der Fall Enghien vor dem Reichstag. Mai — August 1804. So leicht, wie man gehofft, sollte es dem Reichstage doch nicht gemacht werden, die fatale Ettenheimer Affaire todtzuschweigen. An der Newa, wo schon seit geraumer Zeit eine tiefe Mißstimmung gegen Frankreich herrschte, hatte das Attentat eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Der Zar erging sich in den schärfsten Ausdrücken gegen dieses „Gesindel von Räubern und Mördern" («repaire de brigands»), das die französische Regierung bildete, und empfand es als persönlichen Schimpf, daß das Gebiet eines ihm nahe verwandten Fürsten in brutaler Weise verletzt worden war. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Katastrophe beschloß der Staatsrath am 17. April eine Reihe von Kundgebungen, die den völligen Abbruch der diplomatischen Beziehungen voraussehen ließen; einem Antrage Kurakins entsprechend wurde auch in Regensburg eine Demonstration in Aussicht genommen. Demgemäß überreichte der dortige Geschäftsträger von Klüpfell am 6. Mai eine Note, in welcher der Zar gegen die Ettenheimer Gewaltthat entschieden Verwahrung einlegte und die Erwartung aussprach, daß die Reichsstände Frankreich zur Rechenschaft ziehen würden, um die Würde und Ehre des Reiches zu wahren.[2]

Mit sichtlicher Verlegenheit wurde dieser unerwartete Schritt von denen, die er zunächst anging, aufgenommen. Auch in Wien, wo man zuvor schon davon unterrichtet war.[3] Man erkannte hier wohl, daß Rußland zulieb etwas geschehen müsse, war aber entschlossen, mit Rücksicht auf Frankreich nur „mit größter Mäßigung", in verbindlichster Form vorzugehen. Als daher Albini am 14. Mai nothgedrungen von der russischen Note der Reichsversammlung Anzeige erstattete, gab der österreichische Gesandte die Erklärung ab, der Kaiser glaube, daß es keinem Anstande unterliege, wenn Frankreich um eine hinlänglich beruhigende Aufklärung ersucht werde; ähnlich äußerte sich in Folge einer Vereinbarung mit dem Wiener Kabinet der Vertreter Preußens. Dann wurde eine sechswöchentliche Verlaßzeit anberaumt und die Eröffnung des Protokolls auf den 18. Juni festgesetzt.

[1] Sie wurden auf 75 000 fl. berechnet.

[2] Tratchevsky, Frankreich und Rußland im Zeitalter Napoleons I. (Titel russisch). Band II, 547 ff.; Wassiltchikow, Les Razoumowski, II, 2, 109 ff.; Mémoires du Prince Adam Czartoryski, II, 2 ff.

[3] Ueber die Haltung des Wiener Hofes vergl. Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik, 44 ff.; Fournier, Gentz und Cobenzl 95 ff.; Häusser, Deutsche Geschichte, II⁴, 298 ff.

Wie vorauszusehen war, konnte Bonaparte seinen Groll über all' diese Vorgänge, die seine Zirkel störten, nicht verbergen: die Proklamation des Kaiserthums und Abberufung seines Botschafters aus Petersburg waren die nächste Antwort darauf. Der Wiener Hof beeilte sich daher, seinen Zorn nach Kräften zu beschwichtigen. In einer Unterredung mit Talleyrand gab Philipp Cobenzl den nicht mißzuverstehenden Rath, Frankreich möge die zu seiner Klientel zählenden Reichsstände zu einer Erklärung bewegen, durch die der russischen Note die Spitze abgebrochen werde; der Kaiser werde dann seinerseits keine Schwierigkeiten bereiten. Als der Minister darauf einging und Baden in Vorschlag brachte, wiederholte Cobenzl seine Versicherung.[1] Auch Lucchesini, der — nach seiner Behauptung wenigstens — zugegen war, stimmte zu.[2] Am 23. Mai, spät abends, wurde demgemäß Dalberg zu Talleyrand beschieden und mit dem Ansinnen, das man an seine Regierung stellte, bekannt gemacht. Seine Bemühungen, die unerfreuliche Aufgabe einem anderen Reichsstande aufzubürden, waren vergeblich; um so fester bestand er darauf, daß seinem Herrn wenigstens nichts zugemuthet werde, was wider Recht und Billigkeit verstoße und seine Ehre antaste. So entstand am 25. Mai, in einer Berathung mit Talleyrand und Lucchesini, der Entwurf einer Erklärung, nach welcher der Kurfürst, unter einer Verbeugung gegen Rußland, auf Grund erhaltener Aufklärungen den Wunsch aussprechen sollte, es möge den Eröffnungen vom 6. und 14. Mai keinerlei Folge gegeben werden. Selbst Philipp Cobenzl, mit dem Dalberg darüber sprach, meinte, diese Fassung könne Baden nicht kompromittiren.

Am 4. Juni erstattete Edelsheim über die Pariser Vereinbarung in Schwetzingen Vortrag. Die ohnehin prekäre Lage der Karlsruher Regierung war inzwischen um so peinlicher geworden, als eben in diesen Tagen der neuernannte russische Gesandte, Baron von Maltitz, auf seinem Posten eintraf und in einer Note den badischen Hof dringend aufforderte, die Schritte des Zaren am Reichstage zu unterstützen. Aus einer zur vertraulichen Mittheilung an Gemmingen bestimmten geheimen Denkschrift tritt die Verlegenheit, in der sich die kurf. Regierung befand, und nicht minder der Unmuth, mit dem sie die neusten Zumuthungen aufnahm, deutlich hervor. Am liebsten hätte man diese rundweg abgelehnt; jedenfalls aber, darin schien man einig, war der vorliegende Entwurf unannehmbar: wie konnte der Kurfürst behaupten, hinlänglich beruhigende Aufklärungen erhalten zu haben, ohne vor aller Welt Lügen gestraft zu werden und sich dem Verdachte auszusetzen, als sei in der That Alles mit seinem Wissen und Willen geschehen? Man änderte daher den Entwurf entsprechend ab, so daß von keinerlei Aufklärungen die Rede war

---

[1] Vergl. Nr. 66.

[2] Ueber das Verhalten der preußischen Regierung vergl. die Bemerkung bei H. Ulmann, russisch-preußische Politik unter Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. bis 1806, 125.

und lediglich dem Wunsche Ausdruck verliehen wurde, es möchten etwaige üble Folgen, die sich aus dem Ettenheimer Ereigniß ergeben und die Ruhe des Reiches gefährden könnten, in Zeiten beseitigt werden. Mit Zuversicht rechnete man darauf, daß Oesterreich und Preußen diese Formulirung ohne Zögern acceptiren würden. Um so mehr war man überrascht, als dieselbe, wesentlich auf Betreiben Hügels, in Regensburg beanstandet wurde, da das Wiener Kabinet nach wie vor von Frankreich selbst befriedigende Auskunft begehren müsse, und Graf Görtz sich in Folge dessen neue Weisungen erbat.

Noch schlimmer kam man in Paris weg. Napoleon gerieth in Wuth, als er erfuhr, daß der Karlsruher Entwurf den Abmachungen vom 25. Mai nicht entspreche. Der Kurfürst, drohte er, habe die Wahl zwischen Frankreich und Rußland; länger lasse er sich nicht foppen. Talleyrand warf der badischen Regierung Zweideutigkeit und Undankbarkeit vor und forderte in einem Ton, der keine Einwendungen duldete, unverzüglich eine zufriedenstellende Erklärung, die den ausdrücklichen Wunsch enthalte, daß der russischen Note keine Folge gegeben werde. „Das Messer", meinte Dalberg, „sitzt uns an der Kehle!" Es blieb nichts übrig, als dem Zwange sich zu fügen. Am 27. Juni ermächtigte Edelsheim den Grafen Görtz, in der nächsten Sitzung eine Erklärung zu verlesen, die in allen Punkten die französischen Forderungen erfüllte; am 2. Juli entledigte sich dieser seines Auftrages.

Allein noch war man damit nicht am Ende; es begann vielmehr am Reichstage ein unerquickliches Spiel, bei dem die beiden deutschen Großmächte, wiewohl im Stillen einig in dem Wunsche, die „ärgerliche Geschichte" möglichst bald aus der Welt geschafft zu sehen,[1] wechselseitig sich vorzuschieben suchten. Da Hügel sich weigerte, die Zustimmung seines Hofes sofort auszusprechen, hielt auch Görtz als Vertreter Preußens damit zurück und gab nur der Erwartung Ausdruck, daß der König dem badischen Votum seinen Beifall nicht versagen werde. Ähnlich, nur unbestimmter, äußerte sich vorläufig Hügel. Die peinliche Enttäuschung, mit der man in Karlsruhe diese klägliche, mit früheren Versicherungen wenig vereinbare Taktik wahrnahm, wuchs, als am 13. Juli endlich die angekündigte österreichische Erklärung erfolgte, unter einigen Verklausulirungen aber im Wesentlichen wiederum den alten Standpunkt vom 13. Mai wahrte, allerdings ohne einen bestimmten Antrag zu stellen. Das Ganze war freilich nur eine Komödie, darauf berechnet, den Schein der Unabhängigkeit zu wahren, alles Gehässige auf Preußen abzuladen und in Petersburg einen günstigen Eindruck zu erwecken. Wie wenig der Wiener Hof gewillt war, die Sache weiter zu verfolgen, trat gar bald zu Tage:

[1] «Il est fort à désirer que celles [scil. instructions] que Vous recevrez soient propres à assoupir l'affaire épineuse et délicate dont il s'agit.» Weisung des Königs an Görtz, Berlin, 29. Juni 1804. Vergl. dazu Häusser, Deutsche Geschichte, 2⁴, 499 Anm.

während Cobenzl in Paris versichern ließ, man werde sich jeder Beeinflussung der Reichsstände entschlagen und Frankreich freies Spiel am Reichstag lassen, verkündete Hügel in Regensburg offen, daß der Kaiser eine Eröffnung des Protokolls weder wünsche, noch veranlassen werde. Die übrigen Reichsstände dachten natürlich noch weniger daran, ihrerseits irgendwie vorzugehen. Ihre Vertreter blieben bis Mitte Juli ohne jede Instruktion; alle, schrieb Görtz, „haben die Ueberzeugung, daß keine kommen wird, viele die Gewißheit, daß sie keine erhalten werden". Bei dieser Stimmung war das Endresultat vorauszusehen, auch ein neuer Zwischenfall konnte daran nichts mehr ändern. Am 20. Juli begehrte nämlich der hannöversche Gesandte, aller Gegenvorstellungen ungeachtet, die Eröffnung des Protokolls und stellte den Antrag, es möge durch Reichsgutachten der Kaiser ersucht werden, von Frankreich eine angemessene, genugthuende Erklärung zu fordern; ein paar Tage später schloß sich Schweden dem Votum an. Allein die kühne Sprache behagte den Andern wenig und man beeilte sich, mit Hilfe der Kniffe und Auskunftsmittel, welche die Regensburger Geschäftsordnung an die Hand gab, den unliebsamen Schritt nach Kräften unschädlich zu machen. Um aber aus allen Nöthen und Schwierigkeiten zu kommen, wußte man schließlich keinen besseren Ausweg, als den Boden, der unter den Füßen bereits etwas heiß zu werden anfing, für einige Zeit zu verlassen. Als einer der ersten gab Görtz das Beispiel dazu, indem er am 22. Juli abreiste; die Mehrzahl der übrigen Gesandten folgte ihm, so daß, noch ehe Ende August die officiellen Reichstagsferien begannen, ein völliger Stillstand der Geschäfte eintrat. Damit war der Fall Enghien endgiltig begraben, freilich auf eine Weise, die der Würde des Reiches wenig entsprach und seine Ohnmacht und Erbärmlichkeit vor aller Welt aufs deutlichste kennzeichnete.

Nirgends begrüßte man diese Lösung wohl mehr, als in Karlsruhe; man hatte hier um so mehr Grund, erleichtert aufzuathmen, als man in eben diesen Tagen aus einer Kundgebung des Petersburger Kabinets zwar ersah, daß der Zar über die Regensburger Erklärung sein Mißfallen bezeuge, zugleich aber die tröstliche Versicherung entnahm, daß die Schwierigkeit der Lage an der Newa vollauf gewürdigt und es als selbstverständlich betrachtet werde, daß der Kurfürst bei einem französisch-russischen Conflikte auch künftig seiner exponirten Stellung Rechnung trage.

---

3. Mainz und Paris. August—Dezember 1804. Nach allem, was in den letzten Monaten vorangegangen war, bedeutete der Triumphzug, den der neue Kaiser der Franzosen unter Entfaltung alles erdenklichen Prunks im September 1804 nach dem Rhein unternahm, bedeuteten die Huldigungen, die er sich als der Erbe Karls des Großen inmitten alter deutscher Kernlande, in der Kaiserpfalz zu Aachen und den ehrwürdigen Bischofsstädten am Rhein,

von allen Seiten erweisen ließ, eine erneute schwere Demütigung für das Reich. Bei den Einladungen zu der glanzvollen Heerschau, die Napoleon in Mainz über seine deutschen Schützlinge abzuhalten gedachte, wurde auch Karl Friedrich nicht vergessen; ein Schreiben Talleyrands gab Ende August der Erwartung Ausdruck, daß der Kurfürst nicht verfehlen werde, bei diesem Anlaß dem neuen Kaiser persönlich für die ihm bisher bewiesene Gunst zu danken.

Noch haftete das Gedenken an die Ettenheimer Gewaltthat zu frisch in der Erinnerung, als daß man es dem greisen Fürsten hätte verdenken dürfen, wenn er gleich andern seiner Standesgenossen die Zumuthung abgelehnt hätte; sein hohes Alter wäre Vorwand genug gewesen. Es fehlte auch nicht an Stimmen, die dazu riethen; Dalberg selbst hielt eine Vertretung durch den Kurprinzen für genügend, die Markgräfin Amalie theilte seine Ansicht, der Kurfürst von Hessen-Kassel bestärkte ihn darin. Allein die Einflüsterungen des Markgrafen Ludwig, dessen unheilvoller Einfluß auf die badische Politik in dieser Zeit immer mehr hervortritt, und das Zureden Edelsheims scheinen Karl Friedrich schließlich bestimmt zu haben, dem Rufe zu folgen; gewisse Rücksichten der Erkenntlichkeit, sowie die Hoffnung auf weitere politische Vortheile mögen dabei mitgewirkt haben, ganz abgesehen davon, daß die Einladung als eine besondere Auszeichnung empfunden wurde.[1]

So machte sich Karl Friedrich, in Begleitung seiner Gemahlin, des Kurprinzen und des Markgrafen Ludwig mit kleinem Gefolge auf den Weg, um am 22. Sept. in Mainz einzutreffen, wo er den Kurerzkanzler schon vorfand. Ueber seinen Aufenthalt daselbst, der bis zum 2. Oktober währte, und die rauschenden, prunkvollen Festlichkeiten dieser Mainzer Fürstenversammlung hat einer seiner Begleiter, der Geh. Cabinetsreferendär Friedr. Aug. Wielandt, interessante Aufzeichnungen hinterlassen, die ich an anderer Stelle unlängst veröffentlicht habe.[2] Man erkennt daraus, daß Napoleon mit Beweisen seiner Huld und seines Wohlwollens nicht gekargt hat und sichtlich bemüht war, seine Gäste zu ehren; nur das eine wurde übel vermerkt, daß er, was selbst die römischen Kaiser deutscher Nation niemals versäumt, den Besuch der Kurfürsten unerwidert ließ.[3] Auch die Politik wurde über all' dem Gepränge und Ceremoniell dieser Tage nicht ganz vergessen. Neben der Frage eines Reichsconcordates, in welcher der Kurerzkanzler die französische Vermittelung anzurufen gedachte, gelangte vor allem das Projekt eines deutschen Fürstenbundes zur

[1] „Man findet sich hier übrigens sehr geschmeichelt, daß der Kurfürst vom Kaiser eine Art von Einladung erhalten, und verspricht sich nicht wenig von dieser Entrevue." Schall an den Grafen Cobenzl, 19. Sept. (Wien. St.-Archiv). Vergl. dazu Edelsheims Bemerkungen S. 132.

[2] Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, N. F. XIV, 607 ff.; nachträglich sei hier noch zur Ergänzung der dort angeführten Litteratur auf A. Chuquet, Jeunesse de Napoléon, III, 177 verwiesen.

[3] Schall an Cobenzl, 4. Okt. 1804 (Wien. St.-Archiv); unten Nr. 147.

Erörterung, der unter dem Protektorate von Frankreich und Rußland und unter der militärischen Führung von Hessen-Kassel eine Anzahl deutscher Reichsstände in sich vereinigen und gegen jede Vergewaltigung durch Oesterreich und Preußen schützen sollte. Durch Entsendung des Markgrafen Ludwig nach Petersburg hoffte man den Zaren dafür zu gewinnen. Ueber die Stellung, welche Karl Friedrich und seine politischen Berather dem Plane gegenüber in Mainz eingenommen, sind wir nicht unterrichtet. Man gewinnt indeß, wenn man die Karlsruher Correspondenz der folgenden Monate zu Rathe zieht, den Eindruck, daß der Kurfürst und seine Regierung der Unionsidee durchaus kühl und skeptisch gegenüberstanden und entschlossen waren, Bestrebungen, die, wie der badische Dalberg treffend bemerkte, nur zu leicht eine der beabsichtigten total entgegengesetzte Wirkung erzielen konnten, in keinerlei Weise zu fördern, sondern alles Weitere dem Kurerzkanzler und Hessen-Kassel zu überlassen und das Ergebniß abzuwarten. An der Zurückhaltung des französischen Hofes, der die Angelegenheit dilatorisch behandelte und Preußen nicht vor den Kopf stoßen wollte, sowie an der Aussichtslosigkeit, das Petersburger Cabinet dafür zu interessiren, ist das Projekt, das auch im Reiche nur geringen Sympathieen begegnete, schließlich gescheitert; im Februar 1805 erging von Kassel aus an Malsburg die Weisung, die Sache „ganz fallen zu lassen".[1]

Ungleich mehr beschäftigten den Kurfürsten einige andere Fragen, die er dem Kaiser vorzutragen Gelegenheit fand. Sein sehnlicher Wunsch, den Söhnen aus zweiter Ehe das Recht der Erbfolge zu sichern, fand ermunternde Aufnahme: Napoleon versprach auf das bestimmteste, denselben in Wien zu unterstützen und auf Verlangen unverweilt zu dem Ende einen Kurier dahin zu entsenden.[2] Auch die Eventualität einer Gebietserweiterung bei einer Neuordnung der deutschen Angelegenheiten wurde ins Auge gefaßt; der Kaiser bezeichnete es als einen Fehler, daß man den Breisgau und die Ortenau in Oesterreichs Händen gelassen habe, und meinte, man müsse ihn bei der ersten schicklichen Gelegenheit wieder gut machen, indem man diese Landestheile Baden überweise.

Man trennte sich in Mainz nicht, ohne eine erneute Begegnung in Paris zu vereinbaren; durch die Theilnahme des Kurerzkanzlers und der badischen Fürsten an den geplanten Krönungsfestlichkeiten hoffte Napoleon den letztern erhöhten Glanz zu verleihen. Karl Friedrich selbst lehnte für seine Person aus Altersrücksichten ab und dachte zunächst nur daran, sich durch den Markgrafen Ludwig vertreten zu lassen, der ungeduldig schon längst diese Ehre erstrebte; erst auf wiederholte Mahnung Talleyrands ent-

---

[1] Undatirtes Concept (Mitte Februar). St.-Archiv Marburg.

[2] „Hauptmomente betr. die Successionsfähigkeitserklärung der männlichen Nachkommenschaft zweiter Ehe Sr. Kgl. Hoheit." Karlsruhe, 26. Nov. 1806.

schloß er sich, dem Zureden seines Sohnes folgend, trotz Dalbergs Gegenvorstellungen, auch den Kurprinzen nach Paris zu entsenden, schweren Herzens und widerwillig, wie auch der Enkel sich dem Gebote fügte.[1]

Ende November traten die Prinzen die Reise an, von der sie erst nach Monatsfrist heimkehrten. Der Empfang, den sie an der Seine fanden, ließ äußerlich nichts zu wünschen übrig; der Kaiser zeichnete sie bei jeder Gelegenheit aus,[2] auch der Papst, der zur Krönung gekommen war, nahm sie freundlich auf und rühmte bei diesem Anlaß, wie späterhin, die humane, tolerante Gesinnung des Kurfürsten und die befriedigende Regelung der katholischen Angelegenheiten in Baden, die andern Reichsständen als Vorbild dienen könne.[3] Gleichwohl erwies sich der politische Gewinn, der sich aus dem Pariser Aufenthalt ergab, verhältnißmäßig als höchst bescheiden. In einer Denkschrift, die den Prinzen als Instruktion diente, hatte Reitzenstein, der seit September wieder aus dem Süden zurückgekehrt war, ohne indeß eine amtliche Stellung zu übernehmen, eingehend den Werth und die Bedeutung einer Erwerbung des Breisgaus und der Ortenau erörtert, allein es bot sich kein Anlaß, näher darauf einzugehen, und man mußte sich mit einer Wiederholung der Zusicherungen, die Napoleon in Mainz gegeben, begnügen. Auch in der Erbfolgefrage kam man nicht viel weiter. Zwar überreichte Prinz Ludwig, auf Wunsch Napoleons, eine, wie es scheint, von dem alten Pfeffel redigirte Note, in welcher die beiden Wege, auf welchen der Kurfürst an das ersehnte Ziel zu gelangen hoffte, näher bezeichnet wurden: sei es, daß der römische Kaiser als oberster Lehensherr des Reiches das Successionsrecht der Grafen Hochberg öffentlich anerkannte, sei es, daß Frankreich ihre Ansprüche, ähnlich wie es im Teschener Frieden geschehen war, durch Einverleibung in eine Staatsakte von völkerrechtlicher Bedeutung garantirte. Allein Dalberg versprach sich von diesen Bemühungen von vornherein wenig Erfolg, da Oesterreich zur Zeit schwerlich etwas unternehmen würde, was Rußland verletzen könnte, und die Randbemerkung, durch welche Napoleon Laforest anwies, zunächst die Stimmung in Berlin darüber zu sondiren,[4] zeigt wie vor-

[1] Vergl. Nr. 120, 156, 157, 163, 200.

[2] Ueber den Kurprinzen bemerkte er, «que le Prince Charles avait sans doute encore bien des connaissances à acquérir, mais qu'on devait être certain qu'il aurait beaucoup de tact et que sous tous les rapports sa conduite était irréprochable». Edelsheim an Gemmingen, 4. Jan. 1805. Vergl. auch Rémusat, Mémoires II, 81, wo übrigens Prinz Ludwig mit seinem Neffen verwechselt wird. Die Behauptung Kleinschmidts, Karl Friedrich, 124, schon damals habe sich zwischen Napoleon und dem Prinzen Ludwig eine gewisse Entfremdung gezeigt, entbehrt jeder Begründung.

[3] Vergl. Nr. 164, 170, 223.

[4] Vergl. S. 157 Anm. 2; auch Boulay de la Meurthe, 155, theilt den Vermerk mit, bezeichnet ihn aber irrthümlich als «inédit». In Wahrheit findet er sich, allerdings unter dem falschen Datum des 24. März 1805, in der Correspondance de Napoléon,

sichtig auch er die Sache zu behandeln bemüht war. Eine Entscheidung ist vorerst nicht erfolgt; wir werden später auf den weiteren Verlauf der Dinge zurückzukommen haben.

Noch weniger Glück hatte man mit anderen Anliegen, die Markgraf Ludwig vorbringen sollte. Mathieu, der einst bei dem Regensburger Handel gegen klingende Münze sich gefällig gezeigt und auch jetzt wieder um Rath angegangen wurde, hielt den Augenblick für schlecht gewählt, um in der leidigen Sequester- und der verwickelten Pfälzer Schuldangelegenheit von Frankreich etwas zu erreichen, und vertröstete auf das Frühjahr, wo auf einem zweiten Mediationskongresse mit anderen schwebenden Streitfragen auch diese gelöst würde. Selbst die Zusicherung erheblicher materieller Vortheile verfing diesmal nicht; man sah im Pariser Auswärtigen Amte, in Folge unliebsamer Enthüllungen in jüngster Zeit, den Beamten etwas strenger auf die Finger.

---

4. Beziehungen zu Oesterreich und zum Reiche bis zum Ausbruch des Krieges. Mai 1804 — Juli 1805. Die Erhebung Badens zum Kurstaate bedingte auch mehrfache Neuerungen und Aenderungen in der Pflege seiner diplomatischen Beziehungen zu dem Reichsoberhaupte und dem übrigen Reich, auf die wir hier zunächst einen Blick zu werfen haben. Wie Rußland durch Errichtung einer ständigen Gesandtschaft am badischen Hofe dem Kurfürsten eine besondere Aufmerksamkeit erweisen zu sollen glaubte, hielt auch Kaiser Franz II. es für angebracht, einen eigenen Vertreter in Karlsruhe zu beglaubigen. Seine Wahl fiel auf den früheren kurkölnischen Hofmarschall Freiherrn Clemens August von Schall, einen tüchtigen Diplomaten von verbindlichen Formen, der sich rasch die Sympathien der Hofkreise erwarb und gleich seinem russischen Collegen in der Markgräfin Amalie, eine mächtige Gönnerin fand, der er wichtige, vertrauliche Informationen wiederholt verdankte: seine Berichte, die sich durch kluge Beobachtung und wohlwollende Beurtheilung der badischen Verhältnisse auszeichnen und der wachsenden Verschlimmerung der Finanzlage des Landes besondere Beachtung widmen, werden im Folgenden als eine höchst schätzbare Quelle öfters herangezogen werden.

Etwas später vollzog sich in der Besetzung des Regensburger Gesandtschaftspostens der längst erwartete Wechsel; die Behandlung des Falles Enghien hatte die Nothwendigkeit desselben von neuem dringend erwiesen und dargethan, daß die Vertretung zweier Kurstaaten, deren Interessen in jüngster Zeit so häufig collidirten, nicht länger denselben Händen anvertraut bleiben dürfe.

(Octavausgabe) 10, 260 (Nr. 8475). Kleinschmidt, a. a. O. 175 ff., bezieht die betr. Entscheidung fälschlich auf Verhandlungen über eine Offensivallianz.

So wurde denn im Dezember 1804 Graf Görtz von der Stellung, die er anderthalb Jahrzehnte hindurch bekleidet hatte, unter huldvoller Anerkennung seiner Dienste und Belassung seines vollen Gehalts als Pension enthoben und durch den ehemaligen brandenburg-ansbach'schen Minister und späteren württembergischen Comitialgesandten Geh. Rath Freiherrn Christoph Albrecht von Seckendorff[1] ersetzt, nachdem man sich zuvor vergewissert, daß die Ernennung desselben in Wien nicht beanstandet werde.

Unentschieden blieb auch in dem Zeitabschnitte, mit dem wir es hier zu thun haben, nach wie vor die leidige Sequester-Angelegenheit, von deren Bedeutung und Verlauf im letzten Bande näher die Rede war. Die Einladung zu neuen Verhandlungen mit dem österreichischen Regierungsrath von Steinherr fiel in Karlsruhe, wo man sich auf ein die Aufhebung der Maßregel zusicherndes Versprechen Cobenzls berief, keineswegs auf günstigen Boden; da man badischerseits die Anerkennung des Heimfallrechtes, die als Vorbedingung jedes Zugeständnisses gefordert wurde, ablehnte und nicht mit Steinherr, sondern unter russischer Vermittelung in Wien mit Cobenzl direkt über die „Ausmittelung wechselseitiger Convenienzen" zu verhandeln wünschte, der Wiener Hof sich dessen aber beharrlich weigerte, rückte die Streitfrage auch in der Folge ihrer Lösung nicht näher.

Von diesem Differenzpunkte abgesehen waren Dank den Bemühungen Gemmingens die Beziehungen zu Oesterreich durchaus freundliche. Freilich war das Bild, das er von den Zuständen in dem Donaureiche entwarf, wie wir aus seinen Berichten ersehen, kein rosiges, und mit Sorge vernahm er die Proklamation des Erbkaiserthums, die seines Erachtens die Auflösung des alten Reichsverbandes herbeiführen mußte und, wie man in Karlsruhe es offen aussprach, einen Schritt weiter zu der Souveränitätserklärung der Kurfürsten bedeutete.

Am Reichstage herrschte in Folge des unglücklichen Streites um die

[1] Seckendorff war am 12. Juni 1748 geboren; ursprünglich als Minister, Kammer- und Landschaftspräsident in ansbachischen Diensten, wurde er im April 1788 unter Verleihung des Rangs eines wirklichen adeligen Geheimen Raths zum herzoglich württembergischen Comitialgesandten ernannt und verblieb in dieser Stellung, trotzdem die Freimüthigkeit seines Urtheils und seine in den 90er Jahren mehrfach hervortretende antiösterreichische Gesinnung in Stuttgart oft unliebsam berührten, bis zum Sept. 1803, um sich dann auf seine fränkischen Besitzungen zurückzuziehen. Die Funktionen eines badischen Comitialgesandten versah er bis zum Ende des alten Reichs; im Mai 1806 wurde er, wie wir sehen werden, vorübergehend mit der Leitung des Finanzministeriums betraut, verzichtete aber darauf, da er bei der Durchführung seiner Reformen in der Umgebung des Kurfürsten auf Schwierigkeiten stieß, und ging im Nov. 1806 als Gesandter nach Frankfurt an den Hof des Fürsten Primas. Im Febr. 1814 wurde er von Großherzog Karl dieser Stellung enthoben und als Staats- und Finanzminister nach Karlsruhe berufen, nahm aber schon im Mai des folgenden Jahres, da eine höchste Entschließung auf seine Reorganisationsvorschläge nicht erfolgte, seine Entlassung und lebte fortan auf seinen Besitzungen in Franken. Er starb hochbetagt am 4. Sept. 1834.

Virilstimmen völlige Geschäftsstille, die nur durch den Fall Enghien vorübergehend unterbrochen wurde. Von all den wichtigen und großen Aufgaben, welche die Reichsdeputation dieser Körperschaft zur Erledigung hinterlassen hatte, wurde keine in Angriff genommen, geschweige bewältigt. Eine Zeitlang schien es als ob wenigstens die bedeutsame Frage der Neugestaltung der katholischen Kirche, die nach dem Scheitern der Wiener Conferenzen von dem Kurerzkanzler wieder aufgenommen wurde, noch vor ihr Forum gelangen sollte. Ende Oktober 1804 vereinbarte Dalberg mit dem Münchener Nuntius Genga in Regensburg den Entwurf eines Reichskonkordats, der auch dem Grafen Görtz zur Einsicht mitgetheilt wurde und nach Dalbergs eigener Versicherung den landesherrlichen Interessen möglichst gerecht zu werden suchte, ohne doch „zu sehr gegen die Grundsätze der katholischen Religion und des päpstlichen Hofes zu verstoßen“. In Karlsruhe, wo man von Anfang an eine Neuordnung der Diöcesanverhältnisse durch ein Separatabkommen mit der Kurie vorgezogen hätte, bedauerte man mit Württemberg, daß die Landesherrn zu den Vorberathungen nicht herangezogen und dadurch in die Lage versetzt worden seien, nachtheilige Bestimmungen rechtzeitig zu verhindern, und hielt eine gemeinsame Stellungnahme der evangelischen Reichsstände dem Entwurfe gegenüber, sobald derselbe bekannt gegeben werde, für unerläßlich. Soweit kam es indeß nicht. Die Hoffnung Dalberg's, während seines Aufenthaltes in Paris auf dem Wege persönlicher Verständigung mit dem Papst zum Abschluß zu gelangen, zerschlug sich, wiewohl nach den uns vorliegenden Berichten der Kaiser sich für den Plan interessirte und selbst Pius VII. anfänglich guten Willen zeigte. Es war eine jener Selbsttäuschungen, wie sie bei ihm nicht selten begegnen, wenn er auf der Heimreise in Karlsruhe verkündete, die Grundlagen seines Projekts seien gesichert. Wenige Monate später schon meldete Seckendorff, daß es von der Materie „wieder ganz stille“ geworden sei; die Erhebung des Regensburger Bisthums zum Metropolitansitze für das gesammte Reich, mit Ausschluß von Oesterreich und Preußen, war schließlich der ganze Gewinn, den der Kurerzkanzler von seinen Bemühungen davontrug.[1]

Wir haben im vorigen Bande gesehen, zu welch' kläglicher Unthätigkeit sich die vom Kaiser zur Wahrung der Rechte der Reichsritterschaft eingesetzte Conservatorialcommission in Folge der gebieterischen Einsprache Frankreichs verurtheilt sah. Auch in dem Zeitraum, der uns hier beschäftigt, ist es damit nicht besser geworden. An einer wohlgemeinten Mahnung fehlte es allerdings nicht. Ein Excitatorium des Wiener Reichshofrathes schreckte im März 1805 die Regensburger Subdelegation unverhofft aus ihrem Stillleben

[1] Vergl. Nr. 164, 168, 175 und 176; Sicherer, Staat und Kirche in Bayern, 87 ff.; v. Beaulieu-Marconnay, Karl von Dalberg, I, 34 ff.; Frantz, das Projekt eines Reichsconcordats und die Wiener Conferenzen von 1804, 213.

auf, indem es die Conservatorialstände anwies, die „noch zur Zeit" unvollendete Wiedereinsetzung der Reichsritterschaft in den Status quo durch geeignete Maßregeln zu beschleunigen und binnen zwei Monaten über den Erfolg zu berichten. Nähere Erkundigungen ergaben, welch' gerechten Grund die Ritterschaft noch allenthalben zu Beschwerden hatte. Man wünschte daher auch in Karlsruhe, daß die beklagten Reichsstände mit möglichstem Glimpf zum Gehorsam aufgefordert würden, zumal man nach den Versicherungen Cobenzls und anderweitigen Anzeichen annehmen zu dürfen glaubte, daß Frankreich seine Haltung in der Frage geändert habe. So erging denn in diesem Sinne am 1. Juni ein Beschluß der Regensburger Subdelegation. Um so unliebsamer war die Ueberraschung, als bald darauf eine neue Note Talleyrands am badischen Hofe einlief, welche jede Berechtigung zu einem Einschreiten der Conservatoren ableugnete und kategorisch verlangte, daß dem Excitatorium keinerlei Folge gegeben werde.

Das war denn auch, wie voraus zu sehen war, das Endergebniß. Gewalt ging wieder einmal vor Recht; die Regensburger Commission ließ, ohne daß eine formelle Auflösung stattfand, weiterhin nichts mehr von sich hören, und alles blieb zunächst beim Alten, bis einige Monate später der Krieg gegen Oesterreich ausbrach und ein Machtwort Napoleons den kleinen reichsritterschaftlichen Existenzen für immer ein Ziel setzte. Eine bittere Ironie des Schicksals fügte es dabei, daß gerade einer der Reichsstände, die ehedem zu Beschützern und Schirmern der Körperschaft bestellt worden waren, Kurbaden, durch das Beispiel der Nachbarn gezwungen, zur Wahrung eigener Interessen, an den Gewaltmaßregeln gegen seine Schutzbefohlenen, wenn auch in schonendster Weise sich betheiligte.[1]

---

5. Kreisausschreibeamt und Kreistag. Juni 1804 — September 1805. Gleich unerfreulich und verworren, wie die Zustände im Reichstag, war auch das Bild, das im Kleinen der schwäbische Kreis bot, an dessen Spitze neben Württemberg seit Jahresfrist Kurbaden getreten war: auch hier vergaß man über kleinlichem Gezänke die wichtigsten Aufgaben, die ihrer Lösung harrten; wie dort der Streit um die Virilstimmen hemmte hier der Zwist über die Fortdauer der reichsstädtischen Stimmen jede Thätigkeit und erstickte alle Versuche einer Neubelebung des Kreiswesens in ihren Keimen. Durch den Wegfall der Prälaten- und Städtebank in Folge des Deputationsprozesses war eine Neueintheilung der Kreisstände nothwendig geworden. Gelegentlich der Heilbronner Conferenz, auf der sich Baden und Württemberg als Inhaber des Kreisausschreibeamtes im Juli 1804 über den Entwurf eines dem Kreise zu unterbreitenden Reorganisationsplanes zu verständigen suchten, trat nun der Stutt-

[1] Vergl. 431.

garter Hof zum erstenmal mit dem Ansinnen hervor, daß die Stimmen nicht nur der säcularisirten Stifter, sondern auch der mediatisirten Reichsstädte von den derzeitigen Besitzern der Territorien künftig fortgeführt werden sollten. So sehr die badische Regierung geneigt war, dem Plane im großen und ganzen beizupflichten, so wenig vermochte sie sich von der Berechtigung dieser letzten Forderung zu überzeugen, die sie mit guten Gründen als staatsrechtlich unzulässig und politisch bedenklich bezeichnete; nur um des lieben Friedens willen, um nicht das ganze Reformwerk von vornherein zu gefährden, bequemte sie sich schließlich zu dem Zugeständniß, daß sie sich fügen werde, wenn auch Bayern, wie dies später der Fall war, auf Württembergs Seite treten sollte.

Es stand zu erwarten, daß Oesterreich den württembergischen Vorschlägen, die seinen Einfluß im schwäbischem Kreise weiter zurückgedrängt und den rivalisirenden Bestrebungen Preußens auch in dieser alten Domäne des Hauses Habsburg Thür und Thor geöffnet hätten, niemals seine Zustimmung ertheilen würde.[1] Wesentlich im Hinblick auf diese Gefahr verzichtete das Wiener Kabinet darauf, Baden die Ausübung seines Kreisausschreibeamts zu erschweren, indem es sich bis zur endgültigen Bestätigung durch das Reich zu einer vorläufigen Anerkennung der neuen Kreiswürde entschloß und mit gewissen Garantien hinsichtlich der Religionsparität begnügte, in der Hoffnung, den Kurfürsten dadurch für seine Kreispolitik zu gewinnen. Ebensowenig aber wie Oesterreich waren all' die kleinen Fürsten und Grafen, die seinen Anhang im Kreise bildeten, geneigt, den württembergischen Anträgen zu willfahren; mit Recht machten sie von ihrem Standpunkt aus geltend, daß die drei Kurhöfe durch den Zuwachs von 25 reichsstädtischen Stimmen ein solches Uebergewicht erhielten, daß auf alle Plenarberathungen künftig füglich verzichtet werden könnte. Eine lebhafte Gegenagitation in Wort und Schrift begann, das Vorspiel zu den stürmischen Auftritten, die bei Eröffnung des engern und allgemeinen Kreiskonventes zu Eßlingen im November d. J. folgten. Mit Heftigkeit platzten bei diesen Verhandlungen, auf die wir hier nicht näher eingehen können, die Geister auf einander: auf der einen Seite Württemberg, von Bayern unterstützt, unter Drohungen zäh und eigensinnig auf seiner Forderung beharrend, auf der anderen sämmtliche kleinen Kreisstände unter Oesterreichs Führung in geschlossener Front diese Forderung aufs leidenschaftlichste bekämpfend, — zwischen beiden Theilen Baden, durch das Gefühl einer gewissen Solidarität mit den übrigen Kurhöfen verbunden, der eigenen bessern Ueberzeugung nach im Lager ihrer Gegner, mit redlichem Willen, doch erfolglos bestrebt, die undankbare Rolle des Vermittlers zu spielen. Schließlich erklärte der österreichische Gesandte von Schraut, des unfruchtbaren Haders müde, die Kreisversammlung für aufgelöst, die Vertreter der „dissentirenden“ Stände

[1] Vergl. Nr. 242. Als Besitzer der Reichsstadt Dinkelsbühl wäre Preußen nach dem württembergischen Projekte Mitstand des Kreises geworden.

reisten ab, und den kurfürstlichen Bevollmächtigten, die sich vor leeren Bänken sahen, blieb nichts übrig, als ihrem Beispiel zu folgen. Dies war das klägliche Ende des letzten der schwäbischen Kreistage.

Wohl ließ die Regierung Karl Friedrichs in berechtigter Sorge vor den unheilvollen Nachwirkungen, welche der Conflikt auf das gesammte Kreiswesen ausüben mußte, es auch fernerhin nicht an Bemühungen fehlen, um die hadernden Parteien zu versöhnen und Württemberg zur Nachgiebigkeit zu bewegen, allein an der Ablehnung des Stuttgarter Hofes scheiterten alle Ausgleichversuche, auch der Vorschlag einer provisorischen Verzichtleistung auf die Ausübung der streitigen Stimmen, auf den man in Karlsruhe wiederholt zurückkam. So befand sich der alte Kreisverband beim Ausbruch des Krieges von 1805 in voller Auflösung, und die Rheinbundsakte besiegelte nur rechtlich, was längst zur Thatsache geworden war.

6. Beziehungen zu Frankreich bis zum Ausbruch des Krieges. Januar bis Juli 1805. Die Hoffnung, daß Frankreich im Frühjahr 1805, wie Mathieu angekündigt, nochmals im Reiche interveniren und auf einem Mediationskongresse die schwebenden Streitfragen entscheiden werde, erfüllte sich nicht. Dalberg überzeugte sich gar bald, daß bei der zwischen den Großmächten herrschenden Spannung nicht daran zu denken sei; seine Berichte über den weiteren Verlauf der Konkordatsverhandlungen und den Stand der Pfälzer Schuldenfrage lassen dies deutlich erkennen. Nur in einer Angelegenheit, die auch die badischen Interessen berührte, kam man einen Schritt vorwärts: die in Ausführung des Artikels 39 des Deputationsrecesses zwischen Frankreich und dem Kurerzkanzler vereinbarte Rheinschiffahrtsoctroiconvention, welche die Erhebung der Schiffahrtstaxen regelte,[1] erhielt durch Kaiser und Reich ihre Bestätigung und damit Gesetzeskraft. Die Abänderungsvorschläge, die Baden in seiner Stellung als Uferstaat zur Wahrung seiner Rechte bei diesem Anlaß vorbrachte, blieben freilich ein frommer Wunsch; man sprach in Paris sein Befremden über dieses Unterfangen aus, und die Supplementakte, die nach dem Beschlusse des Kurkollegiums sie berücksichtigen sollte, kam nie zu Stande.[2]

Die Ereignisse in Italien, dessen Königswürde Napoleon, nachdem sein Bruder Joseph abgelehnt, mit der kaiserlichen im März d. J. vereinigte, erheischten von dem Karlsruher Hofe ein neues Opfer. Schon im Februar hatte Talleyrand dem badischen Gesandten zu verstehen gegeben, daß man seine Anwesenheit bei den Krönungsfeierlichkeiten in Mailand erwarte. Dalberg verhehlte sich das Peinliche der Zumuthung, auch bei dieser Gelegenheit

[1] Vergl. Gaspari, Der Deputationsreceß, II, 282; Ockhart, Geschichtliche Darstellung der früheren und späteren Gesetzgebung über Zölle und Handelsschiffahrt des Rheins, 279 ff.

[2] Vergl. S. 363, Anm. 2.

seine Unterwürfigkeit gegen Frankreich bezeugen zu sollen, keineswegs, war aber doch der Meinung, daß, wenn auf eine officielle Einladung hin andere Mitglieder des diplomatischen Corps sich zu der Fahrt nach dem Süden entschlössen, auch er nicht zurückbleiben könne. Seine Ansicht wurde in Karlsruhe vollkommen gebilligt, um so mehr, als der Kurfürst im Stillen mit der Möglichkeit rechnete, daß sich in Mailand ein Feld für neue politische Combinationen eröffnete und das Schicksal des Breisgaues und der Ortenau dabei zur Sprache gebracht, unter Umständen sogar entschieden würde. In dieser Erwartung täuschte er sich allerdings, wie der Verlauf der Mailänder Tage zeigt. Der Kaiser empfing zwar den badischen Gesandten, der am 16. Mai sein neues Beglaubigungsschreiben überreichte, auf's huldvollste und versicherte, der Kurfürst habe keine zuverlässigere Stütze als Frankreich und dürfe stets auf seine Freundschaft zählen, von den badischen Absichten und Anliegen war aber nirgends die Rede. „Unser Tagewerk", meinte Dalberg resignirt, „ist hier das gleiche wie in Mainz, nichts weiter!" Die einzige Unterredung politischen Inhalts, die er in den Tagen mit Talleyrand hatte[1], war für Baden keine erfreuliche, betraf sie doch jene drohende Note, durch welche, wie wir oben sahen, alle weiteren Erörterungen über das zu Gunsten der Reichsritterschaft erlassene Excitatorium endgültig abgeschnitten werden sollten. Der Minister benutzte diesen Anlaß zugleich, um einem damals weitverbreiteten, auch in Wien[2] auftauchenden Gerüchte, als plane Napoleon eine Vermählung seines Stiefsohnes Eugen Beauharnais mit der Prinzessin Amalie von Baden, in bestimmter Weise entgegenzutreten. Dem Ganzen lag zweifellos eine Verwechslung mit der Prinzessin Auguste von Bayern zu Grunde; das wußte man nirgends besser als in Karlsruhe, wo der Kaiser seit dem Dezember 1804, um seinem Stiefsohn die Wege zu ebnen, wiederholt die Lösung der Beziehungen, die den jungen Kurprinzen seit kurzem mit der bayerischen Fürstentochter verbanden, in Anregung gebracht hatte. In dieser Hinsicht erfolgte gerade während des Mailänder Aufenthaltes ein bedeutsamer Schritt, von dem Dalberg freilich vorerst nichts erfuhr, die Entsendung des Barons de Thiard an das kurfürstliche Hoflager, auf die wir später noch zurückkommen werden.[3]

Inzwischen hatte sich der politische Horizont mehr und mehr umdüstert. Im November 1804 hatte Rußland den Wiener Hof nach langem Zaudern zum Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses vermocht, das seine Spitze gegen Frankreich kehrte, im Januar 1805 war Schweden, im April England

[1] Was Lucchesini, Ursachen und Wirkungen des Rheinbunds, I, 296, über Talleyrands Verkehr mit Dalberg und Cetto berichtet, beruht lediglich auf Vermuthungen und entbehrt jeder Begründung.

[2] Vergl. A. Fournier, Gentz und Cobenzl, 171.

[3] Vergl. die im vorigen Jahre erschienenen Souvenirs diplomatiques et militaires du général Thiard, ed L. Lex, 82 ff.

dem Bunde beigetreten. Vergeblich hoffte Oesterreich die Entscheidung bis zur Vollendung seiner Rüstungen hinauszuschieben; die Vorgänge im Süden: die Annahme der italienischen Königswürde durch Napoleon, die willkürliche Verfügung über Lucca zu Gunsten des Gemahls seiner Schwester Elisa und die Einverleibung Genuas, die alle im schroffsten Widerspruch zu den früheren Verträgen standen, drängten die habsburgische Monarchie rascher, als sie es wünschte, dem Kriege entgegen.

All' diese Abmachungen der großen Mächte blieben dem Karlsruher Hofe trotz seinen verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem Zarenhause ein Geheimniß, aber es fehlte nicht an Stimmen, welche auf den drohenden Ausbruch eines Continentalkrieges frühzeitig hinwiesen. Wiederholt stellte Dalberg im Frühjahr 1805 den Ernst der Lage vor Augen und erbat sich im Hinblick darauf genaue Instruktionen. Maßgebend für Baden, glaubte er, müsse bei einem kriegerischen Conflikte das Verhalten von Bayern sein; wenn dieses gegen Oesterreich Partei ergreife, bleibe auch für Baden keine andere Wahl übrig. Es scheint indeß, daß man in Karlsruhe diesen Warnungen kein besonderes Gewicht beigelegt hat; wenigstens erhielt Dalberg keinerlei Aufklärungen, und es fehlen auch sonst jegliche Anzeichen dafür, daß die kurfürstliche Regierung zu der Eventualität eines erneuten Waffenganges zwischen den beiden Nachbarn damals schon Stellung nahm. Wie Napoleon und Talleyrand sich über die Absichten Oesterreichs täuschten, glaubte auch Edelsheim offenbar nicht an eine unmittelbare Gefahr und ertheilte darum im Juni ohne Bedenken Dalberg den erbetenen Urlaub zu einer Reise nach Mittel- und Süditalien. Daß gleichzeitig Massias aus Gesundheitsrücksichten auf längere Zeit beurlaubt wurde, mochte ihn in seiner Auffassung der Dinge nur bestärken.

II. Baden und der dritte Coalitionskrieg. 1. Die Sendung Thiards und das Bündniß mit Frankreich. Juli—Oktober 1805. Rascher, als man es in Karlsruhe geahnt, sollte die Entscheidung über Krieg oder Frieden erfolgen. Angesichts der jüngsten Vorgänge in Italien gab der Wiener Hof dem Drängen Rußlands nach und entschloß sich, die vereinbarte Aktion nicht länger zu verschieben. Am 28. Juli fand der Austausch der feierlichen Deklarationen, die das Angriffsbündniß bekräftigten, statt; eine Note Cobenzls vom gleichen Tage, die von Frankreich Aufklärung über seine Absichten in Italien forderte, ließ zum erstenmale die veränderte Haltung Oesterreichs erkennen. Napoleon, der bisher noch gehofft hatte, seine Pläne gegen England ungestört durchführen zu können, überzeugte sich, daß er nun zuvor mit seinen neuen Gegnern abrechnen müsse, und traf mit bewundernswerther Energie und Schnelligkeit im Stillen Vorbereitungen für den Aufmarsch seiner Heere am Rhein. Der Monat August verstrich über den wechselseitigen Bemühungen beider Theile, durch

Betheuerung friedfertiger Absichten ihre feindseligen Gesinnungen zu verbergen und Zeit für die Rüstungen zu gewinnen, bis Oesterreich endlich in der Deklaration vom 3. Sept. die Maske abwarf und wenige Tage später seine Truppen den Inn überschritten.

Wie die Dinge lagen, war es vorauszusehen, daß auch die Reichsstände, deren Gebiete die beiden Parteien von einander trennten, in den drohenden Kampf der Mächte verwickelt würden. Während indeß Oesterreich und Rußland sich verhältnißmäßig erst spät und zum Theile nur lässig bemühten, sich ihrer Hülfe zu versichern, erwies sich die französische Diplomatie ungleich rühriger.[1] Schon im März d. J. hatte Talleyrand im Hinblick auf einen kriegerischen Conflikt mit dem Donaureiche in München den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses angeregt, nach langen Verhandlungen, bei denen Bayern vergeblich dem Ansinnen auszuweichen versuchte, wurde am 24. August, kurz vor der Eröffnung der Feindseligkeiten, der Vertrag unterzeichnet und der mächtigste unter den drei südlichen Kurstaaten ein Bundesgenosse Frankreichs.

Bald kamen auch die übrigen an die Reihe. Aus den Actenstücken, die wir in diesem Abschnitte mittheilen, gewahrt man, daß es vor allem am Stuttgarter Hofe am redlichen Willen, sich den Werbungen der beiden Parteien in Zeiten zu entziehen, keineswegs gefehlt hat; man hoffte hier, die Stände und Nachbarn des schwäbischen Kreises, mit Einschluß von Preußen, für das System einer bewaffneten Neutralität zu gewinnen, zu dessen Anerkennung Frankreich und Oesterreich durch das Berliner Kabinet bewogen werden sollten. So gut gemeint dieser Plan war, hätte er doch nur dann einige Aussicht geboten. wenn Preußen und Bayern ihm zugestimmt hätten. Daran war aber angesichts der Entscheidung, die man soeben in München getroffen, und bei der Unschlüssigkeit und Verzagtheit des Berliner Ministeriums, das sich durch einen solchen Schritt zu kompromittiren fürchtete, nicht zu denken.[2] Es bedeutete daher wenig, wenn Kurfürst Karl Friedrich und Edelsheim ihrerseits dem Projekte, das der württembergische Gesandte von Mandelsloh Ende August

---

[1] Zum Folgenden vergl. Montgelas, Denkwürdigkeiten ff.; v. Schloßberger, Literarische Beilage zum Staatsanzeiger für Württemberg, 1887, S. 273 ff., 1888, S. 1 ff.; Souvenirs du général Thiard, ed. L. Lex, 121 ff.; Notice biographique sur la vie et les travaux de Mr. le général Thiard, député de Lannion, 5 ff.; Duc de Rovigo, Mémoires, II, 140 ff.; Lefèbvre, Histoire des cabinets, III, 123; Thiers, Histoire du Consulat et de l'Empire, VI, 14; Thibaudeau, Histoire de la France, I, 432. Was Lucchesini, Ursachen und Wirkungen des Rheinbunds, I, 296, 321 über die Verhandlungen Frankreichs mit den süddeutschen Höfen berichtet, ist absolut unzutreffend.

[2] Wenn Thiard in seinen unlängst erschienenen Erinnerungen (a. a. O. 127) behauptet, Preußen habe sich eifrig bemüht, sein Neutralitätssystem auf den Süden des Reichs auszudehnen und die dortigen Höfe dafür zu gewinnen, so beruht dies natürlich auf Irrthum und steht im Widerspruch mit der Darstellung, die er selbst in seinem Berichte vom 2. Sept. von den Verhältnissen gegeben hat. Vergl. Nr. 306.

ihnen vortrug, im Allgemeinen ihre Billigung ertheilten. Ein energischer Vorstoß Frankreichs, und das ganze Kartenhaus fiel in sich zusammen. Am 27. August fand sich unerwartet der neuernannte französische Gesandte beim schwäbischen Kreis, Didelot, in Karlsruhe ein. Er hatte eben dem württembergischen Hofe im Auftrage Talleyrands die Frage vorgelegt, wie man sich im Kriegsfalle zu verhalten gedenke, und da er jede Neutralitätserklärung von der Hand wies, unter Versprechungen und Drohungen auf sein Drängen die Zusage erhalten, daß der Kurfürst, sobald sein Land vor Oesterreichs Rache hinlänglich gesichert sei, sich auf Napoleons Seite stellen werde; im voraus seines Erfolges sicher, war er nach Karlsruhe geeilt, um eine ähnliche Zusage zu fordern. Allein er täuschte sich. Während Edelsheim noch mit dem Kurfürsten und dem Markgrafen Ludwig über die Beantwortung der unbequemen Anfrage berieth und durch Darlegung der übeln Finanzlage und der militärischen Ohnmacht des Landes die Ablehnung der französischen Zumuthungen zu begründen suchte, trat ein neuer Zwischenfall ein,

Die Erklärung, welche Didelot heischte, genügte Napoleon nicht mehr; er hielt es, wohl aus strategischen Rücksichten, für wichtig, sich durch förmlichen Vertrag die Bundesgenossenschaft des Kurstaates zu sichern, dessen Gebiet unter Umständen als erste Operationsbasis dienen mußte, und betraute mit den darauf bezüglichen Verhandlungen einen seiner Kammerherren, den Baron Auxonne-Théodose de Thiard, einen Abkömmling des in Bourguignon begüterten Geschlechtes der Grafen von Bissy, der, durch die Revolution aus der Heimath vertrieben, unter Condé am Rhein gefochten, im Jahre 1801 aber, gleich anderen seiner Standesgenossen, mit der Republik seinen Frieden gemacht hatte und nach Frankreich zurückgekehrt war. Daß die Wahl auf ihn fiel, verdankte der junge, angehende Diplomat der Geschicklichkeit, mit der er sich wenige Wochen früher eines geheimen Auftrags des Kaisers entledigt, der ihn an das badische Hoflager geführt und die Verzichtleistung des Kurfürsten auf das oben erwähnte bayerische Heirathsprojekt bezweckt hatte.. Am 31. August erreichten ihn die neuen Weisungen Talleyrands in München, schon am 2. September erschien er wieder in Karlsruhe und wandte sich mit seinem Anliegen, wie bei seinem früheren Besuche, zunächst an den Markgrafen Ludwig, auf dessen unbedingte Willfährigkeit Napoleon mit Sicherheit zählen durfte. In peinlicher Verlegenheit sah sich der Kurfürst gleichzeitig von zwei Unterhändlern bestürmt, deren Anträge wesentlich verschieden lauteten; da er sich indeß überzeugte, daß die Instruktionen Thiards von späterem Datum waren, entschloß er sich, Didelot eine Absage zu ertheilen, mit dem Bemerken, er habe inzwischen Mittel und Wege gefunden, um mit dem Kaiser über den Gegenstand seiner Mission direkt zu correspondiren. So zog Didelot unverrichteter Dinge ab und überließ seinem Nebenbuhler allein das Feld. In einer Note vom 3. September wandte sich dieser, durch die Haltung des Markgrafen Ludwig ermuntert, an

die Regierung. Unter Aufzählung all' der Verdienste, die Frankreich sich um den Kurstaat erworben, sprach er im Namen des Kaisers die bestimmte Erwartung aus, daß der Kurfürst in einem Kriege, der eben in Folge dieser Begünstigung der süddeutschen Höfe sich erhebe, mit ihm auch gemeinsame Sache mache und, sobald die französische Armee auf deutschem Boden stehe, ein Hilfskorps von 3000 Mann zur Verfügung stelle. Als Gegenleistung wurde nicht nur der gegenwärtige Besitzstand verbürgt, sondern auch Aussicht auf eine entsprechende Gebietserweiterung eröffnet. Auf jede Erörterung nebensächlicher Punkte sollte verzichtet, der Abschluß des „Defensiv"-Bündnisses aber, wie Talleyrand es zu bezeichnen beliebte, möglichst beschleunigt werden.

Die Lage, in der sich Karl Friedrich und seine Berather dem unerwarteten Antrage gegenüber befanden, war begreiflicherweise eine höchst peinliche. Man verhehlte sich die Gefahren nicht, die man bei dem Anschlusse an Frankreich im Falle eines für Oesterreich günstigen Ausganges zu gewärtigen hatte, aber auch, falls das Gegentheil eintreten sollte, schien der Schritt nicht unbedenklich. Kein Zweifel, daß alle, selbst Markgraf Ludwig, das System einer strikten Neutralität, wie es im letzten Kriege im wesentlichen aufrecht erhalten und von beiden Theilen respektirt worden war, im Grunde ihres Herzens vorgezogen hätten. Der Kurfürst erklärte offen, er hege keinen sehnlicheren Wunsch und verzichte mit Freuden auf jeden Gebietszuwachs, der mit dem Leben auch nur eines einzigen seiner Unterthanen erkauft werden müßte. Allein Thiard gab deutlich zu verstehen, daß Napoleon keinerlei Neutralität dulden werde, aus Wintzingerodes Mund erfuhr Edelsheim überdies bei einer Begegnung in Durlach, daß auch der Stuttgarter Hof sich gefügt habe; dazu trat, wie man aus den Karlsruher Akten ersieht, die Furcht vor dem leidenschaftlichen, rachsüchtigen Charakter des Kaisers, der, wie man nur zu gut wußte, selbst vor einer Verletzung des Völkerrechtes nicht zurückschreckte. Vergebens sann Reitzenstein, dessen oft bewährter Rath auch in dieser schwierigen Situation erbeten wurde[1], auf einen Ausweg. Sein Vorschlag, die mit den Pflichten der Neutralität einigermaßen zu vereinbarenden Forderungen zu bewilligen, die Stellung von Hilfstruppen aber vorerst abzulehnen, die Vermittelung Preußens anzurufen und durch Entsendung des Kurprinzen Napoleon persönlich zum Verzicht auf dieses Ansinnen zu bewegen, erschien, von anderen Bedenken abgesehen, schon aus dem Grunde undurchführbar, weil Thiard unablässig auf eine bestimmte Entscheidung drängte, und, falls dieselbe binnen vierundzwanzig Stunden nicht erfolge, abzureisen drohte.

[1] Dagegen wurde das Geh. Rathskollegium, dessen Einfluß auf die auswärtige Politik in dieser Zeit immer mehr abnahm, im Gegensatze zu der früher in ähnlichen Fällen geübten Praxis weder um seine Meinung befragt, noch überhaupt von dem Abkommen unterrichtet.

Gerne hätte man wenigstens eine kurze Frist zu erlangen gewünscht, um mit dem Stuttgarter Hofe, mit dem man bisher stets in voller Offenheit ein freundnachbarliches Einvernehmen unterhalten, gemeinsame Schritte zu verabreden. Allein Thiard schlug die Bitte rundweg ab; seine Aeußerungen ließen darauf schließen, daß auch Württemberg bereits mit Frankreich paktirt habe.

So blieb nur die Wahl zwischen Napoleon und seinen Gegnern übrig. Für seine Person neigte Reitzenstein zu der Ansicht, daß der Kurfürst das Bündniß ablehnen, nach Ansbach oder Berlin flüchten und sich unter den Schutz Preußens und Rußlands stellen, das Land aber seinem Schicksale überlassen solle. Man hielt ihm indeß mit Recht entgegen, daß dieser Schritt unter Umständen zu einer Erneuerung der Gräuel aus der Zeit Ludwigs XIV. führen werde, daß die Gefahr eines Einfalls der Franzosen näher liege und die Grenzen des Kurstaats leichter gegen die österreichischen Heere zu vertheidigen seien, als gegen die französischen.

So entschloß sich denn Karl Friedrich, den vor allem die Sorge um das Loos seiner Unterthanen bekümmerte, mit Zustimmung seiner Berather, innerlich widerstrebend und schweren Herzens, zwischen zwei Uebeln das geringere zu wählen.

Noch am Abend des 5. September, an dem die entscheidende Conferenz stattgefunden, erfolgte die Unterzeichnung des Vertrags, der Badens Zukunft an die Geschicke Frankreichs kettete. In einem Memorandum, das als integrirender Bestandtheil desselben gelten sollte und als solcher auch von Talleyrand nachträglich ausdrücklich anerkannt wurde, faßte die kurfürstliche Regierung eine Reihe von Desiderien zusammen, die sich zunächst auf die militärische Seite des Vertrages bezogen und die Selbstständigkeit, sowie die Interessen des badischen Contingents möglichst zu wahren bemüht waren.

Zu seiner großen Ueberraschung erfuhr Edelsheim bald darauf durch den württembergischen Regierungsrath Wucherer, daß der Stuttgarter Hof seit der Erklärung an Didelot keinerlei weitere Abmachungen getroffen, Thiard ihn mithin getäuscht und überrumpelt habe; diese Wahrnehmung berührte um so unangenehmer, als der Minister sich dadurch dem Verdacht einer zweideutigen Handlungsweise ausgesetzt sah und gezwungen wurde, das Vertrauen, mit dem man ihm in Stuttgart in loyalster Weise entgegenkam, fortan nicht mehr in gleichem Maaße zu erwidern.

Erst nachdem das französische Bündniß längst Thatsache geworden war, erschien die Diplomatie der Coalition im Felde. Am 12. September empfing Baron Maltitz auf dem Umwege über Wien Weisungen aus Petersburg, die vom 15. August datirten und deren er sich am folgenden Tage in Stuttgart und Karlsruhe entledigte. Der Zar empfahl danach den beiden ihm verwandtschaftlich nahestehenden Kurfürsten, im Hinblick auf ihre exponirte

Stellung ihre Person und ihr Eigenthum rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, ihre Truppen womöglich zurückzuziehen, andernfalls zu beurlauben und im Bedarfsfalle für die Coalition bereit zu halten. Der Rath kam, wie die Dinge lagen, zu spät und fand auch in Stuttgart, wo man sich die Hände noch nicht so sehr gebunden hatte, keinen Beifall. Kurfürst Friedrich war fest entschlossen, sein Land nicht zu verlassen, und bezeichnete die weiteren Vorschläge mit Recht als undurchführbar. Aehnlich lautete die Antwort, die Edelsheim dem russischen Gesandten ertheilte: er dankte mit einigen verbindlichen Redensarten dem Zaren für das bewiesene Interesse, versicherte aber im übrigen, der Kurfürst werde, um das Loos seiner Unterthanen nach Kräften zu erleichtern, im Lande bleiben und hoffe, daß Napoleon von ihm nichts Unbilliges verlangen werde.

Inzwischen hatte Talleyrand den Vertrag vom 5. September erhalten; er beeilte sich, Thiard seine Befriedigung darüber auszusprechen und im Auftrage des Kaisers alle in dem Memorandum enthaltenen Forderungen zu bewilligen. Zur Beruhigung des Kurfürsten wurde die Integrität der badischen Lande und die Wiederersetzung alles etwa erlittenen Schadens nochmals feierlich garantirt. So erfolgte am 19. September ohne weitere Schwierigkeiten der Austausch der Ratifikationsurkunden.

---

2. Der Feldzug von 1805 und die Verträge von Brünn und Wien. September 1805 — Januar 1806. Während die französischen Heeressäulen in Eilmärschen der Rheingrenze zustrebten, hatte die österreichische Armee an der Iller Stellung genommen. Mitte September erschienen die ersten feindlichen Truppen auf badischem Boden, im Oberamt Biberach; kleinere Streifcorps drangen in die Bodenseegegend vor und zeigten sich in bedrohlicher Nähe auf den Höhen des südlichen und mittleren Schwarzwalds. Vergebens bat der Geh. Rath, wie wir sahen, ohne Kenntniß von der Septemberconvention, in seiner Rathlosigkeit um Aufklärung über die Ziele der badischen Politik. Der Kurfürst beschränkte sich darauf, ihm Weisung zu ertheilen, man möge etwaigen Requisitionen der Oesterreicher, soweit sie nicht abgelehnt werden könnten, Folge leisten, ordnete aber gleichzeitig die Concentrirung seiner Streitkräfte in Mannheim an und gedachte für den Fall, da der Feind weiter vorrücken sollte, sich ebenfalls dorthin zu begeben und in ihrer Mitte die neuen Verbündeten zu erwarten. Dazu kam es nun freilich nicht, dank der Schnelligkeit, mit der sich die Operationen Napoleons vollzogen. Am 25. September überschritten Lannes, Murat und Davout bei Kehl und Mannheim, am folgenden Tage Ney und Soult bei Au und Speyer den Rhein und nahmen ihren Weg durch das kurfürstliche Gebiet, dem Neckar und den Schwarzwaldpässen entgegen.

Eine schwere Zeit begann für das von den französischen Heeresmassen überschwemmte Land. Hatten anmaßende Forderungen Neys schon zuvor ahnen lassen, wie wenig sich die Franzosen um feierliche Verträge kümmerten, so trat dies, sobald sie auf badischem Boden Fuß gefaßt, um so offenkundiger hervor. Ohne den Kurfürsten auch nur einer Anfrage zu würdigen, ließ Napoleon, aus strategischen Rücksichten, das unglückliche Kehl zum größten Theil niederreißen; trotz dem bestimmten Versprechen, daß seine Truppen sich aller Requisitionen, auch gegen Gutschein, enthalten würden, liefen aus allen Theilen des Kurfürstenthums, die unter dem Durchmarsche zu leiden hatten, unaufhörlich Klagen über unerträgliche Erpressungen und Ausschreitungen ein, wie sie schlimmer selbst vom „erklärtesten Feind" nicht verübt werden könnten: wenige Tage, wie die drei letzten, meinte der wackere Karlsruher Hofrathsdirektor von Marschall, reichten aus, um das Land zu Grunde zu richten. Nicht genug damit, wagte Thiard, den greisen Kurfürsten, der sich aus Sorge um sein oberes Fürstenthum unter Berufung auf Artikel 1 des Ergänzungsvertrags zur Stellung des Hilfscorps noch nicht entschließen konnte, ohne Scheu, ziemlich unverblümt, einer zweideutigen Haltung zu beschuldigen. Mit Würde und Schärfe wies Karl Friedrich, wie es scheint[1], diesen unerhörten Angriff auf seine Ehre zwar zurück, im übrigen mußte er machtlos und schweren Herzens all' die Unbill über sich und seine Unterthanen ergehen lassen. Am 30. September ertheilte er Befehl, das aus vier Bataillonen Infanterie und einem Jägerbataillon bestehende Contingent auf Kriegsfuß zu setzen und bei Pforzheim zusammen zu ziehen, bis es seine Ausrüstung beendet und die vertragsmäßige Stärke erreicht habe; seine Stellungnahme gegen Oesterreich wurde damit aller Welt kund. Unter den Mauern des Ettlinger Schlosses empfing er am folgenden Tage seinen kaiserlichen Alliirten; ein Gemälde Bertins in der Gallerie von Versailles erinnert an die denkwürdige Begegnung.

Wie sich bei dem Anlasse zeigte, hätte Napoleon es gerne gesehen, wenn einer der badischen Prinzen ihn auf dem Feldzuge begleitet hätte. Markgraf Ludwig, der durch eine längere Abwesenheit vom Hofe seinen Einfluß gefährdet glaubte, lehnte jedoch, wie er zu verstehen gab, im eigenen Interesse Frankreichs ab, der junge Kurprinz aber, der persönlich anscheinend nicht ungern die Einladung angenommen hätte, wurde durch die energische Einsprache seiner Mutter, welche die neueste Wendung der badischen Politik mit sichtlichem Unmuth verfolgte, davon zurückgehalten.[2] So vertraute denn der Kurfürst das

[1] Vergl. Nr. 364. Ob das Schreiben, das vermuthlich von Reitzenstein oder Edelsheim, sicherlich aber nicht von dem Markgrafen Ludwig entworfen wurde, an seine Adresse gelangt ist oder nur Entwurf blieb, läßt sich nicht entscheiden. Auffällig ist, daß das Original in Paris fehlt und auch eine Antwort Thiards nicht vorliegt.

[2] Vergl. Nr. 468 und 679.

Commando über die Hilfsbrigade dem Obersten Valentin von Harrant an, demselben, der uns zur Zeit des Congresses als Platzmajor zu Rastadt schon früher begegnet ist; wie wenig das Bündniß mit Frankreich populär war, verriethen nicht nur zahlreiche Abschiedsgesuche von Offizieren, die nicht gegen Oesterreich zu fechten wünschten, sondern auch, eine weit bedenklichere Erscheinung, die massenhaften Desertionen, die während des Marsches in erschreckender Weise überhandnahmen. Es ist hier nicht der Ort, auf die weiteren Schicksale des badischen Auxiliarcorps einzugehen: wie man weiß, hat dasselbe keine Gelegenheit gefunden, sich vor dem Feinde auszuzeichnen, sondern ist, wohl eben in Folge seiner unzuverlässigen Haltung, zum Etappen- und Besatzungsdienst, sowie zu Gefangenentransporten verwendet worden.[1]

Während Napoleons Heere in raschem Siegeslauf in das Herz der österreichischen Monarchie vordrangen, rüstete sich die Diplomatie, die Früchte ihrer Waffenthaten zu ernten. Noch vor der Ulmer Katastrophe hat, wie bekannt ist, Talleyrand dem Kaiser seine Gedanken über den künftigen Frieden in einer für die Beurtheilung seiner Politik höchst bedeutsamen Denkschrift vom 17. Oktober dargelegt, die darauf ausgeht, durch Verlegung des Schwerpunktes der habsburgischen Monarchie nach dem Osten Frankreich von einem alten Rivalen zu befreien und Rußland einen neuen zu erwecken: als Antheil Badens an der allgemeinen Beute wurden darin der Breisgau und die Ortenau, sowie die Städte Konstanz und Lindau ins Auge gefaßt, ungleich mehr als dem benachbarten Württemberg zugedacht ward.[2] Auch in der Folge, während seines Aufenthaltes in München, beschäftigte der Minister sich eifrig mit der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse; das Ergebniß seiner Arbeit[3] liegt uns in den beiden aus den letzten Novembertagen stammenden Vertragsentwürfen vor, die hier zum ersten Male veröffentlicht werden und, von dem Mediatisirungsprinzipe abgesehen, bereits die wesentlichsten Grundzüge der Rheinbundsakte enthalten, als deren erste Redaktion sie zu betrachten sind. Erhebung der drei süddeutschen Kurstaaten zu souveränen Königreichen, dauernde Loslösung vom Reiche und Abschluß eines ewigen Bündnisses mit Frankreich, zu dem auch die Schweiz zugelassen werden soll: in diesen Forderungen gipfelt der erste Entwurf, der Bayern und Württemberg mitgetheilt und von ihnen gebilligt wurde, während der zweite, vorerst geheim gehalten, die Vertheilung der österreichischen Vorlande zu regeln sucht und

---

[1] Die Kosten der Mobilmachung beliefen sich auf 136719 fl., der Aufwand während des Feldzuges auf 189940 fl.

[2] Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon, 156 ff.

[3] Er folgt darin, wie er ausdrücklich bekennt, den Anregungen Napoleons, dessen Absichten auch aus einem Schreiben an den Kurfürsten Friedrich von Württemberg vom 2. Nov. zu Tage treten. v. Schloßberger, Politische und militärische Correspondenz König Friedrichs von Württemberg, 8.

Baden außer den oben angeführten Besitzungen vor allem in dem Herzogthum Berg einen erheblichen Gebietszuwachs zuweist. Keines dieser Projekte gelangte fürs nächste freilich zur Durchführung, wenn gleich manche Bestimmungen schon in den Verträgen von Brünn und Preßburg Aufnahme fanden; bezeichnend für die günstige Stimmung, die damals im französischen Kabinet für Baden herrschte, bleiben sie aber immerhin.

Wenn Karl Friedrich sich schließlich mit einem erheblich geringeren Loose bescheiden mußte, lag die Schuld zum Theil an den Karlsruher Verhältnissen selbst. Nicht als ob die umsichtigeren Elemente am badischen Hof die Vortheile, welche die täglich wachsenden Aussichten auf einen glücklichen Ausgang des Krieges boten, nicht rechtzeitig in den Kreis ihrer politischen Betrachtungen und Berechnung gezogen hätten: die hier mitgetheilten Denkschriften Dalbergs und insbesondere Reitzensteins, der in dieser Zeit als Cabinetsminister mehr und mehr die Leitung der badischen Politik übernahm, zeigen im Gegentheil, daß man mit den hochgespanntesten Erwartungen dem Frieden entgegensah. Beiden schwebte die Gründung einer von Preußen und Oesterreich unabhängigen deutschen Zwischenmacht, die unter Anlehnung an Frankreich, durch entsprechende Verstärkung der drei südlichen Kurstaaten, mittelst Mediatisirung oder, wie Reitzenstein wollte, anderweitiger Entschädigung der kleineren Reichsstände geschaffen werden sollte, als politische Nothwendigkeit vor; beide gingen, indem sie die künftige Gestaltung des badischen Kurstaates ins Auge faßten, von der Ansicht aus, daß derselbe vor allem unter Verzicht auf das obere Fürstenthum, eventuell auch Breisgau und Ortenau, eine bessere Arrondirung nach Norden und Osten erstreben müsse, und gelangten dabei, insofern sie alles Gebiet zwischen Neckar und Main für Baden beanspruchten, übereinstimmend zu Forderungen, die weit über das hinausliefen, was später die Rheinbundsakte dem Kurfürsten gewährte. Mit Recht wird man den auf breiterer Basis beruhenden Pacifikationsplan Reitzensteins als eine der besten Staatsschriften bezeichnen dürfen, die je aus seiner Feder geflossen ist, und mit Interesse verfolgen, wie vielfach und nahe die Anschauungen des badischen Staatsmannes sich, soweit die künftige Stellung Oesterreichs und das Verhältniß zu Frankreich in Frage kam, mit den von Talleyrand in dem Memorandum vom 17. Oktober entwickelten Ideen berühren.

Allein trotz all' dieser Anregungen verging der November, ohne daß von Seiten des Karlsruher Hofes ein entscheidender Schritt zur Wahrung seiner Ansprüche erfolgte. Die Schuld an dieser auffallenden Erscheinung tragen zum Theil wohl eine zunehmende Abspannung der Geisteskräfte und früher ungewohnte Unschlüssigkeit, die sich bei dem körperlich noch sehr rüstigen Kurfürsten seit dem leichten Schlaganfall, den er im letzten Herbst erlitten, häufig bemerklich machten; mehr und mehr vermißte man eine feste,

einheitliche Leitung der Geschäfte, während in demselben Maaße der Parteigeist und Parteihader, zum Schaden des Gemeinwohls, zusehends an Boden gewannen. Aber auch Reitzenstein, der mit der Entsendung eines Unterhändlers in das Hauptquartier noch zuwarten zu dürfen glaubte, wird dafür verantwortlich gemacht werden müssen.[1]

So kam es, daß Karl Friedrich sich erst am 2. Dezember, dem Tage der Dreikaiserschlacht, entschloß, dem Beispiele, das Bayern und Württemberg schon vor Wochen gegeben, zu folgen und zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen in der Person seines Cabinetsministers einen eigenen Bevollmächtigten an Napoleon abzuordnen.

Der richtige Augenblick zum Handeln war jedoch unwiederbringlich versäumt. Als Reitzenstein am 17. Dezember in Wien eintraf, waren, wie er zu seinem Leidwesen erfuhr, die Würfel schon gefallen. Talleyrand hatte sich mit der Vertheilung der Beute unter die süddeutschen Verbündeten beeilt und in den Brünner Conventionen vom 10. und 11. d. M. die künftigen Grenzen der beiden neuen souveränen Königreiche bestimmt[2]; auf sein Drängen hin unterzeichnete am 12. Dezember auch der Geh. Referendär Oehl, der zur Vertretung der Interessen und Bedürfnisse des kurfürstlichen Hilfskorps als Kriegskommissär im französischen Hauptquartier weilte, einen Vertrag, den der Minister ihm vorlegte. Ohne Kenntniß des Septemberabkommens, trotz wiederholter Bitten ohne ausreichende Instruktionen für den Nothfall, ja ohne eigentliche Vollmacht wagte er den Schritt, da er, wie die Dinge lagen, mit gutem Grunde befürchten mußte, daß jedes weitere Zaudern für seinen kurfürstlichen Herrn nur mit neuen Nachtheilen verknüpft sein werde. Die Bedingungen, die er unterschrieb, waren freilich nicht sonderlich vortheilhaft und blieben weit hinter den in Karlsruhe gehegten Erwartungen zurück. Den unausgesetzten Bemühungen der württembergischen Diplomatie war es im Laufe der letzten Wochen geglückt, Baden den Rang abzulaufen und sich auf Kosten des Nachbarn weit erheblichere Begünstigungen zu sichern, als, wie wir wissen, von Talleyrand anfänglich beabsichtigt war; eine persönliche Verstimmung des Kaisers, der darüber ungehalten war, daß der Kurprinz an dem Feldzuge nicht theilgenommen, mochte ihr die Arbeit erleichtert haben.[3] So erhielt Karl Friedrich als Preis für seine Hilfeleistung unter Zuerkennung der Souveränität lediglich den Breisgau, — mit Ausnahme des angeblich eine württembergische Enklave bildenden, östlich der Linie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach gelegenen Theiles und der Städte Villingen und Bräunlingen, — die Ortenau, sowie die Stadt Konstanz und die Deutschordenskommende

[1] Ueber die Motive, die ihn dabei leiteten, vergl. Nr. 386.

[2] Vergl. Montgelas, Denkwürdigkeiten, 117. Die Verträge bei De Clercq, Recueil des traités de la France, II, 135 ff., 138 ff.

[3] Vergl. Nr. 420.

Mainau: im Ganzen etwa 44½ Quadratmeilen mit 164000 Einwohnern[1], dagegen mußte er allen Ansprüchen auf die von Frankreich besetzten Rheininseln entsagen und sich verpflichten, nicht nur den italienischen und französischen Besitz Napoleons zu garantiren, sondern auch in jedem Continentalkriege ihm Heeresfolge zu leisten. Von der Erhebung des Kurstaates zu einem Königreiche war nicht mehr die Rede.

Man versteht es, wenn der Kurfürst sich in seinem Unmuth weigerte, diesen ohne Vollmacht abgeschlossenen Vertrag, der ihm ein nicht unbeträchtliches Stück des Breisgaus entzog und eine Reihe lästiger, mit seinen Pflichten als Reichsstand schwer zu vereinbarender Bedingungen auferlegte, ohne weiteres zu bestätigen, und seinen Cabinetsminister beauftragte, alles aufzubieten, um günstigere Bestimmungen durchzusetzen (19. Dez.). Allein auch Reitzenstein hatte kein Glück. Als er am 20. Dezember in Wien zu Talleyrand beschieden wurde, überzeugte er sich bald, daß nicht nur an keine Revision des Brünner Vertrages zu denken sei, sondern noch weitere Opfer gebracht werden müßten. Napoleon bestand darauf, daß Baden in zwei geheimen Artikeln alle Rechte auf Kehl an Frankreich abtrete und auf jede Vergütung der geleisteten Kriegslieferungen verzichte; eine neue Convention sollte zu dem Zwecke in aller Eile entworfen und, wie Talleyrand beifügte, „augenblicklich" unterzeichnet werden, da er noch am Abend zum Abschluß der Verhandlungen mit Oesterreich nach Preßburg abzureisen gedachte. Es blieb Reitzenstein keine andere Wahl, als zu „kapituliren", um wenigstens bezüglich der verschiedenen anderen Anliegen, die er dem Minister noch vorzutragen hatte, geneigteres Gehör zu erlangen. Es war freilich nur ein schwacher Trost für den badischen Diplomaten, wenn Talleyrand mündlich versicherte, daß man mehr als das Oberamt Triberg vom Breisgau an Württemberg nicht abzutreten brauche und dem Kurfürsten mit dem Breisgau alle daselbst gelegenen Klöster sowie sämmtliche in seinen Landen zerstreute Besitzungen der beiden Ritterorden, einschließlich des Großpriorats Heitersheim, zufallen sollten. So lange diese Zusage keine schriftliche, formell bindende war, besaß sie nur geringen Werth, wie denn auch trotz der französischen Versprechungen während der folgenden Monate zwischen Baden und seinen Nachbarn um den Besitz dieser Objekte thatsächlich ein langer, erbitterter Streit geführt worden ist.

Das Bekanntwerden des Preßburger Friedens brachte Reitzenstein eine weitere schmerzliche Ueberraschung: das württembergische Loos war erheblich größer, als er angenommen, und Baden befand sich dem glücklicheren Nebenbuhler gegenüber im offenen Nachtheil. Aber an dem Resultat war nichts mehr zu ändern; auch ein letzter Versuch des Kurfürsten, unter Hinweis auf

[1] Heunisch-Bader, Das Großherzogthum Baden, 51.

seine Einwilligung in die Vermählung des Kurprinzen mit Stephanie Beauharnais, die er auf Drängen Thiards soeben schweren Herzens ertheilte, gewisse Modifikationen des Vertrages noch nachträglich zu erlangen, blieb erfolglos, da er zu spät kam. Die Geheimen Räthe Brauer und Meier, denen die Wiener Uebereinkunft vom 20. Dezember zur Begutachtung vorgelegt wurde, konnten unter dem Druck der Verhältnisse die Ratifikation nicht widerrathen, wenngleich sie die bedenklichen Seiten des Abkommens nicht verkannten und Brauer insbesondere überzeugt war, daß das Land über den Lasten, die es auf sich nehme, des Gewinns nicht froh werde.

So bestätigte Karl Friedrich in den ersten Januartagen den Vertrag, indem er die Erfüllung weiterer Wünsche und Hoffnungen einer, wie es schien, nicht allzu fernen Zukunft anheim stellte. Wie schwer ihm der Entschluß fiel und in welcher Stimmung er den Schritt that, hat er in einem Erlaß an Reitzenstein damals selbst ausgesprochen: „Ist es hart, sich und seine Staaten von dem deutschen Vaterlande ganz trennen und dem weitfassenden Interesse eines übermächtigen fremden Staates hingeben zu müssen, so vermag nur der Gedanke an eine alles lenkende Vorsehung und das Bewußtsein des unablässigen, redlichsten Strebens, das Schicksal des Regenten, seiner Familie und Unterthanen möglichst zu erleichtern und zu verbessern, einige Beruhigung zu gewähren." (Nr. 517.)

---

3. Beziehungen zu Oesterreich. August 1805 — Juli 1806. Wir haben in dem Abschnitte, dem wir uns zuwenden, noch einen Blick auf das Verhältniß zwischen Baden und Oesterreich in diesem Zeitraum zu werfen, soweit dasselbe nicht oben berührt worden ist. Schon im Beginn der Allianzverhandlungen mit Rußland hatte man, wie bekannt, in Wien darauf gerechnet, daß bei einem künftigen kriegerischen Conflikte die drei süddeutschen Kurstaaten auf die Seite der Coalition treten würden, und Baden für diesen Fall, dem Zaren zu lieb, unter gewissen Voraussetzungen den Breisgau und die Ortenau als Siegespreis zugedacht.[1] Wohl um die feindseligen Absichten gegen Frankreich nicht vor der Zeit zu verrathen, hatte man es in der Folge jedoch sorgfältig vermieden, mit irgendwelchen Eröffnungen oder Anerbietungen an das Karlsruher Ministerium heranzutreten; zum eignen Schaden unterließ man dies aber, wie es scheint, aus altgewohnter Lässigkeit auch dann noch, als der Ausbruch der Feindseligkeiten unmittelbar bevorstand und die französische Diplomatie bereits mit Erfolg bemüht war, sich die Bundesgenossenschaft der Kurhöfe zu sichern. Und doch hätte voraussichtlich

[1] A. Beer, Oesterreich und Rußland in d. J. 1804 und 1805. Archiv f. österr. Geschichte, 53, 201; A. Fournier, Gentz und Cobenzl, 89; Thiers, Histoire du Consulat et de l'Empire, V, 278.

ein rechtzeitiges Eingreifen bei der entschiedenen Abneigung der letzteren gegen die französische Allianz den Abschluß derselben zum mindesten fürs erste verhindert.

So befand sich der österreichische Gesandte von Schall inmitten der Krisis bis in den September hinein ohne Instruktion; seine Thätigkeit war daher nothgedrungen eine lediglich beobachtende. Mit welchem Eifer und Geschick er sich dieser Aufgabe unterzog, davon legen seine zumeist auf zuverlässigen Informationen beruhenden Berichte Zeugniß ab, die uns über die Stimmung am Hofe und im Volke vielfach besser unterrichten, als die amtlichen Karlsruher Correspondenzen. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte er alle Schritte Thiards und Didelots, er durchschaute den Zweck ihrer Sendung vollkommen, nur der Septembervertrag blieb ihm ein Geheimniß; im Vertrauen auf beruhigende Versicherungen Edelsheims nahm er an, die Regierung habe sich noch nicht gebunden und werde den Werbungen Frankreichs bis zum letzten Augenblick ausweichen. Auf seine Bitte um Verhaltungsmaßregeln erging endlich in der zweiten Hälfte des Septembers die Weisung, er möge, so lange er dies ohne persönliche Gefahr thun könne, auf seinem Posten verweilen, den Kurfürsten aber über die Absichten des Kaisers, der an keinerlei Gebietserwerb im Reiche denke, beruhigen und über die Stärke der im Anmarsch befindlichen Streitkräfte der Coalition vertraulichen Aufschluß geben. Irgendwelche bestimmte Forderung wurde an den Karlsruher Hof nicht gestellt, man sprach lediglich die Erwartung aus, Karl Friedrich werde hinsichtlich seiner Truppen die Entscheidung treffen, die er „seinen wahren Interessen am zuträglichsten" erachte. Cobenzl wußte, wie er in diesen Tagen Gemmingen erklärte, zu gut, daß die kaiserliche Armee vorerst nicht in der Lage sei, Baden zu schützen, und verzichtete aus diesem Grunde auf weitergehende Zumuthungen, in der Hoffnung, den Kurfürsten für die Zukunft dadurch bei guter Stimmung zu erhalten.

Als Schall sich des Auftrages entledigte, hatten die Heere Napoleons den Rhein bereits überschritten; die Partei, die der Kurfürst gewählt, ließ sich nicht lange verheimlichen. Am 2. Oktober sah sich Edelsheim, in Folge einer Ordre Napoleons, genöthigt, dem österreichischen und russischen Gesandten unter Zustellung ihrer Päſſe zu eröffnen, daß ihre weitere Anwesenheit im Rücken der französischen Armee nicht geduldet werden könne und sie sich unter dem Schutze einer Eskorte nach Frankfurt zu begeben hätten. Ein paar Tage später verabschiedete sich Schall bei Karl Friedrich; als er, wie es seiner innersten Ueberzeugung entsprach, bemerkte, er wisse wohl, daß sein „gutes, edles Herz" an dem, was geschehen sei, keinen Theil habe, traten dem greisen Fürsten die Thränen in die Augen. Am Abend vor der Abreise erschien er noch im vertrauten Kreise bei der Markgräfin Amalie, die ihren tiefen Kummer über die Wendung der Dinge nicht verbarg und die Haupt=

schuld daran dem verderblichen Einflusse des beim Volke allgemein verhaßten Markgrafen Ludwig beimaß; sie versicherte ihn ihrer Anhänglichkeit an das Kaiserhaus und bekannte offen, daß sie für das Glück der österreichischen Waffen die heißesten Wünsche hege. Auch aus der Mitte der Bevölkerung empfing Schall zahlreiche Sympathiebeweise; beachtenswerth ist vor allem, was er über die Gesinnung des badischen Militärs mittheilt. Eine Anzahl Offiziere, zumeist solche, die früher unter Oesterreichs Fahnen gefochten, suchten und fanden, da sie als Deutsche nicht unter Napoleon kämpfen wollten, durch seine Vermittlung Verwendung im kaiserlichen Heere; nach ihren Aussagen herrschte auch unter den Mannschaften derselbe Geist.

Mit der Uebersiedelung Schall's nach Frankfurt hörte seine Berichterstattung keineswegs auf. Dank seiner vorzüglichen Verbindungen blieb er mit dem Karlsruher Hofe, wie wir aus seinen Depeschen ersehen, auch während des Krieges, wie späterhin, in enger Fühlung und erhielt, wie sein interessanter Bericht über Napoleons Unterredung mit der Markgräfin Amalie lehrt, aus ihrer Umgebung werthvolle Mittheilungen über intime Vorgänge. Seine Funktionen in Karlsruhe hat er nach Beendigung des Feldzugs nicht wieder übernommen, der Gesandtschaftsposten blieb für geraume Zeit unbesetzt.

Nach der Ausweisung Schalls und der offenen Parteinahme Badens für Frankreich wäre das Wiener Cabinet vollkommen berechtigt gewesen, seinerseits in gleicher Weise gegen Gemmingen vorzugehen; auch Edelsheim hielt dies für wahrscheinlich und traf für den Fall Anordnungen, allein wider alles Erwarten verstrich Woche um Woche, ohne daß etwas geschah. Im Gegentheil: sei es persönliche Rücksicht auf den am Hofe beliebten badischen Diplomaten, sei es Achtung vor dem Kurfürsten, der, wie man wohl wußte, nur dem Zwange sich beugte und in kluger Mäßigung jede Herausforderung durch ein Kriegsmanifest vermied, — Gemmingen konnte die schonende, respektvolle Behandlung, die er von Seiten des Ministers andauernd erfuhr, nicht genug rühmen. Erst als der Kaiser sich beim Herannahen der Feinde mit dem Hofe nach Olmütz begab, eröffnete Cobenzl ihm in höflichster Form, daß sein weiteres Verweilen in der Hauptstadt für den Augenblick überflüssig sei, und übersandte ihm die Pässe (7. Nov.). Unbegreiflicher Weise gewann Gemmingen es über sich, auch jetzt noch die Reise zu verschieben; sein Verhalten, das bisher durchaus korrekt war, verstieß nun nicht nur gegen allen diplomatischen Brauch, sondern auch wider die Würde des Kurfürsten, den er vertrat. Was er später zu seiner Entschuldigung anführt, klingt wenig plausibel: mochte er im November vielleicht noch hoffen, durch sein Verbleiben bei einem Umschlag des Kriegsglücks den badischen Interessen nützen zu können, so durfte er nach dem Tage von Austerlitz doch daran nicht mehr denken und hätte zum mindesten dann, auch

ohne Weisung von Karlsruhe, zurückkehren müssen. In der badischen Residenz harrte man indessen mit steigendem Unmuth seiner Heimkunft. Eine erste Ordre, die seine Abberufung enthielt, ging verloren, eine zweite vom 27. November, in der Edelsheim die Aufforderung dringend wiederholte und sein ferneres Verweilen in Wien als einen wahren Skandal in jeder Hinsicht bezeichnete, gelangte erst Ende Dezember in seine Hände. Am 14. Januar, kurz vor der Rückkehr des Hofes, verließ er endlich die Kaiserstadt. In Karlsruhe mit allen Zeichen der Ungnade und mit Vorwürfen, die sich auch auf unglückliche Finanzoperationen bezogen, empfangen, bemühte er sich vergeblich, sich zu rechtfertigen. Seine politische Rolle war ausgespielt. Eine Neubesetzung des Gesandtschaftspostens, um den Dalberg sich beworben, unterblieb und konnte auch, da bei dem engen Anschluß an Frankreich die alten Beziehungen zu dem habsburgischen Kaiserstaate sich immer mehr lockerten, füglich umgangen werden, um so mehr, als sie mit erheblichen, bei der traurigen Finanzlage wenig angebrachten materiellen Opfern verbunden gewesen wäre. Man begnügte sich im Mai 1807 den Oberstleutnant von Rosenfels als Geschäftsträger zu accreditiren; erst nach der Wiederannäherung zwischen Frankreich und Oesterreich, in Folge der Vermählung Napoleons mit Marie Luise, wurde die Gesandtschaft am Wiener Hofe wieder errichtet und dem späteren Staatsminister Freiherrn von Hacke übertragen.

---

4. Beziehungen zu Bayern. Januar 1805 bis Juni 1806. Mit der Erhebung der Markgrafschaft zum Kurstaate hatte sich auch der Kreis der Repräsentationspflichten erweitert. Wie schon früher bemerkt, war im Oktober 1803 von Seiten Kurbayerns der Freiherr Ignaz von Reibeld zum außerordentlichen Gesandten am badischen Hofe ernannt worden und hatte als solcher seinen Wohnsitz in seiner Vaterstadt Mannheim genommen.[1] Es galt diesen Akt der Höflichkeit, der nicht minder einem politischen Bedürfnisse entsprach, zu erwidern; vorübergehend dachte Karl Friedrich, wohl aus Ersparnißrücksichten, daran, seinen Vertreter am Reichstage, den Freiherrn von Seckendorff, gleichzeitig in München zu beglaubigen, schließlich aber lenkte er seine Wahl auf ein Glied eines altangesehenen, auch in Baden begüterten schwäbischen Geschlechts, den Reichsgrafen Hans Philipp Christoph von Degenfeld-Schönburg[2], der ihm von vertrauenswürdiger Seite bestens empfohlen war. Willig folgte der junge Diplomat, der zuletzt in preußischen Diensten stand und als Legationsrath der Londoner Gesandtschaft zugetheilt war, dem Rufe und siedelte im Mai 1806 nach der bayerischen Hauptstadt über, wo er ein volles Jahrzehnt

---

[1] Polit. Correspondenz, IV, 443.

[2] Geb. 26. Nov. 1773, gest. 22. Dez. 1842. Er stammte aus der katholischen Linie Schönburg und war ein Enkel des preußischen Staats- und Kriegsministers Christoph Martin v. Degenfeld.

hindurch, bis zum Herbst 1816, unter theilweise recht schwierigen Verhältnissen die Interessen Badens mit anerkennenswerthem Eifer und Geschick wahrnahm.

In dem Zeitraume, der uns hier beschäftigt, sind ihm wichtige Aufgaben nicht anvertraut worden: wie wir aus den wenigen Berichten ersehen, die wir der Vollständigkeit wegen in diesem Abschnitte zusammenstellen, beschränkte er sich fast ausschließlich auf eine Beobachtung der Vorgänge in München, und nur insofern sind seine Mittheilungen beachtenswerth. Die Verhandlungen über die verwickelte Streitfrage, die sich wegen der Vertheilung der Pfälzer Schulden erhoben hatte, liefen nicht durch seine Hände. Eine Entscheidung der leidigen Angelegenheit, über deren Ursprung und Verlauf im letzten Bande bereits das Nöthige gesagt worden ist, erfolgte trotz aller Bemühungen auch in dieser Periode nicht; Frankreich, dessen Intervention der Kurfürst wiederholt anzurufen versuchte, wich nach wie vor dem Ansinnen aus, da es den Münchner Hof für seine weiteren Pläne brauchte und darum nicht verstimmen wollte. Eine Zeitlang schien es, als sollten sich an die geplante Vermählung des Kurprinzen mit der Prinzessin Auguste von Bayern, der man besonders in den ehemaligen pfälzischen Landestheilen mit lebhafter Befriedigung entgegensah, Hoffnungen auf einen friedlichen Ausgleich der schwebenden Differenzen knüpfen; der allmächtige Wille Napoleons aber, der das Projekt zum Scheitern brachte, durchkreuzte diese Berechnungen. Statt der erwarteten engeren Verbindung der Häuser Zähringen und Wittelsbach war eine merkliche Trübung ihrer wechselseitigen Beziehungen das Ergebniß.

Der Preßburger Friede führte zu weiteren Zwistigkeiten; der Johanniterorden hielt nämlich den Zeitpunkt für geeignet, seine Anrechte auf die Stifter und Klöster des Breisgaus, die der Deputationsrezeß ihm als Entschädigung zugesprochen hatte, von Neuem geltend zu machen, wie wohl diese Besitzungen nach dem Inhalt des jüngsten Friedensschlusses als Zugehörden des Breisgaus zweifellos Baden zufallen mußten und die Karlsruher Regierung in der Auffassung durch Talleyrand ausdrücklich bestärkt wurde; durch Erwählung eines bayerischen Prinzen zum Coadjutor des Großpriorats deutscher Zunge wußte der Orden geschickt den König für die Sache zu interessiren und zur Vertretung seiner Forderungen am badischen Hofe zu bestimmen.[1] Mit ungewohnter Heftigkeit verbat dieser sich jedoch die anmaßliche Einmischung und war entschlossen, auch die rechtlich minder begründeten Ansprüche auf das Fürstenthum Heitersheim, die Bayern in gleicher Weise streitig zu machen suchte, im Vertrauen auf französische Zusicherungen unter allen Umständen, selbst mit Waffengewalt, festzuhalten; einen Sendboten des Ordens, der unter Reibelds Vermittlung Einsprache gegen das Vorgehen Badens erhob, fertigte Edelsheim so gründlich ab, daß er den Versuch nicht ein zweitesmal wiederholte. Der energische Widerstand wurde schließlich von Erfolg gekrönt; wie einem späteren

[1] Vergl. Anhang 1, S. 445 ff.

Abschnitte zu entnehmen ist, gelang es den eifrigen Bemühungen Reitzensteins, in beiden Fragen mit seinen Reklamationen in Paris durchzudringen und die fremden Bewerber endgültig aus dem Felde zu schlagen.

III. Vom Preßburger Frieden bis zur Auflösung des deutschen Reichs. 1. Der Münchner Allianzvertrag und die Mediationsverhandlungen. Januar bis Juni 1806. Der Preßburger Friede hatte im Südwesten des Reiches weder klare staatsrechtliche Verhältnisse, noch für absehbare Zeit eine feste, endgültige Ordnung der Dinge geschaffen. Irgendwelche vertragsmäßige Bestimmung über das Schicksal der Reichsritterschaft und der beiden Ritterorden wurde, wie dringend ihre Lage es auch heischte, nicht getroffen: der ausdrückliche Wille Napoleons und Berthiers Ordre vom 19. Dezember bildeten den einzigen, höchst zweifelhaften Rechtstitel, auf den die gewaltsame Occupation ihrer Lande durch die verbündeten Kurfürsten sich stützte.[1] Soweit eine Abgrenzung der den einzelnen Kurstaaten zugeschiedenen österreichischen Besitzungen und der mit ihnen verknüpften, theilweise höchst verwickelten landeshoheitlichen und lehensherrlichen Rechte überhaupt erfolgte, war sie, wie wir an dem Beispiel des Breisgaues sahen, zumeist ungenau und ungenügend, ein Nothbehelf für den Augenblick. Dazu trat die alte Eifersucht und Begehrlichkeit der neuen Souveräne, die den Antheil, den sie empfangen, nur als Abschlagszahlung betrachteten und unzufrieden und ungestüm weitere Forderungen erhoben.[2] Kein Wunder, wenn ihre Ansprüche, wie wir in dem Exkurse zu einem früheren Abschnitte dargelegt, vielfach auf einander stießen, und durch die maßlosen Uebergriffe Württembergs insbesondere eine Fülle unaufhörlicher Streitigkeiten erwuchs, die mitunter zu offenen Feindseligkeiten führten und in ganz Schwaben einen auf die Dauer unerträglichen, heillosen Zustand von Verwirrung und Unsicherheit erzeugten, dessen schleunigste Beseitigung auch das Interesse Frankreichs gebot.

Die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse war denn auch neben der weiteren Ausgestaltung des durch die früheren Verträge begründeten Allianzsystems der Hauptzweck einer Convention, deren Entwurf Mitte Januar von Talleyrand den verbündeten Höfen vorgelegt wurde und deren Wortlaut an dieser Stelle zum erstenmal mitgetheilt wird. Der Minister kam darin mehrfach auf die Vorschläge zurück, die er, wie wir sahen, im November zuvor dem Kaiser unterbreitet hatte. Das zur strengsten Geheimhaltung bestimmte Bündniß sollte außer Bayern, Württemberg und Baden auch die Schweiz umfassen; die Aufnahme weiterer Mitglieder aus der Zahl der deutschen Reichsstände war in Aussicht

[1] Vergl. Anhang 1, S. 440; dazu Napoleons Schreiben an König Friedrich von Württemberg, vom 16. Nov. 1805, worin er seine Zustimmung ertheilt; v. Schloßberger, Politische und militärische Correspondenz König Friedrichs von Württemberg, 11.

[2] A. v. Schloßberger, Politische und militärische Correspondenz König Friedrichs, 52.

genommen. Jeder der drei süddeutschen Souveräne hatte allen Ansprüchen auf Besitzungen der beiden anderen zu entsagen; etwaige Streitigkeiten sollte eine in Paris unter französischem Vorsitz zu errichtende Mediationskommission entscheiden, deren Aufgabe und Funktionen im einzelnen näher fixirt wurden. Von einer förmlichen Lossagung vom Reiche, wie in dem Novemberentwurfe, war bezeichnender Weise nicht die Rede, immerhin aber bedeuteten die Artikel 6 und 8, durch welche die Contrahenten sich verpflichteten, in keinem Falle ihre Zwistigkeiten vor den Reichstag zu bringen und an einem Reichskriege niemals theilzunehmen, eine bedenkliche Lockerung der alten Beziehungen und einen offenen Bruch mit der Reichsverfassung. Artikel 10 setzte, in Ausführung einer Bestimmung der Wiener Abmachungen, die Höhe des Contingents fest, das die Verbündeten im Kriegsfall zu stellen hatten: für Baden 5000 Mann. Zugleich wurde vereinbart, daß den drei süddeutschen Höfen in dem Gebiete zwischen Inn und Rhein ausschließlich das Recht der Rekrutirung in den Territorien der übrigen Reichsstände zustehen sollte: eine Abrede, durch welche nicht nur die Machtbefugnisse der Souveräne wesentlich erweitert, sondern im Grund auch die ersten Schritte zur Mediatisirung der kleineren reichsfürstlichen Existenzen gethan wurden.

Als erster unter den süddeutschen Verbündeten trat König Max Josef dem Abkommen bei (16. Jan.). Reitzenstein, der kurz nach seiner Ankunft in München Einblick in das Projekt erhielt, war mit demselben, soviel wir seinen dürftigen Aufzeichnungen entnehmen können, durchweg einverstanden; nicht minder sein Hof. Während der Anwesenheit Napoleons in Karlsruhe wurde am 21. Januar der Vertrag unterzeichnet. Der Kaiser, um so mehr in der Gebelaune, als er bei der Begegnung schließlich auch die Einwilligung der Markgräfin Amalie in die französische Heirath erlangte, zeigte sich erkenntlich: er sicherte den Nachlaß der dem Breisgau auferlegten Contribution zu, versprach ausdrücklich, daß der an Württemberg abzutretende Theil nicht mehr als 17000 Seelen Bevölkerung umfassen dürfe, und wies den General Clarke an, zur Abwehr der württembergischen Uebergriffe eine Demarkationslinie im Breisgau festzustellen; aus freien Stücken empfahl er dem Kurfürsten zugleich, bei nächster Gelegenheit, wenn sein Gebiet sich abermals vergrößere, die Königswürde anzunehmen.[1]

Es fehlte in dem Bunde nur noch Württemberg. Allein gerade an dieser Stelle stieß Frankreich auf unerwarteten entschiedenen Widerspruch. König Friedrich, der auch bei diesem Anlasse seine Selbstständigkeit dem Kaiser gegenüber am meisten gewahrt hat, wollte aus leicht ersichtlichen Gründen von dem Pariser Schiedsgericht nichts wissen und ging in der Maßlosigkeit seiner Ansprüche soweit, daß er das Rekrutirungsrecht in dem ganzen oben bezeichneten

[1] Kabinetserlaß an Edelsheim vom 20. August 1806.

Bezirke ausschließlich für sich begehrte.[1] An seiner ablehnenden Haltung ist trotz dem Beitritte von Bayern und Baden der Vertrag schließlich gescheitert. Napoleon hat vorläufig auf die Durchführung seiner Absichten verzichtet, freilich nur, um späterhin in der Rheinbundsakte dem deutschen Süden noch drückendere, schlimmere Bedingungen aufzuerlegen.

Wenige Wochen nach diesen Abmachungen begannen in München unter der Leitung des französischen Gesandten Otto die Verhandlungen eines von Napoleon einberufenen Mediationscongresses, — ein weiterer Versuch, die Ruhe und Ordnung im Süden des Reiches wiederherzustellen, dessen wir in diesem Zusammenhange noch zu gedenken haben. Schon in einem Schreiben vom 4. Januar hatte der Kaiser den verbündeten Souveränen seine Absicht angekündigt und die Aufgaben des Congresses bezeichnet. Ein Theil des Programms wurde durch den Januarvertrag erledigt; was übrig blieb, ließ sich in folgenden Punkten zusammenfassen: Vereinbarung fester Grenzlinien, Schlichtung aller Territorialstreitigkeiten, Regelung des Rekrutirungswesens zwischen Inn und Rhein, Feststellung gemeinsamer Grundsätze für die Pensionirung der depossedirten Mitglieder der geistlichen und Ritterorden, sowie Ersetzung der Reichs- durch Territorialposten. In einem für den Geh. Rath bestimmten Vortrage, der den nach München zu entsendenden badischen Bevollmächtigten, den Geh. Referendären Hofer und Maler, als Richtschnur dienen sollte, entwickelte Reitzenstein seine Anschauungen darüber, im allgemeinen in durchaus maßvoller Weise: selbst die Forderung, daß dem badischen Rekrutirungsbezirke Fürstenberg, Geroldseck, Schwarzenberg und Leiningen, wenn möglich auch Salm-Krautheim, Erbach und Löwenstein-Wertheim einverleibt werden müßten, war gegenüber den württembergischen Anmaßungen eine bescheidene zu nennen und schien bei der unter diesen kleinen Ständen allgemein herrschenden Abneigung gegen den Stuttgarter Hof auch ihren eigenen Wünschen zu entsprechen.

Es waltete indeß kein günstiger Stern über den Münchener Conferenzen. Schon von Anfang an begegnete man Schwierigkeiten; die württembergischen Vertreter erklärten sich nur zu Verhandlungen mit Bayern ermächtigt und verriethen die unfreundlichen, wenig versöhnlichen Gesinnungen ihrer Regierung dadurch nur zu deutlich. So beschränkten die badischen Abgeordneten sich nothgedrungen auf Berathungen mit Bayern, bei denen sich bezüglich der wichtigsten Principien im wesentlichen volle Uebereinstimmung ergab. Beide Theile einigten sich dahin, daß sie dem Stuttgarter Hofe einen gemeinsamen Conventionsentwurf vorlegen und ihn zum Beitritte einladen wollten; falls der König sich weigerte, sollte das Abkommen, ohne Beachtung seines Widerspruchs, dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt und Württemberg, wie Otto vorschlug, durch andere Mittel am Ende zur Nachgiebigkeit gezwungen werden.

[1] A. v. Schloßberger, Polit. u. militär. Correspondenz König Friedrichs, 47.

Mitte Februar änderte sich jedoch wider Vermuthen die Situation: man erkannte in Stuttgart wohl die Nachtheile einer Isolirung, denen man sich aussetzte, und zeigte sich einer Verständigung mit Bayern geneigter, als zuvor. Der Münchner Hof nahm in Folge dessen die Sonderverhandlungen mit Württemberg wieder auf, während die bisher mit Baden geführten völlig ins Stocken geriethen. Um wenigstens einen Schritt weiter zu kommen, hielt Otto es für wünschenswerth, daß auch Baden und Württemberg den Versuch machten, sich mittels eines Tausch- und Purifikationsvertrages über ein gemeinschaftliche Demarkationslinie zu einigen. Nicht ohne begründete Bedenken entsprach Hofer dem Verlangen; seine Voraussage, daß eine gutwillige Uebereinkunft mit dem begehrlichen Nachbarn nicht zu erwarten stehe, ging rasch in Erfüllung. Aus der Antwort, welche die württembergischen Bevollmächtigten auf seine Vorschläge ertheilten, ergab sich klar die Unvereinbarkeit der einander völlig entgegengesetzten Anschauungen und Ansprüche: gegen bescheidene Erwerbungen von zweifelhaftem Werthe wurde dem badischen Staate der Verzicht auf einen der schönsten, fruchtbarsten und blühendsten Theile des Landes, die ganze Bodenseegegend, zugemuthet. Da auch die Verhandlungen zwischen den beiden Königreichen nur langsam vorrückten, überzeugte Otto sich, daß auf diesem Wege nichts zu erreichen sei, und entschloß sich, des langen Harrens müde, auf Grund der vorliegenden Materialien seinerseits den Entwurf einer Convention auszuarbeiten, dessen Genehmigung durch den Kaiser er in Paris zu erwirken hoffte. In dem Berichte, mit dem er am 15. März die Ueberlieferung des Projektes an Talleyrand begleitete, bezeichnet er es als sein Hauptbestreben, «de lier les trois souverains par un nouveau droit public de manière à les mettre dans l'impuissance de se rattacher au Corps Germanique»; daneben tritt die Absicht, die kleinen Reichsstände gegen die Mediatisirungsgelüste der Mächtigeren zu sichern und vermittelst eines besonderen Föderativsystems unter den Schutz Frankreichs zu stellen, unverkennbar hervor. Im übrigen wird man dem Mediationsplane, auf dessen Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann, das Zeugniß nicht versagen, daß er nach Möglichkeit die widerstreitenden Interessen zu versöhnen bemüht war, wie er denn auch hinsichtlich der badisch-württembergischen Demarkationslinie zwischen den beiderseitigen Forderungen einen Mittelweg einschlug. Unter gewissen Vorbehalten zeigten sich Bayern und Baden zur Annahme der Uebereinkunft bereit, der Stuttgarter Hof aber, der sich zunächst in Schweigen hüllte, lehnte Mitte April den Beitritt rundweg ab. Um dieselbe Zeit entschied sich auch das Schicksal des Otto'schen Entwurfes an der Seine: in einem Erlasse an Talleyrand verwarf Napoleon den Plan, dessen Behandlung der Mediatisirungsfrage ihm wenig behagte.[1]

---

[1] Correspondance de Napoléon I, 12, 266 (Nr. 10071).

Damit war die Aufgabe der Münchener Commission endgültig gescheitert, all' ihre Arbeit eine vergebliche. Immer mehr erkannte man, daß man sich auf einem „subalternen Negociationsschauplatze" befinde und die Entscheidung der deutschen Angelegenheiten nur durch einen Machtspruch in Paris erfolgen werde, obgleich es, wie der wackere Hofer bekümmert gesteht, klar war, „daß, wenn je noch die Stunde vorhanden sei, in dem Innern von Schwaben eine erträgliche Ordnung der Dinge ohne fremde Einmischung zu bewirken, solche nur durch ein schleuniges Einverständniß der Betheiligten bewerkstelligt werden müßte".

Die Verhandlungen, die ein bemerkenswerthes Interesse nicht mehr boten, zogen sich zwar noch bis in den Juni hin; das einzige positive Ergebniß derselben bildete eine Convention zwischen Württemberg und Bayern, die nach langen Bemühungen endlich am 3. Juni zu Stande kam und eine Demarkationslinie für die beiden Staaten festsetzte. Der Versuch, zwischen Baden und Württemberg wenigstens über einzelne Streitpunkte einen Ausgleich zu erzielen, schlug dagegen fehl. Mitte Juni reisten die Stuttgarter Bevollmächtigten ab; im Juli folgte auch Hofer seinem Collegen, der schon früher abberufen worden war, und verließ in dem Augenblicke, da in Paris bereits die Würfel gefallen waren, die bayerische Hauptstadt.

---

2. Sendung Reitzensteins nach Paris und Abschluß des Rheinbundes. Februar bis Juli 1806. Mit den zahlreichen bedeutsamen Aktenstücken, die wir in dem letzten Abschnitte dieses Bandes vereinigen, wenden wir uns den langwierigen, verwickelten Verhandlungen zu, die unter Reitzensteins Betheiligung während des oben bezeichneten Zeitraumes in Paris geführt wurden und das Schicksal des Reiches und vor allem des deutschen Südens endgültig entschieden. Seit den ersten Februartagen weilte der badische Minister wieder auf dem wohlvertrauten Schauplatze seiner früheren diplomatischen Thätigkeit. Was ihn zunächst dahin geführt, die Feststellung der Bedingungen des Ehevertrags, zu dem der Kurfürst seine Einwilligung ertheilt hatte, war eine Angelegenheit, die ohne nennenswerthe Schwierigkeiten in kurzem erledigt wurde; am 17. Februar fand die Unterzeichnung der Ehepakten statt, am 8. April folgte ihr die Trauung, zu der sich der Kurprinz Ende Februar nach Paris begab.

Ungleich wichtiger war die politische Mission, die Reitzenstein an der Seine zu erfüllen hatte und die ihn wider Erwarten bis tief in den Hochsommer hinein dort festhalten sollte. Es galt zuvörderst im Sinne Karl Friedrichs eine Reihe von Modifikationen und Anliegen durchzusetzen, welche die nachtheiligen und unklaren Bestimmungen der Verträge von Wien und Preßburg nothwendig machten, und darüber zu wachen, daß Württemberg, das in der Person des Grafen von Wintzingerode einen ebenso geschickten als energischen Anwalt seiner Interessen nach Paris entsandte, nicht abermals die Hoffnungen vereitelte, die man in dieser Hinsicht in Karlsruhe hegte. Die definitive Regu-

lirung der breisgauischen Grenzlinie, die ausdrückliche Abweisung der württembergischen Ansprüche auf die breisgauischen Klöster, sowie die vermöge gewisser financieller Opfer verlangte Anwartschaft auf Heitersheim bezeichnen die nicht zu unterschätzenden Erfolge, die Reitzenstein nach dieser Richtung errungen hat, während er auf eine Entscheidung über die Zugehörigkeit der kleinen Bonndorfer Herrschaften und — trotz früherer Zusage des Kaisers — auch auf den Nachlaß der breisgauischen Contribution vorläufig verzichten mußte.

Daneben handelte es sich aber auch darum, die neuen verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem französischen Kaiserhause, die doch nun einmal ausschließlich politischen Erwägungen ihre Entstehung verdankten, zum Nutzen des Kurstaates nach Kräften auszubeuten als ein Unterpfand für weiteren Gebietszuwachs; der Verzicht Bayerns auf Berg und die Abtretung von Ansbach und Cleve durch Preußen schienen einige Aussicht darauf zu eröffnen. Es läßt sich nicht behaupten, daß die mannigfaltigen Projekte und Denkschriften, in denen Reitzenstein seine Wünsche näher formulirte, sich durch besondere Mäßigung auszeichneten: „fordern Sie stets soviel als möglich!“, rieth er dem Kurprinzen in der richtigen Erkenntniß, daß die Andern es gerade so machten und alle Bescheidenheit, wo die Zukunft des Kurstaates auf dem Spiele stand, durchaus unangebracht war. Wir können hier auf die bunte Reihe der Vorschläge, die im Laufe der nächsten Monate auftauchten und sämmtlich, sei es direkt, sei es in Verbindung mit weiterem Gebietstausch, eine bessere Arrondirung des Landes anstrebten, selbstverständlich nicht eingehen: die Reichsstädte Frankfurt[1] und Nürnberg, Ulm, Nellenburg, Bonndorf, das Fürstenthum Aschaffenburg, der südlich vom Main gelegene Theil von Hessen-Darmstadt und Nassau kommen u. a. dabei in Frage; selbst nach dem Norden, auf Bremen und Verden, richtete die badische Diplomatie begehrlich ihre Blicke. Ernsthafter und angelegentlicher beschäftigte man sich nur mit einer Erwerbung von Berg und der Schweiz. Im Vertrauen auf Aeußerungen Thiards und Talleyrands, die in München gefallen waren und, wie es scheint, durch Zusicherungen Napoleons bei seinem Besuche in Karlsruhe unterstützt wurden, glaubte Reitzenstein, auf die Zutheilung des rheinischen Herzogthums, die er schon Ende Dezember ins Auge gefaßt, rechnen zu dürfen; um so unangenehmer war er daher überrascht, als Anfangs März die Kaiserin Josefine dem Kurprinzen eröffnete, daß darüber zu Gunsten Murats verfügt und für Baden ein anderer Ersatz in Aussicht genommen sei.[2] Eine vollwerthige Entschädigung dafür hoffte er in der Schweiz zu finden, die als Königreich Helvetien mit Baden vereinigt werden sollte:

[1] Ueber die badischen Absichten auf Frankfurt vergl. meinen Aufsatz: Zur Geschichte Frankfurts in den J. 1805 und 1806. Frankf. Zeitung vom 30. März 1901 (Nr. 88); Wiederabdruck unter dem Titel: Frankfurt und Baden 1805—1806, im Archiv f. Frankfurter Geschichte und Kunst, dritte Folge, VII, 317 ff.

[2] Nach einem Erlaß Napoleons an Talleyrand anscheinend die untere Grafschaft Katzenellenbogen. Correspondance, 12, 87 (Nr. 9969).

längst verschollene vermeintliche Ansprüche auf Neuschâtel und Valengin wurden erneuert, die alten historischen Beziehungen der Zähringer zu dem Lande wieder geltend gemacht, um die Forderung zu begründen, deren Bewilligung, wie man nachzuweisen versuchte, auch den politischen Interessen Frankreichs entsprach. Wie man aus unseren Akten ersieht, lehnte man in Paris den Plan, auf dessen Verwirklichung — allerdings in weit bescheidenerem Umfange — Reitzenstein noch Ende Juni zählte, nicht direkt ab, nahm ihn aber doch mit kühler Zurückhaltung auf. Talleyrand begnügte sich damit, die Sache als durchführbar zu bezeichnen, ähnlich äußerte sich Napoleon selbst; jeder verbindlichen Zusicherung ging man jedoch trotz aller Bemühungen des badischen Ministers geflissentlich aus dem Wege, irgend welchen praktischen Erfolg hatte auch diese Anregung nicht.

Wesentlich erschwerend wirkte bei all' den Verhandlungen, daß die volle Last der Arbeit allein auf Reitzensteins Schultern ruhte. Sein Verhältniß zu Dalberg, der das Vertrauen des Hofes nicht mehr in dem Maaße wie früher besaß, war wohl nicht ohne beiderseitige Schuld ein höchst gespanntes, so daß er es grundsätzlich vermied, mit ihm über Geschäfte zu reden. Nicht viel mehr bedeutete die Unterstützung, die ihm durch den Kurprinzen zu Theil wurde, wiewohl dieser vermöge seiner Stellung in erster Linie berufen gewesen wäre, die Interessen seines Hauses bei Napoleon zu vertreten. Eine bedauerliche Unschlüssigkeit und Unthätigkeit, im Verein mit einem tief wurzelnden Mißtrauen gegen seine Umgebung, offenbarte sich schon damals bei dem an sich nicht unbegabten, aber unter den Folgen einer vernachlässigten Erziehung leidenden jungen Fürsten und entpreßten seinem diplomatischen Berather und Lehrmeister wiederholt bittere Klagen. Nur zu bald erfüllte sich leider, was in jenen Tagen ein Mann, der die badischen Verhältnisse ruhig und vernünftig zu beurtheilen gewohnt war, in einer etwas scharfen, im Ganzen aber doch zutreffenden Charakteristik von dem Prinzen vorausgesagt hat.[1]

Inzwischen traten mit dem Beginn des Frühjahrs die Erörterungen über die deutschen Angelegenheiten in ein neues, für die süddeutschen Souveräne aussichtsreicheres Stadium. Mit der Ablehnung des Otto'schen Mediationsplanes waren, wie wir sahen, die Münchner Conferenzen gescheitert; die Lösung der Aufgabe, die ihnen gestellt war, fiel nunmehr der Pariser Diplomatie zu. Immer mehr drängte sich bei der Entscheidung über die Zukunft Schwabens, um die es sich handelte, im Gegensatz zu den Münchner Berathungen der Plan einer völligen Mediatisirung der mindermächtigen schwäbischen Reichsstände, die bisher noch mühsam ihre Existenz gerettet, in den Vordergrund.

Es muß anerkannt werden, daß die Initiative zu dieser neuen Gewaltmaßregel, wiewohl Reitzenstein gelegentlich mit dem Gedanken gespielt hat, nicht von dem

[1] «Il fera, sans avoir de grands vices ni de grandes vertus, par sa seule force d'inertie, le désespoir de tous ceux qui voudraient opérer le bien de son pays.» Massias an Duroc, 8. Juli 1806. Unten Nr. 639.

badischen Hofe ausgegangen ist. Die Verantwortung trifft vielmehr auch hier, wie früher bei der Unterjochung der Reichsritterschaft, vor allem Württemberg. Wintzingerode war es, der unter dem Vorwand ungenügender Entschädigung im Namen des Königs den ungeheuerlichen Anspruch auf die Landeshoheit über ganz Schwaben erhob und damit die Erörterung der Frage zunächst anregte; Bayern folgte seinem Beispiel. In Paris war die Stimmung anscheinend getheilt.

Napoleon zeigte sich principiell mit einer Auftheilung Schwabens unter die drei verbündeten Souveräne einverstanden und geneigt, ihnen zu dem Zwecke freie Hand zu lassen, nur wünschte er nicht, sich direkt einzumischen und seinen Namen dabei genannt zu sehen, um, wie er selbst gesteht, die Höfe, mangels einer öffentlichen Legalisirung ihres Vorgehens, zu um so engerem Anschluß an das Kaiserreich zu zwingen.[1] Talleyrand und seine Vertrauten schienen dagegen von dem Projekte, das nach ihrer Ansicht dem wahren Vortheil Frankreichs nicht entsprach, nur wenig erbaut.[2] Der Minister mußte sich indeß den Weisungen Napoleons fügen und eröffnete am 13. April dem Grafen Wintzingerode den Willen des Kaisers, indem er möglichste Beschleunigung der Angelegenheit empfahl und gemeinsame Vorschläge zur Durchführung des Planes von den Vertretern der drei Regierungen forderte.

Reitzenstein verhehlte sich nicht, daß der angesonnene Schritt eine offene Verletzung der Reichsverfassung bedeutete und der Willkür des Stärkeren in einer den betheiligten Höfen dereinst vielleicht selbst verderblichen Weise Thür und Thor geöffnet würde; er erklärte Talleyrand daher unumwunden, der Kurfürst wünsche weder eine Unterjochung der Reichsmitstände, noch billige er dieselbe; lediglich vom Standpunkte einer „defensiven Operation“ aus, um den Andern die Beute nicht allein zu überlassen und sich vor Nachtheilen zu schützen, werde er sich ihnen unter Umständen anschließen.[3] Auch dem Kaiser, der den badischen Minister am 25. April empfing, verbarg dieser seine Bedenken nicht. Aber die Gegenvorstellungen Napoleons, die an der Entschiedenheit seiner Absichten keinen Zweifel aufkommen ließen, sowie die wohlberechnete Drohung, er werde, falls man nicht schleunigst auf seine Pläne eingehe, den Bitten der kleinen Reichsfürsten entsprechend als Protektor an ihre Spitze treten, dann aber auch sich selbst die Suprematie über Schwaben aneignen, all' dies verfehlte seine Wirkung auf Reitzenstein nicht, und er überzeugte sich, daß der gebieterische Drang der Umstände und die Pflicht der Selbsterhaltung einen anderen Ausweg nicht mehr gestattete. Auch in Karlsruhe wußte man keinen besseren Rath, wenn man nach Recht und Billigkeit den geplanten Gewaltakt auch noch so scharf verurtheilte, und fügte sich widerwillig in das Unvermeidliche.[4]

---

[1] Correspondance de Napoléon, 12, 267.
[2] Vergl. Nr. 589 und 642; dazu Talleyrand, Mémoires, I, 304.
[3] Aehnliche Erwägungen bei v. Gagern, Mein Antheil an der Politik, I, 149.
[4] Vergl. die Gutachten der Geh. Räthe Brauer und Herzog, Nr. 604 und 605.

Im Auftrag des Kaisers und auf Grund der ausdrücklichen Zusage, daß jeder der drei Höfe gleichmäßig berücksichtigt werden solle, entwarf Reitzenstein unmittelbar nach der entscheidenden Audienz einen vorläufigen Theilungsplan, den er im Einverständnisse mit Wintzingerode am 2. Mai Talleyrand überreichte; im Namen der beiden Collegen erklärte er zugleich, daß es dringend wünschenswerth sei, das Mediatisirungssystem nicht auf Schwaben zu beschränken, sondern bis zur Mainlinie auszudehnen: nach dem Entwurfe, der beiden Eventualitäten Rechnung trug, sollte jeder der verbündeten Souveräne einen Bevölkerungszuwachs von rund 160000 bezw. 212000 Seelen erhalten.

Allein schon von Anfang an stieß man wie in München auf tausend Schwierigkeiten. So sehr Napoleon zuvor auf raschen Abschluß gedrängt, so wenig beeilte er sich nun mit seiner Entscheidung. Abgesehen von den Verhandlungen mit England, die in dieser Zeit sein Interesse von den deutschen Dingen ablenkten, war er oder doch wenigstens seine Regierung neuerdings wieder unschlüssig geworden über den Umfang und die Gestalt, die dem Projekte gegeben werden sollte. Die in ihrer Selbständigkeit bedrohten kleinen Reichsstände setzten sich im Stillen zur Wehr und entsandten ihre Agenten nach Paris, um wie ehemals mit deutschem Golde die Gunst der französischen Machthaber zu erkaufen. Ihre Einwirkung machte sich auch in den Kreisen des auswärtigen Ministeriums, wo man den Mediatisirungsideen ohnedies nicht sonderlich geneigt schien, bemerklich; aus einer interessanten Relation, die einer ihrer Wortführer, der Fürstenbergische Regierungspräsident von Kleiser, hinterlassen hat[1], ersehen wir, daß aus ihrer Mitte der Vorschlag, die schwäbischen Fürsten und Grafen unter französischem Protektorat zwischen Donau, Bodensee, Iller und Schwarzwald zu arrondiren, erfolgt und von einflußreicher Seite in Paris eine Zeitlang begünstigt worden ist.

Dazu trat ein anderes Moment. So einig die drei Höfe in der Principienfrage waren, so wenig konnten sie sich von Anbeginn an über die Durchführung des Planes verständigen: der alte Hader brach von neuem los, und Reitzenstein sah schon anfangs Mai klar voraus, daß nur eine unabänderliche kategorische Entscheidung des Kaisers zu einer Lösung führen werde. Da Wintzingerode und Cetto auf Instruktionen warteten, ruhten die Verhandlungen einige Wochen lang völlig. Der badische Diplomat, den ihr Zaudern mit Mißtrauen erfüllte, benutzte die Frist, um in Anknüpfung an frühere Gedanken mit Kleiser für alle Fälle das Projekt eines freiwilligen Subjektionsvertrages zu erörtern, der von der Kreisverfassung ausgehend den Höfen nicht nur die bisher den Kreisviertelsdirektoren zustehenden Rechte, sondern auch weitere, durch die Zeitverhältnisse bedingte Befugnisse, wie die oberste

[1] Das Original derselben befindet sich in Donaueschingen. Da es sich um eine nicht unwichtige Quelle für die Vorgeschichte des Rheinbundes handelt, wäre eine Veröffentlichung dringend zu wünschen.

Gerichtsbarkeit, das Rekrutirungsrecht u. a. einräumen sollte. Nach Aeußerungen Kleisers schien es, als ob außer Fürstenberg auch andere Reichsstände, vor allem Hohenzollern, aus Sorge vor Württemberg, mit Freuden dazu die Hand bieten würden. Inzwischen aber waren die Weisungen aus Stuttgart und München eingetroffen, und Mitte Juni begannen die Conferenzen von neuem, auch diesmal freilich nicht mit besserem Erfolg. Cetto und Wintzingerode legten ihrerseits eine Reihe von Gegenprojekten für die Auftheilung der schwäbischen und fränkischen Lande vor, die von Reitzenstein wiederum beantwortet und bekämpft wurden: wir können hier auf Einzelheiten nicht eingehen. Immer deutlicher zeigte es sich, daß, wie es den kleinen Ständen an der nöthigen Kraft und Einigkeit zu einem Zusammenschluß fehlte, auch der Zwiespalt der Meinungen und Interessen der drei Souveräne unversöhnlich war und nur durch ein Machtwort Napoleons beseitigt werden konnte.

Ehe wir die fernere Entwickelung der Dinge verfolgen, sei in Kürze eines Zwischenfalles gedacht, der zwar vorwiegend das Gebiet der inneren badischen Politik berührt, in der Pariser Correspondenz Reitzensteins aber eine wichtige Rolle spielt und schon um seiner tiefeingreifenden Folgen willen hier erwähnt werden muß. Es handelt sich um den der Geschichtsforschung bisher unbekannt gebliebenen, höchst bemerkenswerthen Versuch einer Einmischung Napoleons in die inneren Angelegenheiten des Kurstaates, unseres Wissens das erste Beispiel dieser Art, das der Kaiser einem deutschen Reichsstande gegenüber gegeben. Den Anlaß dazu bot die seit geraumer Zeit zusehends sich verschlimmernde Lage der badischen Finanzen, die im wesentlichen durch die Kriegsdrangsale der letzten fünfzehn Jahre und die mit den Neuerwerbungen anfänglich verknüpften Opfer und Lasten verschuldet war. Berichte von Massias, die zum Theil auf unzutreffenden Informationen beruhten, und böswillige Uebertreibungen von anderer Seite, deren Ursprung nicht mit Sicherheit zu ermitteln ist[1], machten die Gräfin Hochberg und ihren Stiefsohn, den Markgrafen Ludwig, für die traurigen Zustände in einem Umfange verantwortlich, der, wie unsere Nachweise lehren, den thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprach. Napoleon, der seit der Vermählung seiner Adoptivtochter ihrer neuen Heimath ein erhöhtes Interesse entgegenbrachte, erfuhr davon und schenkte den Verdächtigungen vollen Glauben. In Gegenwart des Kurprinzen kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung mit Reitzenstein, in deren Verlauf der Kaiser sein Mißfallen über die Karlsruher Mißwirthschaft bezeugte und den Minister be-

[1] Reitzenstein vermuthet, daß der Einfluß des Münchner Hofes dabei im Spiele war; nach einer aus späterer Zeit stammenden, allerdings mit Vorsicht zu benützenden Darstellung Haynaus scheint es nicht ausgeschlossen, daß auch Dalberg hinter den Coulissen intriguirte, um den ihm persönlich verhaßten Markgrafen Ludwig zu stürzen. Daß der durch die jüngsten Ereignisse verschärfte Gegensatz der am Karlsruher Hofe sich befehdenden Parteien dabei eine Rolle spielte, klingt in der That nicht unwahrscheinlich.

auftragte, der Gräfin Hochberg zu eröffnen, daß, wofern sie nicht persönlich zu einer besseren Ordnung des Staatshaushaltes ihr Theil beitrage, ihre Söhne auf Anerkennung ihres Erbfolgerechts nicht rechnen dürften.

Das Schreiben, das wider den Willen Napoleons zur Kenntniß Karl Friedrichs gelangte, verursachte in Karlsruhe begreiflicher Weise das peinlichste Aufsehen. Markgraf Ludwig, der seine Dienste von Frankreich so übel belohnt sah und ob der plötzlichen Wandlung der kaiserlichen Gunst völlig die Fassung verlor, trat von dem Präsidium des Finanzministeriums zurück. Auch der greise Kurfürst empfand die Kränkung seiner Gemahlin und Mißachtung seiner eigenen Würde tief, nicht minder bekümmerte ihn, daß die Erfüllung des sehnlichsten Wunsches seines Alters bedroht erschien, allein im Gefühl seiner Ohnmacht und mit Rücksicht auf die Interessen seines Landes, die zur Zeit auf dem Spiel standen, wagte er es nicht, gegen die französischen Anmaßungen offen Verwahrung einzulegen: er begnügte sich mit der Versicherung, daß der Freiherr von Seckendorff, dem er provisorisch die Leitung der Finanzen übertrug, in Paris Rechenschaft über deren Zustand ablegen werde, und überließ es seinem Minister, den Unwillen Napoleons zu beschwichtigen. Aus Gründen, deren Darlegung der zu erwartenden Geschichte der badischen Verwaltung vorbehalten bleiben muß, ist indeß die Reise Seckendorffs sowie die in Aussicht gestellte Reform der Finanzen unterblieben; wohl in Folge der Vorstellungen Reitzensteins ist in Paris eine versöhnlichere Stimmung eingetreten, die sich zunächst durch die Verleihung des Großkreuzes der Ehrenlegion an den Markgrafen kund gab und bald darauf auch, was ungleich wichtiger war, Karl Friedrich in den Stand setzte, durch die im Einvernehmen mit Napoleon kraft eigener Souveränität erlassene Successionsakte vom 10. September die Erbfolgerechte seiner Söhne aus zweiter Ehe gesetzlich zu sanktioniren.[1] Aber einen Beweis dafür, daß der Kurfürst aufgehört hatte, Herr im eigenen Hause zu sein, und das Verhältniß zu Frankreich in der That, wie Reitzenstein sich ausdrückt, das einer völligen Unterordnung geworden war, bildete das Vorkommniß doch, und die Ausblicke, die es für die Zukunft im Rheinbund eröffnete, waren wenig tröstliche.

Wir wenden uns zurück zu den Verhandlungen über die deutsche Frage. Während die drei Höfe, wie wir sahen, in unfruchtbarem Hader über den Antheil an der Beute die Zeit vergeudeten, hatte sich die Situation wesentlich zu ihren Ungunsten verändert. Seit Mitte Juni etwa gewannen die Pläne, welche die Pariser Regierung ohne ihr Vorwissen ausarbeitete, festere Gestalt.[2]

[1] Vergl. Nr. 666.

[2] Vergl. im Folgenden v. Gagern, Mein Antheil an der Politik, I, 140; v. Montgelas, Denkwürdigkeiten, 136 ff.; v. Schloßberger, Literarische Beilage des Staatsanzeigers für Württemberg, J. 1889, S. 291 ff.; Bignon, V, 214 ff.; Thiers, VI, 366 ff.; 386 ff. Das Manuskript der von Pfeffel hinterlassenen Memoiren, das bei

Im Vordergrunde stand jetzt wieder der Gedanke an eine völlige Loslösung des Südens vom Reichsverbande, der Talleyrand einst in der obenerwähnten Novemberdenkschrift vorgeschwebt hatte. Statt einer Beschränkung der Mediatisirungen auf Schwaben war man mit der von den verbündeten Souveränen vorgeschlagenen weiterern Ausdehnung einverstanden und ging sogar erheblich über die von ihnen gezogenen Grenzen hinaus, mit dem wesentlichen Unterschiede jedoch, daß die zur Verfügung stehende Ländermasse nicht mehr ausschließlich ihnen zugesprochen, sondern auch unter andere Mitbewerber vertheilt werden sollte, die sich inzwischen gemeldet und vor dem kaiserlichen Thron Gnade gefunden hatten.

Am 27. Juni erfolgte die erste Mittheilung von dem Entwurfe an Cetto und Wintzingerode. Reitzenstein, der davon erfuhr, begehrte sofort Zulassung zu den Verhandlungen und erhielt am 2. Juli durch Talleyrand Einblick in den geplanten Bundesvertrag, der nunmehr an Stelle des durch Württembergs Weigerung vereitelten Januarabkommens treten sollte. Nach den Berichten, die er seinem Hofe erstattete, war er mit dem Loose, das Baden zufiel, im Ganzen zufrieden, unterließ es aber nicht, die Zuweisung von Nürnberg an Bayern zu weiteren Forderungen zu benützen. Mit Rücksicht auf die schwebenden Friedensverhandlungen mit England und Rußland trat dann vorübergehend während einiger Tage nochmals ein Stillstand ein; um auf die beiden Mächte einen Druck auszuüben, gab Talleyrand vor, man werde auf das Rheinbundsprojekt verzichten, wenn der Friede rasch zum Abschluß gebracht werde: ernst gemeint, wie man angenommen hat, war diese Versicherung schwerlich.[1] Die Vertreter der drei Höfe benutzten inzwischen die kurze Frist wiederholt zu vertraulichem Meinungsaustausch über den Inhalt des Entwurfes, über den sie, da ihnen jede Abschriftnahme beharrlich verweigert wurde, vielfach im Unklaren waren. Sie verhehlten sich die Gefahren, die der Vertrag in sich barg, keineswegs und schienen einig in dem Bestreben, daß der französische Einfluß nach Kräften eingeschränkt werden müsse. In einer Besprechung am 10. Juli verständigte man sich über die Punkte, gegen die man gemeinsame Einsprache zu erheben gedachte: vor allem erschien die förmliche Trennung vom Reiche, die Anerkennung des französischen Protektorats, die Creirung eines Fürsten Primas, die Einrichtung eines Bundestags und die Forderung eines Bundesstatuts in hohem Grade bedenklich und mit den Pflichten gegen Kaiser und Reich unverträglich. Aber diese Bedenken kamen zu spät, der Gang der Dinge ließ sich nicht mehr aufhalten. In der Nacht vom 10./11. Juli erklärte Napoleon, der Plan müsse ungesäumt angenommen werden. Schon am nächsten Tage wurde im Ministerium die endgiltige Fassung der Conföderationsakte, die von dem letzten Entwurfe

dem Antheil des Autors an den Begebenheiten vermuthlich wichtige Aufschlüsse geboten hätte, ist leider vor einigen Jahren einem Schloßbrande zum Opfer gefallen.

[1] Vergl. Bignon, a. a. O. V, 230.

mehrfach abwich, in aller Eile festgestellt, am gleichen Abend noch gab Cetto, durch eindringliche Drohungen eingeschüchtert, seine Zustimmung zu erkennen und unterzeichnete als erster am 12. Juli den Vertrag. Seinem Beispiele folgten, da kein weiteres Zögern gestattet wurde, die Vertreter der übrigen Reichsstände, auf deren Beitritt man zählte, mit Ausnahme von Württemberg: — unter ihnen auch Reitzenstein. Angesichts der entschiedenen Haltung Frankreichs und der Nachgiebigkeit Bayerns, das durch seine Ablehnung das Abkommen vielleicht noch hätte verhindern können[1], blieb ihm keine andere Wahl. Inhalt und Bedeutung der denkwürdigen Akte, durch die sich fünfzehn deutsche Reichsfürsten vom Reiche lossagten, um unter Napoleons Protektorat in ein ständiges Bundesverhältniß zu Frankreich zu treten, sind zur Genüge von anderer Seite gewürdigt. Was sich zu ihrer Rechtfertigung anführen läßt, hat Montgelas in seinen „Denkwürdigkeiten" geschickt zusammengefaßt[2]; Reitzenstein selbst hat in einem eingehenden Berichte, der die Situation klar erkennen läßt, seine Anschauungen darüber niedergelegt. Soweit es sich um den territorialen Erwerb handelte, war das Ergebniß für Baden zweifellos ein recht günstiges. Gegen Abtretung von Biberach erhielt Karl Friedrich von Württemberg die Herrschaft Bonndorf, die Städte Villingen und Bräunlingen, sowie Tuttlingen; ferner das Fürstenthum Heitersheim und die Deutschordenskommenden Freiburg und Beuggen, endlich die Souveränität über den größten Theil des Fürstenthums Fürstenberg, die Herrschaft Hagnau, die Grafschaft Thengen, die Landgrafschaft Klettgau, die Aemter Neudenau und Billigheim, das Fürstenthum Leiningen und die Besitzungen der Fürsten und Grafen von Löwenstein-Wertheim auf dem linken Mainufer, sowie auch dank den Reklamationen Reitzensteins in letzter Stunde noch über den nördlich der Jaxt gelegenen Theil des Fürstenthums Salm-Krautheim[3]: alles in in allem rund 92 Quadratmeilen mit 270000 Einwohnern, ein höchst ansehnlicher Zuwachs an Land und Leuten, der die Grenzen des zum Großherzogthum erhobenen Kurstaates vortrefflich abrundete und einen fast ununterbrochenen Zusammenhang[4] vom Main bis zum Bodensee schuf.

Freilich fehlte dem verlockenden glänzenden Bilde auch die dunkle Kehrseite nicht, und der dauernde Gewinn wurde für's erste, solange die Schöpfung des Rheinbunds bestand, durch die daraus entspringenden Schäden und Nachtheile bei weitem überwogen: höchst lästige Zumuthungen, die mit den beschworenen Satzungen der Reichsverfassung im Widerspruch standen und ihre Vernichtung

---

[1] Auch Montgelas leugnet diese Möglichkeit nicht völlig. Denkwürdigkeiten, 141.

[2] A. a. O. 140 ff.

[3] In dem Entwurfe, den Talleyrand am 2. Juli Reitzenstein vorlegte, war davon noch nicht die Rede; es war das eine der Aenderungen, die noch kurz vor dem Abschluß des Vertrages getroffen wurden.

[4] Eine Unterbrechung fand nur im Süden durch die Landgrafschaft Nellenburg statt, die erst i. J. 1810 in badischen Besitz überging.

zur unausbleiblichen Folge haben mußten, daneben andere nicht minder drückende Verpflichtungen, die sich mit dem Begriffe und dem Wesen der neugeschaffenen Souveränität schlecht vertrugen und durch die Opfer an Gut und Blut, die sie heischten, trübe Ausblicke auf die anbrechende Zeit der Fremdherrschaft eröffneten.

Schien jede nachträgliche Einsprache gegen diese Verbindlichkeiten auch aussichtslos, so ließ Reitzenstein doch nichts unversucht, um wenigstens bezüglich einiger anderer Artikel vermöge eines Supplementsvertrages, den er vorschlug, gewisse Modifikationen zu erlangen: sein Bestreben war dabei hauptsächlich auf Festsetzung einer Demarkationslinie zur Abgrenzung der ritterschaftlichen Besitzungen und, wenn irgend möglich, im Interesse einer weiteren Arrondirung auf Erwerbung von Nellenburg gerichtet. Irgend welchen Erfolg erzielte er indeß nicht; er mußte sich mit einem beschwichtigenden mündlichen Bescheide Talleyrands begnügen und empfahl seinem Hofe unter diesen Umständen die unbedingte Ratifikation.

Wie früher bei ähnlichem Anlaß fiel auch diesmal den Geh. Räthen Brauer und Meier die undankbare Aufgabe zu, ihr Gutachten über den Vertrag abzugeben, das, wie die Dinge lagen, nur in dem Antrag auf Genehmigung gipfeln konnte. Aber man erkennt aus ihren Darlegungen doch, daß wenigstens in diesem Kreise keinerlei Freude über die neuen Errungenschaften herrschte: mit ehrlicher Entrüstung und tiefem Kummer empfanden die beiden Männer, die mit ihren alten, den glücklichsten Tagen der gesegneten Regierung Karl Friedrichs entstammenden Traditionen sich nur schwer in der neuen Zeit und ihrer das Recht gewaltsam beugenden Politik zurecht fanden, die Zertrümmerung des Reichs und die Aufrichtung des Rheinbundes, dessen „Spott- und Schimpfkonstitution“ Brauer insbesondere einer vernichtenden Kritik unterzog. „Die deutschen Fürsten“, meinte er, „die an ihrem alten Kaiser die kleinste Machtanmaßung nicht dulden konnten, werden nun lernen müssen, das Gewicht des Wortes Caesar sich zu vergegenwärtigen“, und Meier hielt nicht mit dem Vorwurf zurück, daß man, was geschehen sei, zum Theile selbst verschuldet und das Recht auf Klage darum verwirkt habe. Auch der Kurfürst war über den Inhalt der Bundesakte in hohem Grade verstimmt: der Schritt, der ihm zugemuthet wurde, widerstrebte seinem innersten Gefühle, der Gesinnung treuer Ergebenheit gegen Kaiser und Reich, in der er aufgewachsen und alt geworden war. Dazu gesellte sich eine gewisse Enttäuschung; es berührte ihn schmerzlich, daß die Königswürde, die der Entwurf Talleyrands ihm noch anfangs Juli zugedacht hatte, wohl auf Reitzensteins Gegenvorstellungen hin in der Schlußredaktion ihm versagt blieb und die eben erst mühsam erkämpfte Gleichstellung mit Bayern und Württemberg damit wieder preisgegeben wurde. Es hat, wie wir sehen, an Bemühungen nicht gefehlt, in diesem Punkte nachträglich noch Remedur zu erwirken: in Folge der energischen Abwehr Reitzensteins aber, der,

im Gegensatze auch zu Dalberg, überzeugt war, daß der Glanz der Königskrone dem bescheidenen Umfange des Staates und der übeln Lage seiner Finanzen wenig entspreche und der damit verbundene Aufwand den völligen Ruin des Landes herbeiführen werde, beruhigte man sich in Karlsruhe anscheinend und ließ die Sache vorläufig fallen.

Am 26. Juli ertheilte Karl Friedrich dem Vertrage die Bestätigung, die nun einmal nicht mehr zu umgehen war; wenige Tage vorher hatte auch König Friedrich von Württemberg, nachdem der Versuch einer Umstimmung des bayerischen Hofes mißglückt war, seinen Widerstand aufgegeben, nicht ohne als Rückendeckung für alle Fälle einen papierenen Protest in seinem Archive niederzulegen und in einer offenen Erklärung sich gegen die Abtretung von Tuttlingen an Baden förmlich zu verwahren. Der Auswechslung der Ratifikationsurkunden, die Ende Juli in München stattfand, folgte am 1. August am Regensburger Reichstage die feierliche Lossagung der Rheinbundsfürsten vom Reichsverbande, die Kaiser Franz II. mit der Niederlegung einer Krone beantwortete, die jede Bedeutung verloren hatte: sang- und klanglos wurde das alte tausendjährige Reich Karls des Großen zu Grabe getragen.

Wir sind damit am Endpunkte einer Entwickelung angelangt, die mit der Separatfriedenspolitik der 90er Jahre begonnen und in ihrem Verlaufe die kleine Markgrafschaft zwar an Land und Leuten, an Macht und äußeren Ehren reichlich gemehrt, zugleich aber mit unerbittlicher Consequenz und gebieterischer Nothwendigkeit von Schritt zu Schritt zusehends Frankreich in die Arme getrieben hat. Nicht eigene Neigung noch freier Wille, sondern der Zwang äußerer Verhältnisse, dem auch Stärkere sich nicht entziehen konnten, und ein berechtigter Egoismus, die in dem Kampfe Aller gegen Alle gebotene Pflicht der Selbsterhaltung, haben die Geschicke Badens in dieser Zeit tiefgreifender Umwälzungen entschieden. Gewiß haftet dieser Entwickelung manches Unerfreuliche und Gewaltsame an, aber, indem sie trostlose, unhaltbar gewordene Zustände beseitigte und die in unzähligen Sonderexistenzen zersplitterten Kräfte des Reichs zu lebensfähigeren, fest in sich geschlossenen Staatswesen zusammenfaßte, hat sie doch auch die unentbehrlichen Grundlagen für eine neue bessere Ordnung der Dinge geschaffen und unbewußt dem Werke der nationalen Einigung vorgearbeitet, das in unseren Tagen seine Krönung gefunden hat.



I.

Vor dem Ausbruch des dritten Coalitionskrieges.



1. Ettenheim.
März—April 1804.

1. Talleyrand an Massias[1].

Paris, 19 ventôse an 12 (10. März 1804).

[Weisung, die in der Note vom gleichen Tage enthaltenen Forderungen zu unterstützen. Verhaftung von Georges.]

Übersendet eine Note, die Massias sofort an Edelsheim zu übergeben habe.

La demande qui en fait l'objet est si légitime et si importante que nous ne doutons pas qu'on ne s'empresse d'y faire droit. La connaissance que Vous en aurez prise Vous mettra à même de presser la décision du gouvernement électoral et de favoriser de tous les moyens qui seront en Votre pouvoir l'extradition des personnes désignées dans le rapport du grand juge et leur remise aux officiers chargés de les recevoir à Strasbourg.

Georges a été arrêté hier avec un de ses plus affidés, la plus grande partie des coupables est donc déjà sous les mains de la justice, et j'ose dire que l'Europe entière est intéressée à ce que ce mystère profond d'iniquité soit bientôt dévoilé dans toutes ses parties, et il le sera d'autant plus facilement qu'on aura rassemblé de toutes parts les preuves et les complices des intrigues abominables dont cette conspiration est le fruit.

Concept, Pariser Archiv.

2. Talleyrand an Edelsheim[2].

Paris, 19 ventôse an 12 (10. März 1804),
prs. 15. März gegen Mittag.

[Auslieferung der Offenburger, Ausweisung aller übrigen Emigranten.]

Le soussigné ministre des relations ext. de la République Française a l'honneur d'adresser à Mr le Bon d'Edelsheim copie d'un rapport que

[1] Gedruckt bei Boulay de la Meurthe, Les dernières années du Duc d'Enghien, p. 156. Die dort vermißte Note, auf die hier verwiesen wird, ist identisch mit Nr. 2.

[2] Gedruckt bei Gabriac, Justifications de Talleyrand. Revue d'histoire diplomatique 5, 369 ff.; Mémoires de Talleyrand, 3, 305.

le grand juge a fait au Premier Consul[1]. Il prie Son Excellence de placer cette pièce importante sous les yeux de S. A. S. l'Electeur de Bade. Son Altesse y trouvera des preuves nouvelles et évidentes du genre de guerre que le gouvernement britannique poursuit contre la France et Elle sera douloureusement étonnée d'apprendre que dans Ses propres états, à Offenbourg, il existe une association d'émigrés français qui sont au nombre des plus actifs instruments de toutes ces trames abominables.

Le soussigné est chargé de demander formellement que les individus qui composent ce comité d'Offenbourg soient arrêtés et livrés avec tous leurs papiers aux officiers français, chargés de les recevoir à Strasbourg.

La réclamation officielle que le soussigné présente à cet égard dérive du texte même de l'article 1 du traité de Lunéville[2]. Et quand il s'agit d'une conspiration d'état dont les faits connus ont déjà excité l'indignation de l'Europe, les rapports particuliers d'amitié et de bon voisinage qui subsistent entre la France et S. A. S. Electorale ne permettent pas de douter qu'Elle ne soit empressée d'exécuter à la réquisition du Gouvernement Français cette stipulation capitale du traité de Lunéville et de concourir d'ailleurs à donner plus de moyens de dévoiler une machination qui menaçait à la fois la vie du Premier Consul, la sûreté de la France et le repos de l'Europe.

Le soussigné est chargé de plus de demander que par une mesure générale et irrévocable tous les émigrés français soient éloignés des pays qui composent l'Electorat de Bade. Leur séjour dans la partie de l'Allemagne la plus rapprochée de la France ne peut jamais être qu'une cause d'inquiétude, une occasion de troubles et pour eux-mêmes une excitation à lier des intrigues dont l'Angleterre profite et qu'elle étend et dirige au gré de ses détestables projets.

Et si l'on considère que les émigrés qui se trouvent encore hors de France sont tous des hommes conjurés contre le gouvernement actuel de leur ancienne patrie, des hommes qu'aucune circonstance, aucun changement n'ont pu rapprocher et qui sont dans un perpétuel état de guerre contre la France, il est évident qu'ils sont de ceux qui au terme du traité de Lunéville ne devaient trouver asile, ni protection dans les états germaniques. Leur exclusion est donc de droit rigoureux. Mais quand on ne devrait l'attendre que des principes et des sentiments connus de S. A. S. Electorale, on ne douterait pas qu'Elle ne mît du soin à éloigner de es états des hommes aussi dangereux et à donner ainsi au Gouvermement Français une preuve de plus du prix qu'Elle attache aux rela-

[1] Wiederholt gedruckt, zuletzt bei Gabriac, a. a. O. 5, 368.

[2] Die betr. Stelle lautet: «Il ne sera donné aucun recours et protection, soit directement, soit indirectement, à ceux qui voudraient porter préjudice à l'une ou à l'autre des parties contractantes».

tions parfaitement amicales que tant de circonstances ont contribué à établir entre la France et l'Electorat de Bade.

Le soussigné attend donc avec toute confiance la détermination qui sera prise par S. A. S. Electorale sur les deux demandes qu'il a été chargé de Lui faire parvenir, et il saisit cette occasion pour Lui renouveler etc. . . .

Copie.

3. Talleyrand an Edelsheim[1].

Paris, 20 ventôse an 12 (11. März 1804),
prs. 16. März, 3 Uhr Morgens.

[Mittheilung von der geplanten Gebietsverletzung. Motive.]

Je venais de Vous adresser une note dont l'objet était de demander l'arrestation du comité d'émigrés français à Offenbourg, lorsque le 1er Consul par l'arrestation successive des brigands que le gouvernement anglais a vomis en France ainsi que par la marche et les résultats des procédures qui s'instruisent ici a connu toute la part que les agents anglais d'Offenbourg avaient aux horribles complots tramés contre sa personne et contre la sûreté de la France. Il a appris également que le Duc d'Enghien et le général Dumouriez étaient à Ettenheim et, comme il est impossible qu'ils se trouvent dans cette ville sans la permission de S. A. E., le 1er Consul n'a pu voir sans la plus profonde douleur qu'un prince, auquel il s'était plu à faire ressentir les effets les plus spéciaux de l'amitié de la France, ait pu donner refuge à ses plus cruels ennemis et les ait laissés tramer paisiblement des conspirations aussi inouïes.

Dans cette circonstance extraordinaire le 1er Consul a cru devoir ordonner à deux petits détachements de se porter à Offenbourg et à Ettenheim pour y saisir les instigateurs d'un crime qui par sa nature, met hors du droit des gens[2] tous ceux qui sont convaincus y avoir pris part.

C'est le général Caulaincourt qui est chargé à cet égard des ordres du 1er Consul; Vous ne pouvez pas douter qu'il ne mette dans leur exécution tous les égards que peut désirer S. A. E. Ce sera lui qui aura l'honneur de faire parvenir à V. Exc. la lettre que j'ai été chargé de Lui écrire[3] . . . .

Copie.

[1] Der in den Mémoires historiques sur la catastrophe du Duc d'Enghien, 263 veröffentlichte Text ist durchaus incorrect; auch der Abdruck bei Welschinger, Le Duc d'Enghien, 270, sowie in den Mémoires du Prince Talleyrand, III, 308, weist einige Varianten auf. Das Original der Note existirt im Karlsruher Archive nicht mehr. — Was Thiers, Histoire du consulat etc., 4, 453 über ihren Inhalt bemerkt, ist höchst ungenau.

[2] Vergl. dazu die Bemerkung Welschingers, a. a. O. 422.

[3] Talleyrand übersendet das vorliegende Schreiben am 12. März an Caulaincourt mit der Weisung, es, sobald sein Auftrag in Offenburg vollzogen sei, dem Minister zu-

4. Massias an Edelsheim.

Karlsruhe, 21 ventôse an 12 (12. März 1804).

[Fordert die Verhaftung und Auslieferung der Baronin von Reich.]

Je reçois une lettre du conseiller d'état Shée, préfet du département du Bas-Rhin, et copie des ordres qu'il a reçus du gouvernement par un courrier extraordinaire pour faire arrêter la Baronne de Reich[1].

Il résulte des renseignements qu'il a fait prendre à Strasbourg qu'elle a quitté ce domicile le lendemain du jour de l'arrestation de Madame Lajolais[2] pour se rendre à Offenbourg, où elle doit être dans ce moment et où elle demeure habituellement.

Il m'engage de solliciter de V. Exc. l'ordre nécessaire, pour qu'elle soit arrêtée à Offenbourg ou partout où elle pourrait être dans les états de Bade, que ses papiers et effets soient mis sous scellé et pour qu'elle soit conduite à Strasbourg[3].

Il me prévient en outre que pour bien s'assurer que la prévenue ne pourra échapper, il a écrit directement au magistrat d'Offenbourg, pour l'aviser des démarches qu'il m'engage à faire près de V. Exc., convaincu par le zèle que V. Exc. voulut bien mettre à faire arrêter Daniel Thum[4], qu'Elle n'en mettra pas moins à faire arrêter une personne qui a trempé

---

stellen zu lassen. Falls es nicht möglich wäre, über den Rhein zu gehen, sollte er dasselbe zurückhalten. Vergl. Mémoires historiques, 168; Revue d'histoire diplomatique, 5, 372 (mit falschem Datum). — Selbstverständlich hat Talleyrand, als er dieses Schreiben entwarf, der bei Welschinger, 423 abgedruckte Bericht von Massias noch nicht vorgelegen, wie der Verfasser es darzustellen versucht, denn dieser Bericht ist, was Welschinger zu bemerken vergißt, vom 23. März datiert.

[1] Marie Eleonore Cäcilie Reich von Platz, älteste Tochter des † Freiherrn Franz Aug. Ferd. Böcklin von Böcklinsau und Witwe des bischöflichen straßburgischen Oberbürgermeisters Franz Konrad Reich von Platz, früher in Rastatt wohnhaft, wo ihr durch Geheimen Ratsbeschluß vom 1. September 1800 der Aufenthalt gestattet worden war. Sie war ehemals in die Affaire Pichegru verwickelt und wurde durch die Straßburger Behörden neuerdings der Theilnahme an den Umtrieben der Emigranten verdächtigt. Vgl. Moniteur vom 18. April 1804, wonach sie die Correspondenz zwischen Condé und Fauche Borel vermittelt; Boulay de la Meurthe a. a. O. 95, 127 ff.; Nougarède de Fayet, Recherches historiques sur le procès et la condamnation du Duc d'Enghien, I, 213 ff.; das Schreiben Shée's ebenda, I, 215.

[2] Frau des bekannten, an der Verschwörung des Georges Cadoudal betheiligten Generals.

[3] Ueber die Verhaftung und Wegführung der Frau von Reich vergl. Nougarède, a. a. O. I, 215 ff.; Boulay de la Meurthe, 163.

[4] Daniel [nicht Charles] Thum aus Pfeddersheim, der Theilnahme an der Verschwörung gegen Bonaparte verdächtig, war auf Requisition von Massias Ende Februar zu Stein am Kocher verhaftet und von der badischen Regierung ausgeliefert worden. Vergl. Boulay de la Meurthe, a. a. O. 126.

dans un complot odieux, qui ne peut laisser aucune voie à la pitié, puisque tous ses moyens étaient l'assassinat.

J'ai l'honneur de Vous prier, Mr. le Baron, de vouloir bien obtenir le plutôt qu'il sera en Votre pouvoir de S. A. S. Electorale des ordres pour se saisir de la personne de la Baronne de Reich, pour faire apposer les scellés sur ses papiers et effets et la faire conduire à Strasbourg . . . .

Um jede Verzögerung zu vermeiden, erbietet sich Massias, die betr. Ordre durch seinen eigenen Secretär nach Offenburg expediren zu lassen.

Copie.

---

5. Geheimrathsprotokoll.

Karlsruhe, 12. März 1804.

[Befehl zur Verhaftung der Baronin von Reich; Auslieferung vorerst verweigert.]

Auf das Schreiben des französischen Geschäftsträgers Massias vom 12. März[1] wird beschlossen:

Da man hier nicht informirt ist, inwiefern sie [Baronin von Reich] als französische Bürgerin angesehen werden könne oder als deutsche Staatsbürgerin anzusehen sei, in letzterem Fall aber solche wider ihren Willen, zumal solange sie nicht als vollständig überwiesen ist, der Staatsverfassung nach ebenso leicht nach Frankreich nicht auszuliefern sein dürfte, sowie ein französischer Bürger in solchem Fall auch hierher nicht ausgeliefert werden würde, doch aber man die möglichste Bereitwilligkeit zur Untersuchung und etwa verschuldeten Bestrafung eines derartig gemein-interessanten Vergehens mitzuwirken bezeugen will, so soll dem Obervogteiamt Gengenbach per extr. prot. sogleich aufgegeben werden, gedachte Frau von Reich in anständige, doch hinlängliche Verwahrung zu nehmen, ihre sämmtlichen Effekten und Papiere in Gegenwart des vom Charge d'affaires Herrn Massias abzusendenden Bevollmächtigten, der diesen Befehl überbringt, unter Siegel zu legen und sogleich dem Präfekten in Straßburg davon Nachricht zu geben, um jemand zu der vom Obervogt zu bewirkenden Entsiegelung, Durchgehung und Inventur der Papiere nach Offenburg abzusenden, wonach alsdann auf erfolgte berichtliche Anzeige S^mus wegen der Auslieferung weitere Entschließung ertheilen werden[2] . . . . . .

---

[1] Oben Nr. 4.

[2] Der Erlaß, der Massias zur Weiterbeförderung verschlossen zugestellt wurde, ging nicht ab, da inzwischen die Nachricht, daß Frau von Reich bereits verhaftet sei, eintraf und durch den Bericht des Obervogteiamts Gengenbach vom 11. d. M. bestätigt wurde. Statt dessen wurde die Behörde laut jener Ordre angewiesen, wegen gemeinsamer Entsiegelung und Durchsuchung der Reichschen Papiere mit dem Präfekten von Straßburg das Nöthige zu vereinbaren. Danach ist die Angabe bei Nougarède, I, 216, die kurfürstliche Regierung habe ausdrücklich die Erlaubniß zur Auslieferung ertheilt, zu berichtigen. (Geh. Rathsprot. vom 13. März. Nr. 1462.)

6. Extrait d'une lettre d'Offenbourg[1].

Offenburg, 13. März 1804.

[Umtriebe französischer Gensdarmen in Offenburg. Erregung unter den Einwohnern.]

Je dois appeler Votre attention sur une circonstance, c'est que depuis 10 jours des gendarmes français déguisés logent dans les cabarets d'ici et changent de quartiers tous les deux jours et reparaissent dans d'autres cabarets sous d'autres noms ou sont remplacés par des nouveaux venus. Leur nombre augmente même, hier encore il est arrivé deux en uniforme, de sorte que dans ce moment-ci il y en a neuf ici, 6 déguisés dispersés dans les cabarets, les deux en uniforme d'hier au soir et l'officier porteur de la réquisition du préfet[2]. Les bourgeois sont en fermentation et inquiétude, ils craignent quelque acte de violence, n'ayant aucune troupe armée ici, ces 9 gendarmes, enlevant le masque, pourront faire ce qu'ils veulent, et ils pourraient se permettre tout impunément, quitte qu'on les désavoue ensuite, car on ne pourra leur résister.

---

7. Lieutenant Huffschmidt[3] an den Prinzen Ludwig von Baden.

Kehl, 15. März 1804 früh 1/2 1 Uhr.

[Grenzüberschreitung durch französische Truppen. General Leval nach Offenburg. Verhaftungen.]

Ich finde mich meiner Dienstpflicht gemäß veranlaßt, Ew. Hf. Durchlaucht durch Estaffette unterthänigst zu melden, daß diese Nacht 10 1/2 Uhr vom französischen General Leval zu mir geschickt wurde, um mich zu avertiren, daß derselbe mit einiger Mannschaft hier durchmarschiren werde und dieserhalb die Verabredung mit Sr Kf. Durchlaucht zu Baden dieserwegen schon geschehen sei.

In dem nämlichen Augenblick kam der General mit ohngefähr 2 Kompagnien Infanterie und beiläufig 400 Mann Cavallerie nebst 4 Kanonen mit brennenden Lunten hier vorbei und umringten das Wirthshaus zum Rehfuß, wo sie einen deportirten Franzosen[4] nebst einem Juden namens Oppenheimer, aus Wien gebürtig, arretirten und nach Straßburg abführen ließen. Auch wurde die allhiesige Post umzingelt und der Postmeister Tridant in einer Chaise mit Eskorte hinübergebracht.

---

[1] Zuschrift von unbekannter Hand; auch der Adressat war nicht zu ermitteln.

[2] Michel Petermann, der den Befehl zur Verhaftung der Frau von Reich erhalten. Nougarède, I, 215.

[3] Commandant des in Kehl liegenden Infanteriepostens.

[4] Doux-Melleville, ehemals Offizier im Corps Condé. Vergl. den Bericht von Desmarest vom 21. Juli 1804 bei Boulay de la Meurthe: Les dernières années du Duc d'Enghien, 312.

Die Mannschaft nahm den Weg gegen Offenburg zu, und ein Theil Infanterie hielt sich über der Kinzigbrück nebst etwas Artillerie. An der Rheinbrück unserseits wurde bei dem Jägerposten auch ein französischer zurückgelassen.

Während ich diese meine unterthänigste Meldung Ew. Hf. Durchlaucht abschicke, ist diese Troupe noch nicht zurückpassirt.

Ich schicke die ganze Zeit von meinem Kommando Patrouillen im Dorf und der Stadt herum, um etwa die neugierigen Bewohner in ihren Häusern zurückzuhalten und alle weiteren Unannehmlichkeiten zu verhüten.

---

8. Bericht der Rathsvogtei Offenburg an das kurfürstliche Obervogteiamt Gengenbach.

Offenburg, 15. März 1804.

[Die Verhaftungen in Offenburg.]

In der Frühe 3/4 3 Uhr ist ein französisches Korps von angeblich 1000 Mann[1] unter der Führung des Divisionsgenerals Leval vor der Stadt erschienen und hat die Thore besetzt.

Ein kurfürstlich badenscher Hauptmann[2] begab sich mit dem General Leval und einem andern hohen Offizier, namens Caulaincourt, von der Garde consulaire, zu dem Hofrath und Rathschultheiß Witsch nach der uns heute von diesem geschehenen Anzeige, und man mußte dem gedachten Hauptmann die Häuser melden, wo die in Arrest zu nehmenden französischen Ausgewanderten sich befänden.

Auf dieses wurden dieselben durch französisches Militär in der Wohnung des erwähnten Rathschultheißen Witsch zusammengebracht und die Arretirten sind: die schon in ihrer Wohnung seit dem letzten Sonntag, den 11ten dieses, festgehaltene Frau von Reich, dann Mme Moira, der Generalvicar d'Eymar, der General Vauborel und endlich der Capitaine de Bollogne[3], welche 5 Emigrirte auch in Postchaisen unter starker Begleitung nach Strasburg gebracht worden und mit selben das gesammte französische Militaire von hier abzog.

---

[1] In Wahrheit waren es nur 6—700 Mann; Boulay de la Meurthe, a. a. O. 309. — Ueber die Vorgänge in Offenburg vergl. den beachtenswerthen ausführlichen Bericht des Landvogts Kleinbrodt vom 15. März, den ich zur Entlastung dieses Abschnittes an anderer Stelle, in den Mittheilungen der Badischen Historischen Commission, Nr. 21 m 57, veröffentlicht habe.

[2] Die Angabe beruht auf Irrtum; man hatte offenbar einen Franzosen in badische Uniform gesteckt, um den Schein zu erwecken, als sei die badische Regierung mit allem einverstanden. Vergl. die „Geschichtserzählung" Nr. 15, sowie meine Bemerkungen zu der Relation Kleinbrodts a. a. O.

[3] Andere Emigranten, nach denen gefahndet wurde, wie Frau von Gelb, Mr de Musset und Mis de Mauroy hatten sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Mémoires historiques, 210.

Während dies in der mit mehr als 100 Mann Grenadiers besetzten Wohnung des Rathschultheißen Witsch vorging, wurde der Strasburger Polizeikommissaire Lais zu dem hieseitigen Rechtskonsulenten von Laabe abgeschickt, um ihm die versiegelten und in der städtischen Canzlei dahier aufbewahrten Papiere der Frau von Reich abzufordern, und wie der General Leval gegen den besagten Ratskonsulenten von Laabe den Befehl erneuerte, auf der Stelle die befragten Papiere auszuliefern, so wurde dies auch sogleich gegen einen Schein des Polizeikommissärs bewirkt . . . . . .

---

9. Bericht des Regierungsadvokaten Sartori.

Ettenheim, [15. März 1804].

[Verhaftung des Herzogs von Enghien.]

Heute früh gleich nach 5 Uhr erschien über einmal ein Detachement französischer Truppen, bestehend aus ohngefähr 40 Mann Reitern und etwa soviel Mann Grenadiere, alle waren mit Ober- und Untergewehr stark bewaffnet, wurden von einem allem Anschein nach Stabsoffizier, den sie Commandanten nannten[1], angeführt und besetzten mit gezogenen Säbeln und gespannten Hahnen sogleich alle drei Thore der Stadt Ettenheim, alle sonstigen Aus- und Eingänge, ja sogar alle Gassen der Stadt. Ein Theil der Infanterie begab sich in die Wohnung des Freiherrn von Ichtrazheim, allwo Se Durchlaucht der Herzog von Enghien wohnten, weckten den Freiherrn von Ichtrazheim sowohl, als den Herrn Herzog aus dem Schlafe, hießen sie auf der Stelle sich ohne allen Lärmen, mit gespannten Terzerolen vor ihnen stehend, sich ankleiden und nahmen sie sodann halb angekleidet durch eine Trupp von etwa 20 Grenadiers in die kaum einen Flintenschuß von der Stadt liegende sogenannte Pelzmühle, wo sie solche wohl verwahrten . . . . .

Gleichzeitig wurden auf ähnliche Weise der General von Thumery, der Oberst von Grünstein, Adjutant des Herzogs, und der herzogliche Secretär Jacques verhaftet und abgeführt.

. . . Diese ganze Arretirung ging ohne einigen Widerstand und Allarm vor sich.

Von Stadtrathswegen begaben sich der Amtsschultheiß Kollefrath und der Untergezogene zu dem Kommandirenden, befrugen ihn, aus was für Anlaß er diese so überraschte und das Territorialrecht beleidigende Festnahme vorgenommen und warum er dieses gethan, worauf wir von ihm zur Antwort erhielten, das wisse er selbst nicht, er habe eben so den Befehl dazu erhalten, es wäre eine Staatssache und Se Kf. Durchlaucht wären allschon vorgestern abends hiervon benachrichtet worden. Diesem setzte er noch zu: wir sollten uns nur ganz ruhig halten, keine Gewalt zeigen, denn er habe sogar drei Kanonen bei sich und würde bei geringstem Aufstand ohne weiteres auf die Bürgerschaft abfeuern lassen.

---

[1] General Ordener. Ueber die Ettenheimer Vorgänge vergl. Nougarède, I, 279 ff.; Mémoires historiques, 229 ff. (Bericht Charlots) und Boulay de la Meurthe, 168—188.

Meinem Vermuthen nach Abgeordnete von französischen Gens d'armes begaben sich hierauf wieder in die Wohnungen der befestigten Herrn, durchsuchten mit vieler Genauigkeit alle Effekten . . ., packten alle vorgefundenen Papiere und Briefschaften in derselben Portefeuilles und nahmen sie mit sich. Bei dieser Gelegenheit wurde zugleich ein Condé'scher Lieutenant namens Schmidt, der Herr Generalvikarius Abbé Weinborn und dessen Secrétaire Michel und zwar beide letztere nur jeder von einem Infanteristen[1] handfest gemacht . . . . Auf unser beim Kommandirenden desfalls gemachtes Anfragen erhielten wir zur Antwort, man wolle beide letztere Herren Geistlichen nur über einige Punkte befragen.

Etwas später ließ man den Freiherrn von Ichtrazheim, den wir bei dem Kommandanten als hiesig begüterten Einwohner erklärten, wieder los.

Man mußte alsogleich einen mit 4 Pferden bespannten Leiterwagen gegen baare Bezahlung bestellen, der die Herren Gefangenen fortführen sollte.

Alles ging ruhig von Statten und als die Truppen, wie die Offiziere zu mir sagten, ihr kommissarisches Geschäft vollendet, begab sich sämtliche Mannschaft zu den Herrn Gefangenen in die Pelzmühle, verlangte von dem Amtsschultheißen Branntwein und Brod, welches bezahlt wurde, verzehrte solches im Beisein einer Menge Menschen vor der Mühle, und begab sich alsdann die Straße über Grafenhausen und Kappel über den Rhein.

Copie; davon an einigen Stellen abweichend das Concept.

---

10. Bericht des Oberamts Mahlberg[2].

Mahlberg, 15. März 1804.

[Ein Versuch zur Befreiung der Gefangenen aussichtslos.]

Uebersendet den Bericht des Advokaten Sartori durch Estaffette.

Wir hätten zwar das Kommando vielleicht noch bis zum Rhein erreichen, aber die Abführung nicht wohl hindern können, weil es nach der Lage der Sache nicht räthlich gewesen, Gewalt zu brauchen, da das starke Kommando bestimmte Befehle gehabt zu haben schien, seine Ordre auszuführen, sohin das Oberamt ohne Erfolg sich nur kompromittirt haben würde . . . . .

11. Landvogt von Roggenbach[3] an Edelsheim.

Mahlberg, 15. März 1804.

[Prinzessin Charlotte Rohan. Verhalten des Herzogs bei seiner Verhaftung. Aufregung im Volke.]

La Princesse de Rohan est venue ici cette après-midi; V. Exc. jugera de l'état où elle se trouve; elle compte aller demain à Strasbourg pour

[1] Im Concept: Reiter.

[2] Gezeichnet: von Roggenbach und F. W. Kühlenthal.

[3] Geheimrath Franz Xaver von Roggenbach, Landvogt zu Mahlberg. Durch die Revolution seiner linksrheinischen Besitzungen beraubt, war er im Jahre 1792 in badische

voir ce qui en arrivera du Duc d'Enghien; elle nous a assuré que le Duc n'avait eu aucune connaissance de la conspiration contre Bonaparte et qu'il ne s'y trouverait rien à ce sujet parmi ses papiers; le Duc doit avoir aussi dit aux officiers qui l'ont arrêté, qu'il ne pouvait point être ami de leur gouvernement et qu'il le combattrait, lorsqu'il le pourrait, les armes à la main, mais qu'il n'était point conspirateur et encore moins assassin. La consternation était extrême à Ettenheim et l'est encore; il ne s'en serait peu fallu que le peuple eût pris fait et cause pour le Duc[1], mais le nombre des Français et des gens prudents l'en ont empêché. C'est la garnison de Sélestat [Schlestadt] qui a fait cette expédition, il y a eu 2 ou 300 hommes de ce côté du Rhin, le reste était en parade de l'autre côté, il doit aussi y avoir eu du militaire à Altenheim, mais nous n'en sommes pas encore informés officiellement, tout ceci fait une sensation que je ne saurais exprimer dans le public, chacun en raisonne à sa façon, et le plus sage se tait . . .

---

12. Edelsheim an Talleyrand.

Karlsruhe, 16. März 1804[2].

[Ausweisung der Emigranten durch Generaldekret.]

Edelsheim hat die Note Talleyrands vom 10. März und den Bericht Régniers dem Kurfürsten unterbreitet.

. . . Elle a sans doute été bien douloureusement étonnée d'apprendre qu'à son insçu il dut exister dans Ses propres états à Offenbourg une association d'émigrés français qui étaient du nombre des plus actifs instruments de toutes ces trames détestables dont l'idée seule inspire la plus vive horreur.

L'arrestation des prévenus et leur transport à Strasbourg ayant déjà été effectuée par un détachement de troupes françaises, il ne restait à l'Electeur qu'à satisfaire à la seconde demande . . . savoir d'éloigner par une mesure générale et irrévocable tous les émigrés français des pays qui composent l'Electorat de Bade.

En conséquence un décret général est sous presse qui sera inséré incessamment dans la feuille des ordonnances électorales . . . . Ce décret

Dienste getreten und unterhielt von seinem Amtssitze aus einen regen gesellschaftlichen Verkehr mit dem Herzoge, unter dessen Führung er sich im Winter wohl den Freuden des Eislaufs hinzugeben pflegte. Nach einer Tradition der Familie, in deren Besitz noch mancherlei Erinnerungszeichen aus dieser Zeit sich befinden, hat auch er wiederholt dem Herzog die Gefahr seines Aufenthalts an der Grenze vorgestellt. Gütige Mittheilung Sr Excellenz des Herrn Staatsministers a. D. Freiherrn Franz von Roggenbach.

[1] Vergl. den Bericht Charlots. Mémoires historiques, p. 230.

[2] Abgefertigt am 18. März.

embrasse rigoureusement l'éloignement hors des états électoraux de tous les émigrés français qui ne seront pas munis d'un certificat authentique de quelqu'autorité de la République et les baillis et préposés de chaque district de ce pays sont rendus responsables de son exacte exécution.

Ne doutant pas que cette mesure ne soit trouvée entièrement conforme aux intentions du gouvernement français, l'Electeur ose se flatter que sa prompte détermination à cet égard fournira au Premier Consul une nouvelle preuve du prix que S. A. E. attache à sa bienveillance et au maintien des relations amicales qui subsistent si heureusement entre la France et l'Electorat de Bade . . . .

Orig. Pariser Archiv. Copie Karlsruhe.

13. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 25 ventôse 12[1] (16. März 1804).

[Lagerbjelke über den Ettenheimer Vorfall scheinbar beruhigt. Franzosenfeindliche Gesinnungen bei Hofe. Frau von Edelsheim.]

Der schwedische Kabinetssekretär des Königs, Lagerbjelke, hat sich ziemlich gemäßigt über die Affaire Enghien geäußert. Die Erklärung, «que j'avais été chargé de réclamer simultanément cette mesure du ministère de S. A. S.», befriedigt ihn, er verspricht, den König davon abzuhalten, eine daraufbezügliche Note an die französische Regierung zu richten, wie dieser beabsichtigt.

Der Vorfall habe übrigens wieder klar gezeigt, daß, mit Ausnahme des Marquis de Montpernis, die Umgebung des Kurfürsten durchaus antifranzösisch gesinnt ist, vor allem Frau von Edelsheim, «qui dirige son mari et les affaires de l'Electorat», sie hasse die Franzosen im Grund ihres Herzens.

Pariser Archiv.

14. Geheimerathsprotokoll.

Karlsruhe, 16. März 1804.

[Ausarbeitung eines Précis historique über die jüngsten Vorfälle. Mittheilung an Görtz, Dalberg und Gemmingen. Weisung für Görtz.]

Auf Grund der Meldung des Lieutenants Hufschmidt, der Berichte des Obervogts Kappler und der Oberämter Mahlberg und Gengenbach, sowie der beiden Schreiben Talleyrands vom 19. und 20. Ventôse (10./11. März) wird beschlossen, „es solle eine blos geschichtliche mit den eingekommenen Berichten und Schreiben dokumentierte Erzählung des Vorgangs vom 12. d. M. an, also mit der Requisition und Arretirung der Frau von Reich zu Offenburg anfangend aufgesetzt" und dem Reichstagsgesandten Grafen Görtz zu dem Ende zugestellt werden, „um von diesem unerwarteten Vorgang sowohl den Kaiserlichen Herrn Concommissariis als auch den Kurfürstlichen Herrn Gesandten die mündliche Eröffnung zu thun, mit dem Beisatz: man hoffe um so zuversichtlicher, noch solche weitere Aufklärungen zu erhalten, welche die im ersten Augenblick entstandenen großen Besorgnisse

[1] In einer Depesche vom 15. März, abgedruckt bei Boulay de la Meurthe, 314 ff., hatte Massias u. a. berichtet, die Verhaftung des Herzogs habe in Karlsruhe tiefen Eindruck gemacht, im Uebrigen werde sie die kurfürstlichen Behörden wieder an die Rücksichten erinnern, die sie Frankreich schuldeten und nur zu oft vergäßen.

über Störung des Ruhestandes in dieser Gegend von Deutschland ganz entfernen dürften, als nach den bis jetzt eingegangenen Nachrichten jene französischen Truppendetachements schon sämmtlich über den Rhein zurückgegangen, auch der in Kehl arretirte Postmeister Tridant bereits wieder entlassen worden sei".

Abschriften dieser „Geschichtserzählung" sollen den beiden Gesandten in Paris und Wien zur Information mittgetheilt werden[1].

---

15. Geschichtserzählung.

Karlsruhe, 16. März 1804.

[Die Vorgänge in Offenburg und Ettenheim.]

Der von der französischen Regierung an den Schwäbischen Kreis akkreditierte und in Karlsruhe residierende Chargé d'affaires, Herr Massias, hat am 12ten März d. J. durch ein Schreiben an den kurf. badischen Staatsminister, Freiherrn von Edelsheim (Ziffer 1)[2] das Ansuchen gethan, die in Offenburg wohnende, in eine Staatsverschwörung gegen Frankreich verwickelte Frau von Reich, geborene von Böcklin, in Verhaft nehmen, ihre Papiere versiegeln, und sie mit dieser nach Straßburg verabfolgen zu lassen. Ihre Arretierung und die Versiegelung ihrer Papiere wurde nach Ziffer 2[3] sogleich verordnet, die Auslieferung hingegen in der Ungewißheit, ob sie eine deutsche oder eine französische Staatsbürgerin sei, auf die nähere Auskunft hierüber ausgesetzt.

Ehe jedoch dieser Befehl an Ort und Stelle gelangen konnte, erhielt man von dem kurf. Obervogteiamt Gengenbach die berichtliche Anzeige, daß die Frau von Reich auf die Requisition des Präfekten zu Straßburg, Herren Staatsrath Shée, bereits provisorisch arretiert und ihre Effekten unter Siegel gelegt worden seien, worauf sofort unter dem 13. März der wiederholte Befehl nach Ziffer 3[4], erlassen wurde, den Herrn Präfekten zu Straßburg bei dem noch vorwaltenden Anstande gegen die Auslieferung einzuladen, einstweilen Jemanden abzuordnen, welcher der Entsiegelung und Untersuchung derer in Beschlag genommenen von Reichischen Papiere beiwohne.

In Erwartung dessen kam am 15ten März vormittags von dem in Kehl stationierten kurbadischen Lieutenant Hufschmidt nach Ziff. 4[5] die ganz unvermuthete Meldung, daß in der verwichenen Nacht ein französisches Truppenkorps unter dem Vorgeben: es sei mit der Landesherrschaft bereits die nöthige Abrede genommen worden, allda den Rhein passiert, den Postmeister Tridant zu Kehl nebst zwei andern fremden Personen gefangen genommen und dann seinen Marsch weiter in die Gegend von Offenburg fortgesetzt habe.

---

[1] Auch dem Zaren wird dieselbe in französischer Uebersetzung (Précis des événements etc.) durch die Markgräfin Amalie zugestellt. Edelsheim an Gemmingen, 3. April.

[2] Oben Nr. 4.

[3] Oben Nr. 5.

[4] Oben Nr. 5 Anm. 2.

[5] Oben Nr. 7.

Ueber diesen so ganz unerwarteten Vorgang haben sich Ihre Kurf. Durchlaucht sogleich von dem hiesigen französischen Chargé d'affaires Herrn Massias die nöthige Aufklärung erbitten lassen. Statt solcher überreichte derselbe dem Staatsminister Freiherrn von Edelsheim ein Schreiben Sr Exc. des Ministre der Auswärtigen Verhältnisse H. Talleyrand vom 19. Ventôse an XII (Ziff. 5)[1], worinnen das Ersuchen enthalten ist, die Individuen eines in Offenburg bestehen sollenden Comité, welches die gefährlichsten Pläne gegen die französische République geschmiedet habe (wovon man aber hier nicht die entfernteste Ahnung hatte), arretieren und nach Straßburg ausliefern, auch alle französische Emigrés aus den kurf. Landen entfernen zu lassen.

Diesem Schreiben folgte unmittelbar, und noch ehe man darauf die sachgemäße Verfügung erlassen konnte, in der Nacht vom 15ten auf den 16ten März ein weiteres von und an ebendenselben vom 20. Ventôse (Ziff. 6)[2], welches den Aufschluß gibt, aus welchen hiesiger Seits gänzlich unbekannt gewesenen und unverschuldeten Ursachen der Erste Consul der französischen République sich bewogen gefunden habe, Truppen in die Reichslande einrücken zu lassen, um die verdächtigen oder beschuldigten Personen in den kurbadischen Städten Offenburg und Ettenheim gefangen zu nehmen und auf das französische Gebiet zu verbringen. Wie dieses Vorhaben, noch ehe man dahier Wissenschaft davon haben konnte, wirklich vollzogen, und welche Personen von Offenburg und Ettenheim gefänglich abgeführt worden, das zeigen die ebenfalls schon in der verwichenen Nacht eingekommenen Berichte des Obervogteiamts Gengenbach und des Oberamts Mahlberg, (Ziffer 7 u. 8)[3], wobei nur noch zu bemerken ist, daß die Meinung, als ob die französischen Truppen von einem kurbadischen Hauptmann begleitet worden seien, sowie die unterstellte Gegenwart des General Dumouriez in Ettenheim durchaus auf einem unrichtigen Vorgeben beruhe.

16. Kurfürstliches Generaldekret.

Karlsruhe, 16. März 1804[4].

[Ausweisung der in Baden befindlichen Emigranten. Ausnahmen. Spätere Behandlung der Emigrantenfrage.]

Hinweis auf die betreffs des Aufenthaltes der Emigranten erlassenen Verfügungen vom 14. Mai 1798[5] und 20. Juni 1799, welche nach dem Lüneviller Frieden

[1] Oben Nr. 2.

[2] Oben Nr. 3.

[3] Oben Nr. 8 und 10.

[4] Veröffentlicht im kurbadischen Regierungsblatt vom 20. März 1804. In französischer Uebersetzung, mit falschem Datum (17. März) mitgetheilt im Moniteur vom 27. März 1804, Nr. 186; die Uebersetzung schließt sich durchweg correct an die Vorlage an, abgesehen von einer allerdings höchst bezeichnenden Ausnahme, deren im Folgenden gedacht wird.

[5] Vergl. Polit. Correspondenz, III, 106.

durch eine neue Verordnung ersetzt worden sind. Letztere besagt, „daß keinem vom Condé'schen Corps zurückkehrenden, sowie überhaupt keinem französischen Ausgewanderten, der nicht vor dem Frieden schon die Erlaubnis dazu erhalten hat, die Gestattung des Aufenthalts im Lande anders als wie jedem durchreisenden Fremden ertheilt werden solle". Eine Ausnahme ist nur bei denjenigen gemacht worden, „welche durch nachgewiesene hinlängliche Urkunden ihre schon erlangte oder nächstens hoffende Ausstreichung aus der Auswanderungsliste nachgewiesen".

Der französischen Regierung sind bisher aus dieser Maßregel niemals Unannehmlichkeiten erwachsen, auch hat der französische Geschäftsträger nie auf ein schärferes Vorgehen gedrungen; der Kurfürst hat daher beim Anfall der neuen Landestheile im Dezember 1802 auch den dort vorgefundenen Emigranten „diejenige Aufenthaltsnachsicht zu gut kommen . . . . lassen, welche die vorige Landesregierung ihnen bewilligt hatte", entschlossen jedoch, diese Vergünstigung sofort aufzuheben, sobald die französische Regierung gegen einen oder anderen der Emigranten Verdacht schöpfe, mithin die Ruhe des Reiches gefährdet werde.

„Nachdem[1] nun durch eine von der französischen Staatsregierung eingetretene Requisition, gewisse bestimmte Ausgewanderte wegen Verwicklung in eine Staatsverschwörung wider die dortige Verfassung handfest machen zu lassen, und durch die zu gleicher Zeit von einer militärischen Streifmannschaft geschehene unvermuthete Beifahung derer in diese Classe gerechneten Individuen der Fall eingetreten ist, wo Ihre Kf. D. den Aufenthalt der französischen Ausgewanderten in Ihrer Landen als der Ruhe des deutschen Reichs gefährlich und der französischen Staatsregierung verdächtig ersehen müssen", wird mit Aufhebung aller und jeder Concessionen das Verbot des Aufenthaltes für sämmtliche Emigranten in seiner vollen Strenge erneuert und angeordnet, daß alle, „welche nicht wegen ihrer Ausstreichung aus der Emigrantenliste oder ihrer Submission unter die jetzige französische Staatsregierung mit hinlänglich glaubhaften Urkunden sich auf der Stelle ausweisen können", sofort des Landes verwiesen, und, falls sie nicht freiwillig gehen, binnen 3mal 24 Stunden fortgeschafft werden sollen. Bezüglich der übrigen, die sich legitimieren können, wird bestimmt, daß ein mit der Copie ihrer Legitimation belegtes Verzeichnis derselben dem Kurfürsten zur weiteren Entschließung vorgelegt werde[2].

Copie.

---

[1] Der folgende Satz lautet im französischen Text des Moniteur: «Le Gouvernement français venant de requérir l'arrestation de certains émigrés dénommés, impliqués dans le complot tramé contre la constitution, et une patrouille militaire venant de faire l'arrestation des individus compris dans cette classe, le moment est venu, où S. A. S. est obligée de voir» etc. etc.; es werden also bezeichnender Weise die Worte „zu gleicher Zeit" und „unvermuthete" in der Uebersetzung einfach bei Seite gelassen, um den Schein zu erwecken, als ob die Verhaftungen im Einverständniß und nach Abrede mit der kurfürstlichen Regierung erfolgt seien. Vergl. über diese tendenziöse Fälschung des Dekrets, die schon damals bemerkt worden ist, das Journal des holländischen Diplomaten Maxim. d'Yvoy, Revue historique, 9, 391.

[2] Das von Geh. Referendär Oehl angefertigte Verzeichniß, das ohne Einschluß der Frauen, Kinder und Dienstboten im Ganzen 102 Personen aufweist, wird am 3. Juli dem französischen Geschäftsträger zugestellt. Da Anfangs Dezember 1804 eine Anzahl der im März verhafteten Personen, unter ihnen der Mis. de Thumery, Oberst von Grünstein, Secretär Jacques, Lieutenant Schmitt und die Diener des Herzogs, nach ihrer Freilassung nach Baden zurückkehrt, frägt Edelsheim bei Massias an, ob deshalb keine Verwicklungen mit Frankreich zu befürchten seien (April 1805). Massias meint, die badische Regierung

17. Edelsheim an Talleyrand[1].

Karlsruhe, 17. März 1804.

[Die Vorwürfe der französischen Regierung unverdient. Dalberg zu Aufklärungen über den Herzog von Enghien ermächtigt.]

L'Electeur eût été bien sensiblement affligé des reproches contenus dans la lettre que V. Exc. m'a fait l'honneur de m'écrire en date du 20 ventôse [an] 12 et que Mr le général Caulaincourt m'a fait remettre hier matin[2] après son retour d'Ettenheim, si S. A. S. Electorale n'était parfaitement convaincue de n'avoir jamais pu donner au Premier Consul le moindre sujet de mécontentement. Elle ne saurait rapporter les préjugés momentanés, exprimés à ce sujet, qu'à l'effet de la circonstance et persuadée que les résultats ultérieurs auront déjà détruit les apparences sur lesquelles ils ont été fondés, Elle est pénétrée de la plus ferme confiance que le Premier Consul ne cessera jamais d'accorder toute la justice qu'il a daigné rendre jusqu'à présent aux sentiments de la plus profonde reconnaissance, au dévouement, au zèle et à la vénération que S. A. S. E. a constamment voués à l'illustre chef de la République Française.

Quant au séjour du Duc d'Enghien à Ettenheim, je me dispenserai d'en presenter ici les circonstances, parce que j'ai mis le Bon de Dalberg complètement en état, de donner à V. Exc. les explications les plus satisfaisantes à ce sujet, si Elle veut bien lui en fournir l'occasion[3]. Il Vous est d'ailleurs déjà connu que la supposition de l'existence du général Dumouriez à Ettenheim était une erreur[4].

Concept Karlsruhe. Orig. Pariser Archiv.

---

dürfe den Leuten, die schwer genug geprüft seien, wohl „durch die Finger sehen"; der Kurfürst gestattet daher den betr. Emigranten, bis zum Spätjahr, bis sie einen anderen Aufenthaltsort gefunden, im Lande zu verweilen. Allein schon am 7. September sieht sich die Regierung auf eine officielle Reclamation von Seiten Frankreichs mit Rücksicht auf den drohenden Wiederausbruch des Kriegs gezwungen, die früheren Verordnungen zu erneuern und sämmtliche Emigranten binnen 3 bezw. 8 Tagen auszuweisen (vergl. Regierungsblatt vom 10. September 1805, Nr. 28); in Folge dieses Erlasses verläßt auch die Prinzessin Charlotte Rohan Rochefort nach vierjährigem Aufenthalte Ettenheim. Nach den Karlsruher Acten.

[1] Zur Beurtheilung des Schreibens und der Note vom 16. März vergl. Nr. 36.

[2] Durch den Kapitän von Berkheim, der das Schreiben in der Frühe um 3 Uhr in Karlsruhe überreichte.

[3] Die Depesche traf erst am 21. März Abends, also nach der Exekution, in Paris ein (s. unten Nr. 25). Der Vorwurf, den Welschinger a. a. O. 427 bezw. 424 gegen Talleyrand richtet, ist also unbegründet, denn Talleyrand hat vor der Vollstreckung des Todesurtheils die Aufklärungen über Enghien durch Edelsheim nicht erhalten, ebenso wenig, wie er damals schon im Besitze der für des Herzogs Schuldlosigkeit eintretenden Depesche von Massias vom 23. März sein konnte.

[4] Im Concepte folgt hier eingeklammert der Zusatz: «Néanmoins ce sera toujours un souvenir douloureux pour l'Electeur que cette méprise pourrait avoir

18. Kurfürst Friedrich von Württemberg an Karl Friedrich.

Stuttgart, 17. März 1804.

[Vertrauliche Mission von Varnbülers wegen der Affaire Enghien.]

«Les circonstances extrêmement pénibles du moment causées par les nouvelles qui me sont parvenues de Kehl» bestimmen den Kurfürsten, seinen Flügeladjutanten, Oberstleutnant von Varnbüler nach Karlsruhe zu senden, «pour avoir l'honneur de Lui faire différentes ouvertures» [1].

Eigenhändig.

---

19. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 17. März 1804.

[Der Aufenthalt des Herzogs von Enghien. Korrekte Haltung der badischen Regierung. Mittheilung des Vorgefallenen an das Kurfürstenkolleg.]

Je Vous ai déjà prévenu, mon cher Baron, dans une des précédentes de l'arrestation qui avait été faite à la réquisition du préfet du Bas-Rhin et du chargé d'affaires, Mr Massias, de la Bne de Reich à Offenbourg. L'extrait protocolaire et ses annexes [2] que je joindrai à la présente Vous informeront complètement de tout ce qui s'est passé depuis et de ce que le gouvernement français a jugé à propos d'effectuer dans notre pays à notre insçu. Je joindrai également ici une copie des réponses à la note et à la lettre du ministre des rel. ext. lesquelles je me suis engagé à remettre aujourd'hui à Mr Massias, ... les différentes pièces régleront suffisamment la manière dont Vous aurez à Vous expliquer sur ce chapitre, lorsque l'occasion s'en présentera. Il n'y a que l'objet qui concerne particulièrement la tolérance du séjour du Duc d'Enghien, relativement auquel je dois Vous faire remarquer une observation qui pourrait Vous être inconnue, faute de savoir exactement les circonstances de ce séjour [3]. Il est de fait que le Duc d'Enghien a séjourné à Ettenheim plusieurs années, avant que la possession de ce pays fût tombée en partage à Msgr. l'Electeur. A cette époque il n'a pas manqué à la vérité de demander l'agrément de S. A. S. Electorale d'oser y prolonger son séjour jusqu'au printemps où il se proposait de faire un voyage ou de s'établir ailleurs. A cette condition on ne pouvait pas trouver la moindre difficulté de lui marquer cette complaisance, et la preuve qu'on lui fit sentir, combien on comptait positivement sur le terme qu'il avait fixé pour son départ, c'est

---

principalement déterminé la catastrophe que le Duc d'Enghien vient d'éprouver dans les états de Bade.»

[1] Weitere Nachrichten über diese Mission Varnbülers und ihren Zweck fehlen.

[2] Oben Nr. 14.

[3] Der folgende Abschnitt (— depuis peu) wird als Auszug aus der Depesche von Dalberg mit Note vom 23. März Talleyrand mitgetheilt und ist abgedruckt bei Boulay de la Meurthe, a. a. O. 318 ff.

que, sur l'extension qu'il demanda en même temps de l'usage d'une petite chasse dont feu le Cardinal l'avait laissé jouir, il me fut ordonné de lui répondre que pour le peu de temps que ce Prince avait à rester encore à Ettenheim l'Electeur jugeait le district qui lui avait été accordé complètement suffisant. Le terme où l'on avait compté voir partir le Duc d'Ettenheim s'étant recoulé, sans qu'on eût aperçu les dispositions nécessaires pour son départ, on ne négligea pas de faire sonder indirectement, comment le gouvernement français envisagerait son séjour ultérieur. La générosité et l'indulgence que le gouvernement témoigna alors assez généralement à tous les émigrés fit juger aux personnes qui avaient été consultées qu'on pourrait même être taxé de dureté, en voulant paraître plus sévère que le gouvernement et qu'on serait toujours à temps à faire des démarches ultérieures, lorsque celui-ci jugerait à propos de nous faire parvenir quelqu'indication directe ou indirecte à cet égard. Il se présenta en effet une époque où on devait s'attendre que la demande de faire éloigner le Duc d'Enghien serait immanquable, ce fut, lorsque toutes les feuilles publiques répandirent son accession à la fameuse déclaration du Cte d'Artois, datée d'Ettenheim, mais Vous savez qu'il ne Vous fut jamais rien dit à ce sujet, et Mr Massias n'en fut pas non plus chargé. Néanmoins ne voyant pas de fin à ce séjour du Duc d'Enghien, on crut le déterminer à l'abréger bientôt, en lui retirant sous quelque prétexte convenable l'agrément de la chasse qu'on lui avait accordé dans un certain district et cette démarche venait de se faire depuis peu . . . . . .

Au reste Vous pensez bien qu'en général je n'ai attribué les reproches peu mérités qui se trouvent dans la lettre que le ministre m'a fait l'honneur de m'adresser qu'à la circonstance, et que je me persuade qu'il ne peut pas échapper à la pénétration de S. Exc. Mr de Talleyrand qu'il ne serait pas étonnant que Msgr. l'Electeur ignorât les prétendues machinations secrètes qui devraient avoir eu lieu à Ettenheim, tandisque le gouvernement français n'en avait eu lui-même la première connaissance que par les dernières découvertes importantes de cette abominable conspiration.

Votre jugement et Votre dextérité vous feront tirer quelque parti de ces réflexions, si vous jugez convenable d'en faire usage, sans y mettre cependant quelqu'importance. Mais une démarche qu'il ne conviendrait nullement de dissimuler, parce qu'elle est dans l'ordre des choses, c'est d'avouer avec franchise que, vu les obligations réciproques subsistantes entre tous les membres du Collège électoral, notre S^me^ maître ne peut pas se dispenser de lui faire donner verbalement la connaissance de tout ce qui s'est passé depuis l'arrestation de Mme la B^ne^ de Reich.

On se bornera toutefois au simple narré historique en y ajoutant

que les suites de cet événement devaient d'autant moins faire appréhender des conséquences fâcheuses pour la tranquillité de l'Empire, que les détachements français qui avaient été chargés des arrestations mentionnées avaient tous repassé incessamment le Rhin. . . . .

Concept von Groos.

20. Dalberg an Edelsheim[1].

Paris, 20. März 1804 (prs. 25. März).

[Verhaftung Enghiens. Rechtzeitige Benachrichtigung des Karlsruher Hofes unmöglich. Aufregung in Paris. Zurückhaltung Dalbergs. Ausweisung der Emigranten.]

|: Les arrestations qui ont eu lieu dans notre pays doivent avoir été une source d'embarras pour la cour. Il n'y a pas eu moyen de Vous prévenir de ce qui s'est passé, tout s'étant fait avec trop de secret et de précipitation. Les dépositions ayant compromis les émigrés à Ettenheim et Offenbourg, le 1er Consul ordonna à Mr Caulaincourt de partir sur le champ et de faire l'arrestation telle qu'il l'a faite. Il n'eut que le temps de voir sa mère. Il partit dimanche; lundi au soir 12, j'appris qu'il était allé à Strasbourg, et on se disait qu'il s'agissait de l'arrestation de Dumouriez et on ne nomma point encore le Duc d'Enghien. Je calculai qu'ayant dû arriver mardi le 13, ma lettre à V. Exc. serait trop tardive pour Vous prévenir, ne pouvant arriver que le 16 ou 17 et je résolus d'attendre que j'eus [se] d'autres informations[3]. Jeudi le 15 enfin je sus positivement l'ordre que portait Caulaincourt. La chose avait été dite pour la première fois par Madame Bonaparte le matin à une dame de ses amies; elle y ajouta, combien cette affaire la peinait et augmentait les embarras.

Comme ma lettre n'aurait alors été d'aucun effet, je résolus d'attendre que nous reçûmes ici des nouvelles positives pour Vous parler de la sensation que cela produirait. Hier au soir on connut les détails de l'expédition et comme la violation d'un territoire étranger ne se laissait point voiler, la sensation ici est très grande.

Les ministres de Suède, d'Autriche et Mr Oubril ont été les seuls qui ont prononcé leur opinion d'une manière très forte. Réunis dans le cercle diplomatique du lundi on voulait avoir des détails de moi, j'assu-

[1] Gedruckt mit theilweise verändertem Text und Auslassungen in den Mémoires historiques. 243 ff.

[2] Vergl. dazu die Bemerkung bei Nougarède de Fayet, Recherches historiques sur le procès et la condamnation du Duc d'Enghien, 2, 103.

[3] In den Mémoires historiques folgt der im Original fehlende Zusatz: un courrier même ne pouvant plus devancer l'aide-de-camp du Premier Consul.

rai que je n'en avais aucun[1] et je disais à différentes reprises qu'avant de juger cette affaire il fallait attendre qu'on la connût.

Comme le gouvernement ici ne parvient pas à saisir tous les prévenus, on parle de visites domiciliaires et on se portera décidément à la visite des maisons des ministres. C'est à cet effet qu'on répand déjà depuis 5 à 6 jours que la police croyait qu'il y avait quelqu'un de caché chez Mr de Cobenzl. Les barrières sont toujours gardées et on ne sort qu'avec un passeport et le signalement confronté[2].

La note de Bacher ne dit autre chose, sinon que S. M. S. avait cru utile qu'on intervînt et particulièrement dans l'affaire de l'ordre équestre à la Diète. On croit qu'il ne résultera pas beaucoup de cette intelligence que la France seule désire, et la Russie sent trop bien qu'elle est impossible dans l'état actuel des choses.

Mr de Beust vient de me dire qu'ayant vu hier Mr Talleyrand, ce dernier lui dit qu'on venait de donner à tous les ministres français en Allemagne l'ordre d'exiger qu'on éloigne les émigrés des états des princes et qu'il l'invitait à l'écrire à sa cour. Mr de St Génié n'en sera donc point excepté, si Massias a reçu le même ordre. :|

---

21. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 20. März 1804.

[Eindruck des Ettenheimer Vorfalls in Regensburg. Zurückhaltung Gemmingens. Auseinandersetzung zwischen Bühler und Bacher. Hügel.]

Berichtet über den Eindruck, den die Nachricht von Enghiens Verhaftung in Regensburg hervorgerufen; die erste Kunde davon hat er am 19. Mittags, als er sich zum Diner bei dem Baron Vrints begab, erhalten.

Da bei diesem Mittagmahle fast der ganze Reichstag versammelt war, so stürmten sie alle auf mich ein, um Nachricht von mir zu erhalten und ihre verschiedenen Kommentarien anzubringen. Ich hatte nur eine Antwort, nichts zu wissen und mir also auch kein Urtheil erlauben zu können.

Auch der französische Chargé d'affaires und der russische Ministre résident waren bei diesem Mittagmahle. Jener hatte mit mir einerlei Interesse, uns diesmal nicht zu sprechen, wir vermieden uns also wechselsweise leicht. Nicht so mit dem russischen; dieser hatte mich schon vor dem Essen darüber angegangen und, nachdem er hernach den Herrn Bacher bestimmt gefragt hatte, kam er nach dem Essen wieder zu mir und eröffnete mir: que Mr Bacher avait convenu du fait, en disant que cette expédition essentielle au salut public avait été nécessitée, l'Electeur de Bade ne s'étant pas soucié de coopérer

---

[1] Die Schlußworte fehlen in den Mémoires historiques.

[2] Der folgende Absatz über Bachers Note fehlt in den Mémoires historiques.

à de pareilles mesures de rigueur. Qu'après Mr Bacher on pourrait croire, comme si tout avait été fait de l'aveu de l'Electeur, mais qu'on savait bien à quoi s'en tenir là-dessus, et que c'était une mauvaise initiative de la médiation proposée pour rétablir le calme en Empire. Ich sagte ihm darauf: Monsieur, j'ai eu l'honneur de Vous dire avant le dîner que je n'ai aucune notion sur cet objet sur lequel par conséquent je ne puis avoir une opinion quelconque et encore moins me permettre d'en émettre quelle qu'elle puisse être.

Herr von Hügel . . . . sprach mit mir ebenfalls darüber und wünschte nur, daß diese Verletzung des Reichsbodens auf eine Weise geschehen sei, welche doch einige völkerrechtliche Formen erhalte: übrigens bemerkte er, daß solche Expeditionen am Niederrhein der Contrebande wegen schon mehrmals nur im kleinen vorgefallen wären, ohne daß sich jemand darum bekümmert hätte.

Er hat mir heute seinen nach Wien abgehenden Bericht vorgelesen, der ungefähr die nämlichen Äußerungen enthält. . . . .

Herr Bacher hat den verschiedenen Fragenden, jedem eine andere Antwort gegeben, und den Kaiserlichen Gesandten hat er bis heute Nachmittag zwei Uhr gar nichts gesprochen, was auf die Expedition Bezug hat. . . . . .

---

22. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 21. März 1804 (prs. 27).

[Ankunft Enghiens. Verhaftungen in Paris. Gefahr eines Krieges mit England. Moreau und der Wiener Hof. Maßregeln gegen die Emigranten. Der Prinz von Tarent. Antraigues.]

|: On assure que le Duc d'Enghien est arrivé hier escorté par 50 gens d'armes. Tout le monde demande, qu'en veut-on faire? Le gouvernement croit le Duc de Berry et Mr. de Montpensier ici. Aussi depuis 15 jours tout Paris est emprisonné. Une personne près du Consul m'a dit qu'on avait assez de preuves pour confondre tous les arrêtés par l'accusation de l'assassinat; que le Premier Consul ferait grâce aux uns et ferait exécuter les autres; que pour les princes on les tiendrait arrêtés et qu'on déclarerait aux puissances qu'ils répondraient d'un nouvel attentat. Depuis la découverte de cette conspiration le Premier Consul n'écoute plus une parole de paix ou de composition avec l'Angleterre. Il est décidé à faire une guerre qui tôt ou tard amènerait la déstruction de cet état. On se persuade à la fin qu'un changement de ministère à Londres ne changera en rien le système anglais[1].

---

[1] Dieser erste Abschnitt der Depesche ist ziemlich wortgetreu abgedruckt in den Mémoires historiques, 245ff.; dagegen fehlt dort das Folgende.

J'ai la certitude matérielle que la cour de Vienne est également fort compromise dans tout cela; c'était le Prince Esterhazy qui avait, au nom de sa cour, fait des ouvertures à Moreau. — Ayant dîné hier avec Mr. de Talleyrand chez le Consul Cambacérès, le premier est venu à moi avec un air d'affabilité que je ne lui ai jamais connue. Il m'a parlé de choses indifférentes. Je pensais qu'il me dirait ce qu'il avait dit à Mr. de Beust, mais il n'en fut pas question. La France veut maintenant que les émigrés soient éloignés; il sera nécessaire de sonder sur la demande de Mr. de la Tarente[1], lorsque Mr Massias viendra Vous communiquer ses ordres; il sera, je crois, convenable de lui demander, comment l'éloignement des uns et l'admission de l'autre s'accorderaient ensemble, et que S. A. E. désirait connaître à cet égard les avis positifs de Mr. Talleyrand. Si Vous le jugez à propos, je me rendrai chez lui pour lui en faire la demande, mais je crois qu'il faudrait pour lors envoyer une lettre ostensible. On commence à sentir le ressentiment que le gouvernement porte aux étrangers, et si depuis la révolution dans toutes les occasions on leur a manqué et ne leur à témoigné aucun égard, ce sera pis à présent. Mr. de la Rochefoucauld vient de présenter une note menaçante à Dresde touchant d'Antraigues[2], et Mr. de Bünau craint que si la Russie ne l'éloigne point, il en résultera un inconvénient grave. :|

---

23. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 21. März 1804.

[Scene zwischen dem König von Schweden und Massias. Tawast nach Paris. Seine Sendung nach Ettenheim. Zusicherung von Schutz durch Bonaparte.]

|: Les renseignements contenus dans Votre dépêche d'aujourd'hui[3] me font dresser les cheveux; les nouvelles que je Vous ai mandées dernièrement ne Vous auront pas moins affecté. — L'ardeur de notre hôte royal lui a fait faire une incartade envers Massias[4] qui pourra avoir des suites désagréables pour Mr d'Ehrenswaerd à Paris, au cas qu'on veuille user de représailles envers lui. S. M. doit s'être servie de quelques expressions

---

[1] Vergl. über diese Persönlichkeit Politische Correspondenz, IV. 460.

[2] Vergl. L. Pingaud: Un agent secret sous la révolution et l'Empire. Le Comte d'Antraigues, 309. — Tratchevsky: a. a. O. (Schriften der Kais. russischen historischen Gesellschaft Bd. 77, II, 526.)

[3] Vom 17. März, prs. 21. März. Dalberg hatte darin u. a. über die Verhaftungen in Paris in Folge der Verschwörung berichtet.

[4] Vergl. über die Scene, die sich zwischen dem König und dem französischen Geschäftsträger in Gegenwart des Kurfürsten vor der Tafel abspielte, den Bericht von Massias vom 18. März bei Boulay de la Meurthe, a. a. O. 315ff.

qui ont paru choquantes au chargé d'affaires p. e. d'infraction du droit des gens ou même de violation des territoires étrangers. Je Vous prie cependant de n'en parler à qui que ce soit, surtout ne pouvant pas Vous garantir précisément ce qui en est. . . . . . Mais je Vous préviens que je présume fort la mission de Mr de Tawast, chambellan et aide-de-camp général du Roi qui est parti ce matin pour Paris analogue à ce sujet, du moins en partie[1]. Je Vous avertis aussi que, quoiqu'on lui attribue beaucoup de finesse et de pénétration, je lui trouve au moins peu de prudence et de circonspection, attendu qu'il a dit à plusieurs personnes sans la moindre nécessité que le Roi l'avait envoyé à Ettenheim pour avertir le Duc d'Enghien du passage des troupes françaises à Kehl, avis qui, comme Vous pensez bien, n'a pu arriver que 24 heures après coup, Mr de Tawast n'étant parti d'ici qu'à 7 heures du soir le même jour, que l'enlèvement s'était fait à 4 heures du matin[2]. Mr Talleyrand m'a fait dire ces jours-ci par Mr Massias que le Premier Consul l'avait chargé expressément de faire savoir à l'Electeur que dans toutes les circonstances qui pourraient arriver il devait compter entièrement sur son assistance et sur son appui, fût-il même dans le cas d'employer des forces extraordinaires pour la protection des états et des intérêts de la maison de Bade. :|

24. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 30 ventôse an 12 (21. März 1804).

[Scene mit dem König von Schweden. Massias' Mäßigung.]

Massias hat Edelsheim von dem Zwischenfalle mit dem Könige von Schweden[3] in Kenntnis gesetzt und dabei bemerkt, er hätte nie erwartet, daß ihm am kurfürstlichen Hofe in dieser Weise begegnet werde. Der Minister hat sein Bedauern darüber ausgedrückt und Massias für die vor der Öffentlichkeit bewiesene Mäßigung gedankt, durch die er dem Kurfürsten eine weit peinlichere Scene erspart habe. Abreise Tawasts.

Paris. Archiv.

---

[1] Über Tawasts Mission nach Paris vergl. Schinkel, Minnen ur Sveriges nyare historia. IV, 159.

[2] Nach den Denkwürdigkeiten Schinkels, der über die Vorgänge in der Umgebung des Königs wohl unterrichtet ist, hatte Gustav Adolf, als er von Talleyrands Note durch den Kurfürsten Kenntnis erhielt, diesen zunächst aufgefordert, mit gewaffneter Hand die Gewaltthat zu verhindern, da dieser sich aber zu schwach dazu fühlte, Tawast mit einem Billete nach Ettenheim geschickt, um den Herzog, den er schon früher hatte warnen lassen, zur schleunigen Abreise zu bestimmen. Tawast kam indes, wie die Dinge lagen, zu spät. Schinkel, a. a. O. IV, 158 ff.

[3] Vergl. Boulay de la Meurthe, a. a. O. 315.

25. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 22. März 1804.

Dank für Aufklärung. Verwerthung des Exposé historique und Rechtfertigung der kurfürstlichen Politik. Mittheilung an nahestehende Gesandtschaften. Die französische Presse.]

|: J'ai reçu hier au soir la dépêche n⁰. 17 que V. Exc. m'a fait l'honneur de m'adresser pour m'instruire de tout ce qui concerne l'arrestation faite dans nos pays. Dans une affaire d'une aussi haute importance et qui produit si généralement la plus vive sensation, il importait sans doute de m'instruire de la vérité, et je Vous offre ma reconnaissance de m'avoir fait passer sans retard tout ce qui pouvait l'éclaircir.

Il m'aurait cependant paru désirable que S. A. S. E. employât son ministre pour remettre une réponse contre des inculpations aussi injustes et qu'un courrier par conséquent m'eût porté la lettre que V. Exc. répond à Mr Talleyrand, en me donnant l'ordre d'exposer verbalement tout ce qui pouvait se dire à cette occasion. Les copies et autres informations que V. Exc. me fait passer suffisent en attendant pour me prescrire ce que j'ai à dire et fixent l'opinion qu'il importe d'établir sur cette affaire.

J'avais déjà eu l'honneur de Vous prévenir que vu l'impossibilité de Vous instruire, impossibilité assez prouvée par les deux lettres de Mr Talleyrand, qui lui-même parut ignorer jusqu'au dernier moment la résolution prise, j'attendais pour Vous en parler que la chose fût faite et je ne voulais pas par des renseignements qui pouvaient être faux ou des avis précipités influencer les résolutions qu'il a plu à S. A. S. E. de prendre.

L'exposé historique, tracé dans l'intention d'arrêter les faits tels qu'ils se passèrent, remplit parfaitement son but et prouve suffisamment que S. A. S. E. n'a été instruite du but de l'expédition militaire que 36 heures, après qu'elle avait été entreprise. Si d'un côté il faut rendre justice et se convaincre, combien il importait à la France de connaître à fond ce qui se tramait contre son repos, l'illégalite des moyens employés pour cet effet et la violence d'arrêter militairement, contre tous les usages et tous les droits, sur un territoire étranger, exigent que S. A. S. E. fasse connaître au public, combien peu il a pu connaître des machinations que la France même ignorait malgré sa police et ses agences, et à instruire que ce n'est pas de son consentement que des troupes étrangères se sont portées sur les terres de l'Empire. Il importe donc d'exposer les circonstances qui accompagnent le

[1] Mit einigen stilistischen Aenderungen abgedruckt in den Mémoires historiques, 246 ff.

séjour du Duc d'Enghien et la permission qui lui avait été tacitement accordée par droit d'hospitalité et du su de la France. Il n'est pas moins infiniment convenable de communiquer comme S. A. S. E. en a déjà pris la résolution, aux membres du collège électoral tout ce qui concerne cette affaire. Je serais cependant de l'avis de le faire non verbalement, mais par l'exposé historique communiqué à chacun avec les copies. Pour remplir ici les intentions de la cour, je ne puis, dans la position infiniment difficile et délicate où je me trouve, faire autre chose que d'exposer simplement aux ministres des cours avec lesquels nous sommes plus particulièrement en relation, les circonstances telles qu'elles se sont passées. Je l'ai fait à l'égard des légations de Russie, de Suède, de Prusse et d'Autriche, et elles ont été de l'avis que comme cette affaire a passé directement à Carlsrouhe, sans qu'on m'en ait parlé, je dois ne faire aucune démarche, à moins que je n'en reçusse l'ordre positif. Je n'en trouve point dans la dépêche de V. Exc. et je suis donc décidé de ne faire mention de rien, à moins qu'on ne m'en parle. Il est facile de se convaincre qu'on ne fera pas la moindre démarche envers moi, et que je ne serais par conséquent pas à même d'en parler et d'appuyer sur tout ce que V. Exc. aura exposé dans Votre lettre.

Comme les jugements et les opinions du public sont très précipités dans ce pays-ci, il est naturel que beaucoup de personnes viennent me questionner pour rectifier des faits qu'impunément chacun avance selon qu'il est animé par des sentiments souvent très opposés. Les feuilles publiques s'efforcent à faire croire que l'arrestation, telle qu'elle s'est faite, s'est exécutée du consentement de l'Electeur. Je me borne donc à cet égard à dire tout simplement que j'étais autorisé à le contredire, et que S. A. S. E. n'en avait été instruite officiellement que 24[1] heures, après que la chose était passée. :|

---

26. Dalberg an Edelsheim[2].

Paris, 22. März 1804.

[Nachricht von dem Tode Enghiens. Eindruck, den die Katastrophe in Paris hervorruft.]

Le moniteur ci-joint, dont j'ai l'honneur de Vous faire passer un exemplaire, annonce aujourd'hui la sentence de mort prononcée par commission spéciale contre le malheureux Duc d'Enghien, emmené mardi soir à Paris et de là à Vincennes.

[1] In den Mémoires historiques S. 249, obwohl diese Angabe die genauere ist, abgeändert in «36 heures», vermuthlich um einen Widerspruch mit der im Eingang des Berichts gemachten Bemerkung zu vermeiden.

[2] Nachschrift zu dem vorigen Bericht, gedruckt in den Mémoires historiques, p. 249.

Elle a été exécutée, à ce qu'on a su hier soir, le matin, à 2 heures au château de Vincennes. Personne ne s'attendait à cette mesure, et en effet le moniteur n'en parle point. Il faut donc attendre la confirmation . . . . .

|: L'exécution atroce du malheureux Duc d'Enghien produit une sensation difficile à rendre. Tout Paris est consterné, la France le sera, l'Europe entière doit frémir. Nous approchons de la crise la plus terrible. Bonaparte ne connaît plus de frein à son ambition. Rien ne lui fut sacré, il sacrifiera tout à ses passions. La réputation de notre maître exige que les cours connaissent qu'il n'a point partagé l'enlèvement de ce malheureux prince, et je crois qu'il ne peut se refuser à instruire l'Empereur de Russie de cet événement. La voie qui compromettrait le moins serait celle de M[me] la Margrave. La mort du Duc d'Enghien a été déterminée par 3 raisons: 1° le danger de le garder en France; 2° le besoin d'imprimer la terreur dans tous les esprits; 3° la crainte d'une intervention des cours; démarche sur laquelle M[rs] de Lucchesini, de Cobenzl et d'Oubril se concertaient, voulant faire sentir l'offense qu'on ferait de nouveau à tous les souverains.

Je ne puis Vous rendre combien je suis navré de douleur et combien mon esprit est alarmé de l'avenir. Que je regrette de me voir ici et que je serais heureux de pouvoir quitter ce séjour d'horreur. Il y en a bien peu parmi nous qui ne partagent ce sentiment. On parle d'une nouvelle conscription militaire, ce qui prouverait la crainte ou la volonté de la guerre continentale que j'ai toujours crue immanquable. :|

---

27. Massias an Talleyrand[1].

Karlsruhe, 2 germinal an 11 (23. März 1804).

[Vertheidigung gegen den Vorwurf der Pflichtvernachlässigung. Enghiens Aufenthalt in Ettenheim durch Talleyrand bisher ignorirt. Irrthum betr. Dumouriez. Das «Comité» zu Offenburg ungefährlich. Englische Umtriebe in Mannheim. Charakteristik Enghiens.]

Je reçois la lettre que V. Exc. m'a fait l'honneur de m'écrire le 26 ventôse an 12[2], elle renferme une désapprobation de ma conduite, à laquelle j'ai été d'autant plus sensible que je ne crois point l'avoir méritée. V. Exc. me blâme de ne point lui avoir donné avis que le général Dumouriez et le Duc d'Enghien avaient fait quelque séjour à Ettenheim, je l'avais néanmoins prévenue du séjour de ce dernier dans l'Electorat dans mon n°. 40, 29 fructidor an 9, en ces propres termes: «*J'apprends que le Duc d'Enghien est à Ettenheim chez le Prince de Rohan*» et pour arrêter l'attention

[1] Abgedruckt bei Boulay de la Meurthe, 319 ff.; vergl. auch die Schrift von Massias: Napoléon jugé par lui-même, 208.

[2] 17. März 1804. Das betr. Schreiben fehlt in der Correspondenz von Massias.

de V. Exc. sur ce fait, je lui écrivis le lendemain 30 fructidor n⁰. 41. «*La Princesse de Nassau a passé il y a quelques jours par Dourlach pour aller à Ettenheim*». Je ne reçus aucune réponse à ces deux avis. Il ne m'appartenait pas d'interpréter les intentions du gouvernement, et d'être plus sévère que lui.

Quant au séjour de Dumouriez dans l'Electorat de Bade, les renseignements les plus minutieux que j'ai pris à cet égard, depuis l'arrestation du ci-devant Duc d'Enghien, m'ont convaincu que s'il y a véritablement séjourné pendant quelque temps, c'est avec les mêmes précautions et le même secret que Georges et Pichegru ont resté en France et à Paris pendant plusieurs mois. De toutes les personnes de l'Electorat qui ont mis quelque intérêt à examiner cette affaire, je pense qu'il n'en est pas une seule qui ne soit persuadée que le nom d'un aide-de-camp du ci-devant Duc d'Enghien, que les uns appellent Lemérier, les autres Dumoutier, l'a fait confondre avec Dumouriez. Si j'ai été dans l'erreur à cet égard, elle a été involontaire et j'ose le dire presqu'invincible. Je suis bien loin néanmoins de concevoir l'idée prochaine ou éloignée d'infirmer en quoi que ce soit les renseignements de S. Exc. le grand juge; et ses moyens sont tels, relativement aux miens, que la vérité de son rapport n'implique en rien avec ma justification.

J'applique au comité d'Offenbourg ce que j'ai dit du général Dumouriez. A l'exception de Musset, dont j'ignorais le nom et le domicile, le petit nombre d'émigrés qui pouvaient se trouver à Offenbourg m'étaient si bien connus par leur insuffisance et leur bavardage indiscret, que j'aurais eu honte de les présenter á V. Exc. comme des conspirateurs, après l'avoir surtout prévenue que le ci-devant Duc d'Enghien existait à Ettenheim, et ne point avoir obtenu de réponse à cet égard. C'est dans ce sens que j'ai parlé de ce comité au préfet du département du Bas-Rhin, la dernière fois que j'eus l'honneur de le voir. J'ai en outre l'honneur d'observer à V. Exc. que le ci-devant Cte de Toulouse et la Baronne de Reich, qu'on dit membres de ce comité, étaient domiciliés à Strasbourg.

J'ai d'ailleurs à plusieurs reprises donné à V. Exc. et au citoyen Shée avis de plusieurs menées que les Anglais faisaient dans l'Electorat. Je Vous en prévenais notamment dans mon n⁰. 132[1] où j'y désignais le nommé Mandel comme un espion dangereux. Dans mon n⁰. 197, en date du 10 pluviôse[2], je lui disais expressément: «*J'ai quelques motifs de présumer que deux familles, l'une Irlandaise, l'autre Anglaise, établies depuis quelque temps à Mannheim, ont voulu influer sur la rédaction du journal de cette ville, et ont cherché à nouer quelques intrigues dans les départements du Rhin nouvellement réunis; je n'ai point de moyens de les faire surveiller avec succès. Je*

[1] Vom 11. Juli 1803. [2] Vom 31. Januar 1804.

pourrais éclairer efficacement leur conduite, si vous m'autorisiez, citoyen ministre, à envoyer à Mannheim une personne intelligente et sûre.» J'écrivis à cette occasion à Mr. le Baron d'Edelsheim: «Je ne dissimulerai pas à V. Exc. que quelques Anglais établis dans l'Electorat sont soupçonnés ne point être étrangers à ces infâmes complots. J'appelle sur eux la surveillance des magistrats de S. A. S. l'Electeur qui ne peut voir qu'avec horreur qu'on abuse de l'hospitalité qu'il accorde dans ses États pour substituer l'assassinat à une guerre loyale.» Que peut faire de plus un agent dont V. Exc. a reconnu la modicité des appointements, et dans un pays où il est entouré de personnes dont aucun service n'est désintéressé?

Je dois un aveu à V. Exc., citoyen ministre, auquel le caractère du Premier Consul m'empêche d'attacher une idée de courage, c'est que des informations multipliées qui me sont parvenues sur le caractère du ci-devant Duc d'Enghien, il résulte qu'il est un royaliste plein de loyauté, haïssant l'Angleterre, humilié d'en recevoir une pension, économisant pour pouvoir s'en passer, vivant à Ettenheim avec la plus grande simplicité, faisant à des malheureux des largesses conformes à sa situation, peu fait pour l'intrigue, ennemi de toute lâcheté et abhorrant les assassins. Ces informations, citoyen ministre, ne me viennent ni de la cour ni des courtisans; je les avais déjà lorsqu'il n'avait pas besoin de justification; et leur communication est dans tous les sens désintéressée: *nec beneficio nec injuria cognitus.* Si par événement ses papiers qui sont entre les mains du grand juge, ministre de la justice, déposent contre lui, je conviens que l'erreur a fait sur moi les mêmes impressions que la vérité, et qu'à l'intrigue et à la lâcheté il joint une profonde hypocrisie. Je sens, citoyen ministre, que si je m'étais interdit cette justification, tous mes devoirs m'auraient été pénibles à l'avenir, et que je la devais à mon respect pour V. Exc., et à mon dévouement pour la personne du Premier Consul.

Paris. Archiv.

---

28. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 23. März 1804.

[Umfassende Bekanntmachung des Inhalts der Enghien'schen Acten durch Görtz. Der Kurfürst Erzkanzler billigt die Haltung der badischen Regierung. Hügel ist aufgebracht über den Vorfall. Tadelnde Bemerkungen über Görtz.]

Euer Excellenz

haben durch Uebersendung einiger den französischen Rheinübergang betr. Actenstücke an den Grafen von Görtz den Herrn Komitialen eine treffliche Weide verschafft, über die sie heißhungrig hergefallen sind und auf der sie nun mächtig herumtummeln.

Als ich vorgestern nach Abfertigung der Post zum Mittagmahle des Grafen Görtz kam, fand ich einen zusammengedrängten Haufen von Komitialen, in der Mitte ein lauter Vorleser. Graf Görtz ging mir entgegen und zeigte mir einen Zettel von Ew. Exc., worin auch meiner gedacht war; er sagte mir, daß er schon beim H. von Hügel gewesen sei und ihm das Ganze zu lesen gegeben habe und daß er gleich nach dem Essen deswegen zum Kurfürsten gehen würde; jetzt habe er die Actenstücke einigen kurfürstlichen Gesandten mitgetheilt, wozu sich freilich auch fürstliche gesellet hätten, diese Absonderung sei aber hier nicht möglich[1].

Ich ging an dem Haufen vorbei in ein folgendes Zimmer, wohin mir bald der Graf Görtz den Aufsatz brachte, . . . den ich flüchtig durchlas, die Beilagen habe ich heute noch nicht gesehn, aber auch nicht darnach gestrebt, weil mir meine Unwissenheit so lange sehr angenehm ist, bis ich deswegen von Ew. Excellenz die gehörige Richtung erhalten habe.

Unterdessen hat mir der Kurfürst Erzkanzler bezeugt, wie sehr er sich gefreuet habe, in dem kurbadischen Benehmen auch in dieser Sache den Sinn eines echt deutschen Fürsten zu finden. Was das Ereigniß selbst betreffe, so sei darüber nichts zu sagen; von jeher habe Uebermacht sich Gewaltthätigkeiten erlaubt, . . . die Geschichte sei voll davon, den Größeren stehe es zu, einer solchen Uebermacht Grenzen zu setzen, die anderen müßten geschehen lassen, was sie nicht hindern könnten.

Auch Herr von Hügel sprach mir von jenen ihm mitgetheilten Nachrichten, aber mit einer Heftigkeit, der er sonst sich nicht zu überlassen pflegt. Er wundere sich, wie der König von Schweden es wagen könne, in Karlsruhe noch länger zu verweilen, — kein Fürst, der nicht in ganz gutem Vernehmen mit den Franzosen stünde, würde es mehr wagen dürfen, nach Frankfurt auf die Messe zu gehn, — dieser Auftritt würde großen Eindruck auf alle europäischen Höfe machen und sei zuverlässig unpolitisch in einem Zeitpunkte, wo ohnedem das Mißvergnügen über die Gewaltstreiche der französischen Regierung immer allgemeiner werde u. s. w.

Ich sagte ihm, daß ich von dieser Angelegenheit sehr unvollständig unterrichtet sei, . . . ich müßte abwarten, was mir in Bezug auf den Wiener Hof deswegen zugehen würde, doch müßte ich bei der außerordentlichen Verbreitung, welche diese vorläufigen Nachrichten hier erhalten hätten, den Herrn Baron von Hügel auf alle Fälle bitten, in seinen Berichten nach Wien bemerklich zu machen, daß nur noch von vorläufigen und vertraulichen Nachrichten die Rede sei, welche durch die Natur der hiesigen Verhältnisse blos eine solche Allgemeinheit erhalten hätten. . . .

[1] Eine auf den Inhalt der Acten gegründete mündliche Darstellung des Sachverhalts, wie die badische Regierung sie wünschte, erschien Görtz zu weitläufig und unbequem, er ließ daher die Schriftstücke verlesen, sorgte jedoch dafür, daß keine Abschrift davon genommen werden konnte.

P. S. (vom 28. März 1804).

. . . . Vous voyez que j'ai prévenu, autant qu'il m'a été possible, pour que notre vieux ami[1] n'abuse pas des communications que Vous lui avez dû faire, et la réserve extrême que j'ai montrée par rapport à cette affaire sera, j'espère, non sans effet pour constater que la publicité n'était pas ce que nous désirions. En revanche je Vous prie de n'en faire aucune mention vis-à-vis du vieux papa, cela ne mènerait à rien qu'à rendre ma situation plus pénible qu'elle l'est déjà.

En attendant ma réserve et le peu d'aptitude que j'ai pour la clabauderie diplomatique me dépopularise beaucoup parmi ces messieurs. Ainsi soit-il. . . . . .

29. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 24. März 1804.

[Unterredung mit Talleyrand. Klage über angebliche Umtriebe des Karlsruher Hofes und dessen Beziehungen zu den Emigranten. Frau von Edelsheim und ihre Sympathien für Oesterreich. Mahnung zur Vorsicht. Stimmung in Paris.]

Dalberg beklagt sich darüber, daß Edelsheim die Antwortschreiben an Talleyrand nicht ihm, sondern dem französischen Geschäftsträger in Karlsruhe zur Bestellung überwiesen habe. Auch seien die ihm zugegangenen Verhaltsbefehle nicht bestimmt genug gefaßt gewesen.

. . . . Après avoir consulté particulièrement Mr de Lucchesini et Mr d'Ehrenswaerd, je m'étais décidé à ne faire que ce que j'ai eu l'honneur de Vous mander dans ma précédente dépêche, de rechercher cependant toutes les occasions pour voir Mr Talleyrand . . . .

J'avais dîné avec lui le mardi, j'avais passé chez lui le mercredi après un grand dîné qu'il avait donné à Mr Aranjo, il ne me parla de rien. J'en étais sûr, comme je l'avais annoncé, parce que dans cette affaire le gouvernement français, ayant des torts envers l'Empire et ses voisins, ne pouvait que désirer qu'il ne fût question de rien, et s'il y avait dans ce rapport des circonstances sur lesquelles le gouvernement de l'Electorat de Bade avait à s'expliquer, il devait le faire et son ministre devait pouvoir se présenter par ordre, qui ne m'était point donné.

Ma position était donc toujours très embarrassante, lorsque je reçus la copie des réponses de V. Exc. aux lettres de Mr Talleyrand[2].

Je sentis alors qu'il fallait pour connaître ses intentions à notre égard passer chez lui et faire des démarches officielles. Je consultai de nouveau Mr de Lucchesini . . . et, le trouvant du même avis, malgré

---

[1] Graf Görtz. [2] Oben Nr. 12 und 17.

le sens des instructions voilà les démarches que j'ai faites et le résultat qu'elles ont eu.

Je fis tirer une copie littérale de l'article de la dépêche de V. Exc. qui concerne le séjour du Duc d'Enghien et j'y ajoutai la note: «qu'ayant été instruit par une dépêche qui m'était parvenue de ma cour des circonstances détaillées relatives au séjour du Duc d'Enghien à Ettenheim, j'avais l'ordre de les porter à la connaissance de S. Exc. le citoyen ministre des relations ext. et que je m'en acquittais, en lui présentant l'extrait de ma dépêche.»

Vers les quatre heures je me rendis chez Mr Talleyrand. Lui étant annoncé, il sortit sans me faire attendre, de son cabinet, et le voyant disposé à s'entretenir avec moi, sans cependant prendre la parole, je lui dis, que je me présentais chez lui pour m'informer, s'il avait reçu des lettres de V. Exc. que Vous aviez fait remettre à Mr Massias . . . Il me répondit qu'il les avait reçues; je repris la parole et lui dis, que j'étais chargé par S. A. S. E. de demander, si les informations que le gouvernement français devait avoir sur le séjour de Mr le Duc d'Enghien et les autres émigrés ne prouvaient point que S. A. S. E. n'avait aucun reproche à se faire, et que j'avais ordre de lui présenter d'autres détails par l'extrait d'une dépêche que j'avais reçue pour m'informer de tout ce qui concernait cette affaire.

Il prit alors ma note qu'il lut avec attention, paraissant satisfait de cette démarche, il me dit, en prenant un ton d'affabilité et de confiance: qu'il en instruirait le Premier Consul et qu'il avait eu l'ordre de me parler sur un rapport auquel le Premier Consul n'était point indifférent, — qu'il lui revenait de toute part qu'à Carlsrouhe, à la cour même, près d'Electeur on parlait d'une manière peu convenable du gouvernement français, qu'on manifestait des opinions qui lui étaient tout-à-fait opposées, qu'on avait dit que le gouvernement ne se soutiendrait pas etc., que tous ces propos étaient d'autant plus sensibles au Premier Consul, qu'il n'avait cessé de porter un intérêt particulier à l'Electeur et à sa maison et qu'il ne cesserait de lui marquer sa déférence dans toutes les occasions, que loin d'accuser de ces sentiments et de ces démarches l'Electeur dont la sagesse et la prudence étaient connues ou V. Exc. dont on était toujours fort content, on soupçonnait que quelques personnes n'aimaient point la France et cherchaient à éloigner notre gouvernement de ses véritables intérêts et que tout cela pouvait influer à refroidir le Premier Consul sur l'intérêt qu'il portait à ma cour; qu'ayant donc su que les personnes qui avaient habité Offenbourg et Ettenheim avaient eu beaucoup de relations avec des personnes à Carlsrouhe, on avait cru ménager des embarras à l'Electeur et porter plus de sûreté à se saisir des individus qu'il avait importé à la tran-

quillité de la France et de toute l'Europe d'arrêter sans le moindre retard.

V. Exc. sent que je ne fus pas peu étonné de ces ouvertures et que je lui dis: qu'ignorant les détails qu'il avait la bonté de me faire connaître, j'entendais avec satisfaction qu'on rendait justice à S. A. S. E. et son ministre et que tout ce qui pouvait s'être dit à Carlsrouhe au désavantage de la France et de son gouvernement, si ce n'était des mésentendus ou que les rapports mêmes qui s'étaient faits n'étaient le résultat de la malveillance, était loin du cœur et de l'esprit de l'Electeur que tant de liens attachaient à la France; que quant aux intentions particulières de quelques personnes qui se trouvaient à la cour ou dans les affaires, il ne serait point juste d'en rendre le gouvernement responsable, que je ne manquerais cependant point de porter ces renseignements à la connaissance de ma cour et que j'étais persuadé qu'on prendrait toutes les mesures pour y remédier.

Il réitéra alors à deux reprises qu'étant autorisé par le Premier Consul même à me faire ces communications, il me demandait de ne rien oublier et de m'en acquitter exactement. Il ajouta encore, avec quelle peine on voyait autour de la France même que ses ennemis trouvaient les éléments pour la troubler et qu'on ne s'imaginait point, comment dans les résidences des princes que la France croyait ses alliés et ses amis des choses si inconvenantes se passaient.

Il me demanda, si la mesure pour éloigner tous les émigrés était prise, — je lui dis que oui, et qu'ayant oublié de lui porter copie de la patente, je la lui présenterais encore . . . .

Mr de Lucchesini ayant vu Mr Talleyrand après moi, ce dernier lui en parla, et Mr de Lucchesini m'a dit, qu'il avait été satisfait des explications que je lui ai fournies et de la manière dont je les avais faites; qu'elles seraient d'un prix véritable pour le gouvernement français et que la conduite que nous tenions dans cette circonstance satisferait le Premier Consul.

J'ai été également instruit qu'après la malheureuse catastrophe du Duc d'Enghien qui a fait la plus profonde sensation le public, non instruit et égaré par l'assertion que l'Electeur de Bade avait été instruit de tout et que c'était lui qui avait livré les personnes auxquelles il avait accordé l'hospitalité dans son pays, il lui jetait la pierre. Je ne perds pas une occasion pour dire que l'Electeur n'avait été instruit de rien et qu'il portait même une reconnaissance particulière à la France d'avoir fait ces arrestations à son insçu. Il y a des personnes qui croient qu'un simple exposé chronologique de cette affaire dans quelques feuilles serait utile pour fixer les opinions sur une mesure que les circonstances rendirent nécessaire à la

France et qui par la position du moment s'excuse et s'oublie, sans cependant vouloir en partager le blâme.

|: J'ai les détails suivants à ajouter à ma dépêche. Mr Talleyrand m'a dit à l'égard de V. Exc., en me demandant expressément de Vous l'écrire: qu'en rendant justice à la manière dont V. Exc. opinait dans les affaires, on soupçonnait Mme d'Edelsheim de vouloir éloigner la cour de Bade de la France et la lier à la maison d'Autriche[1], que des choses incroyables se disaient à Carlsrouhe sur la crise du moment et qu'il me priait d'instruire l'Electeur et V. Exc. de l'effet que cela produisait.

Il est possible que tout cela ne soit dit que pour pallier la mesure violente qu'on a prise ou qu'en effet il a y eu des propos dits et rendus; toujours la crise est telle que je Vous conjure de mettre la plus grande attention, pour qu'on cesse de parler sur les affaires.

J'ai dit à Mr Talleyrand que Mme d'Edelsheim était une dame beaucoup trop prudente pour opiner sur les affaires publiques et que je pouvais garantir que, si elle avait un système et un attachement pour l'un ou pour l'autre pays, c'était pour la Prusse à laquelle tant de souvenirs l'attachaient; que je pensais qu'on lui avait rendu mauvais témoignage.

La mort du Duc d'Enghien produit une sensation que je ne puis rendre. Il est mort comme un héros. Les détails qui accompagnent sa mort sont touchants, on n'ose les écrire, on n'ose les nommer. Il n'y a pas de nuit qu'on ne fusille 6 à 8 et hier 14 personnes. Heureux qui pourrait quitter cette terre de sang! Je désire avoir la force d'y rester . . . .

Il y a des personnes qui croient à un couronnement, à l'hérédité, à la guerre pour occuper l'armée et la nation et pour cueillir de nouveaux lauriers. :|

---

30. Marquis Lucchesini an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen[2].

Paris, 24. März 1804.

[Frau von Edelsheim, ihr Verkehr und ihr angeblicher Einfluß auf die badische Politik. Französische Beschwerden und ihr muthmaßlicher Zweck.]

Mittheilungen über die Vorfälle in Ettenheim und Offenburg.

. . . . Le portrait que le Sr. de (sic!) Massias a fait à son gouvernement du ministère de l'Electeur et surtout l'influence qu'il attribue à

---

[1] Die Bemerkungen Talleyrands sind zweifellos veranlaßt durch den Bericht von Massias vom 16. März. Oben Nr. 13.

[2] Der wichtigste Theil der Depesche gedruckt bei Bailleu, a. a. O. II, 252 und Boulay de la Meurthe, a. a. O. 331 ff.; doch fehlen hier wie dort der folgende, auf die Karlsruher Verhältnisse bezügliche Abschnitt.

la femme du B^on d'Edelsheim sur l'esprit et les actions de son mari ont fait appréhender ici que la cour de Bade ne favorisât l'anéantissement de la correspondance et l'évasion d'une partie des personnes dont on croyait essentiel de se saisir. Les dépêches de cet agent français, dont la femme est en guerre ouverte avec l'épouse du premier ministre de Bade, et quelques faits assez positifs ont établi ici l'opinion que Mme d'Edelsheim, liée d'amitié avec plusieurs femmes d'émigrés et fortement influencée par une de ses filles, mariée au général hongrois Giulay, entretient son mari, sans qu'il s'en aperçoive, dans des dispositions favorables aux ennemis secrets du Premier Consul et de la République et qu'elle l'a engagé à faire entrer l'Electeur, son maître, dans les vues du cabinet de Vienne par la prompte acceptation du mandat exécutoire, sans aucun égard ni pour la France que l'Electeur eût pu consulter, ni pour la Prusse sans laquelle ce prince n'eût rien dû décider dans l'affaire de la noblesse immédiate. Cette opinion à laquelle les circonstances et les événements ont peut-être donné plus de poids qu'elle n'en aurait eu en d'autres temps, a été officiellement manifestée au Bon de Dalberg par le ministre des relations extérieures avec injonction de la communiquer au B^on d'Edelsheim lui-même. On l'a accompagnée de plaintes sur les propos indécents et presqu'hostiles qu'on doit tenir depuis quelque temps à la cour de Carlsrouhe tant sur la personne du Premier Consul que sur le gouvernement et le peuple français, dont cependant on est éloigné d'accuser d'Electeur lui-même. Quelque fondement que puissent avoir ces plaintes, on ne peut résister à la tentation de supposer qu'elles doivent préparer les réponses à celles que l'arrestation du Duc d'Enghien, suivie de son exécution, devaient faire prévoir de la part de S. A. S. E.[1]

Berlin. St.-Archiv.

---

31. Massias an Talleyrand.

Paris, 4 germinal an 12 (25. März 1804).

[Die Offenburger Emigranten. St Génié.]

Hat weitere Erkundigungen über das angebliche Offenburger Comité eingezogen. Ueber Mucey oder Musset habe er nichts erfahren können; es liege wohl eine Verwechslung mit dem in Straßburg verhafteten Démougé vor. Der Marquis de Vauborel «un vieux dévot plongé dans la plus profonde mysticité», werde sich über seine Verhaftung wie über ein Martyrium gefreut haben: er und der alte 80jährige Cte de Lasaulais sind die einzigen Emigranten von Rang und Ansehen in Offenburg gewesen. Die Baronin Reich und der Cte de Toulouse, «un homme vil, remuant et qui s'est abaissé jusqu'à faire une escroquerie de cinq louis», haben ihr Domicil in Straßburg und sind nach

[1] Aehnlichen Verdacht hegt auch Dalberg. Vgl. oben S. 34.

Offenburg nur gelegentlich herübergekommen: Frau von Reich, um ihre Verwandten zu besuchen, der Graf wegen der Baronin von Rieb «qu'on dit être sa maîtresse».

«Il n'est personne dans l'Electorat qui n'attribue le séjour du Duc d'Enghien à Ettenheim à ses liaisons avec la ci-devant Princesse de Rochefort.»

In einem weiteren Bericht vom gleichen Tage frägt Massias an, wie er sich wegen der Grafen Lasaulais und Foucquet sowie des Herrn von St Génié verhalten solle. Graf Lasaulais, der hochbetagt und krank in Offenburg wohne, sei selbst von den französischen Truppen nicht belästigt worden; Graf Foucquet, früher Commandant von Weißenburg, jetzt Kammerherr des Königs von Preußen[1], sei durchaus unbedeutend und ungefährlich.

Bezüglich St Génié's[2] wird bemerkt: «Le second est Mr. de St Génié, qui à mon arrivée à Carlsrouhe m'a été présenté comme Espagnol et dont les passeports sont espagnols. Il a été grand maître d'hôtel chez la ci-devant Reine de France. Par son caractère remuant et son manque de fortune il se jettera dans tous les partis qui lui offriront les moyens de satisfaire son ambition et de réparer sa fortune. J'en ai quelquefois obtenu des renseignements utiles, qu'il n'aurait pas, je crois, refusés à un autre ministre quelconque, s'il avait espéré en retirer quelqu'avantage. C'est plutôt un intrigant qu'un méchant homme, dont les moyens sont très médiocres, quoiqu'il s'imagine être un aigle surtout dans la politique.»

Pariser Archiv.

---

32. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 27. März 1804.

[Der König von Schweden und Massias. Correktur der Aeußerungen des Königs.]

|: Mittheilungen aus dem oben Nr. 21 abgedruckten Berichte Gemmingens über den Eindruck, den die Nachricht von dem Ettenheimer Vorfall in Regensburg hervorgerufen, insbesondere die Aeußerungen Hügels.

Il me reste à Vous communiquer ainsi que je Vous l'ai promis les différentes éditions qu'on rapporte au sujet des paroles de S. M. le Roi de Suède envers Mr Massias[3]. Celui-ci prétendait avoir compris que le Roi lui avait dit «le gouvernement s'est permis dans cette circonstance de violer le droit des gens», ensuite d'après le commentaire de Mr de Lagerbjelke envers Mr Massias, S. M. n'avait voulu dire autre chose, sinon que les principes généralement reconnus du droit des gens n'avaient pas été respectés dans cette circonstance, et que Mr d'Ehrenswaerd serait chargé de dire la même chose au ministre Talleyrand, s'il lui en fournissait l'occasion.

Remarquez que c'est toute la modification que Mr de Lagerbjelke a pu obtenir du Roi. — Enfin Massias, pour mettre de son côté tous les adoucissements possibles dans son rapport sur cette affaire, a marqué que le

---

[1] Er wohnte in Karlsruhe.

[2] Ueber diese Persönlichkeit und ihre Umtriebe in Karlsruhe vgl. Polit. Correspondenz, Bd. III und IV.

[3] Vgl. oben Nr. 23.

Roi lui avait dit: que le gouvernement français avait été dans le cas de ne pas observer le droit des gens dans cette occasion[1], qu'au reste il s'en rapportait à ce que Mr d'Ehrenswaerd devait être chargé de dire à ce sujet, au cas qu'il n'eût peut-être pas exactement compris les paroles dont le Roi s'était servi. :|

Concept von Groos.

33. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 27. März 1804.

[Neue Unterredung mit Talleyrand. Mittheilung des Generaldekrets. Dalbergs Verkehr mit Morkow. Auseinandersetzung darüber mit Talleyrand. Frau von Talleyrand: Dalberg in Ungnade. Gewinnsucht und Käuflichkeit in den Regierungskreisen.]

Dalberg hat eine zweite Besprechung mit Talleyrand gehabt und als Vorwand hiefür die Mittheilung des Generaldekrets vom 16. März benutzt.

Je fus donc hier vers les trois heures aux relations extérieures. Arrivé dans le salon où se trouva beaucoup de monde, on m'annonça au ministre qui se trouvait dans son cabinet. On m'y fit entrer sur-le-champ et, renvoyant un secrétaire, il m'invita à m'asseoir près de lui.

Je pris la parole et lui dis qu'ayant reçu copie de la patente, concernant les émigrés dans nos pays; je m'empressais de la lui présenter, qu'elle était rédigée en termes généraux, — mais précise cependant pour les éloigner sans doute en trois fois 24 heures, excepté ceux qui peuvent se légitimer par des lettres de V. Exc., comme Mme d'Ettlinger[2], et ceux auxquels le chargé d'affaires s'intéressera personnellement.

««Mme Ettlinger n'est pas émigrée, les amnistiés ne peuvent être compris dans cette mesure, ils sont tous Français.»»

Je repris alors la parole et lui dis: que vu l'importance des événements, S. A. S. E. avait cru devoir instruire ses ministres à Ratisbonne et à Vienne et son résident à Berlin des mesures que la France avait cru nécessaire de prendre pour sa sûreté et sa tranquillité; que S. A. S. E. l'avait fait dans l'intention de rectifier les différents jugements qui se porteraient sur cette affaire et particulièrement pour empêcher que la malveillance ne s'en servît pour nuire à la tranquillité générale. — ««L'a-t-on

[1] Die Angabe ist unrichtig. Vergl. den Bericht von Massias bei Boulay de la Meurthe, 316.

[2] In der von Oehl aufgestellten, oben S. 16 erwähnten Emigrantenliste wird sie als Charlotte de Dettlinger (sic!) de Strasbourg aufgeführt und bemerkt, sie halte sich mit Erlaubniß von Massias seit dem 19. März 1804 in Karlsruhe auf. Ueber die zweideutige Rolle, die sie am Karlsruher Hofe spielte, vergl. Schinkel, Minnen ur Sveriges nyare historia, IV, 170.

aussi écrit à Pétersbourg?»» — «Nous n'y avons ni chargé d'affaires, ni ministre.» —

««Je le sais, mais Mme la Margrave l'a-t-elle peut-être écrit?»» —

«Je l'ignore, cela serait possible[1], mais V. Exc. est instruite que ce canal ne peut pas nous servir souvent, c'est par cette raison que S. A. E. avait désiré trouver quelqu'un qu'il puisse envoyer dans ce pays pour y ménager ses intérêts; les hommes pour cette carrière sont rares; V. Exc. sait que l'Electeur a eu quelque peine pour remplacer Mr de Reitzenstein, et je sens que mes rapports ne me laisseront pas longtemps à ce poste.»

««Nous en serions fâchés, et Vous devriez Vous établir en France; on le verrait avec plaisir.»» —

«Ce que V. Exc. me dit m'est infiniment satisfaisant et bien plus, parce que je craignais que d'après ce qui m'est revenu et même d'après mes propres observations je n'ai pu mériter Votre confiance . . . V. Exc. fournissant ici l'occasion de m'expliquer envers Elle, je Lui aurai une reconnaissance toute particulière, si Elle voulait me parler avec franchise sur ce rapport.» — Il répondit alors, en entrant en plus de détail: qu'à mon arrivée ici on m'avait fait observer et qu'on avait été étonné de voir ma marche, que j'avais cherché à me lier avec des personnes dont l'humeur avait toujours été opposée aux intérêts de la France et que sans doute j'avais paru rechercher des renseignements peu exacts; que cela avait étonné le Premier Consul qui lui en avait parlé dans le temps; que vu cependant ma conduite, le Premier Consul, en m'estimant, n'avait jamais voulu me le faire sentir et que lui — le ministre — satisfait de ma marche dans les affaires avait cru également pouvoir se borner à ne pas me faire des avances; qu'il entendrait avec plaisir des explications à ce sujet et que du reste il me rendait parfaitement justice. Je lui observai: que j'avais toujours séparé l'homme public de l'homme de société, que je ne m'étais point douté qu'on avait mis de l'attention à m'observer et encore moins à interprêter des liaisons de société; que je priais S. Exc. de vouloir me faire part, quelle personne particulièrement j'avais paru rechercher, et que je serais heureux de lui donner tous les éclaircissements possibles.

Il reprit alors en me disant: ««Nous ne nous sommes p. e. pas expliqué, comment Vous Vous êtes lié avec Mr de Morkow, qui était si particulièrement contraire aux intérêts de Votre cour, avec lequel nous avons souvent même combattu pour Votre avantage. Son humeur d'ailleurs ne lui permettait pas de Vous donner des renseignements sur les affaires.»» —

L'ayant vu venir, je m'étais préparé à une défense et je lui dis:

---

[1] Vergl. oben S. 14.

qu'en quittant ma cour, on m'avait instruit, combien Mr de Morkow avait toujours été contraire à nos intérêts; . . . . que l'Electeur m'avait ordonné de faire des démarches envers lui pour le gagner pour nos intérêts et que, si une sorte de liaison de société avait paru entre lui et moi, je pouvais assurer qu'il ne s'était pas passé de jour où, parlant sur les affaires, je n'avais combattu ses préventions et que je m'étais convaincu que sa manière de voir ne pouvait pas être la mienne . . . .

Il m'assura pour lors que les explications que je lui avais données lui étaient suffisantes, que l'impression qu'il avait eue était effacée et qu'il me rendait justice . . . .

Talleyrand verspricht, auch dem Ersten Konsul bei passender Gelegenheit die nöthigen Aufklärungen zu geben, und äußert Lucchesini gegenüber seine volle Genugthuung über die Versicherung Dalbergs: «que dans la crise du moment l'Electeur ne négligerait sûrement pas de contribuer, autant qu'il était en lui, pour effacer l'impression qu'avait fait l'événement de l'arrestation».

Cette explication aura sans doute l'utilité que je me trouverai plus à mon aise avec Mr Talleyrand que je ne pouvais l'être jusqu'ici, je ne me flatte cependant point encore d'être admis dans ses cercles particuliers et en voici la raison dont j'ai été instruit il y a déjà quelque temps. |: Mme de Talleyrand dont le caractère est connu à V. Exc. se trouve en guerre avec la femme du ministre de Portugal, Mme de Souza, ancienne maîtresse de Talleyrand-Périgord, — ces femmes ne se voient plus. Sans que cela porte sur Mme de Souza, elles se sont juré une haine implacable et il n'y a pas moyen de tenir entre elles. Mme de Souza étant une femme de beaucoup d'esprit, fort aimée, très aimable et voyant un cercle très intéressant, les circonstances me lient beaucoup avec elle et plus encore avec son mari, l'homme le plus estimable que je connaisse. C'est là que Morkow passait ses soirées; j'y fus également bientôt reçu avec une sorte d'intimité. Depuis ce moment on disait que je lui faisais la cour, et il n'a fallu que cela, pour que Mme Talleyrand me jeta la pierre . . . .

Il en résulte enfin que j'eus de la peine pour me remettre un peu dans l'esprit de Mme Talleyrand. Cette femme est tellement habituée à recevoir des cadeaux que, lorsqu'on ne lui en porte pas quelquefois, on n'a pas de part à son intérêt. C'est ainsi que Mr de Bünau lui a donné une caisse du plus beau linge de Saxe, il fut admis alors aux soirées, le ministre de Suisse de l'excellent thé; Mr de Pappenheim donne à Mr de Ste Foix et à Durant; Cetto de même et cela sert fort utilement. Mr de Beust enfin paye de gros intérêts de l'octroi. Mr de Steube et de Malsburg ne donnent rien, aussi ne sont-ils jamais reçus avec facilité. Elle dit un jour au Cte Cobenzl, Vous ne donnez jamais rien, Vous êtes un vilain. :|

Il faut en général se persuader que dans ce pays, comme en beaucoup d'autres, il faut constamment faire des sacrifices et ne pas se fier seul sur son bon droit auquel pour l'ordinaire on porte peu d'intérêt. L'affaire des dettes[1] p. e., sur laquelle je Vous prépare un rapport, dans lequel cependant je ne pourrai que répéter tout ce que j'ai déjà dit, Vous prouvera que nous n'en finirons jamais sans des sacrifices considérables. Le système qu'on suit ici en faveur de l'un et de l'autre prince d'Allemagne se règle du jour au jour, parce que les hommes d'affaires ne prenant pour guide que leur intérêt particulier, réel ou apparent, tiennent peu de compte de celui des autres.

Quoique le Premier Consul agisse par lui-même et qu'on ne l'influence pas facilement par quelqu'individu que cela puisse être, les petites affaires par leur multiplicité et leur peu d'importance pour les grands rapports restent cependant à la décision des subalternes qui pour la plupart et particulièrement, lorsqu'il s'agit de l'étranger, cherchent à faire fortune . . . .

---

34. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 28. März 1804.

[Das Generaldekret im Moniteur. Fälschung. Die öffentliche Meinung darüber erregt. Bitte um Verhaltsbefehle. Kritik des Dekrets.]

Eine Uebersetzung des Generaldekrets ist im Moniteur erschienen, sie weicht von dem Inhalt desselben wesentlich ab[2].

Plusieurs personnes sont venues m'en parler. Ayant reçu le même jour la gazette de Mannheim no. 83 dans laquelle se trouve une traduction légale et assez exacte du passage en question, je leur en ai donné communication et j'ai répété que l'arrestation s'étant faite du mardi au mercredi l'Electeur n'avait reçu connaissance officielle que vendredi à 3 heures du matin par une lettre officielle de Mr Talleyrand à V. Exc.

Ayant rempli mon devoir de porter cette traduction à la connaissance de ma cour, j'attendrai ses ordres, si on croit devoir faire une démarche ici ou si on croit mieux de la faire envers Mr Massias, ou si on juge à propos de ne point relever cet objet. . . . .

|: J'ignore quelles sont les intentions de S. A. S. E. sur ce rapport, et si Elle est indifférente à l'opinion qu'en portera le public français. Je reçois des lettres atroces, mais anonymes dans lesquelles on juge la conduite de l'Electeur. On ne peut sans doute que les mépriser.

La sujétion dans laquelle se trouvent les feuilles de ce pays ne permettrait à aucune d'insérer une autre traduction de ce décret que celle

---

[1] Die Pfälzer Schuldenangelegenheit. Vergl. Polit. Correspondenz, IV, XXXIX.
[2] Vgl. oben S. 16.

que donne le Moniteur. Le Publiciste et le Journal des Débats l'ont insérée aujourd'hui. La patente en elle-même m'a paru très mal rédigée. Qu'avait-on besoin d'entrer dans tous les détails qu'elle renferme? Que ne doit-on regretter que, lorsqu'on eut connaisance de l'attentat et de la conspiration dans laquelle on ne pouvait douter de l'intelligence des émigrés en Allemagne, on ne les ait éloignés sur le champ? :|

---

35. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 28. März 1804.

[Die Umtriebe Drakes. Vereitelte Kundgebung des diplomatischen Corps. Entrüstung Bonapartes. Verhältniß zu Schweden. Erbkonsulat bezw. Erbkaiserthum.]

Talleyrand hat vor ein paar Tagen Dalberg und den übrigen Mitgliedern des diplomatischen Corps von der Beschlagnahme der Correspondenz Drake's[1] schriftlich Mittheilung gemacht. Dalberg hat darauf geantwortet, Caprara, Lucchesini und Ferrette haben vorgeschlagen, dem Minister in corpore zu antworten und der Entrüstung des diplomatischen Corps über jene Machenschaften gemeinsam Ausdruck zu verleihen, allein ihr Vorschlag ist an dem Widerstande von Ehrenswaerd, Souza, Cobenzl und Dreyer gescheitert. Bonaparte, der durch Talleyrand von diesem Vorgange Kenntniß erhält, befiehlt darauf, sofort alle von einzelnen Gesandten eingelaufenen Antwortschreiben im Moniteur zu veröffentlichen. Dies geschieht in der Nr. 187 vom 28. Mai. Da Dalbergs Schreiben fehlt, frägt dieser bei Talleyrand an, ob dasselbe etwa nicht die Billigung des ersten Consuls gefunden habe. Talleyrand beruhigt ihn und verspricht, in der nächsten Nummer das Versäumte nachzuholen.

Je lui observai que mon inquiétude avait été augmentée par l'observation que j'avais faite que celle du ministre de Suède était également omise. — «Pour celle-la, me dit-il, je ne Vous en cacherai point le motif. Le Premier Consul, voulant cultiver la bonne intelligence avec la Suède, a pris la résolution qu'il ne fallait plus prendre garde ni à ce que faisait ni à ce que disait le Roi.» . . . . .

|: Le Premier Consul avait désiré que le corps diplomatique présentât collectivement une réponse pour la mettre dans les feuilles publiques. Le refus l'a beaucoup choqué. Il ordonna l'impression des lettres en disant, si ces messieurs veulent faire les braves en secret, qu'on les imprime! Cetto et ceux qui ont écrit avec une si grande indécence n'ont pas pu cacher leur embarras. Il y a eu aujourd'hui un sénatus-consulte où à la proposition de Cambacérès on a délibéré sur la question, si pour la tranquillité de la France il ne fallait pas établir l'hérédité et fixer le successeur du Consul. On est tombé d'accord que cela devait se faire dans la famille. Le Sénat s'est rendu chez le Premier Consul qui était

---

[1] Vergl. Nougarède de Fayet, a. a. O. II, 105ff; Tratchevsky, a. a. O. II, 529.

arrivé de Malmaison et lui en a fait l'hommage[1]. Il a tenu à ce qu'on assure un long discours par lequel il a dit vouloir connaître le vœu du peuple avant de se décider. On croit donc que les assemblées primaires seront entendues. On dit que le couronnement se fera pour lors à Aix-la-Chapelle. :|

---

36. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 30. März 1804.

[Allgemeine Bestürzung über Enghiens Tod. Vorsichtige Zurückhaltung in den Antwortschreiben an Talleyrand geboten. Benachrichtigung des Zaren. Billigung von Dalbergs Verhalten.]

|: Soyez bien persuadé, mon cher Baron, que je partage sensiblement Votre pénible situation, mais la nôtre n'est certainement pas non plus couleur de rose dans les circonstances présentes, elle le sera bien moins encore peut-être dans l'avenir le plus prochain. Je ne Vous parlerai pas de l'impression douloureuse qu'a produite ici l'horrible dénouement de la catastrophe du malheureux Duc d'Enghien, elle est profonde et générale. Le but de cette terrible mesure est aussi inconcevable que les suites en paraissent incalculables. — Vous aurez pu juger maintenant par la copie de ma note et de ma lettre au ministre Talleyrand, combien il m'avait été recommandé expressément de ne pas m'y permettre la moindre expression de ressentiment contre cette violence arbitraire, commise à notre insçu dans les états de l'Electeur . . . On a cru que, si on touchait cette corde délicate, il en faudrait dire bien davantage que la prudence et notre position pouvaient nous le permettre, qu'il fallait laisser à l'Empereur et à l'Empire de déterminer les mesures ultérieures etc. Cette opinion a été confirmée depuis par ce que l'Electeur Archichancelier a témoigné, lorsqu'il a eu complètement connaissance de toutes les pièces[2] . . . . .

Votre conseil de faire informer l'Empereur de Russie de tous les détails de cet événement par Mme la Margrave a été suivi le jour même de l'entrée de Votre dépêche. Elle a envoyé un précis exact en français à l'Impératrice, accompagnée d'une copie de la note et de la lettre de Talleyrand.

La communication à Ratisbonne ne s'est pas bornée au concommissaire impérial et aux ministres électoraux, la libéralite du Cte de Goertz en a procuré la lecture à presque tous les membres de la Diète, et M^r^ de

---

[1] Ueber diese Vorbereitungen zur Proklamirung des Erbkaiserthums, bei denen Fouché bekanntlich die Hauptrolle spielte, vergl. Thiers, Histoire du Consulat et de l'Empire, V, 46 ff; Mémoires du Comte Miot de Melito, II, 163 ff.

[2] Folgt der darauf bezügliche Abschnitt aus dem oben Nr. 28 mitgetheilten Berichte Gemmingens.

Gemmingen va en faire également part au ministère de Vienne. Vous avez parfaitement bien fait de Vous proposer de ne faire mention de rien, à moins qu'on ne Vous en parle, et de Vous borner à contredire, lorsqu'il est nécessaire, le préjugé que S. A. S. E. eût été préalablement instruite du dessein et de l'exécution des enlèvements militaires . . . :|

37. Talleyrand an Massias.

Paris, 10 germinal an 12 (31. März 1804).

[Bemühungen um Förderung des Salzhandels mit Baden. Frau von Reich und Frau Massias.]

Massias hat sich in einer Note vom 21. März bei Edelsheim dafür verwendet, «que l'Electorat s'approvisionnât de nos sels, comme il s'était fait avant la guerre.»

. . . Je ferai part aux Directeurs des salines du résultat de Votre première conversation avec Mr le Bon d'Edelsheim et de l'assurance qu'il Vous a donnée de seconder dans cette circonstance les vues du gouvernement français.

. . . . Je Vous engage à ne point négliger cette affaire et à donner tous Vos soins pour la faire réussir.

Im Auftrage des ersten Konsuls frägt Talleyrand, ob die Gemahlin von Massias, geborne Böcklin, verwandt mit Frau von Reich sei und in welchem Grade[1].

Concept. Pariser Archiv.

38. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 2. April 1804.

[Rechtfertigung gegen Vorwürfe. Ungeschickte Fassung des Generaldekrets und der „Geschichtserzählung". Vermutungen über den Urheber der wider ihn gerichteten Beschuldigungen. Unbesonnenheit gewisser Kreise in Karlsruhe. Frau von Ettlinger. Beziehungen der Markgräfin zu Enghien.]

|: Je ne Vous dissimulerai pas, mon cher Baron, que Vos reproches m'ont véritablement affligé, parce que je ne crois pas les avoir mérités.

[1] In seiner Antwort versichert Massias, Frau von Reich, obgleich von Geburt eine Freiin von Böcklin, sei mit seiner Gemahlin nicht verwandt und kenne sie nicht. Katharina Charlotte Friederike Massias stammte aus der Obenheimer Linie der Freiherrn Böcklin von Böcklinsau und war nur sehr weitläufig verwandt mit der dem Kehler Zweige der Morburger Linie des gleichen Geschlechts angehörenden Freifrau Reich von Platz. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß Massias im Jahre 1848 nicht, wie die Nouvelle Biographie universelle, 34, 190 angibt, zu Paris, sondern zu Baden-Baden verstorben ist. Gefl. Mittheilungen des Großh. Bad. Kammerherrn Freiherrn Richard Böcklin von Böcklinsau. — Vergleiche auch die Erörterung dieses Themas zwischen Napoleon und Massias zu Aachen im Juni 1804. Mémoires historiques, 270, sowie die «Lettre à Mr. de Bourrienne sur quelques passages de ses mémoires relatifs à la mort du Duc d'Enghien par le Baron Massias. (Paris, Didot 1829), 4. — Wie Welschinger, a. a. O. 425 zu der Behauptung gelangt, Talleyrand habe schon am 8. März diese angebliche Verwandtschaft Massias zum Vorwurf gemacht, ist mir unverständlich; ich finde nirgends einen Beleg hierfür.

mais je me persuade que les éclaircissements que Vous aurez trouvés dans mes dépêches postérieures à l'expédition de Vos no 26 et 28[1] auront effacé les préventions défavorables. Vous ne sauriez même disconvenir que, d'après le résultat des démarches que Vous avez faites selon Vos propres lumières, je dois me féliciter plus que jamais que Vos instructions Vous aient laissé assez de latitude pour ne pas Vous gêner le moins du monde à cet égard. Rien de ce qu'on aurait pu Vous prescrire eût été aussi adapté aux circonstances et au malheureux dénouement que Vous même n'aviez pas prévu peu de jours auparavant et aux ouvertures certainement fort inattendues que le ministre des rel. ext. Vous a faites.

J'ai désapprouvé autant que Vous sous tous les rapports la rédaction de notre patente générale, mais ma retraite valétudinaire ne m'a pas permis de participer à temps à la révision particulière de cette très chétive production[2]. Je n'en ai gémi qu'après la publication. Maintenant je n'y vois pas de remède efficace, parce que ne pouvant pas même effectuer dans aucune feuille en France une autre traduction de ce décret que celle qu'a donnée le Moniteur, il n'y pas moyen de désabuser le public français, mais toutes les cours qui tiennent à l'Allemagne sont déjà informées de la vérité des faits. Il m'a semblé aussi qu'il fallait élaguer du précis français, communiqué à l'Empereur de Russie etc., la pédanterie très superflue qui caractérise la Geschichtserzählung, accompagnée de preuves qui pour la plupart m'ont paru peu satisfaisantes; l'addition de la note et de la lettre de Mr Talleyrand au contraire étaient indispensables.

Quant à la forte péroraison de l'ouverture de S. Exc. Mr. Talleyrand, j'avoue que je ne devine pas encore la véritable source de cette malveillance personnelle. Est-ce St Génié, est-ce Massias lui-même qui, influencé alors encore par le premier, s'est laissé induire à avancer quelqu'assertion tendante à me nuire et à me susciter des désagréments qui me détermineraient peut-être à quitter ma place? but principal de toutes les menées sourdes de la confrérie dont Vous connaissez l'existence. Toutefois je Vous ai une sensible obligation, cher Baron, de l'intérêt amical avec lequel Vous avez pris la défense de cette cause célèbre. . . . .

Au reste je ne puis pas disconvenir, entre Vous et moi, que la licence des propos qu'on se permet, surtout depuis quelque temps, dépasse souvent tout ce qu'on peut imaginer. L'Electeur le désapprouve hautement. Il vient de faire admonester les bavards arrogants par son

---

[1] Vom 24. und 28. März.

[2] Aehnlich äußert Edelsheim in einem Schreiben an Gemmingen vom 3. April seine Mißbilligung.

grand chambellan, mais S. A. S. E. me paraît presque désespérer de l'entière efficacité de cette mesure tardive. Avec cela de tout ce monde il n'y a pas une seule personne qui ne tremble à l'idée seulement des conséquences qui peuvent, qui doivent même résulter enfin de cette inconduite, telle est la contradiction et l'inconséquence des mauvais esprits. Vous ne croiriez pas qu'une des personnes les moins circonspectes à cet égard c'est Mme d'Ettling, protégée du ministre des rel. ext. qui l'a particulièrement recommandée à Mr Massias, lorsqu'elle est venue ici peu de jours après les fameuses arrestations. C'est au commandeur de Pfirdt de l'ordre de Malte qu'elle doit cette protection singulière sans avoir jamais vu Mr Talleyrand[1].

Au reste je ne Vous confie que très confidemment que je crois avoir de fortes raisons de craindre qu'il ne se soit trouvé parmi les papiers du Duc d'Enghien des lettres amicales de Mme la Margrave qui, à ce qu'on vient de m'insinuer secrètement, lui écrivait ou répondait à ses lettres de 3 à 3 ou 4 semaines[2]. Cette assertion acquiert encore plus de poids par la grande inquiétude qui tourmente S. A. depuis la malheureuse catastrophe. Parlant de cet axiome, Mr Talleyrand ne pourrait-il pas l'avoir eue en vue, en désignant une autre personne, présumant bien qu'on la devinerait, sans qu'il la nommât?

Cependant M^r^ d'Ehrenswaerd doit avoir mandé des choses qui font supposer au Roi qu'on cherchait à tracasser l'Electeur à cause de S. M. et des propos qu'Elle avait tenus à Massias. J'ai assuré que Vous ne m'aviez absolument mandé à ce sujet que ce que j'ai communiqué de Votre dépêche en clair à Mr de Lagerbjelke.

Celui-ci a dû faire par ordre exprès, mais fort contre son gré une réponse anonyme à la lettre d'un Bon de Franconie à un comte suédois[3],

---

[1] Gemeint ist die schon oben erwähnte Baronin Ettlinger (Massias an Edelsheim, 20. März). Ueber ihre Beziehungen zu dem Bailli de Ferrette (Pfirdt), späterem badischen Gesandten in Paris, als dessen Maitresse sie galt, vergl. Schinkel, Minnen ur Sveriges nyare historia, IV, 170.

[2] Spuren von diesem Briefwechsel haben sich im Karlsruher Archiv nicht erhalten; ein Schreiben vom 2. Januar 1803, in welchem die Markgräfin dem Herzog ihre Bewunderung «pour ses grandes qualités» ausspricht, besitzt die Bibliothek zu Nantes. Nach ungedruckten Memoiren aus jener Zeit hätte die Markgräfin im Verein mit der Königin von Schweden ihn vor den Gefahren, die ihm möglicherweise drohten, insgeheim warnen lassen.

[3] Gemeint ist die Flugschrift: Schreiben des Freiherrn von Gxxx, unmittelbaren Reichsritters in Franken, an den Grafen von Bxxx, Mitglied des Adelstands in Schweden (Frankfurt 1804), welche in satirischer Weise das Eintreten des Königs zu Gunsten der Reichsritterschaft behandelt und die Erwartung ausspricht, daß er nach seiner Rückkehr auch dem schwedischen Adel gegenüber daraus die Consequenzen ziehen werde. — In dem „Antwortschreiben des Grafen von Bxxx . . . . an den

supposant que ce pamphlet sortait du bureau de Mr de Montgelas. Mais notre ami commun[1] vient de m'en envoyer hier au soir une traduction en allemand; elle lui est venue de Ratisbonne des bureaux de la légation française, qui en a envoyé à quelqu'un à Francfort de volumineux paquets destinés pour la Suède. . . . . . . :|

39. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 2. April 1804.

[Gerüchte von der Begründung einer Erbdynastie der Bonapartes. Zwiespalt in der Familie; Plan einer Ehescheidung und Vermählung mit der Prinzessin Amalie von Baden.]

|: Dans plusieurs de mes dépêches j'ai fait mention qu'il se répandait des bruits sur des changements importants dans la constitution et qu'il était question de porter l'hérédité dans la famille de Bonaparte: Voilà ce que je puis mander de positif à cet égard. Le Premier Consul, égaré par son ambition croit que le moment est venu, où sous le prétexte que le Gouvernement n'est point assez fortement constitué et que, le point de la succession n'étant pas arrêté, la France restait constamment exposée à des secousses, il ose serrer la couronne sur sa tête[2]. Depuis 5 à 6 semaines déjà son parti répand des idées et des observations qui tendent à faire sentir le besoin de consolider son pouvoir, de le porter dans les mains de sa famille, d'écarter à jamais les prétentions de la Maison de Bourbon etc.; tantôt on le compare à Charlemagne, tantôt à un autre conquérant que la force et la fortune ont élevé sur le trône. Le premier pas décisif qui a été fait est celui du Sénat dont j'ai fait mention dans mon no. 29[3]. Depuis on a ordonné aux relations extérieures de faire des recherches sur ce qui fut observé autrefois à des changements de règne. On porte l'ordre: une nouvelle dynastie a été appelée au Gouvernement. J'ai lieu de croire qu'on s'est déjà entendu avec la Prusse et qu'avant hier, Mr de Cobenzl ayant été appelé à Malmaison, on lui a fait part des projets qu'on forme[4].

Il a fait partir un courrier le lendemain. On assure que le Premier Consul et sa famille ne sont pas d'accord sur la succession, parce que lui

---

Freiherrn von Gxxxx, unmittelbarem Reichsritter in Franken" (v. O. 1804) wird man nach Edelsheims Bemerkungen wohl die von Lagerbjelke redigirte Entgegnung zu erblicken haben.

[1] Gemmingen.

[2] Vergl. zum Folgenden Thiers, Histoire du Consulat, V, 40ff.

[3] Vom 28. März.

[4] Irrthum: erst anfangs Mai verständigte Talleyrand den Grafen Cobenzl officiell von dem Plane. Beer, a. a. O. 50.

n'a pas d'enfants et n'en aura pas, que la femme de Joseph n'a que des filles et que Lucien a épousé une catin dont le fils même est né avant le mariage. La famille désire donc que le Consul se sépare de sa femme qui se rendrait à Rome; qu'il épouse une Princesse d'Allemagne pour en avoir des enfants et qu'en cas qu'il n'en eût pas, qu'il adopte le fils de Mme Louis qui est le sien et qu'il nomme Joseph régent, en cas que lui ne vecût pas; lui-même est plutôt porté à garder Mme Bonaparte près de lui et à faire l'adoption du petit Louis[1]. Le public nomme en cas de divorce la Princesse Amélie comme celle qu'on désirerait par rapport aux alliances[2]. V. Exc. se rapelle qu'il en fut déjà question, lorsque le Prince Louis fut ici[3]. Je crois être sûr que rien encore n'est arrêté, mais que le Premier Consul, appelé Empereur par les assemblées primaires, trouvera plus d'une Princesse d'Allemagne pour l'épouser. Je ne hasarderai aucun avis et aucun conseil à cet égard et je ne fais que prévenir sur cette importante affaire, pour qu'on puisse prendre un parti, en cas que le choix d'une Princesse de Bade ne fût pas une illusion. Si on désirait ce mariage, je crois qu'il y aurait moyen d'y parvenir. :|

---

40. Massias an Edelsheim.

Karlsruhe, 15 germinal an 12 (5. April 1804).

[Gesuch um Verhaftung der Frau von Gelb. Fahndung ohne Erfolg.]

Le citoyen Didelot, ministre plénipotentiaire de la République française près S. A. S. l'Electeur de Wurtemberg, m'écrit que la générale de Gelb voyageant sous le nom de Francwelt vient de se rendre à Offenbourg, ville qu'elle avait quittée la nuit où les troupes françaises y entrèrent. Il m'engage à en demander l'arrestation par des motifs qui donnent lieu à présumer qu'elle est fortement impliquée dans la dernière conspiration. Je prie donc V. Exc., M^r^ le Baron, d'obtenir les ordres, afin qu'on se saisisse de sa personne, jusqu'à ce que j'aie reçu de nouvelles instructions de mon gouvernement[5]. . . . .

---

[1] Vergl. über das Projekt einer Scheidung, das damals auftauchte und von Joseph B. lebhaft befürwortet wurde, Welschinger, Le divorce de Napoléon, 8 ff.

[2] Vergl. über diesen Vorschlag, der von Talleyrand ausging, Welschinger: Le divorce de Napoléon, 11 ff., Miot de Melito, Mémoires, II, 167.

[3] Polit. Correspondenz, IV, 296.

[4] Sophie Passauer von Frankenfels, aus Rheinfels gebürtig, Wittwe des Generals von Gelb, der als Befehlshaber der Condé'schen Truppen bei Hagenau gefallen war (nach beschlagnahmten Familienpapieren im Karlsruher Archive). Sie hielt sich schon seit mehreren Jahren erst in Baden-Baden, dann in Offenburg auf. Ihr Schwiegersohn, Baron von Auerweck, wohnte in Schuttern.

[5] Noch am gleichen Tage erließ der Geh. Rath eine entsprechende Weisung an das Obervogteiamt Gengenbach. Frau von Gelb hatte aber, wie berichtet wurde, Offenburg

41. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 6. April 1804.

[Der König von Schweden. Widerspruchsvolle Haltung. Bitte um Auslieferung des Testaments Enghiens. Massias erscheint wieder bei Hof. Taktvolles Benehmen.]

Que direz-Vous du Roi de Suède, lorsque Vous apprendrez qu'après avoir fait cette fameuse algarade à Massias et avoir provoqué Mr d'Ehrenswaerd à des démarches peu conciliantes envers le gouvernement français, S. M. vient de faire requérir Massias de demander de Sa part au Premier Consul comme une faveur qu'Elle apprécierait infiniment qu'il voulût bien lui accorder le testament du Duc d'Enghien qu'on devait avoir trouvé dans les papiers du pauvre prince défunt, en y ajoutant que, fondée sur les relations amicales dans lesquelles S. M. comptait se trouver inaltérablement avec le Premier Consul, Elle croyait pouvoir oser se permettre cette prière et oser espérer que par le même motif le Premier Consul ne la lui refuserait pas; que cet objet d'ailleurs ne pouvait concerner que quelques peu de personnes auxquelles le Duc d'Enghien s'était particulièrement intéressé et auxquelles le Roi se féliciterait d'avoir pu procurer ce bienfait par son intercession, si le Premier Consul daignait y avoir quelques égards — et au bout de tout cela le rappel immédiat du ministre de Suède à Paris etc. Cette politique n'a vraiment pas de nom.

Au reste Massias qui, sous prétexte d'être incommodé, s'était excusé de dîner à la cour depuis la fameuse scène, ... a reparu hier pour la première fois, n'ayant reçu aucune direction du ministre Talleyrand relativement au coup de pistolet de S. M., qu'Elle-même venait de lui faire insinuer, combien Elle souhaiterait que le public n'inférât pas de son absence prolongée de la cour de l'Electeur un refroidissement de son gouvernement envers S. A. E.[1] Il faut rendre la justice à Massias qu'il a répondu à tout cela avec une discrétion infiniment délicate et convenable. Mais d'après ce que je viens de voir par le déchiffrement de Votre no. 29[2], je ne regarde pas comme absolument impossible que la demande du testament du Duc d'Enghien ne soit accor-

---

bereits am 13. oder 14. März, ehe die französischen Truppen dort eintrafen, verlassen, um sich, wie es hieß, nach Hechingen zu begeben, und war seither nicht zurückgekehrt. Die Papiere, die sie zurückgelassen, wurden mit Beschlag belegt und nach Karlsruhe abgeliefert; sie enthalten keinerlei belastendes Material.

[1] Trotzdem kam es, was Edelsheim hier verschweigt, auch bei diesem Anlaß wieder zu einem peinlichen Vorfall. Der König sprach mit allen, die bei Hof erschienen waren, ausgenommen Massias, in Folge dessen verließ dieser sofort die Gesellschaft. Der Kurfürst, der durch Unwohlsein ferngehalten war, gab seinem Bedauern darüber Ausdruck mit dem Bemerken, er hätte, wenn er zugegen gewesen, den Fehler sofort gut gemacht. Massias an Talleyrand, 18 germinal (8. April 1804).

[2] Zweite Depesche vom 28. März. Oben Nr. 35.

dée au Roi de Suède par le Premier Consul, bientôt Empereur des Gaules etc.

Au reste notre S^me^ maître approuve beaucoup la circonspection de Votre conduite à l'occasion de la lettre circulaire[1].

Mr de Tawast est attendu d'un moment à l'autre. :|

---

42. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 6. April 1804.

[Abberufung Ehrenswaerds. Rathschläge in der Pfälzer Schuldenangelegenheit. Madame Bonaparte und das Erbkonsulat.]

|: M^r^ d'Ehrenswaerd avait reçu l'ordre de prendre congé et de partir, tant a été fort le ressentiment du Roi sur la mort du Duc d'Enghien. Il vient de faire des représentations contre une brusquerie pareille qui ne causerait que de l'embarras, si les grandes puissances ne la partagent point.

. . . . Si notre S^me^ Electeur veut véritablement qu'à l'égard des dettes du Palatinat[2] on parvienne à un résultat satisfaisant, je ne puis donner d'autre avis que ceux que renferment mon rapport d'aujourd'hui et celui du 4 mars. Démarche collective, lettres au Premier Consul et à l'Empereur de Russie et des cadeaux à Talleyrand ou Durant et Otto, ce n'est qu'ainsi que dans nos temps d'orage et d'égoïsme on peut faire les affaires, tout le reste n'est que de la bureaucratie. Il n'y a plus de probité ni d'obligeance dans les rapports politiques, tout est force ou intérêt.

L'affaire de la dignité héréditaire se prépare avec beaucoup d'activité. Une femme de mes amies a vu hier Mme Bonaparte. Cette dernière paraissait assez rassurée sur le sort que la famille du Premier Consul lui préparait. Elle croit n'avoir rien à craindre . . . . :|

---

43. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 8. April 1804.

[Aussichten einer Werbung Bonapartes um eine badische Prinzessin. Rücksicht auf Rußland. Dalbergs Verhältniß zur französischen Regierung. Neubesetzung des Gesandtschaftspostens in Regensburg. Baron Seckendorff.]

|: Le premier roi fut un soldat heureux! voilà la réflexion qui se présenta à la mémoire de l'Electeur, lorsque je lui fis la lecture des inté-

---

[1] Talleyrand. Vergl. oben Nr. 33 und 34.

[2] Vergl. über diese Angelegenheit Polit. Correspondenz, IV, XXXIX.

ressantes dépêches que Mr de Tawast m'a remises hier au matin de Votre part. On pourrait en inférer qu'on ne serait peut-être pas infiniment effrayé de faire partager une nouvelle couronne impériale à une petite-fille, toutefois je crois que, si le cas pouvait exister, cela dépendrait entièrement ou du moins en dernière analyse de l'assentiment de la Russie; mais ce nouveau confrère une fois reconnu par les têtes couronnées, je ne vois pourtant pas, quelle objection on pourrait faire à s'allier maritalement avec lui. Je crois plutôt comme Vous, mon cher Baron, qu'alors ce sacrement serait convoité assez généralement. Cependant d'après les principes et la façon de penser des personnes principales ici, je ne saurais présumer qu'on voulût jamais se résoudre à faire aucune démarche ni de près, ni de loin, pour amener ce résultat; s'il est déterminé dans les décrets immuables de la Providence, alors nous serons, je pense, assez bons chrétiens pour ne pas nous y soumettre avec une résignation religieuse.

Les éclaircissements que Vous avez bien voulu me confier relativement à Vos rapports personnels avec Mr Talleyrand ne m'ont nullement surpris. Vous devez Vous rappeler, mon cher B^on, qu'il y a déjà bien du temps que je Vous ai insinué avec discrétion et ménagement qu'on observait toutes Vos liaisons et allures . . . . J'en applaudis d'autant plus sincèrement à la sagesse et à la dextérité de Votre justification envers Mr Talleyrand, et quoique je partage Vos doutes que cette explication puisse faire un effet efficace sur Madame, tant que Vous n'aurez pas quelqu'hommage réel à lui offrir, le grand avantage qui doit en résulter, c'est que le Premier Consul soit désabusé des préjugés qu'il pouvait avoir conçus à Votre égard. :|

Mittheilungen über die Correspondenz mit dem Berliner Kabinet, das Conservatorium zu Gunsten der Reichsritterschaft betreffend.

Nous ne sommes pas moins aussi encore dans un véritable embarras sur le choix d'un ministre pour remplacer le Cte de Goertz en sa qualité de plénipotentiaire électoral de Bade. Il y aurait un homme tout trouvé, très capable et parfaitement routiné dans les affaires comitiales qui se trouve actuellement à Ratisbonne et dont l'acquisition pourrait se faire incessamment. C'est M^r le Bon de Seckendorff, celui qui fut ministre de Wurtemberg avant son cousin présentement en place. Il est fort habile et a toujours été principalement attaché au bon système etc. ce qu'on a même cru l'avoir en parti desservi tant auprès de son maître qu'à la cour impériale qui, à ce qu'on a prétendu, aurait même désiré son rappel; néanmoins il est frère du général autrichien de ce nom! Je serais bien aise de savoir Votre opinion sur ce sujet sans que je puisse Vous autoriser de mon propre chef à faire aucune démarche immédiate quelconque pour

Vous procurer des éclaircissements sur la manière dont cette nomination serait peut-être envisagée là où Vous êtes[1].

44. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 11. April 1804.

[Memoire Montgaillards. St Génié. Pichegrus Tod. Erbkaiserthum der Bonapartes. Die Ehescheidungsfrage. Erblichkeit der Würden.]

Le gouvernement vient de faire publier un mémoire de Mr Montgaillard dévoilant la conjuration de Pichegru, lorsqu'il fut général en chef des armées françaises . . . St Génié y est nommé au nombre des agents qu'employait le Prince de Condé à Lausanne[2]. Il n'en est pas fait une autre mention . . . .

|: La mort de Pichegru fait ici une profonde sensation. On savait qu'il ne donnait aucune information, qu'il déclarait constamment qu'il parlerait devant le tribunal et qu'en vain on se flattait qu'il chargeât ou qu'il dénonçât qui que ce soit. Georges montra un courage et une fermeté égale. Ils étaient inébranlables. Il importait par conséquent d'enlever l'un ou l'autre, pourqu'il ait été éloquent. Il paraît que Pichegru a été choisi comme victime. L'histoire des empereurs romains, le moyen-âge, voilà le talent de ce pays, de ce règne. Il fait horreur!

Pendant que Talleyrand, Réal et Roederer travaillaient au plan pour l'hérédité de la famille et la fixation des points de cet important rapport, le Consul médite de son côté et on m'a assuré hier qu'il a déclaré ne point vouloir quitter sa femme et nommer son frère Louis — père adoptif de son enfant Napoléon — son successeur et Joseph régent en cas de minorité[3]. Les deux Consuls restant chefs des corps répresentants, on médite même de donner l'hérédité de charges et de fortune aux généraux, aux sénateurs etc.[4] C'est la féodalité la plus crapuleuse. Quant à la question de guerre ou de paix, elle se décidera seule ici, parce qu'il paraît que l'apathie couvre tous les cabinets et que la Russie même paraît se

[1] Dalberg bemerkt darauf: „Je connais beaucoup Mr de Seckendorff et pendant mon séjour à Ratisbonne j'ai vu de près les raisons qui le brouillèrent avec les impériaux . . . . Je connais à Mr de Seckendorff de l'esprit, de l'habileté et de l'adresse. On lui reproche de la chaleur et de la violence. Ses principes sont ce qu'on a appelé ständisch". An Edelsheim, 15. April.

[2] Vergl. Polit. Correspondenz, IV, 464. Die Denkschrift ist abgedruckt im Moniteur vom 18. April 1804; die betr. Stelle lautet: «St Géniés, neveu du fermier général Varanchin, se tenait à Lausanne par ordre de Condé».

[3] Welschinger, Le divorce de Napoléon, 8; Miot de Melito, Mémoires, II, 75, 179.

[4] Ueber die Creirung neuer Würden, s. Thiers, a. a. O. V, 91ff.

neutraliser et se borner à l'influence que peut lui donner une plume et un encrier . . . . :|

45. Talleyrand an Massias.

Paris, 24 germinal an 12 (14. April 1804).

[Weisungen über sein Verhalten gegen den König von Schweden. Ablehnung jeder schwedischen Einmischung. Das Testament Enghiens.]

. . . . Vous ne devez pas manquer de Vous exprimer assez haut sur tout cet étalage de conseils, d'exhortations et de plaintes que le Roi de Suède a dressé à des émigrés. Il est trop peu convenable qu'il tienne personnellement un langage nécessairement désagréable au gouvernement français . . . . tandis qu'il ne prescrit un différent à son ministre résidant ici, et quant à la demande qu'on Vous a dit qu'il se proposait de faire du testament du Duc d'Enghien, Vous ne devez pas hésiter à répondre, si on Vous en parle encore, que comme nous ne nous mêlons aucunement des affaires de Suède nous n'entendons pas qu'on s'occupe des nôtres[1].

Mittheilungen über den Inhalt der Note an Dalberg vom gleichen Tage, das Konservatorium betr.[2]

Concept. Pariser Archiv.

46. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 14. April 1804.

[Talleyrands Schreiben vom 11. März. Veröffentlichung in der Frankfurter Oberpostamtszeitung. Verdacht gegen Görtz und Edelsheim.]

In der Frankfurter Oberpostamtszeitung findet sich eine wörtliche Uebersetzung des Schreibens Talleyrands vom 20 ventôse (11. März)[3]. Edelsheim vermuthet, daß diese Veröffentlichung der Unachtsamkeit oder Indiskretion des Grafen Görtz beizumessen sei, da ihm allein die betr. Actenstücke zu seiner Information zugestellt worden seien, mit dem Beifügen jedoch, er habe sich auf eine mündliche Mittheilung an die kurfürstlichen Gesandten zu beschränken, «sans se permettre aucun autre usage des pièces»[4].

---

[1] Vergl. Boulay de la Meurthe, 196. Den Inhalt des Schreibens theilt Massias dem Minister v. Edelsheim vertraulich mit. Edelsheim an Karl Friedrich, 21. Apr. 1804.

[2] Vergl. Polit. Correspondenz, IV, 524.

[3] In der Folge gibt Talleyrand dem, wie man sieht, unbegründeten Verdacht Ausdruck, daß Edelsheim die Veröffentlichung veranlaßt habe, bemerkt aber zugleich, man brauche sich darüber nicht zu erregen. «Il est naturel qu'un état secondaire croie avoir besoin de ménagements et d'apologie aux yeux de l'Europe.» An Massias. 21. April. (Concept. Pariser Archiv.) — Vergl. Boulay de la Meurthe, a. a. O. 194, Anm. 2; Tratchevsky, II, 581.

[4] Vom 25. März. Häberlin, Staatsarchiv, 12, 82.

47. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 15. April 1804.

[Schwedische Note vom 12. April. Eindruck in Regensburg.]

Nur mit äußerstem Bedauern finde ich mich in die Nothwendigkeit gesetzt, Serenissimo Electori in der Anfuge eine abermalige Erklärung[1] vorzulegen, welche des Königs in Schweden Majestät in Ihrer Eigenschaft als Herzog von Vorpommern, an hiesigen Reichstag haben thun lassen, indem dessen Inhalt und die Art, wie darinnen die Stände des Reichs von einem einzelnen Mitstande, sich nach den kaiserlichen Geboten und Befehlen gehorsam unterthänigst zu richten, erinnert werden wollen, denen Höchst und Hohen Ständen gelindest nicht ganz anständig wohl scheinen möchte und dabei doch dieser ebenso zwecklose als auffallende Schritt, wie alle vorangegangenen ähnlichen, keinen andern Erfolg wird haben können, als daß vielleicht von Berlin mir die Weisung zukommen dürfte, eine unangenehme Erwiderung darauf zu machen, da wohl sichtlich diese königlich Schwedische neue Note gegen die letztere königlich preußische Denkschrift gerichtet zu sein scheint.[2]

---

48. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 22. April 1804.

[Eine Verständigung der Mediationsmächte über die deutschen Angelegenheiten vorläufig ausgeschlossen. Rußland billigt das Conservatorium und mißbilligt die Haltung Preußens. Scene zwischen Cobenzl und Keller.]

. . . . On ne se persuade point encore que les puissances médiatrices se réuniront de sitôt à Ratisbonne et qu'on sera longtemps encore avant de s'entendre sur les principes qui doivent régler définitivement les intérêts de l'Allemagne. La cour de Vienne insistera sur ses prétentions avec force et Mr Oubril m'a dit que sa cour 1) approuvait fortement le Conservatoire et était disposée 2) à traiter les affaires de l'Allemagne à Vienne même. Il eut il y a deux jours une longue conversation avec Mr de Lucchesini[3]. Comme elle s'était faite chez moi, il m'en rendit compte. Il m'assure lui avoir dit que sa cour désapprouverait la déclaration prussienne, entièrement opposée aux intentions et à l'esprit conciliant de S. M. l'Empereur.

Mr de Lucchesini lui a parlé d'une scène que Mr de Cobenzl a eue avec Mr de Keller[4] et dans laquelle le premier a dit que tout ce qui

---

[1] Von dem schwedischen Gesandten Kunt Bildt am 11. April übergeben; gedruckt bei Häberlin, Staatsarchiv, 12, 85. Der König wiederholt seine Erklärung vom 26. Jan. zu Gunsten der Reichsritterschaft und läßt die Mitstände an ihren den kaiserlichen Geboten schuldigen Gehorsam erinnern.

[2] Siehe S. 52, Anm. 4.

[3] Vergl. den Bericht Oubrils vom 20. April bei Tratchevsky, a. a. O. II, 570 ff.

[4] Preußischer Gesandter in Wien.

se faisait à Berlin était emmené par des ministres brouillons et qu'il ne doutait point que cela avait porté sur lui. Quels que soient ces incidents et ces petites méprisables intrigues, nous devons nous borner à profiter de ce que la force des circonstances emmèneront (sic!) sur la France qui jusqu'ici tient encore chacun en respect . . . .

49. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 4 floréal an 12 (24. April 1804).

[Projekt einer Vermählung des Kurprinzen mit einer Prinzessin von Neapel. Graf Lucchesi in Karlsruhe. Seine Gemäldesammlung. Politische Umtriebe.]

Der Graf Lucchesi, ein Sicilianer, Vertrauensmann der Königin von Neapel, ist in Karlsruhe erschienen, um, wie er erklärte, wegen der Heirath des Kurprinzen mit einer Prinzessin von Neapel zu verhandeln[1]. Das Projekt ist gescheitert, Lucchesi hat aber seine Abreise verschoben; er steht bei der Markgräfin und dem König von Schweden in hoher Gunst. Dem Kurfürsten hat er für 12000 fl. jährlicher Rente eine Gemäldesammlung verkauft. Vielleicht wartet er auf einen Ministerposten[2].

50. Gemmingen an den Geheimen Rath.

Wien, 25. April 1804.

[Freundlicher Empfang in Wien. Aengstliche Zurückhaltung des Wiener Kabinets. Gemmingens Verhalten in der Affaire Enghien. Cobenzl ignorirt dieselbe; auch Gemmingen vermeidet jede Erklärung. Beweggründe.]

Gemmingen nimmt nach seiner Rückkehr nach Wien die regelmäßige Berichterstattung wieder auf. Er ist bei Hof überaus gnädig empfangen worden, der Kaiser hat wiederholt bemerkt, „daß er vorzüglich auf des Kurfürsten von Baden Unterstützung zähle, wenn es darauf ankomme, noch alles Mögliche zu versuchen, um die deutsche Verfassung zu erhalten". Das Wiener Kabinet zeigt „die ängstlichste Behutsamkeit". Man sei gegen die französische Regierung überaus nachgiebig, über ihre Pläne aber ebenso wenig unterrichtet, als über die Absichten des Petersburger Hofes, speciell in der Mediationsfrage.

„Ein sehr weit getriebenes Mißtrauen in die eigenen Kräfte und die Furcht, sich zu kompromittiren, macht, daß man bei allen Angelegenheiten, welche nur die geringste auswärtige Beziehung haben, jede Entscheidung so lange vermeidet, bis man die Gesinnungen kennt, welche darüber in Petersburg und Paris stattfinden."

[1] Schon ein paar Tage vorher hatte Massias kurz gemeldet: «J'apprends d'une manière très sûre, que l'Autriche, pour conserver et augmenter son influence dans l'Allemagne méridionale, a fait, par l'intermédiaire de la Reine de Naples, offrir une. Princesse de Sicile en mariage au Prince héréditaire de Bade.» An Talleyrand 2 floréal (24. April). Ueber das Heirathsprojekt selbst liegen keine weiteren Nachrichten vor.

[2] In einem späteren Berichte, 20 flor., bemerkt Massias, Lucchesi unterhalte in Karlsruhe viele Spione und korrespondire durch Vermittlung seines Bankiers in Wien mit dem Hofe von Neapel, seine Aufgabe scheine vor allem «de découvrir par le Roi de Suède et ses alentours les vraies dispositions des cabinets de l'Europe et notamment de ceux de Vienne et de Pétersbourg».

Gemmingen berichtet weiterhin über sein Verhalten in der Affaire Enghien.

Bei seiner Ankunft in Wien habe er die erwarteten Instruktionen noch nicht vorgefunden. Er habe daher sowohl dem schwedischen wie dem russischen Gesandten erklärt, er werde vorerst sich jedes weiteren Schrittes enthalten und die Weisungen seines Hofes abwarten. Rasumowsky habe diesen Entschluß vollkommen gebilligt mit der Bemerkung: «il me paraît que Vous ferez généralement bien temporiser dans cette affaire».

Graf Cobenzl, der sich allen Anfragen durch die Behauptung, er wisse nichts Officielles von der Sache, zu entziehen gesucht, habe in einer ersten Unterredung den Vorfall gar nicht erwähnt, in einer zweiten davon „als von einer bekannten Sache, welche dem Kurfürsten wohl sehr wehe würde gethan haben", gesprochen[1]. Gemmingen hat darauf entgegnet, er behalte sich vor, seiner Zeit ihm officielle Mittheilung zu machen, verwahre sich aber gegen jede Entstellung der Thatsachen, andernfalls werde er genöthigt, den wahren Sachverhalt sofort bekannt zu machen, wozu er „ohnedem allemal bereit sei, wenn diejenigen, welche dazu befugt wären, sich danach zu erkundigen für nöthig hielten".

Mittlerweile habe er — am 19. d. M. — die erwarteten Weisungen nebst den Beilagen empfangen.

. . . „Ungeachtet mir nun in der G. R. N. 1851[2] die Befugnis gegeben wurde, den Auszug der Geschichtserzählung gehörigen Orts mitzutheilen, so habe ich doch geglaubt, da dieses mehr eine Erlaubniß als ein bestimmter Befehl war, die ganze Sache vor der Hand ruhen zu lassen und blos dem russischen Botschafter mitzutheilen, was nach Petersburg abgegangen war, «pour son information particulière», wie ich mich in einem Billet an ihn ausdrückte.

Folgende Gründe haben mich dazu bestimmt:

1) So gewiß auch jene Territorialverletzung eine gemeinsame Angelegenheit des Deutschen Reiches ist und als eine solche eine Anzeige an Kaiser und Reich ordentlicherweise erfordert hätte, so müßte man dagegen doch auch die gegründete Erwartung haben dürfen, daß darauf etwas erfolgen würde, wovon man das Gegentheil jetzt fast mit Gewißheit annehmen kann, und nur den Schein hätte, eiteln Lärm geblasen zu haben . . . .

2) Glaubte ich dadurch, daß ich mir in der vorläufigen Unterredung mit dem Grafen Cobenzl offen behalten hatte, jede Kommunikation nach Umständen zu machen, und dadurch, daß ich mich bereitwillig gezeigt hatte, jede geforderte Auskunft zu geben, — alles erschöpft und verwahrt zu haben, was vorläufig nöthig wäre."[3]

---

51. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 27. April 1804.

[Vorbereitungen zur Proklamirung des Erbkaiserthums und der Krönung. Bonapartes Streben nach der Weltherrschaft.]

|: J'ai reçu depuis quelques jours différents renseignements sur l'affaire de l'hérédité et quoiqu'on doive envisager la question comme

---

[1] Ueber die schwächliche Haltung des Wiener Kabinets in dieser Frage vergl. Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik, 43 ff.; Wassilitchikow, Les Razoumowski, II, 2, 104 ff.

[2] Oben Nr. 14.

[3] Edelsheim billigt „das behutsame und allen vorliegenden Umständen wohl angemessene Benehmen in Ansehung der nun ohnehin schon veralteten Territorialverletzung". An Gemmingen. 5. Mai 1804.

définitivement arrêtée pour l'affirmative, ils ne laisseront pas d'offrir quelqu'intérêt. Tout ce qu'amèneront les nouveaux changements aux formes constitutionelles en France a été traité dans un conseil composé du Premier Consul, des deux autres Consuls, des ministres Talleyrand, Régnier, des sénateurs Fouché, Couteleux[1], François de Neufchâteau et des conseillers d'état Ségur l'aîné, Portalis, Regnaud St Angely[2]. Il a été arrêté dans les différentes sessions qui se sont tenues à St Cloud, que l'invitation serait faite au tribunat pour cet effet . . . .

Le vœu du tribunat sera énoncé lundi prochain, on fera ensuite un message au sénat, où se passera la même scène. Le sénat pour lors présentant le vœu national au Premier Consul demandera que le corps législatif soit assemblé, lequel énonçant le même désir terminerait la partie délibérative de ces changements importants. Dans l'intervalle les différentes adresses de l'armée et des départements renchériront sur le désir et l'impatience des Français de voir Bonaparte Empereur. Celui-ci, se rendant à la fin à ce vœu, sera proclamé tel en 3 ou 4 semaines et le couronnement se fera à ce qu'on croit, à Aix-la-Chapelle le 12 ou 14 juillet[3]. Lucien et Jérôme seront éloignés de la succession, Joseph nommé connétable et Louis colonel des Suisses. On est déjà occupé à rédiger le cérémonial de cour. Le modèle des robes pour les femmes est dessiné, je le trouve de mauvais goût. On assure que les hommes ne pourront plus se présenter en uniforme, comme c'était autrefois à Versailles . . . .

Je puis, non seulement politiquement, mais instruit de la chose, Vous dire, qu'on a l'idée de demander à la mort de l'Empereur François la couronne impériale. L'arrière-pensée de cet homme est enfin la domination du monde et son esprit est frappé de l'idée que le destin l'appelle au rôle d'Alexandre et de Charlemagne. S'il vit ou s'il jouit, des flots de sang couleront encore pour pousser ses idées de gloire, d'ambition et de conquêtes[4]. :|

---

[1] Sic! Lecouteulx de Canteleu.

[2] Sic! Regnaud de Saint Jean d'Angely. — Ueber die Berathungen dieses Conseils, das am am 23. April nach St. Cloud berufen wurde, vergl. Miot de Melito, Mémoires, II, 183 ff.

[3] Miot de Melito, Mémoires, II, 183.

[4] Ergänzend bemerkt Dalberg in einem Berichte vom 29. April, die Initiative sei nicht vom Tribunate, sondern vom Senate ausgegangen, der auf Grund einer Botschaft des Ersten Consuls (dd. 25. April — Corresp. de Napoléon I, 9, 432) gestern über die Frage des Erbkaiserthums berathen habe. «Lundi elle [sc. délibération] s'est faite au tribunat où Curée, un Jacobin, et Siméon, un royaliste connu, porteront les premières paroles.» Vergl. Thiers, a. a. O. V, 66 ff.

52. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 7. Mai 1804.

[Unzufriedenheit in Paris und Karlsruhe über den langen Aufenthalt des Königs von Schweden.]

|: . . . . On m'a averti hier qu'on commençait à voir avec humeur le long séjour du Roi de Suède à Carlsrouhe[1]. Il y a même quelqu'un d'assez bien instruit qui m'a demandé, s'il était vrai que Mr Massias avait fait quelques insinuations à cet égard. J'ai répondu que je n'en savais pas le mot et que je doutais que le gouvernement français portât sur ce séjour la moindre attention . . . . :|

---

[1] Auch in Karlsruhe war man über den langen Aufenthalt des Königs wenig erfreut. Schon am 17. April bemerkt Edelsheim: «Puissions-nous seulement prévoir avec quelque certitude le terme de cet éternel séjour qui ne laisse pas de nous causer une augmentation de dépenses assez considérable et bien peu satisfaisante pour les uns et pour les autres!» An Dalberg. Vergl. Welschinger, Le Duc d'Enghien, 412.

2. Der Fall Enghien vor dem Reichstag. Mai—August 1804.

53. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 8. Mai 1804.

[Unterredung mit Rasumowsky. Die russische Note an den Reichstag. Abwartende Haltung des Wiener Kabinets. Verhältniß Badens zu Rußland. Anspruch auf Schutz.]

|: Im Verlaufe einer Unterredung mit dem russischen Botschafter Grafen Rasumowsky läßt dieser Gemmingen den Entwurf der am Reichstage abzugebenden russischen Erklärung[1] lesen.

. . . L'ambassadeur m'a dit de plus en confidence que lors de son entrevue avec le Cte Cobenzl à ce sujet, il avait vivement insisté pour que la cour de Vienne réponde par des démarches analogues à ces mesures commandées par l'intérêt général de l'Europe et par ce qu'on devait à la dignité de l'Empire; que Mme Cobenzl avait répliqué qu'il fallait laisser cette affaire [prendre] son cours naturel et à la demande de l'ambassadeur ce qu'il entendait par là? qu'il fallait attendre, comment la Diète se prononcerait.

Gemmingen dankt für diese vertraulichen Mittheilungen; der Kurfürst werde angenehm davon berührt sein, daß der Zar ihn bei dem Schritte, den er thun zu müssen glaubte, nicht kompromittirt habe.

---

[1] Die von dem russischen Geschäftsträger Klüpfel am 6. Mai in Regensburg übergebene Note, in welcher der Zar sein tiefes Bedauern über den Ettenheimer Vorfall ausspricht und feierlich Verwahrung einlegt «contre un acte aussi attentatoire au repos et à la sûreté de l'Allemagne», in der Erwartung, daß die Reichsstände Frankreich darüber zur Rechenschaft ziehen, «pour le porter à se prêter à toute démarche et mesure qui seraient dues de sa part à leur dignité compromise et nécessaires au maintien de leur sûrete future.» Gedruckt bei Häberlin, Staatsarchiv, 12, 97 ff. — Graf Görtz übersendet die Abschrift nach Karlsruhe und bemerkt dabei, der Reichsdirectorialgesandte von Albini werde „seiner gewohnten Klugheit und Vorsicht" entsprechend zunächst nur vom Einlauf der Note Anzeige erstatten und, zumal bei der Abwesenheit Hügels, abwarten, „ob und was von dem kaiserlichen Hofe oder sonst von einem oder dem andern der vordersten Höfe für Gesinnungen und Befehle für oder gegen die wirkliche Vornahme einer so wichtigen Angelegenheit etwa eingehen möchten", ehe er den „Antrag auf eine Verlaßnehmung" stellen werde. An den Geh. Rath, 9. Mai 1804.

«Cependant, — a-t-il[1] ajouté, — je ne Vous garantis pas qu'on ne prendra pas de l'humeur contre Vous et qu'on ne voudra pas Vous imputer d'avoir été des instruments de ces démarches.» — ««L'Electeur[2] sans se mêler de Votre politique en général, je Vous le promets, [sera] toujours constitutionnel en affaires de l'Empire, mais il doit aussi espérer avec confiance que Votre Empereur le soutiendra, puisqu'il peut l'espérer de la cour de Vienne, et si jamais les affaires prenaient une autre tournure, sa modération et sa scrupuleuse observation de la constitution ne doivent pas être à son détriment.»»

Vous sentez ce qu'on peut m'avoir répondu. :|

---

54. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 11. Mai 1804.

Der König von Schweden mit der russischen Erklärung am Reichstag unzufrieden. Lage in Wien. Unfähigkeit der Regierung. Mißstimmung des Erzherzogs Karl.

: Le Roi de Suède loin d'avoir été fort émerveillé, comme on aurait pu le croire, de la note remise par M. Klüpfel à Ratisbonne paraît trouver beaucoup à y redire, peut-être par jalousie de n'avoir point pu tenir le même langage. Il semble trouver surtout qu'on a mal choisi le moment et que la Russie, sûre de ne point pouvoir être attaquée par la France, pouvait par suite de la démarche qu'elle venait de faire compromettre la tranquillité et le repos de tous les états de l'Empire et conséquemment aussi des possessions de S. M. en Allemagne. Mes nouvelles secrètes de Vienne que je ne Vous communique aussi que sous le sceau de la plus exacte confidence sans exception pour qui que ce soit me marquent que la peur qu'on a de déplaire ou à la France ou à la Russie, et l'ignorance dans laquelle on se trouve sur les véritables intentions de l'un et de l'autre occasionnent une stagnation totale; que le vicechancelier de la cour, quoique réputé pour être français dans l'âme, a cependant d'un autre côté une grande peur de la Russie; qu'il a eu des scènes très fortes avec l'envoyé d'Angleterre qui ne paraît plus à ses assemblées et que généralement on a assez peu d'égards à Vienne pour le chef des affaires étrangères. Il n'en va pas mieux pour les affaires de l'intérieur et elles paraissent empirées au contraire, on n'a rien fait jusqu'ici pour le rétablissement des finances et tous les ressorts du gouvernement se relâchent de plus en plus. Toutes les petites mesures qu'on prend pour obvier à des inconvénients momentanés portent à faux et la conviction générale de l'incapacité des gouvernants n'admet ni confiance publique, ni respect pour les loix. Il

[1] Scil. Rasumowsky.

[2] Das Folgende natürlich Gegenrede Gemmingens.

n'y a que le département de la guerre qui suive un plan réfléchi et solide, mais il est isolé et sans pouvoir se reposer sur les autres branches de l'administration[1]. Aussi l'Archiduc Charles paraît être très affecté de cet état des choses, mais sans avoir peut-être l'énergie nécessaire pour pouvoir y remédier suffisamment. On prétend que quoiqu'il sente que, malgré toute la condescendance qu'on marque à la France, on pourrait peut-être pourtant ne pas pouvoir [sic!] éviter la guerre, mais qu'il ne dissimule pas qu'avec le ministère actuel il ne pourrait pas se charger du commandement de l'armée, quels que fussent les pouvoirs qu'on voudrait lui donner . . . :|

---

55. Gemmingen an den Geh. Rath.

Wien, 12. Mai 1804.

[Einmischung Rußlands in die Affaire Enghien. Cobenzl darüber interpellirt. Wiener Weisungen für die Reichstagsgesandtschaft. Baden jeder weiteren Anzeige in Regensburg enthoben. Vorschlag einer dort abzugebenden Erklärung.]

Graf Rasumowsky, — berichtet Gemmingen, — habe ihm vor einigen Tagen mitgetheilt, daß er im Auftrag seines Hofes das Wiener Kabinet aufgefordert habe, „mit dem Petersburger sich zu vereinigen, um Genugthuung wegen jener Verletzung des deutschen Reichsbodens zu fordern". Rußland werde als Garant der deutschen Verfassung eine Note an den Reichstag richten.

Gemmingen begibt sich in Folge dieser Eröffnung am 11. Mai zu Cobenzl, um zu erfahren, „wie der k. k. Hof diese russische Einschreitung ansähe und welche Weisungen Se Majestät in reichsständischer Eigenschaft Ihren Gesandten in Regensburg darüber würden geben lassen". Cobenzl erwidert, da Gemmingen bisher weder ihm noch dem Vicestaatskanzler eine officielle Mittheilung gemacht, habe der Kaiser „als Reichsoberhaupt und als Reichsstand diesen Hergang vor der Hand ignoriren können", nunmehr könne er aber nicht mehr unthätig bleiben, glaube es jedoch „dem allgemeinen Wohle angemessen, die erforderlichen Schritte mit der größten Mäßigung zu verbinden" und theilt die in diesem Sinne abgefaßte Instruktion für die Regensburger Gesandtschaft[2] dem badischen Gesandten mit.

Gemmingen dankt für diesen Beweis des Vertrauens, die russische Erklärung werde wohl ohne Bedenken in Regensburg zur Berathung gelangen, mittlerweile würden die Umstände ergeben, was dann zu thun sein werde. Der Kurfürst habe bisher durch eine officielle Anzeige einer eventuellen Erklärung der französischen Regierung nicht vorgreifen wollen, nachdem nun die Sache von anderer Seite zur Sprache gebracht worden, sei jede weitere Anzeige überflüssig.

Cobenzl versichert, der „Kaiser habe mit innigster Theilnehmung die mißliche Lage wohl eingesehen, in welcher der durchlauchtigste Kurfürst sich bei diesem sehr unangenehmen Ereignisse befunden hätte; nun sei aber nichts anderes zu thun, als den gewöhnlichen Weg. einzuschlagen und abzuwarten, wie sich die französische Regierung dabei benehmen würde"

---

[1] Vergl. Wertheimer, Erzherzog Karl als Präsident des Hofkriegsraths 1801 bis 1804. Archiv f. österr. Geschichte, 66, 281 ff. Bekanntlich ist der Erzherzog damals für eine Verständigung mit Frankreich eingetreten. S. Wertheimer, Geschichte Oesterreich-Ungarns, I, 197 ff.

[2] Vergl. die betr. Verbalerklärung derselben in Häberlins Staatsarchiv, 12, 99.

. . . . „Indem ich von dieser Unterredung pflichtmäßigen Bericht abstatte, kann ich meine große Zufriedenheit nicht bergen, daß auf diese Art Se Kurf. Durchlaucht der Zumuthung entgangen sind, durch Höchstihre Anzeige die Sache zur Sprache zu bringen." Der Kurfürst könne sich seiner Zeit, glaubt Gemmingen, unbedenklich in Regensburg dahin erklären: „Unter dankbarer Erwähnung des Antheils, welchen der russische Kaiser an den deutschen Angelegenheiten zu nehmen fortfahre, das Reichsoberhaupt zu ersuchen, im Namen des Reichs bei der französischen Regierung diejenigen Einschreitungen zu machen, welche zur Rettung der Würde des deutschen Reichs erforderlich wären".

56. Vicestaatskanzler Graf Ludwig Cobenzl an den Grafen Philipp Cobenzl[1].

Wien, 13. Mai 1804.

[Mittheilung der russischen Erklärung und der darauf nach Regensburg ergangenen Weisungen. Rechtfertigung derselben Frankreich gegenüber.]

Mittheilung der Weisungen, die Graf Rasumowsky bezüglich des Falls Enghien aus Petersburg erhalten.

«Les réflexions à faire sur ce dernier point forment l'objet d'une autre dépêche[2] que V. Exc. reçoit par le même courrier et qui est destinée à être lue au ministère français et à Joseph Bonaparte.»

Die abschriftlich beiliegenden Instruktionen für Hügel werden Cobenzl über die Motive aufklären, welche den Wiener Hof veranlaßt, die russische durch eine eigene Erklärung zu begleiten. Sollte die französische Regierung dadurch je empfindlich berührt sein, möge der Botschafter darauf hinweisen, alles, was Frankreich von dem Kaiser verlangen könne, sei, daß er das Vergangene nicht ahnde, aufrichtig den Frieden suche und strikte Neutralität bewahre. So weit aber könne Oesterreich nicht gehen, daß es dem ersten Consul zu Gefallen sich isolire und seine alten intimen Beziehungen zu Rußland außer acht lasse, um so weniger, als Frankreich bis in die jüngste Zeit, wie in der Conservatoriumsfrage, stets den Interessen des Wiener Hofes entgegengearbeitet habe.

Wien. St.-A.

57. Die Wiener Staatskanzlei an den Grafen Philipp Cobenzl.[3]

Wien, 13. Mai 1804.

[Die russische Erklärung über den Fall Enghien. Längeres Stillschweigen des Wiener Hofes unzulässig, zumal die erwarteten Mittheilungen von französischer Seite ausbleiben. Mäßigung der österreichischen Erklärung.]

Mr. le comte Rasoumowsky vient de nous communiquer par ordre de sa cour la déclaration ci-jointe, qui aura déjà été faite en ce moment à la Diète, au sujet de l'enlèvement du Duc d'Enghien sur territoire germanique.

---

[1] Botschafter in Paris. Vergl. zum Folgenden Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik, 45.

[2] S. Nr. 57.

[3] Im Auszug bei Beer, a. a. O. 44.

Vous savez, M[r] l'ambassadeur, que notre auguste cour aurait désiré pouvoir garder un profond silence sur cet objet. Effectivement, elle a pu s'abstenir de s'en expliquer jusqu'ici, ni M[gr] l'Electeur de Bade, dans le territoire duquel l'enlèvement s'est fait, ni qui que ce soit n'ayant porté plainte soit à l'Empire assemblé, soit à son auguste chef. Sans doute qu'une réclamation adressée à ce sujet par l'Empereur au gouvernement français sur une voie de fait qui sortait évidemment des règles établies par le droit des gens, n'aurait pu être trouvée inconvenable, Sa Majesté néanmoins a été charmée de donner au Premier Consul au milieu d'événements qui intéressaient particulièrement la sûreté de sa personne et de son gouvernement une nouvelle preuve de modération et d'égards.

D'un autre côté l'Empereur ne doutait aucunement, que le chef de la République Française ferait communiquer aux cours, et principalement à celles de l'Allemagne, ainsi que cela avait eu lieu relativement à la conduite de M[rs] Drake et Spencer Smith, un exposé des faits et des preuves qui l'avaient porté à dévier des voies consacrées par le droit des gens à l'égard de ce qui s'est passé à Ettenheim et à Offenbourg. Sa Majesté ne doute nullement que telle a été et est encore l'intention du gouvernement français, et que les recherches nécessaires pour compléter les détails à communiquer sur le fait dont il s'agit, ont seules retardé une mesure généralement observée par toutes les puissances en pareille occasion.

Quoiqu'il en soit, il résulte de ce délai, que l'Empereur, publiquement interpellé à la face de l'Empire par S. M. Imp[le] de toutes les Russies, ne peut plus garder le silence à cet égard, sans donner lieu à des interprétations équivoques. Dès lors il ne lui restait plus qu'un moyen de manifester ses sentiments pour le Premier Consul, celui de placer à côté de la dite déclaration une seconde de la part du chef de l'Empire, qui ramenait la démarche proposée aux termes les plus analogues aux rapports de bonne intelligence et d'amitié qui subsistent entre le Corps Germanique et la France.

Sa Majesté s'est empressée en conséquence de charger ses ministres à la Diète de la déclaration ci-jointe n° 2[1]. On n'y méconnaîtra certainement pas le but que nous venons d'indiquer, et le gouvernement français, disposé sans doute à s'expliquer incessamment sur l'objet en question, ne pourra que se montrer satisfait d'y être invité par une démarche aussi mesurée.

Wien. St.-A.

---

[1] Häberlin, a. a. O. 12, 92.

58. Edelsheim an Karl Friedrich[1].

Karlsruhe, 14. Mai 1804.

[Schwedische Note an den Reichstag. Unnütze Reibereien mit Rußland. Klagen Lagerbjelkes über die Verblendung und den Starrsinn des Königs. Dringt vergeblich auf Abreise von Karlsruhe.]

Der König von Schweden hat Edelsheim von dem Inhalte der Note, die er im Anschlusse an die russische vom 6. Mai dem Reichstage durch seinen Gesandten v. Bildt übergeben zu lassen gedenkt[2], unterrichtet, mit der Bitte, dem Kurfürsten davon Mittheilung zu machen.

Elle [sc. Sa Majesté] ajouta encore qu'Elle avait en même temps ordonné, à Son ambassadeur à Pétersbourg, de ne pas y dissimuler Sa sensibilité au manque d'égards, qu'Elle ne pouvait pas s'empêcher d'entrevoir dans ce procédé. Feu le prince Kaunitz aurait dit dans une pareille occasion, *cui bono?* cependant quelqu'un à qui j'ai parlé depuis en confidence de la commission dont le Roi m'avait chargée pour V. A. S. E. m'a fait juger que la tournure et le sens de la note que Mr de Bildt présentera et qui doit être minutée de la propre main de S. M. sont de nature à choquer à la fois les deux cours impériales et la France. Je me suis permis d'observer à Mr de Lagerbjelke sur le même pied de la confidence: qu'il était pourtant bien triste, qu'avec des principes et une loyauté d'ailleurs si respectables S. M. n'entrevît pas le tort réel qu'Elle se faisait à Elle-même et à la bonne cause par ces petits coups de pistolet précipités; que je ne pouvais pas lui dissimuler que les cheveux m'en dressaient, quand je pensais aux suites qui pourraient encore résulter de cette manière d'agir. «Aussi, m'a-t-il répondu, mon conseil a été de partir tout de suite après avoir expédié cette fameuse instruction à Ratisbonne et à Pétersbourg, mais, tout comme je n'ai pas été écouté pour empêcher celle-ci, on fait la sourde oreille, lorsque je réitère mes instances pour notre prompt retour chez nous; j'en meurs de chagrin et mes justes sollicitudes me rendent véritablement malade depuis cette malheureuse expédition d'estafettes à Ratisbonne et à Pétersbourg.»

Il faudra 8 à 10 jours avant que de savoir la sensation que cette nouvelle incartade fera à la Diète; plus tard — seulement vers la fin de ce mois — on apprendra, comment elle sera accueillie à Vienne; et si le Roi

[1] Der Kurfürst hatte sich am 12. Mai nach Mannheim und von da zu mehrwöchentlichem Aufenthalt nach Schwetzingen begeben; in seiner Begleitung befand sich die Gräfin Hochberg mit ihren Kindern und Prinz Ludwig.

[2] Datirt vom 13., diktirt am 14. Mai; gedruckt bei Häberlin, Staatsarchiv, 12, 101. Der König bemerkt Rußland gegenüber, daß er als Garant des westfälischen Friedens auch ein Recht besitze, seine Meinung zu äußern, im vorliegenden Fall aber auf dessen Ausübung verzichte, da er annehme, «que le Chef de l'Empire ferait connaître sa manière de penser et d'agir à la Diète».

veut attendre encore ici la réponse de son ambassadeur à Pétersbourg sur ce sujet, S. M. pourra fort bien s'exposer à des insinuations très mortifiantes de la part du prochain Empereur des Français.[1]

---

59. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 15. Mai 1804.

[Die österreichische und preußische Erklärung vom 14. Mai. Festsetzung der Protokolleröffnung auf den 18. Juni.]

Ich beeile mich, das Resultat der gestrigen Rathsversammlung in Betreff der kaiserlich russischen Note ehrerbietigst anzuzeigen. Da der kurerzkanzlerische Reichsdirektorialis den Vorstellungen des am 11. von Nürnberg wieder hierher zurückgekommenen kaiserlichen Concommissarii und dem äußerst eifrigen, fast ungestümen Betrieb, bei diesem Rathstag schon den Antrag auf eine Verlaßnehmung zu machen, nicht hat entstehen, und noch vor der Hand hat ausweichen können, so hat derselbe nach vorheriger Übereinkunft mit dem kaiserlichen Gesandten sich dahin verstanden, in circulo folgenden Vor- und Antrag zu machen: „Er habe die am 7. dieses durch die Diktatur communicirte kaiserlich russische Note anzuzeigen. Er zweifle nicht, daß selbige von allerseitigen Gesandtschaften an ihre Höfe werde eingesandt worden sein. Er hätte bis jetzt hierüber noch einem kaiserlichen Commissionsdekret entgegengesehen; da er aber von des kaiserlichen Commissarii, Freiherrn von Hügel Exc., verständiget sei, daß ein solches nicht erfolgen, sondern daß nur von der kurböhmischen und erzherzoglichösterreichischen Gesandtschaft eine Erklärung geschehen werde, so wolle er dazu die Gelegenheit geben und erwarten, was darnach geäußert werden und ob ein Verlaß etwa genommen werden wolle."

Abschriftliche Mittheilung der österreichischen und preußischen Erklärung[3], nach letzterer versichert Graf Görtz, er habe die russische Note sofort dem badischen Hofe übersandt, bisher aber weder Weisung erhalten, noch erhalten können. Wie er meint, werde es dem Kurfürsten erwünscht sein, daß er dies ausdrücklich bemerkt habe. Auf Vorschlag Albinis wird hierauf, ohne daß von Seiten der Gesandten dagegen Einsprache erhoben wird, eine sechswöchentliche Verlaßzeit, vom 7. d. M. an gerechnet, anberaumt und die Eröffnung des Protokolls auf den 18. Juni festgesetzt.

---

[1] Wohl in Folge dieses neuen Zwischenfalls meldet Edelsheim am 19. Mai dem Kurfürsten, er werde bei der ersten Gelegenheit Lagerbjelke zu bestimmen suchen «à réitérer avec plus d'instances ses réprésentations pour retourner enfin chez soi. Il est à espérer que le Bon Ehrenswaerd qui doit arriver bientôt de Paris secondera ce conseil salutaire et peut-être urgent».

[2] Ueber die folgenden Verhandlungen am Reichstag vergl. Häusser, Deutsche Geschichte, II[4], 478 ff.

[3] Der Wortlaut der beiden Erklärungen bei Häberlin, Staatsarchiv 12, 99 ff.

60. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 15. Mai 1804.

[Die Proklamirung des Kaiserthums steht bevor. Didelot soll auch in Karlsruhe beglaubigt werden.]

. . . Le chargé d'affaires, Mr Massias, m'a communiqué aussi une lecture furtive d'une information préalable que le ministre Talleyrand lui a expédiée relativement aux importants changements qui auront lieu incessamment dans la constitution française, en lui recommandant néanmoins de ne pas communiquer encore officiellement ces nouvelles, avant que le sénatus-consulte ne soit effectivement publié . . .

Massias theilt mit, daß er während der Abwesenheit des Kurfürsten von Karlsruhe nicht bei Hof erscheinen werde und bittet die Markgräfin davon zu verständigen, «que cette conduite n'avait aucun rapport à Elle».

Enfin Mr Massias m'a encore prévenu d'une circonstance qui le concerne particulièrement. Mr Didelot l'a averti qu'il allait recevoir des lettres de créance pour réunir la mission auprès de V. A. S. E. avec celle de Stoutgart, mais que cette disposition ne porterait aucun préjudice à son existence actuelle. Je ne comprends cependant pas précisément, si on a l'intention de laisser subsister cette double mission ici, en conservant pourtant Mr Didelot principalement à Stoutgart, ou bien si on réserve quelqu'autre destination à Mr Massias ce qu'il ne paraît nullement désirer . . .

61. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 18. Mai 1804.

[Russische Note vom 6. Mai. Bonaparte in Wuth. Peinliche Lage. Verdächtigung des Kurfürsten: angebliche Einwilligung in die Verhaftung Enghiens.]

|: La note russe a excité toute la colère de Bonaparte; elle est faite avec une adresse inimaginable. Qu'on se taise ou qu'on parle, on est compromis avec l'une des puissances et voilà ce qu'on voulait à Pétersbourg. Elle porte d'ailleurs sur un fait qui a indigné, et si la guerre en résulte, on dira aux Français, Vous faites la guerre pour un pareil acte. Mr de Lucchesini ne peut pas cacher son embarras. La position est pénible, — m'a-t-il dit . . . . On a dit ici que l'Electeur de Bade ayant été averti et ayant consenti à l'enlèvement du Duc d'Enghien, personne n'avait le droit d'en parler. Le Consul l'a dit publiquement. Jugez de ma position! Je ne réponds qu'en citant les faits connus de tout le monde, en y ajoutant que j'ignorais ce qui pouvait s'être fait à Carlsrouhe . . . . :|

62. Talleyrand an Dalberg.

Paris, 29 floréal an 12 (19. Mai 1804).

[Annahme der Kaiserwürde durch Bonaparte. Einfluß auf die Beziehungen zum Ausland.]

Theilt officiell die Annahme der kaiserlichen Würde durch Napoleon mit; die Ausfertigung neuer Kreditive für die in Paris beglaubigten Gesandten ist erforderlich.

Die politischen Beziehungen zum Auslande werden durch diesen Akt nicht beeinflußt:

Seulement en les plaçant sous la sauvegarde d'un gouvernement investi de plus d'éclat et revêtu d'une dignité plus analogue à la nature des choses, la France assure plus de force et de consistance à la réciprocité d'avantages que les nations amies peuvent attendre d'elle; et en même temps elle attache plus d'importance aux égards, que tous les gouvernements recevront du sien et qu'à leur tour ils doivent lui rendre. Recevez etc.

---

63. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 21. Mai 1804.

[Die russische Note an den Reichstag. Kritische Lage. Frankreich und Preußen. Die neuesten kaiserlichen Erlasse. Eindruck auf das Publikum. Krieg mit Rußland in Sicht. Mittheilungen Oubrils über seine Unterredung mit Talleyrand, den Fall Enghien betr. Rücksicht auf Baden. Talleyrands Antwort.]

. . . . On pense ici que les états d'Allemagne ne doivent donner aucune suite à la note russe et on ne cache point qu'une réponse favorable donnée à cette provocation sera ressentie vivement. L'Empereur des Français a déjà fait tout le travail nécessaire pour tenir tête aux forces que le continent voudrait peut-être lui opposer . . . .

Rien encore depuis 12 ans n'a offert une époque de troubles de guerre et de dévastations pareille à ce que nous voyons devant nos yeux.

Notre position est on ne peut pas plus pénible, et si j'ose donner un avis, c'est de ne pas désirer avoir un corps de troupes organisé qu'un beau jour un ordre des Tuileries pourrait peut-être faire marcher dans les lignes des armées françaises. Ce que j'annonce là n'est point sans fondement.

On vient déjà de faire connaître à la Prusse qu'elle devait prendre un parti, si la Russie avait véritablement l'intention de faire la guerre; et j'ai entendu dire hier à des personnes qui entourent l'Empereur qu'on se flattait que la Prusse prendrait parti pour la France . . . .

Als Beilage theilt Dalberg zwei kaiserliche Dekrete, die Ehrenbezeugungen gegenüber der kaiserlichen Familie und die Ernennung der kaiserlichen Marschälle betr., mit.

---

[1] Dalberg beantwortet am folgenden Tag die Note, indem er u. a. bemerkt: «Il [scil. l'Electeur] verra avec beaucoup de satisfaction dans la nouvelle transmission du pouvoir souverain la force de ce gouvernement concentrée et par cela même ses rapports politiques rassurés». Orig. Pariser Archiv.

Je ne puis Vous rendre l'impression que font de pareils actes sur l'esprit public. On est comme stupéfait, on croit que ce sont des rêves.

Plus que jamais je suis convaincu que les avis que renferme mon mémoire[1] sont les seuls qui peuvent remédier à tant de maux.

La cour de Pétersbourg paraît vouloir appuyer l'opposition qu'elle a manifestée contre les principes politiques de la France, et je crains que cette année ne s'écoulera pas d'une manière pacifique. Des lettres de ce pays n'en laissent presque plus un doute.

J'ai causé avec Mr d'Ehrenswaerd sur un plus long séjour du Roi de Suède hors de ses états. Nous le regardons comme très dangereux, et je désire ardemment pour lui qu'il ne le prolonge pas trop . . . .

(Apostille.)

Mr d'Oubril vient de me dire qu'ayant eu de sa cour l'ordre positive de ménager dans les explications qu'il aurait avec le ministre français les intérêts de notre Sérénissime Maître autant qu'il serait possible, et qu'il voyait la tournure que les choses prenaient, il voulait confidentiellement me dire ce qui à l'égard du pays de Bade avait été dit dans une entrevue avec Mr Talleyrand[2]. Que lui ayant communiqué les impressions que l'arrestation et la mort du Duc d'Enghien avaient faites sur S. M. I. et les démarches qu'Elle faisait, Mr Talleyrand avait dit: «Mais l'Electeur de Bade ne peut point s'en être plaint».[3] Il répondit que l'Electeur de Bade n'avait de son su fait aucune démarche à Pétersbourg, mais que c'était des considérations bien plus importantes qui dirigeaient les vues de S. M. I. Mr Talleyrand observa alors que ce ne pouvait être que le Roi de Suède qui avait voulu sonner le tocsin à Pétersbourg et que cela était peu convenant. Mr Oubril répéta pour lors de nouveau qu'il était fort inutile de soupçonner des instigations de qui que ce soit, parce que les faits parlaient, que S. M. I. avait depuis si longtemps vu avec la douleur la plus profonde tout ce que la France faisait contre l'ordre et la tranquillité et que Sa propre dignité, Ses devoirs envers Ses alliés et Sa sollicitude pour l'Europe réglaient Sa conduite.

Mr d'Oubril m'a demandé en conséquence que quelles que puissent être les demandes qu'on me ferait, je devais toujours soutenir que la cour

---

[1] Eine kleine Denkschrift «Sur l'influence de la Russie dans les affaires de l'Allemagne», die Dalberg Oubril überreicht und durch diesen dem russischen Ministerium hatte vorlegen lassen. Eine Abschrift hatte Dalberg durch Ehrenswaerd an Edelsheim übersandt; sie fehlt bei den Akten. Dalberg an Edelsheim, 25. April.

[2] Vergl. über diese Unterredung den Bericht Oubrils vom 21. Mai bei Tratchevsky, II, 626 ff.

[3] Nach Oubrils Bericht fragte Talleyrand direkt, woher er wisse, daß der Kurfürst seine Zustimmung zu den Verhaftungen nicht ertheilt habe.

de Pétersbourg n'avait reçu aucune information directe de Carlsrouhe, puisqu'il ne le savait pas autrement.

Je sais du reste qu'aucune inculpation ne nous est faite à cet égard par la France, et Mr Talleyrand depuis ne m'a rien dit malgré que je l'aie vu plusieurs fois chez lui.

La réponse donnée à Mr Oubril[1] est très brusque et fait à ce qu'on dit allusion au silence que la France a tenu à la catastrophe de la mort de Paul, n'ayant pas cru devoir se mêler de ce qui se passait dans les autres pays. C'est le courrier Cte Apraxin qui la porte. Il est parti avant-hier . . .

64. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 22. Mai 1804.

[Errichtung eines eigenen Finanzkollegiums.]

. . . Comme je ne suppose pas que Vous possédez notre Regierungsblatt[2], je ne crois pas devoir Vous laisser ignorer que Msgr. l'Electeur vient d'établir un conseil privé des finances auquel il préside lui-même ainsi qu'à la nouvelle Forstkommission; le Prince Louis qui en est aussi présidera dans l'un et l'autre, lorsque S. A. S. E. en sera empêchée; après lui le ministre des finances. Mr Baumgärtner[3] quitte Mannheim pour prendre place dans ces deux départements etc. Il ne laissera pas tarir le chapitre des projets, pourvu qu'ils soient toujours suivis du succès désiré! . . .

65. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 23. Mai 1804.

[Massias und sein Verhalten bei dem Fall Enghien.]

. . . Auch nahm Freiherr von Edelsheim im Verlauf der Unterredung [22. Mai] Veranlassung, von dem hiesigen französischen Geschäfsträger Mr de Massias viel Gutes über sein bisheriges Benehmen zu sagen.

Von Anfang wurde ihm von seinem Gouvernement der Vorwurf gemacht, den Aufenthalt des Duc d'Enghien in Ettenheim nicht angezeigt zu haben. Er rechtfertigte sich aber und theilte dem Freiherrn von Edelsheim den Inhalt einer

[1] Auf die Note vom 12. Mai; datirt vom 18. Mai. Beide Aktenstücke bei Tratchevsky, II, 593 ff., 612 ff.

[2] Nr. 20 vom 15. Mai 1804.

[3] Geh. Referendär Friedrich Baumgärtner, bisher Landvogt in Mannheim; er zählt späterhin mit dem Geh. Referendär K. F. Fischer zu den ergebensten Anhängern des Markgrafen Ludwig.

Depesche mit, worin er den Duc d'Enghien vertheidigte und sich besonders darauf stützte, daß nur Gutes von ihm zu sagen gewesen und derselbe sich gewiß nie mit Conspirationen abgegeben habe[1]. Mr Massias habe sich selbst von der Wirkung dieses Berichts den besten Erfolg versprochen; allein Freiherr von Edelsheim äußerte ihm gleich, daß es wol zu spät sein würde, gab ihm aber dabei seine Achtung für die Wahrheitsliebe, jedoch auch seine Verwunderung über seine freimüthigen Aeußerungen zu erkennen . . .

Beiliegend: Relation des Landvogts in der Ortenau, Kleinbrod, vom 15. März 1804, über die Vorgänge in Ettenheim und Offenburg[2].

Wien. St. A.

---

66. Graf Philipp Cobenzl an den Grafen Ludwig Cobenzl.[3]

Paris, 23. Mai 1804.

[Unterredung mit Talleyrand. Die österreichische Erklärung am Reichstag. Verstimmung darüber in Paris. Rechtfertigung. Bemühungen, weitere Folgen zu verhüten.]

Cobenzl entledigt sich in einer Unterredung mit Talleyrand der Aufträge seines Hofes vom 13. d. M. Talleyrand bemerkt, Bonaparte habe mit Bedauern von der österreichischen Erklärung am Reichstage gehört, dieselbe 'entspreche nicht den Gesinnungen des Wiener Hofes, wie Cobenzl sie jüngst dargestellt habe.

Je repris alors l'affaire à son origine en exposant qu'on ne pouvait jamais s'attendre qu'un fait pareil serait passé sous silence par tout le monde avec une entière indifférence. Que tout ce que S. M. S. avait pu faire par égard pour le Premier Consul était de ne pas en parler le premier, mais que l'Empire se trouvant interpellé publiquement à la Diète par la cour de Russie, il fallait bien que S. M. I. émît une opinion comme tous les autres états devront le faire et qu'Elle ne pouvait s'en acquitter d'une manière plus favorable au gouvernement français que par une déclaration qui suspend toute délibération ultérieure à la Diéte sur cet objet jusqu'à ce qu'il plaise au gouvernement français de donner communication des motifs qui l'avaient porté à la violence contre laquelle on réclame.

Talleyrand me répondit, si par là tout est fini et qu'on n'en parle plus alors, tout est bien, mais je Vous préviens que Bonaparte ne communiquera rien à personne et ne donnera pas cette explication qu'on attend . . . à moins qu'il n'y soit officiellement interpellé par l'Empereur et l'Empire. Mais alors il fera à la déclaration russe une réponse qui blessera la cour de Pétersbourg beaucoup plus que tout ce qui s'est passé jusqu'ici et qui

[1] Vergl. seinen Bericht vom 23. März, Boulay de la Meurthe, 322.

[2] Von mir veröffentlicht in den Mittheilungen der Badischen Historischen Kommission Nr. 21, m. 57 ff. (Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, N. F. XIV).

[3] Auszugsweise bei Beer, a. a. O. 46.

mettra tous les états de l'Empire dans une situation tres pénible et embarrassante. C'est précisément — repris je — ce que l'Empereur, mon maître, voudrait empêcher, . . . mais l'Empereur ne peut rien faire, ni rien dire qui lui attire des reproches fondés de la part de ses coétats, quelque chose qui puisse en résulter.

Si Vous voulez assoupir la chose, Vous ne manquerez pas des moyens pour cela: engagez les autres à se taire, l'Empereur ne les excitera pas à des clameurs, c'est tout ce qu'il peut faire par amitié pour Bonaparte et pour se maintenir en bonne intelligence avec la France. Vous disposez de l'Electeur de Bade, de celui de Bavière, de la Prusse; ils sont payés pour faire tout ce que Vous voulez, ainsi ils ne manqueront pas de seconder Vos désirs en cette occasion, comme ils le font en toute autre, et l'Empereur qui n'a pas le même sujet de Vous favoriser, n'y mettra point d'entrave, c'est bien tout ce que Vous pouvez lui demander . . .

En conclusion Talleyrand me dit qu'on engagerait l'Electeur de Bade et quelques autres à voter à la Diète sur l'objet de la déclaration russe de manière que cette démarche de la cour de Pétersbourg n'ait pas de suite et que Bonaparte attendait de l'amitié de S. M. I. qu'Elle l'aidera à assoupir toute cette affaire. Je lui répondis que mon auguste maître, ne désirant rien tant que l'éloignement de tout ce qui peut troubler le repos d'Allemagne, y concourra toujours autant qu'il dépendra de lui et plus particulièrement encore toute fois qu'il peut par là obliger le Premier Consul.

Talleyrand ersucht Cobenzl, über die Unterredung seinem Hofe zu berichten.
Wien. St.-A.

---

67. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 24. Mai 1804.

[Unterredung mit Talleyrand wegen der russischen Note vom 6. Mai. Talleyrand dringt auf Abgabe einer beschwichtigenden Erklärung in Regensburg durch Baden. Inhalt derselben. Dalberg befürwortet ihre Annahme. Cobenzl.]

Bei der Rückkehr von einem Ausfluge nach Versailles findet Dalberg am 23ten Nachts 11 Uhr Billete Talleyrands, Lucchesini's und Beusts[1] vor, welche ihn zu einer Besprechung einladen.

V. Exc. jugera, combien j'étais surpris et de quelle importance je jugeais l'objet dont il devait être question. Je me doutais sur-le-champ qu'il s'agissait de la note de la Russie ou peut-être de quelqu'autre circonstance amenée par la crise du moment. Je fis changer de chevaux, je

[1] Gesandter des Kurerzkanzlers. — Vergl. zum Folgenden Oubrils Bericht vom 26. Mai bei Tratchevsky, II, 632 ff.

m'habillai à la hâte et je fus à la campagne de Mr Talleyrand vers minuit où jusqu'ici il m'a toujours reçu le soir. Mr de Beust y était, en peu de mots il me dit qu'il s'agissait de la note russe et qu'on me demanderait que l'Electeur de Bade donnât l'initiative pour en arrêter l'effet, que l'Archichancelier et plusieurs autres états parleraient alors de même et appuyeraient cette démarche, que Mr Talleyrand lui en avait déjà parlé le matin[1].

Je lui répondis que je devais d'abord connaître les intentions du gouvernement français avant de pouvoir en dire mon avis.

Rentré dans le salon, Mr de Talleyrand me fit passer avec lui dans une seconde pièce et me dit, approchant avec les termes que je crois pouvoir Vous répéter sans les avoir altérés beaucoup: qu'il avait désiré m'entretenir d'un objet qui avait le plus grand intérêt pour l'Allemagne et l'Electeur de Bade, qu'il s'agissait de la note que la Russie avait fait remettre à la Diète et dont chaque ami de la paix devait désirer qu'elle n'eût point de suite; que l'Autriche venait de faire donner par Mr de Hügel une déclaration verbale dont on avait tout lieu d'être content[2] . . .

Qu'il voulait me dire, quelle serait la mesure que tiendrait l'Empereur Napoléon et sur laquelle on s'était déjà entendu; que quelle que puisse être la demande de la part de la Diète sur les événements qui s'étaient passés, on ne répondrait rien, mais qu'on donnerait pour lors une note dirigée contre la Russie qui, dictée dans l'esprit de celle qu'elle avait publiée serait offensante et dure, et que de cette manière il en résulterait les plus grands embarras pour l'Allemagne dont les états pourraient se trouver fort mal. Qu'il était donc fort à désirer qu'on pût prévenir que la provocation que la Russie avait faite n'eût de l'effet, et qu'il croyait que personne ne pouvait autant y contribuer que l'Electeur de Bade; que pour amener ce résultat il devait déclarer *que d'après les éclaircissements qu'il avait reçus il devait désirer qu'on ne donnât aucune suite à cette affaire,* que d'autres états pour lors suivraient cet exemple, partageraient ce désir et par ce moyen feraient éviter des explications fâcheuses.

Mr Talleyrand me fit cette communication avec un ton de confiance et de douceur parfaite; je croyais donc que je devais répondre, en lui exposant sans détour tout ce que les circonstances et la pensée me dictaient sur des rapports aussi délicats.

En le remerciant de sa confiance et de sa bonté, je lui dis: Que S. A. S. E. avait déjà préjugé tout l'embarras que la note russe produirait

[1] Beust hat über diese Zumuthungen Talleyrands in einer Depesche vom 24. Mai dem Kurerzkanzler Bericht erstattet. Orig. Würzburger Kreisarchiv.

[2] Häberlins Staatsarchiv, 12, 99 ff.

immanquablement; que quelque pénibles que lui avaient été les événements qui y avaient donné lieu, sa conduite et les instructions données à ses ministres avaient prouvé, combien il avait désiré que cette affaire tombât dans l'oubli; qu'il connaissait trop bien les difficultés de sa position, les embarras qu'entraînerait pour lui une querelle entre la France et la Russie, deux puissances auxquelles tant de liens l'attachaient, pour qu'il ne fit pas de son côté tout ce qui dépendrait de lui pour calmer les esprits et arrêter l'effet dangereux d'une discussion dont il ne pouvait résulter aucun avantage; que j'étais donc persuadé que S. A. S. E. ferait toute déclaration tendante à ce but, mais qu'il s'agissait ici d'une considération importante et personnelle à lui, sur laquelle il ne transigerait point et sur laquelle je croyais devoir m'expliquer envers Mr Talleyrand.

Etant resté de bout jusqu'ici, il prit une chaise, m'en offrit une autre et me dit avec bonté: «Mais voyons, de quoi s'agit-il?»

Reprenant la parole, je lui dis: Que S. A. S. E., bien éloignée de s'être plainte de ce qui avait été fait touchant le Duc d'Enghien, avait cru devoir respecter les motifs secrets qui avaient amené cette arrestation, mais qu'il lui avait cependant importé que l'opinion publique ne le jugeât point avoir manqué aux devoirs sacrés de l'hospitalité, qu'un prince qui avait une vie si belle, une réputation de probité et d'honneur si intacte, se devait à la fin de ses jours plus qu'à toute autre époque de la conserver telle et que dans la déclaration qu'on exigeait de lui il fallait seulement tâcher de trouver une tournure qui sauva ces considérations, que Mr Talleyrand jugerait lui-même dignes d'être pesées avec la plus grande attention. J'observai que mes observations ne lui avaient point déplu; il me répondit: «Je suis bien de Votre avis et nous sommes loin de lui demander quelque chose qui ne fût d'accord avec ses principes. Ce prince a en effet une belle existence, et il ne doit rien faire qui pût lui nuire. Voilà donc la tournure qu'il pourrait donner à la chose:

Que l'Electeur jugeait qu'en considération des circonstances et d'après des renseignements qui lui étaient parvenus il serait à désirer qu'on ne donnât pas de suite à cette délibération.»

Voyant d'après cela que Mr Talleyrand ne parlait point impérativement dans cette affaire et ne pouvant plus rien lui dire sur la déclaration même qui me paraissait en effet ménager toutes les considérations, je crus devoir faire l'essai, si je ne le disposerais point qu'il demandât l'initiative à un autre prince de l'Allemagne; je lui observai à cet effet: qu'en considération des rapports de famille entre la cour de Bade et la Russie, il serait peut-être à désirer que ce ne fût pas la dernière[1] qui fit la première

[1] Sic! lies: première.

démarche et qu'il me paraissait que ce serait peut-être mieux, si on le demandait à l'Electeur de Wurtemberg.

Il me répondit qu'on avait mûrement pesé toutes les considérations et qu'on avait cru que cela produirait un effet plus sûr, si l'Electeur de Bade s'en acquittait; qu'il le désirait donc d'autant plus qu'on ne pouvait jamais bien s'expliquer avec l'Electeur de Wurtemberg et Mr de Wintzingerode qui l'un et l'autre agissaient avec humeur.

Voyant qu'il ne changerait point d'opinion à cet égard, je crus inutile de l'arrêter plus longtemps et je lui dis que je ne manquerais point d'en instruire sur-le-champ l'Electeur et qu'il ne négligerait assurément rien qui pût prouver à la France. combien il était constamment disposé à suivre les directions qu'il en recevrait pour l'avantage et le bien-être de sa patrie.

Mr Talleyrand me dit encore que la cour de Vienne y avait d'autant plus d'intérêt que la Diète ne fît plus de démarche dans cette affaire que Mr de Cobenzl ayant été chargé de remettre une lettre au Premier Consul de la part de l'Empereur relative à l'enlèvement des prévenus de conspiration en Allemagne avait textuellement assuré que sa cour ignorerait ce qui s'était fait, et que je pouvais causer avec lui sur cet objet . . .

|: D'après la situation des choses il serait sans doute à désirer qu'on ne se servît pas de l'Empire pour exciter de nouveaux troubles dont il serait la première victime, et malgré que je ne me flatte point que la démarche qu'on désire de notre part produise tout l'effet qu'on en attend, je suis de l'avis qu'on ne peut tarder à la faire, quel que soit le jugement qu'on en portera en Russie. Il est évident qu'on cherche maintenant à éloigner son influence en Allemagne, et que la jalousie de l'Autriche, éveillée à cet égard, lui fait peut-être oublier, qu'il vaut mieux être influencé par elle qu'écorché par la France. Mais de telles considérations ne sont pas pour des hommes tels que ceux qui dirigent les intérêts de cette monarchie.

Ayant vu hier Mr de Cobenzl il m'a assuré de nouveau que l'Empereur n'avait écrit ni lettre ni dit la moindre des choses qui pût faire croire qu'il avait voulu approuver ce qui s'était passé à l'occasion des arrestations sur le territoire allemand, qu'on s'était borné à témoigner l'intérêt que la conspiration annoncée n'avait point troublé la France et avait eu des résultats satisfaisants. Il était également de l'avis que l'Electeur pouvait sans se compromettre donner la déclaration projetée et que cela n'empêcherait point que la Russie, si elle voulait en effet montrer quelqu'énergie, agisse en faveur de l'Europe contre la France[1].

---

[1] Vergl. die Mittheilungen Cobenzls über dieses Gespräch S. 80, Anm. 1.

Mr Talleyrand a fait connaître à plusieurs ministres et particulièrement à Mr Cetto la démarche qui se ferait de notre part, en les invitant que leurs cours l'appuyent sans balancer . . . :|

68. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 25. Mai 1804.

[Dalbergs erster Entwurf einer Erklärung für den Reichstag. Zustimmung Lucchesini's.]

Uebersendet beiliegend den Entwurf einer Erklärung für den Reichstag, den er aufgesetzt. Lucchesini, der denselben gelesen, hat ihn gebilligt und versprochen, seine Regierung werde nachdrücklichst für ihn eintreten. Dalberg wird den Entwurf heute Abend noch Talleyrand vorlegen, den er gestern nicht getroffen, und dann berichten, ob etwa Aenderungen gewünscht werden.

Beilage.

Déclaration verbale de S. A. S. E. de Bade à la Diète de Ratisbonne.

S. A. S. E. de Bade, en respectant la pureté des intentions qui peuvent avoir dicté la communication que S. M. I. de toutes les Russies a faite à la Diète de l'Empire et se livrant aux sentiments de la reconnaissance pour l'intérêt constant qu'Elle accorde à l'Allemagne, croit cependant que d'après les renseignements qui lui sont parvenus et en considération des circonstances présentes, il serait à désirer pour le repos et la tranquillité générale de l'Empire qu'on ne donnât pas de suite à cette affaire et qu'on évitât une délibération et des démarches qui pourraient amener des rapports infiniment pénibles.

69. Dalberg an Edelsheim.[1]

Paris, 26. Mai 1804.

[Conferenz mit Talleyrand und Lucchesini. Zweiter Entwurf der Erklärung für den Reichstag. Ernennung eines französischen Gesandten in Karlsruhe. Baden in einer Zwangslage. Geplante Ueberlassung Norwegens an Schweden und Hannovers an Dänemark.]

Ma lettre en date de hier a prévenu V. Exc. que, voyant Mr Talleyrand à la campagne, . . . je Vous ferais parvenir sans retard ses observations. Il en a fait beaucoup et après de petites conférences, la plume à la main[2], avant et après le dîner, auxquelles Mr de Lucchesini assista, nous sommes convenus de la rédaction arrêtée dans la note ci-jointe.

---

[1] Die Depesche trifft in Karlsruhe am 31. Mai früh 2 Uhr ein. Bezüglich ihres Inhalts vergl. Oubrils Bericht vom 1. Juni bei Tratchevsky, a. a. O. II, 635, sowie die Depesche Lucchesini's vom 26. Mai bei Bailleu, II, 270.

[2] «Presque sous la dictée du ministre», wie Lucchesini bemerkt. A. a. O.

J'ai l'honneur de Vous l'adresser par le paquet de S. Exc. Mr Talleyrand qui s'est chargé de la lettre, pour qu'elle parvienne aussi promptement que possible, et il m'a témoigné le désir qu'on ne mette aucun retard à faire porter la déclaration au protocole de la Diète.

Mr de Lucchesini va en instruire par courrier le Roi, son maître. Mr de Talleyrand fera connaître à la cour de Vienne que l'Empereur Napoléon attendait qu'elle l'appuye également . . .

La rédaction convenue et la déclaration terminée, j'ai osé lui dire que, ne connaissant pas les intentions de S. A. S. E., je ne pouvais rien assurer en son nom, mais que je croyais qu'Elle n'y trouverait pas de difficulté. Mr Talleyrand trouva qu'Elle ne pouvait point se refuser à cette démarche, et Mr de Lucchesini était de l'avis que cette démarche répondait au caractère de sagesse et conciliation de S. A. S. E.

Mr Talleyrand nous dit à cette occasion que l'Electeur Archichancelier avait été le premier à écrire une lettre de félicitation à Napoléon.

. . . Lui ayant aussi demandé, si à ces nouveaux changements nous pourrions nous flatter d'avoir un ministre à Carlsrouhe, il me répondit: «Je ne l'avais point oublié, mais il n'était pas décidé, si Massias pouvait l'être; il en a été question l'autre jour, et je pense qu'on nommera Massias; Vous en êtes d'ailleurs content. Je Vous promets, qu'on en nommera incessamment».

Ce discours m'assura ce que j'avais pensé sur les rapports de Massias et que le retard ne tenait point à un éloignement à obliger l'Electeur.

Beilage.

Projet de déclaration verbale de la part de S. A. S. E. de Bade à la Diète de Ratisbonne.

S. A. S. E. de Bade en respectant la pureté des intentions qui peuvent avoir dicté la communication que S. M. I. de toutes les Russies a faite à la Diète de l'Empire et se livrant aux sentiments de reconnaissance pour l'intérêt constant qu'Elle accorde à l'Allemagne, est portée au désir que d'après des renseignements qui lui sont parvenus sur les circonstances qui ont motivé la note de S. M. I., les explications qui depuis ont été données à S. A. S. E., et la confiance que doit inspirer à l'Empire et à l'Electeur le chef de l'Empire français, il ne soit donné suite aux ouvertures textuelles et verbales qui eurent lieu en date du 6 et du 13 de mai.

(Apostille.)

|: Nous avons le couteau sur la gorge. Comment nous refuser à ce qu'on nous demande? Je pense toujours que cela n'arrêtera pas la Russie à jouer son jeu. J'ai fait part à M^r d'Oubril de ce qu'on exige de nous, il a senti la force des circonstances, en y ajoutant: «J'espère que l'Autriche ne

tiendra pas le même langage que la Prusse. On sait ici que 80000 Russes sont prêts à être embarqués pour le Holstein, si les Français font un mouvement dans le pays d'Hanovre.

J'ai eu la certitude que lors du séjour du Roi de Suède à Munich la France lui a fait faire l'offre de lui procurer la Norvège[1], en garantissant au Danemark une partie du Hanovre. On m'assure qu'il serait entré dans cet arrangement, si le Danemark n'avait pas donné de refus dès l'ouverture de cette perfide négociation. Qu'en pensez-Vous? C'était l'objet sur lequel la légation russe ici a conçu quelques inquiétudes . . .

Mr Talleyrand voulait d'abord changer les premières phrases de mon projet de déclaration, j'y ai insisté, lui disant que nous ne pouvions pas manquer aux égards dûs à la Russie; il voulait encore que je mette, en parlant de la confiance qu'inspire Bonaparte: «S. M. l'Empereur des Français»; il m'a cédé, en mettant le «chef auguste de l'Empire français» — „das Oberhaupt des französischen Reichs" —; il faudra faire la traduction avec soin. :|

70. Talleyrand an Massias.

Paris, 7 prairial an 12 (27. Mai 1804).

[Mittheilung von der in Paris getroffenen Vereinbarung.]

Je dois Vous informer, Monsieur, que les ambassadeurs et ministres de Vienne, de Berlin et de Bade ayant été fort affectés de l'espèce de provocation faite par la Russie à la Diète et s'étant occupés des moyens d'en prévenir les suites, il leur a paru que ce qui conviendrait le mieux à cet égard serait que S. A. S. fît faire une déclaration à la Diète par laquelle en remerciant l'Empereur de Russie de son intérêt, il exprimait l'entière confiance qu'il conserve dans l'amitié du gouvernement français, confiance que l'Empire Germanique a tant de motifs pour partager, et demanderait lui-même qu'il ne fût donné aucune suite à la note du chargé d'affaires de Russie.

Cette marche paraît convenable et S. M. l'Empereur a trop sincèrement le désir de conserver la paix et d'éviter toutes querelles pour ne pas se porter Elle-même à oublier cette incartade de la Russie, si un ordre de jour absolu en fait justice à Ratisbonne[2] . . .

Concept. Pariser Archiv.

[1] Ueber dieses mit einem französischen Allianzantrag in Verbindung gebrachte Anerbieten vergl. Polit. Correspondenz, IV, 454, 465; dazu die Bemerkung Ulmans, Russisch-preußische Politik, 128, Anm. 1.

[2] Massias macht Edelsheim vom Inhalt dieser Weisungen am 1. Juni mündlich Mittheilung und bringt auf baldige Antwort; der Minister erklärt, er müsse erst dem Kurfürsten Bericht erstatten. Edelsheim an Karl Friedrich. 1. Juni 1804.

71. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 29. Mai 1804.

[Der König von Schweden. Ehrenswaerd stellt ihm die Gefahren eines längeren Aufenthalts in Karlsruhe vor. Ohne Erfolg.]

. . . Quant à ce qui concerne le séjour indéfini du Roi de Suède, Mr de Ehrenswaerd m'a fourni l'occasion de m'en entretenir déjà plusieurs fois avec lui sur cet objet. Dans ses instantes représentations auprès de S. M. il a fait valoir avec l'expression de la plus vive sollicitude le danger éminent auquel cette proximité des frontières de la grande nation exposait la sûreté personnelle du Roi; qu'au moment où la rupture avec la Russie et l'Autriche, objet que S. M. paraissait souhaiter si ardemment, éclaterait, les Français passeraient le Rhin sur plusieurs points et qu'Elle pourrait fort bien n'en apprendre la première nouvelle que lorsqu'un détachement de cette armée se trouverait au milieu de la cour du château à Carlsrouhe; qu'alors il faudrait se soumettre à demander des passeports au commandant français, qui — plus que vraisemblablement — demanderait préalablement les ordres ultérieurs de la nouvelle Majesté Impératoriale et garderait en attendant S. M. Suédoise à vue. «Oh! cela n'arrivera pas», fut toute sa réponse; cependant Mr de Lagerbjelke a encore l'espoir, que les sollicitations réitérées qu'il attend incessamment de Stockholm feront quelqu'effet salutaire sur l'indolence — ou, s'il m'est permis de le dire — l'entêtement de S. M. à ce sujet. Faudra donc voir et espérer aussi avec Mr de Lagerbjelke . . .

72. Maltitz an Edelsheim[1].

Karlsruhe, 29. Mai 1804.

[Entrüstung des Zaren über die Verletzung des Völkerrechts. Intervention in der Affaire Enghien. Beschwerden in Paris und Regensburg. Aufforderung, die russische Erklärung am Reichstag zu unterstützen.]

Le chambellan actuel, Bon de Maltitz, envoyé extraordinaire de S. M. I. de toutes les Russies près S. A. S. l'Electeur de Bade, s'empresse de communiquer par cette note officielle à S. E. M^r le ministre d'état, B^on d'Edelsheim, le contenu des ordres qu'il vient de recevoir de son auguste maître.

La violation du territoire de l'Empire Germanique commise par les troupes françaises à mains armées dans l'Electorat de Bade, pour y enlever le Duc d'Enghien, et la fin tragique de ce prince infortuné a d'autant

[1] Der neuernannte russische Gesandte Baron Maltitz war, nachdem er in Schwetzingen dem Kurfürsten sein Accreditiv überreicht, am 27. Mai in Karlsruhe eingetroffen und hatte gemäß den Instruktionen Czartoriskys vom 18. April, die er dort vorgefunden, an Edelsheim sofort die folgende Note gerichtet. Bericht vom 30. Mai. Petersburg. St.-Arch.

plus vivement affecté l'Empereur que cet acte s'est passé dans les états de S. A. S. E. qui par les liens de parenté tient de si près à S. M. I. Une conduite aussi évidemment irrégulière aux principes sacrés du droit des gens pourrait avoir des suites très alarmantes, si des pareils actes de violence étaient passés sous silence. S. M. I. mue par ces considérations, après avoir exprimé Ses justes regrets sur la mort du Duc d'Enghien, en faisant prendre le deuil d'usage à Sa cour, s'est vue obligée en Sa qualité de garant de la constitution germanique et comme médiateur des dernières transactions en Empire, de manifester hautement Son opinion sur les dernières voies de fait, exercées en Allemagne par le gouvernement français.

Quoique probablement le cabinet de S. A. S. E. de Bade aura été instruit des démarches que S. M. l'Empereur a prescrites à ce sujet à ses plénipotentiaires à Paris et à Ratisbonne, S. Exc. le ministre d'état, B^on^ d'Edelsheim, a déjà eu par le soussigné communication de ces notes importantes.

L'Empereur, son auguste maître, est persuadé que S. A. S. E. en considérant cette affaire sous le même point de vue, fera parvenir en conséquence des instructions à Son plénipotentiaire à Ratisbonne, afin qu'il y concoure conformément aux vœux de S. M. I. à donner aux délibérations la marche qu'exige la dignité de l'Empire et sa sûreté.

S. M. l'Empereur a été sensiblement touché du chagrin que les procédés inexcusables du gouvernement français ont dû causer à l'Electeur et, si dans les démarches de la Cour Imp^le^ de Russie à ce sujet il n'est pas question particulièrement de l'offense faite à S. A. E., c'est que S. M. l'Empereur n'a pas voulu par là compromettre ce prince dont les états par leur position locale ne sont que trop exposés au ressentiment des Français . . .

L'envoyé de Russie prie S. Exc., M^r^ le B^on^ d'Edelsheim, de faire parvenir au plutôt cette note à la connaissance de S. A. S. E. et de Lui communiquer ensuite les intentions ultérieures de Sa cour, aussitôt qu'elles lui seront parvenues . . .

---

73. Maltitz an Kaiser Alexander I. von Rußland.

Karlsruhe, 30. Mai[1] 1804.

[Ankunft in Karlsruhe. Reorganisation der Universität Heidelberg. Berufung Klübers. Studien des Kurprinzen.]

Ankunft in Karlsruhe am 27. Mai; nach den dort vorgefundenen Weisungen Czartoryski's vom 18. April hat er Edelsheim sofort eine Note überreicht und hofft auf baldige Antwort.

S. A. S. l'Electeur s'occupe d'organiser l'université de Heidelberg. La curatelle en a été confiée au B^on^ d'Edelsheim et Mr de Hofer, homme

[1] Ich gebe in den Berichten von Maltitz stets nur das Datum nach dem neuen Stil.

de mérite est à la tête du conseil académique. Mr le professeur Klüber était appelé d'Erlangue pour le même objet, mais on a trouvé que les conditions très avantageuses qu'on lui a faites indisposeraient indispensablement les autres professeurs. L'Electeur a donc jugé à propos de l'appeler auprès de lui, — il doit tracer le plan du cours d'études que S. A. S. E. le Prince électoral s'est proposé de faire, aidé des conseils et des connaissances de ce savant distingué . . .

Petersburg. Archiv.

74. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 31. Mai 1804.

[Prozeß Moreau. Conflikt mit Rußland. Talleyrands Ernennung zum Kanzler vereitelt. Die neuen Würdenträger des Kaiserreichs und der Hoheitstitel.]

|: Ayant été pendant 3 jours suivre les débats du procès criminel[1], je me suis convaincu de quelques intentions préméditées de nuire à certaine personne et de la grande vérité prononcée même fort inconsidérément par le grand juge, qu'on a joué les partisans de la maison de Bourbon par de fausses espérances et de faux rapports. Le départ de Bernadotte qui décidément sera suivi de 25 à 30 mille hommes fait une grande sensation. Monsieur de Dreyer[2] craint que la Russie ne restera plus tranquille. Il m'a dit hier: je me persuade de plus en plus qu'on provoque la guerre ici, malgré toutes les représentations qu'on fait à ce sujet. — Malgré l'assurance qu'on disait [être] faite à Mr Talleyrand qu'il serait élevé à la dignité de chancelier, la famille, à ce qu'on croit, a si bien agi, que Bonaparte ne paraît pas incliné à répondre à l'attente de ce ministre[3]. Il paraît qu'on a particulièrement saisi le rapport de Mr Talleyrand et qu'on veut garder cette place et celle de grand amiral pour Lucien et Jérôme, s'ils consentent à divorcer. Les amis de Talleyrand témoignent leur mécontentement de tout ceci, et on est incertain, s'il se prêtera à cette humiliation. Le titre d'Altesse Sérénissime donné aux dignitaires est toujours celui qui choque le corps diplomatique et je demande de nouveau des instructions à cet égard. Peut-on les mettre sur la même ligne avec les Electeurs d'Allemagne? . . . :|

[1] Am 28. Mai hatte der Prozeß gegen Moreau und Georges Cadoudal begonnen, der am 10. Juni mit der Verurtheilung des ersteren zu zweijährigem Gefängniß, des letzteren zum Tode endete. Eine interessante Denkschrift Dalbergs über den Prozeß Moreau, die sich im Karlsruher Archive findet, wird Herr Emile Couvreu in der von ihm geplanten Moreau-Biographie veröffentlichen.

[2] Dänischer Geschäftsträger in Paris.

[3] Vergl. darüber Thiers a. a. O. V, 97; Bailleu, II, 276.

75. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 12 prairial an 12 (1. Juni 1804).

[Verhandlungen zwischen Oesterreich und Fürstenberg wegen eines Gebietstausches.]

Je tiens d'une personne attachée à l'Electeur qu'il avait été ouvert des négociations entre la cour de Vienne et la maison de Fürstenberg pour l'échange de cette principauté contre des terres en Bohème. Ces négociations sont suspendues pour le moment . . .

Pariser Archiv.

---

76. Der kaiserliche Concommissär von Hügel an den Vicestaatskanzler Fürsten Colloredo.

Regensburg, 3. Juni 1804.

[Mittheilungen Bachers über die neuesten Weisungen aus Paris und die beabsichtigte badische Erklärung. Angebliche Zustimmung des österreichischen Botschafters.]

Der französische Geschäftsträger Bacher hat durch Kurier eine Depesche Talleyrands vom 26. Mai empfangen: danach hätten sich der kaiserliche, der preußische und der kurbadische Gesandte vereinigt, um etwaige üble Folgen der russischen Note zu verhüten und für räthlich erachtet, daß der Kurfürst von Baden unverweilt beim Reichstage eine Erklärung übergebe, „in welcher er Ihrer Kaiserlichen Russischen Majestät für die bezeigte Theilnahme danke, zugleich aber sein gerechtes Zutrauen auf die Gesinnungen und auf die Rechtlichkeit (loyauté) des französischen Gouvernements ausdrückte und in dessen Folge selbst bäte, daß dem kaiserlich russischen Antrag keine Folge gegeben werde.

Dem französischen Geschäftsträger sei nun aus der letztern Weisung schon bekannt, daß Frankreich aus Liebe zur Erhaltung des Friedens geneigt sei, die russische Aufforderung (incartade) mit Stillschweigen zu übergehen und als nicht geschehen (non avenue) zu betrachten, wenn dahier bei dem Reichstage davon keine weitere Erwähnung werde gemacht werden, in welchem Falle sich das französische Gouvernement sich verbunden sehen würde, mit Heftigkeit (avec véhémence) darauf zu antworten."

Bacher erhält zugleich die Weisung, dafür Sorge zu tragen, daß der kurbadische Antrag vom Reichstage beifällig aufgenommen werde und zwar „durch eine Erklärung der Tagesordnung (déclaration de l'ordre du jour), wodurch in Frankreich die Vornahme überflüssiger oder zur Berathung nicht geeigneter Gegenstände entfernt zu werden pfleget."

Er wird darüber, außer gegen den Grafen Görtz, vorläufig das strengste Stillschweigen beobachten, bis die erwarteten Weisungen aus Karlsruhe eintreffen werden.

Hügel dankt dem französischen Geschäftsträger für seine Eröffnungen: er werde nunmehr den Instruktionen seines Hofes entgegensehen. „Ob es mit der Unterstellung der in der Weisung an Bacher enthaltenen Beziehung auf den k. k. Herrn Botschafter seine Richtigkeit habe", scheint ihm vorerst freilich zweifelhaft[1]. Daß aber der Kurfürst von

---

[1] Auf eine Anfrage bei Philipp Cobenzl verwahrt sich dieser lebhaft gegen die Darstellung Bachers und gibt wesentlich in Uebereinstimmung mit der Depesche vom 23. Mai (oben Nr. 66) eine Schilderung seiner Unterredung mit Talleyrand. Zwischen ihm, dem preußischen und badischen Gesandten sei nie „über diesen Gegenstand ein Gespräch, viel weniger eine Vereinigung entstanden". Als Dalberg ihn später um seine Ansicht befragt, habe er bemerkt, es sei nicht seine Sache, ihm einen Rath zu geben, er sehe aber wohl

Baden „den ihm angerathenen oder aufgedrungenen Schritt thun werde", sei um so weniger zu erwarten, als er erst jüngst durch seinen Gesandten in Paris seine „Beruhigung . . . über den erwähnten Vorfall und sein unwandelbares Vertrauen" zu erkennen gegeben habe.

Wien. St.-Archiv.

77. Aufzeichnungen Edelsheims[1].

Schwetzingen, 4. Juni 1804.

[Einholung der Entschließungen des Kurfürsten auf die letzten Depeschen Dalbergs und die Note von Maltitz.]

Resolutiones S^mi Electoris:

1. Im Allgemeinen sind die Anträge gnädigst genehmiget; bei deren Ausführung alle mögliche Rücksicht auf die Verhältnisse mit Frankreich zu nehmen und daher die Bereitwilligkeit soweithin zu bezeigen, als sie auf dieser Seite für künftige Schritte nicht zu genau binden, andernseits aber auch nicht kompromittiren möge.

2. Den Herrn von Dalberg von allem genau zu benachrichtigen.

3. Dem russischen Gesandten auf seine Noten officiell zu antworten, dabei die vollkommenste Verbindlichkeit für das kaiserliche Vertrauen ꝛc. auszudrücken, die patriotische Denkungsart S. K. M. für das deutsche Reich zu preisen und zu verdanken, insbesondere auch die Rücksicht, die Sie auf die kritische Lage Badens zu nehmen geruhten, und daher von selbst ermessen würden, daß S^e Kurf. Durchlaucht überall ihr Benehmen mit der vorsichtigsten Behutsamkeit abwägen müßten und daher öfters nicht vermöchten, Ihre angelegensten Wünsche erfüllen zu können.

4. Ein verbindliches Glückwünschungsschreiben an den neuen französischen Kaiser[2] . . .

ein, „in welcher Verlegenheit sich der Herr Kurfürst befinden müßten und daß es ihm schwer wäre, gegen das Verlangen des französischen Gouvernements zu handeln". An Hügel, 14. Juni 1804. Wien. St.-Archiv.

[1] Edelsheim hat sich nach Schwetzingen begeben, um dem Kurfürsten mündlich Vortrag zu erstatten über den Inhalt der letzten Dalbergschen Depeschen und die Note des Barons Maltitz, sowie die daraufhin zu ergreifenden Maßregeln. Die Weisungen Karl Friedrichs skizziert er an Ort und Stelle flüchtig auf einem Blatte.

[2] Siehe Nr. 78. In einem Reskript an Gemmingen vom 14. Juni betont Edelsheim wohl zur Beruhigung des Wiener Hofes absichtlich, der Kurfürst habe sich mit dem Schreiben keineswegs beeilt, sondern dasselbe erst abgehen lassen, nachdem ähnliche Glückwunschschreiben vom Kurerzkanzler, dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt, den Königen von Preußen und Spanien u. a. in Paris schon eingelaufen seien.

78. Karl Friedrich an Napoleon[1].

Schwetzingen, 4. Juni 1804.

[Glückwünsche zur Annahme der Kaiserwürde.]

Sire! V. M. Imp. connaît trop les sentiments d'admiration et de dévouement par lesquels je Lui suis attaché et la profonde reconnaissance que les témoignages d'intérêt et de bienveillance, dont Elle n'a cessé de me combler, ont gravée ineffaçablement dans mon cœur, pour pouvoir douter de la vive joie qui m'a pénétré en apprenant l'accomplissement de l'organisation du gouvernement français, par laquelle V. M. I. vient d'être investie du pouvoir souverain et héréditaire, d'une manière conforme aux vœux et à la dignité d'une si grande nation, analogue à l'urgence des circonstances et proportionnée au génie, à la gloire et aux éminentes qualités de V. M. I. Les heureux effets d'une si importante disposition, en augmentant encore davantage la force et la consistance de Votre empire rendront par là même ses rapports politiques plus assurés et plus invariables et affermiront d'autant la tranquillité de l'Europe et la sûreté particulière de l'Allemagne.

Agréez donc à cette époque, Sire, un nouvel hommage de mes sincères félicitations ainsi que des vœux les plus vrais pour Votre précieuse conservation, et permettez moi de compter, avec une entière confiance, sur l'affectueuse bienveillance de V. M. I. et sur Son puissant appui, en faveur de tout ce qui peut concerner ma maison . . .

Concept.

79. Der Vicestaatskanzler Graf Ludwig Cobenzl an den Grafen Philipp Cobenzl.

Wien, 5. Juni 1804.

[Bemühungen Champagnys, eine Diskussion über den Fall Enghien in Regensburg zu verhüten. Vorschlag einer beruhigenden Erklärung durch Baden, von Cobenzl zurückgewiesen.]

Der französische Gesandte in Wien, Champagny, hat Auftrag erhalten, den Wiener Hof zu ersuchen, daß er bei der bevorstehenden Berathung der Affaire Enghien derselben keine weitere Folge gebe[2]. Man könne darauf nicht eingehen. Es handele sich zweifellos um eine Gebietsverletzung, die Thatsachen seien aller Welt bekannt geworden, man könne daher den Vorschlag Champagnys, daß Baden einfach erklären solle, alles sei mit seinem Wissen und Willen geschehen, nicht gutheißen. «On ne manquerait pas d'opposer la notoriété des circonstances à une telle déclaration et d'attribuer à la crainte tant cette démarche que le silence observé jusqu'ici par l'Electeur.»

[1] Abgedruckt nach dem Pariser Original bei v. Treitschke: Kanzleistil aus napoleonischen Tagen. Preußische Jahrbücher. J. 1872. S. 103.

[2] S. Beer, a. a. O. 47.

Die folgenden Ausführungen gipfeln in dem erneuten Wunsche, Frankreich möge, wie es seiner Ehre und seinen Interessen selbst am meisten entspreche, ehe die Angelegenheit am Reichstage zur Sprache komme, Aufschlüsse über die Beweggründe seines Handelns geben[1].

Wien. St.-Archiv.

80. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 5. Juni 1804.

[Scene zwischen dem König von Schweden und dem Kurprinzen. Abreise des letztern nach Schwetzingen.]

|: Pour Vous citer un trait de l'énergie de caractère que le Prince électoral commence à déployer, je Vous dirai confidemment sous le sceau du secret que le Roi, ayant dernièrement fait une algarade assez vive au Prince sur ce qu'il était venu trop tard à table, en y ajoutant qu'il lui avait manqué essentiellement[2], celui-ci trouvant cette sortie offensante surtout par ses formes, après en avoir prévenu Msgr. l'Electeur, retourna le lendemain matin à Schwetzingen pour n'en plus revenir qu'avec Msgr. l'Electeur. Celui-ci ayant été informé exactement de toutes les circonstances approuva parfaitement cette conduite du Prince. S. M. ayant été depuis à Schwetzingen évita de parler au Prince qui en revanche conserve le maintien le plus convenable et le plus assuré. :|

81. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 6. Juni 1804.

[Prozeß Moreau. Erbitterung im Volk und im Heere gegen Napoleon. Drohender Krieg mit Oesterreich. Preußens Neutralität. Ministerium Pitt.]

|: Le procès du général Moreau a pris une tournure que personne n'attendait. L'opinion se prononce avec une force en sa faveur que depuis 3 ou 4 jours on a fait entrer beaucoup de troupes à Paris et que le général Murat convenait avant-hier que la fermentation dans les esprits était très dangereuse. Mme Bonaparte convenait à un de mes amis intimes que l'armée et les généraux parlaient contre l'Empereur avec une liberté qui faisait tout craindre. Elle avait les larmes aux yeux. On a profité de cette disposition pour faire sentir le danger qu'il y aurait

[1] Talleyrand lehnt dieses Ansinnen rundweg ab und wiederholt, es hänge lediglich vom Wiener Hofe ab, daß diese ärgerliche Geschichte (cette odieuse affaire) begraben werde; ein Zeichen seines bösen Willens sei es, wenn sie zur Sprache gebracht werde. Bericht Phil. Cobenzls vom 10. Juni. Wien. St.-Archiv.

[2] Auch in noch unveröffentlichten Denkwürdigkeiten aus jener Zeit wird des Vorfalls gedacht.

de perdre le général Moreau. On a exigé qu'il demandât formellement sa grâce, et je sais qu'on peut le croire sauvé pour son existence physique. Comme personne cependant ne connaît les arrière-pensées de Bonaparte, on ignore quel sort il lui réserve. On a avancé l'idée de le faire aller en Amérique. — Mr Barthélemy disait, il y a 6 jours, à un de mes amis: Nous aurons la guerre, Bonaparte en a besoin et comme il ne craint que l'Autriche, c'est sur elle qu'il tombera le premier. Mr de Cobenzl me disait, il y a deux jours: nous sentons nos dangers et nous les connaissons. Ce ne sera pas notre faute, si nous devons nous pénétrer de l'idée que les Russes seuls peuvent sauver l'Europe, et que pour ne pas devenir province française, tout le monde devra les appeler. L'Allemagne en aura la reconnaissance à la Prusse et à la France . . .

Lombard, Lucchesini et le Roi soutiennent l'idée de la neutralité, et dans ma manière de voir je vois dans ce parti de grands dangers pour cet état[1]. Les nouvelles de Londres disent que le nouveau ministère ne respire que la guerre et qu'on a renouvelé les plus grandes offres aux puissances continentales. :|

---

82. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 9. Juni 1804.

[Dritter Entwurf einer Verbalerklärung für den Reichstag. Bemerkungen dazu. Hügel ersucht um Auskunft über die Pariser Vereinbarung. Großjährigkeit des Kurprinzen. Verhältniß zum Kurfürsten. Erneute Vorstellungen wegen der Abreise des Königs von Schweden. Graf Lucchesi und sein Heirathsprojekt.]

Uebersendet ein neues Kreditiv, sowie das Glückwunschschreiben des Kurfürsten an Napoleon.

. . . J'en viens enfin à la fameuse déclaration qu'on exige que nous fassions énoncer à la Diète à Ratisbonne au sujet de la note que la Russie y a fait présenter. Vous trouverez sur une feuille à part le précis des réflexions que cet objet a dû naturellement nous offrir, mais qui ne doit servir qu'à Votre information spéciale à Vous fournir peut-être, si on revenait à la charge, quelques observations dont vous pourriez ne Vous être pas déjà servi dans vos précédents entretiens sur cette matière.

Cependant je me flatte que le contenu de cette déclaration verbale de la part de Msgr. l'Electeur à ce sujet répondra, à ce que j'espère, aux désirs de S. Exc. Mr de Talleyrand auquel Mr Massias mande par la dépêche ci-incluse que d'après ce que je lui avais expliqué relativement à la déclaration

---

[1] Preußen.

verbale dont Mr le Cte de Goertz avait été chargé, il l'avait trouvée conforme à ce que S. Exc. lui avait exprimé dans son office sur cet objet, et si . . . la Prusse et même l'Autriche cherchent à arrêter l'effet de cette provocation autocrate, on gagnera sans peine le suffrage de la plupart des membres de l'Empire pour un but aussi salutaire.

Ce n'est toutefois que pour Votre information absolument privative que j'ai l'honneur de Vous communiquer au pli le contenu textuel de ce dont Mr le Cte de Goertz est chargé[1]. Comme cet énoncé se fait en allemand, que cela ne peut, d'après les observations de la feuille annexe précitée, pas être porté au protocole, il ne doit pas être question d'en donner une communication par écrit et il faudra toujours qualifier auprès du ministre français l'ouverture faite par le Cte de Goertz de notre part à la Diète de déclaration conforme à ce qui avait été convenu avec Vous et d'autres ministres . . .

Je ne dois au reste pas Vous laisser ignorer que le Bon de Schall[2] a été prévenu par Mr le Bon de Hügel de la démarche qu'on exigeait de nous sur laquelle il demande des renseignements plus précis que Mr Bacher ne lui avait donnés, n'ayant encore rien reçu de Vienne sur ce chapitre. Cependant je suis bien moins embarrassé de ce que je puis dire à ce sujet au Bon Schall, ne pouvant plus avoir le moindre doute sur le degré de participation du Cte Cobenzl à Paris dans cette affaire, mais c'est l'office par lequel je dois répondre maintenant à la note du Bon de Maltitz qui exigera plus de circonspection . . .

Der Kurfürst «se porte à merveille», wird nur zu der auf den 19. Mai festgesetzten Vermählungsfeier der Prinzessin Wilhelmine nach Karlsruhe kommen und dann sofort nach Schwetzingen zurückkehren, um bis Ende Mai dort zu bleiben.

L'époque de la majorité du Prince électoral y a été célébrée vendredi 8 en petit comité, mais certes bien cordialement de la part du grand-papa qui aime maintenant le petit-fils de toute son âme. Cela suffit pour Vous confirmer que la bonne opinion qui commence à se répandre à son égard n'est assurément pas sans fondement et les rapports intimes qui s'établissent et s'accroissent de plus en plus entre lui et l'Electeur sont du plus heureux présage pour les progrès rapides des éminentes qualités qui doivent le rendre digne de succéder à un souverain si généralement révéré de ses contemporains et qui ne le sera pas moins de la postérité la plus reculée . . .

La prolongation indéfinitive du séjour de Sa Sacrée Majesté à Carlsrouhe désole également les Suédois et les Badois. Je ne néglige rien pour faire sentir avec franchise à chaque occasion qui se présente dans mes conversa-

[1] S. Nr. 83.

[2] Der neuernannte österreichische Gesandte hatte am 24. Mai dem Kurfürsten sein Kreditiv übergeben.

tions particulières avec Mrs d'Ehrenswaerd et de Lagerbjelke, combien cette obstination inexplicable est inconvenante sous tous les rapports et peut aisément avoir des conséquences très embarrassantes et vraiment fâcheuses à la fois pour l'Electeur et pour le Roi. Je leur dois rendre la justice qu'ils sont l'un et l'autre bien parfaitement d'accord avec moi sur ce sujet, mais il n'y a pas moyen de faire entendre raison à leur maître . . .

Bevorstehender Besuch der Königin-Wwe von Preußen zur Badekur in Baden-Baden. Erkundigung nach dem Grafen Lucchesi, Kammerherrn der Königin von Neapel, «qui nous a vendu sa collection de tableaux et que je soupçonne fort de vouloir nous en accrocher encore un *vivant,* en disposant notre Prince électoral à recevoir dans ses bras une princesse de sa cour[1], en quoi cependant il n'y a pas d'apparence qu'il puisse jamais réussir. C'est un fier intrigant qui joue l'insouciant, le valétudinaire, le modeste et qui ne démarre pas d'ici, entretenant toutefois des liaisons intimes avec tous les frères de la secte des Noirs que Vous avez appris à connaître pendant Votre séjour ici.»

83. Abschrift der vorgeschriebenen mündlichen Aeußerung in Comitiis[2].

Indem Se Kf. D. zu Baden die reinste Absicht Sr Russischen K. Majestät bei der unterm 6ten vorigen Monats am Reichstage gemachten Eröffnung und Höchstdero unwandelbare Theilnahme an der Wohlfahrt des deutschen Reichs ebenso lebhaft verehrten, als Sie von der innigsten Dankbarkeit für das Ihnen und Ihrem Kurfürstlichen Hause ganz besonders gewährende höchste Wohlwollen innigst durchdrungen seien, würden Sie Ihren tiefen Schmerz nicht unterdrücken können, wenn das in Frage stehende Ereigniß, welches sich zufälliger Weise in Ihren Landen zugetragen habe, Anlaß zu beschwerlichen Verhältnissen geben sollte, die für die Ruhe Deutschlands die gefährlichsten Folgen nach sich ziehen dürften. Diese wichtige Betrachtung, verbunden mit dem zuversichtsvollen Vertrauen in die Ihnen und dem gesammten deutschen Reiche bei mehreren Anlässen bereits werkthätig bewährte Denkungsart des französischen Kaisers Majestät müßte Se Kf. D. allerdings mit dem wärmsten Wunsch erfüllen, daß solche unglückliche Folgen und die daraus entstehenden unabsehbaren Nachtheile für die Ruhe und Wohlfahrt des deutschen Reichs, ja vielleicht von ganz Europa, in Zeiten beseitigt werden möchten.

84. Précis envoyé au Baron de Dalberg à Paris le 10 juin 1804[3].

(Karlsruhe), 10. Juni 1804.

[Bedenken gegen die in Paris vereinbarte Fassung der Regensburger Erklärung. Abänderung.]

Der Kurfürst wünscht lebhaft dem Ansinnen des französischen Kaisers betr. der am Reichstage abzugebenden Erklärung zu entsprechen.

[1] Vergl. über das Projekt oben S. 54.

[2] Beilage zu der vorigen Depesche.

[3] Der in Edelsheims Depesche vom 9. Juni (oben S. 84) erwähnte «Précis des réflexions».

. . . Néanmoins S. A. S. E. et, malgré Son empressement à concourir avec zèle à un but si salutaire, n'entrevoit pas comment, sans dépasser les bornes de Ses moyens et sans espérance de quelque succès, après que cette affaire a déjà été proposée formellement à la Diète à la demande particulière des ministres du chef de l'Empire, une déclaration suspensive, formellement énoncée de Sa part, pourrait empêcher que cet objet n'y fût pris en délibération ultérieure, si effectivement on dût avoir l'intention d'y revenir, attendu que S. A. S. E. n'a ni la faculté de faire des changements aux normes constitutionnellement prescrites à la Diète du Corps Germanique, ni celle d'entraver ses directoires dans l'exercice de leurs fonctions.

Indépendamment de ces difficultés il deviendrait encore très embarrassant de répondre à la demande immanquable d'une communication des *renseignements suffisamment tranquillisants* qu'on prétendrait d'avoir reçus, sans les pouvoir énoncer ou produire, éclaircissements que non seulement la Russie, mais aussi les coétats de l'Empire voudraient sans doute connaître avant de se déterminer à l'acquiescement qu'on leur proposerait. Cependant S. A. S. E. outre la démarche susmentionnée dont Elle a déjà chargé Son ministre à la Diète de l'Empire lui a demandé un avis détaillé et péremptoire sur tous les moyens possibles et praticables de Sa part pour amener les choses au but désiré et quelles formes constitutionnelles Elle aurait à suivre dans cette circonstance? On ne peut se déguiser toutefois qu'un concert entre Paris et Vienne paraîtrait indubitablement le moyen le plus prompt et le plus efficace à cette fin, l'affaire en question n'ayant été mise en proposition formelle à la Diète que par l'influence et à la réquisition expresse de la cour de Vienne.

Ce sont ces réflexions, ajoutées à l'absence actuelle de Msgr. l'Electeur, qui ont apporté quelque retard à l'expédition définitive de ses ordres relativement à cette déclaration verbale . . . Cette communication, qui n'est destinée qu'à Votre information spéciale, pourra Vous fournir peut-être, si on revenait à la charge, quelques observations dont Vous ne Vous seriez pas déjà servi dans Vos précédents entretiens sur cette matière . . .

85. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 11. Juni 1804.

[Empfang beim Kaiser. Uebergabe des Kreditivs und des Glückwunschschreibens. Günstige Aufnahme.]

Dalberg hat gestern beim Empfang des diplomatischen Corps dem Kaiser sein neues Kreditiv nebst dem Glückwunschschreiben des Kurfürsten[1] überreicht.

[1] Oben Nr. 78.

S. M. l'Empereur me dit: Je reçois toujours avec une satisfaction particulière les assurances de l'affection et de l'attachement de l'Electeur de Bade que Vous m'exprimez. Si j'ai pu lors de la médiation pour les affaires de l'Empire servir à l'agrandissement de sa maison, je chercherai toujours avec le même plaisir à lui faire éprouver les effets de la protection de la France. Il m'a en dernier lieu donné une preuve d'un dévouement cher à mon cœur, et je transmettrai à mes héritiers les sentiments dont je suis animé pour lui. Je recevrai toujours avec plaisir les mêmes assurances, lorsque Vous serez chargé de me les exprimer . . .

---

86. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 11. Juni 1804.

[Bedenken gegen die Verbalerklärung. Vor Ablehnung Erkundigung über die Stimmung in Regensburg und Wien. Vorläufige Weisungen.]

Uebersendet den in Paris vereinbarten Entwurf der Verbalerklärung.

In der weiteren äußerst geheimen Beilage sind die Bedenklichkeiten kürzlich bemerkt, welche sich gegen das eröfterte Ansinnen hierorts darstellten und von der Art sind, daß man sich nicht getrauete, Sr Kf. D. den verlangten Schritt anzurathen. Höchstdieselbe hatten Sich auch bereits von deren Wichtigkeit überzeugt, wollten aber dennoch vor Ertheilung einer nöthigenfalls ablehnenden Antwort, die wahrscheinlich den starken Unwillen des französischen Gouvernements zur Folge haben würde, von Ihrem Herrn Comitialgesandten, nach dessen vertraulicher Besprechung mit des Reichstag-Directorialis Frh. von Albini Excellenz, vernehmen: welches die muthmaßliche Stimmung der Reichsstände und selbst des kaiserlichen Hofs über den fraglichen Gegenstand dermalen sein möchte? ob die vorerwähnten Insinuationen zu Berlin und Aschaffenburg bereits einige — und welche Wirkung hervorgebracht hätten? und was etwa von Sr Kf. D. auf dem Reichstag, ohne sich zu kompromittiren, geschehen könnte?

Durch die mittlerweile weiter eingegangenen Pariser Berichte über diesen Gegenstand hat sich bestimmter ergeben, daß wirklich der kaiserliche Botschafter daselbst in die vollständige Kenntniß jenes Ansinnens gesetzt worden, derselbe auch dem hiesigen Gesandten daselbst geäußert habe, wie — nach seiner Meinung — die verlangte *déclaration verbale* Se Kf. D. nicht kompromittiren könnte.

Auch sind Freiherr von Schall dahier von dem kaiserlichen H. Concommissarius und wir durch einen gestern Abend eingelaufenen Comitialbericht[1] benachrichtiget worden, daß der französische Geschäftsträger H. Bacher an die angesehensten Reichstagsgesandten eine mündliche vertrauliche Eröffnung, die im Wesentlichen dem Massias'schen officiellen Auftrag fast gleichlautend ist, mit dem Beisatz verbunden hat: wie man von Seiten Frankreichs wünsche (oder vielmehr verlange),

[1] Fehlt.

daß sämmtliche Reichsstände den erwartenden kurbadischen Antrag angelegens unterstützen möchten. —

Was der Kurfürst darauf beschlossen, möge Gemmingen aus den abschriftlich beiliegenden Weisungen an Görtz und Dalberg[1] ersehen; seiner „gewohnten Klugheit" bleibe es überlassen, von all diesen Mittheilungen „den vorsichtigsten und den Umständen angemessensten Gebrauch" zu machen.

87. „Geheime Bemerkungen."[2]

O. D. (Juni 1804).

[Bedenken gegen eine Abgabe der von Frankreich vorgeschlagenen Erklärung am Reichstag. Ablehnung der französischen Zumuthungen.]

Se Kf. Durchlaucht sind durch den französischen Streifzug nach Kehl, Offenburg und Ettenheim zu allernächst in Ihren Landeshoheitsrechten auf das empfindlichste gekränkt und überdies dem sehr unangenehmen — durch mancherlei französische Indiskretionen verstärkten — Verdacht ausgesetzt worden, als ob alles mit Ihrem Vorwissen und Bewilligung geschehen sei. So wie Höchstdieselbe den Unfug nicht verhindern konnten, so haben Sie auch solchen zwar schmerzlich empfunden, jedoch Ihres Orts ohne öffentliche Beschwerde oder Satisfaktionsforderung auf sich beruhen lassen, selbst die Anzeige davon im Reichstag auf das gelindeste und fürsichtigste eingerichtet und sich kaum erlaubt, dem französischen Gouvernement Ihr Befremden darüber merken zu lassen.

Für dieses passive, duldende Verhalten sollte der beleidigende Theil Dank wissen und sich billig dabei begnügen, ohne noch weitere Opfer zu verlangen.

Jener Vorgang hat aber zugleich auch das Reichsgebiet violirt, und wenn schon die nähere Landesherrschaft sich dahin beruhigt hat, so folgt daraus keineswegs, daß auch Kaiser und Reich sich dabei beruhigen müssen, und wenn diese beschwerend auftreten, so ist der acquiescirende Landesherr dennoch verbunden, in der Eigenschaft als Reichsstand seine Pflicht zu thun. Kaiser und Reich sind nun durch die bekannte russische Erklärung auf dem Reichstag sehr dringend aufgefordert, und es ist auch daselbst der Verlaß oder die Abrede genommen worden, sechs Wochen nach der Diktatur, mithin am 18. Junius, darüber zu deliberiren.

Nun verlangt Frankreich an Baden nicht etwa nur, votando die gelindeste Sprache zu führen, sondern durch irgend eine Erklärung zu verhindern, daß es

[1] Auszug aus dem Geh. Rathsprotokoll vom 11. Juni und «Précis envoyé au Bon de Dalberg à Paris le 10 juin 1804».

[2] Beilage zu dem Reskripte Edelsheims an Gemmingen vom 11. Juni 1804. Der Verfasser der Denkschrift wird nicht genannt; vermuthlich Geh. Rath Brauer oder Geh. Rath Meier.

darüber gar nicht zur Comitialdeliberation kommen möge — und zwar aus dem vorschützenden Grund, weil man hinlänglich beruhigende éclaircissements erhalten habe, dergleichen man jedoch keine erhalten hat.

Hiernach müßte sich also Baden durch eine schriftliche Vorstellung ad Comitia oder durch ein mündliches Anbringen mit der auffallenden Bitte voraus-stellen, eine bereits verabredete Reichstagsdeliberation niederzuschlagen und auf die unausbleibliche natürliche Frage: worin denn jene beruhigende Aufklärungen bestünden, ohne deren Wissenschaft sich ja kein Reichsstand von ihrer Zulänglichkeit überzeugen kann, — wüßte man keine Silbe zu antworten. Das gelindeste Urtheil über einen solchen Schritt dürfte sein: er sei von Frankreich abgedrungen worden. Man könnte aber auch weiter gehen und dem Verdacht mehreren Raum verstatten, der Vorgang sei wirklich mit badischer Einwilligung geschehen. Eines ist so unangenehm, wie das andere. Und welcher Erfolg ließe sich außerdem von einem solchen Schritt erwarten?

Dem Vernehmen nach soll die französische Gegenerklärung an Rußland nichts weniger als conziliatorisch und bei der herrschenden Mißstimmung gar nicht dazu geeignet sein, den Kaiser von Rußland zur Zurücknahme seiner Aufforderung zu disponiren. Auch beweist die ganz neuerlich dahier übergebene Note des russischen Gesandten, wie ernstlich sein Hof diese Sache ansehe und daher auch verfolgen werde. Ein Anwurf von Baden primario und allein von Baden, jener Aufforderung keine Folge zu leisten, würde und müßte von Rußland doppelt übel aufgenommen werden, da es sich die Miene giebt, hierunter nicht nur überhaupt für die Ehre und Sicherheit des Reichs, sondern in specie für die Sicherheit Sr Kf. D. und Ihrer Lande versorgen zu wollen.

Hiernächst ist aus den Comitialberichten bekannt, daß nur allein der kaiserliche Concommissarius mit den übrigen kaiserlichen Gesandten auf die wirkliche Vornahme dieser Sache, auf das Verlaßnehmen und auf die kürzeste Verlaßzeit, gegen den Wunsch des Directorii und vielleicht des ganzen übrigen Consesses äußerst gedrungen hat, woraus man folgern muß, daß auch der kaiserliche Hof solche ernstlich zu betreiben gedenke.

In der Ungewißheit einer etwaigen Sinnesänderung, die sich übrigens in Paris so gut wie in Regensburg äußern und den von Frankreich beabsichtigten Zweck sicherer als durch hiesiges Veranstalten erreichen würde, muß man annehmen, auch der kaiserliche Hof werde den angesonnenen Schritt mißbilligen und alsdann nur das odium ganz allein auf Baden fallen.

Auf der andern Seite ist nicht zu verbergen, daß man sich durch die Verweigerung desselben den Unwillen des französischen Gouvernements zuziehen werde.

Befindet man sich aber in der fatalen Lage, zwischen zweien unvermeidlichen Uebeln zu wählen, so ist das sicherste, man wähle dasjenige, wobei man sich selbst am wenigsten vorzuwerfen hat, nämlich:

Man führe, wenn es je auf dem Reichstag zum Deliberiren kommen sollte, die gelindeste Sprache, so wie sie die hiesige Lage in allen Verhältnissen gegen Frankreich erfordert, welches man auch vorläufig zusichern könnte. Aber man stelle die Unmöglichkeit vor, den angesonnenen Schritt zu thun, der nach aller Wahrscheinlichkeit keinen andern Effekt haben würde, als Se Kf. D. dem Unwillen des russischen, der Mißbilligung des kaiserlichen Hofs und dem ungleichen Urtheil des gesammten Reichs bloszustellen.

Wenigstens würde der Schritt sehr gewagt sein, wenn man nicht zuvor einigermaßen versichert wäre, daß er vorstehende Besorgnisse nicht nach sich ziehen würde.

Nachtrag.

Es ist kaum zu vermuthen, daß die französische Regierung von der Meinung ausgegangen sein möge: weil Baden von einer Particularsatisfaktionsforderung abstrahire, so werde auch eine dessfallsige Erklärung von Seiten Badens am Reichstag alle Reclamationen von Seiten des gesammten Reichs niederschlagen.

Denn das Unrichtige dieses Schlusses, und hienächst der égard, den die kaiserlich russische Intervention bei dem Reichstag erfordert, kann ihm nicht verborgen sein.

Desto weniger ist sich zu erklären, warum ersagtes Gouvernement Baden vorschieben und ihm eine so äußerst bedenkliche und doch dem Zweck so wenig versprechende Rolle zumuthen will.

Wenn demselben, wie es scheint, so sehr daran gelegen ist, die Reichstagsdeliberation über den befragten Gegenstand zu verhüten, so wird es eher zu seinem Zweck gelangen, wenn es die dahin geeigneten Wege einschlägt, als durch ein isolirtes badisches Interpelliren.

Es ist gar nicht zu vermuthen, daß die Reichsstände nach Ablauf der Verlaßzeit zum Votiren sich herbeidrängen werden, sondern sie scheinen mehr zu wünschen, dessen überhoben zu bleiben. Auch das Reichsdirektorium wird sich schwerlich pressiren, das Protokoll zur Deliberation zu öffnen, wenn es nicht von den beiden Kaiserhöfen dazu gedrungen wird.

Den ersten und nächsten Eindruck auf dasselbe hat aber der Wiener Hof; und wenn sich allenfalls näher erwahren sollte, daß der kaiserliche Hof auf der Vornahme der Reichsdeliberation nicht insistiren, mithin es auch nicht ahnden werde, wenn dieselbe unterbleibe, so kann es für Frankreich keine schwere Arbeit sein, diese nachgiebige Stimmung zu unterhalten und nach seinem Zweck zu lenken. Alsdann ist es die Sache des Kaisers, den russischen Hof zu besänftigen, wozu sich doch auch die Mittel dürften finden lassen, wenn zumalen Frankreich selbst nicht ganz abgeneigt wäre, durch irgend eine annehmliche Erklärung zur Beruhigung etwas beizutragen, wozu jedoch dermal noch kein Anschein vorhanden ist. Man ist aber hier nicht berufen, die Vereinigungswege auszumitteln, sondern

man glaubt sich blos durch Vorstehendes überzeugt halten zu dürfen, daß ein einseitiges badisches Einschreiten ohne die Beistimmung der zwei kaiserlichen Höfe nichts fruchten werde, daß diese nicht in der Reihe der Unmöglichkeiten liege und im Voraus gewonnen werden müsse, daß aber alsdann auch unnöthig sei, durch Baden einen anfonstigen Vorgang machen zu lassen.

88. Geheimerathsprotokoll.

Karlsruhe, 11. Juni 1804.

[Uebersendung der Verbalerklärung an Görtz. Instruktion.]

Aus den Berichten des Frh. von Dalberg sei bekannt, welches Verlangen die französische Regierung mit Wissen des preußischen und des kurerzkanzlerischen sowohl als des österreichischen Gesandten an Baden gestellt habe. Welche Bedenken eine Entschließung in dieser Frage verursache, sei nicht zu verkennen, da man nicht nur auf Frankreich, sondern auch auf den russischen und österreichischen Hof, sowie auf die Normen der Reichsverfassung Rücksicht nehmen müsse, zumal die angeblichen beruhigenden Erklärungen der Pariser Regierung „zur hiesigen Wissenschaft nicht gekommen seien“. Man habe daher beschlossen, sich erst den Rath des Comitialgesandten, sowie des Reichsdirektorialen zu erbitten.

Inzwischen habe aber Baron von Schall mitgetheilt, daß der kaiserliche Concommissar am Reichstage, Frh. von Hügel, durch eine Note Bachers von dem französischen Ansinnen bereits in Kenntniß gesetzt sei, auch habe Dalberg neuerdings versichert, daß der österreichische Gesandte in Paris demselben „nicht abgeneigt sei“.

In dieser Voraussetzung habe der Kurfürst es „in der unbezweifelten Anhoffung des königlich preußischen Einverständnisses“ für minder bedenklich erachtet, „statt der verlangten förmlichen Erklärung in comitiis den in der Anlage[1] vorgezeichneten Wunsch, jedoch nur mündlich und vorerst nur gegen den Herrn Concommissarius und gegen den Herrn Reichsdirektorialen, äußern zu lassen“ und die weiteren Schritte dem Gutdünken beider Minister anheimzustellen. Billige man den Entwurf, so sei Görtz ermächtigt, diese Erklärung auch den übrigen Comitialgesandten mündlich mitzutheilen.

89. Hügel an die k. k. Geh. Hof- und Staatskanzlei[2].

Regensburg, 14. Juni 1804.

[Die badische Verbalerklärung. Beanstandung und Zurückweisung derselben. Gründe.]

Graf Görtz hat die kurbadische Instruktion erhalten und darüber den Rath Hügels erbeten. Die ursprüngliche Formulirung des Wortlauts, wobei von einer befriedigenden Erklärung Seitens der französischen Regierung die Rede gewesen, habe zwar die Zustimmung des preußischen und kaiserlichen Gesandten in Paris gefunden, sei aber von dem Kurfürsten auf Grund eines Geh. Rathsvortrages abgelehnt worden, „weil die unterstellte befriedigende Erklärung von Seiten des französischen Gouvernements nicht erfolgt sei“.

[1] S. oben Nr. 83.

[2] Vergl. zum Folgenden Häusser, a. a. O. II[4], 499.

„Um gleichwohl dasselbe nach Möglichkeit zufrieden zu stellen, habe Herr Graf von Görtz eine ihm beigeschlossene andere Erklärung, jedoch blos mündlich, mir und dem Herrn Reichsdirektorialis abzulegen und nur dann, wenn wir solche billigten, solche auch den andern Gesandten mündlich abzugeben."

Graf Görtz hat mit dem Reichsdirektorialis verabredet, daß derselbe noch im Laufe des Tages im Rathe bekannt mache, der kurbadische Gesandte habe die bezeichnete Erklärung mündlich mitgetheilt; Görtz selbst werde dann als preußischer Gesandter die Zustimmung seines Hofes erklären; wenn ein Gleiches auch Seitens der k. k. Minister geschehe, werde sicherlich der Reichstag froh sein, „auf diese Art aus der Sache zu kommen". Allein Hügel bekämpft in entschiedener Weise diesen Vorschlag: die k. k. Minister könnten sich nicht mit „einer Declaration dieser Art einverstanden . . . erklären, die durchaus keine erfolgte Befriedigung des H. Kurfürsten anzeige, sondern sich auf einen bloßen frommen Wunsch beschränke; endlich sei . . . ja noch ganz unbekannt, ob Frankreich mit einer solchen Erklärung, die von der angerathenen so wesentlich verschieden sei, zufrieden sein würde". Er eröffnet dagegen den beiden Gesandten, die französische Regierung sei durch den Wiener Hof aufgefordert worden, „selbst eine mit der Würde des Reichs vereinbarliche, der übereinstimmenden Aufforderung von Oesterreich und Preußen entsprechende Erklärung dahier übergeben zu lassen". Er hoffe, daß die angeführten Gründe Eingang finden würden und „daß man dieses noch angemessener als die jetzt vorliegende kurbadische Note machen werde, die noch Vieles zu verlangen und zu erörtern übrig lasse".

Die beiden Gesandten geben diesen Vorstellungen in der That nach[1]. „Von der Einschreitung des k. k. Herrn Botschafters — meint Hügel — ist bei der bestimmten Weigerung Badens, das Verlangte zu thun, und bei der langen Zögerung der Sache ein entsprechender Erfolg zu erwarten. Hiezu die Zeit offen zu erhalten und dem kaiserlichen allerhöchsten Hofe das Verdienst, diese wichtige Angelegenheit beigelegt zu haben, zuzueignen, schien mir eine Pflicht zu sein, die ich durch die getroffene Einleitung erreicht zu haben hoffe".

Voraussichtlich werde eine eingehende kurbadische Instruktion nicht vor dem Eintreffen der Antwort des k. k. Botschafters in Paris nach Regensburg gelangen: für alle Fälle jedoch, falls Frankreich sich mit der abgeänderten Deklaration zufrieden geben sollte, ersucht Hügel um bestimmte Instruktion.

Wien. St.-A.

---

90. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 14. Juni 1804.

[Posselts Tod. Seine Beziehungen zu Moreau.]

. . . Die litterarische Welt hat einen Verlust an dem Schriftsteller Posselt erlitten. Derselbe ist am 11ten d., wie man behaupten will, durch Zufall aus

[1] Graf Görtz berichtet dementsprechend am gleichen Tage nach Karlsruhe, mit der Bitte um neue Weisungen, und bemerkt, Hügel und Albini hielten überdies eine blos mündliche Mittheilung an die einzelnen Comitialgesandten nicht für statthaft: die Erklärung müsse «in circulo» verlesen und zur vollen Sicherheit Abschriftnahme gestattet werden. An den Geh. Rath. 14. Juni. Copie Berliner Archiv. Original fehlt in Karlsruhe, wie überhaupt die zwischen dem 11.—29. Juni erstatteten Reichstagsberichte.

dem Fenster auf die Straße gefallen und todt geblieben[1]. Der General Moreau schätzte ihn sehr und war mit ihm ehedem in freundschaftlicher Correspondenz gewesen, welche dahin leiten sollte, daß nach denen mitgetheilten Actenstücken und Memoires Posselt das Leben des Moreau schreiben möchte. Posselt hatte dieses übernommen und war dem General Moreau sehr freundschaftlich ergeben, daher auch seine Arrestirung ihn sehr schmerzte und er sich selbst einbildete, vom französischen Gouvernement Nachstellungen ausgesetzt zu sein, weswegen er auch seinen Aufenthalt von Durlach nach Heidelberg verlegte . . .

Wien. St.-Archiv.

91. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 26 prairial an 12 (15. Juni 1804).

[Der König von Schweden. Brüske Behandlung seiner Gemahlin.]

Hier il s'est passé à la cour une scène dont je dois rendre compte à V. Exc. Mr de Schall, ministre d'Autriche, se place à table, à côté de la Reine de Suède. Le Roi qui est dans la coutume de nommer la personne qui doit être assise auprès de son épouse avait ce jour désigné Mr le Bon d'Edelsheim qui pour être avisé trop tard ou pour d'autres raisons ne se rendit point à temps. Mr de Schall adresse poliment la parole à la Reine auprès de laquelle il se trouvait, elle lui répondit avec affabilité. Le Roi lui dit alors à demi-voix en avançant la tête: «Madame, taisez-Vous». Mr de Schall continue de lui parler comme auparavant, elle répondit encore, alors le Roi élevant la voix d'une manière à être entendu de toute la table, lui cria: «Madame, taisez-Vous, je Vous l'ordonne». La Reine se tourna de côté sur sa chaise et présentant l'épaule à Mr Schall, elle passa sans manger dans cette attitude tout le temps du repas. Le Roi après dîner n'a pas dit un seul mot à Mr Schall[2] . . .

Pariser Archiv.

92. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 15. Juni 1804.

[Bedenken Talleyrands. Wünscht Protokollirung der Regensburger Erklärung. Preußen wird letztere lebhaft unterstützen. Vorstellungen in Petersburg. Verwerthung der «Réflexions».]

Dalberg hat am 14ten abends Talleyrand auf seinem Landgute aufgesucht.

Lui ayant demandé, s'il avait reçu ma lettre et l'office de Mr Massias que j'avais eu l'honneur de lui adresser le matin, il me dit, qu'il m'en

[1] Vergl. Gehres: Lebensbeschreibung E. L. Posselts. (Kleine Chronik von Durlach, II, 32 ff.)

[2] Auch die oben angeführten, noch unveröffentlichten Memoiren aus jener Zeit gedenken des Vorfalls.

remerciait, mais qu'il voyait avec quelque étonnement, qu'au lieu de donner à la Diète une déclaration telle qu'on en était convenu ici ce n'était qu'une communication verbale qui ne répondait point à l'effet qu'on avait voulu obtenir.

Je lui observai que S. A. S. E. avait mûrement pesé tout ce qu'Elle pouvait faire dans cette circonstance pour contribuer, autant qu'il était en Elle, que l'affaire en question n'eût pas de suite, et qu'Elle avait pensé que les ordres qu'Elle avait donnés à cet égard satisferaient toutes les convenances, que cette communication verbale serait portée à la connaissance de la Diète et de chaque membre en particulier.

«Oui, me répondit-il avec quelque vivacité, mais elle ne sera pas portée au protocole.» — Je lui observai que je croyais que tel était l'usage, lorsqu'une déclaration verbale devait être faite *in comitiis* et que je ne manquerais point d'inviter S. A. S. E. à faire donner à cette déclaration toute la publicité possible, qu'Elle n'y avait fait que de légers changements et que j'aurais l'honneur de lui exposer plus en détail les réflexions qu'on m'avait adressées sur cet objet, lorsque je lui remettrais les copies des lettres de créance et de félicitations . . .

Je fus encore vers minuit chez Mr de Lucchesini où il y avait assemblée. Il avait lu le matin l'office de Massias et ma lettre. Il m'annonça que le courrier français qui lui avait porté ses lettres de créance lui avait en même temps fait connaître toute la satisfaction que la démarche de la cour de Bade avait produite à Berlin; qu'en date du 5 on avait par courrier expédié des instructions à M^r^ le Cte de Goertz qui lui ordonnaient de soutenir et d'appuyer autant que possible le vœu que formait S. A. E. que la Diète évitât de s'immiscer dans une discussion aussi délicate, et qu'on n'avait pas manqué d'en écrire à Pétersbourg pour faire sentir qu'après une communication aussi sage et un désir aussi motivé de la cour de Bade, la plus intéressée à recevoir des explications ultérieures, il était à espérer que la cour de Russie laisserait tomber la chose . . .

Comme dans notre position il ne peut nous être donné d'avoir une arrière-pensée quelconque envers la France que nous dussions lui cacher, je ne vois aucun inconvénient de lire à Mr Talleyrand les réflexions qui accompagnèrent la déclaration à la Diète, et elles ne peuvent que mieux prouver le désir qui anime S. A. E. à répondre à tout ce que la France peut nous demander et ce que S. A. E. peut faire dans ses rapports de prince et état de l'Allemagne . . .

Wird also bei Gelegenheit dem Minister diese «note explicative» mittheilen, «qui sans doute est écrite et rédigée pour cela».

93. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 16. Juni 1804.

[Talleyrand von der Verbalerklärung und den «Réflexions» befriedigt.]

Hat Talleyrand gestern eine Abschrift der Regensburger Verbalerklärung und, wie angekündigt, die «Réflexions» mitgetheilt.

Il les lut avec attention et me dit: «C'est bien, comme la Prusse va appuyer cette démarche, je ne doute point qu'il ne soit plus question de cette affaire, et l'Empereur de Russie devrait y porter une animosité à laquelle on ne s'attend point, s'il voulait encore exciter une discussion à laquelle tout le monde se refuse.»

Je pense donc que nous avons répondu d'une manière satisfaisante aux désirs qu'on nous avait témoignés et aux insinuations qu'on nous avait faites . . .

---

94. Edelsheim an Maltitz.

Karlsruhe, 17. Juni 1804.

[Beantwortung der Noten vom 29. und 31. Mai. Der Kurfürst wünscht, daß die jüngsten Vorfälle den Frieden nicht gefährden. Rücksicht auf die Lage des Landes. Dank für die Beweise des Wohlwollens.]

Im Auftrage des Kurfürsten beantwortet Edelsheim die Noten vom 29. und 31. Mai[1].

Sa profonde gratitude à cet égard est d'autant plus vive, que l'intérêt de S. M. I. pour tout ce qui peut concerner le bien-être de l'Empire Germanique et le maintien de sa constitution est constamment guidé par des motifs dont la pureté est infiniment respectable, et que ceux même qui l'ont déterminé dans les dernières démarches près la Diète de Ratisbonne renferment des preuves particulières de l'affection inappréciable qu'Elle daigne porter au S^{me} Electeur. Sous ce double rapport il éprouverait cependant la plus douloureuse affliction, s'il était possible qu'un événement qui a eu accidentellement lieu dans son pays dût amener des mésintelligences qui pussent compromettre l'état de paix à peine rétabli par les soins salutaires des puissances médiatrices . . .

Des considérations si importantes, jointes aux justes sollicitudes de S. A. S. E. sur les éminents dangers auxquels Ses états se trouvent particulièrement exposés sous tant de rapports par leur situation locale, ne Lui permettent pas de supprimer Ses vœux les plus ardents que de si funestes suites et les conséquences qui en résulteraient immanquablement pour la tranquillité de l'Allemagne, peut-être même de toute l'Europe, puissent

---

[1] Mit der letzteren übersandte Maltitz einen Auszug aus dem Schreiben Woronzows vom 4. Februar. Polit. Correspondenz, IV, 412.

être écartées; il est toutefois bien consolant pour S. A. S. E. que, selon la note susmentionnée de S. Exc. Mr le Bon de Maltitz, S. M. I. daigne reconnaître Elle-même, combien l'extrême proximité du voisinage avec la France rend ici la plus grande circonspection envers cette puissance d'une nécessité urgente et impérieuse.

La communication ultérieure que S. Exc. Mr l'envoyé extraordinaire a bien voulu faire au soussigné, concernant la réciprocité d'une mission de la cour de Bade à Pétersbourg, fournit au Sme Electeur un nouveau témoignage de bienveillance et d'affection de la part de S. M. I. d'autant plus précieux, que le suffrage infiniment flatteur qu'Elle lui a fait exprimer à cette occasion sur la conduite mesurée qu'il a observée en tout ce qui a rapport aux indemnités et aux autres affaires de l'Empire Germanique ne peut que fortifier davantage sa respectueuse confiance dans la haute protection et le gracieux appui dont Elle honore sa maison électorale . . .

Copie.

95. Hügel an den Reichshofvicekanzler Fürsten Colloredo.

Regensburg, 18. Juni 1804.

[Sitzung vom 18. Juni. Protokolleröffnung über die russische Note vom 7. Mai unterbleibt. Stimmung in Regensburg. Neue Weisungen für Görtz.]

Die heutige zur Eröffnung des Protokolls über die kaiserlich russische Note vom 7. Mai bestimmte Sitzung ist ohne irgend eine Erwähnung der Sache vorbeigegangen[1]. Beinahe alle Gesandten wünschen, daß die Kurbaden angesonnene Erklärung in einer Frankreich befriedigenden Weise erfolge, und bieten dazu bereitwillig die Hände.

Herr Graf von Görtz versicherte mich gestern: durch ein neues Reskript seines Hofes vom 8ten dieses[2] sei er angewiesen, über die von Baden abzulegende Erklärung sich in Uebereinstimmung dessen zu äußern, wozu die k. k. Herrn Minister würden angewiesen werden, und sich mit ihnen zu koncertiren . . .

Wien. St.-Archiv.

96. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 20. Juni 1804.

[Vermeidet jede Aussprache über die Verbalerklärung. Widerspruchsvolle Haltung des Wiener Hofes. Die „geheimen Bemerkungen". Nothwendigkeit einer geraden, offenen Politik. Unterredung mit Cobenzl. Oesterreich hält an seiner Erklärung vom 14. Mai fest.]

Zeigt den Empfang des Schreibens vom 11. Juni[3] und seiner Beilagen an. Wird vorerst von seinem Inhalt keinen Gebrauch machen, sondern schweigen. Ueber die französischen Zumuthungen und „die sonderbare gesandtschaftliche Uebereinkunft" in Paris könne

[1] Häusser, Deutsche Geschichte, II⁴, 499.

[2] Fehlt.

[3] Oben Nr. 86.

man keinen Schleier werfen, der dicht genug wäre. „Am wenigsten möchte ich mich darüber hier einlassen, wo ich mich des Vorwurfs nicht enthalten könnte, wie man zuerst die Verlaßnehmung in Regensburg ganz eigens befördern und dann sich zu einem so unstatthaften Auskunftsmittel verstehen konnte, als dasjenige ist: durch eine kurbadische Erklärung wieder hemmen zu wollen, was entweder nicht mußte in Gang gebracht oder darin unterhalten werden." Der Wiener Hof habe sich eben erst dem russischen und dann dem französischen Hof gefällig erzeigen wollen und „auf diese Art Jedermann kompromittirt . . . welcher damit zu thun hat".

Nur dem russischen Botschafter hat Gemmingen „zu seiner Privatnotiz" die aus Edelsheims Schreiben und den Beilagen sich ergebenden Thatsachen mitgetheilt, insbesondere die bezeichnende Aeußerung des k. k. Botschafters in Wien gegen Dalberg[1].

Freut sich, daß die „geheimen Bemerkungen" der kurfürstlichen Politik zur Richtschnur dienten. Auch sei unleugbar, wenn doch einmal von Seiten Badens in Regensburg gesprochen werden müsse, die geplante Verbalerklärung „gewiß unnachtheilig", aber eben darum, wie er fürchte, auch unbefriedigend für diejenigen sein werde, „welche sich dadurch aus ihrer Verlegenheit ziehen wollten".

Immer mehr gelange er zu der Ueberzeugung, daß „aus dem jetzigen politischen Wirrwarr nicht anders zu kommen sei, als wenn man überall bei den immer wieder vorkommenden Collisionen dasjenige wählt, wobei man sich selbst am wenigsten vorzuwerfen hat und den Erfolg der Vorsehung überläßt. Wohin man durch unaufhörliches Abweichen von der geraden Bahn zuletzt kömmt, kann Niemand berechnen, während meiner Meinung nach das stete Beharren auf derselben zwar hier und da zuweilen üble Laune erregen . . . kann, im Ganzen aber die Zumuthungen vermindern muß, die sich sonst von allen Seiten unaufhörlich erneuern würden."

Während der Abfassung des Berichts hat der russische Botschafter Gemmingen, wie dieser vorausgesehen, zu einer Unterredung mit dem Grafen Cobenzl eingeladen. Cobenzl wiederholt, was er zuvor dem Grafen Rasumowsky eröffnet.

. . . Demgemäß erklärte er mir: daß der hiesige Hof die nämlichen Gesinnungen noch immer hätte, mit welchen er die Veranlassung in Regensburg befördert habe, und daß man auch gar nicht anders denke, als die hierüber eingeschlagene Bahn zu betreten, wie denn auch die österreichischen Gesandten in dem nämlichen Sinne abstimmen würden. Er, Graf Cobenzl, könne mir im Vertrauen sagen, daß er dem französischen Botschafter, als ihm dieser den Vorschlag der von Kurbaden zu gebenden Erklärung gemacht habe, gleich seine Zweifel mitgetheilt hätte, daß sich der Kurfürst dazu verstehen würde, und besonders auf der Unzulänglichkeit dieses Auskunftsmittels beharret habe. Noch sehe er gar nicht ein, wie die einmal angesetzte Deliberation könne gehemmt werden, und nichts sei natürlicher, als daß man von Reichswegen eine befriedigende Erklärung von der französischen Regierung fordere. Uebrigens wisse er wohl, daß man wahrscheinlich auf Anstiften der preußischen Partei dem hiesigen Hofe aufbürden wolle, als habe er sich zu jenem französischen Vorschlage einverstanden. Hier sei das zuverlässig nicht geschehen, und Graf Cobenzl in Paris könne und würde ohne Instruktion etwas nicht gethan haben, dem auch wirklich die seitdem ihm zugekommenen Instruktionen geradezu widersprächen . . .

[1] Oben S. 73 und 83.

Gemmingen erwidert, der Gegenstand gehöre nicht eigentlich in seinen Geschäftskreis, sondern nach Regensburg, verspricht aber über die Unterredung Bericht zu erstatten.

97. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 20. Juni 1804.

[Die Verbalerklärung. Edelsheims Weisungen z. T. bedenklich, daher überschritten. Octroi und Rheinschiffahrt. Lage in Frankreich; Napoleon verhaßt. Graf Lucchesi.]

Dalberg bemüht sich nachzuweisen, daß Edelsheims Weisung vom 9. Juni, wonach von der ihm übersandten Erklärung keine schriftliche Mittheilung gemacht werden dürfe[1], Baden die größten Verlegenheiten bereitet hätte, wenn er sich nicht darüber hinweggesetzt haben würde. Massias habe eingehenden Bericht erstattet «de ce que je devais cacher»; weitere Berichte aus Regensburg würden den Wortlaut der badischen Erklärung noch genauer mitgetheilt haben: «quel eût été mon embarras, si pour lors on était venu me reprocher que j'avais voulu abuser de la confiance qu'on m'avait témoignée et qu'après avoir annoncé que ma cour avait entièrement répondu à la demande il n'y avait pas un mot de vrai?»

. . . Mr de Lucchesini qui d'ailleurs ne me veut pas trop de bien, parce qu'il voit que je le juge, en aurait profité pour nous nuire, en parlant contre ma conduite et l'influence présumée que j'aurais pu avoir sur les dispositions de ma cour . . .

On voulait d'ailleurs une déclaration formelle et non une communication verbale. Comment pouvais-je dans cette situation hazarder de dire que nos démarches répondaient à ce qu'on nous avait demandé? J'aurais à la fin joué un rôle assez plaisant, ou d'avoir ignoré le parti que ma cour avait pris ou d'avoir voulu jouer Mr Talleyrand.

Dans cette circonstance je suis donc infiniment heureux que mes démarches ont réussi et que par la lettre ci-jointe[2] que S. Exc. Mr Talleyrand m'a adressée il me témoigne formellement que S. M. I. de France est satisfaite de ce que j'ai exposé à son ministre . . .

L'affaire de l'octroi commence à être traitée sérieusement par les commissaires, mais il s'en faut de beaucoup qu'elle touche à sa fin. Les intérêts d'une navigation du Rhin moins gênée qu'a été celle des temps antérieurs sont assez ménagés, et je pense que nous n'avons pas des motifs d'y intervenir particulièrement pour notre part . . .

En portant maintenant un regard sur la situation de la France on n'y trouve rien moins que des motifs de sécurité. Le mécontentement

[1] Oben S. 85.

[2] Vom 25. prairial (15. Juni). Der Kaiser, heißt es darin, freue sich, «d'être . . . informé que le ministre de S. A. S. E. près la Diète . . . avait mission de s'exprimer dans le sens que Vous aviez annoncé sur la dernière note de la Russie».

dans toutes les classes est à son comble et Bonaparte paraît entièrement dépopularisé. La cause de cette situation d'esprit tient à l'abus qu'il fait des forces de la nation et des projets d'ambition qu'il développe en opposition avec les désirs et les vœux de la partie sage de la nation. Peu s'en est fallu que l'affaire de Moreau ne lui eût été funeste et des personnes accoutumées à observer et à réfléchir croient que, pour faire diversion à cet état des choses, il lui faudra la guerre continentale qu'il prépare . . .

Hat über Lucchesi[1] Erkundigungen eingezogen: er gehört einer der angesehensten Familien Neapels an und ist von der Königin wiederholt zu Intriguen aller Art verwendet worden. Daß er ein solches Heirathsprojekt betreibe, sei schon möglich, habe er doch in Stuttgart Aehnliches versucht.

---

98. Fürst Czartoryski an den russischen Geschäftsträger von Klüpfel[2].

Petersburg, 21. Juni 1804.

[Die russische Note vom 6. Mai. Appell an die Würde des Reichstags. Gemeinsames Handeln nöthig.]

Billigt das Verhalten Klüpfels in der Affaire Enghien. Der Zweck der russischen Intervention besteht lediglich darin, das Reich und seine Verfassung gegen jeden Eingriff und jede Verletzung zu schützen.

Vous ne pouvez mieux faire . . . que de persister dans la marche que Vous avez suivie jusqu'ici . . . et d'user de tous les moyens pour encourager et affermir la Diète dans la disposition bien prononcée de ne prendre lors de l'ouverture de protocole et dans la discussion que doit amener la suite de cette affaire que des mesures conciliables avec ses devoirs constitutionnels et convenables à la dignité et à la sûreté de l'Empire. Vous devez Vous attacher surtout à bien inculquer aux ministres des différents états de l'Empire qu'il est de l'intérêt de tous et de chacun en particulier de s'entendre et d'agir de concert, afin que, s'aidant mutuellement et libres alors de tout danger, la mesure qu'ils prendront et dont Vous devez autant que possible presser la détermination finale puisse acquérir la force et l'efficacité qu'on attendrait vainement d'opérations isolées et partielles . . .

Abschrift. Wien. St.-Archiv.

---

[1] Vergl. oben S. 86.

[2] Beilage zu dem Berichte Hügels an die k. k. Hof- und Staatskanzlei vom 23 Juli.

99. Dalberg an Edelsheim[1].

Paris, 22. Juni 1804.

[Nachrichten aus Regensburg. Napoleon und Talleyrand über die Abänderung und Rücksendung der Verbalerklärung aufgebracht. Fordern schleunige Remedur. Die Abänderung angeblich das Werk von Maltitz.]

Dalberg wird durch ein Billet zu Talleyrand gerufen; im Vorzimmer erwartet Lucchesini ihn und theilt ihm mit, Talleyrand sei aufgebracht über Badens Verhalten, die Verbalerklärung betr. Der Kaiser habe erklärt «que la cour de Bade devait être russe ou française et qu'il ne voulait point qu'on trompe son attente».

Talleyrand übergibt Dalberg zunächst eine Depesche Bachers, die er am Morgen empfangen, und eine Uebersetzung der durch Görtz abzugebenden badischen Erklärung.

. . . La dépêche l'instruisit que Mr de Goertz et Mr de Hügel n'ayant pas trouvé la déclaration conforme à ce qu'il leur aurait été annoncé, l'avaient renvoyée sur-le-champ à Carlsrouhe pour inviter S. A. S. E. à la changer conformément à ce qui avait été convenu[2].

La dépêche même ajoute la réflexion: qu'il était très fâcheux que la cour de Bade n'ait mieux répondu à la demande qui lui avait été faite et à ce que les ministres de Vienne et de Berlin avaient désiré, puisqu'il était à croire que par ce moyen la délibération sur la note russe aurait pu être parfaitement éloignée.

La déclaration elle-même est à peu près traduite avec assez d'exactitude et n'a pas d'autre sens que celle que Vous m'avez fait l'honneur de m'adresser et qui se borne à désirer qu'on parvienne à écarter à temps les suites que la discussion pourrait avoir pour l'Empire et l'Europe entière.

Après la lecture Mr Talleyrand me dit: «Est-il donc permis de faire de ces choses-là?» Cette déclaration n'a pas de but.

C'est une absurdité qui nous est extrêmement désagréable et qui doit l'être à l'Electeur auquel sa déclaration est renvoyée.

Après ce que Vous m'aviez dit et après les réflexions que Vous m'aviez communiquées, je croyais que, quelques petits changements près, rien d'essentiel serait omis, mais on en ôte juste l'important qui est la demande de l'Electeur qu'on ne donnât pas de suite aux déclarations verbales et textuelles du 6 et du 13 du mai.

Je ne Vous cache point que l'Empereur en est outré et que, ne sachant pas ce que cela doit signifier, il attend qu'on remédiera sur-le-champ à cette fausse démarche et qu'on fasse la déclaration telle qu'on en est convenu. On donne maintenant le temps à toutes les intrigues, et ce Mr de Maltitz en sera instruit et cela doit produire le plus mauvais effet.»

---

[1] Vergl. dazu die Depesche Oubrils vom 25. Juni. Tratchevsky, II, 655.

[2] Der betr. Bericht von Görtz fehlt.

Après avoir écouté tranquillement cette leçon que j'ai l'honneur de transmettre le plus exactement qu'il m'a été possible et qui, quelques termes exceptés, fut toujours exprimée avec une sorte de ménagement et de confiance, je lui remarquai: que la déclaration telle qu'elle lui était envoyée ne me paraissait pas absolument exacte, mais que je me flattais toujours qu'on pourrait remédier à cet embarras et que je le priais de me dire ce que j'avais à faire.

Il me répondit qu'il fallait envoyer sur-le-champ la demande à Carlsrouhe, pour qu'on changeât la déclaration, en précisant que l'Electeur désirait par les motifs énoncés qu'on ne donnât pas de suite à la délibération sur la note russe.

Je lui fis l'observation que je ne m'expliquais pas, pourquoi la déclaration telle que M[r] de Goertz l'avait reçue et qui renfermait le but qu'on s'était proposé d'une manière plus générale n'avait pas été trouvé suffisante, que S. Exc. lui-même m'en avait fait connaître la satisfaction par la dernière note.

Il me répondit:

«Mais Vous voyez bien que cette déclaration ne dit rien, qu'elle n'a pas de but. Je Vous ai répondu de la manière dont je l'ai fait, parce que je m'étais fié à ce que Vous aviez eu ordre de me dire, et les observations que Vous m'aviez communiquées avec la déclaration allemande me parurent en effet ne pas admettre d'aussi fausses démarches. L'omission du mot de *renseignements* me paraissait juste.

L'Electeur regrettera maintenant qu'il soit obligé de le faire, et cela est cependant de toute nécessité.

Il faut faire partir un courrier et porter ce que je Vous dis à la connaissance de l'Electeur, je Vous enverrai un passeport et une lettre pour Massias . . .»

Ne pouvant rien répliquer à ces ouvertures faites d'une manière trop précise, je lui répondis:

Que quelque pénible et inattendue que serait à S. A. S. l'apparence d'avoir pu déplaire à S. M. l'Empereur, on s'empresserait assurément à faire tout ce qui serait en son pouvoir pour lui prouver son entier dévouement, que j'allais faire partir mon secrétaire et que c'était pour lui que je demandai un passeport . . .

Rentré chez moi . . . je reçus après-dînée la dépêche de M[r] Talleyrand pour M[r] Massias, le passeport et le billet ci-joint[1].

Ayant été assez exercé à Ratisbonne et à Vienne à décacheter les lettres, je suis parvenu à tirer copie de l'office adressé à M[r] Massias.

---

[1] Fehlt.

J'ai l'honneur de Vous la transmettre[1] le plus confidemment et le plus secrètement possible et je crois que son contenu comme mon office Vous mettrait en (sic!) même de juger la circonstance et le besoin qu'il y a d'agir dans nos malheureux rapports avec plus d'abandon envers la France, d'écarter particulièrement l'influence de la Russie et de nous répéter que nous n'osons pas avoir d'arrière-pensée . . .

In einer Nachschrift vom gleichen Tage wird mitgetheilt, Baron Maltitz rühme sich, der Regensburger Erklärung eine harmlose, die Absichten Napoleons vereitelnde Fassung gegeben zu haben. Talleyrand wolle aus Schonung für den Kurfürsten und Edelsheim von der Meldung keinen weiteren Gebrauch machen, erwarte aber um so mehr, daß seinen Forderungen unverzüglich entsprochen werde.

100. Talleyrand an Massias.

Paris, 3 messidor an 12 (22. Juni 1804).

[Beschwerden wegen der Regensburger Erklärung. Sofortige Abstellung derselben gefordert. Angeblich russischer Einfluß im Spiel.]

J'apprends, Monsieur, par la lettre de Ratisbonne que la déclaration envoyée par la cour de Bade à Mr le Cte de Goertz, en conséquence de ce qui avait été convenu entre Mrs de Cobenzl, de Lucchesini et de Dalberg â été jugée si peu conforme aux intentions d'après lesquelles on se proposait d'agir à la Diète pour étouffer toute cette affaire que Mr de Goertz a jugé lui-même devoir renvoyer à la cour de Bade ce projet de déclaration et en réclamer un autre. Vous sentez combien ce retard est inconcevable, et ce n'est pas sans une extrême surprise que nous avons remarqué ici cette tergiversation d'un cabinet qui avait mis jusqu'à ce jour plus de sagesse, de prévoyance et de sincérité dans ses démarches. Il sera bon, Monsieur, que dans Vos conversations Vous Vous exprimiez à cet égard d'une manière plus positive et que Vous ne laissiez pas ignorer le mécontentement de Votre gouvernement, mécontentement qui s'aggravirait fort, s'il était possible, ce qu'on ne peut pas croire, que la cour de Bade ne s'empressât pas d'envoyer immédiatement à Mr de Goertz une note tout à fait convenable et conçue dans les termes qui doivent dériver des explications qui ont eu lieu ici entre les ministres d'Autriche, de Prusse et de Bade.

Il faut absolument que cette note soit faite de manière à procurer un: *Il n'y a pas lieu à délibérer sur* etc.

Il faut aussi, comme Vous jugerez bien, que Vous n'ayez sur toute cette matière que des explications verbales.

---

[1] S. Nr. 100.

J'apprends encore de Ratisbonne que Mr de Maltitz dans ses lettres à la légation russe près la Diète s'est vanté d'avoir fait tellement modifier la note qui devait être présentée à Ratisbonne qu'elle y serait de nul effet et que surtout elle n'aurait pas celui de faire tomber la note russe en oubli[1].

Il est bon que Mr d'Edelsheim soit informé de ce fait. Appliquez-Vous à lui faire bien sentir, combien cette conduite est peu honorable pour la cour de Bade et combien elle doit déplaire au gouvernement français, qui a rendu de si éminents services à l'Electeur, qui pouvait lui en rendre encore et qui enfin a droit d'attendre que S. A. S. E. fasse agir et parler son représentant à la Diète de la manière qui a été reconnue ici la plus utile pour étouffer de son principe le germe d'une querelle qui peut embraser l'Europe, attendu que le gouvernement français est résolu à ne répondre à aucune interpellation qui pourrait lui être faite[1].

Concept: Pariser Archiv. Copie: Karlsruher Archiv.

---

101. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 25. Juni 1804.

[Neue Verhaftungen in der Affaire Enghien drohen. Warnungen angezeigt.]

|: On m'a instruit hier que pour pallier en quelque manière la mort du Duc d'Enghien, on allait procéder à l'instruction du procès contre les autres détenus et enlevés dans les états de Bade. Il faudra bien trouver des chefs d'accusation contre ce malheureux prince, et en effet on apprend que plusieurs nouvelles arrestations viennent d'avoir lieu à Strasbourg. Si V. Exc. connaissait encore quelques individus sur lesquels un soupçon d'intelligence pourrait tomber, il serait, il me semble, sage de les faire prévenir sous main. :|

---

102. Talleyrand an Dalberg.

Paris, 6 messidor an 12 (25. Juni 1804).

[Neue Beschwerde wegen der Verbalerklärung. Unzuverlässigkeit der badischen Regierung.]

Mr le Baron, les dernières lettres de Ratisbonne ont fait connaître, combien les ordres transmis au Cte de Goertz par le Bon d'Edelsheim, étaient peu conformes à ce qui avait été convenu ici entre les ministres d'Autriche, de Prusse et Vous, et la surprise a encore été plus grande, quand on a su que la cour de Bade avait par un nouveau courrier fait substituer dans la note qui devait être remise aux mots *d'Empereur des*

---

[1] S. Tratchevsky, a. a. O. II, 656.

Français ceux de *gouvernement français*[1]. Le but de cette précaution n'a pu être saisi d'une manière favorable et on y a retrouvé avec peine cet esprit d'irrésolution et ces faux ménagements qui ont malheureusement signalé dans toute cette affaire la conduite du ministère de Bade en opposition avec ce qui est si bien connu du caractère loyal et de la noble fermeté de S. A. S. E.

Il m'est pénible, Mr le Baron, d'avoir à Vous adresser de pareilles observations, mais le parfait désir qu'a S. M. l'Empereur de conserver dans leur intimité les rapports de bon voisinage avec S. A. S. E. fait une loi de s'expliquer franchement sur chacune des circonstances qui pourraient y porter atteinte . . .

103. Edelsheim an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 25. Juni 1804.

[Weisung, die Verbalnote zurückzuhalten. Zustellung eines neuen, vierten Entwurfes.]

Un office que je viens de recevoir par courrier de Paris, concernant l'objet de notre déclaration, m'obligeant de me rendre tout de suite à Schwetzingen, je préviens V. Exc. qu'Elle recevra indubitablement une autre minute, rédigée plus précisément d'après les convenances réciproques, et qu'en conséquence il ne faudra pas faire usage de celle qui Lui a été expédiée précédemment[2]. C'est afin que cet avis Lui parvienne avant la séance de vendredi prochain, que je m'empresse de la transmettre à V. Exc. par la voie d'une estafette qui selon mon calcul doit Lui arriver jeudi dans l'après-dînée . . .

Abschrift. Berlin. St.-Archiv.

104. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 25. Juni 1804.

[Ankunft Collinis. Edelsheim nach Schwetzingen wegen Abänderung der Erklärung. Die französischen Vorwürfe unbegründet. Maltitz ohne Einfluß auf die Redaktion der Erklärung.]

Collini ist mit der Depesche vom 22. Juni eben eingetroffen.

---

[1] Vergl. oben S. 86.

[2] Kurz zuvor hatte Edelsheim den Grafen Görtz angewiesen, die in Karlsruhe redigirte Verbalerklärung ungesäumt in circulo verlesen zu lassen und Abschriftnahme zu gestatten, da sie nach den Meldungen Dalbergs vom 16. Juni (oben Nr. 93) in Paris gebilligt worden sei (an Görtz, 23. Juni 1804. Berlin. St.-Archiv). Auf Wunsch Hügels, der noch Instruktionen aus Wien erwartete, wurde die Verlesung der Erklärung auf den 2. Juli verschoben. Görtz an Edelsheim, 27. Juni 1804.

Leur contenu est de nature à me faire partir pour Schwetzingen, aussitôt que j'aurai parlé à Mr Massias qui vient me voir à 5½ heures.

Cependant je crois pouvoir Vous assurer qu'ainsi que Vous l'avez déjà exprimé à S. Exc. Mr de Talleyrand, l'Electeur s'empressera à faire tout ce qui sera en son pouvoir pour prouver à S. M. l'Empereur des Français . . . son entier dévouement, mais je Vous proteste également que nous n'avons certainement pas manqué de loyauté jusqu'ici dans nos démarches à ce sujet; qu'il n'a pas eu d'influence quelconque et que l'assertion que Mr de Maltitz doit avoir énoncée dans un office à Mr de Klüpfel est d'autant plus dépourvue du moindre fondement, que ce ministre était absent, lorsque nous avons reçu la première insinuation de Votre part relativement à la déclaration qui devait être faite à la Diète, et que le projet de cette déclaration, telle qu'elle Vous a été communiquée, a été expédiée au Cte de Goertz 10 à 12 jours avant son retour de Stoutgart[1], que ce n'est enfin qu'alors que j'ai répondu de la manière que je Vous l'ai mandé littéralement dans une de mes dépêches à la note que le dit ministre de Russie m'avait passée tout de suite à son début à Carlsrouhe.

Je vais prévenir à l'instant Mr le Cte de Goertz qu'il lui sera prescrit indubitablement une autre déclaration, afin qu'il ne fasse pas usage du premier énoncé . . .

105. Dalberg an Talleyrand.

Paris, 26. Juni 1804.

[Die beanstandete Aenderung der Verbalerklärung unerklärlich.]

J'ai porté à la connaissance de ma cour la lettre que V. Exc. m'a fait l'honneur de m'écrire en date du 6 messidor.

Je m'explique avec une peine profonde le motif qui l'a dictée et je ne puis que féliciter S. A. S. E. de Bade que personnellement il reçoive dans cette circonstance, quelque pénible qu'elle doit lui paraître, un nouveau témoignage de la bienveillance de S. M. I. . . .

Je ne m'explique point encore, quelle influence peut avoir amené le fait dont V. Exc. m'instruit par Sa lettre; il me paraît tellement inexplicable que je n'en saisis ni le motif, ni le but.

Elle voudra se rappeler qu'en rédigeant la déclaration qui devait être faite à la Diète on avait préféré, en désignant l'auguste personne de Sa Majesté Imple, l'expression d'auguste chef de l'Empire français; les expéditions pour la reconnaissance du titre impérial n'ayant pas encore été

[1] Maltitz kehrte am 17. Juni nach Karlsruhe zurück.

terminées dans la déclaration faite plus tard le titre *Sa Majesté Imp*[le] avait été adopté.

Quel mésentendu ou quelle influence peut donc avoir eu lieu pour revenir sur un rapport qui n'admet pas même la moindre discussion? . . .

Er erwarte, schließt Dalberg, weitere Aufklärungen und werde dieselben alsbald Talleyrand mittheilen. Einstweilen dürfe der Minister versichert sein, daß der Kurfürst dem Kaiser aufrichtig ergeben sei und stets bestrebt sein werde, dies durch die That zu beweisen. Eben darum dürfe er aber auch hoffen, daß der Kaiser ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen werde.

Copie.

106. Graf Ludwig Cobenzl an den k. k. Concommissär von Hügel.

Wien, 26. Juni 1804.

[Hoffnung auf eine befriedigende Erklärung Frankreichs. Entsprechende Weisung zur Abstimmung.]

Beantwortung des Berichts vom 14. d. M.[1] Billigt das Verhalten Hügels. Hofft, daß Frankreich „auf die von dem k. k. Botschafter in Paris gemachten neueren Insinuationen, um auf eine schickliche Art aus der Sache zu kommen, sich itzt . . . zu irgend einer befriedigenden Aeußerung verstehen werde". Da die badische Erklärung indes zu lange ausbleibt, die Abstimmung überdies schicklicher Weise nicht länger verzögert werden kann, werden die k. k. Gesandten ermächtigt, bei nächster Gelegenheit ihr Votum zu Protokoll zu geben: „Die k. k. Gesandtschaft sei angewiesen, ihre vorläufige, unterm 14. Mai in circulo abgelegte Erklärung[2] zu wiederholen und den Antrag beizufügen, daß vermittelst eines an Kaiserliche Majestät zu erstattenden Reichsgutachtens Allerhöchstdieselben gebeten werden möchten, das französische Gouvernement um eine befriedigende Aeußerung über den bekannten Vorfall zu Offenburg und Ettenheim anzugehen und den Erfolg zur Beruhigung des gesammten Reichs demselben seiner Zeit allerhuldreichst mitzutheilen."

Wien. St.-Archiv.

107. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 27. Juni 1804.

[Die neue Beschwerde Talleyrands. Vermuthlich durch Görtz verschuldet. Bitte um klare, ostensible Weisungen.]

Il paraît qu'un mauvais génie plane sur nos affaires. J'ai reçu hier et fort inattendu la lettre ci-jointe de M[r] Talleyrand[3]. V. Exc. jugera facilement, quelle fut ma surprise. Je crois ne pas devoir cacher l'opinion que nous devons tout cela à l'influence de la Prusse et au défaut d'avoir à la Diète un ministre qui soit au service de S. A. S. E. et non à celui de cette puissance.

[1] Oben Nr. 89.

[2] Häberlin, Staatsarchiv, 12, 99.

[3] Oben Nr. 102.

Je l'ai répété assez souvent et j'ai rendu compte que tout le monde le trouverait indécent, j'ai osé dire que nous nous en répentirions un jour et je n'ai pas eu tort. Avec un ministre intelligent et loyal la déclaration à la Diète aurait passé. Le mal est fait.

J'ai répondu à la lettre de Mr Talleyrand celle dont je joins également copie. Je désire qu'on l'approuve.

Les circonstances ne peuvent que devenir difficiles. Je prie de me donner sur tous les rapports qui se présenteront les instructions les plus précises et les plus ostensibles; les petites intrigues ne serviront jamais contre le pouvoir et la force. Nos avantages et notre honneur peuvent se soutenir par un système fermement arrêté et adapté à notre situation et à la force des circonstances, par une grande loyauté dans les démarches. Voilà, si j'ose être d'un avis, le mien[1] . . .

---

108. Edelsheim an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 27. Juni 1804.

[Baden fügt sich der Gewalt. Definitiver Text der Erklärung.]

Uebersendet den definitiv festgestellten Text der Verbalerklärung[2]. Der Kurfürst hat sich, wie sich aus dem gleichfalls beiliegenden Geh. Rathsprotokoll vom gleichen Tage ergibt, „dem beharrlichen und bedrohlichen Ansinnen des französischen Gouvernements" nicht länger entziehen zu können geglaubt und beauftragt Görtz, die dem in Paris vereinbarten Entwurfe „im Wesentlichen gemäße Erklärung" in der nächsten Sitzung in circulo zu verlesen.

. . . Elle [scil. V. Exc.] verra par son contenu, accompagné de l'extrait protocolaire n^0 3526[3], qu'on y a donné maintenant plus de l'attitude. Il faut espérer qu'on n'y trouvera rien à redire à Paris, reste à savoir si nous pourrons nous flatter également de l'approbation de l'Empereur de Russie. Cependant nous devons compter sur l'appui du cabinet de Berlin qui se proposait de présenter toute cette affaire sous le jour le plus favorable à Pétersbourg . . .

Abschrift. Berlin. St.-Archiv.

---

[1] Der Schluß der Depesche fehlt.

[2] S. Nr. 109. — Gleichzeitig wird eine Abschrift an Dalberg übersandt mit dem Bemerken: «Vous y verrez que nous avons jeté notre bonnet par dessus le moulin et qu'on a rien omis dans cette nouvelle rédaction de tout ce qui nous a été impérieusement prescrit. Il est à espérer que le puriste Bacher et consorts n'y trouveront plus rien à redire.» Edelsheim an Dalberg, 28. Juni 1804.

[3] Das betr. Protokoll bezieht sich auf die „Aufhebung der Emigranten".

109. Mündlich abzugebende kurbadische Erklärung bei der allgemeinen Reichsversammlung.

O. D. (27. Juni 1804).

[Vierter, definitiver Entwurf.]

Der Eingang: „Indem Ihre Kf. D. — nach sich ziehen" dürften stimmt fast wörtlich mit dem Texte des letzten Entwurfes (oben Nr. 83) überein[1].

. . . Diese wichtige Betrachtung, verbunden mit dem zuversichtlichen Vertrauen in die erst bei der jüngsten Friedensvermittelung erprobten wohlmeinenden Gesinnungen des französischen Gouvernements und dessen erhabenen Chefs gegen das gesammte deutsche Reich und in die diesen Gesinnungen gemäßen Erläuterungen des befragten Vorfalls müssen Ihro Kf. D. mit dem wärmsten Wunsch erfüllen, daß die bei der allgemeinen Reichsversammlung am 6ten und 13ten Mai desfalls geschehenen Eröffnungen und Anträge keine weiteren Folgen haben mögen, um die nur allzu bekümmernde Besorgniß zu beseitigen, es könnte die Ruhe und Wohlfahrt des deutschen Reichs, ja vielleicht von ganz Europa dadurch abermalen erschüttert werden.

110. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 28. Juni 1804.

[Abreise Ehrenswaerds. Vergebliche Versuche, den König zur Rückkehr nach Schweden zu bestimmen.]

. . . Le Bon d'Ehrenswaerd part demain, la mort dans l'âme de n'avoir pu pénétrer le Roi par ses instantes représentations de l'urgente nécessité de retourner aussi lui-même en Suède. J'ai eu une longue conversation confidente et amicale avec le Bon de Lagerbjelke et lui sur cette matière dont j'aurai l'honneur de rendre exactement compte à V. A. S. E. pendant Son prochain séjour à Carlsrouhe.

111. Graf Görtz an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Regensburg, 28. Juni 1804.

[Unschlüssigkeit und Verlegenheit der badischen Regierung. Hügel ohne Instruktion und Kenntniß der Pariser Vereinbarung.]

Mittheilung der letzten Weisungen Edelsheims vom 23. und 25. Juni[2].

|: Cette fluctuation et incertitude continuelle qui ne laisse de prouver bien quelqu'embarras dans lequel se trouve l'Electeur de Bade, et combien

[1] Nur die Ausdrücke: „Kurf. Haus" und „höchste Wohlwollen" sind durch „Kurhaus" und „wohlwollende höchste Zuneigung" ersetzt.

[2] Vergl. oben Nr. 103.

il lui est pénible de faire la déclaration telle, qu'elle a été convenue à Paris, augmente infiniment les embarras de cette affaire. Mais ce qui est plus inconcevable et très désagréable, c'est que le B[on] de Hügel continue à assurer qu'à Vienne on ignorait toujours encore le biais arrangé et convenu avec l'ambassadeur impérial à Paris le 26 mai et qu'il se trouvait constamment sans aucune instruction à ce sujet . . . :|

Berlin, St.-Archiv.

112. Der k. k. Concommissär v. Hügel an die geheime Hof- und Staatskanzlei.

Regensburg, 2. Juli 1804.

[Berathung zwischen Hügel und Görtz. Bemühungen des letzteren um Vermeidung einer Reichstagsdebatte. Die kurbrandenburgische Erklärung und ihre Abänderung.]

Berichtet über den Verlauf der Sitzung vom 2. Juli.

Herr Graf von Görtz hatte gestern und heute mit mir mehrere Unterredungen, zu welchen ich den Herrn Kurböhmischen[1] . . . zugezogen habe. Er bemühte sich anhaltend, uns zu einer solchen Erklärung zu bewegen, die eine gänzliche Billigung des kurbadischen Benehmens . . . enthielte, wodurch die Sache auf einmal ganz hingelegt würde und wozu er seinerseits ermächtiget sei. Er bezog sich zu dem Ende auf die Zufriedenheit des kaiserlich russischen Ministers Herrn von Maltitz in Karlsruhe, der sogar schon mit der ersteren kurbadischen Erklärung zufrieden gewesen wäre, auf die von seinem Hof unterm 18ten des verwichenen erhaltene Belehrung: man habe zu Berlin aus Petersburg die Nachricht, daß man auch allda die Hinlegung der Sache wünsche, und auf den gewissen Umstand, daß, wenn auch über die Sache das Protokoll öffnen wolle, keine vota zum Protokoll kommen würden, denn er sei unterrichtet, daß der herzoglich gothaische und fürstenbergische Gesandte nicht eher ihre neuen Vollmachten erhalten würden und daß mehrere Gesandten angewiesen worden seien, sich aller Theilnahme an einer Reichsberathung über die kaiserlich russische Note zu enthalten.

Görtz verliest dann den Entwurf der kurbrandenburgischen Erklärung, „durch die er unter einer seltsamen Zusammenmischung von Komplimenten für Rußland und für Frankreich bestimmt die Zufriedenheit des Königs, daß die Sache auf sich liegen bleibe, äußerte. Nothwendig würde hierdurch die Aeußerung der k. k. H. Minister bei Frankreich großes Mißfallen und Gehässigkeit veranlasset haben." Hügel erinnert daher den Grafen Görtz daran, daß er Weisung habe, in Uebereinstimmung mit den k. k. Ministern zu handeln, daher wohl auch seinerseits „auf der Linie der Erwartung stehen bleiben könne"; Görtz gibt nach, streicht „die Aeußerungen der Dankbarkeit für Rußland und des Vertrauens auf Frankreich" und spricht nur die Erwartung aus, daß der König dem Wunsche des Kurfürsten von Baden seinen Beifall geben werde[2].

Die Lage erheischt, daß über die russische und kurbadische Erklärung von den k. k. Comitialgesandten „noch immer etwas schließlich geäußert werde": schriftlich durch eine

[1] Ergänze: Gesandten.

[2] Vergl. Häusser, Deutsche Geschichte, II⁴, 501.

umständliche Erklärung, wenn der kaiserliche Hof tiefer in die Sache eingehen wolle, oder mündlich durch eine Erklärung bei Rath, „daß die heutige Aeußerung gebilligt worden und daß in derselben Gemäßheit eine eigene Reichsdeliberation nicht mehr statthaben werde". Hügel erwartet hierüber weitere Weisungen.

Wien. St.-Archiv.

113. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 2. Juli 1804.

[Talleyrands Vorwürfe ungerechtfertigt. Erläuterungen zu der beanstandeten Aenderung.]

Beantwortet die Depesche vom 27. Juni[1]. Da der in Paris vereinbarte Entwurf nur von dem «Gouvernement français» gesprochen, habe man geglaubt, dies sei absichtlich geschehen, da man sich des kaiserlichen Titels nicht habe bedienen wollen, ehe der Reichstag die neue Würde anerkannt; man habe daher bei der Revision der in Karlsruhe redigirten Erklärung vom 11. Juni den Ausdruck «l'Empereur des Français» durch «Gouvernement français» ersetzt. Nichtsdestoweniger habe dann Edelsheim, überzeugt, daß man hierbei dem Reiche nicht den Vortritt zu lassen brauche, Görtz beauftragt, die alte Fassung «l'Empereur des Français» wiederherzustellen[2]; aus Unachtsamkeit sei aber in der an Dalberg übersandten Abschrift diese nachträgliche Abänderung nicht vermerkt worden[3].

114. Graf Ludwig Cobenzl an den Grafen Philipp Cobenzl.

Wien, 3. Juli 1804.

[Die Verbalerklärung. Der Wiener Hof hält an seiner früheren Erklärung fest, läßt aber Frankreich in Regensburg freies Spiel.]

Mittheilung der letzten Weisungen an Hügel[4].

L'Empereur ne peut ni manquer à ses devoirs, ni tenir un langage opposé au sens de la déclaration qui a été donnée en son nom et dont il ne pouvait non plus se dispenser du moment où il s'est vu interpellé. Sa Majesté donne au gouvernement français une nouvelle preuve bien évidente de l'esprit de conciliation qui l'anime, en s'abstenant de toute mesure quelconque pour engager ses coétats à voter comme Elle et en laissant par là le champ ouvert à la France pour s'assurer la pluralité des suffrages . . .

Wien. St.-Archiv.

---

[1] S. oben Nr. 107.

[2] Wie es scheint, auf Betreiben des Grafen Görtz. Edelsheim an Görtz, 8. Juli 1804.

[3] Talleyrand erklärt sich auf Grund dieser Aufklärungen für befriedigt. Dalberg an Edelsheim, 8. Juli 1804.

[4] Oben Nr. 106.

115. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 3. Juli 1804.

[Talleyrand von dem neuen Entwurf der Verbalerklärung befriedigt. Versöhnliches Wirken von Massias. Klagen über Görtz.]

Hat Talleyrand den endgiltigen Entwurf der Verbalerklärung mitgetheilt.

Il la lut à deux reprises, observa, comme je l'avais fait le matin, qu'elle était bien mal traduite, me fit expliquer le texte allemand et me dit à la fin: «C'est bien ainsi! pourquoi ne l'a-t-on pas fait sur-le-champ et pourquoi n'a-t-on pas pris notre rédaction qui est plus simple, plus nette et qui dit presque moins que celle-ci? mais cela est bon, j'en instruirai l'Empereur.»

Je pris pour lors la parole et lui exposai par ordre exprès de S. A. S. E., combien Elle avait été affectée de l'idée qu'on la croyait influencée par la Russie, . . . que j'osais prier S. Exc. de vouloir être l'organe près de S. M. I. de ces sentiments et de vouloir effacer en Elle l'impression qu'Elle pourrait peut-être conserver sur de faux rapports de Ratisbonne, où nous croyons que Mr Bacher et M^r^ le Cte de Goertz n'avaient point agi avec beaucoup de loyauté.

Voyant qu'il m'écoutait, je lui fis pour lors la lecture des deux lettres de V. Exc.[1] et je lui demandai à la fin, si tous ces éclaircissements lui paraissaient dignes de nous rendre sa confiance et s'il voulait m'autoriser à exprimer à S. A. E. qu'on était satisfait de la démarche qu'Elle n'avait pas tardé de faire après avoir été convaincue de son utilité. Il me dit pour lors, qu'il en était content, et que je pouvais le mander . . .

Je crois devoir à cette occasion rendre justice à Mr Massias dont les dépêches étaient rédigées d'une manière infiniment mesurée et conciliante, et je n'ai pas manqué de dire à Mr Talleyrand, combien l'Electeur devait être satisfait d'avoir auprès de lui un homme qui, en bien servant sa patrie, était utile à ceux près desquels il se trouvait . . .

C'est encore hier qu'en instruisant Mr de Lucchesini du changement que nous avions porté à la déclaration avec franchise je lui ai fait sentir, combien peu l'Electeur pouvait être content de la conduite que M^r^ le Cte de Goertz avait tenue dans cette affaire et que j'étais intimement persuadé que notre première déclaration, appuyée par sa cour, aurait arrêté toute délibération ultérieure, en évitant même que le public ait observé d'où elle nous avait été dictée. Comme il est assez adroit et assez délié pour entendre tout à demi-voix, il a bien senti que je n'avais pas tort, en observant que dans les circonstances où se trouvaient les affaires il valait mieux faire trop que trop peu . . .

---

[1] Vom 25. und 28. Juni. Oben S. 105 und 108.

Auch dem Grafen Cobenzl macht Dalberg Mittheilung von dem Geschehenen, er erwidert, wie Dalberg bemerkt, im Wesentlichen dasselbe, was der badische Gesandte bereits in der Depesche Nr. 60[1] berichtet hatte.

116. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 3. Juli 1804.

[Verlesung der badischen Verbalerklärung und der österreichischen und preußischen Erklärung. Stillschweigende Aufnahme.]

Hat nach Verabredung mit Hügel, Stadion und Albini gestern „in voller Rathsversammlung" die vorgeschriebene Verbalerklärung in circulo verlesen und Abschrift davon nehmen lassen.

Graf Stadion verlas darauf eine mündliche Erklärung[2]; er werde den von badischer Seite „eben eröffneten dringenden Wunsch und die zu dessen Unterstützung angeführten Beweggründe" unverweilt seinem Hofe mittheilen, in der sicheren Erwartung, daß derselbe den Antrag des Kurfürsten und die von der französischen Regierung erhaltenen Erläuterungen „mit aller jener gewohnten Theilnahme und Rücksicht" aufnehmen werde, „welche Allerhöchstdieselben jeder Angelegenheit widmen, wodurch die Ruhe, Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Reichs gestört werden könnte". Eine weitere Erklärung des Grafen Görtz als Vertreters von Kurbrandenburg drückte die Zuversicht aus, der König werde, da „die in der fürtrefflichen kurbadischen Erklärung angezogenen Erläuterungen des besagten Vorfalls . . . denen bei der jüngsten Friedensvermittelung und sonsten erprobten Gesinnung des französischen Gouvernements und dessen erhabenen Oberhaupts für das gesammte deutsche Reich angemessen gewesen", dem „aus so erheblichen Beweggründen geäußerten Wunsch" des Kurfürsten seinen Beifall nicht versagen[3].

„Sämmtliche Erklärungen wurden von sämmtlichen Comitialgesandten mit aller Aufmerksamkeit und stillem, aber gewiß ungetheiltem Beifall vernommen und als ein der Lage und den Umständen angemessenes Auskunftsmittel zur Beseitigung einer künftigen Deliberation angesehen, die die besorglichsten Folgen für die Ruhe Deutschlands gehabt haben würde."

Da die kaiserlichen Gesandten sich noch nicht ermächtigt glauben, die Zustimmung des Wiener Hofes bestimmt zuzusichern, hält auch Görtz Namens des Berliner Hofes damit vorerst noch zurück; Hügel hofft indes spätestens Ende der Woche die Weisung zu erhalten, sich der badischen Erklärung anzuschließen.

117. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 5. Juli 1804.

[Kriegsdrohungen gegen Oesterreich. Erbitterung in Paris gegen Napoleon. Scene im Théâtre français.]

|: Bonaparte a dit il y a quelques jours le propos suivant en présence de ses aides de camp, je le tiens de la source la plus respec-

[1] Vom 24. Mai. Oben Nr. 67.

[2] Bei den Acten. Vergl. Häusser, Deutsche Geschichte, II⁴. 501.

[3] Häusser, a. a. O. II, 501.

table —: «Si l'Autriche tarde encore plus longtemps à reconnaître l'ordre des choses en France, je lui fixerai un terme après lequel son refus servira d'une déclaration de guerre, et si on me force de nouveau à faire une guerre continentale, je changerai la face de l'Europe».

Vous ne Vous imaginez point à quel degré l'opinion publique s'exaspère contre lui. J'étais présent hier au théâtre français où à un passage d'Iphigénie en Aulide, 4me acte, scène 4, qui prêtait à une allusion contre lui[1], le bruit a été tel qu'on a arrêté beaucoup de monde, que le commissaire de police a été insulté, un soldat blessé et que deux femmes sont venues se réfugier dans une loge. Cela ne peut être que d'un augure très sinistre. Dans son intérieur on le dit d'une irritabilité à laquelle rien ne résiste et le public commence à parler de lui comme de l'Empereur Paul de Russie. :|

118. Maltitz an Kaiser Alexander I.

Karlsruhe, 7. Juli 1804.

[Aufenthalt des Königs von Schweden. Gespannte Beziehungen. Aufwand. Görtz und die Affaire Enghien.]

|: Der König von Schweden wird etwa in acht Tagen nach Nymphenburg abreisen, wohin ihn der Kurfürst von Bayern eingeladen hat. Die Königin, so nimmt man an, wird mit ihm in München zusammentreffen.

Zwischen dem Kurfürsten und dem Herrn von Lagerbjelke, Kabinetssecretär des Königs von Schweden, hat es lebhafte Auseinandersetzungen gegeben.

L'Electeur lui-même s'est expliqué sur les différents embarras où le mettait la présence du Roi. — Le Gouvernement français, fier de cette faible résistance qu'il trouve partout, aura influencé et attisé cette brouillerie domestique. Tout ce que je crois pouvoir avancer c'est qu'on se séparera de mauvaise grâce après avoir été plus d'un an à porter des dépenses excessives et, ce qui ne molestait pas moins, la gêne où la cour royale mettait celle de l'Electeur. J'ai déjà osé remarquer que tout tombait à la charge de Mme la Margrave et que cette princesse devait en ressentir bien du chagrin. Il faut convenir cependant qu'avec une noble franchise elle a souvent dit au Roi son opinion. Le Cte de Goertz, chargé en même temps à Ratisbonne des intérêts de son maître et de ceux de la cour de Bade, est sans doute la cause primitive que quelque chose

[1] Wie Edelsheim vermuthet, die Verse Klytaemnestras:
. . . Cette soif de régner que rien ne peut éteindre,
L'orgueil de voir vingt rois vous servir et vous craindre,
Tous les droits de l'Empire en vos mains confiés,
Cruel, c'est à ces dieux que vous sacrifiez! . . .

de louche se mette aux démarches craintives qu'on fait auprès de l'assemblée de la Diète. Il est sûr que la France hausse le ton de nouveau et que vis-à-vis du ministre de Bade à Paris elle se permet un ton dur et arrogant. :|

Petersburg. St.-Archiv.

119. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 9. Juli 1804.

[Befremden über die preußische und österreichische Erklärung. Widerspruchsvolles Verhalten der beiden Höfe.]

Man gibt dem Grafen Görtz zu erkennen, der Kurfürst habe gewünscht, durch die jüngst erfolgte Erklärung „alle ferneren Weiterungen" zu beseitigen, könne aber „diese Beruhigung aus dem Inhalt jener kurböhmischen und kurbrandenburgischen Aeußerungen noch nicht schöpfen". Er habe die Zustimmung beider Höfe um so mehr erwartet, „da der bekannte Entwurf der Erklärung in Paris mit den k. k. und k. preußischen Gesandten concertirt, dessen anfänglich hier abgeänderte Fassung in Regensburg als ungenügend befunden und insbesondere von diesem letzteren Umstand ab Seiten des französischen Gouvernements der Anlaß zu harten, anhier gemachten Vorwürfen, unter dem ausdrücklichen Bemerken genommen worden seie, daß der k. k. und der k. preußische Hof mit dem Pariser Concert, wie schon aus jener Regensburger Mißbilligung der Aenderungsvornahme erhelle, völlig einverstanden wären, überdies der k. preußische Herr Gesandte Graf von Lucchesini dem diesseitigen versichert habe, daß die kurbrandenburgische Comitialgesandtschaft bereits eine beifällige Instruktion erhalten und alles nur darauf beruhe, daß die hiesige Erklärung unverweilt abgelegt werde, welche Angabe gleichfalls von dem französischen Geschäftsträger zu Regensburg Herrn Bacher an den Minister Talleyrand einberichtet worden sei".

Concept.

120. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 21 messidor an 12 (10. Juli 1804).

[Prinz Ludwig wünscht der Krönung beizuwohnen.]

Il y a quelques jours que le Prince Louis de Bade me témoigna son désir et son espérance d'assister au couronnement de S. M. l'Empereur des Français. Ma réponse tendit à lui faire sentir, combien cette mission agréable pour lui était convenable aux intérêts et aux devoirs de sa maison . . .

Sobald er etwas Bestimmtes erfahren, werde er es berichten.

Pariser Archiv.

121. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 11. Juli 1804.

[Abdruck der Erklärung in verschiedenen Zeitungen. Klägliches Verhalten von Görtz. Der Wiener Hof für Reichstagsberathung.]

. . En attendant maintenant la nouvelle de Votre première audience près S. M. l'Empereur . . ., je continuerai à Vous informer des renseignements ultérieurs qui me sont parvenus de Vienne et de Ratisbonne relativement à notre fameuse déclaration dont la traduction, insérée dans les gazettes françaises de Francfort etc., ne méritera pas davantage, ce me semble, Votre suffrage que celle qui Vous est parvenue d'ici. Mais ce sont surtout les promesses de Mr le Cte de Goertz dans cette affaire qui Vous paraîtront pitoyables, et je dis peu! . . .

Vous jugerez, cher Baron, par la copie que je joins ici de l'extr. prot. qui vient de lui être expédié sur cet objet[1], comment il a cherché à nous faire valoir la perspective d'un favorable appui de la part de S. M. Prussienne, et ce que nous avons trouvé convenable de lui répondre à cet égard.

Après le rapport officiel du 3 par lequel il a rendu compte de la séance de la veille, il m'a écrit particulièrement en date du 5[2] pour me faire son plaidoyer sur ses indiscrétions et ses imprudences dans cette affaire auxquelles nous devons assurément toutes les petites tracasseries qui ont entravé et envenimé cette affaire. Vous comprenez qu'en voulant mettre tout à la charge de Mr Bacher, il n'en fait que mieux ressortir ses propres incongruités. Pour combler la mesure, il me marque confidemment que, n'ayant plus été à temps pour substituer dans la déclaration au terme *d'auguste chef* celui *d'Empereur des Français*, tout ce qu'il avait pu se permettre, en tenant le cas secret autant que cela était humainement possible dans cette malheureuse plaie, c'était de faire glisser ce titre, sans qu'on puisse apprendre d'où cela venait, dans la gazette de Ratisbonne et peut-être, s'il en était temps, de même dans celle de Hambourg et dans le journal de Francfort. Ce sublime expédient que S. Exc. a imaginé gratuitement, sans y être provoqué, a eu le succès qu'on en devait attendre. Voici ce qu'en dit la gazette universelle qui s'imprime à Ulm dans un article de Ratisbonne du 5 juillet. «In den heutigen hiesigen historischen Nachrichten steht die am 2ten d. M. in der Reichsversammlung abgelesene kurbadensche Erklärung abgedruckt. Sie unterscheidet sich von der abgelesenen Erklärung durch die abgeänderten Worte: erprobte wohlmeinende Gesinnungen des französischen Kaisers gegen das gesammte deutsche Reich ꝛc. Diese Abänderung soll per Estafette von Karlsruhe angekommen sein[3] . . .

---

[1] Oben Nr. 119.

[2] Fehlt.

[3] Vergl. Häusser, Deutsche Geschichte, II⁴, 501 Anm. 2.

Cependant d'après les lettres de Vienne du 30 juin le vice-chancelier de la cour avait assuré effectivement[1] qu'on venait de réitérer aux ministres impériaux à la Diète générale de l'Empire l'instruction: «Jenes Geschäft auf dem einmal eingeschlagenen Wege zu betreiben. Es sei doch gar zu arg, daß ein unabhängiger Staat, welcher von einem andern verletzt zu sein glaube, nicht einmal das Recht haben solle, ihn darüber zu befragen. Die Berathschlagung in Regensburg könne nicht unterbleiben, wenn man nicht alles außer Acht setzen wolle, was die Würde des deutschen Reiches und die Achtung für den russischen Kaiser erfordere. Zuletzt würde Deutschland, aus lauter unabhängigen Staaten zusammengesetzt, selbst kein unabhängiger Staat mehr sein.»[2]

122. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 13. Juli 1804.

[Befremden über die kurböhmische Erklärung vom 13. Juli. Ihr Zweck. Beruhigende Versicherungen Hügels.]

Görtz berichtet über die abschriftlich beiliegende, den gehegten Hoffnungen nicht entsprechende kurböhmische Erklärung, die heute abgegeben werde.

So unerwartet sie auch ist und es dem königlich preußischen Hof um so mehr sein wird, da sie gegen das von dem k. k. Ministerio an das königlich preußische anerbotene . . . Concert, nicht mit demselben verabredet worden ist, und den eigentlichen so allgemein gehegten Wunsch, die so beunruhigende Angelegenheit gänzlich beseitigt zu sehen, nicht erfüllet, so wird dieselbe doch auch sehr wahrscheinlich keine weiteren wesentlichen Folgen haben. Die k. k. Minister erklären zwar zur Abstimmung angewiesen zu sein, sie verlangen aber nicht die Eröffnung des Protokolls, sondern sollen nur dann abstimmen, wenn die andern Gesandten von ihren Höfen ihre Weisungen in dieser Angelegenheit werden erhalten haben und die Eröffnung desselben verlangen werden; daß nun dieses von irgend einem geschehen sollte, ist wohl mit Gewißheit vorauszusehen, daß nie der Fall eintreten kann, und selbst der kaiserliche Concommissarius nimmt kein Bedenken, zu erkennen zu geben, daß es an seinem Hof nicht gewünscht, nicht erwartet und nicht werde veranlasset werden. Die nicht zu mißkennende einzige Absicht dabei scheint demnach nur wohl diese gewesen zu sein, bei dem kaiserlich russischen Hofe die Schuld der unterlassenen reichstäglichen Berathung über die Note vom 6. Mai von sich ab und auf andere zu wälzen, ob aber auch diese ganz erreicht werden möchte, scheint mir wenigstens noch ungewiß . . .

[1] Im Verlauf einer Unterredung mit Gemmingen. Bericht des letztern vom 30. Juni.

[2] In ähnlichem Sinne äußert sich Cobenzl auch später noch gegen Gemmingen. Bericht des letztern vom 11. Juli.

Da die Erklärung die Einholung neuer Instruktionen erfordere, werde vor vier bis sechs Wochen kein weiterer Schritt in der Sache erfolgen[1].

---

123. Mündliche Erklärung der k. k. Gesandtschaften bei dem Reichstag in circulo[2].

(13. Juli 1804.)

„Die k. k. Gesandtschaften haben den Auftrag zu eröffnen: Se K. K. Majestät theilen allerdings das Vertrauen, welches S. Kurf. Durchlaucht zu Baden in die freundschaftlichen Gesinnungen Frankreichs gegen das deutsche Reich hegen. Eben dieses Vertrauen hatte die anfängliche Hoffnung Se Maj. begründet, daß, nachdem die Vorfälle von Ettenheim und Offenburg zu denjenigen gehören, über die zu allen Zeiten die freundschaftlichsten und größten Mächte nicht angestanden haben, in beruhigende Aufklärungen einzugehen, auch der französische Hof ein diesfälliges freundschaftliches Aufklärungsverlangen des deutschen Reichs mit Freundschaft aufzunehmen und zu erfüllen gesinnet sein werde.

Gleichwie S. Maj. also bei dieser natürlichen Ansicht der Sache nicht besorgen, daß der angetragene Schritt, statt die erwünschte Beruhigung zu bewirken, vielmehr neue unangenehme Folgen nach sich ziehen könnte und daher Ihrerseits der Meinung sind, daß die angetragene reichstägliche Deliberation ohne Bedenken zu erfolgen hätte, so haben die k. k. Gesandtschaften den Auftrag, daß wenn die bei den übrigen Comitialgesandtschaften eingelangten neuen Instruktionen so beschaffen wären, daß zur Eröffnung dieser Deliberationen geschritten werden könnte, ihre Stimmen alsdann in Gemäßheit ihrer den 14. Mai gemachten Erklärungen abzulegen."

---

124. Hügel an die Geh. Hof- und Staatskanzlei.

Regensburg, 13. Juli 1804.

[Die kurböhmische Erklärung vom 13. Juli. Klüpfel befriedigt, scheinbar auch Bacher. Rußland dringt auf Reichstagsberathung. Stimmung am Reichstag. Görtz über die österreichische Erklärung ungehalten.]

Verweist auf den Bericht der k. k. Comitialgesandten über die heutige Sitzung, in welcher dieselben die auf Weisung der Staatskanzlei vom 7. d. M. vorgeschriebene Erklärung verlesen haben.

Der russische Resident von Klüpfel, der anfänglich auf eine weitere Berathung der kurbadischen Erklärung und der russischen Note zu verzichten geneigt schien, ändert seine Haltung in Folge der Weisungen seines Hofes vom 7./21. Juni, die am 12ten Juli in Regensburg eintreffen und ihn aufs Neue auffordern, „an dem Reichstag eine theilnehmende Entschließung zu befördern". Er freut sich daher über die Konsequenz, mit der die Wiener Regierung an ihrer ersten Erklärung vom 14. Mai festhalte, ist aber überzeugt, daß ungeachtet aller Bemühungen des kaiserlichen Hofes, die Reichsstände zu einer freimüthigen Sprache zu bewegen, „kein Fortgang der Sache und keine Reichsdeliberation zu erwarten sei",

---

[1] Der Kurfürst sieht von jeder weiteren Gegenäußerung vorläufig ab, bis die einlaufenden Instruktionen dazu Anlaß geben. G. R.=P. v. 19. Juli.

[2] Beilage zu Nr. 122.

wenn Preußen „seine Stimmung nicht ändern und seinen großen Gefälligkeiten für Frankreich wenigstens in dieser Sache Grenzen setzen würde".

Der französische Geschäftsträger, mit dem Hügel gleichfalls über die Erklärung der k. k. Gesandten spricht, nimmt die Nachricht mit scheinbarer Billigung auf: er kenne die Formen des Reichstags zu genau, um nicht zu wissen, wie anders der kaiserliche Hof sich hätte benehmen können, wenn er „mit einiger Unfreundlichkeit" gegen die französische Regierung hätte zu Werke gehen wollen[1].

„Ohne alle Veranlassung meinerseits äußerte er sich mit großer Lebhaftigkeit wider den badischen Hof, der so lange verzögert habe, die von ihm angesonnene Erklärung zu geben, und da er durch seine Unentschlossenheit und geschraubte Wendungen allgemeine Aufmerksamkeit erreget hätte."

Die Reichsgesandten erkennen durchgehends an, daß der Wiener Hof mit Recht auf seiner ersten Meinung beharre, vertrauen aber alle, daß es ihnen nicht übelgedeutet werde, wenn sie schwiegen. Nur Görtz ist mit der Erklärung unzufrieden: „es sei nicht redlich, daß der kaiserliche allerhöchste Hof jetzt für sich die heutige Erklärung jener seines Hofes entgegengesetzt habe, da er es doch gewesen, welcher zuerst in Berlin auf eine Zusammensicht und übereinstimmende (sic!) Votum angetragen hätte". Hügel entgegnet, der Wiener Hof bleibe im Gegentheil noch immer bei der vereinbarten ersten Fassung[2] stehen; Preußen sei davon zuerst abgewichen, Görtz habe den Vorschlag, die kurbadische Erklärung blos ad referendum zu nehmen, verworfen und dadurch die diesseitige vorläufige Aeußerung veranlaßt, es stehe übrigens dem preußischen Hofe jetzt noch frei, der Erklärung der k. k. Comitialgesandten beizutreten[3].

Abschrift. Wien. St.-Archiv.

125. Graf Görtz an den Geheimen Rath.

Regensburg, 17. Juli 1804.

[Glaubt, daß eine Reichstagsberathung unterbleibe. Gründe. Rechtfertigung des Verhaltens des Berliner Cabinets.]

Görtz ist überzeugt, daß der Kurfürst durch seine Erklärung doch den beabsichtigten Endzweck erreicht habe. Er gründe seine Ansicht zunächst auf die kurböhmische Deklaration selbst.

„Nach dieser, ob sie zwar nicht die reichstägliche Deliberation als beseitiget erkläret, so setzt sie durch die Bedingung, «daß wenn — — Erklärungen abzulegen»[4], eine solche Bedingung voraus, die nie ihre Erfüllung erhalten wird und kann. Noch ist bis jetzt nicht eine einzige Instruktion von irgend einem Hofe seit dem 14. Mai cr. eingegangen, und alle Gesandtschaften haben die Ueberzeugung, daß keine kommen wird, viele die Gewißheit, daß sie keine erhalten werden."

[1] Wie wenig indes Napoleon selbst mit dieser Erklärung des Wiener Hofes zufrieden war, ergibt sich aus der Note, die Talleyrand in seinem Auftrag an Philipp Cobenzl richten und die vor der Eröffnung des Protokolls unter Drohungen eindringlichst warnen sollte (an Talleyrand, 6. August). Correspondance de Napoléon I, 9, 453.

[2] Der Erklärung vom 14. Mai.

[3] In einem Schreiben an den k. k. Gesandten in Berlin, Grafen Metternich, bezeichnet Hügel es als höchst wünschenswerth, „wenn auch der königlich preußische Hof noch eine gleiche Erklärung nachtragen ließe".

[4] Vergl. die Verbalnote vom 13. Juli.

Hügel selbst habe sich in diesem Sinne gegen Albini, Bacher und Klüpfel geäußert, gegen letzteren mit dem Zusatze: „daß der Kaiser seiner Würde schuldig zu sein geglaubt habe, diese Aeußerung machen zu lassen, daß aber dabei die Absicht nicht sei, es zu einer wirklichen Deliberation zu bringen, da solche nach der Lage der Sache nicht zu bewirken sei".

Das Verhalten des Berliner Cabinets glaubt Görtz rechtfertigen zu können, wenn es auch nicht ganz mit dem übereinstimme, was Lucchesini dem Baron von Dalberg zu erkennen gegeben habe.

Der König habe nach wie vor die feste Absicht, zur Verhütung schlimmer Folgen „mit möglichster Rücksicht" auf Rußland alles aufzubieten und eine Reichstagsberathung zu vermeiden. Da aber der Wiener Hof von Anfang an das Berliner Cabinet ersucht habe, zu demselben Zwecke gemeinsam mit ihm vorzugehen, habe der König ihn angewiesen, „so lange von kaiserlich-königlicher Seite zur Erreichung dieses Zwecks fortgegangen würde, gleiche Schritte mit dem k. k. Gesandten zu halten". „Nach diesen Befehlen, in diesem Sinne und bei der mir noch am 2ten fast mit Bestimmtheit gegebenen Hoffnung, daß der Befehl zur völligen Beistimmung nicht fehlen werde, noch könne, sind zwischen mir und den k. k. Ministern die beiderseitigen . . . Aeußerungen entworfen und verabredet worden, da ich mir nicht zu Schulden lassen kommen wollte, noch konnte, das Sr Königlichen Majestät angebotene und mit Aufrichtigkeit angenommene, für Deutschlands Wohlfahrt von so wohlthätigen Folgen sein könnende Concert zuerst zu brechen."

Nur so und nicht anders — schließt Görtz — habe er sich in der Angelegenheit benehmen können[1].

126. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 17. Juli 1804.

[Abreise des Königs von Schweden. Anlaß.]

Der König von Schweden ist endlich nach München abgereist[2]; die Königin wird ihm Anfangs August nachfolgen.

. . . Quant aux motifs qui ont accéléré le départ de S. M. d'ici, Vous Vous doutez bien que des observations improbatives sur cette prolongation indéterminée d'une station qui durait déjà passé 8 mois et qui n'ont peut-être pas été transmises avec la délicatesse et les ménagements convenables ont provoqué définitivement cette résolution[3] . . .

[1] Der Bericht erzielte einigen Erfolg: am 26. d. M. wurde von Karlsruhe restribirt, der Kurfürst habe sich „durch die von ihm einberichteten Umstände und Ansichten einigermaßen beruhigen lassen", und besonders die Bemühungen, das Einvernehmen mit dem Wiener Hofe aufrecht zu erhalten, gerne gesehen.

[2] Am 14. Juli in der Frühe; eine persönliche Verabschiedung vom Kurfürsten hatte bezeichnender Weise nicht stattgefunden. Massias an Talleyrand, 25 messidor an 12 (14. Juli 1804).

[3] Der österreichische Gesandte v. Schall bemerkt, man habe dem König „auf eine soviel möglich schonende Art die Beschwerniß und Kosten seines Aufenthalts vorgestellt", worauf der König seinen Entschluß gefaßt. Bericht vom 3. Juli. Wien. St.-Archiv.

127. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 19. Juli 1804.

[Die badische Erklärung. Vorwürfe. Philipp Cobenzl. Verstimmung gegen den Wiener Hof in Paris. Beschwichtigungsversuche der preußischen Politik.]

. . . Je n'ai jamais varié dans mon opinion sur le compte de Mr de Goertz; dans cette circonstance cependant j'observe que ce n'est point à lui seul qu'il faut attribuer les embarras causés par la déclaration qu'on nous a forcé de donner à la Diète. Si on avait adopté la première rédaction, on aurait évité toutes les explications, on aurait dit une chose convenable et on n'aurait pas prêté à mille observations l'une plus pénible que l'autre. Le terme *accidentellement*[1] est pour ainsi dire devenu proverbe ici et la déclaration que Mr Talleyrand avait pris la peine de corriger lui-même était, il me semble, moins composée et d'un meilleur ton.

Il n'est plus possible de revenir sur tout cela et je me borne seulement encore à observer que Mr de Cobenzl n'a jamais pris une part positive à la démarche que Mrs de Talleyrand et Lucchesini avaient crue nécessaire de notre part. Mes dépêches rendent un compte exact de tout ce qu'il m'a dit à ce sujet. Il s'est borné à dire qu'il ne voyait point d'embarras à faire la déclaration et que cela ne changerait rien, si les grandes puissances ne voulaient point y répondre[2].

J'observe ici beaucoup d'humeur contre la cour de Vienne et si elle tarde encore plus longtemps à reconnaître le nouvel ordre des choses, pour y revenir plus tard, elle s'est de nouveau compromise. On ne s'explique point une direction aussi peu conséquente que celle qui règne dans les affaires de cette cour.

J'ai parlé à Mr de Lucchesini sur la retenue que sa cour observe à se prononcer dans l'affaire de la déclaration. Il m'a dit d'assurer que, si les ordres n'avaient point été expédiés formellement, la cause tenait aux embarras que ma cour avait amenés; qu'on s'était déjà occupé à Berlin à se prononcer seul, si notre déclaration n'était point arrivé, et qu'on devait malgré tout ce que les cours de Vienne et de Pétersbourg pouvaient faire, regarder la déliberation comme positivement éloignée; — qu'on cherchait dans ce moment à faire sentir à Pétersbourg, combien il était inutile de provoquer des mésintelligences qui ne feraient qu'aigrir et qu'on avait tout lieu d'espérer que la cour de Russie ferait prévaloir le besoin qui existait d'être tranquille et d'observer les événements; que l'Angleterre à la vérité se donnait toutes les peines pour remuer le continent, mais qu'elle n'y parviendrait point et que la cour de Vienne regretterait à la fin de n'avoir pas montré plus de conséquence . . .

[1] Vergl. oben S. 86 „zufälligerweise".
[2] Vergl. oben S. 73.

128. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 20. Juli 1804.

[Neuer Zwischenfall. Die kurbraunschweigische Erklärung vom 20. Juli. Künstliche Versuche, eine förmliche Berathung zu verhüten. Abreise der meisten Gesandten.]

Allen Vorstellungen der Directoren, der kurfürstlichen Gesandten und selbst des k. k. Concommissärs von Hügel ungeachtet, hat der kurbraunschweigische Gesandte von Reden ein Votum abgelegt, welches allgemein mißfiel[1]. Da die Eröffnung des Protokolls nicht verweigert werden konnte, haben die Directoren im Einvernehmen mit Hügel, „um allen Anschein einer Deliberation und förmlichen Eröffnung des Protokolls zu vermeiden, den Weg eingeschlagen, blos zum Protokoll auf Verlangen des Kurbraunschweigischen ansagen zu lassen und weder eine Directorialproposition, noch Umfrage, wie sonst erforderlich, zu machen und gleich auf das Votum das «Quibus discessum» folgen zu lassen, mithin dadurch dieses Votum als einen isolirten Schritt zu bezeichnen"[2].

Hügel versichert, die k. k. Gesandten würden nur abstimmen, „wenn mehrere und hinlängliche neue Instruktionen" vorlägen, die eine förmliche Berathung beantragten. Der Fall, meint Görtz, werde aber sicherlich nicht eintreten; verschiedene Gesandte gedenken daher in den nächsten Tagen in Urlaub zu gehen[3].

129. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 25. Juli 1804.

[Die kurböhmische Erklärung vom 13. Juli. Hügel und Görtz. Täuschung oder Irrthum?]

Dankt für Mittheilung des Comitialberichts vom 10. d. M.

Daß Graf Görtz den Herrn von Hügel nicht recht verstand oder von ihm getäuscht wurde oder daß beide sich irrten, hat die den österreichischen Gesandtschaften zugekommene Instruktion, . . . nach welcher am 13. Juli die mündliche Erklärung der k. k. Gesandtschaft stattfand, hinlänglich bewiesen . . .

. . . Man muß gestehen, daß in dieser Angelegenheit der Graf Görtz den Herrn von Hügel recht freundschaftlich unterstützt habe, um so gut als möglich durch die Klippen durchzuschiffen, und man scheint hier sehr gerne zuzulassen, daß es zu keiner Deliberation komme, während man dem russischen Hofe sagen kann, daß man diesseits alles Mögliche gethan habe, um sie zu befördern . . .

---

[1] In demselben wird dem Ansinnen Rußlands entsprechend beantragt, der Kaiser solle durch Reichsgutachten ersucht werden, von Frankreich für das Reich eine angemessene, genugthuende Erklärung fordern. Vergl. Häusser, Deutsche Geschichte, II⁴, 502.

[2] Ebenso verfährt man, als ein paar Tage später, am 27. Juli, Schweden-Vorpommern im Reichsfürstenrath eine ähnliche Erklärung abgibt.

[3] Auch Görtz reist am 22. Juli ab; die meisten schließen sich dem Beispiele an. Es tritt mithin, ohne daß eigentliche Ferien angesagt sind, ein längerer Stillstand in den Reichstagsgeschäften ein; am 27. August beginnen dann die Ferien selbst, die bis zum 11. November d. J. dauern sollen. Weitere Berathungen über die russische Note vom 6. Mai finden auch nach der Wiederaufnahme der Sitzungen nicht statt.

In einer weiteren Depesche vom 28. Juli bemerkt Gemmingen: „Aus einer Unterredung mit dem Grafen Keller muß ich urtheilen, daß der Graf Görtz dem Berliner Hofe ähnliche Zusicherungen wie dem unserigen gemacht habe, in Betreff der Aeußerungen, welche von Seiten der k. k. Gesandtschaften stattfinden würden. Kurz, man weiß abermals nicht, wer hier täuscht oder getäuscht wurde."

130. Fürst Czartoryski an Maltitz.

D. 2. August 1804.

[Angebliche Billigung der badischen Erklärung durch Maltitz. Vorhalt. Mißfallen über den Schritt des Kurfürsten. Rücksicht auf seine bedrohte Lage.]

Il nous est revenu, qu'à l'occasion de la note que l'Electeur de Bade a été obligé de présenter à la Diète de l'Empire au sujet de ce qui s'est passé à Ettenheim Vous aviez assuré qu'une pareille démarche serait pleinement agréée par notre cour. Connaissant la prudence, que Vous êtes accoutumé M^r de mettre dans Votre conduite nous [n']avons pu ajouter foi à cette assertion et nous sommes persuadés que Vous n'auriez jamais pris sur Vous de dépasser Vos instructions, moins encore dans un cas où il était évident que le résultat ne pouvait être que très désagréable à l'Empereur. Néanmoins je serai bien aise d'apprendre de Vous-même ce qui a pu faire naître ce bruit et Vous voudrez bien m'en écrire sans délai.

|: En attendant Vous êtes chargé M^r de témoigner à l'Electeur de Bade la peine qu'a éprouvée S. M. I. en apprenant le contenu de l'office qu'il a été forcé de faire présenter à Ratisbonne et dont le sens est aussi contraire à ce que l'Electeur se doit à lui-même que diamétralement opposé à la dignité de l'Empire Germanique et ne l'est pas moins aux égards dus à notre auguste souverain qui avait pris une part prononcée dans cette affaire.

Après Vous être expliqué dans ce sens avec le ministère électorale Vous ajouterez cependant que, comme il est possible que les circonstances amènent une interruption de rapports entre la Russie et la France et que dans ce cas celle-ci pourrait aisément se prévaloir des liaisons de parenté qui unissent la maison électorale à notre cour pour faire tomber son ressentiment sur le pays de Bade, ce qui affligerait infiniment l'Empereur, Sa Majesté entre dans cette position et trouvera tout simple que l'Electeur, quant à sa conduite à venir, tâche d'écarter tout ce qui pourrait donner prise sur lui et lui attirer le mécontentement du Gouvernement français qui malheureusement n'est que trop à portée de lui en faire éprouver les effets. :|

Petersburg. St.-Archiv.

131. Maltitz an Edelsheim.

Karlsruhe, 30. August 1804.

[Mißbilligung der badischen Erklärung in Regensburg. Berücksichtigung der exponirten Lage Badens bei einem russisch-französischen Konflikt.]

Mittheilung der Weisungen aus Petersburg[1].

. . . S. M. l'Empereur n'a pu apprendre qu'avec mécontentement et peine le contenu de l'office que S. A. S. l'Electeur de Bade a fait présenter à Ratisbonne dont le sens est aussi contraire à ce que Msgr. l'Electeur se doit à lui-même, que diamétralement opposé à la dignité de l'Empire Germanique et aux égards dus à Sa Majesté Imp^{le} de toutes les Russies.

Le soussigné est fâché de devoir rappeler encore à cette occasion à S. Exc. M^{r} le B^{on} d'Edelsheim que la copie de l'instruction, envoyée à Ratisbonne à M^{r} le Cte de Goertz en date du 11/23[2] juillet[2] de cette année pour motiver sur elle sa déclaration verbale, — copie officielle qui fut communiquée au soussigné qui la fit passer en son temps à sa cour, — y a été trouvée bien différente à ce qu'apparemment le plénipotentiaire électoral de Bade s'était permis d'y ajouter.

Cependant comme il est possible que les circonstances amèneront une interruption des rapports entre la Russie et la France, et que dans ce cas cette puissance pourrait aisément se prévaloir des liaisons de parenté qui unissent la cour impériale de Russie à la S^{me} maison électorale, pour faire tomber son ressentiment sur le pays de Bade, S. M. l'Empereur daigne entrer dans cette position et Elle trouvera tout simple que S. A. S. Msgr. l'Electeur, quant à Sa conduite à venir, tâche d'écarter tout ce qui pourrait donner prise au gouvernement français et attirer son mécontentement.

Le soussigné s'estime heureux de pouvoir fournir cette nouvelle preuve de la bienveillance de son auguste maître pour les intérêts de Msgr. l'Electeur; M^{r} le B^{on} d'Edelsheim voudra bien la faire parvenir à la connaissance de S. A. S. E. . . .

---

[1] Vergl. oben Nr. 130.

[2] Sic! zu lesen ist «11/23 juin». Vergl. oben S. 105, Anm. 2.

3. Mainz und Paris.
August — Dezember 1804.

132. Groos an Dalberg.

Karlsruhe, 9. August 1804.

[Gerücht von einem Besuche Napoleons in Straßburg. Beabsichtigte Begrüßung durch den Kurfürsten.]

Je suis chargé, Monsieur le Baron, de Vous informer que S. Exc. Mr le ministre[1] à la suite d'une dépêche qui lui a été expédiée la nuit passée de la Favorite vient de s'y rendre en toute diligence. Cette dépêche porte que le général Clarke a prévenu le préfet de Strasbourg, Mr Shée, que S. M. l'Empereur Napoléon y arriverait aujourd'hui. Mr Shée a mandé Mr Karstner, directeur des ponts et chaussées, qui s'était trouvé aux bains de Bade de se rendre sur-le-champ à Strasbourg; c'est par cette voie que Msgr. l'Electeur a été informé de cette importante nouvelle. S. A. E. a d'abord envoyé Mr le colonel de Harrant à Strasbourg pour le prévenir à temps de ce qu'il apprendrait de positif. Sans doute que l'Electeur s'empressera de se rendre lui-même à Strasbourg pour y rendre ses hommages à S. M. . . .

Edelsheim kehrt am Abend wieder nach Karlsruhe zurück, da Harrant meldet, der Kaiser werde erst am 11. August nach Straßburg kommen. — Schließlich stellt sich heraus, daß das Gerücht der Begründung entbehrt. Groos an Dalberg, 10. August; Massias an Talleyrand, 8. August 1804.

133. Edelsheim an Talleyrand.

Karlsruhe, 15. August 1804.

[Massias bleibt als Geschäftsträger in Karlsruhe. Man wünscht seine Ernennung zum bevollmächtigten Minister.]

Beantwortet eine Note vom 30 messidor (19. Juli), worin Talleyrand ihn benachrichtigt, «que S. M. a fait ordonner à Mr. Massias de prolonger sa rési-

[1] Edelsheim.

dence à Carlsrouhe pour continuer à y exercer les fonctions de Son chargé d'affaires».

. . . L'inappréciable assurance des dispositions de S. M. l'Empereur à entretenir et à resserrer les rapports qui subsistent si heureusement entre Elle et S. A. S. E. ne peut que fortifier encore davantage la confiance qu'Elle a constamment marquée à Mr Massias et que la probité et la sagesse de ses procédés lui ont toujours méritée à si juste titre: aussi emporterait-il Ses sincères regrets, si sa destination devait jamais l'éloigner d'ici; mais Elle se féliciterait véritablement et en éprouverait la plus profonde reconnaissance si, lorsqu'ainsi qu'aux autres cours en Empire un ministre plénipotentiaire sera nommé près la sienne, S. M. I. daignait fixer son choix à Mr Massias[1] . . .

134. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 22. August 1804.

[Dalbergs Abreise nach Mannheim. Zusicherungen Talleyrands, Massias betr. Drohende Kriegsgefahr.]

Dalberg hat sich heute von Talleyrand verabschiedet[2] und bei dem Anlasse daran erinnert, wie sehr man in Karlsruhe Massias als Minister accreditirt zu sehen wünsche; sein neues Creditiv beglaubige ihn nur als Geschäftsträger. Talleyrand beruhigt Dalberg darüber, man werde die Angelegenheit zur Zufriedenheit des Kurfürsten zu ordnen suchen: bei Ausfertigung der Creditive hätten sich gewisse Schwierigkeiten ergeben, «touchant la place de chargé d'affaires près du cercle de Souabe et d'autres pour Mr Massias».

|: Der Wiederausbruch eines Continentalkrieges wird erwartet. Murat hat vor wenigen Tagen erst erklärt, der Krieg mit Oesterreich sei unvermeidlich. Cobenzl ist überzeugt, daß Frankreich durch den Angriff der Bildung einer neuen Coalition zuvorzukommen suche.

«Nous approchons d'une crise très extraordinaire et, si la chance des hasards n'arrête point Bonaparte dans le rêve de devenir un second Charlemagne, je ne crois pas les éléments de résistance dans les talents de ses adversaires.» :|

---

[1] Der Charakter eines außerordentlichen Gesandten wurde nur denjenigen verliehen, die Generalmajorsrang besaßen, was bei Massias nicht zutraf. Edelsheim an Dalberg, 29. Juli 1804.

[2] Um einen ihm am 20. Juli bewilligten Urlaub anzutreten, den er zumeist in Mannheim verbrachte; erst Anfangs November kehrte er wieder auf seinen Pariser Posten zurück, wo inzwischen der Gesandtschaftssecretär Collini seine Vertretung übernommen hatte. — Die Reise gab in Karlsruhe zu dem Gerüchte Anlaß, D. sei bestimmt, Gayling als Minister des Innern und der Finanzen zu ersetzen. Schall an Cobenzl, 28. August. Wien. St.-Archiv.

135. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 6 fructidor an 12 (24. August 1804).

[Das österrreichische Erbkaiserthum und die deutschen Kurfürsten.]

Je sais par des personnes qui arrivent de Munich et de Stoutgart que dans ces cours on envisage l'acte par lequel le Roi d'Hongrie et de Bohême y rend la dignité d'Empereur héréditaire d'Autriche comme un moyen d'isoler les Electeurs de l'Empire Germanique et de les rendre souverains indépendants. C'est aussi le point de vue sous lequel on voit la chose à Carlsrouhe . . .

Pariser Archiv.

136. Talleyrand an Massias.

Paris, 10 fructidor an 12 (28. August 1804).

[Massias nach Aachen berufen. Begegnung des Kaisers mit dem Kurfürsten in Mainz.]

Je Vous ai fait connaître, Monsieur, par ma lettre d'hier que l'Empereur désirait Vous voir à Aix-la-Chapelle ou à Mayence, mais j'ai oublié de Vous dire que dans la tournée que S. M. se propose de faire dans les départements du Rhin, Elle ne compte pas aller jusqu'à Strasbourg[1] de sorte que, si S. A. S. l'Electeur de Bade insistait dans le projet qu'il avait eu de rendre Ses devoirs à Sa Majesté, ce serait à Mayence qu'il serait convenable qu'il voulût bien se rendre. Vous pouvez en faire l'observation et je serais porté à penser que S. A. S. Electorale ne laissera pas échapper cette occasion de remplir le vœu qu'Elle a souvent exprimé de présenter personnellement à Sa Majesté l'expression de Sa reconnaissance pour les avantages qu'Elle a recueillis par la médiation du Gouvernement français[2].

Concept. Pariser Archiv.

137. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 28. August 1804.

[Warnt vor Abtretung von Biberach in gegenwärtiger Krise.]

La dépêche du Bon de Dalberg[3] . . . présente une perspective derechef bien alarmante pour l'Allemagne et particulièrement pour les états limitrophes que la France affecte d'avance de faire annoncer par le journal officiel comme ses alliés. Cette considération et les conséquences qui en

[1] Vergl. Massias, Napoléon jugé par lui-même. Paris 1823. S. 209.

[2] Vergl. Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand, 116; Correspondance de Napoléon I, 9, 486.

[3] Vom 22. August. Oben Nr. 134.

dérivent immanquablement ne manqueraient pas, s'il en était besoin, de confirmer les motifs qui s'opposent à la proposition de la cession gratuite de la ville et du territoire de Biberach[1] dont il est fait mention dans le respectueux avis du conseil intime que j'adresse aujourd'hui à Mr Wielandt, pour qu'il en fasse le très humble rapport à V. A. S. E. . . .

J'ose rappeler encore à V. A. S. E. au sujet de Biberach les observations improbatives du journal officiel, rapportées dernièrement dans la gazette de Mannheim, relativement à l'extension que l'Autriche cherchait à donner à ses possessions en Souabe etc.

---

138. Maltitz an den Fürsten Czartoryski.

Karlsruhe, 31. August 1804.

[Verderblicher Einfluß des Markgrafen Ludwig und Edelsheims auf den Kurfürsten. Eventuell Abreise nach Stuttgart.]

Die Markgräfin-Wwe ist gestern nach Baden abgereist, wo sie während des Aufenthalts ihrer Schwester, der verwittweten Königin von Preußen, verbleiben wird, um sich dann mit ihr gemeinsam nach Rohrbach zu begeben.

|: La vraie cause de cette excessive condescendance pour les pretentions outrées françaises[2] se trouve, sans doute, mon prince, dans l'extrême facilité avec laquelle l'Electeur de Bade suit depuis quelque temps les conseils de son fils, le Margrave Louis, pour lequel ce prince a une prédilection marquée, et qui, non content d'être chef du militaire, veut aussi diriger toutes les autres branches de l'administration. Les alentours de l'Electeur veulent avoir remarqué depuis un an que les grandes facultés de S. A. S. ont baissé visiblement et qu'il paraît fatigué du nombre des affaires relatives à ses nouvelles possessions et surtout du Palatinat où il y a beaucoup de mécontentement. — A cela se joint la duplicité et faiblesse du Bon d'Edelsheim, ministre des affaires étrangères, il fait servilement sa cour au Margrave Louis et à la Comtesse de Hochberg; quoique très délié dans les petites intrigues, il a été épouvanté par Talleyrand qui exigea impérieusement la fameuse déclaration de Ratisbonne, préparée longtemps avant mon arrivée dans ce pays par le Marquis de Lucchesini, effectuée depuis par les commérages et confidences verbales du Cte de Görtz . . .

---

[1] Als Aequivalent für die Aufhebung des Sequesters durch Oesterreich. Vergl. Politische Correspondenz Karl Friedrichs, IV, 417.

[2] Worauf sich diese Stelle bezieht, ist aus dem vorhergehenden Theil der Depesche nicht ersichtlich; möglicherweise auf den Entschluß des Kurfürsten nach Mainz zu gehen, falls Talleyrands Erlaß vom 28. August (oben Nr. 136) schon in Karlsruhe eingelaufen war.

Si la cour d'ici, mon prince, ce que pourtant je n'espère pas, montre de la prédilection pour l'agent français qui viendra bientôt remplacer Mr Massias et peut-être même dans la qualité d'envoyé extraordinaire, je me rendrai pour quelque temps à Stoutgart, puisqu'à la cour de Ludwigsbourg on invite le corps diplomatique de manière à le mettre à son aise, et les ministres qui le composent évitent les positions embarrassantes et les rotations de prééminence.

Petersburger Archiv.

139. Dalberg an Edelsheim.

Frankfurt, 7. September 1804.

[Ankunft in Frankfurt. Der Kurerzkanzler und der Kurfürst von Hessen werden nicht nach Mainz gehen.]

Ist gestern Abend in Frankfurt eingetroffen und hat heute Mittag den Grafen Beust gesprochen, der dem Kaiser in Mainz ein Schreiben des Kurerzkanzlers überreichen wird.

«N'ayant point été invité à s'y rendre, l'Archichancelier ne compte point y aller et demandera en cas qu'on désire le voir une autre ville située sur la route que l'Empereur parcourra. L'Electeur de Hesse ne (sic!) compte également ne pas se rendre à Mayence, mais le Prince de Nassau, les comtes d'Ysenburg, Solms s'y trouveront. On est fort incertain, si Msgr. le Landgrave y va; on ne parle que de Msgr. le Prince héréditaire.»

Der Kaiser soll am 8. oder 9. d. M. in Mainz eintreffen. Dalberg wird daher an Ort und Stelle die Ankunft des Kurfürsten erwarten.

140. Dalberg an Edelsheim.

Frankfurt, 8. September 1804.

[Besprechung des Kurerzkanzlers mit dem Kurfürsten von Hessen. Entschluß, nicht nach Mainz zu gehen. Schreiben des Kurerzkanzlers an Napoleon. Der Kurfürst von Hessen wünscht, daß auch Karl Friedrich fern bleibe. Die Frankfurter Liquidationscommission. Kurhessisches Fürstenbundsprojekt mit Anlehnung an Rußland.]

Depuis quelques heures je suis de retour d'Aschaffenbourg où je n'ai passé que la journée d'hier. Je m'empresse de rendre compte à V. Exc. des objets qui peuvent avoir de l'intérêt pour S. A. S. E.

L'Electeur de Hesse est venu à Aschaffenbourg pour discuter avec mon oncle trois objets.

1⁰ Le voyage à Mayence. Il était décidé à n'y point aller et, ayant trouvé mon oncle dans la même disposition, cette matière a été bientôt épuisée. L'Electeur de Hesse n'a pas même voulu y envoyer ni son fils, ni un prince de sa maison, et il se borne à y faire aller Mr de Gayling

pour complimenter Bonaparte[1]. Mon oncle a écrit à Bonaparte, en lui exposant que quel que puisse être son désir de lui rendre ses devoirs, il croirait éviter des embarras réciproques à ne point se trouver dans une ville où chaque pierre et chaque physionomie lui rappellerait sa ville natale et que, si l'Empereur désirait s'entretenir avec lui sur des affaires, il se rendrait dans toute autre ville qui pourrait lui être agréable[2].

Msgr. le Landgrave de Darmstadt ne va également point à Mayence, mais y fait aller le Prince héréditaire. Je sais par Mr de Gayling que l'Electeur de Hesse a témoigné une sorte d'étonnement que notre Sme maître se soit prêté si facilement au voyage de Mayence et le désir qu'il cherchasse (sic!) un prétexte pour l'éviter. J'ignore, quelles sont les dispositions de S. A. S. E. sur cet objet, mais ayant déjà témoigné par le fait qu'Elle a le désir de se présenter à l'Empereur, Elle pourrait maintenant prétexter une indisposition et faire aller à Mayence S. A. S. le Prince Louis et Msgr. le Prince électoral . . .

Dalberg ersucht, die Entschließungen des Kurfürsten ihm nach Frankfurt melden zu lassen, da er sich erst am 11ten oder 12ten nach Mainz begeben werde.

2⁰ Les affaires concernant la commission établie ici pour les affaires des liquidations[3]. Il paraît qu'il règne à cet égard entre les deux Electeurs l'union la plus intime et que l'Electeur de Hesse a pressé l'Archichancelier de se roidir sur le point de l'exécution, dès que les maisons de Nassau ou de Darmstadt voudraient ne point se soumettre. Mr le Cte de Goertz a été présent à l'entrevue à Wilhelmsbad qui a eu lieu avant-hier, et on m'assure qu'au nom de sa cour il a fortement approuvé les démarches de la commission. Mr de Gayling a manqué avoir une affaire personnelle avec Mr de Marschall[4] qui, sentant ses torts, est revenu, à ce qu'on dit, sur plusieurs points.

3⁰ L'Electeur de Hesse a fait des ouvertures sur une union des Princes dans le sens du *Fürstenbund,* et quoique mon oncle ne m'a (sic!) pas paru émerveillé de quelques objets qui devaient y être réglés, il m'a cependant dit que la chose lui paraissait fort utile. On m'a assuré qu'on nous ferait des propositions et qu'il était peut-être possible qu'on proposât S. A.

[1] Der Kurfürst war also, wie sich hieraus ergibt, von vornherein entschlossen, nicht nach Mainz zu gehen, und der Podagraanfall, der ihn in Wilhelmsbad festhielt, doch wohl nur ein Vorwand, den Besuch abzulehnen. Vergl. Strippelmann, Beiträge zur Geschichte Hessen-Kassels, I, 184 ff.

[2] Auf Einladung Napoleons begibt sich der Kurerzkanzler indes in der Folge doch nach Mainz. Bericht Dalbergs vom 12. September. Zur Sache vergl. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg, II, 20 ff., der übrigens das oben erwähnte Schreiben Dalbergs nicht kennt.

[3] Bezüglich der ehemaligen linksrheinischen Besitzungen.

[4] Regierungspräsident von Nassau-Usingen.

S. le Prince Louis pour faire négocier à Pétersbourg la garantie de cette union et de son but. Je suppose qu'on ne tardera point à s'adresser à S. A. S. E. pour Lui faire connaître, de quoi il s'agit, n'ayant pas pu approfondir l'ensemble du projet[1] . . .

141. Edelsheim an Collini.

Schwetzingen, 8. September 1804.

[Der Kurfürst auf dem Weg nach Mainz. Umkehr in Oppenheim. Ursache.]

Dalberg ist glücklich eingetroffen und über Oppenheim nach Frankfurt weiter gereist. Der Kurfürst hatte am 4. d. M. bereits die Fahrt nach Mainz angetreten und war bis Oppenheim gekommen, als ihm ein Flügeladjutant vom Präfekten des Donnersbergdepartements die Nachricht brachte, daß der Kaiser erst in ein paar Tagen nach Mainz komme; er ist darauf wieder nach Schwetzingen zurückgekehrt, um hier weiteren Bescheid zu erwarten.

142. Edelsheim an Dalberg.

Schwetzingen, 10. September 1804.

[Der Kurfürst hält an dem Entschlusse, nach Mainz zu gehen, fest. Vermuthungen über die Absichten des Kurfürsten von Hessen.]

Empfang der Depesche vom 8ten d. M.

. . . S. A. S. E. a parfaitement approuvé Vos mesures préalables et Elle s'en rapporte avec la même confiance à toutes les démarches ultérieures que Vous jugerez convenables. L'improbation de Msgr. l'Electeur de Hesse ne fera pas changer Ses dispositions à venir se présenter à l'Empereur et, quoi qu'en dise ce puériste électoral, il ne paraît pas naturel qu'il soit venu si à propos à Wilhelmsbad, s'il n'a voulu se borner qu'à envoyer complimenter l'Empereur par Mr de Gayling[2] et s'il n'avait pas eu

[1] Ueber diesen Fürstenbundplan vergl. Polit. Correspondenz, IV, 438 ff.; Obser, Ein Tagebuch über die Zusammenkunft des Kurfürsten Karl Friedrich von Baden mit Napoleon I. in Mainz. Zeitschrift f. Geschichte des Oberrheins. N. F. XIV, 610 ff.

In den Karlsruher Akten findet sich über die angekündigten Eröffnungen weiter nichts; dieselben erfolgten jedenfalls mündlich in Mainz. Wenn Hardenberg behauptet, der Kurerzkanzler habe kurz vor der Mainzer Zusammenkunft mit den Kurfürsten von Hessen und Baden über die Nothwendigkeit der Gründung eines von Oesterreich und Preußen unabhängigen Fürstenvereins verhandelt, so trifft dies für Baden nicht zu. Denkwürdigkeiten, ed. L. v. Ranke, II, 84.

[2] Diese Vermuthung erwies sich als irrig: die Kurfürsten von Hessen, Württemberg und Bayern, sowie der Landgraf von Hessen-Darmstadt blieben unter verschiedenen Vorwänden von der Mainzer Zusammenkunft fern. Vergl. auch Correspondance de Napoléon, X, 1 ff.

l'intention d'être lui-même plus à portée de Mayence; sans ce dernier motif il eût été, ce me semble, bien plus convenable de rester éloigné, autant qu'il l'était dans sa résidence à Cassel; mais apparemment qu'on ne lui a pas adressé une sorte d'invitation, comme celle qui a été faite par Massias de la part de Mr Talleyrand[1].

Dans l'incertitude cependant qui paraît exister maintenant encore autant sur la véritable époque de l'arrivée de l'Empereur à Mayence que sur les occupations qui y partageront son temps, il paraît convenable que notre Sme maître avant que de se remettre derechef en route, attende ici une détermination plus précise qui lui fixe le jour et l'endroit où S. A. S. E. pourra satisfaire à Son empressement à cet égard . . .

Bitte um entsprechende Mittheilung.

143. Dalberg an Edelsheim.

Mainz, 15. September 1804.

[Rückkehr Massias' von Aachen. Audienz bei Napoleon. Vorwürfe wegen der Affaire Enghien. Vorbereitungen für die Mainzer Zusammenkunft. Bayrisches Heirathsprojekt. Oubril.]

Mr Massias est revenu hier au soir d'Aix-la-Chapelle[2]. Voici ce qu'il vient de me dire. L'Empereur n'arrivera pas avant jeudi ou vendredi prochain; il conseille que S. A. E. se rende ici de manière à s'y trouver un peu avant lui. Il lui a parlé de S. A. S. E., du Prince électoral, de Msgr. le Prince Louis avec intérêt et affection, il a fait semblant de croire qu'on ait pu être instruit de la soi-disante conspiration et négliger les moyens de police; Mr Massias lui a prouvé le contraire, il m'a dit avoir eu des scènes avec Mr Talleyrand. Mr Massias se rendra incessamment à Carlsrouhe, mais compte revenir pour l'arrivée de l'Empereur. Dès qu'on saura que ce dernier soit à Coblence où il reste deux jours, j'aurai l'honneur de Vous en instruire, et il serait bon que Montanus[3] soit ici, pour que je puisse Vous l'envoyer . . .

[1] Oben Nr. 136. Im Uebrigen irrt Edelsheim: wie angelegentlich man sich französischerseits bemühte, den Kurfürsten zur Fahrt nach Mainz zu bestimmen, lehren die Aktenstücke bei Strippelmann, a. a. O. I, 182 ff.

[2] Ueber den Aufenthalt von Massias in Aachen, wo er dem Kaiser wegen seines Verhaltens in dem Fall Enghien Rede stehen sollte, und seine Audienz bei Napoleon vergl. seine eigene Darstellung in der Schrift: Napoléon jugé par lui-même, 207—213 und in den Mémoires historiques sur la catastrophe du Duc d'Enghien, 270 ff.; jedoch sind die dort enthaltenen Zeitangaben mehrfach unzuverlässig, insbesondere wenn er behauptet, er sei «quelques jours après la catastrophe» nach Aachen berufen worden.

[3] Badischer Kurier.

Mittheilungen über eine Unterredung mit Otto und Reibeld wegen der geplanten bayrischen Heirath des Kurprinzen.

Hat das Schreiben Edelsheims[1] durch Montanus erhalten. S. Kf. Durchlaucht dürfe überzeugt sein, daß er seine Abreise nur wünsche, wenn sie dringlich sei. «Personne [ne] sent plus fortement l'inconvenance qu'Elle attende longtemps, sans que l'Empereur soit prêt d'arriver.»[2]

Mr de Maltitz est mal informé. Je suis encore occupé à lire des notes et dépêches concernant la rupture[3]. Mr Oubril m'a demandé mon avis sur la conduite qu'il a tenue, je serais heureux de me persuader avoir toujours fait comme lui. J'entrerai en plus de détail, lorsque j'aurai connaissance de tout . . .

(P. S.) Mr Massias n'ira point à Carlsrouhe, craignant ne pas trouver des chevaux pour son retour.

144. Maltitz an den Fürsten Czartoryski.

Karlsruhe, 18. September 1804.

[Napoleons Ankunft in Mainz verzögert sich. Verhalten der deutschen Fürsten.]

Bonaparte se fait toujours attendre à Mayence; on prétend enfin qu'il y arrivera aujourd'hui et y restera plus de temps qu'on n'avait cru. L'Electeur de Hesse est reparti pour ses états et celui de Wurtemberg avait pris le bon parti de ne pas quitter sa résidence, quoi que les papiers français en disent. S. A. S. E. de Bade est déjà depuis quinze jours à Schwetzingen à attendre cette fameuse arrivée qui intrigue et dérange tout le monde. — La cour d'Aschaffenbourg peut être considérée comme la première qui a donné cette intonation si pressée, cependant malgré le trop de complaisance l'Archichancelier ayant désiré que son entrevue avec le chef des Français n'eût pas lieu justement à Mayence, ce dernier l'a pourtant exigé expressément . . .

Petersburger Archiv.

[1] Fehlt.

[2] Die Abreise des Kurfürsten erfolgte am 17. September. Sein Aufenthalt in Mainz währte vom 22. September bis 2. Oktober. Die lange Dauer desselben erregte mehrfach Anstoß, so bei Maltitz und insbesondere bei der Markgräfin Amalie, die ihre Unzufriedenheit darüber nicht verbergen konnte und Edelsheim und dem Prinzen Ludwig die Schuld daran beimaß. Berichte Schalls vom 29. September und 4. Oktober. Wien. St.-Archiv.

[3] Zwischen Rußland und Frankreich. Vergl. die Actenstücke bei Tratchevsky, II, 750 ff.; Bignon, Geschichte von Frankreich, deutsch von Hase, III, 309 ff.

145. Roux[1] an Hauterive.

Mainz, 1 vendémiaire an 13 (23. September 1804).

[Empfang der beiden Kurfürsten in Mainz. Rangstreitigkeiten unter den Fürsten und Grafen. Schilderung von Mainz. Die französischen Zölle und der Schmuggel.]

. . . Le concours des étrangers augmente ici tous les jours. Hier l'Electeur Archichancelier et l'Electeur de Bade furent reçus chez l'Empereur qui les avait fait complimenter la veille par le général Duroc et Mr le maréchal Mortier. Ils présentèrent ensuite le prince héréditaire de Bade, le prince Louis et les personnes de leur suite.

Les princes, comtes et autres dignitaires d'Empire n'ont pas encore été présentés à l'Empereur, et Vous jugez qu'ils attendent ce moment avec impatience, qu'ils sont inquiets du rang qui leur sera assigné dans l'ordre de présentation, qu'on court le risque de blesser beaucoup de prétentions, beaucoup de grandes ou petites vanités[2]. Il faut bien que les discussions d'étiquette en remplacent de plus sérieuses: on est toujours dans ce monde en état de guerre et les disputes sur le pas ne sont ni les plus courtes ni les moins vivement senties.

Mayence a depuis quelques jours un air de splendeur, de richesse, mouvement qui contraste beaucoup, dit-on, avec son état habitué depuis quelques années. Les habitants se plaignent de la cessation du commerce et ce n'est pas seulement la guerre qu'ils en accusent. La guerre est un fléau passager, mais ils voient un mal et des entraves plus durables dans l'établissement et dans la sévérité des lois de douane. Au delà du Rhin une partie des choses de luxe ou même de nécessité ne se paye que les deux tiers de la valeur que les mêmes objets ont sur la rive gauche du fleuve. Ce rapprochement qu'on est obligé de faire à tous les instants maintient le mécontentement contre les douanes; il excite à s'exposer aux risques d'une contrebande presqu'habituelle et qui a recours à toute espèce de voile pour se déguiser. Le café, le sucre arrivent en détail sur la rive gauche, dans les souliers des matelots, des passagers et jusques sous leurs derniers vêtements: on a beau fouiller, fureter, depuis l'homme bien vêtu jusqu'au mendiant, depuis la vieille femme jusqu'à l'enfant de quelques années; dans cette guerre de ruses: l'avantage reste toujours à celui qui a le plus d'intérêt à gagner. Les douaniers n'ont qu'une partie des prises, les contrebandiers ne partagent qu'avec leurs familles, il est naturel qu'ils soient plus adroits et plus actifs.

---

[1] Wohl Roux de Rochelle, der spätere Gesandte in Washington, Commis in der von Hauterive geleiteten zweiten Abtheilung des Auswärtigen Amtes in Paris. Vergl. Masson, Le département des affaires étrangères pendant la révolution, 471 ff.

[2] Ueber die Behandlung der kleinen Fürsten und Grafen durch Napoleon vergl. Strippelmann, a. a. O. I, 180.

Les traces du dernier siège de Mayence se conservent encore; j'ai vu en ruines un quartier de la ville; on m'a dit que quelques autres quartiers offraient un aussi triste spectacle. Du reste tout l'aspect de la ville rappelle l'ancienne résidence d'un prince: on y remarque beaucoup d'édifices somptueux. Les circonstances qui ont privé Mayence de son commerce et de son opulence réelle lui ont encore laissé tous les déhors du faste et de la richesse. . . .

Pariser Archiv. Mem. et documents, vol. 660

146. Dalberg an Edelsheim.

Mannheim, 8. October 1804.

[Die schwedische Note vom 7. September. Anerbieten zum Eintritt in österreichische Dienste. Jollivet und die Liquidationscommission.]

. . . L'Archichancelier m'avait ici fait lire la note suédoise[1]; elle a été communiquée aux ministres à la Diète de Ratisbonne. Je la trouve sous tous les rapports admirable. La lettre de Mr de G[emmingen] prouve sa pénétration et la justesse de ses observations[2]. La perspective qui en résulte pour la monarchie autrichienne n'est pas brillante et n'intéresse pas en sa faveur. Les ouvertures que Mr le Cte de Stadion a été chargé de me faire n'étaient que la simple question, si je voulais entrer au service de la cour de Vienne, me laissant même entrevoir qu'on m'emploierait peut-être pour la partie des finances. Ma réponse a été celle que j'avais eu l'honneur de Vous faire connaître et je doute par conséquent qu'on veuille faire de grands sacrifices pour m'employer.

Mr le conseiller d'état Bigot-Préameneu . . . Vous aura confirmé la nouvelle que Mr Jollivet a été nommé pour la liquidation définitive des dettes et créances des pays réunis[3], qu'il se fixera pour 15 à 18 mois à Mayence et que ses pouvoirs seront tant administratives que diplomatiques. Il sera essentiel de tenir près de lui un homme de marque, et je pensais que Mr de Reitzenstein devrait se charger de cette liquidation, si nous ne parvenons point à la porter sur le compte de la Bavière . . .

[1] Die schwedische Note vom 7. September, worin der König die «insolence ridicule» des «Mr Napoléon Bonaparte» und die Ausfälle des Moniteur vom 11. August mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortet.

[2] Vergl. Gemmingen an Edelsheim, 26. September.

[3] Die Verhandlungen mit Staatsrath Jollivet über die Ausgleichung der beiderseitigen Schuldforderungen gemäß § 37 des Deputationsrecesses werden badischerseits zu-

147. Maltitz an den Fürsten Czartoryski.

Karlsruhe, 10. October 1804.

[Die Mainzer Festlichkeiten. Aeußerungen Napoleons. Der Kurerzkanzler. Verhalten gegen Karl Friedrich und die badischen Prinzen.]

Depuis trois jours de retour en cette ville j'ai trouvé, V. Exc., que tous ceux qui avaient été à Mayence prétendent y avoir été bien reçus; cependant on convient que l'étiquette fatiguait beaucoup et que presque toutes les personnes ont eu leur part à quelques propos désobligeants. Le public comme de raison a renchéri sur ces données et la malignité n'a pas manqué d'exercer sa médisance.

Les propos tenus aux députés de la ville de Francfort sont connus[1]. A l'envoyé de l'Electeur de Wurtemberg[2] Bonaparte a demandé, si la guerre intestine entre le père et le fils finirait bientôt et qu'il fallait y mettre un terme. Les nouvellistes et le parti contraire ont naturellement ajouté qu'on s'était infiniment intéressé pour le Prince électoral et la cause des Etats.

L'envoyé de Bavière[3] a été questionné, si les troupes rassemblées à Munich campaient ou se trouvaient cantonnées? Que cette méthode des Prussiens paraissait être la plus préférable et la moins coûteuse. La calomnie y ajoute la remarque: que l'Electeur Bavaro-Palatin aurait mieux fait de payer ses dettes que de se mettre dans de nouveaux embarras en faisant manœuvrer une poignée de soldats.

Enfin quoique Bonaparte n'ait point rendu de visite aux Electeurs, comme cela se pratique pourtant à Francfort par l'Empereur, Roi des Romains, les deux Electeurs ont été les plus distingués. L'Archichancelier, quoique exposé au *qui pro quo* de l'entr'acte du spectacle où il fallait garder servilement un respectueux silence, a été cajolé le plus à la fin du séjour et invité de venir à Paris au couronnement; il aura, dit-on, de la peine à s'en dédire. On croit même qu'il l'a déjà accepté.

---

nächst durch den Legationsrath Cloßmann in Mainz geführt; im März 1805 erscheint dann Jollivet zu gleichem Zwecke persönlich in Karlsruhe, es zeigt sich aber bald, daß bei dem völligen Mangel von Entgegenkommen auf französischer Seite eine Einigung überaus schwierig ist. Ohne Erfolg werden die Verhandlungen in den nächsten Jahren in Paris und Mainz fortgesetzt: nach einer Aufstellung vom November 1810 beziffert sich die Gesammtsumme der von Baden reclamirten überrheinischen Capitalien und Stiftungen rechtsrheinischer Corporationen auf 1927192 fl. Als man endlich im Jahre 1812 dem Abschlusse nahe ist, da scheitert mit dem Sturz der napoleonischen Herrschaft auch diese Uebereinkunft in letzter Stunde.

[1] Vergl. Obser, a. a. O. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, XIV, 623.

[2] Württemberg war durch die Gesandten in Paris und Karlsruhe, von Steube und von Bühler, vertreten.

[3] Baron von Reibeld.

S. A. S. E. de Bade a eu une pareille invitation, mais Elle s'est excusée sur son grand âge[1]. Le Prince électoral et le Margrave Louis ont été plus distingués que les autres princes d'Allemagne pour faire honneur à l'Electeur.

S. A. S. E. est retournée à son château de la Favorite pour y passer encore une quinzaine de jours. On dit que le Prince électoral suivra bientôt Mme la Margrave, sa mère, à Brunswic, qu'il y restera quelque temps pour l'accompagner ensuite à son retour . . .

Petersburger Archiv.

148. Edelsheim an Maltitz.

Karlsruhe, 16. October 1804.

[Beantwortung der Note vom 30. August. Zur Rechtfertigung Berufung auf das Zeugniß Oubrils.]

Le soussigné ministre d'état et des affaires étrangères de S. A. S. E. de Bade, ayant regardé la communication que S. Exc. M^r le Bon de Maltitz . . . lui avait fait l'honneur de lui transmettre en date du 18/30 août de cette année[2] comme une confidence du précis de ses instructions plutôt que comme un office ministériel avait cru pouvoir se dispenser d'y répondre formellement par écrit, mais S. Exc. l'ayant exigé itérativement, il a l'honneur de Lui rappeler ce qu'il a déjà eu celui de Lui observer plusieurs fois verbalement que, quelque sensibles que peuvent (sic!) être à Msgr. l'Electeur les expressions contenues dans une partie de la susdite communication, S. A. S. E. s'en rapporte avec une entière confiance aux dépêches mêmes du chargé d'affaires de S. M. Impériale à Paris, M^r d'Oubril, auquel le ministre de Bade n'a laissé ignorer alors aucune circonstance de l'objet en question et dont le témoignage intègre aura suffisamment développé l'urgence impérieuse des démarches auxquelles on n'aurait pu se refuser qu'en exposant immanquablement la tranquillité de la patrie.

Cependant S. A. S. E. fait réitérer à M^r l'envoyé extraordinaire la plus parfaite reconnaissance des assurances de la continuation de la haute bienveillance de S. M. l'Empereur de Russie[3] . . .

---

[1] Ein ähnliches Ansinnen wurde an den Kurfürsten von Hessen gestellt, blieb aber ohne Erfolg. Strippelmann, I, 192.

[2] Oben Nr. 131.

[3] Am 31. October übersendet Maltitz die Note dem Zaren mit dem Bemerken: «V. M. I. trouvera que le ministre temporisait toujours et croyait pouvoir donner une tournure confidentielle à une démarche qui avait été faite avec trop de publicité pour ne pas exiger une explication où il fallait pourtant convenir de ses torts». Petersburg. St.-Archiv.

149. Kurprinz Karl an Edelsheim.

Favorite, 17. October 1804.

[Schlaganfall des Kurfürsten.]

Theilt mit, der Kurfürst sei in der Frühe im Bade von leichten, schlagartigen Verzerrungen am Munde befallen worden; Unkundige bemerken dieselben indes kaum mehr, auch sei der Kurfürst sich des Anfalls selbst anscheinend nicht bewußt, habe mindestens 1½ Stunden gearbeitet, sei vor Tisch noch spazieren geritten und bei Tafel ganz munter gewesen, trotzdem ihm das Sprechen augenscheinlich etwas schwer falle. Nach Rücksprache mit dem Prinzen Ludwig und Geh. Rath Schrickel halte er es für seine Pflicht, Edelsheim hiervon vertrauliche Mittheilung zu machen mit dem Ersuchen, von Karlsruhe her alles vorerst fern zu halten, was den Kurfürsten irgendwie alteriren könne[1].

Concept von Wielandt.

150. Dalberg an Edelsheim.

(Mannheim), 17. October 1804.

[Verlobung des Kurprinzen. Berufung Savignys nach Heidelberg und sein Organisationsplan für die Hochschule.]

Die Nachricht von der Verlobung des Kurprinzen mit der Prinzessin Auguste von Bayern weckt in Mannheim allgemeine Freude; «rien ne pouvait autant électriser les esprits des Palatins que la certitude qui en est donnée par plusieurs autres lettres qui arrivent de Munich et de Carlsrouhe».

Pendant mon séjour ici j'ai fait la connaissance de Mr de Savigny; j'avais été précédemment lié avec sa femme qui est une demoiselle de Brentano. C'est un homme très savant qui a une assez jolie fortune et qui me paraîtrait une bonne acquisition pour l'académie de Heidelberg. Il m'a communiqué un mémoire sur son organisation qui m'a fait plaisir; il est destiné pour V. Exc. et j'aurai l'honneur de Vous le porter[2]. Je serais curieux de connaître Votre opinion. Lui-même passera par Carlsrouhe, se rendant à Paris où il compte passer l'hiver . . .

[1] Am 23. October kehrt der Kurfürst nach Karlsruhe zurück, allem Anschein nach wieder völlig hergestellt; er soll selbst nicht wissen, „daß der Anfall Vorzeichen eines zu befürchtenden Schlagflusses gewesen". Bericht Schalls vom 25. October. Wien. St.-Archiv. Maltitz bemerkt bei dem Anlaß: «Sons main on dit que le chagrin d'avoir dû aller à Mayence et la singulière et brusque réception de Bonaparte ont préparé cette maladie». An Czartoryski, 19. October. Petersburg. Archiv.

[2] Vergl. hierzu den Artikel von Landsberg über Savigny in der Allg. deutschen Biographie, 30, 427. Von dem Organisationsentwurfe ist bisher nichts bekannt gewesen; derselbe hat sich leider weder im Karlsruher Archive noch im Heidelberger Universitätsarchive gefunden; auch unter den Acten des Unterrichtsministeriums ist er nicht vorhanden.

151. Talleyrand an Massias.

Paris, 5 brumaire an 12 (27. October 1804).

[Erkundigung nach dem Befinden des Kurfürsten. Theilnahmebezeugung.]

Nachricht vom Schlaganfalle des Kurfürsten.

S. M. I. qui prend un intérêt particulier à la personne de S. A. E. a été vivement touchée de ce malheureux événement et Son intention est que Vous ne négligiez pas de transmettre régulièrement ici le bulletin de la santé de ce Prince . . .

Concept. Pariser Archiv.

152. Dalberg an Edelsheim.

Nancy, 5. November 1804.

[Unterredung mit Mathieu wegen der deutschen Angelegenheiten. Particularverhandlungen aussichtslos.]

Dalberg ist am 3. November von Straßburg abgereist.

. . . J'ai vu Mathieu à Strasbourg, il m'a dit n'avoir pu rien faire pour nos intérêts, il est de l'avis, qu'à moins qu'on ne touche à l'ensemble des affaires d'Allemagne, l'Empereur n'approuvera point qu'on entame une négociation particulière. Je lui ai remarqué beaucoup d'humeur contre tout ce qui se fait et doit se faire . . .

153. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 13. November 1804.

[Angebliche Intriguen gegen Dalberg. Gerücht von einer Sendung Reitzensteins nach Paris im Auftrage des Prinzen Ludwig. Rücktrittsdrohung.]

La confiance sans bornes que je porte à V. Exc. et que je Lui dois pour toutes les bontés qu'Elle me témoigne, m'engage à Lui communiquer littéralement le contenu d'une lettre écrite de Carlsrouhe à un de mes amis à Mannheim, en l'autorisant de me la faire parvenir.

«On m'a assuré que Mr de Reitzenstein devait se rendre à Paris, comme l'homme d'affaires du Prince Louis, et y traiter directement à l'insçu de Mr de Dalberg et de M^r d'Edelsheim du parti duquel on croit le premier. Mr de Dalberg paraît avoir indisposé ici plusieurs sous-ordres, ne s'étant donné aucune peine de les gagner, ce qui cependant est utile dans une organisation comme celle d'ici.» Cet avis, V. Exc., et les articles de feuilles françaises qui avaient annoncé que Mr de Reitzenstein devait venir à Paris[1] excitent nécessairement mon attention. Ma conduite a con-

[1] Der «Publiciste» hatte Anfangs August diese Nachricht gebracht; schon damals hatte Edelsheim dieselbe dementirt und versichert, man wisse nicht einmal, wohin Reitzen-

stamment été droite et loyale, je déteste les intrigues et je n'y veux être mêlé que lorsque je suis persuadé qu'il n'y a pas un autre moyen possible à parvenir à un but utile et honnête.

Je continuerai à remplir mes devoirs avec zèle, j'aime notre maître, j'aime le pays, j'aime V. Exc., mais je prie d'être persuadé que nullement jaloux, si Mr le Prince Louis veut employer Mr de Reitzenstein, je ne me soumets à aucun désagrément quel qu'il puisse être, et si l'Electeur et son ministre n'ont plus la force de protéger ceux qu'ils ont jugés dignes de leur confiance, c'est que je serais le premier à mettre une place auprès de S. A. E., le plaignant sincèrement et la position vers laquelle on l'entraînera . . .

---

154. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 15. November 1804.

[Man erwartet in Paris auch den Besuch des Kurprinzen. Rückberufung von Braunschweig.]

. . . Maintenant j'ai à Vous informer que Mr Massias sur des ordres reçus avant-hier de S. E. Mr de Talleyrand m'a fait connaître, qu'on avait appris avec beaucoup de satisfaction à Paris la certitude de l'arrivée prochaine de Msgr. le Prince Louis pour le couronnement et qu'il y trouvera tout l'accueil distingué auquel il devait s'attendre, mais qu'on s'attendait également, sans une nouvelle invitation, à la présence de Msgr. le Prince électoral dans cette circonstance, conformément à ce qui avait été convenu à Mayence.

Msgr. l'Electeur fait expédier aujourd'hui une estafette au Prince électoral, afin qu'il revienne incessamment de Brunswic[1] pour pouvoir partir en même temps avec Msgr. le Prince Louis ou du moins peu de jours après lui . . .

---

155. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 25 brumaire an 13 (16. November 1804).

[St Génié. Verdächtiger Verkehr mit dem russischen und österreichischen Gesandten. Antrag auf Ausweisung.]

Mr de St Génié unterhält in jüngster Zeit regen Verkehr mit dem österreichischen und russischen Gesandten; «le connaissant par son caractère et sa situation, disposé à

stein sich nach seinem Rücktritt begeben und wo er sich aufhalte: nur soviel habe man gelegentlich erfahren, daß er vor acht Wochen in Genf verweilt habe. An Dalberg, 8. August.

[1] Der Kurprinz hatte sich mit seiner Mutter nach Braunschweig begeben, wo Anfangs November die Entbindung seiner Schwester Marie erfolgt war.

nouer et à fomenter toute sorte d'intrigues, je me suis rendu chez Mr le Bon d'Edelsheim et je lui ai exprimé mon appréhension sur les trames que pourrait ourdir un homme qui n'avait rien à perdre dans un système de désordre et de subversion.» Wenn er ihm auch bei seiner Ankunft als spanischer Edelmann vorgestellt worden, wenn er auch spanische Pässe besitze, so sei es doch wünschenswerth, «depuis surtout qu'il a été noté dans les mémoires de Mr de Montgaillard[1] comme ayant été l'agent du ci-devant Prince de Condé», daß er sich von Karlsruhe entferne.

Edelsheim, der zugibt, daß St Génié «un homme dangereux pour le pays» sei, verspricht, mit dem Kurfürsten darüber zu reden.

Massias zweifelt nicht, daß dieser die Entfernung des Mannes gerne sehen würde, aber «il y a tant de faiblesse dans son gouvernement que je doute qu'on puisse s'y déterminer».

Paris. Archiv.

156. Maltitz an Kaiser Alexander I.

Karlsruhe, 9./21. November 1804.

[Reise des Kurerzkanzlers nach Paris. Geplante Entsendung der badischen Prinzen. Widerstreben des Kurfürsten. Dalberg.]

|: L'Electeur Archichancelier à son passage par Strasbourg y a été reçu assez cavalièrement par les autorités de cette ville; nonobstant la déférence pour le puissant voisin est telle que le Prince électoral de Bade même ne saurait, dit-on, se dispenser d'aller à Paris. Talleyrand en a parlé comme d'une affaire décidée et de laquelle on ne doute plus.

S'il m'est permis, V. M. I., d'avancer mon sentiment, je crois que l'Electeur Archichancelier ne veut pas être le seul prince d'Allemagne de grande considération qui assiste au couronnement. Le Margrave Louis désire également jouir des attentions qu'on témoignera probablement au prince, son neveu. Il est toutefois certain, Sire, que l'Electeur s'est prêté avec peine à cette nouvelle démonstration de prévenance que son fils et son premier ministre, le Bon d'Edelsheim, trouvent indispensable. Le Prince héréditaire de Hesse-Darmstadt se rend aussi à Paris. Il paraît que depuis quelque temps le Bon Dalberg, envoyé de Bade en France, neveu de S. A. S. l'Electeur Archichancelier, influe beaucoup sur le cabinet d'ici et qu'il tâche de faire observer une égalité de conduite toujours sous le prétexte que les intérêts des deux Electorats sont les mêmes, que le voisinage du Rhin et d'autres raisons exigent qu'on ne saurait être assez prévenant vis-à-vis du gouvernement français[2]. :|

Petersburg. Archiv.

---

[1] Vergl. oben S. 51 Anm. 2.

[2] Die Nachricht klingt durchaus nicht glaublich. Ueber Dalbergs Haltung in der Frage vergl. vielmehr Nr. 157.

157. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 22. November 1804.

[Vorstellungen wegen des Besuches des Kurprinzen in Paris. Ablehnung wünschenswerth.]

|: J'ai fait sentir hier au soir à Mr Talleyrand l'embarras qu'on éprouvait pour le voyage du Prince électoral et dont la présence avait été désirée par l'Electeur, lorsque le Prince Louis serait éloigné. J'ai vu par la manière dont il m'a répondu et ses paroles qu'il ne voulait pas qu'on y mît le prix de la vanité et de l'ostentation satisfaites. J'aurais été de l'avis de décliner la demande. Il y avait et il y a mille motifs. Il ne m'appartient pas d'avoir à cet égard un avis, dès que l'affaire est décidée. :|

158. Karl Friedrich an Napoleon.

Karlsruhe, 23. November 1804.

[Sendung des Kurprinzen und des Markgrafen Ludwig nach Paris. Glückwünsche zur Krönung. Empfehlung besonderer Anliegen.]

Ne pouvant pas partager avec mon petit-fils, le Prince électoral, et mon fils, le Margrave Louis, l'avantage de réitérer à S. M. I. l'hommage de ma profonde vénération dans l'importante circonstance de la solennité de Son sacre impérial, Elle voudra bien me permettre de les charger de Lui exprimer mes vœux sincères et respectueux pour tout ce qui peut concerner Sa gloire et Sa plus constante prospérité. J'ose Lui demander en même temps la continuation de Sa haute bienveillance pour ma famille. Les gracieux témoignages que V. M. I. a daigné nous en donner tout récemment à Mayence et qui me sont un garant bien précieux de Sa protection autorisent ma respectueuse confiance à Lui recommander plus particulièrement à cette occasion deux objets que je chéris si tendrement[1]. Daignez, Sire, agréer etc.

Concept Edelsheims.

[1] Es handelt sich dabei jedenfalls um die Erbfolge des Grafen Hochberg. Vergl. die Verbalnote vom 25. Dezember d. J. Nr. 172. Worauf sich indes das zweite Anliegen bezieht, wird nirgends angedeutet: möglicherweise auf eine Rangerhöhung der Gräfin von Hochberg.

159. Denkschrift Reitzensteins[1].

L. D. [November 1804.]

[Vorschläge für die Verhandlungen der Prinzen in Paris. Erwerbung des Breisgaus und der Ortenau; Vereitelung der Absichten Hessen-Darmstadts auf pfälzisches Gebiet; Entschädigung des Malteserordens in Böhmen. Aussichten auf Landzuwachs im Fall einer Besitznahme Hannovers durch Frankreich.]

Die politischen Unterhandlungen, die rücksichtlich des Kurhauses Baden bei der Anwesenheit der durchlauchtigsten Prinzen zu Paris eingeleitet werden könnten, dürften vielleicht auf folgenden zwei Hauptpunkten beruhen.

I.

Die Acquisition der Ortenau und des Breisgaus. Bereits vor zwei Jahren habe ich mündlich und schriftlich angezeigt, daß den täglich wiederholten Zusicherungen der französischen Geschäftsmänner zu Folge, es fester und unabänderlicher Plan des französischen Ministerii seie, aus leicht begreiflichen politischen Gründen Oesterreich wenigstens soweit vom Rhein zu verdrängen, als solches französische Grenze ausmache, und deshalb das Breisgau Baden zuzuwenden. Ich erlaubte mir auch eben damals die Bemerkung, wie wichtig es sei, sich ein so wohl abgemessenes und Achtung einflößendes Benehmen zur Regel zu machen, daß Frankreich in einem so guten Vorhaben . . . immer mehr und mehr bestärkt werde. Daß dieses geschehen sei, ist ohnehin vorauszusetzen, und eine freiwillige, unaufgeforderte Aeußerung des französischen Kaisers gelegentlich der letzten Visite zu Mainz hat obige Versicherung auf eine höchst unzweideutige Art bestätiget.

Es dürfte daher nicht überflüssig sein, wenn S^mi Principes ihre höchste Aufmerksamkeit einigen statistischen détails widmen wollten, deren Kenntniß vorzüglich bei möglicher Gelegenheit einiger mündlichen Besprechungen, sei es nun mit dem französischen Kaiser oder auch nur mit Herrn Talleyrand und andern beauftragten Personen, die gar oft in Abwägung statistischer Verhältnisse absichtlich irre geführt werden, einigen Nutzen bewähren könnte . . .

Der Breisgau — wird im Folgenden ausgeführt — habe einen Flächeninhalt von etwa 47—48 □Meilen und nach angeblichen Zählungen, „die jedoch unterrichteten Personen immer übertrieben vorkamen", eine Bevölkerung von 137000 Seelen, wovon indes seit dem Luneviller Frieden in Folge der Abtretung des Fricktals ungefähr 18000 abgerechnet werden müssen. Die Klöster seien dem Johanniterorden zugesprochen, die Städte befänden sich im Genusse besonderer vertragsmäßiger Vorrechte und zum Theil im Besitze ganzer Dörfer und Herrschaften, die überaus zahlreiche Ritterschaft suche in Wien ihre Wiederaufnahme in die unmittelbare Reichsritterschaft nach und werde dieselbe voraussichtlich im Falle einer Veräußerung des Breisgaus erwirken.

. . . Es verbleiben also dem Landesherrn blos einige wenige, zum Theil noch dazu versetzte Kameralherrschaften, namentlich die Herrschaften Kürnberg, Kastel-

[1] Abschrift ohne Unterschrift und Datum von Groos, ihrem Inhalt zu Folge aber zweifellos verfaßt von Reitzenstein, der seit Mitte September 1804 wieder aus Südfrankreich zurückgekehrt war.

berg, Schwarzenberg und ein Drittel von Rheinfelden . . . Diese Kameralherrschaften, sodann temporäre Verwilligungen der Landstände, die aber bei einem weniger präpotenten Landesherrn auch nicht so leicht zu erhalten sein werden, und die geringen Abflüsse der Regalien sind also auch die einzigen noch übrigen Quellen der Staatseinkünfte . . .

Die Angabe des gegenwärtigen Landesherrn, nach der sich der Reinertrag des Landes auf nicht mehr als 50000 fl. belaufe, sei daher durchaus nicht so unwahrscheinlich, als man meine.

. . . Freilich wäre es ungereimt, die großen Vortheile zu mißkennen, die der Verbindung des ganzen Landes wegen aus der Acquisition des Breisgaus schon jetzt und weit mehr in der Folge entstehen würden, und eben deswegen wird man auch wohl kein Mittel unversucht lassen dürfen, um beim französischen Gouvernement die Benutzung der ersten günstigen Konjunktur zur Ausführung dieses Plans zu sollicitiren, allein ebenso wichtig ist auch die getreue Darstellung des wenigstens jetzt so äußerst geringen kameralistischen Werths, vorzüglich deswegen, damit nicht Frankreich seine Gabe in einen zu hohen Anschlag bringe und etwa unverhältnißmäßige Opfer dagegen verlange.

Am wachsamsten wird man hierbei auf den gefährlichen und wichtigen Plan der Darmstädter Gesandtschaft, die jenseitige Landesgrenze bis an den Neckar auszudehnen, sein müssen. Es wäre unnöthig zu bemerken, daß Heidelberg, noch weit mehr aber Mannheim einen tödtlichen Schlag dadurch erleiden würden, und ich bin der ganz bestimmten Meinung, daß, wenn dieses Opfer verlangt würde, man dermal lieber schlechterdings auf das Breisgau renunciren und sich mit partiellen Arondissements durch gänzliche oder theilweise Austauschung des obern Fürstenthums helfen sollte. Bestünde hingegen das für das Breisgau darzubringende Opfer blos in dem eben gedachten Fürstenthum, so würde ich allerdings selbst bei einer im Anfang etwas mindern Revenue den im Ganzen sich ergebenden Vortheil für sehr wichtig ansehen, zumal wenn sich dabei noch Mittel zur Acquisition der beiden fürstenbergischen Herrschaften im Kinzinger Thal und der Herrschaft Geroldseck hervorthun sollten.

Noch ein höchst interessanter Punkt wäre dabei in Betrachtung zu ziehen, nämlich da durch die jetzigen politischen Verhältnisse Frankreichs mit England und Rußland ersteres nothwendig gleichgiltiger gegen die Existenz des Malteser Ordens geworden sein muß, auf der andern Seite auch gleich vorauszusehen ist, daß Oesterreich bei seinem im jetzigen Augenblick guten Vernehmen mit Frankreich sich in dem Fall befindet, auf das Breisgau blos gegen unendlich überwiegende Acquisitionen zu renunciren, . . . es dahin einzuleiten, daß Oesterreich aus dem Grund, weil die Entschädigung des Malteser Ordens, sowie solche von den vermittelnden Mächten vorgeschlagen und vom Reich angenommen worden, in der Qualität der dem Geist der übrigen Verhandlungen schnurstracks zuwider dazu ausersehenen Mediatstifter unüberwindliche Schwierigkeiten bis anher gefunden

habe, es über sich nehme, gedachten Orden für seinen durch Abtretung des linken Rheinufers erlittenen Verlust vollständig zu entschädigen.

Rußland kann dagegen nicht wohl auftreten, weil auch bei den Deputationsverhandlungen blos von Entschädigung des Ordens die Rede war; für Oesterreich aber wäre es eine höchst unbedeutende Zumuthung, weil bewiesen werden kann, daß der Orden jenseits des Rheins nicht über 36—38 000 fl. an wirklichen Revenuen eingebüßt hat, die durch einige böhmische Klosterherrschaften ohne Anstand repräsentirt werden könnten. Die Erlangung dieses Punktes würde das Breisgau erst in kameralistischer Rücksicht interessant machen . . .

Sollte Oesterreich sich ausbedingen, „die breisgauische Ritterschaft zu immediatisiren", so habe dies keine Schwierigkeit, da in diesem Falle nicht nur der Prälatenstand „durch die sämmtlichen Klöstern gegebene veränderte Bestimmung beinahe seine ganze Existenz verlöre", sondern auch der Ritterstand wegfiele, mithin eine Gelegenheit zur Beseitigung der landständischen Verfassung geboten würde.

. . . Man glaube nicht, daß ich dies aus Haß gegen glücklich bestehende Verfassungen und aus Vorurtheil für unbegrenzten Despotismus sage; allein, so wie die Landstände im Breisgau waren, würden sie in der Zukunft blos das Gute, das in den Planen eines weisen energischen Regenten künftig liegen könnte, verhindern, ohne zu sonst etwas zu nützen.

II.

„Die meisten andern politischen Projekte oder, wenn man will, Träumereien sind hauptsächlich, soviel sie Deutschland betreffen können, vom Ausschlag des Kriegs zwischen Frankreich und England dependent."

Es handelt sich dabei in erster Linie um das Schicksal der kurbraunschweigischen Lande im Falle eines abermaligen Sieges der französichen Waffen. Drei Wege sind möglich.

Man könne die Kurlande dem braunschweigischen Hause gänzlich entziehen. Unter dieser Voraussetzung sei es denkbar, daß man auf den Plan Kaiser Pauls, das Haus Württemberg nach Norddeutschland zu verlegen[1] und Bayern im Süden zu verstärken, zurückkomme.

Sollte Frankreich bei dieser Gelegenheit sein Wohlwollen für Baden von Neuem bethätigen, „so daß die Sprache von Acquisition einiger württembergischer Aemter sein könnte, so hielte ich dafür, daß hauptsächlich auf den Schwarzwald, einschließlich und bis über die Quellen aller westwärts in den Rhein laufenden Flüsse hinaus, nämlich an den Quellen der Donau, an jenen der Kinzig, Nagold, Würm und Glems[2], dann längs des letzten Flüßchens bis an den Neckar abzuheben seie."

Die zweite Möglichkeit, daß man aus den Kurlanden eine Sekundogenitur schaffe oder sie dem herzoglichen Hause zuwende, sei wenig wahrscheinlich und komme für Baden weiter nicht in Betracht.

---

[1] Vergl. Polit. Correspondenz, IV, Einleitung, S. XXIV. Das Gerücht, daß in Mainz die Verpflanzung des Hauses Württemberg nach Hannover erörtert worden sei, war damals in weiteren Kreisen verbreitet; Hardenberg selbst war der Ansicht, daß etwas Wahres daran sein müsse, und beruft sich dabei u. a. auf Mittheilungen der Markgräfin Amalie. Bailleu, Preußen und Frankreich, II, 316, 329.

[2] Nebenflüßchen der Enz.

Am meisten Aussicht auf Verwirklichung habe die Annahme, daß man beträchtliche Theile von den Kurlanden loslöse und den Rest dem herzoglichen Hause Braunschweig zuweise. Für Baden werde sich auch in diesem Falle nicht viel erreichen lassen: „das Richtigste wäre allerdings, wenn es dahin gebracht werden könnte, Leiningen, das ohnehin in Amorbach noch nicht festsitzt, etwa nach Osnabrück zu translociren, wo sodann die Leiningischen Besitzungen vollkommen hinreichen würden, nicht nur Baden kostbare Vortheile zuzuwenden, sondern auch zugleich die portion congrue des Kurerzkanzlers vollständiger als bisher zu sichern."

„Blos an Ort und Stelle kann man sehen, was Zeit und Umstände hervorbringen und was vorgeschlagen werden kann oder nicht; eine genaue Kenntniß der Karte von Deutschland ist sodann der beste Leitfaden."

160. Denkschrift Reitzensteins[1].

O. D. [November 1804].

[Die Pfälzer Schulden. Bedenken gegen die Frankfurter Commission. Note des Prinzen Ludwig vom 28. September. Verhandlungen mit Mathieu. Vollmacht für Geldanerbieten.]

„Unter den Punkten, die gelegentlich des bevorstehenden Aufenthalts der beiden durchlauchtigsten Prinzen zu Paris bei dem französischen Gouvernement zu negociiren sein dürften, scheint mir seiner Wichtigkeit nach der Punkt wegen der sogenannten rheinpfälzischen Schulden immer noch obenan zu stehen."

Es war durchaus verfehlt, daß man „die Competenz der aus Kurerzkanzler und Kurhessen bestehenden Commission auch in Ansehung des Schuldenpunktes ohne Weiteres anerkannt" hatte. Diese habe allerdings die Aufgabe, „das Schulden- und Pensionswesen der beiden kur- und oberrheinischen Kreise zu berichtigen". Hier aber handle es sich, wie die Schuldscheine deutlich bewiesen, um pfälzische Landesschulden; die Commission überschreite daher ihre Befugnisse, wenn sie auch diese Angelegenheit vor ihr Forum ziehe.

Fahre sie auf diese Weise fort, so werde nichts übrig bleiben, als bei den beiden Höfen gegen diese irrthümliche Auffassung ihrer Rechte zu remonstriren, mit dem Ersuchen, ihre Subdelegirten in die Grenzen ihrer Befugnisse zurückzuweisen, „wie man denn alles, was die Frankfurter Subdelegationscommission in Sachen, die nicht strictissime für Angelegenheiten der Kreisländer zu halten seien, zu verfügen sich anmaßen werde, für null und nichtig erklären müsse".

Gleichzeitig müsse man sich aber auch an Frankreich wenden. Die Note, welche Prinz Ludwig am 28ten September d. J. Talleyrand zugestellt[2], berücksichtige einige erhebliche Betrachtungen nicht, welche zu Gunsten Badens sprächen, wie z. B. daß außer den Oberämtern Heidelberg und Mosbach auch die Oberpfalz verpfändet und daß ferner „die Last der gesammten dies- und jenseitsrheinischen Pfalz den ganzen Werth der diesseitsrheinischen übersteige und es mithin der Intention der vermittelnden Mächte nicht entspreche, „anzunehmen, als habe das französische Gouvernement den 4 co-partageants, statt ihnen eine Indemnität zuzuwenden, eine unerschwingliche Last aufbürden wollen".

Dies müsse man nachholen.

---

[1] Ohne Datum und Unterschrift. Von der Hand des Legationsraths Groos, nach Diktat oder Concept Reitzensteins, der zweifellos als Verfasser der Denkschrift anzusehen ist.

[2] Wohl bei seiner Anwesenheit in Mainz. Die Note fehlt.

Reitzenstein geht sodann über auf „den Punkt“ der «Douceurs». „Mein Anrath in Schwetzingen war, daß Smus Princeps Ludovicus Ihre Anwesenheit in Mainz zur Anknüpfung eines persönlichen Vertrauens mit Hrn. M[athieu] und der daraufhin zu machenden Offerte benutzen möchten, keineswegs aber waren meine Gedanken, eine derartige Unterhandlung durch den diesseitigen Gesandten einzuleiten, da ich nicht einmal gewiß versichert bin, ob derselbe nicht etwa persönlich bei einem für Baden ungünstigen Ausgang des Prozesses interessirt sein dürfte. Noch weniger würde ich gerathen haben, eine Vollmacht in der Art, wie ich dieselbe im Concept gelesen, auszufertigen[1].“ Man müsse vor den Folgen bangen, wenn das Original dem Kurerzkanzler in die Hände fiele oder wenn Montgelas in Paris davon erfahren würde. „Wie wäre man compromittirt, welche Schande hätte man nicht, und wie ließe sich überhaupt die Consequenz davon übersehen?“

„Es scheint mir also unumgänglich, ja absolut nöthig, dieses Original quovis modo wieder zu Handen zu bringen.

Herr M[athieu] wird, da er die ersten 6000 Louisd'or richtig erhalten, in das diesseitige Versprechen keinen Zweifel setzen, da es ihm bereits von Smo Principe zugesichert worden, zumal wenn man zu den wiederholt mündlichen Zusagen auch Herrn Greuhm[2] adhibirt, dessen Principal das nämliche Interesse dabei hat.

Vor allem würde wohl darauf zu bringen sein, daß das französische Gouvernement der Frankfurter Commission auf die nämliche Art, wie es bereits in der Angelegenheit der Reichsritterschaft gegen die vom Reichshofrath niedergesetzte Subdelegation gethan, ins Ohr sagte, alles weitere Verfahren sogleich zu sistiren: Es versteht sich von selbst, daß nach diesem präparatorischen Schritte eine förmliche Erklärung des französischen Gouvernements dahin, daß seine Absicht bei der angetragenen Vertheilung der Pfalz allerdings nur auf eine verhältnißmäßige Uebernahme der jeden Theil in der Proportion zu der ganzen dies- und jenseitigen Pfalz betreffenden Rate in den Schulden und Lasten gegangen sei, noch besonders verlangt und erhalten werden müsse, ehe mit der Abzahlung des versprechenden douceurs eingehalten werden könne.“

---

161. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 25. November 1804.

[Die Mittheilungen über Reitzenstein und seine Sendung unglaubwürdig. Abreise der Prinzen nach Paris. Geheime Nachrichten.]

(Pour Vous seul.)

Hat Dalberg durch Legationsrath Groos mündlich mittheilen lassen, «combien les préjugés qu'on Vous a communiqués à l'égard d'une certaine personne[3] sont dépourvus de toute espèce de vraisemblance sous tous les rapports».

Ne croyez pas pour cela que je veuille rejeter l'avis dont il s'agit, en tant qu'il doit me servir à éclairer des menées secrètes qui sans doute

---

[1] Die betr. Vollmacht datirt vom 30. October 1804. Dalberg wurde durch dieselbe ermächtigt, „der- oder denjenigen Personen“, welche vermittelten, daß Bayern, wie recht und billig, die auf der linksrheinischen Pfalz bezw. der „dafür surrogirten Entschädigung“ haftenden Staatsschulden allein zu tragen habe, eine Belohnung von 3—400000 fl zu versprechen. Ein Gebrauch ist, laut Vermerk auf dem Original, davon nicht gemacht worden.

[2] Fürstlich Leiningenscher Agent.

[3] Reitzenstein ist gemeint. Vergl. oben Nr. 153.

existeront toujours, quoique tendantes à d'autres buts qu'à celui qu'on leur a voulu prêter maintenant. Du reste je doute fort qu'on persuade jamais Mr de Reitzenstein à davantage qu'à prêter ses lumières et ses conseils sur les objets qu'on soumettra à son jugement, mais je crois que la plupart du temps il préférera même d'être dispensé de dire son avis afin de mieux conserver sa liberté et son indépendance.

Quoiqu'il en soit, je redoublerai de vigilance et Vous pouvez compter, cher ami, que lorsqu'il sera urgent de prendre un parti dicté par le sentiment de l'honneur et de la probité, on ne me trouvera certes pas en défaut, et en ce cas je m'empresserai à Vous instruire à temps des démarches que je me proposerai de suivre . . .

Der Kurprinz ist gestern von Braunschweig zurückgekehrt und wird am 27. d. M. nach Paris abreisen. Markgraf Ludwig hat heute schon die Fahrt angetreten: Dalberg möge alle mit NB! bezeichneten Briefe vor ihm geheim gehalten.

«Surtout gardez Vous bien de lire la lettre que je Vous adresserai par Mr de Roeder après-demain en présence de qui que ce soit; parce que je compte Vous y confier des renseignements très secrets qui ne doivent être connus que de Vous et de moi et dont il n'y a personne ici qui en ait connaissance que notre maître; il n'en sait même la majeure partie que depuis ce soir.»

Nachträglich entschließt sich indes Edelsheim, das betr. Schreiben schon der vorliegenden Depesche beizulegen. Es enthält lediglich einen Auszug aus den Berichten Gemmingens vom 7./8. November (s. unten Nr. 203), über deren Herkunft Dalberg jedoch durch die Bemerkung: «d'après des avis secrets du Nord» irregeführt wird.

---

162. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 25. November 1804.

[Der Kurerzkanzler rühmt die badische katholische Kirchencommissionsordnung und wünscht ihre allgemeine Annahme.]

Unterredung mit dem Kurerzkanzler, der zur Krönung eingetroffen.

L'objet du Concordat — m'a-t-il dit — est fort avancé par les délibérations qui ont eu lieu à Ratisbonne. Il a cité dans le mémoire sur les droits et attributions du clergé catholique l'instruction que notre Sme maître a donnée à sa commission à Bruchsal[1], en m'assurant que cette instruction lui paraissait si sage et si libérale qu'il n'avait d'autre désir que de la voir admise dans tout l'Empire. Je lui ai répondu que ce qu'il me faisait l'honneur de me dire était si satisfaisant pour S. A. l'Electeur de Bade que je comptais en faire usage et que j'étais persuadé que cette opinion portée par le Primat de l'Allemagne sur les dispositions faites par un Prince protestant dans ses états flatterait beaucoup S. A. E. . . .

---

[1] Gemeint ist die 1804 im Verlage von Müller erschienene „Kurbadische Katholische Kirchencommissionsordnung“.

163. Maltitz an Kaiser Alexander I.

Karlsruhe, 28. November 1804.

[Unterredung mit dem Kurfürsten wegen der Reise der Prinzen nach Paris. Furcht vor Frankreich. Abneigung des Kurprinzen.]

Nachrichten über die Abreise des Kurprinzen und des Markgrafen Ludwig nach Paris.

|: L'Electeur de Bade a bien voulu dans une conversation particulière me parler avec confiance de sa position actuelle. Ce Prince compte entièrement sur les bontés de V. M. I. et qu'Elle daignera envisager le départ du Prince électoral pour Paris comme une suite de cette nécessité urgente à laquelle tant des souverains voisins de la France se voient forcés plus ou moins. S. A. S. E. assure avoir été déterminée par de fortes raisons à cette démarche. Elle avait cru que la présence de Son fils, le Margrave Louis, aurait suffi, mais pour ne pas donner prise à un gouvernement violent et querelleur, enhardi par ses succès et ses forces supérieures, il n'avait pu décliner l'envoi de son petit-fils. Probablement, Sire, on négociera encore quelques petits avantages relatifs à la navigation du Rhin et les arrangements de l'octroi en détail, ce qui ne convient pas du tout au cabinet de Vienne.

J'ai répondu, Sire, à Msgr. l'Electeur conformément à mes instructions et à la haute volonté de V. M. I., j'ai cité l'exemple des Electeurs de Wurtemberg, de Hesse, de Bavière, qui envoyaient à Paris leurs ministres et pas même un prince de leurs maisons, mais S. A. S. E. a soutenu qu'Elle [l']avait fait bien à contre-cœur, mais qu'Elle [avait] dû céder aux malheureuses circonstances et à l'opinion du jour.

Dans la même soirée Msgr. le Prince électoral m'ayant tiré à part, me chargea de faire parvenir à V. M. I. ses hommages et l'assurance de son profond respect et de porter aussi à la connaissance de mon auguste maître, combien peu ce voyage de Paris convenait à S. A. S., mais qu'Elle se flattait que V. M. I. voudrait bien considérer cette démarche comme une suite de l'obéissance et de la respectueuse déférence que le Prince électoral avait pour son aïeul; qu'en conséquence il s'était empressé de revenir de Brunswic et que, quoique les ordres de Msgr. l'Electeur n'étaient point conformes à sa conviction personnelle, il n'osait cependant pas publier son opinion et se bornait à obéir aveuglément aux ordres de son grand-père . . . :|

Petersburg. St.-Archiv.

164. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 29. November 1804.

[Unterredung mit dem Kurerzkanzler. Der Papst rühmt die Regelung der katholischen Angelegenheiten in Baden. Die Concordatsverhandlungen. Der kurhessische Unionsplan.]

Oberst von Harrant und Legationsrath Groos sind am 27. in Paris eingetroffen; morgen soll die Ankunft des Prinzen Ludwig erfolgen.

. . . L'Electeur Archichancelier est revenu avant-hier au soir de Fontainebleau[1]. Deux jours auparavant il avait déjà écrit à Mr de Frankenstein qu'il était infiniment satisfait de la manière dont il était traité et que le succès obtenu pour ses affaires surpassait son attente. — Je l'ai vu ce matin, il m'a témoigné la confiance de me faire un récit exact de sa réception près de l'Empereur et du Pape, de la facilité qu'il avait trouvée pour les affaires du Concordat et de la bonne volonté que le Pape mettait à faire terminer cet objet si important pour l'ordre et la tranquillité en Allemagne. Le Pape, étant instruit de la situation des affaires religieuses en Empire, a de son chef rendu justice à la manière dont notre Sme maître a réglé celles de ses états et a dit, qu'il désirait que la Bavière voulût imiter son exemple et adopter ses principes. On a envoyé un courrier à Mr Troni[2] à Augsbourg pour se rendre ici et recevoir les instructions ultérieures d'après lesquelles les affaires du Concordat doivent se traiter à Ratisbonne où cet ouvrage sera terminé. L'Empereur a déclaré qu'il n'admettait point la prétention des cardinaux qui exigeaient le pas sur les Electeurs d'Allemagne et ayant débattu cet objet à table où se trouvaient le Pape et le cardinal Faesch, il a dit à mon oncle: «Je Vous traite en souverain et en frère, les cardinaux sont mes cousins». Le Pape a dérogé à l'ancienne étiquette en ce qu'il a dîné avec l'Empereur, ce qui ne se faisait point autrefois. Quant au Concordat même voici quelques particularités qui, je crois. peuvent avoir de l'intérêt pour V. Exc. Les négociations dirigées sur cet objet à Vienne n'ont point eu de succès, parce que la cour de Vienne voulant y mêler des objets politiques, la cour de Rome s'est refusée à en adopter l'ensemble. Mr de Kolborn pour lors a fait un plan qui se bornait purement aux affaires spirituelles et à l'organisation de l'Eglise en Empire que l'Archichancelier et la cour de Rome ont jugé plus régulier et plus convenable[3]. Avec l'adoption de ce plan s'exécutera en même temps la translation du siège archiépiscopal de Mayence à Ratisbonne, la formation du chapitre, le mode des élections etc. qui jusqu'ici n'a pas eu lieu par défaut des brefs du Pape. La France, intéressée que les relations et les noms même des anciens évêques cessent, appuyera cet objet avec chaleur et l'Empereur lui-même a dit à l'Archichancelier que, quoiqu'il n'interviendrait point dans les rapports purement internes de l'organisation des affaires de l'Empire, ce rapport mentionné avait un intérêt particulier pour lui. On ne peut que reconnaître ici la conséquence et la suite que l'Empereur met à toute chose . . .

---

[1] Ueber den Aufenthalt des Kurerzkanzlers in Paris vergl. K. v. Beaulieu-Marconnay, Karl von Dalberg und seine Zeit, II, 27 ff.

[2] Graf Troni, Auditor der Münchener Nuntiatur.

[3] Vergl. v. Beaulieu-Marconnay, a. a. O. II, 342.

Baron Malsburg, der kurhessische Gesandte, hat mit Dalberg wiederholt von dem Unionsprojekte des Kurfürsten gesprochen[1] und ihm den Inhalt seiner Instruktionen mitgetheilt; beiliegend Abschrift derselben. Sachsen habe erklärt, es könne dem Bunde nur beitreten, wenn Rußland ihn garantire und schütze. Das Ganze werde also, meint Dalberg, wohl noch lange lediglich Projekt bleiben.

165. Plan d'une union des princes de l'Allemagne du second ordre.[2]

[29. November 1804.]

[Zweck und Aufgabe des geplanten Fürstenbundes.

1) Les états les plus marquants de l'Allemagne, fidèles au système fédératif qui les unit sous un chef commun, s'unissent plus intimement entre eux pour le maintien de leur existence politique, de leurs possessions et des droits y attachés;

2) L'objet de cette union sera absolument défensif et ne portera que sur la propre conservation de ces états;

3) Pour mieux atteindre à ce but on s'occupera sans cesse à éviter tout ce qui pourrait entraîner l'union dans une guerre quelconque; elle sera d'autant plus sûre d'y réussir que

a) les points de contact entre l'Autriche et la France ont cessé entièrement;

b) qu'ils n'ont pas été augmentés non plus entre la France et la Prusse;

c) qu'on ne voit pas des raisons, pourquoi la France attaquerait ces états de l'Allemagne qui forment devant ses frontières une barrière très intéressante entre elle et les deux autres puissances de l'Allemagne, et qui par là contribuerait à maintenir la paix dans cette partie de l'Europe;

d) qu'il ne peut pas être question d'une guerre de l'Empire, les Pays-Bas ne faisant plus partie du domaine autrichien qui depuis des siècles n'y donnaient que trop d'occasion, et que les petits princes

---

[1] Vergl. oben Nr. 140.

[2] Wohl die in dem Berichte Dalbergs vom 29. November erwähnte, von Malsburg abschriftlich mitgetheilte Beilage. Vergl. Obser, a. a. O., Zeitschrift f. Gesch. des Oberrheins, XIV, 612. — Wie sich zeigt, ist der hier vorliegende Plan ein wörtlich gleichlautender Auszug aus der Denkschrift über die Gründung eines deutschen Fürstenbunds, die von der Kasseler Regierung dem Kriegsrathe von Starkloff als Beilage zu einer Instruktion vom 24. Juni 1803 zugestellt und von diesem am 26. September des gleichen Jahrs Talleyrand in Paris übergeben worden ist, nur daß dort noch am Schlusse ein fünfter Artikel beigefügt wird, der als Mitglieder der Union die Kurfürsten von Sachsen, Bayern, Hessen-Kassel, Württemberg und Baden, die Herzöge von Sachsen, den Landgrafen von Hessen-Darmstadt und das Haus Nassau in Aussicht nimmt und die Höhe ihrer Bundescontingente festsetzt. Nach Acten des Marburger Staatsarchivs.

dépendants de l'Autriche ne manquaient pas de déclarer par le pluralité des voix pour telle toutes les fois que cette maison le jugeait convenable et voulait y entraîner les autres états de l'Allemagne.

4) Comme cependant toutes les mesures de cette nature plus elles sont défensives, plus elles ont besoin pour obtenir un certain degré de considération d'être appuyées en cas de nécessité par une force suffisante, les états de l'union doivent s'obliger à fournir un certain nombre de troupes affectées au maintien de ce pacte défensif et conservateur et proportionnées à leur forces respectives.

166. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 5. December 1804.

[Empfang des Kurprinzen bei dem Kaiser.]

Der Kurprinz hat vorgestern seine erste Audienz bei Napoleon gehabt.

Il fut accueilli d'une manière infiniment gracieuse et l'Empereur lui dit les choses les plus obligeantes sur le désir de protéger les intérêts de la maison de Bade etc. Il lui dit également que la maison de Bade pouvait bien entretenir 10000 hommes de troupes etc. D'après le récit que le Prince m'a fait de la conversation j'ai lieu de croire qu'il a bien répondu. Je dois en général exprimer tout le plaisir que j'éprouve de la tenue et de la manière dont notre Prince électoral se dirige lui-même et je puis lui rendre la justice qu'il ne saurait être mieux . . .

167. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 7. December 1804.

[Die Prinzen bei Papst Pius VII. Charakteristik. Der Papst und das Ballet.]

. . . Les deux Princes ont eu hier l'audience chez le St Père. Toutes les personnes qui les avaient accompagnés s'y rendirent avec eux; les Princes furent introduits dans son cabinet; après un assez long intervalle le Prince électoral ayant demandé de présenter la suite, nous y fûmes appelés et le Prince nomma l'un après l'autre. Le Pape s'est rappelé l'établissement de l'église catholique à Carlsrouhe[1] et a dit des choses fort obligeantes à chacun.

L'Electeur Archichancelier m'a dit que c'était un homme d'un caractère infiniment doux, de beaucoup de raison et d'un esprit fort conciliant. A la dernière cour il était resté jusqu'au moment où le ballet commença; s'apercevant que les danseurs et les danseuses approchaient il se leva pour quitter la salle[2]; l'Empereur lui demanda, pourquoi il partait, il répondit

[1] Vergl. Fecht, Geschichte der Stadt Karlsruhe, 276.

[2] Vergl. Rémusat, Mémoires, II, 75.

fort spirituellement qu'il craignait [d']avoir trop chaud. Il a dit à l'Electeur Archichancelier qu'il reculerait jusqu'à ce qu'on le placerait au mur, mais qu'alors il fallait qu'il tînt bon . . .

168. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 8. December 1804.

[Der Kurerzkanzler und die Fürstenbundspläne. Concordatsverhandlungen. Besuche der Cardinäle bei den Prinzen.]

. . . L'Empereur a répété à l'Electeur tout ce qu'il lui avait dit à Mayence sur l'Empire d'Allemagne et dont l'Electeur à fait part à notre S^{me} maître[1]. Le projet d'union sera donc repris dès que l'Electeur retourne à Ratisbonne et il y travaillera quelqu'en puisse être le succès avec zèle et activité. Les affaires du Concordat avançant beaucoup, il espère pouvoir repartir d'ici en 15 jours au plus tard. — Les Romains ont préféré ne pas faire venir Mr de Troni, malgré que cela avait été convenu; ils croient trouver dans ce ménagement un moyen de faire leur cour à Vienne. Les cardinaux auxquels on avait envoyé des cartes sont venus se faire inscrire près les Princes pour leur présenter leurs respectueux hommages et leurs devoirs aux personnes de la suite. Il y a 20 ans qu'on n'aurait pas pu s'attendre à tant de facilité de leur part . . .

169. Prinz Ludwig an Karl Friedrich.

Paris, 9. December 1804.

[Klagen über Dalberg. Mangelndes Interesse für Baden.]

Der Kaiser zeigt sich gegen den Prinzen und seinen Neffen, den Kurprinzen, stets äußerst liebenswürdig

. . . Ich habe dieses Mal einen weit härteren Stand hier als vor zwei Jahren, der Herr von Reitzenstein fehlt mir überall, sein Nachfolger setzt bei Weitem das Interesse nicht in die badischen Angelegenheiten, wie er es gethan hat; von Geschäften will er in diesem Augenblick nichts wissen, daher auch nicht viel zu thun sein wird. Er überläßt auch so ziemlich den Karl und mich unserm Schicksal[2], indessen gehet alles noch gottlob gut, und ich sehe, mich zu helfen, so gut ich kann . . .

Wird suchen, Mathieu zu sprechen.

---

[1] Vergl. Beaulieu-Marconnay, a. a. O. II, 25.

[2] Vergl. hierzu Dalbergs Bemerkungen über die Ungeduld des Prinzen.

170. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 13. December 1804.

[Kühle Behandlung des Prinzen Ludwig durch Talleyrand. Ursache. Verhandlungen wegen der Erbfolge der Grafen Hochberg. Pfeffel. Schwierigkeiten. Die Pfälzer Schulden- und Sequesterfrage.]

Les princes, je pense, ont lieu d'être contents de leur séjour; à la manière de ce pays-ci on leur a témoigné tous les égards, les Majestés les ont distingués et on leur a rendu justice pour leurs qualités personnelles. Il n'aura cependant pas échappé au Prince Louis, que le Premier Consul est devenu Empereur, sa maison une cour, et que Mr Talleyrand ne cherchait plus par la cour de Bade à gagner celle de Russie. Ce dernier rapport en particulier doit être pesé avec attention, il a peut-être essentiellement influé sur le peu d'attention et de politesse que Mr Talleyrand a témoigné à nos princes; je ne leur ai point fait la remarque, mais cela m'a choqué. Il en résulte par conséquent que le Prince Louis en particulier n'a pas même eu l'occasion d'entretenir le ministre sur le séquestre et les dettes.

Je vais l'y accompagner ce matin, et il se persuadera pourtant comme moi, combien peu de consolation on en reçoit, combien il est difficile de faire des affaires ici. Le Prince en arrivant ici s'est nourri de l'espoir de finir et de terminer trois objets de négociation; 1⁰ la succession, 2⁰ le séquestre et 3⁰ les dettes du Palatinat.

Il a d'abord dans une conversation entamé la première matière, en me disant que c'était par l'ordre de l'Electeur qu'il sonderait, si l'Empereur voulait appuyer l'intérêt de ses enfants et celui du pays qui se partagerait à l'extinction de la branche régnante.

L'Empereur, m'a-t-il assuré, lui en a parlé à la première audience, se rappelant ce que l'Electeur lui avait exposé à Mayence; il a promis de tout faire et lui a demandé une note qui détermina, quelle mesure il devait prendre pour faire réussir la chose. Le Prince revint m'en parler, je lui fis l'observation qu'il n'y avait que deux voies directes pour parvenir au but, celle que la cour de Vienne y consentît, ou qu'à l'occasion d'une nouvelle médiation cet article fût soutenu par la France. Je lui conseillai de consulter le vieux Pfeffel[1] et de s'en faire faire la note. Il l'approuva, le fit et depuis il ne m'en a parlé que pour me dire qu'il ne savait pas trouver l'occasion de remettre la note à l'Empereur, qu'il désirait une audience particulière et que je devais tâcher de la lui ménager. Je lui observai que cela serait assez difficile et que je le priai de se patienter. Il m'a défendu

[1] Christian Friedrich Pfeffel, der bekannte französische Staatsmann und Publicist, der seit einiger Zeit wieder als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Auswärtigen eingetreten war.

à différentes reprises d'en faire mention à V. Exc., parce que l'Electeur ne voulait point qu'on sût ses intentions et ses démarches, je prie donc V. Exc. de la manière la plus instante de ne point me compromettre . . . Quant à la réussite du désir de S. A. E. que j'approuve et que j'explique parfaitement, je crois beaucoup de difficulté dans ce moment où la cour de Vienne ne voudra rien faire qui blesse les intentions de la Russie et où des négociations n'offrent point à la France la facilité de tout obtenir ce qu'elle désire.

Quant aux deux autres objets M[athieu], consulté par Greuhm, a conseillé de se tenir tranquille, si on ne voulait pas tout gâter, et qu'il ménagerait le moment de faire réussir nos justes prétentions, dès que l'affaire serait préparée . . .

---

171. Lucchesini an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Paris, 21. December 1804.

[Nachrichten über das kurhessische Unionsprojekt und die Verhandlungen in Mainz. Baden und Sachsen zurückhaltend; voraussichtliche Ablehnung durch Bayern und Württemberg. Auseinandersetzung mit Malsburg. Haltung Frankreichs.]

|: . . . L'existence d'un projet d'union de plusieurs cours électorales projeté par l'Electeur de Hesse et dont la direction est confiée à l'Electeur Archichancelier, n'est plus un secret pour personne à Paris, quoique le Bon de Malsburg et le Cte de Beust, ainsi que le maître de ce dernier aient continué d'en faire un mystère au ministre de V. M.: à Mayence, où le plan fut discuté du su et du consentement de Bonaparte, l'Archichancelier en fit l'ouverture à l'Electeur de Bade, dont il eut voulu se procurer l'assentiment préalable, mais ni l'exemple de celui de Cassel, ni l'éloge qu'en fit l'Electeur Archichancelier n'en purent obtenir autre chose de la prudence de leur collègue de Bade que la promesse de s'expliquer franchement, lorsqu'on lui ferait connaître le véritable but de cette association exclusive des cours de Vienne et de Berlin. Au retour de Mayence à Ratisbonne, il me paraît probable qu'on en a dit quelque chose au ministre de Saxe à la Diète de l'Empire, mais selon mes notions celui-ci en laissa tomber le propos. Le sieur de Cetto continue à m'assurer qu'il n'a aucune connaissance ni particulière ni officielle de la moindre ouverture faite à sa cour sur ce sujet et certainement l'Archichancelier, avec ses préjugés de famille pour les privilèges de l'ordre équestre et avec ses prétentions de métropolitain de l'Allemagne catholique, rencontrerait plus de difficulté que tout autre à faire adopter par la cour de Bavière un système d'union, dirigé à garantir de toute atteinte l'indépendance et l'intégrité de tous les états de l'Empire, qui se trouvent aujourd'hui sous l'égide de sa consti-

tution. Pour l'Electeur de Wurtemberg, ses rapports avec la cour de Pétersbourg, ont fait présumer qu'il ne souscrira pas volontairement à un pacte politique qui tendrait à mettre sous la protection immédiate du Gouvernement Français et à l'exclusion de l'Empereur de Russie les droits, possessions et lois de la partie de l'Empire Germanique à laquelle il s'étendrait. À l'arrivée de l'Electeur Archichancelier à Paris, j'eus connaissance de ce projet; mais soit que ce prince n'eût pas voulu avoir l'air d'en trop presser l'exécution, ou bien qu'il cherchât à provoquer les insinuations du Gouvernement Français, pour justifier son zèle et appuyer ses démarches, — ce n'est que depuis le départ du courrier, porteur de mon très humble rapport no. 101, que le voile du mystère est volontairement ôté. L'intention à été (?) manifestée et les motifs indiqués avec une franchise que je suis en doute d'appeler audace ou impudence. Le Cte de Beust, ministre de l'Archichancelier et le Bon de Dalberg, son neveu et envoyé de Bade, déclarent que l'union projetée est faite (?) . . . pour préserver l'Empire des empiétements ultérieurs dont les cours de Vienne et de Berlin menacent surtout les petits états d'Allemagne[1]. Ils soutiennent que la question de la convenance et de la nécessité de cette union a été longuement discutée à Mayence sous les yeux mêmes de Bonaparte, qu'il en était résulté la conviction plénière que l'Empire français ayant fixé au Rhin ses limites naturelles du côté de l'Allemagne, ses intérêts étaient désormais d'accord avec ceux de la cour de France, qui devenait par là l'ami naturel et le protecteur impartial de l'Empire Germanique, tandis que les cours de Vienne et de Berlin nécessairement portées à s'agrandir à ses dépens, devaient lui être également suspectes, parce que tôt ou tard l'une ou l'autre deviendrait son ennemie. Lorsque je témoignai à l'envoyé de Cassel mon étonnement et ma peine du manque de confiance qu'il m'avait donné dans cette occasion et que je lui exprimai ma répugnance à croire que l'Electeur, son maître, lui eût prescrit une pareille conduite[2], il m'assura que les ordres de S. A. S. E. avaient exigé que l'on dérobât partout la connaissance de sa nouvelle politique aux ministres prussiens; — et pour la justifier, il allégua la nécessité de songer à sa propre indépendance, le souvenir des traités non accomplis par la Prusse et l'ardent désir de participer, par l'entremise de la France, au partage des états d'Hanovre, qu'on prévoit à Cassel, disait-il, que V. M. ne voudrait pas accorder. Il est difficile de demeurer tranquille à ce manque de gratitude et de confiance; aussi j'en exprimai au Sr. de Malsburg, autant de surprise que de mécontentement. Je rappelai tant à lui qu'aux autres apôtres de la nouvelle doctrine tous les services que le sage emploi de Votre puissance,

[1] Der folgende Satz mitgetheilt bei Häusser, Deutsche Geschichte, II⁴, 523.
[2] Vergl. über diese Unterredung Nr. 175.

Sire, Vous a mis à portée de rendre à Vos co-états et leur ai fait entendre qu'il n'eût dépendu que de V. M. de s'agrandir, en appelant sur leurs états les calamités de la guerre continentale. L'Archichancelier a fait au Cte de Bünau[1] la proposition formelle de l'association, pour qu'il la transmette à sa cour. Ce Prince a voulu la dépeindre au cabinet de Dresde avec des couleurs constitutionnelles et en écarter les apparences de déférence aux conseils de l'Empereur Napoléon et de méfiance des cours de Vienne et de Berlin. Le ministre de Saxe lui a répondu avec circonspection et sagesse, en révoquant en doute la nécessité, en relevant les inconvénients et en appréhendant les mauvaises suites d'une pareille union. Tous les efforts de l'Electeur pour le faire changer d'avis sont demeurés sans effet. Le ministère français demeure ostensiblement étranger à cette transaction et persistant à nier d'avoir part ou connaissance à quoi que ce soit qui altère l'état actuel de l'Empire Germanique, le Sr. de Talleyrand saurait mauvais gré à ceux qui, pour faire des adhérents au nouveau système, trahiraient le secret de la politique du cabinet de St. Cloud à cet égard; car il est à prevoir que de tant de combinaisons et d'essais l'on n'aura conservé que le souvenir des intentions malveillantes des auteurs de ces projets . . . :|

Berlin. St.-Archiv.

172. Copie de la note verbale remise à l'Empereur des Français, le 26 déc. 1804[2].

Paris, 25. December 1804.

[Die Erbfolge der Grafen von Hochberg. Anerkennung ihres Erbfolgerechtes durch den deutschen Kaiser. Bemühungen um Napoleons Intervention.]

L'Electeur de Bade est occupé dans ce moment du soin de conserver à sa maison le rang qu'il occupe en Allemagne, les états qu'il y possède et la faculté de continuer à rendre heureux les peuples qu'il gouverne.

Le succès de ces vœux paraît lui être garanti par l'état florissant de sa famille, mais cette perspective est altérée par la considération que par la rigueur des loix féodales la succession de ses trois fils du second lit peut être mise en contestation, la Comtesse de Hochberg, leur mère, issue

[1] Sächsischer Gesandter in Paris.

[2] Vermuthlich, falls das Datum richtig, durch den General Rapp, da die Abschiedsaudienz des Prinzen am 25. December stattgefunden, wenigstens bemerkt Dalberg: «Le Prince Louis remettra la note en question à la prochaine audience ou la fera remettre par Mr Rapp». An Edelsheim, 22. December. Das Original der Note in Paris; am Rande der Vermerk: «Je désire que Mr Talleyrand écrive à Mr Laforest pour faire faire des ouvertures à Berlin sur cet objet qui doit être tenu très secret à cause de la Russie. Napoléon.» Eigenhändig.

d'une antique, mais simple noblesse, n'appartenant pas à la caste des Comtes d'Empire, avec laquelle seule les Electeurs et les Princes souverains d'Allemagne doivent contracter des alliances que les lois de l'Empire nomment *égales.*

L'Electeur de Bade n'a omis aucune des précautions que la constitution germanique lui indiquait comme un moyen de réparer les effets de ce préjugé ou de cet usage.

Il a obtenu de l'Empereur d'Allemagne que S. M. Impériale élevât son épouse à la dignité des Comtes d'Empire, par où la parité s'est trouvée établie entre les deux époux.

Il ne s'agit plus à présent pour établir et pour fonder solidement sur cette parité la successibilité des trois Comtes de Hochberg que de la faire reconnaître et sanctionner par l'Empereur d'Allemagne qui en sa qualité de seigneur suprême des fiefs de l'Empire doit faire passer sur leurs têtes le droit de succession.

Un événement qui doit faciliter singulièrement cet arrangement c'est que différentes souverainetés germaniques desquelles une grande partie des territoires Badenois [sic!] relevaient en arrière-fiefs de l'Empire et qui auraient eu le droit de contrarier les vues de l'Electeur lui ont été cédées par les réglements des indemnités de manière, que la glèbe dominante se trouve aujourd'hui réunie dans ses mains avec la glèbe dominée.

D'après ces considérations l'Electeur ose se flatter que, si l'auguste Empereur des Français daigne protéger cette affaire de ses puissants offices le succès n'en pourra pas être douteux. Mais il y aurait un autre moyen absolument indépendant des formes ordinaires que la politique suggère et dont l'usage lui est reservé. Ce serait de lier la reconnaissance de la successibilité des Comtes de Hochberg avec quelques autres opérations d'un intérêt général. C'est ainsi que la France fit sanctionner par la paix de Teschen la successibilité du Prince de Birkenfeld que la Maison Palatine et celle de Bavière avaient contestée jusqu'à cette époque. Le succès de cette mesure contingente est garanti par l'influence prépondérante que S. M. I. l'Empereur des Français exerce si glorieusement sur les affaires d'Allemagne et sur les destinées de l'Europe entière.

Quelle mesure au surplus que l'ordre présent des choses permette ou conseille d'adopter, l'Electeur de Bade sera glorieux d'en devoir la réussite aux bontés dont S. M. I. l'Empereur des Français l'honore.

Abschrift von Groos.

173. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 26. December 1804.

[Verabschiedung der Prinzen bei Napoleon.]

Les Princes ont lieu d'être infiniment satisfaits de la dernière audience de congé qu'ils ont eue de L. L. M. M. I. I.[1] L'Empereur les reçut chacun séparément. Il dit au Prince électoral qu'il devait en toute occasion compter sur lui; au Prince Louis qu'il avait été très content du Prince Charles et qu'il le priait de témoigner à S. A. E. toute la satisfaction qu'il avait eue de les voir ici[2] . . .

174. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 7 nivôse an 13 (28. December 1804).

[Grenzstreitigkeiten. Die Verantwortung trifft nicht den Kurfürsten, sondern seine Regierung und Beamten. Ein energisches, französisch gesinntes Ministerium thut not.]

Der Staatsrath Shée in Straßburg, den Massias jüngst besucht, spricht von dem Grenzstreite, der unlängst zwischen französischen Schiffern und badischen Jagdpächtern auf einer Rheininsel stattgefunden[3], und beklagt die unfreundliche Haltung der badischen Regierung. Die Schuld, meint Massias, treffe nicht den Kurfürsten. «L'Electeur, à raison de son âge et de son excessive bonté, laisse trois ou quatre factions se disputer et s'arracher alternativement l'autorité, ses baillifs et autres officiers subalternes presque indépendants de lui par les constitutions germaniques profitent de l'espèce d'anarchie qui règne dans le ministère pour gouverner au gré de leurs petites passions que met à leur aise l'assurance de l'impunité, à cela il n'y aura de remède que lorsque on verra à la tête du gouvernement des hommes d'un caractère ferme et décidément voués à la France, précisément le contraire de ce qui existe dans ce moment actuel . . .

Pariser Archiv.

175. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 28. December 1804.

[Der kurhessische Unionsplan. Aufnahme in Paris und Berlin. Auseinandersetzungen Lucchesini's mit Malsburg und Dalberg. Erwerbung des Breisgaus. Sequester- und Pfälzer Schuldenfrage. Concordatsverhandlungen.]

. . . Le système de l'Allemagne, qui par les derniers changements est devenu plus fédératif qu'il ne l'était et dont le repos par la situation des choses est menacé, trouve dans ce moment des défenseurs dont cependant les efforts ne promettent pas un grand succès. Il y a déjà un an

[1] Am 25. December.

[2] Die Abreise der Prinzen erfolgte am 29. bezw. 30. December.

[3] Die Aeußerung bezog sich wohl auf einen Vorfall bei Dalhunden i. E., welchen eine Bruchsaler Correspondenz des «Publiciste» vom 13. December in gehässiger Weise dargestellt. Edelsheim an Dalberg, 21. December 1804. Vergl. auch Kleinschmidt, Karl Friedrich, 168. Acten darüber im Karlsruher Archiv.

que l'Electeur de Hesse a proposé, que les Electeurs s'unissent pour se contenir contre les grandes puissances dont ils sont menacés[1]. La France à laquelle le projet fut présenté n'y porta pas beaucoup d'attention. Pendant le séjour de Mayence — on se rappelle ce qui s'est dit et la doctrine que l'Empereur prêcha en differentes circonstances à l'Electeur Archichancelier —, la chose fut reprise alors avec plus d'intérêt et l'Electeur de Hesse donna de nouvelles instructions à son ministre à Paris[2]. Il était nécessaire que la Prusse et l'Autriche, contre lesquelles cette union paraissait se diriger, n'en fussent point instruites et il n'y a que 15 jours à peu près que le Mis de Lucchesini en fut averti par je ne sais quelle voie. J'ai quelques données que ce fut de Berlin et qu'il reçut l'ordre de contrarier les démarches qui se feraient[3]. La vivacité au moins avec laquelle il entreprit la chose fut extrême.

Il aborda d'abord Mr de Malsburg et lui fit des reproches que l'Electeur de Hesse voulût agir à l'insçu de la Prusse qui en tout temps l'avait protégé et dont l'alliance lui avait été si utile. Mr de Malsburg lui répondit avec un grand sangfroid que son maître ne s'en rappelait pas à l'occasion des indemnisations et que, malgré le traité de Pyrmont et de Wilhelmsbad où on lui avait promis le pays de Paderborn, la Prusse l'avait pris pour elle. Mr de Lucchesini fut embarrassé de cette réponse.

Il y a 8 jours qu'il m'entama également et croyant peut-être m'intimider me dit qu'on était sûr à Berlin que l'Electeur de Bade ne partageait point de pareilles erreurs; qu'on ne pouvait concevoir comment un prince qui avait autant d'esprit que l'Archichancelier pouvait s'occuper de pareilles idées philanthropiques; mais que les sentiments des Barons de Dalberg étaient connus depuis longtemps pour être antiprussiens; qu'il était heureux que toute cette affaire n'aurait pas de suite; que les états majeurs s'y refusaient déjà, et que la Prusse et l'Autriche n'étaient plus assez divisées, pour que sans leur concours un tel rapport puisse s'établir en Allemagne.

Irrité par des choses aussi personnelles, je lui dis que l'Electeur de Bade était ni autrichien ni prussien, mais qu'il était allemand et qu'il désire conserver par tous les moyens qui étaient en son pouvoir une constitution qui avait fait le bonheur de ses ancêtres et le sien, que je connaissais à cet égard ses sentiments et que je me faisais particulièrement honneur de partager vivement de tels principes; que ce n'était pas à la Prusse à reprocher aux états d'Allemagne d'avoir porté la médiation fran-

---

[1] Vergl. Polit. Correspondenz, IV, 439.

[2] Vergl. oben Nr. 171.

[3] Vergl. Bailleu, II, 319ff.; Häusser, II⁴, 523.

çaise, sa protection et son arbitrage dans ses affaires intérieures, puisque c'était particulièrement elle qui avait amené ce malheureux état des choses; que quant aux sentiments des Barons de Dalberg il leur était fort indifférent ce qu'on en savait à Berlin de plus particulier, parce qu'ils ne cachaient à personne ceux qui les animaient pour le bien-être de la cause publique; que j'étais du reste aussi pénétré que lui de la conviction intime que cette union ne mènerait à rien, mais qu'il fallait de nouveau en accuser l'influence des grandes puissances qui n'entendaient pas assez leurs propres intérêts pour réunir par tous les moyens possibles les volontés et les efforts des Princes d'Allemagne pour un système d'ordre et de tranquillité. Je lui dis encore que c'était l'Electeur de Hesse qui avait donné l'initiative de l'union et que la cour de Bade n'avait encore donné aucune instruction sur cet objet[1] et ne serait point la première à provoquer des agitations dont l'effet pourrait être opposé à ce qu'on aurait eu droit d'attendre, si les graines de la raison et du patriotisme n'étaient détruites dans notre patrie. Quant aux autres objets qui se rapportent aux intérêts de la cour, je les toucherai l'un après l'autre.

1. L'acquisition du Brisgau.

L'Empereur a répété à Msgr. le Margrave Louis qu'on avait fait une faute de le laisser entre les mains de l'Autriche et qu'il fallait profiter de la première occasion pour le donner à la Maison de Bade.

2. Le séquestre de l'Autriche.

Msgr. le Margrave Louis s'est assuré par lui-même que, si la Bavière ne peut rien obtenir, la France épousera encore moins nos justes prétentions et qu'il faut attendre ce que d'autres circonstances peuvent nous amener.

3. Les dettes du Palatinat.

Le conseiller intime Greuhm a répété à Msgr. le Margrave, après en avoir entretenu Mr Mathieu, que le moment est également peu favorable pour régler cette affaire et Mr Mathieu l'a invité à se tenir tranquille en lui répétant que lui-même saisirait l'occasion pour agir en notre faveur. On n'a pas lieu de douter de la sincérité de ses paroles, en combinant l'avantage qu'il doit en retirer.

4. Betrifft eine Forderung der Pforzheimer Holzhandelkompagnie bezüglich gewisser Erleichterungen bei der Rheinschifffahrt.

5. Le concordat.

Les négociations entre [sic!] l'Electeur Archichancelier se continuent avec la cour de Rome qui met, à ce qu'on dit, plus de facilité qu'on ne croyait à consentir à ce qui peut définitivement régler cette affaire. On ne changera

[1] Auch späterhin läßt sich die badische Regierung nicht auf den Plan ein; in der Correspondenz mit Dalberg wird derselbe nicht weiter berührt.

rien aux bases déjà connues et elle sera portée à la Diète de l'Empire, dès que les droits de la cour de Rome dans le rapport de l'église germanique seront définitivement réglés. On n'a pas lieu de douter qu'on ne retrouve dans ce travail tout ce qui doit répondre aux lumières de nos jours et aux besoins religieux . . .

---

176. Aus dem Diarium über den Aufenthalt des Kurprinzen und des Markgrafen Ludwig in Paris.

December 1804.

[Zusicherungen wegen des Breisgaus. Bestechlichkeit der französischen Diplomaten. Indiscretionen Feders. Die Saarbrückische „Damengeschichte". Entrüstung Napoleons. Bevorstehender Congreß zur Ordnung der deutschen Angelegenheiten. Mathieu verspricht seine Unterstützung. Concordatsverhandlungen. Landesherrliche Ernennung der Bischöfe. Leiningen und der Kurerzkanzler.]

Die Ankunft des Markgrafen in Paris erfolgt am 30. November, des Kurprinzen am 1. December. Am 1. December empfängt der Kaiser den Markgrafen.

Der Kaiser, nachdem er verschiedene verbindliche Fragen gethan hatte, kam aus eigener Bewegung und ohne allen äußeren Anlaß auf das Breisgau zu sprechen. „Es war ein großer Fehler — wiederholte derselbe, wie er in Mainz sich schon geäußert hatte, — Oesterreich diese Besitzung am Rhein gelassen zu haben. Wir können es fernerhin daselbst nicht dulden." Hiebei gaben Ihre Majestät Ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, beim ersten schicklichen Zeitpunkt mit diesem Lande das badische Loos zu vergrößern . . .

Folgen Angaben über den Aufenthalt der Prinzen in Paris, die Hoffestlichkeiten ꝛc., ohne politisches Interesse. Die Abreise nach Karlsruhe findet am 29. bezw. 30. December statt.

So sehr übrigens zu wünschen gewesen, daß die Anwesenheit der beiden durchlauchtigsten Prinzen in Paris Anlaß gegeben hätte, ein und andere noch unausgemachte wichtige Gegenstände zur Sprache und in lebhaften Umtrieb zu bringen, so war dennoch außer der bereits berührten, vom französischen Kaiser selbst aus eigener Bewegung erhaltenen Aussicht zur Erlangung des Breisgaues bei sich ereignender Gelegenheit, dennoch nicht möglich weder wegen des mit Bayern strittigen rheinpfälzischen Schuldenwesens, noch wegen des österreichischen Sequesters etwas in Anregung zu bringen, weil die vorzüglichsten Triebfedern beim Departement der Auswärtigen Angelegenheiten, durch welche beiderlei Anliegen hätten in Gang gebracht werden müssen, durch das an dieselbe ergangene öffentliche strenge Gebot, allen weitern Verkehr mit Fremden aufzugeben, Niemand außer den ihrigen bei sich zu sehen, noch Jemand zu besuchen, ganz und gar unzugänglich sind.

Es mag nicht uninteressant sein, hier die nähere in Erfahrung gebrachte Ursache zu obigem Verbot zu kennen.

Mr de Hauterive, Chef de bureau in den relations extérieures, beleidigt über den üblen Ruf, in welchen das Departement durch die in den Bureaux eingerissene Bestechlichkeit gekommen, sowie über die daher entstandene Herabwürdigung, verfaßte im Einverständniß mit der unbestochen gebliebenen Parthie eine beschwerende Vorstellung, worin namentlich die H. Durant, ein Liebling des Ministers Talleyrand, und H. Mathieu, als die bestechbarsten employés dargestellt wurden. Diese Vorstellung wurde hinter H. Talleyrand zur Kenntniß des Kaisers gebracht. Die vorzüglichsten Belege zu diesen Beschuldigungen soll hauptsächlich die grobe Indiscretion und Unvorsichtigkeit des durch seine Intimität mit H. Mathieu und seinen großen Einfluß auf denselben bekannten Löwenstein-Wertheimischen Geh. Raths Feder geliefert und Hauterive solche meisterlich zu benutzen gewußt haben.

Hiezu kam noch, daß dem französischen Kaiser stechende Beweise von der exorbitanten Bestechbarkeit des Departements der Auswärtigen Angelegenheiten in der sogenannten Saarbrückischen Damengeschichte in die Hände geliefert wurden. Es hatten nämlich die Saarbrückischen Prinzessinnen, unter welchen die zu Betreibung dieser Angelegenheit nach Paris gekommene Herzogin von Braunschweig-Bevern sich befindet, zu Erwirkung der Herausgebung der Saarbrückischen Allodialerbschaft den Minister Talleyrand und die auf denselben Einfluß habenden Personen durch Zusicherung eines Präsents von 600 000 Livres, woran auf die unterdessen erfolgte, bald darauf aber wieder zurückgenommene Aufhebung des Beschlags zum Voraus die Hälfte mit 300 000 ₶ bezahlet worden, so eifrig für sie zu interessiren gewußt, daß H. Talleyrand wie ein Advokat in dieser Sache gearbeitet und mit eigener Hand die Concepte der eingegebenen Mémoires corrigieret habe. Nun aber, da das Sequester wieder angelegt und dadurch die gehoffte Aussicht zernichtet worden, forderten die Interessenten die Wiedererstattung der vergeblich spendirten 300 000 ₶. Die desfallsige Weigerung erzeugte lebhafte Contestationen, und durch ein unvorsichtiges Billet einer Dame wurde die ganze Sache dem Kaiser verrathen, dessen Indignation hierüber Herrn Talleyrand die härtesten Vorwürfe und Drohungen zugezogen und das strenge Interdikt, wodurch das Personal des Departements von allem gesellschaftlichen Verkehr ausgeschlossen worden, bewirkt und überhaupt den Minister um seinen Credit gebracht habe.

Noch vor diesen Auftritten soll schon H. Mathieu, unzufrieden mit seinem dermaligen Posten als Juris-Consulte bei den relations extérieures, eine Anstellung als Chef de bureau bei der Rheinoctroi-Commission nachgesucht und vorgehabt haben, Paris ganz zu verlassen und nach Straßburg zu ziehen. Indessen erhielt ein andrer die von H. Mathieu gehoffte Stelle. Als nun aber die Hauterivische Beschwerde schriftlich eingekommen, wodurch Durant und Mathieu so heftig angegriffen worden und welche nun eine intime Vereinigung zwischen beiden aus der vorherigen Todtfeindschaft nach sich zog, habe Mathieu um seine

gänzliche Entlassung gebeten, solche aber nicht erhalten, weil man dermalen in Ermangelung andrer als den (sic!) hiezu eben so geschickten, durch Altersschwäche und Kränklichkeit aber zurückgehaltenen Staatsrath Pfeffel zu den deutschen Angelegenheiten nothwendig an H. Mathieu gebunden sei.

Indessen haben Se Hf. D. Markgraf Louis nebst vorigem Detail aus sicherer Quelle noch weiter in Erfahrung gebracht, daß nach eigener Aeußerung H. Mathieu zu definitiver Erledigung der noch unausgemachten deutschen Angelegenheiten demnächst mit Anfang künftigen Hornungs ein Congreß, und zwar weil der französische Kaiser weder die dazu in Vorschlag gebrachten Städte Frankfurt oder Rastatt, letztere wegen der Erinnerung an den Gesandtenmord und jene als dem Foyer de conspiration et de contrebande anglaise, wie er sich ausgedrückt haben soll, haben wolle, sondern ohne Zweifel der Congreß in Regensburg stattfinden werde.

Auf diesem Congreß solle sich

1. mit der neuen Kreisorganisation,
2. mit dem unter den entschädigten Fürsten strittigen Schuldenwesen,
3. mit dem deutschen Concordat und
4. mit den Supplemententschädigungen

beschäftiget und alles zur unabänderlichen Entscheidung gebracht werden.

Nebst diesem sollten nach dem ausdrücklichen Willen des französischen Kaisers alle übrigen noch rückständigen deutschen Angelegenheiten für bestimmt auf diesem Congreß ausgemacht, nachher aber lediglich nichts mehr dieser Art beim französischen Gouvernement angenommen werden; so daß was alsdann nicht in Richtigkeit komme, nimmermehr der französischen Dazwischenkunft sich zu erfreuen haben solle.

Höchstwahrscheinlich wird das französische Gouvernement genöthiget, sich der Person H. Mathieu's bei diesem Congreß abermals zu bedienen; dagegen ist derselbe auch im Gefühl seiner unentbehrlichen Nothwendigkeit bei diesem Geschäft fest entschlossen, unter keinerlei Umständen mehr eine subordinirte Rolle wie das vorige Mal zu Regensburg zu spielen, sondern er verlangt alsdann als Minister plénipotentiaire dabei angestellt zu werden.

Im engsten Vertrauen hat derselbe auf diesen Fall hin sich bereit erklärt, in Ansehung des strittigen rheinpfälzischen Schuldenwesens Baden und Leiningen, als den beiden Höfen, denen er mit wahrer Erkenntlichkeit verpflichtet sei, seinen ganzen Beistand gegen die ungerechten Prätensionen von Bayern aufs Wirksamste zu verleihen, wobei allerdings vorauszusetzen ist, daß alsdann H. Mathieu mit der schon in Mainz zugesagten Belohnung getreu und auf eine so diskrete Art eingehalten werde, daß davon nichts im Geringsten herauskomme, welches sonst gefährlich werden und überdies H. Mathieu äußerst compromittieren könnte.

Uebrigens ist bei der noch besonders in Erfahrung gebrachten persönlichen Animosität H. Mathieu's gegen den kurpfalzbayrischen Gesandten Herrn von Cetto

und bei dem übeln Ruf, worin Bayern überhaupt beim französischen Gouvernement steht, um so unzweifelhafter auf den erwünschten Erfolg zu rechnen, wenn anders Herr Mathieu und kein Dritter statt seiner auf den neuen Congreß beordert wird.

Das Concordat anlangend, so habe der französische Kaiser auf die bei ihm geschehene Anfrage dessen Bearbeitung genehmiget.

Mit der Ausführung des von Herrn von Kolborn entworfenen Plans, wobei mit Einverständniß des Papstes und des deutschen Erzkanzlers sich blos auf Spiritualia und die Organisation des deutschen Kirchenwesens mit Ausschluß aller Einmischung politischer Gegenstände beschränkt werde, solle auch zugleich die Verlegung des Mainzer Erzstifts nach Regensburg, die Errichtung des Capitels und die Bestimmung des Modi bei den Wahlen verbunden werden, wobei allerdings zu wünschen wäre, daß die französische Einrichtung in Ansehung der Bischöfe angenommen werden möchte, deren Ernennung und Existenz blos vom Landesherrn abhänge und wobei der Staat der Unterhaltung besonderer Capitel überhoben werde. Frankreich werde die Aufstellung dieses Systems begünstigen und es würde, wie vertraulich bemerkt worden, sehr viel darauf ankommen, daß Kurbaden bei seinem vielvermögenden Credit hiernach bei den vorkommenden Verhandlungen abstimme, welchem sodann die meisten übrigen Stände beipflichten würden, weil sie bei einer solchen Einrichtung viel gewönnen.

Jedoch sei noch zu bezweifeln, ob bei diesem Congreß das Concordat völlig zu Stande kommen und nicht vielleicht eher auf die lange Bank geschoben werde.

Leiningen befinde sich in einiger Verlegenheit durch das vom Kurerzkanzler geschehene Anerbieten, die katholische Seelsorge im Leiningischen und benachbarten Landen in seinen erzbischöflichen Kirchsprengel zu ziehen, wobei in Rücksicht des mächtigen Einflusses des Erzbischofs status in statu zu befürchten sei. Der Kurerzkanzler habe aber gesucht, diese Besorgniß durch die Versicherung zu heben, daß er auf sich nehme, für alle unangenehmen Folgen zu stehen, und solchen so vorbeugen werde, daß man sich hierin vollkommen auf ihn verlassen solle.

Von der Hand des Legationsraths Groos.

177. Napoleon an Karl Friedrich[1].

Paris, 8 nivôse an 13 (29. Dec. 1804).

[Dank für die Glückwünsche des Kurfürsten und die Theilnahme der beiden Prinzen an den Krönungsfeierlichkeiten.]

Mon frère, au commencement où il a plu à la divine Providence de consacrer par mon couronnement l'autorité que je tenais des constitutions

[1] Ungedruckt. Das Schreiben wurde am 6. Januar 1805 durch einen Kurier in Karlsruhe überreicht.

de l'Empire, rien ne pouvait m'être plus agréable que le choix que Vous avez fait de L. L. A. A. le Prince électoral, Votre petit-fils, et le Margrave Louis, Votre fils, pour m'exprimer la part que Vous prenez à cet événement. J'ai regardé leur voyage dans une telle circonstance et la mission dont ils étaient chargés comme une marque particulière de Votre amitié. La lettre de félicitation qu'ils m'ont remise de Votre part[1] m'a fait juger, combien Vos sentiments envers moi correspondent à la ferme intention où je suis de maintenir constamment les rapports de bonne intelligence qui nous unissent. J'ai recommandé à mon chargé d'affaires près de V. A. E. de Vous en renouveler souvent les assurances et de saisir toutes les occasions de Vous convaincre de la sincérité de mon affection pour Vous et de mes vœux pour Votre satisfaction personnelle et pour la prosperité de Votre maison. Sur ce je prie Dieu, mon frère, qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

---

[1] Vom 23. November. Oben Nr. 158.

4. Beziehungen zu Oesterreich und zum Reiche bis zum Ausbruch des Krieges.
Mai 1804—Juli 1805.

178. Kaiser Franz II. an Karl Friedrich.

Wien, 30. April 1804.

[Ernennung des Frh. v. Schall zum Gesandten in Karlsruhe.]

Die freundschaftlichen Beziehungen, welche Ich von jeher für Eure Liebden gehegt habe, und Meine reichsväterliche Theilnahme an der Erhebung und dem neuen Glanze Ihres Hauses, wie auch Mein besonderes Zutrauen auf Ihre während der jüngsten Ereignisse ruhmwürdigst bewährte constitutionelle Denkungsart und Mein aufrichtiges Verlangen, mit Denselben ein beständiges vertrauliches Einverständniß zur Befestigung der gemeinsamen Wohlfahrt des Vaterlandes zu unterhalten, veranlassen Mich, einen eigenen kaiserlichen bevollmächtigten Minister an Dero Hoflager abzuordnen . . .

Der Kaiser beglaubigt als solchen den Freiherrn Clemens August v. Schall[1].

179. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 1. Mai 1804.

[Lage in Wien. Cobenzl. Das Kriegsministerium.]

Persuadez-Vous bien qu'on est ici d'une nullité absolue et que la peur de déplaire ou à la France ou à la Russie et l'ignorance dans laquelle on se trouve sur les véritables intentions de l'une et de l'autre occasionne

---

[1] In einem Schreiben vom 26. Mai spricht der Kurfürst seinen Dank für diese Ernennung aus. — Ueber Schall vergl. Polit. Correspondenz, IV, 413; durch seine verbindlichen Formen erwirbt er sich rasch die Sympathien des Karlsruher Hofes. «On le trouve si complaisant et si coulant sur tous les rapports dans la société qu'on peut dire que la cour et la ville en raffolent.» Edelsheim an Gemmingen, 31. Mai.

une stagnation totale[1]. Si le ministre est français dans l'âme, il a d'un autre côté une peur épouvantable des Russes. Il a eu des scènes très fortes avec l'envoyé d'Angleterre[2] qui ne paraît plus à ses assemblées, comme généralement. Vous ne pouvez pas Vous imaginer, combien peu d'égards on a ici pour ce chef des affaires étrangères. Il n'en va pas mieux pour les affaires de l'intérieur, elles ont pendant mon absence beaucoup empiré, on n'a absolument rien fait pour rétablir les finances et tous les ressorts du gouvernement se relâchent de plus en plus. Toutes les petites mesures qu'on prend pour obvier à des inconvénients du moment portent à faux et avec la conviction générale de l'ineptie des gouvernants il n'existe ni confiance publique ni respect pour les lois. Il n'y a que le département de la guerre qui marche d'après un plan adopté, mais isolé et sans pouvoir se reposer sur les autres branches de l'administration; quel résultat heureux peut-on en esperer? Aussi l'Archiduc Charles paraît être très affecté de tout ceci, mais sans avoir assez d'energie pour pouvoir y remédier, il sent que malgré toute la condescendance on pourrait peut-être ne pas être à même d'éviter la guerre, mais il ne se dissimule pas et dit très positivement qu'avec le ministère actuel rien ne l'engagerait à se charger du commandement de l'armée, quels que fussent les pouvoirs qu'on voudrait lui donner . . .

---

180. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 6. Mai 1804.

[Talleyrands Note vom 14. April und das Conservatorium. Gefährdung der Reichsverfassung. Warnung vor übereilten Schritten.]

Zeigt den Empfang der Note Talleyrands an Dalberg vom 14. April[3] an.

Comme j'ai d'ailleurs à attendre les déterminations que S. A. E. croira devoir prendre à ce sujet, je suis bien décidé de ne faire aucune mention de tout ceci auprès des ministres impériaux, à moins qu'ils n'entament d'eux-mêmes la matière; d'autant plus que je sais fort bien que l'ambassadeur Cte de Cobenzl a eu le 17 du mois passé une missive à peu près pareille, et qu'il ne me paraît pas prudent de fournir le moindre prétexte à la cour de Vienne, comme si par la défection d'un des états conservateurs elle se trouvait obligée d'abandonner cette mesure au fond très constitutionnelle; quoique peut-être elle n'ait été adoptée dans son origine que pour revenir avec quelque décence sur les démarches que l'Autriche avait faites de son chef vis-à-vis de la Bavière sans vouloir ou pouvoir les poursuivre. Malgré

---

[1] Vergl. zum Folgenden die Charakteristik des Wiener Ministeriums bei Wassilitchikow, Les Razoumowski, II, 2, 129.

[2] Sir Arthur Paget.

[3] Vergl. Polit. Correspondenz, IV, 524.

que messieurs les Prussiens en disent, le Conservatoire est un acte de jurisdiction parfaitement légal, qui à la vérité, comme j'ai manifesté dans son temps mon opinion, pouvait devenir dangereux, si l'Autriche se permettait d'en user pour donner les formes légales à la poursuite de quelques projets particuliers contre la Bavière. Mais depuis que la cour de Vienne a formellement renoncé à toute démarche isolée et tandis qu'une commission particulière se trouve établie pour n'agir que collectivement, toute inquiétude à cet égard n'est plus fondée. De plus le Conservatoire n'ayant d'autre but que de rétablir et conserver le *status quo* tel qu'il était avant l'occupation des indemnités, et ne préjugeant nullement ni sur les griefs que plusieurs états de l'Empire peuvent avoir contre la noblesse immédiate, ni sur les prétentions qu'ils veulent former, cet acte d'une simple protection légale ne peut déranger aucun plan compatible avec le repos de l'Allemagne, et surtout ne se trouve pas en opposition avec la médiation qu'on attend comme complément de celle qui a eu lieu pour fixer les indemnités. Enfin, après que ce *status quo* est déjà pour la plupart rétabli selon que les états les plus marquants en ont donné l'exemple, toutes les fonctions de la subdélégation se réduisent à constater l'entière exécution de cette mesure conservatrice du repos publique et à veiller afin qu'il ne soit derechef troublé, en attendant les déterminations ultérieures qui doivent résulter des bons offices des puissances médiatrices. Si donc plusieurs états de l'Empire affectent de n'avoir restitué la noblesse immédiate que par condescendance pour l'intervention des puissances qui s'y sont intéressées, si après avoir rempli pour la majeure partie le but du Conservatoire, ils attaquent de toute façon cet acte de suprême jurisdiction de l'Empire, si enfin ils sont parvenus à faire faire au gouvernement français la démarche dont il s'agit ici, alors le tout ne peut être envisagé que comme une attaque indirecte contre la Constitution Germanique, qui repose principalement sur l'autorité judiciaire suprême, établie pour maintenir la paix publique entre des états réciproquement indépendants. Il ne s'agit plus dans tout ceci de la noblesse immédiate dont le sort sera décidé par la force des circonstances, ni du Conservatoire sous le rapport de la noblesse immédiate; mais il s'agit d'un grand pas de plus à faire vers le plan bien connu de transformer l'Allemagne en état fédératif; car il faut avouer que rien ne pourrait être plus constitutionnel et plus avilissant pour le pouvoir judiciaire qu'une suspension formelle du Conservatoire non par le pouvoir qui l'a établi, mais par ceux qui en sont chargés, après que par le fait cette suspension existe déjà en quelque sorte.

J'espère que les circonstances impérieuses n'obligeront pas notre Sérénissime maître à précipiter de pareilles démarches si peu analogues à ses principes et d'autant plus embarrassantes que les puissances médiatrices

ne paraissent guère être d'accord à ce sujet. Peut-être que l'observation qu'on n'a pas besoin de rappeler de Ratisbonne quelqu'un qui se promène dans son jardin à Vienne, Vous aura, mon cher chef, fourni l'occasion de temporiser et de laisser par là à nos conservateurs l'initiative de la dissolution de cette commission, si tant il y a qu'elle doive encore être tuée après qu'elle est déjà très passée. Aussi peut-être cette démarche du ministre Talleyrand n'est-elle qu'une contre-politesse pour celle que le ministère prussien à eu d'appuyer la note du citoyen Bacher par une déclaration analogue; il se pourrait bien qu'on n'en parlât plus si on voulait n'y pas mettre trop d'importance. En tout cas c'est à la cour de Vienne à se prononcer en premier . . .

Au reste c'est un bel imbroglio que tout cela; je suis bien de Votre avis, mon cher chef, qu'il faut se garder d'y être fourré et à cet effet je suis toujours encore de l'avis qu'il n'y a pas plus de meilleur moyen que de rester constamment sur la ligne de l'ancienne constitution, au risque de s'y trouver seul à la fin: au moins on est chaque fois décidé sur le parti qu'il y a à prendre et on ne risque pas d'être entraîné dans quelques mesures dont les grandes puissances savent toujours s'en tirer, en plantant les autres.

---

181. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 12. Mai 1804.

[Rasumowsky von den Wiener Weisungen für Regensburg nicht befriedigt. Rußland billigt das Conservatorium. Oesterreich hält daran fest.]

. . . Le Cte de Rasumowsky n'est effectivement rien moins que content de l'instruction qu'on vient de donner aux ministres à la Diète et dont j'ai fait mention dans mon rapport[1], il la trouve trop molle et trop insignifiante . . .

Cependant l'ambassadeur de Russie m'a déclaré officiellement que sa cour approuvait très fort la mesure du Conservatoire et qu'on n'avait pas laissé de faire faire l'Electeur de Bavière les insinuations les plus pressantes pour l'exécution plenière de tout ce qui avait rapport à ce sujet.[2] J'ai pris par là occasion de demander au Cte de Cobenzl ce qu'on comptait faire ici par rapport au Conservatoire, tandis que Mr Bacher à Ratisbonne et

---

[1] In dem Berichte an den Geh. Rath vom gleichen Tage. Oben Nr. 55.

[2] Ueber die Haltung des Petersburger Cabinets in dieser Frage geben die Actenstücke bei Tratchevsky (II, passim) genügend Aufschluß. Mitte Februar 1804 hatte die russische Regierung, die von der Reichsritterschaft ebenfalls um Schutz angegangen worden worden war, Frankreich zur Wiederherstellung der Ruhe gemeinsame Verhandlungen in Wien, in Verbindung mit dem Reichsoberhaupt, vorgeschlagen. Talleyrand ging scheinbar darauf ein, nur wünschte er, daß die Berathungen in Regensburg stattfänden. Um so

l'ambassadeur de Russie tenaient un langage si différent. Le Cte de Cobenzl m'a dit, qu'on laisserait les subdélégués d'Autriche tranquillement vaquer à leur besogne, d'autant plus que la subdélégation jusqu'ici avait mis la plus grande réserve dans ses démarches; aussi n'avait-il pas manqué de faire observer à l'ambassadeur de France, Champagny, combien toutes ces déclarations contre la subdélégation blessaient la constitution germanique sans pouvoir être de quelque utilité sous tous les rapports. . . .

---

182. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 9. Juni 1804.

[Das Conservatorium. Angeblicher Stimmungswechsel in Paris. Fortsetzung der Subdelegationsberathungen. Oesterreich und die französische Kaiserwürde.]

In einer Unterredung mit dem Grafen Cobenzl vom 8. Juni wird auch des Conservatoriums gedacht. Gemmingen wünscht zu hören, „wie hierüber das Verhältniß mit der französischen Regierung stehe".

. . . Nun sagte er mir, daß über diesen Gegenstand gegenwärtig eine andere Stimmung bei der französischen Regierung stattzufinden scheine, und man habe den Aeußerungen des Herrn Bacher in Regensburg sowohl gegen den kaiserlichen Botschafter in Paris, als hier durch den französischen Botschafter gleichsam eine Démentie (sic!) gegeben und das Ganze als ein Regensburger commérage behandelt, wobei überhaupt die falsche Voraussetzung stattgefunden hätte, als wenn der Status quo der Reichsritterschaft bereits allerwärts hergestellt wäre, welches nach den neuen Erörterungen doch keineswegs der Fall sei. Er habe alle Ursache zu glauben, daß die Subdelegation, wenn sie mit gehöriger Behutsamkeit verführe, ihren Gang ferner ungehindert fortsetzen könne . . .

Im Laufe des Gespräches ist weiterhin von der Anerkennung der französischen Kaiserwürde die Rede. Gemmingen ersucht Cobenzl, ihm die Ansicht des Wiener Hofes mitzutheilen, da dem Kurfürsten vor allem daran liege, sich mit demselben „einverständlich zu benehmen".

---

mehr war man in Petersburg über die Note Bachers vom 10. März überrascht, der keinerlei Verständigung vorausgegangen war; die Erklärung vom 28. April, die ganz den russischen Absichten entgegen das Conservatorium zu beseitigen strebte, bedeutete dann eine weitere Brüskirung des russischen Hofes. Die Verhandlungen über eine etwaige Intervention der Mediationsmächte, die noch bis Mitte Mai in Paris fortgeführt wurden, ergaben schließlich, daß eine Einigung zwischen denselben unmöglich war: während Frankreich an Regensburg festhält und außer den ritterschaftlichen Händeln auch alle übrigen durch den Deputationsrezeß noch unerledigten Streitfragen vor das Forum des Congresses zu ziehen wünscht, will Rußland hiervon nichts wissen, da es darin nur einen neuen Versuch Frankreichs erblickt, sich mit Hilfe der Reichstagsmehrheit einen dauernden Einfluß auf die Reichsangelegenheiten zu sichern, und besteht ebenso hartnäckig auf Wien, unter Beschränkung auf die ritterschaftlichen Beschwerden.

. . . Der Graf Cobenzl antwortete mir, er nehme gar keinen Anstand, mich vertraulich mit den Gesinnungen bekannt zu machen, welche Se Kaiserliche Majestät über diesen Gegenstand hegten. Daß die consularische Regierungsform in eine Souveränität umgewandelt werde, — dagegen lasse sich nichts einwenden, weil man keine der nach und nach entstandenen Regierungsformen garantirt hätte . . . und am Ende sehr zufrieden sein müsse, auch die letzte Spur von Demokratie vertilgt zu sehen. Was aber die Annehmung des Kaisertitels betreffe, so sei das etwas anderes. Er brauche mir nicht zu sagen, welche bedeutenden Folgen das haben könne, wenn man mit Versäumung der gehörigen Vorsichtsmaßregeln sich dabei nicht hinlänglich verwahre. Unterdessen sei schon davon die Rede, hierüber zu unterhandeln, und in der bekannten Cirkularnote[1] wäre absichtlich die Zeit dazu offen gelassen worden.

Gemmingen dankt für diese Eröffnungen, „voraus überzeugt von der Erkenntlichkeit des Kurfürsten: que S. M. l'Empereur veut bien se charger de *l'initiative* d'une négociation à laquelle l'Empire doit mettre le plus grand intérêt» . . .

---

183. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 10. Juni 1804.

[Gerücht von der Erhebung Oesterreichs zum Erbkaiserthum. Die Idee verfehlt.]

„Man sagt die . . . französische Regierung habe sich anheischig gemacht, dem hiesigen Hofe die Kaiserwürde erblich zu verschaffen und dieses zu einer Bedingung bei der Anerkennung der französischen Kaiserwürde machen zu lassen."[2]

Gemmingen theilt dies mit, „nicht als ob ich, — schreibt er —, diese Gerüchte auch nur für wahrscheinlich hielte, sondern weil es zu unserm Handwerk gehört, auch das Ungereimteste nicht außer Acht zu lassen, da nicht selten gewisse Absichten . . . zum Grunde liegen".

Er glaube nicht, daß die französische Regierung in dem gegenwärtigen Augenblicke derlei Pläne hege. „Denn daß Preußen auf diesen Fall sich vom deutschen Reiche abreißen und zugleich seine Oberherrlichkeit weiter ausdehnen würde und daß ein bloßes Föderativsystem für die übrigen unfehlbar daraus entstehen müßte, mithin der erbliche österreichische Kaiser es auch nur über seine Erbstaaten wäre, — das scheinen unausbleibliche Folgen zu sein."

Auch Oesterreich, meinte er, werde dies nicht wünschen, es würde sonst vollends allen Einfluß im Reiche verlieren und über kurz oder lang würde ein neuer Streit entstehen über die Frage, „zu welchem Kaiserthum der Strich des deutschen Reiches eigentlich gehören solle, welcher mitten innen liegt."

---

[1] S. Nr. 62. Ueber die Haltung des Wiener Cabinets in dieser Frage vergl. Beer, a. a. O. 50 ff.; Wertheimer, I, 193.

[2] Vergl. hierzu Wertheimer, I, 194 ff.

184. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 16. Juni 1804.

[Geplante Ernennung Seckendorffs zum Reichstagsgesandten. Stimmung in Wien. Cobenzls Zustimmung. Man dringt auf Entscheidung.]

Hat in Regensburg und Wien weitere Erkundigungen darüber eingezogen, wie man sich ev. zu einer Ernennung Seckendorffs zum Reichstagsgesandten[1] österreichischerseits verhalten werde.

. . . Graf Stadion der kurböhmische Gesandte, welcher mit der Seckendorffischen Familie gut ist, machte die allerdings gegründete Bemerkung, daß man in Wien zu zerstreut sei, um irgend etwas lange nachzutragen. Herr von Hügel . . . fand, daß eine solche Wahl doch viele Behutsamkeit fordere, damit man nicht der Unannehmlichkeit eines öftern Wechsels ausgesetzt werde. Fürst Colloredo sagte mir bei ähnlicher Gelegenheit, er würde nie Vertrauen in den Herrn von Seckendorff haben können, weil er von ihm zuversichtlich wisse, daß er mit persönlicher Gehässigkeit gegen den kaiserlichen Hof, selbst wider seine Instruktionen, gehandelt habe . . .

Um sicher zu gehen, hat Gemmingen sich an den General von Seckendorff gewandt und bemerkt, er kenne die Absichten des Kurfürsten zwar nicht, glaube aber, „daß die Stelle, welche sein Bruder einst auf dem hiesigen schwarzen Register gehabt habe, Bedenklichkeiten machen würde". Der General versprach alle Zweifel zu beseitigen und einen günstigen Bescheid auszuwirken. Auf seine Veranlassung eröffnete Graf Cobenzl dem badischen Gesandten: «On dit que l'Electeur aurait peut-être envie de choisir le Bon de Seckendorff comme son ministre à Ratisbonne; si les griefs que nous avons eus contre lui pourraient y mettre de l'empêchement, je Vous prie de mander, comme quoi nous croyons qu'ils n'auront plus lieu, dès qu'il sera guidé par les principes de loyauté et par la sagesse bien reconnue de son nouveau maître».

Auf diese Art wäre denn nun jener Anstand gehoben.

. . . Auf alle Fälle wünsche ich sehr, daß bald mit jener Stelle eine Verfügung getroffen werde, man quält mich so oft deswegen. Meine letzte Antwort, als man wieder von der jetzigen brandenburgischen Stimmführung sprach und fragte, wann denn die Aenderung stattfinden würde, war diese: avant tout, pour combien de temps m'assurez-Vous l'existence de la Diète?

Im Grunde ist das sehr wahr, daß in der jetzigen Lage man lieber zuwarten sollte, wenn nur das bestehende Verhältniß nicht gar so schlimm wäre . . .

---

185. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 4. Juli 1804.

[Kritik der Vorgänge am Reichstage.]

Gemmingen bespricht die jüngsten Vorgänge in Regensburg[2].

. . . Wie konnte der kurbadische Reichstagsgesandte die ihm aufgetragene Erklärung unter dem Vorwande verschieben, daß man erst erwarten müsse, ob

[1] Vergl. Polit. Correspondenz, IV, 509, 514.

[2] Vergl. oben Abschnitt 2.

durch sie die französische Regierung befriedigt würde? Die Antwort darauf ließ sich in Regensburg geben. Dort mußte man wissen, ob die kurbadische Erklärung soviel bewirken könne, daß die Eröffnung des Protokolles darüber unterbleiben dürfte; nur durch diese Wirkung konnte jene Erklärung befriedigend für die französische Regierung sein. Aber eben deswegen, weil man in Regensburg wohl wußte, daß die dem kurbadischen Reichstagsgesandten aufgetragene Erklärung diese Wirkung nicht haben könnte, wollte man Zeit gewinnen, daß Herr von Beust und der Marquis Lucchesini, und wer weiß noch, dieses in Paris bemerklich machen könne und ein neues französisches Andringen auf die dem Kurfürsten zugemuthete Erklärung veranlaßt wurde. Aber das ist es gerade, was die kurbadischen Geschäftsmänner dadurch vermeiden mußten, daß die abgeänderte Erklärung in Regensburg gemacht und in Paris als schon geschehen dargestellt wurde . . .

Nur die Erklärung, daß alles mit Vorwissen des Kurfürsten geschehen sei, meint Gemmingen, hätte den beabsichtigten Zweck erreichen können, wenn man denn doch einmal wider Recht und Billigkeit dem Kurfürsten eine Zumuthung habe machen wollen, wäre diese wenigstens zweckgemäß gewesen. Es verrathe sich auch hier wieder der Geschäftsgeist der Zeit, „wo man sich blos aus den Verlegenheiten des Augenblicks zu ziehen sucht."

„Hätte man in Regensburg von Anfang an vorgestellt, daß jenes Auskunftsmittel verfassungswidrig und also ohne Wirkung sei, dann würde man . . . gleich zu dem geschritten sein, wohin es doch kommen muß, nämlich durch Negociationen der größeren Höfe die Sache beizulegen, wenn sich anders die französische Regierung nicht zu irgend einer befriedigenden Erklärung gleich verstehen wollte."

Durch die unaufhörliche Nachgiebigkeit werde das Uebel immer schlimmer, „während man durch standhaftes Beharren bei der Verfassung und beim Rechte vielleicht nur einen Kampf zu bestehen hat, der unangenehm wäre, aber auch für die Zukunft sichern würde".

---

186. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 2. August 1804.

[Aufforderung zur Einleitung neuer Verhandlungen wegen Aufhebung des Sequesters. Einwirkung auf die Sustentation des Bischofs von Speyer. Zurückhaltung der badischen Regierung.]

Der österreichische Gesandte Freiherr v. Schall hat auf höhere Weisung die Conventionen mit Württemberg und Nassau-Oranien wegen Aufhebung des Sequesters mitgetheilt[1].

. . . Zugleich hat mir der H. Baron v. Schall den eigens erhaltenen Ministerialauftrag eröffnet: Se Kf. D. einzuladen, Jemanden zu bevollmächtigen, mit dem k. k. Hofrath und Commissar H. v. Steinherr über solcherlei diesseitige Gegenstände in Unterhandlung zu treten, da ihm diese gütlichen Uebereinkünfte und Ausgleichungen als demjenigen k. k. Diener, der am vollständigsten von allen

[1] Ueber den Stand der Sequesterangelegenheit vergl. Polit. Correspondenz, IV, 416 ff.

erforderlichen Lokalverhältnissen und sonst dahin einschlagenden Kenntnissen unterrichtet sei, eigens aufgetragen worden wären, wovon der H. Vicestaatskanzler Graf von Cobenzl auch bereits Ew. Excellenz prävenirt habe.

Der H. Gesandte Baron von Schall fügte dieser officiellen Aeußerung noch als vertrauliche Privatbemerkung bei: S. K. Majestät wären zu sehr von der billigen Denkungsart unseres durchl. Kurfürsten überzeugt, als daß Sie glauben könnten, daß der Verlust der bischöflich-speyerischen Capitalien, welche hierunter befangen sein würden, einige Minderung an der reichsschlußmäßigen Sustentation des Herrn Bischofs verursachen möchte, dessen desfallsiges Interesse somit auch einer besonderen Mahnung wohl gar nicht mehr bedürfen würde[1].

Ich antwortete hierauf, was diesen letzteren Gegenstand beträfe, so würde es wohl von selbst in die Augen leuchten, daß da die Sustentation des H. Bischofs nach dem vollen Bestand der angegebenen Einkünfte — und zwar sehr liberal — abgemessen worden, wobei allerdings die sämmtlichen domstiftischen Capitalien berücksichtigt wären, auch sogar dem H. Bischof zu seiner eigenen freien Disposition 200 000 fl. davon überlassen geblieben, der allenfallsige Verlust solcher Capitalien nothwendig auch eine verhältnißmäßige Rückwirkung auf die ihm nur unter jener Unterstellung so reichlich bewilligte Sustentation haben müsse und werde. Wenn also hierüber Diskrepanzien mit dem H. Bischof entstünden, so würden S. Kf. D. wohl sicher erwarten dürfen, daß auch selbst der allerhöchste kaiserliche Hof, dessen Verfügungen einzig und allein die bei der Regulirung der Sustentation des H. Bischofs bestandenen und zum Grund gelegten Verhältnisse veränderten, ihm auch nöthigenfalls die unumgänglich daraus folgende Consequenz auf seine Sustentation würden begreiflich machen lassen.

Soviel den ersten Gegenstand anlange, würde ich nicht säumen, Sr Kf. D. des kaiserlichen H. Gesandten officielle Eröffnung zu referiren . . ., es seie schon indirecte vor einiger Zeit ein solches Ansinnen von dem k. k. Hofrath von Steinherr selbst an den H. Regierungspräsidenten von Baur in Meersburg gemacht worden, woraufhin ein gutächtlicher Bericht von Ew. Exc. erfordert worden, dessen allernächst erwartende Einlangung Se Kf. D. vermuthlich noch gerne würden abwarten wollen, um Ihrem Regierungspräsidenten von Baur in Meersburg eine erschöpfende Instruktion über diesen Gegenstand mittheilen zu können.

Nach meiner Privatansicht der Sache scheine mir inzwischen der mitgetheilte Staatsvertrag mit Württemberg keineswegs erbaulich, ich glaubte daher auch wohl voraussehen zu dürfen, daß nach denen . . . so vielfältig verheißenen allerhöchsten Gesinnungen der besonders wohlwollenden Huld und Zuneigung . . . auch bei Gelegenheit der fraglichen Unterhandlungen die überzeugendsten Beweise hiervon bestätiget werden würden; wenn aber im äußersten Fall das droit

[1] Vergl. Polit. Correspondenz, IV, 373.

d'épave allgemein angenommen werden wolle, so würde Se Kf. D. meines Erachtens auch Ihrerseits in Ihren eignen Landen Sich hinreichend entschädigen können . . .

187. Kaiser Franz II. an Karl Friedrich.

Baden (bei Wien), 16. August 1804.

[Annahme der erblichen Kaiserwürde.]

Der Kaiser zeigt dem Kurfürsten die Annahme der erblichen Kaiserwürde in Oesterreich an und spricht die Hoffnung aus, daß derselbe „gegenwärtige Notificirung mit Theilnahme empfangen und mit der nämlichen Bereitwilligkeit für Mich und Mein Erzhaus, welche Dieselben dem kaiserlich französischen Hofe bezeigt haben, erwidern werden"[1].

188. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 18. August 1804.

[Neue Verhandlungen über Aufhebung des Sequesters nach den früheren Zusagen überflüssig; jedenfalls nur in Wien zu empfehlen. Anders bei Ermittlung des Aequivalents. Die speyrischen Capitalien.]

Gemmingen versichert, er könne sich nicht überzeugen, zu welchem Zwecke im vorliegenden Falle noch Unterhandlungen statfinden sollten. Die Erfüllung des Versprechens, welches Cobenzl gegeben habe, den Sequester aufheben zu wollen, bedürfe keiner Unterhandlung; Cobenzl habe überdies auf Vermittlung des russischen Gesandten erklärt, der Sequester sei nur irrthümlich auf die badischen Entschädigungsobjekte ausgedehnt worden. „Wenn unter diesen Umständen, nachdem bei Weitem die meisten Gegenstände bereits längst vom Sequester befreit sind, nur noch bei einigen die Verfügung von den Unterbehörden nicht erfüllt wurde, so läßt sich nicht absehen, wozu es neuer Unterhandlungen bedarf."

Sei eine solche aus ihm unbekannten Gründen doch nothwendig, so scheine ihm deren Eröffnung an einem anderen Orte wider die Achtung zu streiten, welche man der russischen Mediation bezeugen müsse.

Sollte nur davon die Rede sein, dem Kurfürsten für die noch zurückbehaltenen Entschädigungsobjekte Aequivalente zu verschaffen, so sei das eine Verhandlung von ganz anderer Art, als die, welche mit Württemberg und Nassau-Oranien stattgefunden habe. „Dann würde ich mich für hinlänglich autorisirt halten, alles anzunehmen, was durch eine allenfalls nachfolgende Uebereinkunft zwischen dem Herrn Präsidenten von Baur und dem Herrn von Steinherr als Aequivalent wird erkannt werden." In diesem Sinne werde er sich gegen den Vicestaatskanzler äußern.

---

[1] Schall überreicht das Schreiben dem Kurfürsten am 2. September auf Schloß Favorite. Edelsheim bemerkt dabei, „daß er nicht zweifle, Preußen werde die nämlichen Gründe auch für sich bald anführen, um seinen Königstitel in jenen eines Kaisers zu verwandeln". Bericht Schalls vom 3. September. Wien. St.-Archiv.

Zugleich müsse auch die Frage der speyrischen Capitalien entschieden werden. Man könnte vielleicht die Frage aufwerfen, ob Gelder, welche geistliche Corporationen in der Wiener Bank angelegt, als Realitäten anzusehen und als solche dem Heimfallsrechte unterworfen seien.

Allein diese Capitalien seien nicht Bankoobligationen oder Realitäten, die sich im österreichischen Gebiet befänden, sondern persönliche Schuldverschreibungen des Kaisers, denen Bankoobligationen nur als Unterpfand beigefügt seien. Eine solche Schuld könne nur aufhören, wenn der Gläubiger nicht mehr existire und sich kein Rechtsnachfolger desselben finde. Dies sei aber hier nicht der Fall[1].

189. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 20. August 1804.

[Ausfälle des Moniteur gegen den König von Schweden. Verlegenheit in Karlsruhe.]

Ein Artikel des Moniteur in Nr. 326 vom 14. August, der sich in scharfer Weise gegen den König von Schweden wendet[2], setzt Edelsheim in Verlegenheit.

. . . Dans les circonstances du moment ces observations ne peuvent certainement pas paraître indifférentes, je voudrais que du moins nous n'y eussions été nommés ni en blanc, ni en noir, afin de ne pas être exposés à une réclamation de S. M. pour donner un désaveu public de l'assertion en effet bien controuvée: «qu'il n'était pas une époque du séjour de S. M. à Carlsrouhe qui n'ait été marquée par un juste motif de plainte etc.»[3]

Quelque facile qu'il serait de donner à cet égard un témoignage qui satisferait le Roi, il y a grande apparence que le rédacteur de la feuille officielle ou ses commettants ne nous épargneraient pas ensuite dans les observations ultérieures . . .

---

[1] Die Verhandlungen rücken auch in der Folge nicht vor, da man badischerseits die Anerkennung des Heimfallrechts, die als Vorbedingung jedes Zugeständnisses gefordert wird, ablehnt und nicht mit Steinherr, sondern unter russischer Vermittlung in Wien mit Cobenzl direkt über die „Ausmittlung wechselseitiger Convenienzen" traktiren will. Der Ausbruch des Krieges vereitelt vollends eine rasche Entscheidung der Streitfrage. Auch Kammerrath Vierordt, der sich im Auftrag der Prinzen 1805 nach Wien begibt, kehrt unverrichteter Dinge wieder zurück. Ueber den Endverlauf der Angelegenheit vergl. Polit. Correspondenz, IV, S. LV. ff.

[2] Abgedruckt auch bei Nougarède de Fayet, II, 125.

[3] Voraus geht die Bemerkung: «Pendant que Vous recevez l'hospitalité à Bade, Vous outragez Votre beau-père; il n'est pas une époque etc.»

190. Edelsheim an Gemmingen.

Schwetzingen, 15. September 1804.

[Die Mainzer Zusammenkunft. Rückkehr Reitzensteins. Geplante Ernennung zum Curator der Universität Heidelberg.]

Nachrichten über die bevorstehende Begegnung Napoleons mit einer Anzahl deutscher Fürsten in Mainz.

Mr Mathieu qui se trouvait à Strasbourg a été mandé par un courrier extraordinaire à Mayence, et le chef du bureau, Mr Durant, accompagne Mr de Talleyrand. L'Electeur de Hesse n'ayant pas eu d'invitation quelconque pour venir à cette cour impériale est retourné tranquillement à Cassel d'où il paraissait ne s'être rendu à Wilhelmsbad que dans l'intention de se trouver plus à portée de se rendre à Mayence pour peu qu'on lui témoignât l'envie de l'y voir ou de lui parler . . .

Le Bon de Reitzenstein qui est de retour de son voyage dans les provinces méridionales de France se propose de s'établir maintenant à Heidelberg[1] d'où il viendra dîner aujourd'hui avec nous. S'il se refuse absolument à se charger de quelqu'autres fonctions, j'espère qu'il se prêtera du moins à accepter la curatelle de l'université de Heidelberg que je n'ai surveillée en attendant que provisoirement, ayant proposé dès lors de lui transmettre cet emploi à son retour.[2] . . .

191. Graf Görtz an den Geheimen Rath.

Regensburg, 24. September 1804.

[Vorbereitung für die künftigen Reichstagsberathungen.]

Görtz ist aus seinem Urlaube wieder zurückgekehrt. Die Sitzungen beginnen erst wieder am 11. November. Die Zwischenzeit wird er benützen, um die bei den künftigen Berathungen in Frage kommenden Materien vorzubereiten, — hierher gehören die Festsetzung der Virilstimmen, die Organisation der Reichsritterschaft, der Reichskreise und des Reichskammergerichts, die Regelung der Reichsmatrikel, sowie das Rheinschifffahrtsoktroiprojekt.

192. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 26. September 1804.

[Lage in Oesterreich. Gerüchte über neue territoriale Veränderungen.]

Gemmingen klagt, man lebe in „der größten Unwissenheit von allem, was nicht öffentliches Zeitungsgeheimniß" sei, doch sei dies keineswegs eine Folge der Zurückhaltung

[1] Vergl. v. Reichlin-Melbegg, H. Eberh. Gottlob Paulus, II, 18.

[2] Der Plan gelangte bekanntlich erst im Jahre 1807 zur Ausführung. Vergl. v. Weech, Bad. Biographien, II, 180.

und Verschlossenheit des Wiener Cabinets, sondern ein Beweis dafür, wie wenig dasselbe in die Pläne der europäischen Politik eingeweiht sei.

„Höchst wahrscheinlich, um nicht zu sagen gewiß", steht keine fremde Macht zur Zeit in Unterhandlung mit Oesterreich[1].

Die Kräfte der Monarchie sind vollkommen gelähmt, aber es bedürfte „nur eines elektrischen Schlages, der von irgend einem Mann von Geist ausginge, um diese Monarchie mit vieler Bedeutung auftreten zu machen." Das reorganisirte österreichische Heer und der Staatsschatz werden die Mittel dazu liefern.

Gerüchte von neuen Territorialveränderungen kursiren in Wien. Der Kurfürst von Württemberg soll nach Niederdeutschland translocirt werden und Hannover[2], Baden aber einen Theil der württembergischen Lande und die Oberherrlichkeit über Helvetien erhalten.

193. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 3. October 1804.

[Mathieu's Berufung nach Mainz. Abenteuerliche Gerüchte über die Errichtung eines linksrheinischen Kurfürstenthums.]

Die Berufung Mathieu's nach Mainz erregt in Wien Aufmerksamkeit. Man hat Gemmingen einen Pariser Bericht mitgetheilt, der von den angeblichen Plänen Mathieu's Nachricht gibt. Er habe, heißt es, vorgeschlagen, einen Theil des linken Rheinufers dem Reiche zurückzugeben, falls derselbe den französischen Kaiser als Landesherrn behalte und zum Kurfürstenthume erhoben werde. „Hierdurch würde bei einer sich ereignenden oder herbeizuführenden Gelegenheit die Verbindung des römisch-deutschen Kaiserthums mit dem französischen und die völlige Herstellung des karolingischen Kaiserthums auf einem verfassungsmäßigen Wege möglich sein."

Das ganze Projekt sei so abenteuerlich, meint Gemmingen, daß er es nur mittheile, weil es zur Signatur der gegenwärtigen Lage gehöre, daß dasselbe überhaupt Beachtung finde[3].

194. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 9. October 1804.

[Dringt auf Entscheidung über sein ferneres Verbleiben.]

Hat gehofft, daß während der Reichstagsferien endlich eine Entschließung getroffen werde, «à l'égard de la place dont j'ai l'honneur de remplir les fonctions depuis plus de 16 années.» Es liege ihm sehr daran, daß er aus der peinlichen, über ein Jahr an-

[1] Die Stelle lehrt, daß Gemmingen trotz seiner Beziehungen zu Rasumowsky keine Ahnung von den Allianzverhandlungen hatte, die damals mit Rußland geführt wurden und in der gemeinsamen Deklaration vom 6. November ihren Abschluß fanden.

[2] Vergl. oben S. 145.

[3] Schon einige Monate früher war der Name Mathieu's mit neuen Theilungsprojekten gerüchtweise in Verbindung gebracht worden. Vergl. v. Ompteda, a. a. O. II, 1, 51.

dauernden Situation, in der er sich befinde, befreit werde. Gemmingen habe ihm nicht verhehlt, daß die Rücksicht auf die Kurwürde und die öffentliche Meinung die Ernennung eines eigenen Vertreters in Regensburg erheische. Er hege daher den dringenden Wunsch, «que S. A. S. E. veuille prendre dans Sa sagesse une prompte détermination telle qu'Elle la jugera nécessaire au bien de Son service, à Ses hauts intérêts et à Sa dignité.»

---

195. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 12. October 1804.

[Gerücht vom Rücktritt Gaylings. Die Mainzer Zusammenkunft.]

. . . Man spricht hier allgemein, daß der Finanzminister v. Gayling seine Entlassung begehren werde. Die neuen Einrichtungen, von welchen der Prinz Louis die Haupttriebfeder ist und dadurch die Direction der Geschäfte an sich zieht, scheinen diesen Minister sowohl als auch einige andere geheime Räthe unzufrieden zu machen.

Der Herr Ministre Edelsheim sagte mir einige Tage nach seiner Zurückkunft, daß man sicher glauben würde, in Mainz wären von Seiten der Reichsfürsten eine Menge wichtiger Geschäfte gemacht worden; allein durch Aufwartung, Diners und Spectacle habe man die meiste Zeit verloren. Das wichtigste sei die Ankunft des Herrn v. Arberg von Berlin[1] gewesen, und dem Aeußerlichen nach zu schließen, sei man am kaiserlich französischen Hofe mit seiner mitgebrachten Antwort zufrieden gewesen.

Der Kurerzkanzler und der Kurfürst von Baden haben auch dem Mr Talleyrand ihren Besuch abgestattet. Derselbe ließ die beiden Kurfürsten ziemlich lange auf sich warten; der Kurerzkanzler ressentirte es und ist nach der Erscheinung des Herrn Talleyrand nur ein paar Minuten noch geblieben, sodann, ohne Abschied zu nehmen, verschwunden. Der Kurfürst von Baden hat aber seinen Besuch auf eine halbe Stunde ausgedehnt. Als Talleyrand den Kurerzkanzler nicht mehr sah, soll er gesagt haben: «celui-là m'est échappé». Als der Kaiser von Mainz auf die rechte Rheinseite geritten, soll derselbe seine Garde auf dem linken Rheinufer gelassen haben, nur einen Generaladjutanten bei sich behalten[b], mit dem Ausdruck: «je ne veux pas violer le territoire».[2] Diese beiden Anecdoten sind mir hier von glaubwürdigen Personen erzählt worden . . .

Wien. St.-Archiv.

---

[1] Ueber die Sendung des Grafen Arberg nach Berlin vergl. Bailleu, a. a. O. II, S. LI u. 291 ff.

[2] Vergl. Obser, a. a. O. Zeitschrift f. Gesch. des Oberrheins, N. F. XIV, 627.

196. Edelsheim an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 15. October 1804.

[Wechsel in der Vertretung am Reichstag. Officielle Anfrage bei Seckendorff.]

Bedauert, daß Görtz über das Ausbleiben einer Entscheidung ungehalten.

. . . Je ne disconveniens pas que l'opinion d'une nécessité indispensable d'entretenir dorénavant à la Diète un ministre privativement attaché à son service et à ses propres intérêts n'ait été manifestée à Msgr. l'Electeur par des insinuations fort respectables et réitérées de différentes parts, mais S. A. S. E. ne m'avait jamais encore fait connaître une résolution définitive à ce sujet qui pût m'autoriser à quelque démarche prononcée . . .

Da Görtz dies indes selbst wünsche, müsse der Kurfürst nun seine Entscheidung treffen; er lasse dabei den Verdiensten, die der Gesandte sich um ihn erworben, sowie seinem Eifer und seiner Ergebenheit alle Anerkennung widerfahren.

. . . Je ne me permettrai pas d'anticiper sur ce que S. A. S. E. se réserve de marquer Elle-même sur cet objet à V. Exc., mais je m'empresse à La prévenir que ce n'est que d'aujourd'hui seulement que je suis chargé de faire à Mr. le B[on] de Seckendorff, ci-devant plénipotentiaire de Wurtemberg à Ratisbonne, les premières ouvertures et propositions pour l'acceptation de cette mission . . .

Man dürfe von Seckendorff wohl hoffen, daß er fähig und würdig sei «de succéder à V. Exc. dans une place qu'Elle a si longtemps occupée avec tant de distinction et de succès.»

Gleichzeitig theilt Edelsheim dem Freih. v. Seckendorff mit, er habe Weisung, ihm die badische Reichstagsgesandtschaft anzutragen; ein Schreiben seines Bruders, des Generallieutenants, stelle seine Zusage in Aussicht. Da der Kurfürst dem Grafen Görtz zum Zeichen seiner Erkenntlichkeit und Werthschätzung voraussichtlich eine lebenslängliche Pension in der vollen Höhe seiner Besoldung bewilligen werde, könne man Seckendorff nur einen jährlichen Gehalt von 8000 fl. zusichern. Es bestehe ferner die Absicht, ihn auch am Hofe des Kurerzkanzlers und in München zu beglaubigen. An Seckendorff, 15. October 1804.

197. Graf Görtz an den Geheimen Rath.

Regensburg, 16. October 1804.

[Die Rheinschifffahrtsoctroiconvention. Wiederaufnahme der Concordatsverhandlungen. Antheil des Kurerzkanzlers.]

Stillstand der Reichstagsgeschäfte. Albini wird demnächst „Abschriften des bekannten Projet d'octroi[1] der Rheinschifffahrt“ vorlegen.

. . . Ein nicht minder wichtiger und das ganze Reich betreffender Gegenstand, die Errichtung eines neuen Concordates mit dem römischen Hofe wird auch wahr-

[1] Gemeint ist die Convention vom 15. August 1804, an der auch Baden als Uferstaat ein lebhaftes Interesse hatte. Gedruckt bei Martens, Supplément au recueil des principaux traités. IV, 36 ff.

scheinlich nächstens hier zur Behandlung gebracht werden. Nach den Aeußerungen des Herrn Kurerzkanzlers gewärtigen Sie Sich nächstens hier den seit einigen Jahren sich schon in Deutschland und mehrentheils zu Augsburg aufhaltenden Auditor di rota Troni[1] als einen Vorläufer des zu diesem Geschäft vom Papst ernannten und auch bald erwarteten Nuntius Ghica[2] [zu sehen]; S^e Kurf. Gnaden scheinen zu vermuthen, daß letztermeldter Nuntius zuerst hier sich bemühen wird, mit denen deutschen Kur- und Fürsten, welche katholische geistliche Lande als Entschädigung erhalten haben, durch einzelne Unterhandlungen eine Uebereinkunft zu treffen, um sodann diese katholische Kirchenangelegenheit im Zusammenhang dem Reichstag zur Festsetzung eines neuen Concordats vorzulegen. Den ersten Grund zu dieser Unterhandlung möchten der H. Kurerzkanzler wohl schon während Ihrer Anwesenheit in Mainz in Ihren Unterredungen mit dem französischen Kaiser gelegt haben[3], und Sie scheinen entschlossen zu sein, wenn, wie Sie es erwarten, der Papst Ihnen den Wunsch bezeugen sollte, Sie in Paris während seiner Anwesenheit allda über diese Ihnen so vorzüglich äußerst wichtige Angelegenheit zu sprechen, Sich selbst dahin zu begeben . . .

Copie.

198. Edelsheim an Gemmingen[4].

Karlsruhe, 19. October 1804.

[Die Mainzer Zusammenkunft. Ihre politische Bedeutung übertrieben. Auszeichnung des Kurfürsten und der badischen Prinzen durch Napoleon. Geplante Reise des Prinzen Ludwig nach Paris. Heirathsprojekt des Kurprinzen.]

Je n'ai pas pu parvenir encore à Vous communiquer les détails les plus intéressants de notre séjour à Mayence, mais je puis Vous assurer que différentes légendes qui ont été répandues sur tout ce qui s'y est passé sont en grande partie aussi destituées de fondement qu'essentiellement ridicules. Il en est vraisemblablement de même à peu près des prétendus plans politiques qui devraient avoir été mitonnés à Mayence; je pourrais à la vérité n'en avoir pas eu la moindre connaissance, mais tels qu'on les débite au lointain, ils me paraissent si paradoxes et inexplicables qu'on peut sans trop de présomption les regarder pour le moins comme fort apocryphes.

Le lendemain matin de l'arrivée de l'Empereur des Français, S. M. I. envoya le maréchal de l'Empire Mortier complimenter notre Electeur; une garde d'honneur avait déjà précédé cette mission; la même formalité avait également eu lieu pour l'Electeur Archichancelier.

---

[1] Ueber Troni's Sendung nach Regensburg vergl. v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg, 1, 341.

[2] Sic! lies Genga.

[3] Vergl. v. Sicherer, Staat und Kirche in Bayern, 87.

[4] Am Rande: NB! avec un supplément chiffré. Dasselbe fehlt. Andeutungen über seinen Inhalt in Gemmingens Bericht vom 7. November d. J.

Après onze heures du soir le grand-chambellan M[r] Talleyrand vint me trouver au moment où j'allais me mettre au lit pour me charger de la part de l'Empereur de demander aux deux Electeurs, comment ils souhaiteraient d'être reçus, S. M. désirant ne faire que ce qui pourrait leur être le plus agréable à cet égard. Nous convînmes que je lui viendrais rendre réponse le lendemain avant l'heure où M[r] Talleyrand devait se trouver chez S. M. I.

La proposition de l'incognito que les Electeurs auraient cru obvier le mieux à toute espèce d'embarras réciproque paraissant d'autre part présenter quelques inconvénients relatifs à la circonstance, L. L. A. A. S. S. E. E. consentirent à une réception telle qu'elle a été rapportée dans tous les papiers publics.

On leur fit savoir en même temps que pour se procurer plus souvent les occasions de s'entretenir sans aucune gêne avec eux, l'Empereur avait demandé à l'Impératrice de tenir régulièrement chaque jour un petit cercle pour les Electeurs et nos Princes d'où on se rendrait ensuite au spectacle. Cela fut ainsi observé pendant tout le séjour et notre Electeur accompagna régulièrement l'Empereur tout comme l'Electeur Archichancelier l'Impératrice au spectacle. Ils restèrent de même assis, comme ils venaient, l'un à côté de l'Empereur, l'autre à côté de l'Impératrice, les chaises de notre Prince électoral et du Prince Louis de Bade furent placées un peu plus en arrière . . . Ils furent au reste les seuls de tous les Princes et Princesses étrangers qu'on admit dans la loge impériale . . . Vous jugerez aisément par ces détails, combien les Electeurs et nos Princes ont à se louer de l'accueil distingué qui leur a été marqué invariablement à Mayence du premier jusqu'au dernier moment.

Il est encore question au reste pour le Prince Louis d'un voyage à Paris pour le temps du couronnement. On s'attend aussi à pareille attention de la part de l'Electeur bavaro-palatin et on présume que l'Electeur Archichancelier sera engagé par le S[t] Père à y venir vers la même époque . . .

. . . Vous entendrez parler sans doute des apparences presque certaines d'un mariage prochain entre notre Prince électoral et la Princesse Auguste, fille aînée de l'Electeur de Bavière. Quoiqu'on n'en puisse encore rien publier, il est toutefois à espérer que l'accomplissement des vœux réciproques à ce sujet ne souffrira aucun obstacle . . .

En attendant on applaudit généralement à cette heureuse perspective et rien ne pouvait électriser davantage nos Palatins et cimenter leur attachement chancelant à leur nouveau souverain . . .

---

199. Graf Görtz an den Geheimen Rath.

Regensburg. 25. October 1804.

[Der Concordatsentwurf. Berücksichtigung badischer Wünsche. Verhandlungen zwischen Papst und Kurerzkanzler in Paris stehen bevor.]

Seit der Ankunft des in meinem letztern ehrerbietigsten Bericht schon erwähnten Geschäftsmann des Papstes, Grafen von Troni, haben der Herr Kurerzkanzler anhaltend mit demselben Unterhandlungen gepflogen, deren Gegenstand gewesen ist, einen Entwurf eines mit dem päpstlichen Stuhl zu errichtenden Concordats zu Stande zu bringen, welches sowohl dem Oberhaupt der katholischen Kirche angenehm sein, auch den Beifall und die Zufriedenheit der dabei interessirten Höchst- und Hohen deutschen Höfe erhalten könne, und nach dem, was seitdem J. Kf. Gnaden mir im wohlwollenden Vertrauen zu eröffnen geruht haben, so ist dieser Entwurf wirklich gefertiget zu Papier gebracht, und Sie scheinen Sich der zuversichtlichen Hoffnung zu überlassen, daß derselbe, wenn er mit der Genehmigung mittelst eines kaiserlichen Commissionsdecrets des Papstes, weswegen Höchst Sie schon die behufigen Schritte in Wien gemacht haben, wird zur Kenntniß Ihrer Hohen Mitstände gebracht werden können, deren Beifall erhalten möchte. Soviel Höchst Sie mir davon vertraulich zu erkennen gegeben haben, so ist dessen wesentlicher Gegenstand die neuere katholische kirchliche Einrichtung für den Theil des deutschen Reichs, der durch den letztern Deputations- und Reichsschluß unter Ihren Metropolitansprengel gegeben ist, von welchem die kaiserlich österreichischen Lande ausgeschlossen geblieben sind. In diesem Ihnen anvertrauten Sprengel glauben Sie elf und vielleicht, wenn des Erbprinzen von Oranien-Nassau Hoheit einen eigenen Landesbischof für Ihre katholische Lande wünschen sollte, zwölf Diözesanbischöfe erforderlich, das Capitel eines jeden Bischofs würde aus zehn Canonicis bestehen; die Einkünfte des ersteren auf 12,000 fl.[1], die der letzteren eines jeden à 2000 fl. zu bestimmen sein. Sollte die Ernennung der Bischöfe durch die Wahl ihrer Capitel nicht den Wünschen der Landesherrn angemessen sein, so wären bei den katholischen Landesherrn, Ihnen solche zu überlassen, dahingegen den evangelischen Landesherren die Ernennung der ihrigen in demselbigen Maße zugestanden werden sollte wie bis jetzt J. Kgl. Maj. von Preußen[2] und J. Russisch Kaiserl. Majestät solche Ernennungen gehabt hätten. Bestimmt wird aber darin festgesetzt, daß ein jedesmaliger Kurfürst, Erzbischof und Reichskanzler durch sein Metropolitancapitel, das aus 14 Mitgliedern bestehen und dessen Sitz Regensburg sein wird, gewählet werden soll und muß. — Einem der Wünsche J. Kf. Durchlaucht glaubt der Herr Kurerzkanzler entsprochen zu haben, da die gesammten kurbadischen Lande[3] der Diözese des künftigen Bischofs von Bruchsal werden zugetheilet werden.

[1] Also übereinstimmend mit den badischen Forderungen vom 29. Juni 1803.

[2] Preußen zeigte der römischen Curie jeweils die Ernennung des Candidaten an; die Curie betrachtete dies als eine Präsentation und ertheilte unweigerlich ihre Bestätigung. Bericht des Grafen Görtz vom 15. November.

[3] Vergl. Polit. Correspondenz, IV, 328, 396.

Um diesen Angelegenheiten einen desto geschwinderen und sicheren Erfolg zu verschaffen, hat der Kurerzkanzler den Entschluß bestimmt gefaßt, selbst nach Paris zu gehen, um mit dem Papst während desselben Aufenthalt alldorten directe zu unterhandeln[1], und da nach den letzten Nachrichten der Papst erst den 3ten künftigen Monats seine Reise antritt, so werden J. Kf. Gnaden die Ihrige dahin bis gegen die Mitte des Novembers verschieben[2] . . .

200. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 29. October 1804.

[Mißbehagen Edelsheims über die Reise des Markgrafen Ludwig.]

. . . Die Reise des Markgrafen Ludwig nach Paris wird nun bald erfolgen, und in einigen Tagen geht der Freih. v. Dalberg wieder dahin ab. Der Staatsminister v. Edelsheim wollte mir letzthin zu verstehen geben, daß diese Reise nach seinem Sinne wohl ganz hätte unterbleiben können. Einmischung des Prinzen Louis in die äußern Geschäfte, besonders mit Frankreich, sowie derselbe es mit den Finanzen gemacht hat, die nun ganz unter seiner Leitung stehen, scheint man zu befürchten. Der Finanzminister hat auf einige Wochen Urlaub genommen und ist verreist . . .

Wien. St.-Archiv.

201. Das württembergische Staatsministerium an das badische Geheime Rathscollegium.

Stuttgart, 4. November 1804.

[Der Concordatsentwurf. Mitwirkung der Reichsstände bei der Vorbereitung zur Wahrung ihrer Interessen geboten. Bitte um Mittheilung der badischen Ansicht.]

Nach eingekommenen zuverlässigen Nachrichten ist der Entwurf eines Concordats für Deutschland unter der Leitung des Herrn Kurerzkanzlers bereits bis auf die vorläufige Genehmigung Sr Kais. Majestät und Päpstl. Heiligkeit vollendet und solle der Reichsversammlung in wenigen Monaten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Da der § 62 des Reichsdeputationshauptschlusses bestimmt, daß die neue Diözesaneinrichtung auf reichsgesetzliche Art getroffen werden soll, so läßt sich nicht begreifen, wie ohne alle reichstägliche Vorbereitung, Instruktions- und Voll-

[1] Vergl. v. Beaulieu-Marconnay, K. v. Dalberg, I, 341.

[2] Nachträglich berichtet Görtz am 1. November, es sei in dem Concordatsentwurfe überdies die für die Landesherrn beruhigende Fürsorge getroffen, „daß denselben in allen Civil- und Criminalsachen die Jurisdiktion über den sämmtlichen katholischen Clerus überlassen ist und der Gerichtsbarkeit des Bischofs und Metropolitans nur die blos geistlichen Religions- und Disciplinarsachen untergeben sein werden."

machtsertheilung in dieser für das deutsche Vaterland und die landesherrlichen Rechte so höchst wichtigen Angelegenheit wirkliche Unterhandlungen haben stattfinden und wie gar ein vollendeter Entwurf des Concordats versucht werden mögen, der nach gewissen Planen erst nach vorgängiger kaiserlicher und päpstlicher Bestätigung dem deutschen Reiche vorgelegt werden soll, um die Genehmigung seines vollen Inhalts zu bewirken und alle Modifikationen desselben möglichst zu beseitigen.

Das wesentlichste Interesse und die ersten Rechte der sämmtlichen höchsten Kurfürsten und hohen Fürsten des Reichs sind durch diese Leitung der Sache zu nahe betroffen, als daß nicht eine Vereinigung über gemeinschaftliche sichernde Maßregeln zur dringenden Nothwendigkeit werden sollte.

Wenn nun vollends der Inhalt des Entwurfs, wie man nur aus dem im engsten Vertrauen ausgehobenen einzigen Punkt, der den künftigen deutschen Bischöfen die Besetzung sämmtlicher geistlichen Stellen einräumt, zu schließen berechtiget ist, stark in die Rechte des Landesherrn eingreift, so wird doppelte Vorsicht erfordert werden, um sich nicht neue Fesseln anlegen zu lassen, gegen welche die erhabensten Kur- und Fürsten des Reichs so standhaft gekämpft haben.

Zur Erreichung dieses Zweckes kennen wir kein zuverlässigeres Mittel, als uns in dem uns so schätzbaren Vertrauen die jenseitige Ansicht in dieser gemeininteressanten Sache von Euer Excellenzien geziemend zu erbitten und zugleich von Seiten Sr Kf. D., unsers gnädigsten Herrn, die Bereitwilligkeit zur gemeinschaftlichen Ueberlegung, Berathung und Ausführung der Schritte, welche zur Sicherstellung der bedrohten Rechte und Freiheiten nützlich und nothwendig sein dürften, hiemit voraus zu erklären . . .

---

202. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 6. November 1804.

[Der Kurfürst wieder völlig genesen. Graf Degenfeld für die Münchener Gesandtschaft in Aussicht genommen.]

Der Kurfürst hat sich von dem Anfalle wieder völlig erholt, reitet täglich aus, sieht jeden Sonntag die fremden Gesandten bei der Tafel und Abends beim Spiel und führt wieder den Vorsitz bei den Geheimen Rathssitzungen.

. . . Ensuite je Vous avertis aussi que nous allons faire l'acquisition du Cte Hans de Degenfeld-Schomberg[1], actuellement encore chambellan du Roi de Prusse, auquel l'Electeur donnera vraisemblablement la mission à Munich . . .

---

[1] Graf Johann von Degenfeld-Schomberg, der vier Jahre lang in London der preußischen Gesandtschaft angehörte, war schon im Juli d. J. von dem Geheimen Rath von Gemmingen-Bonfeld zur Verwendung in badischen Diensten empfohlen worden und hatte sich am 20. August in Karlsruhe dem Kurfürsten vorgestellt.

203. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 7. November 1804.

[Gerüchte über drohende Umwälzungen in Deutschland. Streben Bayerns nach der Hegemonie im Süden. Plan einer Theilung Deutschlands zwischen Preußen und Oesterreich. Rußland drängt zum Kriege.]

|: L'association dont Vous me parlez dans Votre supplément du 19 oct.[1] ne peut être que l'initiative d'un projet qu'on suppose depuis quelque temps à Napoléon, de vouloir mettre toutes les forces disponibles en Allemagne entre les mains des Electeurs de Bavière et de Hesse pour pouvoir en tirer un meilleur parti. J'ai tardé de Vous mander les renseignements que j'ai eus pendant Votre voyage à Mayence, parce que je devais attendre ceux que Vous m'aviez promis pour pouvoir juger du degré de confiance que méritent les données que j'avais à Vous communiquer, car enfin ce ne sont jamais des faits positifs qu'on puisse garantir. Il paraît que de tous les côtés le bouleversement de l'Allemagne est à l'ordre du jour ou par cupidité, ou parce qu'on y croit voir le seul moyen de s'opposer au torrent du pouvoir de l'Empereur des Français. Vous voudrez bien Vous souvenir de ce que pendant mon séjour à Carlsrouhe j'ai eu l'honneur de Vous dire concernant les projets de ceux qui sont en Bavière au timon des affaires. Je Vous ai alors fait part de ma conviction qu'il ne s'agit de rien moins à Munich que de vouloir jouer le rôle de la Prusse et d'envahir notre partie de l'Allemagne, tandis que la cour de Berlin ferait son affaire de ce qu'on y appelle le nord de l'Allemagne. Mr de Hardenberg, cheville-ouvrière de ce projet[2], le poursuit toujours, tandis qu'un autre parti auquel appartient Mr de Schulenburg et même le Duc de Brunswic, ne croyant pas qu'on puisse parvenir à un pareil changement sans le concours de la cour de Vienne, a en vue de partager l'Allemagne entre l'Autriche et la Prusse pour compenser les avantages qu'on ne pourrait empêcher la France d'acquérir en Italie. Il y a quelques données comme quoi le Prince Louis Ferdinand aurait été chargé de sonder le terrain sauf peut-être à faire passer, selon les circonstances ses propos pour des étourderies. Mais on est ici trop circonspect, pour que de pareilles idées puissent être accueillies.

---

[1] Die chiffrirte Beilage fehlt leider. Vergl. oben Nr. 198. Sie enthielt zweifellos Mittheilungen über den in Mainz erörterten Plan eines deutschen Fürstenbundes. Vergl. Strippelmann, Beiträge zur Geschichte Hessen-Kassels, I, 181.

[2] Bei Ranke, Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers von Hardenberg, II, 84. wird eines solchen Plans nirgends gedacht; auch sonst findet sich nirgends eine Spur davon; es handelt sich schwerlich um mehr als um ein leeres Gerücht.

Aussi le Prince, un jour échauffé de vin, m'a parlé avec dépit de la pusillanimité et du manque absolu de courage qu'il croyait rencontrer partout dans ce pays-ci.[1]

A Pétersbourg de pareilles confidences n'ont certainement pas encore eu lieu, parce qu'on n'y voudra jamais entendre parler de nouveaux avantages que la France devrait avoir en Italie. Mais précisément pour empêcher ceux-ci et afin de mettre des bornes aux progrès effrayants du nouvel Empire, on croit en Russie devoir se prêter en cas de besoin à de grands sacrifices. — A demain la suite.

(Fortsetzung vom 8. November.)

. . . Sous ce rapport il y a un plan déformé à Pétersbourg d'après lequel une armée russe entrerait subitement dans les provinces polonaises tant de l'Autriche que de la Prusse et les prendrait en dépôt pour vaincre l'indécision de ces deux puissances, les mettre simultanément sous les armes et leur donner en même temps une assurance contre la méfiance réciproque[2]. Cette première impulsion une fois donnée, même contre le gré des deux puissances, on ménagerait entre eux un partage de l'Empire Germanique d'après ses localités, pour leur y attribuer momentanément le pouvoir nécessaire, afin d'être à même de tirer parti de toute la force militaire dont on croit l'Allemagne susceptible[3], sauf à établir par la suite en Empire un nouvel ordre des choses selon les résultats de cette guerre qu'on regarde comme l'unique moyen de sauver l'Europe. L'Empereur Alexandre qui n'aime pas les moyens violents s'y est jusqu'ici refusé, mais on ne peut pas douter qu'il les embrassera, si un des plans dont Vous m'avez fait part[4] commençait à se réaliser, ou si Napoléon continuait son train, comme cela n'est que trop probable.

En attendant les deux cours de Vienne et de Pétersbourg, plus rapprochées par le danger augmentant, sont en correspondance par rapport aux nouveaux projets de Napoléon de concentrer les pouvoirs en Allemagne comme chez les Bataves et en Suisse et en Italie. Vous pouvez

---

[1] Der Aufenthalt des Prinzen in Wien fällt in den September 1804. Vergl. Beer, a. a. O. 110; Wertheimer, I, 270. Einen officiellen Auftrag hatte er nicht.

[2] Auch diese Mittheilungen lehren, wie schlecht Gemmingen unterrichtet war. Ueber die Allianzverhandlungen mit Rußland vergl. Beer, Oesterreich und Rußland i. d. J. 1804 und 1805. Arch. f. österr. Geschichte, 53, 137 ff.

[3] Ueber den Merveldt'schen Plan einer Theilung Deutschlands im Anschluß an ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen Oesterreich und Preußen vom Herbst 1804 vergl. v. Ranke, Hardenberg, II, 225. Ob freilich Gemmingen Kenntnis davon hatte, ist sehr fraglich.

[4] Wohl ebenfalls in der chiffrirten Beilage vom 19. October.

compter que j'ai les yeux ouverts. Vous serez bien instruit, mais pour Dieu que personne n'en sache rien que l'Electeur et Vous, mon cher chef. :|

---

204. Der badische Geheime Rath an das württembergische Ministerium.

Karlsruhe, 8. November 1804.

[Die Befürchtungen wegen des Concordatsentwurfs wohl unbegründet. Ein Recht der Reichsstände auf Mitwirkung durch den Deputationshauptschluß nicht gesichert. Unklare Fassung des letztern. Bereitwilligkeit zu vertraulicher Erörterung des Entwurfes mit Württemberg.]

Antwort auf das Schreiben vom 4. November. Aus den bisher eingegangenen Nachrichten über den Inhalt des Concordatsprojektes habe man nichts Bedenkliches entnommen und finde, was man württembergischerseits darüber mittheile, „so kontrastirend mit den bisher geübten Rechten der weltlichen Landesherren", daß man nicht für glaublich erachte, daß der Kurerzkanzler, dessen „Einsicht und Reichspatriotismus" bekannt seien, eine solche Forderung in die Punktation aufnehmen werde. Vermuthlich handle es sich um eine Verwechslung mit der institutio canonica. „Nichtsbestoweniger sind wir überzeugt, daß eine vorläufige Reichsinfluenz in dem Entwurf der ersten Punktation es möglich gemacht haben würde, manchen den Landesfürsten wesentlichen und dem wahren Wohl oder der Sicherheit der katholischen Kirche unnachtheiligen Vortheil zu erlangen, der bei einer schon abgeschlossenen Punktation, die man nur annehmen oder verwerfen, nicht aber gleich gut modificiren kann, schwerer zu erreichen sein wird. Wir haben es eben darum seiner Zeit mit stillem Bedauern vernommen, daß in dem Reichsdeputationsschluß eine solche Influenz nicht festgesetzt, sondern die neue Diöcesaneintheilung nur überhaupt auf eine reichsgesetzmäßige Art der Vollziehung verwiesen worden ist, wo doch eben darüber noch keine reichsgesetzmäßige, bestimmt diesen Fall treffende Normen vorliegen. Wir sahen gleich damalen vor, daß diese Unbestimmtheit die Sache in jenen Gang leiten werde, den sie jetzt geht, da schon ein Ausweichen aller bestimmten Erklärung über den Modum bei den Abstimmungen der fürstlichen Reichsdeputirten bemerklich war."

Wird erläutert durch eine Kritik der Verhandlungen in der 19. Sitzung der Reichsdeputation vom 23. Oktober 1802[1], wo, trotzdem Kursachsen den „sehr annehmlichen Antrag" gestellt, daß die Neuordnung der Diöcesanverhältnisse durch die künftigen Landesherrn im Einvernehmen mit der römischen Curie zu erfolgen habe, eine klare, bestimmte Formulirung der Wünsche der Deputation nicht erzielt, sondern alles einer reichsgesetzmäßigen Regelung anheimgestellt worden sei. Hinterdrein nun gegen den Reichsschluß zu remonstriren, dürfte schwer fallen. Reichsgesetze, die einen andern Weg vorschrieben, kenne man nicht; kraft der Wahlkapitulation, Art. 14, werde der Kaiser ohnedies das Recht beanspruchen, die Verhandlungen mit Rom, soweit sie die landesherrlichen weltlichen Interessen beträfen, «salva ratificatione imperii» selbst zu führen. Ueberdies sei die Angelegenheit schon so weit eingeleitet, daß alle Hoffnung, „noch eine Influenz in die Initiative zu gewinnen", zu spät komme. Auch möchte es, „wenn man nicht Gefahr laufen will, die alten bischöflichen Einrichtungen immer auf dem Hals zu behalten und . . . die Domcapitel und

---

[1] Vergl. Protokoll der außerordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg I, 361 ff.

Vicarien fortzuerhalten, nicht rathsam sein, auf das Ungewisse hin Bewegungen einzuleiten, die der Sache Hindernisse in den Weg legen."

Um so nothwendiger aber erscheine, sobald der Concordatsentwurf bekannt werde, ein vertrauliche Verständigung insbesondere der evangelischen Reichsstände „über die desfalls am Reichstag zu führende Sprache." Man werde gerne s. Zt. hierzu mitwirken und theile vorläufig vertraulich die dem Gesandten in Wien ertheilte Instruktion vom 29. Juni 1803[1] mit.

Concept Brauers.

205. Graf Görtz an den Geheimen Rath.

Regensburg, 22. November 1804.

[Der Concordatsentwurf. Die Interessen der Landesherrn gewahrt.]

Görtz versichert gegenüber gewissen Bedenken, die von württembergischer Seite bei der badischen Regierung über den Inhalt des Concordats geltend gemacht worden[2], nochmals die Zuverlässigkeit seines früheren Berichtes vom 25. October[3]. Er habe selbst den Entwurf des Kurerzkanzlers mit dessen Erlaubniß gelesen, — Dalberg glaube, daß derselbe den Interessen der Landesherrn möglichst entspreche und doch „nicht zu sehr gegen die Grundsätze der katholischen Religion und des päpstlichen Hofes" verstoße, daher wohl als Leitfaden für die ferneren Verhandlungen mit dem Nuntius in Regensburg dienen könne, die er durch ein kaiserliches Commissionsdekret einzuleiten hoffe.

206. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 22. November 1804.

[Hofnachrichten. Seckendorff. Die Reise der Prinzen nach Paris.]

Heute wird der Geburtstag Sr Kf. D. gefeiert. Derselbe hat sich alle öffentlichen Freudenbezeugungen der Bürgerschaft verbeten und dafür eine Betstunde für sich bestimmt.

Die Gesundheit dieses Herrn ist doch seit dem letzten kleinen Anfall geschwächt worden; es gibt Tage, wo es sichtbar, andere, wo es nicht sichtbar ist; auch die Geisteskräfte, als Gedächtniß, nehmen ab.

Zum Galatag ist auch der kurpfalzbayrische Gesandte v. Reibeld erschienen. Da nun die beiden hohen Eltern über die zukünftige Verheirathung der Prinzessin von Bayern an den hiesigen Kurprinzen einig sind, so wird derselbe in diesem Betracht angenehm sein; in Bezug des verdrießlichen Geschäfts der Arrangirung der auf der Pfalz haftenden Schulden glaubt man, daß dieses sowohl als jede andere zwischen Bayern und Baden bestehende Differenzien bei der Heirath sich freundschaftlich ausgleichen werden.

Der Freih. v. Seckendorff hat die Reichsgesandtenstelle nun angenommen, und Graf Görtz erhält eine jährliche Pension.

[1] Vergl. Polit. Correspondenz, IV, 395.

[2] S. oben Nr. 201.

[3] S. oben Nr. 199.

Nächsten Samstag wird Markgraf Louis nach Paris gehen; in seiner Suite sind der Obrist Harrant, der Obrist Götz und vom auswärtigen Departement der Legationsrath Groos, der ebenfalls mit Herrn v. Geusau in Rußland war und auch den Herrn Staatsminister von Edelsheim in seinen Negociationen nach Paris begleitet hat. Der Kurprinz soll ebenfalls noch vor Ende der Woche von Braunschweig eintreffen und alsdann, mit seinem Herrn Oheim die Reise nach Paris antreten.

„Die Begleitung des sehr vertrauten Gesandtschaftsraths Groos scheint anzudeuten, daß man wichtige Geschäfte in Anregung bringen möchte; eins der wichtigsten für hier kann nur die Aufhebung des Sequesters und die vorgeschlagene Austauschung sein, welche nach blos äußerlichen Gerüchten bei der Verschlossenheit des hiesigen Ministeriums auf Breisgau oder die Ortenau hinzielen sollte. Man klaget auch hier, daß man nach Uebernahme der pfälzischen Schulden sehr gedrückt sei." Bericht vom 26. November.

Wien. St.-Archiv.

207. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 28. November 1804.

[Reise des Markgrafen Luwig nach Paris. Auf Drängen Frankreichs schließt sich der Kurprinz an. Zweck dieser Einladungen.]

Le voyage de notre Prince électoral et du Margrave Louis, son oncle, pour Paris m'a causé tant d'occupations et d'écritures, du moins en partie, fort inutiles que j'ai derechef négligé quelques-uns de nos jours convenus pour Vous écrire, cher Baron. Il était à la vérité tout décidé à Mayence que le Prince Louis se rendrait au couronnement, mais quoiqu'il eût aussi déjà été question alors du Prince électoral, on avait pourtant si bien compté pouvoir s'en dispenser que l'Electeur lui avait permis de se rendre à Brunswic auprès de Mme sa mère, avec laquelle il devait ne revenir que le mois prochain. Cependant une sorte de sommation, toutefois fort honnête et obligeante, dont Mr Massias a été chargé officiellement, suivant laquelle il paraissait qu'on n'admettait pas la possibilité de manquer à l'invitation et à la prétendue acceptation positive relativement à cette apparition au couronnement a déterminé l'Electeur à faire revenir le Prince électoral par estafette et à lui faire entreprendre hier au matin ce voyage à Paris . . .

Il est aisé de concevoir les motifs de vanité qui ont dicté toutes les invitations, et combien Mr Talleyrand en zèle courtisan de son nouvel Empereur s'est appliqué à augmenter le plus que possible le nombre de ces sortes d'hommages des princes étrangers dans cette circonstance. Quoique j'aie été fort loin d'applaudir à cette condescendance, dans son principe, je ne puis pourtant pas disconvenir, qu'au point où cela en était venu maintenant, il n'y avait plus moyen de reculer sans encourir une disgrâce marquante . . .

208. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 6. December 1804.

[Der Eßlinger Kreistag. Man ist in Wien mit dem Kreisausschreibeamtsvertrag unzufrieden. Vorstellungen in Karlsruhe.]

Auf dem Eßlinger Kreistage herrscht volle Uneinigkeit; man spricht bereits davon, daß Württemberg und Bayern aus dem schwäbischen Kreise austreten wollen.

. . . De plus un homme marquant par l'influence qu'il a dans ces affaires m'a parlé comme si de la part du ministère de l'Empire on avait cru les droits de l'Empereur lésés par ces conventions qui avaient eu lieu pour les directions des cercles de Franconie et de Souabe, et qu'on avait fait des démarches pour sauver ces droits[1], après que le recès de la Députation avait expressément statué que les nouveaux arrangements des cercles seraient de la compétence de l'Empereur et de l'Empire. — Après avoir fait observer que le cercle de Souabe, resté intact, n'était pas dans le cas de ceux où de pareils arrangements devenaient nécessaires, j'ai marqué mon étonnement, comment après avoir laissé sans réponse la communication que l'Electeur avait faite du traité par rapport à la direction du cercle en question on ait pu faire à présent des démarches sans m'en prévenir; que j'ignorais la nature de ces démarches et attendrais les instructions que j'aurai peut-être à cet égard, mais que dans ces procédés j'avouais n'y point trouver cette confiance qu'on avait tant promise et que l'Electeur avait droit d'attendre. L'homme marquant en est convenu et en outre a ajouté qu'on avait reparé une négligence par une inconvenance; qu'au cercle de Franconie le ministre impérial avait, lors de sa légitimation, simplement réservé les droits quelconques de l'Empereur; qu'en Souabe, après avoir négligé cette réservation, on avait voulu réparer la faute par l'inconvenance de s'adresser privativement à l'Electeur de Bade. Lorsque j'appris par là qu'il y avait eu une démarche directe vis-à-vis de notre cour, j'ai tâché de finir la conversation et je me borne à en faire rapport à V. Exc. . . .

---

209. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 8. December 1804.

[Bedauern über die Abreise des Kurprinzen nach Paris.]

Hat Edelsheim's Depesche vom 28. November erhalten.

. . . J'y ai trouvé confirmée la nouvelle qu'antérieurement j'avais aimé pouvoir mettre en doute; il ne me reste à présent qu'à Vous conjurer de ne pas me laisser ignorer les renseignements que Vous aurez, comment

---

[1] Vergl. die Note Schraut's vom 21. November. Unten, Abschnitt 5.

notre Prince électoral se trouve dans cette bagarre. J'ai toujours cru que le grand mal que Louis quatorze a fait à notre patrie n'était pas la perte de nos provinces, mais la corruption des cours de nos princes et la désunion dans le système germanique.

Enfin, il faut espérer, la Providence ramènera d'autres temps . . .

210. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 12. December 1804.

[Bedenken wegen der Pariser Concordatsverhandlungen. Der Eßlinger Kreistag. Weitere Nachgiebigkeit Badens unangebracht.]

. . . Ce que Vous avez eu la bonté de me communiquer sur l'objet du concordat[1] est absolument conforme à ce que l'Electeur Archichancelier m'a plusieurs fois répété. Je n'en aime pas plus pour cela ces négociations, quoique préliminaires qui doivent avoir lieu à Paris; notre concordat pourrait bien être un bouquet de fleurs exotiques qu'on y prépare au Pape qui n'est pas le St Père seulement, mais aussi le chef de la cour de Rome. Quelle opposition peut-on attendre de l'archevêque pour soutenir l'opinion de l'archichancelier?

Il me semble qu'après tant de preuves données de la part de notre S^me Electeur, combien il respecte les droits d'un chacun et combien il va au-devant de tout ce qu'on peut raisonnablement désirer, la fermeté pour soutenir également ses droits devient de jour en jour plus nécessaire . . .

C'est sous ce même point de vue que j'envisage ce que V. Exc. m'a fait l'honneur de me communiquer sur les affaires du cercle de Souabe. La majeure partie des états de notre S^me maître ne saurait tirer le moindre avantage de l'association du cercle, ce n'est qu'en tant que ces associations sont des parties intégrantes et essentielles de la constitution germanique, que S. A. E. a, pour conserver celle du cercle de Souabe, tout fait ce à quoi on pouvait raisonnablement s'attendre, tant lors du traité avec l'Electeur de Wurtemberg, qu'à présent par la déclaration donnée à l'ouverture des séances[2].

Si le même esprit conservateur de l'ensemble de notre constitution n'anime pas les autres co-états, ou si quelques-uns ne trouvent la constitution que dans quelque but particulier qu'ils se sont proposé, alors chaque nouveau sacrifice serait en pure perte.

J'espère que nos plénipotentiaires à Esslingen auront gardé ce calme si facile, quand on a la conscience d'avoir tout fait pour le bien, et si utile pour ramener les autres qui divaguent . . .

[1] Mittheilungen aus Dalbergs Bericht vom 29. November (oben Nr. 164), in Edelsheims Schreiben vom 1. December.

[2] Wegen des Kreisausschreibamts und der Religionsparität. Vergl. Abschnitt 5.

211. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 15. December 1804.

[Lage des Landes und seiner Finanzen. Wachsende Schuldenlast. Steuermaßregeln gegen die breisgauischen Klöster.]

Baden, einst stolz auf seine wohlgeordneten Finanzen, erliegt nun fast unter einer seine Staatskräfte übersteigenden Schuldenlast. Das Drückende dieser Lage fühlend und im Drange solche zu bessern, greift man leider zu Mitteln, die oft gefährlicher sind, denn das Uebel selbst.

Erlauben Ew. Excellenz, daß ich in Kürze die Ursachen erwähne, welche die jetzige Zerrüttung der Finanzen herbeiführen mußten, und dann zur Aufzählung der Mittel übergehe, deren man sich nun bedienet, um den so häufigen Geldverlegenheiten zu steuern.

Schon unter der Minderjährigkeit des jetzt regierenden Herrn Kurfürsten, vorzüglich aber in den ersten 20 Jahren seiner Regierung, war die Staatsverwaltung Männern anvertraut, die, aufmerksam auf alles, was das Wohl der Unterthanen befördert, sich nie eine gewagte Unternehmung erlaubten. Viel hatte da die Regierung von der hausväterlichen, was eben in Ländern von mittlerer Größe vorzüglich stattfinden kann. Beglückung des Menschen in allen seinen mannigfaltigen Verhältnissen blickte aus dem Regierungsplan als herrschende Idee hervor.

Dieser Staatsverwaltung verdankt Baden fast alle jene Verordnungen, die seiner Regierung einen so vortrefflichen Ruf im Auslande erwarben. Sie brachte Ordnung in die Finanzen, vereinfachte den Geschäftsgang und minderte der Unterthanen Lasten, ohne jedoch das Einkommen des Staates dadurch zu schmälern.

Doch diese für Baden so glückliche Epoche, wo Landesherr und Diener mit vereinten Kräften an dessen Wohl arbeiteten, ging, obwohl sie fast 30 Jahre ununterbrochen währte, nur zu geschwind vorüber. Karl Friedrich, der vermöge seiner Anlagen und Kenntnisse, mit mehr Beharrlichkeit und Zutrauen in seine eigenen Kräfte vielleicht einer der ersten Regenten Deutschlands geworden wäre, verlor zu frühe für ihn und sein Land eine Gattin, die gerade in den Augenblicken der Unentschlossenheit ihn mit ihrem fast männlichen Geiste unterstützte und ihn dadurch zur Ausführung von ihm entworfenen Pläne vermögte. Jenen so verdienstvollen Staatsdienern aber folgten leider nur ihnen an Kenntnissen und Treue sehr nachstehende, die unbekümmert über des Landes Wohl des Kurfürsten Schüchternheit und sein Mißtrauen in sich selbst auf die nachtheiligste Art mißbrauchten. Wenn gleich das gemeine Beste darunter litt, so ward dieses doch nicht sehr merklich. Unversehrt war noch das Werk ihrer Vorfahren erhalten, und durch keine äußere Unfälle erschüttert ging die Staatsmaschine in dem einmal glücklich gebahnten Geleise fort.

Doch der Ausbruch des französischen Kriegs, der Baden bald selbst ver-

heerte, erheischte unendliche Aufopferungen. Solch unerwarteten Zeitereignissen war die bisherige Staatsadministration nicht mehr gewachsen. Da fehlte es nun an jenem erfinderischen Geiste, der, die Größe der Gefahr einsehend, mit patriotischem Sinne auch die ihr angemessenen Hilfsmittel anwendet. Doch was konnte man von Männern, nur gewohnt ihrem Eigennutz zu fröhnen, erwarten? Man schloß einen Separatfrieden und glaubte dadurch hinlänglich für das Land gesorgt zu haben, vergaß aber, daß Badens topographische Lage jede Neutralität unmöglich machte. Anstatt daß dieser Frieden das Land von Kriegslasten befreien sollte, wurden diese nur noch durch neue vermehrt; denn nun mußte auch ein beträchtlicher Tribut an Frankreich entrichtet werden. Badens Lage war daher schrecklicher als selbst die seiner Nachbarn.

Wenn daher schon dieser Separatfrieden einen Verfall der badischen Finanzen befürchten ließ, so wurde wohl deren gänzliche Zerrüttung durch die Art, wie man sich nach dem allgemeinen Frieden benahm, mit Riesenschritten herbeigeführt.

Traurig ist die Bemerkung, welche sich dem Beobachter aufdringt, daß gerade solche Staaten, die bei ihrer Entschädigung vorzüglich begünstiget wurden, anstatt in einen bessern Zustand überzugehen, nur noch tiefer sanken. Baden theilt auch hierin das Schicksal seiner Nachbarn.

Im Taumel der Freude über die neue Würde und den Länderzuwachs vergaß man völlig der damit übernommenen Lasten und Verbindlichkeiten. Man hielt es kaum der Mühe werth, einen bestimmten Etat entwerfen zu lassen. Schon sich im Genusse des ganzen Ertrags wähnend, — wovon man doch kaum den vierten Theil bezog, — machte man schon einen dem Ganzen angemessenen Aufwand. Karl Friedrich ließ sich in Mannheim mit gleicher Pracht über drei Aemter huldigen, wie einst Karl Theodor über einundzwanzig. Man empfing und behandelte den König von Schweden mit fast königlichem Aufwande und zwang ihn dadurch, sein Incognito abzulegen. Der Hofstaat wurde vermehrt. Stellen, die zuvor füglich ein Beamter versah, wurden nun mit zweien besetzt. Ein Prinz vom Hause benutzte seinen Einfluß dahin, ein eigenes Militärcorps zu bilden, und nicht zufrieden, dadurch die Staatsausgaben wohl um 400000 fl. vermehrt zu haben, sucht er auch in dem Nachfolger diese gefährliche Leidenschaft zu nähren. Badens Staatskräfte, noch von den Wunden des Kriegs geschwächt, wurden nun bei so außerordentlichen Anstrengungen gänzlich erschöpft. Eine Finanzangelegenheit drängte daher die andere. Man sah sich bald gezwungen, bei Hessen ein Anlehen von 1/2 Million, bei Braunschweig eins von 300000 Thlr. zu machen. Und als auch diese Summen ausgegeben waren, machte man bei einigen hiesigen jüdischen Handelshäusern neue Anlehen. Hierdurch sank der Staatscredit vollends. Niemand sucht nun badische Staatsobligationen, und schon sollen sie unter 6 p. c. Verlust stehen. Zur Bestreitung der Reise nach Mainz nahm man wieder Geld in Frankfurt auf.

Unterdessen herrscht bei der inneren Administration des Landes die nachtheiligste Sparsamkeit. Nothwendige Verbesserungen unterbleiben; gerechte Gehaltszulagen versagt man aus Furcht, es möchten mehrere mit demselben Fug deren verlangen. Schon seit einiger Zeit erhalten alle badischen Aemter die Weisung, öffentlich bekannt zu machen, daß das Kurhaus von Jedermann zu 5 p. c. Geld aufnähme, wenn es auch nur eine Summe von 100 fl. sei. Ebenso werden alle Verwalter und Einnehmer aufgefordert, alle einkommenden Gelder, selbst die kleinste Summe, sogleich nach Karlsruhe einzuliefern.

|: Eine der neuesten Finanzoperationen, wobei man aber noch von Seite des Hofes mit seltener Verschwiegenheit zu Wege geht, scheint mir vorzüglich geeignet, ausführlich berührt zu werden. Unter dem Vorwand, daß man jetzt noch Rückstände an Frankreich abzubezahlen habe, will man nämlich nicht nur die eigenen Unterthanen mit ihren Gefällen, sondern vorzüglich alle auswärtigen, welche aus dem badenschen Territorium dergleichen zu beziehen haben, mit einer neuen noch nie geschehenen Auflage belegen[1]. Diese Steuer trifft vorzüglich die breisgauischen Klöster und Stiftungen, welche den größten Theil ihrer Einkünfte aus dem Badischen beziehen. Noch nie wurden bisher abteiliche Gefälle im Badischen mit einer Kriegs- oder andern Auflage beleget, und selbst im Jahre 1796 konnte man diese nicht durchsetzen. Diese Steuer soll nun bei der Abtei Schuttern schon gegen 18000 Gulden betragen. Sollte auch zugleich ein Beschlag auf den Zehnten gelegt werden, welche theils die breisgauischen Klöster, theils der Johanniterorden und andere Stiftungen aus dem Badischen ziehen, so können die Einkünfte des Herrn Kurfürsten jährlich um 300000 Gulden vermehrt werden.

Es scheint, daß der hiesige Hof die Anwesenheit beider Prinzen in Paris benutzt, um sich zu der Ausschreibung dieser neuen Auflage oder etwa gar zu der Anlegung eines Beschlags in Frankreich die Erlaubniß zu erbitten. :|

Da ich diese Data einzuberichten auf jeden Fall für sehr wichtig halte, so unterlasse ich nicht dabei zu bemerken, daß solche durch die Aufmerksamkeit, Bemühung und Diensteifer des Herrn Legationssecretaires mir an Handen gegeben worden.

Wien. St.-Archiv.

212. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 18. December 1804.

[Der Eßlinger Kreistag. Schlimme Lage der Kreisangelegenheiten. Rückkehr der badischen Abgeordneten.]

. . . Les affaires du cercle de Souabe vont assurément bien mal, ainsi que Vous paraissez en être déjà informé. Nos Messieurs comptant revenir le 22 du courant d'Esslingen, je Vous ferai expédier un extrait

[1] Es handelte sich dabei um Repressalien gegen den österreichischen Sequester.

des objets principaux et des discordances qui ont entravé toutes les délibérations. Cependant nous en sortons glorieusement, tous les partis nous rendant la justice que nos ministres ont employé tous les moyens possibles pour concilier les opinions diverses et calmer l'oppisition qui s'est manifestée avec un peu d'aigreur réciproque. Il faudra voir, comment cela aura fini et si l'on n'aura pas pu empêcher une rupture entière qui aurait toutefois des conséquences fâcheuses pour tous les membres de ce cercle . . .

213. Karl Friedrich an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 28. December 1804.

[Ernennung Seckendorffs. Entlassung des Grafen Görtz. Anerkennung seiner Dienste. Pension.]

Anzeige von der Ernennung Seckendorffs[1] vom gleichen Tage.

Sowie ich überzeugt bin, daß ich es nur jener schätzbaren, mir mit ununterbrochenem Eifer bewiesenen Anhänglichkeit zu verdanken habe, wenn Ew. Excellenz die Erfüllung des Wunsches nach einer Befreiung von den für mich übernommenen Reichstagsgeschäften so langehin noch gefälligst abgewartet haben, so bitte ich dieselben die Versicherung von mir anzunehmen, daß die Schwierigkeit, einen ebenso würdigen Nachfolger zu finden, ein Hauptgrund war, warum die Aufstellung eines eigenen kurbadischen Comitialgesandten nicht früher erfolgte. Ew. rc. haben meine Reichstagsangelegenheiten eine so lange, meistens kritische und unruhige Zeit hindurch mit einer solchen Thätigkeit und Sachkenntniß besorgt, daß ich nicht nur aufrichtigst dafür verbunden bin, sondern auch angelegentlichst wünschen muß, Dieselben möchten noch unter Beibehaltung des bisher von mir bezogenen Gehalts[2] als fortwährende lebenslängliche Pension sich veranlaßt sehen, auch fernerhin für das Interesse meines kurf. Hauses nach Beschaffenheit der Umstände mit erleuchtetem Rath und That beizuwirken und dagegen versichert sein, daß es mir jederzeit zum wahren Vergnügen gereichen werde, Denselben etwas Angenehmes erweisen zu können . . .

Concept Gerstlachers.

214. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 7. Januar 1805.

[Bedauern über die Lösung des Dienstverhältnisses.]

Dankt für das huldvolle Schreiben des Kurfürsten vom 28. December 1804.

Den tiefen Schmerz, den ich empfinde, gegen meinen innigsten Wunsch aus diesen sehr ehrenvollen Verhältnissen vor dem nicht mehr sehr entfernt sein

[1] Mitte Januar 1805 tritt Seckendorff seinen neuen Posten an.
[2] 1500 fl. Der neuernannte Gesandte bezog 8000 fl.

könnenden Ende meiner Laufbahn mich versetzt zu sehen, konnte nur die höchsteigene großmüthige Zusicherung Ew. Kf. D. lindern, und diese nur kann mich beruhigen, daß nicht Unzufriedenheit über meine Pflichterfüllung, nicht Mangel meines Diensteifers, nicht entzogene kurf. Huld und Gnade, sondern politische Ereignisse der neuen Zeit, geänderte Verhältnisse diese höchste Entschließung Ew. Kf. D. hervorgebracht haben . . .

215. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 9. Januar 1805.

[Freizügigkeitsvertrag mit Oesterreich.]

. . . Graf Cobenzl hat mir gestern gesagt, daß der Vertrag wegen der Freizügigkeit[1] zwischen unsern Höfen abgeschlossen sei, ich habe geantwortet, daß es eine gute Vorbedeutung für denjenigen sei, welcher hoffentlich bald darauf folgen würde[2] . . .

216. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 12. Januar 1805.

[Reitzensteins Uebersiedlung nach Heidelberg. Sein Rath in allen wichtigen Fragen erwünscht, aber nicht immer gesucht.]

. . . Mr le Bon de Reitzenstein se trouve aussi ici en ce moment, mais il est bien résolu de n'accepter aucune autre place que celle de la retraite qu'il s'est choisie à Heidelberg. On en tirera cependant toujours bon parti pour le conseil dans des occurences importantes. Il serait à souhaiter qu'on le consultât sur des points capitaux, comme p. e. l'état du militaire, mais on connaît trop bien sa religion à cet égard pour ne pas éviter soigneusement de jamais toucher cette corde avec lui . . .

217. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 20. Januar 1805.

[Gerücht von einer Association deutscher Reichsstände, an der Baden betheiligt sein soll.]

Die Vorgänge in Italien und das Gerücht „von einer durch den Kurerzkanzler eingeleiteten bewaffneten Association deutscher Reichsfürsten" erregen in Wien allgemein Aufmerksamkeit.

[1] Die Verhandlungen darüber zwischen Edelsheim und Schall wurden seit Juli d. J. geführt. Der Vertrag ist datirt Karlsruhe, 20. December 1804 und gedruckt bei L. Neumann: Recueil des traités et conventions conclus par l'Autriche avec les puissances étrangères depuis 1763 jusqu'à nos jours. Leipzig 1856. II, 132 ff.

[2] Anspielung auf die Sequesterverhandlungen.

Man glaubt indes, daß diese Association nur bezwecke, dem Wiener Hofe eine neue Verlegenheit zu bereiten; eine Verwirklichung des Projekts hält man nicht für wahrscheinlich, da dieselbe nothwendiger Weise Oesterreich und Preußen einigen würde.

„Unterdessen macht das Gerücht von jener Association erstaunendes Aufsehen; weit mehr als meiner Meinung nach ihre Wirkung je machen würde, wenn sie wirklich zu Stande käme. Was mich betrifft, so hilft mir alle Gutmüthigkeit nichts, mit welcher ich meinen Collegen gestehe, wie unwissend ich in allem bin, was in der politischen Welt vorgehen mag; sie zweifeln desto weniger daran, daß Kurbaden mit der Association einverstanden sei."

218. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 28. Januar 1805.

[Gerücht über Badens und Sachsens Stellungnahme zu dem hessischen Associationsprojekt. Vorstellungen Lucchesinis bei Malsburg.]

. . . Je ne puis me dispenser de Vous communiquer confidemment un extrait de mes dernières lettres de Berlin qui fait un singulier contraste avec l'assertion de Vos observateurs politiques à Vienne au sujet d'un prétendu projet d'association entre les Princes et Electeurs de l'Empire. Voici ce qu'on me mande à cet égard, en date du 19 de ce mois[1].

. . . «Bei dieser Gelegenheit[2] soll der Wiener Hof dem hiesigen den größten Unwillen über die von dem Kurfürsten von Hessen und dem Kurerzkanzler projektirte Union der Kurfürsten, um sich gegen größere Mächte zu bewahren, an den Tag gelegt und von den Schritten und Anträgen, welche dieserhalb bereits in Paris gemacht, durch den sächsischen und badischen Gesandten aber von der Hand gewiesen worden und vereitelt sind, Nachricht gegeben haben. Die Sache war hier schon früher bekannt und hatte gleichfalls das größte Mißvergnügen erregt.»

J'ajouterai encore ici sous le même sceau du secret une petite anecdote assez piquante relativement à cet objet.

Le Mis de Lucchesini ayant eu l'ordre de sa cour de contrarier les démarches qui se feraient à cet égard, il entreprit d'abord le Bon de Malsburg et lui fit de vifs reproches de ce que l'Electeur, son S^me maître, voulût agir a l'insçu de la Prusse qui en tout temps l'avait protégé et dont l'alliance lui avait été si utile. Le ministre de Hesse répondit avec un grand sang-froid, que son maître ne s'en était pas aperçu à l'occasion des indemnisations et que malgré le traité de Pyrmont et de Wilhelmsbad, où on lui avait promis le pays de Paderborn, la Prusse l'avait pris pour elle . . .

[1] Der folgende Auszug aus einem Bericht des Berliner Residenten Faudel vom 19. Jan.
[2] Der Uebersendung neuer Instruktionen an den österreichischen Gesandten Grafen Metternich.

219. Der kurhessische Minister von Waitz an Edelsheim.

Kassel, 2. Februar 1805.

[Anfrage wegen Ernennung eines Gesandten in Karlsruhe.]

Der Kurfürst von Hessen wünscht zur Aufrechterhaltung der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen den Geh. Legationsrath Jacob Friedr. von Leonhardi als bevollmächtigten Gesandten am badischen Hofe zu accreditiren, mit der Bestimmung, jährlich einige Monate daselbst zuzubringen. Sobald man badischerseits seine Zustimmung erkläre, werde das Creditiv ausgefertigt werden[1].

220. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 16. Februar 1805.

[Besuch des Kurerzkanzlers in Karlsruhe. Concordat. Rheinschiffahrtsoctroivertrag.]

Der Kurerzkanzler ist gestern Vormittags auf der Rückreise von Paris nach Regensburg eingetroffen und bei der ihm anverwandten Freifrau von Venningen Wwe abgestiegen. Mittags findet Tafel bei Hofe statt[2].

Der Kurerzkanzler theilt Schall mit, die Basis zum Concordat sei gelegt, die „Primatie von Deutschland in effectu im Reinen . . ., wenn gleichwohl die Römer nicht das Wort Primas hätten aussprechen wollen; auch das octroi de navigation sei zu Stande gekommen. Was er gethan, sei im Einvernehmen mit dem k. Botschafter Grafen Cobenzl geschehen."

Wien. St.-Archiv.

221. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 22. März 1805.

[Finanzplan zur Schuldentilgung. Sparsamkeit bei Hofe. Mißwirthschaft des Prinzen Ludwig.]

. . . Man spricht hier von einem neuen Finanzplan, nach welchem in 15, höchstens 20 Jahren die Schulden sollen getilgt werden. Der Hof macht nicht den geringsten Aufwand, sondern es werden sogar täglich Einschränkungen gemacht. Keine Hoffestins, sehr rar große Tafeln werden gegeben. Der Marstall ist weder mit prächtigen Pferden noch zahlreich besetzt. Demungeachtet findet man viele Einheimische, die einem im Vertrauen eröffnen, daß wenn alles mit

[1] Edelsheim erwidert, der Kurfürst schätze diesen neuen „Beweis der zuvorkommenden freundschaftlichen Gesinnungen Sr Kurf. Durchlaucht zu Hessen" ungemein. Man werde auch in Karlsruhe „mit der Auswahl eines zur Gegenbeschickung geeigneten Subjects sich demnächst beschäftigen." Dat. 5. Februar.

[2] Die Weiterreise erfolgt am gleichen Abend. Edelsheim lernt bei dieser Gelegenheit Kolborn kennen, «homme fin et de beaucoup d'esprit». Das Resultat der Pariser Verhandlungen werde ohne Zweifel alsbald dem Reichstag und dem Kaiser zur Bestätigung vorgelegt. An Gemmingen, 18. Februar.

der Unordnung und Militärliebe des Markgrafen Louis — das Militär soll über 700 000 fl. jährlich kosten[1] — noch einige Jahre voranginge, daß man alsdann hier zu einer kaiserlichen Debitcommission reif sein würde . . .

Wien. St.-Archiv.

222. Seckendorff an Edelsheim.

Regensburg, 29. März 1805.

[Die angebliche Verschwörung gegen den Kurfürsten von Württemberg. Der Jude Wetzlar. Ueble Laune des Kurfürsten. Das Ganze eine Farce. Verhandlungen mit der Schweiz. Geschäftsstillstand am Reichstage.]

Seckendorff dankt für die Nachrichten über die Vorgänge in Ludwigsburg[2].

. . . D'après ce qui m'est venu hier d'une autre main très respectable, j'ai lieu de croire que de toutes les personnes arrêtées ce sera le délateur seul qui restera inculpé. On dit que ce dernier a voulu tirer vengeance de M[r] de Sinclair, pour avoir été frustré d'une part dans sa loterie; on ajoute encore que la ville de Francfort a demandé à l'Electeur de Wurtemberg l'extradition du délateur, le juif baptisé Wetzlar-Blankenstein, ci-devant officier du régiment impérial de Waldeck dont il a été chassé après avoir été cassé etc. pour avoir été accusé de fourberies et et d'escroqueries très graves, sitôt après que les protocoles seront clos. Il n'est pas douteux du reste que ce prince ne sera constamment de la plus mauvaise humeur par les embarras qui le menacent de toute part, non sans y avoir donné lieu. Le prince électoral ayant pris service en France comme général de division, l'Empereur des Français poussant vigoureusement la fixation d'un établissement convenable pour lui, les contrariétés qu'il éprouve dans l'affaire des états, dans cette inquisition même qui peut-être lui aurait

[1] Die Zahl ist übertrieben: der Gesammtaufwand für das Militär bezifferte sich nach einem Berichte des Kriegscollegiums vom 26. Juli 1806 in den Jahren 1803 und 1804 auf 608393 fl. und stieg nach dem Badischen Militäralmanach, J. 1859, S. 41, in Folge der Mobilmachung und des Feldzuges im Jahre 1805 auf 917000 fl.

[2] Das betr. Schreiben Edelsheims fehlt; inhaltlich deckt es sich wohl mit dem Schreiben an Dalberg vom 4. März. — Es handelt sich um die Enthüllung einer angeblichen Verschwörung wider das Leben des Kurfürsten und seiner Minister durch den Juden Wetzlar, an welcher u. a. der hessen-homburgische Regierungsdirector Sinclair und der mit ihm befreundete württembergische Regierungsrath Leo von Seckendorff, ein Sohn des badischen Gesandten, betheiligt sein sollten und in Folge deren auch der Landschaftsassessor Baz in Wien verhaftet wurde. Ueber den Verlauf der Angelegenheit, die viel Staub aufwirbelte und schließlich sich als Racheact des Denuncianten herausstellte, vergl. Schwartz, Landgraf Friedrich von Hessen-Homburg, I, 203—212 Schneider, Württembergische Geschichte, 425.

bien servi contre eux et surtout contre le sieur Baz dont il aurait certainement au moins désiré justifier l'arrestation, voilà bien de quoi monter un caractère hautain et violent qui jusqu'à présent a plié difficilement devant de bonnes raisons. J'aurais bien désiré pouvoir tirer moi même quelques éclaircissements de mon fils, mais il paraît qu'il n'a pas la liberté de m'écrire et qu'il serait plus difficile encore de l'approcher, quoiqu'on m'assure qu'il a la permission de se promener. Quoi qu'il en soit, je ne conçois, comment il peut être question de complot contre la vie d'un prince entre deux ou trois personnes qui en partie n'y peuvent avoir aucun intérêt personnel et dont deux ont été absents et la troisième — mon fils — sur le point de quitter le service. Enfin personne ne conçoit quelque chose à cette procédure que l'on s'accorde à supposer être une farce, comme tant d'autres auxquelles les ministres de ce prince l'ont déjà exposé.

V. Exc. trouvera sous pli un rapport relativement à ma mission auprès de l'Electeur Archichancelier[1]. Ce prince m'ayant parlé de quelques négociations particulières relatives à la Suisse qui ont donné lieu à une correspondance directe avec S. A. S. E., notre très gracieux maître, j'ose supplier de V. Exc. de vouloir bien me communiquer ce qu'Elle pourra juger à cet égard pouvoir me servir d'information, afin de pouvoir en tous cas en converser avec l'Electeur Archichancelier, lorsqu'il daignera m'en parler encore.

Rien encore ne paraît nous promettre de l'activité en affaires. L'organisation du collège des princes et les difficultés qu'elle rencontre empêcheront sans doute toute autre délibération. Il serait à désirer qu'enfin l'on voulût s'entendre . . .

---

223. Seckendorff an Karl Friedrich.

Regensburg, 29. März 1805.

[Unterredung mit dem Kurerzkanzler. Der Papst rühmt die badische Toleranz gegen die Katholiken.]

Hat die Weisungen vom 28. Februar und 11. März[2] vollzogen.

. . . Se Kf. Gnaden waren hierüber, wie bei jeder Gelegenheit, da Ew. Kf. D. so vielfältig, als ehrenvolle Erwähnung geschieht, tief gerührt und versicherten mich, daß Sie gewiß jedes Vertrauen, welches Höchstdieselben dem Kurerzkanzler zu bezeigen geruhen wollen, aus Neigung, wie aus dankbarer Pflicht, zu erwidern und demselben zu entsprechen bemüht sein werden. Sie versicherten

[1] Fehlt.

[2] Es handelte sich um Ablieferung des Ertrages des Mannheimer und Philippsburger Rheinzolls an den Kurerzkanzler.

mich, daß diese Gesinnungen auch von Sr Päpstlichen Heiligkeit getheilt würden, welche Sie nur erst kürzlich durch den Cardinal Antonelli schriftlich versichern ließen, wie sehr Ew. Kf. D. von dem heiligen Vater geschätzt sei und dieser den humanen und toleranten Gesinnungen und Anstalten die lobwürdigste Gerechtigkeit zolle, welche Höchstdieselben Dero römisch-katholischen Unterthanen widerfahren lassen. Es werde daher auch bei gänzlicher Redigirung des Concordats Ew. Kf. D. Zufriedenheit auf alle mögliche Weise zu erreichen getrachtet werden . . .

224. Gemmingen an den Geheimen Rath.

Wien, 30. März 1805.

[Reichsritterschaft und Conservatorium. Excitatorium des Reichshofraths vom 26. März.]

Gemmingen übersendet beiliegend die Abschrift eines Excitatoriums vom 26. März, das sich auf das reichsritterschaftliche Conservatorium bezieht[1]. Sobald sich Gelegenheit finde, werde er mit dem Grafen Cobenzl darüber sprechen. Vorläufig bemerke er, daß das Reskript auf Betreiben der Reichsritterschaft erlassen worden sei, nachdem sämmtliche Subdelegirte derselben auf ihre fortgesetzten Beschwerden bedeutet, sie möge sich, wenn ihr das Geschehene nicht genüge, an den Reichshofrath wenden.

225. Gemmingen an den Geheimen Rath.

Wien, 15. April 1805.

[Cobenzl über das Excitatorium. Frankreichs Einsprache nicht zu besorgen.]

Beifolgend die Originalausfertigung des kaiserlichen Excitatoriums für Kurbaden.

Aus der Unterredung, welche ich über diese Angelegenheit mit dem Vicestaatskanzler Grafen von Cobenzl gehabt hatte, ergab sich, daß man hier geglaubt hat, dem rechtlichen und verfassungsmäßigen Einschritten des Reichstribunals und des Reichsministeriums nicht hinderlich sein zu dürfen und daß unter den gegenwärtigen Umständen auch wohl keine französische Theilnahme an diesen für jetzt blos rechtlichen Formen zu erwarten sei. Uebrigens hat nach der eigenen

[1] In demselben wird beschlossen, den Conservatorialständen zu eröffnen, der Status quo der Reichsritterschaft könne nur dann als wiederhergestellt angesehen werden, wenn dieselbe sich wieder im Besitze des Besteurungsrechtes befinde, die in ihrem Gebiet gewaltsam ausgehobene Mannschaft entlassen werde, die fremden Hoheitszeichen entfernt seien und wegen der entstandenen Kosten eine Verständigung erzielt sei. Kaiserliche Majestät erwarte daher, daß die Conservatorialhöfe die „noch zur Zeit unvollendete" Wiedereinsetzung in den Status quo durch zweckmäßige Maßregeln beschleunigten und binnen zwei Monaten über den Erfolg berichteten. Vergl. Häusser, a. a. O. II, 581.

Aeußerung des H. Vicestaatskanzlers der Freiherr von Hügel solche Instruktionen erhalten, daß man von Seiten der österreichischen Subdelegation ein sehr behutsames Benehmen zu erwarten habe[1] . . .

226. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 6. Mai 1805.

[Das Conservatorium. Schwierige Lage der Subdelegationscommission. Der König von Schweden.]

Hat zufolge der Weisung vom 27. April[2] die Wünsche seiner Regierung dem Minister von Edelsheim mitgetheilt. Derselbe erwiedert, es wäre „durch die Vorschritte der Conservatorialsubdelegation vorigen Jahrs" vielleicht mehreres gewonnen worden, „wenn der mächtige Nachbar nicht auf einmal solche Insinuationen gemacht, die die Stockung hervorgebracht hätten." Man müsse abwarten, was diesmal geschehe. Das in den Zeitungen verbreitete Schreiben des französischen Kaisers an die Reichsritterschaft lasse Gutes hoffen[3]. „Es seie schwer in dieser Sache, daß die Subdelegationscommission Mäßigung und Behutsamkeit beobachte und dennoch nicht den Zweck verfehle. Uebrigens müsse Jeder Sr K. K. Majestät Gesinnungen und Wünschen Gerechtigkeit widerfahren lassen."

Gestern habe der Kurfürst im Namen des Königs von Schweden dem Prinzen Christian von Hessen-Darmstadt den Seraphinenorden überreicht; bei dem Anlasse habe der König den ersten verbindlichen Brief an den Kurfürsten gerichtet; das alte freundschaftliche Verhältniß bestehe wieder.

Wien. St.-Archiv.

227. Seckendorff an den Geheimen Rath.

Regensburg, 6. Mai 1805.

[Troni in Regensburg. Stillstand der Concordatsfrage. Organisation des Metropolitancapitels. Streit zwischen Mainz und Regensburg. Coadjutorfrage.]

. . . Auch von dem neuen Concordat ist es nun wieder ganz stille, obschon der päpstliche Chargé d'affaires, Troni, einige Wochen hier zugebracht hatte, ohne daß man jedoch wahrnehmen konnte, daß er sich mit Geschäften sonderlich abgebe. Wahrscheinlicher Weise fehlt es noch an der Vereinigung über die Grundsätze. Ob es der Politik geistlicher oder der weltlichen Macht angenehmer sei, hierinnen noch einige Zeit Aufschub zu gewähren, vermag ich dermalen nicht

[1] Der Reichstagsgesandte v. Seckendorff erhält hierauf die Weisung, sich mit den übrigen Vertretern der Conservatorialstände zu berathen, wie dem „allerhöchsten Auftrag Genüge geschehen könne", und darüber zu berichten. Geh. Raths-Prot. vom 26. April.

[2] Fehlt.

[3] Wohl das Schreiben vom 4. Januar d. J. Vergl. Häusser, II, 580; in der Correspondance fehlt dasselbe. Zu seiner Beurtheilung vergl. übrigens den Erlaß an Talleyrand vom 2. Mai. Correspondance, 10, 366 (Nr. 8667).

zu entscheiden. Selbst noch in der neuen Organisierung des kurerzkanzlerischen Metropolitankapitels scheinen dergleichen Fragen einzutreten, da man ebenfalls bisher Anstand genommen hat, sich für die Rechte der Mainzer oder der hiesigen Domcapitulare zu entscheiden. Sie haben beide solche zu deduciren gesucht[1]. Doch hat, wie es scheint, das Mainzer Domcapitel einen großen Vortheil dadurch errungen, daß solches die Sache bis zur Rückkehr des Herrn Kurfürsten aufzuhalten gesucht hat. Kurz zuvor war der dortige Dombechant und ehemalige Kammerpräsident, Baron Dienheim, hier, wahrscheinlich nicht ohne einen Theil jener Absicht zu realisiren.

Mit der Organisirung des Metropolitancapitels dürfte man wohl auch die Wahl eines Coadjutors in Verbindung setzen[2], und eben darum mag es auch geschehen, daß der Münchener Hof bei dessen erstmaliger Constituirung nicht unthätig sein werde. Es sei nun dermalen oder in der Folge: so mag es diesem Hofe immer wichtig sein, wenn Nationalbayern, auf den Metropolitanstuhl zu gelangen, die meiste Hoffnung erhalten. . . .

228. Seckendorff an den Geheimen Rath.

Regensburg, 2./7. Mai 1805.

[Aufgaben der Conservatorialcommission. Vorsicht und Mäßigung. Instruktion.]

Die nächste Aufgabe der Conservatorialcommission dürfte „in einer Erkundigung bestehen, inwieweit von den impetratischen höchst- und hohen Ständen dem kaiserlichen Conservatorio und insonderheit in den in dem neuerlichen Excitatorio ausgehobenen vier Punkten ein Genügen geleistet worden" (2. Mai).

„Man wird hierbei zwar in mäßigen, aber doch bestimmten Ausdrücken gegen die Saumseligen sich zu äußern bestreben und überhaupt allenthalben die Grade zu beobachten suchen, welche sowohl die Aufrechterhaltung der Verfassung und Gesetze aus Pflicht, als die mancherlei eintretenden Verhältnisse dermalen aus Klugheit gebieten dürften, ohne jedoch die Würde zu vergessen, welche der allerhöchste kaiserliche Auftrag erheischt." Alle Subdelegirten sind darin einig und fühlen, daß man nicht unverrichteter Dinge auseinander gehen dürfe, falls nicht der Zweck des kaiserlichen Auftrags: Sicherheit des Eigenthums und Ansehen der Gesetze, völlig verfehlt werden solle.

In einem weitern Bericht vom 18. Mai bemerkt Seckendorff, aus den eingelaufenen ritterschaftlichen Beschwerden ergebe sich, wie wenig in Wahrheit für die Wiederherstellung des Status quo geschehen sei; Pfalzbayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau-Weilburg seien die Höfe, die am meisten zu schaffen machten. Der Geh. Rath entgegnet darauf, es bleibe demnach unvermeidlich, die „in mora befindliche impetratische Höfe . . . mit demjenigen Glimpf, den die Umstände erfordern", zur Parition aufzufordern. G. R.-P. vom 24. Mai.

[1] Ueber die Ansprüche der beiden Domcapitel auf das erzbischöfliche Gremium vergl. O. Mejer, Zur Geschichte der römisch-deutschen Frage, I, 216.

[2] Ueber den Stand der Coadjutorfrage und Bayerns Interesse an derselben vergl. v. Sicherer, Staat und Kirche in Bayern, 108 ff.; v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg, II, 44.

229. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 14. Mai 1805.

[Postvertrag mit Taxis. Günstige Bedingungen.]

Der fürstlich taxische Hofrath Grub hat mit dem Karlsruher Hof eine neue, das kaiserliche Reichspostwesen in dem gesammten Kurstaate umfassende Uebereinkunft abgeschlossen, die bereits von dem kurfürstlichen Bevollmächtigten Geh. Rath Meier «salva ratificatione» unterzeichnet worden[1].

Trotz der von dem hiesigen Hofe im Jahre 1796 bei Gelegenheit seines Separatfriedens mit der damaligen französischen Republik geäußerten, für das kaiserliche Reichspostwesen sehr ungünstigen Gesinnungen[2], schmeichelt sich doch der Herr Hofrath, daß die in der neuen Convention festgesetzten Grundsätze den Beifall des allerhöchsten Hofes erhalten werden.

Nicht nur sind darin die kaiserlichen Reichsposten in ihrer ganzen Vollständigkeit aufs bündigste bestätiget, dem Erbpostgeneralat in Dienstsachen die ausschließliche Gerichtsbarkeit zuerkannt, die allerhöchste kaiserliche Norm in Betreff der Courierstaxe auf immer angenommen und das Botenwesen eingeschränkt, sondern auch das gemeinnützige Institut der Courriers des malles[3] von Frankfurt bis Basel auf den langen Zeitraum von 38 Jahren[4] ohne irgend eine Auflage oder Rekognition gestattet worden . . .

Wien. St.-Archiv.

230. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 30. Mai 1805.

[Störung des Grenzverkehrs am Rhein. Mißstimmung der Bevölkerung. Auswanderung. Handelssperre.]

Die Rheinüberfahrt bei Mannheim ist für die Bewohner des linken Rheinufers neuerdings wieder erschwert worden, um die Conscribirten an der Flucht zu hindern. Die Unzufriedenheit in jener Gegend wächst täglich. Die Auswanderung nimmt großen Umfang an. Die meisten gehen nach Malaga (?). Ueberdies macht sich in Folge der Verkehrsstockung drückender Geldmangel fühlbar. Die Handelssperre drückt alles zu Boden; Frankreich schadet sich selbst dadurch am meisten.

Wien. St.-Archiv.

[1] Die neue Convention war durch die Veränderungen des Jahres 1803 nöthig geworden; sie datirt vom 11. Mai 1805 und ist unterzeichnet von Geh. Rath Em. Meier und Hofrath Friedr. Ludw. Grub. Original im Karlsruher Archiv. — Auch gedruckt unter dem Titel: Erneuerter und erweiterter Postvertrag zwischen dem kurfürstlichen Haus Baden und dem hochfürstlichen Haus Thurn und Taxis vom Jahre 1805. Karlsruhe, Macklot.

[2] Vergl. Polit. Korrespondenz II, 481.

[3] Leichte, bequem gebaute vierspännige Eilwagen, welche nicht blos anstatt der reitenden Boten die Briefpost beförderten, sondern auch Reisende mit Gepäck aufnahmen. Zwischen Frankfurt und Basel verkehrte ein Wagen zweimal wöchentlich.

[4] Irrthum; im Vertrag ist von 37 Jahren die Rede; für diese Zeit soll überhaupt das ganze Abkommen gelten.

231. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 4. Juni 1805.

[Vierordts Sendung nach Wien. Verstimmung über die innere Lage. Finanzprojekte Baumgärtners. Wachsendes Deficit und steigende Militärlast.]

Kammerrath Vierordt geht im Auftrag der Prinzen nach Wien. Gemmingen wird ersucht, ihn bei seiner Mission[1], die freilich wenig aussichtsvoll erscheint, zu unterstützen.

. . . Au reste je voudrais avoir le temps de Vous faire un tableau exact de notre présente position intérieure que Mr Vierordt connaît très particulièrement, mais que bien de considérations ne lui pourront permettre de Vous dévoiler sans réserve. Mr Baumgärtner[2] — que Vous avez si bien jugé — fait des projets l'un plus fol que l'autre. Celui de son papier-monnaie a heureusement échoué grâce à une petite brochure du fameux Klüber[3] qui a présenté cette extravagance dans son vrai jour; en revanche le projet d'une loterie — qui rapportera peut-être à peine les frais de l'administration — lui réussira, dit-on, c'est-à-dire, sera agréé en dépit de la raison et du bon sens.

Néanmoins le déficit des revenus augmente d'année en année en juste proportion de l'augmentation du militaire qui croît et embellit chaque jour[4]. Mais il faudrait pouvoir passer une soirée au coin de notre petit feu pour Vous entretenir longuement sur cet objet et sur bien d'autres! Le découragement et les dégoûts s'étendent toujours davantage et on vit exactement du jour à la journée. . . .

Concept.

---

232. Legationsrath Bauriedel an den Geheimen Rath[5].

Regensburg, 6. Juni 1805.

[Sitzung vom 1. Juni wegen des Excitatoriums. Aufforderung zur Parition an die säumigen Stände.]

Nachdem der kursächsische Subdelegirte v. Globig endlich seine Instruktion erhalten, ist die Conservatorialcommission auf Einladung Albinis am 1. Juni zu einer Sitzung zu-

[1] Es handelt sich bei dieser Sendung, von der in den folgenden Berichten Gemmingens noch vielfach die Rede ist, um einen erneuten Versuch, ein Abkommen wegen Aufhebung des Sequesters zu treffen.

[2] Geh. Finanzrath Joh. Friedrich Baumgärtner, aus einer altbadischen Familie. Vergl. Huhn, Universallexikon des Gr. Baden, S. 84.

[3] Vermuthlich die Schrift: „Ueber den staatswirthschaftlichen Werth des Papiergeldes in teutschen Reichsländern." Tübingen 1805.

[4] Ende 1802 beläuft sich der Gesammtpassivstand des Landes in Folge der Revolutionskriege auf 3767669 fl.; er steigt bis Ende 1805 auf 8000000 fl. Das Deficit beträgt in den Jahren 1802–1805 durchschnittlich 50000 fl. Vortrag des Cabinetsministers v. Gemmingen vom 27. Januar 1807.

[5] Legationsrath Ludw. Georg Bauriedel, badischer Gesandtschaftssecretär in Regensburg.

sammengetreten. An Stelle Seckendorffs, der auf Urlaub in Franken verweilt, wird Baden durch Albini vertreten. Man beschließt, dem kaiserlichen Excitatorium gemäß an die Reichsstände, welche den Status quo der Reichsritterschaft vom 1. December 1802 noch nicht wiederhergestellt haben, vor allem an Kurbayern, Kurwürttemberg, Hessen-Darmstadt, Nassau-Weilburg und Ligne „fernere Erinnerungen zu erlassen[1], von diesen Beschlüssen Kais. Majestät die Anzeige zu machen, auch dem reichsritterschaftlichen Generaldirectorio Nachricht zu geben.“[2]

233. Maltitz an den Fürsten Czartoryski.

Karlsruhe, 15. Juni 1805.

[Ankunft Leonhardi's. Fürsorge des Kurfürsten für die Heidelberger Universität.]

. . . Le Bon Leonhardi de Francfort, envoyé de la cour de Cassel près de celle-ci, est arrivé de Stoutgart, il aura bientôt l'honneur d'obtenir sa première audience de Msgr. l'Electeur de Bade[3]; ce prince revient ici jeudi 8/20 de ce mois, jour de la naissance de S. A. S. Mme la Margrave . . .

S. A. S. l'Electeur de Bade s'occupe beaucoup d'achever l'organisation de l'université de Heidelberg; les soins de la curatelle y sont confiés en partie à M^r^ le conseiller privé de Reitzenstein qui demeure en cette ville. Le nombre des professeurs habiles qu'on tâche à y attirer, — entre autres Mr Voss de Jena et Mr Thibaut, correspondant de notre commission impériale établie pour la formation des lois, — le voisinage de Mannheim où l'Electeur a fait placer de nouveaux plâtres qu'Elle a fait venir expressément de Paris, le beau site de Heidelberg et tant d'autres avantages locales, tout fait espérer que cette université l'emportera bientôt sur celle de Wurzbourg où la cherté des vivres, l'intolérance et la désunion des professeurs dégoûtent les étudiants; aussi plusieurs de ces jeunes gens l'ont quittée pour aller s'établir sur les bords pittoresques du Necker.

Petersburger Archiv.

---

[1] Häussers Zweifel (a. a. O. II, 581), ob der Beschluß auch vollzogen worden, ist unberechtigt.

[2] Bayern und Hessen-Darmstadt protestiren gegen die Mahnung mit der Behauptung, daß sie den Forderungen des Conservatoriums vom 23. Januar 1804 schon vollkommen Genüge geleistet haben. Von einer weiteren Thätigkeit der Regensburger Subdelegation hört man nichts mehr.

[3] Geh. Legationsrath Jakob Friedrich von Leonhardt, von Seiten Hessen-Kassels als außerordentlicher Gesandter beim badischen Hofe beglaubigt, überreichte dem Kurfürsten sein vom 14. Mai datirtes Creditiv am 20. Juni. S. oben Nr. 219. Von Ernennung eines badischen Gesandten in Kassel ist nicht weiter die Rede.

234. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 17. Juni 1805.

[Dibelot und Massias. Verhältniß des letztern zum Kaiser und zu Talleyrand.]

Der neue französische Minister beim schwäbischen Kreis, Dibelot, wird demnächst erwartet, um sein Creditiv zu überreichen[1]. Die französische Regierung scheine demnach keinen eignen Gesandten für Karlsruhe zu ernennen, Massias werde nur Geschäftsträger bleiben. Da man badischerseits alles aufbiete, dem französischen Hofe zu schmeicheln, und der badische Gesandte in Paris überdies persönlich geschätzt werde, erscheine dies auffallend. Massias stehe allerdings bei Talleyrand keineswegs in besonderer Gunst. Der Kaiser kenne ihn zwar persönlich aus früherer Zeit, habe ihn auch zu Aachen über einige Beschwerden freundschaftlich zur Rede gestellt, worauf Massias sich auf Talleyrands Kosten mündlich gerechtfertigt: dabei sei es aber geblieben. Massias habe weder das Kreuz der Ehrenlegion erhalten, noch sei er befördert worden.

Wien. St.-Archiv.

235. Seckendorff an Edelsheim.

Regensburg, 20. Juni 1805.

[Nachrichten über Ausgleichsverhandlungen zwischen der Reichsritterschaft und Bayern unter badischer Vermittlung. Hinweis auf Talleyrands Verbalnote.]

. . . Je rends grâce à V. Exc. de l'explication qu'Elle a bien voulu me donner dans Sa lettre du 13, nº. 9, sur mon assistance dans l'affaire du Conservatoire. Je Lui avoue tout ingénument que c'est de S. Exc., Mr le Bon de Gemmingen, chef du canton Odenwald, que je tiens cet avis, et connaissant ses connexions à Carlsrouhe, j'ai dû croire que c'est de là qu'il a tiré les renseignements qu'il m'avait communiqués. Il m'en est arrivé d'une autre part sur de certaines ouvertures que notre ministre à Vienne, Mr le Bon Otto de Gemmingen, vient de faire à Mr Galler, syndic du directoire général de la noblesse et chargé de solliciter auprès de la cour impériale l'affaire conservatoriale. Il appert de ces indications que Mr le Bon de Gemmingen serait chargé de la part de notre cour d'entrer en négociations et arrangements avec la cour de Munich sous la médiation de notre Sme Electeur. Quoiqu'il serait bien à désirer que l'on pût arriver à un accomodement sur les affaires de la noblesse sous d'aussi heureux auspices, V. Exc. sent bien cependant qu'il importe d'obtenir avant toute chose le status quo comme point fixe dont l'on partirait pour céder de part et d'autre sur l'objet des doléances et pour régler la condition future de notre corporation et de ses membres et possessions. V. Exc. m'obligera infiniment, si Elle pouvait me dire ce qui en est. Dans ce cas-là je

[1] Dibelot wird zu dem Zwecke am 16. Juli zu Schwetzingen in Audienz empfangen.

[2] Fehlt, wie sämmtliche Schreiben Edelsheims an Seckendorff, mit Ausnahme von Nr. 16 vom 25. Juni.

saurais peut-être Lui indiquer un moyen plus sûr et moins difficile pour atteindre ce but. Car je ne crois pas que Mr Galler soit l'homme à terminer cette affaire, ni le directoire général actuel le point d'où il pourra obtenir les instructions promptes et pertinentes[1] . . .

---

236. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 23. Juni 1805.

[Napoleon plant eine Vermählung des Prinzen Eugen Beauharnais mit der Prinzessin Auguste von Bayern.]

Auch in Wien hat sich, wie Gemmingen am 12. Juni gemeldet, das Gerücht verbreitet, Napoleon plane eine Vermählung der Prinzessin Amalie von Baden mit Eugen Beauharnais. Die Nachricht ist falsch. Mittheilung der Aeußerung Talleyrands auf Dalbergs Anfrage[2].

. . . En effet bien loin d'avoir songé à elle, je Vous confie, mais sous le sceau du plus grand secret qu'on vise depuis le mois de décembre passé à la Princesse Auguste à Munich, et j'ai de fortes raisons de croire que les peines qu'on s'est données mutuellement à Munich et ici pour écarter les propositions précises sur cet objet appuyées d'espérances très séduisantes sous plusieurs rapports, seront inutiles et que la toute-puissance de ce monarque si généralement redouté, qui ne renonce jamais aux plans qu'il s'est une fois proposés, mais qui sait en suspendre l'exécution jusqu'au moment où les circonstances ne permettent plus de lui résister, finira par nous enlever cette incomparable princesse en faveur de l'enfant de son adoption. Je me trompe fort ou il y aura peut-être déjà de nouvelles tentatives faites à cet égard à Munich en ce moment même dont nous serons sans doute bientôt informés . . .

---

237. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 2. Juli 1805.

[Entlassung Gaylings. Motive. Verstimmung des Kurfürsten über die Finanzlage. Besuch des Fürsten von Dessau.]

Der Kurfürst hat dem Staats- und Finanzminister von Gayling die längst erbetene Entlassung ertheilt.

---

[1] Edelsheim theilt als Antwort Seckendorff die Verbalnote Talleyrands (unten Nr. 282) mit und bemerkt: «D'après cela Vous jugerez, de quel côté viendront proprement les entraves relativement à l'exécution du conservatoire impérial dans l'affaire de la noblesse immédiate» . . . Concept, datirt 25. Juni.

[2] S. unten Dalbergs Bericht vom 10. Juni. Abschnitt 6.

. . . Nachdem in der neuen Organisation das Finanzcollegium[1] und eine Generalforstcommission errichtet und dem Markgrafen Ludwig das Präsidium, im Fall Se Kf. D. nicht dasselbe führen, übertragen worden, so ward der vorige Einfluß des Frh. v. Gayling in den Finanzgeschäften sehr vermindert, und es erfolgten zuletzt sogar wesentliche Anordnungen, wovon derselbe nicht unterrichtet und doch nicht der Verantwortlichkeit enthoben war.

Se Kf. D. kommen von Schwetzingen aus öfters nach Heidelberg zum Freih. von Reitzenstein, um stundenweis mit diesem in den innern Angelegenheiten des Landes sehr erfahrenen Mann sich zu unterreden. Den Kurfürst drückt sehr, daß vormals als Markgraf seine Kassen voll, sein Credit blühend, seine Finanzen in Ordnung gewesen, und nun in seinen alten Tagen nach vermehrten Ländern und Revenuen seine Finanzen in Unordnung, eine Menge Schulden da sind und sich täglich häufen, aber der Credit sehr gesunken ist, und man vor und nach alle Ressourcen aufzehrt.

Geh. Referendär Klüber soll nach München gehen, um wegen der auf der Pfalz haftenden Schulden eine Vereinigung zu erwirken.

Der Kurfürst erwartet die Ankunft des Fürsten von Dessau[2], um dann den Sommer über nach der Favorite überzusiedeln.

Wien. St.-Archiv.

238. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 4. Juli 1805.

[Denkschrift des Regierungsraths v. Seckendorff im Besitze seines Vaters. Ihre Auslieferung gefordert. Befürchtungen wegen etwaiger Schritte am badischen Hofe.]

Le ministre de V. A. S. Exc. Bon de Seckendorff à Ratisbonne vient de m'informer d'une aventure aussi extraordinaire qu'importante pour lui et son fils, le conseiller de régence à Stoutgart, par les suites qu'elle présage. Ce dernier étant toujours encore du nombre des prisonniers détenus à Hohenheim[3], les actes étant clos, il a cru devoir déposer, entre les mains de son père, un acte qui constatait son innocence, auquel il a transmis par un canal qu'il ignorait un assez long exposé historique sur sa détention et sur les motifs supposés. Le ministre de Seckendorff à Ratisbonne reçut ce paquet le 26 juin par le Bon d'Eyben auquel il avait été envoyé. Le lendemain celui-ci vient chez lui pour réclamer cet exposé, sur (sic!) un courrier que lui avait expédié le Cte Wintzingerode avec une lettre fort

[1] Durch Erlaß vom 30. April 1804 war nach Baumgärtners Vorschlag die schon im ersten Organisationsedikte in Aussicht genommene neue Oberfinanzbehörde, der Geheime Finanzrath, eingesetzt worden, in welchem bald Markgraf Ludwig als Stellvertreter des Kurfürsten entscheidenden Einfluß gewann und dadurch den langjährigen verdienten Leiter der badischen Finanzen, Geh. Rath von Gayling, bestimmte, seine Entlassung zu nehmen.

[2] Leopold Friedrich Franz, der mit Karl Friedrich seit den Tagen des Fürstenbundes in treuer Freundschaft verbunden war.

[3] Vergl. oben Nr. 222.

pressante à cet égard, accompagnée d'une autre lettre de la part de M. Heisdorff, directeur des postes à Augsbourg, par l'entremise duquel ce paquet était arrivé à Ratisbonne.

Le père a dû refuser la reddition de cet exposé adressé uniquement à lui et il compte bien persister imperturbablement à ce refus prononcé, ne pouvant, quoi qu'il en arrive, pas s'oublier au point de se rendre l'instrument de la trahison du secret de son propre fils; il pense que c'eût été à ses gardiens à le mieux surveiller et que s'ils ont à se reprocher trop de négligence à cet égard, ce n'est certainement pas au père à leur fournir maintenant des armes contre un fils, dont le malheureux sort sera vraisemblablement aggravé par cette circonstance, mais du moins ne se rendra-t-il pas responsable des injustices que l'on commettra envers lui. Le ministre de Seckendorff suppose même qu'on se permettra peut-être pour induire son fils à avouer le contenu de son mémoire, de lui dire qu'il a été délivré par le père[1].

Il assure au reste qu'il n'est nullement préjudiciable à l'honneur du prisonnier ni à ses devoirs, mais qu'il compromet différents personnages qu'il était indispensable de faire connaître pour mettre entièrement au fait de cette intrigue infernale, dont il ne veut certainement pas être le délateur. Cependant il est persuadé, que son refus de délivrer ce mémoire secret qui lui a été confié, à lui seul, par son fils, rendra l'Electeur de Wurtemberg furieux et que, pour ne pas se voir obligé à reculer, on se permettra toute espèce de moyens. Grand Dieu, — s'écrie-t-il dans la lettre qu'il m'écrit sur ce sujet, — quel prince et quelle cour!

Le Bon de Seckendorff suppose que peut-être on imaginera pouvoir le forcer à une trahison si indigne envers son fils, en s'adressant à V. A. S. E., afin d'obtenir par ce moyen l'extradition demandée[2], mais il compte trop sur la justice et l'intégrité qui de tout temps ont caractérisé les principes inappréciables de V. A. S. E. pour ne pas s'attendre avec la plus respectueuse confiance, qu'Elle ne Se prêtera jamais à exiger de lui un sacrifice qui ne concerne nullement Son service et Ses intérêts et auquel il ne saurait jamais souscrire sans se couvrir d'opprobre et d'ignominie. Elle me permettra sans doute, Monseigneur, de le rassurer d'avance sur les sollicitudes qu'on pourrait chercher à suggérer à cet égard.

Selon plusieurs lettres qui viennent d'arriver ici de Stoutgart, cette affaire y mit tout en combustion. Ont dit que le conseiller de régence de Seckendorff a déjà été transporté à l'Asperg; d'autres assertions prétendent qu'il aurait trouvé moyen de s'évader . . .

---

[1] Vergl. zur Charakteristik des Verfahrens Sinclairs Schreiben vom 9. Juni 1805. Schwartz, Friedrich V., Landgraf von Hessen-Homburg, I, 209.

[2] Die Vermuthung bestätigt sich nicht; ein derartiges Ansinnen von Seiten des Stuttgarter Hofes ist an den Kurfürsten nicht gestellt worden.

238. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 21. Juli 1805.

[Rücktritt Gaylings. Baumgärtner voraussichtlich sein Nachfolger.]

. . . Depuis hier Mr le ministre de Gayling a obtenu l'agrément de S. A. S. E. d'être entièrement dispensé du conseil intime des finances et de la surveillance et responsabilité des caisses. Il conserve néanmoins sa place et sa coopération au conseil intime. Ce sera vraisemblablement Mr Baumgaertner, — que Vous Vous rappellerez depuis certaine conférence dans le tout petit cabinet de Monseigneur à certain dimanche au soir, — qui sera chargé de cette partie du département des finances, tout comme il en paraît déjà en avoir été maintes fois chargé. Son ami intime est Mr le conseiller aulique Holzmann qui se propose, je crois, de Vous venir faire bientôt sa cour. Si nous avons la guerre, ces Messieurs ne manqueront pas d'occasion à déployer leurs talents financiers. Deus bene vertat! . . .

240. Schall an den Grafen Ludwig Cobenzl.

Karlsruhe, 25. Juli 1805.

[Aufhebung des Rastatter Franziskanerklosters. Erbitterung der Katholiken.]

Die Aufhebung des Franziskanerklosters in Rastatt hat unter den dortigen Katholiken böses Blut gemacht[1]. Man erblickt in dem Acte eine harte Maßregelung der Katholiken, zumal man längst eingesehen, „daß die katholischen Unterthanen nur als Stiefkinder behandelt würden". Die Franziskaner halten eine Abschiedspredigt mit Prozession, zu der viel Volk zusammenströmt. Der sonst so beliebte Kurfürst sei in jenem Augenblick verhaßt gewesen.

Wien. St. Archiv.

[1] Die Kirche, berichtet v. Schall am 31. August, sei den Protestanten eingeräumt worden, die bisher ihren Gottesdienst im Schlosse abgehalten; der Kurfürst habe sich selbst einen Betstuhl darin ausgesucht. Noch am gleichen Tage sei aber vor das Haus des Hofrichters v. Drais eine Petarde gelegt worden.

5. Kreisausschreibeamt und Kreistag. Juni 1804—September 1805.

241. Buol-Schauenstein[1] an den k. Conferenzminister Grafen Colloredo.

München, 22. Juni 1804.

[Kreisconferenz zu Heilbronn. Berufung eines Kreistages nach Eßlingen.]

Ich vernehme von guter Hand, daß der kurbadische Hof bei dem württembergischen wiederholt auf eine demnächstige Kreisversammlung gedrungen habe, dieses Ansinnen aber bisher noch immer von Seiten des letztern abgelehnt worden sei; die beiden Höfe wären endlich vor der Hand dahin übereingekommen, im Laufe des nächsten Monats eine eigene Commission zu Heilbronn zusammentreten zu lassen, um vorläufige Conferenzen sowohl zur Berichtigung des bei künftigen Kreistägen zu beobachtenden Ceremoniells als in Betreff der wesentlichen, durch den eingetretenen Abgang der Prälaten und Städtebank erfolgten Organisationsveränderung abzuhalten, nach deren Beendigung der Kreistag alsobald nach Eßlingen, obgleich der Kurfürst von Baden noch fortan darauf bestünde, daß die Stadt Augsburg gewählet werde, ausgeschrieben werden soll . . .

Wien. St.-Archiv.

242. Hügel an den Reichshofvicekanzler Fürsten Colloredo.

Regensburg, 28. Juni 1804.

[Denkschriften des fürstenbergischen Reichstagsgesandten von Schmitz. Baden durch Anerkennung des Kreisausschreibeamtsvertrages für die Unterdrückung der reichsstädtischen Stimmen zu gewinnen. Sorge vor Preußen.]

Hügel übersendet zwei von dem fürstenbergischen Comitialgesandten von Schmitz[2] überreichte Denkschriften: „Nachtrag zur Note über das künftige Stimmenverhältniß im schwäbischen Kreise" und „Oberflächliche Berührung einiger sehr wesentlichen Punkte von der künftigen schwäbischen Kreisorganisation als Aufgabe zum reifen Nachdenken. Geschrieben im Junius 1804."[3]

---

[1] Freih. von Buol-Schauenstein, kaiserlicher Gesandter in München und beim schwäbischen Kreise.

[2] Edmund Freih. v. Schmitz-Grollenburg.

[3] Abgedruckt ohne Angabe des Verfassers in der Schrift: Der engere und allgemeine Schwäbische Kreisconvent zu Eßlingen rc. Schwaben 1805, S. XXI

Soviel das kaiserliche Interesse bei dieser Angelegenheit betrifft, scheint mir das Wesentlichste zu sein, die Ausübung der ehemaligen reichsstädtischen Stimmen zu hindern, weil dadurch Preußen einen Einfluß im schwäbischen Kreise und verbunden mit Bayern ein Uebergewicht in demselben erhalten würde. Beides zu hintertreiben sind auch die zwei kreisausschreibenden Herrn Fürsten interessirt, da dieselben wohl voraussehen können, daß selbst eine einzige Kreisstimme in den Händen eines preußischen Ministers ihren Einfluß ungemein parallelisiren (sic!) würde.

Da nun überdem bei dem zwischen Württemberg und Baden geschlossenen Vertrag[1] über die Ausübung des Kreisausschreibamtes durchaus keine Möglichkeit abzusehen ist, das letztere von der Ausübung des konstanzischen Kreisdirectorii abzuhalten, und da dasselbe in badischen Händen immer noch unschädlicher ist als in bayrischen, so scheint das Interesse des allerhöchsten Hofes zu erfordern, durch Gutheißung dieses Vertrags sich ein Verdienst um den Herrn Kurfürsten von Baden zu erwerben und diesen Stand dadurch aufzumuntern, nicht nur zur Ausschließung der reichsstädtischen Stimmen bei dem bevorstehenden Kreistag mitzuwirken, sondern auch in Ansehung der übrigen in der letzten Schrift berührten Punkte soviel, als zur Beruhigung der katholischen und kleineren Stände und zur Erhaltung des reichsoberhauptlichen Einflusses nöthig ist, zu thun . . .

Da der Kaiser nun durch eigene Gesandte an den Höfen beider kreisausschreibenden Fürsten vertreten sei, fehle es ja nicht an Mitteln, „das reichsoberhauptliche Interesse zu wahren und einer Auflösung der Kreisverfassung vorzubeugen, welche zum Nachtheile des deutschen Defensionsstandes aus einer ungeregelten Opposition zwischen den größeren und kleineren Ständen entstehen könnte."

Die Publicirung der Denkschriften dürfte sich zu dem Ende vielleicht empfehlen.

Wien. St.-Archiv.

---

243. Aus den Acten über die Heilbronner Kreisconferenz vom 17.—27. Juli 1804.

Juli 1804.

[Die kreisausschreibamtliche Conferenz zu Heilbronn. Der württembergische Organisationsplan. Verständigung darüber mit Baden. Kreisumlage.]

In einem Schreiben an den Kurfürsten von Württemberg vom 29. Mai 1804 spricht Kurfürst Karl Friedrich den Wunsch aus, daß die in dem beiderseitigen Staats-

bis LIII. Sie vertritt u. a. die Anschauung, daß der Staatsvertrag vom 2. Februar 1804 ohne Bestätigung durch Kaiser und Reich keine bindende Kraft besitze, daß es Aufgabe der beiden Kurhöfe sei, den katholischen Religionstheil wegen Nichtachtung der Parität zu beruhigen, daß Baden nicht auch das Directorium des konstanzischen, im Ganzen also zweier Kreisviertel beanspruchen dürfe, daß die Kreisordinarideputation künftig überflüssig und die Fortführung „der abteilichen und städtischen Stimmen" unzulässig sei.

[1] Vom 2. Februar 1804. Polit. Correspondenz, IV, 479.

vertrage vom 2. Februar d. J.[1] in Aussicht gestellte Kreisconferenz in Bälde berufen werden möge, um über die künftige Organisation des Kreises zu berathen. In seiner Antwort vom 26. Juni schlägt Kurfürst Friedrich vor, daß diese Conferenz am 15. Juli in Heilbronn zusammentreten solle, womit man badischerseits einverstanden ist. In Folge dessen finden sich Mitte Juli als Vertreter Badens Geh. Rath v. Wöllwarth, Präsident v. Baur und Geh. Referendär Hofer in Heilbronn ein, während Württemberg die Geh. Räthe v. Mandelsloh und v. Bühler nebst dem Regierungsrath Mohl dahin entsendet. Am 17. Juli beginnen die Berathungen. Es handelt sich dabei zunächst um die „Umlegung eines provisorischen Extraordinarii", die zur Deckung der für das Budgetjahr 1804/05 auf 257364 fl. veranschlagten Kreisbedürfnisse um so dringender erforderlich erscheint, als in der Kreiskasse sich zur Zeit nur 42634 fl. befinden. Württemberg beantragt daher eine provisorische Umlage von 25 Römermonaten; Baden beanstandet anfänglich die Höhe derselben, willigt aber schließlich in 20 Römermonate ein. Am 18. Juli tragen die Württemberger ihren Plan einer Reorganisation des Kreises vor; die Badener ersuchen um schriftliche Mittheilung desselben, da sie nur instruirt seien, die württembergischen Vorschläge ad referendum zu nehmen, und erst die Weisungen ihres Hofes einholen müßten. Man erklärt sich dazu bereit, wünscht indes, daß Baden sich über den Plan näher äußern und „wo immer möglich, freundschaftlich vereinigen möchte", da Württemberg sich nur unter dieser Voraussetzung zur Berufung eines Kreisconvents verstehen werde.

Am 19. Juli wird darauf der Organisationsplan den Badenern schriftlich mitgetheilt. Der Hauptinhalt desselben ist in Kürze folgender. Es sollen künftig nicht nur die Stimmen der säkularisirten Stifter nach § 32 des Reichsdeputationshauptschlusses von den derzeitigen Besitzern dieser Lande weitergeführt werden, sondern auch die Stimmen der mediatisirten Reichsstädte. Wenngleich dieser Forderung „der Begriff der Mediatisirung" zu widerstreiten scheine, müsse man doch darauf bestehen. Maßgebend sei dabei 1. die Erwägung, daß die ehemals reichsstädtischen Gebiete „als in die Kategorie unmittelbarer Reichsherrschaften übergegangen" anzusehen seien; 2. die Größe dieser Territorien „im Verhältniß zum ganzen Kreis und zu einzelnen Reichsabteien oder Parzellen derselben, welche Stimmrecht geben"; 3. das politische Interesse der mächtigeren Stände des Kreises, der drei Kurhöfe (§ 3).

Bei diesem Anlaß wird der Wunsch geäußert, daß Württemberg in der Fürstenbank drei neue Stimmen erhalte, für Zwiefalten, Teck und Tübingen (§ 4). § 6 beschäftigt sich mit der Zulassung der neuen Besitzer kreisständischer Gebiete zur Ausübung des Sitz- und Stimmrechts und der Regelung der hierbei in Betracht kommenden Formalitäten (Qualifikation, Reception und Introduktion). § 11 und 12 handeln von der Ausübung des Sitz- und Stimmrechts, die im Wesentlichen nach dem alten Aufrufsschema stattfinden soll. — § 13. Die frühere Eintheilung der Stände wird in Folge der neuen Ereignisse erheblich verändert: es existirt fortan im staatsrechtlichen Sinne nur noch eine Fürsten- und eine Grafen- und Herrenbank nebst einer Reichsstadt. — Die Eintheilung in Kreisviertel betr., wünscht Württemberg, daß nicht nur seine sämmtlichen Besitzungen, sondern auch alle Gebiete „in der Linie zwischen Tuttlingen und Ulm bis an die Donau", mithin vor allem der auf dem linken Donauufer gelegene Theil von Hohenzollern und Fürstenberg dem württembergischen Kreisviertel zugewiesen werden (§ 14). Bezüglich der inneren Verfassung und der Geschäftsbehandlung (§§ 20 und 21) wird beantragt, daß Eßlingen zur Malstadt der Kreisconvente erhoben werde, während Kreiskasse und -kanzlei ihren Sitz in Stuttgart finden. Die §§ 22—24 endlich befassen sich mit der Organisation der Ordinarideputation, die in möglichster Anlehnung an die alte Verfassung aus den beiden kreisausschreibenden

[1] Polit. Correspondenz, IV, 483.

Fürsten, Bayern, Hohenzollern-Hechingen, dem Director und Condirector des Grafencollegiums und der Reichsstadt Augsburg gebildet werden soll. Als Grundsatz gilt dabei, daß jedes Mitglied nur eine Stimme zu führen berechtigt ist.

Nachdem die Kreisgesandtschaft und Geh. Rath Brauer über diesen Organisationsplan ihr Gutachten erstattet, wird erstere angewiesen, eine schriftliche Gegenerklärung abzugeben, aus der hier die wichtigsten Punkte hervorgehoben werden mögen. Entgegen dem Gutachten der Kreisgesandtschaft, die sich für die Fortführung der reichsstädtischen Stimmen ausgesprochen, wird letztere als staatsrechtlich und politisch unzuläßig bezeichnet. In staatsrechtlicher Hinsicht können keine Zweifel obwalten, daß die reichsstädtischen Stimmen als solche durch die Mediatisirung erloschen seien; für ihre Wiederaufnahme „in der Eigenschaft von Reichsherrschaften" biete der Reichsdeputationshauptschluß keinerlei Rechtsgrund, ebensowenig seien der Kreis oder die neuen Besitzer der mediatisirten Städte befugt, dieselben „als stimmfähige Reichsherrschaften zu qualificiren". In politischer Hinsicht sei der Vortheil, der den kreisausschreibenden Fürsten und Kurbayern aus der Fortführung dieser Stimmen erwachse, sehr gering, da das Stimmenverhältniß ziemlich das gleiche bleibe, der Nachtheil aber, wie Brauer bemerkt, um so größer, da dann auch Preußen und Hessen-Darmstadt Kreismitstände würden und dadurch die Einigkeit bei den Kreisberathungen künftig ernstlich gefährdet werde. Daher wünscht Baden dringend, daß Württemberg auf diese Forderung verzichte, und wird, um Uneinigkeit zu verhüten, für dieselbe lediglich in dem Falle stimmen, wenn auch Bayern dafür eintreten sollte. Mit den Stimmen für Teck &c. ist man badischerseits einverstanden, doch beansprucht man dann, falls die reichsstädtischen Stimmen fortgeführt würden, gleichsfalls zwei Stimmen für Reichenau und Sausenberg. Bezüglich der §§ 6—13 ist man im Wesentlichen einig. Dagegen gilt dies nicht betr. der Eintheilung in Kreisviertel: wenn man auch geneigt ist, die neuwürttembergischen Lande dem württembergischen Kreisviertel zu überweisen, so erscheint doch die weiterhin vorgeschlagene geographische Scheidung der Kreisviertel nach Flüssen und Gebirgen für Baden zu nachtheilig, da Hohenzollern und Fürstenberg dadurch seinem Einflusse entzogen würden. Die Entscheidung dieser Frage muß daher dem Kreistage vorbehalten bleiben, der dazu auch allein berechtigt ist. Nach § 20 willigt man ein, daß der nächste Kreisconvent in Eßlingen abgehalten werde, erwartet aber, daß künftig jeweils eine badische Stadt mit Eßlingen abwechsele. In allen übrigen Punkten, insbesondere auch hinsichtlich der Ordinarideputation, stimmt Baden im Wesentlichen dem württembergischen Plane zu.

In der Sitzung vom 24. Juli wird diese Gegenerklärung verlesen. In der daran anknüpfenden Diskussion beharren die Württemberger nach wie vor auf der Fortführung der reichsstädtischen Stimmen, um so mehr, als ihres Erachtens die Besitzer mediatisirter Gebiete „durch Inhabung kreisständischer Lande und Bezahlung des matrikularmäßigen Anschlags" zur Stimmführung genügend qualificirt seien und „durch Aufhebung der städtischen Stimmen die Verhältnisse des Stimmenwerths verändert werden". Eine Einigung wird in diesem Punkte nicht erzielt, doch erklären die Badener wiederholt, daß sie sich, falls auch Bayern auf die Seite Württembergs trete, dieser Mehrheit fügen würden. Auch der Vorschlag „wegen Alternation der Kreismalstädte" begegnet Schwierigkeiten; die Württemberger scheinen eher geneigt, Augsburg zur Kreismalstadt zu wählen, als sich auf Alternation einzulassen. Im Uebrigen werden nur geringfügige Bedenken erhoben; die Feststellung der Executionsrouten erfolgt am 26. Juli in voller Uebereinstimmung beider Theile. Nachdem am gleichen Tage das wegen der Umlage von 20 Römermonaten zu erlassende Patent an die Kreisstände entworfen worden, wird die Conferenz, da der Berathungsstoff erschöpft ist, am 27. Juli geschlossen (Protokoll).

244. Graf Wintzingerode an Edelsheim.

Stuttgart, 29. August 1804.

[Befriedigung über den Verlauf der Heilbronner Conferenz.]

... Die kreisausschreibamtliche Conferenz zu Heilbronn ist allerdings auf eine solche Art vor sich gegangen, daß nichts mehr zu wünschen ist, als daß alles, was zwischen beiden Kurhöfen je zu verhandeln sein wird, dasselbe Gepräge tragen möge, und Ew. Excellenz erregen in mir sehr angenehme Gefühle, wenn ich in Hochdero Schreiben[1] die bestimmte Versicherung über ein ferneres vertrauliches Einvernehmen finde.

Indem ich Ihnen dafür danke, mache ich mich gern zu allem anheischig, was dieses durch mein persönliches Benehmen erleichtern kann ...

245. Kurfürst Friedrich von Württemberg an Karl Friedrich.

Ludwigsburg, 14. September 1804.

[Berufung eines engeren und allgemeinen Kreisconvents. Vorherige Verständigung mit Bayern.]

Befriedigung über den Verlauf der Heilbronner Conferenz, bei der in den meisten Punkten volle Einigung erzielt und da, wo Meinungsverschiedenheit herrsche, diese nicht so weit gehe, „daß die volle Wiederherstellung der Thätigkeit des Kreises und des gewöhnlichen Ganges der Geschäfte dadurch behindert würde". Es wird daher vorgeschlagen, einen allgemeinen Kreisconvent auf den 12. November nach Eßlingen einzuberufen; demselben soll zur Vorbereitung der Organisationsmaterie ein auf den 1. November zu berufender engerer Kreisconvent vorangehen, der das Ergebniß seiner Berathungen „in der Form eines engeren Conventsgutachtens" dem allgemeinen Kreistage vorzulegen hat.

„Soviel aber die bei der Conferenz vorgekommenen Punkte betrifft, bei denen in der jenseitigen Erklärung besondere Erinnerungen gemacht werden", vor allem die wichtige Frage von der Fortdauer der ehemaligen reichsstädtischen Stimmen, wird es sich empfehlen, mit dem dabei wesentlich interessirten kurbayrischen Hofe in Verbindung zu treten.

Im Uebrigen werden alle auf der Conferenz getroffenen Vereinbarungen genehmigt.

In seiner Antwort vom 4. October d. J. erklärt sich Karl Friedrich mit den Vorschlägen einverstanden und bemerkt dabei nochmals ausdrücklich, daß wenn auch Bayern auf der Fortführung der reichsstädtischen Stimmen bestehen sollte, er sich „zu Beförderung eines erwünschten Einverständnisses" fügen werde. (Concept Hofers.) In Folge dessen werden am 11. October die von beiden Kurfürsten unterzeichneten Convokationsschreiben an die Stände erlassen und die «Deliberanda», wie üblich, beigefügt[2].

[1] Vom 18. August.

[2] Gedruckt in der Schrift: Der engere und allgemeine Schwäbische Kreisconvent zu Eßlingen vom 1. November bis 20. December 1804. Schwaben, 1805. S. LXV ff.

246. Der württembergische Gesandte v. Bühler an Edelsheim.

Heilbronn, 13. October 1804.

[Accreditirung Wöllwarths beim Stuttgarter Hof. Zustimmung zu dieser Wahl.]

Auf Ew. Exc. mir zu Mainz gemachte gütige Eröffnung, daß Se Kurf. Durchlaucht zu Baden geruhen dürften, ehestens einen Gesandten an den kurfürstlichen Hof zu Stuttgart zu ernennen[1], habe ich die Ehre Hochdieselbe zu versichern, daß die von Sr Kurf. Durchlaucht zugleich beabsichtete Wahl in der Person des Herrn Geheimenrath und Kreisausschreibamtsgesandten, Baron von Wöllwarth, dem Kurfürsten, meinem Herrn, unfehlbar sehr angenehm und erfreulich sein werde . . .

---

247. Reichshofvicekanzler Fürst Colloredo an Schall.

Wien, 3. November 1804.

[Glimpfliche Verwahrung gegen die Uebernahme des Kreisausschreibeamtes durch Baden. Rücksicht auf Religionsparität.]

Bekanntlich ist die Neueintheilung und Organisation der Kreise noch nicht geregelt, sondern „vermöge des bereits unterm 22. August vorigen Jahres genommenen Verlasses erst durch einen künftigen Reichsschluß“ festzustellen.

. . . Unter diesen Umständen kann das von Kurbaden sich beigelegte Mitausschreibamt vor der Hand nicht anderst als provisorie anerkannt werden, und es hat daher der Herr Minister Reichshofrath v. Schraut den Auftrag erhalten, bei seiner bevorstehenden Accreditirung vermittelst einer bescheidenen und anständigen Ministerialnote eine zweckmäßige Erklärung zur Verwahrung der in Hinsicht des obenerwähnten kurbadischen Mitausschreibeamtes dem unter seinem Oberhaupte versammelten Reiche, auch den katholischen Kreis- und Reichsständen zustehenden Rechte einzulegen . . .

Zur näheren Information verweist Colloredo auf eine beiliegende Denkschrift „Betrachtungen über die Religionseigenschaft der Ausschreibämter in den deutschen Reichskreisen, besonders in dem in Hinsicht auf die Religion gemischten schwäbischen Reichskreise“. Eine gleiche Verwahrung habe Freih. von Hügel gegen die Nachfolge des Kurfürsten von der Pfalz „in das vormalige fürstlich bambergische Kreisausschreibamt“, beim fränkischen Kreise, obgleich die Religionsparität hier nicht alterirt werde, eingelegt.

Wien. St.-Archiv.

---

[1] Entsprechend dem Wunsche des Kurfürsten Friedrich. Polit. Correspondenz, IV, 497. Die Ernennung verzögert sich indes abermals und erfolgt erst im Februar 1805. Am 18. Mai überreicht der neue Gesandte in Ludwigsburg sein Beglaubigungsschreiben; die Aufnahme, die er dort findet, ist, wie er rühmt, eine äußerst entgegenkommende. Berichte vom 20. und 23. Mai 1805.

248. Schraut an Edelsheim.

Karlsruhe, 21. November 1804.

[Verwahrung wegen des badischen Kreisausschreibeamtes. Nichtachtung der Religionsparität. Provisorische Anerkennung.]

Schraut, der sich in Karlsruhe als neuernannter kaiserlicher Minister beim schwäbischen Kreise[1] vorstellt, hält sich für verpflichtet, die Nothwendigkeit eines Vorbehaltes darzulegen, unter welchem allein der Kaiser sein Beglaubigungsschreiben auch an den Kurfürsten von Baden gerichtet habe. Es sei nicht zu verkennen, wenn die Verfassung des schwäbischen Kreises nicht in einem ihrer wesentlichsten Theile verletzt und die wohlerworbenen Rechte der katholischen Stände nicht „in Vergessenheit gestellt werden" sollen, „daß alsdann ein auf alle künftige Zeiten und Fälle, nicht auf die ehrwürdige Persönlichkeit Sr Kf. D. und auf die rühmliche Unbefangenheit Ihres jetzigen Ministeriums allein berechnetes Mittel der Sicherstellung gegen die früheren oder späteren Ueberwirkungen eines zweifach protestantischen Ausschreibamts in einem gemischten Kreise gefunden und befestiget werden müsse." Dies sei die Ansicht Sr Majestät. In Folge dessen betrachte der Kaiser die gegenwärtige Verwaltung des Mitausschreibamtes nur als eine provisorische, — „ein vorübergehender Zustand, aus welchem sie nicht zu bald durch freundschaftliche Uebereinkunft aller Betheiligten in einen bleibenden übergehen wird."

„Se Kf. D. werden einer so gerechten Erwartung sich nicht entziehen; sie ist das Bedingniß der Anerkennung aller Handlungen, in welchen die gegenwärtige Leitung des Mitausschreibamtes sichtbar wird." Daß der Kaiser zur Wiederherstellung des lange unterbrochenen Geschäftsganges des schwäbischen Kreises ein „so mildes Auskunftsmittel" gewählt, verdiene allgemeinen Dank; er sei dazu bestimmt worden durch die Dringlichkeit der jetzigen Versammlung und „die vorliegende Nothwendigkeit ihrer Berathschlagungen über so viele wichtige Betreffe".

---

249. Edelsheim an Schraut.

Karlsruhe, 23. November 1804.

[Baden im rechtmäßigen Besitz des Kreisausschreibeamts. Die katholischen Kreisstände durch eine Erklärung zu beruhigen.]

Beantwortet die Note vom 21. November.

Die unerwartete Erklärung sei mit so schmeichelhaften Aeußerungen für den Kurfürsten verbunden, daß derselbe nicht zweifle, wessen er sich in dieser Hinsicht von Seiten Sr Kais. Majestät zu versehen habe.

Der unbestrittene Satz, daß die Kreisausschreibeämter kein persönliches Recht der Landesherren, sondern ein Attribut gewisser Lande seien und mit diesen auf die jeweiligen Besitzer übergehen, setze außer allen Zweifel, daß das konstanzische Kreisausschreibeamt mit den hochstiftischen Landen durch § 5 und 36 des Reichsdeputationshauptschlusses auf Baden übertragen worden sei, und es lasse sich weder in den Anträgen der Mediationsmächte, noch in den Deputationsverhandlungen, noch endlich in der kaiserlichen Ratifikationsurkunde „eine Spur entdecken, daß desfalls irgend eine Ausnahme oder Einschränkung habe stattfinden sollen."

Der Kurfürst sei daher überzeugt, daß er sich im wohlerworbenen, rechtmäßigen Besitz des Kreisausschreibeamtes befinde, und vertraue darauf, daß der Kaiser ihn darin

[1] Nachfolger des Freih. v. Buol-Schauenstein.

schützen werde. Er hoffe dies um so mehr, als ihm seine Religionseigenschaft dabei nicht im Wege stehen könne, da dies auch in dem gemischten oberrheinischen Kreise bei den beiden katholischen kreisausschreibenden Fürsten nicht der Fall gewesen sei und überdies seine Gesandtschaft Weisung habe, in der ersten Plenarsitzung des allgemeinen Kreisconvents eine die katholischen Mitstände vollauf befriedigende Erklärung in dieser Hinsicht abzugeben.

Concept.

250. Aus den Acten über den engern und allgemeinen Kreisconvent in Eßlingen.[1]

November—December 1804.

[Kreisconvente zu Eßlingen. Beschickung durch Bayern. Kreisständische Opposition unter österreichischer Führung. Bedenken gegen das badische Kreisausschreibeamt. Beruhigende Erklärung wegen der Religionsparität. Streit um die Fortführung der reichsstädtischen Stimmen. Gegensätze zwischen Baden und Württemberg. Ausgleichsvorschlag Badens. Offener Bruch in der Sitzung vom 13. December. Erneute Vermittlungsbemühungen Badens. Schluß des allgemeinen Kreistags. Protest wider die Kreisschlüsse. Oesterreichs Absichten.]

Am 1. November treffen die badischen Bevollmächtigten in Eßlingen ein. Die Eröffnung des engern Kreisconvents wird indes verzögert, da Kurbayern sich weigert, denselben zu beschicken. Als Gründe seiner ablehnenden Haltung werden angeführt, daß die Neueintheilung und Organisation des Kreises nach dem Deputationshauptschluß dem Kaiser und dem Reiche vorbehalten sei, daß „Schwaben nach seiner geographischen Lage einigen Zuwachs von dem obern und kurrheinischen Kreis erhalten dürfte, dagegen aber der bayrische Kreis wegen den abgerissenen Ständen Salzburg, Berchtolsgaden und einem Theil von Passau eine billig-mäßige Entschädigung" von Schwaben zu erwarten habe, endlich daß Oesterreich sich mit all' seinen schwäbischen Besitzungen vom Kreise getrennt habe.[2] Die angeführten Gründe werden sämmtlich als nicht stichhaltig befunden. Die kreisausschreibenden Fürsten entschließen sich daher, Bayern durch eine eigene Gesandschaft nochmals zur Beschickung der Kreisconvente aufzufordern und der Münchener Regierung die aus ihrer ablehnenden Haltung entspringenden unabsehbaren Folgen vor Augen zu führen; in Folge dessen willigt Kurfürst Max Josef ein, in der Person des H. v. Eppelen einen Vertreter nach Eßlingen zu entsenden.[3] Inzwischen wird am 7. November, da mit Ausnahme von Bayern alle Stände der Ordinarideputation in Eßlingen erschienen sind, der engere Kreisconvent „mittelst Ablegung der Hauptproposition" eröffnet, ohne daß sich eine weitere Berathung daran knüpft; doch glauben die badischen Gesandten schon in dieser ersten Sitzung auf Seiten der gräflichen Gesandten[4] Spuren eines planmäßigen Oppositions-

[1] Unter dieser Aufschrift geben wir hier nach den Acten eine gedrängte Uebersicht der Verhandlungen, auf die im Einzelnen einzugehen uns der Raum fehlt. Zu vergleichen ist im Folgenden die im Lager der kreisständischen Opposition entstandene Schrift: „Der engere und allgemeine Schwäbische Kreisconvent zu Eßlingen vom 1. November bis 20. December 1804, in Beziehung auf die Kreise-Organisation und das Stimmrecht wegen der ehemaligen Reichsabteien und Reichsstädte. Schwaben 1805", mit zahlreichen Actenbeilagen.

[2] Schreiben des Kurfürsten vom 22. October.

[3] Schreiben vom 15. November.

[4] Zeil-Zeil und Oettingen-Spielberg.

geistes „zweifelsohne die Fortdauer der Kreisstimmen für die Reichsstädte und säkularisirte geistliche Stände betr." zu bemerken.[1] Mit Ausnahme von Taxis sind von vornherein alle Vertreter der mindermächtigen Stände einig, daß die Stimmen der ehemaligen Reichsstädte aus staatsrechtlichen und politischen Gründen, wie aus Rücksichten der Billigkeit nicht fortgeführt werden dürfen, da vor allem die drei Kurhöfe eine solche Majorität erlangen, daß jede Berathung in Pleno überflüssig werde[2]. Oesterreich steht dabei, wie sich aus Aeußerungen seines Vertreters v. Steinherr ergibt, entschieden auf Seiten der Opposition. Auch „gegen die Gesetzlichkeit des kurbadischen Kreisausschreibamts" wird anfänglich vielfach Widerspruch erhoben; die Tendenz desselben ist aus einer vermuthlich von dem fürstlich Zeilischen Gesandten von Gimmi verfaßten „Abhandlung für den November 1804. Ueber die veränderten Verhältnisse im schwäbischen Kreise durch den jüngsten Hauptdeputationsabschluß"[3] ersichtlich (Bericht der badischen Kreisgesandtschaft vom 13. November). Die Sorge der Badener wächst, als Steinherr ihnen bei einem Besuche eröffnet, er sei angewiesen, bei schicklichem Anlaß auf die bescheidenste und schonendste Weise zu bemerken, daß sein Hof die Ausübung des Kreisausschreibeamts durch Baden nur als ein Provisorium ansehe, durch welches der Entscheidung von Kaiser und Reich nicht vorgegriffen werde. Um so mehr gereicht es ihnen zur Beruhigung, als das Beglaubigungsschreiben des neuernannten Gesandten beim schwäbischen Kreis, v. Schraut, einläuft, in welchem Baden ohne Vorbehalt als kreisausschreibender Stand bezeichnet wird[4]. Der Vorgang verfehlt bei den katholischen Kreisständen seine Wirkung nicht. Die Opposition nimmt, wie die Badener feststellen, zusehends ab. Von der quaestio an? ist nicht mehr die Rede, man verlangt nur noch gewisse Garantieen, die zur Beruhigung des katholischen Theils geeignet sind (Bericht vom 13. December). Nach dem Vorschlage der Kreisgesandtschaft entschließt sich daher der Kurfürst, bei Eröffnung des allgemeinen Kreisconvents eine entsprechende Erklärung abgeben zu lassen. Dieselbe besagt, daß der Kreisgesandtschaft mindestens ein Katholik angehören und nur dieser „die kreisausschreibamtlichen Funktionen, welche die besonderen Angelegenheiten der katholischen Gesammtheit der Stände" betreffen, verrichten solle, daß ferner die neueingesetzte katholische Abtheilung des Geh. Rathcollegiums auch die katholischen Kreisangelegenheiten zu bearbeiten habe und daß endlich die Geschäfte des Konstanzer Kreisviertelsdirectoriums nach wie vor durch das Hofrathscollegium in Meersburg erledigt werden sollten[5].

In einer vertraulichen Besprechung vom 19. November verständigen sich die badischen und württembergischen Bevollmächtigten über eine Reihe von vorwiegend untergeordneten

[1] Bericht vom 7. November.

[2] Dieses Motiv eignet sich späterhin auch eine vermuthlich von dem Director der kaiserlichen Commissionscanzlei, Haas, verfaßte Flugschrift an; sie führt den Titel: „Unparteyische Prüfung der Frage: Gehen die ehemaligen Kreisstimmen der mittelbar gewordenen Reichsstädte auf die entschädigten Fürsten über? 1805." Den Standpunkt Württembergs und Bayerns vertreten ihr gegenüber die beiden Schriften: „Ueber die Fortführung der Kreisstandschaft wegen der ehemaligen Reichsstädte. 1805." Und: „Ueber die Fortdauer der Kreis-Stimmen für die in das Entschädigungs-Loos gefallenen Reichs-Städte mit besonderer Hinsicht auf den schwäbischen Kreis. 1805."

[3] Bei den Acten.

[4] Vergl. indes die Note Schrauts vom 21. November. Nr. 248.

[5] Die Erklärung wird in der zweiten Plenarsitzung vom 13. December abgegeben; sie ist gedruckt in der obenerwähnten Schrift: „Der engere und allgemeine schwäbische Kreisconvent zu Eßlingen". S. CXXXIX. Vergl. die Randbemerkungen dazu, ebenda CXLIV ff.

Fragen: bezüglich des wichtigsten Streitpunktes einigt man sich dahin, daß zur Beschwichtigung der Opposition die Fortführung der städtischen Stimmen nur provisorisch bis zur Entscheidung durch Kaiser und Reich beansprucht werden solle.

Am 25. November trifft endlich der kurbayrische Gesandte v. Eppelen ein, der alsbald der Vereinbarung vom 19. November beitritt. Um so mehr rührt sich von Neuem die Gegenpartei unter der immer deutlicher hervortretenden Führung Steinherrs. Der österreichische Gesandte scheint entschlossen, eher den Convent zu sprengen, „als die vereinte Wirksamkeit der drei Kurhöfe zu gestatten". Vor allem dauert der heftige Widerstand gegen die Fortführung der reichsstädtischen Stimmen fort. Die Badener schlagen daher einen Ausgleich vor, in der Weise, daß die drei Kurhöfe anstatt ihrer 25 städtischen Stimmen künftig 9 fürstliche erhalten sollen (Bericht vom 30. November). Der Geh. Rath billigt den Vorschlag, erklärt aber zugleich, daß die Kreisgesandtschaft, falls die Gegenpartei in ihrer ablehnenden Haltung verharre, die württembergische Forderung, die ja der eigenen Ueberzeugung widerspreche, nicht weiter zu vertreten habe, damit nicht etwa der Kreisconvent aufgelöst werde oder Baden wegen des Kreisausschreibeamtes erneuten Schwierigkeiten begegne. Am 1. December findet eine Berathung der Gegenpartei über den Vergleichsvorschlag statt. Obschon die Mehrheit unter geringfügigen Modifikationen der Annahme desselben geneigt ist, wird er in Folge des energischen Widerspruchs insbesondere des österreichischen Gesandten schließlich unter dem Vorwande, daß vor allem das Princip gewahrt werden müsse, doch abgelehnt. In einer Besprechung der kurfürstlichen Gesandten wird festgestellt, daß nunmehr nichts übrig bleibe, als „mit den Sitzungen verfassungsmäßig voranzugehen"; die kreisausschreibenden Gesandten vereinbaren darauf den Wortlaut der „Proposition", die in der zweiten Sitzung vom 5. November verlesen und im Auszuge[1] sämmtlichen Mitgliedern des engern Convents mitgetheilt wird (Bericht vom 6. December). Sie entspricht im Wesentlichen den bei der Heilbronner Conferenz getroffenen Abmachungen und wird in der dritten Sitzung vom 10. December von Hohenzollern-Hechingen Namens der Gegenpartei mit einer schriftlichen Erklärung[2] eingehend beantwortet. Die badischen und württembergischen Gesandten arbeiten demgemäß den Entwurf eines Gutachtens des engeren Convents aus; die streitigen Punkte sollen, darüber ist man einig, wenigstens historisch dargestellt werden. In der vierten Sitzung vom 11. December wird der Entwurf zur Genehmigung vorgelegt. Bei der Umfrage erklärt sich Hechingen im Ganzen damit einverstanden, betont jedoch u. a., daß die Gegenpartei die Fortführung der Stimmen der säkularisirten Stifter und Abteien nur bedingungsweise gegen den Verzicht auf die reichsstädtischen Stimmen zugestanden habe[3]. Das Gutachten wird sofort an Ort und Stelle berichtigt und darauf von der Versammlung genehmigt[4], der engere Kreisconvent aber damit geschlossen (Bericht vom 12. December).

Schon am folgenden Tage wird der allgemeine Kreisconvent eröffnet, in dessen erster Sitzung lediglich die Hauptproposition zur Verlesung gelangt. Erst in der zweiten Sitzung vom 13. December tritt man in die Berathung des Gutachtens des engeren Convents ein. Die Vertreter der drei Kurhöfe äußern sich dabei der früheren Abrede vom 19. November gemäß; die badischen Gesandten benützen zugleich den Anlaß, um die zur Beruhigung der katholischen Kreisstände bestimmte Erklärung abzugeben[5]. Dieselbe wird fast einstimmig als ein rühmliches Denkmal des Gerechtigkeitssinnes des Kurfürsten anerkannt, es wird

[1] S. „Der engere und allgemeine Kreisconvent", S. LXXIX.

[2] Gedruckt a. a. O., S. XCI ff.

[3] Vergl. die oben angeführte Erklärung, S. XCVI.

[4] Gedruckt a. a. O., CI ff.

[5] Vergl. oben S. 222.

indes doch der Wunsch ausgesprochen, daß ihr Inhalt zur größeren Sicherheit durch Staatsvertrag bestätigt werde[1]. Steinherr macht dabei überdies darauf aufmerksam, daß Baden im Interesse der Religionsparität auf das Directorium des Konstanzer Kreisviertels zu verzichten habe, zumal ein Kreisstand nicht das Directorium über zwei Kreisviertel, also über halb Schwaben, beanspruchen könne[2]. Nachdem sämmtliche fürstliche und gräfliche Stände — und zwar im Wesentlichen der Gegenerklärung vom 5. December entsprechend — ihr Votum abgelegt, wird von Württemberg die Stimme der Stadt Ulm aufgerufen. Sofort erheben sich stürmische Protestrufe. Steinherr vor allen erklärt, daß sein Hof alle Beschlüsse, „deren Majorität durch den Aufruf und die Zählung der städtischen Stimmen hervorgebracht" werde, als verfassungswidrig, null und nichtig ansehe. Die übrige Opposition schließt sich ihm an. Württemberg fährt jedoch unbeirrt im Aufruf der städtischen Stimmen fort und gibt nach Beendigung desselben zum allgemeinen Erstaunen die Erklärung ab, daß es sich durch keinen Widerspruch von dem Aufruf der städtischen Stimmen abhalten lassen werde, keinen Beschluß ohne Mitzählung dieser Stimmen als giltig anerkennen und, wenn die Gegner den Widerstand bis aufs Aeußerste trieben, die Zahlung der Matrikularbeiträge für die ihm zugefallenen Reichsstädte verweigern werde. Unter allseitiger Erregung wird hierauf die Sitzung geschlossen. Vergeblich bemühen sich die Badener von Neuem zu vermitteln: die Württemberger, welchen sie die übeln Folgen einer Spaltung im Kreise eindringlich vorstellen, berufen sich auf die bestimmten Befehle ihres Kurfürsten; der kaiserliche Gesandte v. Schraut, der zu Gunsten eines Ausgleichs seinen Einfluß auf die Opposition geltend machen soll, bleibt dabei, daß die Quiescenz der städtischen Stimmen bis zur Entscheidung durch Kaiser und Reich das einzige Mittel sei, „vor der Hand die ganze Frage zu erledigen" (Bericht vom 13. December). Da die Badener bei Schraut erfahren, daß die Gegenpartei fest entschlossen ist, ein Promemoria zu überreichen, mit der Erklärung, daß sie sich, so lange der Aufruf der städtischen Stimmen fortdaure, von allen Plenarsitzungen fernhalten werde, halten sie sich für befugt, von ihrer Instruktion vom 3. December theilweise Gebrauch zu machen, und legen zunächst den Gesandten der beiden andern Kurhöfe die Frage vor, ob sie auf ihrer Forderung auch dann unweigerlich beharrten, wenn Baden sich mit der provisorischen Quiescenz einverstanden erkläre. Dies wird bejaht. Sie versuchen daher nunmehr ihr Heil bei der Gegenpartei und richten an diese die Frage, ob sie unter der ebenerwähnten Voraussetzung sich nicht entschließen könne, an den Sitzungen auch ferner theilzunehmen und sich auf bloßen Protest zu beschränken (Bericht vom 18. December). Die Antwort auf diesen Vermittlungsvorschlag lautet auch hier abschlägig, wenngleich die fürstlichen und gräflichen Gesandten nicht verfehlen, dem versöhnlichen Entgegenkommen des Kurfürsten ihre Anerkennung zu zollen. Die Gegensätze spitzen sich immer mehr zu, am 18. December übergeben die der Opposition angehörigen Gesandten ihr Promemoria[3] den württembergischen Bevollmächtigten und kündigen ihnen an, daß sie die Sitzungen nicht mehr besuchen werden; diese ihrerseits setzen, ohne sich darum zu kümmern, nicht nur am 18. und 19. December die Berathungen der Ordinarideputation fort, sondern sagen sogar auf den 20. December eine Plenarsitzung an. Die Badener versprechen zwar zu erscheinen, mahnen aber zuvor dringend, man möge die Formalität nicht ins Lächerliche treiben und vor leeren Bänken vortragen und beschließen;

[1] Auch Gemmingen gegenüber wird als wünschenswerth bezeichnet, daß die Erklärung eine für alle Folgezeit „bindende Kraft" erhalte. An Edelsheim, Wien, 26. December 1804.

[2] Schon der fürstenbergische Reichstagsgesandte v. Schmitz hatte in seiner oben S. 214 angeführten Denkschrift diese Bedenken hervorgehoben.

[3] Gedruckt a. a. O.

man gewinne dadurch nichts und laufe höchstens Gefahr, daß die Beschlüsse nicht anerkannt und die Zahlungen an die Kreiskasse eingestellt werden. Vielmehr möge man sich auf einen Protest gegen das verfassungswidrige Ausbleiben der übrigen Stände beschränken und erklären, daß das Kreisausschreibeamt, dem ja in allen dringlichen Fällen die „provisorische Verfügungsgewalt" zustehe, zur Erhaltung des Kreises die erforderlichen Anordnungen nunmehr um so mehr treffen werde, als diese ja schon durch Gutachten der Ordinarideputation gebilligt seien. Die Mahnung hilft indes nichts: die Württemberger entgegnen, sie könnten nicht auf halbem Weg stehen bleiben, und halten die Plenarsitzung, obgleich nur die Vertreter der drei Kurhöfe erscheinen, in der üblichen Weise unter Aufruf aller Stimmen ab. Eine Note des kaiserlichen Gesandten v. Schraut vom 19. December[1] verschlimmert die Situation noch weiter; er eröffnet darin der Kreisversammlung, daß er sie in Folge des Promemorias vom 18. December[2] als aufgelöst betrachte. Gleichzeitig rüsten sich die Gesandten der fürstlichen und gräflichen Stände zur Abreise. Der Kreisconvent ist damit thatsächlich zu Ende. Auch den Bevollmächtigten der drei Kurhöfe bleibt nichts übrig, als Eßlingen nunmehr zu verlassen (Bericht vom 20. December). Von Stuttgart aus senden die Württemberger die Beschlüsse vom 13. und 20. December, die wegen des Ausbleibens der Gegenpartei nicht zur Diktatur gebracht worden, sämmtlichen Kreisständen zu. Wie die Badener, die vergeblich davon abgerathen, richtig vorausgesagt, werden diese „vermeintlich gefaßten und mit der ordinären Briefpost nachgeschickten Kreisschlüsse" unter erneutem Protest zurückgewiesen[3].

Die badische Kreisgesandtschaft verfaßt nach ihrer Rückkehr eine „aktenmäßige Darstellung" der Eßlinger Verhandlungen; in den beigefügten „geheimen Bemerkungen" vom 29. December gelangt sie im Hinblick auf das Verhalten der österreichischen Diplomaten, die Bemühungen des Wiener Hofes um Erweiterung seines schwäbischen Besitzes und die Sonderbestrebungen der schwäbischen Fürsten und Grafen zu dem Schlusse, daß Oesterreich beabsichtige, sich entscheidenden Einfluß in Schwaben zu sichern, entweder, indem es die Spaltung im Kreise begünstige oder indem es die „dissentirenden" Stände „theils durch den Weg der Unionen, theils durch das . . . politische Uebergewicht" an sich fessele.

251. Karl Friedrich an den Kurfürsten Friedrich von Württemberg.

Karlsruhe, 28. December 1804.

[Aufgaben der künftigen Kreispolitik. Bemühungen beim Wiener Hof um Annahme des badischen Vergleichsvorschlages.]

Es handelt sich um die Frage, welche Maßregeln angesichts der Lage der Dinge im schwäbischen Kreise zu ergreifen sind. Selbstverständlich muß unter den drei Kurhöfen volle Uebereinstimmung herrschen, vor allem über die wichtigste Angelegenheit, die Fortführung der reichsstädtischen Stimmen. In dieser Hinsicht kömmt es darauf an, ob man auf dieser Forderung fest beharren oder durch gütliche Verhandlungen einen Ausgleich

[1] Gedruckt a. a. O., CXXXIII.

[2] Vergl. oben S. 221.

[3] Vergl. die darauf bezüglichen Noten der Gegenpartei, a. a. O. CCVII ff.

suchen will. Ersteres hält der Kurfürst weder für vereinbar mit seiner rechtlichen Ueberzeugung und bisherigen Haltung, noch gegenüber der hartnäckigen Weigerung der Gegenpartei, insbesondere des Wiener Hofes, irgendwie für räthlich. Dagegen erscheine es allerdings dringend wünschenswerth, daß die drei Kurhöfe vereint den Wiener Hof zu bestimmen suchten, „durch ministeriellen Einfluß jenes gütliche Compositionsmittel, welches in der befragten Streitsache bei dem abgewichenen Kreisconvent von dem kurfürstlichen Kreisausschreibamte unter der Hand in Vorschlag gebracht, von dem Gegentheile aber nicht angenommen worden ist[1], thätig zu unterstützen und zu dem Ende die Bewerkstelligung einer baldigen abermaligen Kreisversammlung zu befördern". Gelinge dies, so werde der Widerstand der übrigen Kreisstände zweifellos aufhören, die Harmonie wiederhergestellt, der Kreiscredit gerettet und die materielle Existenz aller Kreisbeamten gesichert. Bayern und Preußen werden dem Vorschlage sicherlich beistimmen, da eine gütliche Verständigung im schwäbischen Kreise auch eine solche im fränkischen, wo es sich nur um Fortführung von vier städtischen Stimmen handele, zur Folge haben und die ganze diplomatische Streitfrage damit praktisch aus der Welt geschafft werde.

Concept Hofers.

---

252. Schall an den Reichshofvicekanzler Fürsten Colloredo.

Karlsruhe, 5. Januar 1805.

[Hofnachrichten. Schreiben des Kurfürsten von Württemberg. Gefährdung der Kreisobligationen. Edle Gesinnung des Kurfürsten.]

Die Markgräfin-Wwe ist mit ihrer Tochter, der Erbprinzessin von Darmstadt, in Karlsruhe eingetroffen; am Neujahrstage ist aus Paris auch der Erbprinz angekommen. Am 3. Januar erfolgt die Rückkehr des badischen Kurprinzen und des Markgrafen Ludwig. Der Pariser Aufenthalt scheint dem Erstern gefallen zu haben; beide Prinzen haben goldene Tabatièren mit dem Bilde des Kaisers in Brillanten erhalten.

Der Kurfürst hat, nachdem die Kreisversammlung auseinandergegangen, den Kurfürsten von Württemberg in einem verbindlichen Schreiben ersucht, „von seinen aufgestellten Sätzen abzugehen und sich mit Kurbaden zu vereinigen, damit durch den k. und k. k. Hof die Kreisversammlung wieder auflebe".

. . . Auf den Vortrag, daß die Creditoren der Kreisobligationen erstaunlich leiden würden, das Ganze doch bei drei Millionen betrage und das Wohl und Wehe mancher Familie davon abhänge, hat der Kurfürst auch seinen edlen Charakter blicken lassen, indem derselbe geäußert, wenn je der Fall eintreffe, so wolle er jene Kreisschulden, so ihn als quota treffen, zahlen, vorzüglich aber an seine Unterthanen, die solche Obligationen in Händen haben. . . .

Wien. St.-Archiv.

---

[1] Verzicht auf die 25 städtischen gegen Uebertragung von 9 fürstlichen Stimmen. Vergl. oben S. 223.

253. Reichshofvicekanzler Fürst Colloredo an Schall.

Wien, 16. Januar 1805.

[Befriedigung über Badens Verhalten in dem Streit um die reichsstädtischen Kreisstimmen.]

Ersieht aus dem Berichte Schalls vom 5. d. M. mit Genugthuung, daß Baden die von Württemberg veranlaßte Auflösung der schwäbischen Kreisversammlung mißbillige und bei Württemberg sich für „die Wiederherstellung der gestörten Ordnung und Eintracht“ verwenden werde. Bekanntlich sei die Versammlung an den Ansprüchen der Kurhöfe auf die Führung der reichsstädtischen Stimmen gescheitert; die Verantwortung treffe den Theil, der sich zuerst von den „Fundamentalgesetzen der Constitution“ entfernt und sich um die von der andern Seite eingelegte Berufung auf höhere Entscheidung nicht gekümmert habe. „Es gereicht der allgemein anerkannten gerechten und patriotischen Denkungsart des Herrn Kurfürsten zu Ehren, daß die kurbadische Gesandtschaft schon während der Debatten über diese Angelegenheit aus höchsteigenem Auftrage Sr Kf. D. sich zur Quiescenz der städtischen Stimmen bis zur allerhöchsten Entscheidung Sr Kais. Majestät und des Reiches sich erboten“. Er erwerbe sich ein neues Verdienst, wenn er auch die beiden andern Kurhöfe — Württemberg und Kurbayern — „zu gleichen billigen und gerechten Gesinnungen“ bewegen werde.

Baden habe dazu um so mehr Ursache, als es Gefahr laufe, sonst mit früheren Grundsätzen in Widerspruch zu gerathen: die durch Deputationsschluß reichsgesetzlich erfolgte Mediatisirung der Reichsstädte habe Niemand in der Anwendung auf alle landeshoheitlichen Rechte strenger und schärfer bewiesen, als die kurbadische Regierung selbst in ihrem Constitutionsedikte vom 18. März 1803. Diese den Stammländern einverleibten Städte müßten erst wieder excorporirt und von dem Reichsoberhaupt zu einer Herrschaft erhoben werden, „wenn ihrer wegen eigene Kreisstimmen zugelassen“ werden sollten.

Wien. St.-Archiv.

254. Seckendorff an den Geh. Rath.

Regensburg, 5. April 1805.

[Unterredung mit Rief. Schreiben Schrauts. Vorschlag einer provisorischen Verständigung wegen der Kreisangelegenheiten unter Vermittlung Badens.]

Es hat mir der sich hier aufhaltende schwäbischer Grafen Directorialrath, auch einiger schwäbischer Kreisstände Gesandter am Kreis, Rief, zu erkennen gegeben, daß der am schwäbischen Reichskreis accreditirte kaiserliche Gesandte von Schraut in einem an mehrere gegen die Zulassung der ehemaligen reichsstädtischen Kreisstimmen protestirende Stände ein gleichlautendes Schreiben ergehen lassen, aus welchem hervorgehe, daß es der kaiserliche Hof nicht ungern sehen würde, wenn die gegenwärtige Lähmung der schwäbischen Kreisangelegenheiten oder deren verfassungswidrige Behandlung einer provisorischen Vereinigung zu einer zweckmäßigen Geschäftsleitung Platz machen wolle; der kaiserliche Minister von Schraut forderte eben darum gedachte Stände auf, demselben ihre desfallsigen Gedanken mitzutheilen. Der v. Rief suchte mich zu sondiren: obwohl S. Kf. D. nicht geruhen würden, unter Höchstdero obersten Leitung einen Centralpunkt zu

bilden, aus welchem mit dem kurwürttembergischen Mitkreisausschreibamt über einen provisorischen Modum, die Kreisgeschäfte auf eine verfassungsmäßige Weise bis zur einstigen Einschreitung Kaiser und Reichs und deren Entscheidung zu behandeln, in Communikation und Unterhandlung getreten werden könne . . .

Seckendorff bemerkt darauf, er zweifle nicht, daß der Kurfürst den Plan, falls derselbe wirklich die Wohlfahrt des Kreises bezwecke, bereitwillig fördern werde, vorausgesetzt, daß Württemberg zuvor vertraulich davon verständigt werde.

---

255. Kurfürst Friedrich von Württemberg an Karl Friedrich.

Ludwigsburg, 21. Mai 1805.

[Ablehnung des badischen Vergleichsvorschlages. Bemühungen in Wien aussichtslos. Erledigung der dringlichsten Angelegenheiten durch das Kreisausschreibamt. Beschwerden über Schraut und Steinherr.]

Antwort auf das Schreiben vom 28. December[1]. Der Kurfürst hält es nach dem verfassungswidrigen Benehmen der Kreisstände auf dem Eßlinger Convente weder für räthlich, noch „den kreisausschreibamtlichen Verhältnissen angemessen", „Compositionsmittel, die überdies von den protestirenden Ständen zum Voraus verworfen worden sind, in Antrag zu bringen" und auf diese Weise die bisher ergriffenen Maßregeln gleichsam öffentlich zu desavouiren.

Württemberg befindet sich darin in Uebereinstimmung mit Bayern, welches sich keinerlei Erfolg von einem Schritte beim Wiener Hofe verspricht und daher anräth, auf der Fortführung der städtischen Stimmen zu beharren und den Ausgang der Verhandlungen des fränkischen Kreistages abzuwarten, einstweilen aber durch kreisausschreibamtliche Correspondenz die dringlichsten Angelegenheiten zu erledigen, im Einvernehmen mit den mächtigeren Ständen die definitive Organisation des Kreises vorzubereiten und mit Hilfe der vermittelnden Mächte eventuell auch durchzuführen.

Mag man indes über diese Maßregeln denken, wie man will: ganz unabhängig davon sind die Schritte, welche gegen den kaiserlichen Gesandten v. Schraut erforderlich erscheinen. Schraut hat, ohne seinen Pflichten gemäß irgendwelchen Vermittlungsversuch zu machen, die Spaltung auf dem Eßlinger Tage begünstigt, ihr durch seine ministerielle Erklärung „einen Schein von Rechtmäßigkeit" zu geben gestrebt, den Convent für aufgelöst erklärt, „ja sogar die Protestirenden gegen die Wirkung der Kreisschlüsse des allerhöchsten kaiserlichen Schutzes zu versichern, keine Bedenken getragen".

Welch' schlimme Folgen diese Erklärung schon gehabt, wie sie von den Ständen mißbraucht wird, um sich ihren „Kreisverbindlichkeiten" zu entziehen, ist bekannt. Der Kurfürst hofft daher, Karl Friedrich werde damit einverstanden sein, daß das Kreisausschreibamt zur Wahrung seiner Würde und der Interessen des Kreises jene zudringliche Einmischung Schrauts in die innern Angelegenheiten des Kreises zurückweise und sich über das Verhalten desselben beim Wiener Hofe beschwere.

In einem Schreiben vom 18. Juni beantragt der Kurfürst, daß auch über den österreichischen Hofrath v. Steinherr eine Beschwerde in Wien eingereicht werde, da derselbe kreisausschreibamtliche Zahlungsmonitorialpatente vom 5. April unter „ganz unziemlichen" Ausdrücken und Drohungen an die Kreiskanzlei zurückgesandt habe.

---

[1] Oben Nr. 251.

256. Copia Schreibens an den Vicepräsidenten von Gschwender[1].

O. O. 29. Mai 1805.

[Geplante Zusammenkunft der „dissentirenden" Kreisstände und ihr Zweck. Einziehung von Erkundigungen.]

Ein „vertrauter Privatcorrespondent" meldet, im nächsten Monat solle ein Convent in Ehingen stattfinden, zu dem laut Ausschreiben des Fürsten von Zeil als Directors der gräflichen Curie alle schwäbischen Kreisstände mit Ausnahme der drei Kurhöfe und der Reichsstadt Augsburg eingeladen werden. Oesterreich begünstige, wie man aus guten Gründen vermuthe, diese Zusammenkunft, zu der auch der kaiserliche Gesandte v. Schraut erwartet werde. „Die Deliberationsgegenstände sind: wie der Uebermacht der drei Kurhöfe die andern Stände sich am besten erwehren und dem von jenen angesprochenen Stimmrechte . . . ausweichen können? Ob es nicht für die fürstlichen und gräflichen Häuser am vortheilhaftesten wäre, sich von dem Kreisverbande ganz zu trennen und eine besondere Association unter dem Schutze eines mächtigen Herrn zu bilden, und wer kann dieses sein als Oesterreich, welches wegen Tettnang, Lindau, Immenstadt und nun auch wegen Weissenau ohnehin Mitglied der schwäbischen Grafencurie ist?" Doch werde dabei bemerkt, die Stände würden gut daran thun, ihre Beiträge an die Kreiskasse „fürs erste noch genau zu entrichten".

Der Geh. Rath, dem das Schreiben vorgelegt wird, ist der Ansicht, daß es sich — im Zusammenhang mit dem Comitialbericht vom 5. April[2] — bei diesem Convente wohl um die Wiederherstellung der „Harmonie im Kreise handle, hält aber auch nicht für ausgeschlossen, daß die Absicht bestehe, unter österreichischem Schutz eine Association zu bilden bezw. sich vom Kreise" gänzlich loszusagen. Vorerst könne man indes dagegen nicht einschreiten, da man den Ständen das Recht, sich zu versammeln, nicht bestreiten könne; man müsse sich daher darauf beschränken, die württembergische Kreisgesandtschaft, sowie die badischen Gesandtschaften in Wien, Regensburg und Paris vertraulich darüber zu informiren, mit dem Ersuchen, über diese Ehinger Zusammenkunft nähere Erkundigungen einzuziehen (Geh. Rathsprotokoll vom 10. Juni 1805). Der Kurfürst genehmigt diesen Vorschlag am 9. Juli.

257. Protokoll des Geheimen Raths.

Karlsruhe, 20. Juni 1805.

[Eine Beschwerde über Schraut zur Zeit mit Rücksicht auf die Ehinger Conferenz nicht räthlich.]

Man erachtet es zur Zeit für bedenklich, wegen Schrauts Verhalten ein Beschwerdeschrift an den Wiener Hof zu richten, wie das kurwürttembergische Schreiben vom 21. Mai beantragt. Nach privaten Nachrichten stehe eine Conferenz der „dissentirenden" Stände in Ehingen bevor, zu der Schraut erwartet werde; aller Wahrscheinlichkeit nach werde „die Berathung dienlicher Compositionsmittel in der städtischen Stimmensache" den Hauptgegenstand der Conferenz bilden. Eine Beschwerde sei daher unangebracht, da sie die etwa vorhandene versöhnliche Stimmung nur verdrängen könnte. Man beantragt daher,

[1] August von Gschwender, Vicepräsident des Meersburger Hofrathcollegiums.
[2] Oben Nr. 254.

daß das Schreiben vom 21. Mai vorerst überhaupt nicht beantwortet, vielmehr dem kurfürstlichen Gesandten v. Mandelsloh schriftlich eröffnet werde, man müsse zuvor nähere Nachrichten über die Ehinger Zusammenkunft abwarten[1].

Concept Hofers.

258. Protokoll des Geheimen Rathes.

Karlsruhe, 8. August 1805.

[Die geplanten kreisständischen Conferenzen zu Ehingen und Meßkirch. Sorge wegen Lossagung der „dissentirenden" Stände vom Kreise. Weisung an die badischen Gesandtschaften.]

Im Anschlusse an den Geh. Rathsvortrag vom 10. Juni d. J.[2] wird der Minister v. Edelsheim beauftragt, die Gesandschaften zu Wien, Regensburg und Paris zu benachrichtigen, daß schon vor zwei Monaten Seitens der dissentirenden Kreisstände die Absicht bestanden habe, in Ehingen zu einer Conferenz zusammenzutreten, um über ihre Trennung vom schwäbischen Kreise und die Gründung einer Association zu berathen. Von „einem Mitglied dieser Union"[3] sei man inzwischen vertraulich benachrichtigt worden, daß diese Zusammenkunft die „Wiederherstellung des Einverständnisses im Kreise und die Aktivirung der Bezahlung in die Kreiscassa und endlich auch die Diöcesanangelegenheiten der mindermächtigen Stände zum Gegenstand" haben sollte.

Nach neueren Meldungen soll diese Conferenz in Bälde und zwar in Meßkirch stattfinden[4]. Die „so ungewöhnliche Zusammenkunft" verdiene „strengste Aufmerksamkeit". Man könne sich der Besorgniß nicht erwehren, daß eine ernstliche Neigung zu conciliatorischen Schritten nicht vorhanden sei und höhere Einflüsse die Stände davon fernhielten, „ja sogar, daß die Idee bei einigen oder bei allen entstehen dürfte, ihrer Union eine solche Form zu geben, welche auf eine stete Permanenz berechnet und unter einem höheren Einflusse fähig wäre, die Glieder derselben dem kreisausschreibamtlichen Einfluß ganz oder zum Theil zu entziehen".

Die betr. Gesandtschaften seien daher anzuweisen, auf alles, was auf die Absichten der Stände Bezug haben könne, zu achten und darüber zu berichten.

---

[1] Auch Reitzenstein tritt in einem von ihm erbetenen Gutachten vom 2. Juli dem Antrage bei, der am 9. Juli vom Kurfürsten genehmigt wird. Man hält an diesem Beschlusse auch dann fest, als v. Mandelsloh erklärt, der Stuttgarter Hof könne sich auf eine vorläufige Suspendirung der Beschwerde nicht einlassen. Bei der gegenwärtigen Krise, betonen Hofer und Wöllwarth, sei auf gedeihliche Unterhandlungen mit dem Wiener Hof nicht zu rechnen, und die ganze Beschwerde laufe „blos auf eine Art von Verwahrung" hinaus, „welche die politische Lage der Sache wohl schwerlich in etwas verbessern möchte" (Gutachten vom 13. Juli). Es wird daher Mandelsloh mitgetheilt, man könne an einem derartigen Schritte zur Zeit „keinen Antheil nehmen" (Schreiben vom 20. Juli).

[2] Vergl. oben S. 229.

[3] Vermuthlich Fürstenberg.

[4] Schreiben des fürstenbergischen Präsidenten v. Kleiser an Hofer, datirt Donaueschingen, 5. Juli.

259. Fürst Hermann von Hohenzollern-Hechingen an Karl Friedrich.

Hechingen, 19. September 1805.

[Gesuch der schwäbischen Kreisstände um Berufung eines engeren Convents. Abgelehnt wegen der politischen Lage. Kreisausschreibamtliche Conferenz in Stuttgart.]

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Spaltung beim Eßlinger Kreisconvente schließlich nothwendig „für die Kreiskasse und den Credit des Kreises überhaupt nachtheilige" Zustände herbeiführen muß.

. . . Diese Betrachtung nebst dem Gefühl der Gerechtigkeit und Billigkeit für die Kreisgläubiger, die Kreisbeamten und Diener, besonders aber auch die patriotische Anhänglichkeit an die zum Wohl des Vaterlandes seit Jahrhunderten bestandene Kreisverfassung haben die seit dem Eßlinger Kreisconvente gleiches Interesse theilenden Fürsten und Stände veranlaßt, sich hierüber auf eine vertrauliche Art gemeinschaftlich zu besprechen[1].

Die Aeußerungen und Wünsche sämmtlicher Theilnehmenden an dieser Berathung haben sich nun dahin concentrirt, daß an das hohe Kreisausschreibamt das geziemende Ansuchen um gefälligste Ausschreibung eines hinlänglich verstärkten engern Convents zur einstweiligen Erledigung der dringendsten Angelegenheiten zu bringen sei . . .

Trägt daher in seinem und seiner fürstlichen Mitstände Namen diese Bitte dem Kurfürsten vor.

Schreiben ähnlichen Inhalts richten die Fürsten von Metternich-Winneburg und Waldburg-Zeil Namens der schwäbischen bezw. westphälisch-schwäbischen Grafen an Kurwürttemberg. Beide kreisausschreibende Fürsten sind indes der Ansicht, daß der Zeitpunkt zur Berufung eines engeren Convents nicht geeignet sei und man erst die nähere „Entwickelung der Kriegsbegebenheiten in Schwaben" abwarten müsse. In der That hat denn auch ein engerer Kreisconvent im alten Reiche überhaupt nicht mehr stattgefunden. Dagegen schlägt Württemberg in Folge einer Anregung des Fürsten Karl Anselm von Thurn und Taxis, der in dem Kriege gegen Oesterreich Wahrung strengster Neutralität empfiehlt, vor, eine geheime kreisausschreibamtliche Conferenz zu berufen; es soll dabei berathen werden, „welche Anweisungen den Kreisständen zu einem wenigstens in etwas gleichförmigen Benehmen . . . sowohl, als wegen Beischaffung und verhältnißmäßiger Repartition der Armeebedürfnisse zu ertheilen sein möchten, auch ob und wie sich bei dem Kaiser von Frankreich für die möglichste Schonung der Kreislande zu verwenden sein dürfte?" (Schreiben vom 5. October). Die Conferenz, zu der Geh. Rath. v. Mandelsloh und Geh. Referendär Hofer abgeordnet werden, findet in Stuttgart statt. Ueber das Resultat der Verhandlungen, die vom 30. October bis 5. November dauern, sind wir nicht näher unterrichtet, da die Akten fehlen.

[1] In Meßkirch. Vergl. oben S. 230.

6. Beziehungen zu Frankreich bis zum Ausbruch des Krieges. Januar—Juli 1805.

260. Talleyrand an Massias.

Paris, 12 nivôse an 13 (2. Januar 1805).

[Schreiben an den Prinzen Ludwig. Befriedigung über den Besuch der Prinzen in Paris.]

Beiliegend ein Schreiben an den Markgrafen Ludwig[1]; die Abreise des Prinzen vor Beendigung der Festlichkeiten ist zu eilig (précipité) erfolgt, als daß er ihm dasselbe selbst habe zustellen können.

. . . Quand je remarque, Monsieur, la promptitude du départ des deux Princes de Bade, c'est qu'ils ont été vus ici avec trop de plaisir, pour que leur séjour n'ait point paru trop abrégé. Vous ne manquerez pas une occasion d'exprimer la satisfaction qu'a éprouvée l'Empereur de voir les Princes de Bade à sa cour et d'appuyer sur le plein succès qu'ils y ont obtenu . . .

Pariser Archiv.

261. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 11. Januar 1805.

[Kriegsgerüchte. Verhandlungen wegen Verlegung des erzbischöflichen Sitzes nach Regensburg. Drohungen des Kurerzkanzlers.]

|: Il n'y a qu'une voix sur l'approche d'une guerre continentale, et on se réunit à croire que l'Empereur ici la veut pour se tirer de la descente en Angleterre et pour occuper son armée. Tout s'y prépare à la vérité. Son projet est celui de se rendre en Italie et une partie des gardes a déjà l'ordre de se tenir prête à marcher. :|

. . . Le concordat et la bulle pour la translation du siège de Mayence à celui de Ratisbonne ne sont pas plus avancés, et les Romains, quoique

[1] Fehlt. Es handelte sich nach anderweitigen Nachrichten darum, den Kurfürsten zum Verzicht auf die Verlobung des Kurprinzen mit der Prinzessin Auguste von Bayern zu bestimmen, für welche damals schon Eugen Beauharnais als Gemahl in Aussicht genommen war.

poussés par l'Empereur, cherchent à élever mille difficultés pour ne pas finir[1]. Voilà le motif secret qui les dirige. Ils sentent que le Primat d'Allemagne pourrait un jour devenir chef de l'église catholique qui n'aurait pas besoin d'un Pape. Ils ne craignaient pas de pareilles dispositions, lorsqu'il y avait 4 archevêques en Empire. L'Electeur leur a fait sentir que, s'ils le poussaient à bout, il pourrait faire de son chef, en rassemblant les évêques d'Allemagne, ce qu'on demandait d'eux et s'en passant, préparer de nouvelles libertés et des droits plus exclusifs à l'église germanique. Il faudra voir maintenant, comment ils digéreront cette annonce . . .

262. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 24 nivôse an 13 (14. Januar 1805).

[Die Erbfolge der Grafen von Hochberg. Ministerrath. Zwistigkeiten bei Hofe.]

Il a été agité la question dans le conseil de S. A. S. E., s'il était convenable aux intérêts du pays de faire des démarches pour obtenir le titre de Princesse à Mme la Comtesse de Hochberg . . . et faire déclarer ses enfants habiles à succéder, en cas d'extinction des mâles de la famille électorale. L'Electeur a demandé qu'il lui fût fait un rapport sur cet objet. Les conclusions de celui qu'on lui a présenté sont toutes pour l'affirmative.

Cette opposition d'intérêts de Mme la Comtesse de Hochberg et de S. A. S. la Margrave sont la principale cause des divisions et des petites factions qui troublent la cour électorale . . .

Pariser Archiv.

263. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 24. Januar 1805.

[Kriegsgefahr. Napoleon und der Kurerzkanzler; Vertrauensstellung des letzteren. Der Octroivertrag und das badische Votum. Concordat. Mathieu's Einfluß vorbei. Pfeffel. Die schwäbischen Kreishändel.]

Dalberg berichtet über die allgemeine politische Lage. Der Ausbruch eines Continentalkrieges droht immer mehr.

. . . Dans cette situation le sort de l'Allemagne n'est pas moins fort embarrassant. La Prusse a renouvelé le plus fortement que jamais ses assurances d'une neutralité parfaite et absolue, ne se prononçant pas même sur les affaires du midi. La France continue à protéger beaucoup cette fameuse union de Francfort[2], parce qu'elle veut en tirer parti. Elle ne

[1] Vergl. v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg, I, 344; v. Sicherer, Staat und Kirche in Bayern, 89 ff.

[2] Vergl. M. Mayer, Gesch. der Mediatisirung des Fürstenthums Isenburg, 48 ff.

parle plus de l'union des Electeurs, depuis que ceux-ci ont demandé d'être neutres en cas de guerre.]

Les personnes qui entourent l'Empereur assurent qu'il n'a jamais eu une confiance aussi illimitée et une aussi véritable affection que celles qu'il a vouées et qu'il témoigne à l'Electeur Archichancelier. Il y a sur ce rapport des faits curieux que je ne puis pas même citer comme son parent.

Je dois cependant faire mention

I. qu'il a donné l'ordre aux relations extérieures de ne lui faire aucune proposition sur les affaires d'Allemagne, sans qu'on lui fasse connaître l'avis de l'Electeur;

II. qu'il a ratifié le traité d'octroi malgré les intrigues des Prussiens et des Bavarois et que sur la prétention de la Prusse concernant les chemins de halage il s'est prononcé d'une manière assez forte.

Quant à l'octroi, je dois observer que le vote de notre cour[1] a fait une mauvaise impression,

1. puisque le traité de 1749, où les bateliers palatins avaient le droit de naviguer *sub iure moguntino,* ne peut plus exister et qu'en le faisant revivre on rendrait aux Mayençais des droits qui n'ont coûté que trop de peines à être supprimés.

2. On a jugé la demande de l'immunité du Fürstengut comme une mesquinerie peu digne d'un souverain et on a dit aux relations extérieures que l'Electeur avait été assez richement indemnisé pour renoncer à quelques droits auxquels ne prétendait pas l'Empereur de France.

3. Que Mr Jollivet ayant été celui qui avait fait un livre pour prouver que les douanes françaises devaient exercer leur surveillance sur les deux rives, on ne s'expliquait point, comment il inspirait la confiance de devoir terminer des arrangements pour lesquels d'ailleurs l'Empereur

[1] Die Reichstagsberathung über den Entwurf der gemäß Art. 39 des Deputationsrezesses zwischen Frankreich und dem Kurerzkanzler vereinbarten Rheinschifffahrtsoctroiconvention vom 15. August 1804 war im Kurcollegium am 7. Januar 1805 eröffnet worden; nach Weisungen des Geh. Raths vom 27. December hatte Graf Görtz in seinem Votum eine Reihe von Abänderungsvorschlägen zur Berücksichtigung empfohlen. Da indes bald darauf die Nachricht einlief, daß Napoleon den Entwurf bereits ratificirt habe, kam man überein, demselben in der vorliegenden Fassung seine Zustimmung gleichfalls zu ertheilen, in der Erwartung, daß die wünschenswerthen Zusätze und Aenderungen in einer Supplementakte berücksichtigt würden (Gutachten des Kurcollegiums vom 18. März). Am 4. Mai erfolgte daraufhin die Ratifikation durch Kaiser Franz; am 24. Juli die Auswechslung der Vertragsurkunden. Näheres über die auf diesen Gegenstand bezüglichen Verhandlungen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann, in den Karlsruher Akten (Baden, Repositur, Zollrecht). Ueber die Bedeutung des wichtigen Schifffahrtsgesetzes für das Reich vergl. Ockhart, Geschichtliche Darstellung der früheren und späteren Gesetzgebung über Zölle und Handelsschifffahrt des Rheins. Mainz 1818. 279 ff.

avait déjà nommé un commissaire dans la personne de Mr Coquebert Montbret[1] . . .

III. Dans le rapport de l'Empereur à l'Electeur rien cependant n'a été plus marquant que la vigueur et la force avec laquelle le premier a parlé aux cardinaux, puis au Pape pour leur faire finir les affaires ecclésiastiques de l'Allemagne. Il leur a dit entre autres: «Comment osez-Vous Vous refuser plus longtemps, Vous qu'il dépend encore de moi de faire des chanoines de Rome et du Pape un évêque?» L'évêque d'Orléans, Bernier, fut chargé alors de continuer la négociation; le même qui travaille pour le Concordat de France et celui de la Cisalpine. Cet objet va être fini dans le courant de cette semaine.

Il eût été facile à l'Electeur d'engager l'Empereur à retoucher aux affaires d'Allemagne, et l'Empereur lui avait parlé d'avantages essentiels qui devaient lui en revenir. Il a cherché à l'en dissuader, parce qu'il devait craindre qu'il en résulterait une nouvelle brouillerie avec la Russie et les autres puissances, et tout paraît remis à l'époque de la paix. Il est à croire que Mathieu n'y aura plus la moindre influence; le Prince Joseph disait l'autre jour à l'Electeur, lorsqu'il fut question des affaires d'Allemagne: «Nous crûmes, mon frère et moi, avoir choisi un homme savant et fait pour la besogne et nous n'avons trouvé qu'un fripon[2]».

V. Exc. sent facilement la difficulté qu'il y aura de l'employer dorénavant dans l'affaire des dettes[3], et j'ai dû remettre le tout à Ste-Foy, qui est jusqu'ici encore le moins soupçonné de tous et le plus à même de faire saisir le bon moment. Plus que jamais le vieux Pfeffel est consulté et le gouvernement lui a continué la pension de 2000 frs. par mois. Il est infiniment dommage que son âge soit aussi avancé.

J'ai reçu le mémoire concernant la diète du cercle de Souabe[4]. J'en ai parlé à Mr de Steube qui tient à peu-près les mêmes renseignements, mais qui ignore aussi bien que moi, quel usage nous devons en faire, la France ne demandant pas mieux que de tenir les affaires allemandes dans un état de trouble pour y revenir, quand elle le trouvera convenable . . .

---

[1] Von seiner Ernennung zum kaiserlichen Generalcommissär «pour l'établissement de l'octroi de navigation» erstattet Massias am 12. April der badischen Regierung officielle Anzeige.

[2] Seine Entlassung erfolgte am 5. August d. J. Vergl. Masson, Le département des Affaires Etrangères, 370.

[3] Vergl. oben S. 147.

[4] Die „Aktenmäßige Darstellung" der Eßlinger Verhandlungen. Vergl. oben S. 225.

264. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 4. Februar 1805.

[Gerücht von einer Verlobung Eugen Beauharnais' mit einer deutschen Prinzessin. Prinzessin Amalie.]

. . . Je dois en même temps prévenir V. Exc. d'une chose sur laquelle il s'agirait de me donner des instructions directes, si on veut que je tire parti des circonstances. On parle toujours du mariage d'Eugène Beauharnais avec une princesse étrangère. On croit ici que c'est la Princesse de Birkenfeld; il se pourrait cependant qu'on eût nouvellement porté ses vues sur la Princesse Amélie[1].

Notre cour verrait-elle ce mariage avec plaisir? Il faudrait alors faire des démarches directes. C'est trop personnel, pour qu'on puisse porter une opinion . . .

P. S.

. . . L'Empereur a dit qu'il nommerait Eugène Beauharnais Roi d'Italie, en le mariant à une princesse d'Allemagne. Eugène doit rester 4 semaines à Turin avant d'aller à Milan . . .

265. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 13. Februar 1805.

[Intriguen gegen Massias. Versuche, ihn zu verdrängen.]

Mittheilung von Veränderungen im französischen diplomatischen Corps.

. . . Il n'est pas peu étonnant que Mr Massias reste oublié à Carlsrouhe et qu'ici ses ennemis ne puissent pas lui ôter son poste. Deux personnes le cherchaient; elles m'avaient demandé que je parlasse en leur faveur. V. Exc. jugera facilement que par plus d'un motif j'ai dû refuser toute participation à cette affaire . . .

266. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 24. Februar 1805.

[Unterredung mit Talleyrand. Aufforderung an den Krönungsfeierlichkeiten in Mailand theilzunehmen. Verlegenheit.]

Die Abreise Napoleons nach Mailand wird in 14 Tagen erwartet[2].

---

[1] Vergl. über das Projekt Montgelas, Denkwürdigkeiten, 90 ff. Der Plan einer Familienallianz mit dem bayrischen Kurhause reicht bis in den Juli 1804 zurück; vergl. Napoleons Weisung an Otto vom 12. Juli. Correspondance, 9, 424 (Nr. 7856).

[2] Nachdem Josef Bonaparte die ihm zugedachte italienische Königskrone endgiltig abgelehnt, hatte sich Napoleon im Januar 1805 entschlossen, die Krone sich selbst aufs

. . . Me trouvant hier matin chez Mr Talleyrand, je lui dis que pendant l'absence de S. M. je désirerais faire un voyage sur les côtes de France et passer en Allemagne pour y rester quelque temps avec l'Electeur à Aschaffenbourg, que je le priais de vouloir me faire donner pour ce voyage l'agrément de S. M., sans lequel je craignais qu'il n'y eût de l'inconvénient de visiter les ports de mer. Il me dit: «Avez-Vous déjà vu l'Italie?» — Non, la guerre m'a empêché de faire ce voyage. — «Eh bien, dans cette circonstance Vous la verrez [avec] plus d'intérêt, et c'est là le voyage que je Vous conseille de faire.» — Je lui fis quelques observations qui ne servirent à rien qu'à me répéter toujours que je ne devais pas manquer cette occasion, que les fêtes à Milan seraient superbes, que l'Electeur devait voir avec plaisir que son ministre fût près de la cour, que ce voyage était du plus grand intérêt, que je me trouvais d'ailleurs accrédité à la République italienne etc. . . .

Dalberg theilt am Abend Lucchesini die Unterredung mit: „Il en rit et me dit: Je me doutais de cela, tout ce qui Vous a été dit n'est pas sans intention; Mr Talleyrand ne dit rien au hasard, c'est comme le voyage de Mayence et celui de Vos Princes; on s'explique qu'on aime de voir près de la cour des ministres étrangers, Vous devez le mander à Votre cour et lui en soumettre la décision".

Cobenzl, versichert Lucchesini, werde nicht nach Italien gehen, — er selbst werde nur auf Befehl des Königs reisen, da er unliebsame Verwickelungen befürchte.

. . . Nous voilà, il me semble, de nouveau dans une situation un peu embarrassante. Si d'un côté il nous appartient aucunement de juger la grande question qui se débat sur le sort de l'Italie et que notre intérêt est intimement lié à la force et à la puissance de la France, à la gloire et la prospérité des rapports de Bonaparte, il n'est pas agréable de faire toujours des démarches qui témoignent notre extrême sujétion et qui contrarient les vues et les opinions des autres puissances, il n'est également pas agréable de faire de nouveau la dépense considérable qu'occasionnerait ce voyage et les fêtes de Milan.

. . . Si toutefois l'un ou l'autre des ministres ici se rend en Italie, il me paraît difficile de ne pas porter de nouveau à l'Empereur cette marque d'égards . . .

Bitte um baldige Instruktionen.

Haupt zu setzen. Anfangs beabsichtigte er, zu dem Zwecke sich schon im Laufe des Ventôse nach Mailand zu begeben. Vergl. Thiers, a. a. O., V, 214 ff.; Correspondance, 10, 155 (Nr. 8340), Masson, Le royaume d'Italie. 1805 (Revue de Paris. 1899, Nr. 12, 736 ff.).

267. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 28. Februar 1805.

[Die Pfälzer Schuldenangelegenheit. Erneute Bemühungen um Erwirkung einer günstigen Entscheidung. Verhandlungen mit Ste-Foy und Mme Talleyrand. Versprechungen der letzteren.]

. . . V. Exc. se rappellera tout ce qui s'est fait à Mayence pour réussir dans nos justes réclamations contre la Bavière.

Pendant le séjour de Msgr. le Margrave Louis il s'est convaincu des difficultés de réussir, et le conseiller intime Greuhm lui a fait connaître avec plus de détails, que je le pouvais, combien peu Mathieu pouvait nous être utile dans ce moment et combien il était nécessaire de s'armer de patience dans cette pénible affaire . . .

D'après ma manière de juger les rapports de nos réclamations contre la Bavière, je fus toujours de l'avis que nous ne pouvions en sortir victorieusement que, lorsque

1° on retoucherait aux affaires d'Allemagne ou,

2° si on pouvait déterminer la France à épouser notre cause.

Pendant le séjour de mon oncle et vers le commencement de l'année par les négociations et le patelinage de Mr Lucchesini, après avoir fait parvenir à la cour de Russie la proposition de reprendre les affaires d'Allemagne, cette dernière répondit qu'elle voulait d'abord s'entendre sur celles d'Italie. On ne répondit d'ici que vers la fin de janvier, que la France ne pouvait consentir à voir la Russie se mêler des intérêts d'un pays sur lequel sa position géographique ne lui donnait aucun droit . . . Je voulais donc pour me mettre en règle rappeler nos intérêts à Mr Talleyrand et, ne pouvant guère lui en parler directement, je me mis en relation avec Ste-Foy que je regarde toujours comme le moins avide et le moins intéressé de tous ceux qui entourent le ministère des relations extérieures.

Il me dit bientôt qu'il fallait renoncer au rétablissement d'intelligence entre la France et la Russie, mais qu'il verrait, s'il y avait moyen de faire marcher isolément l'affaire contre la Bavière. Il en parla, je suppose, à Durant et me dit quelque temps après, qu'il n'y avait rien à faire pour le moment, que l'Empereur ne voulait pas entendre parler de l'Allemagne . . .

Connaissant par ce que je lui avais dit les sacrifices auxquels nous nous prêtions, il me promit de très bonne foi qu'il ne manquerait pas de suivre les événements et de profiter de tout ce qui pouvait nous avancer. Il vit la plus belle chance, lorsqu'on donnerait à la Bavière le complément de son indemnisation et il crut que ce seraient les villes d'Augsbourg et

de Nuremberg qui pourraient y être employées. D'après tout ceci il n'y avait donc plus rien à espérer de ce côté-là.

Ce fut vers cette époque que j'observai de l'humeur contre la Bavière, sans avoir pu découvrir la cause; je crus cependant possible que tôt ou tard je pourrais en profiter et je me rapprochai d'une jeune personne attachée à Mme Talleyrand et autrefois attachée à ma tante Mme de La Leyen. Nos Princes l'ont vue sous le nom de Mlle Schwarz dans le salon de Mr Talleyrand . . .

Je saisis cette occasion pour lui demander, quoique je le savais fort bien, si Mr Talleyrand souffrait qu'on s'adressât à sa femme pour des affaires et, si elle croyait que j'oserais lui en confier une où il y aurait bien 3 à 400000 ₶ à gagner. Elle me dit qu'elle en était sûre et que, si je voulais, elle le lui demanderait de ma part. Je n'hésitai pas à dire oui. Le lendemain déjà Mlle Schwarz me fit dire de passer chez elle.

Je m'y rendis et elle me dit que Mme Talleyrand aurait le plus grand plaisir à m'obliger, que la seule condition qu'elle y mettait serait que je ne m'adressasse à personne qu'à elle et que personne ne connût l'objet.

Je lui détaillai de quoi il s'agissait et tout ce qui s'était fait dans cette affaire, lui assurant que ma discrétion dirigée par mon propre intérêt devait être à toute épreuve . . .

Durch Vermittlung von Mlle Schwarz läßt Dalberg darauf Mme Talleyrand zwei Noten über die Angelegenheit überreichen; ein paar Tage später wird er auf seinen Wunsch zu einer Unterredung eingeladen.

. . . Elle parla alors de l'affaire, sur laquelle Mlle Schwarz lui avait remis la première note qui n'avait pas été assez étendue, pour qu'elle eût pu causer avec son mari, qu'elle attendait que je lui donnasse tous les renseignements et que le ministre désirait particulièrement savoir, par quel moyen je croyais qu'on pouvait réussir.

Je lui dis que j'allais lui faire la lecture de mes notes, lui expliquer tout et que je la priais de faire seulement, en sorte que le ministre les lût. Elle me le promit en disant: «il viendra me trouver dans mon cabinet, il les lira en ma présence et je lui rendrai tout ce que Vous me direz. Voyons l'affaire». Je lui fis la lecture, lui expliquai tout et j'observai que le projet de l'arbitrage de l'Empereur la fit sourire. Ayant fini, je résumai la chose et lui dis:

«Que notre cause étant juste, nous pouvions la remettre à la décision des arbitres nommés pour cela dans le projet, que cette décision ne pouvait qu'être à notre avantage et que, dès qu'elle fut reconnue par la Bavière, nous étions prêts à faire les sacrifices que j'avais fait connaître; que nous les fixions de notre côté entre 3 à 400000 ₶ et que le Prince de

Linange devait également faire un sacrifice sur lequel lui-même m'avait déjà parlé.»

Ayant porté avec moi la signature de l'Electeur qui est en allemand[1], je la lui fis voir, en lui observant que j'étais en règle sur ce que j'avançais. Elle parut embarrassée et se rappelant sans doute d'anciens souvenirs dont elle n'a que trop conservé l'habitude, elle me dit fort niaisement: «Mais si Vous voulez que je Vous aime, ne me parlez de cela.» . . .

L'affaire était donc entre ses mains; elle me conjura de nouveau de ne rien écrire, parce que — dit-elle, — toutes Vos lettres sont lues, de ne plus en parler à personne des bureaux et de lui en laisser seule la direction, ajoutant que Mr Talleyrand saurait mieux que personne ce qu'il y aurait à faire . . .

Am folgenden Tage begibt sich Dalberg wiederum zu Mme Talleyrand: „elle vint à moi me dire: «Le ministre a lu avec beaucoup d'intérêt Votre mémoire, nous avons beaucoup d'espoir de réussir et il s'en occupera. Je Vous informerai de tout ce qu'il décidera qu'il se fasse».“

(Nachschrift vom 2. März.)

Dînant hier chez Mme Talleyrand et lui demandant, si le ministre n'avait plus parlé de notre affaire, elle me répondit: «il s'en occupe beaucoup, mais il faut trouver le moment opportun pour disposer l'Empereur, et Mr Talleyrand saura l'amener, laissez m'en le soin; Vous avez très bien indiqué ce qui peut la faire réussir, et Mr Talleyrand suivra cette marche.»

Telle est la situation de cette affaire. Si maintenant nous n'obtenons pas de résultat satisfaisant, je ne saurais quelle démarche conseiller.

Um besser operiren zu können, meint Dalberg, wäre es erwünscht, wenn der Fürst von Leiningen und der Landgraf von Hessen-Darmstadt ihm gleiche Vollmacht für die Summe, die sie bestimmt, ertheilen würden. Man könne zu diesem Zwecke beiden Fürsten seine Note unter Empfehlung tiefster Verschwiegenheit mittheilen und für ihn eine Vollmacht auf 500000 fl. erwirken — 300000 fl. für Baden, 150000 fl. für Leiningen und 50000 fl. für Darmstadt[2].

---

[1] Vergl. oben 147.

[2] Ein Bescheid von Karlsruhe erfolgt auf diesen Vorschlag nicht. Auch Dalberg spricht nicht weiter von diesen Verhandlungen mit Mme Talleyrand, von deren Erfolglosigkeit er sich offenbar überzeugt.

268. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 4. März 1805.

[Die Reise nach Mailand. Der Wunsch des Kaisers maßgebend.]

J'ai rendu compte à Msgr. l'Electeur de Votre dépêche, mon cher Baron, du 24 février d'abord après son entrée hier au matin. S. A. S. E. pense qu'il n'y a pas à balancer sur la haute approbation de S. M. l'Empereur à cet égard; c'est là l'unique boussole qui doit Vous diriger dans cette circonstance, et l'observation que Vous Vous trouvez d'ailleurs accrédité à la République Italienne Vous place en effet dans une autre catégorie que plusieurs de Vos collègues . . .

269. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 4. März 1805[1].

[Vorgänge in Stuttgart und Ludwigsburg. Angebliche Verschwörungen. Verhaftungen. Sinclair. Der Aufenthalt in Mailand, falls Gebietsveränderungen geplant, zur Erwerbung des Breisgaus und der Ortenau zu benützen.]

Il se passe des choses extraordinaires dans notre voisinage[2]. Depuis quelques jours il s'est fait plusieurs arrestations à Stoutgart pour un crime d'état grave, selon l'expression employée dans la proclamation du conseil intime wurtembergois rendue sur cet objet.

On compte entre autres parmi les personnes arrêtées et conduites à Louisbourg le conseiller de régence, Bon de Seckendorff[3], fils de notre ministre à Ratisbonne. Les membres formant la commission établie pour examiner l'affaire sont Mrs de Normann et Spittler et les conseillers de régence Cte de Wintzingerode, Mohr et Pistorius. Personne ne connaît encore en quoi doit consister cet attentat criminel contre l'état — ou comme d'autres le prétendent, contre la personne même de l'Electeur.

Mais une circonstance très remarquable est que, d'après une lettre écrite par S. A. Mme la Landgrave de Hesse-Hombourg à Mme Sa sœur ici[4], le ministre Cte de Wintzingerode est venu en personne y réclamer Mr de Sinclair, l'un des principaux membres de la régence, comme assassin, et que par une condescendance inconcevable — parce qu'on ignore absolument les preuves convaincantes sur lesquelles cette accusation devrait préalablement avoir été fondée — Mr de Sinclair lui ait été délivré et de suite conduit à Stoutgart.

Cette prétendue conjuration paraît en elle-même aussi inexplicable qu'il est peu vraisemblable qu'un étranger attaché à une cour qui ne se

[1] Zweite Depesche vom gleichen Tag.
[2] Vergl. über die folgenden Vorgänge oben Nr. 222 und 238.
[3] Leo von Seckendorff.
[4] Markgräfin Amalie; das Schreiben ist nicht mehr vorhanden.

trouve en aucuns rapports avec celle de Stoutgart soit un des premiers complices. Aussi Mr de Sinclair doit avoir quitté Hombourg fort calme et sans avoir marqué la moindre inquiétude sur les suites de son arrestation.

Je ne manquerai pas de Vous transmettre les renseignements ultérieurs qui me reviendront sur cette importante affaire . . .

|: Par l'ordre exprès de Msgr. l'Electeur je dois ajouter, mais très confidemment à ce que je Vous ai mandé hier au sujet de Votre voyage à Milan l'observation suivante: que l'Empereur Napoléon, lui ayant exprimé plusieurs fois à Mayence ainsi que depuis au Margrave Louis à Paris, qu'il saisirait la première occasion qui se présenterait dans de nouveaux arrangements avec la cour de Vienne pour réparer l'insigne faute du gouvernement français de lui avoir laissé le Brisgau et qu'alors la maison de Bade devait immanquablement en obtenir la possession. Il ne serait pas impossible que des combinaisons politiques encore imprévues actuellement ménageassent des négociations favorables à ce sujet pendant le séjour de l'Empereur à Milan; que sous ce rapport Votre présence pourrait y être de la plus grande importance; que le préjugé bien fondé que S. A. S. E. avait de Votre dévouement à Ses intérêts et de Votre dextérité justifiaient son entière confiance dans le zèle et la circonspection que Vous apporteriez à surveiller cet objet et à profiter soigneusement des incidents qui pourraient en favoriser la réussite. S. A. E. Vous recommande particulièrement, si toutefois nos espérances peuvent être réalisées, de bien porter Votre attention à ce qu'il ne soit pas alors question seulement du Brisgau sans l'Ortenau, mais que cette dernière contrée soit expressément comprise et énoncée dans cette cession. Msgr. l'Electeur m'ajouta en ces termes: Vous pensez bien que si Mr le Bon de Dalberg parvient à faire heureusement accomplir cette promesse affectueuse de l'Empereur, je n'aurai pas lieu de regretter la dépense extraordinaire du voyage en question, mais que je lui en devrai même en outre une marque particulière de reconnaissance proportionnée à cet important service. L'Electeur enfin m'a chargé itérativement le secret nécessaire sur cette perspective. :|

---

270. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 7. März 1805.

[Die allgemeine politische Lage und die deutschen Interessen. Das kurhessische Unionsprojekt.]

Mittheilungen über die Mission Wintzingerode's nach Berlin[1] und die allgemeine politische Lage. Die Türkei sei ohnmächtig und ganz in Händen Rußlands. Dalberg be=

[1] Ueber diese Sendung des russischen Generalmajors und Generaladjutanten von Wintzingerode vergl. die eben erschienene Schrift von H. Ulmann, Russisch=preußische Politik unter Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. bis 1806. 152 ff.

greift nicht, weshalb Oesterreich sich nicht um den Preis einer Theilung der Türkei mit Frankreich verständige, statt ein Bündniß mit Rußland einzugehen, dessen erstes Opfer es doch sein werde.

. . . Les intérêts de l'Allemagne n'entrent pour rien dans ces grandes discussions. Divisée en elle, elle sera sans poids dans la guerre et sans considération lors de la paix, et le travail de chaque prince sera celui de se sauver du naufrage.

L'Electeur de Hesse a mandé à son ministre ici de laisser tomber le projet de l'union des Electeurs[1]. Il sera forcé de donner sa petite armée et son trésor à celui qui le premier occupera son pays . . .

271. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 12. März 1805.

[Reise nach Mailand. Die Erwerbung des Breisgaus und der Ortenau von einem Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich abhängig. Bayerns Verhalten dabei für Baden maßgebend. Bitte um Instruktion. Die Vorgänge in Württemberg.]

Antwort auf die Depeschen vom 4. März.

. . . S. A. S. doit être persuadée que, dès que j'observai qu'on puisse juger mon voyage à Milan comme un témoignage d'égards et une attention particulière pour S. M. l'Empereur ou que je puisse par la situation des choses croire ma présence près de la cour de France utile aux intérêts de S. A. E., je partirai et je serai attentif à tout ce qui peut se combiner à notre avantage . . .

Je vais du reste employer toute mon activité pour savoir, si la cour d'ici met une sorte d'intérêt à nous voir à Milan, et je pense en effet que dans ce cas cette dépense ne doit point être considérée.

L'objet des avantages que nous pourrons retirer de la situation actuelle des choses et de la puissante protection de la France exige plus de développement, et je vais à cet égard présenter quelques réflexions.

S. M. l'Empereur a flatté la maison de Bade de la possession du Brisgau et de l'Ortenau. Deux circonstances peuvent effectuer cette cession: l'une, une brouillerie entre la France et l'Autriche, — l'autre, de nouveaux arrangements en Allemagne.

---

[1] Undatirtes Concept der Weisung, etwa aus der Mitte des Februar, im Marburger Staatsarchiv.

Ces derniers ne peuvent avoir lieu qu'au moment de la paix générale, de la discussion sur la possession du pays de Hanovre etc. Cette époque est fort éloignée.

Quant à une guerre entre la France et l'Autriche, trois états peuvent particulièrement jouir de ses résultats, si, comme on doit le croire, elle tourne de nouveau à la perte de cette dernière puissance:

1⁰ la République Italienne, 2⁰ la Bavière, 3⁰ Bade.

La République Italienne peut obtenir la Terre Ferme de Venise; la Bavière les plus belles provinces de la Souabe autrichienne; Bade le Brisgau, l'Ortenau etc. . . .

Il serait important de savoir quel rôle la Bavière va y jouer. Il m'est parvenu une lettre dont j'adresse à V. Exc. un extrait[1]. Elle est écrite par un homme de beaucoup d'esprit, mais poëte un peu en affaires. Son contenu cependant me paraît important et peut servir à de nouvelles informations. Si la Bavière prend parti contre l'Autriche, en fermant une alliance avec la France, je serais de l'avis que nous devrions chercher la même chose; il ne sera pas à craindre alors que les armées autrichiennes puissent avancer sur le Rhin; mais si la Bavière se tient à l'écart, si elle évite d'être partie active, appartiendra-t-il à nous de nous mêler d'une si importante querelle qui exigera de part et d'autre des moyens extrêmes et qui sera menée avec un acharnement terrible?

Quel sera encore dans cette crise le rôle que jouera la Russie?

Je ne puis rien prendre sur moi dans une telle situation et je dois dans la crise qui se prépare avoir des instructions précises.

M^r le Bon de Reitzenstein est dans les environs, il serait intéressant de connaître son opinion.

Si on reste inactif ou, comme V. Exc. me mandait en date du 14 févr. pour un autre objet: *catholiques tranquilles pour tout le reste,* les autres nous préviendront et par des sacrifices obtiendront des promesses.

Si on croit ne pas devoir l'être, quelle est la mesure à donner? Quels les sacrifices à offrir? Doit-on chercher une alliance, faire un arrangement secret etc.? . . .

Dankt für die Nachrichten aus Stuttgart[2].

. . . Mr de Steube m'en avait fait part. Que dire sur un événement aussi extraordinaire? il est permis à tout homme raisonnable de prévoir

---

[1] Auszug aus einem Schreiben, datirt Frankfurt, 12. Januar. Dasselbe will von einer politischen Annäherung Bayerns an Oesterreich wissen, durch welche der Reichshofrath in der Auseinandersetzung mit Nassau-Saarbrücken gewonnen werden sollte.

[2] Vergl. oben Nr. 269.

les suites de ces débats fâcheux et à tout ami de l'humanité de les déplorer. *Regnum divisum desolabitur.* Le Prince de Wurtemberg ici m'en a paru peu affecté hier au soir. Ce prince commence à perdre de la considération et de l'intérêt qu'on lui portait ici.

La maison de Bade ne fera rien, je pense, pour remédier à tout cela . . .

272. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 24. März 1805.

[Annahme der italienischen Königswürde. Didelots Beglaubigung beim Karlsruher Hof.]

. . . J'ai l'honneur de transmettre à V. Exc. la lettre circulaire[1] que j'ai reçue de Mr Talleyrand sur les changements d'Italie. J'y joins également copie de ma réponse. Comme rien n'y est dit touchant les lettres de créance, j'ai demandé Mr Marescalchi[2], qui nous ferait une communication à cet égard?

. . . M'entretenant avec Mr Didelot, il me fit part des démarches qu'il faisait pour se faire accréditer comme ministre à Carlsrouhe, en y laissant Mr Massias comme chargé d'affaires et habitant alternativement près des deux cours électorales. Veuillez V. Exc. ne faire aucun usage de cette communication envers Mr Massias qui pourrait s'en alarmer sans besoin. J'ai prié Mr Didelot de faire ce qu'il pourrait, pour que Mr Massias ne fût point oublié; il me répondit qu'il estimait particulièrement Mr Massias et qu'il ne cherchait l'avantage d'être accrédité près de la cour de Carlsrouhe que par l'idée qu'il ne pouvait pas faire tort à Mr Massias . . .

273. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 1. April 1805.

[Neues Creditiv. Vereinbarung mit Cetto und Beust wegen der italienischen Reise. Verwendung für die Belassung der Akademie in Mannheim.]

. . . Sur les demandes réitérées que plusieurs ministres ont faites concernant le voyage en Italie, Mr Talleyrand a répondu que l'Empereur n'avait voulu prendre aucun parti et que chacun ferait à cet égard ce qui lui conviendrait le plus.

---

[1] Vom 24. März. Talleyrand notificirt die Annahme der italienischen Königswürde durch Napoleon.

[2] Minister des Auswärtigen für die cisalpinische Republik, später auch in dem neuen Königreiche.

Mrs de Cetto, Beust et moi nous avons cru que, lorsque nous aurions reçu nos lettres de créance[1], il fallait en instruire le ministre et lui demander où S. M. l'Empereur voulait les recevoir? C'est dans ce sens qu'ils ont écrit à leurs cours. Je ne doute pas que S. A. E. et V. Exc. approuvera cette mesure qui satisfait à tous les rapports . . .

Si la réponse qu'on nous fera est celle que S. M. l'Empereur veut recevoir les lettres de créance au Roi d'Italie à Milan, il n'y aura pas de difficulté de s'y rendre; si on ne nous dit rien jusqu'au couronnement, il est sûr qu'on n'y met aucun intérêt et dans ce cas on pourra profiter de l'absence de la cour pour suivre ses affaires. Dans l'un et dans l'autre cas je renouvelle la demande d'oser passer le reste de l'été en Allemagne avec ma famille . . .

Mr Jollivet pendant son séjour à Carlsrouhe aura eu occasion de parler à V. Exc. de l'académie de Mannheim. Cet objet a été souvent discuté ici chez plusieurs membres du conseil d'état et du ministère de l'intérieur. Ils étaient tous de l'avis que, si l'Electeur de Bade en avait cédé la propriété qui cependant avait appartenu au pays et à la ville, la France ne pouvait point voir enlever cet institut sans s'entendre sur cet objet avec la Bavière[2].

Voyant ces dispositions si déterminées et engagé par Mr Koch[3], Mr Pfeffel etc., j'ai donné quelques notes à Mr de Champagny et Mr Talleyrand par lesquelles je n'ai fait qu'établir la thèse: que la Bavière doit laisser cette académie à Mannheim, ayant été établie pour les progrès des sciences et des lumières dans les pays du Rhin. Mr Jeanbon St-André[4] s'y intéresse particulièrement . . .

---

274. Talleyrand an Dalberg.

Turin, 1 floréal an 13 (23. April 1805).

[Napoleon wünscht das neue Creditiv Dalbergs in Mailand entgegenzunehmen.]

. . . J'ai l'honneur de Vous prévenir, Mr le Baron, que l'intention de S. M. l'Empereur est que le voyage qu'il vient d'entreprendre ne porte aucun retard aux communications qu'il se plaît à entretenir avec S. A. E.

[1] Napoleons Annahme der italienischen Königswürde hatte die Ausfertigung neuer Creditive nothwendig gemacht. Das badische datirt vom 6. April; schon am 2. April hatte der Kurfürst ein Glückwunschschreiben an den Kaiser gerichtet.

[2] Vergl. v. Feder, Geschichte der Stadt Mannheim, I, 310.

[3] Der in dieser Publikation mehrfach genannte Staatsrechtslehrer und Staatsrath, der, wie Pfeffel, selbst Mitglied der Mannheimer Academie war.

[4] Präfekt des Donnersbergdepartements.

Il est disposé en conséquence à recevoir pendant son séjour en Italie les lettres que Vous êtes chargé de lui présenter au nom de S. A. S. l'Electeur de Bade. L'Empereur sera très probablement à Milan vers le milieu du mois de floréal[1].

Mr D'Hermand, chef de la division des relations commerciales, que j'ai chargé pendant mon absence de Paris de la signature des passeports, Vous remettra ceux que Vous lui demanderez . . .

275. Dalberg an Edelsheim.

Mailand, 14. Mai 1805.

[Ankunft in Mailand. Von Politik nicht die Rede.]

J'ai l'honneur d'instruire V. Exc. que Mr de Cetto et moi nous sommes arrivés ce matin vers midi . . .

Il n'est autant que je pus le savoir aucune apparence de négociation qui puisse donner l'espoir d'une réussite pour les objets qui intéressent notre respectable souverain[2]. Tout restera à ce que je pense dans l'indécision et l'incertitude la plus grande partie de l'année et peut-être de l'autre. Notre existence ici est celle de Mayence et rien d'autre. Voilà la clef de tout . . .

276. Dalberg an Edelsheim.

Mailand, 17. Mai (prs. 27. Mai) 1805.

[Audienz bei Napoleon. Uebergabe des neuen Creditivs.]

L'audience près de l'Empereur et Roi a eu lieu hier . . . S. M. l'Empereur et l'Impératrice m'ont accueilli avec une bonté toute particulière et l'une et l'autre ont parlé après l'audience sur différents objets. J'ai dit à l'Empereur, que les circonstances qui l'avaient porté sur le trône d'Italie avaient procuré à S. A. E. une satisfaction toute particulière, que ce rapport ajoutant à sa gloire personnelle et augmentant la force de la France, S. A. E. ne pouvait y trouver que des motifs de sécurité pour l'Empire Germanique, pour sa propre existence, ses droits et ses avantages, que les uns et les autres ne pouvaient être que l'effet de sa protection et de sa généreuse bienveillance. Que c'était dans cet esprit que j'avais l'ordre de lui présenter de nouvelles lettres de créance . . .

---

[1] Der italienische Minister Marescalchi theilt Dalberg mit, der Kaiser wünsche das Creditiv in Mailand entgegenzunehmen, er werde am 8. Mai dort eintreffen. Datirt Turin, 26. April.

[2] Was Lucchesini, Ursachen und Wirkungen des Rheinbunds, I, 279, über die Mailänder Verhandlungen mittheilt, sind lediglich leere Vermuthungen.

M'ayant écouté avec attention et beaucoup de grâce, il me répondit:

«L'Electeur ne peut en effet avoir un plus sûr appui que la France et la nouvelle force que je lui donne ne peut tourner qu'à son avantage, je me plairai toujours à lui donner des preuves de mon amitié et je laisserai cet esprit à toute ma maison. Assurez l'Electeur que je reçois avec plaisir tout ce qu'il me fait exprimer et répétez-lui de ma part que je [ne] manquerais pas d'occasion pour lui faire éprouver l'effet de mon amitié pour lui et sa maison.»

Le voyant si particulièrement bien disposé, je lui rappelai la nomination d'un ministre pour la cour de Carlsrouhe. Il me répondit qu'il s'en occuperait . . .

Entouré de plusieurs personnes, il n'était ni possible ni convenable de parler d'autres objets sur lesquels V. Exc. m'a fait parvenir les ordres de S. A. E. . . .

277. Dalberg an Edelsheim.

Mailand, 19. Mai 1805.

[Theilung der Türkei. Idee eines occidentalischen Kaiserreichs unter Napoleon. Schilderung der Festlichkeiten.]

. . . Nous ignorons ici tous ce qui concerne les affaires générales et, si je peux me fier des notions secrètes, on projette des négociations importantes dont l'Empire Ottomane serait la première victime. Il dépendra des cours de Vienne et Pétersbourg pour terminer une mesure longtemps désirée par les philanthropes européens . . . Cet événement pourra à la paix, quelqu'éloignée qu'elle me paraisse, avoir une grande influence sur le sort de l'Empire Germanique et, si cet Empire saurait avoir un esprit public, s'élever à une grande et vaste conception, je lui conseillerais de trouver son Empereur avec la France et l'Italie dans la personne de Bonaparte et de rétablir ainsi l'Empire d'Occident, donnant la loi au reste de l'Europe et peut-être du monde connu. V. Exc. sait qu'en fait de politique spéculative je suis poète . . .

278. Napoleon an Karl Friedrich.[1]

Mailand, 30 floréal an 13 (20. Mai 1805).

[Dank für Glückwünsche zur Annahme der italienischen Königswürde. Versicherung ferneren Wohlwollens.]

Mon frère, Nous avons reçu avec sensibilité l'assurance que Vous nous donnez par Votre lettre du 2 avril 1805[2] de la part que Vous avez

[1] Fehlt in der Correspondance de Napoléon, sowie in den neuen Sammelwerken von Lecestre und Brotonne.

[2] Concept des Glückwunschschreibens bei den Akten.

prise aux événements qui ont réuni le trône du Royaume d'Italie à notre couronne Impériale. Vous avez justement apprécié les principes qui nous ont guidé en cédant aux vœux de nos peuples d'Italie. Notre désir sera toujours de réserver et de perpétuer les liens qui nous unissent aux états dont les intérêts sont communs avec ceux de notre Empire et qui peuvent servir à maintenir la tranquillité générale de l'Europe. Nous sommes charmés que cette circonstance nous donne l'occasion de Vous renouveler les assurances de notre disposition constante à concourir, autant qu'il sera en nous, à tout ce qui pourra contribuer au bonheur de V. A. S. E. et à la prospérité de Ses états, ainsi que de notre estime et de l'inviolable attachement que nous Lui portons. Sur ce nous prions Dieu, mon frère, qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

---

279. Dalberg an Edelsheim.

Mailand, 1. Juni 1805.

[Bevorstehende Abreise Napoleons. Reise Dalbergs nach Neapel.]

J'ai l'honneur d'instruire V. Exc. que ce séjour tire à sa fin. L'Empereur part mardi à ce qu'on m'a dit pour le camp . . . Mr Talleyrand m'a dit hier que je pourrais partir d'ici dans le courant de la semaine prochaine, il a dit à Mr de Beust qu'à la fin de juillet de retour des eaux il échangerait avec lui la ratification du traité de l'octroi . . .

Dalberg gedenkt, da seine Anwesenheit in Paris zur Zeit nicht erforderlich, mit Genehmigung des Kurfürsten noch sechs Wochen in Italien zu reisen und Rom und Neapel zu besuchen.

---

280. Talleyrand an Massias.

Mailand, 20 prairial an 13 (9. Juni 1805).

[Urlaubsbewilligung. Das bayrische Heirathsprojekt.]

Ein dreimonatlicher Urlaub, um den Massias aus Gesundheitsrücksichten behufs einer Consultation der Pariser Aerzte nachgesucht, wird bewilligt[1].

. . Vous m'avez prévenu, Monsieur, que Vous aviez reçu des confidences sur un arrangement relatif à une personne qui tient à la famille Impériale. Je désirerais que Vous m'écrivissiez en détail sur cet objet[2] . . .

Pariser Archiv.

---

[1] Am 12. Juli reist Massias nach Paris ab.

[2] Die erwähnte Depesche von Massias, sowie seine Antwort auf den Erlaß Talleyrands fehlen im Pariser Archive des Auswärtigen Amtes.

281. Dalberg an Edelsheim.

Mailand, 10. Juni 1805.

[Abreise Napoleons. Das Gerücht von einer Verlobung des Prinzen Eugen Beauharnais mit der Prinzessin Amalie unbegründet. Talleyrand und Dalberg. Note wegen des Conservatoriums.]

Der Kaiser hat Mailand wieder verlassen.

Il y a quelques jours que j'eus occasion de parler avec Mr Talleyrand sur les bruits répandus dans le public de la demande que devait faire le maréchal Brune de la Princesse Amélie pour le Prince Eugène, il m'a assuré *que cela serait possible, mais que cela n'était pas vrai.* C'est à l'occasion de cet entretien qu'il m'a dit qu'aussi souvent que je désirais un éclaircissement, je devais toujours m'adresser directement à lui, il ajouta qu'il s'était fait la loi, depuis qu'il était dans les affaires de dire peu, mais d'agir toujours avec franchise avec ceux qu'il jugeait dignes de quelque confiance . . . Je ne puis supprimer ici l'observation que j'ai faite que je n'ai pas encore trouvé un homme qui possède aussi eminemment la qualité de gagner ceux avec lesquels il a des affaires sans y mettre jamais plus de frais qu'il n'en faut nécessairement. Si la position de ce ministre lui facilite tous les succès, cela tient cependant beaucoup à ses grands talents.

. . . Mr Talleyrand m'ayant dit qu'il avait accordé un congé de deux mois à Mr Massias qui l'avait sollicité pour raison de maladie, j'ai cru devoir lui demander, si son absence et la mienne à la même époque n'aurait point d'inconvénient, il m'a dit: non, Vous pouvez très bien faire le voyage que Vous Vous proposez, je Vous ferai écrire s'il y a quelque chose.

Je compte donc partir demain matin pour Bologne et Florence . . .

. . . C'est à cette occasion que Mr Talleyrand me remit une note verbale que j'ai l'honneur de joindre ici concernant les intérêts de la noblesse immediate[1], il y ajouta: «Il y a beaucoup de mouvement dans les esprits en Allemagne et il est essentiel d'étouffer tout ce qui peut augmenter l'agitation; cette affaire de la noblesse immédiate est devenue une intrigue de la cour de Vienne et l'Empereur n'y est point indifférent. Je Vous recommande de l'envoyer sans délai à Carlsrouhe.» . . . Je lui fis l'observation que la Bavière excitait le plus et ne satisfaisait personne; il me dit qu'on le lui avait fait sentir. Je pense qu'il serait bon que V. Exc. voulût faire connaître à Mr Massias l'empressement qu'on mettra sans doute à satisfaire les désirs et les intentions de la France[2] . . .

---

[1] Nr. 282.

[2] Am 21. Juni legt Edelsheim die Note Talleyrands dem Geh. Rathe vor, mit dem Beifügen, daß die Schlußbemerkung Dalbergs denn doch „eine starke Zumuthung"

282. Note Talleyrands[1].

O. D. (Juni 1805).

[Befremden über das Excitatorium. Warnung, demselben Folge zu geben.]

Les discussions qui avaient eu lieu en Allemagne relativement à la noblesse immédiate et à la suite desquelles était intervenu le mandat conservatoire du 23 février[2] 1804 paraissaient entièrement assoupies, lorsque le 26 mars de cette année a paru le *conclusum excitatorium* du conseil aulique.

On a peine à concevoir les motifs qui ont donné lieu à cette démarche de la part de la cour de Vienne, lorsque les domaines de la noblesse immédiate avaient été évacués par les princes qui les avaient fait occuper et lorsque cet ordre a été rétabli dans tous ses droits et privilèges.

Il n'est personne qui n'ait été surpris de la communication du conclusum du conseil aulique dans un moment où l'on n'avait aucune connaissance des griefs de la noblesse immédiate qui n'ont été révélés que dans le texte du conclusum. La grande majorité des états qui composent la fédération germanique est intéressée à laisser tomber toute cette affaire dans un oubli complet. Il n'est rien dans les difficultés qui se sont élevées entre les membres de la noblesse immédiate et les princes dans les états desquels leurs domaines se trouvent enclavés qui ne puisse se terminer à l'amiable et sans le secours de la Diète.

C'est ainsi que cette affaire sera sans doute envisagée par tous les bons esprits en Allemagne et la plupart des princes emploieront leur influence à empêcher qu'il ne soit donnée aucune suite au conclusum du conseil aulique.

---

283. Protokoll des Geheimen Rathes.

Karlsruhe, 24. Juni 1805.

[Die Voraussetzungen der Note Talleyrands irrig. Das Excitatorium berechtigt. Verhalten der Conservatoren.]

Es wird dem Geheimen Rath von Dalberg eröffnet, die Annahme Talleyrands, „als ob die Reichsritterschaft in ihrem vollen Status quo wiederum hergestellt und in alle ihre Rechte und Privilegien wiederum eingesetzt wäre", entbehre leider der Begründung.

enthalte. — In ähnlichem Sinne wird auch Graf Beust bearbeitet: der Kaiser, erklärt Talleyrand, wünsche, daß die Angelegenheit in Vergessenheit gerathe. Der Kurerzkanzler läßt darauf erwidern, man habe sich begnügt, ein sehr gemäßigtes Schreiben an die Reichsstände zu erlassen, über welches die Ritterschaft sich beschwere. Bericht Beusts vom 14. Juni; Reskript an Beust vom 28. Juni. Kreisarchiv Würzburg.

[1] Ohne Unterschrift und Datum.

[2] Sic! lies: janvier.

Dies sei theils gar nicht, theils nur sehr unzureichend geschehen. Deshalb sei das Excitatorium erfolgt, das sich übrigens „mit unverkennbarer Mäßigung“ auf vier bestimmte Fragen beschränkt habe. Die Conservatorialstände seien daher verpflichtet gewesen, „die noch im Rückstand befindlichen Höfe“ zur Parition aufzuforderu. Mehr habe man nicht gethan.

Concept.

284. Dalberg an Edelsheim.

Rom, 26. Juni 1805.

[Kurprinz Ludwig von Bayern in Italien. Klagen seiner Begleitung.]

Dalberg berichtet über seinen Aufenthalt in Florenz und Rom, wo er u. a. mit Humboldt zusammentrifft.

. . . Au palais Pitti j'ai vu Mr de Kirschbaum, heureux de trouver un homme auquel il pouvait confier tous ses chagrins. Il a quitté le Prince électoral de Bavière qui est à Livourne, après être convenu avec le général de Reuss de continuer le plan de voyage déjà arrêté qui mène le Prince au mois de septembre à Paris. Mr de Kirschbaum m'a dit que depuis Goettingue le Prince électoral avait cessé d'être obéissant et qu'il ne lui avait plus été possible de soutenir ses contrariétés et le ton de supériorité qu'il avait employé vers lui. Qu'il lui rendait justice quant à son cœur, mais que sa faiblesse envers les personnes qui s'emparaient facilement de sa confiance était très grande. Ce jeune Prince ne sortira donc pas plus que beaucoup d'autres de la ligne que le destin paraît leur avoir tracé dans l'époque où nous vivons . . .

285. Dalberg an Edelsheim.

Neapel, 8. Juli (prs. 29. Juli) 1805[1].

[Audienz beim Papst. Lob der Toleranz des Kurfürsten. Aussicht auf Abschluß des Concordats.]

. . . J'ai vu à Rome le St Père qui m'a donné une audience d'une heure, lui parlant italien et moi français, il m'a répété, combien il avait lieu de se louer de la cour de Bade, de la justice et de la tolérance de notre S^me maître. Cette conversation du reste m'a persuadé que ni lui, ni la cour de Vienne veulent finir l'affaire du concordat. J'ai recueilli à Rome des faits curieux sur les avantages que la France avait promis, lorsque le Pape se rendrait à Paris. On avait admis qu'il mettrait la couronne sur la tête de Bonaparte et plusieurs autres cérémonies qui auraient établi l'ancien principe de la suprématie de la cour de Rome sur toutes les autres.

---

[1] Am 17. Juli beabsichtigt Dalberg die Rückreise nach Deutschland über Venedig anzutreten. An Edelsheim, 16. Juli.

Bonaparte n'en a accordé aucune dans le fait, et ce fut bien lui qui prit la couronne et la plaça sur sa tête. Le Pape n'a pu s'empêcher de me dire que Paris était un séjour horrible . . .

286. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 18. Juli 1805.

[Weisung zu sofortiger Rückkehr.]

Conformément aux ordres de Msgr. l'Electeur qui me sont entrés ce matin de Schwetzingen, je dois Vous inviter, Mr le Baron, de hâter le plus que possible Votre retour à Votre poste vu les circonstances présentes[1] . . .

287. Dalberg an Talleyrand[2].

(O. O.) 20. Juli 1805.

[Beschwerde über willkürliche Festsetzung der Rheingrenze und Gebietsverletzung.]

Französische Commissare haben eigenmächtig, ohne Mitwirkung der Nachbarstaaten, die Rheingrenze bestimmt und dem Lüneviller Frieden zuwider eine Anzahl Rheininseln, die zum deutschen Reiche gehören, für Frankreich annectirt. Dalberg führt Beschwerde über dieses gewaltthätige Vorgehen und ersucht um Remedur.

«Le Sme Electeur attache d'autant plus de valeur et d'importance à ces réclamations qu'elles concernent une cause qui est non seulement celle de S. A. S. E., mais aussi la cause générale de l'Empire d'Allemagne envers lequel il est très responsable de la conservation des limites arrêtées par un traité solennel.»[3]

Copie.

[1] In den ersten Tagen des August trifft Dalberg wieder in Baden ein und nimmt zunächst in Mannheim Aufenthalt.

[2] In Dalbergs Abwesenheit durch Collini in Paris überreicht. In ähnlichem Sinne hatte Nassau reclamirt.

[3] In seiner Antwort vom 29. messidor bemerkt Talleyrand, die Beschwerde werde einer mit der Feststellung der Grenzen gegen das Reich betrauten Commission zur Prüfung vorgelegt werden, er könne aber schon im Voraus versichern, «que l'intention de S. M. l'Empereur est de s'en tenir sur ce point au texte et à l'esprit des traités et que les erreurs qui pourraient avoir été commises par les préfets des départements limitrophes des états de Bade n'entraîneront aucune conséquence préjudiciable à S. A. S. E.»



II.

Baden und der dritte Coalitionskrieg.



1. Die Sendung Thiards und das Bündniß mit Frankreich. Juli—October 1805.

288. Talleyrand an Thiard.

Paris, 4 thermidor an 13 (23. Juli 1805).

[Plan einer Familienallianz mit Bayern. Entstehung desselben. Widerstreben in München und Karlsruhe wegen anderweitiger Verabredungen: geplante Heirath zwischen dem Kurprinzen und der Prinzessin Auguste von Bayern. Stellung des Karlsruher Hofes zu dem Projekt: die Markgräfin, Markgraf Ludwig, Gräfin Hochberg. Stimmung in München. Kurfürstin und Kurfürst. Thiard beauftragt, Karl Friedrich zum Verzicht zu bestimmen. Operationsplan.]

La mission dont Vous êtes chargé, Monsieur, est d'autant plus flatteuse qu'elle est une marque particulière de confiance de l'Empereur et qu'elle Vous prouve l'opinion que S. M. a conçue de Votre prudence, de Votre habileté et de Votre dévouement.

Il y a un an environ que l'Empereur fut conduit par divers entretiens qu'il eut avec des princes de l'Empire Germanique à penser qu'une alliance de sa maison avec une maison souveraine d'Allemagne aurait des avantages pour la solidité des arrangements politiques qui avaient été faits par son entremise ou sous ses auspices dans différentes parties de l'Europe. Il pensa que, se montrant intéressé par ses rapports et ses affections domestiques à la conservation des anciennes dynasties et en laissant réfléchir sur elles une partie de l'éclat de la sienne, il leur donnerait un gage d'union et de bienveillance et fonderait pour elles une sorte de garantie permanente contre le retour des dangers qui immédiatement après le renversement de la troisième race s'étendirent au dehors et menacèrent leur propre existence.

Dans cette vue, il me chargea de faire une ouverture à la cour de Bavière sur un projet de mariage du Prince Eugène Beauharnais avec la Princesse Auguste, fille aînée de l'Electeur de Bavière. Sa Majesté m'autorisa dès lors à faire intervenir les vues bienveillantes et de prédilection qu'Elle a manifestées depuis pour l'élévation personnelle de Mr de Beauharnais.

L'Empereur trouva dans la réalisation de ce projet un obstacle qui subsiste encore: peu de temps avant l'époque de cette proposition, une autre alliance avait été proposée à l'Electeur de Bavière. L'Electeur de Bade et lui avaient été en correspondance sur le mariage projeté de la Princesse Auguste avec le Prince électoral de Bade, et quoiqu'aucun engagement formel n'eût été pris, les deux princes se regardaient en quelque sorte comme liés, parce qu'ils s'étaient mutuellement communiqué un projet qui semblait leur convenir à tous les deux également.

Mr Otto, chargé de sonder la cour de Bavière m'informa de la situation respective des deux cours. Il eut ordre d'insister pour avoir une réponse; et comme dans ce temps le Prince Louis de Bade et le Prince électoral, son neveu, se trouvaient à Paris, Sa Majesté jugea qu'il était convenable de parler au premier de ces princes pour amener la cour de Bade à un désistement raisonné de son projet d'alliance avec la maison de Bavière.

Après le départ du Prince Louis, je fus autorisé à lui écrire, et je pris occasion d'une lettre de protocole de Sa Majesté à l'Electeur que j'envoyai au prince en le priant de la remettre à son père pour lui rappeler la conversation qu'il avait eue avec moi sur le mariage de son neveu[1]. Le prince me répondit et l'Electeur écrivit à l'Empereur sur le même objet, mais leurs lettres, tout en exprimant les sentiments les plus étendus de respect et de déférence, laissèrent cependant subsister dans toute sa force l'obstacle que Mr Otto avait rencontré dans sa première demande auprès de la cour de Bavière.

Depuis ce moment il y a eu une correspondance suivie entre les deux cours de Munich et de Bade, entre Mr Otto et le ministre de l'Electeur de Bavière, entre les deux légations françaises et moi; et jusqu'à ces derniers temps la négociation dont Mr Otto a été chargé semble n'avoir fait aucuns progrès.

Les deux Electeurs se regardent comme engagés et aucun d'eux ne veut faire la première démarche du désistement. Tous les deux témoignent le désir de se voir libres de tout engagement pour pouvoir donner à Sa Majesté une marque de dévouement et de respect, mais les déductions que l'Electeur de Bavière a souvent faites à cet égard n'inspirent pas la même confiance. Celles de l'Electeur de Bade sont d'autant plus sincères que l'alliance de la maison de Bavière est plutôt pour lui un avantage de convenance et une détermination suggérée qu'une chose de choix.

Ainsi pour considérer l'objet de cette négociation sous le point de vue le plus simple, il faut d'abord obtenir de l'Electeur de Bade une démarche quelconque de désistement et ensuite se présenter à l'Electeur de

---

[1] S. oben Nr. 260.

Bavière qui n'ayant opposé d'autre motif que celui des droits antérieurs de la maison de Bade à l'alliance de sa fille sera forcé de justifier les protestations qu'il a renouvelées de son extrême désir de plaire à S. M. Impériale et Royale et de s'unir par les plus étroits liens avec la France.

Vous devez être prévenu, Monsieur, de toutes les circonstances accidentelles qui ont compliqué jusqu'ici et qui tendent à embarrasser la marche de cette discussion.

A Bade le mariage de la Princesse Auguste avec le Prince électoral n'a d'abord eu pour appui que Mme la Margrave de Bade, mère du Prince électoral; l'Electeur n'y était point porté de lui-même, il trouvait que l'existence d'une princesse catholique au sein de sa cour aurait des inconvénients qui blesseraient la délicatesse religieuse de beaucoup de personnes qui lui sont attachées et la sienne propre. Mme la Baronne [sic!] de Hochberg avec laquelle le prince est lié par un mariage qui n'est autorisé en Allemagne qu'avec des restrictions qui lui donnent un caractère secondaire, était plus opposée encore à l'alliance de la Bavière par la crainte fondée de voir arriver à la cour électorale une princesse dont la jeunesse et l'agrément pouvaient contrarier l'empire que la faveur du prince lui a laissé prendre dans sa cour et jusque sur son gouvernement.

Mais Mme la Margrave de Bade, sentant toute l'importance pour ses vues de l'opinion de Mme d'Hochberg, s'attacha dès le principe à se la concilier; elle parvint d'abord à faire approuver son projet d'alliance par le Prince Louis, son beau-frère, et ce prince qui jouit d'un grand crédit auprès de son père et qui est fort attaché à Mme la Margrave, intervint auprès de la Baronne d'Hochberg, la gagna par des présents et par des promesses, et tous les deux réussirent facilement à faire agréer à l'Electeur l'alliance de la Bavière.

Ces intrigues domestiques ont précédé le voyage du Prince Louis à Paris. A cette époque des intérêts plus importants ont changé les vues de ce prince, mais la réserve et la timidité de son caractère ne lui ont pas permis de faire tout ce qu'il fallait pour détruire les mauvais résultats de ses premières démarches.

Il s'agit maintenant d'enhardir le Prince Louis à user de tout le crédit qu'il a sur son père et en même temps d'arriver à la Baronne d'Hochberg pour la ramener à ses premières dispositions.

Mme d'Hochberg par sa position précaire, par l'incertitude du sort de ses enfants, par la jalousie qui s'attache naturellement aux élévations fortuites et imprévues, doit sentir qu'elle a besoin d'un appui de considération pour le présent et de sauvegarde pour l'avenir. Il faut lui promettre que le ministre de S. M. Impériale sera toujours chargé de seconder ses vues personnelles et la reconnaissance et l'établissement de ses enfants.

Le Prince Louis est un homme de jugement, il a très bien senti de quelle importance était pour la maison la bienveillance de la cour Impériale et de quel danger serait le malheur de lui avoir déplu. Sa conduite dans cette circonstance n'a pas diminué l'intérêt que Sa Majesté prend à lui, mais elle a dû affaiblir l'opinion qu'Elle s'était faite de la sagacité de son esprit et de la décision de son caractère.

Il faut que ce prince soit vivement éclairé sur les conséquences d'une conduite oblique et neutre dans une circonstance où Sa Majesté était fondée à attendre des marques d'une déférence entière et spontanée. Il faut qu'il se montre activement, ce qu'il est en effet, l'ami de la France, l'oracle de son père, et le mentor de son neveu[1].

A Munich la même indécision a été le résultat de la même diversité d'opinion. L'alliance de Bade n'y a d'abord été secondée que par l'Electrice, femme en secondes noces de l'Electeur; elle est sœur du jeune Prince électoral de Bade, elle exerce une grande influence sur l'esprit de son mari, et elle regarde le mariage de son frère comme un moyen assuré de consolider son ascendant en Bavière et de l'étendre sur la cour de l'Electeur de Bade, son grand-père.

L'Electeur de Bavière est un prince de peu de caractère; il avait désiré pour sa fille l'alliance du Prince de Mecklenbourg qui avait été vivement appuyée par la Reine de Prusse. Les instigations de l'Electrice le déterminèrent à la refuser, et il n'adoucit ce refus par aucune sorte de ménagement. Il avait aussi semblé encourager la recherche de l'Archiduc Palatin et il la repoussa ensuite d'une manière offensante. L'Archiduc Electeur de Salzbourg s'est encore présenté, [il] a été refusé; et on compte tellement sur l'inconséquence du caractère de l'Electeur que, malgré ses refus, on conserve encore à Vienne l'espoir de réussir. Aussitôt que la perspective d'une alliance avec la cour de France a été offerte, l'Electeur a été combattu par mille sentiments opposés. L'ambition, la crainte, un attachement romanesque pour ses enfants et un orgueil tantôt excité par le désir noble et sensé de s'allier au prince le plus puissant de l'Europe et tantôt exalté par l'extravagance des prétentions héraldiques, l'ont tour à tour porté à des déterminations contraires. Il n'est pas encore sorti de ce combat: et cette espèce de sensibilité toute nationale et vulgaire que la nature prodigue aux âmes communes et qui fait la chance ou le malheur de leur vie ne sert qu'à multiplier pour lui à tous les instants l'humiliation, l'impatience et les tourments de l'indécision.

Quand l'Electeur de Bade aura déclaré son désistement, il faudra s'adresser directement à l'Electeur de Bavière: mais avant de l'entretenir

---

[1] Im Original: ses neveux.

de l'objet de Votre mission, il faut que Vous me fassiez connaître les dispositions de cette cour que Vous chercherez à pénétrer, Vous Vous efforcerez de gagner la confiance du prince, Vous attendrez des instructions ultérieures et l'autorisation de Vous ouvrir soit directement à l'Electeur, soit à Mr de Montgelas, son ministre de confiance qui a été très bien dans toute cette discussion.

Tel est, Monsieur, l'état de l'affaire que Vous êtes chargé de conduire à bon terme. Votre intervention est toute de prudence, d'insinuation et de dextérité; elle doit être infiniment voilée. Vous devez partir comme voyageur, aller d'abord en Bourgogne et arriver à Carlsrouhe par la Suisse. Je Vous donne une lettre pour le général Vial à qui Vous en demanderez, même sans nécessité pour différentes légations. Vous Vous ferez présenter à la cour de Bade par Mr le Bon d'Edelsheim pour qui je Vous donne une lettre vague, mais pourtant engageante de recommandations. Vous Vous introduirez par des moyens naturels dans la société du Prince Louis et de la Baronne d'Hochberg, Vous chercherez à obtenir la confidence de l'embarras dans lequel il se trouve, Vous ferez désirer Votre opinion et ferez agencer Vos conseils par la confiance que Vous saurez inspirer, Vous arriverez en suite à Munich et Vous Vous y conduirez avec la même circonspection. Vous ne correspondrez avec moi que par des estafettes que Vous adresserez au préfet de Strasbourg avec prière de m'adresser Vos lettres. Quand Vous serez à Munich, Vous m'écrirez par les courriers extraordinaires que Mr Otto sera dans le cas d'expédier ici, par des courriers de Vienne qui me seraient adressés et qui auront ordre de passer par Munich.

L'Empereur a d'abord mis quelque prix à l'alliance de la Bavière; aujourd'hui il la désire encore: mais ce qu'il veut avant tout c'est que l'Electeur ne la tienne pas plus longtemps en suspens et qu'il se décide. Le Vice-roi d'Italie, beau-fils de l'Empereur Napoléon, est en position de pouvoir choisir parmi les premières alliances de l'Europe. La préférence que l'Empereur persiste à donner à la Bavière doit y être considérée comme une preuve de la persévérance de ses sentiments pour elle. Les circonstances qui dans ce moment exposent l'Europe commandent à l'Electeur de chercher le salut de sa famille et de ses états dans le seul patronage qui puisse les garantir contre l'inimitié et la jalousie de ses voisins . . .

Parij. Archiv.

289. Talleyrand an Edelsheim.

Paris, 4 thermidor an 13 (23. Juli 1805).

[Empfehlungsschreiben für Thiard.]

J'ai l'honneur de recommander d'une manière particulière à V. Exc. Mr de Thiard, chambellan de Sa Majesté, qui voyage pour son plaisir. J'ai été très lié et de tout temps avec sa famille et je désire vivement qu'il trouve dans la tournée qu'il se propose de faire en Allemagne tous les agréments que ce pays peut offrir à un voyageur. V. Exc. sera sûrement charmée d'avoir honoré de son accueil un homme qui joint beaucoup d'esprit et d'instruction à un caractère plein d'aménité . . .

---

290. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 11. August 1805.

[Ankunft Thiards in Baden. Beziehungen zu Markgraf Ludwig. Aufträge.]

Uebersendet das Empfehlungsschreiben Talleyrands für Thiard.

. . . Il part ce soir pour Baden où il se propose de passer, si cela lui convient, 8 à 10 jours, se flattant qu'il y recevra les ordres de V. A. S. E., si Elle veut bien lui accorder la faveur de lui permettre de venir à la Favorite. Il a l'honneur d'être connu de Msgr. le Margrave Louis depuis son dernier voyage à Paris. Mr de Thiard paraît au reste particulièrement favorisé de S. M. l'Empereur qu'il doit rejoindre à Laaken. Il a dit à Mr le grand chambellan qu'il était particulièrement chargé de compliments fort affectueux de la part de l'Empereur pour Msgr. le Margrave Louis . . .

Prinz Ludwig, meint Edelsheim, werde wohl am besten in der Lage sein, zu erforschen, ob Thiard einen geheimen Auftrag habe.

---

291. Dalberg an Edelsheim.

Aschaffenburg, 14. August 1805.

[Rückkehr nach Paris zur Zeit nicht nothwendig.]

Theilt mit, er werde am 15ten Aschaffenburg verlassen und nach Mannheim zurückkehren.

. . . Je suis très persuadé que pour ce moment ma présence est très inutile à Paris, puisque toutes les affaires qui peuvent influer sur notre patrie sont suspendues et qu'il faudra attendre le printemps pour savoir, si nous avons la guerre ou si des négociations peuvent avoir lieu.

Dans aucun temps l'incertitude a été plus grande et l'influence des petits états sur les affaires générales plus illusoire. Dès que Mr de Reibeld

aura parlé à l'Electeur de Bavière, il pourra nous faire part du résultat, et on sera pour lors en même de prendre un parti quelconque . . .

J'espère trouver à Mannheim Vos ordres concernant le séjour que je puis encore y faire . . .

292. Fürst Czartorisky an Maltitz[1].

(Petersburg), 15. August 1805.

[Einmarsch russischer Truppen in Deutschland; voraussichtlicher Conflikt mit Frankreich. Vorsichtsmaßregeln in Baden und Württemberg; Entfernung der Kurfürsten aus ihren Landen; Beurlaubung der Truppen.]

Je crois nécessaire, Monsieur, de Vous prévenir sous le sceau du secret que S. M. I. est intentionnée de faire marcher incessamment des armées considérables en Allemagne pour soutenir par un armement puissant de médiation et d'observation des propositions de paix qui seront faites à la France. Comme la marche de ces troupes pourra engager Bonaparte à en faire passer en Empire et que par cette mesure les états des Electeurs de Bade et de Wurtemberg seront exposés à une invasion, il est nécessaire que Vous tâchiez autant que possible d'en prévenir les suites fâcheuses. A cet effet aussitôt que le bruit de l'entrée d'une armée russe en Galice se répandra, Vous Vous adresserez directement aux Electeurs de Bade et de Wurtemberg ou à des personnes sûres qui les approchent de près pour confirmer ces nouvelles et pour inviter L. L. A. A. E. E. au nom de S. M. I. [à] ne point s'exposer aux rapines qu'exerceront sans doute les troupes de Bonaparte et de se mettre en mesure de leur soustraire au moins leurs personnes, leurs effets précieux et les objets qui pourraient servir à la défense de leurs états. — Il serait également bien avantageux que ces deux princes pussent retirer leurs troupes, afin que les Français ne les fassent point prisonniers et surtout ne les désarment pas, mais, si cela était impossible, Vous insinuerez, Monsieur, qu'il serait bon que l'Electeur de Bade aussi bien que le Duc de Wurtemberg licencient ostensiblement leurs soldats, en leur continuant secrètement leur paye pour pouvoir les réorganiser aussitôt que les circonstances le permettraient. — Vous aurez soin, Monsieur, de faire ces différentes ouvertures avec toute la circonspection possible et de témoigner à L. L. A. A. E. E. que quelles que soient les circonstances, l'Empereur s'occupera avec le plus de soin possible de ménager leurs intérêts et qu'il éprouverait de bien vifs regrets, si les démarches auxquelles il se détermine par zèle pour le bien public devaient même

[1] Die vorliegenden Weisungen sind mit einer Depesche Rasumowskys vom 23. August über Wien durch Gemmingen auf sicherem Wege nach Karlsruhe befördert worden. Vergl. Gemmingens Bericht vom 5. September.

momentanément porter atteinte à leur tranquillité, qui cependant est toujours précaire avec un voisin aussi puissant et aussi disposé à mésuser de ses forces que Bonaparte . . .

Concept. Petersburg. Archiv.

293. Kurfürst Friedrich von Württemberg an Karl Friedrich.

Ludwigsburg, 20. August 1805.

[Mandelslohs Sendung nach Karlsruhe. Vertrauliche Besprechung der politischen Lage.]

Die äußerst wichtigen politischen Verhältnisse des gegenwärtigen Augenblickes, welche sowohl für Ew. Liebden, als Meine Staaten, wie auch für den ganzen schwäbischen Kreis von bedenklichen Folgen werden könnten, haben Mich veranlaßt, Meinen wirklichen Geh. Rath und Kreisdirektorialgesandten v. Mandelsloh[1] eigens an Ew. Lbd. abzuordnen, um sowohl hierüber, als im Allgemeinen über mehrere den schwäbischen Kreis betreffende, höchst wichtige Angelegenheiten freundnachbarliche Eröffnung zu machen[2] . . .

294. Thiard an Talleyrand.

Karlsruhe, 4 fructidor an 13 (22. August 1805).

[Ankunft in Baden. Sondirung des Terrains. Unterredung mit dem Prinzen Ludwig. Aufschlüsse über die Lage des bayrischen Heirathsprojekts. Hinweis auf die Bedenken des Kurfürsten gegen einen Verzicht auf dasselbe ohne vorherige Einwilligung Bayerns. Unterstützung der französischen Pläne durch den Prinzen, mit Hilfe Dalbergs.]

N'ayant eu jusqu'à ce jour rien d'intéressant à faire connaître à V. Exc., j'ai cru inutile de l'ennuyer de mes lettres.

J'ai été présenté jeudi dernier à la Favorite et j'y ai dîné le même jour; après le café l'Electeur reste une heure dans un salon très petit, la Comtesse d'Hochberg ne quitte pas son canapé, où elle est entourée de deux femmes, et ensuite il rentre dans son intérieur et les princes le

[1] Ulrich Lebrecht Freih. von Mandelsloh. Vergl. Allgemeine deutsche Biographie, 20, 173.

[2] Am gleichen Tage geht eine Depesche an den württembergischen Gesandten in Berlin, Generallieutenant v. Mylius, ab, in welcher dieser angewiesen wird, dem preußischen Hofe die im Kriegsfalle dem schwäbischen Kreise drohenden Gefahren vorzustellen und zu eröffnen, das einzig wirksame Schutzmittel dagegen bilde eine bewaffnete Neutralität „sämmtlicher Stände und Nachbarn dieses Kreises"; der Kurfürst werde deshalb mit den benachbarten Staaten darüber „vertrauliche Communikation pflegen" und wünsche angelegentlichst, Preußen möge nicht nur den Plan billigen und bezüglich seiner Besitzungen in Schwaben und Franken thätig unterstützen, sondern auch durch seinen Einfluß die beiden Höfe von Wien und Paris bestimmen, „diese komplete Neutralität sämmtlicher deutscher Vorlande . . . anzuerkennen." Reskript an Mylius vom 20. August nebst Entwurf einer Note an Hardenberg. Stuttgart, St.-Archiv.

suivent. La même chose étant arrivée dans deux visites subséquentes que j'ai faites, j'ai vu qu'il fallait chercher un autre moyen; cependant j'en avais profité pour causer avec le Prince Louis dans l'embrasure d'une fenêtre; je m'étais mis en rapport avec lui, mais ces conversations avaient toujours roulé sur les objets, qui paraissent l'occuper exclusivement, d'abord les dettes nombreuses, dont la partie du Palatinat que la cour de Bade a eue en indemnités est surchargée, le refus de la Bavière d'en acquitter une partie, le désir que Sa Majesté voulût bien jeter un coup d'œil sur cette affaire, dont le prince a pris la liberté de l'entretenir; et en second lieu le rassemblement des troupes autrichiennes à Lindau, qui jette un grand effroi dans ces contrées.

Une tentative pour rencontrer le Prince Louis dans un jardin qu'il a près de Carlsrouhe n'ayant pas réussi, je me suis décidé ce matin à aller lui faire une visite particulière de politesse, espérant que me trouvant seul je pourrais plus aisément amener la conversation sur l'objet dont je désirais l'entretenir; effectivement il ne m'a point été difficile d'entrer en matière et il m'a mis bien au fait de la position respective des deux cours électorales.

Lié par des engagements réels — il me l'a assuré positivement — contractés avant et pendant le séjour du Prince Louis à Paris, l'Electeur de Bade n'a pas plutôt été informé des dispositions de S. M., qu'il a constamment éludé les instances pressantes de la Margrave et même de la cour de Bavière et qu'il s'est décidé à attendre que S. M. fisse connaître d'une manière plus positive Ses intentions. Dans le courant de juillet l'Electeur de Bavière a insisté plus formellement encore et a voulu exiger que M^r d'Edelsheim se rendit à Munich pour dresser le contrat de mariage, assurant que loin d'avoir laissé penser que son intention était d'accepter d'une manière quelconque les propositions de Mr Otto, il les avait constamment rejetées.

L'Electeur de Bade n'a point consenti à envoyer M^r d'Edelsheim, dans la crainte que Sa Majesté ne crût que c'était lui qui pressait la conclusion, mais pour ne point trop choquer la Bavière, il a été envoyé d'ici quelqu'un à Munich pour concerter les démarches et il a été décidé entre les deux cours que Mrs de Cetto et Dalberg se rendraient auprès de V. Exc., lui exposeraient la position où elles se trouvent, leurs engagements réciproques, leur désir de contracter cette alliance, et s'en rapporteraient cependant à cet égard aux volontés de Sa Majesté. Mr Dalberg devait partir sous quinze jours, et voilà où en était l'état des choses.

J'ai d'abord assuré le Prince Louis que dans ses relations avec Mr Otto l'Electeur de Bavière avait parlé d'une toute autre manière et au contraire avait témoigné sa reconnaissance de l'alliance projetée et avait

paru disposé à l'accepter sans les engagements antérieurs, qu'il avait contractés. Le prince a été un peu étonné, et je crois qu'il serait très avantageux de pouvoir lui en fournir la preuve. J'ai mis ensuite en avant tous les motifs qui dérivent des instructions que V. Exc. m'a fait l'honneur de me donner.

Le Prince Louis m'a paru désirer que la chose pût s'arranger de la manière dont Sa Majesté le souhaite, m'a promis d'y faire son possible, et je le crois sincère; mais il m'a assuré que jamais rien ne pourrait engager l'Electeur à retirer formellement sa parole, qu'à l'entêtement ordinaire à son âge se joignait une sorte de loyauté de caractère, qui lui en faisait un scrupule insurmontable, mais que si la Bavière prononçait une seule parole, alors sur-le-champ on s'empresserait ici d'obéir à Sa Majesté. Il ne m'a pas été difficile de faire sentir qu'à Munich on serait dans le cas de faire la même objection, que par là il laissait à la Bavière tout le mérite du désistement, qu'au contraire, si son père faisait le premier pas, et que malgré cela la chose vînt à ne pas réussir, le mécontentement de Sa Majesté tomberait uniquement sur la Bavière et que Bade n'en aurait pas moins des droits à Sa reconnaissance.

Le prince est parfaitement entré dans ces idées, mais il m'a objecté qu'il ne se flattait pas d'avoir assez de crédit sur l'esprit de son père pour l'amener seul à une chose, pour laquelle il avait toujours témoigné une répugnance invincible, que même il ne fallait pas espérer obtenir la chose d'une manière claire et positive, mais s'appliquer à chercher un biais qui pût à la fois satisfaire mes intentions et ne pas blesser la conscience de l'Electeur, que ce dernier avait la plus grande confiance en Mr Dalberg, qui était parfaitement au fait de l'affaire, puisqu'il allait être chargé de s'en ouvrir à V. Exc., que son opinion serait moins suspecte que la sienne propre à l'Electeur, qui connaissait son dévouement sans bornes à S. M., et qu'il pensait qu'il serait avantageux d'en concerter avec lui.

Mr Dalberg étant instruit, je n'ai point trouvé d'inconvénients, d'autant plus que le Prince Louis m'a assuré qu'il était très disposé à entrer dans ces vues, d'ailleurs puisque ce dernier ne voulait rien faire sans son intervention, il fallait bien avoir cette condescendance. Mr Dalberg est à Mannheim, d'où l'on va l'appeler et dimanche, avant de voir l'Electeur, j'aurai une conversation avec le Prince et lui.

D'après ce que j'ai cru entrevoir, le prince n'est pas autant dans l'intimité de la Margrave que V. Exc. paraissait le croire: il m'a dit que si l'hiver dernier Sa Majesté en eût touché un mot au Prince électoral, ce jeune prince qui est pénetré de reconnaissance de la manière dont il en a été reçu, sur-le-champ eût rompu de lui-même le mariage, mais que maintenant sa mère l'avait retourné, et qu'il paraissait le désirer. Ses

expressions, en parlant de la Margrave, m'ont paru témoigner plutôt de l'éloignement que de l'affection.

La Comtesse d'Hochberg n'a jamais rien su des projets de Sa Majesté, le Prince Louis désire que je ne la mette pas dans la confidence, et comme pour le moment je n'y vois point de nécessité, je me tairai vis-à-vis d'elle; il m'a dit qu'un moyen efficace de réussir près de l'Electeur serait de lui promettre l'appui de Sa Majesté pour la reconnaissance de ses enfants, que lui-même le désirait vivement. Il a voulu savoir, si j'avais quelques instructions à cet égard, mais quoique ne soupçonnant point sa bonne foi, je n'ai pas cru devoir m'ouvrir, en me réservant d'en parler directement à l'Electeur dans la conversation que j'aurai nécessairement avec lui.

Mr d'Edelsheim est instruit des projets de Sa Majesté; le prince m'a assuré que l'Electeur le mettra dans la confidence de ma démarche, tout en m'assurant qu'il ne s'en ouvrira pas à lui. Je fais cette remarque à V. Exc., afin que si par malheur il en transpire quelque chose, Sa Majesté ne m'accuse pas d'indiscrétion, car voilà bien du monde forcément dans le secret. Même tous mes efforts pour faire croire que mon plaisir et ma santé m'amenaient seuls ici ont été inutiles. J'ai beau ne paraître m'occuper que de bals et de dissipations, on s'obstine à donner à mon séjour un autre motif: mais comme une seule chose occupe tout le monde, les soupçons se sont heureusement tournés de ce côté, on est donc convaincu que se suis chargé d'observer les mouvements des Autrichiens, et c'est ce que le Prince Louis avait conjecturé lui-même.

Les esprits sont agités au dernier degré et la consternation est générale. Le corps qui est répandu dans le Vorarlberg vient d'être augmenté de trois bataillons de corps francs et de quatre de troupes frontières: il y est arrivé aussi un équipage de pont pour les petites rivières. Les approvisionnements de ce corps se font dans la Souabe autrichienne, mais plus particulièrement encore dans le Wurtemberg. J'ai la certitude qu'une très grande quantité de grains du pays est transportée à Lindau par le lac de Constance. Les agents du juif Oppenheimer, munitionnaire général, sont même descendus dans la vallée du Rhin et ont[1] — dans l'Electorat de Bade les moissons qui ne sont pas encore battues. Le Prince Louis en est instruit; comme ils payent comptant, pour ne pas mécontenter le paysan, on ferme momentanément les yeux sur ces marchés, d'autant plus que le pays est bien fourni, mais l'intention du prince est de n'en laisser sortir qu'une très petite quantité . . .

Pariser Archiv.

---

[1] Das folgende Wort unleserlich; zu ergänzen ist wohl «acheté».

295. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 23. August 1805.

[Ankunft Mandelslohs. Zweck seiner Sendung. Vorläufige Erklärung Edelsheims.]

Baron Mandelsloh ist aus Stuttgart eingetroffen und wünscht, dem Kurfürsten seine Aufwartung zu machen.

En substances les observations qu'il est chargé de présenter très humblement à V. A. S. E. dans les circonstances présentes, se réduisent à ce que l'Electeur de Wurtemberg pense qu'il serait urgent de prévenir les calamités qu'une guerre continentale ne manquerait pas de verser sur le cercle de Souabe, par un concert de neutralité entre les principaux états de ce cercle, secondé par la Prusse, à laquelle Mr de Mandelsloh m'a même laissé entrevoir confidemment, que l'Electeur de Wurtemberg s'était déjà adressé pour ce qui le concerne en particulier.

Mr de Normann a été dépêché hier à Munich avec les mêmes propositions. Comme Mr de Mandelsloh a insisté à vouloir savoir mon opinion particulière sur cet objet, je n'ai pas hésité à lui dire: que les explications que sa cour recevait en réponse à ses ouvertures à Berlin et à Munich, mettraient sans doute bien mieux à même d'apprécier l'effet qu'on pourrait se promettre des démarches communes qu'il était chargé de proposer et qu'il me semble, en mon particulier, presque impossible de les préjuger . . .

---

296. Mandelsloh an den Kurfürsten Friedrich von Württemberg.

Karlsruhe, 23. August 1805.

[Erörterung des Planes einer bewaffneten Neutralität des schwäbischen Kreises. Günstige Aufnahme in Karlsruhe. Bedenken. Der Münchener Hof.]

Ist gestern in Karlsruhe angekommen und hat heute mit Edelsheim conferirt.

. . . Der Minister von Edelsheim, der ebenfalls aus den neuesten Ereignissen sehr beunruhigende Schlüsse für die Zukunft zieht und den Continentalkrieg als sehr wahrscheinlich ansieht, fühlt vollkommen die Richtigkeit und Wahrheit der Ansichten, welche ich ihm nach Ew. Kf. D. höchstem Auftrag[1] über die gegenwärtigen politischen Verhältnisse vorzulegen hatte. Er erkennt, daß durch die von Höchstdemselben vorgeschlagenen Einleitungen die drohende Gefahr allein abgewendet werden könne und daß daher des Kurfürsten von Baden Durchlaucht die Mittheilung dieser ebenso weisen als patriotischen Ansichten mit dem aufrichtigsten Dank aufnehmen werde. Zwar wollte von Edelsheim diese Meinung immer nur als seine Privatäußerung angesehen wissen, er schien sie aber mit

[1] Eine Instruktion liegt nicht bei den Stuttgarter Akten; sie ist möglicher Weise nur mündlich mitgetheilt worden. Wie sich aus dem Folgenden ergibt, war Mandelsloh beauftragt, den Plan einer bewaffneten Neutralität mit dem Karlsruher Hofe zu besprechen und von den Bemühungen um Preußens Intervention Mittheilung zu machen. In gleicher Absicht wurde Frh. v. Normann nach München geschickt.

einer solchen Ueberzeugung sich eigen zu machen, daß ich vermuthen zu dürfen glaube, er werde sie auch bei des Kurfürsten Durchlaucht mit Nachdruck unterstützen.

Die Hauptzweifel, welche derselbe durch den Plan in seiner ganzen Ausdehnung äußerte, waren folgende:

Ob das französische Gouvernement nicht darüber eine starke Unzufriedenheit äußern werde, wenn man Unterhandlungen dieser Art eingehe, ohne die Gewißheit zu haben, daß das Tuileriencabinet solche billige und ob man auf das Aushalten bei diesem Plan von Seiten des preußischen Hofes selbst in dem Fall zählen könne, wenn das Arrondissementsinteresse damit in Collision komme? Ich setzte beiden Bemerkungen die Erfahrung entgegen, welche das nördliche Deutschland diesfalls in den früheren Kriegen mit Frankreich gemacht habe, und glaubte annehmen zu dürfen, daß ungewisse Besorgnisse dieser Art nie ein Grund sein könnten, dasjenige Rettungsmittel für Süddeutschland nicht zu ergreifen, welches als das einzig haltbare anerkannt werde und wodurch das Kreisausschreibamt in Schwaben die ihm obliegende Pflicht, für die Erhaltung der kleineren Stände zu sorgen, auf eine so rühmliche Art erfüllen könne. Der Minister von Edelsheim wird nun seinem Herrn hierüber den Vorschlag machen, worauf mir die bestimmten Rückäußerungen zugehen werden. Als einen Beweis, wie sehr des H. Kurfürsten Durchlaucht durch diese Sendung geschmeichelt sei, gab von Edelsheim mir die von des Kurfürsten Durchlaucht bei der Meldung von meiner Ankunft gemachte Bemerkung an, wie auffallend es sei, daß bisher von den Kurfürsten noch kein gemeinschaftlicher Schritt zur Abwendung der drohenden Gefahr geschehen sei, da doch selbst die kleineren Stände in Associationen dieser Art ihre Erhaltung zu finden geglaubt hätten, — eine Bemerkung, die es nur wahrscheinlich macht, daß man zu übereinstimmenden Maßregeln gern die Hände bieten wird. Der Entschluß des Münchener Hofes wird übrigens von entscheidendem Einfluß bei dem hiesigen Hofe sein. Die Gerüchte von den Anstalten, die in München gegenwärtig getroffen werden, sind auch hier allgemein bekannt . . .

Der Minister von Edelsheim will die Nachricht haben, daß auch der Kurfürst von Hessen bei dem Militaire große Zubereitungen mache und daß die Anwesenheit des Prinzen von Preußen nicht ohne Einfluß auf die Entschließungen des Münchener Hofes gewesen sei . . .

Stuttgart. Geh. St.-Archiv.

297. Mandelsloh an den Grafen Wintzingerode.

Karlsruhe, 25. August 1805.

[Die Aussichten auf Erhaltung des Friedens schwinden. Orientirung über die Karlsruher Verhältnisse. Dalberg.]

Dank für die Nachrichten vom 22. d. M.[1]

. . . Hier scheint man mehr an einen nahe bevorstehenden Ausbruch des Kriegs als an Theilungspläne zu glauben, und das Vorrücken der russischen Armee läßt auch eine sehr geringe Hoffnung zu einer andern Ausgleichungsart als durch das Glück der Waffen übrig. Ich benutze diese Umstände so sehr als möglich, um der in meinen Instruktionen[2] enthaltenen Ansicht der politischen Verhältnisse Eingang zu verschaffen, allein ich bin leider . . . noch nicht weit gekommen, indem ich erst morgen dem Kurfürsten werde vorgestellt werden. Inzwischen habe ich diese Zeit benützt, um all dasjenige näher kennen zu lernen, was auf die Leitung der hiesigen Geschäfte Bezug hat und woraus man auf das System des Hofes und auf diejenigen Kräfte einen Schluß machen kann, welche in eintretenden Fällen in Anwendung gebracht werden können. Ich behalte mir vor, darüber einiges bei meiner Zurückkunft mündlich herauszuheben . . .

Hat Dalberg kennen gelernt; „ein interessanter Mann", von gewandten Formen.

. . . Wie sehr ich Karlsruhe seit fünf Jahren verändert gefunden habe, kann ich Ew. Exc. nicht beschreiben. Man ahndet aus der Ferne nicht, daß ein Hof, der so lange die abgemessensten Schritte machte, so plötzlich so Vieles abändern könnte . . .

Stuttgart St.-Archiv.

---

298. Karl Friedrich an den Kurfürsten Friedrich von Württemberg.

Favorite, 26. August 1805.

[Dank für die Eröffnungen durch Mandelsloh. Bereitwilligkeit zu gemeinsamem Vorgehen.]

Dankt für die vertrauliche Mission Mandelslohs.

. . . Zugleich ersuche ich Hochdieselben Sich überzeugt zu halten, daß Ich die Mir vertraulich eröffneten reichspatriotischen Gesinnungen Ew. Liebden aufrichtig theile und nach der Lage der Umstände und Verhältnisse zu allem demjenigen mit Vergnügen mitzuwirken bereit sein werde, was auf das Wohl und die Sicherheit Ew. Liebden und Meiner Staaten, dann des schwäbischen Kreises abzwecken kann . . .

Verweist auf den Bericht, den Mandelsloh mündlich erstatten werde.

---

[1] Fehlen.

[2] Fehlen.

299. Thiard an Talleyrand.

Baden, 8 fructidor an 13 (26. August 1805).

[Verhandlungen mit Prinz Ludwig und Dalberg. Einwendungen des letztern gegen die französischen Zumuthungen. Verhalten des Kurfürsten. Schriftliche Zusicherungen und ihr Werth. Voraussichtlicher Widerstand in München. Frau von Wurmb und die Kurfürstin. Abreise nach München. Bitte um weitere Instruktion.]

Comme j'ai eu l'honneur d'en prévenir V. Exc. par ma dernière lettre, je me suis rendu hier à la Favorite et j'y ai dîné.

Le Prince Louis m'attendait avec Mr Dalberg et la discussion s'est engagée sur-le-champ. Comme je le redoutais, Mr Dalberg a cherché à l'entraver de toutes les manières possibles, il a d'abord prétendu que Sa Majesté n'ayant point fait connaître Sa réponse à la lettre, que l'Electeur avait pris la liberté de lui écrire le 16 janvier, on avait conjecturé qu'Elle avait changé d'opinion, que les engagements entre les deux cours s'étaient resserrés davantage, et que depuis un mois surtout l'Electeur de Bavière pressait la conclusion avec force; que ce qui résulterait de ce nouvel incident serait le mariage de la princesse avec le Palatin, que certainement l'Electeur de Bavière la donnerait avec empressement au Roi d'Italie, mais l'existence de ce royaume était dans ce moment l'objet de vives discussions avec les puissances de l'Europe, que l'Electeur ne se déciderait pas avant qu'elles ne fussent éclaircies; que d'ailleurs la princesse avait témoigné hautement son attachement pour le Prince Charles, et que son père ne la contraindrait pas à un autre mariage etc. — J'ai interrompu avec ménagement des discussions qui nous éloignaient de notre but et qui n'y avaient aucun rapport, et enfin on m'a proposé comme une marque du grand dévouement de la cour de Bade pour Sa Majesté, que l'Electeur fit connaître verbalement à celle de Bavière, que malgré son désir de voir l'alliance projetée se conclure, si elle regardait celle du Prince Eugène comme plus avantageuse, on la laissait maîtresse de passer outre; j'ai observé qu'une déclaration verbale était bien vague, que jamais on ne tombait d'accord sur les mots, que les Electeurs ayant été en correspondance, une lettre me semblait nécessaire et que même je désirais en avoir communication pour pouvoir juger de la force des expressions. On s'est fort récrié là-dessus, et sans rien conclure nous nous sommes rendus chez l'Electeur.

Ici je prendrai la liberté de faire remarquer à V. Exc. la position du Prince Louis. Il a bien vu que la Margrave et la cour de Bavière, connaissant son dévouement pour Sa Majesté, l'accuseraient de tout, et il a voulu se fortifier auprès de son père de l'opinion de Mr Dalberg, entièrement vendu à la Margrave. C'est là ce qui l'a engagé à le faire intervenir dans la discussion, intervention qui nous a été contraire par l'ascendant que Mr Dalberg paraît avoir sur l'esprit de l'Electeur, du

moins dans cette affaire, et par sa mauvaise volonté, mais que je ne pouvais pas plus empêcher que la confidence que l'Electeur a faite du tout au Prince Charles, et même à la Margrave à qui jeudi dernier il a envoyé un courrier pour lui communiquer ma démarche; je le sais par le Prince Louis qui voulait même que j'en parlasse au Prince Charles.

J'ai trouvé l'Electeur très effrayé et disant toujours qu'il ne pouvait rétracter positivement ses engagements, que Sa Majesté ne pouvait l'exiger et qu'il ne pouvait y consentir, il ne proférait pas une parole sans jeter les yeux sur Mr Dalberg pour y deviner ce qu'il avait à répondre. Je lui ai parlé avec toute la soumission et la douceur possibles, j'ai fait valoir tous les moyens résultants de mes instructions, et voyant qu'il voulait interroger son conseiller, je me suis retiré, mais ayant eu occasion de lui parler seul ensuite un moment, je lui ai rappelé la conversation, qu'il avait eue à Mayence avec Sa Majesté[1], et j'ai fait mon possible pour l'amener à ce que je désirais.

Enfin après le dîner nous nous sommes réunis de nouveau et il a été accordé que l'Electeur écrirait à Munich, et comme j'insistais pour être parfaitement instruit des expressions de la lettre, il a été convenu que l'on en réglerait dès ce moment la base, et en conséquence j'ai rédigé la petite note, que j'ai l'honneur d'envoyer à V. Exc.[2] d'après le sens de ce qu'avait proféré l'Electeur.

Les mots *voulut bien écrire* ont été barrés et on y a substitué *fera connaître.* La discussion s'est rengagée à cet égard, et j'ai obtenu qu'on y ajoute *par écrit.* L'Electeur a voulu absolument *décident* au lieu de *font pencher.* Cette convention à été signée par le Prince Louis et Mr Dalberg, et V. Exc. remarquera aisément que c'est le premier, qui en confidence m'a prié de demander la signature du second. V. Exc. voudra bien observer que rien de moi n'est resté dans les mains de l'Electeur, qu'il n'y a rien de diplomatique dans cette note, mais seulement une assurance, que l'on ne changera point les expressions de la lettre fictive. Je sais bien qu'elles ne sont pas aussi fortes que je l'eusse désiré, mais j'ai l'honneur d'assurer V. Exc., qu'il eût été impossible, en n'employant que l'insinuation et la dextérité, à amener l'Electeur à quelque chose de plus positif, mais si on veut se servir d'autres moyens, on lui fera signer ce que l'on voudra. Je lui observerai en outre que mes instructions portent un désistement quelconque et raisonné, il m'a semblé que cette lettre remplit cet objet, car l'Electeur de Bavière ne pourra plus se dire lié, puisqu'on lui rend sa parole en faveur de l'alliance proposée, et il était

[1] Ueber die Successionsfrage. Vergl. oben Nr. 171.

[2] S. die folgende Nummer.

impossible de ne pas en faire le motif du désistement, qui sans cela n'aurait eu aucun prétexte.

Maintenant je dois rendre compte à V. Exc. du motif, qui m'a empêché d'exiger que la lettre partît sur-le-champ. Voici comment j'ai raisonné: mes instructions portent qu'arrivé à la cour de Munich, je dois chercher à pénétrer l'esprit de la cour, en rendre compte à V. Exc., qui alors, suivant mon rapport, m'ordonnera de m'ouvrir soit a l'Electeur, soit à Mr de Montgelas, ou de me retirer. Mais si demain une lettre était partie de Bade, en disant: Mr de Thiard nous ayant engagé à Vous donner notre désistement, par respect pour Sa Majesté, nous consentons à cette démarche, — ayant trouvé à Munich tout le monde instruit du motif de mon voyage, je ne pouvais ni observer, ni toucher la disposition des esprits. Du reste si j'ai commis une faute, il est facile de la réparer; du moment où V. Exc. m'aura fait connaître Ses intentions, j'exigerai que l'on fasse partir la lettre sur-le-champ, et dans tous les cas j'ai la note signée, dont je pourrais faire usage, si on ne tenait pas à Bade les engagements qu'on y a contractés envers moi.

Cependant je ne pense dissimuler à V. Exc. que ces précautions sont à peu près inutiles, et que je vais à Munich trouver tout préparé contre moi. Il est très positif que les deux cours s'entendent, que depuis longtemps elles s'attendaient à une nouvelle ouverture de la part de Sa Majesté et qu'elles se sont mises en devoir de l'éluder; il est certain qu'elles désirent ce mariage qu'elles regardent comme une affaire de famille, et particulièrement la Bavière, qui depuis six semaines écrit sans cesse à cet égard. A Bade le Prince Louis est seul de bonne foi, et je prie V. Exc. de l'assurer à Sa Majesté. Il n'y a pas de doute que déjà un courrier ne soit parti pour Munich; même il est échappé à Mr Dalberg, dont j'ai été mécontent sous tous les rapports, que tout était inutile, que l'Electeur ne forcerait jamais la Princesse Auguste et qu'elle avait un penchant décidé pour le Prince Charles. Il est clair que c'est là où on est convenu de se retrancher.

Je dois dire aussi à V. Exc. qu'il y a quelque chose de vrai dans cette excuse. La Princesse Auguste a été élevée par une Mme de Wurm[1], qui lui a donné une grande aversion pour la France. Je sais à n'en pas douter que l'Electeur même s'en est plaint. Cette aversion a été augmentée par l'Electrice, qui, comme V. Exc. le sait certainement, a aimé assez sérieusement un prince de la Maison de Bourbon[2], qui l'a recherchée pendant longtemps.

---

[1] Friederike von Wurmb, Hofmeisterin der Prinzessin Auguste Amalie.

[2] Den Herzog von Enghien. Vergl. die Einleitung.

Mme de Wurmb est Hessoise: au moment de la révolution ou à peu près, elle a abjuré le luthéranisme pour la religion catholique, ce qui l'a brouillée avec sa famille; elle est venue alors s'établir en Alsace, et la nécessité l'a forcée à devenir dame de compagnie d'une Princesse de Rohan (j'ignore laquelle). C'est Mme d'Enquerily(?) qui l'a donnée au Prince Max, il y a une dizaine d'années, pour élever ses enfants. Cette dame a une grande aversion pour la révolution et l'a inspirée à la princesse. Cette aversion ne s'accorde pas avec ce que Sa Majesté m'avait fait l'honneur de me dire; maintenant je dois faire connaître à V. Exc. la source où j'ai puisé ces détails. Nous avons ici une Comtesse de Linanges, une des dames de l'Electrice de Bavière, je suis assez lié avec elle, et c'est elle dont je tiens ces renseignements. A l'en croire il a déjà transpiré quelque chose à Munich des intentions de Sa Majesté — l'Electeur demandant conseil à tout le monde — ce qui avait divisé la cour d'opinion. On avait été quelque temps sans en parler, mais, il y a six semaines, on a su par Mr de Cetto, qu'à Milan on lui avait parlé de nouveau de cette alliance — la chose est vraie — et voilà sans doute la raison pour laquelle l'Electeur de Bavière presse autant depuis cette époque.

Depuis quelque temps le bruit s'était répandu qu'à Munich on faisait des préparatifs pour se retirer à Wurzbourg: ce bruit avait été dément officiellement. J'ai engagé Mme de Linanges à écrire à Munich et elle vient de me montrer une lettre de la Comtesse de Sandizell, sa compagne, qui lui dit qu'effectivement beaucoup d'objets précieux sont emballés, que l'on fait des préparatifs, mais que l'on a ordre de les taire. Ce rapport confirme ce qui m'avait déjà été dit que l'Electeur craint beaucoup l'approche des Autrichiens, et V. Exc. jugera d'après la connaissance de son caractère, si l'on peut tirer parti de cette opinion. Dans la persuasion où je suis, que ce que j'ai obtenu de la cour de Bade remplit du moins en très grande partie la démarche que je dois lui arracher, je crois suivre les instructions de V. Exc. en partant pour Munich: je passerai 3 jours à Stoutgart pour masquer ma marche et j'arriverai à Munich le 17 fructidor. Quelqu'ouverture que l'Electeur me fasse, même quand il me ferait connaître, qu'il est instruit de ma démarche à Bade, je m'obstinerai à ne rien avouer. Je me bornerai à employer les moyens que je me suis procurés, pour chercher à pénétrer ce que l'on pense, ce que l'on craint: même comme je n'en vois pas la nécessité, je ne m'ouvrirai pas à Mr Otto avant d'avoir reçu des instructions de V. Exc., mais si je dois continuer à agir, je La prierai de me recommander un peu fortement à lui pour que par jalousie il ne cherche pas à me contrecarrer. A l'exception de l'Electeur, qui, je le répète, sera déjà instruit par la cour de Bade, on n'aura à Munich aucun soupçon sur le but de mon voyage s'il se fait; on est tellement

dans l'opinion que je vais parcourir une partie de l'Allemagne, que l'on m'attendait à Schalzenburg (?), et si j'ai ordre de suspendre mes démarches, je reviendrai par Ratisbonne.

V. Exc. doit voir que ma position à Munich sera embarrassante jusqu'à ce que j'aie reçu Ses ordres, j'ose donc La prier de me laisser le moins longtemps possible dans cette incertitude et d'accepter l'assurance etc.

300. Erklärung des badischen Hofes[1].

[Karl Friedrich wird den Kurfürsten von Bayern seines Wortes entbinden, falls dieser aus politischen Rücksichten eine Familienallianz mit Frankreich vorzieht.]

S. A. S. Msgr. le Prince Louis m'ayant fait l'honneur de me demander mon opinion sur le moyen de concilier la marque de dévouement, que S. A. E. désire donner à Sa Majesté Impériale, avec ce qu'Elle doit à la sainteté des engagements, qu'Elle a contractés, je pense que la détermination la meilleure pour arriver à ce résultat serait, que S. A. fasse connaître par écrit à l'Electeur de Bavière — quand je prendrais la liberté de l'y engager — que malgré l'extrême désir, qu'Elle éprouve de voir se réaliser les projets d'alliance, que les deux cours avaient projetés, si l'intérêt du Corps Germanique en général, celui de la cour en particulier, décident S. A. l'Electeur de Bavière en faveur du mariage, qui lui est proposé pour la Princesse Auguste avec S. A. S. Msgr. le Prince Eugène, l'Electeur de Bade y souscrit sans hésiter et dégage l'Electeur de la parole qu'il avait reçue.

J'ai l'honneur de prier S. A. de mettre cette proposition sous les yeux de S. A. E. après l'avoir communiquée à Mr Dalberg.

Cette communication ayant été faite à S. A. E., Elle a déclaré que tel était l'engagement qu'Elle avait cru pouvoir prendre.

Signé: Louis Prince de Bade.
Dalberg.

301. Talleyrand an Thiard.

Paris, 9 fructidor an 13 (27. August 1805).

[Weisung zu Verhandlungen mit dem badischen Hof wegen einer Offensiv- und Defensivallianz gegen Oesterreich. Badens Interesse daran. Verweisung an den Markgrafen Ludwig.]

Votre séjour, Monsieur, dans les états de S. A. S. l'Electeur de Bade Vous procure une occasion favorable de donner à Sa Majesté une preuve

[1] Beilage zum vorigen Bericht; von Thiard entworfen und von dem Markgrafen Ludwig und Dalberg unterzeichnet.

de Votre zèle et de Votre dévouement à Son service. Je m'applaudis d'avoir à Vous transmettre Ses ordres[1].

La circonstance de la guerre qui va probablement éclater entre l'Autriche et la France et qu'on doit regarder comme commencée de la part de l'Autriche doit avertir tous les princes auxquels la médiation de la France a procuré des avantages dans la négociation des indemnités, du danger qui les menace.

Certainement cette guerre n'est pas moins dirigée contre les états qui se sont placés sous le patronage de la France et qui lui doivent leur sûreté, leur accroissement et un plus haut rang dans la hiérarchie politique de l'Allemagne que contre la France.

Aucun état de l'Europe ne doit plus à la bienveillance de S. M. l'Empereur que l'Electeur de Bade; à peine était-il compté au nombre des souverains, à peine avait-il un territoire et un revenu suffisant pour maintenir le rang d'un prince allié aux principales puissances de l'Empire. Aujourd'hui il a un titre qui le met de pair et immédiatement à la suite des têtes couronnées, il a un revenu supérieur à ses dépenses, une population nombreuse et une armée.

L'Electeur de Bade est donc un des états de l'Empire qui est le plus intéressé au succès de la guerre que la France va soutenir contre la puissance qui dans les dernières négociations s'est le plus fortement opposée à l'organisation actuelle de l'Empire Germanique.

S. M. qui a donné à l'Electeur des preuves signalées d'intérêt redouble aujourd'hui de bienveillance envers lui. Elle va au-devant de ses besoins, de ses dangers et, j'aime à le penser, au-devant de ses vœux.

J'ai l'honneur de Vous adresser par l'ordre de S. M. l'Empereur un projet de traité d'alliance défensive[2] qu'Elle Vous charge de négocier avec la cour de Bade. Quelques-uns des motifs de cette négociation sont exprimés dans le préambule du traité, il est superflu de Vous les indiquer tous. Ils ressortent si visiblement des circonstances actuelles de la position de l'Electorat de Bade, de l'intime union qui doit exister entre la France et l'Electorat pour la sûreté, la paix et la prospérité de ce dernier état, de l'animosité enfin que le cabinet de Vienne conserve contre tous les princes qui ont réussi à se soustraire à son intolérante et capricieuse autorité, en réclamant l'appui et l'intervention de la France, qu'il suffit de la plus légère attention pour être convaincu que la cour de Bade ne peut pas rester

[1] Vergl. Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand, 134.

[2] Entwurf fehlt. Die betr. Ordre Napoleons vom 25. August, worin der Kaiser zugleich dem Kurfürsten gegen Stellung von 3000 M. den gegenwärtigen Besitzstand garantiren und Gebietszuwachs im Frieden versprechen läßt, in der Correspondance de Napoléon, XI, 134.

un moment indécise sur le concours qui lui est demandé et les avantages qui lui sont offerts. Comme Vous êtes, Monsieur, jusqu'à présent sans caractère officiel à la cour de Bade, Vous ne pouvez directement entrer en rapport avec le ministre de l'Electeur, mais Vous devez Vous adresser au Prince Louis que Vous avez l'honneur de connaître. Le caractère de ce prince et sa réputation militaire sont un sûr garant des dispositions que Vous lui trouverez à seconder de toute son influence un arrangement qui a pour objet d'engager les états de son père dans une cause commune et de faire combattre sous les mêmes drapeaux des soldats qu'il a formés et ceux qui composent l'armée française.

Je Vous prie, Monsieur, de me faire part sans délai du résultat de Votre première conversation avec le Prince Louis, Vous hâterez le plus qu'il Vous sera possible la discussion; les circonstances sont pressantes et ne permettent pas de s'arrêter à des débats accessoires dont cette négociation paraît d'ailleurs peu susceptibles . . .

P. S. Je ne puis Vous envoyer en ce moment des pouvoirs pour traiter, parce que la distance où je suis de Boulogne demande du temps pour avoir la signature de S. M.[1], mais ma lettre Vous autorise suffisamment, Vous pouvez donc traiter et conclure, comme si Vous agissiez en vertu des pouvoirs spéciaux . . .

Pariser Archiv.

302. Mandelsloh an Edelsheim.

Heidelberg, 29. August 1805.

[Mandelsloh in Darmstadt. Französische Anträge dort noch nicht erfolgt.]

De retour d'Auerbach[2], où j'ai eu un accueil bien flatteur, je m'empresse, Mr le Baron, de Vous prévenir que les nouvelles de Mr de Schraut[3] sont absolument fausses, Msgr. le Landgrave m'ayant très positivement assuré qu'une demande de cette nature n'a jamais été faite[4] . . .

[1] Die Vollmacht folgt später nach; sie ist aus dem Lager von Boulogne datirt, ohne Tagesangabe. Or.-Perg.

[2] Mandelsloh hatte sich am 27. August von Karlsruhe nach Darmstadt und von da nach Auerbach zum Landgrafen begeben.

[3] Der österreichische Gesandte v. Schraut hatte am 25. August bei Wintzingerode officiell angefragt, ob auch dem Stuttgarter Hofe, „so wie es zu Darmstadt bereits geschehen", von französischer Seite zugemuthet worden sei, Truppen und Kriegsbedarf baldigst bereit zu halten. Der Kurfürst hatte darauf sein Befremden über diese Frage ausdrücken lassen, mit dem Bemerken, er erfreue sich in Europa doch wohl eines solchen Grades politischer Achtung, «pour . . . pouvoir se croire à l'abri de propositions pareilles de quelque part qu'elles puissent venir». Reskript an Mylius, datirt 25. Aug. Stuttgart. St.-Archiv.

[4] Minister Lehmann versicherte, von einem französischen Ansinnen, „Kriegsbedürfnisse und Truppen in Bereitschaft zu halten", wisse er nichts. Bericht Mandelslohs vom

303. Maltitz an Edelsheim.

Stuttgart, 30. August 1805.

[Ankündigung von Didelots Sendung nach Karlsruhe. Angebliche Antwort der Höfe von Stuttgart und München. Neutralität der süddeutschen Staaten im Anschluß an Preußen. Unterstützung durch Rußland.]

Je le crois de mon devoir comme ministre de famille de prévenir confidentiellement V. Exc. que demain ou après-demain, Mr Didelot se propose de venir à Carlsrouhe.

Je sais d'une manière non douteuse que la même déclaration qui a été faite à Darmstadt, Munich et Stoutgart sera aussi proposée à S. A. S. Msgr. l'Electeur de Bade.

Les cours de Bavière et de Wurtemberg doivent avoir déclaré: que, si le malheur voudrait qu'une rupture entre l'Autriche et la France pourrait arriver, elles s'étaient engagées envers la Prusse de n'agir qu'avec son avis et de concert avec elle et qu'elles garderaient une parfaite neutralité d'autant plus, qu'elles ne pouvaient pas agir contre le chef de l'Empire Germanique.

Si Mr d'Alopeus[1] appuye cette démarche et cette déclaration près de la cour de Berlin, au nom de mon auguste maître, la situation des princes qui ont le malheur d'avoir la France pour voisine pourrait être rassurée dans l'orage qui semble se préparer de toute part. L'intérêt que prend mon souverain au sort de l'Allemagne et particulièrement à celui des Sérénissimes Cours Electorales de Bade et de Wurtemberg n'est sujet à aucun doute, et le cabinet de Berlin redoublera de zèle dans ses bons offices, comme pour le moment c'est la seule puissance qui traite encore avec le gouvernement français, — et je crois que les dernières démarches révoltantes du cabinet de Tuileries doivent fixer toute l'attention de la Prusse[2] . . .

---

28. August (Stuttgart. St.-Archiv). In der That ist erst in den letzten Augusttagen an den französischen Geschäftsträger in Darmstadt die Weisung ergangen, Hessen zu einem Bündnisse mit Frankreich aufzufordern (Correspondance de Napoléon, 11, 358, Nr. 9157). Darauf wandte sich der Landgraf nach Berlin mit der Bitte, der König möge sich in Paris dafür verwenden, daß seinem Lande Neutralität bewilligt werde; dies wurde zugesagt, zugleich aber bemerkt, von Aufnahme in eine von Seiten Preußens „zu bewirkende Neutralitäts- und Demarkationslinie" könne nicht die Rede sein, da die Vorbedingungen für dieselbe noch nicht gegeben seien. Bericht von Mylius vom 28. September; Schreiben des Königs an den Landgrafen vom 22. September (Stuttgart. St.-Archiv.). Vergl. auch Steiner, Ludwig I., Großherzog von Hessen, 99; Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand, 146.

[1] Russischer Gesandter in Berlin.

[2] Wie man aus dem Schreiben ersieht, ist die Darstellung im Badischen Militäralmanach, IX, 70, wonach der Kurfürst den Zaren um Verwendung zu Gunsten der Neutralität des Landes ersucht und erst, als auf Rußlands Schutz nicht mehr zu hoffen war, das Bündniß mit Frankreich unterzeichnet habe, durchaus unzutreffend und irreführend.

304. Précis de l'ouverture faite à Carlsrouhe le 31 août par le ministre de France Mr Didelot[1].

Karlsruhe, 31. August 1805.

[Didelot in Karlsruhe. Verbalerklärung. Neutralität Badens im Kriege gegen Oesterreich unzulässig. Aufforderung zum Anschluß an Frankreich. Versprechungen.]

Le considérant de l'ouverture officielle que S. Exc. Mr Talleyrand a chargé Mr Didelot, en date du 30 thermidor[2] — 18 août — de faire *verbalement* aux cours électorales de Wurtemberg et de Bade est presque littéralement conforme à la communication que Mr Bacher a faite à Ratisbonne[3] à la seule différence près, qu'au lieu de la conclusion de celle-ci le passage qui la remplace dans l'office de Mr Didelot porte:

Que les mesures que prend actuellement l'Autriche ne laissant aucun doute qu'elle n'ait formé le dessein d'attaquer l'Empereur en Italie et, le présent éloignement de ses troupes lui rendant presqu'impossible d'y faire arriver à temps des forces suffisantes à lui opposer, il se verrait forcé en cas de rupture de chercher l'Autriche dans le cœur de ses états et de traverser l'Allemagne pour y parvenir.

Que la perspective d'une telle nécessité quoique éventuelle suffit pour autoriser l'Empereur des Français à vouloir dès à présent connaître, quelles

---

[1] Zur Situation: Nach längeren Verhandlungen hatte am 24. August Bayern einen Allianzvertrag mit Frankreich unterzeichnet. Gemäß Weisungen Talleyrands vom 17. und 18. August legte dann am 27. August der französische Gesandte in Stuttgart, Didelot, der württembergischen Regierung die Frage vor, wie sie sich im Kriegsfalle zu verhalten gedenke, mit dem Bemerken, daß der an sich natürliche Wunsch des Kurfürsten, neutral zu bleiben, angesichts der Verhältnisse nicht berücksichtigt werden könne und es nur ein Für oder ein Wider gebe. Nachdem man in Stuttgart vergeblich versucht, die Beantwortung der Anfrage zu verschieben, bis es sich gezeigt, ob Preußen für die Neutralität der süddeutschen Staaten eintreten werde, gab das Ministerium am 30. August dem Drängen Didelots nach und setzte denselben durch eine vom Kurfürsten selbst redigirte Erklärung in Kenntniß, daß Württemberg sich im Kriegsfall auf Frankreichs Seite zu stellen bereit sei, sobald es wegen der Folgen dieser Entschließung vor der feindlichen Rache genügend geschützt sei. Darauf eilte Didelot am 31. August nach Karlsruhe, wo er, wie er sich rühmte, seines Erfolges so sicher sei, daß er nur die „Postpferde zu wechseln" brauche, um die zustimmende Erklärung des badischen Hofes mit sich zu nehmen. Vergl. über diese Stuttgarter Verhandlungen die höchst wichtige, von Wintzingerode verfaßte «Species facti», welche A. von Schloßberger — leider an entlegener Stelle — in der „Besonderen Beilage des Staatsanzeigers für Württemberg", J. 1887, 274 ff., veröffentlicht hat.

[2] Diese Weisungen fehlen im Pariser Archiv; vorhanden ist dort nur das Reskript vom 17. August, das von einem Auftrage für den Karlsruher Hof noch nicht spricht.

[3] Bacher hatte am 25. August mündlich den Inhalt einer Erklärung mitgetheilt, welche der französische Gesandte in Wien der österreichischen Regierung abgeben sollte: Napoleon forderte darin Aufschluß über den Zweck der österreichischen Rüstungen und drohte, falls er keinen beruhigenden Bescheid erhalte, sich mit seiner ganzen Macht nach dem Rhein zu wenden. Bericht Bauriedels vom 26. August.

seront les dispositions de l'Electeur; que S. M. charge Mr Didelot d'en faire l'objet d'une demande formelle, *mais verbale.* Que le vœu de l'Electeur serait sans doute pour la neutralité et que l'Empereur trouverait ce vœu naturel, s'il était possible qu'il fût rempli, mais que dans une guerre contre l'Autriche tout espoir de neutralité pour les états qui en sont avoisinés et séparés serait une chimère; que dans les conjonctures si graves où se trouve l'Europe, le choix du parti avec lequel ils voudront combattre est le seul qui soit en leur pouvoir. Choisir en connaissance de cause et suivre avec vigueur et une invariable constance le parti que la prudence leur aura fait embrasser serait pour eux l'unique moyen de se soustraire à des calamités sans mesures; que pour peu que la prudence guide leur choix, il ne saurait être incertain.

Qu'indépendamment des probabilités que l'on peut déduire de la comparaison des forces respectives de la France et de l'Autriche et des présages fournis par l'issue des deux guerres précédentes, la route qu'ils auraient à tenir leur était clairement tracée par les dispositions bien connues des deux puissances, lorsqu'ils ne pouvaient douter que les succès de l'Autriche, si elle en obtenait, deviendraient redoutables pour ceux même qui l'auraient servie, tandis que la France, invariablement fixée à la limite du Rhin, non seulement garantirait l'intégrité des états qui auraient fait cause commune avec elle, mais encore ferait tourner à leur avantage le fruit de ses conquêtes.

Qu'aussitôt qu'il aura obtenu du cabinet électoral une déclaration claire et précise, — et qu'il doit insister de la manière la plus pressante pour l'obtenir — il s'empresserait à la faire connaître à lui, Mr Talleyrand.

Von Edelsheims Hand.

---

305. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 1. September 1805.

[Didelots Mission und ihr Zweck. Gesuch um Audienz beim Kurfürsten. Geheimhaltung des Gegenstandes seiner Sendung.]

Au moment où j'arrêtais devant ma porte, en revenant hier au soir de Bade, le domestique de Mr Didelot me remit un billet de sa part qui m'annonça son arrivée et le désir qu'il avait de me parler le plus tôt possible. Il me vint voir vers les 9 heures et me fit une lecture confidente des ordres qu'il avait reçus du ministre Talleyrand pour les cours électorales de Wurtemberg et de Bade en ajoutant que son arrivée à Carlsrouhe avait été retardée parce qu'il n'avait pas dû quitter Stoutgart avant d'avoir reçu une réponse claire et précise. Mr Didelot ne crut pas pouvoir m'accorder une copie de son office, parce qu'il lui est expressément enjoint de ne faire

ces ouvertures formelles que verbalement, tout comme il ne demandait aussi pas de réponse par écrit. Je lui fis observer qu'en ce cas je ne pourrais rapporter que fort incomplètement à V. A. S. E. le contenu de cette communication dont il importait pourtant beaucoup de lui rendre exactement la substance et les expressions. Il me permit alors d'en extraire en sa présence seulement les passages qui développent entièrement l'objet de sa mission . . .

Es folgen Mittheilungen über den Inhalt der Weisungen[1], zugleich vertraut Didelot dem Minister unter dem Siegel der Verschwiegenheit an, daß Württemberg sich zustimmend erklärt habe, «en se prononçant à vouloir tenir avec la France et s'attacher sans réserve à son parti».

. . . Comme Mr Didelot tient infiniment à expédier son courrier, s'il se peut, demain au soir depuis Rastadt, où il attendra son retour de Strasbourg, il m'a prié de lui obtenir la faveur de faire sa cour demain lundi à V. A. S. E. Il pense qu'Elle m'ordonnerait de le précéder à Bade de quelques heures et qu'alors Elle lui indiquerait Sa détermination définitive qu'il pense ne pouvoir être qu'une accession pure et entière, dans l'embrasure d'une fenêtre avec deux mots seulement, sans qu'il fût besoin d'aucune audience marquante.

Pour mieux couvrir l'objet de sa présente apparition ici, nous sommes convenus qu'on dirait que Mr Massias ne se trouvant pas ici, ni le Bon Dalberg à Paris, il avait été chargé de faire à notre cour la communication de la note qu'il avait été chargé de présenter à Stoutgart relativement à celle que Mr de Nowosiltzow avait présentée à Berlin . . .

Edelsheim ersucht den Kurfürsten, ihm noch heute seine Entschließung betr. der Audienz in Baden zugehen zu lassen, damit er Didelot rechtzeitig davon benachrichtigen könne. Unter diesen Verhältnissen, meint er, scheine die Rückkehr Dalbergs nach Paris dringend geboten.

Concept.

---

306. Thiard an Talleyrand.

Baden, 15 fructidor an 13 (2. Sept. 1805).

[Rückkehr nach Baden. Conflikt mit Didelot. Unterredung mit dem Markgrafen Ludwig. Bedenken wegen der Geldnoth. Ministerrath. Neutralitätsbestrebungen und Verhandlungen mit Preußen. Zeitungsgerüchte über Heirathspläne des Prinzen Eugen.]

J'ai eu l'honneur d'annoncer de Stoutgart le 13 à V. Exc. la réception des ordres qu'Elle m'a donnés par Sa lettre du 9[2]. Le matin Mr Didelot était parti pour Carlsrouhe pour une mission diplomatique — m'avait-il dit la veille — de la plus haute importance. Sans rien préjuger à cet

[1] Vergl. den Précis vom 31. August. Oben Nr. 304.

[2] Oben Nr. 301.

égard, je crus qu'il n'était pas inutile d'être à Bade avant lui, et effectivement, ayant évité Carlsrouhe, j'y suis arrivé bien de bonne heure. Quelques minutes auparavant l'Electeur avait reçu une lettre de Mr d'Edelsheim, qui lui annoncait, que Mr Didelot venait pour lui demander, quel parti il prendrait dans le cas où les armées françaises passeraient le Rhin, et quel nombre de troupes il était dans l'intention d'y joindre, qu'il voulait une réponse catégorique et faite dans le jour même.

L'Electeur alors apprenant mon arrivée n'a plus su ce qu'on voulait de lui, et en effet les circonstances étaient singulières. Mr Didelot se présentait comme ministre accrédité, moi comme chargé des ordres particuliers de Sa Majesté, l'un voulait une détermination à peu près passive, l'autre demandait un traité d'alliance, et ce conflit, qui a étourdi l'Electeur et l'a engagé davantage à appeler ses conseillers, aura peut-être des suites fâcheuses sur le résultat de la négociation.

Le Prince Louis, avec qui seul j'ai causé hier, a bien vu par les passages de la lettre de V. Exc., que les ordres qu'Elle me transmettait étaient d'une date postérieure et d'un sens plus positif que l'interpellation vague de Mr Didelot, et il a pensé que c'était avec moi qu'il fallait traiter. Il n'a plus été embarrassé que du parti à prendre avec lui; il m'a demandé, si l'on pouvait lui faire connaître ce qui me ramenait. J'ai trop présent ce que m'a dit Sa Majesté pour y avoir consenti, et enfin ils se sont décidés à répondre à Mr Didelot que Sa Majesté ayant daigné procurer à Son Altesse un moyen de s'entendre et de correspondre directement avec Elle, tant sur cet objet que sur quelques autres, on le priait de permettre, que l'on se servît de cette voie dans cette occasion. C'est ce qui lui a été dit après dîner: il est reparti très mécontent et menaçant d'envoyer un courrier à V. Exc., pour l'en instruire. Le Prince Louis, qui sort de chez moi, m'a prié de Vous faire connaître de mon côté les motifs de cette conduite, et je pense qu'ils seront approuvés de V. Exc. J'ai trouvé dans cette occasion le Prince Louis, comme dans toutes, entièrement dévoué à Sa Majesté. Il m'a fait une seule objection, bien forte à la vérité: le dénuement absolu d'argent. Quant à lui il n'en connaît point d'autres, et cependant cela ne serait pas ce qui retiendra; mais il s'est refusé à intervenir seul dans la discussion, il m'a objecté qu'on ne manquerait pas de dire que le désir de faire la guerre l'aurait engagé à entraîner l'Electeur dans cette résolution, qu'il était donc nécessaire que le ministère en fût instruit. D'ailleurs sans attendre mon avis, l'incident de Mr Didelot a engagé l'Electeur à tout raconter à Mr d'Edelsheim, qui ce matin est accouru chez moi et qui m'a annoncé que la chose était si importante, que l'Electeur voulait en outre les avis de Mr Dalberg et de Reittenberg[1],

[1] Sic! Gemeint ist natürlich Reitzenstein.

qui a signé la paix de 1796 entre la France et Bade. Demain il sera tenu un conseil, dont on me fera connaître les résultats. Auparavant j'aurai avec l'Electeur, avec qui seul et le Prince Louis je suis censé avoir affaire, une conversation, dans laquelle je ne négligerai rien pour enhardir son caractère indécis, il m'a demandé une petite note pour servir de base à la discussion du conseil, je la lui remettrai, avec promesse de me la rendre, si la négociation échouait.

M^r d'Edelsheim s'est peu ouvert dans la conversation qu'il a eue avec moi et voici pourquoi. Je sais qu'ici — et bien plus encore à Stoutgart — on est convaincu que la Prusse voit de mauvais œil la réunion de Gênes. C'est la note de Mr Hardenberg à Mr Laforest qui donne lieu à cette opinion. Il est ici une Mme de Venningen, femme de beaucoup d'esprit, qui a toute la confiance de M^r d'Edelsheim, elle m'a tant répété cette assertion de toutes les manières, que je vois bien que c'est l'opinion de ce dernier: elle a plus fait, elle m'a confié que les cours de Munich, Stoutgart et Bade s'étaient adressées à la Prusse pour l'engager à étendre la ligne de neutralité jusqu'au Tyrol. Voulant me convaincre de la vérité de ce rapport, hier dans ma conversation avec le Prince Louis, je lui ai dit qu'à Stoutgart j'avais été informé de tout, il a paru tout déconcerté et a fini par m'avouer que la chose était vraie et que même on était ici avec Stoutgart en correspondance à cet égard.

Tout cela me fait croire qu'ils attendent la réponse de Prusse et qu'ils veulent faire leur possible pour traîner la chose en longueur, mais j'ai déclaré au Prince Louis que je voulais pour mercredi au plus tard une réponse catégorique et définitive, et, j'ai l'honneur de le répéter à V. Exc., demain je ferai mon possible pour enhardir l'Electeur.

La gazette d'Hambourg dit qu'il est fortement question du mariage du Prince Eugène avec une Princesse Electorale sans la désigner, il est clair par l'inspection des dates, que mon séjour ici ne peut avoir donné lieu a cet article, mais je prends la liberté d'en faire la remarque à V. Exc., tant je crains que Sa Majesté ne m'accuse d'indiscrétion . . .

Pariser Archiv.

307. Didelot an Talleyrand.

Karlsruhe, 15 fructidor an 13 (2. Sept. 1805).

[Erfolg der Verhandlungen in Stuttgart. Schwierigkeiten in Karlsruhe. Audienz beim Kurfürsten. Bedenken und Ausflüchte. Direkte Vorstellungen bei Napoleon.]

Ist soeben von Baden zurückgekehrt; einer Einladung des Kurfürsten folgend, hat er sich dahin begeben, in der Erwartung, eine befriedigende Antwort bezüglich des Auf=

trages zu erhalten, den Talleyrand ihm für Stuttgart und Karlsruhe ertheilt. Dieselbe ist aber hier nicht so ausgefallen wie in Stuttgart.

Die württembergische Regierung hat sich formell verpflichtet, «de faire en cas de guerre cause commune avec S. M. l'Empereur». Allerdings nicht ohne Bedenken. Ihr Wunsch war, neutral zu bleiben. Sie scheute sich, Verpflichtungen einzugehen, die, falls der Krieg nicht ausbräche, die empfindliche Rache des Wiener Hofes nach sich ziehen würden; auch fürchtete man das Berliner Cabinet zu beleidigen, wenn man eine Entscheidung treffe, ehe Antwort von dort eingetroffen. Schließlich hat in Folge dringender Vorstellungen Dibelots das württembergische Ministerium doch nachgegeben: Freitag Abend 10 Uhr hat er die bindende Zusage erhalten. In Folge dessen begab er sich sofort nach Karlsruhe. Samstag Abend empfing ihn Edelsheim; er hoffte, leichtes Spiel zu haben, und war nicht wenig überrascht, als nach einer zweistündigen Unterredung, «où j'employais tous les moyens possibles pour lui montrer les avantages pour sa cour d'une détermination prompte et favorable à notre demande», der Minister sich darauf beschränkte, zu erklären, er werde dem Kurfürsten Bericht erstatten und hoffe, ihm bis Montag die Antwort mittheilen zu können. Auf Edelsheims Vorschlag ging er nach Baden, wo der Kurfürst ihm heute Audienz ertheilte.

. . . Il était seul. Après quelques compliments ordinaires, il me dit: Mon ministre m'a fait part de l'affaire que Vous avez traitée avec lui. Dans aucun temps, dans aucune circonstance l'Empereur ne peut douter des sentiments de vénération et d'attachement que je porte à sa personne et dont je chercherai toujours à lui donner des preuves, mais l'objet de la demande que Vous nous faites est trop important, intéresse trop l'existence politique présente et future de mes états et de ma famille pour ne point apporter dans la détermination à prendre toutes les précautions et les mesures de prudence nécessaires. Je Vous dirai que l'Empereur ayant eu jusqu'ici assez de bonté pour me permettre d'entrer sur différentes affaires en relation directe avec lui, mon dessein est de lui transmettre mes observations . . .

Darauf Gegenvorstellungen Dibelots: der Kaiser werde diese Antwort nur als Ausflucht («comme évasion») betrachten, die Zeit sei kostbar; «qu'avant 8 jours peut-être nos troupes seraient sur les bords du Rhin etc.; que je devais finir par l'observation qui sans doute n'échapperait pas à Paris, que la cour de Wurtemberg, plus exposée au ressentiment de la cour de Vienne, moins bien traitée jusqu'ici par celle de la France . . . avait presque sans hésiter lié son sort à celui de S. M., tandis que celle de Bade avec des motifs contraires balançait de prendre le même parti.»

Die Argumente machten augenscheinlich Eindruck auf den Kurfürsten: er zog sich auf einige Zeit zurück, um sich die Sache zu überlegen. Edelsheim trat ein; die Unterredung wurde lebhaft. Dibelot erklärte, der Kaiser werde dieses Zaudern als einen Akt unverzeihlicher Schwäche («un acte de faiblesse impardonnable») ansehen, zugleich als einen Mangel an Vertrauen. Edelsheim begab sich zum Kurfürsten, in Kurzem kehrte er zurück und versicherte, «que l'Electeur était déterminé à traiter directement cette affaire auprès de l'Empereur avec lequel il venait d'avoir des relations directes postérieures à la date de la lettre par laquelle Vous me chargez de cette négociation».

Weitere Bemühungen blieben erfolglos. Im Eifer des Gesprächs entschlüpfte Edelsheim die Aeußerung: «observateur religieux de sa parole, comme c'est l'Electeur,

il ne pourrait se déclarer pour Vous qu'autant qu'il en serait sûr de pouvoir remplir ses engagements et il n'a à cet égard aucuns moyens ni en hommes, ni en deniers». Didelot entgegnete, es sei keineswegs des Kaisers Absicht «se faire des amis pour les épuiser»; wenn man, wie er, 500000 Mann und einen Staatsschatz von 700000000 ₶ zur Verfügung habe, brauche man nicht Subsidien und Hilfstruppen eines befreundeten Staates. Der Zweck der Anfrage, die er im Auftrage Sr Majestät gestellt habe, sei lediglich zu erfahren, «si Elle devait traverser les états de Bade en ami»; im Uebrigen müsse er, «ayant ordre d'insister sur une réponse décisive, positive ou négative» jede ausweichende Antwort als eine Absage betrachten. Edelsheim protestirte, der Kurfürst kehrte zurück, das Gefolge trat ein und die Unterhaltung wurde allgemein.

Didelot vermuthet, daß Maltitz die Hand im Spiele habe und die Schuld an der Antwort trage.

Die verfügbaren Streitkräfte Badens sind schwach: im Nothfall 8—10000 Mann.

Pariser Archiv.

---

308. Edelsheim an Mandelsloh.

Karlsruhe, 2. September 1805.

[Bitte um schleunige Mittheilung der Antwort an Didelot und der Nachrichten aus München. Vorläufiger Bescheid des Kurfürsten. Fortsetzung des vertraulichen Meinungsaustausches.]

Dankt für die Mittheilung aus Heidelberg.

. . . J'ai à Lui demander avec instance selon le désir de l'Electeur, mon maître, de vouloir bien nous éclairer relativement aux propositions dont Mr Didelot vient de s'acquitter ici et auxquelles il m'a assuré confidemment que Votre cour avait déjà acquiescé affirmativement. Après les ouvertures amicales que S. A. S. E. de Wurtemberg a fait faire dernièrement par V. E. à mon Sme maître, Elle ne désapprouvera sans doute pas que les éclaircissements ultérieurs soient également communiqués à ma cour, et que nous ayons surtout la certitude, si effectivement Msgr. l'Electeur, Votre maître, a accepté, comme on nous l'assure, la demande de s'attacher entièrement au parti de l'Empereur des Français et à faire cause commune avec lui. S'il était possible d'y ajouter les notions que Vous devez avoir maintenant de Munich[1] sur cet objet, V. Exc. augmenterait encore par là nos obligations.

[1] Am 24. August war Frh. v. Normann in München eingetroffen, um sich zu vergewissern, ob an den dortigen Hof wirklich, wie Didelot behauptet, eine ähnliche Frage wie an den Stuttgarter gestellt worden; am gleichen Tage hatte die bayerische Regierung den Allianzvertrag mit Frankreich unterzeichnet. Der Kurfürst sowohl als Montgelas hielten dieses Abkommen indes sorgfältigst geheim und leugneten auf das Bestimmteste, daß ihnen Zumuthungen irgend welcher Art gemacht worden seien. Man versprach sogar, die Bemühungen Württembergs zu Gunsten der Neutralität Süddeutschlands durch Entsendung des Chevaliers de Bray nach Berlin zu unterstützen. Berichte v. Normanns vom 29. August. Stuttgart. St.-Archiv.

Comme cependant tous les moments sont infiniment précieux, j'ose prier V. Exc. de faire en sorte que le Feldjäger Stillgebauer, que je lui expédie avec la présente, puisse me rapporter la réponse demain au soir, attendu que je dois retourner après-demain à l'aube du jour au château de Bade, où je viens de quitter Msgr. l'Electeur ce soir. Dans l'ignorance des modifications de l'explication qu'on aura donnée à Mr Didelot à Stoutgart, on s'est borné ici à une réponse convenable, mais vague dont il ne paraît pas entièrement satisfait.

Veuillez engager S. Exc. Mr le Cte de Wintzingerode à disposer S. A. S. E. à lui permettre de donner toute la latitude nécessaire dans les circonstances présentes à la confiance cordiale et suivie qui doit constamment rester établie entre nos deux cours . . .

---

309. Projet de la réponse verbale que je croyais pouvoir être faite à l'ouverture de Mr Didelot ou bien ensuite Mr Thiard[1].

O. D. (zwischen 1.—2. September 1805).

[Die finanziellen und militärischen Kräfte des Landes für einen Krieg unzureichend.]

La parole de l'Electeur devant lui être toujours aussi sacrée que ses devoirs, il se verrait dans le cas de trahir l'un et l'autre, si sans égard à l'insuffisance de ses moyens et de ses facultés, il voudrait se permettre de contracter des engagements qu'il serait convaincu d'avance de ne pas pouvoir remplir sous plusieurs rapports. Sa confiance dans la justice et la magnanimité de l'Empereur ne peut pas seulement admettre la pensée que S. M. voudrait lui savoir mauvais gré d'un aveu aussi franc et loyal.

Mettant le plus haut prix à la bienveillance et à la puissante protection de S. M. I., l'Electeur s'abandonne tout entier à l'espoir qu'Elle daignera les lui continuer dans la circonstance importante qui se prépare actuellement . . .

Il ne saurait donc y avoir aucune incertitude sur le choix du parti auquel l'Electeur restera constamment attaché; mais le présent dérangement des finances, surtout relativement aux indemnités dans le Palatinat, dont les charges et les dettes exigent jusqu'ici fort au delà du rapport des revenus, lui rendent tout-a-fait impossible d'entretenir le corps de ses troupes sur le pied de guerre et pas même de les rendre auparavant mobiles. Au surplus leur nombre ne suffit qu'au maintien de l'ordre et de la sûreté civile du pays et de la représentation indispensable de la dignité électorale, mais ne peut certainement pas être d'aucune importance

---

[1] Ueber Abfassung und Verwerthung dieses Entwurfes vergl. Nr. 329.

pour les opérations militaires de S. M. I.; l'Electeur doit espérer qu'en considération de ces motifs Elle ne voudra pas insister sur un changement de la destination de ce petit corps de troupes, rien ne pouvant convenir et répondre plus essentiellement au bien-être de ce pays qu'une parfaite neutralité.

A tout autre égard on s'empressera à remplir les volontés de S. M. l'Empereur par toutes les facilités que le pays sera capable de procurer aux troupes françaises qui passeront ou séjourneront dans les états de Bade et à suivre avec toute l'exactitude possible les ordonnances qu'il plaira à S. M. I. de faire prescrire à cet effet.

Von Edelsheims Hand.

---

310. Dalberg an Edelsheim.

Mannheim, 3. September 1805.

[Stadion in Mannheim. Zweck seiner Mission. Forscht nach der Stimmung in Karlsruhe.]

Die Erkrankung seines Vaters hat Dalberg an der Abreise nach Karlsruhe verhindert.

. . . Mr le Cte de Stadion[1] est arrivé hier au soir; sa mission est proprement de sonder les dispositions, les esprits et les opinions en Empire. Il ne cache pas que sa cour mènera la guerre un peu à la hussarde et qu'elle s'attend que les petits états se tiendront dans une position calme et réservée. Il croit que la Prusse a pris l'engagement de venir au secours de l'Autriche, dès que cette dernière puissance sera attaquée, et que maintenant il y a un «*casus foederis*» convenu où la Prusse s'est liée à coopérer contre la France.

Il m'a demandé, quel serait le rôle que l'Electeur adopterait dans cette crise. Je lui ai dit que j'ignorais ses intentions, mais que je croirais qu'il chercherait à ne pas être forcé de prendre parti et d'éviter à se prononcer pour ou contre l'une ou l'autre puissance. Il m'a répondu que tel était l'esprit de sa position et qu'il était sûr qu'on userait envers lui de tous les égards et de tous les ménagements possibles pour s'en prévaloir à Pétersbourg.

Il a particulièrement insisté à obtenir de moi des renseignements sur l'intérieur de la France, sur l'un ou l'autre individu dans les affaires. J'ai cru que sa discrétion et sa sagesse me permettaient de lui en fournir, autant que sa cause et celle de notre patrie rendaient nécessaires et de ne lui donner que ceux qui tiennent à la plus exacte vérité . . .

---

[1] Friedrich Lothar Graf von Stadion, kurböhmischer Gesandter in Regensburg, ein jüngerer Bruder des Petersburger Botschafters und späteren Ministers.

311. Didelot an Talleyrand.

Karlsruhe, 16 fructidor an 13 (3. Sept. 1805).

[Günstigere Aussichten.]

J'ai revu ce matin le ministre, je lui ai parlé de nouveau d'une manière si instante que je ne doute plus que S. M. ne reçoive promptement une réponse favorable dans la lettre que l'Electeur doit lui écrire.

Edelsheim wird nach Baden gehen, «pour déterminer l'Electeur et vaincre son irrésolution qu'après tout nous devons attribuer plutôt à son grand âge qu'à un manque de confiance».[1]

Pariser Archiv.

---

312. Note Thiards[2].

(3. September 1805.)

[Antrag auf Defensivbündniß. Entspricht dem Interesse des Kurfürsten. Neutralität unzuläßig und zwecklos. Hinweis auf die durch Oesterreich erlittenen Unbilden. Versprechungen.]

Une guerre va probablement éclater entre la France et l'Autriche; elle doit même être regardée comme commencée de la part de cette dernière puissance. Sa conduite dans les circonstances présentes, sa manière d'agir dans celles qui l'ont précédée prouvent suffisamment que c'est moins contre la France que cette guerre est dirigée, que contre les états qui s'étant placés sous son patronage dans la négociation des indemnités lui doivent leur sûreté, leur accroissement et un plus haut rang dans la hiérarchie politique de l'Allemagne . . .

Aucun d'eux n'a retiré un avantage plus direct de ses liaisons avec la France que S. A. S. l'Electeur de Bade. Avant, cet état ne comptait dans l'Empire Germanique que par le respect qu'inspiraient les vertus de son souverain et le souvenir des talents guerriers de ses princes, surtout de celui dont le nom est toujours dans cette maison porté si heureusement; aujourd'hui il a un titre qui le met de pair avec et immédiatement à la suite des têtes couronnées; une fois les dettes accidentelles éteintes, son revenu sera supérieur à ses besoins: il a acquis une population nombreuse, il s'est formé une armée.

En retraçant ici les résultats heureux, que le recès du 6 ventôse an 11 a procurés à S. A., on ne cherche point à réveiller la reconnaissance naturelle qu'elle doit avoir pour la France et pour son souverain; S. A. en a toujours donné des preuves qui rendraient ce soin superflu; mais on a

---

[1] Am gleichen Tage erscheint Thiard bei Edelsheim und setzt ihn vom Inhalt seiner Weisungen in Kenntniß. Didelot sieht sich in Folge dessen genöthigt, ihm die weiteren Verhandlungen zu überlassen. Vergl. S. 304 ff.

[2] Das Karlsruher Original ohne Datum; eine Abschrift im Pariser Archiv trägt das Datum des 16 fructidor (3. September).

cherché seulement à développer ce qu'Elle doit chercher à conserver, ce qu'Elle aurait à perdre. En effet la sécularisation d'un grand nombre d'états catholiques, leurs voix au collège des princes passées dans les mains des princes souverains protestants, son influence dans le collège des villes totalement anéantie, voilà la véritable cause des dispositions hostiles de la maison d'Autriche, l'origine du prolongement de sa haine contre la France et de la guerre qu'elle lui déclare. S. A. ne peut donc se le dissimuler; si, par une supposition que les dernières guerres peuvent faire regarder comme oiseuse, la France succombait, les princes qui par son appui et son intervention ont réussi à se soustraire à l'intolérante et capricieuse autorite de l'Autriche, sans distinction de neutres ou d'ennemis, y seraient assujettis de nouveau: les avantages qu'ils auraient obtenus deviendraient un crime et ce qu'ils auraient de plus doux à espérer serait le sacrifice simple de ces mêmes avantages.

Dans ces circonstances S. M. a donc le droit d'attendre des princes dont l'existence tient à l'issue de cette guerre, dont l'accroissement en puissance et en dignité en est un des principaux motifs, une assistance franche et positive; la reconnaissance, leur intérêt particulier leur font un devoir de s'unir à Elle, de ne point songer à une neutralité, qui ne leur serait d'aucun avantage, dont S. M. ne doit point leur soupçonner l'idée et *à laquelle Elle ne pourrait consentir*.

D'ailleurs l'expérience des guerres dernières a prouvé, combien une neutralité était illusoire. Dans ces guerres la maison d'Autriche n'était point neutre vis-à-vis l'état de Bade, elle était son allié, et il est inutile de rappeler à S. A. les excès que les armées ont commis dans Ses états. Si les vicissitudes des armes y ramenaient le théâtre des hostilités, pourrait-Elle se flatter d'en être mieux traitée étant neutre que, lorsqu'Elle était son alliée? et n'est-ce pas, quand Elle portait ce titre, qu'Elle a vu Ses troupes du cercle de Souabe désarmées ignominieusement à Biberach[1] par ces mêmes généraux autrichiens sous les ordres desquels elles servaient alors? Pourrait-Elle au moment de la pacification demander à partager les fruits des victoires des armées françaises, après s'être refusée à partager leurs travaux?

Une alliance défensive avec la France peut donc seule parer à tous les dangers qui menacent les princes de l'Empire Germanique en général et S. A. en particulier et lui procurer les avantages qui nécessairement naitront des événements: secourus par les armées de S. M., Ses états n'ont rien à redouter des vexations de l'ennemi; associés à leur gloire, Ses soldats se formeront à l'école des vainqueurs de Lodi et

---

[1] Vergl. Politische Correspondenz, II, 442.

de Marengo; l'intégrité et l'indépendance de son territoire lui seront garanties par S. M., ainsi que les droits, prérogatives et avantages que S. A. a obtenus; comprise dans tous les traités de paix que la France conclura à l'avenir, Elle aura la promesse d'obtenir un accroissement proportionné aux avantages qui pourront résulter de la guerre future et pour d'aussi grands résultats, S. M. ne demande que la jonction d'un corps de troupes badoises à Ses armées, lorsqu'elles auront dépassé les frontières, la défense de tout achat de chevaux, armes, vivres etc. pour le compte des ennemis et l'exécution rigoureuse des règlements relatifs aux émigrés.

Tel est le traité défensif qui dans ce moment est proposé à S. A. et *qui sera tenu secret,* tel est un léger aperçu de quelques-uns des motifs qui paraissent devoir le Lui faire accepter sans hésiter. Les circonstances sont pressantes et ne permettent guères de s'arrêter à des débats accessoires dont cette discussion ne paraît d'ailleurs nullement susceptible.

En le faisant proposer à S. A., Sa Majesté a voulu Lui donner un nouveau gage de Son affection et de Sa ferme résolution de maintenir ce qui s'est effectué sous Sa médiation, convaincue que par là Elle venait Elle-même au-devant de Ses besoins, de Ses dangers et même de Ses vœux.

Cette note n'ayant été rédigée que pour se conformer aux désirs de S. A., étant jusqu'à présent sans caractère officiel, que je ne peux prendre qu'au moment de la signature de traité, si, ce qu'il m'est impossible de supposer, il n'avait pas son exécution, je prierais S. A. de vouloir bien donner des ordres, pour qu'elle me soit remise.

Eigenhändig.

---

313. Graf Wintzingerode an Edelsheim.

Ludwigsburg, 3. September 1805.

[Abreise nach Durlach zur Besprechung mit Edelsheim.]

Mr le Bon de Mandelsloh m'ayant remis la lettre de V. Exc.[1], je vais monter en carrosse pour me rendre à Dourlach, L'y attendre. J'espère d'avoir l'honneur de Vous y assurer ce soir encore, Mr le Baron, des sentiments de la haute considération avec laquelle etc. . . .

---

[1] Oben Nr. 308.

314. Collini an Edelsheim.

Paris, 4. September 1805.

[Rückkehr von Massias nach Karlsruhe.]

Mr Massias est revenu me voir pour me dire qu'il pressait son retour à Carlsrouhe, il attend là-dessus les ordres de S. Exc. Mr le ministre des relations extérieures. L'utilité de laquelle il peut dans les circonstances présentes être à notre patrie m'a fourni un motif pour appuyer cette intention et pour lui dire, combien V. Exc. sera satisfaite de le revoir . . .

315. Geheimer Allianzvertrag zwischen Baden und Frankreich[1].

Baden, 5. September 1805 (18 fructidor an 13).

[Bündniß gegen Oesterreich. Contingent von 3000 Mann. Verbot der Pferdeausfuhr 2c. Garantirung des Besitzstandes. Zusicherung entsprechenden Gebietszuwachses.]

Der Text des Vertrages ist eingerückt in die am 27. September zu St. Cloud ausgefertigte und von Napoleon unterzeichnete Ratifikationsurkunde.

Sa Majesté Impériale et Royale, Napoléon, Empereur des Français et Roi d'Italie et Son Altesse S. E. Charles-Frédéric, Electeur de Bade, ne voulant pas laisser au hasard des événements les dispositions et les mesures nécessaires à prendre pour la sûreté de tous les points correspondants de leurs frontières respectives et considérant que les circonstances du renouvellement actuel des hostilités en Allemagne menacent l'indépendance des états faisant partie de l'Empire Germanique et attentent aux droits et à l'honneur des grandes puissances qui ont employé leurs soins pour leur assurer cette indépendance, ont nommé pour leurs ministres plénipotentiaires: savoir S. M. I. et R.

Mr Auxonne Théodose Thiard, l'un de Ses chambellans, membre de la légion d'honneur, et S. A. S. E.

Mr le Bon George Louis d'Edelsheim, Son ministre d'état et des affaires étrangères, lesquels, après l'échange de leurs pleins pouvoirs[2], sont convenus de ce qui suit:

Article 1er.

S. M. l'Empereur des Français garantit l'indépendance et l'intégrité des états de S. A. S. l'Electeur de Bade, ainsi que les droits, prérogatives et avantages qui lui ont été assurés par le recès de l'Empire du 6 ventôse an 11, ratifié le 27 avril 1803.

Article 2e.

En considération de cette haute garantie et vu l'intérêt direct et prochain que l'Electorat de Bade doit prendre aux résultats d'une guerre

[1] Gedruckt bei De Clercq, Recueil des traités de la France, II, 123 ff.; über die vorausgehenden Verhandlungen vergl. Nr. 329.

[2] Die Vollmacht Edelsheims datirt vom 5. September.

entre la France et l'Autriche, S. A. E. promet de joindre un corps de trois mille hommes[1] à l'armée française du moment, où cette armée aura passé les frontières de France et pénétré en Allemagne.

Article 3e.

S. A. E. s'engage de plus à défendre sévèrement dans toute l'étendue de Ses états tout achat de chevaux, d'armes, de vivres et [d']autres objets d'approvisionnement pour le compte des ennemis de la France.

Article 4e.

S. M. l'Empereur des Français promet de comprendre les états de S. A. l'Electeur de Bade dans tous les traités de paix qu'Elle conclura à l'avenir et de lui assurer un accroissement proportionné aux avantages qui pourront résulter pour Elle de la guerre qu'Elle aura à soutenir contre Ses ennemis.

Article 5e.

Les règlements et les défenses relatifs aux émigrés français dans l'Electorat de Bade seront rigoureusement exécutés; et S. A. l'Electeur de Bade s'engage à prendre toutes les mesures nécessaires pour empêcher qu'aucun émigré français ne pénètre et ne séjourne dans Ses états.

Le présent traité sera tenu secret, et l'échange des ratifications sera fait dans l'intervalle de trente jours après sa signature.

Fait au château à Baden, ce cinq septembre 1805, dix-huit fructidor an treize.

Signé: Auxonne Théodose Thiard.
George Louis Bon d'Edelsheim.

Original in einem reich mit Goldstickereien verzierten Prachteinband von violettem Sammt auf Pergament mit anhängendem kaiserlichen Siegel in vergoldeter Kapsel an blau-silber-goldener Schnur.

---

316. Mémoire séparé, contenant l'exposition des vœux de S. A. S. E. de Bade, au sujet du traité d'alliance défensive, conclu avec S. M. I. et R. de France et d'Italie[2].

Baden, 5. September 1805.

[Die militärischen und finanziellen Kräfte des Landes zur activen Theilnahme am Kriege unzureichend: Neutralität an sich das Wünschenswertheste. Zwangslage. Zusatzvorschläge zum Allianzvertrage, die Stellung des badischen Contingents im Verband der Großen Armee betr. Wahrung der Selbständigkeit.]

Mr le ministre plénipotentiaire de S. M. I. et R. l'Empereur des Français et Roi d'Italie ne se croyant pas malgré l'étendue de ses pleins

[1] Diese Forderung stellt Napoleon schon in seinem Schreiben an Talleyrand vom 25. August. Correspondance, 11, 234.

[2] Entwurf von der Hand Wielandts, mit Zusätzen und Correkturen Edelsheims und Reitzensteins.

pouvoirs l'autorisation nécessaire pour admettre aucune discussion du traité d'alliance défensive proposé à la cour de Bade et encore moins pour y faire entrer les développements et modifications dont on s'était efforcé de lui faire sentir la nécessité, S. A. S. l'Electeur de Bade se voit dans le cas de porter immédiatement au trône de Sa Majesté les vœux qu'on ne peut s'empêcher d'énoncer à cet égard et qu'on avait l'intention formellement déclarée d'exprimer dans des articles additionnels et supplémentaires.

D'abord l'Electeur ne croit point devoir éviter un aveu franc et loyal; la façon de penser de S. M. l'Empereur ne lui permet aucun doute là-dessus; il n'hésite donc point à avouer qu'une neutralité parfaite et absolument impartiale aurait le mieux répondu à ses vues et aux devoirs envers son pays. L'Electorat de Bade ne saurait mieux prospérer que par les arts de la paix. Le nombre de ses troupes est borné jusqu'à présent à ce qu'exige la représentation du prince, le maintien et la sûreté civile du pays[1], et il est proportionné aux revenus actuels. Le présent dérangement des finances relativement surtout aux indemnités dans le Palatinat qui ont exigé jusqu'ici fort au delà des revenus fait même prévoir à l'Electeur l'extrême difficulté ou plutôt l'impossibilité de mettre dans un espace de temps aussi resserré son corps de troupes sur le pied de guerre convenable dans toutes ses parties[2] et de l'y entretenir pendant la guerre. D'après toutes ces considérations et, la parole de l'Electeur devant lui être toujours aussi sacrée que ses devoirs, il se trouvera dans le cas de trahir peut-être l'un et l'autre, lorsque sans avoir égard à l'insuffisance de ses moyens et de ses facultés et[3] au peu de probabilité, démontré déjà par quelques essais infructueux, de se pouvoir procurer les fonds nécessaires par la voie d'un emprunt dans le cas d'une nouvelle guerre, il aura pris des engagements qu'il doit être convaincu d'avance de ne pas pouvoir remplir entièrement sous plusieurs rapports. Sa confiance dans la justice et la magnanimité de l'Empereur ne peut pas admettre seulement la pensée que S. M. voudra lui savoir mauvais gré d'un aveu aussi ingénu, mettant le plus haut prix à la bienveillance et à la puissante protection de S. M., il s'abandonne tout entier à l'espoir qu'Elle daignera les lui continuer dans la circonstance importante, qui se prépare actuellement . . . Ces principes sont trop profondément gravés dans le cœur de l'Electeur et il ose se flatter que S. M. I. rend trop de justice à leur sincérité pour qu'il puisse y avoir la moindre incertitude sur le choix du parti que l'Electeur a déjà pris

---

[1] Die folgenden Worte Zusatz Edelsheims.
[2] Das Folgende Zusatz Edelsheims.
[3] facultés—guerre Zusatz Reitzensteins.

d'avance et auquel il restera invariablement attaché. Son admiration pour S. M. l'Empereur, la profonde reconnaissance qu'il doit à Ses bienfaits, lui en ferait le devoir le plus sacré, quand même le salut de son pays ne lui prescrivait pas d'unir ses destinées à celles du grand Empire français. Le souvenir des effets de la haute protection de S. M., rappelé à cette occasion par Mr le ministre plénipotentiaire, ne s'effacera jamais dans la maison électorale et l'on reconnaît, comme on le doit, qu'après la Prusse et la Bavière les maisons de Bade et de Hesse-Darmstadt ont été le plus favorablement partagées dans la répartition des indemnités. L'Electeur aurait seulement pu se flatter peut-être que le système de neutralité adopté par lui dans la dernière guerre, conformément aux stipulations de son traité de paix avec la France, et maintenu avec une fermeté inébranlable au milieu des vicissitudes de la fortune malgré les instances et même les menaces des puissances coalisées, ayant eu le plus entier suffrage de S. M., — ce même système si conforme d'ailleurs en tout point aux intérêts de la France obtiendrait la même approbation dans les circonstances actuelles.

Les développements ci-dessus ont paru nécessaires à l'Electeur pour justifier pleinement aux yeux de S. M. l'Empereur l'espèce d'embarras, avec lequel S. A. S. E. a ordonné de signer le traité proposé relativement au contenu de son second article. Ils justifieront en même temps l'exposition des vœux dont l'Electeur désire l'accomplissement moyennant quelques articles réglémentaires.

1⁰ Quel sera le moment où l'objet de cet article commencera à avoir force obligatoire? L'article porte, que ce sera, quand les troupes françaises auront passé les frontières de la France, — c'est à dire le Rhin, — et pénétré en Allemagne. On doit désirer qu'il soit sous-entendu:

> «quand une armée française, proportionnée aux forces ennemies qu'elle aura en opposition, aura pénétré assez avant pour ne pas exposer à une ruine certaine et inévitable la principauté supérieure de l'Electorat qui serait inévitablement la proie de l'Autriche, si le *casus foederis* devait exister, avant que les troupes françaises eussent[1] mis à couvert cette partie des états de Bade.»

2⁰ Les 3000 hommes demandés à l'Electeur qui seront composés [de] 4 bataillons d'infanterie de ligne, un de chasseurs à pied et l'artillerie nécessaire pour le service des pièces de bataillon, sont sans doute destinés à former une brigade séparée dont le commandement exclusif sous les

---

[1] Zusatz Edelsheims statt des ursprünglichen Textes: pris une position militaire le long du moins de l'Iller depuis Feldkirch jusqu'à Ulm.

ordres du général commandant de la division à laquelle elle sera attachée appartiendra à un général badois[1].

3⁰ Il sera attaché à cette brigade un commissaire ordonnateur badois avec le même rang, fonctions, autorisation, etc. que ceux de l'armée française et qui ne sera subordonné qu'au commissaire ordonnateur en chef de la division.[2] Il y sera attaché de même un commissaire de guerre particulier et une commission militaire permanente, composée d'officiers de corps à laquelle appartiendra exclusivement la jurisdiction militaire et criminelle. Aucun individu faisant partie de cette brigade ne pourra être poursuivi devant une autre commission quelconque, ni jugé d'après un autre code militaire que celui du corps de troupes badois.

4⁰ La brigade badoise ne pouvant pas avoir des magasins à part, elle prendra ses rations en vivres pain, fourages etc. dans les magasins de l'armée.

5⁰ Au cas que la brigade badoise ne saurait être fournie en moyens de transports, ambulances etc., le général en chef aura soin d'y suppléer par tous les moyens dont il pourra disposer.

6⁰ Les malades et blessés Badois seront reçus et traités dans les hôpitaux français, et les comptes en seront réglés d'après la manière usitée[3]. Les prisonniers qui pourraient être faits sur les troupes badoises seront échangés sans distinction conjointement avec les prisonniers français.

7⁰ Le général en chef évitera autant que possible de disperser les 5 bataillons badois. Le maintien de la discipline, de la subordination et les mesures nécessaires pour empêcher la désertion doivent faire considérer cet article comme très essentiel.

8⁰ L'article précédant s'étendra de même aux quartiers d'hiver et aux cantonnements.

9⁰ Si, en pénétrant dans le pays ennemi, la subsistance de l'armée en fût tirée, les distributions de tout genre auront lieu pour la brigade dans les mêmes proportions que pour les troupes françaises[4]. Il s'entend encore sans l'énoncer que les troupes françaises ne pourront faire dans les états de l'Electeur aucune réquisition, même contre des bons, puisque ce serait les épuiser au détriment même de l'armée qui trouvera ses besoins dans les pays neutres et ennemis.

Tous ces articles pourraient faire le contenu d'un traité supplémentaire, et il ne resterait alors à l'Electeur qu'un seul désir, mais dont

---

[1] Gestrichen wurde hier der folgende Zusatz: On désire que cet officier prenne rang de général de brigade dans l'armée française ou celui de général de division, au cas que ce soit un des princes de la maison.

[2] Der Schluß des Artikels Zusatz Reitzensteins.

[3] Das Folgende Zusatz von Reitzenstein.

[4] Das Folgende Zusatz Reitzensteins.

l'accomplissement est trop lié avec les principes et la grandeur d'âme de S. M. I. pour en faire le sujet d'une convention. C'est qu'après avoir entièrement remis ses destinées, celles de sa maison et de tout son pays[1], même toute son existence politique actuelle et à venir entre les mains généreuses de S. M., — l'Electeur puisse ne pas douter un moment qu'au cas où par quelques chances malheureuses ses états devinssent la proie et la victime de la vengeance des ennemis de la France, S. M. voudra employer toute Sa puissance pour une satisfaction et une réparation convenable.

---

317. Thiard an Edelsheim.

Baden, 18 fructidor an 13 (5. Sept. 1805).

[Weigerung, die in dem Mémoire séparé enthaltenen Wünsche in den Vertrag aufzunehmen.]

Les instructions positives que j'ai reçues de S. Exc. le ministre des relations extérieures ne me permettant point de m'écarter en rien du texte du projet de traité d'alliance que j'ai eu l'honneur de soumettre à S. A. E., je me vois à mon grand regret dans l'impossibilité d'y faire entrer les observations qu'Elle m'a fait faire à cet égard, mais bien convaincu de leur existence positive tant parce qu'elles émanent de Son Altesse, que d'après les connaissances particulières que mon séjour dans Ses états m'a mis à même de me procurer, je me ferai un devoir après la signature du traité de les transmettre à S. Exc. le ministre des relations extérieures, en le priant de les mettre sous les yeux de Sa Majesté.

---

318. Graf Wintzingerode an Edelsheim.

Stuttgart, 5. September 1805.

[Gerücht von Verhandlungen wegen des Rheinübergangs bei Kehl. Bitte um Mittheilung aller wichtigen Nachrichten, insbesondere der Antwort an Didelot. Friedenshoffnungen.]

L'on m'écrit aujourd'hui: «les réquisitions près de la cour électorale de Bade par rapport au passage à Kehl sont déjà faites». Je regarde cette nouvelle comme une des 20000, les unes plus apocryphes que les autres qui vont circuler; mais j'en prends également occasion pour demander à V. Exc., comme une suite des relations amicales que je regarde comme mieux que jamais établies entre les deux cours, la communication la plus prompte de tout ce qui peut plus tôt ou plus tard influer sur notre situation.

Je ne crains pas qu'Elle juge ma confiance indiscrète et me permets de Lui réitérer la prière de me faire connaître le sens dans lequel Sa cour

---

[1] Même—venir Zusatz Reitzensteins.

aura donné sa résolution sur l'objet qui m'amena à Durlach: un concert parfait rend cette connaissance nécessaire.

Aujourd'hui même on me mande que toutes perspectives pacifiques ne sont pas perdues et une nouvelle déclaration de la cour de Vienne transmise à celle de Paris doit répondre à l'attente de la dernière. Il est difficile de supposer que ce soit en souscrivant à la proposition du dépôt dont V. Exc. me fit l'honneur de me parler . . .

---

319. Edelsheim an den Grafen Wintzingerode.

Baden, 5. September 1805.

[Dank für das Entgegenkommen des Kurfürsten. Weitere Vorschläge Frankreichs: Baden wird sich voraussichtlich fügen. Erkundigung nach der Lage der Dinge in Stuttgart.]

Je ne saurais exprimer à V. Exc., combien l'Electeur, mon maître, a été véritablement touché du procédé affectueux de Msgr. l'Electeur de Wurtemberg envers lui et de l'entrevue que V. Exc. a bien voulu me ménager à Dourlach. Sa sensible reconnaissance à cet égard aurait engagé S. A. S. E. de me renvoyer aujourd'hui le plus près possible de Stoutgart ou de Louisbourg pour communiquer confidemment à Msgr. l'Electeur par V. Exc. de nouvelles informations sur le même sujet dont j'ai eu l'honneur de m'entretenir avec Elle avant-hier au soir, s'il m'était possible de m'absenter d'ici dans ce moment.

Mais comme j'ai tout lieu de présumer que des propositions ultérieures, semblables à celles qui nous ont été présentées depuis l'autre jour, le seront également ou ont peut-être déjà été faites à Msgr. l'Electeur de Wurtemberg, je me borne à prévenir V. Exc. sous le sceau du secret convenu et réciproquement promis, que les dangers éminents de notre position et l'urgence des circonstances nous forceront vraisemblablement d'y souscrire, quelque peu de certitude que nous ayons d'obtenir les modifications que nous ne pourrons pas nous dispenser de demander instamment par les représentations les plus pressantes qui accompagneront cette condescendance.

Si V. Exc. daignait m'avertir d'un mot seulement, si en effet les démarches ultérieures[1] ont été déjà faites par Mr D[idelot], comme on nous l'a fait entrevoir, et si Msgr. l'Electeur, Votre Sme maître, y acquiescera aussi, cette obligeance fournirait à ma cour un nouveau motif de reconnaissance . . .

Concept.

---

[1] D. h. ein Bündnißantrag.

320. Graf Wintzingerode an Edelsheim.

Stuttgart, 6. September 1805.

[Eine bestimmte Antwort auf Edelsheims Anfrage zur Zeit nicht möglich. Sendung des Regierungsraths Wucherer nach Karlsruhe.]

Dankt für die vertraulichen Mittheilungen vom 5. September.

. . . Une réponse claire et nette à la question dans cette lettre deviendrait une preuve nouvelle de ces mêmes sentiments. Mais au lieu de répondre, je dois confesser à V. Exc. que l'état de la question n'est jusqu'à présent point à deviner. Je suis très fâché qu'Elle n'ait pas voulu le confier à Son courrier; c'eût été peut-être rendre service aux deux cours.

Comme il importe en tout cas à mon S^me^ maître d'apprendre ce qui peut l'attendre dans peu, S. A. S. E. se décide à faire partir pour Carlsrouhe M^r^ le conseiller de régence Wucherer[1], honoré de la confiance de l'Electeur, tenant au département des affaires étrangères, instruit à s'annoncer et à s'accréditer par une lettre de ma part pour être honoré par Elle de cette même confiance flatteuse qu'Elle voulut m'accorder . . .

---

321. Aufzeichnungen Edelsheims[2].

O. D. (7. September 1805.)

[Allianzantrag an den Stuttgarter Hof noch nicht erfolgt. Mittheilungen von württembergischer Seite über die allgemeine Lage.]

Bei W[ürttemberg] ist noch keine weitere Aeußerung als die bereits bekannte durch Didelot geschehen. Man werde aber allenfalls bei der ersten Erklärung stehen bleiben, und wenn man mehr verlange, so müßten Traktaten stattfinden.

Aeußerungen des Ministers von Hard[enberg] wegen der Neutralität[3] ꝛc. ꝛc.

Sodann des v. Alopeus und endlich die Vorschläge des Novosiltzow[4].

Wegen Bayern: stehe dermalen äußerst übel mit Preußen ꝛc. Man habe aber alle Ursache, ein enges Einverständniß mit Frankreich zu vermuthen.

---

[1] Vergl. Nr. 329. Akten über seine Sendung finden sich weder im Karlsruher, noch im Stuttgarter Archive.

[2] Ohne Datum mit der Aufschrift: P[ro] N[ota]. Liegen bei dem Schreiben Wintzingerodes vom 6. September und enthalten wohl das flüchtig skizzirte Ergebniß der Unterredung mit Regierungsrath Wucherer. Vergl. den Précis Nr. 329.

[3] Vergl. S. 312, Anm. 3.

[4] Worauf sich diese Bemerkung bezieht, ergibt sich aus den Karlsruher Akten nicht: jedenfalls nicht auf die frühere Mission Novosiltzows nach Berlin vom Juli 1805.

Preußen werde zuverlässig seine Neutralität behaupten, werde gleichwohl ungerne bewaffnen, werde Sachsen, Hessen und auch wohl Bayern vielleicht mit darinnen aufnehmen, dürfte aber wohl schwerlich weiter gehen, glaubt noch immer, daß der Ausbruch des Kriegs dürfte verhütet werden können.

Daß Oesterreich gewiß in keinem Fall auf die Theilnahme Preußens rechnen könne und ebensowenig auf eine mächtige Hilfeleistung von Rußland.

Man glaubt durchgesehen zu haben, daß von dem Benehmen von Pr[eußen] das Schicksal Hannovers abhänge und vice versa.

322. Talleyrand an Thiard[1].

Paris, 21 fructidor an 13 (8. Sept. 1805).

[Didelots Mission gegenstandslos. Die Weisungen für Thiard allein maßgebend. Drängen auf Abschluß des Bündnißvertrages.]

La date de la lettre que Vous avez reçue de moi, Monsieur, étant postérieure de plusieurs jours à celle qui avait été écrite à Mr Didelot, était suffisante pour Vous prouver à l'un et à l'autre que c'était à la proposition nouvelle, que Vous seul étiez autorisé à faire et pour laquelle Vous aviez reçu des pouvoirs, que Vous deviez Vous attacher. Vous avez très bien fait de décider dans ce sens la petite difficulté qui s'est élevée entre Mr Didelot et Vous. Dans des affaires qui marchent aussi rapidement que celles qui se traitent les dispositions prises par le cabinet doivent suivre les circonstances. La proposition de Mr Didelot était bonne il y a 15 jours, aujourd'hui elle ne vaudrait plus rien. J'espère que Vous amènerez à bien la négociation qui Vous est confiée. Elle est pour quelque chose dans les mesures générales qu'on nous force de prendre et est pour beaucoup dans la situation particulière où se trouve l'Electorat de Bade et dans les avantages qui peuvent en résulter définitivement pour la maison de l'Electeur. Vous pouvez communiquer cette lettre à Mr Didelot, s'il est encore avec Vous.

Copie von Groos.

323. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 11. September 1805.

[Die Vorgänge in Bayern. Schall. Thiard zu strengster Geheimhaltung der Allianz ermahnt.]

Mittheilung der neuesten Nachrichten aus München, denen zu Folge Fürst Schwarzenberg den Einmarsch von 50000 Oesterreichern in Bayern angekündigt hat[2]. Baron Schall,

[1] Ohne Adresse und Unterschrift; wie der Inhalt lehrt, ganz zweifellos ein Reskript Talleyrands an Thiard, dessen Concept übrigens im Pariser Archive fehlt.

[2] Zur Situation: Am 6. September erscheint Fürst Schwarzenberg in München und fordert im Auftrag des Kaisers sofortige Vereinigung der bayrischen Truppen mit

den Edelsheim gestern gesprochen, hat bisher den Minister noch nicht durch Fragen in Verlegenheit gesetzt, «ne s'étant tenu qu'à me parler de lieux communs sans rien toucher qui pût nous concerner particulièrement».

Msgr. le Margrave Louis auquel j'ai communiqué mes nouvelles hier au soir, m'ayant fait l'honneur de me dire qu'il a parlé à Mr Thiard à Rastadt et lui a instamment recommandé la discrétion nécessaire, en lui exprimant avec chaleur les conséquences qui seraient la suite immanquable du moindre écart de ce principe, il est à espérer qu'il se le tiendra pour dit . . .

---

324. Kurfürst Friedrich von Württemberg an Karl Friedrich.

Ludwigsburg, 11. September 1805.

[Politisches Zusammengehen erforderlich. Wechselseitige vertrauliche Mittheilungen wünschenswerth. Sendung des Generals von Geismar.]

Si de tout temps la proximité des états de V. A. S. E. aux miens, les sentiments que Ses vertus et hautes qualités m'ont inspirés ont été des liens qui nous devaient rapprocher, les événements du moment, en amenant des malheurs communs, semblent devoir nous imposer mutuellement le devoir d'agir conjointement et de chercher à alléger le fardeau qui doit nous peser également. Puisse V. A. E. être pénétrée autant que je le suis de cette nécessité, et elle établira entre nous une confiance réciproque que les circonstances commandent impérieusement. C'est cette considération qui m'engage d'envoyer près d'Elle mon général-major et aide de camp général de Geismar, pour pouvoir par son moyen recevoir le plus promptement les communications nécessaires et Lui faire passer de même celles que je pourrais Lui donner[1] . . .

Eigenhändig.

---

den österreichischen; während der Kurfürst die Verhandlungen hinzieht, überschreiten am 8. September die Oesterreicher den Inn, worauf Max Josef am gleichen Tage mit dem Hofe nach Würzburg abreist und seine Truppen sich in der Nacht vom 8.—9. September über die Donau zurückziehen.

[1] Ein Schreiben Wintzingerodes vom gleichen Tage setzt auch Edelsheim von dieser Sendung in Kenntniß. — Geismar trifft am 12. September in Karlsruhe ein. Die Berichte über seine Mission beginnen erst mit Nr. 10 vom 27. September (s. unten); die früheren Berichte fehlen im Stuttgarter Archiv.

325. Edelsheim an den Grafen Wintzingerode.

Karlsruhe, 12. September 1805.

[Rasumowskys Depesche an Maltitz. Der Einmarsch der Oesterreicher in Bayern. Schwarzenberg. Schreiben des Zaren an den König von Preußen. Die Forderungen von Maltitz undurchführbar.]

Je profite de la course, que Mr d'Aderkas[1] entreprend tout à l'heure pour porter à Mr le Bon de M[altitz] une incluse importante de l'ambassadeur de Russie à Vienne qui m'est parvenue cette nuit par un courrier extraordinaire,[2] pour remercier particulièrement V. Exc. de l'attention qu'Elle a bien voulu me marquer encore hier par la communication qu'Elle m'a expédiée par estafette. Notre ministre à Munich, le Cte Degenfeld, nous avait également informé le matin de cette importante nouvelle, en y ajoutant même une circonstance fort remarquable, savoir: qu'entre les motifs de la démarche impérieuse de sa cour envers l'Electeur de Bavière le Prince Schwarzenberg a surtout allégué qu'on voulait user de réciprocité envers la France qui avait *forcé* quelques souverains de l'Empire à se déclarer pour Elle en cas de rupture.[3]

Je tiens par une voie très secrète de Berlin que l'Empereur de Russie dans une lettre de propre main qu'il doit avoir écrite tout récemment au Roi de Prusse, en lui faisant part de la quadruple alliance, conclue entre la Russie, l'Autriche, l'Angleterre et la Suède, lui aussi demande une explication catégorique, si la Prusse voulait être *pour* ou *contre,* attendu qu'on ne pouvait pas admettre sa neutralité dans cette importante circonstance.[4] Quelle perspective de pareilles démarches n'annoncent-elles pas!

Celle que Mr le Bon de M[altitz] est chargé de faire à Stoutgart et ici sera détaillée littéralement à V. Exc. par lui, je me borne donc à remarquer seulement entre nous, combien les propositions qu'elle renferme me paraissent tardives et inexécutables dans le concours des circonstances présentes.

Je vais me rendre en ce moment à Bade auprès de l'Electeur pour le prévenir de cet incident inattendu. Une communication confidente de la manière dont on l'envisagera à Louisbourg sera assurément tout ce que mon Sme maître appréciera au delà de l'expression, et j'ose conjurer V. Exc. de procurer à S. A. S. E. cette consolation importante dans la crise bien embarrassante et dangereuse où nous nous trouvons sous tous les rapports.

---

[1] Baron F. von Aderkas, russischer Legationssecretär in Karlsruhe.

[2] Die Depesche Rasumowskys an Maltitz, deren Weisungen dann die Note des letztern vom 1./13. September entspricht. Vergl. den Bericht Gemmingens vom 5. September, mit welchem jene Depesche zugleich in Karlsruhe einlief.

[3] Ueber Schwarzenbergs Sendung nach München vergl. Montgelas, Denkwürdigkeiten, 102 ff.; v. Schönhals, Der Krieg 1805, 26 ff., 30 ff.

[4] Gemeint ist wohl das Schreiben des Zaren vom 19. August, das in einer offenen Drohung gegen Preußen ausklingt. Vergl. Ulmann, Russisch-preußische Politik 203 ff.

Les nouvelles de Strasbourg assurent que l'Empereur Napoléon n'y arrivera que dans la 15aine . . .

Concept.

326. Graf Wintzingerode an Edelsheim.

Stuttgart, 13. September 1805.

[Schwarzenberg. Oesterreich und die Neutralität Schwabens. Vorläufige Ansicht über die russische Note vom 13. September.]

Dankt für die Depesche Edelsheims vom 12ten und hofft, seine Antwort ihm bei der Rückkehr des Herrn von Aberkas zugehen lassen zu können.

. . . Je m'arrêterai un moment, si Elle[1] le veut bien, au propos que doit avoir tenu le Prince Schwarzenberg par rapport à la mesure dont la France devait avoir usé envers quelques princes de l'Empire. Je crois que ceci doit être entendu de la cour de Darmstadt, vu que Mr de Schraut m'a déclaré officiellement qu'une pareille y ait été prise, ce qui a cependant été formellement démenti par le Landgrave sous engagement de sa parole d'honneur[2].

Il est au reste vrai qu'un ministre étranger accrédité à Munich doit avoir très indirectement déclaré, que si telle proposition serait faite à sa cour, son parti à prendre n'était pas douteux. Il est clair que, si depuis la proposition se constatait, la résolution s'en inférait.

Mr de Buol en attendant disait, que vu le système de neutralité adopté en Souabe, l'armée autrichienne n'avait pas les mêmes raisons de pousser jusqu'à là (sic!) qui pouvaient exiger qu'elle cherchât à déterminer des systèmes douteux: il disait ceci à quelqu'un d'absolument (sic!) désintéressé au propos. Je n'ai pas la simplicité de croire dans la règle aux secrets politiques, mais bien à une exception momentanée, et je crois à celui-ci.

Je viens seulement à 8 heures du soir de recevoir la note que grâces à V. Exc. je prévoyais. Si la grande distance dans laquelle nous nous trouvons de la cour dont elle émane ne permet pas que ce genre d'effets puisse de là nous arriver à propos, cette note en fait preuve. Je devrais presque croire qu'elle réponde à la demande d'un conseil et à une démarche pareille, faite il y a deux ou trois mois. Nous n'en avons pas demandé alors, et si c'était le cas, la généralité dans laquelle ce conseil est donné en rendrait l'application dans tous les cas au moins très embarrassante: il se réduit proprement à nous faire prendre chaque fois, que nos deux puissances voisines prennent de l'humeur et envie de s'atteindre, le même parti que

[1] Scilicet: Votre Excellence.

[2] Vergl. oben Nr. 302.

les malheureux, nés aux pieds des volcans, lorsque les signes d'une irruption prochaine se manifestent.

Je plains le respectable Electeur de Bade, c'est à son âge qu'il est peut-être plus dur que dans tout autre de se voir donner un pareil conseil, fût-il, comme c'est le cas, dicté par l'intérêt le plus sûr et le plus flatteur.

L'Electeur, mon maître, ne quittera ni ses foyers, ni ses sujets: des sacrifices sensibles l'attendent peut-être, mais il les fera: lesquels? c'est ce que dicteront les circonstances et la majorité des pouvoirs. Mais V. Exc. en attend davantage de moi: Elle veut savoir, quelle sera la réponse de ma cour. Si au moment cela n'est pas encore décidé, l'Electeur remettant à demain de la résoudre, du moins ce que je viens d'énoncer, peut la faire préjuger . . .

327. Maltitz an Edelsheim.

Stuttgart, 13. Sept. (prs. Baden, 17. Sept.) 1805.

[Bedauern über die Nichtbeantwortung seines letzten Schreibens.]

Uebersendet die Note vom 1./13. September[1] und ersucht um baldige Mittheilung der Entschließung des Kurfürsten.

. . . J'aurais désiré que V. Exc. aurait déjà pu répondre confidentiellement à ma lettre du 18/30 du mois passé[2]; elle avait pour but de devenir réellement *utile* aux intérêts de Msgr. l'Electeur et, quoiqu'on n'ait pas voulu me donner les moindres communications, je me suis pourtant fait un devoir de représenter à mon très gracieux maître la situation désagréable où se trouvait le respectable grand-père de S. M. l'Impératrice.

Ensuite si j'ai dû deviner les démarches qui ont été faites vis-à-vis des employés français, j'ai cru pouvoir supposer qu'elles ne sauraient être contraires aux sentiments respectueux que l'on manifeste pour le chef de l'Empire Germanique et aux *attentes* de mon auguste cour.

328. Note des russischen Gesandten von Maltitz[3].

Stuttgart, 13. September 1805.

[Rußland wünscht Beurlaubung der badischen Truppen unter Fortbezug ihres Soldes, bis der Uebertritt zur Coalition möglich. Möglichste Schonung der badischen Interessen.]

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, toujours occupé de la sollicitude et de l'intérêt qui l'anime pour S. A. S. l'Electeur de Bade à la

[1] Nr. 328.

[2] Oben Nr. 303.

[3] Vergl. hierzu die Weisungen Czartoryskis vom 3./15. August oben Nr. 291.

suite d'une détermination, prise pas les deux cours impériales pour le salut de l'Europe en général et de l'Empire Germanique en particulier, — vient d'ordonner au soussigné, Son envoyé extraordinaire, de faire passer incessamment par la voie de S. Exc., Mr le Bon d'Edelsheim, ministre d'état et des affaires étrangères de S. A. S. l'Electeur de Bade:

> Le désir formel de son auguste maître que la Sme Cour Electorale ne s'exposât pas aux dangers qu'elle pourrait courir, ni aux rapines qu'exerceront sans doute les troupes de Bonaparte; que S. A. S. E. se mît en mesures pour soustraire au moins les objets qui pourraient servir à la défense de Leurs (sic!) états et que, pour paralyser les moyens de pouvoir disposer de Ses troupes, il serait nécessaire que S. A. S. de Bade retirât Ses forces militaires, afin que les Français ne s'en servissent pas.

Le soussigné croit devoir remarquer à S. Exc., Mr le Bon d'Edelsheim, que pour parvenir à ce but il serait à désirer que le Sme Electeur, son maître, licenciât ostensiblement ses soldats, en leur continuant secrètement leur paye pour pouvoir les réorganiser, aussitôt que les circonstances Lui permettraient d'agir d'après la volonté du Chef de l'Empire Germanique.

En même temps le soussigné doit témoigner que quelles que soient les circonstances, l'Empereur, son auguste maître, s'occupera avec le plus de soin possible de ménager les intérêts de S. A. S. E. et qu'Elle éprouverait de bien vifs regrets, si des démarches auxquelles Sa Majesté Imple se détermine par zèle pour le bien public devaient même momentanément porter atteinte à la tranquillité de la Sme Maison Electorale, qui cependant est toujours précaire avec un voisin aussi puissant et aussi disposé à mésuser de ses forces . . .

---

329. Précis sommaire de ce qui est à la connaissance du soussigné au sujet de la négociation avec Mr Thiard.

O. D. (Mitte September 1805.)

[Die Verhandlungen mit Thiard vom 3.—6. September. Bedenken gegen Artikel 2. Nachrichten aus Stuttgart und ihre Wirkung. Drängen und Drohungen Thiards. Vorschlag Reitzensteins, den Kurprinzen zu Napoleon zu entsenden. Ministerrath vom 5. September. Reitzenstein für Ablehnung des Bündnisses. Gegengründe. Unterzeichnung des Vertrags. Mémoire additionnel. Neue Nachrichten aus Stuttgart. Verlegenheit. Russische Note vom 13. September.]

Am Abend des dritten September traf Reitzenstein auf den Wunsch des Kurfürsten in Baden ein und wurde durch ihn von der Mission Dibelots und dessen Ansinnen in Kenntniß gesetzt, zugleich erfuhr er, daß, während man sich mit der Abfassung einer Antwort beschäftigte, der französische Kammerherr Thiard, der früher schon mit einem

[1] Aufzeichnungen Reitzensteins, ohne Datum, etwa aus der Mitte des September.

Auftrage anderer Natur bei dem Kurfürsten betraut gewesen[1], sich neuerdings eingefunden habe:

En avançant qu'il avait reçu des instructions pour conclure un traité d'alliance défensive entre la France et S. A. et qu'on lui avait même déjà envoyé les articles, sur lesquels il devait être basé, contenant entre autres l'engagement de faire joindre l'armée française par un corps de troupes badoises; qu'en attendant Mr Didelot, s'étant permis de son côté les menaces les plus fortes pour brusquer la négociation dont il était chargé, Mr Thiard avait lui-même conseillé de s'en débarrasser, en lui faisant observer que la cour de Bade avait des voies plus directes pour s'en expliquer immédiatement avec S. M. l'Empereur; qu'à la vérité Mr Thiard avait mis dans ses procédés des formes plus agréables que Mr Didelot, mais qu'il n'en avait pas moins mêlé des menaces très énergiques aux insinuations les plus flatteuses, en avertissant surtout de ne pas faire de mauvaise grâce ce qu'on pouvait faire de bonne grâce et à quoi on serait définitivement toujours contraint par la force; que S. A. S. Msgr. le Margrave Louis à qui Mr Thiard avait été adressé par Mr Talleyrand lui avait provisoirement répondu que S. A. E. ne Se déciderait sur le tout qu'après avoir examiné ses propositions dans un conseil qui serait composé de S. Exc. le Bon d'Edelsheim, . . . du Bon de Dalberg . . . et du soussigné; que c'était enfin pour cela qu'on avait mandé celui-ci à Bade et que le conseil en question était fixé pour le lendemain où l'on attendait les deux autres personnes, Mr le Bon d'Edelsheim ayant au surplus déjà pris les mesures nécessaires pour savoir à quoi l'on se déciderait à Stoutgart. Le soussigné, ayant attentivement lu le projet du traité proposé, ne put s'empêcher de s'arrêter d'abord aux dangers d'un tel engagement que celui de l'article 2. Il se permit de faire remarquer à S. A. E. que cet article, renfermant l'obligation de prendre part active à une guerre offensive et de déclarer réellement la guerre à l'Autriche et peut-être à la Russie dont l'une était le chef de l'Empire et l'autre étroitement liée à la maison de Bade par les liens du sang, était absolument incompréhensible et contradictoire avec l'idée d'un traité défensif, comme Mr de Talleyrand aimait à l'appeler; que les conséquences les plus funestes en devaient résulter presqu'immanquablement et dans toutes les chances. . . .

Unterliege Frankreich, so sei das Land der grausamen Rache Oesterreichs preisgegeben, man brauche sich nur an die Invasion in Bayern in den Jahren 1705 und 1743 zu erinnern. Siege Frankreich, so sei ein Doppeltes denkbar: entweder man mache von dem badischen Corps nur wenig Gebrauch und verwende es nur zu Eskorten und zum Dienste hinter der Linie, in dem Falle sei die Behandlung der Truppen eine wenig

[1] Vergl. oben S. 257.

ehrenvolle; oder man opfere sie auf, wie es genug Beispiele gebe, und die Verluste würden vielleicht eine allgemeine Insurrektion zur Folge haben, welche Oesterreich, falls es am Ende siegreich bleibe, den erwünschten Anlaß gebe, das kurfürstliche Haus völlig aus seinem Besitze zu vertreiben; — «qu'enfin, en ce qui concernait les promesses de la France, on pouvait être assuré d'obtenir toujours ce que l'intérêt de la France lui commandait de faire obtenir à la maison de Bade».

Sur cela il fut répondu au soussigné que toutes ses observations étaient sans doute très solides et que même elles avaient déjà été présentées presque mot pour mot par S. Exc. Mr le Bon d'Edelsheim; qu'enfin S. A. E. n'avait certainement point de désir plus vif que de pouvoir conserver à Elle et à Son pays les avantages précieux de la neutralité; qu'Elle renonçait de tout Son cœur à des agrandissements qui devaient être achetés au prix du sang d'un seul de ses sujets; mais que les deux ministres français, Didelot aussi bien que Thiard, s'étaient accordés à déclarer que l'Empereur français ne reconnaîtrait point de neutralité, et l'humeur violente et vindicative de l'Empereur étant connue aussi bien que son peu de respect pour le droit des gens, la question se réduisait à examiner sérieusement, si d'après les probabilités le pays aurait le plus à risquer d'être traité en ennemi ou par les Autrichiens ou par les Français. Le soussigné se retira ensuite, se proposant de réfléchir plus mûrement sur le meilleur parti à prendre . . .

Am folgenden Tage (4 Sept.) findet keine Berathung statt, da man Dalberg noch erwartet[1] und Reitzenstein unpäßlich zu Bette liegt. Inzwischen kehrt Edelsheim von seiner Zusammenkunft mit Wintzingerode in Durlach[2] zurück.

. . . En conséquence des renseignements donnés par celui-ci, Mr Didelot avait mis tant de vigueur dans sa négociation à Stoutgart que S. A. E. Se crut obligée de lui faire faire la déclaration suivante[3]:

«Il ne reste à S. A. S. E. pour écarter de dessus Ses états les malheurs inévitables dont dans le cas contraire ils sont menacés qu'à Vous donner l'assurance éventuelle qu'en cas de guerre Elle sera pour l'Empereur des Français, autant qu'Elle se verra ainsi à l'abri de toutes autres forces supérieures et garantie des suites que cette déclaration pourrait Lui attirer.»

Une déclaration pareille pouvant faire présumer avec quelque fondement que le ministre français s'en prévaudrait pour exiger tout aussi explicitement qu'ici la jonction d'un corps de troupes à l'armée française

---

[1] Dalberg hat an den Berathungen keinen Antheil genommen; eine Erkrankung seines Vaters verhinderte ihn an der Abreise von Mannheim. Nach seinem Schreiben an Edelsheim vom 2. Okt. [Nr. 370] will es fast scheinen, als habe man den Abschluß des Bündnisses auch vor ihm geheim gehalten.

[2] S. oben S. 290.

[3] Vergl. v. Schloßberger: Beilage des Staatsanzeigers f. Württemberg, J. 1887, S. 278.

et que S. A. E. de Wurtemberg, après avoir assuré qu'Elle serait *pour* la France et après avoir donné cette assurance en suite du refus de reconnaître aucune neutralité, Se verrait dans l'impossibilité de S'y refuser, devait augmenter de beaucoup l'embarras sur la résolution à prendre. Pour surcroît S. Exc. M[r] le B[on] d'Edelsheim reçut le lendemain jeudi, 5 du courant, une communication de M[r] Thiard, annonçant qu'un courrier extraordinaire arrivé la nuit même de Boulogne lui avait apporté des pleins pouvoirs en forme avec une expédition déjà tout à-fait achevée du traité qui devait être conclu et qui d'après les instructions de l'Empereur ne devait souffrir ni aucun retranchement, ni aucune addition, ni un changement quelconque.

Dans la conférence qui eut lieu là-dessus, M[r] Thiard déclara en outre à M[r] le B[on] d'Edelsheim qu'il ne devait pas retenir son courrier au delà de 24 heures et que dans le cas où l'on faisait difficulté de signer dans cet espace de temps le traité tel qu'il était proposé, il avait l'ordre de se retirer et de se rendre provisoirement à Strasbourg, d'où l'on demanderait dès l'arrivée de l'armée française, si on voulait la recevoir comme amie ou comme ennemie . . .

Auf die Bemerkung Edelsheims: «qu'une armée française serait toujours regardée, reçue et traitée très en amie» entgegnete Thiard sofort:

Que sous le mot d'ami on sous-entendait celui d'allié, qu'ainsi la question qu'on proposerait serait celle, si on voulait s'allier à l'armée française, en la faisant joindre par les troupes badoises, ou si l'on aimait mieux que cette armée traitât le pays en ennemi, que conséquemment on pouvait prévoir qu'on serait toujours obligé de prendre le premier parti et que la différence se réduisait à se décider, si on voulait mieux faire plutôt et avec les avantages offerts par le traité ce qu'on ne pouvait pas se dispenser de faire plus tard sans les mêmes avantages; que l'Empereur français avait mieux aimé commencer par le demander d'une manière douce et agréable et que ses instructions étaient dirigées en conséquence, mais qu'on devait assez connaître le caractère de l'Empereur Napoléon pour savoir qu'il n'était pas accoutumé à se désister de ce qu'il avait une fois dans sa tête. Le soussigné s'était arrêté précédemment à l'idée qu'il pourrait être convenable de se prêter seulement pour le moment aux deux autres demandes de l'envoyé français entièrement compatibles avec les devoirs et les obligations d'une parfaite neutralité et de déclarer, quant à la demande des troupes, que cet article présentait tant de difficultés dans l'exécution et des dangers si éminents dans ses suites que S. A. E. avait pris le parti d'envoyer immédiatement auprès de la personne de S. M. l'Empereur pour faire là-dessus les représentations nécessaires.

Il avait proposé en outre de charger de cette négociation immédiate S. A. S. Msgr. le Prince électoral et de lui faire prendre la route par

Stoutgart et Berlin, ou du moins d'envoyer simultanément une personne de confiance à Berlin qui rejoindrait de là S. A. à Bruxelles ou à tel autre lieu où l'Empereur se trouverait. Mais en opposition aux arguments dont le soussigné avait appuyé cette proposition, on lui fit sentir, — et S. A. E. Elle-même ne fut nullement sans inquiétude là-dessus, — que Msgr. le Prince électoral, étant général au service de Russie et y ayant un régiment, l'Empereur français pourrait se servir de ce prétexte pour retenir S. A., si Elle venait sans le traité signé et que d'ailleurs les instructions de M[r] Thiard que celui-ci avait communiquées à S. A. Msgr. le Margrave Louis étaient d'une telle nature qu'on se flatterait en vain de pouvoir obtenir la moindre modification avant d'avoir donné une marque de sincérité et de dévouement parfait par la signature immédiate du traité . . .

Die Hoffnung, von Thiard einen Aufschub von 48 Stunden zu erhalten, um Zeit zu gewinnen, mit dem Stuttgarter Hofe gemeinsame Schritte zu verabreden, erscheint aussichtslos, da Markgraf Ludwig und Edelsheim sich überzeugt haben, daß Thiard nicht darauf eingehen und, falls er nicht am Abend noch eine bestimmte Antwort erhalte, sofort abreisen werde.

Dès lors tous les partis mitoyens devaient naturellement être écartés, et il fallut s'en tenir strictement à examiner les avantages et les inconvénients des deux partis extrêmes, savoir de l'alliance ou de la guerre avec la France. Le soussigné, en déclarant que c'était là le seul point de la question qui nous était malheureusement laissé à discuter, exprima que, s'il se trouvait dans le cas de S. A. l'Electeur, il embrasserait d'après ses sentiments personnels le dernier parti, savoir celui de refuser nettement l'alliance, de se réfugier sur-le-champ à Anspach ou à Berlin, de réclamer la protection de la Russie et de la Prusse et d'abandonner le sort du pays aux événements, l'Empereur français pouvant peut-être avoir quelque répugnance à vouloir souiller sa réputation par un excès inoui de barbarie et de despotisme. Il dut cependant y ajouter d'après sa conscience qu'il n'ouvrait pas cet avis comme un conseil direct ou comme une opinion de ce qu'il fallait précisément faire, mais seulement comme le parti auquel il croyait qu'il s'arrêterait peut-être, s'il avait à se conseiller lui-même, et que dans une circonstance sujette comme celle-ci à tant des chances, il se pourrait fort bien que ce parti était très mauvais. Effectivement il lui fut observé qu'il s'agissait avant tout, si les devoirs imposés pour le salut du pays permettaient de prendre un parti dont la suite peut-être immédiate pourrait être la dévastation de l'Electorat, telle qu'il s'en était déjà ressenti dans les guerres de Louis XIV. On ne pouvait se dissimuler que le danger de la part des Français était plus éminent que celui de la part des Autrichiens; qu'il n'existait aucun moyen de garantir le pays de la vengeance de l'Empereur français et qu'il y avait infiniment plus de probabilité qu'il

pourrait être garanti contre les dévastations des Autrichiens, puisqu'il ne fallait pour cela sinon que l'armée française pouvait se maintenir au delà des gorges de la Forêt Noire, tandis que pour le premier cas il fallait supposer qu'une armée autrichienne pouvait pénétrer en Alsace ou du moins border le Rhin, ce qui n'était nullement vraisemblable.

S. A. E. Elle-même qui déjà la veille avait fait observer à Mr le Bon d'Edelsheim, si l'on pouvait prendre sur sa conscience les malheurs que le pays pourrait risquer d'essuyer en cas d'un refus, fut frappé de toutes ces considérations dont l'importance fut également sentie par L. L. A. A. S. S. Msgrs. le Prince électoral et Margrave Louis et dont S. Exc. Mr le Bon d'Edelsheim et le soussigné ne pouvaient ni se cacher la réalité, ni en diminuer le poids. Ce fut uniquement mû par ces mêmes considérations et — pour ne rien déguiser — avec la plus grande douleur que S. A. E. Se crut obligée d'opter entre deux malheurs le moindre et d'éloigner le danger qu'on devait se représenter comme le plus redoutable, en ordonnant à Son ministre des affaires étrangères, Mr le Bon d'Edelsheim, de déclarer dans la journée même à Mr de Thiard que le traité proposé serait conclu et signé, mais que cela ne pourrait avoir lieu qu'après avoir mis sous les yeux de S. A. E. les observations qu'Elle avait ordonné de faire parvenir au gouvernement français, tant au sujet de l'impossibilité de remplir dans l'état actuel des finances électorales, ce à quoi on devait s'engager, qu'au sujet de plusieurs vœux additionnels, et qu'on croyait devoir retarder jusque là la signature effective du traité, parce que le mémoire additionnel[1] était regardé de notre côté comme devant faire partie intégrante et inséparable du traité lui-même.

Après cette déclaration officielle, Mr de Thiard se décida à retarder encore le départ de son courrier jusqu'au lendemain soir et, s'étant trouvé gêné par le peu de latitude de ses instructions dans les condescendances qu'on demandait de lui, il remit au Bon d'Edelsheim un écrit[2] . . .

Il avait à la vérité protesté verbalement qu'il n'accepterait aucun mémoire où le mot de neutralité se trouverait exprimé, mais nonobstant cela on regarda comme un devoir indispensable de développer dans le considérant du mémoire les raisons qui feraient infiniment préférer à S. A. l'Electeur le parti d'une neutralité parfaite et absolue, si on lui en laissait la liberté. Ce mémoire donc, examiné vendredi matin par S. A. E. et changé d'après la correction qu'Elle-même avait daigné indiquer immédiatement, fut envoyé par S. Exc. Mr le Bon d'Edelsheim à Mr de Thiard vendredi au soir, deux heures seulement après l'échange réciproque des

---

[1] Oben Nr. 316.

[2] Folgt Inhaltsangabe des Schreibens vom 5. September. Oben Nr. 317.

pleins pouvoirs et la signature du traité, avec lequel il fut effectivement expédié simultanément par un courrier qui se mit en chemin pour Paris samedi matin. Ce ne fut pas sans une grande inquiétude qu'on passa cette nuit du vendredi au samedi, craignant que le mémoire ne serait point accepté; mais on fut tranquillisé là-dessus par Mr de Thiard lui-même qui assura de l'avoir non seulement transmis à son gouvernement, mais même de l'appuyer dans toutes ses dépêches, en déclarant, combien il était convaincu lui-même qu'on se trouvait dans l'impossibilité absolue de mettre sur le pied de guerre le corps de troupes électorales et de l'y entretenir.

Dans la soirée même du samedi et dans la journée du dimanche[1] on fut informé d'une circonstance aussi remarquable que singulière et qui augmenta extrêmement l'embarras cruel où on se trouvait déjà. Ce fut que malgré toutes les apparences d'une négociation pareille entamée simultanément avec la cour de Stoutgart elle n'avait pas eu lieu et que Mr Didelot, au lieu de demander également à S. A. E. de Wurtemberg un contingent de troupes, comme on devait l'inférer par quelques propos assez directs de Mr de Thiard, auxquels on avait dû se fier entièrement, avait paru se contenter de l'assurance éventuelle indiquée ci-dessus.

Ce fut par des lettres de Mr le Cte de Wintzingerode et par les éclaircissements obtenus du conseiller du cabinet Mr Wucherer, envoyé exprès pour cet effet ici, qu'on en eut connaissance[2]. Cette différence des procédés et même en apparence de système politique, en faisant regretter d'abord qu'on n'eut pas suivi le parti proposé de retarder toute explication officielle envers Mr de Thiard jusqu'après avoir pu concerter avec la cour de Stoutgart des mesures uniformes, eut encore la conséquence désagréable d'empêcher en suite de s'ouvrir aussi entièrement, comme on se l'était proposé, à cette cour et de s'exposer de sa part au reproche d'avoir agi avec duplicité et de n'avoir pas répondu aux démarches bien plus franches de l'Electeur de Wurtemberg et à son empressement de tenir avec nous la même ligne de marche dans une affaire d'une importance aussi majeure pour les deux cours. On se pénétra en même temps plus que jamais de la nécessité absolue de prendre toutes les précautions possibles pour faire garder le secret le plus impénétrable de ce qu'on avait cru devoir faire, et S. A. S. Msgr. le Margrave Louis se chargea particulièrement des mesures y relatives[3].

Les choses restèrent dans cette situation jusqu'à jeudi 12 de septembre, où Mr le Bon d'Edelsheim reçut un courrier du ministre électoral à Vienne.

---

[1] Am 7. bezw. 8. September.

[2] Vergl. oben Nr. 318 und 320.

[3] Er forderte insbesondere von Thiard, daß der Vertrag auch vor Bayern und Württemberg strengstens geheim gehalten werde, was dieser auch versprach. Undatirte Aufzeichnung des Kurprinzen. Vergl. auch Nr. 323.

le Bon de Gemmingen, avec un paquet destiné pour l'envoyé de Russie et qui lui portait l'injonction de faire aux deux cours électorales de Bade et de Wurtemberg une déclaration portant en substance:

Folgt der Inhalt der Note vom 13. September (oben Nr. 328). Daran schließen sich Mittheilungen aus Gemmingens Bericht vom 5. September, wonach Rasumowsky erklärte, der Zar werde keinen Anstand nehmen, die politische Existenz des Kurfürsten in ihrem vollen Umfang zu garantiren.

Concept von Reitzenstein, Edelsheim und Groos redigirt. Reinschrift von Reitzenstein unterzeichnet.

---

330. Aufzeichnungen Edelsheims.

O. D. (Mitte September 1805).

[Verhandlungen mit Didelot vor Reitzensteins Ankunft in Baden. Didelot und Thiard. Vorschlag eines Schreibens an Napoleon. Rücksicht auf Rußland.]

En confirmant la plus parfaite exactitude de tout ce qui a été rapporté ci-dessus[2], il ne me reste pour compléter entièrement cet exposé qu'à y ajouter les circonstances les plus essentielles qui ont précédé l'arrivée de S. Exc. Mr le Bon de Reitzenstein à Bade et les délibérations qui ont eu lieu ensuite sur cet important objet.

Je me réfère principalement au précis de l'ouverture officielle de Mr Didelot (no 1) que j'ai eu l'honneur de transmettre à S. A. S. E., de Carlsrouhe le samedi 31 d'août et au projet (no 2)[3] que j'avais minuté d'abord après le premier entretien avec Msgr. l'Electeur et S. A. le Margrave Louis à ce sujet, pour en former une réponse verbale à Mr Didelot, mais qui après la réponse déclinatoire que S. A. S. E. lui avait donnée Elle-même dans l'audience particulière qu'Elle lui accorda ici, lundi 2 septembre, ne fut employé qu'en partie dans les représentations ultérieures envers Mr Thiard.

Mr Didelot parut véritablement peiné de n'avoir pas obtenu une réponse plus satisfaisante de S. A. S. E. Paraissant ignorer absolument la mission secrète de Mr de Thiard, — ou en faisant du moins le semblant, il s'appliqua à suggérer des moyens pour réparer promptement la faute qu'il prétendait avoir été commise de ne pas s'être expliqué plus précisément envers lui.

Il conseilla que Msgr. l'Electeur écrivît immédiatement à l'Empereur des Français et qu'il lui marquât que, dans une affaire de si haute importance, S. M. ne désapprouverait qu'au lieu de donner à son ministre

---

[1] Ohne Aufschrift und Datum.

[2] Hinweis auf den Précis Reitzensteins. Nr. 329.

[3] Die beiden Aktenstücke oben Nr. 304 und 309.

— Mr Didelot — son accession entière aux offres et demandes qu'Elle lui avait fait proposer, il se prévalût des relations particulières dans lesquelles il avait le bonheur de se trouver directement avec S. M. pour Lui exprimer son dévouement à Ses intentions etc.

Une des observations sur lesquelles Mr Didelot appuya le plus dans le dernier entretien que j'ai eu avec lui le lendemain de son audience à Carlsrouhe, un moment avant son départ pour retourner à Stoutgart, fut que l'Electeur de Wurtemberg qui avait peut-être eu — ou pouvait du moins croire d'avoir eu — à se plaindre quelquefois de la France et qui se trouvait bien plus exposé au ressentiment de la maison d'Autriche, ayant senti, combien il était *urgent* d'acquiescer promptement aux demandes qu'il avait été chargé de lui faire, les motifs en faveur de cette accession devraient déterminer à d'autant plus forte raison notre Sme Electeur . . .

Edelsheim verweist im folgenden auf die Depesche des russischen Gesandten v. Maltitz vom 30. August[1], in welcher derselbe auf die bevorstehende Mission Didelots aufmerksam macht und zugleich versichert, die Höfe von Stuttgart und München hätten sich verpflichtet, sich im Falle eines Krieges an Preußen anzuschließen und strikte Neutralität zu wahren.

. . . Il[2] constate cependant par ce qui a été rapporté plus haut, combien la réponse qu'on a faite à Stoutgart à Mr Didelot était différente de cette légende, et on a appris par les communications confidentielles ultérieures de Stoutgart qu'il n'y avait aucune protection à obtenir à Berlin pour la neutralité d'états aussi éloignés que les nôtres[3] . . .

In einem weiteren Schreiben vom 13. September[4], bemerkt Edelsheim, gestehe Maltitz, er habe damals geglaubt annehmen zu müssen, daß die von dem französischen Hofe gewünschten Erklärungen nicht im Widerspruche zu den Gefühlen der Ehrfurcht gegen das Reichsoberhaupt und zu den Erwartungen des russischen Zaren stehen würden. Zugleich versichere er aber, er habe nicht verfehlt, die mißliche Lage, in der sich der Kurfürst befinde, in Petersburg vorzustellen[5].

Concept.

---

[1] Oben Nr. 303.

[2] Scil: cet avis.

[3] Am 28. August hatte Hardenberg dem Generallieutenant von Mylius auf seine Vorstellungen vom 24. August (oben S. 264, Anm. 2) erwidert: der König könne sich zu einer bewaffneten Neutralität Süddeutschlands weder entschließen, noch dazu rathen, da voraussichtlich weder Frankreich noch Oesterreich dieselbe respektiren würden, Preußen aber „durch derlei Vorkehrungen" leicht dergestalt compromittirt werden könnte, „daß ein allgemeiner Krieg für ganz Deutschland daraus entstehen dürfte". Doch werde er sich bei Frankreich dafür verwenden, daß Württemberg bei den Truppenmärschen möglichst geschont und seine Neutralität geachtet werde. Bericht von Mylius, datirt 5. September und Note Hardenbergs vom gleichen Tage. Stuttgart. St.-Archiv.

[4] Oben Nr. 327.

[5] Das Fragment der Aufzeichnungen bricht hier ab.

331. Graf Wintzingerode an Edelsheim.

Stuttgart, 14. September 1805.

Kritik der russischen Note. Mittheilung der für ihre Beantwortung maßgebenden Erwägungen. Klage über das gewaltthätige Vorgehen Oesterreichs. Gerücht über die Stimmung im badischen Offiziercorps. Bescheid auf Dibelots Anfrage.

Mr d'Aderkas était parti, lorsque je le fis prier de se charger d'une lettre pour V. Exc. Je l'envoie par courrier, l'Electeur voulant que le pied de confiance entre les deux cours ne soit par rien interrompu.

Il veut que j'envoie copie de la note par laquelle il fera répondre à la note russe à V. Exc., mais cette réponse n'aura lieu que demain ou après-demain au plus tôt, après quoi je l'enverrai[1].

Les observations de S. A. S. E. ne sont pas absolument à l'avantage du fond de cette note. Sans doute la sollicitude de l'Empereur et les preuves de son intérêt sont précieuses, mais l'idée que *des Electeurs* doivent sans être ni consultés, ni requis tenir leurs moyens militaires prêts *aux volontés* du Chef de l'Empire dans une guerre entreprise sans son aveu et pour des intérêts à lui étrangers, n'est pas facile à saisir. L'Electeur veut, à l'instar de S. A. S. E. de Bade et comme Elle fit dans la dernière guerre, rester dans son pays et avec ses sujets. La neutralité était son vœu et son intérêt, mais Elle ne pourra point résister à la puissance prépondérante impérative, et nous en voyons de plus grands forcés de céder aux circonstances. Le moment surtout où les conseils de la cour de St. Pétersbourg arrivent n'en rend pas l'application facile, et les yeux d'un ministre de cette cour témoin doivent prendre là-dessus une conviction qu'en galant-homme il doit communiquer à sa cour.

C'est de ces différentes vues que ressortira la réponse en question.

Il parait que les Autrichiens avancent, mais lentement en Bavière . . . Il doit au reste naitre une sensation pénible chez tous les Electeurs, lorsque le Chef de l'Empire, sans l'avertir, marche à main armée, pour intérêt étranger à cet Empire, dans les états d'un des coélecteurs: en attendant ni la cour de Vienne nous honore d'une communication justificative, ni la cour de Bavière d'un avertissement. La soumission et la résignation sont de tout côté les vertus qu'on nous suppose: elles peuvent être nécessaires, mais encore pourrait-on les flatter un peu.

Si la note russe contient l'attente qu'on puisse licencier son militaire et *le payer en secret*, nous ne comprenons pas que cela puisse s'entreprendre, mais surtout pas avoir du succès.

---

[1] Eine Abschrift der Antwortnote, die vom 20. September datirt, liegt bei den Karlsruher Akten.

On raconte à Stoutgart qu'à Carlsrouhe des officiers aient refusé de servir sous de certains rapports[1]; je dois regarder ceci comme une histoire controuvée, puisque ces malheureux ne pourraient plus chercher bien loin la balle qu'ils mériteraient. Mais en tout cas je supplie V. Exc. de m'instruire comme une suite de la confiance qu'Elle m'accorde et de ce qui a pu donner lieu à ce détestable propos et de ce qu'Elle apprend sur l'approche des armées.

Je réclame également l'effet de Sa promesse de me faire savoir comment et ce qu'on a répondu à la première proposition de Mr Didelot. J'attends aussi de connaître la réponse à la note russe, ayant l'honneur de Lui renouveler l'assurance de ma haute considération.

---

332. Talleyrand an Thiard.

Paris, 28 fructidor an 13 (15. Sept. 1805).

[Stellung von 100 Fuhren. Sofortige Vergütung der Kosten. Weisungen an Murat zum Schutz des Kurfürstenthums. Beschaffung landeskundiger Ingenieure und zuverlässiger Karten.]

S. M. a été satisfaite, Monsieur, du succès de Vos démarches. Attachez-Vous à accélérer tous les préparatifs; engagez le Prince Louis à aller en avant. Il faut que les trois mille hommes de troupes électorales soient prêts et que ce prince soit chargé de les commander. Demandez cinquante charriots attelés de quatre chevaux avec des conducteurs pour transporter les munitions d'artillerie et cinquante autres pour le transport des vivres. Les attelages des chevaux sont préférables, cependant on emploierait des bœufs en cas de besoin. Ces cent charriots seront aux frais de Sa Majesté. Vous pouvez faire avec le Prince Louis le calcul le plus économique possible des sommes qui sont nécessaires et les lui promettre, sans cependant qu'elles puissent aller au delà de deux cent mille francs. Cette dépense sera payée sur-le-champ à Strasbourg.

Le général M[urat] qui est dans cette place n'a pas ordre de faire des mouvements hostiles et il n'est point autorisé à passer le Rhin, sur la rive duquel l'armée n'arrivera que dans les premiers jours de vendémiaire; cependant l'Empereur vient de lui expédier l'ordre que, sur un simple billet de l'Electeur, il ait à faire passer les forces suffisantes pour le garantir. Il y a à Strasbourg assez de troupes en cavalerie, en artillerie pour couvrir l'Electorat.

S. M. Vous charge, Monsieur, de demander au prince une personne qui connaisse parfaitement le pays et qui soit exactement informée, par

[1] Vergl. den Bericht v. Schalls vom 13. September. Abschnitt 3.

ses propres observations, de tous les débouchés de la Forêt Noire et de toutes les positions entre Mannheim et le Danube. Peut-être il faudrait deux ou trois hommes pour cet objet, car il s'agit de connaître toutes les stations; on pourrait les choisir parmi les ingénieurs, géographes, les arpenteurs ou les officiers instruits, et Vous les amèneriez avec Vous, Monsieur, lorsque Vous viendriez rejoindre Sa Majesté à Strasbourg.

Cherchez, Monsieur, à avoir toutes les cartes particulières que l'Empereur pourrait désirer d'avoir dans son chartrier; il y en avait de très belles dans le cadastre de Mannheim. Vous pourriez chercher à Vous les procurer. Il est utile au succès de toutes les opérations militaires qui pourront avoir lieu, que S. M. rassemble tous les moyens de connaître avec la plus grande exactitude les pays que les armées auront à occuper ou à défendre.

Tous ces objets, Monsieur, sont recommandés à Votre extrême discrétion, ainsi que ceux dont j'ai déjà eu l'honneur de Vous entretenir.

Concept. Pariser Archiv.

333. Talleyrand an Thiard.

Paris, 28 fructidor an 13 (15. Sept. 1805).

[Befriedigung des Kaisers über den Abschluß des Vertrags. Ratifikation. Genehmigung der in dem Mémoire séparé enthaltenen badischen Forderungen. Diplomatische Präsente.]

J'ai reçu, Monsieur, Votre lettre du 19 fructidor[1] et avec elle le traité d'alliance que Vous avez conclu le 18.

Sa Majesté a apprécié les difficultés que Vous avez eues à combattre et l'habileté avec laquelle Vous les avez surmontées: il m'est agréable d'avoir à Vous en témoigner Sa satisfaction.

J'ai l'honneur de Vous envoyer la ratification de Sa Majesté Impériale et Royale. Celle de l'Electeur de Bade sera sans doute prête. Il ne Vous reste donc plus, pour compléter l'œuvre confiée à Vos soins, qu'à consommer l'échange de ces ratifications, et Vous sentez parfaitement, Monsieur, les raisons qui exigent qu'il ne soit pas un moment différé.

Le mémoire joint à Votre lettre sous le n° 3[2] a été mis sous les yeux de Sa Majesté. Elle consent à toutes les demandes de l'Electeur, et Vous pouvez donner officiellement l'assurance que les 9 articles dans lesquels ces demandes sont exposées seront exécutés de la part de la France, comme s'ils étaient textuellement insérés dans le traité Il ne peut conséquemment plus exister même de prétexte à des difficultés nouvelles.

[1] Fehlt.

[2] Das Mémoire séparé vom 5. September. Oben Nr. 316.

J'approuve entièrement la note que Vous avez remise et dont Vous m'avez envoyé copie sous le nº 1. Je ne vois aucun inconvénient à la laisser entre les mains de la cour de Bade . . .

Nota: Je Vous envoie une boîte que Vous remettrez au plénipotentiaire de la cour de Bade qui a négocié avec Vous le traité.

L'Electeur Vous fera probablement un présent que Vous êtes aussi autorisé à accepter.

Concept. Pariser Archiv.

334. Collini an Edelsheim.

Paris, 16. September 1805.

[Einmarsch der Oesterreicher in Bayern. Didelots Mission. Vorstellungen Lucchesini's. Scheinbare Desavouirung Didelots durch Talleyrand.]

|: Die Nachricht, daß die österreichischen Truppen in Bayern eingerückt sind und in der Nähe von München stehen, ist eingetroffen. Die französischen Rüstungen sind indes noch nicht beendet. Angesichts dieser Sachlage würde es «le comble du despotisme» bezeichnen, wenn Frankreich auf Forderungen, wie sie Didelot in Stuttgart vorgetragen, beharren wollte.

. . . Mr de Lucchesini s'est rendu chez Mr Talleyrand à dessein pour lui parler de cette affaire et même pour lui faire des remontrances. Celui-ci l'assura que Mr Didelot avait transgressé sa commission, qu'on lui avait déjà expédié un courrier pour lui dire de ne pas aller chez l'Electeur de Bade pour cet objet, de se tenir tranquille et de ne plus faire aucune démarche. Il ajouta que l'arrivée du général Bertrand à Stoutgart n'avait nullement pour but de presser la réponse, mais seulement de s'informer, quelles étaient les intentions de cette cour . . . Si je puis ajouter foi à ce que Mr Talleyrand a dit il dépendait donc de l'arrivée de ce courrier que notre cour eût cet embarras de moins[1]. C'est Mr de Lucchesini lui-même qui m'a rendu cet entretien avec la plus grande franchise en ajoutant que la France tient immuablement au projet d'éloigner l'Autriche de la Souabe et en me parlant des avantages qu'elle comptait faire à la maison de Bade, en lui donnant le Brisgau . . . :|

[1] Es braucht wohl kaum bemerkt zu werden, daß diese Aeußerungen Talleyrands, die mit den Thatsachen in grellem Widerspruch standen, nur auf Täuschung Lucchesini's berechnet waren.

335. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 18. September 1805.

[Vortrag über die russische Note und Regensburger Erklärungen.]

Wünscht, gemeinsam mit Reitzenstein dem Kurfürsten die Note von Maltitz sowie die von Frankreich und Oesterreich in Regensburg übergebenen Erklärungen[1] vorzulegen und ersucht deshalb, eine Stunde zum Empfang zu bestimmen.

---

336. Edelsheim an Maltitz.

Baden, 18. September 1805[2].

[Eine Entfernung des Kurfürsten aus dem Lande und Beurlaubung seiner Truppen unter den gegenwärtigen Verhältnissen unzulässig. Aufrechterhaltung der Neutralität; voraussichtlich von Frankreich respektirt.]

Edelsheim spricht im Auftrage des Kurfürsten für die Note vom 1./13. September seinen Dank aus. Er verweist auf die exponirte Lage der badischen Lande, welche seit dem westphälischen Frieden Unglück auf Unglück über dieselben gebracht habe.

. . . Ces considérations doivent faire regarder comme le plus grand malheur qui puisse arriver à l'Electorat celui de se trouver dans des rapports hostiles vis-à-vis de la France, et comme le plus grand bonheur ou du moins comme le seul moyen de diminuer les maux dont un pays aussi exposé se trouve menacée à chaque moment — le consentement réciproque des puissances belligérantes d'observer une neutralité parfaite et impartiale dans leurs différents respectifs.

En envisageant sous ce point de vue les avertissements donnés par la note de S. Exc. M^r le Bon de Maltitz, on ne peut pas douter qu'un ministre aussi éclairé et rempli des meilleures intentions en faveur de la cour de Bade ne rende d'avance une justice parfaite à l'aveu des difficultés insurmontables qui se présentent de tous les côtés à leur application.

Quant aux mesures à prendre pour la sûreté personnelle de l'Electeur et de sa famille, elles supposeraient nécessairement la détermination de se retirer jusqu'au rétablissement de la paix hors de ses états, comme il a déjà été obligé de le faire en 1796. Il est cependant impossible de méconnaître la différence des circonstances d'alors avec les présentes. A cette époque l'Electeur se trouvait engagé dans une guerre d'Empire contre la France; actuellement il n'existe ni déclaration d'une guerre d'Empire, ni même aucune proposition à cet égard . . . L'Electeur n'aurait donc pas

---

[1] Gemeint ist Bachers Note vom 11. September und das Reskript Cobenzls vom 9. September. Häusser, a. a. O. II, 581 ff.

[2] Die Note wird erst am 23. September expedirt. Ueber die Ursache der verspäteten Beförderung vergl. S. 328, Anm. 2.

même le moindre prétexte de s'éloigner de ses états et d'annoncer par là des dispositions hostiles contre l'une ou l'autre des puissances belligérantes. Son pays peut être exposé à souffrir des maux presqu'inséparables d'un théâtre de guerre quelconque. Mais c'est précisément par cette raison que S. A. E. Se croit imposé le devoir sacré de rester au milieu de Ses fidèles sujets. Sa présence pourra seule soutenir leur constance, pourra leur donner de la confiance dans des moments critiques et pourra même servir à adoucir leur sort. C'est ce que l'Electeur a éprouvé par l'expérience de la guerre survenue après la rupture des négociations de Rastadt. La neutralité qu'il maintint alors, la résolution qu'il prit de ne pas quitter sa résidence sauva son pays d'une déstruction totale à laquelle il n'aurait plus echappé, si S. A. E. S'était déclarée contre la France.

Pour ce qui regarde le licenciement ostensible des troupes, en continuant de les payer secrètement, outre les difficultés insurmontables que rencontrerait l'exécution de cette mesure, il serait de toute impossibilité qu'elle ne transpirât incessamment, et il est aisé à prévoir que dès lors le gouvernement français se saisirait de toutes ces troupes, peut-être même de tous les individus capables de porter les armes pour les incorporer de gré ou de force dans ses armées. Son Excellence exprime à la vérité que ces troupes pourraient être réorganisées dans le temps pour agir d'après les volontés du Chef de l'Empire Germanique, mais il paraît que le ministère de Vienne a senti lui-même qu'il ne s'agissait point d'une guerre d'Empire, puisque l'Electeur n'a reçu aucune ouverture directe et officielle ni au sujet de la guerre contre la France, ni même de l'entrée des troupes autrichiennes en Allemagne. Ce n'est que le 10 de ce mois que S. Exc. le vice-chancelier de cour et d'état, Cte de Cobenzl, a passé au ministre de Bade à Vienne une communication des déclarations imprimées, concernant le renouvellement des négociations pacifiques proposé par cette cour. On peut même ajouter confidentiellement que, d'après des avis reçus tout nouvellement, des troupes de S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche viennent d'entrer dans les états de l'Electeur sans aucune réquisition préalable, en demandant des magistrats des villes des contributions en provisions de bouche et de fourrages.

L'Electeur s'est donc vu dans l'impossibilité de faire auprès du cabinet de Vienne des démarches tendantes à assurer et à garantir sa neutralité. Il n'en a pas été de même par rapport à la France. Celle-ci a fait des ouvertures relatives à ce sujet, et en demandant une explication de la part de l'Electeur sur le parti qu'il comptait prendre dans le cas éventuel d'une guerre avec l'Autriche, elle a mis S. A. dans le cas de pouvoir exprimer avec une entière franchise et avec la plus grande force Son intention de S'en tenir strictement à un système de neutralité. Si la

France exige pour y consentir que les troupes électorales soient désarmées et licenciées, S. A. remplira cette condition, mais Elle ne le fera pas seulement ostensiblement. Elle le fera dans toute l'extension qui lui sera demandée . . . Elle peut maintenant espérer avec confiance et Elle en a même déjà presque la certitude que la France n'exigera rien d'Elle dans les conjonctures actuelles qui puisse donner ombrage aux puissances belligérantes ou qui puisse porter la plus légère atteinte au profond respect dont S. A. E. est particulièrement pénétrée envers S. M. I. de toutes les Russies . . . Quelles que puissent être les chances et les événements dans une crise dont les suites paraissent incalculables, S. A. E. aime à Se reposer sur l'idée consolante qu'Elle trouvera toujours un asile sûr et une intercession puissante dans le cœur de S. M. Imp[le] qui ne voudra pas Lui refuser ni Sa protection pour les destinées de Ses états et de Sa maison, ni un sensible intérêt aux malheurs qui peuvent Lui arriver . . .

Concept Edelsheims. Copie von Groos.

337. Thiard an Edelsheim.

1[er] jour complémentaire an 13 (18. Sept. 1805).

[Ratifikation des Bündnißvertrages durch Napoleon. Beantwortung des Mémoire séparé.]

Ein Kurier hat die Ratifikation des Vertrags von Seiten des Kaisers überbracht.

. . . J'ai reçu également de l'Empereur, mon maître, l'autorisation de répondre au mémoire que S. A. E. m'a remis d'une manière qui je crois Lui sera agréable, mais pour cela il est indispensable que j'aie ce mémoire dont je n'ai pu garder copie. Je prie donc V. Exc. de me l'envoyer ce soir, afin que je puisse travailler cette nuit à la note que j'ai l'honneur de Lui transmettre[1] . . .

Wünscht, wenn möglich, Edelsheim noch am Abend zu sprechen.

338. Talleyrand an Didelot[2].

Paris, (1[er]) jour complémentaire an 13 (18. Sept. 1805).

[Weisungen, betr. Abschluß eines Allianzvertrages mit Württemberg.]

Beiliegend der Entwurf eines Allianzvertrages, den Didelot mit Württemberg abschließen möge. Die Feindseligkeiten Oesterreichs sind auch gegen Württemberg gerichtet.

[1] S. Nr. 339.

[2] Da in der Abhandlung v. Schloßbergers über den Allianzvertrag mit Württemberg (Beilage des Staatsanzeigers für Württemberg, J. 1887, 273 ff.) hier eine Lücke vor-

Die Umstände verstatten kein Zaudern: die österreichischen Truppen stehen schon diesseits des Inn. «Lorsque S. M. offre Son alliance à l'Electeur de Wurtemberg, ce prince n'a plus à balancer, puisqu'il y va de sa sûreté et de ses états». Oesterreich strebt danach, die kleinen schwäbischen Besitzungen eines Tages unter seiner Herrschaft zu Württembergs Nachtheil zu vereinigen. Vor allem möge Didelot bemüht sein, für den Transport der Artillerie und des Trains möglichst viel Pferde zu erlangen. Ein Theil der französischen Armee stehe schon am Rhein: man möge daher in Württemberg alles für den Durchmarsch bereit halten. Eile und Verschwiegenheit sind dringend nöthig. Nach dem Entwurf hat der Kurfürst 10000 Mann zu stellen; da er aber nur 8000 stellen kann, wird Didelot ermächtigt, auch darauf einzugehen und abzuschließen.

Pariser Archiv.

339. Thiard an Edelsheim.

Baden, 2e jour compl. an 13 (19. Sept. 1805).

[Beruhigende Zusicherungen. Die badischen Nachtragsforderungen vom 5. September vom Kaiser als integrirender Bestandtheil des Vertrags angenommen. Garantie der Integrität. Austausch der Ratifikationen. Weisungen für die Truppen.]

Le soussigné a l'honneur de prévenir S. Exc. Mr le Bon d'Edelsheim, que le mémoire en date du 5 septembre dernier, qui lui avait été remis de la part de S. A. S. l'Electeur de Bade, a été déposé par le ministre des relations extérieures sous les yeux de l'Empereur, son maître.

Les motifs, qui ont engagé Sa Majesté à conclure un traité d'alliance avec Son Altesse Electorale, dérivant uniquement des sentiments d'attachement qu'Elle a pour Elle, de Sa sollicitude pour la grandeur de Sa maison et le bien-être de Ses états, il n'a jamais pu entrer dans Ses intentions d'en exiger des sacrifices, que Son Altesse fut hors d'état de remplir. Sa Majesté connaît parfaitement la position où Elle Se trouve, apprécie le zèle avec lequel Son Altesse s'unit à Elle pour combattre leur ennemi commun, et Elle saura dans tous les temps proportionner les secours qu'Elle lui demande à Ses moyens de les effectuer. Plein de confiance dans la valeur et le zèle des troupes badoises, en les appelant dans Ses armées, en les associant à leur gloire l'idée de Sa Majesté a toujours été de les faire jouir des mêmes avantages, que Ses propres soldats, de ne gêner en rien leur

---

handen ist, theile ich diese Weisung wenigstens auszugsweise an dieser Stelle um des Zusammenhanges willen mit. Die Verhandlungen Didelots scheinen nur langsam vorgerückt zu sein, wie sich aus den Vorwürfen ergibt, mit denen Napoleon am 2. Oktober den Gesandten überhäuft (Correspondance, 11, 273). Der Allianzvertrag ist erst am 5. Oktober während Napoleons Aufenthalt in Ludwigsburg unterzeichnet worden und findet sich gedruckt bei De Clercq: Recueil des traités de la France, II, 126 ff. Bei der Uebersendung des Originals an Talleyrand bemerkt Didelot, er habe den Vertrag vor der Unterzeichnung dem Kaiser vorgelegt, der vieles daran abgeändert, vor allem an den Artikeln 3, 9 und 10, «qui ont été dictés par S. M. Elle-même». An Talleyrand, 14 vendémiaire an 14. Pariser Archiv.

discipline intérieure et de laisser à leurs chefs l'indépendance nécessaire pour faire suivre parmi elles les règlements de Son Altesse; et également disposée à prévenir autant que possible les maux que la guerre entraîne, Elle consent avec plaisir aux différentes demandes, qui Lui ont été soumises de la part de S. A. E. pour le bien de Ses Etats.

En conséquence le soussigné est autorisé à déclarer officiellement à Son Excellence, que l'intention de Sa Majesté est que les engagements qu'il va prendre en Son nom, en vertu des pouvoirs qu'il a échangés précédemment et des nouveaux, qui lui sont parvenus soient regardés comme faisant partie intégrante et nécessaire du traité signé le cinq septembre dernier (18 fructidor) entre Son Excellence et le soussigné, et ayant la même force que les autres articles, dont il est composé[1].

Article 1er.

Le corps de trois mille hommes que par l'article deux de ce traité, Son Altesse Electorale S'est engagée à réunir à l'armée française, quand elle aura passé les frontières de la France et pénétré en Allemagne, ne sera dans le cas d'être requis par les généraux français, que lorsqu'une armée de Sa Majesté proportionnée aux forces ennemies, qu'elle aura en opposition, aura pénétré assez avant pour couvrir la principauté supérieure de l'Electorat et la mettre à l'abri des ravages de l'ennemi.

Article 2.

Ce corps sera composé de quatre bataillons d'infanterie de ligne, un bataillon de chasseurs à pied (avec l'artillerie nécessaire pour le service des pièces de bataillon) qui dans tous les cas présenteront un complet de trois mille hommes, comme le porte le susdit article. Ce corps formera une brigade séparée, qui sera commandée par un général major badois, sous les ordres supérieurs du général commandant la division française dont elle fera partie.

Article 3.

Il sera attaché à cette brigade un commissaire ordonnateur badois avec le même rang, fonction, autorisation etc. etc. que ceux de l'armée française et qui ne sera subordonné qu'au commissaire ordonnateur en chef de la division. Il y sera attaché de même un commissaire de guerre particulier et une commission militaire permanente composée d'officiers du corps, à laquelle appartiendra exclusivement la jurisdiction militaire et criminelle. Aucun individu faisant partie de cette brigade ne pourra être poursuivi devant une autre commission, ni jugé d'après un autre code militaire, que celui du corps de troupes badois.

Article 4.

La brigade badoise ne pouvant pas avoir des magasins à part, elle prendra ses rations en vivres, pain, fourrages etc. dans les magasins de l'armée française.

[1] Die folgenden 10 Artikel entsprechen inhaltlich, zum Theil auch wörtlich vollkommen den in dem Mémoire séparé aufgestellten Forderungen; nur in Art. 7 ist eine, übrigens durch die Verhältnisse gerechtfertigte Clausel eingeschaltet worden.

Article 5.

Si la brigade badoise ne pouvait être pourvue de moyens de transport pour les malades et les bagages, si elle manquait d'ambulances etc., le général en chef de l'armée française aura soin d'y suppléer.

Article 6.

Les malades et blessés Badois seront reçus et traités dans les hôpitaux français, et les comptes en seront réglés de la manière usitée. Les prisonniers qui pourront être faits sur les troupes badoises seront échangés sans distinction conjointement avec les troupes françaises.

Article 7.

La brigade badoise sera toujours réunie, autant cependant que les dispositions pour une attaque et les mouvements qui la précèdent ou la suivent pourront le permettre. Hors ce cas mentionné elle ne sera séparée.

Article 8.

L'article précédant s'applique à plus forte raison aux quartiers d'hiver et de rafraîchissement.

Article 9.

Lorsque l'armée française aura pénétré dans le pays ennemi, si les subsistances en sont tirées par la voie des réquisitions ou contributions, la brigade badoise jouira des mêmes avantages, sera traitée sur le même pied que les troupes françaises et participera aux distributions de tout genre dans les mêmes proportions.

Article 10 et dernier.

Les généraux ni commissaires français ne pourront faire aucune réquisition même contre des bons, dans les états de Son Altesse Electorale.

Quant à la haute garantie pour la conservation de Ses états, les destinées de Son auguste maison et Son existence politique, que Son Altesse Electorale a demandée à Sa Majesté, cet article qui intéresse particulièrement le cœur et les sentiments généreux de l'Empereur, mon maître, ne peut un seul instant être l'objet d'une explication, les articles deux et quatre du traité y avaient déjà prévu, mais le soussigné est autorisé plus particulièrement encore à déclarer que Sa Majesté regardant sous ce rapport les états de Son Altesse comme les siens propres, sans aucune inquiétude sur les chances futures de la guerre, et seulement pour satisfaire au désir que Son Altesse en a témoigné, Lui garantit toute satisfaction et toute réparation convenable aux malheurs que les suites des événements pourraient y attirer.

Un acquiescement aussi formel et aussi complet aux vœux, qui ont été émis de la part de S. A. E., ne laissant plus matière à discussion nouvelle, le soussigné ayant déjà eu l'honneur de prévenir S. Exc. M^r^ le B^on^ d'Edelsheim, qu'il a reçu la ratification de S. M. I. et R., et pensant que celle de S. A. E. doit être prête, prie S. Exc. d'en accélérer l'échange

le plus possible, et croit inutile de Lui exposer les raisons qui exigent qu'il ne soit pas un instant différé.

L'armée française, sous peu de jours, sera prête à entrer en campagne et l'empressement avec lequel Sa Majesté a été au-devant des souhaits de Son Altesse, Lui fait penser qu'Elle donnera les ordres nécessaires pour que le corps de Ses troupes qui doit s'y réunir, puisse à l'époque déterminée suivre les mouvements et partager Ses travaux.

Le soussigné profite etc. etc.

Pariser Archiv.

---

340. Thiard an Talleyrand.

Baden, 3me jour compl. an 13 (20. Sept. 1805).

[Uebersendung der Ratifikation und der Note vom 19. September. Finanznoth und Einfluß derselben auf die Rüstungen in Baden. Vorschläge zur Abhilfe: Vorschußzahlungen. Der Kurfürst gegen Uebernahme eines Commandos durch Markgraf Ludwig. Getheilte Stimmung des letztern. Verhalten des Kurprinzen. Schreiben an Murat.]

J'ai l'honneur de prévenir V. Exc., que j'ai reçu avant-hier soir la lettre du 28 fructidor dont Elle m'a honorée, la ratification de Sa Majesté, et la boîte pour Mr d'Edelsheim.

J'ai l'honneur de Lui adresser la ratification de l'Electeur sous le no 1, et sous le no 2 la note que j'ai remise au nom de Sa Majesté, pour accepter les neufs articles additionnels demandés par l'Electeur. Je prie V. Exc. de parcourir l'exposé, qui précède les articles. La chose, qui les intéressait le plus, était la pénurie des finances, et si Sa Majesté eût voulu accorder un subside, un prêt, une avance, on n'eût pas songé au reste. On n'avait pas osé articuler positivement ce désir, on espérait une réponse favorable, on en voulait une, on persistait à dire qu'on était hors d'état d'équiper le corps, et pour terminer la discussion, j'ai cru pouvoir mettre en avant quelques phrases, qui par le fait ne signifient rien, ne liait[1] en rien Sa Majesté et qui cependant les ont contentés. Mais après cela je ne peux m'empêcher de répéter à V. Exc. qu'il est de toute vérité qu'ils n'ont pas un sol, qu'ils négocient partout des emprunts, sans pouvoir les remplir, et que véritablement je ne sais comment ils feront pour mettre ces 3000 hommes en campagne, je crains donc que malgré l'extrême bonne volonté de l'Electeur et du Prince Louis, qui est parvenu à donner un peu de vie au ministère, le désir de Sa Majesté ne soit pas rempli du moins de quelque temps, si V. Exc. ne leur fournit un moyen de parer aux dépenses premières. S'il m'était permis à cet égard d'ouvrir une opinion, je penserais que, puisque S. M. veut acquitter comptant les

---

[1] Sic! lies: lient.

frais des cents chariots, on pourrait peut-être leur avancer cette somme sur-le-champ: d'autant plus que j'espère les presser tellement que dans 15 jours le tout sera bien prêt d'être livré. Cette somme, s'ils l'avaient aujourd'hui, leur permettrait de faire rentrer leurs semestriers et de remplir leurs sacs; mais elle ne serait pas suffisante pour pourvoir aux dépenses du train d'artillerie, effets de campagne, achat de chevaux etc. Si la situation de la caisse de Strasbourg le permettait, et que Sa Majesté voulût leur faire une avance de deux à trois cents mille livres qui ne leur serait comptée que le jour où le corps serait réuni, mais qui leur permettrait de prendre des engagements, puisqu'ils seraient sûrs de pouvoir les remplir, il serait facile d'être bientôt couvert de cette somme par des livraisons en grains ou fourrages, que l'on exigerait sur-le-champ, et dont on fixerait d'avance la quantité, le lieu du transport et le prix, qui serait très modéré. On pourrait même faire des marchés pour le double de la somme que l'on avancerait, en ne payant l'autre moitié que dans un terme éloigné: un an par exemple. Par ce moyen, qui serait même avantageux à Sa Majesté, je répondrais que le corps serait prêt à joindre l'armée française, quand elle entrerait sur ce territoire. Je n'ai communiqué à personne ici l'idée, que je soumets à V. Exc.

J'ai fait part au Prince Louis des intentions de Sa Majesté relativement à ce qui le concerne. Le Prince Louis, comme V. Exc. le pense, est aux ordres de S. M.; mais l'Electeur, les larmes aux yeux, m'a prié de La supplier de ne pas exiger ce sacrifice, il voulait même en écrire à V. Exc. Le Prince lui-même m'a donné des raisons qui ne sont pas sans solidité. Cette cour est partagée en deux partis: celui de la France que dirige le Prince, celui de la Russie et de l'Autriche, à la tête duquel est la Margrave, qui comme je l'ai déjà mandé à V. Exc., est au dernier degré de mal avec le Prince. J'en ai des preuves certaines. Il craint donc, pendant qu'il sera à l'armée, que ce parti ne circonvienne l'esprit de son père qu'il dirige, quand il est avec lui, mais qui lui échappe, quand il s'éloigne, n'arrête le recrutement du corps, ne l'entraîne dans de fausses démarches. Cette crainte est bien fondée, et je crois avec lui, qu'il sera plus utile à Carlsrouhe qu'à la tête de sa brigade. D'un autre côté cependant il ne voudrait pas renoncer à l'honneur de paraître à l'armée, quand Sa Majesté y sera, et le Prince Electoral surtout a la plus grande envie de s'y rendre, mais leur intention est facile à pénétrer: ils voudraient l'un et l'autre être libres, s'y trouver ou la quitter à leur gré et n'être pas assujettis à rester à la brigade qui sera commandée par un très brave homme. Du reste ils se rendront à Strasbourg, où ils ont retenu des logements, et un mot de Sa Majesté leur fera faire à cet égard tout ce qu'Elle désirera. L'un et l'autre lui sont entièrement dévoués, et quelqu'un

ayant dit hier que les Empereurs d'Allemagne et de Russie se rendaient à leurs armées, «cela se peut, — a dit le Prince Electoral tout haut, — mais Vous y ajouteriez le Roi de Suède, que cela ne serait pas encore l'Empereur Napoléon».

Les Autrichiens sont à Biberach depuis le 15 (28 fructidor) ce qui a jeté l'alarme dans ce pays, aussi la promesse que Sa Majesté a bien voulu faire de couvrir l'Electorat a rendu la vie à l'Electeur, aussitôt il a voulu envoyer un aide de camp au Prince Murat pour le complimenter et prendre ses ordres et m'a prié de lui écrire pour lui faire connaître ce qui engageait l'Electeur à cette démarche; je n'ai pas cru devoir m'y refuser d'autant plus que ce prince m'avait envoyé il y a quelques jours un de ses aides de camp pour me demander des renseignements sur la position des Autrichiens et les localités . . .

Pariser Archiv.

341. Thiard an Edelsheim.

(Baden), 3me jour compl. an 13 (20. Sept. 1805).

[Bitte um Abschrift der Antwortnote auf das Mémoire séparé. Besprechung mit Edelsheim.]

Si je ne craignais d'abuser les bontés de V. Exc., Mr le Bon d'Edelsheim, je prendrais la liberté de La prier de me faire faire une copie de la note que j'ai eu l'honneur de Lui remettre contenant les articles additionnels du traité. Celle qu'il[1] a eu la complaisance de remettre déjà a été envoyée à Mr de Talleyrand et je n'en ai point de double; cependant, comme il me paraît qu'on en saisit mal l'esprit et que vraisemblablement j'aurai à discuter à cet égard, pour les intérêts propres de S. A. E., il me paraît nécessaire que j'aie la pièce entre mains: du reste il est à penser que S. M. arrive aujourd'hui, et toutes ces fluctuations cesseront.

J'aurais aussi deux petits articles bien peu importants à communiquer à S. Exc., mon incommodité m'empêche de sortir, et si ce n'était pas trop indécent, je La prierais en descendant du palais de Se donner la peine de parler un instant chez moi . . .

342. Collini an Edelsheim.

Paris, 20. September 1805.

[Untersuchungen wegen der Rheingrenzregulierung. Unruhe unter den Gesandten der deutschen Kleinstaaten. Verhandlungen mit Hessen-Darmstadt. Neutralitätsbemühungen des Landgrafen. Ablehnende Antwort. Gagern in Paris.]

. . . Ayant été aux informations sur l'affaire de l'acte de démarcation sur le Rhin exercé arbitrairement par des commissaires français, et de la

[1] Sic! Lies: Elle.

prise de possession de plusieurs îles[1], j'ai appris que le ministre de l'intérieur avait donné les ordres aux préfets des départements qui avoisinent le Rhin de donner des renseignements exacts sur les motifs qui avaient fait naître les réclamations des princes voisins. De tous ces préfets il n'y a que celui de la Roer qui ait répondu jusqu'ici. Je n'ai pas pu voir son rapport comme je le désirais, mais j'ai toujours su qu'il y dit avoir agi conformément aux ordres de Mr le conseiller d'état Cretet, directeur général des ponts et chaussées. Je suivrai cette affaire assidûment . . .

On attend sous peu de jours le départ de S. M. l'Empereur pour Strasbourg . . .

Les légations des princes de l'Empire Germanique à Paris se trouvent agitées des sentiments les plus pénibles de l'incertitude et de la crainte. Elles voient d'une part faire à leurs souverains des demandes péremptoires de joindre leurs forces à l'armée française, lorsqu'elle aura passé le Rhin dans un moment, où celle-ci ne paraît pas encore parfaitement en mesure et où l'on voit approcher une armée autrichienne formidable qui, instruite de ces rapports, se sentira doublement engagée et autorisée à faire les mêmes demandes et à ruiner en outre les pays voisins de la France. Je trouve une consolation dans notre grande proximité du Rhin et l'objet essentiel de mes recherches a été jusqu'ici et est encore de connaître exactement l'époque, où l'armée française pourra se trouver en mesure pour se passer . . .

Nachschrift.

|: Le chargé d'affaires français Mr Helflinger a fait à Msgr. le Landgrave de Darmstadt verbalement la proposition d'un traité d'alliance[2], par lequel ce prince s'engagerait à joindre 4000 hommes de troupes à l'armée française, dès que celle-ci serait passée en Allemagne. Le Landgrave ne s'engagea à rien en disant qu'il s'était adressé au Roi de Prusse pour lui demander ses conseils sur la conduite qu'il ferait bien de suivre dans cette guerre et qu'il ne pouvait prendre d'engagement avant d'en avoir obtenu une réponse. Le même jour Helflinger reçut de son gouvernement l'ordre de proposer en outre un traité supplémentaire pour fournir 1000 chevaux qu'on louerait à l'usage de l'armée française pour 5 ou 6 mois. La réponse à l'égard de ce traité supplémentaire dut nécessairement être conforme à celle qu'on avait faite à la première proposition, mais on entra pourtant dans des observations sur le nombre de troupes et de chevaux comme excédant de beaucoup les facultés du pays. — La légation de Darmstadt séante à Paris fut chargée de faire quelque tentative auprès du

---

[1] Vergl. oben Nr. 287.

[2] Vergl. oben S. 277, Anm. 4.

ministre des relations extérieures pour obtenir la conservation d'une neutralité ou du moins un délai pour la déclaration qu'on avait à faire ou enfin une modification avantageuse quelconque.

Mr Talleyrand, à l'égard de la neutralité, dit qu'il était absolument impossible de l'accorder, qu'on était sûr que l'Autriche ne la respecterait pas et qu'on voyait déjà par les premières démarches, combien elle méprisait les états de l'Empire. Quant à toute autre remontrance qu'on lui fit, en alléguant le manque des troupes, des facultés etc., il répondit qu'on avait pourvu à tout cela, que la France payerait, si on n'avait pas d'argent, mais qu'on eût seulement à tenir prêts ces objets qu'elle demandait pour le 1er vendémiaire, qu'il avait déjà fait passer à Mr Helflinger un plan très détaillé là-dessus, dans lequel tous les obstacles, toutes les objections étaient prévus.

Mr de Gagern est venu ici envoyé par les Princes de Nassau, à ce qu'on me dit, pour le même objet. Son voyage était infructueux, il est reparti tout-de-suite[1].

Les conseils qu'on donne à ceux qui se trouvent dans ce cas sont de s'arranger plutôt avec les généraux, quand ils seront sur les lieux même et en particulier avec le général Marmont qui est nommé pour régler ces objets à Mayence avec les agents des princes de l'Empire. Ces renseignements me paraissent pouvoir servir en tant qu'ils sont indicatifs du principe invariablement arrêté par la France à l'égard de la neutralité . . .

343. Edelsheim an den Grafen Wintzingerode.

Baden, 20. September 1805.

[Befriedigung über die Sendung Geismars. Vertrauliche Mittheilungen. Die Antwort auf die russische Note vom 13. September.]

Dankt für das Vertrauen, welches Wintzingerode ihm bezeige. Ein enges Zusammengehen beider Staaten ist dringend nothwendig.

. . . Sous ce rapport la mission de Mr le général major et aide de camp général, Bon de Geismar, n'a pu qu'être infiniment agréable à Msgr. l'Electeur, et je crois pouvoir m'en rapporter au témoignage qu'il rendra à sa cour de l'empressement avec lequel on cherche à profiter de ce moyen pour entretenir le plus promptement possible les communications nécessaires . . .

Je ne crois avoir rien négligé pour mettre Mr de Geismar suffisamment au fait du présent état de l'objet qui nous intéresse mutuellement

[1] Vergl. v. Gagern, Mein Antheil an der Politik, I, 133, wonach Gagern jede militärische Hilfeleistung ablehnte.

et dont le plus scrupuleux secret nous importe si essentiellement. C'est une condition que je regarde comme convenue et promise réciproquement entre nous de la manière la plus sacrée sur toutes nos communications dans les circonstances présentes[1].

Le Bon de Geismar aura aussi déjà mandé à V. Exc. combien l'Electeur, mon maître, a applaudi à la manière d'envisager les propositions de la cour de Pétersbourg, elle fait bien l'éloge du jugement et de la pénétration qui font l'apanage particulièrement de Msgsr. l'Electeur, Votre admirable maître.

On se propose bien d'y répondre ici dans le même sens, mais s'étant flatté que V. Exc. nous ferait une communication confidente de la réponse que Mr de Maltitz recevrait à Stoutgart ou qu'au moins Elle nous ferait informer, lorsqu'il l'aurait reçue, nous avons différé jusqu'à présent à lui expédier un office sur cet objet, que nous voudrions même volontiers suspendre encore jusqu'après nous être procuré cette certitude[2].

Je me réfère au reste au rapport plus détaillé que M^r le Bon de Geismar fera à V. Exc. sur tous les objets que nous avons discutés ensemble . . .

Concept.

---

344. Graf Wintzingerode an den Generalmajor v. Geismar.

Stuttgart, 20. September 1805.

[Antwort an Maltitz. v. Holzing. Vertrauen gegen Vertrauen. Verhältniß Badens zu Frankreich.]

Beiliegend Antwortnote an Maltitz. Bitte um Mittheilung an Edelsheim, wogegen dieser ihn vollständig informiren möge, „wie man sich von Seiten des kurbadenschen Hofs mit Frankreich endlich über Neutralität oder Theilnahme gesetzt hat“.

. . . Die Geschichte des Herrn von Holzinger (sic!) ist in allen ihren Theilen grundfalsch[3]. Weder von englischen Subsidien, noch seiner auch nur entfernt als möglich gedachten Anstellung war je die Rede, und ich bitte dieses ebenso bestimmt dem Herrn Minister zu versichern, als daß die freundschaftlichen Gesinnungen des Kurfürsten, meines Herrn, sicher und zuverlässig sind, wie sein Charakter, wenn man sein offenes Entgegenkommen mit gleicher Münze erwidert. Er ist zutraulich, wie ein Mann von Kraft, aber nur Vertrauen kann das seinige nähren. Gern wird er mit dem allgemein und tief geehrten Kurfürsten von

---

[1] Danach scheint es, als habe man Geismar von dem Abschluß des Bündnisses mit Frankreich in tiefstem Vertrauen in Kenntniß gesetzt.

[2] Die Note an Maltitz wurde in der That erst am 23. September expedirt, nachdem Wintzingerode durch Geismar eine Abschrift der württembergischen Antwortnote vom 20. September hatte mittheilen lassen.

[3] Worauf sich diese Bemerkungen beziehen, läßt sich nicht feststellen.

Baden zusammentreffen, gern sich mit ihm verstehen. Aber was ist Badens eigentliche Lage mit Frankreich? Was bringt Massias?

Nachrichten über österreichische Kriegsrüstungen und -maßregeln.

Ew. Hochwohlgeboren bitte durch Ihren Einfluß auf H. von Edelsheim Vertrauen für den Augenblick und für die Zukunft zu stiften, und Sie werden die Gesinnungen meiner Erkenntlichkeit erhöhen können, wann auch die meiner vollkommensten Hochachtung unverändert bleiben müssen.

Copie. Stuttgart. St. Archiv.

345. Karl Friedrich an den Kurfürsten Friedrich von Württemberg.

O. O. u. D. (zwischen 12.—27. Sept. 1805)[1].

[Gemeinsame politische Interessen und gemeinsames Handeln. Vertraulicher Meinungsaustausch.]

Je prie V. A. S. E. d'être persuadée que je sais apprécier les marques d'amitié et de confiance dont Elle a bien voulu me donner une nouvelle preuve par la mission de Son général-major et aide de camp général de Geismar.

Nos intérêts communs me paraissent exiger cette confiance réciproque, et je ne doute pas que Mr le général-major de Geismar par le rapport qu'il Lui fera à son retour me rendra la justice de m'avoir trouvé prêt à Lui en donner des preuves, en faisant part à V. A. S. E. de ce qui peut nous être réciproquement intéressant pour agir conjointement . . .

Eigenh. Concept.

346. Massias[2] an Talleyrand.

Karlsruhe, o. D. (zwischen 20.—22. Sept. 1805).

[Die Oesterreicher in Bayern. Ihr Vorgehen weckt Furcht. Stimmung im Lande.]

. . . L'entrée des Autrichiens en Bavière, les payements qu'ils font en papier de banque, les insultes dont ils accablent les soldats bavarois qui tombent entre leurs mains ont excité contre eux l'opinion de presque toute l'Allemagne. Les princes surtout du second et troisième ordre qui jugent du traitement qu'ils recevraient par celui qu'en reçoit l'Electeur de Bavière nourrissent contre eux le plus vif ressentiment, ils redoutent l'arrivée des Autrichiens beaucoup plus que celle des Français; tels sont au moins les sentiments dont je suis témoin dans l'Electorat de Bade . . .

Pariser Archiv.

[1] Zur Datirung vergl. Nr. 324 und Nr. 347.

[2] Massias ist seit kurzem von Paris wieder auf seinen Posten zurückgekehrt.

346a. Massias an Edelsheim.

Karlsruhe, 1 vendémiaire an 14 (23. Sept. 1805).

[Antrag auf Ausweisung St Génié's. Spionage.]

Massias ist erstaunt über das weitere Verweilen St Génié's in Karlsruhe[1]; französische Zeitungen bezeichnen ihn als schwedischen Spion, der Moniteur als Agenten des Prinzen Condé. Dringt auf seine Entfernung, «dû aux circonstances, aux intérêts de S. A. S. l'Electeur et à ceux de Mr St Génié lui-même»[2].

Abschrift. Pariser Archiv.

---

347. Dalberg an Edelsheim.

Mannheim, 24. September 1805.

[Kritische Lage. Militärische Operationen. Unvorsichtiges Benehmen Gaums.]

J'ai reçu la lettre que V. Exc. m'a fait l'honneur de m'écrire[3]. Nous serions bien heureux, si nous pourrions nous flatter qu'on ne veuille rien exiger de nous qui puisse nous compromettre ou nous attirer de fâcheux ressentiments. L'Electeur de Bavière n'est assurément pas dans cette position.

Bernadotte marche par Lohr et Gemund vers Wurzbourg. Il a reçu assez d'argent pour rendre les troupes bavaroises mobiles et fournir au premier besoin de l'Electeur. On croit que, si les Français auront obtenu cette coopération à Wurzbourg, ils la demanderont également à Darmstadt, et si les troupes de Bade sont réunies dans Mannheim, la difficulté ne sera pas grande de les mener avec eux . . .

V. Exc. ne doit point douter, et je le sais de science certaine, que la France a fait de nouvelles propositions qui compromettent beaucoup l'existence des choses en Allemagne, et on ne saurait être assez vigilant pour conserver une porte vers chaque parti qui peut être victorieux à la fin.

Je crois devoir prévenir V. Exc. que, si on tient à Carlsrouhe des propos bien inconsidérés, il se trouve ici Mr Gaum[4] qui joue le personnage le plus ridicule et le plus indécent possible. Il se dit chargé de négociations, de dispositions qui n'ont pas le sens commun et prétend savoir les nouvelles les plus absurdes par des rapports officiels, il parle de négociations entamées avec les Autrichiens pour retirer des troupes de Meersburg, avec les Français pour une tête de pont à Schröck, d'une lettre que l'Electeur a adressée à l'Empereur de Russie dont il cite le contenu comme

---

[1] Artikel 5 des Allianzvertrages forderte Ausweisung aller Emigranten.

[2] Edelsheims Antwort, sowie weitere Nachrichten über die Angelegenheit fehlen.

[3] Fehlt.

[4] Mitglied des Mannheimer Hofrathcollegiums.

positif. J'ignore quelles dispositions il a ordre de remplir, mais je crois qu'il est de décence de lui insinuer qu'il se taise et qu'il ne joue pas le rôle d'un commissaire général, pour lequel, si on l'y appelle, il n'aurait pas le moindre talent, étant le plus inconsidéré et le plus indiscret des hommes que je connaisse . . .

347a. Graf Wintzingerode an Geismar.

Stuttgart, 26. September 1805.

[Eröffnungen v. Schrauts. Rheinübergang der Franzosen. Strikte Behauptung der Neutralität und Ablehnung aller österreichischen Zumuthungen.]

Läßt Edelsheim für die vertrauliche Mittheilung des Wiener Schreibens danken: „diesem nach bliebe noch Hoffnung".

. . . Sagen Ew. Hochwohlgeboren dem Herrn von Edelsheim, daß am gestrigen Tage der österreichische Gesandte mir ein Tableau der vereinigten Macht beider verbündeten Kaiserhöfe zustellte, die Perspektive der Mitwirkung Englands damit in Verbindung setzte, allein ohne Antrag, noch Drohungen hinzuzufügen. Warnung schiene es indessen nur sein zu wollen.

Was nunmehr die Nachricht des Uebergangs der Franzosen über den Rhein betrifft, so bleiben mir deswegen noch Zweifel, weil Ew. Hochwohlgeboren selbst es nur dem Adjutanten des Maréchal Murat nachsagen müssen und wir es vom Secrétaire der französischen Gesandtschaft erfahren, indessen noch keine Meldung von der Seite allen getroffenen Anstalten ohngeachtet eintrifft. Auch hier ist eine ähnliche Proposition wie die zu Darmstadt gemacht und so wie zu Karlsruhe beantwortet worden. Cernirt durch die Kaiserlichen, welche nunmehr bis Freudenstadt und Pforzheim sich ausgebreitet haben, entschieden, uns um jeden Preis alle ihre Zumuthungen zu versagen und die Neutralität, so wie Ew. Hochwohlgeboren und ganz bestimmt dem H. v. Edelsheim bekannt ist, zu behaupten, glauben wir dieses Einzige nur mit der größten und entschiedensten Fermetät ausführen zu können. Abhängig von Oesterreich bleiben wir nun einmal, bis die Position von Stockach verlassen und die an der Donau und Iller genommen wird . . .

Die österreichischen Requisitionen wegen Schanzarbeiten erstrecken sich bis Schwäbisch-Hall und Urach[1]. Beschwerde darüber durch den Grafen Truchseß beim Kaiser.

Copie. Stuttgart. St.-Archiv.

[1] Vergl. die «Observations sur la situation politique actuelle de Wurtemberg», ein von der Stuttgarter Regierung zur Rechtfertigung ihrer Politik im Oktober 1805 publicirtes Manifest (8 S. 4°). Der deutsche Text mitgetheilt von A. v. Schloßberger, Beilage zum Staatsanzeiger für Württemberg, J. 1888, S. 18 ff.

348. General v. Geismar an den Grafen Wintzingerode.

Baden, 27. September 1805.

[Einmarsch der Franzosen in Rastadt. Der Kurprinz und Markgraf Ludwig in Straßburg. Das Antwortschreiben Karl Friedrichs an den Kurfürsten von Württemberg. Das Verhalten des Wiener Hofes.]

Hat die Schreiben vom 23. und 25 d. M. in Rastadt empfangen, wohin er heute früh mit dem Kurfürsten, Fürsten von Dessau und Edelsheim gefahren, um den Einmarsch von 10000 Mann Grenadieren und 2000 Chasseurs à cheval unter Commando von Lannes zu sehen. Lannes, der ihm sehr höflich begegnet, erkundigt sich, ob der Kurfürst von Württemberg den Kniebis besetzt habe, und bemerkt, er habe schon eine Abtheilung dahin detachirt. Der Kurprinz, Markgraf Ludwig, Oberst v. Harrant und Thiard waren gestern in Straßburg, um den Kaiser Napoleon dort zu empfangen.

. . . Sie können sich versichert halten, daß ich das offene und in allem Betracht zuvorkommende Benehmen meines Herrn beim hiesigen Hofe geltend zu machen gewußt habe, sonsten wäre ich nicht so weit gekommen, aber nun kann ich nicht anders sagen, als ich habe das Vergnügen, es aufrichtig erwidert zu sehen. Das Antwortschreiben[1], dessen gemessene Ausdrücke Ew. Excellenz erwähnt[2], mag wohl darinnen seinen Grund haben, daß der 78jährige Herr sich durchaus nicht nehmen lassen wollte, das an ihn gelangte so schätzbare Schreiben eigenhändig zu beantworten; obgleich der Minister schon seine Antwort aufgesetzt hatte, kam er nicht vor damit, und er[3] setzte sein Vornehmen durch, er, der selbst an den Kaiser von Rußland nicht mehr eigenhändig schreibt, und dieses wird Ew. Excellenz begreiflich machen, daß weder die Form noch der Stil dem ersten Schreiben entsprechen konnte, doch war die Meinung gewiß recht herzlich.

In Ansehung der Schwierigkeiten, wegen denen Communikationen zwischen beiden Höfen, hat mir Herr Minister v. Edelsheim ganz offen geantwortet: Mein Gott, wir haben Niemand, der sich dazu schickt; H. von W[öllwar]th ist auf keinen Fall möglichst dazu zu gebrauchen.

|: Der Minister von Gemming[en] meldet[4], daß ihn Graf Cobenzl versichert, man wisse sehr wohl, daß ein besonder[er] Traktat mit hiesigem Hof und den Franzosen obwalte. Gemmingen antwortete, dieses müßte von einem allgemeinen Gerede rühren, ihm seie nichts Officielles darüber bekannt, worauf Cobenzl versicherte, ruhig deswegen zu sein. Der Kaiser sehe wohl die kritische Lage ein, in welcher sein Herr sich befände; sobald sich diese ändere, werde der Kaiser mit Freude die Lande des Kurfürsten schützen. :| Hiervon giebt er nun bei uns einen guten Beweis . . .

Stuttgart. St.-Archiv.

[1] Karl Friedrichs an den Kurfürsten von Württemberg. Oben Nr. 345.
[2] Der betr. Erlaß fehlt.
[3] D. h. der Kurfürst.
[4] Vergl. Gemmingens Berichte vom 13. und 16. September.

349. Collini an Edelsheim.

Paris, 29. September 1805.

[Supplementvertrag zur Rheinschifffahrtsakte.]

. . . S. M. l'Empereur Napoléon a enfin agréé qu'un acte supplémentaire au traité de l'octroi eût lieu[1]. Les mêmes commissaires qui avaient été nommés pour arrêter les points de ce traité sont aussi chargés des discussions pour l'acte supplémentaire. Mr le Cte de Beust et Mr le conseiller d'état Cretet auront la signature. Les séances de cette commission ne pourront être reprises qu'au mois de novembre prochain. Mr le Cte de Beust m'a chargé d'en prévenir V. Exc. et de L'inviter à préparer les réclamations que notre Sme cour voudra porter à ces discussions[2] . . .

350. Collini an Edelsheim.

Paris, 30. September 1805.

[Lucchesini verwendet sich für die Neutralität Württembergs und Hessen-Darmstadts. Beschwichtigende Erklärung Talleyrands: kein Zwang. Finanzlage in Frankreich. Ueberwachung durch Polizeiagenten.]

|: Mr de Lucchesini a été chargé par sa cour de s'intéresser ici pour les cours de Wurtemberg et de Darmstadt relativement à la demande que la France leur a faite d'une alliance avec elles. Le conseil que Mr de Lucchesini a donné aux ministres de ces cours et qu'il dit conforme à la réponse confidentielle qu'elles vont recevoir du Roi de Prusse est celui d'un refus constant à toute alliance quelconque et de se tenir invariablement à leur demande de neutralité, quoique s'avouant lui-même convaincu que la neutralité ne leur sera et ne pourra pas leur être accordée[3]. Quant enfin la force aurait décidé leur sort, il dit de s'escrimer contre les livraisons qu'on mettrait à leur charge aussi bien qu'on le pourrait. Mr de Lucchesini en conséquence de l'ordre qu'il a reçu, en a parlé officiellement à Mr Talleyrand qui lui dit, qu'on ne forcerait personne à une alliance formelle, qu'on ne ferait que prendre les mesures que la situation des

[1] Es handelt sich um eine Ergänzung des Rheinschifffahrtoctroivertrages vom 5. August 1804, gedruckt bei de Clercq, Recueil des traités de la France, II, 91.

[2] Durch Note Dalbergs vom 19. November d. J. werden die badischen Desiderien dem Grafen Beust mitgetheilt; man wünscht u. a., daß die Mannheimer Schiffergilde, die alle Rheinschiffer Badens umfasse, eine eigene Gesellschaft bilde und nicht der Mainzer Innung unterstellt werde, auch daß bei Uebertretungen der bestehenden Vorschriften die Polizei und Gerichtsbarkeit innerhalb Badens nur durch badische Commissäre ausgeübt werden solle. Die geplante Supplementakte kommt indes nicht zu Stande, daher bleiben auch diese Wünsche unberücksichtigt.

[3] Vergl. oben S. 312, Anm. 3.

choses et la nécessité prescriraient, que d'ailleurs ce qu'on demanderait à ces princes ne serait pas si dur qu'ils se l'imaginaient.

En attendant on a fait passer à Mr Helflinger le plan dont j'ai parlé dans le nº 78[1].

Nous avons ici depuis quelques jours un petit échantillon des suites qu'entraîne le commencement de la guerre. A l'époque du départ de l'Empereur on fut obligé de verser tout l'argent qui se trouvait dans les caisses pour subvenir aux frais de la guerre et de ce voyage. Deux versements successifs, montant à 20 millions, ont causé ici un changement subit de numéraire. On ne trouvait plus de quoi changer les billets de banque, les bureaux de la banque même étaient fermés pendant toute une journée, les agioteurs profitant de ces occasions agrandissaient l'alarme, les marchands saisis de crainte n'acceptaient pas de ces billets, le mécontement du public se manifesta à l'hôtel de la banque où tout le monde accourait pour l'échange des billets[2].

La police mit toute l'activité possible à réprimer les éruptions d'un tumulte; on fit arrêter des individus qui parlaient trop haut et ceux qui n'étaient pas munis d'une carte civique ou de sûreté. Cette situation des choses ne durera pas et n'oserait durer longtemps, si l'on veut prévenir de suites fâcheuses.

Huit millions de livres, faisant partie des subsides annuels de l'Espagne, se trouvent déjà à Bayonne. Livrés en piastres, ils vont être frappés au coin de France et seront sous peu en circulation.

En attendant on a tâché de rassembler du numéraire et les payements de toute espèce recommencent aujourd'hui. — Quant à l'état des finances en général et des moyens de faire la guerre, voici ce qu'on en dit: toute l'année 14 est dépensée[3]; les impositions portées au plus haut n'admettent qu'une opération sur les propriétaires et les rentiers; on prétend que cette opération vaudra au Gouvernement 400 millions!! La conscription est toujours encore l'imposition la plus onéreuse.

Parmi les mesures que la police prend dans la crise actuelle se trouve la nomination secrète de 48 commissaires qui, jouissant d'une paye considérable, sont chargés de voyager soit dans l'intérieur de la France, soit en pays étrangers. Il y en aura à l'armée, il y en aura qui la précèderont et je ne doute pas qu'on enverra et même qu'on en ait déjà vu à notre cour, d'après la source d'où je tiens cette nouvelle je ne puis nullement en douter. :|

---

[1] Oben S. 326.

[2] Ueber diese Finanzkrisis vergl. Mollien, Mémoires d'un ministre du trésor public, I, 407 ff.

[3] Die Angabe trifft nur für einen Theil der Einkünfte dieses Jahres zu. Mollien, Mémoires, I, 409.

351. Edelsheim an den Grafen Wintzingerode.

Durlach, 1. October 1805.

[Auf erneutes Drängen Abmarsch der badischen Truppen nach Pforzheim. Napoleon in Ettlingen erwartet.]

Ew. Excellenz

eile ich in hergebrachtem Vertrauen so schnell als möglich zu benachrichtigen, daß auf die dringende Aufforderung, die heute frühe, im Augenblick der Abfahrt des Kurfürsten, meines gnädigsten Herrn, von Baden durch den kaiserlich französischen Kammerherrn und Flügeladjutanten von Thiard mündlich ausgerichtet und verstärkt wurde, man sich unabwendbar vermüßiget gesehen, einen Theil des hiesigen schwachen Truppencorps auf der Stelle in Marsch zu setzen und gegen Pforzheim zurücken zu lassen. Den H. General von Geismar, der unpaß in Baden zurückgeblieben ist, konnte ich nicht mehr davon präveniren . . . Wir fahren sogleich wieder von hier nach Ettlingen zurück, indem der Kaiser statt in Bruchsal nun in Ettlingen übernachten will.

Stuttgart St.-Archiv.

2. Der Feldzug von 1805 und die Verträge von Brünn und Wien. September 1805—Januar 1806.

352. Auszug aus dem Geheimen Rathsprotokoll.

17. September 1805.

[Die Oesterreicher im obern Fürstenthum. Der Geheime Rath ohne jede Kenntniß der auswärtigen badischen Politik und ihrer Ziele, in mißlicher Lage. Ablehnung jeder Verantwortung.]

Laut Meldung des Obervogteiamtes Biberach sind am 15. September Abends österreichische Husaren vom Regiment Blankenstein und Tiroler Jäger in Biberach eingerückt und haben dort Quartier bezogen[1]; für die Lieferungen werden nur Scheine ausgestellt.

Aus diesem Anlaß wurde dahier bemerklich gemacht: Man habe nun schon seit einem halben Jahr die Möglichkeit und seit zwei Monaten die überwiegende Wahrscheinlichkeit eines Bruches zwischen Oesterreich und Frankreich aus den öffentlichen Nachrichten vorsehen können; indessen habe das hier anwesende Personal des Geheimen Raths-Collegii seither noch gar nicht gehört, ob und welche Renseignements durch die diesseitigen Gesandtschaften und diplomatischen Agenten sowohl von den Gesinnungen der kriegführenden Theile und deren vorauszusehenden Forderungen, als von jenen der etwa neutralbleibenden und deren zu gewartenden Unterstützungen erforscht, was für vorsorgliches Ansinnen an ein und den andern Orten angebracht worden; und ob also Serenissimus Elector in den Stand gesetzt seien, jetzt bei instehender Gefahr eine sichere politische Partie zu nehmen, oder solche vielleicht schon genommen haben. Ebenso sei man ganz ununterrichtet, welche Maßregeln sowohl in militärischer als staatswirthschaftlicher Hinsicht schon so präparirt seien, daß sie auf begebenden und nahe zu gewartenden Fall gleich ohne Stockung ausgeführt werden können.

---

[1] In den nächsten Tagen folgen weitere Truppenabtheilungen unter dem Generalfeldwachtmeister von Wolfskehl nach, welche die Gegend bei Stockach und Pfullendorf besetzen. Auch auf dem mittleren und nördlichen Schwarzwald erscheinen österreichische Streifcorps; ein vorgeschobener Dragonerposten vom Regiment Rosenberg steht noch am 26. September bei Wilferdingen im Pfinzthal und zieht sich erst am folgenden Tage beim Anmarsch der Franzosen zurück.

Da nun, wie auch anliegendes Begleitungsschreiben des Oberamtsraths Müller[1] näher darleget, Fälle eintreten können, wo im Mangel bestimmter Instruktionen der größte Nachtheil für einzelne Landesstrecken, deren Vorgesetzten in der Unkenntniß der höheren politischen Hinsichten einen Mißgriff zu thun ständlich in Gefahr sind, wenn sie keine Instruktionen haben, zu befürchten ist, und dann von dem ganzen Lande die Verantwortung auf das zur desfallsigen Vorsorge verfassungsmäßig bestimmte Geheime-Rathscollegium geworfen werden würde; so soll vi conclusi dieser Vorfall durch eine außerordentliche Ordonanz, durch einen zu Handen des Ministers Freiherrn von Edelsheim, oder in dessen Abwesenheit, des Geheimen Referendär Wielandt zu sendenden Protokollauszug Serenissimo mit obigen Bemerkungen ehrerbietigst hinterbracht, sich die gnädigste Weisung über die der Vogtei Biberach und der Regierung des Obern Fürstenthums zu gebenden Instruktionen pflichtschuldigst erbeten, zugleich aber nothgedrungen zur Wahrung der diesseitigen Verantwortlichkeit angefügt werden, daß, wann es nicht gnädigst gefällig sei, dem hiesigen Dikasterio für alle gedenkbare Fälle bestimmte Weisung zu geben, oder mit solchem selbst diejenigen politischen Gesichtspunkte zu berathen, wonach man alsdann im Stande sein könne, die nachgeordneten Behörden in vorkommenden Fällen zweckmäßig zu bescheiden, dasselbe nichts anderes übrig haben würde, als alle Sachen Serenissimo Electori devotest einzusenden und sich damit außer Verantwortung zu halten[2].

Concept Brauers. Die Originalausfertigung ist unterzeichnet von den Geheimen Räthen v. Gayling, Meier, Brauer, Reinhard und Herzog.

353. Kurfürstliches Reskript an den Geheimen Rath.

Baden, 19. September 1805.

[Concentrirung der Truppen in Mannheim. Versorgung mit Proviant. Bedenken Brauers gegen die Maßregel.]

Der Kurfürst erachtet es für zweckmäßig, nach dem Vorgange Bayerns bei etwaigem Einmarsche österreichischer oder „anderer fremder" Truppen, seine eigenen Truppen zurückzuziehen, „zu diesem Ende daher sie zusammen- und in solcher Absicht sämmtliche Beurlaubte einzuziehen, um diese Truppen allenfalls in die Gegend von

[1] Aus Biberach.

[2] Ungeachtet dieser Vorstellung erfolgte keinerlei vertrauliche Aufklärung, der Kurfürst ließ vielmehr dem Geh. Rathe anheimstellen, „die etwa einkommenden Anfragen der exekutiven Behörden mit möglichster Vorsicht zu erledigen" und die eingelaufenen Berichte „mit der Anzeige des Geschehenen jeweils vorzulegen". Cabinetsbescheid vom 18. September. — Die Amtsbehörden wurden darauf von dem Geheimen Rath angewiesen, bei etwaigen Truppendurchmärschen, „was nicht auf eine schickliche Art abgelehnt werden könne, auf eine gute Art zu leisten", um dadurch das Loos der Unterthanen möglichst zu erleichtern.

Mannheim rücken zu lassen"[1], indem er glaubt, im Interesse beider kriegführenden Theile werde es liegen, daß Mannheim nur von kurfürstlichen Truppen besetzt werde; der Geheime Rath wird angewiesen, für den zu dem Zwecke erforderlichen Transport von Militäreffekten und Fourage nach Mannheim Sorge zu tragen.

Dem Befehle wird unverzüglich Folge geleistet, jedoch nicht ohne daß Geheimrath Brauer in seinem protokollarisch niedergelegten Votum vom 20. September hervorhebt, daß Baden sich durchaus nicht in gleicher Lage befinde wie Bayern, daß eine Concentrirung der Streitkräfte nur einen oder den anderen Theil veranlassen werde, den Anschluß zu fordern, daß speciell eine Zusammenziehung der Truppen in Mannheim, welches vermuthlich einen Durchgangspunkt für die französische Armee bilden werde, doppelt gefährlich erscheine und daß daher das Geheime Rathscollegium, wenn es befragt worden wäre, „große Bedenken" getragen haben würde, einen solchen Rath zu ertheilen.

Die übrigen Mitglieder des Geheimen Raths, mit Ausnahme Reinhards, treten diesem Votum bei.

354. Kriegsminister Marschall Berthier an Karl Friedrich[2].

Paris, 3me jour complémentaire an 13
(20. Sept. 1805).

[Sammlung des badischen Hilfscorps in Durlach bis zum 27. September und Vereinigung mit dem Corps Ney.]

L'Empereur m'ordonne de prévenir V. A. E. que Sa Majesté désire que le corps de troupes que Vous avez offert ait six pièces d'artillerie attelées et approvisionnées et qu'il soit réuni à Dourlach pour le 5 vendémiaire pour faire partie du corps d'armée de Mr le maréchal Ney.

Je salue respectueusement V. A. E.

355. Prinz Murat, Lieutenant de l'Empereur, an Karl Friedrich[3].

Straßburg, 2 vendémiaire an 14
(24. Sept. 1805).

[Rheinübergang der französischen Armee. Sammlung der badischen Truppen in Durlach und Anschluß an das Corps Ney. Fourageliefertung. Schonung des Landes.]

Monsieur l'Electeur.

S. M. l'Empereur des Français et Roi d'Italie, avait assez fait connaître par la note que Son ministre remit à la Diète de Ratisbonne le 24 fructidor dernier[4] Ses sentiments pour le Corps Germanique et Sa résolution

---

[1] S. Bad. Militäralmanach, IX (1859), 76; über die badischen Kriegsrüstungen sind weiter zu vergleichen die Berichte Schalls in Abschnitt 3.

[2] Fehlerhaft gedruckt im Bad. Militäralmanach, IX (1862), S. 76.

[3] Das Schreiben entspricht Napoleons Weisungen vom 21. September. Correspondance de Napoléon, 11, 233.

[4] Vom 11. September; diktirt am folgenden Tage. Häusser, Deutsche Geschichte, II, 582.

de le défendre contre les violences dont il paraissait dès lors menacé. Malgré cette déclaration solennelle les troupes de la maison d'Autriche ont envahie la Bavière et une partie de Vos états. Fidèle à sa promesse l'Empereur et Roi m'a ordonné de faire passer le Rhin à son armée pour protéger l'indépendance des princes souverains d'Allemagne et pour venger la violation de leur territoire. Dès demain cet ordre commencera à recevoir son exécution et après-demain l'armée entière sera sur la rive droite du Rhin[1]. L'Empereur m'ordonne de prévenir V. A. S. qu'il désire qu'Elle réunisse Ses troupes à Dourlach où elles devront se ranger sous le commandement de Mr le maréchal Ney, qui y sera rendu le 5 vendémiaire, et suivre les mouvements de son corps d'armée.

Je prie V. A. S. de donner des ordres, pour que les subsistances et les fourrages nécessaires à l'armée soient fournis sans difficulté durant son passage. L'Empereur me recommande expressément de ménager le pays de Votre domination[2]. Cette recommandation n'était pas nécessaire. V. A. S. doit être bien convaincue que je ne pouvais rien avoir plus à cœur que de garantir Ses sujets de toute vexation et de Lui donner personnellement des preuves des sentiments dont je fais profession pour Elle . . .

---

356. Karl Friedrich an den Prinzen Murat.

Baden, 24. September 1805.

[Unmöglichkeit, das Contingent bis zum 27. September zu stellen. Berufung auf die Zusatzerklärung zum Allianzvertrage.]

Beiliegend Berthiers Schreiben vom 20. September[3].

Quelqu'empressement que j'aie à me conformer aux intentions de S. M. l'Empereur, je ne crois pas pouvoir mieux justifier l'impossibilité où se

---

[1] Zur Situation: Am 25. September überschreiten die Corps Lannes bei Kehl und Davout bei Mannheim, am folgenden Tage Ney bei Au und Soult bei Speyer den Rhein und wenden sich nach dem Neckar. Am 1. Oktober verläßt Napoleon mit dem kaiserlichen Hauptquartier Straßburg, wo er seit dem 26. September verweilt und von dem Kurprinzen und Markgraf Ludwig im Auftrag des Kurfürsten begrüßt wird, und begibt sich nach Ettlingen, wo er von Karl Friedrich empfangen wird und im Schlosse übernachtet. Am 2. Oktober setzt er die Reise nach Ludwigsburg fort; unterwegs begegnet er in Wilferdingen einem nach Pforzheim marschirenden Bataillon badischer Truppen und läßt dasselbe einige Uebungen ausführen. Bad. Militäralmanach, 1859, S. 78.

[2] Schon am 18. September hatte Napoleon Murat angewiesen, «de ménager l'Electeur de Bade, pour ne point le compromettre jusqu'au moment où mon armée sera en mesure». Correspondance, 11, 218. Vergl. dazu Berthiers Schreiben an Murat vom 22. September. Thibaudeau, Histoire de la France, I, 432.

[3] Oben Nr. 354.

trouve le corps de mes troupes de se réunir le 5 vendémiaire à Dourlach au corps d'armée de M^r le maréchal Ney . . . qu'en communiquant à V. A. la déclaration annexe[1] et faisant partie intégrante du traité d'alliance . . . par laquelle déclaration article 1er l'époque a été stipulée très expressément où seulement la réquisition de mes troupes pourrait avoir lieu[2].

Sous ce rapport et attendu que d'après les ordres mêmes de S. M. l'existence du traité en question a dû être gardée très secrète, on n'a pas pu se permettre d'accélérer les apprêts nécessaires pour cet objet . . .

Oberst von Harrant, der Ueberbringer des Schreibens, werde die Deklaration im Original vorlegen.

. . . Il est d'ailleurs à même de donner tous les renseignements nécessaires à ce sujet et de convenir des mesures ultérieures pour activer le corps de mes troupes aux termes stipulés d'après les gracieuses intentions de S. M. I.

Persuadé de la justice que V. A. rendra à ces considérations, j'ose espérer qu'Elle voudra bien les faire agréer aussi à S. Exc. M^r le ministre de la guerre . . .

Concept Edelsheims.

---

357. Prinz Murat an Karl Friedrich.

Straßburg, 3 vendémiaire an 14
(25. Sept. 1805).

[Beruhigung wegen des Schreibens Berthiers. Nur das Mögliche wird verlangt.]

Hat das Schreiben des Kurfürsten mit Beilage empfangen.

. . . M^r le colonel de Harrant, porteur de Votre dépêche, m'a fait part des craintes que V. A. éprouve d'une part et de l'impossibilité où Elle se trouve de l'autre de réunir la totalité de Ses troupes. Je dois Vous tranquilliser sur ces deux points; d'abord il faut espérer que nous ne donnerons pas aux Autrichiens le temps de traiter en ennemis les pays de la domination de V. A. et, quant à la réunion de Vos troupes, l'Empereur des Français ne demande que ce qu'il est possible d'exécuter. Si Vous ne pouvez pas les rassembler en totalité, il suffira que Vous veuilliez bien envoyer à Dourlach celles qui se trouveront réunies . . .

---

[1] Lies: annexée.

[2] S. oben S. 321.

358. Kurfürstliches Reskript an den Geheimen Rath.

Baden, 25. September 1805.

[Ankündigung des Rheinübergangs der französischen Armee. Weisungen an die Oberämter. Fürsorge für die Bedürfnisse der Truppen. Ernennung von Landescommissären. Geh. Ref. Oehl.]

S. Kf. D. sind soeben von dem französischen General=Armeecommando in Straßburg durch einen an Höchstdieselben eigens abgesendeten französischen Offizier loco requisitionis benachrichtiget worden, daß in der verflossenen Nacht — oder vielmehr heute früh — die Avantgarde von der französischen Armee bei Kehl den Rhein passirt haben werde und diesen Abend die Cavalleriereserve sich in Offenburg befinden, morgen aber die ganze Armee auf verschiedenen Punkten über den Rhein gehen und der Marschall Ney morgen oder übermorgen in Durlach eintreffen werde.

Serenissimus Elector befehlen daher, es sollen unverweilt an alle Oberämter der Markgrafschaft und Pfalzgrafschaft Estaffetten mit dieser Nachricht unter Empfehlung der französischen Truppen zur freundschaftlichen Aufnahme und Behandlung unter dem Anfügen abgefertigt werden, daß zur Erleichterung derjenigen Oberbeamten, durch deren Bezirk der stärkste Truppendurchzug geschehen dürfte, landesherrliche Commissarien aus den kurfürstlichen Collegien an dieselben würden abgeordnet werden, als welche Ernennung Höchstdieselben Ihrem Geheimen Rathscollegio überlassen. Die französischen Truppen würden zwar auf vier Tage mit Brod versehen sein, und es sei ausdrücklich versprochen, daß von denselben in den kurfürstlichen Landen keine Requisitionen, selbst nicht gegen Bons, gemacht werden sollten; inzwischen sei zu erwarten, daß während des Durchmarsches dennoch an andern Bedürfnissen, zumal an Fourage, Anforderungen geschehen würden, zu deren Befriedigung mithin Anstalten zu treffen sein dürften, indem allenfalls auch von den herrschaftlichen Vorräthen Naturalien abgegeben werden könnten. Von Bühl an aufwärts wären an den Grenzen . . . aufs schleunigste wegen der durchschnittenen Lage Poteaux mit der Aufschrift: «Electorat de Bade» zu errichten, und von all Vorstehendem sowohl beiden Senaten des kurfürstlichen Hofrathscollegii der Markgrafschaft, als dem Hofrathscollegio zu Mannheim unverweilt Nachricht zu ertheilen.

Geh. Referendär Oehl, der als Oberlandescommissär in das französische Hauptquartier abgesandt werden soll, wird angewiesen, sich noch am Abend nach Baden zu begeben und ein Verzeichniß von lokalkundigen, mit dem Gebirge zwischen Heidelberg und Waldshut wohlvertrauten Jägern und Ingenieuren mitzubringen.

359. Vollmacht für den Geh. Referendär Oehl[1].

Baden, 26. September 1805.

[Ernennung zum Oberlandescommissär. Sendung in das französische Hauptquartier.]

Der Kurfürst ernennt den Geh. Referendär Carl Josef Oehl zum Oberlandescommissär, beglaubigt ihn als solchen bei den französischen Militärbehörden und weist ihn an, «de se rendre au quartier général de l'armée impériale française du Rhin, à l'effet d'y conférer amicalement conformément aux sentiments de notre respectueux dévouement pour S. M. I. et R. l'Empereur des Français dans toutes les circonstances occasionnées par suite des événements de la guerre prochaine, d'y soigner les intérêts de nos états et de nos sujets et de leur procurer tous les soulagements possibles; d'assister l'armée française autant qu'il sera possible dans tout ce qui pourra concerner les quartiers, subsistances et transports nécessaires, en tant que cela regardera nos états».

---

360. Oehl an Karl Friedrich.

Korf[2], 28. September 1805.

[Französische Uebergriffe in Kehl. Niederlegung der meisten Häuser aus militärischen Rücksichten.]

„Der Stab ist über das unglückliche Kehl abermals gebrochen." Kaiser Napoleon hat vor einer Stunde bei einer Rekognoscirung, allen Bitten der Einwohner ungeachtet, befohlen, „den größten Theil der Häuser niederzureißen und den Platz in aller Eile zu befestigen"[3]. Alle Gegenvorstellungen sind vergeblich: Staatsrath Petiet, an den Oehl sich wendet, bemerkt, der Beschluß sei unabänderlich, „man hätte den Leuten nicht erlauben

---

[1] Oehl, aus Hattersheim (Regierungsbezirk Wiesbaden) gebürtig, war im Jahre 1782 aus kurmainzischen Diensten, nachdem er eine Berufung als Professor juris publici nach Straßburg abgelehnt, als Hofrath in speyrische Dienste übergetreten und nach dem Anfalle des rechtsrheinischen Bisthums an Baden unter Ernennung zum Geh. Referendär vom Kurfürsten in das Geh. Rathscollegium gezogen worden. Wie früher in Mainz und Speyer, wußte er auch in seiner neuen Stellung über angebliche Zurücksetzung zu klagen und wandte sich insgeheim unter Betheuerung seiner Anhänglichkeit an Oesterreich Ende April 1805, weil er als Katholik nicht vorwärts kommen könne, an den Freiherrn von Schall mit der Bitte um Empfehlung an den Wiener Hof (Schall an Cobenzl, 27. April). Bei Ausbruch des Krieges erinnerte Oehl den Kurfürsten daran, daß er während der Feldzüge von 1799/1800 als Landescommissär die Interessen des Bisthums im französischen Hauptquartier gewahrt habe, und empfahl sich selbst zur Verwendung in ähnlicher Stellung (12. September). Daraufhin erfolgte einige Tage später seine Ernennung. Aus seinen Berichten aus dem Hauptquartiere theile ich, soweit sie politisch von Interesse sind, das Wichtigste im Folgenden mit.

[2] Oehl hatte sich dem ihm ertheilten Auftrage gemäß sofort nach Straßburg begeben und dort dem Generalintendanten der Großen Armee, Staatsrath Petiet, mit dem er in der Folge geschäftlich zu verkehren hatte, vorgestellt.

[3] Eine vorherige Anfrage bei der badischen Regierung oder auch nur eine Mittheilung an dieselbe hielt man bezeichnender Weise bei diesem Gewaltakte nicht der Mühe werth.

sollen, sich wieder daselbst anzubauen, da man immer vorsehen müsse, daß dieser Platz früh oder spät zu neuen Befestigungen genommen werden müsse". Auch der Kriegsminister Berthier beharrt dabei, doch bewilligt er den Einwohnern eine Frist von 48 Stunden, um die Häuser zu räumen.

361. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 7 vendémiaire an 14
(29. Sept. 1805).

[Mißstimmung unter den badischen Truppen über das Bündniß mit Frankreich. Desertionen.]

Du moment que les troupes de S. A. S. l'Electeur de Bade ont eu connaissance de la convention qui les oblige à marcher avec les Français, les officiers ont témoigné du mécontentement et ils ont parlé de l'esprit de désertion qui régnait parmi leurs soldats; hier, à les entendre, il y avait soixante déserteurs dans le seul bataillon qui se trouve à Rastadt . . .

Pariser Archiv.

362. Oehl an Karl Friedrich.

Kehl, 29. September 1805, 2 Uhr morgens.

[Murat sichert Heidelberg Befreiung von aller Einquartirung zu. Der Kaiser wird erwartet.]

Depuis minuit je me suis aperçu à Kork que les troupes sont en mouvement et de grand matin je suis allé chez le Prince Murat pour solliciter l'exemption désirée de l'université de Heidelberg et de la ville de tout logement militaire, le prince m'a accordé cette demande dans les termes les plus flatteux pour Votre Altesse et m'a assuré de vouloir donner les ordres en conséquence à son état-major[1]. A cette occasion il m'a prévenu qu'il allait établir son quartier genéral à Rastadt et que V. A. ne sera pas gênée, malgré qu'il voulait se loger au château . . .

L'Empereur arrivera cet après-midi vers trois heures à Kehl; si je ne trouve pas moyen de le (sic!) parler à Strasbourg, je le parlerai ici . . .

Tout fourmille du monde qui mange le pays, je suis sur des charbons et en pleine haleine jour et nuit pour faire ménager autant que possible et de faire passer exactement en ligne de compte toutes les fournitures afin de pouvoir les faire valoir tôt ou tard . . .

[1] Vergl. Winkelmann, Urkundenbuch der Universität Heidelberg, II, Nr. 2636. — Auch für Karlsruhe wird Befreiung von Einquartirung und Durchmärschen nachgesucht und erwirkt. Massias an Talleyrand, 13. Oktober. Vergl. dazu Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand, 155.

363. Thiard an den Markgrafen Ludwig.

(Straßburg), 7 vendémiaire an 14 (29. Sept. 1805).

[Befremden über das Zaudern des Markgrafen. Zweifel an der Vertragstreue des Kurfürsten. Schleunigste Stellung des badischen Truppencorps. Erlaß einer Proklamation.]

Je dois prévenir Votre Altesse que ce matin Sa Majesté, m'ayant fait appeler, m'a demandé, s'il était venu quelqu'un de Votre part pour traiter avec moi, je n'ai pu lui cacher que je n'avais encore vu personne. L'Empereur en a été très surpris; je ne dois pas dissimuler à V. A. que j'ai cru m'apercevoir qu'on s'était étudié à donner à S. M. des soupçons sur la détermination prononcée de la cour de Bade, on Lui a fait penser que Vous ne vouliez pas exécuter avec franchise le traité qui a été conclu, que Vous Vous mettiez en réserve et que Vous ne cherchiez qu'à gagner du temps pour agir selon les circonstances. S. M. a repoussé de pareilles insinuations, parce qu'elles lui ont parues trop peu probables. L'Electorat de Bade est à une demi-heure de nos frontières, la maison de son souverain ne peut espérer d'avantages, ne peut attendre une garantie que de S. M., mais il est un moyen de répondre à toutes ces calomnies, faites partir incessamment, *demain même* un corps quelconque de 1200 hommes, s'il ne peut être plus fort, qu'il se dirige de Mannheim, de Bruchsal, de Rastadt, de tous les points où Vous avez quelques troupes, qu'il marche sur Stoutgart et que l'officier qui doit les commander les mette sous les ordres du maréchal Ney.

En rappelant Vos semestres[1], faites leur connaître par une proclamation la raison qui Vous engage à les réunir; qu'il y soit positivement énoncé que leur souverain, voulant suivre l'exemple de la Bavière, du Wurtemberg, de Hesse-Darmstadt[2], voulant garantir l'indépendance du Corps Germanique et le sauver des usurpations de la maison d'Autriche, joint ses troupes à celles de S. M., alors rien ne paraîtra plus suspecte et la conduite de la cour de Bade ne sera plus calomniée . . .

---

364. Markgraf Ludwig an Thiard.

Baden, 30. September 1805.

[Die Anzweifelung der Vertragstreue des Kurfürsten beleidigend. Verletzung des Vertrags durch Frankreich: Requisitionen. Correkte Haltung Badens. Der Casus foederis noch nicht vorhanden: Rücksicht auf das obere Fürstenthum. Stellung des badischen Truppencorps. Benehmen Neys.]

Der Markgraf drückt sein Erstaunen über das Schreiben Thiards vom 29. Sept. aus.

---

[1] Sic! lies: semestriers.

[2] Ein Allianzvertrag mit Hessen-Darmstadt war damals ebensowenig wie mit Württemberg abgeschlossen; erst am 2. Oktober dringt Napoleon auf Abschluß der Verträge. Correspondance, 11, 272 ff.

Je ne puis absolument pas concevoir, sur quel fondement on a pu inspirer à l'Empereur des soupçons sur la détermination de mon père à exécuter loyalement le traité conclu; je conçois encore moins, comment ces soupçons ont pu prendre racine. Dans les circonstances actuelles il ne s'agit pas de récriminations; mais dans ce cas ce serait à nous à nous plaindre de l'inexécution du traité et nullement à Vous. Les engagements contractés réciproquement sont clairs et précis; ils portent que l'Electeur sera joindre par un corps de trois mille hommes de ses troupes l'armée française, mais que ce contingent ne pourra être requis qu'après que Votre armée aura pénétré assez en avant, pour que la principauté supérieure pût être à l'abri des hostilités des Autrichiens; ils portent en outre que l'Electorat ne pourra être frappé de réquisitions par l'armée française, même contre des bons. Vous pourriez être témoin Vous-même, Monsieur, qu'il n'y a pas un seul village dans tout le pays qui ne puisse réclamer contre l'inexécution de ce dernier article; on ne s'en est pas plaint, parce qu'on a supposé que les intentions de S. M. l'Empereur à l'égard des dispositions à prendre pour les subsistances n'avaient pas été exactement remplies, et parce qu'on voulait faire tous les efforts pour subvenir aux besoins de l'armée.

On ne nous sait aucun gré de ces offerts, malgré que le pays soit mangé d'un bout à l'autre et que l'Electeur ait même été obligé de vuider plusieurs de ses greniers de réserve. Maintenant on vient à une infraction plus manifeste et moins excusable, puisqu'elle n'est pas nécessaire, du 1er article. On avait fait ses dispositions pour pouvoir faire marcher la brigade badoise vers l'époque où l'on pouvait supposer que le «*casus foederis*» pourrait exister; on a suffisamment représenté qu'indépendamment des raisons politiques qui exigeaient ce délai, on en avait absolument besoin pour préparer les équipages les plus indispensables, pour faire rejoindre tous les semestriers, pour faire acheter des chevaux, des draps pour des manteaux, des voitures, de munition et plusieurs autres besoins de première nécessité[1]. On n'avait pu faire ces préparatifs avant le passage du Rhin, puisqu'on se serait exposé à des mesures analogues de la part des Autrichiens qui dans 2 fois 24 heures auraient pu désarmer toutes nos troupes. Par la même raison S. A. le Prince Murat avait lui-même extrêmement recommandé d'éviter soigneusement tout ce qui portait la moindre empreinte d'ostentation et ce qui pourrait faire soupçonner l'existence d'un traité avec la France. Comment voulez-Vous donc qu'ayant dû nous reposer d'un côté sur le contenu précis du traité même et de l'autre sur les conseils du Lieutenant de l'Empereur, nous ayons pu passer dans l'espace de 3 ou 4 jours de l'état de paix à celui de guerre?

---

[1] Vergl. Bad. Militäralmanach, 1859, S. 76.

Comment voulez-Vous que nous nous expliquions une demande littéralement contraire au traité, sans que notre confiance dans l'accomplissement des autres articles de ce même traité en doive souffrir? A qui sera-ce donc enfin à élever des soupçons, à élever des doutes? Convenez franchement, Monsieur, que c'est un procédé un peu trop singulier de commencer par enfreindre un traité et de vouloir en accuser l'autre partie . . .

Toute la principauté supérieure est actuellement encore occupée en entier par les Autrichiens qui ont déjà réuni une armée de 50000 h. et au delà sur le lac de Constance. Les moindres mouvements que nous faisons leur sont bien sûrement communiqués par le ministre autrichien, qui réside encore à Carlsrouhe et qu'on ne saurait en éloigner aussi longtemps, que les ambassades réciproques de Paris et de Vienne sont encore à leur poste.

Les préparatifs que nous faisons déjà depuis 3 jours, les porteront à n'en pas douter à traiter comme prisonniers de guerre le bataillon qui a ses quartiers en ce pays. Malgré cette considération on a commencé à se mettre en mesure dès le moment de mon retour de Strasbourg. Des contrats ont été passés pour des chariots de munition, pour des chevaux et pour des draps, et nous pouvions nous flatter d'être en état de marcher sous 15 jours. Si nous le faisons actuellement et si nous rendons public dans ce moment-ci le traité existant, la principauté supérieure sera traitée d'abord comme pays ennemi et entièrement ruiné. Cette perspective ne peut pas être agréable à mon père, surtout si elle ne se présente à son esprit que comme la suite d'une infraction du traité qui n'a même aucun but d'utilité pour l'armée française.

Néanmoins si le sacrifice d'une province est nécessaire pour dissiper les doutes de l'Empereur, on Vous le fera encore; on fera concentrer demain et après-demain toutes les troupes disponibles à Pforzheim, frontière de l'Electorat de Wurtemberg, et on y aura certainement réuni les 1200 hommes que Vous demandez préalablement, quoique manquant encore de tout. Si mon père peut se rencontrer à Brouchsal avec l'Empereur, il prouvera à S. M., que cette réunion s'est effectuée, quoi qu'il en puisse arriver. Les personnes mal intentionnées ne s'en contenteront pas encore, si leurs insinuations ne sont pas repoussées par la confiance que nous aurions dû inspirer sous plus d'un rapport.

Je ne Vous parle pas, Monsieur, de la situation de ce pays que Vous me représentez; elle démontre au reste que nous sommes alliés nécessaires de la France et qu'une conduite opposée ferait plus encore preuve de bêtise que de duplicité. Mais c'est du caractère de l'Electeur, mon père, que je dois Vous parler. Je ne puis pas Vous dissimuler qu'il a le cœur ulcéré

de ce qu'on a pu accorder plus de croyance à la calomnie d'un délateur quelconque qu'à sa parole. Depuis 60 ans il l'a toujours regardée comme sacrée, comme tout honnête homme doit le faire.

C'est donc attaquer son honneur que d'oser suspecter ses intentions, et je dois Vous dire, Monsieur, que son honneur lui est plus cher que sa vie et que la conservation de ses états. Il désire instamment que S. M. aille à la source d'où d'aussi indignes soupçons ont découlé; on la trouvera impure. Je ne la connais pas. Tout ce que je sais c'est qu'il doit s'être trouvé des personnes qui ont pris à tâche d'inspirer particulièrement à Mr le maréchal Ney des préventions si peu favorables, quoique tout à fait erronnées, qu'il les a exprimées d'une manière tout à fait désagréable à des officiers de mon père, gens d'honneur et de probité . . .

Vous avez dans les considérations ci-dessus assez d'étoffe pour faire revenir S. M. l'Empereur d'impressions aussi fâcheuses. Il est inutile de Vous dire que nous avons besoin d'un retour de confiance et d'une marque d'amitié sincère pour revenir de notre surprise et de notre juste douleur. Veuillez, Monsieur, Vous en charger; ce sera la matière d'un entretien particulier que je me ménagerei encore avec Vous . . .

Concept von Groos, wohl nach Weisungen Edelsheims.

---

365. Talleyrand an Massias.

Paris, 9 vendémiaire an 14 (1. Oct. 1805).

[Ausweisung von Schall und Maltitz. Vorhalt wegen lässiger Erfüllung des Vertrages.[1] Gegenklage.]

Weisung, den russischen und österreichischen Gesandten zur Abreise von Karlsruhe aufzufordern.

L'Empereur a vu avec surprise et non sans regret que la cour de Bade remplit avec beaucoup de lenteur et comme de mauvaise grâce les engagements de l'alliance. Vous en porterez des plaintes à Mr d'Edelsheim et Vous ne lui cacherez pas que l'Empereur a cru remarquer que c'était à Mr d'Edelsheim lui-même qu'il fallait attribuer ces lenteurs, qui dans un moment où il s'agit de décider par des opérations rapides et hardies le succès non seulement de la campagne, mais de toute la guerre peuvent devenir très préjudiciables à la cause commune et à la cour de Bade en particulier.

Edelsheim ist aufzufordern, energische Maßregeln zur prompten Erfüllung des Vertrages zu ergreifen.

Concept. Pariser Archiv.

---

[1] Auf den Vorhalt, den Massias dem badischen Minister darüber macht, erwidert dieser «que ces conditions [de l'alliance] étaient enfreintes par la France pour ce qui regarde les réquisitions faites dans l'Electorat contre la lettre et l'esprit du traité». 11 vendémiaire.

366. Napoleon an Karl Friedrich[1].

Ettlingen, 10 vendémiaire an 14 (2. Oct. 1805).

[Dank für Fürsorge für die französische Armee. Zusicherung wegen Behandlung der badischen Truppen. Die Markgräfin-Wittwe.]

Mon frère, je quitte les états de V. A. S., je veux La remercier de tous les ordres qu'Elle a bien voulu donner pour le service de mon armée. Elle peut compter que rien n'altérera mes sentiments pour Elle et que dans toutes les circonstances je me plairai à donner à Ses enfants et à Sa maison des preuves de mon amitié. Son corps de troupes sera bien soigné et ne donnera que dans de bonnes circonstances. Je La prie de faire agréer tous regrets à toutes ces[2] dames; j'aurais été bien empressé de leur faire ma cour, si j'eusse pu disposer d'un moment.

J'aurais bien voulu trouver l'occasion de faire une querelle à Mme la Margrave que l'on suppose n'être pas bonne française; elle est cependant d'une maison qui a toujours été bien avec la France et mère d'un prince auquel, avec l'aide de Dieu, j'espère faire beaucoup de bien. Je prie V. A. S. de croire toujours à tous les sentiments que je Vous ai voués.

---

367. Karl Friedrich an Napoleon.

O. D. [2. October 1805].

[Dank für das Schreiben vom 2. October und die darin enthaltenen Versicherungen. Die Markgräfin-Wittwe.]

Je ne pourrais pas trouver de termes pour exprimer à V. M. I. et R., à quel point je suis pénétré des assurances de Sa haute bienveillance et de Son affection pour moi et toute ma maison. Les témoignages qu'Elle vient de m'en donner par la lettre que M^r^ le général Caffarelli m'a remise toute à l'heure me sont trop précieux, pour n'en pas être profondément touché. Veuillez, Sire, agréer l'hommage des sentiments de la vénération et du dévouement que je Lui ai consacrés bien sincèrement et que je laisserai à mes enfants comme un héritage qui me tient infiniment à cœur. La Margrave, ma belle-fille, se serait empressée de faire agréer elle-même à V. M. l'hommage du profond dévouement qui ne lui saurait étranger dans la maison de Bade, si elle avait pu se flatter que sa présence [ne] serait pas déplacée au milieu d'un camp. Elle se réunit à moi pour faire agréer à V. M. [une] reconnaissance éternelle des sentiments tout à fait gracieux qu'Elle daigne exprimer à l'égard de mon petit-fils . . .

Bleistiftconcept Edelsheims, die beiden letzten Sätze von Reitzenstein.

---

[1] Fehlt in der Correspondance de Napoléon, sowie bei Lecestre: Lettres inédites de Napoléon.

[2] Sic! lies: Ses.

368. Oehl an Karl Friedrich.

Pforzheim, 2. October 1805.

[Ausschreitungen der französischen Truppen beim Durchmarsch. Drückende Requisitionen. Vorstellungen bei Napoleon.]

Oehl ist mit dem Hauptquartier Murats in Pforzheim eingetroffen. In Rastadt war die Ordnung nicht aufrecht zu halten; die Franzosen wurden zudringlich und grob, ihr Auftreten ist überhaupt weit unerträglicher als im letzten Kriege, wo sie „noch Citoyens waren". Heute um Mitternacht wurde das große Hauptquartier des Kaisers „mit unbeschreiblich großen Lieferungen"[1] angekündigt.

. . . Bei der Durchreise des Kaisers diesen Mittag hab' ich an dem Wagen mit ihm gesprochen und all' diese betrübten Umstände . . . vorgetragen; die Antwort war: «Vous serez dédommagé, je Vous le répète, et cela suffit» hieß es und, da ich auf seine Frage von dem Betragen der Truppen die Wahrheit so laut sagte, daß alle Umstehenden davon Zeuge waren, bekam ich zur Antwort: «que voulez-Vous? le Français est gai, surtout quand il marche au combat. Tout cela s'arrangera, et Vous serez content». Als ich am Ende auf Sicherheitsbefehle besonders für die entfernt oder von der Straße abgelegenen Orte und Höfe den Antrag machte, antwortete er: «écrivez sur cela au bureau de guerre». Er sprach mit dem General Berthier, der mit ihm fuhr, und wies mich an den General Andréossy; zugleich verlangte er, ich solle mich an den Intendant général de l'armée, Staatsrath Petiet, wenden. Ich versicherte, daß dies schon in Straßburg geschehen sei, wo er mir aber geantwortet hätte, er habe noch keinen Befehl von Sr Majestät zum Zahlen. Ich bat, mir diesen zu ertheilen: «je Vous dis», — war die Antwort — arrangez-Vous avec Petiet que je parlerai sur cette affaire» — und da fuhr der Wagen fort[2] . . .

---

[1] Unter anderm sollten 25000 Rationen Brod bis Mittag zur Stelle geschafft werden. — Die Klagen über die ungeheueren Requisitionen der französischen Truppen, denen es an den nöthigsten Vorräthen fehlt, sind allgemein. Die Noth, schreibt der Karlsruher Hofrathspräsident von Marschall, ist fürchterlich. „Wenige Tage, wie die drei letzten, können das Land zu Grund richten" (29. September). Größere Willkür, meint der Mannheimer Hofrathsdirector von Dawans, sei selbst im Unglücksjahre 1799 nicht verübt worden und könnte auch vom „erklärtesten Feind" nicht verübt werden. In Heidelberg werden u. a. binnen kürzester Frist 40000 Rationen Biskuit, 20000 Rationen Fleisch und 10000 Paar Schuhe (! gefordert. Aehnlich liegen die Dinge in Mannheim und Rastadt; in letzterer Stadt werden in einzelnen Häusern bis zu 80 Mann einquartiert. Verhältnißmäßig günstig kommt Karlsruhe bei dem Durchmarsche weg. Vergl. v. Weech, Geschichte der Stadt Karlsruhe, I, 192. Näheres in den Kriegsacten.

[2] Auch in Pforzheim kommt es zu Ausschreitungen: die Garden plündern unter den Augen ihrer Offiziere den Keller des Posthalters. Bericht Oehls vom 3. October.

369. Karl Friedrich an den Marschall Ney.

Karlsruhe, 2. October 1805.

[Das badische Hilfscorps wird in Pforzheim auf Kriegsfuß gesetzt. Am 15. October marschfertig. Vergütung der Kriegsfuhren.]

Mr de Thiard, chambellan de S. M. l'Empereur et Roi et son aide de camp, ayant été chargé de la négociation pour la réunion de la brigade badoise à l'armée française, vient de mander à mon fils, le Margrave-Louis, que conformément aux ordres de Sa Majesté la dite brigade ne doit pas encore dans ce moment-ci dépasser Pforzheim[1], mais qu'elle doit s'y concentrer pour le peu de jours qu'il lui faut encore pour être mise sur le pied de guerre, et qu'en attendant on doit mettre sous les yeux de V. Exc. l'état de situation et de composition de ce corps. En conséquence, Mr le maréchal, je dépêche à V. Exc. mon général de Harrant, commandant la brigade destinée à se rendre à l'armée française, ainsi que mon adjutant général, le major de Porbeck, pour avoir l'honneur de soumettre à V. Exc. l'état demandé de la situation, composition etc. du dit corps et pour Lui donner tous les renseignements que Vous pourriez désirer. En Vous observant, Mr le maréchal, que la brigade de mes troupes, n'y étant point encore suffisamment préparée, ne pourra pas se rendre à l'armée française avant le 15 du courant, je puis cependant Vous assurer qu'avec l'activité et la diligence qui y sont employées le dit corps sera immanquablement prêt à s'y réunir le 15 de ce mois[2] et qu'il sera pourvu de tout ce qu'il lui faudra pour se mettre complètement en marche, hormis peut-être l'approvisionnement nécessaire en poudre de canon qui pourrait lui manquer encore. En même temps je prends la liberté de Vous informer, Mr le maréchal, que Sa Majesté m'ayant fait connaître Sa disposition gracieuse de faire payer d'abord 155000 fr. pour la fourniture à faire par mes sujets de 100 chariots à 4 chevaux et Mr l'intendant général conseiller d'état Petiet ignorant apparemment la volonté de Sa Majesté à cet égard, il serait à désirer que V. Exc. voulût lui en donner l'autorisation, pour que le payement de cette somme entre les mains du Sr Gerstlacher,

---

[1] Ney hatte am 26. September nach dem Rheinübergang bei Au den sofortigen Anschluß der badischen Truppen an sein Corps gefordert, man bat darauf um Frist und erließ am 30. September den Befehl, das Hilfscorps auf Feldfuß zu setzen und bei Pforzheim zu concentriren, bis es kriegsmäßig ausgerüstet und auf die vertragsmäßige Stärke gebracht sei. Bad. Militäralmanach, IX, 77 ff.

[2] Der Aufbruch von Pforzheim ist indes erst am 25. October erfolgt. Militäralmanach, IX, 90. Ins Gefecht ist das badische Hilfscorps während des Krieges nicht gekommen; seine Thätigkeit beschränkte sich auf den Besatzungsdienst in Braunau und die Escortirung von Gefangenentransporten, am 1. Januar 1806 trat es den Rückmarsch nach der Heimath an. A. a. O. IX, 89.

mon secrétaire privé que j'ai chargé de la recevoir et d'en donner quittance, puisse s'effectuer à présent d'après les intentions de Sa Majesté . . .

Original im Besitze des Herrn Prof. Rosenberg in Karlsruhe, Badische Sammlung Nr 1894. 59.

370. Dalberg an Edelsheim.

Mannheim, 2. October 1805.

[Klage über Mangel an Vertrauen. Rücksprache mit Edelsheim.]

. . . D'après les dispositions qui ont eu lieu parmi les armées françaises je dois supposer que l'Empereur ne viendra plus ici. On le croit les uns à Mayence, les autres en marche pour suivre l'armée qui s'est portée en Franconie.

D'après ce qui s'est fait hier par la garnison de cette ville[1], je dois présumer le parti que S. A. E. a pris, je ne puis dans une lettre Vous rendre les sentiments que j'en éprouve et je me réserve de les exposer à V. Exc., lorsque j'aurai l'honneur de Vous revoir. Je porterai certainement à Carlsrouhe les sentiments de la haute estime, du sincère attachement et de l'inaltérable dévouement que j'ai voués à V. Exc. et je trouve une de mes sensations les plus douces que de pouvoir me féliciter de l'amitié et de la confiance dont Vous m'avez toujours honoré. Ne doutez jamais, je Vous prie, de mon zèle à en être digne. J'attends l'ordre de S. A. E. pour retourner à Carlsrouhe. Mon séjour à Bade m'a déjà fait voir que le parti qui veut Votre éloignement m'a ôté la confiance de l'Electeur, à moins qu'on prenne une décision contre moi, je ne prendrai de parti que, lorsque j'aurai causé avec V. Exc. . . .

Lorsque V. Exc. sera de retour à Carlsrouhe, je m'y rendrai, je crois qu'il est inutile que je revienne à Bade, et si je ne devais plus retourner à Paris, veuillez m'en prévenir pour pouvoir prendre des arrangements . . .

371. Massias an Talleyrand[2].

Karlsruhe, 15 vendémiaire an 13 (7. Oct. 1805).

[Absicht der Markgräfin-Wittwe, außer Land zu gehen. Erwägungen für und wider.]

J'ai reçu les renseignements suivants d'une personne de confiance: Les faux amis et les ennemis de Mme la Margrave de Bade la poussent dans ce moment à une fâcheuse démarche. On lui insinue qu'il n'y a point de sûreté pour elle dans l'Electorat et qu'il faut le quitter. Elle balance, elle résiste, si d'un côté elle est arrêtée par les inconvénients de

[1] Am 1. October marschirte das in Mannheim garnisonirende zweite Bataillon des Regimentes Kurprinz nach dem Sammelplatze des badischen Hilfscorps, Pforzheim, ab.

[2] Erwähnt bei Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon, S. 148.

l'émigration, par l'idée de sa séparation d'avec son fils qu'elle ne voudrait ou même qu'elle ne pourrait pas emmener avec elle, par la crainte que cette fuite ne lui fît perdre l'amour et l'estime du pays, d'un autre côté je doute qu'elle puisse résister aux perfides suggestions de quelques conseillers qui prétendent, en la poussant à cette extrémité, se ménager éventuellement des protecteurs en Russie et en Suède. Elle s'y résoudra surtout, si l'arrestation de Mr de Maltitz et Jacowleff se confirme et si elle reçoit pour l'y déterminer des lettres de Suède et de Russie, ce qui arrivera infailliblement . . .

Pariser Archiv.

372. Massias an Talleyrand[1].

Karlsruhe, 19 vendémiaire an 14 (11. Oct. 1805).

[Die Oesterreicher im Schwarzwald. Uebersiedelung des Hofes nach Mannheim, event. Flucht nach Frankreich.]

Die österreichischen Streifparthien, die im Schwarzwald erschienen, haben sich nach Stockach und Ulm zurückgezogen; gleichwohl ist eine Invasion nach den kurbadischen Landen immer noch möglich. Der Kurfürst denkt bereits daran, nach Mannheim überzusiedeln.

Il a été décidé dans le conseil particulier des S. A. S. que, si des événements malheureux livraient le pays aux Autrichiens, toute la famille électorale émigrerait pour chercher un asile en France ou en Prusse[2] . . .

Pariser Archiv.

373. Karl Friedrich an Napoleon[3].

Karlsruhe, 22. October 1805.

[Glückwunsch zu den militärischen Erfolgen.]

V. Majesté I. et R. ne peut pas douter de la profonde admiration qui me pénètre en apprenant les brillants succès dont Elle augmente journellement Sa gloire.

La postérité aura peine à concevoir les prodiges de Ses victoires dont les contemporains de V. M. sont témoins.

Daignez agréer etc.

Nach Concept Edelsheims.

[1] Vergl. Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon, S. 152.

[2] Von einem solchen Beschlusse findet sich in den Karlsruher Akten nichts, er ist auch sicherlich niemals gefaßt worden; dagegen ist richtig, daß der Kurfürst sich im September entschlossen hatte, falls die Sicherheit seines Aufenthaltes in Baden durch die österreichischen Streifzüge gefährdet würde, mit dem Hofe nach Mannheim überzusiedeln. Vergl. Bad. Militäralmanach, J. 1862, S. 76.

[3] Das Schreiben wird am gleichen Abend dem in das kaiserliche Hauptquartier entsandten Major von Porbeck eingehändigt.

374. Napoleon an Karl Friedrich[1].

München, 4 brumaire an 14 (26. Oct. 1805).

[Dank für das Schreiben vom 22. October.]

Mon frère, j'ai reçu Votre lettre du 22 octobre. Je Vous remercie des choses aimables que Vous me dites. Je sais que Vous prenez part à mes succès[2] par Votre propre intérêt et par les sentiments que Vous me portez.

Sur ce je prie etc.

375. Considérations sur la probabilité d'une guerre entre la Prusse et la France et sur le résultat qu'une guerre pareille aurait vraisemblablement.

O. O. 25. October 1805[3].

[Preußens Stellungnahme zu den kriegführenden Mächten für Baden in keiner Weise maßgebend. Entschiedenes Festhalten an der Allianz mit Frankreich, kein Schwanken. Vorschläge für ein Manifest gegen Oesterreich.]

Der Verfasser der Denkschrift wägt die verschiedenen Gründe für und wider eine Theilnahme Preußens an dem Kriege gegen einander ab und zieht die eventuellen Folgen einer solchen in Betracht. Zum Schlusse erörtert er die Frage, ob die Stellungnahme Preußens die Haltung Badens bestimmen dürfe.

. . . Tout ce qui peut être intéressant dans la discussion précédente, c'est de savoir, si les nouvelles reçues de Berlin peuvent influer sur la conduite future de notre cour. Je suis très décidément de l'opinion qu'elles ne peuvent ni ne doivent y influer le moins du monde. Rien n'est plus pernicieux que de tâtonner en politique, et un état faible surtout en est infailliblement la victime. L'on se rappelle que je n'ai pas été bien chaud pour la part active que nous avons prise à cette guerre[4], mais *du premier moment* où l'on avait pris cette résolution il fallait poser en principe de se tenir avec la dernière fermeté au parti qu'on avait cru devoir embrasser, de ne plus regarder *en arrière* et de ne pas se laisser ni arrêter ni intimider par aucun incident. C'est absolument la seule manière de se faire estimer de ses amis et de ses ennemis; et à moins d'estime un état faible est perdu sans ressource. Nous sommes maintenant attachés aux destinées de la France et il faut que nous les suivions avec

[1] Nach dem Concepte gedruckt: Correspondance de Napoléon. 11, 357.

[2] In der Correspondance folgt nach succès: et; im Karlsruher Original fehlt die Partikel.

[3] Mit dem Vermerk: reçu le 30 octobre 1805. Die Denkschrift, von der Hand des Legationsraths Groos, ist offenbar veranlaßt durch gewisse Besorgnisse des Karlsruher Hofes über ein Eingreifen Preußens in den Krieg in Folge der Ansbacher Vorgänge. Der Verfasser wird nirgends genannt, ist aber, wie aus einzelnen Andeutungen hervorgeht, ganz zweifellos identisch mit Reitzenstein.

[4] Vergl. den Précis Reitzensteins, oben S. 308.

courage et fidélité qu'elles soient bonnes ou mauvaises. Nous n'avons point d'autre chemin à suivre et les nouvelles de Berlin [ne] nous regardent plus sinon pour observer la marche des événements et pour tâcher d'en profiter dans la vue de prouver d'une manière plus marquée notre constance et notre attachement à la France. — Il me paraît, si j'ose le dire, qu'on ne s'est pas conduit depuis quelque temps, comme il eût été à désirer de l'avoir fait. L'Impératrice est depuis plusieurs semaines à Strasbourg, et je ne crois pas qu'on se soit attaché à observer les convenances à son égard. Je serais très étonné que cela n'ait pas été pris en mauvaise part, d'autant plus que la cour de Munich intéresse bien davantage la France et que celle de Stoutgart a eu le bon esprit de se concilier son affection . . . Ce serait hors de propos de vouloir choisir le moment actuel pour telle réparation qu'on pourrait juger nécessaire, on ne manquerait pas de dire que c'est moutarde après dîner et que nous ne nous présentons que, parce que les Français ont gagné la bataille d'Ulm. C'est pour cela que nous pourrions voir avec satisfaction un incident quelconque qui mît en apparence les affaires des Français dans une situation moins brillante qu'à présent, . . . pour offrir des preuves de fidélité et de dévouement et être ensuite sûrs d'être bien reçus. J'ai vu en outre que non seulement les chasseurs wurtembergeois ont joint l'armée française, mais qu'aussi deux bataillons d'infanterie de ligne sont arrivés le 14 à Augsbourg. Une partie de notre brigade a été requise à la vérité pour escorter les prisonniers, mais je ne sais pas, si le reste qui d'après les conventions a dû se mettre en marche le 15 a effectué cette promesse et si les Français peuvent ou non nous reprocher là-dessus de la tiédeur. Enfin on ferait sans doute bien de s'occuper à l'heure qu'il est de notre manifeste qui sera apparemment basé sur la conduite antérieure de l'Autriche, sur son refus de payer complètement ce qu'elle nous devait pour fournitures et livraisons, sur son refus de payer le million spirois, sur le séquestre mis sur une grande partie des appertinences de la principauté supérieure, sur sa demande de lui céder la ville et le territoire de Biberach, sur la conduite que ses agents ont tenue à l'égard des affaires intérieures du cercle de Souabe, sur l'invasion de la Bavière et la manière dont elle s'y est conduite, sur son entrée dans l'Electorat de Bade même sans aucune réquisition et au mépris de la foi jurée de la capitulation, sur la conduite y observée, sur le dessein manifesté qu'elle avait de s'emparer à cette occasion de tout le midi de l'Allemagne et sur la règle établie en pareil cas de se mettre en état de défense, avant qu'on puisse être entièrement englouti[1] . . .

---

[1] Der letzte Satz findet sich auch als eigenhändige Aufzeichnung Karl Friedrichs, der ihn der Denkschrift offenbar entlehnt hat, um eine Erörterung der Frage herbeizuführen.

Telles sont les observations que j'ai rédigées quoique très imparfaitement et à la hâte pour obéir, autant qu'il était en moi, aux ordres gracieux de Monseigneur.

376. Denkschrift[1].

O. O. 28. October 1805.

[Die Publikation eines Manifestes zur Motivirung des Bündnisses mit Frankreich zu widerrathen.]

Es wird die Frage erörtert, „ob es nöthig oder nützlich sein möchte, daß der kurbadensche Hof durch ein feierliches Manifest theils seine Allianz mit Frankreich, theils die Beweggründe dieses Kriegsbündnisses vor dem Angesicht von Europa öffentlich erkläre"[2].

Allerdings — meint der Verfasser — habe Bayern und Württemberg derartige Erklärungen veröffentlicht, indes haben jene Höfe auch bei weitem mehr Grund, sich über Oesterreichs Uebergriffe und Gewaltthätigkeiten zu beklagen. Ein solches Manifest könne verschiedene Zwecke verfolgen: einer Rechtfertigung vor dem Publikum und den fremden, nicht am Kriege betheiligten Mächten bedürfe man nicht, die geographische Lage des Landes spreche zu deutlich; zu einer Beschwerdeschrift wider Oesterreich biete sich gar mancherlei Material, allein dasselbe hätte Baden sicherlich nie veranlaßt, den Krieg zu erklären, überdies sei all' dies schon genugsam durch die Proteste Bayerns und Württembergs bekannt. Zudem gebiete die Klugheit dem Mindermächtigen, Oesterreich, das trotz allem Kriegsunglück seine Großmachtsstellung behaupten werde, nicht zu reizen. Wünsche man dessen Verbündete, die Baden freundlich gesinnt seien, über die Motive der Theilnahme am Kriege aufzuklären, so geschehe dies besser auf vertraulichem Wege als durch eine öffentliche Kundgebung. Auch sei nicht anzunehmen, daß man durch letztere „ein höheres Wohlgefallen Napoleons" erregen werde, da der Kaiser selbst bisher keineswegs ein Verlangen danach geäußert habe: all' dies Gründe genug, „die aufgeworfene Frage . . . zu verneinen"[3].

Abschrift von Groos.

377. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 3. November 1805.

[Klagen über Mißachtung des Allianzvertrages. Nothstand in der Pfalzgrafschaft. Errichtung einer neuen Etappenlinie und Entfernung des Militärspitals von Bruchsal dringend erforderlich. Beschwerdenote.]

Hofrathsdirector von Dawans in Mannheim klagt wiederholt über den unerträglichen Druck, „der als Folge der etablierten, einzigen Militärroute über Eppingen und Bruchsal nach Speyer auf der Pfalzgrafschaft und insbesondere auf der Landvogtei Michelsberg liegt, vorzüglich aber durch die Etablierung eines ständigen Lazareths in

---

[1] Der Verfasser der Denkschrift, die in einer Abschrift von der Hand des Legationsraths Groos vorliegt, ist nicht genannt; stilistische Eigenthümlichkeiten scheinen für den Geh. Rath Herzog zu sprechen.

[2] Das württembergische Manifest bei A. v. Schloßberger, Bes. Beilage des St.-Anzeigers f. Württemberg, 1888, 18 ff.

[3] Die Publikation eines Manifestes ist daraufhin in der That unterblieben.

Bruchsal[1] . . . aufs höchste zu steigen drohet". Auf Weisung des Kurfürsten wird beschlossen, sofort durch einen Feldjäger eine Beschwerdenote an den Geh. Referendär Oehl abzusenden, mit dem Auftrage, dieselbe der zuständigen Behörde zu übergeben und nachdrücklichst darauf zu dringen, daß das Militärspital über den Rhein verlegt und schlimmsten Falls nur eine Ambulanz in Bruchsal belassen, womöglich aber auch eine weitere Etappenlinie festgesetzt werde.

Die beiliegende, von Geheimrath Brauer entworfene Note faßt die wohlbegründeten Klagen der badischen Regierung über die Mißachtung des Vertrages vom 5. September zusammen[2]. Trotz der Zusicherungen, die Artikel 10 enthalte, sei man gezwungen gewesen, gleich beim Rheinübergang der großen Armee „ungeheure Erfordernisse an Lebensmitteln und Fuhren" zu beschaffen, was zum Theil „durch die Regieanstalten und durch Beizug" der Bewohner des linken Rheinufers gar wohl hätte vermieden werden können. Um den Siegeslauf der französischen Truppen nicht aufzuhalten, habe man indes alle Wünsche unter großen Opfern erfüllt. Diese Bereitwilligkeit beginne aber eine unerträgliche Last zu werden, da die Straße von Speyer nach Heilbronn die einzige Etappenlinie bilde und in Folge dessen die Anforderungen an Fuhren und auch an Lebensmitteln auf dieser Strecke einen solchen Umfang gewonnen hätten, daß es „auch mit dem größten Geldaufwand" schlechterdings unmöglich werde, ihnen zu entsprechen. In der Hoffnung, daß diese Route bald verändert werde, habe man aber gleichwohl sein Möglichstes gethan, ja sogar kleine wandernde Spitäler in Bruchsal und Eppingen angelegt, da der Armeedienst sie erheische, obwohl man nach dem Septembervertrage habe erwarten dürfen, daß die französische Heeresverwaltung dies auf ihre eigene Kosten besorge. „Nachdem aber nunmehr durch die eingetroffene Ordre, daß keine Kranke und Blessirte über den Rhein zurückgebracht werden sollen, in Bruchsal als dem letzten Ort auf der Route sich . . . alle zurückgebrachte Kranke auf eine Zahl anhäufen, wofür weder das Local ohne Nachtheil aufgebracht werden kann, noch der (sic!) Kosten irgend mehr erschwinglich bleibt", sehe der Kurfürst sich genöthigt, „endlich einmal . . . ernstlich und dringend" die Convention in Erinnerung zu bringen und den Kaiser zu ersuchen, die nach Baden verbrachten, folglich auch in transportablem Zustande befindlichen Kranken über den Rhein schaffen zu lassen: er erwarte dies von der Gerechtigkeit des Kaisers um so mehr, als es diesem nicht gleichgiltig sein könne, wenn die Lande eines Verbündeten durch übermäßigen Druck zur Verzweiflung getrieben würden, „deren Folgen am Ende incalculable" seien.

---

378. Oehl an Karl Friedrich.

Linz, 10. November 1805.

[Verhandlungen mit Petiet wegen des Bruchsaler Lazareths.]

Oehl hat die Weisungen des Geh. Raths vom 3. November empfangen und heute dem Staatsrath Petiet die Note wegen des Bruchsaler Lazareths übergeben, „worüber er

---

[1] Am 8 Brumaire (29. October) hatte der Kriegscommissär Hubert das Oberamt Bruchsal aufgefordert, für ein in Bruchsal zu errichtendes Spital mit 6—900 Kranken den verzeichneten Bedarf sofort zu beschaffen.

[2] Sie wird von Groos ins Französische übertragen, wobei dann freilich die Schärfen des Brauer'schen Entwurfes erheblich gemildert werden.

so aufgebracht war, daß er in die Worte ausbrach: mais croyez-Vous donc à toutes ces bêtises et pouvez-Vous me faire perdre du temps avec des réponses? je Vous dis que je n'en sais rien, et il fallait être un imbécile pour donner un tel ordre". Petiet verspricht, er werde Erkundigungen einziehen und auf der Stelle denjenigen fortjagen, «qui a osé faire des sottises pareilles»[1].

379. Oehl an Karl Friedrich.

Linz, 10. November 1805.

[Muthmaßliche Friedensbasis. Bayern in Gunst bei Napoleon. Uebermuth der Franzosen. Mißachtung der Beschwerden.]

Napoleon ist nach Enns abgereist, die Vorschläge des österreichischen Parlamentärs Grafen Giulay sind abgelehnt worden, nur in Wien will der Kaiser von Waffenstillstand und Frieden sprechen hören. Die Bedingungen des letztern sind bereits in München entworfen worden.

. . . Trois conditions en bases principales paraissent être envisagées dans cette occasion: 1) faire disparaître le nord et le midi de l'Allemagne pour chasser à jamais l'espoir à la Prusse comme à l'Autriche de poloniser l'Allemagne, 2) donner plus de pouvoir aux Electeurs de Bade et de Wurtemberg, de sorte que ceux[-ci] soient égales (sic!) à la Saxe et Hesse, de même que la Bavière Roi du Tirol, comme l'Electeur Roi de Bohème, 3) de mettre en garantie sûre la constitution, c'est précisément à cela qu'on envisage des points très différents.

Savoir les vues de Napoléon même pour l'idéal de Charlemagne et les conjectures de bien d'autres pour l'Archiduc Charles ou l'Electeur de Bavière; quoi qu'il en soit, ces projets vastes commencent à se développer avec force, et j'ai cru être de mon devoir d'en avertir V. A. S., aussitôt que je m'en suis aperçu à Munich; l'Electeur de Bavière sera particulièrement favorisé à ce qu'il est sûr, mais *non propter Lazarum, sed propter Martham,* on parle des propositions de mariage de la charmante Princesse Auguste avec le Vice-roi d'Italie.

L'Electeur et son Prince électoral ont été accueillis on ne peut pas plus amicalement par l'Empereur, et l'Electeur en est revenu, extasé de contentement et de joie. Dans ces circonstances je dois ménager autant que possible les Français . . . Dans ces moments-ci, Monseigneur, les Français sont très difficiles à traiter, les succès inouis les gonflent et ils

[1] Am 4. December legt Oehl zum Beweise, daß seine Klage begründet war, eine Abschrift des betr. Schreibens des französischen Kriegscommissärs in Bruchsal vor. Petiet versichert, das Ganze könne nur auf einem Mißverständniß beruhen; er habe daher den Commissär seiner Zeit sofort angewiesen, von seiner Forderung abzustehen. Bericht Oehls vom 4. December.

ne parlent que des efforts et même des sacrifices que les Electeurs doivent porter pour seconder de toute manière ces succès. «Il s'agit de Votre propre intérêt, — me dit toujours Petiet, — marchez donc ferme et ne Vous arrêtez pas à toutes les misères qu'on Vous fourre à la tête par Vos baillifs qui se trouvent gênés par les Français dans leur costume imbécile.»

C'est le langage, Monseigneur, qu'on me tient de même qu'à mes collègues de Wurtemberg et de Bavière, mes représentations doivent avoir la mine des griefs générals [sic!] et réels, si on y attache de l'intérêt, toutes les autres perdent plus qui (sic!) ne gagnent . . .

Je pars ce soir pour Enns . . .

---

380. Denkschrift Dalbergs[1]:

Quel serait après la guerre présente le sort le plus avantageux de l'Empire Germanique et quel serait l'agrandissement le plus convenable à la maison électorale de Bade?

O. D. (November 1805).

[Politische Lage. Voraussichtliche Stellungnahme Frankreichs zu den deutschen Angelegenheiten. Consolidirung der süddeutschen Kurstaaten. Mediatisirung der kleinen Reichsstände. Vergrößerung und Arrondirung Badens: nicht durch Breisgau und Ortenau, sondern durch württembergisches und hessisches Gebiet unter Verzicht auf das obere Fürstenthum.]

Les victoires de l'Empereur Napoléon et le résultat de cette nouvelle guerre porteront seul entre ses mains les destinées du Corps Germanique . . .

Was die letzte Mediationsacte nur angestrebt habe, das könne, meint Dalberg, jetzt definitiv geregelt werden. Das Schicksal des deutschen Reichs müsse nach den großen Interessen Frankreichs entschieden, der continentale Friede gesichert und die nationale Wohlfahrt Frankreichs und seiner Verbündeten gefördert werden.

. . . S'il ne s'agissait que d'agrandir tel ou tel état sans établir une base plus générale, ce travail, pouvant varier selon le degré de protection qu'on accorderait à l'un ou l'autre, serait susceptile de mille et mille changements arbitraires, les princes d'Allemagne se livreraient de nouveau aux spéculations les moins propres à atteindre le but salutaire qu'on se propose.

Le génie de l'Empereur Napoléon, qui embrasse chaque objet dans son ensemble et en détermine les rapports d'après des vues vastes et profondes, exigera que le sort de l'Empire Germanique si important à la France soit

---

[1] Eine Abschrift derselben übersendet Massias am 15. November im Auftrage Dalbergs an Talleyrand, mit dem Bemerken, sie scheine «plusieurs notions utiles et des vues pleines de sagesse» zu enthalten. An Talleyrand, 24 brumaire an 14. Pariser Archiv.

réglé sur une base plus générale et, quel que soit le plan qu'on suivra, il sera nécessaire de décider d'abord:

1) Veut-on conserver en Allemagne quelques-uns des petits princes, comtes, seigneurs ou les réunir sous des glèbes électorales?

2) Si on en admet, quels sont ceux auxquels on laissera des droits de haute souveraineté?

3) Quel est le degré de force qu'on doit donner aux Electeurs, particulièrement à la Saxe pour l'opposer à la Prusse, à la Bavière pour l'opposer à l'Autriche?

Cette première base arrêtée, il sera aisé de régler le sort de chacun et de les classer sur le tableau général . . .

Dalberg gibt sodann eine statistische Uebersicht über die Größenverhältnisse der bestehenden deutschen Staaten und reichsständischen Territorien.

Die Politik des alten Frankreich habe es für nöthig erachtet, Deutschland zu theilen, um es leichter zu beherrschen, die moderne französische Politik erreiche das gleiche Ziel auf einem angemessenen Wege. Der Einfluß Oesterreichs im Reiche sei dahin, Frankreich brauche nichts mehr zu befürchten, es begnüge sich mit der Rheingrenze.

La France n'a donc aucun motif de discorde avec l'Empire Germanique, aucune prétention à former, aucune discussion d'intérêt particulier à élever. Elle est par conséquent essentiellement protecteur et arbitre de l'Allemagne et il existe entre ces deux états le rapport puissant *du recours du plus faible et du secours du plus fort,* le rapport enfin de la protection la plus sincère et de l'arbitrage le plus impartial.

La France doit regarder l'Empire Germanique comme un corps intermédiaire qui éloigne d'elle l'Autriche, la Prusse et la Russie, il en naît la conséquence que ce corps doit avoir la force de résister par lui-même, sans tout attendre du secours qu'on lui porte, et rien ne rend cette vérité plus démontrée que la guerre qui vient d'éclater et les événements qui ont eu lieu.

Si la Bavière, le Wurtemberg et l'Electeur de Bade avaient pu par la réunion de leurs troupes empêcher l'invasion des Autrichiens, les derniers n'auraient pas osé l'entreprendre . . .

Il est donc prouvé que ces trois états, liés par un même intérêt et inspirés par le désir de résister à l'ambition de l'Autriche, soient constitués sur une plus grande base et que la Bavière ait les forces nécessaires d'armer 60—70000 h., le Wurtemberg et l'Electeur de Bade celles d'entretenir 15 à 20000 . . .

Pour obtenir ce résultat, il faudrait arrêter le principe de réunir les petits états aux électorats, en leur conservant les domaines ou en leur constituant des rentes, pour qu'ils ne soient pas les victimes des changements nécessités par la force des événements. Rien est assurément moins

analogue au degré de nos lumières et de nos connaissances sur la formation et l'administration des sociétés politiques que ces petits états qu'on a laissés subsister en Allemagne . . .

Ces changements nécessiteraient sans doute une nouvelle organisation de la Diète où deux corps paraissent devoir être conservés; mais si le premier se composait par les états du premier rang et le second par ceux qui restent, la réunion de ces deux corps, où l'Italie, la Suisse, la Hollande comme dans les temps antérieurs pourraient être représentées, deviendrait sous l'égide de son chef un aréopage pour les affaires du continent.

En admettant le principe d'incorporer, quant aux droits de haute souveraineté, les petits états, les cercles de Bavière, de Souabe, du Haut-Rhin et de Franconie formeraient l'établissement des Electeurs de Bavière, de Wurtemberg, de Bade, de l'Archichancelier etc. Les cercles de Westphalie, du Bas-Rhin, de Haute et de Basse-Saxe celui des Electeurs de Hesse, de Brunswick et de Meklembourg etc. . . .

Bornons-nous à tracer les lignes de démarcation qui pourraient être assignées à l'Electeur de Bade pour lui donner la force et la considération analogues à sa position et au principe établi. L'Electorat de Bade a été agrandi par le partage des indemnisations; mais les objets qui lui furent assignés n'ont point organisé une masse de pays qui soit susceptible de former un corps d'état, de s'appuyer et de s'entre-aider dans les besoins de l'administration etc. . . .

Il s'y trouve une population de 400—420000 âmes et ne rapportent[1] net que 2 millions de fl. chargés de 9 à 10 millions de dettes.

Si on y ajoute le Brisgau et l'Ortenau, non seulement qu'ils n'arrondissent point, mais l'administration en sera plus difficile plus incohérente et par conséquent plus coûteuse. Le Brisgau et l'Ortenau ont une surface de 50 lieues carrées, 172000 âmes de population, mais les privilèges et la constitution des états qui y sont établis ne permettent pas des impositions égales et la masse des dettes est tellement considérable que le souverain n'en tire pas 70000 fl.

Que sera alors l'Electorat? il n'aura jamais été élevé à ce que l'intérêt de la France conseille, ni ce que la parité avec ses égaux lui assigne.

Quel serait enfin la frontière qui pourrait lui servir de limite?

En la déterminant on a eu égard à l'existence de l'Electorat de Wurtemberg, dont l'étendue et les rapports intéressants ont été respectés.

La principauté du lac de Constance formant 15 lieues carrées, 40000 âmes de population et 200000 fl. de revenus, le Margraviat supérieur présen-

---

[1] Sic! Zu lesen ist wohl rapportant, falls nicht etwa les possessions zu ergänzen ist.

tant à peu près les mêmes résultats, éloignés du corps de l'état, seraient abandonnés et portés dans la masse des pays dont on disposerait ultérieurement en faveur de la Bavière ou de l'Electorat de Wurtemberg.

Ce dernier en retour céderait à l'Electorat de Bade les pays situés, en partant de Wolfach sur la gauche de la rivière de la Nagold, renfermant Wildberg et Calw, la ligne suivrait la rive gauche de l'Enz, jusqu'à son confluent dans le Neckar, passerait là sur la rive droite jusqu'à Neckarsulm, suivrait la Kocher, renfermerait le comté de Salm, la principauté de Mergentheim, remontant la rive gauche de la Tauber, tournant autour du comté de Wertheim, suivant alors la frontière de la principauté d'Aschaffenbourg, enclavant les pays de Darmstadt, Erbach, Linange etc. et se porterait sur la gauche du Main sur le Rhin.

Son étendue serait alors:

	lieues carrées	population
1) anciennes possessions	100	400000
2) parcelles du duché de Wurtemberg	20	7000
3) pays de Darmstadt	44	100000
4) le pays de Linange	25	75000
5) comté de Salm	20	40000
6) Lœwenstein-Wertheim	21	40000
	220	662000.[1]

Les revenus monteraient à 6000000 fl., — les domaines restent la propriété des différents princes qui céderaient les droits de haute souveraineté à la glèbe électorale.

Cette disposition ne gêne en rien l'agrandissement de l'Electorat de Wurtemberg qui peut être augmenté vers la Suisse et le lac de Constance, le Landgrave de Darmstadt enfin porté en Westphalie etc., elle réunit au contraire de grands avantages, en ménageant les considérations particulières qu'on voudrait admettre.

Eigenhändig.

381. Bemerkungen über die politische Lage des Kurhauses Baden und der sich dahin beziehenden Unterhandlungen.

Von Frh. von Dalberg.

Im November 1805.

[Ziele der badischen Politik. Territorialvergrößerung. Succession der Hochbergischen Linie. Pfälzer Schuldenangelegenheit.]

. . . Deutschland wird, welcher Ausgang auch den Krieg beendige, das Opfer davon werden, und es müssen hier große Veränderungen hervorgehen.

---

[1] Im Original wird als Summe fälschlich 725000 gesetzt.

Beide kriegführenden Theile haben es als Grundsatz aufgestellt, keine Neutralität der kleineren Staaten zuzulassen und der Drang der Umstände haben Bayern, Württemberg und Baden an das Schicksal und die Siege Napoleons gekettet, während die übrigen Kurfürsten meist Preußen und jetzt Rußland die Hand bieten.

Das Resultat des Krieges zeigt sich in einem dreifachen Verhältniß und für das eine wie für die anderen ist kein Rücktritt mehr, und es muß mit Würde und Anstrengung der einmal gewählte Weg verfolgt werden.

Sie sind:

1) Frankreich erwirkt durch seine Siege, daß es allen die Gesetze vorschreibt, oder

2) der Krieg läßt schwankende Verhältnisse in dem Uebergewicht der einen und der anderen Partie, oder

3) die vereinigten Mächte erzwingen von Frankreich Ruhe und Nachgiebigkeit.

Diese drei Verhältnisse erzeugen verschiedene Ansichten und sofort auch mit verschiedenen Plänen zugleich verschiedene Maßregeln.

Welches von diesen Verhältnissen durch den Krieg herbeigeführt wird, so bleiben nach der jetzigen Lage des Hauses Baden und der Wünsche S^r^ Kf. Durchlaucht drei Gegenstände der Unterhandlungen:

1) Territorialvergrößerung,
2) Succession der zweiten Linie,
3) pfälzische Schuldensache.

I. Territorialvergrößerung.

Kurbaden genießt in seinen jetzigen Besitzungen, die circa 131 □Meilen und 440000 Menschen an Bevölkerung betragen, keinen jener Vortheile, welche eine nahe zusammengerückte Provinzenmasse gibt. Auf 66 Stunden Länge hat es eine abwechselnde Breite von 4—8 Stunden, den Rhein zur Grenze, sind die Mißhandlungen zahllos, welche dasselbe sich von dem anstoßenden Frankreich gefallen lassen muß, und diese werden sich vermehren, je mehr diese Grenze verlängert und der stets abwechselnde Lauf des Rheins über die Grenze selbst Anstände erheben wird.

Es ist also entschieden dreifacher Vortheil, die Länge der Grenze zu verkürzen und gegen Deutschland hinein zu rücken.

Inwiefern dieses möglich ist, habe ich in einem besondern französischen Aufsatz[1] auseinandergesetzt und besonders die politischen Motive angezeigt, um derentwillen Frankreichs Vortheil erheischt, dem Hause Baden eine ansehnliche Ländermasse am Rhein zu verschaffen.

[1] S. Nr. 380.

Die in dem genannten Aufsatz angenommene Grenze, welche erhalten werden dürfte, wenn Frankreich allein die Gesetze vorschreibt, gibt in einem geringen Anschlag 240 □Meilen, 7—800000 Menschen und 5—6 Millionen Revenuen. Kann man wohl mehr erwarten, da man sich zwischen Württemberg, Bayern und dem Rhein ausdehnen muß?

Indem dieser Aufsatz aber, um größere Vortheile zu erlangen, das obere Fürstenthum und die obere Markgrafschaft in die Masse der Ausgleichungen wirft, so wären zugleich durch besondere Unterhandlungen die Besitzungen der Herren Markgrafen Friedrich und Louis vorzubehalten oder ihnen die obere Markgrafschaft anzuweisen oder denselben je nach ihren Wünschen ein vielleicht noch stärkeres Aequivalent zu stipuliren.

Träte aber der Fall ein, daß der Krieg in der Folge dem französischen Kaiser weniger günstig wäre, die Unterhandlungen dem Einfluß der gegentheiligen Mächte mehr oder weniger unterlägen, so würden nur die begünstigtsten Alliirten etwas zu erhalten Hoffnung haben . . .

In diesem Fall könnte nur eine geringere Vergrößerung erwartet werden. Ob dieses das Breisgau und die Ortenau mit den Stiftern oder Parzellen von Württemberg oder das Leiningische u. s. w. wären, müßte aus der Lage der alsdann vorliegenden Negociationsverhältnisse näher bestimmt werden . . .

Der letztere Fall endlich, daß Frankreich das Schicksal seiner Alliirten ganz hintansetzen müsse, darf bei den jetzt bestehenden Conjunkturen kaum gefürchtet noch angeführt werden. Es würde alsdann jeder das seinige behalten und eher Bayern als Kurbaden verkleinert werden.

II. Succession der zweiten Linie.

In jedem der drei angenommenen Verhältnisse sind nur in dem letzteren solche Anstände vorhanden, diesen Gegenstand nicht erwirken zu können, keiner aber, wenn Frankreich allein die Gesetze gibt . . . Sein Interesse sowohl, als die darüber gemachten Aeußerungen geben der Sache ihren Erfolg, und Oesterreich noch irgend ein anderer größerer Staat wird bei der jetzigen Lage der Dinge Schwierigkeiten finden, dem Kurstaat Baden seine Existenz durch Succession einer zweiten Linie beim Aussterben der ersten zuzusichern.

Es bedarf also hier keiner weiteren Unterhandlungen, als die Sache in dem französischen Cabinet und durch dasselbe allein zur Reife zu bringen.

III. Die rheinpfälzische Schuldensache.

Dieses 5 Millionen betragende Objekt ist von der größten Wichtigkeit. Meine früheren Berichte und die Lage der Sache überhaupt ließen erwarten, daß durch den Weg der rechtlichen Discussionen nichts erwirkt werden würde, der jetzige Augenblick aber ist dazu günstig. Welchen Erfolg auch der Krieg haben mag, so kann die Uebernahme dieser Schulden von Bayern alsdann erwirkt werden, wenn es Vortheile erhält oder dafür von Frankreich eine größere Ausdehnung ihm gestattet und so der Schaden kompensirt wird.

Die Einleitung ist nach dem Befehl Sr Kurf. Durchlaucht bei Herrn T[alleyrand] gemacht und eine weitläufige Depesche darüber in den Händen des H. Ministers von Edelsheim[1] . . .

Diese drei Punkte sind es nun, für welche alle Anstrengung und, wie es zu erwarten ist, vielleicht einige Opfer gebracht werden müssen.

Gewiß haben Bayern und Württemberg bereits Unterhandlungen angeknüpft, Versprechungen gemacht u. s. w.

Vielleicht ist kein Augenblick mehr zu versäumen, theils zu beobachten, theils zu handeln.

Noch glaube ich auf die Idee aufmerksam machen zu müssen, inwiefern man sich nicht mit Württemberg wegen der Territorialvergrößerungen verstehen könne, um ein für beide Theile vortheilhaftes Resultat zu erwirken . . .

Es wäre um so eher zu erwirken, da die Ausdehnung Badens zwischen Württemberg und Franken jene — nämlich Württembergs — gegen den Rhein und die Schweiz um so leichter macht.

Oder wäre es der Fall, daß Kurbaden der Schweiz näher und gegen Konstanz hin seine Vergrößerung suchte, so müßte Württemberg sein Vorrücken längs dem Neckar und gegen Franken hin erleichtert werden . . .

Noch kann ich über die zu bringenden Opfer und die einzuschlagenden Wege nichts Genaues angeben, da ich die Organe, die jetzt um den Kaiser und H. Talleyrand sind, nicht anzugeben weiß. Sie finden sich aber bald, sowie die Geschäfte vorgenommen werden und Frankreich dazu den Anlaß geben wird. Geschenke werden immer zu leisten sein, doch sind dieselben bei der geneigten Stimmung des französischen Hofes für das Haus Baden von geringem Betrag.

Abschrift von Edelsheims Hand.

---

382. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 22 brumaire an 14 (13. Nov. 1805).

[Besuch des Kurfürsten bei der Kaiserin Josefine in Straßburg. Verhalten der Markgräfin-Wittwe.]

Der Kurfürst ist mit seiner Familie von einem Besuche bei der Kaiserin Josefine in Straßburg zurückgekehrt[2]; er hat die Kaiserin eingeladen, Karlsruhe auf der Durchreise mit ihrem Besuche zu beehren und im Schlosse abzusteigen, die Kaiserin hat versprochen, wenn die Umstände es erlauben, die Einladung anzunehmen. Die Markgräfin hat abgelehnt, sich mit der kurfürstlichen Familie nach Straßburg zu begeben.

---

[1] Gemeint ist eine bei den Acten liegende Denkschrift: «Observations sur l'affaire des dettes du Palatinat», in welcher Dalberg vorschlägt, die Streitfrage unter Vermittlung Frankreichs durch ein aus Kurerzkanzler und Kursachsen bestehendes Schiedsgericht zum Austrag zu bringen.

[2] Vergl. über diesen Besuch und die Festlichkeiten in Straßburg den Moniteur vom 25. und 26. Brumaire; die Rückreise erfolgte am 10. November.

. . . Elle a répondu que, l'Impératrice d'Autriche ayant été à Francfort et la Reine de Prusse à Darmstadt, elle n'avait point quitté Carlsrouhe pour aller leur rendre visite, et que si l'Impératrice des Français passait dans cette résidence, elle se ferait un devoir de lui rendre tous les honneurs et tout le respect dus à son rang et à son caractère . . .

Pariser Archiv.

383. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 15. November 1805.

[Ankunft in Wien. Stimmung in der Stadt. Gegensatz zu Paris.]

Oehl ist am 14. November in Wien eingetroffen und hat auch Gemmingen bereits gesprochen[1].

. . . Le peuple viennois toujours curieux ne quitte pas le pavé depuis le longue (sic!) de Schoenbrunn jusqu'au château pour voir arriver l'Empereur; au reste on ne se soucie pas de la perte des provinces dans cette capitale, pourvu qu'on n'y manque pas des vivres ni des spectacles[2] . . .

Le Cte de Wrbna est nommé gouverneur de Vienne, mais en temps de danger il est parti avec les autres, on le dit revenu depuis hier; au reste je trouve un vrai malheur pour l'Autriche que la capitale prend pas du tout l'intérêt de son maître, au lieu qu'à Paris tout est en mouvement dans des occasions pareilles, tout épouse l'intérêt du chef de l'Empire et fait sortir comme du centre les rayons dans les provinces. On voit donc bien que malheureusement pour l'Autriche le point de réunion, le centre est perdu . . .

384. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 18. November 1805.

[Feststellung einer neuen Etappenlinie durch die badischen Lande.]

. . . Mr Petiet m'a dit ce matin qu'on allait déférer à mon désir de changer la route des étapes de Bruchsal[3], mais qu'il était impossible que cela se fasse autrement que par Pforzheim, Ettlingen, Rastadt, Bischofsheim à Strasbourg, je lui ai fait encore des représentations pour faire instrader sur Huningue, mais il m'a prévenu que le ministre de la guerre allait décider sur Pforzheim vu la convenance du milieu par Cannstadt . . .

[1] Oehl erhält in der Folge Auftrag, Gemmingen sein Abberufungsschreiben einzuhändigen und das Gesandtschaftsarchiv in Verwahrung zu nehmen. Edelsheim an Oehl, 27. November.

[2] Vergl. Wertheimer, Gesch. Oesterreichs und Ungarns im 19. Jahrh., I, 318.

[3] Vergl. oben Nr. 377.

385. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 28 brumaire an 14 (19. Nov. 1805).

[Anonyme Warnungen vor Umtrieben der Emigranten. Anscheinend unbegründet. Ueberwachung der Grenze durch Agenten.]

J'ai reçu ce matin un avis conçu en ces termes: «Faites sur-le-champ et indistinctement partir des états de Bade tout officier pensionné ou émigré, même amnistié, et prenez cet avertissement d'un ami qui dans la suite Vous dira, pourquoi il Vous le fait tenir anonymement».

Edelsheim, den Massias darüber interpellirt, versichert, alle Emigranten hätten längst den Auftrag erhalten, Baden zu verlassen; es seien nur die, welche Baron Thiard selbst mit Päßen versehen, zurückgeblieben.

Aehnliche Warnungen hat Dibelot in Stuttgart erhalten mit dem Zusatze «qu'il commençait à se former des rassemblements d'émigrés dans l'Electorat de Wurtemberg et dans celui de Bade». Dibelot, mit dem Massias sich beräth, bestätigt indes, daß in Württemberg ebensowenig dergleichen verdächtige Bewegungen stattgefunden, wie in Baden. Indes ersucht Massias, um mit Erfolg eine so ausgedehnte Grenzlinie wie die badische zu überwachen, «qui n'est séparée que par le Rhin des départements français où l'on a la même langue et presque les mêmes mœurs», — ihm die Mittel zur Aufstellung zweier Agenten in Mannheim und Offenburg zu bewilligen. (An Talleyrand, 30 brumaire.)

Pariser Archiv.

---

386. Denkschrift Reitzensteins[1].

O. O. u. D. (November 1805).

[Zweckmäßigkeit der Entsendung eines Unterhändlers ins französische Hauptquartier. Baden durch eigene Schuld im Nachtheil gegen Württemberg. Vorlegung eines Pacifikationsplans zur Förderung der badischen Interessen.]

Der Verfasser erörtert die Frage, ob die Absendung eines eigenen Unterhändlers in das französische Hauptquartier im gegenwärtigen Zeitpunkte sich wohl lohnen werde. Bei dem anscheinend „nunmehr entschiedenen Beitritt Preußens zur Coalition" werde Oesterreich trotz der raschen Erfolge der französischen Waffen vielleicht doch noch den Krieg fortsetzen; in diesem Falle würde die Sendung resultatlos verlaufen, ebenso, wenn Napoleon sich entschließen würde, sich um jeden Preis auf dem Status quo ante mit Oesterreich zu vergleichen, um dann an Preußen Rache zu nehmen. Das gleiche werde gelten, falls „die Auseinandersetzung der deutschen Angelegenheiten nach gewöhnlichen Grundsätzen und nach den Gesinnungen, die man jetzt dem französischen Kaiser in Ansehung Badens zu supponiren nur gar zu guten Grund hat, vor sich gehen" sollte. Nicht nur sei in dem Bundesvertrage mit Frankreich für Baden lediglich eine der militärischen Hilfeleistung entsprechende Vergrößerung, d. h. im Vergleich zu Bayern und Württemberg $^3/_{10}$ des Ganzen, in Aussicht genommen, sondern man habe bisher auch versäumt, die französische Regierung „auf

[1] Auch diese Denkschrift stammt von der Hand des Legationsraths Groos und hat — nach Inhalt und Form zu urtheilen — zweifellos Reitzenstein zum Verfasser. Wie der Hinweis auf die beiden Beilagen lehrt, fällt sie augenscheinlich in dieselbe Zeit, wie Nr. 387.

eine vertraute und geheime Art mit den diesseitigen Wünschen bekannt zu machen", weshalb dieselbe leicht die Erwerbung des Breisgaus als genügenden Zuwachs betrachten könnte.

Dazu komme ein Weiteres. Man müsse natürlicher Weise weit mehr zu erhalten suchen, „weil man mit obenerwähnten 3/10 eine sehr schlechte Ausbeute machen würde", hätte sich also auch bemühen müssen, den französischen Kaiser noch mehr für sich zu gewinnen als Bayern und Württemberg. Bayern gegenüber sei das wohl unmöglich, denn abgesehen von den älteren politischen Beziehungen zu Frankreich, seiner Stellung gegen Oesterreich und den Verdiensten der bayrischen Truppen im jetzigen Feldzuge komme auch das Heirathsprojekt in Betracht, welches Napoleon zu verwirklichen strebe: all diese Umstände seien jedenfalls „von dem — denke man sonst von ihm, was man wolle — als Staatsmann geschickten und feinen Minister von Montgelas" aufs beste benützt worden. Allein Württemberg gegenüber hätte man doch gleichen Schritt halten sollen und können, indes falle ein Vergleich auch hier nicht zum Vortheile Badens aus.

„Auf der einen Seite wußte der Herr Kurfürst zu Württemberg auf die Glieder seines Hauses so vielen Einfluß zu haben, daß die Tochter eines Königs von England, des erklärtesten Feindes Frankreichs, dem französischen Kaiser die honneurs ihrer Residenz und zwar, wie es scheint, mit den ungezwungensten Attentionen machte, und doch ist diese Prinzessin nicht Mutter eines zur Erbfolge bestimmten Prinzen, dessen Interesse zu lieb sie ihren natürlichen Gesinnungen Zwang anzulegen gesucht hätte; auf der andern Seite erläßt der französische Kaiser von Ettlingen aus ein äußerst verbindliches Danksagungsschreiben[1], giebt darin Ihro der Frau Markgräfin Durchlaucht mit einer ungemein feinen Wendung heilsame Winke, die mit um so mehrerem empressement hätten benutzt werden sollen, als es hier auf die Größe eines einzigen Prinzen, auf das künftige Schicksal eines Landes, abhängiger von Frankreich als irgend ein anderes in ganz Deutschland, und auf weit geringere moralische Opfer als bei der Tochter eines Königs von England ankam, und doch gleichwohl???"[2]

Verfasser glaubt aus schuldigem Respekt auf weitere Ausführungen verzichten zu müssen, und begnügt sich auf eine Reihe von Artikeln im Moniteur hinzuweisen, in denen der Kaiser seine ausnehmende Zufriedenheit mit der württembergischen Politik kundgebe. Begehre man trotzdem „ein verhältnißmäßigeres größeres Loos" als Württemberg, so gebe es nur ein Mittel, nämlich „einen Weg ausfindig zu machen, durch den man mittelst Vorlegung eines allgemeinen Pacifikationsplans das diesseitige Interesse in die größeren so viel als möglich verflechte". Durch „anliegende beide Plane"[3] habe er dies zu bewirken versucht. Es handle sich nun darum, „ob man sie überhaupt für vorlegbar halte" und wie man sie unmittelbar zur Kenntniß „der Hauptperson des französischen Gouvernements" bringe. Zeige man sich dort nicht geneigt, darauf einzugehen, so sei auch die Absendung eines eigenen Unterhändlers in das Hauptquartier überflüssig, und man könne dann die Wahrung der badischen Interessen daselbst ebensowohl dem Geheimen Referendär Oehl übertragen.

Abschrift von Groos.

[1] Oben Nr. 366.

[2] Speciell diese Bemerkungen weisen deutlich auf Reitzenstein hin, der allein am Karlsruher Hofe seine Meinung mit so rücksichtslosem Freimuth zu vertreten pflegte.

[3] Vermuthlich die beiden folgenden Nummern, die sich an anderer Stelle im Karlsruher Archive finden; es sind offenbar dieselben Pacifikationspläne, deren in Nr. 387 gedacht wird.

387. Reitzenstein an Karl Friedrich.

Heidelberg, 19. November 1805.

[Vergrößerungsprojekte. Massias durch Geldopfer für ihre Verwirklichung zu gewinnen.]

Les ordres gracieux de V. A. E. qui m'ont été transmis par Son conseiller de légation, le Sieur Groos, m'ont paru renfermer l'intention de Lui soumettre les idées qui se sont présentées à moi tant par rapport aux objets d'agrandissement qui conviendraient le plus aux états de V. A. E. qu'aux moyens de parvenir à un but aussi important. C'est dans cette fin que j'ai rédigé le mémoire qui doit surtout appuyer le premier projet[1], mais n'ayant pu me dissimuler les difficultés d'une proposition dans laquelle les intérêts de la maison de Wurtemberg seraient impliqués sous tant de rapports, j'ai cru qu'il serait prudent de faire aller de pair un second projet où les intérêts de cette maison n'entrent pour rien.

L'exécution de l'un et de l'autre agrandirait l'Electorat de Bade de plus du double en étendue et en population; mais quelque désirable que puisse être un résultat aussi brillant, ce serait se faire une illusion bien cruelle que de se flatter d'un pareil dénouement sans l'avoir préparé, comme, si j'ose le dire avec tout le respect que je dois à V. A. E., on aurait peut-être pu le faire du moins en partie. Il s'agit donc principalement de trouver une voie quelconque pour disposer le Gouvernement français à l'adoption de quelque base principale qui faciliterait les moyens de stipuler avantageusement pour la maison électorale.

Je n'ai pas osé énoncer clairement mes idées là-dessus, c'est seulement dans cette lettre adressée immédiatement à la personne de V. A. E. que je puis et que je dois le faire. Il est indispensable de faire de grands sacrifices pécuniaires; mais une acquisition de 6 lieues carrées de plus vaut certainement un million de florins de dépense. En consacrant ce million aux grands intérêts qui pourront être fixés actuellement, on pourra espérer d'en retirer des profits d'une valeur incalculable. J'ai examiné, Monseigneur, le plus mûrement qu'il m'a été possible la manière la plus avantageuse de placer cette avance; il m'a paru, vu la nécessité indispensable de mettre dans ces intérêts une personne de confiance pour frayer les premières avenues, qu'il n'y aurait rien de mieux à faire que de proposer à Mr Massias une fortune toute faite pour sa vie, c'est à dire pas moins de 200000 florins, s'il parviendra à faire adopter et exécuter définitivement l'un ou l'autre des deux projets. Cette proposition devra être faite très secrètement et il ne faudra mettre en confidence personne hors celui qui a l'honneur d'être employé à cette écriture et dont le signataire ose

[1] Zweifellos ist die Denkschrift Nr. 388 mit ihren beiden Beilagen Nr. 389 und 390 gemeint.

répondre[1]. Il faudra encore dire à Mr Massias qu'outre les 200000 florins pour lui on a encore destiné une somme additionnelle de 6 à 800000 florins pour les autres dépenses secrètes, dont il pourrait indiquer l'emploi le plus utile.

Reitzenstein bittet, daß ihm, falls sein Plan gebilligt werde, außer Groos Kammerrath Vierordt als Finanzmann für die Verhandlungen beigegeben werde[2].

Mundirt von Groos, mit Unterschrift Reitzensteins.

---

388. Denkschrift Reitzensteins.

Exposition des vœux de tous les bons Allemands relativement aux conditions de la paix future.

[November 1805.]

[Pacifikationsplan. Der Schwerpunkt der österreichischen Monarchie nach dem Osten zu verlegen durch Gebietszuwachs in den Donauländern gegen Abtretungen im Westen und Süden. Künftige Grenzen. Bildung einer deutschen Zwischenmacht zum Schutze gegen Oesterreich und Preußen durch Vergrößerung Bayerns, Württembergs und Badens unter Anschluß von Sachsen und Hessen. Aenderung der Reichsverfassung. Gründung eines süd- und mitteldeutschen Staatenbundes unter Ausschluß von Oesterreich und Preußen.]

Quelles seront les conditions de paix qu'après des victoires et des exploits sans exemple dans l'histoire l'Empereur Napoléon dictera à l'Autriche? telle est la question qui est à présent dans la bouche de tous les Allemands, tel est le problème dont la solution est attendue entre des craintes et des espérances par toute l'Europe. Pour y répondre, il faut examiner, quel peut être le but que la France doit vouloir atteindre, et ce but, son Empereur l'a montré au sénat, à ses peuples, à l'Europe entière. Satisfaction pour le passé, sûreté et garantie pour l'avenir; ces mots renferment essentiellement tout le traité; leur accomplissement sera la seule récompense de tant de travaux et de sacrifices.

La France victorieuse ne demande encore à ses ennemis que la paix, mais une paix véritable et durable; plus d'armistices comme à Campoformio et à Lunéville consentis par l'ennemi terrassé, dans la seule vue de se ménager le temps nécessaire à réparer ses pertes pour recommencer de nouveau sous de meilleurs auspices; plus d'armistices rompus à tout moment sans aucun prétexte, sans déclaration préalable, seulement après des préparatifs qu'on a eu le soin peu glorieux de tenir secrets le plus possible; rompus non pas par la volonté d'un prince naturellement doux et juste, mais par celle d'un ministère incapable d'apprécier et les moyens et les talents et surtout la grandeur d'âme d'un rival supérieur en tout. On ne peut guérir ce ministère; l'expérience vient même de prouver qu'on ne peut en faire changer que les figurants, parce qu'il est gouverné par un esprit de corps très dangereux par son

[1] Legationsrath Groos.

[2] In den Acten ist von der Angelegenheit weiter nicht die Rede. An Massias hat man sich zweifellos nicht gewandt. Da aber die Originale der beiden Vergrößerungs- bezw. Pacifikationsprojekte in Paris liegen, sind sie jedenfalls übergeben worden. Wann und durch wen, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen; vermuthlich durch Reitzenstein selbst in Wien.

obstination et que depuis 300 ans il se conduit invariablement d'après les principes qui lui ont été transmis d'âge en âge. C'était bien une grande faute du cabinet de Vienne de n'avoir pas su modifier son éternel système en conséquence des changements arrivés en Europe depuis 100 ans; il n'en est donc que plus nécessaire de faire subir à la monarchie autrichienne, quant à ses frontières militaires, un changement local qui l'oblige par une contrainte salutaire à mieux adapter à l'avenir son système politique à sa situation et à ses véritables intérêts. Il faut pour cela fortifier l'Autriche vers le Bas-Danube et la Mer Noire et l'affaiblir du côté de l'Allemagne. Les localités elles-mêmes indiquent ce qu'il faut lui retrancher de ce côté-ci; pour le dire en un mot, c'est tout ce qu'elle possède au delà de ses frontières naturelles. Retrancher à l'Autriche ce qu'elle possède en deça de ces frontières, c'est changer le caractère offensif de la situation vis-à-vis de la France dans un caractère défensif et par conséquence pacifique; c'est donc donner à la paix future la seule base solide et durable. Les frontières naturelles de l'Autriche du côté de l'Italie et de l'Allemagne sont tracées d'une manière parfaitement marquée; ce sont les sommités des Alpes depuis Fiume jusqu'à la source de l'Enns, puis le cours de ce fleuve jusqu'à son embouchure dans le Danube et le cours de la rivière qui se jette dans le Danube précisément du côté opposé jusqu'à sa source dans les montagnes de Bohème, enfin ces montagnes elles-mêmes jusqu'aux frontières de la Lusace et de la Silésie. La monarchie autrichienne renfermée dans ces limites présente pour ainsi dire l'enceinte d'une place forte inexpugnable; ce qu'elle possède en deça de cette enceinte présente par lui-même un caractère offensif dont l'histoire des dernières guerres a parfaitement démontré le danger. La masse de ces possessions avancées se subdivise encore en deux parties séparées par la chaîne des Alpes depuis la source de la Drau aux confins du Tirol et de la Carinthie jusqu'au Voralberg et le lac de Constance. Au midi de cette ligne de séparation se trouve le Duché de Venise, les pays de Trente et de Brixen et le Tirol méridional. Tous ces pays ne peuvent point entrer dans la discussion actuelle, la nature les ayant destinés à faire partie intégrante de l'Italie. Il ne s'agit donc que de ce qui est au nord de cette ligne; c'est le Tirol septentrional, la haute Autriche, les possessions autrichiennes en Souabe et celles des princes de cette maison, savoir de l'Electeur de Salzbourg, de l'Archiduc Ferdinand et du Grand-maître Teutonique en Bavière, en Souabe et en Franconie. Il faut y ajouter encore les territoires des petits princes et comtes dans la Souabe méridionale qui ne sauraient être regardés que comme pays autrichiens, ces petits seigneurs n'étant réellement que vassaux et chambellans de l'Empereur. Aussi longtemps que la France n'aura pas obligé l'Autriche à renoncer à cette masse entière de possessions, elle ne pourra jamais être tranquille sur les empiètements et les attaques de la cour de Vienne, qui, dirigées d'abord contre les princes allemands et contre la Suisse, tendront bientôt à établir une ligne militaire jusqu'au Haut-Rhin, dont la France sera ouvertement menacée. Pour parer donc à cet inconvénient dont l'évidence devient plus sensible de jour en jour, il paraît absolument nécessaire de profiter des circonstances actuelles pour rejeter l'Autriche dans l'enceinte ci-dessus marquée et l'y contenir par une digue assez respectable. Cette digue qui devra séparer la France et l'Autriche ne pourra être formée qu'en agrandissant proportionellement les trois Electeurs dont les états renferment la presque totalité du midi de l'Allemagne, savoir ceux de Bavière, de Bade et de Wurtemberg. Dès qu'on aura réalisé ce projet et qu'on aura trouvé les moyens très faciles de réunir les intérêts de ces trois princes dans un intérêt commun, les Electeurs de Saxe et de Hesse s'y attacheront infailliblement pour leur propre conservation, et ce sera alors, mais seulement alors, qu'on verra se former

une ligue germanique non pas monstreuse comme celle qui conserve encore une existence précaire sous la dénomination d'Empire, mais telle que l'intérêt de l'Europe et de la France elle-même la demandent impérieusement, affranchie de l'influence de l'Autriche et encore de celle de la Prusse, indépendante, opposant une barrière respectable à chacune de ces deux puissances, à toutes les entreprises contre le repos du continent, à tous les projets de l'Angleterre pour le troubler, et l'allié enfin le plus fidèle de la France parce que ce sera une alliance utile et, s'il est permis de le dire, nécessaire à chacune des deux parties. Parmi ces trois Electeurs celui de Bavière doit surtout intéresser la France. C'est celui dont les forces actuelles le mettent déjà le plus en état d'opposer une espèce de résistance à l'Autriche; c'est le seul qui ait un corps d'armée capable de paraître avantageusement en campagne, mais c'est aussi celui dont la situation extrêmement exposée vis-à-vis de l'Autriche demande l'agrandissement le plus considérable. Le Duché de Berg qui lui appartient encore sur le Bas-Rhin est trop éloigné de la masse de ses états pour lui être de la moindre utilité politique; il vaudra donc mieux qu'on le lui fasse abandonner ainsi que ses possessions peu considérables au delà de l'Iller et de la Wernitz lesquelles rivières lui formeront une excellente frontière du côté de la Souabe. Pour dédommager de ces concessions, pour l'arrondir et l'agrandir encore, il conviendra de lui donner toutes les possessions de l'Electeur de Salzbourg, le Tirol septentrional, la Haute-Autriche, les possessions autrichiennes entre l'Iller et le Lech, celles des petits princes et comtes dans le même district, enfin les deux villes et territoires de Nuremberg et Augsbourg. D'après une évaluation modique la Bavière y gagnera en population seulement au delà d'un million d'âmes; mais son agrandissement sera bien plus considérable encore sous le rapport de l'étendue et surtout sous celui des finances, en considérant les mines et les salines du Tirol et du pays de Salzbourg. La Bavière pourra alors aisément entretenir une armée de 80000 hommes et sera par conséquent une puissance très respectable. Après l'Electeur de Bavière vient celui de Wurtemberg. En bornant ses limites occidentales à la lisière de la Forêt Noire et les étendant du côté opposé jusqu'à la frontière, c'est à dire jusqu'à l'Iller et à la Wernitz, en y ajoutant enfin encore tout le pays depuis ces deux rivières jusqu'à la frontière badoise depuis la source de la Tauber et jusqu'à l'extrêmité du lac de Constance dont il aurait toute la partie septentrionale, cet Electorat aurait une consistance très concentrée, une forme tout à fait régulière et il pourrait aisément entretenir 25 à 30000 hommes. L'Electorat de Bade enfin est le plus rapproché de la France dont il n'est séparé que par le Rhin. Il faudrait lui retrancher toutes les possessions éparses du côté du lac de Constance et lui donner tous les pays compris entre le Rhin et la ligne de démarcation de l'Electorat de Wurtemberg, cette ligne devrait se prolonger encore jusqu'à la rive gauche du Bas-Mein, puisqu'il sera très convenable à la France de n'avoir qu'un seul voisin depuis Bâle jusqu'à Mayence.

L'Electorat de Bade aurait alors également une très belle consistance et pourrait de même entretenir un corps d'armée de 20 à 24000 hommes. Il serait encore extrêmement utile de lier ces trois Electeurs entre eux par un pacte de confraternité et de succession tel qu'il existe déjà dans le nord de l'Allemagne entre les trois maisons de Saxe, de Brandenbourg et de Hesse.

Le Landgrave de Darmstadt ayant une partie de ses possessions sur la gauche du Mein et les grands intérêts politiques demandant que la maison de Hesse ne s'étende pas au delà de ce fleuve qui doit la séparer du midi de l'Allemagne, le Duché de Berg serait non seulement un excellent équivalent pour cette maison,

mais suffirait encore pour l'établissement de quelques petits princes possessionnés dans le même district.

On n'a qu'à jeter un coup d'œil sur la carte d'Allemagne pour se persuader des avantages immenses et vraiment incalculables de l'organisation proposé pour l'Allemagne méridionale. Les trois Electeurs à qui elle appartiendrait alors en entier présenteraient une masse d'environ 6 millions et au delà de population et auraient sur pied une armée de 130 à 140000 hommes. Une force pareille formerait un contrepoids utile et peut-être nécessaire contre la Prusse; elle ferait perdre à l'Autriche toute idée de s'étendre au delà des limites qui lui auront été tracées; elle sera enfin toujours l'avantgarde de la nation française qui n'aura que des amis et des alliés depuis Strasbourg jusqu'à Steier.

Après une guerre comme celle-ci on ne doit cependant pas s'arrêter à des démarches partielles; l'intérêt de la France demande qu'elle fasse encore un pas de plus et qu'après avoir rejeté loin de ses frontières l'Autriche, elle ne fait non plus la voisine médiate de la Prusse. La petite partie du duché de Clèves que la Prusse a encore conservée sur la droite du Rhin ne lui est pas de la moindre utilité, mais elle peut gêner et chicaner la France à laquelle la forteresse de Wesel partout peut devenir incommode; il conviendra de la faire donner avec le Duché de Berg au Landgrave de Hesse-Darmstadt, de sorte que la France n'ait dorénavant plus que trois voisins entre la Suisse et la Hollande, savoir l'Electeur de Bade depuis Bâle jusqu'à Mayence, le Prince de Nassau entre le Mein et la Sieg et le Landgrave de Darmstadt depuis la Sieg jusqu'aux frontières de la Hollande. Il serait superflu de vouloir démontrer les avantages d'une mesure pareille. Le Roi de Prusse trouvera un dédommagement très considérable dans la Silésie autrichienne et la Poméranie suédoise dont la perte, sans affaiblir considérablement la Suède, l'éloignera du moins pour le bien de l'Allemagne des affaires de l'Empire et avertira les successeurs du Roi actuel de ne plus provoquer la France. La dernière mesure enfin que les intérêts de la France, quant à l'Allemagne, exigent c'est de distraire de l'Electorat d'Hanovre non seulement la principauté d'Osnabrück que le Roi d'Angleterre ne doit qu'à la France, mais encore les pays de Bremen et de Verden pour séparer l'Angleterre et l'Allemagne et ne plus laisser celle-là maîtresse des embouchures de l'Elbe et de la Weser. Les pays étant des acquisitions nouvelles il n'est fait par là aucun tort à la maison de Brunswick, et on pourrait les employer utilement à l'établissement de quelques petits princes.dont l'existence dans le midi de l'Allemagne contrarierait la concentration qui y est si nécessaire. On suppose au reste, en proposant pour la Prusse les dédommagements considérables ci-dessus, que le cabinet de Berlin les mérite par une conduite du moins médiocrement bonne; car dans le cas contraire et, si elle voulait s'aviser de prendre part à la guerre contre la France, la Bavière pourrait bien se flatter de se voir encore fortifiée par les possessions prussiennes en Franconie, et la France pourrait même se voir obligée pour la garantie de la République Batave de rejeter la Prusse au delà de la Weser; deux mesures qui ne feraient qu'ajouter aux avantages du plan général.

L'objection la plus forte contre l'ensemble de ces idées sera peut-être l'affaiblissement trop considérable de l'Autriche, et il est vrai de convenir que cette puissance doit être maintenant assez forte pour pouvoir rester indépendante vis-à-vis de la Russie, mais la Porte Ottomane a donné à la France des griefs assez justes et assez multipliés pour justifier des arrangements qui seront faits à ses dépens en faveur de l'Autriche. Ce qu'on prendra sur les Turcs pour le donner à l'Autriche ne pourra pas même être regardé comme un véritable affaiblissement à la Porte

Ottomane, puisque la Moldavie et la Vallachie sont déjà bien plus des provinces russes que turques et que la Servie est à la veille d'éprouver le même sort. En donnant à l'Autriche ces trois provinces avec la Bosnie, cette monarchie gagnera évidemment en étendue et en véritable force et la perte momentanée qu'elle fait en population pourra être réparée au bout d'une génération. Cette grande mesure doit être regardée peut-être comme la base la plus essentielle de tout le projet, et, s'il est permis de le dire, comme le seul et unique fondement d'une paix continentale qui sera difficile de troubler dans la suite, puisque l'Autriche aura alors l'assiette qui convient le mieux à ses propres intérêts et à ceux de l'Europe. La placer de cette manière entre la Russie et la Turquie aura les suites les plus heureuses pour le repos général; toute alliance entre les deux cours impériales sera alors rendue pour ainsi dire absolument impossible; une quantité de nouvelles relations commerciales s'ouvriront entre la France et l'Autriche par la Mer Noire dont le commerce deviendra dès lors beaucoup plus favorable à la France; la richesse et la population de l'Hongrie augmenterait d'une manière très sensible et l'Autriche, convaincue du peu de profit qu'elle peut tirer de ses projets d'invasion contre l'Allemagne, emploiera toutes ses forces à se maintenir dans une positition respectable contre la Russie et à opposer une digue insurmontable à ce torrent qui menace de tout engloutir. Les avantages que l'Autriche retirera d'une pareille indemnité sont si évidents que leur proposition sérieuse engagera peut-être le cabinet de Vienne à y entrer avec sincérité et loyauté et à prêter les mains à une alliance of- et défensive avec la France contre la Russie et la Prusse, au cas que ces deux puissances mécontentes de voir mettre une prompte fin à une guerre, qui dans leurs calculs devait durer plus longtemps, voulussent s'opposer à leur exécution. Mais cette indemnité est aussi le seul et l'unique moyen de faire consentir l'Autriche à des cessions aussi importantes que celle de l'état Vénitien, du Tirol, du pays de Salzbourg et de la Haute-Autriche.

Vouloir lui faire abandonner ces provinces sans un équivalent acceptable, ce serait vouloir continuer une guerre générale jusqu'à outrance, puisqu'on peut prévoir que l'Autriche ne consentira à de pareils sacrifices aussi longtemps qu'elle pourra encore lever un seul soldat. Il ne resterait donc que l'alternative ou de pousser les choses jusqu'à un tel point extrême ce qui ne saurait être l'intention de la France, ou de laisser à l'Autriche les provinces susdites dont la grande partie est absolument nécessaire à la Bavière et de voir se renouveler d'ici à 2 ou 3 ans le même jeu qui s'est déjà renouvelé deux fois. Point de sécurité pour l'Allemagne, si la Bavière n'est pas renforcée par le Tirol septentrional, Salzbourg et la Haute Autriche; les éternels projets du cabinet de Vienne contre le midi de l'Allemagne, contre l'Italie, la Suisse et la France même seront repris au premier moment qu'on jugera favorable, et on peut être assuré qu'on n'aura pas le moindre égard aux traités les plus solennels. Une paix quelconque qu'on vaudrait conclure, en s'écartant des principes généraux mis ici en avant, ne serait encore qu'un armistice, et quelle idée désespérante pour des peuples à demi ruinés déjà de ne pouvoir jamais se reposer sur la stabilité de la paix, de ne pouvoir exécuter aucun projet pour le bonheur intérieur des états et de prévoir dans un avenir très peu éloigné la catastrophe sous laquelle ils succomberont entièrement. D'ailleurs ce qu'on propose à l'égard des provinces turques ci-dessus s'exécutera malgré tout le monde en moins de 10 ans avec la seule différence qu'au lieu de l'Autriche ce sera la Russie qui s'en emparera avec le commerce exclusif de la Mer Noire et même du Levant qui s'en suivra infailliblement. Les conséquences hautement préjudiciables pour la France qui en

doivent résulter sont trop évidentes pour qu'il soit nécessaire de les développer ici. Pourquoi donc ne faire pas actuellement d'une manière avantageuse et réfléchie ce qui se fera bientôt d'une manière nuisible pour la France; pourquoi ne faire pas actuellement sous l'influence ou plutôt sous la direction de la France ce qui se fera bientôt sans sa direction, sans son influence et même contre ses intérêts les plus chers? Le même raisonnement s'applique aux changements que tout homme de bon sens doit prévoir dans la constitution de l'Empire Germanique.

L'Allemagne partagée déjà dans deux moitiés qui diffèrent tout à fait entre elles par rapport à leur système politique et même à leur intérêt, ne peut plus rester longtemps dans l'état où elle est à présent. Cet état n'est qu'intermédiaire et l'Empire Germanique doit ou subir le malheureux sort de la Pologne ou se constituer en état purement fédératif à l'exclusion totale tant de la Prusse que de l'Autriche. Lequel de ces deux événements puisse être le plus avantageux à la France, c'est ce qu'il serait ridicule de vouloir seulement examiner. On a déjà remarqué ci-dessus que les trois Electeurs de l'Allemagne méridionale aggrandis, comme il a été proposé, pourront mettre sur pied une armée de 130000 hommes, en y ajoutant la Saxe et les deux maisons de Hesse on pourra composer une armée de 180 jusqu'à 200000 hommes fournie par le midi et le centre de l'Allemagne. Mais il est possible qu'il faudra purger cet état fédératif de toutes les parties hétérogènes, c'est-à-dire que tout ce qui n'entre pas dans la catégorie des anciennes maisons soit déplacé et établi ailleurs et que ceux qui sont trop petits pour pouvoir les déplacer soient mis sous la souveraineté des Electeurs. Quelles seront alors les relations de ce corps fédératif vis-à-vis des puissances voisines? Ayant tout à espérer et rien à craindre de la France intéressée elle-même à sa conservation, les éléments d'une alliance défensive et durable avec cette puissance sont posés par la nature elle-même; ayant tout à craindre et rien à espérer de la Prusse aussi bien que de l'Autriche, la fédération germanique les surveillera constamment pour se maintenir intacte et elle influera par là puissamment sur la conservation de la paix. Jamais une époque plus favorable pour l'exécution des vues aussi grandes ne s'est encore présentée . . .

Il n'y aura en effet que l'Angleterre et la Russie qui pourraient ne pas s'en accommoder, celle-là parce qu'elle ne pourra plus troubler la tranquillité de l'Europe, la conservation de la paix en Allemagne entraînant irrésistiblement celle de tout le continent; celle-ci parce qu'elle sera forcée de renoncer à ses projets sur la Turquie européenne et de consentir à ce que son Empire ait enfin des limites. Prouver qu'il n'y a que les deux ennemis de la France dont il se puisse présumer d'opposition à un projet quelconque c'est en avoir prouvé suffisamment la bonté.

Le projet ci-annexé[1] est basé sur ces suppositions. Depuis le démembrement de la Pologne l'Allemagne est maintenant exposée aux attaques des trois puissances co-partageantes; elle est pour ainsi dire le poste avancé de la France, elle peut être le point de séparation des états civilisés et de ceux qui ne le sont pas encore; minée, ébranlée de toute part elle commence déjà à chanceler, mais elle peut espérer que l'Empereur des Français appréciera sa grande importance, que, lui ayant déjà donné appui et protection dans la crise actuelle, ce monarque conduira vers un but aussi désirable ce qu'il a commencé si glorieusement, qu'enfin les peuples de

---

[1] Gemeint ist zweifellos der in Nr. 389 mitgetheilte Entwurf A., der sich inhaltlich mit den in vorliegender Denkschrift enthaltenen Vorschlägen deckt.

l'Allemagne n'auront plus à trembler aux approches de la paix, mais pourront la bénir sincèrement et transmettre à la postérité la plus reculée les fruits de la paix et la gloire de celui qui l'aura assise sur des fondements inébranlables.

Original: Paris. Concept, theils von Reitzenstein, theils von Groos, in Karlsruhe.

---

389. Projet de pacification. Lit. A.

O. D. (November 1805).[1]

[Arrondirungs- und Pacifikationsvorschläge. Abtretung des oberen Fürstenthums an Württemberg. Umgestaltung des Reichstages.]

1. Oesterreich tritt alle österreichischen und schwäbischen Besitzungen, Tirol und Oberösterreich bis zur Enns ab, entschädigt in seinen Erblanden den Kurfürsten von Salzburg, den Erzherzog Ferdinand, sowie all die kleinen Fürsten und Herren im südlichen Schwaben mit Ausnahme von Taxis und Hohenzollern, willigt ein in die Aufhebung des Deutschen- und Malteser-Ordens und in die Unterwerfung der Ritterschaft unter die Landeshoheit der Kurfürsten und überläßt Preußen den Rest von Schlesien. Es wird dafür

2. entschädigt durch die Moldau, die Wallachei, Serbien, Bosnien, Kroatien, Dalmatien, Ragusa und Montenegro.

3. Bayern tritt ab das Herzogthum Berg, den zwischen Donau und Wernitz gelegenen Theil von Neuburg, die Stadt Ulm, sowie alle Besitzungen auf dem linken Ufer der Iller, auf dem rechten der Wernitz, auf dem linken Tauber- und dem rechten Saaleufer und verpflichtet sich, $^3/_5$ der Pfälzer Schulden zu übernehmen. Es erhält dagegen

4. alle Besitzungen des Kurfürsten von Salzburg, Nordtirol — Südtirol fällt an Italien —, das Innviertel, Oberösterreich bis zur Enns, die österreichischen Lande zwischen Iller und Lech, die Städte Nürnberg und Augsburg, sowie die Enclaven der beiden Ritterorden.

5. Württemberg erhält als Westgrenze eine Linie, die ausgeht von der Mündung der Aach in den Bodensee und über Aach, Möhringen, Mühlhausen, dem Neckar entlang bis Horb, dann längs der Nagold bis Liebenzell, über Mühlhausen a. d. Würm, Unterriexingen, der Enz und dem Neckar entlang bis Heilbronn und von da bis zur Tauberquelle führt. Es tritt alle Besitzungen, die links von dieser Linie gelegen sind, ab und wird entschädigt durch den zwischen dieser Linie, dem Bodensee und Kurbayern gelegenen Theil von Schwaben. Betr. der beiden Ritterorden und des reichsunmittelbaren Adels gelten die gleichen Bestimmungen wie bei Bayern.

6. Baden tritt an Württemberg ab das ganze obere Fürstenthum, sowie Salmansweiler und Petershausen und wird künftig alle Lande zwischen dem Rhein, der obenerwähnten Linie und dem Main umfassen.

7. Hessen-Darmstadt tritt an Baden alle Besitzungen zwischen Rhein und Neckar ab, entschädigt die Fürsten von Leiningen, Salm-Krautheim, Ysenburg-Offenbach, sowie die Grafen von Leiningen und Erbach und erhält das Herzogthum Berg und das rechtsrheinische Gebiet von Cleve, eventuell mit Hinzufügung eines Theiles des Fürstenthums Osnabrück.

8. Hessen-Kassel tritt an Baden das Fürstenthum Hanau ab und empfängt den auf dem linken Weserufer gelegenen Theil des Fürstenthums Kalenberg.

---

[1] Zur Datirung vergl. Nr. 386 und 387.

9. Preußen tritt den Rest von Cleve, die Stadt Dinkelsbühl sowie Besitzungen auf dem linken Tauberufer ab, entschädigt die Fürsten von Hohenzollern und die Fürsten von Nassau-Fulda und erhält Schwedisch-Pommern und Oesterreichisch-Schlesien.

10. Schweden tritt seine pommerschen Lande ab.

11. England (Kurbraunschweig) tritt das Herzogthum Bremen, einen Theil von Kalenberg nebst den Fürstenthümern Verden und Osnabrück ab; die betr. Gebiete werden zur Entschädigung der Fürsten und Grafen von Hohenlohe, Löwenstein, Oettingen, Leyen u. a. verwendet.

12. Zwischen den Kurfürsten von Bayern, Württemberg und Baden wird ein Bundes- und Erbfolgevertrag (un pacte de confraternité et de succession) abgeschlossen nach Analogie des zwischen Kurbrandenburg, Kursachsen und Hannover bestehenden.

13. Der Reichstag wird für die gewöhnlichen Berathungen auf einen Ausschuß (comité) reducirt, in welchen die Kurhäuser, sowie Braunschweig-Wolfenbüttel, Mecklenburg, Holstein, Oldenburg, Sachsen-Weimar-Gotha-Koburg, Meiningen und Hildburghausen, Anhalt und die nassauischen Häuser vertreten sind. Die andern Reichsstände behalten ihr Stimmrecht, dürfen von demselben aber nur nach Majoritätsbeschluß des Ausschusses Gebrauch machen.

14. Allen Kurfürsten bleibt die freie Entscheidung über Krieg, Frieden und Neutralität vorbehalten, auch im Fall eines Reichskrieges.

Original ohne Unterschrift und Datum: Pariser Archiv. — Undatirtes Concept Reitzensteins: Karlsruhe.

---

390. Projet de pacification. Lit. B.

O. D. (November 1805).

[Abänderung der Bestimmungen über die württembergischen und badischen Gebietserwerbungen.]

Der Entwurf stimmt mit dem vorigen in allen Punkten wörtlich überein, ausgenommen Ziffer 5 und 6. Nach Ziffer 5 erhält nämlich Württemberg die beiden Grafschaften Hohenberg, die Stadt Ulm mit Gebiet, die Herrschaft Wiesensteig, die Abtei Söfflingen, die Städte Dinkelsbühl, Nördlingen und Bopfingen, die Aemter Höchstädt, Gundelfingen und Lauingen, das Herzogthum Neuburg, die Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen, die fürstenbergischen Aemter Neufra und Jungnau, die österreichischen Städte Riedlingen, Munderkingen, Ehingen und Scheltlingen, die Abtei Elchingen, die Besitzungen der Fürsten und Grafen von Oettingen und Hohenlohe, sowie die Territorialhoheit über die unmittelbare Ritterschaft der Kantone Kocher, Odenwald, Neckar und Schwarzwald.

Nach Ziffer 6 erhält Baden die Besitzungen des Landgrafen von Hessen-Darmstadt zwischen Main und Neckar, ebenso wie die Parzellen auf dem linken Neckarufer, den auf der linken Mainseite gelegenen Theil des Fürstenthums Hanau, die Besitzungen der Fürsten und Grafen von Leiningen, Isenburg, Löwenstein-Wertheim und Erbach, die Herrschaft Mergentheim nebst den übrigen in Baden enclavirten Besitzungen des Deutschen- und Johanniterordens; den Breisgau und die Ortenau mit den Städten Villingen, Bräunlingen und der Grafschaft Bonndorf, die Grafschaft Hohengeroldseck, die fürstenbergischen Aemter Haslach, Wolfach, Engen, Meßkirch, Stühlingen und Heiligenberg, die Landgrafschaften Klettgau und Nellenburg, die Grafschaft Thengen, die österreichischen Besitzungen zwischen Iller, Donau, Wutach und Bodensee einschließlich der Herrschaft

Vorarlberg und der Stadt Konstanz, die Besitzungen der Fürsten und Grafen im gleichen Bezirk, ausgenommen die des Fürsten von Taxis, die Besitzungen Bayerns auf dem linken Illerufer und Oranien-Fuldas in Oberschwaben, endlich die Territorialhoheit über die Ritterschaft der Kantone Kraichgau, Ortenau, Hegau und Allgäu[1].

Original. Pariser Archiv.

391. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 24. November 1805.

[Unordnung in Wien. Geldnoth. Versprechungen Bachers.]

Die versprochene Entschädigung für die Einwohner von Kehl ist noch nicht angewiesen.

. . . La confusion et le désordre qui règne ici n'a pas de pareil et il semble que les Français soient arrivés pour remettre un peu les choses, car les Autrichiens ne sont plus en état de sauver le crédit anéanti jusqu'au fond; on ne voit plus que du papier et même avec celui on perd.

Mr Bacher, ministre français de Ratisbonne, m'a chargé d'assurer V. A. S. de ses respects et de l'assurer encore qu'il ne manquera pas de coopérer, autant qu'il était à lui, pour le bien de l'Electorat de Bade . . .

392. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 26. November 1805.

[Occupation der Fürstenbergischen Lande durch Frankreich. Motiv.]

. . . Es macht hier sehr vieles Aufsehen, daß die Franzosen auch alle fürstenbergischen Herrschaften in Schwaben förmlich besetzt und in Administration genommen haben[2], einige wollen den nexum vassallagii mit Oesterreich, andere

[1] Reitzenstein selbst hält an sich den zweiten Entwurf für weniger vortheilhaft, da Baden dadurch schlecht arrondirt und die Verwaltung für das langausgedehnte Gebiet erheblich vertheuert und erschwert werde, meint indes, daß derselbe leichter acceptirt würde, da jede Auseinandersetzung mit Württemberg wegfiele und Frankreich von Mainz bis Basel als einzigen Nachbarn Baden erhielte. Réflexions sur la différence entre le premier projet et le second cote lit. B. (Karlsruher Archiv.)

[2] Auf Weisung Napoleons bezw. Berthiers war am 17. November eine Abtheilung des Corps Augereau in Donaueschingen eingerückt und hatte die bestehende Regierung entsetzt und das Land in provisorische Verwaltung genommen. Ein auch in der Presse verbreitetes, thatsächlich unbegründetes Gerücht, als habe Fürstenberg dem österreichischen Heere sein Contingent gestellt, hatte als Vorwand gedient. Daß in Wahrheit die Anhänglichkeit des Hauses Fürstenberg an Oesterreich der Grund der Gewaltmaßregel war, ergibt sich aus Talleyrands eigenen Worten; vergl. Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand, 154. Ueber die Vorgänge im Fürstenthum und die behufs Aufhebung des Sequesters unternommenen Schritte der fürstlichen Familie vergl. Münch, Geschichte des Hauses Fürstenberg, IV, 340 ff.

die besondere Anhänglichkeit des Hauses Fürstenberg zum Grunde nehmen, mehrere besorgen, daß es ihnen ebenso ergehen werde. Die Franzosen, welche um die Ursache befragt wurden, haben geantwortet: que c'était apparemment un mésentendu du sieur Villemanzi[1] qui devait être éclairé . . .

---

393. Talleyrands Entwurf eines Bündnißvertrages der Südstaaten[2].

O. D. [Wien, 26. November 1806.]

[Loslösung der drei Südstaaten vom Reich. Erhebung zu souveränen Königreichen. Ewiges Bündniß mit Frankreich. Unterwerfung der Reichsritterschaft. Beitritt der Schweiz.]

Il est notoire que la Confédération Germanique, privée de toute force commune, avec une Diète sans liberté et des tribunaux sans indépendance, n'offre plus aucune garantie contre les injustices, les violences et les usurpations du dedans, ni aucune sorte de protection contre les attaques du dehors; que des états du midi de l'Allemagne ont été menacés, attaqués et envahis par l'un des confédérés et qu'ils n'ont reçu aucun secours des autres, qui même pour la plupart se sont en quelque façon séparés du reste de la confédération par un système de neutralité absolue; en sorte qu'ils étaient en danger de périr, si la magnanimité de S. M. l'Empereur des Français ne leur eût fait trouver un appui qu'ils auraient vainement attendu de l'Empire Germanique, ce qui les met non seulement en droit, mais encore dans l'obligation de regarder comme anéanti le pacte fédératif ainsi violé ou rompu par les co-états.

C'est pourquoi les Princes souverains de Bavière, de Wurtemberg et de Bade, s'étant communiqué leurs sentiments à cet égard, lesquels se sont trouvés être parfaitement les mêmes, ont résolu de mettre conjointement fin aux rapports qui jusqu'à présent ont uni leurs états à la Confé-

---

[1] Intendant der französischen Armee.

[2] Dieser und der folgende Entwurf bilden Beilagen zu dem Berichte Talleyrands an Napoleon vom 26. November 1805, in welchem jener bemerkt: «Je me suis occupé à Munich de recueillir et rédiger en forme de projet les idées que V. M. avait bien voulu me communiquer. Mr de Montgelas et de Normann ont connaissance de toutes les bases du premier projet cote no 1 et elles ont leur plein assentiment; ils ne soupçonnent même pas l'existence des deux autres. Il me devient très important de connaître si V. M. approuve ces projets, ou, au moins les deux premiers, afin d'écarter du traité de paix à intervenir tout ce qui pourrait mettre obstacle à leur exécution.» Der dritte Entwurf bezieht sich auf die Gründung und Dotirung eines französischen Erbadels. Der Bericht findet sich bei Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand, d. 195, doch fehlen die Beilagen, von denen ich die beiden ersten wegen ihrer Bedeutung für die Vorgeschichte des Rheinbundes hier mittheile. — Vergl. dazu die Berichte Talleyrands, datirt München, 31. October, und Wien, 20. bezw. 27. November; Bertrand, a. a. O. 181, 190, 198.

dération Germanique, et de ne conserver avec elle et avec son chef que des relations de paix, de bon voisinage et d'amitié, qu'ils seront en toute circonstance empressés de cultiver et de maintenir. Ils ont également résolu de renoncer aux titres qui exprimaient les rapports susdits, pour en prendre de conformes à l'état d'indépendance parfaite dans laquelle ils doivent être à l'avenir, eux et leur postérité, et comme la reconnaissance leur faisait un devoir de donner connaissance de leurs résolutions à leur puissant et généreux allié S. M. l'Empereur des Français, en même temps qu'ils y étaient portés par une confiance sans bornes dans ses intentions bienveillantes et dans sa haute sagesse, Sa dite Majesté a bien voulu intervenir Elle-même dans les engagements et concourir aux stipulations que nécessite l'accomplissement de leur commun dessein[1].

A cet effet S. M. l'Empereur des Français, a nommé:

. . . .

Bavière.

. . . .

Wurtemberg,

. . . . ,

Bade,

. . . .

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, sont convenus des articles suivants:

Art.

Les états de Bavière, de Wurtemberg et de Bade seront séparés à perpetuité du territoire de l'Empire Germanique et formeront à l'avenir trois Royaumes indépendants les uns des autres et de tout autre état, de même que de toute conféderation, ligue et association d'états quelle qu'elle puisse être.

Art.

Les dits Royaumes seront héréditaires dans les maisons actuellement régnantes, de mâle en mâle, par ordre de primogéniture, à l'exclusion perpétuelle des femmes.

Art.

Toute loi de l'Empire Germanique qui a pu précédemment concerner et obliger les Princes souverains de Bavière, de Wurtemberg et de Bade, leurs sujets et leurs états ou partie d'iceux, sera à l'avenir, relativement aux dits Princes, états et sujets, nulle et de nul effet.

---

[1] Es braucht wohl kaum bemerkt zu werden, daß die Zustimmung Badens zu dem Projekte, das von Bayern und Württemberg in den Grundzügen schon gebilligt war, hier stillschweigend vorausgesetzt war und weder die Karlsruher Regierung noch Oehl irgendwie von seinem Inhalte unterrichtet waren.

Art.

Néanmoins les Princes possessionnés sur la rive droite du Rhin continueront de supporter, au profit de S. A. S. l'Electeur Archichancelier actuel et pendant sa vie seulement, les charges résultant du paragraphe 39 du recès de l'Empire du 25 février 1803[1].

Art.

De la plénitude d'indépendance et de souveraineté dont jouiront à l'avenir les Royaumes de Bavière, de Wurtemberg et de Bade, dérive pour chacun des trois monarques le droit imprescriptible

1° d'établir dans ses états tel système de lois politiques et civiles, tel ordre de juridiction et tels règlements d'administration qu'il jugera les plus convenables au bien de ses peuples, sans préjudice toutefois des droits et privilèges particuliers que pourraient avoir les dits états ou certaines parties d'iceux, en vertu de capitulations, conventions, concessions et autres titres qui ne seraient pas émanés des Empereurs ou de l'Empire.

2° de supprimer, s'il le juge à propos, toute corporation militaire, religieuse ou mixte dont les possessions seront situées ou enclavées dans ses états et de réunir les dites possessions au domaine public.

3° de ramener à l'obéissance ceux des Nobles dits immédiats qui ont leurs possessions situées ou enclavées dans ses états, de replacer leurs personnes et leurs propriétés sous la souveraineté et la juridiction à laquelle ils se sont soustraits dans les temps de trouble et de réunir au domaine public celles de leurs propriétés qui deviendraient vacantes par l'extinction des familles qui les possèdent.

4° de supprimer tout établissement existant dans ses états en vertu de privilèges concédés seulement par les Empereurs ou par l'Empire.

Art.

Le rang et la prééminence entre les trois Couronnes sont et demeurent fixés conformément à l'ordre dans lequel elles sont nommées au présent traité.

Art.

En se séparant de la Confédération Germanique, L. L. M. M. les Rois de Bavière, de Wurtemberg et de Bade n'entendent porter, en aucune manière, atteinte au droit qu'ont les autres membres de la Confédération d'y rester unis; néanmoins, attendu l'impossibilité de concilier les droits et les obligations d'un état d'Empire avec la souveraineté d'un état indépendant dans le territoire duquel il serait enclavé la ville et le territoire de Ratisbonne seront réunis au Royaume de Bavière, après le décès de l'Electeur actuel Archichancelier.

---

[1] Mit diesem und den vorausgehenden Artikeln vergl. die inhaltlich verwandten Bestimmungen der Rheinbundsacte Art. 1 und 2.

Art.

Leurs dites M. M. ne prétendent non plus, en prenant le titre le plus convenable à leur nouvelle situtation, affecter aucune supériorité sur ceux de leurs anciens co-états qui leur étaient égaux en rang; elles reconnaîtront comme Rois les Electeurs de Saxe et de Hesse-Cassel et comme Empereur S. M. le Roi de Prusse, s'il plaît à ces souverains de prendre ces titres.

Art.[1]

L. L. M. M. les Rois de Bavière, de Wurtemberg et de Bade renoncent, chacun d'eux pour soi, ses héritiers et successeurs à toute prétention qu'il pourrait former et même à tout droit, qu'il pourrait avoir sur les états des deux autres.

Art.

Si, ce qu'à Dieu ne plaise, quelque difficulté s'élevait entre deux des dits états, elle sera réglée et terminée à l'amiable, sous la médiation du troisième et de la France.

Art.

S. M. l'Empereur des Français et Roi d'Italie promet d'employer ses bons offices auprès des puissances amies ou avec lesquelles il est en paix pour faire reconnaître dès à présent L. L. M. M. les Rois de Bavière, de Wurtemberg et de Bade, et de faire insérer, pour la même fin, une clause spéciale dans les traités de paix à intervenir.

Art.

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, s'engageant en sa double qualité, pour lui, ses héritiers et successeurs, garantit à L. L. M. M. les Rois de Bavière, de Wurtemberg et de Bade, et les dits Rois se garantissent mutuellement et chacun d'eux aux autres, l'exécution de toutes les stipulations ci-dessus, spécialement la jouissance de tous les droits qui dérivent de la plénitude de l'indépendance et de la souveraineté, de même que l'intégrité de leurs états, et pour que la mesure des obligations respectives sur ce dernier point soit déterminée et connue d'une manière précise, les divers territoires qui devront à perpétuité composer chacun des trois Royaumes seront nominativement désignés et spécifiés dans une convention qui sera annexée au présent traité[2].

Art.

L. L. M. M. les Rois de Bavière, de Wurtemberg et de Bade garantissent l'intégrité des possessions actuelles de la France sur le continent, de même que l'intégrité du Royaume d'Italie dans l'état où il sera après la paix qui terminera la présente guerre.

---

[1] Vergl. Art. 34 der Rheinbundsacte.

[2] S. Nr. 394.

Art.[1]

Pour assurer à ces garanties réciproques tout l'effet qu'il est dans l'intention des hautes parties contractantes de leur donner, il y aura à perpétuité entre les Couronnes de France d'une part, la Couronne d'Italie d'autre part et les Couronnes de Bavière, de Wurtemberg et de Bade conjointement et séparément une alliance en vertu de laquelle toute guerre continentale faite à l'une des dites Couronnes, pour quelque motif et sous quelque prétexte que ce soit, deviendra immédiatement commune à toutes les autres.

Art.

Le cas de l'alliance survenant et autant de fois qu'il surviendra, les hauts contractants régleront, par une convention spéciale, le nombre de troupes que chacun d'eux devra mettre en campagne, ainsi que tout ce qui concernera l'entretien, la solde et le commandement de celles que l'un des alliés ou plusieurs seront dans le cas de mettre à la disposition des autres.

Mais les hautes parties contractantes s'engagent dès à présent à concerter ensemble les opérations de toute guerre commune et à ne point faire de paix séparée.

Art.

La République Helvétique sera invitée à accéder au présent traité, et par son accession, elle entrera dans tous les droits et dans toutes les obligations de l'alliance, de la même manière que si elle eût été au nombre des contractants.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans le délai de — — jours.

Fait et signé, etc.

Pariser Archiv.

---

394. Vertragsentwurf Talleyrands[2].

O. D. [Wien, 26. November 1806.]

[Feststellung des Gebietszuwachses und künftigen Gebietsumfanges der drei süddeutschen Königreiche. Verzicht auf die geplante Dotirung französischer Generale und Bürger mit Gütern der geistlichen und Ritterorden. Zahlung von 18 Millionen Gulden.]

Les plénipotentiaires de L. L. M. M. l'Empereur des Français Roi d'Italie et les Rois de Bavière, de Wurtemberg et de Bade, procédant à

[1] Vergl. Art. 35 der Rheinbundsacte.

[2] Die auf die territorialen Verhältnisse bezüglichen Bestimmungen des vorliegenden Entwurfes, der vor dem bayrischen und württembergischen Gesandten vorerst sorgfältig geheim gehalten wurde, sind in die Brünner und Wiener Verträge mit den Südstaaten

l'exécution de l'article du traité de ce jour, lequel article porte que les divers territoires qui doivent à perpétuité composer chacun des Royaumes de Bavière, de Wurtemberg et de Bade seront nominativement désignés et spécifiés dans une convention particulière, sont convenus de ce qui suit:

Art.

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, cède et transporte à L. L. M. M. les Rois de Bavière, de Wurtemberg et de Bade tous les droits sans exception résultant de la conquête faite par ses armes des pays et territoires ci-après nommés qui ont appartenu à la maison d'Autriche ou à ses princes, garantissant à chacune de L. L. M. M. la cession à son profit par la maison d'Autriche et la paisible et perpétuelle possession de ceux des dits pays et territoires qui conformément à la présente convention, devront être parties constitutives de son Royaume.

Art.

S. M. le Roi de Bavière cède dès à présent à L. L. M. M. les Rois de Wurtemberg et de Bade pour être par eux possédés en toute propriété et souveraineté, savoir:

à S. M. le Roi de Wurtemberg les villes de Nœrdlingen et Bopfingen, les seigneuries de Wiesensteig, de Wertingen et d'Illertissen, la ville d'Ulm et son territoire, y compris la ci-devant abbaye de Wengen; les ci-devant abbayes de Sœfflingen, d'Elchingen, de Roggenburg et d'Ursberg, la ci-devant prévôté de Wettenhausen et les villes de Ravensburg, Wangen et Buchhorn, avec leurs territoires.

Et à S. M. le Roi de Bade le Duché de Berg.

Néanmoins la présente cession n'aura son effet que quand S. M. le Roi de Bavière sera en possession de la totalité des territoires qui doivent former à l'avenir son Royaume à l'exception de la ville et du territoire de Ratisbonne.

Art.

L'échange des Principautés de Wurzbourg et de Bamberg contre les Margraviats d'Anspach et de Bayreuth étant utile non seulement aux in-

bekanntlich nur zum Theil aufgenommen worden; sie haben vor allem durch die Ueberlassung von Salzburg und Berchtesgaden an Oesterreich und von Würzburg an Toskana eine Verschiebung erfahren, die weitere Aenderungen zur Folge hatte. — Schon vor dem Falle von Ulm hatte Talleyrand übrigens in einer Denkschrift vom 17. October, in der er ein Bündniß mit Oesterreich unter Entschädigung desselben im Osten empfahl, bestimmte Vorschläge für eine Vertheilung des in Deutschland abzutretenden Gebietes gemacht: danach sollte Baden den Breisgau, die Ortenau, sowie die Städte Konstanz und Lindau erhalten, welch letztere der Kurfürst im französischen Interesse mehr als jede andere Macht verdiene, weil er stets gezwungen oder freiwillig Frankreichs Verbündeter sein werde. Die Landgrafschaft Nellenburg sollte eventuell dem Hause Salm-Kyrburg zufallen, die Kommende Mainau aber von dem deutschen Reiche getrennt und mit der Schweiz vereinigt werden. Bertrand, a. a. O. 156 ff.

térêts de la Bavière, mais encore aux intérêts communs des Hauts Contractants, les dites puissances agiront de concert pour faciliter et amener le dit échange.

Art.[1]

Le Royaume de Bavière sera formé:

1⁰ des possessions actuelles de la maison Bavaro-Palatine à l'exception de celles qui ont été cédées par l'article — — et sauf l'échange mentionné en l'article précédent.

2⁰ du ci-devant Evêché de Passau, du district de Burghausen ou de l'Inn, du ci-devant Evêché de Salzbourg, de la ci-devant Prévôté de Berchtesgaden, du comté de Tyrol, des sept Seigneuries du Vorarlberg et de leurs enclaves, du comté de Kœnigseck-Rothenfels, du comté d'Isny, de la ville d'Augsbourg, du ci-devant Evêché d'Eichstædt et enfin de la ville et territoire de Ratisbonne, mais seulement après le décès de l'Electeur Archichancelier actuel.

Art.[2]

Le Royaume de Wurtemberg sera formé:

1⁰ des possessions actuelles de la maison de Wurtemberg.

2⁰ des pays et territoires à elle cédés par la Bavière.

3⁰ du margraviat de Burgau, du haut et bas comté de Hohenberg, du landgraviat de Nellenbourg, de la préfecture d'Altdorf avec leur dépendances, la ville de Constance exceptée, des seigneuries de Tettnang, Argen, Schomburg et Wasserburg et enfin de la ville et territoire de Lindau.

---

[1] [Anmerkung des Originals.]

Nota.

	m. c.	Population	Revenus en florins
La Bavière a maintenant	1077	2 384 000	13 000 000
on lui ôte	86	374 000	1 711 000
Reste	991	2 010 000	11 289 000
on lui donne	693	1 016 000	6 027 000
Elle aura donc	1684	3 026 000	17 316 000
Benéfice net	607	642 000	4 316 000.

Ou près de 4700 lieues carrées de 25 au degré, 3 000 000 de sujets et près de 38 millions de revenu. (Dans ce revenu ne sont compris les biens des ordres de Malte et Teutonique, ni des ordres religieux.)

[2] [Anmerkung des Originals].

	m. c.	Population	Revenus en florins
Le Wurtemberg a maintenant .	186	771 000	4 264 000
On lui donne:			
Possessions bavaroises	32	76 300	781 000
id. autrichiennes . . .	83	151 000	850 000
	301	998 300	5 895 000.

Art.[1]

Le Royaume de Bade sera formé:

1° des possessions actuelles de la maison de Bade,

2° du Duché de Berg à elle cédé par la maison de Bavière,

3° du Brisgau, de l'Ortenau, de leurs dépendances et enclaves, du comté de Bondorf, de la ville de Constance et de la commanderie de Mainau.

Art.

Immédiatement après l'échange des ratifications du traité de ce jour et de la présente convention, L. L. M. M. les Rois de Bavière, de Wurtemberg et de Bade entreront en possession des pays et territoires assignés à chacun d'eux et non occupés par l'ennemi et y exerceront tous les droits de souveraineté et de jurisdiction, conformément au traité susdit.

Art.

En retour de la cession et de la garantie stipulées à l'article 1er, L. L. M. M. les Rois de Bavière, de Wurtemberg et de Bade, désirant de donner à S. M. l'Empereur des Français dans la personne de ses généraux, à l'armée française en général dans la personne de ses chefs et à la nation française dans la personne de ses principaux citoyens un témoignage de leur profonde estime et de leur éternelle reconnaissance, avaient eu l'intention d'ériger les possessions des ordres militaires religieux ou mixtes situées dans leurs états en domaines nobles, à chacun desquels aurait été affecté un titre pris de l'une des victoires remportées par l'armée sous le commandement de S. M. Impériale et Royale, pour être les dits domaines possédés héréditairement par les officiers de la dite armée auxquels S. M. aurait jugé convenable de les accorder; mais l'offre qu'ils en avaient fait n'ayant pu être agréé par S. M. l'Empereur et Roi, qui n'a pas cru qu'il fût compatible avec les constitutions de son Empire ni même avec la nature des choses, que des Français fussent revêtus de titres héréditaires qui ne seraient point assis sur des domaines situés en France et d'où naîtraient conséquemment pour eux des obligations souvent opposées

[1] [Anmerkung des Originals.]

	m. c.	Population	Revenus en florins
Bade a maintenant . . .	131	434 000	3 000 000
On lui donne:			
Possessions bavaroises .	54	280 000	1 000 000
id. autrichiennes	51	166 000	500 000
	4½	8 000	56 000
	1	8 000	20 000
	241½	896 000	4 576 000.

à leurs obligations comme Français, et qui d'ailleurs a déclaré qu'elle ne remplirait point le vœu des généraux et officiers de la grande armée, en réservant pour eux seuls des distinctions et des récompenses qu'ils aimeront à partager avec ceux de leurs concitoyens qui, placés dans d'autres carrières, ont rendu comme eux d'éminents services à la patrie, L. L. M. M. les Rois de Bavière, de Wurtemberg et de Bade ont prié S. M. Impériale et Royale d'approuver que leur désir susdit soit rempli quant à son objet, mais par tel autre moyen qu'Elle jugera le plus convenable, ce à quoi Sa dite Majesté a bien voulu consentir[1].

Art.

L. L. M. M. les Rois de Bavière, de Wurtemberg et de Bade s'engagent à faire verser dans le délai de — — après la paix, entre les mains du grand trésorier de la légion d'honneur, chacun la somme de six millions de florins d'Empire[2].

Art.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées dans le délai de — —

Pariser Archiv.

---

394. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 29. November 1805.

[Oehl ohne Nachricht aus Karlsruhe. Eröffnung sämmtlicher Depeschen. Karl Schulmeister. Beschwerde bei Savary. Entsendung eines Bevollmächtigten zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen.]

Ayant été toute la quinzaine que je suis ici sans nouvelles de Carlsrouhe, ma patience a fini par se rompre et par chercher coûte qu'il coûte la raison d'un silence aussi extraordinaire, c'est dans le mémoire ci-joint[3] que V. A. S. trouvera, de quelle manière on m'a retenu toutes les lettres, même les dépêches, et ce que j'ai fait pour les réclamer officiellement.

L'officier de police étant averti de cette démarche est venu me prier pour tout au monde, de ne pas trahir sa confiance, sans cela il serait fusillé sur-le-champ, il m'a montré les lettres à Gravenreuth et Geismar pareillement ouvertes et m'a fait lire son ordre qui porte de les ouvrir

---

[1] Die Grundzüge des Planes finden sich in der obenerwähnten dritten Denkschrift. Vergl. weiter Bertrand, a. a. O. 198.

[2] Zur Dotirung französischer Offiziere.

[3] Schreiben an General Savary vom gleichen Tage; Oehl theilt demselben darin mit, daß sämmtliche für ihn bestimmten Depeschen, wie er erfahren, erbrochen und nach Brünn verbracht worden seien, und beschwert sich über diese Maßregel.

indistinctement toutes; au reste il m'a promis de me les faire rendre, les *miennes toutes*.

Pour preuve de son zèle il m'a donné sur-le-champ la lettre dont S. A. Msgr. le Margrave Louis a daigné m'honorer le 10 de ce mois quelle[1] n'a pas été ouverte, sur ma demande ce que les lettres et dépêches interceptées contenaient, il m'a dit, qu'elles contenaient un mémoire contre le recrutement à Philippsbourg, un autre contre l'établissement d'un hôpital à Bruchsal et contre les livraisons qui se continuaient de faire[2].

«Tant mieux, — disais-je — je n'aurais donc que me rapporter dans mon mémoire à donner sur ce qu'on a déjà lu», — mais il a fini par me conjurer de ne pas le perdre par la moindre indiscrétion, pendant qu'il était en état de me rendre des services essentiels surtout en suite des nouvelles et des correspondances, il m'a pressé de lui donner ma parole, en assurant qu'il était le frère de Madame Macklot à Carlsrouhe et qu'il tenait par conséquent de bon cœur au pays de Bade.

Comme le tour était maintenant à moi de faire les conditions, je ne suis entré dans sa prière qu'en cas que j'aurais toutes les lettres interceptées dans ma main, et que pour l'avenir il me les remettrait *lui-même* sans les ouvrir, enfin qu'il contresignait les miennes qui allaient partir de sorte, qu'on ne les ouvrît plus en route; sur ces trois conditions je lui ai laissé l'espoir d'entrer.[3]

Au reste on ne peut pas se fier à tout cela, et je n'ose pas faire partir même cette lettre qu'avec une occasion extraordinaire, je dois même changer le papier, parce que je me suis aperçu que le grand art d'ouvrir toutes les lettres, sans qu'on le voit, est celui de décoller le papier et de le fermer, il faut donc chercher du papier un peu plus gris, dont il est impossible de décoller une blanche (sic!) sans le voir et l'apercevoir.

---

[1] Sic! Derlei grammatikalische und stilistische Verstöße begegnen bei Oehl häufig.

[2] Diese Angaben, die sich mehrfach mit dem berühren, was Karl Schulmeister, der berüchtigte Spion Napoleons, in seinen jüngst veröffentlichten Aufzeichnungen von seiner Wiener Thätigkeit erzählt (vergl. L. Ehrhard, Charles Schulmeister, Straßburg 1898, S. 25 ff.), legen die Vermuthung nahe, daß der Polizeioffizier, von dem Oehl hier spricht, Schulmeister selbst ist. Die Vermuthung wird zur Gewißheit durch die folgende Notiz, wonach der Polizeioffizier sich als einen Bruder der Frau Macklot in Karlsruhe zu erkennen gibt; nach gefl. Mittheilungen der Familie Macklot war der Verlagsbuchhändler Carl Friedrich Macklot in der That mit einer Schwester Schulmeisters verheirathet. Der Bericht Oehls bietet also einen weitern Prüfstein zur Beurtheilung der Selbstbiographie Schulmeisters, auf deren bewußte und unbewußte Irrthümer ich schon in der Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, N. F. XIV, 158 hingewiesen habe.

[3] Eine Reihe von Berichten sind in der Folge in der That durch den «préfet de police Charles», wie Oehl in einer Depesche vom 24. December Schulmeister bezeichnet, an ihre Karlsruher Adresse sicher befördert worden.

Les écritures en chiffres ne sont pas envoyées du tout, on les brûle d'abord, il ne reste donc que l'écriture aux physionomies du papier et des lettres, dont j'ai appris le détail, étant secrétaire de légation française chez Mr de Groschlag[1] dans le temps du ministre Vergennes à Paris, mais cette enseigne se trouve ensevelie au milieu de mes collections de recherches et papiers à Carlsrouhe, où personne que moi ne pourra la déterrer à mon retour.

En tout cas c'est une chose très essentielle à donner sur le bureau des affaires étrangères, car on ne sait pas, dans quel cas on puisse venir à la suite, et si même je désirerais maintenant que Mr de Gemmingen me prêtât son chiffre, je ne pourrais pas m'en servir sans risquer de faire brûler la lettre et d'encombrer toute la correspondance à la suite . . .

Nachschrift.

Ankunft von Haugwitz in Wien; Preußen scheint einen Bruch mit Frankreich nicht ernstlich zu beabsichtigen. — Friedensverhandlungen mit Oesterreich stehen bevor.

. . . En tout cas je crois être de mon devoir d'avertir V. A. S. que le temps paraît s'approcher où Elle devrait charger de Ses pouvoirs un homme pour coopérer en tout cas; j'ai fait mon possible en attendant de préparer les choses au mieux, mais V. A. S. trouvera probablement dans les circonstances actuelles convenable d'envoyer Mr le Bon de Reitzenstein ou d'envoyer peut-être des pouvoirs à Mr de Gemmingen.

---

395. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 30. November 1805.

[Manifeste Württembergs und Bayerns. Normann in voller Thätigkeit.]

. . . Les observations ci-jointes[2] circulent ici parmi les diplomates, je ne doute pas que V. A. S. en a déjà vu un exemplaire de même que l'exposé de la cour bavaro-palatine, on m'a demandé déjà plusieurs fois le nôtre et j'ai répondu que l'Electeur, mon maître, avait toujours préféré et préférait encore *d'agir à d'écrire.*

En attendant Mr de Normann[3] avec le conseiller Wucherer et deux secrétaires sont en pleine action ici, il a reçu hier matin un courrier de Stoutgart qu'il allait réexpédier le même soir, mais cela a traîné encore,

---

[1] In Mainz.

[2] Das württembergische Manifest: «Observations sur la situation politique actuelle de Wurtemberg»; vergl. oben S. 335.

[3] Minister von Normann hatte Stuttgart am 11. November verlassen und war am 19. d. M. in Wien zur Wahrung der württembergischen Interessen eingetroffen. S. Roth von Schreckenstein: Phil. Christ. Friedr. Graf von Normann-Ehrenfels. 227.

c'est un homme bien vif que Mr de Normann, qui crie beaucoup et fait valoir son ventre décoré d'un cordon rouge . . .

---

396. Dalberg an Edelsheim.

Mannheim, 1. December 1805.

[Verstimmung Dalbergs.]

J'ose adresser à V. Exc. quelques observations qui me concernent[1]. Daignez en faire usage; si V. Exc. préférait de les transmettre à l'Electeur en forme d'un rapport, fait comme l'organe du corps diplomatique envers le souverain, je n'ai rien à observer et je Lui laisse pleine liberté d'y changer tout ce qui lui paraîtra ne pas devoir lui être dit . . .

---

397. Karl Friedrich an Talleyrand.

Karlsruhe, 2. December 1805.

[Schreiben des Kurfürsten von Württemberg. Vorgehen desselben gegen die Ritterschaft und die geistlichen Ritterorden. Bedrohung der badischen Interessen. Nachahmung des württembergischen Beispiels mit Zustimmung Napoleons. Entsendung Reitzensteins ins Hauptquartier. Vollmacht für die Friedensverhandlungen.]

Une lettre que je viens de recevoir de l'Electeur de Wurtemberg[2] m'apprend officiellement de sa part que ce prince, mon voisin, s'est vu dans le cas de se mettre en possession de la supériorité territoriale sur tous les biens de la Noblesse immédiate, des corporations ecclésiastiques encore existantes et des Ordres Teutonique et de Malte situés ou dans ses états ou à leur proximité. L'Electeur me marque en même temps que cette mesure lui a été dictée par l'urgence des circonstances, et qu'il ne doutait pas que moi-même n'aie été prévenu également des motifs qui l'avaient rendue nécessaire. Cette insinuation me doit faire supposer que l'Electeur de Wurtemberg ait été à même de s'assurer préalablement de l'approbation de S. M. l'Empereur et Roi, ou que même il ait été formellement invité de la part du Gouvernement français à cette démarche; il paraît encore que l'Electeur lui-même suppose que j'aie dû recevoir une autorisation pareille, ou que je sois à la veille de l'obtenir. J'ai donc cru ne devoir point balancer non plus d'adopter des mesures qui paraissent être dans les intentions de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie,

---

[1] Das betr. Schreiben, ohne Datum, liegt bei; sein wesentlicher Inhalt ist von Edelsheim in anderer, nach Rücksprache mit Dalberg gemilderter Fassung, in Form eines Berichts dem Kurfürsten mitgetheilt worden. S. Nr. 399.

[2] Vom 26. November. Siehe Anhang 1.

dans la haute sagesse et la protection duquel je n'ai cessé de me confier. V. Exc. est trop juste pour ne pas en apprécier les motifs dans toute leur importance. La mesure annoncée a déjà été mise à exécution par l'Electeur de Wurtemberg, et même dans des endroits entièrement enclavés dans mes états; on a tenté de l'étendre jusqu'à des fiefs relevants de ma maison. Tout me fait donc un devoir de m'assurer le plus directement possible du consentement que je dois supposer avoir été donné par Sa Majesté, ainsi que de l'étendue dans lequel il doit être pris. Les intérêts de mes états exigent en outre impérieusement que j'adopte cette marche pour empêcher des empiètements qui, loin de consolider le repos de l'Allemagne, deviendraient le germe de dissentions éternelles. Cette mesure de précaution est donc une nécessité évidente. Je me dispose à l'adopter avec la plus grande confiance dans l'espoir de ne contrevenir par là en rien aux intentions de S. M. l'Empereur et Roi. Neànmoins V. Exc. ne trouvera pas hors de propos, que je désire d'en recevoir la confirmation d'une manière moins indirecte que jusqu'ici. C'est dans cette fin et pour avoir l'honneur de s'aboucher là-dessus avec V. Exc. ou avec la personne qu'Elle voudra bien désigner pour cela, que je me suis décidé à envoyer auprès d'Elle mon ministre du cabinet[1], le Bon de Reitzenstein, en qui V. Exc. voudra me faire la faveur de mettre une confiance d'autant plus illimitée, qu'il en a déjà été honoré par Elle pendant tout le temps de sa mission à Paris[2]. Je ne puis pressentir, M^r le ministre, si V. Exc. voudra écouter les communications que je désirerais certainement pouvoir Lui faire parvenir à cette occasion relativement aux objets dont l'acquisition conviendrait le plus à ma maison et au bien de mes états. J'ai ordonné au Bon de Reitzenstein de s'en tenir quant à ce point aux indications que V. Exc. Elle-même aurait la bonté de lui donner. Permettez donc, M^r le ministre, que je me borne à Vous exprimer, qu'il est en même temps chargé de toutes les instructions et de mes pleins pouvoirs relativement à ce grand objet qu'il pourra entamer dès que V. Exc. le lui permettra; Elle a bien voulu me donner dans la négociation des indemnités des preuves trop fortes de Ses intentions bienveillantes envers moi et mon pays, pour que je puisse douter qu'Elle ne soit disposée à faire encore dans la conjoncture actuelle tout ce dont je puis me flatter d'un ministre aussi éclairé sur les grands intérêts de la France et sur leur connexité parfaite avec ceux des trois

---

[1] Seit dem Herbst 1805 erscheint Reitzenstein als Cabinetsminister; das nähere Datum seiner Ernennung ist nicht bekannt, ebenso fehlen alle Acten über die Bildung und die Einrichtung des Cabinetsministeriums.

[2] Schon am 27. November hatte Edelsheim Oehl gegenüber von einer bevorstehenden «mission extraordinaire» gesprochen: «d'une personne à laquelle Vous avez déjà voué tous les sentiments qu'elle mérite à si justes titres».

maisons électorales du midi de l'Allemagne. Si les circonstances actuelles appellent ma maison au rang, auquel elle semble destinée par son ancienneté et par l'unité d'intérêts qu'elle a toujours eue avec la France, il me sera bien agréable de le devoir aux bontés de V. Exc. et à la haute protection de S. M. l'Empereur et Roi . . .

---

398. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 3. December 1805.

[Schlacht von Austerlitz. Frankreich wird sich nicht mehr mit den früher festgestellten Friedensbedingungen begnügen.]

Préparé de partir pour Brünn le général de Geismar retourne, et Mr Maret me donne en même temps la nouvelle d'une victoire complète remportée par les Français sur les Russes . . .; si elle se confirme, comme il n'est presque pas de doute, notre sort de l'Allemagne sera jeté, car maintenant je ne crois plus aux principes qu'on a tâché de ménager à Munich et même encore ici il y a quelques jours, on tâchera de surpasser en dépit des Prussiens les bornes et on finira par le nord où les Prussiens ont voulu faire tant de séparation.

Je suis invité d'aller chez Mr Talleyrand, et si le résultat est aussi important que je l'espère, V. A. en doit être informée par une voie extraordinaire . . .

---

399. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 4. December 1805.

[Dalberg durch die Mission Reitzensteins verletzt. Absichten auf die Wiener Gesandtschaft. Urlaubsgesuch.]

Le Bon de Dalberg s'est présenté chez moi hier au soir et m'a prié de soumettre à V. A. S. E. quelques observations concernant la position dans laquelle on paraît vouloir le placer. En voici le résumé.

Ce qui lui est revenu de toutes parts des différentes dispositions relatives au prochain départ de Mr le Bon de Reitzenstein et de sa mission, connue de la majeure partie du public, lui donne la conviction qu'on cherche à l'écarter du service ou qu'on a au moins l'intention de le tenir éloigné des affaires qui concernent sa mission près du gouvernement de France . . .

Dalberg ersucht um klaren Aufschluß über seine Stellung.

. . . Il m'a dit que la bonne opinion de V. A. S. E. et du public lui importaient plus que son poste. On a voulu lui insinuer, Monseigneur,

qu'on lui réservait celui de Vienne, lorsque cette mission serait remplacée après la paix et qu'il devait en attendant continuer à se trouver accrédité à Paris. Si cela était en effet la disposition de V. A. S. E., il croirait devoir s'y soumettre comme n'étant en rien contraire à son honneur. Il demanderait seulement que, pendant que nulle affaire peut se traiter à Paris et que tous les renseignements officiels et particuliers confirment l'impossibilité absolue d'y poursuivre le moindre objet, il obtienne un congé limité par le besoin qu'il y aurait de ses services à Paris en autre part . . .

Entwurf Dalbergs.

400. Karl Friedrich an Edelsheim.

Karlsruhe, 4. December 1805.

[Dalberg hat keinen Anlaß, sich gekränkt zu fühlen. Verbleibt in Paris. Urlaub bewilligt.]

Je ne saurais trouver une sorte d'abandon pour Mr de Dalberg dans la résolution que j'ai prise de charger Mr de Reitzenstein d'une mission pour le congrès, qu'il serait possible qu'il y eût dans les circonstances actuelles, pendant qu'il n'y a pas un seul des ministres et envoyés accrédités près du gouvernement français qui ait obtenu jusqu'ici cette même destination de sa cour.

D'après mes intentions Mr de Dalberg continuera sûrement, Monsieur, à se trouver accrédité à Paris, où en attendant il se trouverait toujours plusieurs affaires à poursuivre comme p. e. la négociation sur l'octroi de navigation etc.

Mais comme il paraît que Mr de Dalberg ne s'en occupe point, je ne m'oppose pas que le congé limité qu'il demande par Votre lettre d'aujourdhui, Monsieur, lui soit accordé.

401. Karl Friedrich an Marschall Berthier.

Karlsruhe, 6. December 1805.

[Gewaltmaßregeln gegen Fürstenberg. Verwendung zu dessen Gunsten.]

La régence de la principauté de Furstenberg qui administre ce pays en curatèle, m'a notifié[1], qu'en vertu des ordres de S. M. I. et R. adressés par V. Exc. à Mr le maréchal de l'Empire Augereau, le prince de Fursten-

[1] Durch Schreiben vom 2. December, in welchem sie um die Fürsprache ihres „edlen, großmüthigen und für das f. Haus Fürstenberg immer vorzüglich gut gesinnten Nachbars" ersucht. Geh. Rath Würth, der dasselbe überbringt, versichert, seine Regierung habe weder vor noch während des Krieges Oesterreich irgendwie mit Mannschaft, Geld oder „andern Kriegserfordernissen" unterstützt. Note vom 5. December. Zur Sache vergl. oben S. 377 Anm. 2.

berg pour être suspecté l'ennemi de la France et d'avoir fourni son contingent à l'Autriche, doit être déchu de ses états, qu'il y sera établi une commission provisoire du gouvernement et que ses troupes seront désarmées et faites prisonniers de guerre[1]. Elle m'a assuré en même temps d'une manière digne de foi que le reproche qui a attiré ce sort inattendu au pays n'est fondé que sur une erreur et m'a prié instamment d'interposer mes bons offices auprès de S. M. I. et R., pour qu'Elle daigne révoquer cette mesure de rigueur.

In seiner Eigenschaft als Condirector des schwäbischen Kreises, sowie Director des schwäbischen Kreisviertels, zu dem Fürstenberg gehöre, entspricht der Kurfürst dem Ansuchen und erwartet von der Gerechtigkeit des Kaisers, daß den Vorstellungen Rechnung getragen werde. Berthier möge hierzu das Seinige beitragen.

Concept Edelsheims.

402. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 6. December 1805.

[Talleyrand wünscht Oehls Verbleiben in Wien. Gesteigerte Forderungen Frankreichs. Haugwitz.]

Dans mon rapport allemand[2] se trouvent les nouvelles du jour et des entrefaites relatives à ma mission. Le général de Geismar part aujourd'hui pour Stoutgart . . . et je m'empresse de faire part à V. A. S. que

1) l'Empereur des Français ayant demandé son ministre des affaires étrangères, Mr Talleyrand, je me suis rendu chez lui pour demander, si je devais le suivre ou rester ici avec les autres; après une conférence très longue qu'il a eue avec Mr de Haugwitz il m'a dit d'attendre ici tranquillement son retour, que l'Empereur portait les intérêts des Electeurs dans son esprit et qu'on aura lieu d'être content avec lui, au reste

2) je m'aperçois que le système ébauché à Munich a bien changé depuis la marche des victoires, c'était à Braunau dans le premier entretien que j'ai eu avec le ministre et secrétaire d'état Maret que je m'en suis douté, et il s'agit effectivement de détacher les états de toute influence de la maison d'Autriche, sur quoi

3) Mr de Haugwitz, craignant voir arriver la même chose au nord de l'Allemagne, se trouve très embarrassé, pendant que l'Electeur de Wurtemberg commence par saisir absolument tout ce qui se trouve dans ses états et même dans son voisinage comme par exemple à Oettingen Wallerstein . . .

[1] Wörtliches Citat aus der abschriftlich beiliegenden Ordre Augerans, dat. Stockach, 19 brumaire an 14. — Vergl. weiter Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Bonaparte, S. 197.

[2] Vom gleichen Tage.

Je ne manquerai pas de fixer mon attention surtout aux démarches de Mr de Haugwitz qui ne joue pas le rôle le plus agréable ici dans ce moment-ci et qui se mettra probablement entre deux chaises . . .

---

403. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 8. December 1805.

[Abreise Normanns nach Austerlitz. Oehl wird ihm folgen. Peinliche Lage; ohne Instruktion.]

Hier soir le ministre Normann de Wurtemberg est parti pour Austerlitz sans avoir été appelé, sans encore avoir reçu de réponse à la demande qu'il a faite par écrit à Mr de Talleyrand, s'il devait le suivre.

J'espère que V. A. S. a bien reçu tous mes rapports depuis mon séjour ici et comme l'instruction particulière que j'ai demandée tant de fois ne m'est pas arrivée jusqu'à ce moment-ci, comme je crois être de l'intérêt du service de me rendre également à Austerlitz, je pars sans attendre plus longtemps.

Ne connaissant pas du tout la convention particulière entre la France et l'Electorat, excepté le seul article 10 qui n'a pas été rempli, je ne peux pas me rapporter sur les autres, ni partir d'un principe sans risquer de confondre un autre, c'était mon embarras jusqu'ici, sans cela je serais bien plus avancé.

Maintenant où il s'agit peut-être de quelque chose de plus que de préliminaires seules, maintenant où la base va être réglée, je ne peux plus balancer entre une confiance qu'on m'a accordée et une autre qu'on ne m'accorde pas, n'étant pas accoutumé de me forcer par des indiscrétions dans le secret.

J'imagine toujours que S. M. l'Empereur Napoléon fera la paix avec la même célérité qu'Elle a fait la guerre . . .

Si on m'avait fait passer en attendant pour le moins une lettre ministérielle à Mr de Talleyrand; mais comme il est du devoir d'un véritable honnête homme de rester toujours assujetti au service, j'ai l'honneur d'observer à V. A. S. que je commencerai demain à mon arrivée à Nikolsbourg, où le congrès se tient, par féliciter S. M. l'Empereur au nom de V. A. de la victoire dernière remportée et que je remettrai Ses intérêts dans ses soins paternels . . .

---

404. Karl Friedrich an Napoleon.

Karlsruhe, 10. December 1805.

[Glückwünsche zum Siege von Austerlitz.]

Quelqu'accoutumée que soit l'Europe aux prodiges qui signalent toutes les actions de S. M. I. et R., la victoire complète qu'Elle vient de remporter sur les armées combinées en Moravie, le 2 de ce mois, ajoute un nouvel éclat aux lauriers dont Sa gloire est déjà couverte.

En prouvant qu'aucun effort ne peut résister à Sa présence et à Son génie, Elle confirme l'admiration que Lui ont consacrée depuis longtemps Ses contemporains et qui passera à la postérité la plus reculée. La confiance dans Sa haute protection n'en saurait qu'augmenter ainsi que la profonde gratitude qu'inspire tout ce qu'à cette importante époque Elle fait pour le salut et l'indépendance de l'Allemagne . . .

Concept Edelsheims.

---

405. Oehl an Karl Friedrich.

Brünn, 10. December 1805.

[Oehl in Brünn. Eröffnung der Verhandlungen mit Bayern und Württemberg steht bevor. Oehls Vollmacht zum Vertragsschluß nicht ausreichend.]

Oehl ist dem diplomatischen Corps nach Brünn gefolgt: «j'ai commencé par voir Mr de Thiard qui m'a assuré que Mr de Normann n'avait pas encore reçu d'audience et, comme S. M. l'Empereur souffrait un peu de ses yeux, il serait difficile de l'obtenir.»

Allant trouver Mr Talleyrand, il m'a fait part qu'on allait négocier avec les plénipotentiaires des Electeurs alliés et, comme ceux de Bavière et de Wurtemberg avaient des pouvoirs pour cela, peut-être encore aujourd'hui on allait commencer[1], je lui ai recommandé les intérêts de l'Electorat de Bade et l'ai pressé de me faire tenir les intentions de S. M. l'Empereur, ce qu'il m'a promis encore pour aujourd'hui . . .

In einem deutschen Bericht vom gleichen Tage bemerkt Oehl, Talleyrand habe seine Vollmacht zwar hinreichend befunden, „mir die Anträge bekannt zu machen, welches er auch zu thun versprach, aber nicht «pour conclure et signer», wie solche die Andern haben". Im Uebrigen habe der Minister versprochen, ihn rufen zu lassen, wenn es nöthig sei.

---

[1] In der That werden die Separatverträge mit Bayern und Württemberg noch am 10. bezw. 11. December unterzeichnet. Gedruckt bei De Clercq, Recueil, II, 135 ff.; 138 ff.

406. Karl Friedrich an Reitzenstein[1].

Karlsruhe, 13. December 1805.

[Geldmangel. Heimzahlung aller Forderungen an Oesterreich im Frieden.]

Die große Schwierigkeit, sich dermalen durch Anlehen baares Geld zu verschaffen, dessen man denn doch bei den eingeleiteten Friedensnegociationen zu Herstellung des Staatscredits und zu so manchen vorzusehenden schweren Ausgaben dringend benöthigt ist, hat Mich auf den Gedanken gebracht, ob es nicht möglich wäre, durch den Schutz des französischen Kaisers Majestät, — den durch höhere politische Gründe der neuen Constitution des südlichen Deutschlands sich motivirenden Länderzutheilungen unabbrüchig, — vorläufig und allenfalls sogleich bei der Ratifikation der bevorstehenden Friedenstraktaten aus dem angefüllten österreichischen Staatstresor alle Forderungen an das österreichische Kaiserhaus sowohl Meines Kurhauses und der Prinzen, Meiner Söhne, als auch des Landes, — es mögen solche von Vorlehen, von dem anmaßlichen Heimfallsrecht und dem Sequester oder von Lieferungen und sonstigen Präſtationen herrühren, — in baarer, klingender Münze heimbezahlt zu erhalten[2].

Abschrift aus Reitzensteins Nachlaß.

---

407. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 14. December 1805.

[Der Brünner Vertrag vom 12. December. Gefahr im Verzug. Verhandlungen mit Talleyrand. Resultat.]

Oehl ist dem kaiserlichen Hauptquartier, das am 12. December nach Schönbrunn verlegt wurde, am Tage darauf gefolgt und nach Schönbrunn übergesiedelt.

. . . Ehe ich abging, ließ mich der Minister der auswärtigen Angelegenheiten H. Talleyrand zu sich einladen, ich hatte vorher schon erfahren, daß er mit den Bayern und Württembergern unterhandelt habe; . . . nun fand ich Gelegenheit, mich selbst zu überzeugen und von dem H. Minister selbst officiell sogar zu erfahren, daß, ehe der Friede mit Oesterreich geschlossen werde, die Unterhandlungen mit den drei verbündeten Kurhöfen beendet sein müßten, weil die an solche von Oesterreich zu machenden Abtretungen in diesem Frieden förmlich eingerückt und wechselseits garantirt werden sollten . . .

Auf diesen Eingang folgte die Wiederholung der in München bereits geäußerten drei Hauptbasen[3], wovon man blos in den Souveränitätsrechten, die

---

[1] Abschrift von der Hand des H. Geh. Rath Dr. von Weech, der sie dem Nachlasse Reitzensteins vor dessen Vernichtung entnommen, im Karlsruher Archiv.

[2] Der Kurfürst kommt später noch einmal auf den Vorschlag zurück; die Ausführung desselben verbot sich indes durch die Nothlage der österreichischen Finanzen von selbst.

[3] Oben S. 357.

den drei Kurfürsten beigelegt und von Oesterreich mitgarantirt werden sollten, abging oder vielmehr weiterging. Die bekannten Eigenschaften des Herrn Kurfürsten von Württemberg, die nagende Eifersucht gegen Bayern, haben ihn dahin gebracht, sich sogar den Königstitel gleich Bayern ausdrücklich zu bedingen. Sobald aber die Souveränitätsrechte eines Staats durch die Mächte anerkannt sind, hat der Souverän selbst das Recht, sich die Krone auf das Haupt zu setzen, und es scheint mir etwas kleiner, sich die Krone von Andern auf das Haupt setzen zu lassen; übrigens hängt es nur von Ew. Kf. D. Willen allein ab, dasselbe wie Württemberg ausdrücklich zu bedingen . . .

Nicht nur hohe Zeit war es, sondern es haftete wirkliche Gefahr auf dem Verzuge, daß ich in Brünn zugegriffen habe, es wäre sonst von dem schönen Breisgau in eben dem Maße mehr verloren gegangen, als die Bedingnisse für die Oesterreicher bei dem Wiedernahen der Kaiserhöfe unter sich günstiger werden, mithin an Bayern nicht so viel als man versprochen hatte, gegeben werden konnte, hierdurch geschah sehr natürlich, daß den Württembergern ein und anderes schon Zugesagte entzogen und Bayern gegeben ward . . .

Ich habe die Sachen immer, wie sie waren, in meinen vorhergehenden Berichten treu geschildert, es scheint aber, man hielt den Ausgang noch nicht so nahe oder glaubte ihn noch an mehr Dornen von Präliminarien gebunden. Gegen die bisherigen Kriegslieferungen und die Abtretung der von den Franzosen besetzten Rheininseln bekömmt das Kurhaus Baden für nun und immer 1) das Breisgau «et ses dépendances» außer jenem, was im Württembergischen und östlich der Linie vom Schlegelberg bis Molbach, sodann außer den Städten und Gebieten von Villingen und Bräunlingen gelegen ist, 2) die Ortenau, 3) die Stadt Konstanz, 4) die Kommende Mainau.

Sowohl alle diese als die übrigen Kurlande erhalten die vollen Souveränitätsrechte . . . und deren Integrität wird von Frankreich ebenso garantirt, wie Baden die Besitzungen dieser Kronen garantiren soll.

Da nun meine Vollmacht nicht bestimmt genug, sondern blos in den Worten «in allen durch die bevorstehenden Kriegsereignisse veranlaßten Vorfallenheiten freundschaftliche Communikation zu pflegen» bestanden[1], mußte ich eine längere Frist und ausdrückliche Genehmigung erbitten, die dann auch gestattet ward, mithin nach 25 Tagen füglich eintreffen kann. Es ist keine Prätention denkbar, die ich nicht bei dieser Gelegenheit noch auf die Beine zu bringen suchte; es hielt mir aber schwer, nur Kehl zu behaupten und die Parcellen nach dem obern Fürstenthum zu sichern, sofort noch einige von den Württembergern verlangte Theile des Breisgaues zu erhalten . . .

Es steht nunmehr fest, daß die Lieferungen, die Baden für die französische Armee geleistet, nicht vergütet werden.

---

[1] Vergl. oben Nr. 359.

408. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 14. December 1805.

[Der Brünner Vertrag vom 12. December. Die württembergischen Erwerbungen im Breisgau. Schritte wegen St. Blasien. Fürsorge wegen des Rückmarsches der französischen Armee. Unterredung mit Talleyrand über den Sequester. Charakteristik.]

Oehl hat in der letzten Nacht eine wichtige Depesche durch den württembergischen Curier nach Cannstadt abgefertigt, von wo sie durch Stafette an den Kurfürsten weiterbefördert wird[1].

. . . Le seul inconvénient est que je n'ai pas pu envoyer et risquer la pièce originale, mais je proteste que la copie faite par moi-même, ne pouvant absolument la faire dresser par un autre, est exacte, l'original même est écrit de ma main et en présence de Mr de Talleyrand qui a travaillé avec moi. Personne n'en est instruit, surtout ici . . .

En attendant il y a au moins quelque chose qui me console sur les pièces du Brisgau que les Wurtemberg[eois] nous ont détachées L'Autriche a dû voir et se persuader par cela que ce n'était pas la cour de Bade, toujours conséquente et fidèle à ses principes de ne vouloir pas au bien d'autrui, que ce n'était pas dans la religion de V. A. S. de vouloir accaparer le Brisgau, que c'était bien le Wurtemberg qui a commencé à en avaler déjà une bonne partie, avant qu'on a[it] dû sauver le reste pour la cour de Bade.

Etant allé ce matin à Schoenbrunn pour prendre des renseignements sur St-Blaise dont Mr Talleyrand m'avait levé le voile, comme s'il n'en était pas encore disposé, l'Empereur a été trop occupé pour me voir, et l'on m'a promis de me faire tenir l'heure . . . Mon étude la plus rigide doit être dès ce moment-ci de faire cesser ou diminuer au moins chez l'intendance de l'armée les réquisitions sur les lieux d'étapes, parce que je suis maintenant bien sûr, comme je m'en suis douté toujours, que rien du tout n'en sera payé.

Revenu de Schoenbrunn j'ai été voir mon homme[2] pour avoir les dépêches et lettres arrivées en attendant ici, il a tenu sa parole, et je les ai eues toutes . . . sans qu'elles ont été ouvertes; le rapport allemand ci-joint[3] contient en partie la suite; quant aux ordres précieux que V. A. S. m'a fait parvenir par S. Exc. M^r le B^on d'Edelsheim, je suis bien aise de voir arriver un plénipotentiaire qui ait toutes les connaissances requises du

---

[1] Depesche Nr. 26 vom 13. December fehlt. Sie enthielt, wie sich aus dem Folgenden ergibt, die erste Nachricht von der Unterzeichnung des Brünner Vertrages vom 12. December nebst einer Abschrift. Das Original des Vertrages ist in Karlsruhe vorhanden; da der Wortlaut mit Ausnahme des ersten geheimen Artikels völlig mit dem des definitiven Vertrags vom 20. December übereinstimmt, wird er erst unter diesem Datum mitgetheilt.

[2] Schulmeister. Vergl. oben Nr. 394.

[3] Nr. 407.

dernier traité dont je n'ai pas même pu nommer le jour et la date à Mr Talleyrand; mais je répète que je préfère de passer chez les Français pour un négociateur maladroit que pour un envoyé sans instruction; malgré que ce plénipotentiaire dont on m'a caché même encore le nom[1] arrive bien tard, il pourra aisément reprendre le fil, vu que les objets principales (sic!) ne peuvent plus être diminués par des autres . . .

Talleyrand wird in Brünn nur bis zur Unterzeichnung des Friedens mit Oesterreich verweilen.

. . . Quant au retour successif des troupes c'est un objet principal, de ne pas les faire passer *partout* par les étapes, j'ai commencé depuis ce matin où j'ai été à Schoenbrunn par prier S. Exc. Mr le maréchal Berthier d'en faire la répartition en conséquence de sorte que la partie détachée par les gorges du Tirol et la Suisse puisse faire filer la plupart des autres; «cela dépend de l'Empereur», — m'a-t-il répondu; «mais j'espère, — était ma réponse, — aussi de Votre bonté et attention pour les trois Electeurs» . . .

Entre les pourparlers que j'ai eus avec le premier[2] à Brünn, j'ai fait mention du séquestre autrichien sur les effets de V. A. S. à Vienne; la réponse bien singulière que j'ai reçue m'a fait tomber le discours pour ne pas tomber dans des calculs avec la France. Je l'ai relevé dans le même soir à une occasion favorable que cet homme adroit m'a avancée probablement pour me faire revenir sur ce chapitre, mais aussitôt que je me suis aperçu de ses véritables intentions, je l'ai fait tomber d'une manière imperceptible pour la seconde fois; c'est en vérité un homme encore plus fin et plus pénible à traiter que Mr Petiet, qui me gronde et après cela revient toujours au moins de quelque chose, mais celui-ci ne revient absolument de rien et insiste sur tout ce qu'il veut d'une manière incroyable, égale à des caprices mêmes. Or son caractère n'est pas toujours le même, quelquefois il m'accueillit d'un petit sourire, quelquefois il m'a fait une mine du diable, et si je me souviens qu'il a été un archevêque, c'est le seul moyen d'accorder tout cela ensemble . . .

---

409. Talleyrand an den Staatssecretär Maret.

Brünn, 25 frimaire an 14 (16. Dec. 1805).

[Napoleon fordert Abtretung Kehls. Staatsrechtliche Bedenken Talleyrands. Gegenvorschlag und Antwort des Kaisers.]

S. M. l'Empereur m'a renvoyé, Monsieur, le traité ci-joint, en m'ordonnant d'y faire insérer une clause par laquelle l'Electeur de Bade cède

---

[1] Vergl. oben S. 130, Anm. 2.

[2] Talleyrand.

Kehl à S. M.[1] Je me trouve dans l'impuissance de remplir les intentions de S. M., parce que le plénipotentiaire badois a quitté Brünn immédiatement après la signature du traité et que j'ignore où il est maintenant. D'un autre côté, l'Electeur ne peut comme état d'Empire aliéner à une puissance étrangère aucune portion du territoire Germanique sans le consentement préalable ou sans une ratification subséquente de l'Empereur et de l'Empire. Il me semble donc que la cession voulue par S. M. doit être négociée simultanément avec la cour de Bade, celle de Vienne et la Diète Germanique. S. M. jugera si dans le moment présent il convient de commencer cette triple négociation.

Si S. M. voulait éviter l'intervention de l'Empire, il pourrait être stipulé par un article secret que tous les travaux que S. M. jugerait à propos de faire faire à Kehl seraient faits par l'Electeur de Bade lequel s'engagerait à remettre la place à la disposition de S. M. aussi souvent, qu'il en serait requis[2].

Je Vous prie de vouloir bien mettre cette lettre sous les yeux de S. M. et de me faire connaître Ses intentions . . .

Am Rande Rückvermerk Marets: S. M. entend que dans cette convention secrète la cour de Bade mette qu'elle ne s'oppose pas à ce que S. M. garde Kehl. S. M. ne veut avoir besoin pour cela ni de l'Empereur, ni de l'Empire. S. M. ne ratifiera qu'avec cette clause.

Pariser Archiv.

410. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 17. December 1805.

[Sequester. Contingentsstellung. Arrondirung des Breisgaus. Entschädigung für Kehl. Umleitung des Rheins.]

Berichtet über verschiedene Anliegen, die er vorgetragen.

Die Aufhebung des Sequesters, soweit er auf Besitzungen gelegt war, erfolgt eo ipso kraft der Souveränitätserklärung.

Der Vorschlag, daß Baden künftig nur in Kriegen, die am Rhein geführt würden, sein Contingent zu stellen verpflichtet sein solle, wurde französischerseits einstimmig verworfen.

Die Wahrung der Stimmen von Bruchsal und Ettenheim im Fürstenrath wird nicht schwer fallen, doch eignet sich die Forderung nicht zur Aufnahme in den Friedensvertrag mit Oesterreich, da sie zu geringfügig.

---

[1] Die Forderung Napoleons hängt mit seiner Absicht zusammen, aus Kehl einen militärischen Stützpunkt zu machen; vorübergehend war Oehl gegenüber auch davon die Rede, den Rhein um Kehl herumzuleiten.

[2] Vergl. Talleyrands Schreiben an Napoleon vom 17. December, wo nach seinem Vorschlage Kehl zum Schein bei Baden verbleiben, der Kaiser aber der propriétaire réel würde. Bertrand, a. a. O., S. 225.

Die Arrondirung des Breisgaus wird den Gegenstand weiterer Unterhandlungen bilden. „Bonndorf, das früher Baden so trefflich gelegene Bonndorf, ist durch die Württemberger verloren, freilich streicht man mir Konstanz dagegen so sehr heraus, und hat mich mit der Kommende Mainau beruhigen wollen, aber Bonndorf war doch die Perle."

Wegen der Berücksichtigung der badischen Truppen bei der Vertheilung der Contributionen rc. wird der Kriegsminister bezw. der Generalstab die Entscheidung treffen.

„Die Entschädigung der armen Kehler Unterhanen . . . beruht noch immer auf dem relevé der Abschätzungen, die ich bis zur Stunde noch nicht erhalten habe."

„Die Umleitung des Rheinarms um die Befestigung von Kehl ist auf ausdrücklichen Befehl eingestellt." Die Verhandlungen mit Jollivet wegen der linksrheinischen Capitalien der milden Stiftungen sollen bis zu einem besonderen Abkommen ausgesetzt bleiben.

„Die Genehmigung aller in dem Vertrage vom 12. d. M. bestimmten Punkte schließt die Additionalartikel nicht aus, welche ich mithin recht inständig zu beschleunigen bitte."

---

411. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 18. December 1805.

[Ankunft Reitzensteins in Wien.]

Reitzenstein ist am 17. December Abends in Wien eingetroffen. Oehl hat ihm das Original des Vertrages vom 12. December nebst zugehörigem Material und Notizen übergeben.

«Je suis bien aise qu'il soit sur la place pour faire valoir avec son poids et crédit chez les Français, avec sa prudence et habileté connue tout ce qui puisse être encore d'utilité essentielle à l'Electorat.»

---

412. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 18. December 1805.

[Auftheilung der österreichischen Besitzungen in Schwaben unter die Kurstaaten. Die breisgauischen Klöster. Günstige Stimmung für Baden im Hauptquartier. La Besnardière und Oehl.]

Les renseignements puisés sur les bureaux des administrations de la grande armée française en Autriche s'accordent, que la répartition des pays et possessions de la maison d'Autriche en Souabe s'est faite de la manière suivante, savoir:

Le Burgau à la Bavière . . .

Stockach, Altdorf et Rottenburg[1] à Wurtemberg.

Le Brisgau *avec ses dépendances* et l'Ortenau à Bade.

Entre ces dépendances sont compris sans aucun doute et contradiction toutes les possessions, abbayes et couvents que l'Autriche tenait à elle soit par suzeraineté, soit par souveraineté, St-Blaise, Pierre et Trudpert en sont du nombre, et comme l'exception de Bonndorf seul en a été faite en faveur de Wurtemberg, il est clair et évident, que les autres objets dont

[1] Am Neckar. Bis 1805 Hauptort der österreichischen Grafschaft Hohenberg.

l'exception n'a pas été faite y sont cumulativement compris et entrent par conséquent en qualité de dépendances du Brisgau à la maison électorale de Bade . . .

Note. Tous les généraux, les conseillers d'état et les bureaux d'administration, Mr de Talleyrand même et ses secrétaires ont toujours été et sont encore pour moi, il n'y a que le chef de bureau du département des affaires étrangères, ce coquin de La Besnardière[1] (ex-moine), vendu au poids de l'or à Wurtemberg qui m'a probablement voulu faire acheter encore de sa vénalité des choses que j'avais déjà, comme St-Blaise, Trudpert et le reste des couvents dans lesquels je voudrais le renfermer. Je suis persuadé qu'il a coûté bien cher à Normann de saisir cet homme et il en coûtera davantage de le fixer pour lui à la suite, car tous ses plans éphémères sont plutôt conçus qu'assis. Talleyrand s'en aperçoit fort bien, et ce n'est probablement qu'en apparence qu'il laisse les airs à ce coquin d'avoir du large chez lui et de l'ascendant dans son bureau pour accaparer des sommes et les partager avec lui-même à petites reprises réitérées bien des fois.

Comme il m'a laissé encore sur la vérité de St-Blaise et le reste en doute, et comme Mr Talleyrand m'avait assuré qu'il n'en était pas encore disposé, il a été de la plus haute importance de m'en procurer la certitude à mon retour à Vienne chez tous ceux qui entourent l'Empereur, surtout chez les conseillers d'état et à leurs bureaux . . .

Je supplie V. A. S. de ne pas communiquer ces détails, je n'en ai fait part ici qu'à S. Exc. Mr de Reitzenstein qui doit savoir tout ce que je sais pour se reconnaître au quartier général et les personnages très différents qui le composent; la négociation dans un quartier général est quelquefois différente de celle d'une autre (sic!) qu'on entame à une grande cour où le militaire n'influe pas pour autant des choses . . .

---

413. Karl Friedrich an Reitzenstein.

Karlsruhe, 19. December 1805.

[Oehl ohne Vollmacht zum Abschluß eines Vertrags. Modifikation und Zusatzartikel vor Ratifikation wünschenswerth. Artikel 3. Pfälzer Schulden. Geldforderungen an Oesterreich. St. Blasien. Succession der Grafen Hochberg.]

Mit nicht geringem Befremden erhielt Ich heute von Meinem Geh. Referendär Oehl Abschrift einer Convention, welche derselbe für Mich, unter Vor-

---

[1] Jean-Baptiste de La Besnardière, seit 1805 Chef der zweiten politischen Abtheilung im Ministerium des Auswärtigen. Ueber ihn und sein Verhältniß zu Talleyrand vergl. Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand, S. VII; Nouvelle biogr. universelle, 28, 361.

behalt Meiner Ratifikation, zu Brünn am 11. December d. J. (sic!) mit dem Herrn Minister Talleyrand abgeschlossen und ohne Zweifel dem Herrn Cabinetsminister bereits selbst mitgetheilt hat. Diese Convention ist ohne Meinen Auftrag geschlossen und stimmt in Ansehung eines großen Theiles ihres Inhaltes mit Meinen Interessen nicht überein.

Der Geh. Ref. Oehl war von Mir mit einer Vollmacht zu diplomatischen Negociationen nicht versehen, und wenn derselbe von dem Herrn Minister Talleyrand als dazu bevollmächtigt angesehen worden ist, so beruht dies einzig auf dem Mißverstand einer Stelle, welche in der ihm für Kriegscommissariatsverhandlungen ertheilten Vollmacht enthalten ist. Diese Stelle:

> «a l'effet de conférer amiablement dans toutes les circonstances occasionnées par suite des événements de la guerre»

kann nach dem Zusammenhange und nach der in der Vollmacht erklärten Absicht von nichts anderem verstanden werden als von dem, was

> mit den Kriegscommissariatsverhandlungen, nach dem Gange der Kriegsbegebenheiten, in Verbindung steht oder [von] ihnen abhängig ist.

Auf diplomatische Negociation und noch weniger auf Abschließung eines Acquisitions-, Freundschafts- und Allianz-Traktates konnte solche unter keinem Vorwand gedeutet werden. Eine Rechtsbeständigkeit des geschlossenen Traktats läßt sich demnach ohne Ratifikation von Meiner Seite auf keine Weise behaupten.

Diese zu ertheilen würde ich dessen ungeachtet durch die Umstände Mich, wiewohl ungern, bewogen sehen, wenn nur nachher einestheils verschiedene Artikel desselben, namentlich der 5., 7., 8. und 9. ganz aufgehoben oder einer modificirenden Abänderung unterworfen, anderntheils aber noch verschiedene, für Mein Haus- und Staatsinteresse so höchst wichtige, dem Herrn Cabinetsminister zur Genüge bekannte Angelegenheiten negociirt und mittelst einer Additionalconvention festgesetzt werden könnten.

Anlangend insbesondere des 3ten Artikels, so möchte derselbe einer näheren Erklärung noch sehr bedürfen. Soll die deutsche Reichsverbindung noch fernerhin bestehen, so gebührt dem Hause Oesterreich und Preußen in ihrer reichsständischen und landesherrlichen Eigenschaft eine Souveränität in dem Sinne des europäischen Völkerrechts und nach der deutschen Reichsconstitution rechtlicher Weise nicht. Was namentlich die Subordination unter die Reichsgerichte betrifft, so genossen bisher eine Exemtion von der Reichsgerichtsbarkeit das Haus Oesterreich wegen seiner Besitzungen im österreichischen Kreise und wegen Böhmen, sowie vorhin seiner burgundischen Kreislande, dann Preußen blos wegen Schlesien, dessen Verbindung mit dem deutschen Reiche es ohnehin abläugnet, nicht aber wegen seiner übrigen deutschen Staaten, und Kursachsen wegen der Lausitz, sowie ehehin auch das Haus Lothringen. Ferner behauptet Oesterreich eine gänzliche Reichssteuerfreiheit, welche hingegen Preußen nie angesprochen hat. Da sonach die sogenannte

«plénitude de souveraineté» bei Oesterreich und Preußen in Ansehung ihrer deutschen Staaten von sehr verschiedenem Umfange, eine volle Souveränität im eigentlichen Sinne des Wortes hingegen mit der deutschen Reichsverbindung, sofern diese auch in Ansehung Meiner Staaten fortdauern soll, nach der bisherigen deutschen Reichsstaatsverfassung sich nicht vereinbaren läßt, so müßte der 3. Artikel ohne Zweifel einer genaueren Bestimmung unterworfen werden.

Wegen der pfälzischen Staatsschulden hat der Geh. Referendär Oehl eine Uebereinkunft nicht erwirken können. Allein ich besorge sehr, daß diese wichtige Angelegenheit nicht nach ihrem Verhältniß sei vorgestellt worden. Denn bekanntlich ist nicht die Rede davon, daß Pfalzbayern die auf der diesseitigen Rheinpfalz allein haftenden Staatsschulden, sondern nur davon, daß es diejenigen Schulden übernehmen soll, welche von ihm der Rheinpfalz für Ungebühr aufgewälzt werden wollen, obgleich solche theils ihrer Natur nach, theils vermöge des klaren Inhaltes der Schuld- und Pfandverschreibung auf pfalzbayrischen Staaten haften oder der Person des ehemaligen Besitzers der Rheinpfalz ankleben.

Bei dieser Angelegenheit verdient es auch noch besondere Nachforschung, ob etwa Pfalzbayern in dem jüngsten Traktat mit Frankreich sich eine völlige Exemtion von der Reichsgerichtsbarkeit stipulirt hat, in welchem Falle nicht nur die nahe bevorstehende Abschließung der dem Herrn Cabinetsminister bewußten Uebereinkunft mit rheinpfälzischen Gläubigern lit. D.[1] sistirt, sondern auch von der reichsgerichtlichen Klage wider Pfalzbayern abstrahirt werden müßte, worüber Ich einer baldigen Aufklärung entgegensehe.

Nächstdem ist noch die baare Zahlung der diesseitigen Geldforderungen an Oesterreich und die Regulirung der Entschädigung und künftigen Verhältnisse wegen des Sequesters im bisherigen österreichischen Gebiete ein wichtiger Gegenstand, dessen Bestimmung in der Convention vom 11. December außer Acht geblieben ist.

Wegen St. Blasien hat Herr Minister Talleyrand dem Geh. Ref. Oehl versichert:

«qu'il était encore au choix de l'Empereur».

Es ist also zu hoffen, daß deshalb noch eine weitere Negociation stattfinde, sowie wegen der im Breisgau inclavirten Johanniterordens-Besitzungen und wegen der Comitialstimmen von Ettenheim und Bruchsal ꝛc.

Bei dieser Lage der Umstände vertraue Ich zu der bewährten Klugheit Einsicht und Geschicklichkeit des Herrn Cabinetsministers, daß, wenn der Antrag auf eine gänzliche Aufhebung der mit einem Unbevollmächtigten geschlossenen Convention vom 11. December[2] weder räthlich, noch durchzusetzen sein und dann die Abschließung eines ganz neuen, vortheilhafteren, bestimmter gefaßten und er-

---

[1] Gemeint ist die pfälzische Staatsanleihe Lit. D. vom 1. Juli 1796 im Betrage von 6000000. Vergl. Polit. Correspondenz IV, XXXIX.

[2] Karl Friedrich datirt diese erste Convention stets irrthümlich vom 11., statt 12. Dec.

schöpfenderen Traktats nicht mehr zu hoffen sein, sondern die Ratifikation der gedachten Convention unvermeidlich sein sollte, doch wenigstens durch eine Additionalconvention dasjenige näher bestimmt und nachgetragen werde, was nach Meiner, dem Herrn Cabinetsminister bekannten Gesinnung das Interesse Meines kurfürstlichen Hauses noch anderweit erfordert. Zu den in dieser Hinsicht etwa nöthigen mit Meiner Unterschrift versehenen Expeditionen lasse Ich diesem Schreiben vier Blanquets nebst Meinem Siegel beilegen.

Beiliegend auf einem Blatte der eigenhändige Vermerk des Kurfürsten:

«Si après la bévue que Mr Oehl a faite il est encore possible de faire quelque chose, ce que j'espère de Votre zèle et de Votre dextérité, je Vous prie, Monsieur, de faire souvenir l'Empereur Napoléon qu'il m'a promis de procurer à mes fils du second lit le droit de succéder dans l'Electorat».

Abschrift aus Reitzensteins Nachlaß.

---

414. Staatsvertrag zwischen Baden und Frankreich[1].

Wien, 29 frimaire an 14 (20. Dec. 1805).

[Erwerbung des Breisgaus, der Ortenau, der Stadt Konstanz und der Kommende Mainau durch Baden. Souveränitätsrechte. Rheininseln. Besitzgarantien und Bündniß mit Frankreich. Abtretung von Kehl. Verzicht auf Ersatz der Kriegslieferungen.]

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. A. S. l'Electeur de Bade, voulant resserrer de plus en plus les liens de l'amitié qui les unit et accroître par des stipulations nouvelles les avantages de l'alliance qui subsiste entre leurs états, alliance dont S. M. I. et R. désire surtout que S. A. S. E. recueille promptement les heureux fruits, ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Mr Charles-Maurice Talleyrand, grand-chambellan, ministre des relations extérieures, grand-cordon de la légion d'honneur etc.

et S. A. S. l'Electeur de Bade Mr Sigismond-Charles-Jean Bon de Reitzenstein, ministre de son cabinet, grand-cordon de son ordre de la fidélité,

lesquels après avoir échangé leurs pleins pouvoirs sont convenus des articles suivants:

Article 1er.

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, s'engage à faire céder à S. A. S. l'Electeur de Bade par le futur traité de paix avec S. M. l'Em-

[1] Mit dem falschen Datum des 12. December gedruckt bei De Clercq, Recueil des traités de la France, II, 140—143.

pereur d'Allemagne et d'Autriche, le Brisgau (à l'exception de la partie faisant enclave dans les possessions de Wurtemberg et située à l'est d'une ligne tirée depuis le Schlegelberg jusqu'à Molbach[1] et ses dépendances, à l'exception des villes et territoires de Willingen et Breunlingen, l'Ortenau, la ville de Constance et la commanderie de Meinau[2].

Article 2.[3]

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, s'engage à faire insérer dans le futur traité de paix un article[4] par lequel S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche renoncera, tant pour lui, ses héritiers et successeurs, que pour les Princes de Sa maison, leurs héritiers et successeurs respectifs à tout droit, soit de suzeraineté, soit de souveraineté, à toute prétention quelconque, actuelle ou éventuelle, sur tous les états sans exception que S. A. S. l'Electeur de Bade possède maintenant et possédera en conséquence du futur traité de paix.

Article 3.

S. A. S. l'Electeur de Bade jouira sur tous ses états, tant sur ceux qu'il possède actuellement, que sur ceux qu'il possédera en conséquence du futur traité de paix et du présent traité de la plénitude de la souveraineté et de tous les droits qui en dérivent ainsi et de la même manière qu'en jouissent S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. le Roi de Prusse sur leurs états allemands[5].

---

[1] Die Bestimmung dieser Grenzlinie, der die Kohlleffel'sche Karte von Schwaben zu Grunde gelegt wurde, verursacht in der Folge viel Schwierigkeiten und Streitigkeiten mit Württemberg. Der Schlegelberg ist nicht der bekannte, nordöstlich von Furtwangen gelegene Berg, sondern, wie sich aus obiger Karte ergibt, bei Oberbiederbach in der Nähe des Hünersedel zu suchen, wo heute noch ein Zinken den Namen trägt (Topogr. Karte von Baden, Bl. 93). Dagegen bezeichnet die Kohlleffel'sche Karte als Mohlbach irrthümlich einen vom Thurner nach Süden ziehenden, das Josttthal durchströmenden Bach, während durch Protokoll des Waldamts Freiburg vom 25. Januar 1806 außer allen Zweifel gestellt ist, daß die Bevölkerung als Mohlbach einen beim Thurnerhof in der Nähe der Hochstraße entspringenden, an dem heutigen Dorfe Glashütte vorbeifließenden Bach bezeichnete, der sich bei den drei Stegen mit dem Neukircherbach zur Gutach vereinigt und nach der Errichtung einer Glashütte Glashüttenbach benannt wurde. Auf der Karte des topographischen Büreaus (Bl. 118) führt er heute in seinem obern Lauf den Namen Kohlplatzbach, im untern heißt er Glaserbach. Sein Ursprung bildete bis zum Jahre 1805 die Grenzscheide zwischen St. Peter und dem Obervogteiamt Triberg. — Ueber die endgiltige Festsetzung der Grenzlinie durch den procès verbal vom 3. März 1806 vergl. weiter unten.

[2] Vergl. Artikel 8 des Preßburger Friedens.

[3] Ein wörtlich gleichlautender Artikel findet sich in den Verträgen mit Bayern und Württemberg vom 10. bezw. 11. December. Das Gleiche gilt von den Artikeln 3, 4, 6, 7, 8, 9 und 10.

[4] Artikel 15 des Preßburger Friedens. De Clercq, Recueil, II, 149.

[5] Vergl. Artikel 14 des Preßburger Friedens.

S. M. l'Empereur des Français etc. garantit à S. A. S. l'Electeur de Bade la possession et la jouissance des dits droits ainsi que l'exécution des actes qu'il aurait faits ou pourrait faire en conséquence.

Article 4.

Immédiatement après l'échange des ratifications du présent traité, S. A. S. entrera en possession des pays et territoires que S. M. l'Empereur des Français etc. s'est engagé par l'article 1er du présent traité à lui faire céder par le futur traité de paix avec S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, et y exercera tous les droits de souveraineté ainsi qu'il est dit dans l'article précédent.

Article 5.

S. A. S. l'Electeur de Bade déclare qu'il ne formera aucune prétention sur les îles du Rhin occupées par la France.

Article 6.

S. M. l'Empereur des Français etc. s'engageant en sa double qualité pour lui, ses héritiers et successeurs, garantit à S. A. S. l'Electeur de Bade l'intégrité de ses possessions dans l'état où elles se trouveront en conséquence du traité de paix à intervenir.

Article 7.

S. A. S. l'Electeur de Bade garantit l'intégrité des possessions actuelles de la France sur le continent, de même que l'intégrité du royaume d'Italie dans l'état où il sera après la paix qui terminera la présente guerre.

Article 8.

Pour assurer à ces garanties réciproques l'effet qu'il est dans l'intention des hautes parties contractantes de lui donner, il y aura à perpétuité entre la couronne de France d'une part, la couronne d'Italie d'autre part et S. A. S. l'Electeur de Bade une alliance, en vertu de laquelle toute guerre continentale, faite à l'une des dites puissances pour quelque motif et sous quelque prétexte que ce soit, deviendra immédiatement commune aux deux autres[1].

Article 9.

Le cas de l'alliance survenant, et autant de fois qu'il surviendra, les hauts contractants régleront par une convention spéciale le nombre de troupes que chacun d'eux devra mettre en campagne, ainsi que tout ce qui concernera l'entretien, la solde et le commandement de celles que l'un des alliés sera dans le cas de mettre à la disposition de l'autre allié. Mais les hautes parties contractantes s'engagent dès à présent à concerter en-

---

[1] Vergl. Art. 35 der Rheinbundsacte.

semble les opérations de toute guerre commune et à ne point faire de paix séparée.

Article 10.

Le traité d'alliance, précédemment conclu entre les hautes parties contractantes, reste dans toute sa force et sera exécuté suivant sa forme et teneur dans toutes celles de ses clauses auxquelles il n'est point dérogé par le présent traité.

Article 11.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans le délai de vingt-cinq jours, et plutôt si faire se peut[1].

Fait et signé à Vienne le 29 frimaire an 14 (vingt décembre 1805).

Signé: Ch.-M.-Talleyrand.

Sigismond-Charles-Jean Bon de Reitzenstein.

Articles séparés et secrets.

Article 1[2]. S. A. S. l'Electeur de Bade cède et transporte à S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, tous ses droits de propriété et de souveraineté sur la place de Kehl et sur un territoire de cinq cents toises de rayon autour de la dite place.

Article 2. S. A. S. l'Electeur de Bade déclare qu'il ne formera aucune répétition ou demande pour raison d'avances, prestations ou fournitures faites par ses états aux troupes des alliés pendant la guerre actuelle[3].

Les deux articles ci-dessus auront la même force et valeur, que s'ils étaient insérés mot pour mot dans le traité de ce jour. Ils seront ratifiés avec le dit traité et les ratifications en seront échangées en même temps.

Fait et signé à Vienne, le 29 frimaire an 14 (vingt décembre 1805).

Signé: Ch.-M.-Talleyrand.

Sigismond-Charles-Jean Bon de Reitzenstein.

415. Reitzenstein an Talleyrand.

(Wien), 20. December 1805.

[Wünsche und Forderungen. Genauere Fixirung der Grenze gegen Württemberg. Erwerbung von Bonndorf und Nellenburg. Theilnahme Württembergs an den Landesschulden. Die breisgauischen Stifter. Ratifikation des Vertrags.]

L'Electeur, mon maître, ayant reçu par estafette une expédition du traité que V. Exc. a conclu le 12 de ce mois à Brünn avec Mr Oehl, com-

---

[1] Die Ratifikation des Vertrages erfolgte von Seiten Napoleons am 4. Januar 1806 zu München.

[2] Dieser Artikel fehlt in dem Brünner Vertrage vom 12. December, der im übrigen mit dem vorliegenden wörtlich übereinstimmt. Wegen Kehl vergl. Nr. 409.

[3] Der zweite Separatartikel begegnet in gleicher Fassung auch in den Verträgen mit Bayern und Württemberg.

missaire général de S. A. S. E. près l'armée française, vient de m'envoyer par courrier extraordinaire des ordres précis auxquels je dois m'empresser d'obéir.

Mr Oehl n'ayant pas eu des pleins pouvoirs pour entrer dans une négociation diplomatique et l'Electeur ayant daigné me munir des siens à mon départ, S. A. a cru convenable d'attendre pour prendre Sa résolution définitive que j'eusse répondu aux observations qu'on m'a faites et que j'eusse donné les éclaircissements qui m'ont été demandés sans le moindre délai . . . L'Electeur avait cru pouvoir se flatter, surtout d'après la promesse gracieuse que S. M. l'Empereur avait daigné lui faire l'année passée à Mayence et en conséquence des ouvertures que Mr de Thiard avait été autorisé de renouveler à cet égard il n'y a que 3 mois qu'il parviendrait enfin au recouvrement entier du Brisgau et de l'Ortenau, les deux possessions le plus anciennes de sa maison enlevées par la prépondérance d'un voisin injuste . . .

C'est donc déjà sous ce point de vue que l'Electeur, sans qu'on pût le taxer d'une ambition démesurée, pouvait désirer que dans le traité actuel il n'eût été fait aucune distraction de ce pays. Celle qui en a été faite est doublement désagréable non seulement, parce qu'elle amènera des discussions de détail dont on a déjà fait la fâcheuse expérience par les suites du dernier partage du Palatinat du Rhin, mais encore parce que rien n'est plus propre à faire naître des contestations qu'un gouvernement pacifique et modéré comme le mien aime toujours à éviter que de tracer une ligne qui ne soit pas marquée par le cours d'une rivière. Le Schlegelberg est une montagne d'une étendue considérable dans la direction du sud-ouest au nord-est et il n'est nullement indifférent de déterminer le point exact du départ. J'ai déjà eu l'honneur d'exprimer à V. Exc. mes inquiétudes sur l'arbitraire qui pourrait en résulter et Elle a eu la bonté de me dire là-dessus que la portion du Brisgau qui dans l'intention du gouvernement français en devait être distraite comprenait la seigneurie de Triberg et qu'elle ne devait rien renfermer au delà. Pourquoi V. Exc. ne consentirait-Elle donc pas à faire exprimer cette intention par un article additionnel pour éviter des empiètements qu'il vaut toujours mieux prévenir, quand on peut le faire par une rédaction plus simple et plus claire?

Je dois prier V. Exc. de ne pas s'offenser, si je n'hésite pas de Lui communiquer une seconde observation qu'on m'a faite à cet égard, c'est qu'il y a une erreur manifeste de qualifier d'enclaves du Wurtembergeois la partie du Brisgau située à l'est de la ligne déterminée; une carte médiocrement bonne suffit pour s'en convaincre et l'erreur est d'autant plus évidente que par cette ligne une partie des anciens états de l'Electeur, c'est à dire le Prechthal, dépendant du Margraviat de Hochberg, est dépassé,

séparé de ses états et enveloppé de deux côtés par le pays du Wurtemberg. Il me paraît donc qu'il ne saurait exister de difficultés de consentir à cette explication. Elle détache du Brisgau une portion d'autant plus importante qu'elle est du petit nombre des domaines la source presque exclusive des revenus. Cette considération m'empêche de renoncer à l'espoir que la bienveillance de V. Exc. saura trouver aussi prochainement que possible quelques moyens propres à faire rétablir l'intégrité du Brisgau et à faire peut-être ajouter au lot de mon maître le comté de Bonndorf et le landgraviat de Nellenbourg dont la cession à l'Electeur de Wurtemberg coupe tout à fait la communication de l'Electorat de Bade avec la principauté supérieure sur le lac de Constance, de manière qu'on ne pourra plus envoyer des dépêches de Carlsrouhe à la régence de Meersburg, sans qu'elles doivent passer par le territoire de ce voisin. En attendant . . . V. Exc. conviendra de la justice la plus rigoureuse de stipuler formellement que la maison de Wurtemberg soit tenue de concourir aux dettes, pensions et autres charges du Brisgau, en proportion des revenus de la seigneurie de Triberg, ainsi qu'aux pensions à payer aux religieux de l'abbaye de St-Blaise et aux autres charges dont elle pourrait être grévée, en proportion des revenus du comté de Bonndorf.

Quant aux explications tout à fait rassurantes que V. Exc. a daigné me donner au sujet de l'incorporation aux domaines de mon maître, des abbayes et autres biens ecclésiastiques du Brisgau ainsi que du prieuré de Heitersheim, je n'ai pas manqué de les transmettre à ma cour.

J'aurais dû au reste, monsieur le ministre, commencer la présente communication par où je vais la finir; c'est que je me suis empressé d'envoyer un courrier extraordinaire à ma cour pour lui donner sur-le-champ tous les éclaircissements qui ne se trouvaient pas encore dans mon rapport au sujet du nouveau traité que j'ai eu l'honneur de signer avec V. Exc. Je ne saurais à la vérité être sans la plus grande inquiétude sur l'impression profonde que la cession importante de Kehl aura faite sur mon maître, mais l'Electeur m'ayant déjà marqué la haute confiance de me faire savoir que le traité signé par Mr Oehl serait ratifié par S. A. au moment même où Elle apprendrait qu'en vertu de mes pleins pouvoirs j'y aurais concouru et mon rapport à cet égard devant être à la veille d'arriver à Carlsrouhe, je me trouve dans le cas d'annoncer déjà officiellement à V. Exc. que le nouveau traité peut être regardé comme ratifié par S. A. et que je ne tarderai pas d'en recevoir l'expédition.

J'ose me flatter que V. Exc. daignera rendre quelque justice aux dispositions qu'Elle m'a toujours connues; serais-je donc réduit au sentiment tout à fait accablant non seulement de n'avoir pu rendre aucun service à un maître auquel je suis attaché par les liens du dévouement le

plus profond, mais encore d'avoir dû être le malheureux instrument d'une perte nouvelle pour lui et son pays, sans aucun adoucissement? . . . V. Exc. trouvera un nouveau motif pour s'y prêter dans la circonstance essentielle que l'Electeur, mon maître, est par la situation de son pays le seul des alliés de la France auquel elle soit dans le cas de demander des cessions et que l'Electorat de Bade est encore le seul pays du midi de l'Allemagne dont la prospérité a reçu une atteinte mortelle par l'interruption presque totale du commerce du Rhin. Ce pays devrait renoncer à toute existence politique, à toute idée de puissance quelconque, si, adossé comme il est d'un côté contre le Rhin, il serait destiné à être enclavé du côté opposé par l'Electorat de Wurtemberg, ce qui aurait lieu infailliblement; si la contiguité de ses états entre la Forêt Noire et le lac de Constance serait interrompue par une domination étrangère . . .

Abschrift des Secretärs Goll.

---

416. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 21. December 1805.

[Verhandlungen mit Bayern. Reitzenstein. Finanzlage Badens. Hoffnung auf Verwendung in Freiburg.]

. . . En attendant la Bavière continue de négocier encore une partie du Tirol, et on voit très bien que le sac n'est pas encore fermé aussi étroitement que les Autrichiens l'auraient pu faire, s'ils avaient profité de l'heure du berger; monsieur le ministre Bon de Reitzenstein saura profiter de ces dispositions.

C'est un vrai plaisir, Monseigneur, de voir travailler cet homme éclairé et savant en même temps, c'est une richesse que sa mémoire et son talent perce les choses, V. A. S. en trouvera les preuves dans ses ouvrages . . .

Folgen Glückwünsche zum neuen Jahre.

. . . Il est vrai que l'état est endetté, mais qu'est-ce que sont ces dettes, même si je les compte pour treize millions? la seule ville de Hambourg en a davantage . . . L'administration de Bade et surtout le crédit de ses finances ayant monté toujours au mieux et jusqu'au modèle de tous les autres états, il faut que cela revienne, qu'au milieu d'une cour brillante et grandement servie le fonds du crédit se rétablisse par des moyens le plus simples, par un plan solide et inébranlable dont V. A. S. tient les moyens dans Ses mains et il ne tient qu'à Elle seule de les faire agir. Il faut quelquefois se mettre au-dessus des formes, quand il s'agit de faire gagner la chose.

Mes anciens maîtres de Groschlag et de Stirum ont agi de cette manière, je suis persuadé que V. A. S. apprécie de même l'expérience merveilleuse de ces maximes. Il n'y avait pas une table mieux servie, pas une cour mieux montée et des finances en même temps en meilleur état qu'à Bruchsal; cela prouve qu'on peut tout faire, quand on le veut sérieusement . . .

Après avoir quitté Bruchsal, où j'avais une maison, des jardins et toutes les aisances, un rang de conseiller intime actuel, une pension et une caisse de veuve plus considérable que celle de Carlsrouhe, tout cela en garantie du recès de la Députation de l'Empire, je ne suis entré à Carlsrouhe que dans l'intention d'être d'utilité *réelle* à V. A. S. à laquelle je me sens attaché personellement et d'une manière qu'Elle pourra demander ma vie et mon sang.

Plus de deux ans se sont passés, sans qu'on m'a fait approcher pour ainsi dire avec une seule relation, et si même les maux de la guerre ne seraient pas survenus, je n'aurais pas eu d'occasion encore de prouver mon zèle, maintenant où V. A. S. a obtenu le Brisgau, je pourrais peut-être servir mieux ses véritables intérêts, en surveillant Fribourg, et être placé dans cette ville qu'en rentrant dans mon néant à Carlsrouhe . . .

---

417. Reitzenstein an Karl Friedrich[1].

Wien, 22. December 1805.

[Ankunft in Wien. Aufnöthigung eines neuen Vertrags durch Talleyrand. Werth des Breisgaus. Zusicherungen wegen Heitersheim. Ablehnung einer Demarkationslinie. Landständische Verfassung des Breisgaus. Landesposten. Besitznahme von den neuen Gebieten. Vorschläge. Schreiben des Kurfürsten an Talleyrand.]

Reitzenstein ist am 13. December, von welchem Tage sein letzter Bericht datirt, von München abgereist, hat in Braunau den General von Harrant und Lauriston gesprochen und ist am 17. d. M. in Wien eingetroffen. Am Abend vorher ist er unterwegs Thiard begegnet, der ihm vom Wagen aus kurz eröffnet, er komme für die eigentliche Unterhandlung um 10—12 Tage zu spät, es sei bereits alles abgeschlossen und er selbst beauftragt, den drei Kurhöfen dies anzuzeigen; der Courier, den Oehl mit dem Vertrage abgeschickt, werde indes noch vor ihm in Karlsruhe eintreffen. Der badische Antheil erstrecke sich blos auf Breisgau und Ortenau, einige andere Punkte, die für Badens Interesse nicht vortheilhaft, seien vermuthlich von Württemberg durchgesetzt worden.

„Allein bei der Abwesenheit eines mit hinlänglicher Instruktion versehenen Abgeordneten hätten natürlicher Weise die beiden Andern[2] viel freieres Spiel gehabt und

[1] Der vorliegende dritte Bericht umfaßt 30 Folioseiten; die beiden vorhergehenden Berichte fehlen.

[2] Der bayrische Gesandte von Gravenreuth und der württembergische Minister von Normann.

sei es noch eine Folge der günstigen Gesinnungen des französischen Hofes und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gewesen, daß die eigentlich nur auf das Oberlandes-commissariat gerichtet gewesene Vollmacht des Geh. Ref. Oehl für zureichend zu der diplomatischen Unterhandlung angenommen worden sei." Einen andern Umstand, der eine widrige Stimmung französischerseits verursacht habe, verspricht Reitzenstein in einem „geheimen Beiberichte" mitzutheilen[1].

In Wien hat er sofort nach seiner Ankunft Oehl aufgesucht, der ihn über alle Vorgänge unterrichtet, und ihm den Vertrag vom 12. December vorgelegt. Er hat daraus ersehen, daß Württemberg ein beträchtliches Stück des Breisgaus für sich abgerissen, zugleich aber auch sich überzeugt, „daß der Geh. Referendär Oehl dabei alles und wohl noch mehr geleistet habe, als man von demselben bei seiner prekären Lage und bei der gänzlichen Entblößung an Hilfsmitteln aller Art" habe erwarten können. „Eine förmliche diplomatische Unterhandlung" hätte vier Wochen früher, unmittelbar nach Normanns Ankunft in Wien, eingeleitet werden müssen, und selbst dann wären vielleicht höchstens „die obengedachtermaßen abgerissenen Parzellen conservirt" worden, denn man müsse billiger Weise zugestehen, daß, sobald Frankreich sich lediglich auf Vertheilung der österreichischen Besitzungen in Schwaben beschränkte, Baden nicht mehr als den Breisgau und die Ortenau beanspruchen konnte, da es unleugbar durch diese Erwerbung nicht viel weniger als Bayern und mehr als Württemberg erlange. Dies Verhältniß bleibe auch bestehen, nachdem Württemberg die Städte Villingen und Bräunlingen nebst dem Oberamt Triberg für sich zu erwerben gewußt habe.

Trotzdem er eingesehen, versichert Reitzenstein, daß er für den Augenblick schwerlich, ja unmöglich die badischen Interessen fördern könne, habe er es doch für nöthig erachtet, nach Kräften „wieder gut zu machen, was durch bisherige Versäumnisse verdorben war". Da Talleyrand noch in Brünn verweilt, habe er am 18. December den Marschall Duroc ersucht, ihm bei dem Kaiser eine Audienz zu verschaffen, jedoch die Antwort erhalten, Napoleon wünsche, daß er sich an Talleyrand wende, der ihm seine Intentionen eröffnen werde. Am 21. d. M. sei er zu Talleyrand beschieden worden.

. . . Wie sehr erstaunte ich daher nicht, als mir Herr von Talleyrand gleich nach den ersten gewechselten Worten den schriftlichen Befehl des Kaisers vorzeigte, durch einen weitern geheimen Artikel die Abtretung des Forts Kehl mit einem Bezirk von 500 Toisen in der Circumferenz zu verlangen und daß deswegen der ganze Traktat mit Hinzusetzung dieses Artikels zu dem Ende von Neuem redigirt worden, damit ich solchen auf der Stelle unterschreiben möge. Der Herr Minister erklärte mir dabei, daß der französische Kaiser blos unter dieser unerläßlichen Bedingung zu ratificiren gesonnen sei und sonst aus dem ganzen Traktat nichts werden würde; er fügte hinzu, daß die Unterzeichnung augenblicklich geschehen müsse, indem er, der Minister, um 1 Uhr wieder in Schönbrunn bei dem französischen Kaiser eintreffen solle und den von mir unterschriebenen neuen traité gleich mitzubringen beauftragt sei, sodann aber noch in der nämlichen Nacht nach Preßburg abreisen müsse, als wohin die Unterhandlungen verlegt seien . . .

Von einem Unterhandeln habe in dem Falle, meint Reitzenstein, nicht mehr die Rede sein können, man habe eben das Ganze lediglich als eine Capitulation betrachten müssen, die der mächtige Nachbar vorgeschrieben. Eine Weigerung von seiner Seite hätte,

[1] Derselbe fehlt.

da der Kaiser gerade wegen des Zauderns der österreichischen Diplomaten und angeblicher Verletzungen des Waffenstillstandes äußerst übler Laune gewesen, alles unwiederbringlich verderben können. Dazu habe sich die Erwägung gesellt, daß Baden, wenn Frankreich trotz seines Widerspruches sich in Kehl behaupten würde, nicht die Macht besitzen werde, dies zu verhindern und auf fremde Unterstützung nicht rechnen könne, und daß andererseits eine rasche Einwilligung den Kaiser günstiger stimmen und Gelegenheit bieten dürfte, „das Nachtheilige dieser Cession durch spätere Unterhandlungen abzuwenden".

Reitzenstein erklärt sich daher bereit, zu unterzeichnen, bemerkt dabei aber, er sei selbstverständlich für diesen Punkt nicht instruirt und bevollmächtigt, da der Kurfürst eine derartige Forderung nicht entfernt habe vermuthen können, hoffe aber auch um so mehr, wenn er unterzeichne, „geneigtes Gehör in Ansehung derjenigen Wünsche, die dem Kurhaus noch übrig blieben, zu finden".

. . . Der Minister schien sehr erstaunt, daß nach einer, wie er meinte, besonders auffallenden Begünstigung des badischen Hauses dasselbe noch mehreres wünschen könne, und ich konnte nun deutlich bemerken, wie emsig der württembergische Minister daran gearbeitet haben muß, sowohl dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten als dem bei ihm befindlichen Chef de Bureau Besnardière, den ich vorzüglich ganz in das württembergische Interesse verflochten fand[1], solche Begriffe beizubringen, die dem dortigen Interesse vortheilhaft, dem diesseitigen aber höchst nachtheilig sein mußten. Gleich Anfangs behauptete der Minister, daß das Breisgau eine Bevölkerung von 174000 Seelen enthalte und daher dem badischen Haus blos hier allein 160000 Seelen zugelegt worden, welche Anzahl der Chef de Bureau durch die Behauptung, daß die Stadt Konstanz eine Bevölkerung von 8000 Seelen habe, bis zu 170000 erhöhte, ohne noch, wie er sagte, der zahlreichen Reichsritterschaft im Breisgau zu gedenken . . .

Betreffs des Breisgaus bezieht sich Talleyrand auf die im Jahre 1804 veröffentlichten statistischen Umrisse des pfalzbayrischen Hofkammerraths Ockhardt[2]. Reitzenstein belehrt aber den Minister eines Bessern und legt dar, daß jene Angaben sich auf eine Zählung vom Jahre 1798 gründen, mithin das Frickthal mit einer Bevölkerung von 18000 Seelen in Abzug zu bringen und überhaupt jene Schätzung bei Weitem zu hoch gegriffen sei. Nach der zuverlässigsten Quelle, dem «Geographischen Lexikon von Schwaben», zähle der Breisgau nur 137000 Seelen, also nach Abzug des Frickthales und des württembergischen Antheiles nicht mehr als etwa 100000. Ebenso betrage die Einwohnerzahl von Konstanz nach den genauesten Angaben, selbst mit Einschluß der ehemaligen hochstiftischen Unterthanen, nicht 8000, sondern 4620 Seelen. Ein reichsunmittelbarer Adel im Breisgau existire nicht, die Unterthanen des landsässigen Adels aber seien schon in der allgemeinen Volkszählung mitinbegriffen. Talleyrand gibt das letztere auch sofort zu, jede weitere Discussion erweist sich indes als überflüssig, „da bereits alle übrige zur Vertheilung bestimmte Gegenstände an Bayern und Württemberg vergeben worden, . . . wie mir dann auch der Minister rundaus erklärte, daß kein Zollbreit Landes mehr disponible sei, und er mir daher selbst nicht einmal das Städtchen Radolfzell zuzulegen vermöge".

---

[1] S. oben Nr. 412.

[2] Gemeint ist: J. F. Ockhardt, Europens monarchische und republikanische Staaten nach ihrer Größe, Macht ꝛc. Leipzig 1803—1805.

. . . Die hinzugefügte Aeußerung, daß sowohl Bayern als Württemberg das badische Loos beneideten und es für das schönste unter allen hielten, . . . nahm ich natürlicher Weise gerade so, wie sie gemeint war, konnte aber freilich nicht viel Gründliches gegen dessen Nachrechnung aufbringen, daß denn doch der Zuwachs des badischen Hauses seit drei Jahren von 200000 bis zu beinahe 600000 Unterthanen nicht ganz verwerflich sei, wobei er meine Erwiderung, daß das Breisgau nicht nur nichts eintrage, sondern sogar mit einem jährlichen Deficit von 140000 fl. belastet sei, aus dem Grunde nicht gelten lassen wollte, weil bei einem Staat alles auf die innern Kräfte ankomme und ein vorher noch so schlecht verwaltetes Land durch eine weise Administration, in Ansehung deren ja Kurbaden bekanntlich sich vor allen andern Ländern auszeichne, gar bald wieder in die Höhe gebracht werden könne, daher er hoffe, daß Baden die ihm angetragen werdende Gelegenheit, sich um 52 □ Meilen und 160000 Unterthanen zu vergrößern, nicht aus Rücksichten, die blos etwa ein fermier général wichtig finden könne, verschmähen werde, da sich sonst zu dem Breisgau, so wie es sei, noch Liebhaber genug finden dürften . . .

Reitzenstein bemüht sich daher nunmehr, „wenigstens solche Punkte zu erhalten, die mit dem bereits ohnwiderruflich ausgeführten Theile des ganzen Plans compatible wären".

1. Zunächst verlangt er die Zusicherung, „daß bei dem Breisgau auch sämmtliche Klöster des Landes, ohnangesehen ihrer reichsschlußmäßigen Bestimmung zur Entschädigung des Malteserordens, mit begriffen seien", und erhält dieselbe auch, obgleich in den letzten Tagen La Besnardière Württembergs Ansprüche auf St. Blasien für berechtigt erklärt, in vollem Umfange.

2. Weiter dringt er auf die Zusage, daß die Besitzungen des Malteser-, sowie des Deutsch-Ordens in den bisherigen Kurlanden sowohl wie im Breisgau Baden zufallen sollten. Talleyrand, der ihn Anfangs nicht recht verstehen will, bemerkt schließlich, er sehe nun wohl, worauf Reitzenstein ziele, „nämlich auf nichts Geringeres als das Großpriorat Heitersheim selbst".

„Da ich aber nun zu bemerken glaubte, daß meine Anregung wegen Heitersheim erwartet worden, um die ohnangenehme Pille wegen Kehl einigermaßen zu versüßen, so nahm ich keinen Anstand zu versichern, daß dies allerdings meine Absicht um so mehr sei, als das Fürstenthum Heitersheim eine uralte badische Domäne sei, die hausvertragswidrig dem Malteser-Orden zu einer Zeit, wo die Ritter noch kirchliche Dienste geleistet hätten, für Seelmessen geschenkt worden[1] und daher mit bestem Fug wieder reclamirt werden könnte. Ich erhielt nun die förmliche Zusicherung dieses wichtigen Gegenstandes."

Der Minister wünscht dabei nur, daß für den alten 84jährigen Großprior, sowie für den Commandeur von Ferrette, der zu seinem Nachfolger bestimmt worden, durch Pensionen gesorgt werde; als Reitzenstein dies zugesichert, bemerkt er, „wie wohl gethan es gewesen, mit der Unterschrift des Traktats nicht zu zögern, indem, wenn er 24 Stunden später den Auftrag erhielte, mit einem der beiden Orden in diplomatische Unterhandlungen zu treten, ehe er, wie nun geschehen, sein Wort gegeben, diese Verbesserung des diesseitigen Looses unwiederbringlich hätte verloren gehen können".

---

[1] Die Schenkung erfolgte durch Markgraf Heinrich II. von Hochberg und wurde durch dessen Söhne am 1. März 1297 bestätigt. Fester, Regesten der Markgrafen von Baden, I, nr. h 100.

3. Weiterhin verspricht Talleyrand, „daß nicht nur die Ausübung der beiden Reichstagsstimmen wegen Bruchsal und Ettenheim, sondern auch der zwei weitern wegen des Breisgaus und [der] Ortenau keinem Anstand unterliegen solle". Wegen Heitersheim frägt Reitzenstein vorerst noch nicht an.

4. Dagegen fordert er, daß, wenn Nellenburg an Württemberg übergehe, die nellenburgische Landeshoheit über mehrere Zugehörden des Hochstifts Konstanz und der Reichsstädte Ueberlingen und Pfullendorf aufgehoben werde. La Besnardière will auch hier Schwierigkeiten machen und meinte, man könne, wenn ein Conflikt mit Württemberg entstehe, die Entscheidung der französischen Regierung überlassen, allein Talleyrand erklärt, der Artikel 2 des Vertrages entspreche vollkommen den Wünschen Badens, indem er überhaupt alle österreichische Lehensherrlichkeit und Landeshoheit in den alt- und neu-badischen Landen aufhebe.

5. Das Ansinnen, daß der Breisgau und die Rheinpfalz die alten Titel: Herzogthum Zähringen und Herzogthum Rheinfranken wieder erhalten möchten, begegnet keinerlei Bedenken.

6. Dagegen will Talleyrand von dem Wunsche, „daß, um allen nachbarlichen Mißhelligkeiten zuvorzukommen, eine Demarkationslinie zwischen Baden und Württemberg gezogen und von Frankreich garantirt werden möge", nichts wissen; auch Württemberg, welches Bayern gegenüber ein Gleiches begehrt, sei abschlägig beschieden worden. „Uebrigens, fügte der Herr Minister hinzu, wisse er wohl, daß Württemberg gerne etwas weit greife, wir hätten aber nicht nöthig, uns dieses gefallen zu lassen, und würden daher wohl thun, unsere Linie selbst zu ziehen, und wenn Württemberg ohnbilligerweise darüber hinausgreifen sollte, . . . könnten wir uns sodann an das französische Gouvernement mit der Zuversicht wenden, daß solches in Erklärung seiner Intentionen sich die strengste Ohnparteilichkeit und Gerechtigkeit zum Gesetz machen werde."

7. Mit den Geldforderungen an Oesterreich[1], erklärt Talleyrand, werde man nichts erreichen; er wisse nicht, „was man mit einem Gouvernement anfangen solle, welches weder die Neigung, noch selbst das Geld habe, seine Schulden zu bezahlen".

8. . . . Erkundigte ich mich bei Herrn Talleyrand, welches die Verhältnisse Serenissimi zu den breisgauischen Landständen und überhaupt zu der übrigen Landesverfassung sein würden? Ich erhielt darauf zur Antwort, daß die Absicht desjenigen Artikels, durch welchen den drei Kurfürsten die ohnumschränkteste Souveränität, so wie solche von Oesterreich und Preußen ausgeübt werde, garantirt worden, gerade dahin gehe, diese Fürsten in den Stand zu setzen, alle Verhältnisse aufzuheben, durch die sie nur immer in ihren vorhabenden Einrichtungen genirt werden könnten. Es verstehe sich daher von selbst, und er halte es sogar für nöthig, daß die breisgauischen Landstände, von denen der erste, der Prälatenstand, ohnehin ganz wegfalle, sogleich aufgehoben würden, und fügte den allgemeinen Rath hinzu, die Administration des ganzen Landes so sehr, als nur immer möglich, zu simplificiren, keine besondere Regierung in Freiburg zu belassen, sondern das Breisgau unter die Karlsruher Collegien zu ziehen und überhaupt alle ohnnöthige Zweige der Staatsverwaltung abzuschneiden. Den nämlichen dringenden Rath wegen gleichbaldiger Abstellung und Auflösung der Freiburger Regierung habe ich auch noch von einigen andern wohlgesinnten Personen, deren Namen ich hier

[1] Vergl. oben S. 396 und 404.

billig verschweige, mit Beifügung der gedoppelten Rücksicht erhalten, daß unter der österreichischen Regierung die Menge der unnützen Employés im Breisgau so ungeheuer gewesen, daß die Unzureichenheit der Staatseinnahme für die Staatsausgabe sehr leicht begreiflich sei, und daß, wenn man die Landstände in ihrer dermaligen Existenz beibehalten wollte, man bei jedem Schritt zum Guten, bei jeder das allgemeine Wohl bezweckenden Einrichtung den hartnäckigsten Widerstand zu bekämpfen haben werde. Es ist hierin ein gewaltiger Unterschied zwischen den breisgauischen Landständen und den württembergischen, die jetzt auch aufgehoben werden. Letztere unterhielten, belebten und stärkten einen edlen Gemeingeist und ächten Patriotismus, sie gründeten in dem Herzen des Württembergers den Begriff von Vaterland, den der gemeine Mann im Badischen kaum fassen konnte, weil das Land zu klein war, um eine eigene Nation bilden zu können. Sie widerstrebten nie dem wahren allgemeinen Besten, sie retteten das Land zum öfteren in den traurigsten Verhältnissen und zeigten ohnerschütterliche Treue und Anhänglichkeit fast immer an die Person des Regenten und ohne Ausnahme an den Regentenstamm und das gemeinschaftliche Vaterland. Aus allen diesen Rücksichten wird die Aufhebung dieser Verfassung das Herz eines jeden biedern Deutschen verwunden und die Geschichte wird des Ministers, der sich zum Werkzeug dazu gebrauchen ließ, ebenso ohnrühmlich gedenken, als jener Männer, welche die Ohnabhängigkeit der Schweiz untergraben halfen.

Gerade umgekehrt sind die Verhältnisse der breisgauischen Landstände. Hier würde man im Prälatenstand den bösen Geist eines bigotten, ohnwissenden, herrschsüchtigen und eigennützigen Cleri, im Ritterstand den bösen Geist eines, großentheils wenigstens, ohncultivirten, den Mangel an Aufklärung durch Stolz ersetzenden, nach der Reichsunmittelbarkeit strebenden, einem fremden Interesse anhängenden und sich durch die Unterwerfung unter die Landeshoheit eines Reichsfürsten beleidigt haltenden Adels, im dritten Stand endlich den bösen Geist des städtischen Aristokratismus, mit Fanatismus und Unwissenheit verbunden, zu bekämpfen haben. Hier ist es also durchaus nöthig, eine solche dem öffentlichen Wohl feindselige Verfassung zuerst aufzuheben, um nur für's erste freie Hände zu bekommen, an der bessern Erziehung dieses Volks zu arbeiten . . .

Die beiden folgenden Punkte (9 und 10) betreffen die Pfälzer Schuldenfrage und die Successionsansprüche auf das Surrogat der Hanau-Lichtenbergischen Lande.

11. Auf Reitzensteins Anfrage wegen Aufhebung der fürstlich taxischen Reichspost, deren Bestand durch den Deputationshauptschluß gesichert worden, erwidert man, die Regierung sei nicht nur befugt, sondern werde sogar „sehr wohl daran thun", eigene Territorialposten möglichst bald einzurichten.

12. Ueberhaupt wird ihm wiederholt bedeutet, „daß die schleunigste Besitznahme und der förmliche Regierungsantritt über die von Frankreich nunmehr garantirten Lande . . . ohnfehlbar erwartet werde"; General Rheinwald in Stuttgart sei bereits angewiesen, „die badischen Besitzergreifungen auf erste Requisition durch das erforderliche Militär zu unterstützen".

Als Reitzenstein zu erkennen gibt, daß er für obige Eröffnungen zwar sehr dankbar sei, daß es aber doch zur Beruhigung des Kurfürsten beitragen würde, wenn er eine schriftliche Zusage auf seine verschiedenen Anfragen erhielte, stellt Talleyrand dies in Aussicht, fügt jedoch bei, es sei dies eigentlich überflüssig, da Reitzenstein sich in seinem Berichte ohne allen Anstand auf ihn berufen dürfe. Außerdem habe er wiederholt erklärt, der vorliegende Vertrag beziehe sich lediglich auf die Vertheilung der österreichischen Besitzungen in Schwaben; würde Frankreich gezwungen, von Oesterreich weitere Cessionen zu fordern, oder würden „die Ereignisse im nördlichen Deutschland eine größere Ausdehnung der diplomatischen Unternehmungen herbeiführen, so sei eine Erfüllung der diesseitigen Wünsche nach Vergrößerung des badischen Looses nicht ohnmöglich".

Wie sich aus den bisherigen Mittheilungen ergebe, sei der neue Territorialzuwachs beträchtlich genug und werde in der Folge durch weise Verwaltung und gute ökonomische Einrichtung noch weit mehr Bedeutung erlangen. Reitzenstein beschränkt sich daher auf die Versicherung, daß er bis zur Unterzeichnung des Friedens keine Mühe sparen werde, um noch zu erhalten, was nur immer möglich sei, und bringt dann der Reihe nach die Punkte in Erinnerung, welche schleunige Maßregeln Seitens der badischen Regierung erfordern.

1) Er ersucht zunächst um schleunigste Ratifikation des neuen Vertrages und Uebersendung desselben durch Courier und empfiehlt dann

2) sofortige Besitznahme und Huldigungsabnahme in den neugewonnenen Landestheilen. In dem Besitzergreifungspatent möge man ausdrücklich auf die Einwilligung und Garantie Napoleons Bezug nehmen. Falls die Linie vom Schlegelberg zum Mohlbach weniger als das ganze Oberamt Triberg vom Breisgau loslöse, werde man unbedenklich „die innerhalb dieser Linie gelegenen Tribergischen Orte" auch occupiren können, andernfalls bitte er um schleunige Weisungen. Der Mohlbach finde sich nämlich weder in dem „Geographischen Lexikon von Schwaben", noch auf der Chauchard'schen Karte, er habe daher Anfangs befürchtet, es möchte der Möhlinbach[1] darunter verstanden sein, bis Talleyrand ihn belehrt, daß damit ein kleiner Bach, der von Gütenbach gegen Furtwangen fließe[2], gemeint sei. Man werde gleichzeitig von den in den alt- und neubadischen Landen gelegenen Besitzungen des Deutsch- und Johanniter-Ordens und den Klöstern des Breisgaus Besitz ergreifen und den Prälaten und Klostergeistlichen Pensionen anweisen müssen. Die Verwaltung des Breisgaus werde man wohl am besten bis zur Organisation des ganzen Landes provisorisch durch die Freiburger Regierung fortführen lassen, den Landständen aber sofort bis zu ihrer Aufhebung einen landesfürstlichen Commissär beiordnen.

3) Auch an die Besitzergreifung der in den Kurlanden liegenden ritterschaftlichen Besitzungen werde man denken müssen. Da Frankreich eine Demarkationslinie abgelehnt und es Baden überlassen, selbst eine Linie zu ziehen, müsse man dies versuchen. Es empfehle sich eine doppelte Linie, eine für das obere Fürstenthum und eine zweite für die eigentlichen Kurlande. Erstere würde am besten an der südlichen Spitze des Nellenburgischen, am Rhein, Diessenhofen gegenüber, beginnen, dann längs der Ostgrenze des Nellenburgischen über Meßkirch, von da über Schussenried gegen Biberach laufen, das Gebiet dieser Stadt einschließen, dann sich südostwärts gegen Ochsenhausen, Waldsee und Aulendorf bis zur Schuß und längs derselben bis zu ihrer Einmündung in den Bodensee hin-

---

[1] Ein am Erzkasten entspringendes, unweit Grezhausen in den Rhein einmündendes Flüßchen. Württemberg hat denn auch in der That anfänglich diese Grenzlinie beansprucht und seine Occupationen im Breisgau darauf gegründet. Vergl. Braun, Memoiren des letzten Abts von St. Peter, 187 ff.

[2] Die Angabe ist irrig. Vergl. oben S. 406 Anm. 1.

ziehen; die andere Linie würde von der Wutachmündung der fürstenbergischen und bonndorfischen Grenze entlang bis in die Gegend von Furtwangen, an der Herrschaft Triberg vorbei zum Prechthal, dann über Wolfach und Schiltach laufen, und sich von da längs der württembergischen Grenze, das Gemmingen'sche Gebiet einschließend, gegen Knittlingen, dann weiter über Wimpfen nach der Leiningen'schen Grenze hin erstrecken, „so daß alles westlich und nördlich dieser Linie bis ans Darmstädtische Liegende in die diesseitige Occupation fiele".

4) Was die Taxis'schen Posten betreffe, werde man sich am besten nach dem richten, was Württemberg thun werde.

5) Als dringend wünschenswerth bezeichnet Reitzenstein, daß der Kurfürst zugleich mit Uebersendung der Ratifikation an Talleyrand schreibe, in glimpflicher Weise seine Enttäuschung in Folge der Ablösung eines Theiles des Breisgaus zu erkennen gebe und die Hoffnung ausspreche, daß Baden bei erster Gelegenheit für die Abtretung von Kehl entschädigt werde.

Außerdem wäre zu begehren, daß der französische Kaiser statt der förmlichen Cession von Kehl, die nicht einmal geheim bleiben könne, sich mit dem bloßen Besatzungsrechte, wie Frankreich dasselbe kraft des westfälischen Friedens in Philippsburg ausgeübt, begnügen möge; daß weder der Hauptstrom noch ein Arm desselben um Kehl herum in die Kinzig geleitet werde; daß wenigstens die Rheininseln, die vom festen Land nur durch Altwasser getrennt seien, bei Baden verblieben; daß statt der Grenzlinie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach, einer Bestimmung, die leicht Zwistigkeiten verursachen könne, „der von dem Herrn Minister selbst eröffneten und auf der Karte nachgewiesenen Intention gemäß der Ausdruck «Herrschaft Triberg» substituirt werde"; endlich daß Württemberg sich verpflichte, einen Theil der St. Blasischen Pensionen sowie der breisgauischen Schulden wegen Bonndorf und Triberg zu übernehmen.

6) Man müsse, empfiehlt Reitzenstein weiter, sofort durch genaue Untersuchung constatiren, welche Rheininseln am 20. December französischerseits wirklich occupirt gewesen, da dem Vertrage nach nur diese abgetreten werden müßten.

7) Ebenso müsse man sich ein eingehendes Verzeichniß der äußerst ansehnlichen Besitzungen St. Blasiens in der Schweiz verschaffen und dieselben als Appertinenzen beanspruchen; falls die Schweiz aber dieselben mit Einwilligung von Frankreich einziehe, so könne man als Aequivalent die Einkünfte einziehen, welche schweizerische Stiftungen im Oberamt Rötteln, in Rheinfelden und Laufenburg besäßen.

8) Am Schlusse des Berichtes bemerkt Reitzenstein, er habe nun auf der «Kohlleffelschen Karte» den Mohlbach gefunden, darnach erhalte Württemberg allerdings etwas mehr als das Oberamt Triberg, aber nicht so viel, wie er gefürchtet, nicht viel über 4000 Seelen[1]. Unangenehm sei dabei nur, daß das Prechthal dadurch abgeschnitten werde. Im Uebrigen sei diese Linie Württemberg schon zugesichert gewesen, ehe Geh. Referendär Oehl in Verhandlungen habe eintreten können. Nichtsdestoweniger werde er alles aufbieten, um eventuell eine Modifikation durchzusetzen und Talleyrand vorhalten, daß die Versicherung, „blos Triberg sei abgetreten worden", nicht richtig sei.

Die Berathung über den vorliegenden Bericht — wünscht Reitzenstein — solle möglichst geheim gehalten werden, da er „das Ganze noch nicht für definitiv beendigt" ansehe. — In einer Nachschrift bemerkt er, die Deutsch-Ordenskommende Freiburg besitze „in der Gegend des Hohenbergischen" sieben Dörfer, die man daher schleunigst occupiren oder, wenn Württemberg zuvorgekommen, reclamiren müsse.

---

[1] Das Städtchen Elzach mit 3400 Einwohnern, einige unbedeutende Weiler, sowie die Schanze am Hohlengraben.

418. Kaiserin Elisabeth von Rußland an die Markgräfin Amalie von Baden.

Petersburg, 23. December 1805.

[Empörung über die Oesterreicher und Beschuldigungen gegen dieselben. Scenen aus der Schlacht bei Austerlitz. Empfang des Zaren in Petersburg. Theilnahme des Kurprinzen Karl am Feldzuge. Widerstand der Markgräfin-Witwe.]

Nachrichten von Austerlitz. Rückkehr des Zaren.

. . . Vous comprendrez qu'une seule de ces nouvelles suffisait pour donner une vive émotion et que toutes réunies m'ont entièrement bouleversée; ajoutez à cela l'indignation *inexprimable* que m'a causé l'infame conduite des Autrichiens à qui nous devons ce revers. Le nom *d'Autrichien* est et doit être en exécration, non seulement à tout Russe, mais à tout être qui a une âme; on souffre de voir un individu commettre des indignités semblables, mais il n'y a pas de mot pour dire ce qu'on éprouve à la vue d'une nation entière, lâche, traître, bête, enfin avec toutes les qualités les plus viles. Ce n'est pas les expressions, mais les faits seuls qui peuvent dire ce qu'ils sont, affamer ceux qui viennent verser leur sang pour eux, agir plus indignement envers eux que ne font leurs ennemis, les livrer et à la fin tourner leurs propres armes contre eux! Si Vous trouvez une expression qui puisse rendre ce que c'est, dites-la moi, car moi je ne connais pas de terme pour cela. — Voilà leur conduite générale, et voilà un trait de celle qui[1] ont tenue envers la personne de l'Empereur après l'affaire. Il arrive à trois heures de la nuit harrassé, à cheval d'où il n'était pas descendu depuis sept heures du matin, dans un petit endroit; la cour autrichienne y était avec tous ses bagages, lits, cuisines, et tous ces animaux étaient couchés dans leurs duvets. L'Empereur Alexandre, trop indigné pour leur demander asile, entre dans une mauvaise maison de paysan, seul avec le Cte Lieven, le Prince Adam[2], qui ne l'ont pas quitté d'un moment, et Wyllie, son chirurgien; là, soit fatigue, soit chagrin, et n'ayant rien mangé de 24 heures, il lui prend une crampe d'estomac telle que Wyllie dit qu'il craignait qu'il ne passerait pas la nuit[3]. Il le couvre de paille et va au quartier général de l'Empereur François demander à un certain Lamberti qui a soin de sa cour un peu de vin rouge, lui disant l'état où était l'Empereur; celui-ci le refuse, lui dit qu'il est trop tard qu'il ne vaut pas la peine de réveiller les gens etc. Enfin Wyllie se met à genoux devant cet animal, et toujours inutilement, et ce n'est qu'à force d'argent qu'il parvient à éveiller un domestique qui va avec lui pour chercher une demi-bouteille de mauvais vin rouge. — Voilà comme chez

---

[1] Sic! lies: qu'ils.

[2] Czartoryski.

[3] Vergl. über diesen Vorfall Michailowski-Danilewski, Relation de la campagne de 1805, 294 ff.

les Autrichiens on traite un souverain allié qui vient sacrifier son armée pour le salut de son allié! Malgré leur revers et la trahison qui les entourait, nos excellentes troupes ont acquis une nouvelle gloire même aux yeux de leurs ennemis et inspirent le plus vif enthousiasme à leur compatriotes. — Ce sont des anges, des martyrs que ces soldats et des héros en même temps, ils mouraient de faim, en marche ils tombaient et mouraient sur la place d'inanition et ne demandaient qu'à se battre, sans qu'il leur échappât un murmure, tandis que des convois de vivres passaient en attendant chez l'ennemi, et que les misérables troupes autrichiennes étaient fournies de tout. Aussi du bataillon autrichien qui dans l'affaire a tourné ses armes contre nous on dit que les gardes n'en ont pas laissé un seul[1], et j'en suis enchantée. Ces bonnes gardes ont fait des prodiges de valeur, le seul régiment de Préobrashenski a renversé 4 lignes ennemies et n'a succombé qu'à la cinquième, le bataillon de Semenofsky a détruit à la baïonette un escadron entier des gardes françaises. On dit que de l'aveu des généraux les plus expérimentés c'était une des affaires les plus meurtrières qui aient jamais existé. — Ah! cela fait saigner le cœur d'entendre ces détails, — et encore nous ne les connaissons pas tous, et pas précisément celles de nos connaissances qui ont péri. — Le Cte Stroganoff[2], et Mr Novoziltzow[3], quoiqu'ils ne soient pas militaires, y ont été aussi bien que l'Empereur, le premier a conduit trois escadrons d'houssards, le second a tâché de rallier un bataillon d'Autrichiens, et je ne sais pourquoi cette idée nous a parue plaisante, tandis qu'il était autrefois très bon militaire. Quant au Cte Tolstoi, après avoir essayé inutilement d'éloigner l'Empereur du péril, il lui a dit d'une manière qui est très plaisante en russe: *Si Vous Vous conduisez comme l'Empereur de Russie, je resterai avec Vous, mais si non, je m'en vais chez le Romain* où il faisait très bon pour qui aimait la vie. Pour moi, je ne comprends pas de quoi est pétri *ce Romain,* je crois que c'est de l'eau qui coule dans ses veines au lieu de sang. — Amélie[4] qui Vous a écrit de Gatchina Vous aura dit que nous y avons gelé pendant 36 heures à attendre l'Empereur, parce que l'Impératrice[5] s'était mis en tête qu'il arriverait la veille, malgré tout ce qu'on lui disait. Il est arrivé à Gatchina entre minuit et une heure et nous sommes arrivés ici à 5 heures du matin et ce que j'ai souffert en voiture au récit de toutes ces indignités ne s'effacera jamais de ma mémoire. — Enfin c'est fini et mon cœur

---

[1] Michailowski-Danilewski, a. a. O., weiß von einem solchen Vorfalle nichts.

[2] Gemeint ist wohl Graf Paul Stroganoff, Adjunkt des Ministers des Innern.

[3] Nic. von Nowosiltzow, der durch seine Missionen nach London und Paris aus der diplomatischen Vorgeschichte des dritten Coalitionskriegs bekannte russische Staatsmann.

[4] Prinzessin Amalie von Baden, Schwester der Kaiserin.

[5] Die Kaiserin-Mutter.

est soulagé d'un poids qui l'opprimait depuis plus de 4 mois. — L'Empereur a été reçu avec ivresse par les habitants de Pétersbourg et nous avons eu hier après la messe un cercle d'hommes et de femmes pêle-mêle où le sentiment était à la place de l'étiquette, on riait ou pleurait de joie de revoir l'Empereur, on se demandait avec intérêt des nouvelles d'un frère, d'un fils, d'un mari, on se félicitait s'ils en avaient réchappé. Si tous les cercles étaient animés de ce sentiment, jamais ils ne me causeraient le moindre embarras . . .

Comme il n'y a rien à cacher sur la conduite de nos chers alliés autrichiens et que la France en sait peut-être plus à cet égard que nous, je n'ai pas craint de Vous dire tout cela par la poste, je désirerais même que Vous rendiez ces détails aussi publics que possible, parce que je prévois que ces vilains trouveront encore moyen de nous accuser de quelque chose[1] et qu'ils pourraient avoir des partisans qui y ajouteraient foi, quoique leur réputation me paraisse assez bien établie pour ne pas le craindre. Leur trahison est si évidente qu'il suffit d'en entendre parler le dernier des gens pour en être convaincu, aussi les sentiments qu'on leur porte sont en conséquence . . .

C'est assez Vous parler de chez nous, quoique je ne Vous aie pas à beaucoup près tout dit. — Vos inquiétudes sur le projet qu'on avait pour Charles[2] doivent avoir été cruelles, ma bonne maman; à ce beau trait je reconnais mon oncle Louis, il n'est pas étonnant que Charles à son âge ait désiré faire une campagne et il est tout simple que mon oncle ait trouvé son intérêt à suggérer cette idée, mais je Vous plains, chère et bonne maman, d'avoir à lutter presque seule contre tant de monde qui semble s'être ligué pour Vous causer du chagrin. J'en ai eu ma part quoique bien légère, les gazettes assuraient comme une chose très vraie que Charles faisait la campagne et un jour qu'elles avaient donné de l'humeur à l'Impératrice, elle m'annonça cela avec aigreur et avec un ton de reproche, comme si j'y étais pour quelque chose. Cela me fâcha de sa part, je n'y répondis pas et grondai après Amélie de ce qu'elle avait entrepris de se disculper de l'accusation dont les gazettes chargeaient mon frère . . .

Eigenhändig.

---

[1] Vergl. Michailowski-Danilewski, a. a. O., 281.

[2] Gemeint ist die von französischer Seite lebhaft gewünschte Theilnahme des Kurprinzen Karl an dem Feldzuge. Vergl. Nr. 340 und 420.

419. Oehl an Karl Friedrich.

Wien, 23. December 1805.

[Occupation der reichsritterschaftlichen Gebiete. Absichten Württembergs auf die Bodensee-gegenden. Reitzensteins Hoffnung auf Zugeständnisse.]

Reitzenstein wartet noch immer auf eine Audienz beim Kaiser, «il envoie Mr le conseiller de légation Groos toujours pour faire demander l'heure et on lui fait répondre toujours qu'on la lui marquera».

J'espère que V. A. S. aura bien reçu mes rapports précédents, surtout le dernier auquel a été joint l'ordre du jour relatif à la suppression de l'ordre équestre[1] . . .

Je dois prévenir V. A. S. encore que la légation de Wurtemberg ne m'a plus fait de secret de pousser leurs prises de possessions autant que possible *aux environs du lac de Constance,* je suis bien aise de savoir par Mr de Reitzenstein qu'il y a un commissaire dans la personne de Mr le référendaire intime Maler, mais je suis averti encore de bonne source que la Suisse ne souffrira pas la moindre indiscrétion de la part de Wurtemberg.

La ratification de la part de Bavière est arrivée, celle de Wurtemberg est attendue incessamment. Mr de Reitzenstein espère toujours de gagner encore beaucoup, surtout parce qu'il a accordé Kehl, mais je ne me fie pas infiniment à cela, nous allons voir ce qui arrivera, mais je crains toujours que cela ne sera que trop tard; le véritable bien est que Mr de Reitzenstein est déjà une ancienne connaissance de Mr de Talleyrand et Daru, c'est mon seul espoir . . .

420. Reitzenstein an Karl Friedrich[2].

Wien, 23. December 1805.

[Die Nichtbetheiligung des Kurprinzen am Feldzuge ein politischer Fehler. Verstimmung Napoleons. Nachtheile für Baden.]

In meinem unterthänigsten Hauptbericht ist bereits angeführt, daß ich eines Umstandes, der dem diesseitigen Interesse hauptsächlich geschadet habe, aber nicht dazu gemacht sei, publici juris zu werden, besonders erwähnen würde. Dieser Umstand besteht darin, daß der französische Kaiser lebhaft gewünscht hatte, Ihro des Herrn Kurprinzen Hochfürstliche Durchlaucht die Campagne mitmachen zu sehen[3]

[1] Die betr. Ordre vom 19. December (28 frim.) weist die Commandanten der französischen Truppentheile an, die drei Kurfürsten bei der Besitznahme von den Territorien der Reichsritterschaft, die für Oesterreich Partei ergriffen habe, zu unterstützen.

[2] Mit der Überschrift: «Unterthänigster Beibericht».

[3] Vergl. oben Nr. 413.

und äußerst ungehalten darüber war, daß dieser Wunsch nicht in Erfüllung ging. Schon unterwegs sagte mir der Kammerherr de Thiard in der kurzen Unterredung, die ich aus dem Wagen mit ihm hatte, der Kaiser habe seitdem wohl 20 Mal mit ihm davon gesprochen und ihm seine Empfindlichkeit bezeugt. Bei meiner Hierherkunft sagte mir der Geh. Referendär Oehl, auch gegen ihn habe der Kaiser bei Gelegenheit, als die Ulmer Garnison vor ihm vorbei defiliret und das Gewehr gestreckt, geäußert, wie schad' es sei, daß dieser Prinz eine so kurze und glorreiche Campagne nicht habe mitmachen wollen. Der Herr Minister Talleyrand berührte diesen Punkt zwar im nämlichen Sinne, doch nur äußerst vorübergehend; weit umständlicher aber äußerte sich gegen mich darüber der General Clarke und am allerumständlichsten der Prinz Murat, der mir zwar, als ich ihm vorstellte, wie sehr Serenissimus betroffen sein würden, nicht einmal das Breisgau vollständig zu erhalten, sein eigenes Erstaunen darüber auf eine Art zu erkennen gab, die mich beinahe auf die Gedanken brachten, daß diese Schmälerung gegen die Intention des französischen Kaisers und wahrscheinlich ohne sein Vorwissen, durch Bestechung württembergischerseits, durchgesetzt worden, zugleich aber sagte, man habe sich durch nichts so sehr geschadet, als dadurch, daß man das Anerbieten des Kaisers, Ihro Kurf. Durchlaucht an seiner Seite zu haben, ausgeschlagen habe; der Kaiser hege nicht nur große Hochschätzung, sondern auch freundschaftliche Zuneigung gegen die Person Ihro Durchlaucht, würde zuverlässig so viele Sorgfalt für Höchstdieselbe getragen haben, daß nicht die mindeste Besorgniß von Gefahr hätte eintreten können, hätte vielleicht sich dieses Mittels zu einer etwas freundschaftlichen Annäherung an Rußland bedient und würde zuverlässig alsdann im Punkt der Entschädigungen alles zugestanden haben, was nur begehrt worden wäre. Er, Prinz Murat, kenne die desfallsigen Gesinnungen des Kaisers, wisse aber auch, wie empfindlich derselbe über den hiebei bemerkt zu haben geglaubten Mangel an Zutrauen geworden sei, und das habe dem badischen Interesse gewiß unwiderbringlichen Schaden gethan.

Wahrscheinlich sei die bekanntliche Anhänglichkeit Ihro der Frau Markgräfin Hf. Durchlaucht an Rußland und Höchst Ihro nicht minder bekannte heftige Abneigung gegen Frankreich die Hauptursache hievon gewesen, und würde es ganz vergeblich sein, hierunter Illusion machen zu wollen. Die Pflicht, nichts zu verschweigen, nöthigte mich zu diesem unangenehmen Beibericht.

421. Dalberg an Edelsheim.

Mannheim, 25. December 1805.

[Schifffahrtsordnung Jeanbon St André's. Politische Lage. Das deutsche Reich verloren. Schicksal Frankfurts und der Reichsritterschaft. Baden. Rückkehr nach Paris unerwünscht. Absichten auf die Wiener oder Münchener Gesandtschaft.]

A mon retour de Francfort j'ai trouvé aujourd'hui les lettres et les extraits protocolaires que V. E. m'a fait l'honneur de m'adresser . . .

J'ai transmis les derniers a Mr Collini . . . Le fameux règlement de Mr Jeanbon[1], m'assure-t-on, sera cassé par le ministre de l'intérieur. J'avais écrit moi-même à son premier secrétaire, et il me paraît trop naturel qu'une indisposition dont tous les partis se plaignent n'ait pas d'exécution. Qui calculera au reste ce qui sera de l'octroi et de tout l'acte de médiation qui a coûté tant de veilles et tant d'argent? — La tournure que les affaires ont prise par la précipitation avec laquelle les Russes ont cherché à perdre une bataille, par la complaisance avec laquelle l'Autriche et probablement la Prusse signeront les conditions que la France leur présentera[2], il faut se résigner sur le sort de notre patrie et se dire que l'Allemagne a existé. Elle supportera le sort de la Pologne . . .

J'étais encore à Francfort, lorsque la nouvelle y est arrivée sans cependant être officielle que l'Archichancelier y serait placé avec la Diète[3]. La consternation y est à son comble . . .

Cette succession continuelle de bouleversements ne peut certainement pas emmener[4] ni le bonheur ni le repos, et je me félicite en effet de n'y point être employé. Quant à la noblesse immédiate, je crois que rien ne peut la sauver.

. . . Quel sera enfin le sort de l'Electeur de Bade? Mr Thiard, — m'assure-t-on, — est à Carlsrouhe, il sera sans doute chargé de le lui annoncer. Je désire pour ce respectable vieillard qu'avec l'augmentation de territoire son bonheur intérieur gagne et qu'à la fin de ses jours ses arrière-pensées ne lui présentent aucun motif de peine.

J'attends ici les directions que V. Exc. voudra me donner. Si la cour croit que je puis encore mériter sa confiance et retourner pour le moment à Paris y faire ses affaires, je recevrai ses ordres. Ce séjour ne pourra cependant plus convenir longtemps à mes rapports de famille, ni à ma

---

[1] Es handelt sich um eine in die Rechte der rechtsrheinischen Staaten eingreifende Verordnung des Mainzer Präfekten für die Mainzer Schiffergesellschaft vom 17. October 1805, die auch von der Pariser Commission, welche zur Berathung eines Supplementvertrages zur Rheinschifffahrtsacte eingesetzt ist, lebhaft mißbilligt wird.

[2] Sic! Der Satz fällt aus der Construktion; am besten ergänzt man wohl vor »la tournure« vu.

[3] Beust erwähnt ein solches Gerücht erst viel später, zum ersten Mal in einem Bericht vom 23. Mai 1806. v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg, II, 44.

[4] Sic! Lies: amener.

fortune, et je me réserve à cet égard d'exposer ma situation avec plus de détails, dès que certains arrangements avec mon oncle et mes parents seront réglés définitivement.

J'ambitionnerai le poste de Vienne, si la cour y conserve un ministre, celui de Munich ne me conviendrait pas moins, si Mr de Degenfeld pouvait convenir pour celui de Paris . . .

J'ai vu Mr de Schall à Francfort incertain de son existence. La cour lui continue ses appointements, lui ayant ordonné d'attendre à Francfort de nouvelles directions . . .

---

422. Karl Friedrich an Reitzenstein.

Karlsruhe, 26. December 1805.

[Einwilligung in die geplante französische Familienallianz unter Vorbehalt. Gegenforderungen.]

Aus dem Schreiben Meines Staatsministers, Frh. von Edelsheim, vom heutigen Datum[1], wird der Herr Cabinetsminister sowohl den Gegenstand als auch den Erfolg derjenigen Aufträge ersehen, mit welchen der heute nach dem französischen Hauptquartier zurückkehrende Kammerherr Thiard von des Kaisers von Frankreich Majestät am 21. d. M. hieher gekommen ist.

Meine persönliche Gesinnung geht dahin, daß eine Verlobung des Kurprinzen Liebden mit der Nichte Jhro Majestät der Kaiserin Josephine nur auf den Fall zuzusichern sei, wenn vorher eine Verlobung der Prinzessin Auguste von Bayern mit dem Vicekönig von Italien geschehen und die Nichte der Kaiserin förmlich in den Stand einer Princesse de l'Empire français erhoben sein wird.

Da des Kaisers von Frankreich Majestät einen ganz besonderen Werth auf beide gedachte Verlobungen und diesseitige Nachgiebigkeit legen, so glaube Ich dagegen von dem Kaiser eine ebenso reichliche als ehrenvolle Beförderung Meines Haus- und Staatsinteresses in dem jetzigen entscheidenden Augenblick um so zuversichtlicher Mir versprechen zu dürfen, je genauer durch die proponirte Verlobung des Kurprinzen das eigene Familieninteresse des Kaisers mit dem Meinigen würde verbunden werden.

Wenn ich demzufolge bei jetziger Friedensnegociation ein besseres Loos erwarte, als dasjenige ist, welches in dem Traktat vom 11. d. M. Mir hat zugetheilt werden wollen, so bemerke Ich zuvörderst, daß

---

[1] Dasselbe bezieht sich auf die Sendung des Barons Thiard, der am 20. December in Karlsruhe eintraf, dem Kurfürsten mittheilte, daß die Vermählung der Prinzessin Auguste mit dem Vicekönig Eugen Beauharnais unmittelbar bevorstehe, und ihn durch Drohungen und Versprechungen zu bestimmen wußte, der Verlobung des Kurprinzen mit Stephanie Beauharnais, einer Tochter des Vicomte Claude de Beauharnais und Nichte der Kaiserin Josephine, seine Zustimmung zu ertheilen. In einem Aufsatze über die Heirath des Kurprinzen in der „Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins" hoffe ich näher auf diese Verhandlungen eingehen zu können.

a) die Abtretung des Breisgaus und der Ortenau, mit Einschluß St. Blasiens ꝛc. und mit der Befugniß, alle in jenen Distrikten gelegenen Güter und Renten auswärtiger geistlicher Corporationen einzuziehen, wie auch die darin befindlichen Klöster zu säcularisiren und deren gesammte Vermögenssubstanz einzuziehen, dann

b) die Bewirkung der Standeserhöhung und Successionsfähigkeit Meiner männlichen Nachkommenschaft zweiter Ehe, zu deren Ertheilung der Kaiser von Deutschland nach den bisherigen Grundsätzen des deutschen Staatsrechtes unter agnatischer Einwilligung befugt ist,

in diejenige Besserung Meines Friedensloofes nicht einzurechnen sei, wozu Mir, in Einsicht auf die in der zweifachen Verlobungssache bewiesene Nachgiebigkeit Hoffnung gemacht worden ist. Denn die Abtretung des Breisgaus und der Ortenau, sowie die Bewirkung der gedachten Successionsfähigkeit hat des Kaisers von Frankreich Majestät Mir vorlängst in Mainz mündlich zugesichert, als noch von keiner Seite an die Verlobungsprojecte gedacht ward.

Zu einer wahren Besserung Meines Friedensloofes würde Ich demnach unter Anderm Folgendes rechnen:

1. Die Aufhebung des mit einem Unbevollmächtigten geschlossenen Traktats vom 11. d. M. und die Schließung eines neuen, in welchem billigere und genauer bestimmte Stipulationen zur Grundlage zu nehmen wären;
2. eine beträchtlichere Territorialcession, als in dem Tractat vom 11. December eingeräumt worden ist;
3. daß Bayern eine angemessene Quote der pfälzischen Staatsschulden (von persönlichen Schulden kann ohnehin die Rede nicht sein) seiner streng rechtlichen Pflicht gemäß übernehme;
4. daß Kurbaden von den Hanau-Lichtenbergischen Schulden nur diejenigen zu übernehmen habe, welche auf der Grafschaft Hanau-Lichtenberg hypothekarisch versichert sind und zwar nach dem Verhältniß des Revenuenertrags sämmtlicher ehemaligen Bestandtheile der gedachten Grafschaft;
5. daß Oesterreich in kurzen Fristen Alles dasjenige zu Frankfurt a. M. baar bezahle, was dasselbe sowohl Mir, als auch Meinen Söhnen, den Markgrafen Friedrich und Ludwig Liebden, dann Meinen Unterthanen, als Anleihe, als Vergütung wegen des Sequesters und für Kriegslieferungen schuldig ist;
6. daß die Mir in dem Traktat vom 11. December zugedachte Souverainität dahin näher bestimmt werde, daß Mir solche für alle Meine Staaten nach demselben Umfange, wie solche der Kaiser von Deutschland und Oesterreich, von wegen seines Erzherzogthums Oesterreich, im Verhältniß zu dem deutschen Kaiser und Reich wirklich genießt und hergebracht hat.

(Wobei weder Preußens, noch auch Böhmens namentlich zu erwähnen wäre.)

7. Daß in Ansehung des in dem Traktat vom 11. December stipulirten ewigen und allgemeinen Kriegsbündnisses nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit dem Königreich Italien, womöglich noch einige Modifikationen, insbesondere die Auslassung des Königsreichs Italien, und daß jenes Bündniß nur auf Defensivkriege, welche Frankreich in Deutschland zu führen hätte, sich einschränke, bewilliget würden;
8. daß Mir Frankreich eine Anleihe von vier bis sechs Millionen Livres zu billigen Zinsen und unter Einräumung bequemer Rückzahlungsfristen entweder selbst bewillige oder unter seiner Garantie verschaffe, um damit die durch die neuesten Kriege und die übernommenen Schulden geschwächten Staatsfinanzen zu verbessern.

Ist gleich vorauszusehen, daß mehreren dieser Punkte, von welchen einige ohnehin zu geheimen Artikeln sich qualificiren würden (wie z. B. lit. b, dann Num. 5 u. 8), Schwierigkeiten werden entgegengesetzt werden, so sind doch dieselben Meinen persönlichen Gesinnungen und Meinem Interesse zu sehr angemessen, als daß Ich nicht, bei der durch die Verlobungsgeschichte sich eröffnenden günstigen Aussicht und bei Meinem unbeschränkten Vertrauen in des Herrn Cabinetsministers vorzügliche Geschicklichkeit, Ergebenheit und Eifer für Mich und Mein Kurfürstliches Haus, demselben bestens zu empfehlen Anlaß nehmen sollte[1] . . .

423. Reitzenstein an Karl Friedrich.

Wien, 27. December 1805.

[Bedauern über den neuen Vertrag. Zwangslage. Der günstige Augenblick durch Schuld des Ministeriums für Baden versäumt.]

Hat zu seinem Schmerz 20 Meilen vor Wien erfahren, daß er einen Monat zu spät komme für die badischen Interessen, und vorausgesehen, daß der Kurfürst von dem Vertrage, den er unterzeichnet vorfand, peinlich berührt sein werde.

. . . Sa surprise et Son mécontentement devront encore s'accroître, . . . en voyant qu'au lieu de réparer un traité si fort au-dessous des espérances conçues, j'ai dû non seulement le confirmer, mais l'aggraver encore par la cession de Kehl. V. A. S. voudra néanmoins me faire la grâce d'examiner avec toute la sévérité possible les raisons puissantes qui m'ont déterminé à ne pas refuser ma signature, malgré que je l'aie fait le désespoir dans le cœur. Je ne saurais dire à quel point j'ai trouvé les affaires gâtées. Il me fallait de toute nécessité débuter par une condescendance inévitable et ne pas me laisser aller au mouvement d'ailleurs si naturel d'une résistance inutile qui n'aurait fait que me priver de tous les moyens de pouvoir encore rendre quelques bons services. C'est ce qui m'a du moins servi dans

[1] Die Vollmacht für Reitzenstein datirt vom 27. December; in derselben wird als unerläßliche Vorbedingung der Heirath die Zusage, daß die der Ehe entstammenden Kinder in der evangelisch-lutherischen Religion erzogen werden sollten, bezeichnet.

ce moment pour assurer à V. A. E. St-Blaise et Heitersheim, deux objets très essentiels et qui auraient pu m'échapper, avant que je m'en eusse (sic!) douté. Les entreprises ultérieures que je médite, Monseigneur, sont en partie contenues dans mon rapport secret[1]; au reste je ne m'y tiendrai pas ou bien je les changerai suivant les circonstances.

War schon dreimal in Schönbrunn, um sich dem Kaiser vorzustellen; dieser war aber stets durch Jagden und Truppenbesichtigungen abgehalten, ihn zu empfangen. Dès que je lui serai présenté, je rappellerai à sa mémoire l'objet qui tient justement à cœur à V. A. E.»[2]

. . . Vos bontés, Monseigneur, et la confiance que Vous daignez me marquer si éminemment me déchirent le cœur; il y a cependant tout aussi peu de ma faute que de celle de Mr Oehl que cette affaire n'ait pas été mieux conduite; c'est la faute du ministère. Le bon Dieu fera, s'il le veut, que je sois plus heureux dans la suite . . .

---

424. Napoleon an Karl Friedrich[3].

Schönbrunn, 6 nivôse an 14 (27. Dec. 1805).

[Friedensschluß. Gebietszuwachs Badens.]

Mon frère, j'ai conclu la paix; j'ai obtenu pour V. A. l'Ortenau, le Brisgau et toutes les possessions de la noblesse immédiate. Voilà la seconde fois que je procure[4] à Sa maison un accroissement qui aujourd'hui le met au niveau des grandes puissances. Plus que personne, Elle connaît l'intérêt que je porte à Sa maison, et j'espère qu'Elle et Ses enfants continueront d'avoir pour la France les sentiments qui nous ont depuis longtemps réunis. Sur ce je prie etc.

---

425. Dalberg an Edelsheim.

(Mannheim), 29. December 1805.

[Kein Besuch in Karlsruhe. Verstimmung.]

Je charge Mr le Bon de Hacke de remettre cette lettre à V. Exc. La situation des choses à Carlsrouhe depuis mon départ et depuis les derniers

---

[1] Die Depesche vom 22. December oder eine fehlende?

[2] Bezieht sich zweifellos auf die Erbfolge der Grafen Hochberg.

[3] Gedruckt nach dem Concepte: Correspondance de Napoléon, 11, 507. Das Schreiben wird am 2. Januar 1806 durch den Flügeladjutanten Divisionsgeneral Lemarrois in Karlsruhe überreicht und vom Kurfürsten noch am gleichen Tage unter Versicherungen seines Dankes beantwortet. Concept Edelsheims.

[4] In der Correspondance abweichend vom Karlsruher Original: que j'ai le plaisir de procurer.

événements ne peut point y avoir porté plus de calme et d'intelligence parmi les différents partis et, quelque pénible qu'il me soit de ne pouvoir offrir personnellement à V. Exc. mes vœux pour le nouvel an, je crois que je fais mieux de n'y point paraître, jusqu'à ce qu'on me l'ordonne . . .

Je ne me permets pas de mander des nouvelles à V. Exc., je ne lis même plus les gazettes. Mr de Reitzenstein doit sans doute Vous tenir au courant et je l'en félicite. Si au retour de l'Empereur Napoléon à Paris je dois encore m'y rendre, veuillez V. Exc. m'en prévenir pour prendre des arrangements . . .

---

426. Reitzenstein an Karl Friedrich.

Wien, 29. December 1805.

[Inhalt des Preßburger Friedens. Baden im Nachtheil gegen Württemberg. Verwahrung gegen die Ausübung nellenburgischer Hoheitsrechte in Baden. Abreise Napoleons nach München. Vorstellungen wegen des Vertrags auf der Durchreise.]

Mittheilungen über den Inhalt des Preßburger Friedens.

. . . L'Electeur de Wurtemberg reçoit le haut et le bas comté de Hohenberg, le landgraviat de Nellenbourg, la partie du Brisgau de l'est de la ligne du Schlegelberg à la Mohlbach, les cinq villes du Danube et la préfecture d'Altdorf. Comme donc il n'a pas été fait de distraction, quant à ce dernier point, de la haute préfecture de la Souabe, située du côté des villes d'Isny, Leutkirch et Wangen, il faut encore ajouter à mon dernier tableau[1] du lot wurtembergeois:

a) 16000 sujets pour cette partie,
b) 4000 pour le district de Elzach,
c) 1300 pour la ville d'Isny,
d) 1000 environ pour Weissenau et
e) 4400 environ pour la ville d'Ehingen avec ses dépendances.

Comme la réunion de tous ces objets forme un total d'environ 147500 âmes et que le lot de V. A. E., en déduisant de ma dernière supputation les 4000 pour Elzach, se réduit à environ 141000 âmes, il s'ensuit qu'au lieu d'un surplus de 24 à 25000 âmes sur Wurtemberg ce dernier pays a gagné à 7000 âmes de population sur le pays de V. A.

Il serait souverainement inutile et tout aussi déplacé de se lamenter actuellement et de se récrier sur les résultats; on ne ferait que donner par là aux adroits voisins de Stoutgart un sujet de moquerie; le plus sage est de dissimuler, mais en même temps de faire tous les efforts, d'un côté

---

[1] Reitzenstein hatte am 22. December eine Zusammenstellung der voraussichtlichen Erwerbungen der drei Kurstaaten angefertigt und danach den Gebietszuwachs für Bayern auf 208000, für Württemberg auf 120800 und für Baden auf 145000 Seelen berechnet.

pour réparer les fautes commises, en recherchant les moyens propres à rétablir l'équilibre et même à le rendre favorable aux intérêts de V. A. E., et de l'autre côté pour exister par une excellente administration intérieure l'admiration de l'Allemagne, en même temps qu'elle servira à consolider les parties éparses du pays, à rétablir le crédit et les finances et à cicatriser toutes les plaies faites par la guerre. C'est le meilleur moyen et le plus respectable, le plus conforme aux intentions et au cœur de V. A. E. de se venger des injures de la fortune et d'en préparer une meilleure pour un avenir qui, j'ose le dire, ne sera pas lointain. Ce qui mérite non moins une attention très sérieuse, c'est qu'à l'égard du landgraviat de Nellenbourg il y est stipulé que la maison de Wurtemberg ne l'aura que dans l'étendue où l'Autriche le possédait et pas autrement.[1] Mais comme en vertu de l'article 2 du traité conclu avec Mr Oehl tous les droits de l'Autriche sur les possessions anciennes et nouvelles de V. A. S. se trouvent éteints et que par conséquent d'après l'explication donnée par Mr de Talleyrand lui-même de pareils droits n'ont pu se transmettre sur le successeur, il est important d'y tenir la main rigoureusement et de se soutenir même par la voie de fait dans la supériorité territoriale acquise par cet article qui autrement ne signifierait en vérité rien. C'est encore dans la vue de ne laisser aucun doute là-dessus que j'ai ajouté à mon mémoire[2] loco congruo les mots suivants:

> «de même que la certitude que la maison de Wurtemberg ne pourra exercer sous le prétexte du landgraviat de Nellenbourg et de la préfecture d'Altdorf etc. aucune suzeraineté ni souveraineté ni autres droits quelconques sur les appartenances de l'évêché de Constance, des villes d'Uberlingen et Pfullendorf et des abbayes de Salmansweiler et Petershausen, ces droits se trouvant éteints en vertu de l'article 2 du dernier traité» . . .

Die Zusage einer Entschädigung des Erzherzogs Ferdinand in Deutschland läßt noch weitere wichtige Verhandlungen voraussehen und gewährt einen Schimmer von Hoffnung auf Berücksichtigung Badens bei weiteren Gebietsveränderungen.

. . . L'Empereur étant parti précipitamment, j'ai manqué de 24 heures l'occasion de lui être présenté; on me fait même craindre qu'il ne s'arrêtera non plus davantage à Munich et que peut-être il ne fera que passer à Cannstadt sans aller même à Stoutgart. C'est ce qui me mit dans la nécessité absolue d'envoyer le courrier actuel pour essayer, s'il ne pourra pas arriver à Carlsrouhe au moins quelques heures avant le passage de l'Empereur, ayant cru qu'il serait utile d'envoyer un croquis d'une note

---

[1] Artikel 2 des Preßburger Friedens.

[2] Vom 20. Dec. Oben Nr. 415. Die Einschaltung erfolgte vermuthlich am Schlusse des ersten Absatzes auf S. 410.

qui pourrait être présenté à l'Empereur à Rastadt ou quelqu'autre part par LL. AA. Messeigneurs le Prince électoral et Margrave Louis[1]. On pourrait y ajouter alors le contenu de mon dernier précis[2] touchant la cession de Kehl et les îles du Rhin, de même que ce que j'ai déjà exprimé antérieurement au sujet du peu de rapport du Brisgau.

Je mets beaucoup d'importance à la célérité de ce courrier, parce que je regarde comme très essentiel que l'Empereur dans les intentions duquel il n'a sûrement pas été que V. A. E. soit moins bien traitée que les autres alliés, soit éclairci sur le point et sur les moyens extrêmement faciles qui existent encore pour y remédier d'une manière satisfaisante.

---

427. Denkschrift Reitzensteins[3]:

Considérations sur les moyens compatibles encore avec la situation actuelle des affaires à l'effet d'agrandir la maison de Bade, autant qu'il le faut pour lui assurer son existence politique.

Ende December 1805.

[Weiterer Gebietszuwachs dringend nöthig. Absichten auf Ulm, Frankfurt, Fürstenthum Aschaffenburg, Leiningen, im Fall einer Mediatisirung der schwäbischen Fürsten und Grafen auch auf Fürstenberg, den Klettgau und Geroldseck.]

Comme on doit supposer que toutes les contestations entre la France et l'Autriche sont maintenant aplanies pour très longtemps par la paix qui vient d'être conclue, il serait inutile de revenir sur des projets dont l'exposition est devenue trop tardive[4]; il existe cependant encore des moyens d'en réaliser du moins une partie.

Les personnes qui s'intéressent au sort de la maison de Bade se refuseront d'autant moins à la justice de ces vœux qu'on ne saurait se cacher la dépendance entière dans laquelle cette maison se trouverait pour toujours vis-à-vis de celle de Wurtemberg, si on ne s'appliquait pas à rétablir la contiguité entre ses états rompue par la cession du landgraviat de Nellenbourg et du comté de Bonndorf faite en faveur du Wurtemberg.

Les moyens d'y parvenir sans la moindre peine d'une manière qui ne coûtera qu'un mot à la France, qui sera conforme même à ses intérêts

---

[1] Möglicher Weise die folgende Depesche.

[2] Fehlt.

[3] Abschrift von Golls Hand, ohne Datum; ein Concept von Groos, offenbar nach Diktat Reitzensteins, über dessen Autorschaft kein Zweifel bestehen kann, trägt den Vermerk: à la fin de décembre 1805.

[4] Vermuthlich Anspielung auf die Denkschrift vom November und ihre Beilagen, oben Nr. 388 ff.

et qui ne saurait trouver de résistance sérieuse de la part de l'Autriche paraissent être les suivants:

1. La ville d'Augsbourg ayant été donnée à la Bavière, les deux villes impériales qui restent encore dans le midi de l'Allemagne ne pourront absolument se soutenir encore longtemps. Celle d'Augsbourg intéressait particulièrement la France à cause du commerce de l'Italie et ce commerce ne pourra que gagner par l'incorporation de cette ville aux états de Bavière.

Maintenant donc il s'agit seulement ce qui est le plus conforme aux intérêts de la France, que la ville de Nuremberg tombe également dans les mains de la Bavière ou dans celles de la Prusse . . .

Die Einverleibung der Stadt, die mit zugehörigem Gebiet 80000 Einwohner zählt, durch Bayern entspricht ebenso sehr den Wünschen der Bevölkerung wie den Interessen Frankreichs.

. . . Il est donc clair qu'en assurant cette acquisition à la Bavière sous la condition de céder à l'Electeur de Bade la ville et le territoire d'Ulm qui comprend au plus haut 38000 âmes, la Bavière gagnera au-delà de 40000 sujets pendant qu'en même temps la cession d'Ulm à la maison de Bade donnerait à celle-ci le moyen de proposer à celle de Wurtemberg l'échange de cette ville contre le landgraviat de Nellenbourg, le comté de Bonndorf, les dépendances détachées du Brisgau etc.

Quant à la ville de Francfort, il suffit également d'examiner, s'il convient davantage aux intérêts de la France de la laisser tomber en partage à l'une des deux maisons de Hesse ou à celle de Bade. Que la ville de Francfort ne se soutiendra non plus longtemps indépendante, qu'elle soit destinée à changer de domination, ceci n'est pas douteux, mais c'est une ville qui doit intéresser la France plus que toute autre. Dans son état actuel d'indépendance elle a toujours été contraire, autant qu'elle le pouvait, aux intérêts de la France et dévouée à ceux de l'Angleterre. Elle était pour ainsi dire l'entrepôt central de tous les recruteurs anglais, de l'espionnage des propagateurs de fausses nouvelles, enfin le magasin de toutes les entreprises dirigées contre la sûreté et la gloire du gouvernement français. Elle ne cessera pas de reconnaître cette influence, si elle ne change de destination que pour tomber dans les mains d'un prince sur la fidélité duquel la France puisse compter dans tous les temps, et il n'y a sur le Rhin que l'Electeur de Bade qui se trouve dans ce cas.

2. La noblesse immédiate de l'Empire ainsi que les Ordres Teutoniques et de Malte n'ayant maintenant plus d'existence, toutes les bases qui pouvaient encore appuyer la conservation d'un prince ecclésiastique en Allemagne ont disparu en même temps et on peut prédire sans être prophète que l'Archichancelier actuel sera le dernier qui exercera cette dignité. Cependant le temps n'est pas encore venu où l'on puisse abandonner à sa chute l'édifice de la constitution germanique; la France peut

être encore pendant longtemps intéressée à exercer une influence journalière dans les affaires intérieures de ce que par force d'habitude on est convenu d'appeler encore Corps Germanique. C'est l'Archichancelier qui doit avoir l'initiative de cette influence et par qui pourrait-elle en conséquence être mieux exercée que par une maison dont le pays en entier est frontière française dans une étendue de plus de 60 lieues et qui par cette situation même doit rester à jamais l'allié le plus nécessaire, ce qui veut dire le plus fidèle de la France? Cette mesure ajouterait encore aux avantages de la Bavière par la possession de l'évêché de Ratisbonne, et la petite principauté d'Aschaffenbourg avec la ville de Wetzlar conviendrait souverainement à l'Electeur de Bade qui s'obligerait à payer à l'Archichancelier actuel durant toute sa vie les revenus de cette principauté, déduction faite des frais d'administration et des autres charges.

3. Ces mêmes avantages deviendraient plus considérables, si S. M. l'Empereur Napoléon daignait admettre la maison de Bade à une part quelconque dans les cessions que le Roi d'Angleterre sera bientôt obligé de faire dans le Nord de l'Allemagne. On est très éloigné de proposer une lésion des droits de la maison ducale de Brunswick, mais le duché de Bremen et les principautés de Verden et d'Osnabrück ne font nullement partie des domaines de cette maison . . . Quant à Bremen et Verden, il serait superflu de diriger l'attention de la France sur la nécessité de les donner à un prince qui ne soit pas trop fort, pour qu'en même temps que l'Angleterre se trouve séparée des possessions allemandes du Roi les villes de Hambourg et de Bremen et le commerce de l'Elbe et de la Weser n'ait rien à craindre. C'est ce dernier pays surtout que le Roi d'Angleterre ne doit qu'à la générosité de l'Empereur des Français; il ne sera pas au-dessous de la gloire de ce monarque de le faire restituer par l'Angleterre et il servirait on ne peut pas mieux à l'établissement du Prince de Linange et de quelques autres petits comtes d'Empire placés actuellement entre l'Electorat de Bade et la Principauté de Darmstadt.

4.[1] On s'abstient de parler de la ville de Mergentheim avec son territoire, parce qu'on ignore le sort qui lui est réservé. C'est de même qu'on doit s'abstenir de parler des avantages qui résulteraient par la con-

[1] Im Entwurfe lautete die folgende Stelle ursprünglich: La maison de Bade est certainement très éloignée de former les moindres projets contre les princes et comtes secondaires de l'Allemagne et particulièrement de la Souabe, au contraire elle peut se flatter de leur avoir inspiré à tous une confiance entière par l'esprit de modération qui lui est propre. On doit donc se borner à exprimer ici à cet égard que, si malgré cela le projet de déplacer ces maisons voulût être exécuté et qu'on voulût y comprendre la principauté de Fürstenberg, les intérêts de l'Electorat de Bade se trouveraient lésés. Die weitern Bemerkungen des Entwurfs stimmen mit dem Text des Originals im Wesentlichen wieder überein.

centration de l'Allemagne méridionale, si la maison d'Autriche moyennant quelqu'autre arrangement pourrait être portée d'établir dans ses états héréditaires quelques-uns des petits états de la Souabe. C'est à quoi on doit se borner ici à cet égard, c'est l'observation que si le Prince de Fürstenberg dût être compris dans un arrangement pareil, les intérêts de la maison de Bade se trouveraient lésés d'une manière énorme et irréparable, si elle n'obtenait pas dans ce cas les 4 baillages de Haslach, Wolfach, Engen et Messkirch avec le landgraviat de Stühlingen et le comté de Heiligenberg.

Tout cela comprendrait à peu près la moitié des états fürstenbergeois, dont l'autre moitié conviendrait fort bien à la maison de Wurtemberg. On ne peut pas douter que dans un cas pareil le Klettgau, appartenant au Prince de Schwarzenberg et dont la population ne s'élève qu'à 9000 âmes, ne doive également être compris dans le lot badois de même que le comté de Geroldseck, appartenant au Comte de Leyen et ne comptant pas au-delà de 4200 habitants. La maison de Bade doit d'autant plus désirer ce dernier qu'elle est fondée de droit à le réclamer, puisque c'est une possession qui lui a été adjugée par la disposition expresse de la paix de Westphalie et que l'Autriche ne lui a ravie que d'une manière inouïe par la force des armes immédiatement après la paix de Ryswyck[1].

Concept in Karlsruhe; Original im Pariser Archiv.

---

428. Reitzenstein an Karl Friedrich[2].

Wien, 1. Januar 1806.

[Unterredung mit La Besnardière. Diplomatische Präsente. Günstige Einwirkung. Zusicherungen wegen des Breisgaus und der badischen Zugehörden in Nellenburg. Rheininseln. Kehl. Besuch Talleyrands in Karlsruhe.]

Reitzenstein berichtet über eine Unterredung mit La Besnardière, die gestern stattgefunden. „Um eine dem diesseitigen Interesse vortheilhafte Annäherung einzuleiten", that er einen Schritt, zu dem er nicht ermächtigt war, ohne den er aber auf alle Hoffnung, etwas zu erreichen, hätte verzichten müssen: er erklärte officiell, daß der Vertrag vom 20. December Seitens des Kurfürsten als ratificirt anzusehen sei, und überreichte dem Chef de Bureau ein Geschenk von 2000 Lsd. mit dem Bemerken, das für Talleyrand bestimmte diplomatische Geschenk sei noch in Arbeit und werde nachfolgen. Der Erfolg zeigte sich alsbald. Nachdem Reitzenstein vorgestellt, wie bedauerlich es sei, daß man nicht den ganzen Breisgau erhalten habe, und nachgewiesen, daß das vom Breisgau losgelöste Stück östlich der Linie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach durchaus keine Enclave von Württemberg sei, gab La Besnardière zu, der Vertrag sei „allerdings äußerst überschnellt worden", da man dem Bureau für die Verträge mit Bayern, Württemberg und Baden zusammen nicht mehr als 27 Stunden Zeit gelassen habe, es sei ihm daher nicht möglich gewesen,

---

[1] Vergl. (Reinhard), Pragmat. Geschichte des Hauses Geroldseck, 75 ff.; 80.

[2] Ueberbringer war der Kammerrath Vierordt.

den Insinuationen Normanns, „zu deren Widerlegung ohnehin Niemand auf dem Platz gewesen, auf den Grund zu sehen". Er sehe jetzt wohl ein, daß es bei der genannten Linie nicht bleiben könne. Man habe nie daran gedacht, mehr als das Oberamt Triberg loszutrennen. Auf die Bemerkung Reitzensteins, „daß selbst nicht einmal dieses ganze Oberamt ins Württembergische einschneide", empfahl La Besnardière ausdrücklich, den ganzen Breisgau mit Einschluß von Triberg zu besetzen und dann Württemberg aufzufordern, es möchte nur selbst angeben, welcher Distrikt Enclave seines Landes sei: mehr als die Enclaven sei ihm nicht zugesagt; begehre man mehr, so möge man sich bei Frankreich beschweren. Die französische Regierung werde sich dann sicherlich der badischen Auffassung anschließen und „ein mehreres als das wirklich Enclavirte oder äußerstens die Herrschaft Triberg Württemberg nicht zuerkennen, weil es anerkannten Rechts seie, daß kein Traktat mehr Recht übertragen könne, als der Contrahent im Sinne gehabt habe zu übertragen". Reitzenstein räth daher dem Kurfürsten unverzüglich zur Besitzergreifung des ganzen Breisgaus, wodurch der Bevölkerungszuwachs Württembergs und Badens ausgeglichen werde. Betreffs der in Nellenburg und Hohenberg gelegenen Zugehörden von Konstanz, Ueberlingen, Pfullendorf, Salem und Petershausen ertheilte La Besnardière den gleichen Rath, mit dem Beifügen, Talleyrand habe hierbei, soweit es sich um die Landeshoheit handle, mehr zugesagt[1], als sich eigentlich verantworten lasse, da Württemberg durch seinen Vertrag allerdings starke Gründe für sich habe. Reitzenstein erwiderte, er werde sich an jene ministerielle Erklärung unbedingt halten, der Kurfürst würde auch niemals zugeben, auch nur mit einem Zoll breit Landes unter württembergischer Hoheit zu stehen, sondern sich eher bei dem französischen Kaiser über eine solche Herabwürdigung beschweren.

Die Abtretung der Rheininseln war, wie weiter bemerkt wird, mehr ein persönlicher Wunsch Napoleons als eine Forderung des Departements des Aeußern, das letztere werde daher auch beantragen, daß dieselben in gemeinsamem Besitze bleiben und nur für den Rheinbau das Faschinenholz liefern sollten.

Wegen Kehl werde man sich wohl auch verständigen, da der Minister der Ansicht sei, daß der Kurfürst Oberherrlichkeit und Eigenthumsrecht an Kehl behalte, sich aber durch einen geheimen Artikel verpflichte, die Festung den französischen Truppen auf jeweilige Requisition zur Verfügung zu stellen.[2] Da in dem Falle dem Kurfürsten die Unterhaltung der Festungswerke wie der Garnison in Friedenszeiten zur Last fiele, meint Reitzenstein, es werde doch vortheilhafter sein, Frankreich das Besatzungsrecht zu überlassen. Talleyrand werde, wie er eben mitgetheilt, auf seiner Rückreise sich in Karlsruhe aufhalten und zweifle nicht, daß bei diesem Anlasse weitere Anstände sowie auch die Bedenken wegen Kehl gehoben würden.

Zum Schlusse erinnert Reitzenstein nochmals an die diplomatischen Präsente und beharrt bei dem früheren Vorschlage[3], Talleyrand außer werthvollen Pretiosen „allerwenigstens einhunderttausend fl. in baarem Geld zu verehren". Man müsse sich um so mehr „sehr généreux" bezeigen, da noch wichtige diplomatische Unterhandlungen bevorstünden und ihm „heilig versprochen" worden sei, hierbei hauptsächlich für weitere Vergrößerung Bayerns und Badens zu sorgen. Man habe ihm versichert, „daß außer dem Breisgau und der Ortenau noch ein anderer bedeutender Zuwachs im ursprünglichen Plan gelegen sei; was jetzt dem badischen Interesse zuwider untergelaufen, soll nicht nur soviel wie möglich reparirt, sondern auch durch anderweite Zugabe kompensirt werden".

Uebermorgen werde er abreisen.

Von der Hand Golls.

---

[1] Vergl. oben S. 431.

[2] Vergl. oben S. 400.

[3] Der betr. Bericht fehlt.

429. Bemerkungen des Geh. Raths Meier zu dem Berichte Reitzensteins vom 22. December 1805.

Karlsruhe, 3. Januar 1806.

[Für Ratifikation des Wiener Vertrags. Definitive Besitzergreifung der neuen Lande vorerst zu widerrathen. Bedenken wegen Occupation der ritterschaftlichen Gebiete. Aufhebung der Reichspost.]

Geh. Rath Meier bedauert mit Reitzenstein, daß „die Unterhandlungen viel zu spät angefangen worden seien", bemerkt dabei aber ausdrücklich, daß „das Geh. Rathscollegium ... desfalls außer dem Fall der Verantwortlichkeit gehalten worden".

„Die Ratifikation kann wohl keinen Anstand haben. Ebensowenig eine provisorische Occupation. Mit der Huldigungseinnahme aber dürfte bis zur erfolgten Ratifikation des Friedensschlusses mit Oesterreich, welcher den Abtritt der befragten Lande enthalten wird, zuzuwarten sein." Selbstverständlich muß man dabei suchen, „gegen Württemberg so gut wie möglich die vortheilhafteste Linie" zu behaupten. Bezüglich der Besitzungen der Ritterschaft und Ritterorden „läßt die gänzliche Unbestimmtheit, was dem einen und dem andern Theil werden soll, in der größten Verlegenheit. Der Rath des Zugreifens ist leichter gegeben als ausgeführt. Der Weg der Unterhandlung wird der einzige sein, der übrig bleibt." Hinsichtlich der Reichspost stellt Meier anheim, ob man dem Beispiele von Bayern folgen oder sich nicht vorerst mit der Erklärung begnügen wolle, „daß man nun sich berechtiget halte, das Postregale an sich zu ziehen", da er von einer „prompten Suppression große Confusionen und beschwerliche Nachwehen" besorgt. Mit dem Schreiben an Talleyrand ist er einverstanden, nur frägt es sich, „ob etwas dabei gewonnen werde, wenn Kehl nicht zum Eigenthum an Frankreich abgetreten, sondern nur das Besatzungsrecht eingeräumt wird".

---

430. Bemerkungen des Geh. Raths Meier zum Vertrag vom 20. December 1805.

O. D. (3. Januar 1806)[1].

[Bedenken wegen verschiedener Bestimmungen.]

Der Art. 1 läßt manches Weitere zu wünschen, — kaum etwas mehr zu erhalten übrig, als daß vielleicht die Linie vom Schlegelberg bis zur Mohlbach eine minder nachtheilige Direktion erhält, um Elzach etc. zu retten, wozu der H. Ministre von Reitzenstein einige Hoffnung gibt . . . Der Art. 2 ist Folge des ersteren und muß erwünscht sein.

Der Art. 3 läßt in Ansehung der künftigen Verhältnisse zum deutschen Reich und in Ansehung der Rechte der neuen Lande gar Vieles unbestimmt . . .

Der Art. 5 wegen der Rheininseln ist gegen den jüngsten Frieden und äußerst beschwerlich für die Herrschaft, für die Gemeinden und für den Rheinbau, dem dadurch fast alle Baumaterialien benommen werden.

Der Art. 6 ist ganz annehmlich.

[1] Ohne Datum; liegt bei den vom 3. Januar 1806 datirten Bemerkungen Meiers und stammt wohl vom gleichen Tage.

Die Art. 7, 8 und 9 sind, wie mehrere andere, imperative vorgeschrieben. Ihre Folgen sind unübersehlich und können bei künftigen Ereignissen den hiesigen Landen äußerst verderblich werden.

Der 10. Artikel bestätiget einen früheren Vertrag, vermuthlich jenen in Baden abgeschlossenen. Sein Inhalt und was etwann in Ansehung der Formalien noch dabei zu beachten seie, ist hier unbekannt . . .

Art. separatus 1. Dieser wegen dem Abtritt von Kehl ist nicht so unerwartet, als beschwerlich er ist, und

vom Art. separatus 2 gilt im Grund das Nämliche. Man hat im Ernst nie auf Zahlung der geleisteten Lieferungen ꝛc. zählen können. Aber weil dafür die Landesherrschaft mit neuen Besitzungen eine Vergütung erhält, so werden die Unterthanen, die die Lieferungen gethan haben, Entschädigung erwarten, und darauf hat das Hofrathscollegium der Pfalzgrafschaft bereits angedeutet.

---

431. Bemerkungen des Geh. Raths Brauer zu dem Berichte Reitzensteins vom 22. December 1805.

Karlsruhe, 3. Januar 1806.

[Für Ratifikation des Vertrages vom 20. December. Bedenken gegen die Civilbesitznahme der neuen Gebiete. Landstände. Bedenken gegen die Occupation der ritterschaftlichen Besitzungen. Postwesen.]

ad 1. Die Ratifikation des Vertrages kann, da Baden weit mehr empfängt als opfert, nicht beanstandet werden, wenngleich „durch die Allianz- und Garantieforderungen die Länderübergaben so onerirt" werden, daß wohl „das kurfürstliche Haus . . . dieser Zulagen nie froh und das Land durch Kriegsdruck ihrer überdrüssig" werden dürfte. „Von der Ratihabition des früheren Allianztraktats, die auch verlangt wird, kann ich nichts sagen, weil ich ihn nicht kenne."

ad 2. Einer provisorischen militärischen Besitznahme der neuerworbenen Gebiete steht nichts im Wege; dagegen erscheint es unstatthaft, die Regierung daselbst förmlich anzutreten und die Huldigung zu fordern, ehe der bisherige Landesherr abtrete und seine Unterthanen ihrer Pflichten entbinde. Auch im Jahre 1803 hat man nicht daran gedacht. Es wird keinen günstigen Eindruck auf die Unterthanen machen, wenn man sie „auf diese ungiltige Art zur Huldigung par force" führt. Brauer empfiehlt auf alle Fälle das Patent möglichst gemäßigt abzufassen. Die Aufhebung der Landstände erscheint auch ihm wünschenswerth, eine rechtliche Vertheidigung der Maßregel lehnt er freilich vorerst ab, da er eine Souveränität, wie sie Preußen und Oesterreich in ihren Reichslanden ausüben, für einen unzureichenden Rechtstitel hält. Beide Staaten besitzen ja auch „unaufgehobene Stände in ihren Reichen".

ad 3. Wegen der Occupation der Besitzungen der Ritterschaft und Ritterorden einen Rath zu ertheilen, ist recht schwierig. Zunächst berechtigt dazu der dazu vorliegende Separatfrieden nicht; lasse man sich trotzdem darauf ein, so bekenne man sich offen zur Verletzung

der reichsständischen Pflichten. Andrerseits ist eine „Grenzscheidung der Occupationen nicht festgesetzt", man wird sich also mit Württemberg arrangiren müssen und dabei „in jedem Fall den Kürzeren ziehen".

ad 4. Betreffs der Aufhebung der Taxis'schen Posten schlägt Brauer einige provisorische Maßregeln vor, z. B. das Verbot, kein Geld außer Landes abzuliefern, und räth, im Uebrigen abzuwarten, was die beiden andern Kurfürsten thun. Der Artikel wird, wie er glaubt, unendlich viel Plage und Arbeit, sowie pekuniäre Nachtheile mit sich bringen.

Mit den folgenden Punkten 5 bis 7 erklärt Brauer sich im Wesentlichen einverstanden.

Anhang 1.

432a. Aus den Acten über die Occupation der reichsritterschaftlichen Gebiete und der Territorien des Deutsch- und Johanniterordens.[1]

Wie bekannt, war es Württemberg, das schon Ende 1803 nach dem Besitze der in seinem Machtbereich gelegenen reichsritterschaftlichen Gebiete trachtete und damals von der Verwirklichung seiner Absichten nur durch das Einschreiten des Kaisers und des von ihm bestellten Conservatoriums abgehalten wurde. Angesichts der französischen Waffenerfolge, als Verbündeter Napoleons, glaubte der Kurfürst alle Rücksichten, die er bisher nothgedrungen beobachtet, im November 1805 fallen lassen zu dürfen; sein Patent vom 19. November gibt den Anstoß zu erneutem Vorgehen wider die Ritterschaft[2]. Er verkündet darin, daß er es „für höchst nothwendig und wichtig" erachte, der „jetzigen Lage der Dinge entsprechende Vorkehrungen zu treffen" und „bis auf weitere Bestimmungen" von sämmtlichen ritterschaftlichen, Deutsch- und Johanniterorden'schen Gütern und Gefällen in und an seinen Staaten Besitz ergreifen zu lassen. Am 28. November erhält man in Karlsruhe durch das Amt Bretten Nachricht von diesem Erlasse, mit der weitern Meldung, daß württembergische Commissäre bereits Flehingen, ein badisches Lehen, nebst andern Ritterorten im Kraichgau besetzt haben. Erst am folgenden Tage läuft ein Schreiben des Kurfürsten Friedrich vom 26. d. M. ein, in welchem dieser von der getroffenen Entschließung officielle Kunde gibt und zugleich beschwichtigend bemerkt: da „der Fall eintreten könnte, daß hin und wieder, besonders bei angrenzenden Objecten", badische Interessen konkurriren dürften, erkläre er im Voraus, daß er durch den Besitznahmeact keineswegs gegründeten Ansprüchen Kurbadens zu nahe treten wolle und bereit sei, sich späterhin „zur Ausgleichung jeder Differenz dieser Art zu verstehen"; er hoffe daher, daß die

---

[1] Ich theile hier aus den auf diese Vorgänge bezüglichen Acten das Wichtigste kurz im Zusammenhange mit, da auf den Abdruck der Actenstücke selbst, die eine stattliche Reihe von Actenbündeln füllen, verzichtet werden muß. Benützt wurde dabei vielfach eine Denkschrift Brauers: „Darstellung des kurbadischen Betragens gegen die Krone Württemberg, die Occupationsangelegenheit betr." vom 29. Mai 1806. In der gedruckten Literatur sind diese Verhältnisse nur flüchtig berührt; weder Häusser in seiner „Deutschen Geschichte", noch Roth von Schreckenstein in seiner „Geschichte der Reichsritterschaft" gehen näher darauf ein, das Gleiche gilt von dem Aufsatze, den J. G. Weiß („Die Reichsritterschaft beim Ende des alten Reichs") in der Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, N. F. VIII, 289 ff. veröffentlicht hat.

[2] Die Angabe bei Berghaus, Deutschland vor fünfzig Jahren, II, 43, daß Kurbaden mit den Occupationen den Anfang gemacht habe, beruht auf völliger Unkenntniß der Verhältnisse.

badischen Behörden, wo jener Collisionsfall eintrete, den von ihm angeordneten Maßregeln nichts in den Weg legten. Karl Friedrich ersucht die Mitglieder des Geh. Raths, sich über das Schreiben zu äußern. Die Ansichten sind sehr getheilt. Reitzenstein erblickt darin nur einen erneuten Beweis dafür, daß Frankreich mit Württemberg auf vertrauterem Fuße stehe als mit Baden, und meint, es komme nun „nicht mehr darauf an, was man im Weg Rechtens für dem Reichshofrath oder Kammergericht behaupten könne, sondern was man provisorisch schlechterdings und augenblicklich thun" müsse, um nicht Württemberg gegenüber in Nachtheil zu kommen: der von dieser Seite aufgestellte Grundsatz, daß auch von allen an Württemberg grenzenden Gütern und Gefällen Besitz ergriffen werden solle, öffne der Willkür Thüre und Thor. Er schlägt daher vor, sämmtliche ritterschaftlichen Güter und Gefälle in den Kantonen Kraichgau, Ortenau und Hegau-Allgäu-Bodensee, sowie das Gemmingen'sche Gebiet im Hagenschieß und das Fürstenthum Heitersheim zu occupiren und alle Gefälle der breisgauischen Klöster, des Malteser- und Deutschritterordens in Baden mit Beschlag zu belegen; zugleich legt er den Entwurf einer Antwort an Württemberg vor, nebst Voranschlägen für die Occupationsmaßregeln (datirt Durlach, 29. November). Im entgegengesetzten Sinne äußert sich Geh. Rath Brauer; sein Gutachten ist für seine politischen Anschauungen, sein Verhältniß zu Reitzenstein und seine neuesten Wendung der Dinge zu charakteristisch, um es nicht im vollen Wortlaut folgen zu lassen. «Den Umfang — schreibt er — derjenigen Ritter- und geistlichen Güter, welche dem hiesigen Kurhause zu haben convenient wäre, hat H. Minister von Reitzenstein wohl sehr vollständig gezeichnet, ja in Bezug auf die Lande am Bodensee so übervoll, daß dort für Bayern und Württemberg, die doch nach Verhältniß ihrer Größe auch größeren Appetit haben werden, wenig übrig bleibt, wenn Baden sie präveniren kann . . .

Wie auch man um dieser Convenienz willen mit der angerathenen mehreren Thätigkeit diesseitiger Diplomatie voranzugehen vielleicht Ursache haben könne, um nicht von Andern überflügelt zu werden, das begreife ich recht wohl, obschon übrigens nach der dermalig hiesigen Verfassung dieses den Geh. Rath nichts angehet und ich mich also begnüge, die Bemerkung des H. Minister mit der weiteren zu ergänzen, daß wenn nicht aus denen Smi Vertrauen desfalls genießenden Räthen ein von dem Regimentsrath gar wohl zu separirender Staatsrath niedergesetzt wird, der rastlos mit Einheit des Plans und mit Kenntniß aller Umstände, auch mit Begewaltigung in Zeiten die diplomatischen Behörden zu leiten niedergesetzt[1], sondern die desfallsigen Geschäfte in abgerissenen Parzellen heute von diesem, morgen von jenem und immer nur erst dann und nur so lang besorgt und betrieben werden, falls ein Anstoß von außen die Maschine in Bewegung setzt, man die Ueberflügelung lediglich in seiner eigenen Staatsorganisation suchen müsse.

Wie hingegen man um jener Convenienz willen mit der angerathenen Occupationsart vorschreiten könne, davon begreife ich in meiner seligen Unkunde von der Höhe der heutigen Staatspolitik gar nichts: nicht, wie es nach dem deutschen Staatsrecht thunlich sei, welches H. Minister selbst eingestehen . . ; nicht, wie es nach dem Völkerrecht thunlich sei, da Frankreich sammt seinen Alliirten wohl mit Oesterreich . . ., aber nicht mit dem deutschen Reich streitet . . . und daher auch die neutralen deutschen Reichsglieder durch seine Alliirte unmöglich ohne Völkerrechtsverletzung feindlich occupiren [lassen] kann. Nicht, wie man sogar auf Deutschmeisterische und Johannitermeisterische Besitzungen greifen könne, die doch einem anerkannten Reichsmitstand angehören. Nicht wie man auch die inländische

[1] Sic! Zu lesen ist etwa: im Stande sein wird.

Gefälle der breisgauischen Klöster in diese Kategorie bringen könne, die, was die Landeshoheit betrifft, schon unter diesseitiger Landeshoheit stehen, was aber das Einkommen betrifft, unter französische Verwaltung oder doch Contribution gezogen worden sind. Nicht wie man auf diesem Weg zum Zweck gelangen könne, da man von Württemberg prävenirt ist und es als der Stärkere, wenn es will, jeden unsrer ähnlichen Occupationsacte vernichten kann . . . Endlich nicht, warum man überall, um sich gegen ein Praevenire zu sichern, . . . nicht den weit sichereren Weg der Besetzung aller in Frage kommenden ritterschaftlichen Orte mit einer Conservatorialmiliz gegen jeden fremden Ueberdrang gewählt hat[1], und wobei, da man doch in einer vernünftigen Politik nie vergessen darf, daß das Fußgestell des Glückes rund ist, . . . doch das Kurhaus nicht compromittirt würde . . .

Bei allen diesen Unbegreiflichkeiten bleibt mir, solange nicht H. von Reitzenstein in Rath gezogen wird und seine flüchtig hingeworfenen Gedanken gründlich vertheidigt, nur soviel zu sagen: als Rath kann ich nicht zustimmen, als Diener werde ich expediren helfen, was S^mus befehlen, so gut ich es verstehe, ohne die mir zu steile Höhe der heutigen Politik erklommen zu haben, von der ich gern ganz fern wäre» (datirt 29./30. November).

Aehnlich äußern sich in Kürze andere Mitglieder des Geh. Raths. Minister von Gayling bemerkt, da man ihn seit geraumer Zeit nicht über die politischen Vorgänge informirt habe, verzichte er auf jede Meinungsäußerung; Geh. Rath Herzog erklärt ebenfalls, ohne Kenntniß der politischen Prämissen lasse sich die Angelegenheit nicht genügend beurtheilen. Nur Edelsheim tritt für die Anträge Reitzensteins ein, in der Ueberzeugung, daß der Kurfürst seine Entschließung auf Erwägungen stütze, „die den weitern Verfügungen die behörige Leitung am sichersten geben werden".

Bei der Berathung im Geh. Rathscollegium spricht sich die Mehrheit dahin aus: man hätte gewünscht, daß man sich, „da von anderen als württembergischen Zugriffen dermaliger Lage nach nichts zu besorgen sei", darauf beschränkt hätte, die württembergischen Patente im Kraichgau entfernen zu lassen und ein Protestschreiben an den Stuttgarter Hof zu richten, zugleich aber auch eine gütliche Verständigung „über die beiderseitigen Unterjochungswünsche" anzubahnen; da jedoch der Kurfürst die Occupationen augenscheinlich billige, bleibe nichts übrig, als die in dem Reitzenstein'schen Gutachten vorgeschlagenen Maßregeln auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu prüfen und die erforderlichen Expeditionen dem Kurfürsten vorzulegen. Es wird daher beschlossen, nach Reitzensteins Vorschlag ein Schreiben an Kurwürttemberg, „doch in gemilderten Terminis", zu richten, ein Occupationspatent zu entwerfen und die Instruktionen und Vollmachten für die Occupationscommissare auszufertigen. Der Kurfürst schwankt anscheinend und läßt den Geh. Rathsvortrag mit dem Bemerken zurücksenden, das Geh. Rathscollegium möge ohne Rücksicht auf das Reitzenstein'sche Gutachten seine Meinung äußern. Dies geschieht in einer außerordentlichen Conferenz am 1. December, in welcher die Anwesenden sich darüber einigen, daß es höchst bedenklich sei, das Beispiel Württembergs nachzuahmen, solange von Seiten Frankreichs keine Aufforderung dazu vorliege. Allein schon am 2. December hebt eine kurfürstliche Cabinetsordre in Folge sehr dringender und schwerwiegender Vorstellungen die Beschlüsse dieser Conferenz wieder auf und bestimmt, daß die in dem Vortrage vom 30. November vorgeschlagenen Schreiben und Verfügungen vorgelegt werden. Ohne Zaudern unterzeichnet

---

[1] Edelsheim bemerkt später: davon könne „unter jetzigen Conjunkturen" nicht die Rede sein. G. R.-P. vom 30. November.

der Kurfürst nunmehr die Vollmachten und Instruktionen für die drei mit dem Vollzug der Occupationsmaßregeln betrauten Commissäre von Dawans, Stößer und Maler; dieselben werden angewiesen, falls sich Widerstand zeige, mit Hilfe des ihnen beigegebenen Militärs Gewalt anzuwenden, jedoch alles Blutvergießen zu vermeiden und allenfalls lieber in der Nähe befindliche französische Truppen zu requiriren (G. R.-P. vom 3. December). In einem Antwortschreiben an Kurwürttemberg vom 3. December bezeichnet Karl Friedrich die Bezirke, wo er sich jede „auch nur provisorische Besitzergreifung angelegentlich verbitten müsse", und führt als solche an das Gemmingen'sche Gebiet und die Leutrum'schen Lehensorte im Hagenschieß, sowie alle ritterschaftlichen Orte in und an den badischen Landen, die zu den Kantonen Kraichgau, Ortenau, Donau und Hegau-Allgäu-Bodensee gehören; zugleich zeigt er an, daß er in Folge des württembergischen Vorgehens nunmehr zu gleichen Schritten veranlaßt werde. Den Ritterschaftsdirectorien der genannten Kantone aber wird eröffnet, daß Kurfürst Karl Friedrich sich durch die Verhältnisse genöthigt sehe, die in und an den badischen Landen gelegenen oder in badischem Lehensverbande stehenden Ritterorte unter „landeshoheitlichen Schutz, Schirm und Aufsicht zu ziehen", doch wird dabei vorsichtshalber ausdrücklich betont, daß dies lediglich eine „durch die Pflicht der Selbsterhaltung und des Gleichgewichts gebotene vorsorgliche Maßregel" sei, die den Gerechtsamen der Ritterschaft nicht zu nahe treten und „bei etwa verschwindender Veranlassung von keinen Folgen sein könne und solle" (3. December)[1]. Ein Schreiben ähnlichen Inhalts ergeht an die Deutschordensregierung zu Mergentheim, dagegen wird auf die Occupation des Großpriorats Heitersheim verzichtet, da von Seiten der Geh. Räthe gewichtige Bedenken gegen die Berechtigung einer solchen Maßregel geltend gemacht werden.

Vergeblich protestirt die Ritterschaft gegen solche Vergewaltigung, die ihr mit den von Baden vermöge des Conservatoriums übernommenen Pflichten mit Recht unvereinbar erscheint. Auch bei dem Reichstage, an den sie sich Hilfe heischend wendet, findet sie keinen Schutz; zwar erläßt der Kurerzkanzler in Folge ihrer Beschwerden ein Dehortatorium an Württemberg, unter den Comitialgesandten aber besteht keine Neigung zu einer Berathung über diese heikle Angelegenheit, und als Napoleon durch Hédouville dem Kurerzkanzler vollends sein Mißfallen über das Dehortatorium zu erkennen gibt, überläßt auch dieser die Ritterschaft ihrem Schicksal, das durch Berthiers Ordre du jour vom 19. December[2] endgiltig besiegelt wird (Berichte v. Seckendorffs vom 2. und 18. December).

Inzwischen nehmen die württembergischen Occupationen ihren Fortgang, von badischer Seite werden sie am 9. December begonnen. Bald ergeben sich, wie vorauszusehen ist, da und dort ernstliche Conflikte. Württembergische Commissäre besetzen eine Anzahl von Orten, die in badischem Lehensverbande stehen, wie Hochhausen, Adelshofen, Neckarbischofsheim u. a., und schlagen dort die württembergischen Patente an, die Badener wiederum entfernen letztere und ersetzen sie durch die ihrigen. Aehnliche Uebergriffe erfolgen auch

---

[1] Vergl. Berghaus, Deutschland vor 50 Jahren, II, 44.

[2] Datirt aus dem Hauptquartier Schönbrunn. Unter dem Vorwande, daß die Ritterschaft in ihren Territorien Oesterreich Rekrutenaushebungen gestattet und auf diese Weise Kriegshilfe geleistet habe, werden darin die in den occupirten Landestheilen commandirenden französischen Generale angewiesen, «de prêter main forte aux troupes et aux agents de L.L. A.A. S.S. les Electeurs de Bavière, de Wurtemberg et de Bade dans la prise de possession qu'ils font des domaines de l'Ordre Equestre, S. M. l'Empereur ayant garanti à ces trois Electeurs la souveraineté pleine et entière de leurs états».

auf badischer Seite, kein Theil ist frei von Schuld. Da Württemberg sich beschwert und die französische Intervention anzurufen entschlossen ist, macht die Karlsruher Regierung einen letzten Versuch, den Zwist durch freundnachbarliche Uebereinkunft zu schlichten. Zu dem Zwecke wird am 4. Januar Geh. Ref. Hofer nach Stuttgart entsandt; nach seinen Vorschlägen soll keiner der beiden Staaten Hoheitsansprüche über Lehensorte des andern erheben dürfen, die beiderseitigen Ansprüche auf die übrigen streitigen Ritterorte sollen durch eine Vergleichscommission entschieden, bis dahin aber der Status quo gewahrt werden. Hofer wird indes mit leeren Worten hingehalten: ein Schreiben des Stuttgarter Hofes vom 8. Januar, das er überbringt, sichert zwar anscheinend in sehr gewundenen Ausdrücken die Einstellung jedes weitern Vorgehens gegen die Ritterschaft zu, allein schon am nächsten Tag ergeht ein königliches „Inhäsivdecret", welches die Fortsetzung der Steuerexaktionen im Kraichgau anordnet; das eben Zugestandene wird wieder zurückgezogen und von einer Wiederherstellung des Status quo will in Stuttgart vollends Niemand etwas wissen. Die Karlsruher Regierung entschließt sich in Folge dessen, nunmehr gleichfalls Frankreichs Intervention anzurufen, einstweilen aber durch Entsendung von Truppen ihren bedrohten Besitzstand zu sichern. Die beiderseitigen Commissäre stoßen mit ihren Truppen an mehreren Orten aufeinander; um dem unleidlichen Zustande, der sich daraus ergibt, ein Ende zu bereiten, vereinbaren sie am 16. Februar zu Neckarbischofsheim eine Convention, wonach alle streitigen Ritterorte im Kraichgau von beiden Theilen gleichmäßig mit Militär besetzt, bis zur Entscheidung der Ansprüche alles im dermaligen Zustand belassen und weder Kriegslieferungen eingetrieben noch Huldigungen vorgenommmen werden sollen. Obgleich die Uebereinkunft für Baden keineswegs sonderlich vortheilhaft erscheint, ertheilt der Kurfürst aus Liebe zum Frieden derselben doch seine Genehmigung. Württemberg zögert aber nicht nur damit, sondern antwortet mit neuen Uebergriffen. In Flehingen werden die badischen Patente abgerissen, der von badischem Gebiet umschlossene Ritterort Neidenstein wird besetzt, ja sogar das kurbadische, nur in früheren Zeiten zur Ritterschaft gehörige Dorf Epfenbach wird militärisch occupirt; in Neckarbischofsheim sprengen die Württemberger mit verhängten Zügeln, die Pistolen und blanken Säbel in der Hand, ein: Zustände und Vorkommnisse, die in der That, wie ein Augenzeuge meint, an die Zeiten des Faustrechts erinnern. Eine erneute Beschwerde in Stuttgart vom 7. März bleibt zunächst erfolglos; erst am 23. März erscheint eine württembergische Note, in der eine versöhnlichere Sprache geführt und der Wunsch ausgedrückt wird, es möge der Bischofsheimer Convention, der man bisher die Ratifikation versagt, eine allgemeinere Ausdehnung gegeben werden, damit die Ruhe nicht weiter gestört werde; gleichzeitig erhält man in Karlsruhe von Seiten Frankreichs die Versicherung, daß die streitigen Ortschaften, bis ihr Schicksal durch den Münchener Mediationscongreß entschieden sei, von französischem Militär in Obhut genommen werden sollen. Baden erwidert daher auf die württembergische Note, man müsse nun das Resultat der Münchener Verhandlungen abwarten, die der Stuttgarter Hof, wenn er ernstlich den Frieden wolle, ja leicht beschleunigen könne. Der Einmarsch der französischen Truppen verzögert sich indes, offenbar in Folge württembergischer Umtriebe; als man Ende April in Karlsruhe erfährt, daß am 1. Mai das neue württembergische Organisationsedikt in Vollzug gesetzt und demgemäß auch in den kraichgauischen Ritterorten die Huldigung vorgenommen werden solle, erinnert der Kurfürst die französische Regierung von neuem dringend an die Erfüllung ihres Versprechens. Am 3. Mai rückt daraufhin ein Bataillon des 12. Linienregiments mit 994 Mann unter Führung des Oberstlieutenants Guerilhac in Eppingen ein, um von da aus die kraichgauischen Ritterorte zu besetzen, die von den badischen und württembergischen Truppen daraufhin alsbald geräumt werden.

In Stuttgart ist man mit dieser Wendung der Dinge keineswegs zufrieden und wünscht die fremden Gäste los zu werden; man ersucht die badische Regierung, Frankreich zur Abberufung der Truppen zu bewegen, was diese natürlich ablehnt, mit dem Bemerken, es bleibe nun nichts übrig, als die Entscheidung Frankreichs, die Württemberg selbst ja zuerst angerufen, abzuwarten. Diese erfolgt indes nicht so rasch, als man gehofft. Die Münchener Conferenzen verlaufen bekanntlich resultatlos, auch die Rheinbundsacte bringt noch keine endgiltige Lösung der Streitfrage. Art. 25 bestimmt lediglich, daß jedes Bundesmitglied die Souveränitätsrechte über die innerhalb seiner Lande gelegenen ritterschaftlichen Besitzungen ausüben solle, die zwischen zwei Bundesstaaten gelegenen aber möglichst gleichmäßig zu vertheilen seien. Es bedarf noch mehrwöchentlicher Verhandlungen, bis dieses Ziel erreicht wird. Zwar findet schon Ende September die Uebergabe der im Kraichgau enclavirten Orte — im ganzen 73 — durch den französischen Bataillonschef Pillet zu Miltenberg statt (24. September), aber erst am 13. November d. J. wird auf Drängen Frankreichs zu Stuttgart zwischen den badischen und württembergischen Bevollmächtigten ein Staatsvertrag abgeschlossen, der dem langen Hader ein Ende macht und die Vertheilung der streitigen, zwischen beiden Staaten gelegenen Ritterorte durchführt[1]. Im Laufe des November findet dann nach dem Abzuge der französischen Truppen auch die Uebergabe dieser Gebiete statt.

Aehnlich wie bei der Ritterschaft, nur in bescheidenerem Umfang, kommt es auch bei der Occupation der Deutschordensbesitzungen zu Conflikten. Unter dem Widerspruch der Mergentheimer Regierung besetzen die badischen Commissäre im December 1805 die Recepturen zu Weinheim und Weingarten, die Commenden Freiburg und Beuggen, die Commende Mainau nebst der Herrschaft Blumenfeld, die Herrschaft Hohenfels und die Grafschaft Alschhausen, werden aber aus Alschhausen durch die Bayern und aus Blumenfeld und Hohenfels durch die Württemberger wieder verdrängt. Da nach Art. 12 des Preßburger Friedens für die Besitzverhältnisse des Deutschordens der Besitzstand maßgebend sein soll, in dem er sich beim Friedensschlusse befunden, verbleiben diese letztern Gebiete bei Bayern und Württemberg. Die Einsprache der Deutschordensregierung findet auch in der Folge keinerlei Beachtung.

Schwieriger gestalten sich die Verhältnisse gegenüber dem Johanniterorden. Baden beschränkt sich anfänglich auf die Occupation der im Lande gelegenen Güter und Gefälle des Ordens[2], wogegen dieser protestirt; in Folge des Preßburger Friedens, der Baden als Dependenzen des Breisgaus die dortigen Stifter und Klöster zuweist, verschärft sich aber der Gegensatz der Interessen. Eben diese Klöster waren nämlich durch § 26 des Reichsdeputationshauptschlusses vom Jahre 1803 dem Orden als Entschädigung für seine linksrheinischen Verluste unter der Bedingung zugesprochen worden, daß er die Schulden der Bischöfe von Basel und Lüttich übernehme; Kaiser Franz II. hatte indes auf Grund der Pariser Convention vom 26. December 1802, die den Breisgau ohne jede Einschränkung dem Herzog von Modena zuwies, diese Bestimmung niemals anerkannt und ihr seine Ratifikation versagt, so daß der Orden thatsächlich niemals in den Besitz der ihm zuerkannten Entschädigungen gelangte[3]. Nach dem Preßburger Frieden hält der Orden jedoch

---

[1] Ein Verzeichniß der an Baden fallenden Orte bei A. Mayer, Beiträge zur Geschichte des badischen Civilrechtes, 130 ff.

[2] Die Commende zu Ueberlingen und gewisse Gefälle zu Kirchzarten.

[3] Vergl. die anonyme Schrift Klübers: Essai sur l'Ordre de Malte ou de St Jean et ses rapports avec l'Allemagne en général et avec le Brisgau en particulier. Basle, 1805. S. 16 ff.

den Augenblick für günstig, um seine Ansprüche zu erneuern. Er sucht und findet zu dem Zwecke Schutz bei Bayern. Der Bailli von Flachslanden und der Bailli von Pfirdt tragen in München dem zweitältesten Sohne des Königs, Prinzen Karl Theodor, die Coadjutorie des Großpriorats deutscher Zunge an, welche dieser mit Zustimmung seines Vaters und Napoleons annimmt. In einer Convention vom 28. Januar verpflichtet sich der König dagegen, den Orden in seinen besondern Schutz zu nehmen und all seinen Einfluß aufzubieten, um ihm zum Besitz der ihm seiner Zeit zugesicherten Entschädigungen zu verhelfen[1].

Durch ein Schreiben an den Kurfürsten, das noch vor Unterzeichnung des Vertrages abgeht, gibt er diesem seinem Willen deutlich zu erkennen; fast gleichzeitig erscheint der Johannitercomthur Oberstwachtmeister v. Bodman bei dem badischen Commissär v. Drais und spricht die Erwartung aus, daß der Besitznahme der reichsgesetz- und vertragsmäßig „zugeschiedenen Entschädigungsgegenstände" durch den Orden von Seiten Badens keine Schwierigkeiten bereitet würden. Man ist in Karlsruhe über diese bayrischen Machinationen und Zumuthungen im höchsten Grade befrembet und lehnt, wie aus den im Folgenden noch mitzutheilenden Actenstücken[2] des Näheren hervorgeht, die Forderung, deren Annahme den Verlust von zwei Dritteln der Einkünfte des Breisgaus bedeuten würde, unter Berufung auf den klaren Wortlaut des Preßburger Friedens mit aller Entschiedenheit ab. Um auf alle Fälle sicher zu gehen, läßt die Regierung am 27. Januar auch von dem Großpriorat Heitersheim Besitz ergreifen; sollten, wie verlautet, bayrische Truppen einrücken, um die Ordensgebiete zu besetzen, so werden die badischen Commissäre angewiesen, ihnen mit Waffengewalt entgegenzutreten. So weit kommt es indes nicht, man verzichtet in München angesichts der festen Haltung Badens darauf, die Absichten auf die breisgauischen Stifter energisch weiter zu verfolgen, beschränkt sich auf gelegentliche Verwahrungen und überläßt das Weitere den Verhandlungen in Paris[3]. Den Bemühungen Reitzensteins gelingt es, am 18. März eine Ordre Napoleons zu erwirken, welche die Ansprüche Badens auf die breisgauischen Klöster als durchaus berechtigte anerkennt und die Streitfrage endgiltig aus der Welt schafft[4].

Unentschieden bleibt dagegen noch das Schicksal des Fürstenthums Heitersheim[5]. Der Preßburger Friede hatte bekanntlich nichts darüber bestimmt, es schien somit, als sollte Alles beim Alten bleiben. Man hält sich daher in Karlsruhe lediglich für befugt, die landeshoheitlichen Rechte, welche die jeweiligen Besitzer des Breisgaus über das Fürstenthum ausgeübt, zu beanspruchen und fühlt wohl, daß die Besitznahme desselben, zu der man sich Ende Januar entschließt, eines ausreichenden Rechtstitels entbehre. Wenn man diesen Schritt trotzdem unternimmt, so geschieht dies wesentlich mit Rücksicht auf die von bayrischer Seite drohende Gefahr und gewisse Versprechungen, die Talleyrand dem Minister von Reitzenstein Ende December 1805 bezüglich des Anfalles von Heitersheim ertheilt hat. Weiter zu gehen wagt man indes vorerst nicht, und es bleibt die Aufgabe Reitzensteins,

---

[1] Gedruckt bei Martens, Supplément au recueil des principaux traités, IV, 229 ff.

[2] Vergl. den Abschnitt über die Beziehungen zu Bayern.

[3] Vergl. unten die Berichte Reitzensteins vom 27. Februar und 6. März, sowie Edelsheims vom 26. März 1806.

[4] Note Talleyrands vom 20. März. Ebenda.

[5] Es bestand aus dem Marktflecken Heitersheim und den Dörfern Gündlingen, Bremgarten, Grißheim, Schlatt, Uffenhausen, Wendlingen und Eschbach. Vergl. Berghaus, Deutschland vor 100 Jahren, I, 307; Mayer, Beiträge zur Geschichte des badischen Civilrechts, 76.

in Paris auf eine formelle Zuweisung des Fürstenthums an Baden hinzuwirken. Er wird hierin wesentlich gefördert durch den Bailli von Pfirdt (Ferrette), der in vertrauten Beziehungen zu Talleyrand steht und gegen ein beträchtliches Jahrgeld die Unterstützung der badischen Ansprüche zusagt[1]. Ihre vereinten Bemühungen sichern Baden den schließlichen Erfolg. Schon Ende Juni, als sich das Gerücht verbreitet, der Großprior wolle zu Gunsten des Prinzen Karl Theodor von Bayern resigniren, empfiehlt Talleyrand dringend, nunmehr ohne Verzug die Huldigung vorzunehmen (Bericht vom 25. Juni); die Rheinbundsacte verbürgt sodann in Art. 19 Baden endgiltig den Besitz des Fürstenthums mit vollen Eigenthumsrechten. Laut Ordre Karl Friedrichs vom 19. Juli erfolgt daraufhin die Uebernahme der Regierung „nach allen Zweigen der Administration".

[1] Bericht Reitzensteins vom 25. März. III, Abschnitt 2.

Anhang 2.

432 b. Aus den Acten über die Occupation des Breisgaus[1].

Im Preßburger Frieden war bekanntlich, entgegen den Hoffnungen Karl Friedrichs und früheren Versprechungen Napoleons, der Breisgau nicht in seinem ganzen Umfange Baden zugesprochen worden; den Bemühungen Württembergs war es gelungen, den östlichen Theil desselben, der sich in württembergisches Gebiet hinein erstreckte, östlich von einer vom Schlegelberg bis zum Mohlbach führenden Linie, nebst den Städten Bräunlingen und Villingen und der Grafschaft Bonndorf für sich zu erwerben. Nachdem der Stuttgarter Hof schon am 24. December eine Commission zur Besitznahme der neuen Landestheile gebildet, ordnete am 4. Januar 1806 auch die Karlsruher Regierung die hierfür erforderlichen Maßregeln an; Geh. Rath von Drais, Hofrathsdirector Stößer und die Geh. Referendäre Klüber und Maler wurden beauftragt, die Ortenau und den Breisgau, mit den durch den Preßburger Frieden gebotenen Einschränkungen, sowie „das Großpriorat Heitersheim in seinem diesseits des Schwarzwalds gelegenen Umfang und die breisgauischen Stifter und Klöster inclusive der Deutschordensbesitzungen zu occupiren." Eine Generalinstruktion setzt im Einzelnen die Aufgaben dieser Commission fest, deren Vorgehen durch Entsendung von Truppen unter Führung des Oberstlieutenants von Stetten unterstützt werden soll. Da indes Napoleon bestimmt, daß die Uebergabe der betr. Gebiete durch einen französischen Commissär erfolgen soll, werden am 9. Januar diese Anordnungen wieder rückgängig gemacht; statt dessen wird beschlossen, vorläufig eine Aufsichtscommission zur Wahrung der badischen Interessen zu bestellen und zu dem Zweck den Geh. Rath von Drais nach Freiburg zu schicken, wo dieser sich über die politischen, wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Landes informiren und alle seit dem 1. Januar vorgenommenen Veräußerungen in den breisgauischen Klöstern für rechtswidrig erklären[2] soll.

Minder rücksichtsvoll verfährt man auf württembergischer Seite; man hilft sich dort über die Unklarheiten der Grenzbestimmung hinweg, indem man letztere möglichst zum eigenen Vortheil auslegt.

---

[1] Ich gebe auch hier nur einen kurzen Ueberblick über die auf diesen Gegenstand bezüglichen Verhandlungen, soweit dies zum Verständniß der folgenden Aktenstücke nöthig ist. Eine eingehendere Darstellung, die sich wohl lohnen würde, muß für später vorbehalten werden. Vergl. im übrigen Dizinger, Denkwürdigkeiten, 112 ff., sowie Braun, Memoiren des letzten Abts von St. Peter, 187 ff.

[2] Die Wahrnehmung, daß die Klöster vielfach, angeblich um die französische Contribution zu entrichten, ihre Habe verkaufen und den Erlös bei Seite schaffen, gibt Anlaß zu dieser Weisung.

Unter dem Vorwand, daß der Mohlbach an der Schweizer Grenze, oberhalb Rheinfelden zu suchen sei[1], besetzen württembergische Commissäre unter militärischer Bedeckung vom 3. bis 27. Januar, ohne die Ankunft und Entscheidung des französischen Bevollmächtigten abzuwarten, nahezu zwei Drittel des Breisgaues, darunter das Waldkircher Thal, St. Peter, St. Märgen, das Dreisam- und Glotterthal, das ganze St. Blasische Gebiet und die Waldstädte, so daß Baden im Wesentlichen nur die Ebene zwischen Schwarzwald und Rhein belassen wird. Vergeblich verwahrt sich Drais am Tage nach seiner Ankunft in Freiburg in einem an den württembergischen Hofrath von Spittler gerichteten Schreiben aufs Entschiedenste gegen diese maßlosen Uebergriffe; sein Protest wird nicht beachtet. Um so mehr setzt man in Karlsruhe alle Hoffnung auf den bevorstehenden Besuch Napoleons, und in der That finden die Beschwerden des Kurfürsten über Württemberg bei seinem kaiserlichen Gaste, der durch die Vereinbarung über die Heirath des Kurprinzen ohnedies günstig gestimmt ist, geneigtes Gehör: der Kaiser erklärt ausdrücklich, „daß ohne Rücksicht auf die Linie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach" der für Württemberg bestimmte Theil des Breisgaus in den beiden Städten Villingen und Bräunlingen mit ihren Dependenzen, sodann der Herrschaft Triberg bestehen und nicht über 17000 Seelen Bevölkerung enthalten solle (Reitzenstein an den Geh. Rath, 3. Februar 1806). Zugleich wird der Staatsrath und Divisionsgeneral Clarke durch Ordre vom 20. Januar angewiesen, die Demarkationslinie im Breisgau nach diesen Gesichtspunkten festzustellen, während Marschall Berthier ermächtigt wird, nunmehr die zur Uebergabe der neuen Landestheile bestimmten französischen Commissäre zu ernennen. Am 3. Februar zeigt Massias officiell an, daß auf Grund einer Ordre Berthiers General Monard für den Breisgau und die Ortenau, der Commandant Chevalier für Konstanz mit dieser Aufgabe betraut worden sei, die Uebergabe aber nicht eher stattfinden dürfe, als bis die dem Breisgau auferlegte Contribution völlig entrichtet sei[2]; von badischer Seite sollen die Geh. Räthe von Drais und Baur von Heppenstein bei dem Acte mitwirken. Ersterer findet sich am 15. Januar in Freiburg ein und trifft auf Grund eines Gutachtens Reitzensteins vom 23. Januar alle Vorbereitungen zum Regierungsantritt: eine Proclamation vom 28. Januar kündigt dem Lande die Besitzergreifung an; zwei Tage später erfolgt die Verpflichtung der Behörden, die Aufhebung der Landstände und Uebernahme der Regierungsgeschäfte. Auf dem Wege zum Regierungshause erfährt Drais durch ein Billet Monards von den Weisungen Berthiers, die ihn peinlich überraschen; überzeugt, daß, was geschehen, unmöglich wieder rückgängig gemacht werden könne, ohne im Lande die nachtheiligsten Eindrücke hervorzurufen, ist er jedoch entschlossen, auf dem einge-

---

[1] Vergl. oben S. 406.

[2] Durch Erlaß Berthiers vom 6. November 1805 (15 brumaire an 14) war dem Breisgau abgesehen von einer monatlichen Kriegssteuer von 160000 Frcs. eine Contribution von 800000 Frcs. auferlegt worden. Da das Land finanziell total erschöpft war, bemühten sich die Freiherren von Andlaw und Neveu im Auftrag der Freiburger Regierung Napoleon während seines Aufenthalts in München zu einer Ermäßigung der Contribution zu bewegen. Kurfürst Karl Friedrich unterstützte, während Napoleon als Gast an seinem Hofe verweilte, lebhaft ihr Anliegen. Der Kaiser versprach vor seiner Abreise, sich über die Angelegenheit Bericht erstatten zu lassen, und zeigte sich damit einverstanden, daß die Eintreibung der Gelder einstweilen sistirt werde. In einem Decrete vom 2. Februar bestimmte er dann, daß die bis zum 1. Februar noch rückständigen Contributionsgelder zur Entschädigung der Einwohner von Kehl verwendet werden sollten, deren Häuser in Folge der neuen Fortificationen niedergerissen worden waren.

schlagenen Wege weiterzugehen und die Besitznahme auf „alle nicht streitigen Objecte" zu erstrecken.

Der französische Commissär, General Monard, dessen wohlwollende Gesinnungen und taktvolles Benehmen von den badischen Beamten allgemein gerühmt werden, läßt dies ruhig geschehen und hindert den badischen Commissär nicht an der Ausübung der Regierung; auf Vorstellungen von Drais gestattet er sogar, daß am 11. Februar 2 Schwadronen und ein Bataillon Infanterie von den badischen Truppen in Freiburg einrücken, doch besteht auch er darauf, daß die förmliche Uebergabe der Regierung nicht stattfinden könne, ehe die Contribution gezahlt oder doch für die Zahlung in einer bestimmten Frist Bürgschaft geleistet werde. Drais empfiehlt daher in Karlsruhe dringend, seinem Verlangen nachzukommen, oder den Nachlaß der betr. Summe in Paris schleunigst zu betreiben, da die Fortdauer des zur Zeit herrschenden Zustandes der Ungewißheit im Breisgau einen übeln Eindruck mache; in Folge dessen ergehen am 14. Februar entsprechende Weisungen an Reitzenstein. Am gleichen Tage trifft General Clarke in Freiburg ein; von einer Volkszählung, wie sie die kaiserliche Ordre vom 20. Januar nahezulegen scheint, will er nichts wissen, maßgebend für die Demarkationslinie soll im wesentlichen lediglich die Linie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach sein. Zur Ermittlung dieser Grenze soll der Ingenieurhauptmann Vaisot die Gegend, um die es sich handelt, besichtigen; der von früher her mit ihm befreundete Baudirektor Fischer, den Drais zu dem Zwecke eigens instruirt, begleitet ihn. Das Ergebniß ist für Baden überaus günstig; Vaisot geht in seinem Croquis davon aus, daß Elz und Niederwasser die Grenze bilden und alles westlich Gelegene, also nicht nur der Simonswald und Elzach, sondern auch ein Theil der Herrschaft Trilerg, die Vogtei Rohrhardsberg, sowie die Gemeinden Gutach und Neukirch, Baden zufallen sollen. Am 28. Februar beginnt Clarkes Adjutant Börner von St. Märgen aus mit der Absteckung der Grenzlinie, von badischer Seite ist Hofrath Baumgärtner zugegen; die württembergischen Commissäre erscheinen dagegen erst später und ersuchen um Aufschub, da sie nicht ermächtigt seien, eine Grenzlinie anzunehmen, die einen Theil des Tribergischen Gebietes Baden überlasse. Da Börner sich dadurch nicht beirren läßt, versagen sie dem Procès verbal, der nach Vollzug der Grenzregulirung am 3. März zu Prechthal aufgenommen wird, ihre Unterschrift und legen in einer Note vom 7. März gegen die neue Demarkationslinie entschiedene Verwahrung ein. Ihr Protest ändert indeß nichts; am gleichen Tage bestätigt Clarke durch eine feierliche Erklärung den Procès verbal vom 3. März, nur bezüglich des Artikels 13 des Preßburger Friedens trifft er keine Entscheidung, indem er es dem Kaiser überläßt zu bestimmen, ob unter der Grafschaft Bonndorf auch das gleichnamige Amt inbegriffen sei. Mit dieser Erklärung Clarkes ist eine der beiden Vorbedingungen für die förmliche Uebergabe des Breisgaus erfüllt; es gilt nunmehr noch die Schwierigkeiten, die der letztern wegen der Contribution im Wege stehen, zu überwinden. Trotz der mündlichen und schriftlichen Zusicherungen Napoleons verräth indeß der Kriegsminister Berthier wenig Neigung zu einem Entgegenkommen in dieser Angelegenheit; in seinen Weisungen an Monard besteht er im Gegentheil darauf, daß, solange die Contribution nicht gezahlt sei, der Breisgau unter französischer Verwaltung verbleiben, alle Regierungshandlungen von badischer Seite für null und nichtig erklärt und die kurfürstlichen Truppen aus dem Lande entfernt werden müßten (14. Februar). Nur der wohlwollenden, verständigen Haltung Monards ist es zu verdanken, daß die Durchführung dieser Anordnungen bis auf weiteres unterbleibt und damit nicht neue Verwirrung im Lande erzeugt wird. Am 3. März theilen Clarke und Monard mit, der Kriegsminister habe sie zur Uebergabe des Landes ermächtigt, unter der Bedingung daß die rückständige Contribution, die auf 775144 Frcs. (= 359715 fl.) berechnet wird, bis zum 15. März ent-

richtet werde und die streitigen Bonndorfer Gebietstheile bis zur Entscheidung durch den Münchener Mediationskongreß mit französischen Truppen besetzt bleiben. In Karlsruhe, wo man auf baldige befriedigende Antwort aus Paris hofft, vermeidet man zunächst eine Erklärung auf diese Forderungen; als die erwarteten Nachrichten von Reitzenstein ausbleiben, wird der Freih. von Andlaw ermächtigt, nach Paris zu gehen und persönlich den Nachlaß der Kriegssteuer zu betreiben (17. März). Inzwischen gelingt es den Bemühungen der badischen Commissäre, Monard davon zu überzeugen, daß auch Württemberg für seinen Antheil am Breisgau an der Contribution zu participiren habe; die betr. Quote wird auf 27573 fl. festgesetzt. Um so mehr bringt Monard nun aber darauf, daß Baden den Rest bis zum 30. März zahle, da sonst zu befürchten sei, daß Berthier französische Truppen zur Exekution in den Breisgau lege; man kann sich jedoch in Karlsruhe zu diesem Schritte auch jetzt noch nicht entschließen, um so weniger, als die zur Abschätzung des Kehler Gebäudeschadens eingesetzte Commission ihre Arbeiten eben in diesen Tagen beendet und damit ein neuer Anlaß geboten wird, den Kaiser an sein Versprechen zu erinnern. Der Kurfürst läßt die Summe von 216260 Frcs. — so hoch wird der Gesammtschaden berechnet — in Straßburg erlegen und beauftragt Andlaw, die Quittung in Paris zu präsentiren und unter Berufung auf das kaiserliche Decret vom 2. Februar den Nachlaß der rückständigen Contribution zu verlangen; gleichzeitig ersucht er Berthier, der förmlichen Uebernahme des Landes keine weitern Hindernisse zu bereiten. Diesmal mit Erfolg. Am 28. März erwidert der Kriegsminister, er habe den General Monard angewiesen, dem Wunsche des Kurfürsten zu entsprechen, doch muß die badische Regierung sich durch Revers verpflichten, den Rest der Contribution mit 558879 Frcs. bis zum 1. Juni zu entrichten, falls der Kaiser bis dahin einen Nachlaß nicht bewilligt habe.

In Folge dessen kann endlich am 15. April der feierliche Uebergabeact in Freiburg stattfinden[1]; er erstreckt sich auf den Breisgau und die Ortenau nebst Zugehörden; ausgeschieden werden davon nur der östlich der Demarkationslinie gelegene Theil des Breisgaus, die Städte Villingen und Bräunlingen, sowie die streitigen St. Blasischen Herrschaften Birkendorf, Blumegg, Gutenburg, Bettmaringen und Grafenhausen, welch letztere, wie schon früher bestimmt worden ist, bis zur Entscheidung der Streitfrage in französischen Händen verbleiben. Dagegen wird die Herrschaft Schluchsee, über deren Zugehörigkeit zu St. Blasien keinerlei Zweifel bestehen, Baden eingeräumt. Am 30. Juni erfolgt dann in den neuerworbenen Landestheilen allenthalben die Huldigung, nicht ohne daß man von württembergischer Seite noch in letzter Stunde erneute Schwierigkeiten zu bereiten und die Klöster St. Peter und St. Märgen unter Drohungen von der Eidesleistung abzuhalten versucht.

Die leidige Contributionsfrage harrt dagegen noch immer ihrer Lösung: der Termin, zu welchem Baden die Zahlung der rückständigen Kriegssteuer bedingungsweise zugesichert, geht vorüber, ohne daß dieselbe geleistet wird. Auf Berthiers Mahnung erwidert man,

---

[1] Die Nachricht bei v. Andlaw, Mein Tagebuch, 16, daß hierbei noch im letzten Augenblicke Schwierigkeiten eingetreten seien, da der Straßburger Militärcommandant um Aufschub ersucht habe, weil Napoleon dem Breisgau eine andere Bestimmung zugedacht habe, beruht auf Irrthum: die badischen Commissäre wissen von einem solchen Zwischenfalle nichts zu berichten. Was Andlaw erzählt, beruht wohl lediglich auf einer Verwechslung mit den Vorgängen vom 30. Januar und der peinlichen Lage, in der sich Drais damals angesichts der Weisungen Berthiers befand, und liefert einen weiteren Beweis dafür, daß die Erinnerungen des badischen Diplomaten, soweit sie sich auf jene ältere Zeit beziehen, mit Vorsicht aufzunehmen sind.

die Zahlung sei unterblieben, da Napoleon erst kürzlich den breisgauischen Deputirten in ihrer Abschiedsaudienz eine baldige Entscheidung in Aussicht gestellt habe (an Massias, 1. Juli). Der Kriegsminister beruhigt sich jedoch dabei nicht, sondern drängt wiederholt ernstlich auf Erfüllung der Verpflichtungen, welche die Karlsruher Regierung eingegangen; andrerseits erklärt Talleyrand auf Vorstellungen Reitzensteins, die Forderung entspreche sicherlich nicht den Intentionen des Kaisers, es könne gar kein Zweifel darüber bestehen, daß Se Majestät Ihrem Versprechen nachkommen werde (Bericht vom 31. Juli). Allein es verstreichen noch Monate, bis letzteres geschieht; erst im Januar 1807 wird die großherzogliche Regierung benachrichtigt, daß Napoleon den Nachlaß des Contributionsrestes förmlich bewilligt habe, und damit endgiltig von einer Sorge befreit, die seit Jahresfrist auf ihr gelastet.

3. Beziehungen zu Oesterreich. August 1805—Juli 1806.

433. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 20. August 1805.

[Die Wiener Deklaration. Freude darüber in Karlsruhe.]

Schall hat die mit Reskript vom 7. d. M. ihm abschriftlich zugesandte Erklärung des Wiener Hofes an die Cabinete von Petersburg, Paris, London, Madrid und Berlin[1] dem Minister von Edelsheim mitgetheilt. Edelsheim schien äußerst erfreut über diesen „neuen conciliatorischen Vorschritt“ und bat um eine Abschrift für den Kurfürsten, der mit größter Freude die neuen Friedenshoffnungen begrüßen würde.

Wien, St.-Archiv.

434. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 24. August 1805.

[Ankunft Thiards in Baden. Aufträge.]

Befindet sich in Baden seit einiger [Zeit] ein gewisser Monsieur de Thiard, welchen der Kaiser der Franzosen zu Mailand unter denen vier dienstthuenden Kammerherrn um sich hatte. Derselbe kam aus der Schweiz, hat von dem Minister Talleyrand Briefe an den Minister Edelsheim gehabt und scheint unter dem Vorwand als Kurgast seine Aufträge zu besorgen. Derselbe war schon einige Male auf der Favorite beim Kurfürsten, hatte Unterredungen mit dem Prinzen Louis, den er besonders lobt und von ihm sagt: nous l'aimons beaucoup.

. . . Er soll ein angenehmer Gesellschafter sein und denen, welche ihm die Bemerkung gemacht haben, daß er nicht dem Bade, sondern Geschäften halber da wäre, geantwortet haben, daß er zu leichtsinnig sei, um das Vertrauen zu Geschäften zu verdienen; in der Schweiz habe man bei seiner Durchreise das Nämliche gesagt . . . Anjetzo soll derselbe weniger behutsam im Reden [sein] und

[1] Gedruckt bei Gentz, Schriften 4, 93; Abschrift bei den Karlsruher Acten. Oesterreich empfahl darin scheinbar den Weg friedlicher Verständigung und bot seine Vermittlung an. Häusser, a. a. O. 2, 566; Beer, a. a. O. 136.

an öffentlicher Tafel sagen, daß Baden, wenn es zum Bruch komme, sich nur mit Frankreich halten könne, hingegen Bayern in einer (sic!) übleren Lage komme; er soll sich auch dahin geäußert haben, daß er mit dem Prinzen Ludwig besonders Geschäfte habe; er gedenkt von hier auch noch nach München und zum Herrn Kurerzkanzler zu gehen . . .

Wien. St.-Archiv.

435. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 24. August 1805.

[Uebersiedelung des Kurfürsten nach Baden. Geplante Truppenschau. Unzufriedenheit mit dem Militäraufwande.]

Der Kurfürst wird in ein paar Wochen nach Baden übersiedeln. Die Stadt Baden hat sich erboten, jährlich 4000 fl. „zur örtlichen Verschönerung" zu bestimmen; der Kurfürst beauftragt den Geh. Rath Herzog mit der Anordnung der neuen Anlagen.

„Zu Ende künftigen Monats sollte in der Gegend von Mühlburg — eine Stunde von hier — wieder eine Revue über etwa 4000 Mann gehalten werden. Man zweifelt aber noch, daß sie wegen den großen Kosten, die sie verursachen würde, statthaben wird."

Die Vorliebe des kurf. Hofes für das Militär errege angesichts der traurigen Finanzlage übrigens allerorts Mißvergnügen, besonders klage man über die andauernden Rekrutenaushebungen.

„Im Neubadischen, vorzüglich am Bodensee, sollen die Bauern laut murren und sich mit der Hoffnung trösten, daß sie doch endlich noch österreichisch würden."

Wien. St.-Archiv.

436. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 31. August 1805.

[Abreise Thiards. Aeußerungen.]

Thiard ist vorgestern über Stuttgart nach Regensburg und München abgereist. Mit Edelsheim habe er sich „wenig abgegeben". Gegen Andere habe er geäußert, „daß Frankreich nicht umsonst verschiedene Reichsfürsten entschädiget habe, also solche mit Frankreich ebenfalls halten müßten. Von Kurbaden hat derselbe besonders gesagt, daß die Länderzutheilung diesmal nicht stark genug gewesen sei".

Die Nachrichten, daß bald eine beträchtliche Armee ins Elsaß einrücken werde, mehren sich.

Schall brachte vor einigen Tagen nach der Tafel im Gespräch mit dem Kurfürsten die Rede auf die Deklaration des k. und k. k. Hofes. „Der Kurfürst brach die Unterredung ab und äußerte nur, daß zu wünschen seie, sie brächte Friedensfolgen."

Wien. St.-Archiv.

437. Graf Cobenzl an Schall.

O. O. 4. September 1805.

[Beobachtung der Truppenbewegungen über dem Rhein. Erkundigung nach dem Verhalten Badens im Kriegsfall.]

|: Auf ausdrücklichen allerhöchsten Befehl soll ich Ew. Hochwohlgeboren beauftragen, die Stärke, die Bewegungen der französischen Truppen, die Anstalten in den nahen festen Plätzen und zu einem allenfälligen Uebergange über den Rhein aufs Genaueste zu beobachten und ebenso nichts zu sparen und verlässige Nachrichten von dem Benehmen einzuziehen, das der dortige Hof im Fall eines Bruches einzuhalten gedächte, und über die diessfalls mit den Höfen zu Paris und Berlin etwa schon gepflogene Rücksprache. :|

Concept. Wien. St.-Archiv.

---

438. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 5. September 1805.

[Unterredung mit Rasumowsky. Weisungen an Maltitz. Garantirung der politischen Existenz Badens im vollen Umfange.]

... Der russische Botschafter hat mir eröffnet, daß er von seinem Hofe den Auftrag erhalten habe, dem Herrn von Maltitz eine ihm sub sigillo volante überschickte Depesche dann zu übermachen, wenn die übrigen Verhältnisse es erfordern würden.[1] Der Botschafter, nachdem er mir diese Depesche vorgelesen hatte, machte mir den Vorschlag, sie nach Karlsruhe zu besorgen, damit die Ankunft eines russischen Curiers kein dort vielleicht nachtheiliges Aufsehen veranlasse. Ich fand dieses um desto zweckmäßiger, als ich dadurch Gelegenheit erhielt, von dem Inhalte dieser ... Depesche vorläufige Nachricht geben zu können, so daß man auf die Antwort vorausgefaßt sein wird.

... Als der russische Botschafter hierüber meine Meinung verlangte, sagte ich ihm, daß, so sehr Se Kf. D. diesen neuen Beweis der freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers würden zu schätzen wissen, ich mir zugleich die große Verlegenheit wohl vorstellen könnte, in welcher man zu Karlsruhe sein müßte, wo man mehr dem gebietenden Gesetze der Nothwendigkeit nachgeben müsse, als daß man zweckmäßige Plane selbständig befolgen zu können im Stande wäre. Die Hoffnung, daß Deutschland das sehr gegründete Recht einer ungestörten Neutralität würde können geltend machen, sei so natürlich, daß man ihr nicht so bald zu entsagen im Stande sei. Auch hätte man sich zu Ende des vorigen Krieges mit der Rolle eines ganz passiven Betragens noch am besten durchgeholfen, und in der That bleibe auch nichts anderes übrig, als sich dem Schicksale zu überlassen, wenn man nirgends eine wesentliche Unterstützung hoffen dürfe und nirgends eine Garantie selbst für die politische Existenz finde.

---

[1] Gemeint ist die Depesche Czartoryskis vom 15. August. Vergl. oben Nr. 292 u. 328.

Oh, quant à cela, l'Electeur peut bien compter sur l'Empereur, mon maître! — fiel der Botschafter ein. — Assurément, — erwiderte ich, — personne ne serait plus à même de donner une pareille garantie à l'Electeur que l'Empereur des Russes, qui à tout événement serait dans le cas de la soutenir. Aussi aurais-je aimé de voir quelques assurances moins générales dans la dépêche à Mr de Maltitz.

Eh bien, — sagte hierauf der Botschafter, — je prends sur moi de Vous donner au nom de l'Empereur, mon maître, l'assurance la plus positive que dans tous les cas l'Empereur ne fera pas de difficulté à garantir à l'Electeur son entière existence politique dans toute l'étendue actuelle. Vous pouvez réclamer chez moi cette promesse à toute l'occasion, et je Vous autorise d'en faire Votre rapport, de sorte que S. A. E. puisse me citer à cet égard vis-à-vis de l'Empereur, si Elle le juge à propos.

Ich hatte absichtlich unserer Unterredung diese Richtung gegeben, während ich noch mit Bestimmtheit sagen konnte, daß mir die Maßregeln unbekannt sind, nach welchen sich Se Kf. D. zu benehmen gesonnen wären. . . .

---

439. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 5. September 1805.

[Die neuesten Vorgänge. Ankunft Didelots in Karlsruhe. Vermuthung über seine Sendung und den Inhalt des Separatfriedens von 1796.]

Am 31. August ist Didelot unerwartet aus Stuttgart eingetroffen.

Gleich nach seinem Eintreffen schickte er zum Ministre von Edelsheim, und als er erfuhr, daß er sich noch in Baden befände, bestand er darauf, daß man ihn sogleich von seiner Ankunft benachrichtigen sollte. Der Herr Staatsminister traf auch noch am Abend hier ein. Den folgenden Tag stellte Didelot demselben eine Note zu, die sogleich an Se Kf. D. geschickt wurde. Den Montag . . . ging Didelot selbst nach Baden zum Kurfürsten. Freih. von Edelsheim begleitete ihn. Man schickte noch denselben Tag von Baden aus einen eigenen Curier nach Stuttgart an den Herrn Staatsminister von Wintzingerode und einen an Freih. von Reitzenstein nach Heidelberg ab. Letzterer wurde berufen, um den folgenden Tag einer Conferenz beizuwohnen. Der Gesandte Didelot kehrte am Abend mit Freih. von Edelsheim wieder zurück und schickte den andern Morgen seinen Bruder als Curier nach Paris; den Nachmittag reiste er auch selbst wieder nach Stuttgart zurück. Denselben Abend traf der kurwürttembergische Staatsminister Graf von Wintzingerode in Durlach ein, schickte sogleich einen Cabinetscurier hierher an Freih. von Edelsheim, um demselben seine Ankunft anzuzeigen, und setzte den andern Morgen seine Reise nach Baden fort. Der Staatsminister Freih. von

Edelsheim ging daher gestern schon um 5 Uhr in der Frühe wieder nach Baden und ist bis jetzt noch nicht zurückgekommen.

Diese neuen Vorgänge nun, die so unerwartete Thätigkeit des hiesigen Cabinets, mitunter die Verlegenheit desselben, die so bemerkbar ist, bestärken mich in der Vermuthung, die ich bereits schon in meinen früheren gehorsamsten Berichten geäußert habe, daß der hiesige Hof gleich seinem Nachbarn Kurwürttemberg wirklich entschlossen war, unter Vermittelung Preußens neutral zu bleiben und eine südliche Demarkationslinie zu ziehen . . . Nunmehr aber scheinen von Frankreich solche Anträge an Kurbaden gemacht zu werden, die wohl mit der Beibehaltung einer strengen Neutralität unvereinbarlich sind.

In der Note, die Dibelot hier übergab, wird man vermuthlich, wenn auch nicht eine thätige Mitwirkung von dem hiesigen Hofe, doch gewiß die genaueste Erfüllung des mit demselben abgeschlossenen Separatfriedens von 1796 verlangen. Vorzüglich wird Frankreich auf den Vortheilen, die der zehnte Artikel einräumt, bestehen . . .

Diese meine Vermuthung . . . scheint ferner dadurch unterstützt zu werden, daß man sogleich, nachdem Dibelot seine Note übergeben hatte, den Freih. von Reitzenstein, der kurbadischerseits diesen Frieden unterhandelt, mithin die genaueste Kenntniß davon hatte, nach Baden berief.

In den geheimen Artikeln desselben, wovon aber bis jetzt nur einige öffentlich bekannt sind, soll der Kurfürst sich auch noch anheischig machen, an Frankreich, wenn ein Krieg ausbrechen sollte, 300000 Frs. monatlich zu entrichten, ferner ein Corps von 10000 [Mann] in subsidium zu geben, diesen Punkt habe ich bereits schon in meinem gehorsamsten Berichtschreiben Nr. 100 v. J.[1] erwähnt.

Nach gewissen Andeutungen von Massias sei an der Existenz des letztern Artikels kaum zu zweifeln. Es gewinne daher den Anschein, „daß man Kurbaden zu einer thätigen Theilnahme am Krieg bewegen wird, besonders wenn Frankreich ihm das Breisgau und die Ortenau zusichert." Die in der Depesche vom 31. d. M. erwähnten Aeußerungen Thiards scheinen dahin zu deuten.

Wien. St.-Archiv.

---

440. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 5. September 1805.

[Finanznoth. Anleihegesuch. Militärische Rüstungen.]

Man steckt in großer Finanznoth.

. . . Vor einigen Tagen schickte das Generalzahlamt die ganze Stadt aus, um nur 12000 fl. zusammen zu bringen. Zu 100 fl. nimmt man Geld auf. Man hat sogar die wenigen Beiträge, die zur Erbauung einer neuen katholischen Kirche eingegangen sind, nicht unangetastet gelassen.

---

[1] Datirt 3. September 1804.

Gestern kam an das kurfürstliche Bauamt die Weisung, alle öffentlichen Baue einzustellen, weil es an Geld, solche fortzusetzen, mangle. Wie ich vernehme, negociirt man wieder ein neues Anlehen in Frankfurt, um nur das nächste Quartal decken zu können . . .

Trotzdem spricht man immer noch von der Revue, die Ende des Monats stattfinden soll. Die Landleute der Umgegend haben bereits Befehl, die Früchte von den Feldern heimzuschaffen. Die Cavallerie wird aufs Land verlegt; „damit dem Soldaten doch ein Kreuzer von seiner Löhnung übrig bleibt", muß der Bauer für 4 Kreuzer täglich Mann und Pferd unterhalten. Im Pulverlaboratorium arbeitet man unausgesetzt an Patronen; der Guß von Kanonen in Mannheim wird beschleunigt. „Kurz, es herrscht unter dem kleinen hiesigen Militär eine seltene Thätigkeit."

Wien. St.-Archiv.

441. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 5. September 1805.

[Rückkehr Thiards. Zweck seiner frühren Sendung. Das bayrische Heirathsprojekt.]

Thiard ist am Sonntag Abend nach Baden zurückgekehrt. Schall erfährt aus guter Quelle, er habe auch den Auftrag gehabt, eine Verlobung des Kurprinzen mit der Prinzessin Auguste von Bayern zu hintertreiben; Markgraf Ludwig habe ihm darauf zu verstehen gegeben, daß man sich noch gar nicht förmlich um die Prinzessin beworben habe. Thiard zeigt sich über das zuvorkommende Benehmen des Prinzen Ludwig höchst erfreut und theilt die Nachricht sofort Mr Devillaines in München mit. Wie bestimmt verlautet, will man französischerseits um die Prinzessin für einen französischen Prinzen, den Vicekönig von Italien oder Jerome Bonaparte, werben. Die Markgräfin ist bekümmert über die Gleichgiltigkeit des hiesigen Hofes in dieser Angelegenheit.

Wien. St.-Archiv.

442. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 5. September 1805.

[Schreiben aus Baden. Dibelot und Thiard.]

Schall übersendet die Abschrift eines Schreibens aus Baden, das ihm von einer ihm ergebenen, bestens unterrichteten Persönlichkeit zugekommen. Aus einem weitern Berichte ersehe er, daß Dibelot eine bestimmte Erklärung, mit welcher der kriegführenden Mächte man es zu halten gedenke, verlangt habe.

Abschrift eines Schreibens, datirt Baden, 5. September 1805.

Ueber alle Vorgänge wird das strengste Geheimniß gewahrt. Dibelot und Thiard meiden sich, ihre Aufträge scheinen demnach „von verschiedenem Caliber" zu sein. Bei Hofe gilt der Krieg mit Oesterreich für unvermeidlich, doch schmeichelt man sich immer noch „mit dem Phantom einer bewaffneten Neutralität gegen Oesterreich". Der Kurfürst befindet sich im „besten physischen Wohlsein, desto unerträglicher ist sein moralisches Befinden". Das Verhältniß zu Preußen ist nicht «so favorable», wie zu erwarten wäre.

Wien. St.-Archiv.

443. Schall an den Grafen Cobenzl[1].

Karlsruhe, 7. September 1805.

[Beobachtende Stellung. Bitte um Verhaltungsmaßregeln.]

. . . Alles dasjenige, so hier vorgeht, in der Stille zu beobachten und einzuberichten, mich aber ganz ruhig bis nach erhaltenen neuen Weisungen zu verhalten, habe ich bisher zur Richtschnur meines Benehmens angenommen . . . Von dem hiesigen Ministerio ist auf keine Art eine vertrauliche Eröffnung erfolgt.

Ersucht um schleunige Weisungen, wie er sich gegenüber den französischen Forderungen an den badischen Hof und im Falle eines feindlichen Rheinüberganges verhalten solle.

Wien. St.-Archiv.

444. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 7. September 1805.

[Verhalten Gemmingens in der Krisis. Rasumowsky.]

Uebersendet die obenerwähnte Depesche an Maltitz[2]; die Oesterreicher sollen morgen in Bayern einrücken.

. . . Quant à moi, il ne me reste rien autre chose à faire que d'entretenir constamment l'intérêt pour l'Electeur, notre maître, qui se trouve dans une situation aussi difficile, de prévenir autant que possible des prétentions qui ne seraient pas analogues à cette situation; d'excuser ce que l'urgence des circonstances aura peut-être nécessité momentanément; enfin de conjurer l'orage de toutes les façons possibles.

Je prie seulement V. Exc. de me tenir au courant et de me mettre toujours à temps au fait. Je puis compter sur l'appui du Cte Rasumowsky qui est une des chevilles ouvrières du grand mouvement actuel. Il me paraît qu'il serait fort utile, si S. A. E. voulait lui écrire une lettre de politesse . . .

Cela le flatterait et faciliterait par là ma bésogne.

445. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 10. September 1805.

[Abbestellung der Herbstmanöver. Stand und Stärke der badischen Truppen. Stimmung im Offiziercorps.]

Ein kurfürstlicher Erlaß hat gestern die diesjährige Herbstrevue abbestellt.

In dem Reskript wird als Beweggrund angeführt, daß die Manœuvres wegen der anhaltenden schlechten Witterung auf den Feldern nicht ohne Schaden

[1] Durch eigenen Courier, der zugleich der Vorsorge halber den Transport des Gesandtschaftsarchives an die Staatskanzlei besorgt.

[2] Vergl. Nr. 438.

des Landmannes geschehen können. Zugleich sagen die Offiziers, daß man sich im Vertrauen die Nachricht mittheile, die Neutralität von Kurbaden seie von Frankreich anerkannt.

Bei dieser Gelegenheit habe ich die Ehre, Ew. Excellenz mit dem hiesigen Militäretat[1] bekannt zu machen.

Infanterie:

besteht in drei Regimentern Kurfürst, Kurprinz, Markgraf Ludwig, jedes in zwei Bataillons formirt, und garnisoniren in Karlsruhe, Mannheim, Durlach, Rastadt,

1 Grenadierbataillon von Stetten, zusammen höchstens 3200 Mann.

1 Artilleriebataillon in Karlsruhe, commandirt von Major Stolze, 200 Mann.

1 Jägerbataillon in Bruchsal und Offenburg, commandirt von Major Becke, 400 Mann stark.

Cavallerie:

Die Garde du corps, 70 Reiter, alle beritten.

1 leichtes Dragonerregiment in Heidelberg und Schwetzingen, ungefähr 400 Mann, aber kaum die Hälfte beritten.

1 Escadron Husaren in Karlsruhe, 120 Köpfe, aber nur 60 Pferde.

Verschiedene Offiziere würden mit wahrem innern Schmerz die Vereinigung des hiesigen Militärs mit dem französischen gegen uns sehen, einige so von der Reichsritterschaft sind, sprechen davon, daß in diesem Fall, wenn es nur immer möglich wäre, sie quittiren würden . . .

Wien. St.-Archiv.

---

446. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 11. September 1805.

[Die Conferenzen in Baden. Thiard. Seine Aufträge für die Schweiz. Ausweisung der fremden Gesandten. Die französischen Rüstungen. Besuch des Fürsten von Dessau.]

Zu den in Baden fortdauernden Conferenzen ist der Kurprinz beigezogen worden, „vielleicht um sich gegen jede Verantwortlichkeit in der Zukunft zu sichern". Dalberg nimmt keinen Antheil daran.

Baden scheint „vor Fassung eines Entschlusses vorerst die Entschließung anderer und besonders des Stuttgarter Hofes gern abzuwarten".

Thiard hat bei seiner Rückkehr nach Baden wiederholt Besuche des Markgrafen Ludwig und Edelsheims empfangen.

. . . Seine vorigen Aufträge in der Schweiz, Adressen cirkuliren zu lassen, um die Einwohner zur Unterwerfung an Frankreich zu stimmen, haben keinen Eingang gefunden, so daß er verdrießlich dieses Land verlassen.

---

[1] Nach dem Badischen Militäralmanach, IX, 30 stieg die Gesammtzahl der badischen Truppen im Jahre 1805 auf 6567 Mann gegen 5059 Mann im Vorjahre.

Thiard meldete sich zuerst, um als Präfekt in einem Departement angestellt zu werden; als émigré, so die Waffen getragen, traute man ihm nicht ganz, man machte ihn zum Kammerherrn und prüft ihn durch verschiedene Aufträge . . .

Während seiner Anwesenheit in Karlsruhe, vor drei Tagen, haben er und seine Leute sich „die propos erlaubt, daß in 8 Tagen die fremden Missionen müßten weggeschafft werden".

Nach verschiedenen Nachrichten sollen die diesseitigen Grenzfestungen nur schwach besetzt, ein Einmarsch in Frankreich in der Gegend von Hüningen leicht zu bewerkstelligen sein. Die Zahl der Truppen im Elsaß werde absichtlich übertrieben; es fehle an Magazinen, nichts sei vorbereitet, um eine große Armee zu verpflegen.

„Der Fürst von Anhalt-Dessau ist endlich nach langem Warten beim Kurfürsten in Baden eingetroffen, dieser Besuch wird den Kurfürsten aufheitern; Hochderselbe ist durch die itzige Geschäfte ganz verstimmt und öfters von der übelsten Laune."

Wien. St.-Archiv.

---

447. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 11. September 1805.

[Einmarsch der Oesterreicher in Bayern. Unterredung mit Edelsheim. Sympathiebezeugungen. Französische Gesinnung des Markgrafen Ludwig.]

Edelsheim ist unerwartet bei Schall erschienen und hat ihm die durch Staffete eingelaufene Nachricht vom Einmarsch der kaiserlichen Truppen in Bayern überbracht.

. . . Der Minister von Edelsheim sagte mir, daß er hier zwar nicht als ein Minister spreche, weil [er] als ein solcher bei der Nähe von Frankreich keinen lauten Wunsch äußern dürfte, allein wie froh würde er nicht sein, wenn die kaiserlichen Truppen bald so vorrückten und hier alsdann Truppen und alles zum Militär Gehörende übernähmen, weil sie sonst ausgesetzt würden, daß dieses von den andern geschähe, denen er als ein Deutscher nicht geneigt sei.

Hierauf folgten eine Menge Versicherungen der wahrlich innerlich für Deutschland und Oesterreich hegenden Gesinnungen, allein hier seie der Fall, daß man seit langer Zeit nicht nach seinem Triebe und guten Willen, sondern nach Zwang habe handeln müssen.

Alles dieses wird dem Markgrafen Ludwig nicht gefallen, welcher sogar den Befehl gegeben, daß man aus Kehl alle Besatzung herausziehen möchte, damit die Franzosen, ohne daß Jemand etwas wüßte, hätten herein kommen können. Wo Frankreichs Interesse zu befördern ist, wird derselbe vorzüglich darauf Bedacht nehmen.

Wien. St.-Archiv.

448. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 13. September 1805.

[Major v. Becke. Uebertritt badischer Truppen in österreichische Dienste.]

|: Major von Becke, Commandeur des Jägerbataillons, der im letzten Feldzuge dem kaiserlichen Hofe gute Dienste geleistet[1], eröffnet Schall im Vertrauen, „daß, wenn man ihm eine Stabsoffiziersstelle in unserer Armee versichert, im Fall, wenn die hiesigen Truppen gegen Oesterreich ziehen müßten, er wenigstens 1000 Mann von seinem Corps mit herüberbringen wolle". Er werde durch Schall alsbald an den Erzherzog Karl ein Gesuch um Uebernahme als Stabsoffizier richten. :|

Wien. St.-Archiv.

449. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 13. September 1805.

[Nachrichten aus Karlsruhe. Schwierige Lage. Neutralität unmöglich.]

Das durch den Obristlieutenant von Rosenfels überbrachte Ministerialschreiben Nr. 42 vom 29. v. M.[2] hatte mir gerade, mancher verbreiteten Gerüchte wegen, Beruhigung gegeben und mich in der (sic!) angenehmen Lage gesetzt, auf verschiedene Anfragen die zuversichtliche Erklärung geben zu können, daß bis zum 29. v. M. schlechterdings nichts vorgenommen oder bewilliget, selbst nicht einmal gefordert worden sei, was auf die jetzigen Verhältnisse Bezug habe, als Nachrichten von der Ankunft des französischen Gesandten in Karlsruhe und von Unterhandlungen mit demselben, zugleich wie der durchreisende Hauptmann von Gayling hereintrafen, welcher zu schnell abgegangen war, um Aufträge für mich zu erhalten.

Es war aber schwer die Vermuthung zu beseitigen, daß ich blos Ursachen hätte, den Inhalt der mir zugekommenen Depeschen zu verschweigen . . .

Gemmingens Lage ist überaus peinlich.

Die Neutralität für Deutschland, meint er, wäre freilich sehr zu wünschen gewesen, „aber sie wäre so sehr zum Nachtheile Frankreichs und so ganz den Wiener Hof begünstigend gewesen, daß man bei einer solchen Idee nicht einen Augenblick verweilen zu dürfen glaubte und die Anträge, welche Kurwürttemberg deswegen zu Berlin soll gemacht haben, mußten desto fruchtloser sein, als der preußische Staat selbst eine solche Neutralität schwerlich wird behaupten können, wie mehrere Bewegungen russischer Truppen schließen lassen."

[1] Major Karl von Becke, Commandeur des Jägerbataillons in Bruchsal, früher in österreichischen Diensten. Badischer Militäralmanach, J. 1862.

[2] Fehlt.

450. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 15. September 1805.

[Der Kurfürst, Markgraf Ludwig und das Ministerium und ihre Gesinnung.]

|: Ich habe die Ehre, Ew. Excellenz kürzlich die Schilderung der hiesigen Lage darzustellen. Der Kurfürst ist gerecht und innerlich gut für Oesterreich gesinnt, aber zu schwach, es geltend zu machen; Markgraf Ludwig ist gerade das Gegentheil; das Ministerium ist furchtsam und hat einen äußerlich politischen Schein zum Zweck. Es wird immer zur Entschuldigung anführen: die Macht des Nachbarn hat uns gezwungen und nicht unsere Gesinnungen haben uns geleitet. Auch wird es jeder entscheidenden Verbindung mit Frankreich bis auf den letzten Augenblick auszuweichen suchen. Dabei geht es so weit, daß es nicht allein den Schein, sondern sogar das geringste freundschaftliche Vertrauen der kaiserlichen Gesandtschaft entzieht. Im Allgemeinen wird die Gesandtschaft jetzt von Jedermann sorgfältig vermieden, weil auch nur der gewöhnliche Umgang als verdächtig oder schädlich könnte angesehen werden. :|

Wien. St.-Archiv.

451. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 16. September 1805.

[Friedenshoffnungen. Beruhigende Versicherungen Cobenzl's. Rücksicht auf die Situation Badens.]

Gemmingen war gestern bei dem französischen Gesandten zu Tische; derselbe scheint noch nicht alle Hoffnung auf Frieden aufgegeben zu haben.

... Ohngeachtet der Graf Cobenzl zuverlässige Nachrichten von Verbindlichkeiten zu haben glaubt, welche der kurbadische Hof eingegangen habe, so hat er mir doch auf meine Bemerkung, daß jeder Bericht, welchen er haben möge, nur auf Sagen und Vermuthungen beruhen könne, indem eine officielle Erklärung, von der mir gar nichts mitgetheilt worden wäre, ganz undenkbar sei, — sehr verbindlich gesagt: Se M. wisse sich ganz in die unangenehme Lage des Kurfürsten zu versetzen, nehme daran den lebhaftesten Antheil und wünsche sehnlichst, dem Kurfürsten gegen jede Gewaltthätigkeit sogleich Schutz gewähren zu können, welches aber die Lage der badischen Lande vor der Hand nicht zulasse ...

452. Graf Cobenzl an Schall.

Wien, 18. September 1805.

[Verbleiben Schalls in Karlsruhe. Mittheilungen über die Stärke der österreichischen Armee. Vertrauen auf Baden.]

Dankt für die genaue Berichterstattung über die französischen Truppenbewegungen. Schall möge seine Berichte direct dem k. k. Armeecommando in Deutschland überschicken.

Es sei allerdings wünschenswerth, daß er seinen Aufenthalt in Karlsruhe so weit ausdehne, als für seine Person keine Gefahr damit verknüpft sei.

Se M. der Kaiser habe durch seine offenen Erklärungen ganz Deutschland seine edeln Gesinnungen zu erkennen gegeben, er habe feierlich versichert, daß Oesterreich nicht daran denke, sich auch „nur eine Handbreite" deutschen Gebietes anzueignen. Der Kurfürst werde zur Zeit schon „von der Stärke und dem Zustande" der k. k. Armee unterrichtet sein. Schall möge ihm vertraulich eröffnen, dieselbe werde in Kurzem auf 320000 Mann angewachsen sein, die erste russische Armee, 56000 Mann, stehe schon bei der mährischen Grenze, eine zweite von gleicher Stärke folge in Eilmärschen, eine dritte von 80—100000 Mann werde „auf andern Punkten" verwendet. Diese gesammte Heeresmacht werde „um die nämliche Zeit an Ort und Stelle sein, wo sich die französische Küstenarmee mit den vereinigten Armeen wird messen können".

. . . Euer Hochwohlgeboren werden nebst dem den Kurfürsten versichern, daß Sie auch in Zukunft mit ihm in die vertraulichsten Eröffnungen eingehen werden und daß hingegen Se Majestät sich versprechen, gleiches Vertrauen erwidert zu sehen und daß vorzüglich der Kurfürst eine solche Parthie in Ansehung seiner Truppen ergreifen werde, die er nach seiner eigenen Beurtheilung seinen wahren Interessen am zuträglichsten erachten wird[1] . . .

Wien. St.-Archiv.

453. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 21. September 1805.

[Einberufung der Urlauber. Transport der Artillerie, des Lazarethes 2c. nach Mannheim. Rückkehr von Massias.]

Gestern morgen traf der Generaladjutant des Markgrafen Ludwig, Herr von Porbeck, hier ein und gleich darauf zeigten sich bei dem hiesigen Militär verschiedene Bewegungen. Alle benachbarte sowohl als entfernte Beurlaubte wurden unverzüglich zu ihren Regimentern einberufen[2]. Sechs neue Kanonen wurden gleich nach Mannheim transportirt. Die übrigen zehn, worunter auch einige ältere Feldstücke, sind zum Abführen bereit. Heute morgen ist das Lazareth mit Sack und Pack, ferner alle Feldrequisiten und militärischer Vorrath, Munition in großer Menge durch Frohnfuhren ebenfalls nach Mannheim abgeführt worden. Die hiesige Garnison hat den Befehl, sich marschfertig zu halten.

Massias, der in der Nacht vom 17./18. d. M. nach Karlsruhe zurückgekehrt, bleibe da; Edelsheim befinde sich stets in Baden beim Kurfürsten, desgleichen der General v. Geismar.

Wien. St.-Archiv.

[1] Am 26. September übergibt Schall eine diesen Weisungen entsprechende Note in Karlsruhe.

[2] Am 15. September hatte Schall gemeldet, daß von jeder Compagnie 50 Mann beurlaubt seien und 37 unter den Waffen verblieben. Vergl. Badischer Militäralmanach, IX, 76.

454. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 22. September 1805.

[General von Geismar und seine Aufgabe. Nachrichtendienst Thiards. Verhältniß zu Edelsheim. Militärische Berichterstattung Schalls.]

General von Geismar weilt noch in Baden, er hat „in Betreff der französischen Anforderungen an Kurhessen in Bezug auf den Durchmarsch der Bernadotte'schen Armee" einige Mittheilungen gemacht; jetzt beobachtet er wohl die Vorgänge am badischen Hofe und in dessen Umgebung.

Mr Thiard scheint hauptsächlich der Beobachter unserer militärischen Bewegungen in Schwaben zu sein. Er berichtet fleißig an den Prinz Murat und wendet alle Mittel an, sich Nachrichten zu verschaffen, auch reist derselbe in der Gegend herum, um bestimmte Nachrichten einzuziehen[1] . . . Ungeachtet aller Höflichkeiten des hiesigen Hofs macht derselbe sich doch an allen öffentlichen Oertern . . . über denselben lustig. Mit Edelsheim steht derselbe nicht gut, und einige beleidigende propos hat Ersterer wieder erfahren.

Im Folgenden eingehende Nachrichten über die französischen Truppenbewegungen und Vorgänge im Elsaß[2].

Wien. St.-Archiv.

455. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 22. September 1805.

[Geplante Concentrirung der Truppen in Mannheim.]

An den Grenzen sind badische Offiziere postirt, um Nachricht über den Anmarsch der kaiserlichen Truppen zu geben. Sobald die letztern bis auf eine Entfernung von zwölf Stunden Karlsruhe nahegerückt seien, werde das Militär sich nach Mannheim zurückziehen und sich dort concentriren. Die Garde zu Pferd werde dann den Kurfürsten nach Mannheim escortiren.

Wien. St.-Archiv.

456. Edelsheim an Schall.

Baden, 25. September 1805.

[Ankündigung des Rheinübergangs der französischen Truppen.]

Edelsheim theilt dem Gesandten vertraulich mit, vom französischen Generalcommando sei die officielle Nachricht eingelaufen, daß morgen die ganze französische Armee sich auf dem rechten Rheinufer befinden werde[3].

Wien. St.-Archiv.

---

[1] Vergleiche darüber die während der Drucklegung dieses Bogens erschienenen Souvenirs diplomatiques et militaires du général Thiard (ed. L. Lex), 140.

[2] Schall unterrichtet während der letzten Wochen seinen Hof über alle Vorfälle und Verhältnisse, die auf den Krieg sich beziehen, in eingehendster Weise; er unterhält in Straßburg, Mannheim u. a. Orten Correspondenten, die ihn mit Nachrichten bedienen.

[3] In der Antwort dankt Schall für die Mittheilung, erklärt aber zugleich, nur die Weisungen seines Hofes könnten ihn bewegen, die bisherige „freundschaftliche Geschäftscommunikation durch eine gezwungene Entfernung auf einige Zeit zu unterbrechen".

457. Schall an den Grafen Cobenzl.

Karlsruhe, 26. September 1805.

[Vertrauliche Zusicherungen von Massias, betr. Sicherheit seiner Person.]

Schall ist unter der Hand benachrichtigt worden, wenn beim Einmarsche der französischen Truppen der französische commandirende General seine Entfernung fordern würde, werde die Sicherheit seiner Person und die seinem öffentlichen Charakter schuldige Achtung nicht verletzt. Der Chargé d'affaires Massias werde sich dann „auf eine Art benehmen, die seinen loyalen Gesinnungen und rechtschaffenem Charakter Ehre machen wird".

Wien. St.-Archiv.

---

458. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 27. September 1805.

[Man wünscht in Wien Aufschluß über Badens Verhalten im Kriegsfall. Verhandlungen mit Rasumowsky und Cobenzl: Vorschläge Gemmingens. Abbruch der Verhandlungen in Folge der Meldungen Schalls. Friedenshoffnungen.]

Empfang der Depesche Edelsheims vom 14. September[1].

|: Vous ne douterez pas de l'empressement avec lequel j'attends les éclaircissements que Vous avez bien voulu me promettre sur notre situation actuelle et qui sans doute me tireront au moins en quelque sorte de la gêne dans laquelle je me trouve depuis l'alerte que l'envoyé d'Autriche près notre cour a donné sur des prétendus engagements que nous devions avoir pris vis-à-vis [de] la France en cas de rupture.

En attendant je ne puis cependant pas retarder plus longtemps de Vous rendre compte des dispositions dans lesquelles on était vis-à-vis de nous . . .

Après que les deux cours étaient convenues d'établir une armée combinée d'observation en Empire dont la neutralité paraissait impossible et depuis que le général Mack avait établi comme base de ses opérations que la Bavière soit militairement occupée, on m'a plusieurs fois témoigné, combien on prendrait[2] à l'embarras dans lequel se trouverait l'Electeur par rapport à son voisinage qui assurément exigerait beaucoup de ménagement, mais qu'on se flattait cependant qu'ils n'entraîneraient pas à des mesures qui mettraient la cour imp^{le} dans le cas de ne pouvoir s'employer pour la maison de Bade, comme d'ailleurs on était bien déterminé. J'ai dans ces conversations constamment tenu le même langage, que l'opinion individuelle de l'Electeur ne saurait être douteuse, mais que le seul parti qui lui restait à prendre devrait être de laisser faire ce qu'on ne pouvait

---

[1] Fehlt, wie überhaupt die Mehrzahl der an Gemmingen gerichteten Erlasse aus diesem Jahre.

[2] Sic! Ergänze: part.

empêcher, l'Electeur n'étant pas même dans une situation à se prévaloir d'une véritable neutralité qui supposait la faculté de pouvoir à (sic!) se décider à volonté.

J'avais été de l'avis que de la part des Français on ne s'arrêterait pas à faire des demandes embarrassantes à notre cour. Ce n'est que lorsqu'on m'a parlé des mesures par rapport à la Bavière, que j'ai fait observer la suite que cela pourrait avoir à l'égard des voisins de la France.

Enfin quelques jours après, l'ambassadeur de Russie m'a dit qu'il était cependant utile de s'entendre sur ce qu'on pourrait faire pour l'Electeur dans ces circonstances et à quoi on pourrait s'attendre de sa part, qu'il en avait parlé au C[te] Cobenzl et qu'ils étaient convenus qu'ils fallait entendre là-dessus mon avis.

Ma réponse a été que je m'étais souvent occupé de cet objet, mais que sous tous les rapports il m'avait paru que l'Electeur dans sa position ne pouvait et ne devait prendre aucun engagement, n'étant jamais certain de pouvoir le remplir. Qu'à mon avis il n'y avait pour le moment rien de mieux à faire que de donner à l'Electeur et à son conseil une force morale pour ne pas être dans l'entière dépendance des circonstances du moment. Si les deux Empereurs garantissaient à tout événement l'existence actuelle de la maison de Bade et si à l'égard de celle-ci la cour de Vienne renonçait une bonne fois à ses prétentions du droit d'épave, il en résulterait une grande diminution de dépendance pour l'Electeur, et par l'augmentation des ressources momentanées et par la sécurité pour l'avenir.

Le C[te] Rasumowsky étant d'accord avec moi et jugeant le moment favorable pour mirer l'affaire des séquestres, nous nous sommes donné rendez-vous chez le vicechancelier de cour au lendemain. Je n'ai pas manqué de m'y rendre, l'ambassadeur m'avait précédé, mais, le courrier de M[r] de Schall étant arrivé, tout a changé de face. On a dit qu'il fallait attendre les notions qui me parviendraient à ce sujet. Il n'y avait pas de réplique à faire.

Depuis ce jour, quoique mes relations sociales restent les mêmes, il ne s'agit plus d'affaires publiques. Tout cela est en règle. C'est à moi à donner des éclaircissements quelconques. Je dois désirer d'être bientôt à même d'en donner de sorte à pouvoir ressaisir les fils qui m'ont échappé . . .

Oesterreich — berichtet Gemmingen weiter — entfalte eine erstaunliche Rührigkeit in den Kriegsrüstungen, eine Reservearmee sei organisirt, alles liege zum Transport der Truppen bereit. Trotz alledem glaube er noch nicht an den Krieg, sondern halte für wahrscheinlicher, daß große Veränderungen im Reiche stattfänden — auf Kosten der Mindermächtigen natürlich. :|

459. Schall an Edelsheim.

Karlsruhe, 30. September 1805.

[Bedauern über die Abwesenheit Edelsheims und des Hofes von Karlsruhe.]

Hat Edelsheims Schreiben vom 28. September erhalten und hofft, daß der Minister im Besitze des seinigen vom 29. d. M. sein werde[1].

. . . J'avoue amicalement à V. Exc. que je suis bien aux regrets que le département des affaires étrangères et son chef n'est pas ici, — il y a dans la situation présente des cas où je désirerais de parler de bouche au ministre des affaires étrangères avec lequel les missions sont en relations officielles. Le départ de V. Exc. s'est fait pour quelques jours, S. A. S. E. continue de rester à Son séjour de campagne, et je L'attends avec le plus vif intérêt dans Sa résidence. D'un autre côté, si S. A. S. E. fixe Sa résidence pour le moment à Bade, je m'attends sûrement . . . d'en être prévenu, et je serais toujours très charmé de pouvoir rendre mes devoirs et d'entretenir directement les communications confidentielles de ma cour dans l'endroit où S. A. S. E. réside ou même à la campagne, si je peux pressentir qu'Elle permet que le corps diplomatique soit tout près . . .

---

460. Edelsheim an Maltitz[2].

Karlsruhe, 2. October 1805.

[Napoleon fordert Entfernung des russischen und österreichischen Gesandten in Karlsruhe. Abreise unter Eskorte.]

Le soussigné ministre d'état et des affaires étrangères a l'honneur d'informer S. Exc., Mr le Bon de Maltitz, envoyé extraordinaire de S. M. l'Empereur de Toutes les Russies, que sur des ordres immédiats émanés ce matin du quartier général impérial à Ettlingen[3], il a été invité de faire connaître à S. A. S. Msgr. l'Electeur de Bade, que les circonstances ne permettant pas que S. M. Imple et Royale laisse derrière Ses armées les ministres des puissances qui l'avaient forcée de reprendre les armes et que l'ambassadeur de S. M. l'Empereur d'Allemagne ayant quitté Paris, on désire que S. A. E. engage les ministres d'Autriche et de Russie ainsi que toutes les personnes attachées à ces légations à quitter Ses états sans délai; que les armées étant en présence ne peuvent être traversées; qu'en consé-

---

[1] Das erstgenannte fehlt; in letzterem theilt Schall mit, er werde ruhig in Karlsruhe bleiben, «la bagarre ayant cessé ici».

[2] Zur Zeit in Stuttgart.

[3] Vergl. die Weisungen Napoleons an Thiard, Correspondance, 11, 274 und Talleyrands an Massias, oben Nr. 365; Souvenirs du général Thiard, 152.

quence les ministres d'Autriche et de Russie ainsi que leur suite se dirigeront par Darmstadt sur Francfort; qu'il leur sera fourni une escorte et les passeports nécessaires, que ces derniers seront adressés au ministre soussigné de Bade etc. Comme il ne se trouve pas des troupes françaises à Carlsrouhe, on pourrait faire donner aux susdits ministres, s'ils le requerront, une escorte de troupes badoises jusqu'au premier poste des troupes françaises . . .

Beiliegend die Pässe.

Concept.

Die gleiche Aufforderung ergeht an Schall.

In einer Antwortnote vom 5. October aus Stuttgart setzt Maltitz Edelsheim von der flagranten Verletzung des Völkerrechts in Kenntniß, welche die französischen Truppen in der Nacht vom 2./3. October durch seine Verhaftung verübt[1], bedauert, daß er sich nicht persönlich mehr beim badischen Hofe verabschieden könne, und empfiehlt die in Baden lebenden russischen Unterthanen dem Schutze des Kurfürsten. Am gleichen Tage geleitet Major von Stockhorner das österreichische und russische Gesandtschaftspersonal nach Frankfurt. Ein Zwischenfall in Karlsruhe ereignet sich nicht, dank dem tactvollen Benehmen von Massias, der dafür sorgt, daß das Gesandtschaftspersonal ruhig abreisen kann, und Ney davon abhält, sich in dem russischen Gesandtschaftshotel einzuquartiren. Bericht von Maltitz, datirt Frankfurt, 14. October.

Petersburg. St.-Archiv.

461. Schall an Edelsheim.

Karlsruhe, 3. October 1805.

[Abreise Schalls nach Frankfurt.]

Hat die Note Edelsheims vom 2. October[2] empfangen. „Durch die eingetretenen Umstände gezwungen", werde er die Lande des Kurfürsten verlassen, er überlasse „das Ganze der Beurtheilung seines allerhöchsten Hofes".

Er ersucht demgemäß den Kurfürsten, für seine Abreise nach Frankfurt a. M., die er auf den 5ten festgesetzt, die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln zu treffen. Einen Theil seiner Dienerschaft müsse er zurücklassen, zur Bewachung seines zu Karlsruhe verbleibenden Eigenthums und zur Berichtigung häuslicher Angelegenheiten.

462. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 3. October 1805[3].

[Entfernung der österreichischen und russischen Gesandtschaft aus Karlsruhe. Sicheres Geleite nach Frankfurt. Entsprechende Weisungen für Gemmingen.]

Ce n'est que depuis le 1er que nous sommes de retour de Baden où Monseigneur était resté tout ce temps. On pouvait toujours encore espérer

[1] Vergl. v. Schloßberger, Beilage z. Staatsanzeiger f. Württemberg, J. 1888. S. 4.

[2] Gleichen Inhalts mit der an Maltitz gerichteten. Oben Nr. 460.

[3] Gemmingen erhält die Depesche erst am 25. October; er hält seine Abreise nicht für nöthig und beruft sich auf seinen Bericht vom 17. October. An Edelsheim, 30. Oct.

que les négociations entretenues pour le maintien de la paix empêcheraient du moins que la guerre n'éclatât pas encore, mais tout espoir paraît anéanti maintenant après les déclarations publiées réciproquement . . .

S. M. l'Empereur des Français a couché mardi à Ettlingen où l'Electeur et nos Princes ont été lui faire leur cour.

Il m'est parvenu hier matin un office de ce quartier général impérial[1] . . .

Au lieu de l'escorte badoise, S. Exc. Mr le Bon de Schall, qui se propose de partir après-demain ainsi que les personnes attachées à la mission russe que S. Exc. Mr le Bon de Maltitz a laissées ici, sera accompagné par Mr le major de Stockhorn jusqu'à Francfort, au cas que les ordres pour l'escorter aux postes des troupes françaises ne leur fussent peut-être pas encore parvenus.

Il est à prévoir que dans cet état des choses les fonctions de V. Exc. à la cour de Vienne cesseront également et qu'on Lui enverra vraisemblablement aussi les passeports nécessaires pour quitter les états de S. M. . . .

Ne pouvant toutefois pas pressentir avec certitude les circonstances accessoires, S. A. S. E. s'en rapporte à Votre sagesse et à Votre prudence pour la conduite que Vous aurez à tenir, dont Elle attend néanmoins en son temps un rapport détaillé . . .

Msgr. l'Electeur laisse aussi préalablement à Votre choix l'endroit que Vous jugerez convenable pour y faire une première station et y attendre ses ordres ultérieurs et définitifs relativement à Votre destination future, après que Vous aurez donné connaissance de Votre domicile intermédiaire . . .

Vor der Abreise soll Gemmingen das Gesandtschaftsarchiv in Sicherheit bringen.
Concept.

---

463. Schreiben kurbadischer Offiziere an den k. k. Gesandten v. Schall[2].

Heidelberg, 6. October 1805.

[Gesuch um Aufnahme in österreichische Dienste. Motive.]

Die Verbindlichkeit, welcher sich Se Kf. D. von Baden unterziehet, das hiesige Militär ebenfalls unter französischen Befehl zum Gebrauch gegen die deutsche

---

[1] Vergl. Nr. 460.

[2] Schall hat dies Gesuch bei der Durchreise durch Heidelberg erhalten, mit der Versicherung, die daselbst liegenden 200 Chevauxlegers würden mit ihren Offizieren übergehen; auch auf das Mannheimer Bataillon sei zu zählen. Bericht vom 8. October 1805.

Armee zu geben, mag herrühren, woher sie wolle, so empört es den patriotischen Sinn jedes deutschen Mannes, sich auf diese Art zu Werkzeugen der Feinde des deutschen Vaterlandes mißbraucht zu sehen, und bestimmt einige badische Offiziere, sich diesen Absichten eigenmächtig zu entziehen, um sich dem edlen Zweck der Vertheidigung des Vaterlandes zu widmen.

Die unterzeichneten Offiziere richten daher an Schall das Ersuchen, ihr Vorhaben dem Kaiser und dem Armeecommando mitzutheilen und anzufragen, ob ihr Uebertritt gnädig aufgenommen werde und sie darauf rechnen dürften, mit gleichem Rang und gleicher Charge im kaiserlichen Heere angestellt zu werden.

Unterzeichnet sind: Oberstlieutenant v. Wambold[1], Rittmeister v. Heimrod und die Lieutenants v. Schilling, v. Naso und Bauer.

Wien. St.-Archiv.

464. Schall an den Grafen Cobenzl[2].

Frankfurt, 8. October 1805.

[Abschiedsaudienz beim Kurfürsten.]

Vor seiner Abreise von Karlsruhe verschafft sich Schall am 4. d. M. noch eine Abschiedsaudienz bei dem Kurfürsten. Sehr verlegen bemerkt der Letztere:

„Ich vernehme, daß Sie abreisen wollen." Ich antwortete, daß nach der Vereinigung eines Theils der kurbadischen Truppen mit der französischen Armee und der mir von seinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten zugestellten Note diese Abreise nicht mehr von mir abhinge. Der Kurfürst wurde noch mehr verlegen und äußerte, daß seine Truppen nur noch erst in Pforzheim concentrirt wären. Ich antwortete alsdann, daß ich als sicher annehmen könnte, daß an dem, so geschehen wäre, sein gutes, edles Herz keinen Antheil genommen. Die Thränen standen dem Kurfürsten in den Augen und mit noch mehr zunehmender Verlegenheit sagte mir derselbe, daß es ihm leid thäte, mich weggehen zu sehen, und mein abgestatteter Besuch nahm alsdann sein Ende.

Wien. St.-Archiv.

---

[1] Eine Antwort des Wiener Hofes ist bis zum 10. December nicht erfolgt. Im December erscheint v. Wambold, der früher schon in k. k. Diensten gestanden, in Frankfurt bei Schall auf der Durchreise nach Böhmen, wo er sich bei der Armee des Erzherzogs Ferdinand stellen will. Bericht vom 10. December 1805. Ueber die zahlreichen Desertionen aus den Reihen der badischen Truppen während des Feldzugs vergl. Bad. Militäralmanach, J. 1862, S. 79.

[2] Schall hatte am 5. October Karlsruhe verlassen, begleitet von dem russischen Legationssecretär v. Aderkas und dem Grafen Apraxin. Von Frankfurt aus, wo er während der nächsten Monate ungestört verweilt, setzt er seine Berichterstattung über die Vorgänge in Baden fort.

465. Schall an den Grafen Cobenzl.

Frankfurt, 8. October 1805.

[Verabschiedung von der Markgräfin Wittwe. Ihre Gesinnung. Sympathiebezeugungen der Bevölkerung. Stimmung gegen den Markgrafen Ludwig.]

Die Markgräfin Wittwe hat Schall noch am letzten Abend zu einem Cercle ihrer vertrautesten Freunde geladen. Er möge den Kaiser ihrer Anhänglichkeit versichern; sie wünsche nur, daß beim Einmarsch der kaiserlichen Truppen, „weil sie für das Glück unserer Waffen die heißesten Wünsche hege", Land und Leute möglichst geschont würden.

Die Frau Markgräfin war von nichts unterrichtet, man sagt ihr auch nichts. Ihre Empfindungen in dieser Lage sind äußerst betrübte für sie. Sie denkt an Folgen, und es thuet ihr sehr wehe, daß der Markgraf Ludwig den alten Kurfürsten zu Schritte[n] verleitet, wozu sein Herz weder gegen unsern Hof noch gegen Rußland gestimmt seie.

Die Lage ihres Sohnes geht ihr zu Herzen, sie bedauert, daß das Projekt, ihn durch eine Reise zu entfernen, nicht zur Ausführung gekommen, und fürchtet, bei einem Vormarsch der k. k. Truppen würden Kurfürst und Kurprinz nach Frankreich flüchten.

Bei seiner Abreise hat Schall aus allen Kreisen der Bevölkerung Beweise der Sympathien für den Wiener Hof empfangen, man wünscht allgemein den Sieg der Kaiserlichen. Für das Geschehene wird allein Markgraf Ludwig verantwortlich gemacht; er ist „äußerst verhaßt".

Wien. St.-Archiv.

---

466. Schall an den Grafen Cobenzl.

Frankfurt, 8. October 1805.

[Abneigung der badischen Truppen gegen den Krieg gegen Oesterreich. Major v. Becke.]

Die Mehrheit der badischen Truppen will wie die Bewohner von Stadt und Land nicht gegen Deutsche kämpfen.

Die Franzosen müssen daher die badischen Truppen bewachen, sonst gehen sie ihnen durch. Schon viele sind desertirt[1]. Sehr viele Offiziers würden gerne in unsre Dienste treten, wenn nur eine Versicherung könnte gegeben werden, daß man sie in ihrem Grade aufnehmen würde. Ich getraue mich zu versichern, daß nach einer solchen Bekanntmachung das ganze badische Militär nur aus weniger Mannschaft und nur einigen Offiziers, so als Creaturen des Markgrafen Ludwig zu betrachten sind, bald bestehen würde.

Erinnert an das Anerbieten des Majors v. Becke, Commandanten des Bruchsaler Jägerbataillons.

Nur ein Wink, und derselbe ist mit einem großen Theil seines Bataillons und andern, so er anziehen kann, bei uns, sobald er dazu Luft bekommen kann. Derselbe hat beim Befehl, mit den Franzosen zu marschiren, eine Proklamation an seine Truppen erlassen und für sich den Abschied verlangt, weil er nie gegen

---

[1] Vor allem wird in dem zu Durlach und Rastadt garnisonirenden Regimente Markgraf Ludwig über Desertiren geklagt. Erlaß an die Oberämter vom 11. October.

den Kaiser und seine deutschen Brüder fechten würde[1]. Er steht in Pforzheim, und man sagt, er würde wegen diesem allem kassirt werden.

Diejenige Herrn Offiziers, so sich an mich in Karlsruhe vor meiner Abreise gewendet, sind folgende: Lieutenant Medicus, Braun und Graf Leutrum . . .

Wien. St.-Archiv.

467. Schall an den Grafen Cobenzl.

Frankfurt, 10. October 1805.

[Truppenbewegungen. Markgraf Ludwig lehnt Theilnahme am Feldzuge ab. Geplante Proclamation.]

Die Heidelberger leichten Dragoner sind in Karlsruhe einquartirt worden. Das erste Bataillon Kurfürst ist abmarschirt, um sich mit den übrigen kurbadischen Truppen zu vereinigen. Die Einladung, selbst mit denselben zu Felde zu ziehen, hat Markgraf Ludwig abgelehnt. „Er seie den Finanzen und den ersten Stellen vorgesetzt, folglich [werde] seine Gegenwart zur Leitung der Hauptgeschäften nöthig sein, ferner glaube er nöthig, seinen alten Herrn Vater nicht verlassen zu dürfen, weil sonst leicht andere auf ihn wirken könnten und ihn auf andere Gedanken brächten".[2]

Man spricht in Karlsruhe von einer Proclamation an die badischen Truppen[3], sie soll das Werk des Markgrafen Ludwig sein, aber nur zur Verlesung gelangen, nicht gedruckt werden.

Wien. St.-Archiv.

468. Schall an den Grafen Cobenzl.

Frankfurt, 15. October 1805.

[Theilnahme des Kurprinzen am Feldzuge. Protest der Markgräfin Wittwe.]

Aus sicherster Quelle erfährt Schall, der Kurprinz habe ebenfalls zum Heere abgehen sollen, die Markgräfin Wittwe aber habe dem Kurfürsten erklärt, ihr Sohn, der in russischen Diensten stehe, könne, bevor er seinen Abschied genommen, nicht die französische Armee begleiten, nur der Gewalt werde sie nachgeben[4]. Zugleich habe sie ihrem Sohne mit „ihrem mütterlichen Fluche" gedroht, falls er freiwillig gehe. Dies habe seine Wirkung nicht verfehlt und den übeln Einfluß des Markgrafen Ludwig, der bei jeder Gelegenheit die Ueberlegenheit der französischen Armee gegenüber der kaiserlichen behaupte, vereitelt.

Folgen Mittheilungen aus dem Schreiben Napoleons an den Kurfürsten vom 2. October d. J.[5], soweit sich dasselbe auf die Markgräfin Wittwe bezieht.

Wien. St.-Archiv.

---

[1] Vergl. Bad. Militäralmanach, J. 1862, S. 79. Von Becke tritt in der Folge mit Oberstlieutenantsrang in die österreichische Armee zurück und nimmt an der Schlacht bei Austerlitz theil; den Revers, während des Feldzuges nicht gegen Baden und seine Verbündeten zu fechten, unterzeichnet er nicht. Schall an den Grafen Stadion. 23. Mai 1806.

[2] Souvenirs du général Thiard, 152.

[3] Dieselbe war schon am 5. October erlassen worden. Ihr Wortlaut im Bad. Militäralmanach, J. 1862, S. 83 ff.

[4] Vergl. oben Nr. 340 und 420; Souvenirs du général Thiard, 152. Auch diese Mittheilung lehrt, wie vorzüglich Schall über alle Vorgänge am badischen Hofe unterrichtet war.

[5] Oben Nr. 366.

469. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 17. October 1805.

[Schonende Behandlung von Seiten Cobenzls und Rasumowskys.]

Graf Cobenzl theilt Gemmingen mit, Schall habe sich genöthigt gesehen, Karlsruhe zu verlassen.

... Ich kann in meiner gegenwärtigen Lage nicht erkenntlich genug sein, sowohl für die Güte, mit welcher Graf Cobenzl, wie Graf Rasumowsky fortfahren mich persönlich zu behandeln, als hauptsächlich auch für die delikate Weise, mit der sie fortwährend in mir den badischen Gesandten schonen ...

---

470. Maltitz an den Fürsten Czartoryski.

Hanau, 6./18. October 1805.

[Der Kurprinz von Württemberg. Stimmung unter den badischen Truppen. Desertionen. St Génié nach Rußland; seine Person und Stellung. Warnung.]

... Le Prince électoral de Wurtemberg a passé avant-hier par Hanau pour aller à Francfort; on dit même qu'il reviendra à Stoutgart, ce qui fait supposer une réconciliation avec son Sme père.

Le major Becke, chef d'un bataillon de chasseurs, le Cte de Leutrum et plusieurs officiers badois ont demandé et obtenu leur retraite, puisqu'ils n'ont pas voulu servir contre les armées de S. M. l'Empereur et Roi; cette intonation de vigueur et de patriotisme s'est aussi communiquée aux soldats; plus de 300 badois ont déserté pour se ranger du côté de la bonne cause; le reste n'attend qu'une occasion favorable pour suivre cet exemple et se détacher d'une alliance si honteuse pour la nation germanique ...

Je le crois de mon devoir, mon Prince, de prévenir sur un certain Mr de St Génié, Français de naissance et, à ce qu'il dit, colonel espagnol. C'est un homme très délié, mais dont la conduite est au moins énigmatique; il a couru toute l'Europe, a une excellente mémoire locale et cite toutes ses connaissances et relations à Constantinople, Varsovie et St-Pétersbourg même. Depuis quelques années il a séjourné à Munich et Carlsrouhe. L'Electeur de Bade lui fait même une pension de 800 florins, qui lui sera continuée aussi hors de ses états.

Quand S. M. le Roi de Suède était à Carlsrouhe, d'après une idée du Bon d'Armfeld, Mr de St Génié fut envoyé à Paris[1], il en revint, se brouilla avec le ministre suédois et particulièrement avec Mr de Lagerbielke. À sa demande le gouvernement badois lui a donné un passeport pour la Russie qu'il a même fait viser chez moi; il viendra probablement se présenter

---

[1] Vergl. Polit. Correspondenz, IV, 453 ff.

aux commandants de nos armées comme un homme parfaitement bien instruit, mais d'après l'opinion qu'on a de lui en Souabe, si on voudrait l'employer, il faut au moins le surveiller de bien près; il se dit très attaché au parti de Mr le Cte de Lille.

Petersburger Archiv.

471. Graf Cobenzl an Gemmingen.

Wien, 7. November 1805.

[Uebersiedelung des Hofes nach Olmütz. Gemmingens Verbleiben in Wien zwecklos. Pässe.]

L'Empereur s'est déterminé d'établir pour quelque temps sa résidence à Olmütz, où Sa Majesté sera accompagnée de Son ministre du cabinet, Cte de Colloredo, du soussigné vicechancelier de cour et d'état ainsi que des autres chefs de ses départements.

Ces circonstances faisant cesser toute communication entre le ministère de S. M. et Mr le Baron de Gemmingen, envoyé de S. A. Msgr. l'Electeur de Bade, Mr le Baron sentira lui-même que son séjour ultérieur à Vienne est sans objet pour ce moment et le vicechancelier, désirant en conséquence de lui faciliter les moyens de quitter cette capitale, a l'honneur de lui envoyer ci-joint son passeport, profitant de cette occasion de lui renouveler les assurances de sa considération distinguée.

Copie.

472. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 27. November 1805[1].

[Wiederholte Aufforderung zur Rückkehr. Uebergabe der Acten ꝛc. in Karlsruhe. Das bayrische Heirathsprojekt.]

C'est par l'ordre exprès de Msgr. l'Electeur, notre Sme maître, que je transmets au pli à V. Exc. le duplicata de l'office que j'ai eu l'honneur de Lui expédier en date du 21 du mois passé[2]. Je ne puis me dispenser d'y ajouter la confirmation positive de l'annonce contenue dans la dépêche mentionnée relativement à la cessation absolue des appointements attachés à la mission, dont Vous aviez été revêtu et qui avait déjà entièrement cessé par le fait, mais dont la prolongation gratuite de Votre part serait un vrai scandale sous tous les rapports. Une discussion particulière à ce dernier sujet serait aussi superflue que déplacée dans la présente dépêche . . .

[1] Gemmingen erhält die Depesche erst am 24. December. Vergl. Nr. 477.

[2] Edelsheim hatte darin Gemmingen zur Rückkehr aufgefordert, die um so dringender, als die Gesandtschaftskasse nicht in der Lage sei, sein Gehalt weiter zu zahlen. Concept.

|: Die Chiffren, sowie die wichtigsten Gesandtschaftspapiere soll Gemmingen dem Geh. Referendär Oehl übergeben; die übrigen Theile des Gesandtschaftsarchives sind in Sicherheit zu bringen, die mit Geheimtinte geschriebenen Depeschen aus Karlsruhe zu verbrennen, damit das Geheimniß nicht verrathen werde. :|

... S. M. l'Impératrice Joséphine est arrivée hier au soir de Strasbourg[1] et repartira demain pour Munich, en s'arrêtant également deux jours à Stoutgart par où Elle passera. Il y a grande apparence que Son séjour à Munich sera marqué par un événement que nous n'osions prévenir et que nous ne saurions écarter jamais, mais qui nous fera éprouver un regret bien amer et sensible. Vous comprenez qu'il s'agit de la belle Princesse Auguste dont le mariage avec notre Prince électoral comblait nos vœux et ses espérances; les caprices du sort paraissent l'avoir réservée à une autre destinée.

Concept.

473. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 1. December 1805.

[Nothgedrungenes ferneres Verbleiben in Wien. Rechtfertigung seines Verhaltens.]

Die Abfertigung eines württembergischen Kuriers bietet seit dem 30. October die erste Gelegenheit, auf sicherem Wege zu schreiben. Seit dem Erlasse vom 4. October ist Gemmingen ohne Nachricht von Karlsruhe. Anfangs November sprich' man in Wien von der Entfernung der württembergischen und badischen Gesandtschaft. Auf Anfrage bei Cobenzl und Rasumowsky erklären dieselben, man habe sich zu einem solchen Schritte noch nicht entschließen können und wolle erst die Ankunft des Zaren abwarten: einstweilen möge Gemmingen sich stille verhalten. Erst als der Hof Wien verläßt und Cobenzl nach Brünn geht, erhalten Gemmingen und der württembergische Geschäftsträger[2] zwei gleichlautende Noten nebst ihren Pässen. Zur Abreise ist es jedoch bereits zu spät, da keine Pferde mehr aufzutreiben sind.

... Unter diesen Umständen kam es nur darauf an, bei meinem Hierbleiben ein System anzunehmen, nach welchem ich mich betragen wollte, ich war von meinem Hofe nicht zurückgerufen, und der hiesige hatte meine gesandtschaftliche Eigenschaft keineswegs für erloschen erklärt. Die kurbadische Gesandtschaft am österreichisch kaiserlichen Hof bestand also noch, nächstdem daß die am römisch kaiserlichen Hofe ohnehin durch die österreichische Staatskanzlei nicht konnte aufgehoben werden ..., auch enthielt die erwähnte Note nichts weiter als eine Insinuation, die blos meine Person betraf.

Bei der Unmöglichkeit nun, den Buchstaben dieser Insinuation zu befolgen, und während der Graf Cobenzl das auch wohl nicht erwartete, glaubte ich aus Achtung für den Hof, an welchen ich gesendet bin, dem Geist derselben soviel

---

[1] Ueber den Aufenthalt der Kaiserin in Karlsruhe vergl. v. Weech, Geschichte der Stadt Karlsruhe, I, 196.

[2] Der Gesandte von Gravenreuth hatte Wien schon früher verlassen.

wie möglich entsprechen zu müssen und so das gute Vernehmen, welches ich der eingetretenen Umstände ungeachtet bisher zu erhalten gesucht hatte, nicht zu stören. Ich gab mich also an, als bereit abzureisen, diese Reise aber sowohl meiner Gesundheit wegen verschiebend, als der großen Hindernisse wegen, welche wirklich stattfanden; betrug mich aber unterdessen für meine Person, so gut wie abwesend und ging nicht anders aus, als abends zur Schwester des Grafen Cobenzl, die ihrer Gesundheit wegen hier bleiben mußte . . .

Vor seinem Hause läßt Gemmingen nach dem Vorgange anderer Gesandtschaften das badische Wappen anbringen.

Inzwischen erfolgt der Einzug der Franzosen in Wien. Gemmingen verläßt in den ersten Tagen nicht das Zimmer und schützt Unpäßlichkeit vor, für den Fall, daß man französischerseits die Fortdauer seines Aufenthalts mißbilligen sollte. Napoleon erfährt indes durch den württembergischen Gesandten von Gravenreuth, daß Gemmingen noch in Wien anwesend, und wünscht, daß derselbe, sobald er wieder hergestellt sei, ihm vorgestellt werde. Gravenreuth meint, man würde es verargen, wenn Gemmingen nunmehr Wien verlassen wollte.

Nach der Abreise des Kaisers nach Mähren, die bald darauf erfolgt, empfängt Gemmingen den Besuch des Generalgouverneurs Clarke, der ihn mit größter Zuvorkommenheit behandelt. Von da ab nimmt er auch keinen Anstand mehr auszugehen.

. . . Bei allem dem aber machte ich mir seitdem die größte Zurückhaltung und die äußerste Behutsamkeit zur Pflicht, um auf keine Art dem mir nicht bekannten System zuwider zu handeln, welches Se Kf. D. unter den gegenwärtigen Umständen zu befolgen mögen für räthlich gehalten haben. Darum habe ich bis jetzt ebensogut vermieden, den Minister Talleyrand, als die anscheinenden Friedensboten, den Grafen von Haugwitz und die beiden österreichischen Abgeordneten, die Grafen Stadion und Giulay, zu sehen. Ich glaube nicht irren zu können, wenn ich streng bei der Linie bleibe, welche meinen Beruf bezeichnet, nach welchem ich durch mich selbst meine Gesandtschaft nicht beendigen darf und, solange mir keine andre Weisungen zugehen, alles anwenden muß, um nach Möglichkeit das bisherige in unversehrtem Stande zu erhalten . . .

474. Schall an den Grafen Cobenzl.

Frankfurt, 3. December 1805.

[Neue Aushebungen. Schwierigkeiten. Ueberwachung des brieflichen Verkehrs.]

Täglich werden von den neu ausgeschriebenen 1500 Mann Rekruten nach Karlsruhe verbracht, doch soll die Desertion stark sein. Im Kapplerthale müsse man die Leute aus den Wäldern, wo sie sich versteckten, hervorholen. Nebenbei mache man damit noch ein Finanzgeschäft, da man gegen hohe Summen den reichen Bauernburschen den Loskauf gestatte.

Die Reichspostbeamten in Baden haben von der badischen Regierung Befehl erhalten, alle verdächtigen Briefe auszuliefern.

Wien. St.-Archiv.

475. * * * an Schall[1].

Karlsruhe, 9. December 1805.

[Vorgehen gegen die Reichsritterschaft. Gesandtschaft ins Hauptquartier. Dalberg. Edelsheim in Ungnade. Kaiserin Josephine in Karlsruhe. Verhalten der Markgräfin-Wittwe.]

Die Besitznahme der österreichischen Territorien steht fest, von der Occupation der breisgauischen Klöster spricht man.

«Je ne peux rien Vous dire encore de positif là-dessus et nous sommes si entourés d'espions dans la société et notre petit espion n'est pas avec nous pour le moment.»

Die Gesandtschaft ins Hauptquartier besteht aus Reitzenstein, Groos und Vierordt. Man hat Dalberg dabei übergangen. «Il s'en est expliqué très vertement, on lui a dit, qu'on ne lui donnait pas cette mission, parce qu'il était trop ritterschaftlich.» Er hat darauf Urlaub erbeten und erhalten[2].

«Reitzenstein est connu pour être contre la noblesse immédiate et d'être la main droite du détestable Margrave Louis.

Le ministre Edelsheim est plus en plus en disgrace, on n'a pas même voulu lui faire l'honneur de lui demander les papiers de la mission de Bade à Paris, les duplicata étants dans son bureau, on a envoyé un courrier à la légation pour les chercher.»

Die Haltung der Markgräfin während des Besuchs der Kaiserin Josephine[3] war höflich, aber würdevoll. Als Markgraf Ludwig der Kaiserin gegenüber beim Hofconcerte die Hoffnung ausgesprochen, ihr siegreicher Gemahl werde seinen Gegner nach Polen verfolgen, habe die Markgräfin ihren Stuhl weggerückt, um derlei Reden nicht zu hören. Die Kaiserin habe es bemerkt und den Takt gehabt, zu entgegnen: «mais nous oublions que ces discours ne peuvent pas être agréables à Mme la Margrave. Dans sa position et avec ses rapports, elle ne peut désirer que la paix».

Nicht alle benehmen sich gleich würdevoll, die Gräfin Hochberg z. B., «qui voudrait toujours devenir Electrice régnante et procurer la succession à ses enfants».

Abschrift. Wien. St.-Archiv.

---

476. * * * an Schall[4].

Karlsruhe, 20. December 1805.

[Die Markgräfin-Wittwe und die Siegesfeier von Austerlitz. Die Erbfolge der Grafen Hochberg. Gerücht von Edelsheims Rücktritt.]

Mme la Margrave est malade depuis huit jours, — je crois bien que les 100 coups de canon et le Tedeum chanté ici à la cour après la bataille

---

[1] Beilage zu dem Berichte Schalls an Cobenzl vom 17. December 1805. Ohne nähere Angaben über den Absender, der, wie aus verschiedenen Mittheilungen zu schließen, wohl in der Umgebung der Markgräfin-Wittwe zu suchen sein dürfte.

[2] Schon am 1. November hatte Schall berichtet, Dalberg bleibe seinen Grundsätzen als echter deutscher Edelmann getreu und sei daher in Karlsruhe schlecht angeschrieben.

[3] Die Kaiserin war am 28. November abends in Karlsruhe eingetroffen und hatte daselbst bis zum 30. December vormittags verweilt. Ueber ihren Empfang liegt ein ausführlicher Bericht Schalls vom 3. December vor.

[4] Beilage zu dem Berichte Schalls an den Grafen Cobenzl vom 23. December 1805.

d'Austerlitz pour l'armistice[1] au jour anniversaire de la mort de son mari, n'ont pas contribué à lui rendre la santé. Elle soutient son caractère avec une noblesse et une sagesse qu'on ne saurait assez admirer.

On sait que par le Prince Louis on négocie de nouveau pour que l'Empereur des Français effectue pour Mme de Hochberg le titre de princesse pour qu'elle soit déclarée Electrice[2] et que les enfants de son lit forment une secundogéniture avec droit de succession à la première . . .

On parle d'un changement au retour du Bon Reitzenstein, qu'il aura le portefeuille des affaires étrangères et Edelsheim sa retraite, — rien ce qui regarde les Français passe par ses mains, tout se traite avec le Margrave Louis . . .

Abschrift. Wien. St.-Archiv.

477. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 24. December 1805.

[Rückkehr nach Karlsruhe.]

Bestätigt den Empfang der Depesche vom 27. November[3].

. . . J'ai d'abord pris les arrangements nécessaires pour pouvoir me rendre aux ordres de S. A. S. E. à Carlsrouhe et ce n'est que la difficulté d'assurer dans les circonstances actuelles l'existence et l'entretien d'une nombreuse famille pendant mon absence qui a retardé mon départ. Ces mesures devant être terminées vendredi prochain[4], je me mettrai incessamment en route, avec toute la diligence que ma santé me permettra, étant malade depuis plusieurs semaines . . .

478. Schall an den Grafen Cobenzl.

Frankfurt, 26. December 1805.

[Gemäßigtes Vorgehen Badens gegen die Reichsritterschaft. Ankunft Thiards.]

Uebersendet das kurbadische Occupationspatent.

Kurbaden ist nicht wie Württemberg mit einer Raubgierde zu Werk gegangen und würde ruhig sich verhalten haben, wenn andere nicht vorangegangen wären . . .

[1] Das Dankfest fand am 14. December statt.

[2] Diese Nachricht beruht auf Irrthum.

[3] Oben Nr. 472.

[4] Gemmingens Abreise erfolgt indes erst am 14. Januar 1806, am Tage vor der Rückkehr des Hofes; er begiebt sich zuerst noch Geschäfte halber nach Prag und reist von da über Nürnberg und Heilbronn nach Karlsruhe, wo er am 10. Februar eintrifft.

Auch finde ich darin die mäßige und billige, in Würtemberg aber nicht eingeschlagene Vorkehrung, daß keine Kassen in Beschlag genommen werden.

Thiard ist in Karlsruhe eingetroffen[1].

Wien. St.-Archiv.

479. * * * an Schall.

Karlsruhe, 22. Januar 1806.

[Napoleon in Karlsruhe. Heirath des Kurprinzen. Edelsheim. Dalberg.]

J'ai vu donc hier ce fameux Napoléon, il a constamment parlé avec la Margrave, a souvent ri avec elle et il a eu l'air d'avoir du plaisir à voir danser la jeunesse . . .

L'Electeur et le Prince électoral ont reçu le grand cordon de la légion d'honneur, sans cela personne, — on a été en affaires hier toute la journée; on dit qu'il y a question du mariage du Prince électoral avec une des filles du sénateur Beauharnais . . .

L'Empereur, en voyant Mr Edelsheim, doit lui avoir demandé: «avez-vous le portefeuille encore?» — cela fait beaucoup parler ici, comme Vous pensez bien. Reitzenstein paraît très bien ancré . . .

Dalberg est parti pour Paris, mais il m'a dit avoir prié l'Electeur de disposer de son poste de ministre à la cour de France pour ce printemps.

Abschrift. Wien. St.-Archiv.

480. Schall an den Grafen Stadion[2].

Frankfurt, 23. Januar 1806.

[Napoleon in Karlsruhe.]

Napoleon und die Kaiserin sind am 20ten abends 8 Uhr in Karlsruhe eingetroffen[3]. Der Kurfürst und der Kurprinz haben den „großen französischen Orden" erhalten, Markgraf Ludwig nicht. Der Kaiser hat sich in dem Concert am 21. angelegentlich mit der Markgräfin unterhalten, die mit Anstand und Würde die Repräsentation übernommen; die Kaiserin hat sie „mit beiden Armen empfangend embrassirt".

Uebersendet als Beilage die von dem Stadtrath überreichte, von Legationsrath Tissot verfaßte Adresse an den Kaiser, sowie ein Gedicht: Gefühle eines k. k. österr. Offiziers bei der Durchreise S. k. k. Maj. Napoleons, Kaisers der Franzosen und Königs von Italien", — ein schmachvolles Machwerk.

Wien. St. Archiv.

---

[1] Nach Karlsruher Nachrichten soll der förmliche Verzicht des Kurprinzen auf die Hand der Prinzessin Auguste von Bayern erfolgt sein; man spricht von einer Werbung Jerome Bonapartes um die Prinzessin Katharina von Württemberg. Schall an Cobenzl Frankfurt, 30. December 1805. Daß damals schon von württembergischer Seite eine Verlobung der Prinzessin Katharina mit Jerome angeregt worden ist, bestätigt Thiard. Souvenirs, 267.

[2] Graf Philipp Stadion seit dem Rücktritte des Grafen Ludwig Cobenzl (24. December) dessen Nachfolger als Minister des Auswärtigen.

[3] Ueber den Aufenthalt des Kaisers in Karlsruhe vergl. Karlsruher Zeitung vom 22. Januar 1806; v. Weech, Geschichte der Stadt Karlsruhe, I, 198.

481. Geh. Cabinetsordre[1] an den Geh. Rath Brauer.

Karlsruhe, 27. Januar 1806.

[Concordat mit Rom. Vorlage eines Entwurfs für etwaige Verhandlungen in Paris.]

Da von des französischen Kaisers Majestät der Wunsch neuerdings wieder geäußert worden ist, daß das Concordat mit dem Römischen Hofe in Bälde zu Stande kommen möge und dessen Unterhandlung leichtlich in die Zeit der demnächst bevorstehenden Anwesenheit des kurf. Cabinetsministers Frh. von Reitzenstein zu Paris fallen dürfte, so wünschen Serenissimus Elector, daß von Höchstdero Geheimem Rath Brauer ein gedoppelter Entwurf eines solchen Concordats unter der zweifachen Rücksicht — je nachdem von dem künftigen Landesbischof die geistlichen Sachen entweder an einen deutschen Metropolitan, oder aber von ersterm unmittelbar an den päpstlichen Stuhl nach Rom gebracht werden — allenfalls in lateinischer Sprache — auf das schleunigste gutachtlich verfaßt und Höchst Ihnen bald möglichst unterthänigst vorgelegt werde.[2]

---

482. Schall an den Grafen Stadion.

Frankfurt, 1. Februar 1806.

[Veränderungen in der diplomatischen Vertretung Badens. Haynau.]

Man spricht von Veränderungen in den badischen Gesandtschaften. Gemmingen werde schwerlich auf seinen Posten zurückkehren; Dalberg wünsche denselben. Degenfeld begehre den Pariser Posten. Von Thiard und andern Faiseurs werde ein Herr von Haynau sehr protegirt. Ein natürlicher Sohn des Kurfürsten von Hessen, habe er wegen Schwächlichkeit das Militär quittirt und sei bei Edelsheim in der Kanzlei aufgenommen worden. Später sei er das Werkzeug Thiards geworden und habe als solches völlig französische Gesinnung angenommen. Er sei nicht ohne Verstand, aber in den Geschäften und der großen Welt noch etwas unerfahren, „unter der masque eines sehr humanen Charakters verbirgt er einen sehr zweideutigen, — immer mit seiner Oekonomie derangirt, ohne eigene Mittel solche in Ordnung zu bringen[3]".

Wien, St.-Archiv.

---

[1] Unterzeichnet von dem Vorstand des Geh. Cabinets, F. A. Wielandt.

[2] In Folge dieses Auftrages arbeitet Brauer zwei umfassende Entwürfe zu einem Concordate aus und legt dieselben schon am 14. Februar vor; eine Abschrift davon wird am 26. Februar dem Freih. v. Reitzenstein zur Begutachtung nach Paris übersandt. Das erbetene Gutachten fehlt; vermuthlich ist ein solches überhaupt nie erstattet worden. Die Angelegenheit bleibt zunächst auf sich beruhen; die Verhandlungen und Erörterungen über ein badisches Sonderconcordat werden erst im Herbst 1807 wieder aufgenommen, als die Ankunft des Nuntius della Genga in Karlsruhe bevorsteht. Vergl. O. Mejer, Zur Geschichte der römisch-deutschen Frage, I, 293.

[3] Ludwig von Haynau, aus Hanau; er wird später (1807) badischer Gesandter in Stuttgart, dann Geh. Rath und Polizeidirektor in Karlsruhe, in welch' letzterer Stellung er sich so verhaßt macht, daß er beim Herannahen der Verbündeten im April 1815 nach Frankreich heimlich entweicht; dort wird er von Napoleon als Kundschafter verwendet,

483. Gemmingen an Edelsheim.

Karlsruhe, 15. März 1806.

[Rechtfertigung seines Verhaltens während der letzten Monate.]

Gemmingen greift zurück auf den Inhalt der Depesche vom 27. November 1805[1].

. . . Was mich dabei persönlich betrifft, so enthält diese Depesche die bestimmte Erklärung, daß mir der Gesandtschaftsposten am Wiener Hofe entzogen sei, und ich werde mir gewiß keine Diskussion darüber erlauben.

In Beziehung aber auf den Hof, an welchen ich gesendet war, glaube ich Ew. Ex. meine Ansicht der Sache um so mehr gehorsamst darstellen zu dürfen, als Hochdieselbe beim Erlaß jener Depesche die meinige noch nicht erhalten hatten . . .

Ohne irgend eine offizielle Nachricht, ohne Instruktion für mein Benehmen, diejenige ausgenommen, welche den Fall meiner Zurückweisung, wenn sie statthätte, betraf, war ich in jenen kritischen Zeiten des ausbrechenden Krieges mir selbst überlassen, mußte aber allerdings finden, daß dieser Zustand, so unangenehm er auch für mich sein mochte, dem Interesse unseres höchsten Hofes am angemessensten wäre. Während der Drang der Umstände den durchlauchtigsten Kurfürsten zu Maßregeln bestimmte, die dem Wiener Hofe entgegen scheinen konnten, mochte ich versuchen, die widrigen Eindrücke zu schwächen, welche daraus entstehen dürften; auf alle Fälle fand sich unser Hof nicht kompromittirt, da mir keine Instruktionen waren gegeben worden. So sah ich die Sache an und glaubte, alles aufbieten zu müssen, um meinen Einfluß auf den Fall zu erhalten, wenn etwa die verbündeten Heere die Oberhand gewinnen und gegen die kurf. Staaten vordringen sollten. Mit welchem Erfolg mein Bestreben begleitet war, erhellet aus meinen Berichten.

Der kais. österreich. Gesandte wird genöthigt, Karlsruhe zu verlassen, durch den österreichischen Staatsvicekanzler selbst erfahre ich es zuerst, und man fährt fort, offizielle Noten an mich wie an jeden Gesandten eines freundschaftlichen Hofes zu richten. Die kurbadischen Truppen schließen sich dem französischen Heere an, auch dieses wird nicht als feindliche Maßregel angesehen; mein Verhältniß bleibt das nämliche.

Endlich als alles fortgeht, erhalte ich, weil mein Aufenthalt «pour ce moment sans objet» sei, einen Reisepaß: «pour faciliter les moyens de quitter cette capitale», für den kurbadischen Gesandten, — lautet der Paß, — welcher von hier in das heil. römische Reich reiset.

Alle diese Beweise von Schonung und ausgezeichneter Achtung für den durchlauchtigsten Kurfürsten, der sehr erhebliche Vortheil, welcher aus diesen Verhältnissen bei einer andren Wendung des Kriegsglücks für das höchste Kurhaus

---

nachdem er in Baden seines Amtes entsetzt und von der Kammerherrnliste gestrichen worden. Anfangs der 30er Jahre taucht er dann wieder in Dresden auf. (Aus den Dienstakten.)

[1] Oben Nr. 472.

entstanden wäre: — diese Betrachtungen ließen mich glauben, daß nach dem Empfang meiner Depesche vom 1. Dez. man vielleicht Bedenken haben möchte, durch stillschweigende Aufhörung der Gesandtschaft das bisherige Benehmen als feindlich darstellen zu wollen, das der Wiener Hof nicht dafür zu halten thätig bewiesen hatte; daß man es vielleicht aus Erwiederung von Achtung für jenen Hof und auch in Rücksicht auf die Verhältnisse zur Reichskanzlei angemessener finden dürfte, zur gelegenen Zeit des schon Abwesenden Sendung durch eine förmliche Abberufung zu beendigen . . .

Darum habe ich, damit alle Wege offen bleiben, zuvor meinen bisherigen Hausstand neben dem Kanzleipersonale in Wien gelassen, doch mit der bestimmten Weisung, weder Pässe auszufertigen, noch irgend eine diplomatische Handlung vorzunehmen und selbst jede öffentliche Gelegenheit zu meiden.

Ew. Ex. werden nun entscheiden, was Sie den Umständen für angemessen halten[1] . . .

484. Schall an den Grafen Stadion.

Frankfurt, 28. März 1806.

[Unterredung Napoleons mit der Markgräfin-Wittwe. Stolze Haltung der letzteren. Politik Hessen-Darmstadts. Widerstand gegen die französische Heirath. Verhalten des Kurprinzen.]

Ew. Exc. habe ich die Ehre durch sichere Gelegenheit zu berichten, daß ich von einer so zuverlässigen Hand, als wie schier von Ihrer Durchlaucht der verwittibten Frau Markgräfin von Baden selbst, einen Theil ihrer Unterredung mit dem Kaiser Napoleon bei seiner letzten Durchreise in Karlsruhe erfahren[2]. Der Kaiser ersuchte die Frau Markgräfin zu einer Unterredung ohne Zeugen. Sie ging zu dieser mit bang klopfendem Herzen; allein nach ihrem Geständniß gabe die offene, freundliche Miene des Kaisers, wenn sie auch masque gewesen ist, ihr allen Muth und Kraft wieder.

Seine erste Anrede war: „warum sie, die einzige aus ihrer Familie, so entschlossen gegen ihn seie und handle?"

Sie antwortete: „daß sie eine deutsche Prinzessin seie und folglich Deutschland und seiner Verfassung anhänglich bleibe, auch sie Pflichten der Dankbarkeit und Achtung gegen ihre Schwiegersöhne habe, und ohne diese ihr Haus einst ohne Stütze sein könnte; Se Majestät wendeten alle ihre Kräfte an, um die deutsche Verfassung ganz zu zerstören —, dieses schmerzte ihr sehr, und nie würde sie dazu beigefällig sein; sogar könnten und würden Se Majestät keine deutsche Fürstin schätzen, welche gegen ihre National-Ehre und Gefühl handelte."

[1] Gleichzeitig unterbreitet Gemmingen dem Minister einen zweiten Bericht, in welchem er sich gegen Vorwürfe wegen gewisser ihm übertragener finanzieller Operationen zu rechtfertigen bemüht.

[2] Vergl. zum Folgenden das Schreiben der Markgräfin vom 28. Januar 1806 im übernächsten Abschnitte.

Der Kaiser erwiderte: daß das Haus Baden dadurch größere Vortheile erhalten und ihrem Bruder, dem Landgrafen von Darmstadt, kein Schaden zugefügt werden sollte; für letzteren habe er größere Plane gehabt, wenn dieser im Anfang sich seinen Anträgen gefügt hätte; dieses habe der Landgraf verweigert, und dahero seien die Plane anjetzo verändert.

Die Frau Markgräfin entschuldigte ihren Bruder, daß dieser nach seiner Lage nur nach dem Rath von Preußen, einem Aliirten und Freund Frankreichs, so habe handeln können. Napoleon widersetzte darauf, daß Preußen ihm dem Landgrafen seine Länder später zur Disposition angeboten habe; in Deutschland wolle er als Kaiser der Franzosen nichts von Ländern für sich, aber er wolle überall darin Einfluß haben. Noch einige Jahre könnten vielleicht Kampf und unruhige Zeiten sein, nach diesen aber würde allgemeine Ruhe und bessere Ordnung eintreten.

Als die Rede über die Heirath des Kurprinzen mit Mlle Beauharnais vorkame, so weigerte sich die Markgräfin ihre Einwilligung dazu zu geben. Der Kaiser fragte sie, ob sie als Mutter schon einen anderen Plan entworfen? — Sie stellte dem Kaiser als ihren einzigen Wunsch vor, daß ihr Sohn eine deutsche Prinzessin, und zwar anitzo die Prinzessin Caroline von Bayern[1] heirathen möchte. Sie sagte dem Kaiser aus Höflichkeit, daß, wenn die ihrem Sohn bestimmte Braut seine eigene Tochter seie, so würde sie nichts einwenden, allein die Mlle Beauharnais gienge ihm directement nicht an. Kaiser Napoleon erwiderte hastig, daß, wenn es nur darauf ankomme, so würde er sie zur Prinzessin machen und adoptiren[2]; — doch gabe derselbe am Ende dem Anschein nach der Frau Markgräfin ihrem Begehren nach in Betreff einer Heirath mit der Prinzessin von Bayern, allein er müsse diesen Abend annoch eine bestimmte Antwort der Einwilligung des Kurprinzen darüber haben.

Die Frau Markgräfin sprache nach dieser Unterredung mit ihrem Sohn, dieser willigte im Vortrag seiner Mutter ein, allein einige Stunden später wirft (sic!) er sich dieser zu Füßen und bate sein gegebenes Wort ihm zurückzugeben; — seine Gründe waren, daß er zum Besten seines Hauses und seines Landes sich gegen den Wunsch seiner Mutter erklären und fügen müsse; — die Frau Markgräfin bliebe fest auf ihrem Grundsatz, wie mein Bericht Nr. 41 anführt.

---

[1] Jüngere Tochter des Kurfürsten, später vermählt mit dem Kronprinzen Wilhelm von Württemberg.

[2] Aehnlich wird von anderer Seite berichtet: „Nur dies erreichte sie (die Markgräfin), daß er die Braut an Kindesstatt annehme, um sie ebenbürtig zu machen. Sie hatte ihm nämlich gesagt: «Je suis vieille femme, je tiens aux préjugés; si du moins elle était de Votre sang, de Votre famille!» Darauf entgegnete er: «Eh bien, je l'adopte!» In seinem Gespräch, welches wohl zwei Stunden dauerte, sagte Napoleon auch der Markgräfin: «Vous êtes une femme d'esprit, Vous avez bien marié Vos filles».“ Aus ungedruckten Denkwürdigkeiten.

485. Schall an den Grafen Stadion.

Frankfurt, 30. März 1806.

[Bemühungen um Erhaltung der Abteien St. Peter und St. Blasien. Postverwaltung. Die Erbfolge der Grafen Hochberg.]

Die beiden Aebte von St. Peter und St. Blasien waren vor einigen Tagen in Karlsruhe, um sich für die Erhaltung ihrer Abteien zu verwenden, kehrten aber unverrichteter Dinge wieder zurück mit dem Bescheid, der Kurfürst wisse noch nicht einmal, ob die breisgauischen Stifter ihm zufielen[1].

Der Geh. Rath von Brints hat mit Baden eine Postconvention unterzeichnet, „sie entspricht der mit Bayern unter unbedeutenden Modifikationen"[2].

Haynau, der auf Verwendung der Gräfin Hochberg Reitzenstein nach Paris begleitet, soll insgeheim für die Erbfähigkeit der Grafen von Hochberg wirken, ein vergebliches Bemühen, „weil Bayern wegen seinem Interesse [an] dem Successionsanspruch nach erloschenem Mannesstamm solches allzeit hintertreiben wird".

Wien. St.-Archiv.

---

486. Der badische Agent beim päpstlichen Stuhle, Abbé Bonfiglioli, an Karl Friedrich.

Rom, 16. April 1806.

[Concordat mit Württemberg. Sendung Gengas nach Stuttgart. Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit Baden.]

Dankbezeugungen für seine Ernennung[3].

Peut-être que V. A. S. E. déjà sait que le Roi de Wurtemberg a écrit au Souverain Pontife et que celui-ci l'a déjà reconnu dans sa nouvelle qualité royale, comme le serez-Vous aussi Monseigneur, si Vous voudrez être Roi. C'est par ordre de S. M. que j'ai demandé au Pape de vouloir faire avec Elle un concordat particulier, et Sa Sainteté, en adhérant aux désirs du Roi, envoyera en peu à Stoutgart son nonce, le Cte della Genga[4], qui, si Vous le voudrez, viendra aussi à Carlsrouhe avec les pleins pouvoirs pour faire

---

[1] Vergl. darüber Braun, Memoiren des letzten Abtes von St. Peter, 215 ff.

[2] Die Nachricht ist irrig. Es handelt sich um die Uebertragung der gesammten Postverwaltung als eines Thronlehens an den Fürsten von Thurn und Taxis. Dieselbe erfolgt durch Staatsakte vom 2. Mai 1806; die vorläufige Entschließung des Kurfürsten dazu datirt aber vom 21. März. Diese ist hier jedenfalls gemeint. Akten darüber im Karlsruher Archiv.

[3] Am 7. Februar war der ehemalige bischöflich-speyrische Agent in Rom, Abbé Bernardin Bonfiglioli, auf sein Ansuchen zum badischen Agenten daselbst ernannt worden. Geh. Rathsprotokoll.

[4] Ueber diese Sendung nach Stuttgart vergl. O. Mejer, Die Concordatsverhandlungen Württembergs vom Jahre 1807, S. 4; Derselbe, Zur Geschichte der römisch-deutschen Frage, I, 265 ff. Gengas Ankunft in Stuttgart verzögerte sich bekanntlich in Folge der Regensburger Verhandlungen bis zum September 1807.

un concordat particulier avec V. A. S. E. Il est mon ami, très honnête et franc, comme on doit être. J'attendrai, Monseigneur, Vos ordres à ce propos . . .

487. Schall an den Grafen Stadion.

Frankfurt, 23. April 1806.

[Gerücht von Erwerbung hessischen Gebietes. Die Pariser Vermählungsfeier: Kränkungen und Sorgen. Markgraf Ludwig. Anleiheversuche.]

Das Gerücht von einer Abtretung des Fürstenthums Starkenburg an Baden erhält sich[1], in Darmstadt lebt man in Sorge.

Die Vermählung des Kurprinzen in Paris erfolgte an demselben Tage, wo vor Jahren die Gemahlin des Kurfürsten daselbst gestorben[2]. Man nahm in Paris keine Rücksicht auf Gegenvorstellungen des Kurfürsten. „Dieses schmerzte den alten Herrn und die verschiedenen Gerüchte, daß man den Kurprinzen zur römisch-katholischen Religion bereden oder doch dessen Kinder solche annehmen würden, bekümmern ihn sehr."

Markgraf Ludwig geht nicht nach Paris, da die erwartete Einladung ausgeblieben.

Geheimrath Baumgärtner war vor einigen Tagen in Frankfurt, um eine neue Anleihe zu negociiren. Das Gerücht verbreitet sich, Frankfurt solle badisch werden, die Stimmung ist aber entschieden für Kurhessen.

Wien. St.-Archiv.

488. Schall an den Grafen Stadion.

Frankfurt, 29. Mai 1806.

[Stimmung des Kurfürsten. Abdankung. Rücktritt des Markgrafen Ludwig von der Finanzverwaltung. Neue Anleihe. Das diplomatische Korps.]

Der Kurfürst ist in letzter Zeit sehr niedergeschlagen, man befürchtet einen erneuten Schlaganfall. Es soll ihm von Paris aus nahe gelegt worden sein, daß er abdanke und seinem Enkel die Regierung übergebe[3].

Napoleon hat sein Mißvergnügen über die schlechte Verwaltung und Finanzlage geäußert. Markgraf Ludwig wird zurücktreten und durch Seckendorff ersetzt.

„Ein neues Anlehen von einer Million Fl. ist als nöthig erachtet worden, wozu der Kaufmann Reinhard in Mannheim den Auftrag erhalten, es besteht in Partialobligationen, — zu 5 vom Hundert jährl. Zinsen, — die Hypotheke ist das Fürstenthum Bruchsal, welches nach vorgelegter Rechnung 360000 Fl. jährlich abwirft."

Gemmingen scheint nicht mehr nach Wien zurückzukehren, außer dem Grafen Degenfeld findet sich niemand am Hofe, der sich für die Uebernahme des Wiener Postens eignet. Dalberg bleibt nach neuen Nachrichten in seiner Stellung.

Wien. St.-Archiv.

---

[1] Am 4. Februar hatte Schall gemeldet, es gehe die Sage, daß die Prinzessin Stephanie als Mitgift einen Theil von Hessen-Darmstadt erhalte; der Landgraf solle dafür in Westfalen entschädigt werden.

[2] Am 8. April 1783. S. Kleinschmidt, Karl Friedrich von Baden, 89.

[3] Vergl. hierzu den letzten Abschnitt dieses Bandes.

489. Oehl an Karl Friedrich.

München, 30. Mai 1806.

[Die Concordatsfrage. Dalberg für Erhaltung des alten Diöcesanverbandes. Widerspruch Bayerns und anderer Staaten. Vorstellungen in Rom. Wirkung. Ernennung Feschs zum Coadjutor.]

. . . Während meinem langen hiesigen Aufenthalt fand ich Gelegenheit, die Gesinnungen der verschiedenen betreffenden Personen über die Grundlinien der Concordatenmaterie näher zu erfahren, dem Beobachter im Stillen wird der Zugang oft leichter zur Wahrheit, als dem in Ceremonien und den Namen der Geschäfte gekleideten. Bayern wollte sich seinen eigenen Landesbischof, ebenso Württemberg und andere souveräne Lande, wählen, nennen und einsetzen, hierdurch sollte dann natürlicher Weise der alte Diöcesannexus ganz aufhören, und die neuen Diöcesen nach dem Territorialsprengel eines jeden Souverains künftig bemessen werden.

Der Papst war hiergegen nicht sehr eingenommen, und sein Botschafter Genga sollte bei seiner Sendung nach Regensburg ceteris paribus hierauf eingehen; der Kurfürst Erzkanzler war jedoch anderer Meinung und stellte hiergegen sehr ernsthaft und zu wiederholten malen vor: 1) die Territorialarrondissements seien stetem Wechsel unterworfen, welches jene der Diöcesen nicht sein dörften und 2) auch nach Zeugniß der Geschichte nie gewesen wären, denn so habe, ohnerachtet Metz, Toul und Verdun einst eben auch von Deutschland abgerissen worden, der alte Diöcesan- und sogar 3) Metropolitannexus noch fortbestanden; endlich 4) in Deutschland ebenso wäre der bisherige Besitzstand und das Recht der Diöcesen nach der ersten Einsetzung der Bischöfe immer permanent, das Territorium des weltlichen Besitzers möge gewechselt worden sein, wie und so oft es wolle, verblieben; hiermit wäre 5) sein, des Papstes, eigener Einfluß auf Deutschland und sogar seine Fortexistenz im ganzen so wesentlich verbunden, daß er durch die gewährende Lösung des alten Diöcesannexus sich gar bald selbst auflösen werde 2c.

So wichtig besonders diese letzte Bemerkung in Rom schien und hauptsächlich von den Cardinälen aufgefaßt ward, so sehr arbeiteten die deutschen Höfe, besonders Bayern, hiergegen, und da man sogar den französischen Kaiser mit in das Interesse zog, so begann der Papst schon zu wanken, und in Regensburg machte man Miene, auf den nahenden Fall ein Nationalconcilium der deutschen Bischöfe zusammen zu rufen; einige grobe Schreiben von Bayern an Kurerzkanzler, mehrere Bedrückungen in Lehens- und Territorialangelegenheiten, die Rheinoctroigeschichte mit Prinz Murat, ohnaufhörliche Debatten über die Formirung eines neuen Capitels zu Regensburg, die große Ungewißheit seiner Fortexistenz, und wahrscheinliche Auflösung des Erzkanzlariats nach seinem Tode bestimmten endlich den Kurfürsten, den Papst um die veniam nominandi anzugehen.

Anfangs hielten es die Römer für ein compelle ad formandum capitulum, weil de regula der episcopus seinen Wunsch ad coadjutorium diesem zu eröffnen,

und solches alsdann erst ex gremio entweder zu wählen oder zu postuliren hat, da er aber angeblich wegen seinem Alter von 63 Jahren und vielen Anstrengungen sich kein langes Leben versprechen zu können vorstellte, kam endlich in einer förmlichen Bulle, wie es heißt, von Rom die verlangte Erlaubniß oder vielmehr die Dispensation, der kaiserliche Hof in Wien ward sogleich davon in Kenntniß gesetzt, und auf diese Art ernannte der H. Kurfürst Erzkanzler vor einigen Tagen den bereits von Rom abgegangenen Cardinal Fesch zu seinem Coadjutor, wovon der kurfürstliche Kammerherr Varicourt dem Papste nach Rom die Nachricht ad confirmandum bringt, und dem Reichstage in einer zur Diktatur beförderten Erklärung über allerlei zum Theil sehr reichspatriotische Ursachen Eröffnung geschieht[1] . . .

Die verschiedenen Flugschriften, welche in der Conkordatenmaterie schon seit einiger Zeit im Publikum circulieren, werden der Aufmerksamkeit Ew. Kf. D. besonders durch die Berichte Höchstdero H. Reichstagsgesandten, da die meisten in Regensburg erschienen oder doch circulirten, gewiß nicht entgangen sein[2]; der Knoten scheint nun zum Vortheile des neuen Metropoliten mehr zerhauen als gelöst zu werden, der günstige Zeitpunkt ist verloren, und die Folgen bleiben ungewiß, wenigstens aus dem Calcul der Landesherren, oder doch nur mit Mühe wieder von Paris aus dahin zu leiten, wo man im Grunde der Hierarchie gar nicht abgeneigt ist, weil man, sobald sie von dort aus geleitet wird, sich ihrer gar sehr füglich zu allen Zwecken bedienen kann . . .

---

490. Schall an den Grafen Stadion.

Frankfurt, 31. Mai 1806.

[Mediatisirungspläne.]

Mediatisirungsgerüchte.

«Ganz zuverlässig ist es, daß Napoleon bei seiner Rückkehr nach Paris der Frau Markgräfin von Baden gesagt: tous les petits princes en Allemagne doivent perdre leur souveraineté, mais pas leur bien, il n'y aura à l'avenir tout au plus que douze princes qui resteront souverains en Allemagne.»

Wien. St.-Archiv.

---

[1] Vergl. die Erklärung Albinis vom 27. Mai bei v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg, II, 50.

[2] Eine Zusammenstellung dieser Literatur bei O. Mejer, Zur Geschichte der römisch-deutschen Frage, I, 221.

491. Graf Stadion an Schall.

Wien, 25. Juni 1806.

[Ernennung des Cardinals Fesch zum Coadjutor des Kurerzkanzlers. Befremden des Wiener Hofes über diesen Schritt. Sondirung der Stimmung in Karlsruhe.]

Die Annahme des Cardinals Fesch zum Coadjutor[1] hat begreiflicherweise überall Aufsehen erregt, man verlangt zu wissen, wie der Wiener Hof, dessen Zustimmung der Kurfürst Erzkanzler als sicher voraussetze, darüber denke. Stadion theilt Schall daher das kaiserliche Schreiben an den Kurfürsten Erzkanzler vom 18. Juni d. J.[2] mit und ersucht ihn, davon vertraulich „mündlichen Gebrauch zu machen und dabei die Gesinnungen des Ministeriums zu erforschen zu suchen".

Wien. St.-Archiv.

492. Schall an den Grafen Stadion.

Frankfurt, 29. Juni 1806.

[Bedenklicher Gesundheitszustand des Kurfürsten.]

Bedenkliche Nachrichten aus Karlsruhe: „es scheint, daß sich die Laufbahn eines mit dem besten, gutmüthigsten Herzen begabten deutschen Fürsten bald zum Ende neigen wird".

Schon am 21. d. M. stellt sich beim Kurfürsten große Schwäche ein, am 23ten befällt ihn beim Spazierritt Uebelkeit, das Ausreiten unterbleibt seitdem. Die Füße schwellen an; asthmatischen Anfällen vorzubeugen, hat man einen Schlafstuhl hergerichtet. Man befürchtet Brustwassersucht.

Wien. St.-Archiv.

493. Schall an den Grafen Stadion.

Frankfurt, 8. Juli 1806.

[Rückkehr des Kurprinzen von Paris. Seckendorff Finanzminister. Sein Programm.]

Der Kurprinz ist mit seiner Gemahlin in Karlsruhe eingetroffen; seine Mutter war beim Empfang nicht zugegen, sondern noch mit der Pflege ihrer Tochter, der Erbprinzessin von Darmstadt, beschäftigt. Man lobt den „vortrefflichen guten Charakter" der Kurprinzessin.

Der neue Finanzminister von Seckendorff hat bei der Durchreise durch Frankfurt eine Unterredung mit Schall. Sein Finanzplan sei gemacht, die großen Unterschleife

---

[1] Auf Grund eines Abkommens am 6. Mai mit Frankreich theilte der Kurerzkanzler am 27. Mai dem Reichstage mit, daß er sich den Cardinal Fesch als Coadjutor vom Papste erbeten habe. v. Beaulieu-Marconnay, Karl von Dalberg, II, 50.

[2] Der Kaiser äußert darin sein Erstaunen, daß der Kurfürst Erzkanzler „mit willkürlicher Voraussetzung meines reichsoberhauptlichen Beifalls" auf dem Wege der Diktatur dem Reiche bereits von dem Schritte Kenntniß gegeben. Der Kurfürst kenne die Verfassung zu genau, als daß es nöthig wäre, ihm in das Gedächtniß zurückzurufen, „was wegen Handhabung der althergebrachten Statuten der deutschen Erz- und Hochstifter der westfälische Frieden festgesetzt", desgleichen, was der Deputationsschluß bestätigt habe und die Wahlkapitulation dem Reichsoberhaupte zur Pflicht mache. v. Beaulieu-Marconnay, II, 54 ff.

müssen von Grund aus beseitigt werden. Freilich werde er einen schweren Stand haben, denn Markgraf Ludwig und Geheimrath Baumgärtner würden stets seine Gegner sein. Zudem falle die Oberaufsicht in Paris lästig, man werde dort sofort eine Besserung sehen wollen, die doch nur allmählich eintreten könne. Mit der Uebernahme der Stelle und Niederlegung des Gesandtschaftspostens und seiner Stellung als Ritterhauptmann habe er dem „alten Herrn" zu Liebe ein Opfer gebracht.

Ob er seinen Finanzplan in Paris vorlegen werde, hänge von den Umständen ab.

Wien. St.-Archiv.

---

494. Schall an den Grafen Stadion.

Frankfurt, 14. Juli 1806.

[Feschs Ernennung zum Coadjutor. Beurtheilung derselben in Karlsruhe. Lage der Katholiken.]

Die Ernennung des Cardinals Fesch zum Coadjutor hat in Karlsruhe, obgleich man öffentlich sich nicht getraue, etwas merken zu lassen, deshalb sehr mißfallen, weil man befürchtet, die Katholiken würden an ihm eine kräftige Stütze erhalten und in Folge des Concordats die Dotirung der Bischöfe durch die Landesherren erfolgen.

„Unter dem Vorwand einer großen Toleranz hat niemand größere Absichten, die römisch-katholische Religion zu verdrängen und den Einfluß der katholischen Partei zu verringern, als das kurbadische Geheimerathskollegium und Ministerium."

Wien. St.-Archiv.

4. Beziehungen zu Bayern. Januar 1805—Juni 1806.

495. Der kurbayrische Gesandte von Reibeld an Edelsheim.

Mannheim, 31. Januar 1805.

[Bayern billigt die Ernennung des Grafen Degenfeld.]

L'Electeur, mon maître, vient de me donner connaissance de la nomination de Mr le Cte de Degenfeld comme ministre accrédité de S. A. S. Msgr. l'Electeur de Bade près de sa personne[1]. Il m'ordonne de mander à V. Exc. qu'il avait vu avec plaisir que la cour de Bade avait prévenu les insinuations que j'avais été chargé de faire au sujet de la nomination du Bon de Seckendorff[2]; que Mr le Cte de Degenfeld serait traité avec tous les égards qu'il accorderait constamment à toutes les personnes qui lui viendraient de Sa part.

496. Graf Degenfeld an Edelsheim.

München, 22. Juli 1805.

[Mission Nowosilzows. Gerücht von einem geheimen Abkommen zwischen Bayern und Frankreich.]

Mittheilungen über die Mission Nowosilzows nach Berlin[3]. Die Note, die er bei seiner Abreise Hardenberg überreicht, erregt in München großes Aufsehen.

|: La position de la Bavière deviendrait critique, si, à ce que plusieurs personnes supposent, il est vrai que le gouvernement d'ici a pris des engagements particuliers avec la France en cas d'une rupture avec l'Autriche.

---

[1] Edelsheim hatte zuvor in München angefragt, ob die Ernennung des Grafen Hans Philipp Christoph von Degenfeld-Schomburg, den man schon früher für diesen Gesandtschaftsposten ins Auge gefaßt (oben Nr. 202), genehm sei; auf die Zustimmung des dortigen Hofes erfolgt die Ernennung am 18. Februar 1805. Degenfelds Uebersiedelung nach München verzögert sich indes; erst am 30. Mai überreicht er sein Beglaubigungsschreiben dem Kurfürsten Max Joseph.

[2] Man hatte ursprünglich daran gedacht, den Comitialgesandten von Seckendorff auch in München zu beglaubigen. Oben S. 181.

[3] Vergl. Ulmann, Russisch-preußische Politik, 176 ff.

Jusqu'à présent je n'ai aucune donnée sûre qui vienne à l'appui de cette supposition, mais je tâcherai, autant qu'il dépendra de moi, de prendre des renseignements exacts à ce sujet. :|

---

497. Graf Degenfeld an Edelsheim.

München, 1. September 1805.

[Mission Normanns nach München und ihr Ergebniß. Ankunft Bertrands.]

Mittheilungen über die Bemühungen des französischen Gesandten in der Schweiz, Generals Vial, um eine Vereinigung der Republik mit Frankreich.

Staatsminister von Normann ist wieder nach Stuttgart zurückgekehrt[1].

. . . Il a eu . . . l'ordre de sa cour de prendre des informations exactes par rapport aux mesures qu'adoptera la Bavière, en cas que la guerre vînt à éclater. Il n'a eu cependant à cet égard que des réponses évasives et selon toute apparence on doit supposer que le gouvernement d'ici n'a pas encore adopté un plan fixe et que le parti qu'il prendra sera déterminé par les circonstances. On a lieu de croire qu'il fonde son espoir sur le maintien d'une neutralité armée que l'intervention de la Prusse saurait garantir.

General Bertrand ist heute in der Frühe von Paris eingetroffen; der französische Gesandte Otto hatte eine Stunde später eine Unterredung mit Montgelas und wird darauf mit Bertrand vom Kurfürsten in Nymphenburg empfangen. «Le but de sa mission est encore un secret; on suppose cependant qu'elle a rapport au parti à prendre par la Bavière, en cas que la guerre se déclare[2].»

---

498. Edelsheim an den Grafen Degenfeld.

Karlsruhe, 10. September 1805.

[Weisung, in München zu verbleiben. Beobachtung der Lage und Sondirung betr. der definitiven Stellungnahme Bayerns.]

|: Les renseignements que contient le chiffre de Votre dépêche du 3 de ce mois[3], confirment l'importance dont il est dans ce moment pour les intérêts de notre cour que Vous demeuriez en place[4] pour observer et surveiller les nuances dont pourra être susceptible le parti que prendra

---

[1] Ueber Normanns Sendung vergl. oben S. 285.

[2] Ueber Bertrands Mission vergl. Correspondance de Napoléon I, Bd. XI, 136 ff. (Nr. 9133—34); Montgelas, Denkwürdigkeiten, 103.

[3] Der betr. Bericht enthält Mittheilungen über die Mission Bertrands, wonach der Kurfürst noch die Hoffnung hege, seine Neutralität behaupten zu können.

[4] Degenfeld beabsichtigte, wegen seiner Vermählung mit Freiin Josephine von Venningen einen kurzen Urlaub anzutreten.

définitivement l'Electeur de Bavière. Il n'y a pas de doute que l'Empereur des Français compte sur son adhésion à son parti, tout comme on se flatte peut-être ailleurs que l'Electeur ferait cause commune avec la coalition, dès qu'il se trouverait à l'abri de l'appréhension de voir arriver les troupes françaises chez lui avant les Autrichiens.

Il semble cependant inexplicable, comment dans l'incertitude d'une chance si entièrement opposée, il voudrait risquer de laisser le Prince électoral en France ou même à Paris, pendant qu'une nécessité impérieuse le forcerait peut-être à se prononcer définitivement pour l'un et l'autre parti . . .

Vous Vous appliquerez donc à pénétrer le plutôt possible les véritables modifications du système secret que l'Electeur voudra suivre dans cette circonstance importante. L'Electeur, notre maître, est d'autant plus intéressé à être informé de ce qui en est promptement, que de ce résultat pourra dépendre le parti auquel il devra se dévouer de gré ou de force selon le concours des circonstances impérieuses qui nous maîtrisent toujours. :|

Concept.

499. Graf Degenfeld an Edelsheim.

München, 10. September 1805[1].

[Abreise des Hofes nach Würzburg. Abberufung Degenfelds.]

Nachdem am 8. September der Kurfürst mit seiner Gemahlin nach Würzburg abgereist, hat am folgenden Tage die Garnison München verlassen. Die bayrischen Truppen sammeln sich an der Donau und haben gemessene Ordre, sich neutral zu verhalten und nur zu fechten, wenn die Oesterreicher sie angriffen. Montgelas und Otto haben sich gleichfalls nach Würzburg begeben; der erstere hat Degenfeld von seiner Abreise benachrichtigt und mitgetheilt, daß Baron Hertling ihn während seiner Abwesenheit vertreten werde[2].

500. Graf Degenfeld an Edelsheim.

München, 17. September 1805.

[Oesterreichs Drohungen gegen Bayern. Neutralität der Reichsstände unzuläßig.]

Degenfeld theilt mit, daß Graf Buol, falls der Kurfürst abermals die dringende Einladung zu einer Allianz mit Oesterreich ablehne, angewiesen sei, den General Mack davon zu benachrichtigen und letzterer ermächtigt werde, Bayern als Feindesland zu behandeln.

[1] Die vorausgehenden Depeschen enthalten Nachrichten über die Sendung des Fürsten Schwarzenberg nach München. Montgelas, Denkwürdigkeiten, 101 ff.

[2] Da am 11. September auch der preußische Gesandte v. Schladen nach Würzburg abreist, frägt Degenfeld am 13. September in Karlsruhe an, ob er diesem Beispiel folgen oder in München verbleiben solle. Edelsheim ersucht ihn darauf am 19. September, er möge einstweilen nach Karlsruhe zurückkehren.

. . . Je dois en même temps prier V. Exc. de porter à la connaissance de S. A. S. E. que le Cte de Buol m'a confidentiellement communiqué la détermination décidée de sa cour de ne point accorder de neutralité aux princes souverains de l'Empire et de faire valoir cette résolution, à mesure que l'armée autrichienne avancerait en Empire et qu'elle serait à même de mettre en exécution les intentions de l'Empereur. Cette nouvelle est sans doute alarmante pour l'Empire Germanique. :|

501. Graf Degenfeld an Edelsheim.

München, 22. October 1805.

[Abreise von München bisher unmöglich. Ankunft Napoleons und des Kurfürsten.]

In Folge der Uebergabe von Ulm ist der Verkehr zwischen München und Karlsruhe wieder frei geworden.

. . . Conformément aux intentions de S. A. S. E. je fus sur le point de quitter Munich il y a déjà trois semaines et de me rendre à Carlsrouhe, lorsque tout-à-coup les armées prirent une position qui ne me permit pas d'entreprendre ce voyage, d'autant plus que plusieurs personnes de ma connaissance, espérant de pouvoir traverser les armées respectives, furent obligées rebrousser chemin et de revenir à Munich. Ce n'est que depuis quelques jours que le passage est libre, et je n'aurais pas manqué de me mettre tout de suite en route, si je ne croyais pas qu'il fût peu convenable de choisir le moment de l'arrivée de l'Empereur Napoléon et de Msgr. l'Electeur de Bavière pour celui de mon départ. S. M. I. est attendue ici depuis huit jours; avant-hier au soir Son adjudant, le général Caffarelli, est arrivé ici pour l'annoncer pour demain et toute la ville est en activité pour La recevoir.

Les ministres de l'Electeur Archichancelier et de Wurtemberg étant les seuls du corps diplomatique qui se trouvent encore ici, je me suis arrangé avec eux pour faire notre cour à l'Empereur. Msgr. l'Electeur doit arriver incessamment . . .[1]

502. Graf Degenfeld an Edelsheim.

München, 26. December 1805.

[Rückkehr nach München. Ankunft Durocs und Zweck seiner Mission. Das Schicksal von Hohenzollern und Fürstenberg.]

Degenfeld ist am 22. d. M. wieder nach München zurückgekehrt[2] und am 25. vom Kurfürsten in Audienz empfangen worden: von Seiten Preußens, versichert der letztere,

[1] Mit Schreiben vom 29. October theilt Edelsheim mit, der Kurfürst billige Degenfelds Entschluß, und benachrichtigt den Grafen zugleich vom Abschluß des Bündnisses mit Frankreich. Concept.

[2] Er hatte anläßlich seiner Vermählung einen längeren Urlaub in Karlsruhe zugebracht.

drohe keine Gefahr mehr, Graf Haugwitz sei befriedigt aus dem Hauptquartier abgereist. Am 24. December ist Marschall Duroc in München eingetroffen.

|: L'objet auquel la mission du général Duroc est relatif est la Princesse Auguste. Il vient la demander formellement pour le Prince Eugène Beauharnais, et les indemnités que l'Empereur Napoléon destine à la Bavière dépendront en grande partie de la décision de l'Electeur. On m'assure que cette proposition rendait l'Electeur malade de chagrin.[1] Le sort de la Princesse Auguste sera apparemment décidé aujourd'hui . . .

Le Prince de Hohenzollern est ici; il espérait depuis plusieurs jours pouvoir parler à l'Impératrice qui lui avait promis une lettre pour l'Empereur en faveur de la conservation de son immédiateté. Elle la lui a refusée hier. On infère naturellement par là que son pays fera partie du royaume de Wurtemberg. Le pays de Fürstenberg subira à ce qu'on prétend le même sort. :|

---

503. Graf Degenfeld an Edelsheim.

München, 10. Januar 1806.

[Audienz bei Napoleon. Befremden über Reitzensteins Ausbleiben. Der Zeitpunkt für Baden günstig. Berg. Aeußerung Murats.]

Da Reitzenstein, wie Groos bei seiner Ankunft in München mittheilt, direkt nach Karlsruhe weiterreist, hat Degenfeld das Glückwunschschreiben des Kurfürsten dem Kaiser am 8. d. M. in Audienz überreicht.

. . . Je ne dois pas cacher à V. Exc. que l'absence de S. Exc. Mr de Reitzenstein[2] fait ici une mauvaise impression. L'Empereur m'a demandé, pourquoi ce ministre n'était point venu ici, et Mr Talleyrand m'a fait la même question à différentes reprises; je ne pouvais faire d'autre réponse que Mr de Reitzenstein, ayant appris que l'Empereur ne resterait ici que deux jours, il avait espéré pouvoir faire sa cour à Sa Majesté ou à Stoutgart ou à Carlsrouhe, que je lui avais expédié un courrier et que je ne doutais pas qu'il viendrait encore ici.

D'après les observations que je suis à même de faire, il me semble que le moment aurait été très favorable pour continuer les négociations en faveur de notre S^me maître. Le duché de Berg est vacant, et on prétend que jusqu'à présent l'Empereur ne l'a destiné encore à personne. Si j'étais muni de pleins pouvoirs et si je connaissais les vues du cabinet de mon S^me maître, je n'aurais pas manqué d'entrer à ce sujet en pourparler avec Mr de Talleyrand, mais ignorant absolument à quels termes en est Mr de Reitzenstein, et n'étant point autorisé à renouer le fil de ses négocia-

---

[1] Vergl. Du Casse, Mémoires du Prince Eugène Beauharnais, II, 14 ff.; Melzi d'Erile, Riccordo di Monaco: Eugenio Beauharnais e Augusta di Baviera, 22 ff.

[2] Vergl. hierzu die Aktenstücke des folgenden Abschnitts.

tions, je ne puis faire autre chose que désirer pour les intérêts de S. A. S. E. le prompt retour de ce ministre . . .

Je ne veux pas manquer de faire part à V. Exc. d'une conversation que j'ai eue avec le Prince Murat. Il m'a dit: «Mr de Reitzenstein est arrivé trois semaines trop tard à Vienne, l'Empereur est très bien disposé envers Votre maître, mais il veut être rappelé, même à ce qu'il a promis.» . . .

Mr de Montgelas m'a enfin donné communication officielle de l'élévation de Msgr. l'Electeur à la dignité royale. J'ai l'honneur d'envoyer ci-joint la copie de ce mémoire[1] . . .

504. König Max Joseph von Bayern an den Kurfürsten Karl Friedrich.

München, 14. Januar 1806.

[Prinz Karl Theodor Coadjutor des Johannitergroßpriorats. Anspruch auf Theile des Breisgaus.]

Der Großprior und das Großpriorat des Johanniterordens deutscher Zunge hat Uns durch eigens an Unser Hoflager abgeschickte Deputirte den Wunsch zu erkennen gegeben, Unserem zweiten Sohne Karl Theodor die Coadjutorie dieser Zunge zu übertragen[2].

Wir haben diesen Beweis von Anhänglichkeit an Unser Königliches Haus mit Gutheißen Sr Majestät des Kaisers der Franzosen, Königs von Italien, angenommen und ersuchen daher Euere Durchlaucht, die dem gedachten Großpriorat durch den jüngsten Reichsdeputationsschluß in Dero Staaten angewiesenen Besitzungen unter der landesfürstlichen Hoheit ungestört zu belassen, wozu, wie wir nicht zweifeln, Euere Durchlaucht um so mehr geneigt sein werden, als die darauf haftenden Lasten auf keine andere Art getilgt werden können[3] . . .

505. Edelsheim an den Grafen Degenfeld.

Karlsruhe, 18. Januar 1806.

[Antheilnahme des badischen Hofes an der Annahme der Königswürde durch den Kurfürsten von Bayern. Bevorstehender Besuch Napoleons. Verwendung für den Nachlaß der breisgauischen Contribution.]

Dankt für die interessanten Mittheilungen vom 10. d. M.

. . . Quant à la note circulaire du 1er de l'an par laquelle S. Exc. Mr le ministre de Montgelas a notifié au corps diplomatique à la cour de

[1] Liegt bei den Akten; datirt 1. Januar 1806.

[2] S. Berghaus, Deutschland vor 50 Jahren, II, 51.

[3] Ueber diese von bayrischer Seite unterstützten Ansprüche des Johanniterordens auf Heitersheim und die im Reichsdeputationshauptschluß zugesicherten Entschädigungsgebiete vergl. im Folgenden stets die darauf bezüglichen Ausführungen im Anhang 1 oben S. 445 ff.

Munich l'acceptation du titre royal, Vous n'aurez sans doute pas manqué de témoigner préalablement, ainsi que Vous y avez déjà été autorisé, le vif intérêt que S. A. S. E. prend à tout ce qui peut concerner la prospérite et la gloire de la maison de Bavière et combien Elle s'empressera constamment à cultiver comme par le passé aussi sous les nouvelles formes diplomatiques les rapports inappréciables qui l'unissent si étroitement à L. L. M. M. le Roi et la Reine de Bavière . . .

Ein neues Beglaubigungsschreiben wird folgen.

. . . L. L. M. M. I. I. devant être arrivé hier au soir à Stoutgart, il est à présumer que Msgr. le Prince électoral qui est allé à leur rencontre jusqu'à Augsbourg pour les inviter à fixer une couchée ici reviendra aujourd'hui et nous apprendra le jour de leur arrivée à Carlsrouhe.

Je n'ai pas encore eu l'occasion de voir Messieurs d'Andlaw et de Neveu, mais je sais qu'ils ont dans ce moment une audience de Msgr. l'Electeur et S. A. E. fera certainement tout ce qui Lui sera possible pour obtenir la remission du reste de la forte contribution du Brisgau[1] . . .

Concept.

---

506. Graf Degenfeld an Edelsheim.

München, 25. Januar 1806.

[Mittheilungen Ottos über die geplante Münchener Commission. Die Verwaltung der Posten verbleibt dem Hause Thurn und Taxis. Provisorische Besetzung der streitigen Gebietstheile durch französische Truppen. Stimmung in Stuttgart.]

. . . Le ministre de France, Mr Otto, vient de me quitter et m'a fait l'ouverture suivante:

Que S. M. l'Empereur des Français, ayant observé à regret les dissentions fréquentes qui subsistaient entre ses alliés, trouvait nécessaire que les frontières des pays nouvellement acquis en Souabe et en Franconie fussent tracées d'une manière plus déterminée, qu'à cet effet on avait déjà fait la proposition aux trois cours alliées de nommer une commission à Munich, composée de plénipotentiaires de la France, de la Bavière, de Wurtemberg et de Bade, et qu'elle pourrait commencer ses travaux, dès que les ministres respectifs eussent obtenu leurs pleins pouvoirs et instructions à cet égard[2]. . .

L'idée est de finir tout ce qu'il y a de vague et indéterminé entre les trois souverains et d'empêcher toute espèce de dissentions pour le futur, en assurant les limites et les droits de chacun des souverains mentionnés et leurs rapports envers les petits états d'Empire enclavés de leur territoire . . .

---

[1] Vergl. oben S. 449.

[2] Vergl. den folgenden Abschnitt.

On agitera entre autres aussi devant cette commission l'affaire des postes et à en juger de quelques mots que Mr Otto a laissé tomber en ma présence, il paraît que Mr de Vrints, ministre du Prince de Tour et Taxis et qui se trouve actuellement ici, a réussi en partie dans sa négociation.

Il paraît clair que la France désire que l'administration des postes en Bavière, Wurtemberg et Bade reste avec de certaines modifications au Prince de Tour et Taxis.

Mr Otto m'a dit aussi que l'Empereur avait ordonné que ses troupes occupent, en attendant jusqu'à ce que tout soit définitivement réglé, le territoire sur la possession duquel il s'est élevé des contestations . . .

Otto frägt weiter, ob Degenfeld bereits Instruktionen erhalten habe, und wünscht, daß die Commission alsbald zusammentrete.

. . . La cour d'ici est très portée pour cette commission. A Stoutgart, à ce que j'apprends, on a fait quelque difficulté à traiter ici des affaires de cette importance sous la présidence de Mr Otto, mais on s'est conformé cependant au désir qu'a témoigné l'Empereur de voir terminer ici les différents qui existent, sauf la ratification . . .

---

507. Erklärung Edelsheims.

„Mündliche Aeußerung des Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten an den kgl. bayerischen Herrn Gesandten Freih. von Reibeld."

Karlsruhe, 31. Januar 1806.

[Zurückweisung der Ansprüche Bayerns auf Heitersheim und die breisgauischen Klöster.]

Der Kurfürst hat ursprünglich beabsichtigt, das ihm durch Reibeld in besonderer Audienz überreichte kgl. Schreiben vom 14. Januar selbst zu beantworten, „Empfindungen aber, die bei genauer Erwägung der vorwaltenden Umstände . . . nicht mißkannt werden können", haben ihn bewogen, statt dessen dem bayrischen Gesandten seine unumwundene Gesinnung mittelst folgender Bemerkungen mündlich eröffnen zu lassen.

In Ihren Traktaten mit der Krone Frankreich sei Ihnen nicht nur überhaupt das Breisgau mit seinen Dependenzen, welches hauptsächlich die Klöster sind, garantirt worden, sondern Sie hätten auch ausdrücklich das Fürstenthum Heitersheim, soweit dessen Besitzungen im Breisgau liegen, auf die bestimmteste Art zugesichert erhalten. Der Herr Gesandte werden selbst ermessen, daß ohne diese Zusicherung Sie weit entfernt gewesen wären, den Titel eines Fürsten von Heitersheim anzunehmen, daß Sie auch ebensowenig gesonnen sein könnten, von der bereits befohlenen Besitznahme dieses unbedeutenden Ländchens sowohl als der gesammten Klöster wieder abzustehen. Zu des französischen Kaisers Majestät hegten Sie das feste Vertrauen, daß Allerhöchstderselbe nie die Intentionen haben könne, ein und die nämliche Sache an zwei verschiedene Alliirte zu überweisen, und wahrscheinlich sei es ganz außer der Kenntniß Sr K. Majestät geblieben,

daß es die Absicht sein solle, das dem zweiten kgl. bayerischen Prinzen zugedachte Großpriorat der bayerischen Zunge auf die breisgauischen Ordensbesitzungen auszudehnen. Sowohl der Preßburger Friede als die weiteren, bereits schon abgeschlossenen, theils vorbereiteten Traktate geben überall die weise und großmüthige Absicht Sr K. Majestät zu erkennen, durch Bezeichnung fester Grenzen zwischen den drei alliirten Höfen alle Irrungen im südlichen Deutschland zu entfernen; es würde also sogar einem Hauptgrundsatz des Kaisers widersprechen, wenn mitten in Sr Kf. Durchlaucht Staaten, wenngleich unter Ihrer Landeshoheit, ein dritter Besitzer etablirt würde. Des Königs von Bayern Majestät würde es ebenso sehr befremden, wenn man Ihnen eine ähnliche Zumuthung machen wollte . . .

Heitersheim sei an sich ein uraltes badensches Stammgut; es sei ganz gegen dessen Hausgesetze von Ihren Vorfahren dem Orden überlassen worden. Sie würden also als souveräner Landesherr des Breisgaus es ohnehin wieder an sich gezogen haben, wenn Sie auch nicht die Vorsicht gebraucht hätten, es besonders zu begehren.

Sr Kgl. Hoheit dem Prinzen Karl wünschten Sie herzlich alles Gute; das Einzige also, was Ihnen bei jenem Ansinnen ungemein schmerzlich falle, sei dieses: daß die Zartheit des Gefühls, die Sie bei Sr Kgl. Majestät jederzeit voraussetzen zu können glaubten, Allerhöchst Sie nicht von selbst auf die Bemerkung gebracht habe, wie auffallend es sei, wenn Bayern mehrere Vortheile auf Kosten desjenigen Hauses suchen wollte, welches durch ein persönliches Opfer, dessen Größe das Vaterherz des Königs selbst am besten würdigen könne, zu dem dermaligen Glanz und Vergrößerung Bayerns wesentlich beigetragen habe. Se Kf. D. hofften, daß des Königs Majestät unterdessen selbst einen Theil dieser Bemerkungen gemacht haben und dadurch, daß Allerhöchstdieselben das ganze Ansinnen als nicht geschehen zu betrachten geneigt sein würden, den unangenehmen Eindruck gerne würden mildern wollen, den es nothwendig bei Sr Kf. D. hinterlassen müsse.

508. Edelsheim an den Grafen Degenfeld.

München, 1. Februar 1806.

[Hofer und Maler nach München. Reitzensteins Sendung nach Paris. Reibelds Note wegen Heitersheim.]

Die Geh. Referendäre Hofer und Maler, die mit den einschlägigen Fragen am besten vertraut, werden nach München entsandt, um an den Commissionsverhandlungen theilzunehmen. Auch Reibeld und Reitzenstein dringen auf schleunige Abreise.

Indépendamment de [la] négociation concernant le mariage du Prince électoral dont Mr le ministre de Reitzenstein est chargé, il s'occupera aussi spécialement des résultats de la commission mentionnée et de tout ce qui sera utile et nécessaire de représenter immédiatement à cet égard au cabinet des Tuileries.

Le B[on] de Reibeld a présenté dimanche passé à l'Electeur dans une audience particulière 1° la lettre de notification relativement à la dignité royale, 2° de nouvelles lettres de créance, 3° la notification du mariage de la Princesse Auguste, 4° enfin un office touchant la prétendue coadjutorie de Heitersheim dont je joins ici . . . une copie avec la réponse soi-disant verbale que j'ai été chargé d'y faire[1] . . .

Concept.

509. Graf Degenfeld an Edelsheim.

München, 4. Februar 1806.

[Bayrische Ansprüche auf Heitersheim. Protest gegen die Annahme des Titels eines Fürsten von Heitersheim durch Baden.]

. . . Ce ministre[2] m'a parlé du nouveau titre que S. A. S. E. a adopté et m'a dit qu'il était obligé de protester officiellement contre le titre de Prince de Heitersheim, puisque le grand-priorat d'Allemagne était destiné au Prince Charles de Bavière. J'ai observé que Msgr. l'Electeur avait le droit d'adopter ce titre, puisqu'il exerçait la supériorité territoriale sur Heitersheim, qui était une dépendance du Brisgau, dont le possesseur précédent avait joui à l'égard de la principauté mentionnée.

Le B[on] de Montgelas me répliqua que la voix au collège de princes qu'avait l'ordre de S[t]-Jean à la Diète reposait sur Heitersheim, que le grand-prieur avait eu la faculté de voter à la Diète par son propre droit et que c'était surtout sous ce rapport que S. M. le Roi de Bavière se trouvait intéressé et devait protester contre l'acceptation du titre de Prince de Heitersheim qui pourrait déroger aux prérogatives de sa maison. J'ai répondu que j'en informerais ma cour et que j'étais persuadé que, sans que S. A. S. E. renonçât au titre mentionné, il serait facile d'assurer et de garantir les droits que la Bavière pourrait avoir à cet égard . . .

510. Edelsheim an den Grafen Degenfeld.

Karlsruhe, 8. Februar 1806.

[Degenfelds Auffassung der Heitersheimer Angelegenheit irrig. Verhaltungsvorschriften.]

. . . L'état de la question touchant Heitersheim diffère fort essentiellement du point de vue sous lequel Vous aviez cru pouvoir l'envisager. Pour ne rien hazarder dans les discussions ultérieures qui pourront avoir lieu, il sera indispensable que Vous Vous borniez, Monsieur, à ne prendre

---

[1] Oben Nr. 504 und 507.

[2] Montgelas.

qu'ad referendum tout ce qu'on pourra Vous communiquer sur cet objet, afin de demander des instructions précises sur une affaire dont Vous pouvez assurer avec vérité n'être pas suffisamment informé pour Vous croire autorisé à aucune réponse officielle à cet égard. Mr le Bon de Reibeld en a fait de même, lorsque je me suis acquitté de l'ouverture verbale dont je Vous ai communiqué dernièrement la copie pour Votre information particulière . . .

Concept.

---

511. Note des bayrischen Gesandten von Reibeld.

Karlsruhe, o. D. (Anfang März)[1].

[Frh. von Pfirdt in Karlsruhe. Unterstützung der Ansprüche des Johanniterordens auf Heitersheim und die breisgauischen Klöster. Bitte um entsprechende Weisungen an die badische Occupationscommission.]

Sr des Königs von Bayern Majestät muß nach dem mit dem Großpriorat des Johanniterordens deutscher Zunge . . . abgeschlossenen Vertrag[2] daran gelegen sein, daß dessen Rechte in Schwaben aufrecht erhalten werden. Allerhöchstdieselben haben sohin Unterzeichnetem . . . befohlen, alle Schritte, welche gedachtes Großpriorat an dem kurbadischen Hofe, um zu dessen Besitzungen zu gelangen, machen wird, auf das kräftigste zu unterstützen.

Dieser, durch des hier anwesenden Ordensministers Frh. von Pfirdt Exc. von jenem willkürlichen Verfahren der kurbadenschen Organisationscommission, wovon die Auflösung der deutschen Zunge dieses Ordens eine nothwendige Folge sein müßte, belehrt und von des kurbadenschen Herrn Staatsministers . . . Frh. von Edelsheim Exc. anheute von der dem Frh. von Pfirdt überreichten Verwahrungsnote[3] unterrichtet, will der Kürze halber sich auf derselben ganzen Inhalt beziehen und die Aufmerksamkeit Sr Exc. nur noch auf den Umstand ganz besonders aufrufen, daß der Uebertrag der Coadjutorie jünger als der Preßburger Frieden ist, daß des Maltheserordens und dessen deutscher Zunge in dem Friedensinstrument nicht erwähnt ist, daß also dessen durch den Reichsfriedensschluß von 1803 garantirte konstitutionelle Existenz und die demselben dort zugesicherte Entschädigung als stillschweigend bestätigt betrachtet werden muß, daß das durchlauchtigste Kurhaus Baden das Breisgau und die Ortenau mit den Rechten und Prärogationen nur in der Art erhalten hat, wie Se Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich oder die Prinzen seines Hauses solches besessen hatten, und nicht anderst, daß jede andere Convention im Widerspruch mit diesem den hohen Alliirten Sr Maj. des Kaisers der Franzosen gemeinschaftlichen Friedenstraktat vorzüglich

---

[1] Zur Datirung vergl. Edelsheims Depesche an Reitzenstein vom 25. März 1806 in dem Abschnitte über Reitzensteins Sendung nach Paris.

[2] Vom 28. Januar. Vergl. oben S. 446.

[3] Fehlt.

in Rücksicht der Maltheser deutschen Zunge um da (sic!) weniger zu vermuthen ist, als das ganze Geschäft der Coadjutorie in Anwesenheit Sr Maj. des Kaisers der Franzosen zu München unterhandelt und mit Allerhöchstdessen genehmigendem Vorwissen geschlossen worden ist. Unterzeichneter zweifelt nun nicht, daß in Erwägung alles dessen Se Kurf. Durchl. von Baden nicht zugeben werden, daß die Organisationscommission fürohin noch die Höchstdenselben durch den Preßburger Frieden gewordene größere Macht zum Nachtheil und zur Verkleinerung eines Ihrer Reichsmitstände gebrauchen, sondern derselben gebieten, sie solle diesen nicht nur seine in dem Reichshauptschluß von 1803 bestätigten älteren, mit den kurbadischen Souveränitätsrechten ganz vereinbarlichen Realitäten in dem Breisgau ruhig fortgenießen lassen und ihn in der Besitzergreifung der ihm dort zugewiesenen Entschädigungsobjekte nicht hindern.

Auch soll zur Beseitigung jedes Nachtheils an den Rechten und Ansprüchen des Herrn Coadjutors Königl. Hoheit und zur Wahrung jener besondern des Großpriorats auf Heitersheim, so wie solche immer bestanden haben und ausgeübt worden sind, im Namen seines allergnädigsten Herrn des Königs Majestät [Unterzeichneter] erklären, daß Allerhöchst Sie nur in diesem Sinne und mit dieser Einschränkung die Besitznahme von Heitersheim als rechtmäßig ansehen, der Titel eines Fürsten von Heitersheim aber nur dem stimmführenden Großpriorat gebühren möge . . .

Erwartet eine dieser Note entsprechende baldige Antwort[1].

512. Edelsheim an den Grafen Degenfeld.

Karlsruhe, 5. März 1806.

[Günstige Nachrichten aus Paris betr. der Demarkationslinie und der Ansprüche auf Heitersheim. Clarke.]

|: Cependant je Vous prie de confier aux deux premiers[2] de ma part que d'après les dernières dépêches de Mr le Bon de Reitzenstein du 25 et 26 [février] il a obtenu[3] les explications les plus satisfaisantes du ministre Talleyrand sur la démarcation en Brisgau avec le Wurtemberg et sur les prétentions de la Bavière relativement au grand-prieuré de Malte; Mr de Reitzenstein recommande qu'on tienne ferme et qu'on ne se désiste absolument sur aucun point, surtout envers nos malveillants voisins du Wurtemberg. Quant à la démarcation mentionnée, elle a été effectivement réglée à notre entière satisfaction par le général Clarke pour la partie dont il était spécialement chargé. Un rapport postérieur, qui doit me parvenir

[1] Wie diese ausfiel, ergibt sich gleichfalls aus Edelsheims oben angeführter Depesche.
[2] Den Geh. Referendären Hofer und Maler.
[3] Die beiden Depeschen fehlen.

ces jours-ci par une occasion sûre, nous apprendra les détails intéressants qui concernent l'objet du grand-prieuré[1]. :|

Concept.

513. Graf Degenfeld an Edelsheim.

München, 23. Juni 1806.

[Neue Gerüchte über Absichten Bayerns auf Heitersheim. Huldigung und Regierungsübernahme durch Baden.]

. . . Le bailli de Flachslanden qui est ici depuis quelques semaines, compte se rendre bientôt à Heitersheim pour prendre possession du grand-priorat de l'ordre de St-Jean au nom du Prince Charles de Bavière[2].

D'après ce que V. Exc. m'a fait l'honneur de m'écrire, il y a quelque temps, à ce sujet, je suis étonné de cette prise de possession; il existe apparemment un arrangement préalable avec la cour d'ici qui m'est inconnu . . .

---

[1] S. die Depesche Reitzensteins vom 27. Februar in dem Abschnitt über dessen Sendung nach Paris.

[2] Vergl. oben S. 447.



III.

Vom Preßburger Frieden bis zur Auflösung des deutschen Reichs.



1. Der Münchener Allianzvertrag und die Mediationsverhandlungen. Januar — Juni 1806.

514. Reitzenstein an Edelsheim.

Wien, 3. Januar 1806.

[Rückkehr Reitzensteins. Erwartet eine Depesche Edelsheims durch Thiard. Uebersendung eines Berichts durch Vierordt bezw. Stillgebauer. Inhalt: Occupation von Triberg; Präsent für Talleyrand; Kehl.]

Der Courier Stillgebauer ist in der Frühe mit einer Depesche Edelsheims[1] von Karlsruhe eingetroffen. Alles ist zur Abreise vorbereitet. Vierordt kehrt über Böhmen zurück, Groos fährt über München, Reitzenstein selbst wählt den Weg über Regensburg.

. . . Au reste la dépêche de V. Exc. étant en grande partie relative à celle dont Mr de Thiard a été chargé[2], je n'aurai que des notions imparfaites jusqu'à ce que cette dernière me parvienne. Or, Mr de Thiard aura appris au delà de Munich la nouvelle de la paix et aura presqu'immédiatement après rencontré l'Empereur lui-même; je ne puis donc presque pas douter qu'il n'ait rebroussé chemin et qu'il n'arrive pour la 3me fois à Carlsrouhe avant mon retour. Dans tous les cas Mr Groos s'informera après lui à Munich et, s'il y est encore, il se fera rendre la dépêche. Je me tiens d'autant plus à mon premier plan de voyage que je ne veux pas m'exposer à me voir peut-être retenu à Munich, sans que je vois assez clair dans cette affaire. Il faut avant tout être bien sûr des réalités des avantages ultérieurs, avant qu'on se déclare d'une manière obligatoire . . .

Reitzenstein hofft am 11. Januar in Karlsruhe einzutreffen. «J'ai encore un grand paquet de choses importantes dans la tête et je dépaquetterai successivement à Carlsrouhe.» Stillgebauer wird den Entwurf eines Berichts[3], von welchem auch Vierordt eine Abschrift erhält, nach Karlsruhe überbringen.

---

[1] Ein vertrauliches Schreiben Edelsheims vom 26. December, in welchem Reitzenstein zur Vorsicht ermahnt wird, da man nach unvorsichtigen Aeußerungen Thiards annehmen müsse, daß der Münchener Hof in die französische Heirath noch nicht endgiltig eingewilligt habe.

[2] Vergl. oben S. 426, Anm. 1.

[3] Fehlt.

. . . V. Exc. y verra que les deux points les plus essentiels et les plus pressants sont

1⁰ d'occuper aussi le baillage de Triberg et de renvoyer Mess. de Wurtemberg à s'en porter leur plainte au gouvernement français et de prendre en même temps la même mesure à l'égard des appertinences (sic!) de la principauté supérieure qui était jusqu'ici sous la souveraineté territoriale de l'Autriche;

2⁰ de prendre les arrangements nécessaires pour se procurer les 56000 fl. qu'il faut encore pour suppléer au présent à faire à Mr de Talleyrand;

3⁰ d'obtenir de l'Empereur que la maison de Bade conserve son droit de propriété et de souveraineté territoriale sur Kehl à l'exception du droit à accorder à la France d'y tenir garnison militaire[1] . . .

Concept von Groos.

---

515. Napoleon an Karl Friedrich[2].

München, 4. Januar 1806.

[Ratifikation des Preßburger Friedens. Uebergabe der neuerworbenen Gebiete. Einladung an Baden, Bayern und Württemberg zu einem Congresse in München. Aufgaben desselben.]

Mon frère, le traité de Presbourg a été ratifié par l'Empereur d'Autriche et par moi; l'échange des ratifications a eu lieu à Vienne le 1er janvier. La paix se trouvera donc rétablie en Allemagne. Je regarderai toujours comme une époque heureuse pour moi celle qui m'a mis à même de mettre en évidence les principes qui m'ont toujours servi de règle et qui seront constamment la base de la politique de tous les princes de ma

---

[1] Am gleichen Tage noch tritt Reitzenstein die Rückreise auf dem Wege über Regensburg an, um womöglich ein paar Tage vor Talleyrand in Karlsruhe einzutreffen; von Schärdning aus schickt er Groos nach München, um die Depeschen, welche Baron Thiard ihm von Edelsheim überbringen sollte, in Empfang zu nehmen. Da Thiard, den Groos am 7. Januar in München trifft, bringend empfiehlt, der Minister möge in München ankehren, wo der Kaiser ihm Audienz ertheilen wolle, setzt Groos sofort durch Courier Reitzenstein hiervon in Kenntniß; dieser entschließt sich aber, obgleich er schon vier Nächte durch, ohne zu schlafen, gefahren, seine Reise von Donauwörth aus fortzusetzen, um bei einer Zusammenkunft mit dem Kurfürsten in Durlach sich nähere Instruktion für die Vermählungsverhandlungen zu erbitten. Unmittelbar nach der Conferenz, die am 11. Januar stattfindet, tritt er die Rückreise nach München an, wo er am 13. d. M. eintrifft.

[2] Fehlt in der Correspondance de Napoléon und bei Lecestre, Lettres inédites de Napoléon. — Ein fast wörtlich gleichlautendes Schreiben vom gleichen Tage bei A. v. Schloßberger, Politische und militärische Correspondenz König Friedrichs von Württemberg, S. 39 ff.; die Antwort des letztern ebenda S. 46 ff.

maison, de considérer comme des avantages acquis à ma couronne les avantages qui accroîtront Vos honneurs et la puissance de Vos états.

Mon intention est de mettre le plus promptement possible V. A. en possession de tous les pays qui lui reviennent; et je vais nommer un commissaire pour s'entendre avec celui qu'Elle aura nommé pour fixer les époques de l'évacuation de ces pays, en les combinant avec les mouvements et les besoins de mon armée. Mais dès aujourd'hui V. A. peut ordonner à Ses ministres de prendre tous les renseignements et les mesures convenables pour préparer l'établissement de Votre gouvernement.

J'ai conclu avec V. A. un traité d'alliance offensive et défensive; mais il ne paraît pas être suffisant pour tous nos besoins communs. Je croirais utile d'établir un petit congrès à Munich le plus secrètement possible, pour convenir 1° du système militaire de V. A., du Roi de Bavière et du Roi de Wurtemberg dans toutes les circonstances qui pourraient survenir; 2° d'établir les limites des trois états, de manière qu'il ne pût s'élever aucune altercation dont nos ennemis communs pourraient profiter; 3° pour régler le parti qu'il y aurait à prendre pour tout ce qui est relatif au recrutement dans les états des princes enclavés entre l'Inn et le Rhin, soit pour donner le dit recrutement à un des trois souverains, soit pour prendre des arrangements tels qu'aucun prince n'y puisse recruter; 4° pour régler un mode uniforme pour assurer l'existence des chevaliers de l'Ordre Teutonique et autres individus dépossédés par l'effet du traité; enfin pour convenir de la conduite que nos ministres tiendront à Ratisbonne dans toutes les circonstances qui pourront se présenter. Du moment que je connaîtrai les intentions de V. A. sur ces différents points, je m'empresserai de nommer un ministre et de lui tracer des instructions telles que je les entrevois pour le bien de la cause commune. Sur ce je prie etc.

---

516. Napoleon an Karl Friedrich[1].

München, 4. Januar 1806.

[Abneigung des Kurprinzen gegen die französische Heirath. Verhalten Napoleons. Empfehlung des Markgrafen Ludwig.]

Mon frère, j'ai été extrêmement touché de tout ce que m'a dit Mr de Thiard; V. A. peut être persuadée que je saisirai toutes les occasions de Lui être agréable. La Reine de Bavière m'a fait connaître que le Prince Charles se trouvait contrarié et malheureux des liaisons que le désir de resserrer les liens qui nous unissent m'ont fait concevoir. Mon

[1] Gedruckt: Correspondance de Napoléon I, 11, 524.

premier désir est de ne rien faire que ce qui pourra contribuer à la satisfaction du Prince Charles, et les idées que j'ai conçues ne me seront chères que lorsqu'elles pourront se concilier avec ses inclinations et son bonheur. Il me reste à Vous recommander le Prince Louis. J'avais eu l'intention de le comprendre nominativement dans un des articles du traité qui concernent Votre maison, mais j'ai voulu laisser à Votre cœur paternel le soin de lui assurer un rang digne de sa naissance, et qui le mette aussi dans une position à avoir une existence heureuse qui est le but auquel tendent tous les efforts des princes, comme des autres hommes. Je Vous prie de ne jamais douter de mon amitié et du plaisir que j'aurai à Vous en donner des preuves dans toutes les circonstances.

---

517. Karl Friedrich an Reitzenstein.

Karlsruhe, 4. Januar 1806.

[Wünscht eine Reihe von Modifikationen des Vertrags mit Frankreich. Succession der Grafen Hochberg. Abänderung von Artikel 5 und dem ersten Separatartikel. Pfälzer Schulden. Künftiges Verhältniß zum Reich. Austrägalinstanz für die drei Kurhöfe. Ordre du jour vom 19. December.]

Aus des Hr. Cabinetsministers Schreiben vom 26. December[1] habe Ich ersehen, daß auch durch den am 20. December abgeschlossenen Traktat mit Frankreich Mein Friedensschluß nicht nur nicht gebessert, sondern durch die Abtretung von Kehl sogar verschlimmert worden ist und daß auch die in Meinem Schreiben vom 19. und 26. December[2] gewünschten näheren Bestimmungen und Modifikationen verschiedener Stipulationen des Traktats vom 11. December[3] bis jetzt nicht erfolgt sind.

Ist es hart, sich und seine Staaten von dem deutschen Vaterlande fast ganz trennen und dem weitfassenden Interesse eines übermächtigen fremden Staates hingeben zu müssen, so vermag nur der Gedanke an eine alles lenkende Vorsehung und das Bewußtsein des unabläßigen, redlichsten Strebens, das Schicksal des Regenten, seiner Familie und Unterthanen möglichst zu erleichtern und zu verbessern, einige Beruhigung zu gewähren. Darum halte Ich Mich verpflichtet, dem Herrn Cabinetsminister die möglichste fortgesetzte Sorgfalt für noch weitere günstige Bestimmungen und Versicherungen vertrauensvoll um so mehr zu empfehlen, da ich desselben Eifer für Mein Interesse vielfältig erprobt habe.

Unter Beziehung auf die von Meinem Staatsminister von Edelsheim heute abzusendende Depesche[4] beschränke Ich Mich dermal auf folgende Punkte:

[1] Sic! Gemeint ist das Schreiben vom 27. December; oben Nr. 423.

[2] Oben Nr. 413 und 422.

[3] Dieselbe irrige Datirung wie in dem Schreiben vom 19. December.

[4] Fehlt.

1. Die Successionsfähigkeitserklärung Meiner männlichen Nachkommenschaft zweiter Ehe ersuche ich den H. Cabinetsminister bestens zu betreiben.

2. Eine Erklärung des französischen Gouvernements, wodurch das Privateigenthum und die Berechtigungen, welche diesseitigen Gemeinheiten und einzelnen Unterthanen auf den in dem fünften Artikel des Traktats abgetretenen Rheininseln zustehen, vollständig salvirt werden, ist ebenso billig als gerecht und nothwendig, da außerdem viele jener Eigenthümer und Berechtigten der Zerrüttung ihres unentbehrlichen Vermögens ausgesetzt und die Mittel zu dem so nöthigen Uferbau auf dieser Seite des Rheins ihnen, wo nicht ganz, doch großentheils entzogen würden.

3. Eine Modifikation des Art. 1 secr. auf bloßes französisches Besatzungsrecht und Befestigungsrecht möchte für das diesseitige Interesse minder bedeutend, wo nicht gar unräthlich sein. Bei französischer Garnison würden die Vortheile größtentheils oder ganz verschwinden, welche Kehl bisher durch den Zusammenfluß und temporären Aufenthalt der Fremden, durch Waarendepots und Gewerbe genoß; höchst unangenehme Collisionen wären zu besorgen, es wäre denn, daß die Polizeiaufsicht und die Visitation der Reisenden und Waaren, dann die von beiden zu erhebenden Taxen und Gebühren, sowie überhaupt die vollständige Landeshoheit, nur mit Ausnahme der für Frankreich bedungenen Einschränkung, Mir gelassen würde. Bei Negociation einer Modifikation dieser Art wird es jedoch räthlich sein, sie etwa nur nach dem Beispiel des vormaligen österreichischen Besatzungsrechtes zu Erfurt auf den niederländischen Barrieretraktat von 1715 zu beziehen, nicht aber an das Beispiel von Philippsburg zu erinnern, welches leicht zu einem gebietenden Verlangen der Wiederherstellung der durch die Nymweger und Ryswjiker Friedensschlüsse aufgehobenen französischen Rechte über jene Stadt Anlaß geben könnte.

4. Begreiflich konnte eine Bestimmung über die pfälzischen Staatsschulden in dem österreichisch-französischen Friedensschluß keine Stelle finden. Dessen ungeachtet muß Ich noch immer angelegentlichst wünschen, daß der H. Cabinetsminister unter französischer Vermittlung, es sei nun zu Wien oder zu München, entweder sogleich eine definitive Bestimmung der bayrischen Quote oder wenigstens eine solche Präliminarconvention, wie ich dem Münchener Hofe bereits vorgeschlagen, eifrigst betreiben möge. Da Bayern selbst auf Frankreich sich berufen hat, so wird die französische Vermittlung, vorzüglich der Präliminarconvention, deren Billigkeit Jedem einleuchten muß, schwerlich Anstand finden . . .

5—9 enthalten ähnliche Erörterungen über pekuniäre Fragen[1].

10. Bei der eingeräumten Souveränität bleibt immer noch eine genaue Bestimmung des künftigen diesseitigen Verhältnisses in dem deutschen Reiche

[1] Vermerk des H. Geh. Raths Dr. v. Weech, von dessen Hand die Abschriften aus dem Nachlasse Reitzensteins stammen.

wünschenswerth. Denn wenn auch über die gänzliche Exemtion des jedesmaligen Kurfürsten, seiner Familie, Unterthanen und Staaten von der Reichsgerichtsbarkeit und den Reichsvicariatsgerechtsamen kein Zweifel, noch Streit zu besorgen wäre, so verdienen doch manche andere Punkte einer festen Bestimmung, z. B.

a) daß eine gänzliche Immunität von allen Reichssteuern, insbesondere auch von den Kammerzielern, eingeräumt werde;

b) ob dessen ungeachtet die diesseitige Präsentationsconcurrenz zur Besetzung der Kammergerichtsbeisitzerstellen fortdauern soll?

c) daß die hier ertheilten Standeserhöhungen auch ohne kaiserliche Bestätigung in der Reichskanzlei und bei den Reichsgerichten anerkannt werden müssen;

d) ob und wieweit die schwäbische Kreisverbindung fortdauern und man sich zu den kur- und oberrheinischen Reichskreisen zu halten habe?

11. Wie es bei Streitigkeiten der drei souveränen Kurhöfe unter sich, allenfalls mittelst einer Austrägalinstanz zu halten sei? Darüber ist eine zweckmäßige Bestimmung, vorzüglich in Beziehung auf das nun mit der Königswürde versehene Haus Württemberg sehr wünschenswerth.

12. Die französische ordre du jour vom 19. December v. J.[1] erklärt alle Reichsländer und Reichsstädte, welche österreichische Rekrutendepots oder Werbungen bei sich haben oder gestatten, in den Kriegsstand mit Frankreich. Da nun aus demselben Grunde in jener Ordre die Besitznehmung der reichsritterschaftlichen Besitzungen gestattet wird, so frägt sich, ob ein gleiches auch gegen jene Reichsländer und Reichsstädte stattfinde oder wenigstens von Württemberg zu besorgen sei? Im bejahenden Falle würde man diesseits schleunigst die nöthigen Maßregeln zu ergreifen haben, damit nicht Württemberg, vorzüglich in Frankfurt und umliegender Gegend, zuvorkomme . . .

Aus dem Nachlaß Reitzensteins. Abschrift.

---

518. Dalberg an Edelsheim.

[Mannheim], 7. Januar 1806.

[Bitte um Weisungen wegen seiner Rückkehr nach Paris. Intriguen. Reitzenstein.]

J'espérais que Mr de Hacke[2] qui nous est revenu hier me porterait une réponse de V. Exc., pour que je puisse me disposer à retourner à Paris. Mon embarras cependant a été augmenté parce que V. Exc. a bien voulu dire à Mr de Hacke, lorsqu'il a demandé Vos ordres pour moi, que Vous ne pouviez me donner aucune réponse, l'Electeur ne se décidant sur rien . . .

Mr de Hacke m'a dit qu'on avait hautement désapprouvé qu'en quittant Carlsrouhe je ne m'étais présenté à l'Electeur. V. Exc. sait si j'en

---

[1] Vergl. oben S. 443.

[2] Karl Frhr. von Hacke, der spätere badische Gesandte und Minister, damals Hofrichter in Mannheim.

ai témoigné le désir ou non et si ce n'est pas par Votre avis seul que j'y ai renoncé. C'est le pendant du propos que je dînais tous les jours à sa table, tandis que cela s'était fait par ordre de l'Electeur. Que Dieu fasse un jour justice des ces langues!

Il est probable que M[r] [de] Reitzenstein devra se rendre à Paris pour continuer les arrangements relatifs à l'Allemagne. Comment pourrais-je alors au retour de la cour rester en congé sans être compromis? M[r] de Reitzenstein peut y poursuivre les intérêts secrets dont il est chargé, mais ou il faut me rappeler ou m'y faire retourner . . .

Dalberg dringt entschieden auf eine bestimmte Antwort.

. . . Il est douloureux pour tout homme de bien de voir un état de choses tel que se présente celui de notre cour et je souffre doublement et pour Vous et pour moi, en jugeant les rapports tels que je viens de les apprendre. Je félicite le Prince électoral de la nouvelle alliance qu'il doit contracter. Qui peut s'opposer à cette destinée[1] . . .

---

519. Karl Friedrich an Talleyrand.

Karlsruhe, 8. Januar[2] 1806.

[Ratifikation des Vertrags vom 20. December. Wünsche, betr. der Abtretung von Kehl und der Rheininseln. Feste Rheingrenze anstatt des Thalwegs.]

Der Kurfürst theilt mit, daß er, das Wohlwollen des Kaisers dankbar anerkennend, den Vertrag vom 20. December ratificirt habe[3]; was seine weiteren Wünsche hinsichtlich einiger Zusatzartikel betreffe, so beziehe er sich auf das Memoire, welches Reitzenstein in dieser Angelegenheit überreicht habe[4]. Er sehe sich indes veranlaßt wegen der Abtretung von Kehl Einiges zu bemerken.

. . . Je ne relèverai point ici les motifs qui m'auraient fait vivement désirer la suppression de cet article, mais en obtempérant à la volonté de Sa Majesté[5] à l'égard de cette cession, je me tiens certain qu'en égard que le fort de Kehl était possédé par ma maison à titre de fief de l'Empire dont conséquemment la libre disposition ne m'appartenait pas, Sa Majesté aura désigné prendre les mesures qu'Elle aura jugées les plus propres pour

[1] Dalberg erhält daraufhin Weisung, sich auf seinen Posten nach Paris zu begeben; am 23. Januar trifft er dort wieder ein.

[2] Im Concept steht irrthümlich Décembre. Das richtige Datum ergibt sich aus dem Inhalte und dem Schreiben Edelsheims an Reitzenstein vom 9. Januar 1806.

[3] Die Auswechslung der Ratifikationen erfolgt zu München am 16. Januar.

[4] Oben Nr. 427.

[5] Das Folgende von Edelsheims Hand; der ursprüngliche Text des Concepts, der sich mehr an die in dem Berichte Reitzensteins vom 22. December berührten Vorschläge anschloß, ist durchgestrichen.

qu'il n'en puisse jamais retomber aucune responsabilité défavorable sur moi ou mes successeurs.

Au surplus il est vraisemblablement entendu et sera stipulé expressément que le rayon de cinq cent toises, demandé avec ce fort, sera pris et compté depuis son centre.

Un point également essentiel pour l'existence et la tranquillité des habitants et propriétaires dans mon grand baillage de Bischofsheim, c'est l'assurance formelle que les dérivations du Rhin qu'on pourrait faire tôt ou tard dans la partie du district cédé à la France soient aussi ramenées dans ce fleuve au dedans de ce district. Il n'y aura de même pas de difficulté sans doute que, pour prévenir des interprétations incertaines, il soit précisé que l'entretien et les ouvrages sur la rive droite du terrain cédé à l'empire français tomberont aussi à sa seule charge.

Je ne puis me dispenser de demander instamment à V. Exc. qu'il soit déterminé maintenant une ligne de démarcation dans le Rhin d'après des points fixes au delà desquels aucune prétention ne puisse jamais être formée ni d'une part, ni de l'autre, auxquelles les vicissitudes continuelles du Thalweg pourraient d'ailleurs bien souvent donner lieu . . .

Concept von Groos, mit Correcturen Edelsheims.

---

520. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 9. Januar 1806.

[Bemerkungen über die Correspondenz zwischen Karl Friedrich und Napoleon und das Schreiben an Talleyrand.]

V. Exc. verra par les copies ci-jointes des deux lettres de l'Empereur du 4 de ce mois et les réponses que Msgr. l'Electeur y a faites aujourd'hui l'état des choses tant à l'égard du projet de mariage que relativement aux occupations ultérieures des objets destinés à S. A. S. E. Elle a cru ne pas pouvoir se soustraire à l'intention précise que l'Empereur lui marque dans l'une des lettres susmentionnées à l'égard de la mise en possession de tout ce qui doit lui revenir. Elle présume que cette nouvelle disposition de l'Empereur pourrait bien être une suite des altercations qui se sont déjà élevées entre les Rois de Bavière et de Wurtemberg nommément par rapport au concert de Waiblingen près d'Ulm. S. A. E. se flatte que l'établissement des limites des trois états que l'Empereur veut diriger pourra être favorable aux négociations ultérieures de V. Exc. dont Elle vient d'apprendre tout à l'heure par la dépêche que Mr Vierordt lui a remise[1] les avantages que V. Exc. a préalablement emportés et les succès qu'on

---

[1] Die oben S. 507 erwähnte Depesche, die heute fehlt.

peut s'en promettre dorénavant. Le contraste entre les conseils qu'on a donnés à V. Exc. de presser le plus que possible les occupations ultérieures[1] et la volonté prononcée par la lettre immédiate de l'Empereur n'a pas paru dispenser S. A. de se conformer à celle-ci . . .

Beiliegend das projektirte Schreiben an Talleyrand: Reitzenstein möge urtheilen, ob die darin angebrachten Aenderungen nicht dem beabsichtigten Zwecke zuwiderliefen; in diesem Falle würde der Kurfürst auf die Zustellung desselben verzichten.

. . . Cependant je dois observer à V. Ex. que, quant à l'article touchant la cession de Kehl, qu'il provient de S. A. S. E. Elle-même, et qu'Elle a adopté les autres changements d'après l'opinion du colonel Vierordt qui a prétendu qu'on n'avait pas un intérêt essentiel à obtenir d'autres modifications . . .

On prendra toutes les précautions possibles, pour que ce courrier ne puisse pas La manquer sur la route et l'Electeur espère beaucoup du concert secret dans lequel V. Exc. entrera à Munich sur les objets que l'Empereur veut arranger entre les alliés . . .

---

521. Karl Friedrich an Napoleon.

Karlsruhe, 9. Januar 1806.

[Dank für die Mittheilungen vom 4. Januar. Die Occupationsmaßregeln rückgängig gemacht. Vollmacht für Reitzenstein zu den Münchener Verhandlungen.]

La seconde lettre que V. M. m'a fait l'honneur de m'adresser de Munich le 4 de ce mois[2] est une nouvelle preuve de Ses sollicitudes à consolider la paix qu'Elle a si glorieusement rétablie en Allemagne et des soins généreux qu'Elle prend de Ses alliés. Les principes qu'Elle établit pour base de Sa politique, à cette heureuse époque, sont aussi conformes à la sagesse de Ses vues et à Sa magnanimité qu'à la confiance que Sa puissante protection inspire à si juste titre à tous ceux qu'Elle honore de Sa bienveillance.

D'après l'indication que V. M. vient de me donner, j'ai contremandé les occupations ultérieures qu'à l'exemple de la Bavière et du Wurtemberg j'allais faire prendre provisoirement[3] des districts que V. M. m'a désignés dans le traité conclu à Vienne que j'ai ratifié.

Je La supplierai de faire instruire mon ministre du cabinet Bon de Reitzenstein de Ses intentions précises à l'égard de ces occupations et de l'époque à laquelle elles doivent être fixées. Etant d'ailleurs muni de tous

---

[1] Vergl. oben S. 508.
[2] Oben Nr. 515.
[3] Vergl. oben S. 448.

les pleins pouvoirs nécessaires de ma part, il sera entièrement propre à être appelé au congrès que V. M. Se propose d'établir le plus secrètement possible pour convenir sur différents points qu'Elle juge essentiels pour mieux suffire à tous les besoins communs de l'alliance; à cet effet il se rendra incessamment à Munich, s'il ne s'y trouve pas déjà . . .

Concept Edelsheims.

---

522. Karl Friedrich an Napoleon.

Karlsruhe, 9. Januar 1806[1].

[Dank für die Schreiben vom 4. Januar. Hinweis auf Reitzensteins Eröffnungen. Erwartet die Entscheidung des Kaisers. Markgraf Ludwig.]

Les lettres du 4 de ce mois que Mr de Barole, chambellan de V. M., m'a remises hier de Sa part, me sont un témoignage inappréciable de Sa confiance et de Son affection, et je suis pénétré de reconnaissance de la satisfaction qu'Elle daigne me marquer de tout ce que Lui a dit de ma part Mr de Thiard à son retour d'ici. L'instruction dont il a bien voulu se charger à cette occasion pour mon ministre du cabinet, Bon de Reitzenstein, lui a été communiquée littéralement et V. M. aura permis depuis au Bon de Reitzenstein de Lui en rapporter formellement le contenu. J'ose me référer à ce qu'il aura eu l'honneur d'exprimer à V. M. de ma part et de celle de mon petit-fils, le Prince électoral, qui avait confirmé à Mr de Thiard dans un entretien particulier les mêmes sentiments et son dévouement sans bornes pour Elle, cependant je me soumets entièrement à tout ce qu'il plaira à V. M. de décider définitivement à ce sujet.

Le gracieux intérêt dont Elle honore mon fils, le Prince Louis, ne peut que me faire désirer toujours davantage de trouver les occasions et les moyens de contribuer à sa satisfaction et à son bonheur . . .

Concept Edelsheims.

---

523. Reitzenstein an Karl Friedrich.

München, 14. Januar 1806.

[Ankunft in München. Unterredung wegen der Heirath mit Thiard. Forderungen und Vorschläge betr. eines Gebietszuwachses. Aussichten auf Berg. Audienz bei Napoleon.]

Reitzenstein ist am 13. Januar in München eingetroffen. Noch am gleichen Abend hat er eine Unterredung mit Thiard, der versichert, der Kaiser sei mit dem Schreiben des Kurfürsten vom 9. d. M.[2] „ungemein zufrieden". Thiard empfiehlt, er möge seine Werbung

---

[1] Nach einem Randvermerk dem Kammerherrn de Barole am gleichen Tage zur Beförderung zugestellt.

[2] Oben Nr. 522.

bei Napoleon sogleich anbringen; Reitzenstein lehnt dies jedoch ab und wünscht, daß diese Formalität bis zur Ankunft der Majestäten in Karlsruhe verschoben werde[1]: zunächst, weil er dem Kurprinzen nicht vorgreifen wolle, der am 15. in Augsburg den Kaiser begrüßen werde, um „sein ganzes Herz gegen Höchst Sie auszuschütten". Dann aber auch, weil er darauf bestehen müsse, daß „zugleich mit und neben dieser Anwerbung eine wirkliche Ausmittelung oder wenigstens die förmliche Zusicherung bestimmter Vergrößerungsgegenstände für das badische Kurhaus gleichen Schrittes" gehe.

. . . Ich faßte nun den Faden meiner bereits in Wien über das badische Vergrößerungsloos geführten Beschwerde wieder auf, bewies ihm umständlich aus Landkarten und statistischen Notizen die Gründe, die man diesseits, abgerechnet selbst von allen andern Motiven, zur Ansprache eines besseren Looses für sich habe, bezeugte ihm sodann mein Erstaunen darüber, daß das durch die Entsagung auf die Verbindung mit der bayrischen Prinzessin dem französischen Kaiser persönlich dargebrachte große Opfer in so gar keinen Anschlag gebracht worden, und schloß endlich mit der Bemerkung, daß es ebendeswegen jetzt um so nöthiger sei, sich sicher zu setzen, und ich des Zutrauens S^mi ganz unwürdig sein würde, wenn ich mich bloß nach dem Buchstaben meiner Instruktionen richten und nicht vielmehr die Geneigtheit des französischen Kaisers, eine Familienverbindung mit dem badischen Kurhaus zu stiften, dazu benutzen wollte, theils die bei dem letzten Traktat begangenen Unterlassungsfehler zu repariren, theils dem badischen Kurhause eine solche Vergrößerung zu sichern, die in der öffentlichen Meinung das Gleichgewicht mit der zu schließenden Verbindung halten könnte.

Die Aeußerungen machen indes auf Thiard ersichtlich keinen Eindruck; er lehnt es ab, auf die verschiedenen Vergrößerungsvorschläge, die Reitzenstein ihm vorträgt, einzugehen, mit dem Bemerken, „daß die Säcularisation des noch bestehenden geistlichen Kurfürsten mit den Absichten des Kaisers durchaus nicht harmonire, von allen übrigen Desiderien sich in diesem Augenblick gar nichts sagen ließe und das Anerbieten einer französischen Prinzessin doch wohl ebensoviel als eine Krone werth sein werde". Andern Tags kehrt er jedoch, nachdem er Talleyrand und dem Kaiser Bericht erstattet, veränderten Sinnes zu Reitzenstein zurück: er versichert nunmehr, „daß S^e Majestät allerdings geneigt seien, dem badischen Kurhause eine weitere Vergrößerung auszumitteln, und nur meine Ideen über das, was allenfalls noch thunlich seie, zu wissen erwarteten, wobei aber der Punkt wegen der Erzkanzlerswürde[2] und der damit verbundenen Lande und Emolumente abermals gleich zu Anfang als nicht anwendbar verworfen worden".

. . . Ich theilte nun demselben mehrere Propositionen mit, deren nähere Ausführung mir dermal[3] nicht nur unmöglich sein, sondern auch zu nichts helfen würde, konnte jedoch bemerken, daß sich vermittelst der Einwilligung in die vorgeschlagene Allianz bedeutende Pläne würden durchsetzen lassen, die sich vielleicht auf die Acquisition des ganzen Herzogthums Berg ausdehnen dürften, womit

[1] Denselben Wunsch äußert er auch in einem Schreiben an Talleyrand vom 14. Januar, in welchem er mittheilt, daß er Vollmacht habe, um die Hand der Prinzessin Stephanie anzuhalten. Pariser Archiv.

[2] Vergl. die «Considérations» Reitzensteins oben Nr. 427.

[3] D. h. in dem vorliegenden Berichte.

sodann Kurbaden an Bevölkerung dem Königreich Württemberg ungemein nahe kommen würde. Der einzige interessante Punkt, der mir bestimmt abgeschlagen wurde, war die Erhebung des Sénateurs Beauharnais in den Rang eines französischen Prinzen, indem mir zu erkennen gegeben wurde, daß dies nicht einmal vom Kaiser dependire . . .

Reitzenstein ist für den folgenden Tag zur Audienz bei Napoleon befohlen und wird sich bemühen, „so viel zu erlangen, als nur immer möglich"; da er noch in der Nacht vom 16. Januar die Rückfahrt antreten will, um vor dem Kaiser in Karlsruhe einzutreffen, wird er über den weitern Verlauf der Dinge voraussichtlich erst dort mündlich berichten können[1].

---

524. Geheimer Allianzvertrag zwischen Frankreich, Bayern, Württemberg und Baden[2].

München, 16. Januar 1806.
Karlsruhe, 21. Januar 1806.

[Bündniß mit Frankreich. Mediationscommission zur Schlichtung von Streitigkeiten unter den Verbündeten. Verhältniß zum Reich. Contingentsstärke. Aufnahme der helvetischen Republik in das Bündniß. Rekrutirungswesen. Aufgaben einer weitern Convention.]

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et Ses alliés à perpétuite L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et S. A. S. l'Electeur de Bade, voulant assurer à jamais la paix intérieure du midi de l'Allemagne, prévenir la guerre étrangère et diminuer les cas possibles, ou, par un système de mesures permanentes se mettre en état, si la guerre devenait inévitable de n'en avoir point à redouter les suites, ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

---

[1] Die Audienz findet erst am 16. Januar statt; am gleichen Tag wird Reitzenstein auch von der Kaiserin empfangen. Aufzeichnungen über den Inhalt der Unterredungen fehlen.

[2] Der Vertrag ist bis jetzt ungedruckt und in der Literatur seinem Inhalte nach unbekannt geblieben. Bezüglich seiner Entstehung sind wir, soweit Baden dabei betheiligt, ausschließlich auf die spärlichen Mittheilungen Reitzensteins in seinem Berichte vom 31. Januar angewiesen. Alles Wesentliche scheint in München wie in Karlsruhe nur mündlich verhandelt worden zu sein. Das Abkommen mit Bayern ist am Tage vor der Abreise des Kaisers von München unterzeichnet, mit Baden während Napoleons Anwesenheit in Karlsruhe abgeschlossen worden. König Friedrich von Württemberg, dem der Vertrag von dem Kaiser während seines Besuches in Stuttgart vorgelegt wurde, weigerte sich, denselben in der vorliegenden Fassung anzunehmen, und begehrte gewisse Modifikationen. Seine Bedenken, die er als Randbemerkungen zu dem Vertrage dem Kaiser auch schriftlich vortrug, richteten sich hauptsächlich gegen das Mediationssystem. Vergl. Correspondance de Napoléon I, XI, 572 nr. 9735; v. Schloßberger, Politische und militärische Correspondenz König Friedrichs von Württemberg mit Kaiser Napoleon I, 48 ff.; Montgelas, Denkwürdigkeiten, 136, wo indes der Vertrag irrthümlich als ein Memoire bezeichnet und behauptet wird, Bayern sei demselben erst nach dem Vorgang Badens beigetreten.

S. M. l'Empereur des Français etc. Mr Charles-Maurice Talleyrand, grand-chambellan etc.

S. M. le Roi de Bavière Mr Maxim.-Joseph Bon de Montgelas, ministre d'état etc.

S. M. le Roi de Wurtemberg[1] — — — —

S. A. S. l'Electeur de Bade Mr Sigism.-Charles-Jean Bon de Reitzenstein, ministre du cabinet etc.

Lesquels après avoir échangé leurs pleins pouvoirs sont convenus des articles suivants.

Article 1er.

L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et S. A. S. l'Electeur de Bade renoncent chacun d'eux pour soi, ses héritiers et successeurs à tout droit quelconque et à toute prétention actuelle ou éventuelle sur les possessions des deux autres dans l'état où les possessions respectives doivent être en conséquence des articles 1, 2, 4 et 5 des traités de Brünn et des articles 8 et 13 du traité de Presbourg[2].

Article 2e.

Les hautes parties contractantes conviennent d'établir à Paris une commission de médiation, laquelle sera présidée par le ministre qui sera pour cet effet nommé par S. M. l'Empereur des Français etc.

Article 3.

Toutes les difficultés qui peuvent exister ou qui pourront survenir entre deux des trois cours alliées de la France ou entre l'une d'elles et les deux autres seront traitées et arrangées à l'amiable dans le sein de la commission susdite.

Si les parties ne peuvent s'arranger à l'amiable et si l'objet du litige est grave, la commission s'assemblera en présence de S. M. l'Empereur des Français etc., lequel exercera les fonctions d'arbitre et prononcera définitivement.

L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et S. A. S. l'Electeur de Bade promettent d'acquiescer chacun, en ce qui les concernera, à ce qui aura été prononcé par S. M. l'Empereur et dans l'un et l'autre cas un extrait du protocole de la commission fera titre entre les parties.

Article 4.

Toutes les difficultés qui peuvent exister ou qui pourront survenir entre l'une des trois cours alliées de la France et les petits princes et états d'Empire dont les territoires et domaines immédiates touchent ou

[1] Lücke.

[2] Vergl. die ähnlichen, zum Theil wörtlich gleichlautenden Bestimmungen in dem Vertragsentwurfe vom 26. November 1805 (oben S. 381) und in Art. 34 der Rheinbundsacte.

avoisinent les possessions de la dite cour ou même s'en trouvent environnées pourront être soumises à la commission de médiation par le ministre ou les ministres que les dits princes et états entretiendront à Paris, lesquels ministres auront dans ce cas entrée à la dite commission, mais dans ce cas et pour ce cas seulement les difficultés ainsi soumises à la commission de médiation seront traitées et arrangées à l'amiable ou terminées par S. M. l'Empereur et Roi, comme il est dit en l'article précédent.

Article 5.

S. M. l'Empereur des Francais etc., ne voulant intervenir dans les affaires de ses alliés qu'autant que cela peut être utile à leurs intérêts ou nécessaire à leur repos, il est convenant que la commission de médiation ne pourra dans aucun cas et pour aucune cause que ce puisse être prendre connaissance des difficultés mentionnées aux articles 3 et 4 que sur la demande formelle et nécessaire du ministre de l'une des parties intéressées.

Article 6.

L. L. M. M. les Rois de Bavière et Wurtemberg et S. A. S. l'Electeur de Bade s'engagent à ne saisir dans aucun cas la Diète germanique des contestations, dans lesquelles ils peuvent être parties, et s'il arrivait que la Diète fût invitée ou se portât d'elle-même à y intervenir, il sera convenu dans la commission de médiation des mesures à prendre et du langage qui devra être unanimement et uniformément tenu tant par le ministre de S. M. l'Empereur et Roi que par les ministres comitiaux des trois cours alliées à Ratisbonne.

Article 7.

Chacune des hautes parties contractantes s'engage à n'entrer dans aucun traité d'alliance offensive et défensive que du consentement de toutes les autres.

Article 8.

Dans le cas d'une guerre d'Empire L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et S. A. S. l'Electeur de Bade ne fourniront aucun contingent à l'armée de l'Empire germanique, et s'il était convenu entre les puissances contractantes de prendre part à cette guerre, les troupes que les trois cours alliées devraient mettre sur pied dans la proportion qui sera déterminée ci-après seraient réunies aux forces de la France et formeraient une armée séparée.

Article 9.

Dans le cas où une puissance voisine armerait, les hautes parties contractantes, pour ne pas être prises au dépourvu, armeront pareillement

---

[1] Ist als Art. 36 fast wörtlich in die Rheinbundsacte vom 12. Juli übergegangen, nur tritt dort an Stelle der Mediationscommission der Frankfurter Bundestag.

d'après la demande qui en sera faite par le ministre de l'une d'elles à la commission de médiation. Le contingent que chacun des alliés devra fournir pour le cas de guerre étant divisé en quatre quarts, la commission déterminera, combien de quarts devront être rendus mobiles, mais l'armement ne sera effectué qu'en conséquence d'une invitation adressée par S. M. l'Empereur et Roi à chacune des puissances alliées.

Article 10.

Le contingent que chacun des alliés devra fournir pour le cas de guerre est fixé, comme il suit:

La France fournira 100 000 hommes d'infanterie et 20 000 de cavalerie;

Le Royaume d'Italie 24 000 hommes d'infanterie et deux mille de cavalerie;

Le Royaume de Bavière 22 000 hommes d'infanterie et 3000 de cavalerie;

Le Royaume de Wurtemberg 9000 hommes d'infanterie et 1500 hommes de cavalerie;

S. A. S. l'Electeur de Bade 4500 hommes d'infanterie et 600 cavaliers.

Article 11[1].

La République helvétique sera invitée à accéder à l'alliance, dans les droits et obligations de laquelle elle entrera par son accession, de même que si elle eût été au nombre des puissances contractantes.

Le contingent de la République helvétique sera égal à celui du Royaume de Wurtemberg.

Article 12.

Le contingent des princes et états qui pourraient être invités à entrer ou admis sur leur demande dans le présent pacte fédératif sera réglé d'après les forces des princes et états.

Article 13[2].

S. M. le Roi de Bavière s'engage à fortifier les villes d'Augsbourg et de Lindau, à former et à entretenir en tous temps dans la première de ces deux places des établissements d'artillerie et à tenir dans la seconde une quantité de fusils et de munitions suffisantes pour une réserve, de même qu'à avoir à Augsbourg des boulangeries, pour qu'on puisse confectionner une quantité de biscuit telle, qu'en cas de guerre la marche des armées n'éprouve pas de retard.

Article 14.

Il ne pourra à l'avenir être fait de recrutement dans les territoires des petits princes et états entre l'Inn et le Rhin pour le service d'aucun

---

[1] Fast wörtlich gleichlautend in dem Vertragsentwurfe vom 26. November 1805. Oben S. 382.

[2] Stimmt wörtlich mit Art. 37 der Rheinbundsacte überein.

prince ou état non-possessionné entre ces deux fleuves. Les trois cours de Bavière, de Wurtemberg et de Bade pourront seules faire recruter dans les dits territoires; et les lieux où chacune d'elles pourra le faire seront déterminés par une convention particulière qui sera négociée et conclue dans le plus court délai[1].

Article 15.

La même convention fixera:

1⁰ l'état de possession de chacune des trois cours susdites relativement aux droits, domaines et territoires qu'elles ont respectivement acquis par le dernier traité de paix;

2⁰ les engagements que devront réciproquement prendre les puissances contractantes pour que la substitution des postes territoriales aux postes de l'Empire, si elle a lieu dans les états de Bavière, de Wurtemberg et de Bade, non seulement n'entraîne aucun inconvénient pour aucune des dites puissances, mais au contraire tourne à la plus grande utilité commune et au plus grand avantage de chacune d'elles;

3⁰ la quotité des pensions que devront payer L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et de Bade à chacun des membres des ordres militaires ou religieux ou mixtes qui étaient possessionés dans leurs états respectifs et qui ont été ou qui pourraient être dépossédés en conséquence des derniers traités[2].

Article 16.

Le présent pacte fédératif restera à perpétuité secret entre les puissances alliées. Il sera ratifié, et les ratifications en seront échangées dans le délai d'un mois à Paris où plutôt si faire se peut.

Fait et signé à Munich le seize janvier 1806.

Le Bon de Montgelas. Ch.-Maur. Talleyrand.

Fait et signé à Carlsrouhe le vingt- un janvier 1806[3].

Ch.-Maur. Talleyrand. Le Bon de Reitzenstein.

---

[1] Durch die Verhandlungen der Münchener Mediationscommission unter dem Vorsitze von Otto.

[2] Vergl. Art. 33 der Rheinbundsacte.

[3] In der abschriftlich beiliegenden Ratifikation vom 3. Februar genehmigt der Kurfürst den Vertrag, mit dem Vorbehalte: «qu'il ne pourra jamais être déduit du 1er article du présent traité aucune sorte de renonciation relative aux dépendances de la principauté supérieure de nos états, sur lesquelles la maison d'Autriche, lorsqu'elle possédait le Landgraviat de Nellenbourg, le Comté de Hohenberg etc., faisait ou exerçait des prétentions de souveraineté, de suzeraineté ou autres droits quelconques, persistant bien au contraire à soutenir invariablement la conservation libre et sans aucune atteinte des dites dépendances contre toute contestation étrangère entièrement annullée en vertu de l'article 2 du traité de Brunn (sic!), référée précisément à cet effet dans l'article 1er susmentionné».

525. Graf Wintzingerode an Talleyrand.

Stuttgart, 20. Januar 1806.

[Bemerkungen König Friedrichs zu dem Allianzvertrage. Hoffnung auf Zustimmung Napoleons.]

La confiance du Roi dans S. M. l'Empereur et Roi et en même temps le désir de s'assurer aussi dans cette occasion son opinion a dicté les observations jointes au projet de la convention. Elle réunissent peut-être ce que les intérêts de la France et la dignité de ses alliés peuvent exiger et S. M. I. et R., dont l'esprit embrasse si facilement les objets et voit si promptement jusqu'au bout la pensée qu'on lui présente, ne refusera pas sa haute approbation aux changements proposés dont V. Exc. n'a pas méconnu l'utilité, j'ose dire la nécessité.

L'alliance dont à l'époque du 5 octobre je fus du côté du Wurtemberg le premier instrument n'aura que des résultats heureux, et pour prospérer sous la conduite supérieure de Napoléon et l'influence de son ministre, je crois offrir ci-joint le moyen.

Agréez etc.

Pariser Archiv.

526. Württembergische Randbemerkungen zu dem Allianzvertrage[1].

(20. Januar 1806.)

Art. 1.

Accepté, sauf l'arrangement définitif à faire sous la médiation de Sa Majesté l'Empereur des Français.

Art. 2.

Les hautes parties contractantes s'engagent, au cas que les difficultés ou discussions, qui pourraient s'élever entre elles, ne puissent s'arranger à l'amiable, de s'en rapporter à S. M. l'Empereur Napoléon comme arbitre et d'acquiescer à ses décisions.

Art. 3.

Est contenu dans ce que ci-dessus, autant qu'il peut subsister.

Art. 4.

Comme les petits princes et états de l'Empire ne sauraient être admis à ce pacte fédératif, ils doivent nécessairement rester entièrement étrangers à son objet.

[1] Beilage zu der Note Wintzingerode's vom 20. Januar. Wie man sieht, richtet sich der Widerstand Württembergs vor allem gegen die geplante Mediationscommission in Paris. Vergl. dazu auch den Briefwechsel zwischen König Friedrich und Napoleon. Correspondance de Napoléon I, 11, 572 und v. Schloßberger, Politische und militärische Correspondenz König Friedrichs von Württemberg, 48 ff.

Art. 5.

Est épuisé par l'article second.

Art. 6.

Les hautes parties contractantes s'engagent à ne point porter à la connaissance ni admettre les décisions de la Diète de Ratisbonne ou des tribunaux de l'Empire sur aucun des objets litigieux entr'eux, mais de suivre à cet égard les engagements pris par l'article 2e. Les ministres des hautes parties contractantes, résident (sic) à Paris et à Ratisbonne, seront instruits toujours, dans les affaires essentielles, avec ceux de S. M. l'Empereur de Français sur la manière de voter ou de se prononcer sur elles.

Art. 7.

Parfaitement d'accord.

Art. 8.

Parfaitement conforme.

Art. 9.

Dans le cas où une des puissances voisines armerait, les hautes parties contractantes, pour ne pas être prises au dépourvu, armeront pareillement d'après la demande qui en sera faite par le ministre de l'une d'elles, conjointement avec celui de S. M. l'Empereur des Français. Le contingent que chacun des alliés devra fournir pour le cas de guerre, sera divisé en quatre quarts, et l'on conviendra préalablement combien de quarts devront être rendus mobiles; mais l'armement ne sera effectué qu'en conséquence d'une invitation adressé par S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, à chacune des puissances alliées.

Art. 10.

Accepté, quant aux neuf mille hommes d'infanterie, mais quant à la cavalerie, l'on désirerait que le nombre en fût réduit à mille.

Art. 11.

Parfaitement d'accord.

Art. 12.

Il serait à désirer que l'admission d'aucun prince ou état à cet acte fédératif ne pût avoir lieu que du consentement unanime des hautes parties contractantes.

Art. 13.

Est étranger au Roi de Wurtemberg.

Art. 14.

Parfaitement admis quant aux états enclavés. Pour ceux qui ne le sont pas, les limites tirées pour les frontières des divers états les fixeront également; et il est sous-entendu que ces recrutements se feront d'après les principes de la conscription militaire.

Art. 15.

Se trouve épuisé par les arrangements qui vont être pris à Munich sous la médiation de S. M. l'Empereur des Français.

Art. 16.

Parfaitement d'accord.

Pariser Archiv.

---

527. Karl Friedrich an Napoleon[1].

Karlsruhe, 21. Januar 1806.

[Die Wiener Verhandlungen betr. genauerer Fixirung der Grenze gegen Württemberg. Memoire Reitzensteins. Beschwerden über die württembergischen Uebergriffe. Bitte um Remedur.]

Les rapports qui depuis 15 jours m'arrivent continuellement sur les empiètements insupportables que le Roi de Wurtemberg se permet au mépris de la foi des traités m'obligent, Sire, à recourir immédiatement à la justice et à la protection de V. M. I. et R. Elle seule pourra préserver mon pays des conséquences dangereuses que l'exécution des projets destructifs de mon voisin aurait sans faute . . .

Der Kurfürst verweist im Folgenden auf die Verhandlungen, welche Reitzenstein mit Talleyrand wegen der Grenzlinie im Breisgau zu Wien geführt, und beruft sich auf die Zusage des letztern, daß Württemberg nur das Amt Triberg erhalten solle; damit nicht zufrieden, habe er ausdrücklich gewünscht, daß jene Klausel durch einen Zusatzartikel genauer bestimmt werde.

. . . C'est en conséquence de ces instructions qu'au moment même de partir de Vienne il[2] remit un mémoire à Mr de Talleyrand où il eut l'honneur de lui exposer d'abord les espérances que j'avais eues d'obtenir le Brisgau, le plus ancien de mes domaines, en entier et sans déduction, ensuite la circonstance essentielle que ce n'était pas même le baillage de Triberg en entier, mais tout au plus le quart qui pourrait être qualifié d'enclave wurtembergeois; puis enfin les raisons qui devaient faire désirer une rédaction plus claire et moins sujette à être le prétexte d'envahissements ultérieurs[3]. C'est sur cette note que je suis encore à attendre la résolution définitive. Sur ces entrefaites et au moment où mes commissaires civils furent sur le point de se rendre dans le Brisgau pour en prendre possession,

---

[1] Mit der Ueberschrift: Copie d'un mémoire qui devait être présenté par S. A. S. E. à l'Empereur Napoléon lors de son séjour à Carlsrouhe, mais cette démarche n'ayant ensuite plus paru nécessaire, il n'en a fait usage qu'envers Mr le général Clarke, auquel Mr le ministre de cabinet Bon de Reitzenstein en a communiqué confidemment une copie le 2 février 1806 à Carlsrouhe.

[2] Reitzenstein.

[3] Das betr. Memoire fehlt in Karlsruhe und in Paris.

je fus honoré de la lettre de V. M. en date du 4 du courant par laquelle je connus Son intention par rapport à la suspensation de toutes occupations provisoires. Je fus tellement empressé de marquer mon respect à toutes les décisions de V. M. que dans le moment même j'envoyais l'ordre à ma commission de suspendre son départ et toutes mesures ultérieures . . .

C'est de cette déférence même, Sire, que le Roi de Wurtemberg, quoiqu'ayant reçu la même insinuation de la part de V. M. I., a cru devoir profiter pour faire occuper non seulement la seigneurie de Triberg, mais une étendue des $^2/_3$ du Brisgau jusqu'à une lieue de Fribourg, les couvents de St-Pierre, St-Märgen et, comme je crains de l'apprendre encore aujourd'hui, de St-Trudpert[1]. C'est dans le même système que les commissaires wurtembergeois ont occupé non seulement des parties intégrantes de la commanderie de Mainau, mais qu'ils ont encore exercé au profit de leur souverain et en conséquence de leurs instructions précises ce fameux droit d'épave si hautement désapprouvé par V. M., lorsque la cour de Vienne commit l'injustice de vouloir l'exercer.

Partout ils ont planté leurs poteaux, ils ont suspendu de leurs fonctions mes baillis, ils se sont en partie emparés des caisses et en partie ils les ont mis sous scellé ainsi que les archives; ils ont installé des baillis et leur ont fait prêter la promesse d'obéissance aux ordres de leur maître. Je passe sous silence une quantité d'autres faits dont l'un est toujours plus révoltant que l'autre. Je ne puis pas douter à la vérité que V. M. ne fasse incessamment remettre les affaires dans l'état où elles doivent être en vertu des traités, mais, Sire, l'occupation wurtembergeoise est un mal qui empire chaque jour et à chaque moment, si V. M. ne daigne pas envoyer sur les lieux l'ordre de faire rentrer les commissaires wurtembergeois dans les lignes qui leurs avaient été destinées et si Elle ne daigne pas faire appuyer l'exécution de cet ordre par une douzaine de gensd'armes. C'est en osant demander à V. M. avec la dernière instance une mesure pareille et en me réservant en outre d'obtenir du Roi de Wurtemberg satisfaction et indemnité pour le passé et garantie pour l'avenir que je mets à Ses pieds l'hommage du profond dévouement que j'ai conservé pour toujours à V. M.

Copie Edelsheims.

---

[1] Vergl. oben S. 449.

528. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 24. Januar 1806.

[Napoleon in Karlsruhe[1]. Günstiger Eindruck. Heirathsabrede. Sendung Reitzensteins und Geusau's nach Paris.]

. . . Le séjour de L. L. M. M. Imp^{les} et Roy^{les} à notre cour à été marqué par un contentement et une satisfaction complètes et réciproques. L'Empereur qui possède si éminemment l'art de gagner tous les cœurs, se les est attachés ici sans aucune exception, et je puis Vous assurer bien positivement que nulle part on ne saurait être plus profondement pénétré des sentiments d'admiration et de dévouement que Sa Majesté inspire partout à tant de titres. Dès le lendemain matin de Son arrivée Elle a décoré l'Electeur et le Prince électoral du grand cordon de la légion d'honneur. En même temps Elle a daigné demander à S. A. S. les marques de son ordre de la fidélité et en a porté la plaque jusqu'à Son départ.

S. M. s'est rendue seule dans la matinée chez Mme la Margrave: cet entretien confiant et affectueux qui doit avoir duré près de deux heures a eu les plus heureux résultats. Le mariage projeté entre notre Prince électoral et Mlle Beauharnais, Princesse du rang impérial de France, a été convenu d'un commun accord et consentement. S. M. l'Empereur a tout de suite nommé M^{r} le général Duroc, grand-maréchal de son palais, son commissaire pour traiter à Paris tout ce qui concerne cet objet avec les commissaires que l'Electeur va y envoyer incessamment pour faire la demande solennelle de la Princesse et conclure ensuite le contrat de mariage. Ce sont L. L. E. E. M^{r} le grand-chambellan Bon de Geusau et M^{r} le ministre du cabinet Bon de Reitzenstein que Msgr. l'Electeur a proposés à cet effet . . . Ils partiront vraisemblablement au commencement de février et Msgr. le Prince électoral se rendra également à Paris un peu plus tard, mais pour y prolonger, à ce que je crois, son séjour ensuite jusqu'à l'époque du mariage, ainsi qu'il paraît être l'intention de S. M. l'Empereur.

---

529. Markgräfin Amalie an die Landgräfin Amalie von Hessen-Homburg[2].

Karlsruhe, 28. Januar 1806.

[Unterredung mit Napoleon. Die Vermählung des Kurprinzen mit Stephanie Beauharnais entschieden.]

Il y a trois jours que je projette de Vous répondre, chère sœur, sans le pouvoir, je ne suis pas malade, mais ma tête me fait souffrir, cela vient

---

[1] Ueber Napoleons Aufenthalt in Karlsruhe vergl. v. Weech, Geschichte der Stadt Karlsruhe, I, 199.

[2] Schwester der Markgräfin.

des nerfs. Il n'est pas étonnant, car Dieu sait que j'éprouve bien de peines et soucis depuis 4 mois. Enfin il est décidé que mon fils épouse une Mlle de Beauharnais qui sera faite Princesse de France, il y a consenti sans peine et son grand-père de même; j'ai combattu tout seule pendant quatre semaines. Le séjour de l'Empereur ici a décidé la chose. Il a été si aimable et prévenant pour moi que dans une tête-à-tête d'une heure je lui ai parlé franchement. Il m'a écouté avec complaisance et, si Charles m'eût secondé, il aurait cédé à mes répresentations, car vraiment il y paraissait disposé et même goûtter (sic!) le projet que je lui avais proposé. Enfin Charles le veut, il y attache son bonheur futur. Dieu veuille que ce but soit rempli. Il faut pourtant que j'ajoute qu'il ne connaît pas la jeune personne et que, si l'Empereur ne m'eût dit qu'elle est jolie, il l'ignorerait encore. Est-ce que Vous me désapprouvez, chère sœur, d'avoir voulu empêcher cette union? En attendant, je me prépare à quitter la cour et faire mon établissement qui sera fort augmenté, bien plus que je ne l'osais l'espérer. J'aurai le château de Bruchsal à ma disposition, il me convient fort, mais pas la ville . . .

Kaiserin Josefine wird ein Schreiben der Landgräfin nach ihrer Rückkehr nach Paris beantworten.

L'Empereur m'a dit: «pourquoi ne m'aimez-Vous pas? et Vos sœurs aussi? Oh, j'en excepte la Landgrave de Hombourg, c'est une femme d'un grand mérite et fort aimable.» Je crois que Vous avez raison: un grand bonheur rend meilleur, car vraiment il a surpassé mon attente, je croyais qu'il ne me traiterait pas bien, et c'est tout le contraire . . .

Eigenhändig. Staatsarchiv Darmstadt.

---

530. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 29. Januar 1806.

[Intriguen Thiards gegen Dalberg. Erhaltung der Reichsstädte und Reichsgrafen. Schreiben des Kurerzkanzlers.]

Heute Vormittag fand der erste Empfang des diplomatischen Corps nach Napoleons Rückkehr statt; der Kaiser behandelte Dalberg freundlich, ebenso Talleyrand.

. . . Ayant cherché à connaître près du dernier ce qui pouvait avoir autorisé Mr Thiard à dire à Carlsrouhe des choses si particulières et que d'autres doivent lui avoir suggérées sur mon compte, il m'a répété que tout cela n'avait pas le sens commun, que Mr de Thiard n'avait eu aucune insinuation à cet égard, et qu'il ne savait pas ce que cela signifiait. Je me suis enfin persuadé plus que, je ne l'étais déjà, que cet illustre négociateur a fait ses coups d'essai en vrai partisan et que les succès qui en ont résulté et pour la cour de Bade et pour lui sont bien plus l'effet de la position morale de cette cour que de ses talents. S'il a

voulu me faire remplacer par M[r] de Haynau, il faut assurément lui avoir de la reconnaissance du choix qu'il a fait . . .

M[r] Abel a reçu à ce qu'il me dit les assurances les plus positives sur la conservation des cinq villes impériales . . .

M[r] le C[te] de la Leyen et plusieurs autres comtes d'Empire ont reçu l'assurance que leurs droits et leur existence ne souffriraient aucune atteinte.

Une lettre de l'Electeur Archichancelier de l'Empire à M[r] de Beust porte la phrase: »L'Allemagne offre le tableau de l'anarchie la plus horrible; l'Empereur et M[r] Talleyrand m'ont promis d'y mettre des bornes. Je ferai mon devoir à la Diète et je Vous invite, Monsieur, à suivre, comme Vous l'avez fait, les négociations qui peuvent ramener l'ordre et la tranquillité à notre patrie« . . .

Je suppose que tout ce qui a rapport aux intérêts de la cour de Bade a été réglé. Me trouvant ici instruit de rien, je dois même éviter de causer sur cette matière avec ceux qui pourraient me donner quelques renseignements . . .

---

531. Reitzenstein an den Geheimen Rath[1].

Karlsruhe, 31. Januar 1806.

[Rathschläge für die Münchener Verhandlungen. Abkommen mit Taxis wegen der Posten. Das Rekrutirungswesen und die kleinen schwäbischen Kreisstände. Vertrauen derselben auf Baden; Forderungen Badens. Feststellung der Landesgrenze; Wünsche bezüglich des obern Fürstenthums und der Pfalzgrafschaft.]

Bereits am 15. d. wurde mir von dem französischen Minister H. von Talleyrand der Entwurf eines auf die Verhältnisse der drei Höfe von München, Stuttgart und Karlsruhe Bezug habenden Staatsvertrages mitgetheilt, der dem größten Theil seines Inhalts nach die Bestimmung hat, vollkommen geheim zu bleiben. Nach Durchgehung dieses Entwurfs fand ich solchen dem Interesse und der Erhaltung des Ruhestandes der kurf. Lande im höchsten Grade angemessen, und fand mich blos veranlaßt, einige Anmerkungen zu machen, die sogleich für billig erkannt und dem Concept insoferne einverleibt wurden, daß vorzüglich der 1. und 2. Artikel der Brünner und Wiener Verträge vom 12. und 20. Dec. v. J. darin allegirt und dadurch die Gründe, den württembergischen Eingriffen im obern Fürstenthum zu begegnen, von Neuem bekräftigt und anerkannt worden. Des folgenden Tags, am 16[ten], erfolgte von königlich bayerischer Seite der Beitritt hierzu, und erst am 21[ten] habe ich Serenissimi Electoris Intention gemäß diese Convention mit dem französischen H. Minister unterzeichnet und das eine Exemplar Serenissimo zu Handen gestellt. Nach dem 15. Artikel dieses Vertrags, dem einzigen, welcher in diesem Augenblick Vorkehrungen nöthig macht, sollen Bevollmächtigte der obengenannten drei Höfe des südlichen Deutschlands

---

[1] Mit der Aufschrift: „Unterthänigste Anzeige".

in München zusammentreten und unter Vermittlung des dortigen französischen Gesandten H. Otto, welcher deshalb bereits die nöthigen Instruktionen erhalten hat, über folgende Punkte eine freundschaftliche Uebereinkunft zu Stande zu bringen suchen:

1. über die Pensionirung und Sustentation der durch die dermaligen Besitzergreifungen depossedirten Geistlichen und Mitglieder der beiden Ritterorden;

2. über die Art und Weise, wie die Aufhebung der taxischen Reichs- und Einführung der Territorialposten in den drei Staaten nicht nur ohnschädlich für ein so nöthiges und gemeinnütziges Institut gemacht, sondern dasselbe noch verbessert werden könne;

3. über das Rekrutirungswesen im sogenannten südlichen Deutschland;

4. endlich und hauptsächlich über die genaue Bestimmung unveränderlicher Territorialgrenzen zwischen den drei Staaten, wobei die Hauptabsicht dahin geht, die durch die bisherigen Occupationen ritterschaftlicher, Johannitermeister- und Deutschorden'scher Besitzungen entstandenen Collisionen zu heben. Eine Folge des Beitritts Serenissimi zu dieser Convention ist daher nun die nothwendige Absendung eines Bevollmächtigten nach München. Man wird inzwischen allgemein einsehen, daß eine Arbeit von solchem Umfang einem Manne nicht wohl aufgetragen werden könne, und in dieser Hinsicht schlage ich ohnmaßgeblich die beiden Herrn Geh. Referendäre Hofer und Maler dazu vor[1]. Ich muß daher dem hohen kurf. Geh. Rathscollegio anheimstellen, ob nicht solches aufs ungesäumteste sich mit dem Entwurf einer Vollmacht und Instruktion für diese beiden Abgeordneten beschäftigen wolle. In Ansehung der letzteren bemerke ich blos vorläufig ad

1. daß die Bestimmung der Alimentarpensionen am zweckmäßigsten und kürzesten nach den Grundsätzen des Deputationshauptschlusses abgemessen werden könnte;

2. daß, da das Territorialpostwesen, wenigstens in den hiesigen Landen, einen bedeutenden finanziellen Gewinn wohl schwerlich abwerfen wird, die hauptsächlichste Wichtigkeit also in Wegräumung der Staatsservitut und Anerkennung der landesherrlichen Oberpolizei bestehe, es Serenissimi höchster Intention wahrscheinlich ganz angemessen sein dürfte, das Gesuch des Herrn Fürsten von Taxis, ihm die Posten als badisches Thronlehen und unter kurf. Landeshoheit zu belassen, insoferne zu bewilligen, als wenigstens von Seite Bayerns ein Gleiches geschehen wird. Der Generalpostdirector von Brints hat am 16ten dieses, als er aus einer Audienz bei des französischen Kaisers Majestät zurückkam, mit mir über diesen Gegenstand gesprochen und mir im Voraus zugesichert, daß sich der Herr Fürst alle und jede Modifikation, die man nur verlangen werde, gefallen zu lassen

---

[1] Dem Vorschlage entsprechend werden Hofer und Maler zu Commissären für die Münchener Verhandlungen ernannt. Ihre Vollmacht datirt vom 31. Januar; «loco instructionis» erhalten sie den vorstehenden Bericht Reitzensteins.

bereit sei, und dabei unbegrenztes Vertrauen auf die Humanität von Bayern und Baden, hingegen einen um so größeren Schrecken über die inhumane Denkungsart des Königs von Württemberg bezeugt;

3. die veränderte Einrichtung des Rekrutirungswesens im südlichen Deutschland gehört eigentlich zu jenen Punkten, die aufs allergeheimste behandelt werden sollten. Allein die mindermächtigen Reichsstände, welche dadurch betroffen werden, haben ohne Zweifel Mittel gefunden und zwar, wie es mir scheint, selbst von Paris aus, von dieser Gelegenheit und andern unterrichtet zu werden. Es hat mir daher, als ich mich am 19ten dieses zu früh bei meiner Durchreise durch Donaueschingen eine Stunde dort aufhielt, der fürstenbergische Präsident von Kleiser im Namen seines und des hohenzollerischen Hofes interessante Eröffnungen gemacht. In ganz Schwaben ohne Ausnahme ist das Zutrauen auf Kurbaden ebenso unbegrenzt, als unbeschreiblich der Haß und das Entsetzen für Württemberg ist.

Bereits in Wien hatte ich über die Verhältnisse der mindermächtigen Stände eine Unterredung mit dem Herrn Fürsten von Metternich, die ich dazu zu benutzen suchte, ihm die Nothwendigkeit begreiflich zu machen, daß diese Stände, ihrer eigenen Conservation gegen Württemberg zu lieb, Kurbaden als ihren Protektor ansehen und annehmen müßten. Ich kam mit ihm überein, daß er eine Zusammenkunft von Abgeordneten dieser Stände auf Ende gegenwärtigen Januarii-Monats veranlassen und ich meinerseits Serenissimo unterthänigst vorschlagen wolle, den Herrn Geheimen Referendär Hofer, dessen genaue Kenntniß der schwäbischen Verfassung keinem Kreisstand ohnbekannt sei, an den Ort der Zusammenkunft zu schicken, um sich zu überzeugen, ob jenes vertrauensvolle Zusammenwirken, ohne welches sämmtliche mindermächtigen Stände sich für verloren halten dürften, existire, und sich dann über die Grundlage eines solchen Operationsplans zu besprechen, der zur Erringung beiderseitiger Wünsche den Weg bahnen könne. Ohne Zweifel haben gedachte Stände in der Zwischenzeit Nachricht bekommen, die ihre Unruhe und mit solcher ihre Begierde, sich unbedingt in die Arme Kurbadens zu werfen, vermehrt haben: denn Herr von Kleiser eröffnete mir, Fürstenberg und Hohenzollern, dem sich ohne Zweifel die Totalität aller übrigen schwäbischen Kreisstände anschließen würde, wünschten beiderseits, daß Kurbaden die ausschließliche Rekrutirung in ihren Landen zugewiesen werde, und er dürfe mich autorisiren, bei den, wie er wisse, nahe bevorstehenden Unterhandlungen über diesen Punkt mich geradezu selbst bei dem französischen Herrn Minister auf ihn zu berufen[1].

---

[1] Auch der Präsident von Kleiser gedenkt in seiner handschriftlichen „Hauptrelation über die vormundschaftliche Administration des Landgrafen Joachim Egon von Fürstenberg in den Jahren 1805/6", deren Original im Donaueschinger Archiv liegt, in § 23 der Unterredung mit Reitzenstein. Aus seiner Darstellung ergibt sich zugleich, daß die Angelegenheit, obgleich der badische Minister weiteren schriftlichen Bescheid in Aussicht ge-

Die obenerwähnte Zusammenkunft der mindermächtigen Stände ist nun wirklich auf den 4. Februar ausgeschrieben, und der Geh. Referendär Hofer von dem Präsidenten von Kleiser per privatas davon benachrichtigt worden. Ich habe es für das Zweckmäßigste gehalten, mit gedachtem H. Geh. Referendär darüber übereinzukommen, daß derselbe in seiner Antwort die diesseitige Zufriedenheit damit ausdrücken wolle, wann sämmtliche übrigen Stände ganz ohne irgend einigen fremden Einfluß, also auch selbst ohne den diesseitigen, über die Mittel, ihre Existenz zu sichern, sich berathschlagten, wo es dann selbst von ihnen abhängen würde, ob sie nach geendigter Conferenz Jemand aus ihrem Mittel nach München zu denjenigen Commissarien schicken wollten, welche der hiesige Hof dahin zu einer Conferenz abzusenden im Begriff stehe, bei welcher mehrere in die innere Verfassung eingreifende Gegenstände zur Sprache kommen dürften. Es ist nun zu erwarten, welchen Erfolg diese nach Ochsenhausen ausgeschriebene Zusammenkunft haben werde, bei der Münchener Conferenz aber scheinen mir die zwei Rücksichten die wichtigsten zu sein: einmal nämlich, daß man die ausschließliche Rekrutirung, wenigstens im Fürstenbergischen, Geroldseckischen und Schwarzenbergischen, auch womöglich in Schussenried erhalte; sodann daß, da die angegebene Grenze zwischen dem Rhein und dem Inn blos die Linie von Westen nach Osten und nicht auch zugleich von Süden nach Norden begreift, in Ansehung des letzteren die diesseitige Rekrutirungsbefugniß wenigstens noch auf das Leiningische durchgesetzt, und wo immer möglich auf das Erbachische, Krautheimische, Schönburgische und Löwenstein-Wertheimische diesseits des Mains, der zur nördlichen Grenze anzunehmen wäre, extendirt werde.

Ad. 4. Der Punkt der Territorialgrenze ist wohl der wichtigste von allen. Da derselbe bei der dem General Clarke jetzt übertragenen Berichtigung[1] der breisgauischen Grenze im ganzen Umfang der badischen Markgrafschaft und des Herzogthums Zähringen im Ganzen keine bedeutenden Schwierigkeiten darbieten wird, so sind vorzüglich noch die beiden Punkte des obern Fürstenthums und der badischen Pfalzgrafschaft zu berücksichtigen übrig. In Ansehung des ersteren wäre freilich der natürliche Wunsch und das Vortheilhafteste durch die mit dem Siegel der französischen Autorität zu legitimirenden Occupationen eine Contiguität zwischen sämmtlichen Bestandtheilen dieses Fürstenthums, einschließlich des Biberacher Gebiets, zu erwirken. Sollte aber dieses nicht zu erhalten möglich sein, so wird

stellt, zunächst ruhte, bis Anfangs März die Verhandlungen über einen militärischen Anschluß Fürstenbergs an Baden in Paris wieder aufgenommen wurden und Kleiser auf Reitzensteins Wunsch diesem den Entwurf einer Uebereinkunft überreichte, der in Karlsruhe vorgelegt werden sollte. Am 10. März berichtete Reitzenstein darüber in Kürze seinem Hofe, mit dem Bemerken, Kleiser werde sich alle Modifikationen, „die die fürstenbergische Immedietät nicht bereits dermalen compromittiren", gefallen lassen; in seinen späteren Berichten kommt er aber auf das Projekt nicht mehr zurück.

[1] Durch kaiserlichen Erlaß vom 20. Januar. S. oben S. 449.

blos einerseits auf der Contiguität der am Bodensee liegenden Theile des Fürstenthums bis einschließlich Pfullendorf und andern Theils auf den Occupationen der an das Biberacher Gebiet unmittelbar stoßenden Ortschaften mit um so mehrerm Grund zu bestehen sein, als weder Bayern noch Württemberg gleich gerechte Ansprüche an die alsdann zu occupirenden Orte haben. In diesem Falle bliebe freilich die Verbindung mit Biberach unterbrochen. Allein man würde sodann dieses letztere mittelst der Occupation[en], zu denen es durch die zerstreute Lage seiner Ortschaften so schöne Gelegenheit darbietet, ansehnlich vergrößerte Gebiet zu einem interessanten Tauschobjekt mit Württemberg, dem es wegen der Nähe von Ulm wichtig sein muß, bestimmen können. Sollte aber auch nicht einmal so viel durchgesetzt werden, vielmehr Bayern und vorzüglich Württemberg keine Gründe der Billigkeit anhören wollen, so bliebe freilich nichts anderes übrig, als die endliche Auseinandersetzung nach Paris zu verweisen und dem französischen H. Minister Otto dadurch, daß man ihn von der Mäßigkeit und Billigkeit der diesseitigen Wünsche womöglich überzeugt, zu einem günstigen Bericht an sein Gouvernement zu disponiren.

Ein Hauptpunkt, von dem man meines Erachtens und den mir bereits bekannten Gesinnungen Serenissimi gemäß schlechterdings nicht abgehen kann, ist die Beibehaltung mit völliger Landeshoheit all jener Zugehörden des obern Fürstenthums, welche von Oesterreich sub rubro Nellenburg, Hohenberg u. dergl. theils angesprochen, theils als Folge des famosen Incamerationssystems sequestrirt worden waren. Ebensowenig wird man die von Württemberg versuchte Einziehung der Freiburger Universitätsgüter und Gefälle in dem Oesterreichischen sich gefallen lassen dürfen, da solche weder für ritterschaftlich, noch Ordens-, noch eigentliche Klostergüter mehr angesehen werden können, folglich Württemberg durchaus keinen Grund zu deren Occupation für sich hat.

In Ansehung der Pfalzgrafschaft endlich und der Grenzbestimmungen im Kraichgau sind die abzusendenden Herren Bevollmächtigten durch Herrn Hofrathsdirector von Dawans von allem, was auf das diesseitige Interesse Bezug hat, bereits in so vollständige Kenntniß gesetzt worden, daß mir auch nicht das Geringste beizusetzen übrig bleibt.

Abschrift.

---

532. Reitzenstein an Edelsheim.

Karlsruhe, 3. Februar 1806.

[Ratifikation des Vertrages vom 21. Januar mit Vorbehalt.]

Legt den geheimen Vertrag mit Frankreich vom 21. Januar 1806, nachdem der Kurfürst denselben gebilligt, zur Ausfertigung der Ratifikationsurkunde vor, mit dem unmaßgeblichen Rathe, „dieser Ratifikation den ausdrücklichen Vorbehalt beizufügen, daß aus dem ersten Artikel . . . keine Entsagung auf diejenigen Zubehörden des obern Fürstenthums, auf welche Oesterreich als Besitzer der Landgrafschaft Nellenburg, Graf-

schaft Hohenberg rc. Landeshoheits-, Lehens- und Incamerations-Ansprüche gemacht oder ausgeübt, zu involviren sei, vielmehr auf ungestörter Erhaltung dieser Zubehörden, frei von allen fremden Ansprüchen schlechterdings bestanden werde"[1].

---

533. Talleyrand an Otto.

Ende Januar — Anfang Februar 1806[2].

[Instruktion für die Münchener Verhandlungen. Feststellung des Besitzstandes auf Grund des Preßburger Friedens, auch bezüglich der lehensherrlichen Rechte. Rekrutirungsbezirke. Posten. Pensionen.]

S. M. S'est entendue avec Ses alliés dans le midi de l'Allemagne sur les moyens de terminer incontinent et à l'amiable toutes les difficultés qu'ils pourront occasionnellement avoir les uns avec les autres ou avec des petits princes et états leurs voisins.

Mais s'il importe de terminer promptement les difficultés qui seraient une fois survenues, il n'est pas moins essentiel de pourvoir à ce qu'il n'en puisse survenir que très rarement et de détruire, autant que possible, les causes capables d'en faire naître.

C'est pour cela qu'une convention particulière a été jugée nécessaire et, S. M. Se confiant dans les lumières et le zèle de Mr Otto, l'a choisi pour la négocier et la conclure avec les plénipotentiaires des cours de Munich, Stoutgart et Carlsrouhe[3].

Cette convention devra:

1⁰. Fixer l'état de possession de chacune des trois cours alliées, relativement aux droits domaines et territoires à elle cédés par le traité de Presbourg;

2⁰. Fixer pareillement les limites des territoires des alliés, dans les points où ils sont contigus;

3⁰. Rectifier, si besoin est et autant que possible, ces limites;

4⁰. Purifier les territoires respectifs par des échanges praticables et réciproquement avantageux, afin de prévenir les contestations qu'un mélange de possession peut si facilement occasionner.

Tout ce qui concerne la fixation des limites, leur rectification et la purification des territoires doit dépendre de la volonté et des convenances des cours alliées et la France n'y peut intervenir que comme médiatrice, mais, quant aux cessions faites par la maison d'Autriche, comme c'est la France qui les a obtenues et avec elle qu'elles ont été stipulées, c'est à la fois un droit et un devoir pour elle d'intervenir pour en fixer la nature

---

[1] Dem Vorschlage wird entsprochen; vergl. oben S. 522.

[2] Im Original der Vermerk: vers février.

[3] Vergl. oben Nr. 515.

précise et aplanir ou prévenir les difficultés que l'incertitude à cet égard a déjà fait ou pourrait faire naître.

Les possessions de la Maison d'Autriche en Souabe étaient partagées en cinq ou six divisions ou seigneuries distinctes, composées chacune non d'un territoire renfermé dans une seule et même circonscription, mais de territoires épars. Il était impossible de spécifier dans le traité de cession les dépendances de chaque seigneurie, les négociateurs autrichiens ne les connaissaient pas eux-mêmes et cela aurait exigé des recherches qui auraient prodigieusement retardé la conclusion de la paix.

De là il est résulté que plusieurs des cours alliées ont prétendu la propriété et fait prendre possession d'un même territoire.

C'est un inconvénient auquel il faut remédier et qu'il faut prévenir pour l'avenir, en spécifiant maintenant, qu'on peut le faire à loisir en examinant les titres, les dépendances de chaque seigneurie cédée.

Les mêmes difficultés existent et peuvent exister relativement aux droits de suzeraineté inhérents à chaque seigneurie, plusieurs des cours alliées ayant prétendu les mêmes droits sur un même territorire ou domaine.

Ces difficultés doivent être aplanies ou prévenues par une énonciation complette des droits inhérents à chaque seigneurie.

Et quant aux droits de suzeraineté que la Maison d'Autriche exerçait en Souabe, il faut les distinguer en deux classes.

Les uns tenaient aux seigneuries qu'elle avait en Souabe; elle les a cédés avec ces seigneuries.

Elle possédait les autres, soit à un titre général et pour ainsi dire abstrait, soit comme inhérents à des seigneuries qu'elle a conservées.

Ceux sur qui ces droits s'exerçaient relevaient ou de la Maison d'Autriche purement et simplement ou de l'archiduché d'Autriche et de la cour féodale de Vienne.

Ces droits la Maison d'Autriche ne les a point cédés, elle y a seulement renoncé. Ils sont conséquents[1] . . . au profit des vassaux et il serait injuste de les faire revivre au détriment de ces mêmes vassaux et au profit de qui que ce soit.

Mr Otto n'aura point d'ailleurs à examiner quels de ces droits sont compris dans la première classe et quels dans la seconde. Il suffira qu'il soit reconnu par une stipulation générale que ceux-ci sont éteints au profit des princes et états sur lesquels ils pesaient, parce que [ce] sera à ces princes et états de justifier qu'ils sont dans le cas de la stipulation, s'ils en réclament le bénéfice.

Il a été convenu entre les puissances alliées, qu'il ne pourra être fait de recrutement dans les territoires des petits princes et états entre le

[1] Das folgende Wort unleserlich.

Rhin et l'Inn que pour le service des trois cours alliées, et que les lieux où chacune d'elles pourra faire recruter seront déterminés par la convention.

L'arrondissement assigné pour cet objet à chacune des trois cours doit être, quant à la situation, le plus près de ses états qu'il sera possible, et quant à l'étendue, il doit être proportionné aux contingents que les trois cours doivent respectivement fournir pour le cas de la guerre.

Le contingent de la Bavière sera de 25 000 hommes;

celui de Wurtemberg de 10 500;

celui de Bade de 4 500.

La convention devra aussi établir, relativement aux postes, le modèle plus commode et le plus avantageux, tant pour la France que pour chacune des cours alliées.

Mais sur ce point, comme il doit être demandé des renseignements à l'administration générale des postes qui seule peut dire ce qui est le plus utile pour la France, Mr Otto attendra des instructions ultérieures.

Enfin il sera nécessaire de régler les pensions à faire aux chevaliers ou religieux dépossédés en conséquence des derniers traités. Ces pensions à la vérité ne doivent pas être à la charge de la France, mais comme c'est en vertu des stipulations faites avec elle qu'ont été ou seront dépossédés les chevaliers ou religieux dont il s'agit, elle se doit à elle-même de concourir à assurer leur sort. S. M. le Roi de Bavière paraît disposé à prendre pour base les dispositions du dernier recès de l'Empire. Plus le mode adopté sera favorable aux individus dépossédés et plus agréable à S. M. qui, consentant à ce que le bien général exigeait, a désiré qu'il n'en résultât que le moindre mal possible pour les individus.

Si dans le cours de la négociation Mr Otto qui en doit faire connaître exactement les progrès a besoin de renseignements, d'éclaircissements ou de directions particulières sur quelques points, ils lui seront adressés sans retard.

Concept. Pariser Archiv.

534. Graf Wintzingerode an Talleyrand.

Paris, 12. März 1806.

[Württemberg zur Unterzeichnung des Januarvertrages bereit bei Annahme gewisser Zusatzartikel. Einschränkung des Einflusses der Pariser Mediatscommission.]

Le soussigné, premier ministre d'état et du cabinet de S. M. le Roi de Wurttemberg, a rendu compte au Roi, son maître, comme quoi dans la conférence, qui eut lieu lundi 3 de mars entre S. Exc. Mr de Talleyrand, grand-chambellan et ministre des relations extérieures de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et lui, Son Excellence lui a témoigné le désir d'une accession pure et simple à la con-

vention proposée de la part de Sa Majesté Impériale et Royale à L. L. M. M. les Rois de Wurtemberg et de Bavière, à S. A. S. l'Electeur de Bade et à la République Helvétique, quitte à se réserver au nom de S. M. le Roi de Wurtemberg quelques modifications qu'Elle a voulu y voir apportées.

Le soussigné, d'après les ordres reçus, a l'honneur d'annoncer à S. Exc. que S. M. le Roi de Wurtemberg l'a autorisé à signer le pacte fédératif, tel qu'il a été proposé, si, pour ne rien changer à l'acte déjà existant, Son Excellence veut, par une expédition séparée à signer entre Elle et le soussigné, admettre les 4 articles additionnels et explicatoires énoncés dans la pièce ci-jointe.

S. M. le Roi de Wurtemberg est trop convaincue que S. M. Impériale et Royale rend justice aux motifs qui doivent l'engager à demander ces explications et la lettre de l'Empereur au Roi du 2 février[1], dont le soussigné pourra faire part à Son Excellence, en reconnaît elle-même l'admissibilité, pour douter que Son Excellence puisse vouloir se refuser à Sa juste attente.

Le soussigné est autorisé, après avoir reçu la déclaration de Son Excellence, de Lui demander l'heure pour signer avec Elle l'acte fédératif et saisit avec empressement cette occasion pour lui renouveler l'assurance de la considération la plus haute et la plus illimitée.

Pariser Archiv.

Beilage.

Articles additionnels et explicatoires.

Article 1.

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie et L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg, S. A. S. l'Electeur de Bade et la République Helvétique sont convenues, que les articles 2, 3 et 4 du traité fédératif ne contraindront les hautes puissances contractantes que pour les premières années, ainsi que la durée d'une commission à établir y sera restreinte, et pour le temps seulement, où les nouvelles frontières à déterminer entre les états de Bavière, de Wurtemberg et de Bade la rendront nécessaire.

Article 2.

Dans les cas où des différends à naître seraient soumis à l'arbitrage de S. M. Impériale et Royale, les ministres commissaires des cours intéressées exclusivement en prendront connaissance, seront seuls admis aux séances et seuls auront influence et part aux résultats.

Article 3.

Les hautes parties contractantes sont convenues entre elles qu'aucun

---

[1] v. Schloßberger, a. a. O., 49.

prince ou état ne pourra être admis au pacte fédératif que du commun accord de toutes les parties intéressées.

Article 4.

Les dites hautes puissances contractantes sont convenues de n'admettre aucune plainte, réclamation ou demande quelconque auprès de la commission établie à Paris que de la part d'une des hautes parties contractantes.

Les dits articles ci-dessus, quoique faits séparément, seront regardés comme partie intégrante du traité et comme s'ils y étaient insérés littéralement.

---

535. Otto an Talleyrand.[1]

München, 15. März 1806.

[Uebersendung des Mediationsplanes. Motivirung. Bedrohte Stellung des hohen Adels. Ausschreitungen Württembergs. Anarchie in Schwaben. Bitte um Entscheidung.]

Convaincu de l'impossibilité de concilier en détail les diverses prétentions des trois cours alliées, j'ai pris le parti de remettre aux plénipotentiaires respectifs un plan général de conciliation dont je joins ici la copie. La complication des droits et les discussions qui en sont la suite auraient entravé pendant plusieurs années la marche de la négociation et les trois alliés se seraient fait la guerre avant de la terminer. Les plénipotentiaires respectifs ont eux-mêmes senti l'impossibilité de s'arranger et ils m'ont prié d'engager S. M. l'Empereur à prononcer, bien convaincus que leurs cours, (à l'exception peut-être de celle de Stoutgart) se soumettront à sa décision suprême sans aucune difficulté. Les états du second rang, opprimés de toutes parts, sont aussi venus me conjurer de recommander leurs intérêts à Sa Majesté. Toute cette partie de l'Allemagne ne reconnaît aujourd'hui d'autre autorité que celle de la France, et si quelques légistes s'avisent encore d'envoyer des représentations à Ratisbonne, ils sont formellement désavoués par leurs commettants.

En rédigeant le projet de convention ci-joint, mon premier but a dû être de suivre l'esprit de l'acte fédératif proposé par V. Exc. et de lier les trois souverains par un nouveau droit public de manière à les mettre dans l'impuissance de se rattacher au Corps Germanique. Connaissant la grande

[1] Ich beschränke mich bezüglich der Münchener Verhandlungen, die ja für Baden zu keinem Ergebniß geführt haben, auf die Mittheilung des Otto'schen Mediationsprojektes und des Berichtes, mit dem dasselbe eingesandt worden ist, und verweise im Uebrigen auf die Relation Hofers vom 30. Juni (Nr. 537), die genügend über den Verlauf der Verhandlungen orientirt. Die Berichte Ottos, die für eine Geschichte dieser Münchener Conferenzen viel werthvolles Material enthalten, finden sich im Fonds Bavière vol. 182 des Pariser Archives des Auswärtigen Amts.

influence qu'exerce en Allemagne la haute noblesse, j'ai dû attirer dans le système français celle de la Souabe, en assurant son existence contre les violences immédiates des cours et de leurs subordonnés. Je dis *immédiates*, car depuis la suppression des chapitres et des privilèges du Corps Equestre, on peut prévoir que cette existence ne sera pas d'une très longue durée. Mais en attendant, l'intervention généreuse de la France influera beaucoup sur la conduite de cette classe nombreuse, qui s'habituera à chercher à Paris l'appui qu'elle a vainement imploré depuis quelques années à Vienne, et Sa Majesté sera virtuellement Empereur de cette partie de l'Allemagne.

La note que j'ai l'honneur de joindre ici renferme les motifs ostensibles de la rédaction de cette convention. Le plus pressant est de mettre fin à une sorte de brigandage dont, depuis la guerre des paysans, il n'y a pas eu d'exemple en Allemagne. Le Roi de Wurtemberg et ses agents ne font aucune différence entre un état de l'Empire et un membre du Corps Equestre, et malgré la connaissance qu'il a de la protection particulière dont S. M. l'Empereur honore le Prince de Hohenzollern-Sigmaringen, il s'est avisé en dernier lieu de saisir toutes ses terres[1]. En Franconie il a traversé les états de Hohenlohe pour occuper des fiefs de cette maison; passant ainsi de fief en fief, il lui serait facile d'arriver jusqu'à Hambourg, car partout il trouverait des terres équestres. Les Princes de Hohenlohe, de Linange, de Lœwenstein-Wertheim et d'Erbach sont journellement exposés à ses invasions et ils s'occupent dans ce moment des moyens de former, sous la médiation de la France, une fédération pour se mettre à l'abri de ces violences.[2] Quant à la Souabe, il est impossible de concevoir une existence plus malheureuse que celle des grands propriétaires. La plupart ont des garnisons dans leurs châteaux et de séquestres sur leurs caisses. Les terres de quelques-uns sont saisies par trois souverains à la fois, d'autres sont obligés de se réfugier dans les villes où ils sont attaqués par des créanciers inquiets sur le sort de leurs capitaux. Tous implorent l'intervention de la France et la protection de l'Empereur, et les plus heureux sont ceux qui obtiennent de Mr le maréchal Berthier une garnison française.

Si de pareils désordres se commettent en présence de l'armée française, que peut-on espérer, quand cette armée aura passé le Rhin? Les

[1] Auch an anderer Stelle äußert sich Otto wiederholt in scharfen Ausdrücken über die Ausschreitungen der Württemberger und ihre maßlosen Ansprüche, welche ein gedeihliches Resultat der Münchener Conferenzen vereiteln. «La sagesse et la modération de la cour de Bade contraste éminemment avec cette arrogance et cette cupidité que rien ne peut réprimer à Stoutgart.» An Talleyrand, 16. März 1806.

[2] In seinen späteren Berichten befürwortet Otto dieses Projekt einer Union unter französischem Protektorat mehrfach, namentlich mit Rücksicht auf die strategische Wichtigkeit des in Betracht kommenden Gebietes, Odenwald und Spessart. Berichte vom 16. März und 10. April.

princes de Franconie sont décidés à se défendre contre Wurtemberg, les armes à la main. La confusion sera extrême, à moins que S. M. ne comprime la cupidité des princes du premier rang et surtout du Roi de Wurtemberg. Je supplie V. Exc. de me faire connaître le plutôt possible les intentions de l'Empereur . . .

P. S. . . . Les trois cours sont d'accord pour le fond du travail, qui assurera leur tranquillité future, mais chacune voudrait avoir un peu plus de terrain. J'ai tâché de les concilier en retranchant de tous côtés quelques prétentions.

---

536. Projet de convention entre L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et S. A. S. l'Electeur de Bade.

O. D. [15. März 1806.][1]

Art. I trägt die Ueberschrift: «De l'état des possessions des trois cours alliées». In § 1 verzichtet jeder der drei Souveräne auf alle Rechte und Ansprüche auf die den beiden andern durch den Preßburger Frieden und die Demarkationslinie zugewiesenen Besitzungen. § 3 bestimmt unter Zugrundlegung von Kolleffels großer Karte von Schwaben die Influenzlinie zwischen Bayern und Württemberg.

§ 4. a) La ligne de souveraineté et d'influence entre Wurtemberg et Bade partira de la ville de Heilbronn et suivra la route qui conduit par Eppingen à Bretten, y compris les banlieues que la dite route traverse;

b) elle passera ensuite aux anciennes frontières du Margraviat de Bade jusqu'

c) à la principauté d'Ettenheim—Oberkirch

d) et comprendra les territoires de Stühlingen et de Baar jusqu'à Tuttlingen qui demeurera sous la souveraineté de Wurtemberg. De la banlieue méridionale de Tuttlingen cette ligne suivra la limite de Furstenberg, Stühlingen etc., en tournant cette principauté;

e) elle viendra tomber au nord de la ville de Stockach qui restera sous la souveraineté de Bade;

f) de là elle suivra la limité méridionale de Hohenfels, Altshausen et Petershausen jusqu'à la rivière d'Aach et, en longeant cette rivière et le territoire de la ville d'Ueberlingen

g) jusqu'à Nussdorf, elle aboutira au lac de Constance. Toutes les possessions wurtembergeoises hors de cette ligne et nommément le comté de Bonndorf, la ville de Braünlingen et le territoire de Triberg seront cédés à S. A. E. de Bade

h) en échange du territoire de Biberach et de la portion du territoire de Bade située au delà de la rivière Aach sur le lac de Constance, bien entendu que d'après l'évalvation faite des objets d'échange ci-dessus mentionnés l'Electeur de Bade cédera du territoire de Constance autant qu'il faudra pour compenser les cessions faites par le Roi de Wurtemberg;

[1] Unter diesem Datum wird der Entwurf von seinem Verfasser, Staatsrath Otto, nach Paris eingesandt.

i) Sera compris dans cette compensation en faveur de Bade un tiers de la population et du revenu du territoire d'Altshausen, situé entre le Landgraviat de Nellenbourg et la préfecture d'Altdorf, un autre de ce territoire sera alloué à la Bavière et le Roi de Wurtemberg conservera la possession du fond;

k) Il est expressément convenu que les sujets du Roi de Wurtemberg jouiront sur la route et dans les dépôts de Stockach des mêmes avantages que les sujets de l'Electeur de Bade et que dans aucun cas ils ne payeront des droits plus considérables de péages et autres que les sujets ci-dessus mentionnés;

l) Les possessions et droits qui appartiennent au Roi de Wurtemberg dans le Kraichgau et qui d'après la ligne de démarcation ci-dessus se trouveront hors de son arrondissement, seront portés en compte dans les évalvations de territoire qui seront faites entre les cours de Stoutgart et de Bade;

m) Mais si cet arrangement ne convenait pas à S. M. le Roi de Wurtemberg, il sera nommé des commissaires pour évaluer la totalité des terres équestres dans ce district et en partager la possession entre les deux cours».

§ 8 bestimmt die für Feststellung des Besitzstandes und Evalvationsverfahrens maßgebenden Grundsätze. Danach hat in den neuerworbenen Gebieten der Status quo ante bellum als Basis der Abschätzung der zugehörigen Rechte und Dependenzen zu gelten. Da das Heimfallrecht eine Quelle von Streitigkeiten geworden, werden der auf ihm beruhende Sequester und die daraus abgeleiteten Ansprüche überall aufgehoben. Die Souveränitätsrechte, die Oesterreich in verschiedenen Theilen Schwabens ausgeübt, fallen den betreffenden Landesherrn zu. Für den Besitzstand in den Territorien des Deutschordens und der Ritterschaft ist ein Occupationsact nicht entscheidend, derselbe wird vielmehr bestimmt «en faveur de celui des trois souverains dont l'ancien territoire aura le plus de points de contact avec les terres dont il s'agit».

Artikel II handelt von den enclavirten reichsunmittelbaren Ständen, die unter Aufhebung der alten Kreisviertel in drei Distrikte eingetheilt werden. Jeder der drei Höfe übt in dem ihm zugewiesenen Distrikte die ehemals dem Directorium bezw. dem schwäbischen Kreise als Ganzem zugeschiedenen Rechte aus, die in den folgenden §§ 14—24 näher festgestellt werden[1].

Artikel III endlich beschäftigt sich mit den Gebieten des Deutschordens und der Reichsritterschaft, ihrer Vertheilung und ihrer künftigen Verfassung. Der Schlußparagraph (§ 49) schützt die Unterthanen in der freien Ausübung ihrer Religion und sichert den Angehörigen der verschiedenen Bekenntnisse «à l'égard des emplois tant civils que militaires» völlige Rechtsgleichheit zu.

Abschrift.

---

[1] Es handelt sich dabei vor allem um die Rekrutirung und die hohe Polzei; in einer den Entwurf begleitenden Note bemerkt Otto ausdrücklich: «L'intention de S. M. l'Empereur et Roi n'a jamais été qu'il fût porté atteinte aux droits et aux propriétés de ces états, mais qu'ils se trouvassent, quant au recrutement et à la haute police, envers les nouveaux souverains dans le même rapport où ils autrefois étaient envers le Cercle de Souabe».

537. Haupt- und Schlußrelation über die Unterhandlungen bei dem Mediationscongresse in München vom Februar bis 1. Juli 1806.

Erstattet von Geh. Referendär Hofer.

München, 30. Juni 1806.

[Der Münchener Mediationscongreß und seine Aufgaben. Abreise der badischen Bevollmächtigten. Verhandlungen mit Bayern. Einigung und Entwurf einer Uebereinkunft. Wendung: Wiederanknüpfung der Verhandlungen zwischen Bayern und Württemberg. Erörterung eines Tausch- und Purifikationsvertrages zwischen Baden und Württemberg; die württembergischen Vorschläge unannehmbar. Eingreifen Ottos; vermittelnder Entwurf einer Mediationsacte. Bayern zur Annahme geneigt, bedingt auch Baden. Ablehnung durch Württemberg. Verzicht auf einen allgemeinen Gebietstausch mit Württemberg, Beschränkung auf einen Ausgleich über einzelne Punkte. Vergebliche Einigungsversuche. Württembergische Occupationen im Hegau und Kraichgau; Besetzung der streitigen Orte durch französische Truppen. Ausbleiben der Pariser Entscheidung über den Mediationsplan. Separatabkommen zwischen Bayern und Württemberg. Abberufung der Bevollmächtigten. Bemühungen der schwäbischen Fürsten und Grafen um Rettung ihrer politischen Existenz. Mangel an Uebereinstimmung unter ihnen, wie unter den drei Alliirten Frankreichs. Verlegung des Mittelpunkts der Verhandlungen nach Paris.]

§ 1.

Se Majestät der französische Kaiser hatten während Allerhöchst Ihren Aufenthalts zu München im Januar dieses Jahres dem kgl. bayerischen Hofe mündlich und den Höfen zu Stuttgart und Karlsruhe mittelst eines dahin abgesendeten k. französischen Kammerherrn den Wunsch zu erkennen gegeben, daß die zwischen höchstgedachten drei Höfen durch die Verfügungen des Preßburger Friedens veranlaßten Territorialdifferentien mittelst eines gemeinschaftlichen Zusammentrittes in München unter der Mediation des hierzu eigens beauftragten k. französischen H. Ministers und Staatsraths Otto schleunigst beigelegt, auch zu gleicher Zeit die Verhältnisse im Innern des schwäbischen Kreises und sodann jene der vermöge der ordre du jour vom 19. December vorigen Jahres occupirten und mediatisirten Ritterschaft regulirt werden möchten[1].

Eben dieser gemeinschaftliche Zusammentritt wurde von dem kgl. bayerischen H. Minister von Reibeld bei dem kurbadischen Hofe in einer Note vom 31. Januar d. J. abermals betrieben.

S. Kf. Durchlaucht zu Baden geruhten demnach, den Endesunterzeichneten sammt dem Geh. Referendär Maler mittelst Vollmacht und Instruktion de eodem dato zu Höchstihrem Bevollmächtigten zu diesem Zusammentritt der drei betheiligten höchsten Höfe in München zu ernennen.

Die dabei zu erörternden Gegenstände oder Deliberanda waren folgende:

I. Beilegung der entstandenen Territorialdifferentien.

II. Regulierung der auf die Kreisverfassung und übrigen Kreisstände Beziehung habenden Angelegenheiten.

---

[1] Vergl. oben Nr. 515.

III. Definitive Zutheilung der occupirten ritterschaftlichen und Deutsch-ordens-Besitzungen und Regulirung gleichförmiger Subjectionsverhältnisse der mediatisirten Ritterschaft.

IV. Erzielung einförmiger Prinzipien über die Pensionirung geistlicher und weltlicher Individuen.

V. Festsetzung einer gemeinschaftlichen Benehmungsart in Absicht auf das Territorialpostwesen.

§ 2.

Zu diesen wichtigen Verhandlungen trafen wir den 6. Februar d. J. in München ein und beeilten uns, sogleich den folgenden Tag unsere Visiten an allen erforderlichen Orten abzustatten. Dabei hatten wir zu vernehmen, daß die zu diesen Unterhandlungen ernannten kgl. bayerischen Bevollmächtigten, Se Exc. der Minister Frh. v. Montgelas und Se Exc. der kgl. bayerische Comitialgesandte Frh. v. Rechberg, mit dem kgl. württembergischen Bevollmächtigten, dem Geh. Legationsrath v. Wucherer, bereits in Unterhandlung getreten, jedoch in den wechselseitigen Prätensionen noch sehr von einander entfernt seien.

Noch auffallender war uns aber sogleich bei dem ersten Besuch, von dem kgl. württembergischen H. Bevollmächtigten Frh. v. Bothmer zu vernehmen, daß er und sein Mitbevollmächtigter noch keinen Auftrag hätte, mit uns in Unterhandlung zu treten, jedoch ungesäumt von seinem höchsten Hofe nähere Instruktion sich erbitten werde.

§ 3.

Dagegen versicherte uns der k. französische Gesandte H. Minister Otto, daß er, in Gemäßheit des ausdrücklichen Willens Sr Majestät des französischen Kaisers, das schleunige Beginnen und die schleunigste Beendigung der gemeinschaftlichen Unterhandlung dringend wünschen müsse, und da Hochderselbe gleich beim ersten Besuche den Wunsch zu erkennen gegeben hatte, daß wir ihm unsere Ansichten über die zu erörternden Deliberanda schriftlich mittheilen möchten, so haben wir nicht gesäumt, Hochdemselben den 11. Februar unsere: «*Allgemeine Bemerkungen über die bei dem bevorstehenden Mediationscongresse zu berichtigenden Gegenstände*» zu überreichen.

vid. Beilage 1 zum zweiten Berichte, datirt 15. Februar[1].

§ 4.

Zufällig fand sich auch der kgl. bayerische H. Bevollmächtigte Minister Frh. v. Rechberg bei dem H. Staatsrath Otto ein. Unsere eingereichten Bemerkungen wurden daher gemeinschaftlich verlesen, und wir hatten das Vergnügen, zu bemerken, daß man in den vorgelegten Ideen beinahe vollständig zusammentraf.

Diese bestunden wesentlich im Folgenden:

---

[1] Die als Beilagen oder Belege citirten Schriftstücke liegen sämmtlich bei den Acten.

Ad. delib. I. wurden einige bestimmte Grundsätze und Normen vorgeschlagen, um den Territorialbesitzstand der drei Höfe gegeneinander zu berichtigen und den Weg zu wechselseitigen Austauschungen und Arrondirungen zu bahnen.

Ad. delib. II. Da weder die Herstellung der bisherigen Kreisverfassung mit der neuen Ordnung der Dinge und mit der Souveränität der drei Höfe vereinbarlich, noch auch eine besondere Association der minder mächtigen Stände Schwabens wegen ihrer außerordentlichen geographischen Zerstreutheit als ausführbar angesehen wurde, ja selbst den geäußerten Gesinnungen des französischen Kaisers Majestät nicht zu entsprechen schien, so hielt man für zweckmäßig, daß die vier Kreisviertel nach geographischen Rücksichten in drei Kreisbezirke eingetheilt würden. Jeder der drei Höfe hätte in einem dieser Bezirke das Directorium sammt dem Rechte der Rekrutenaushebung und überhaupt die Rechte des Kreises auszuüben.

Ad. delib. III. sollte vor der Hand in Absicht auf die Occupationsgegenstände ein dies normalis beliebt, darnach der provisorische Besitz bemessen, einstweilen das allseitige Occupationsmilitär zurückgezogen, sodann die definitive Vertheilung nach den durch die Kreisbezirke sich ergebenden Linien vollendet werden.

Ad. delib. IV. ward der Reichsdeputationsschluß von 1803 als analogische Norm vorgeschlagen.

Ad. delib. V. hielt man die Beibehaltung der vorherigen Postregie mittelst Abschließung gleichförmiger Verträge mit dem Herrn Fürsten von Thurn und Taxis für das räthlichste.

§ 5.

Bei dieser sich ergebenden Annäherung der wechselseitigen Ansichten erbat sich der H. Baron v. Rechberg obige Bemerkungen, um darüber mit des Herrn Ministers v. Montgelas Exc. Rücksprache zu nehmen und sich in der auf den folgenden Tag festgesetzten weiteren Besprechung bestimmter zu äußern.

Diese Besprechung hatte auch am 12. Februar in der Wohnung des H. Staatsrath Otto statt. Der Frh. v. Rechberg legte dabei seine schriftlichen Gegenbemerkungen vor.

vid. Beilage Nr. 2 zum zweiten Berichte,

aus welchen sich die Uebereinstimmung der kgl. bayerischen und kurbadischen Bevollmächtigten in den wesentlichsten Punkten bestätigte, nur mit dem Bemerken, daß die Krone Bayern in Anbetracht ihres zahlreich zu unterhaltenden Militärs ihren vorgeschlagenen Werbbezirk oder Kreisdistrikt erweitert wünschte, dergestalt, daß derselbe einerseits die Oettingischen Lande in sich schließe, andererseits bis an die Schussen[1] und Riß[2] sich ausdehne. — Da nun der Herr Minister Otto auf die Beschleunigung der Negociation äußerst drang, die württembergischen Herrn

[1] Mündet in den Bodensee.

[2] Nebenflüßchen der Donau.

Bevollmächtigten aber von ihrem höchsten Hofe noch keinen Auftrag erhalten hatten, die gemeinschaftlichen Unterhandlungen mit anzugehen, so ward sachgemäß befunden, sogleich auf den folgenden Tag eine förmliche Conferenz zwischen den k. bayerischen und kurbadischen Bevollmächtigten in der Wohnung des damals etwas unpäßlichen H. Ministers v. Montgelas Exc. zu veranstalten, allda die Gegenstände präparatorisch zu überlegen und dergestalt vorzubereiten, daß, sobald möglich, ein Uebereinkunftsentwurf dem k. württembergischen Hofe vorgelegt, Höchstderselbe zum Beitritte eingeladen, und wenn die diesfallsige Bemühung kein Gehör finden sollte, die entworfene Convention als ein Vorschlag des vermittelnden H. Ministers Sr Majestät dem französischen Kaiser zur Sanktion oder Entscheidung eingesendet werden könne[1].

Wir wurden zu dem Ende ersucht, aus den verlesenen Bemerkungen und Gegenbemerkungen in Ansehung des delib. I, II und III ein Ganzes in Form eines Uebereinkunftsentwurfes zu machen, welches wir dann auch noch am nämlichen Tage bewerkstelligten.

vid. Beilage Nr. 1 zum fünften Bericht, batirt 4. Mai.

§ 6.

Den 13. Februar ging die vorerwähnte Conferenz in der Wohnung des H. Ministers v. Montgelas unter Vorsitz des vermittelnden H. Ministers Staatsraths Otto vor sich. Der Inhalt des Entwurfs ad delib. I und II wurde genehmigt, und die in dieser Gemäßheit projektirte Eintheilung der drei Kreisdistricte von den k. bayerischen Bevollmächtigten unter dem Vorbehalt gutgeheißen, daß zur Gewinnung der obenerwähnten Linie an der Schussen und Riß die Stände Ochsenhausen, Heggbach, Gutenzell und Plettenberg wegen Sulmingen[2] in das bayerische Arrondissement überlassen würden, wonach Bayern ungefähr 141000, Württemberg 84000, Baden 95000 Seelen an kreiscollectablen kleinern Ständen in die respectiven Kreisbezirke erhalten hätte und wobei der württembergische Antheil deswegen kleiner ausfiel, weil die meisten der ehemals in das württembergische Kreisviertel gehörigen Stände der Krone Württemberg schon durch den Reichsdeputationsschluß zugefallen waren.

Da nun Kurbaden durch Ueberlassung beinahe der Hälfte der Stände aus seinen beiden Kreisvierteln in beide andere Bezirke, wodurch namentlich Württem-

---

[1] Am 15. Februar berichtet Otto an Talleyrand, Bayern und Baden seien bereit «à conclure le plutôt possible les arrangements proposés par S. M.»; man könne daher, wenn Württemberg sich sträube, die Bundesacte zunächst für diese beiden Höfe verbindlich machen und weiterhin die Schweiz, die dazu geneigt, und die wichtigsten Fürsten in Franken und am Rhein in das Bündniß aufnehmen, dann sei Württemberg überall von Föderirten umgeben und es bleibe ihm nichts anderes übrig, als sich zu fügen. Pariser Archiv.

[2] Pfarrdorf im Gebiet des ehemaligen Klosters Heggbach, seit 1803 im Besitz der Grafen von Plettenberg.

berg für die in das bayerische Arrondissement überlassenen Oettingischen Gebiete hinreichend entschädigt worden wäre, schon so große Opfer gebracht hatte, so nahmen wir obiges k. bayerische Ansinnen ad referendum, und es wurde also dieser einzelne Punkt, in Betreff der genannten vier kleineren Stände, noch einer weitern Besprechung vorbehalten.

Auf gleiche Weise hielt man für nothwendig, die zu treffende Uebereinkunft ad delib. III durch vorläufige Besprechungen zwischen dem k. bayerischen H. Bevollmächtigten, Baron v. Rechberg, und uns vorzubereiten.

Inzwischen wurde diese Sitzung unter allseitiger Zufriedenheit über die bereits so weit gediehene Uebereinstimmung mit dem Antrage beschlossen, daß einstweilen ein Conferenzprotocoll darüber verfaßt und in der Folge vorgelegt werden sollte, welche Arbeit wir auch übernahmen und, der Verabredung gemäß, bewerkstelligten.

vid. Conferenz-Protocoll dat. München, 13. Februar, beim zweiten Bericht.

§ 7.

Nun aber fing die Sache an, eine unvermuthete andere Wendung zu nehmen. Ein inzwischen von Stuttgart eingelangter Courier überbrachte nämlich den k. württembergischen H. Bevollmächtigten solche nachgiebig lautende Instruktionen, daß man k. bayerischerseits die Hoffnung daraus schöpfte, nicht nur in Ansehung der sogenannten Influenzlinie oder des Kreisbezirks, sondern auch in Betreff der Territorialdifferenzien und der Occupationsgegenstände den vorgesteckten Endzweck gegen Württemberg mittelst eines respectiven Tausch- und Purifications-Vertrages und einer alles erschöpfenden Demarkationslinie durchzusetzen.

Dadurch fand sich der k. bayerische Hof bewogen, die bis dahin stillgestandene Separatunterhandlung mit den k. württembergischen H. Bevollmächtigten wieder anzuknüpfen.

Wir bemühten uns zwar, sowohl durch mündliche Vorstellungen, als mittelst einer an die k. bayerischen H. Bevollmächtigten eingereichten Note vom 20. Februar d. J.... das den geäußerten Gesinnungen Sr Majestät des französischen Kaisers und der k. bayerischen oben angeführten Einladung, datirt 31. Januar d. J., angemessene System einer gemeinschaftlichen Uebereinkunft zwischen allen drei Höfen aufrecht zu erhalten. Wir erhielten auch sowohl von des vermittelnden H. Ministers Exc., als von den k. bayerischen H. Bevollmächtigten die Versicherungen, daß die Absicht einer Trennung keineswegs vorwalte und daß die Unterhandlung mit Württemberg nur als eine Vorbereitung der gemeinschaftlichen Uebereinkunft anzusehen sei.

Inzwischen aber faßten der H. Minister Otto die Idee, daß, da ohnehin noch keine k. württembergische Vollmacht zur gemeinschaftlichen Unterhandlung eingelangt sei, auch zwischen Württemberg und Baden der Versuch gemacht werden möchte, einen wechselseitigen Tausch- und Purifications-Ver-

trag[1] zu unterhandeln, und dadurch ebenfalls eine alles erschöpfende Demarkations-linie zwischen diesen beiden Staaten zu bewirken, worauf sodann das ganze, alle drei Höfe betreffende Ausgleichungswesen in einem gemeinschaftlichen Vertrage zusammengefaßt und Sr Majestät dem französischen Kaiser als Allerhöchstem Vermittler vorgelegt werden könnte.

§ 8.

Dieser Antrag wurde von dem vermittelnden H. Minister in einer gemeinschaftlichen Conferenz, den 20. Februar, den sämmtlichen Bevollmächtigten eröffnet. Wir ermangelten nicht, hierauf dasjenige zu erwidern, was wir schon in unsern Bemerkungen vom 11. Februar und in unsern mündlichen Besprechungen mit allem Nachdruck bemerklich gemacht hatten: Wir seien nämlich der Meinung, daß dergleichen durchgreifende Demarkationslinien das Erwünschlichste sein würden. Auch zweifelten wir nicht, daß solche in der Folge durch wechselseitige Austauschungen und Arrangements zu Stande kommen würden. Aber dermalen, da noch so Vieles unentschieden sei, was dem einen oder andern Hofe an Influenzbefugnissen und an Occupationsgegenständen zufallen dürfte, sei nicht zu erwarten, daß dergleichen alles entscheidende Linien blos durch gutwillige Uebereinkunft zu erzielen sein möchten. Wenigstens werde eine langwierige Verzögerung des Abschlusses nur durch die Einziehung der Notizen über die mancherlei erforderlichen detaillirten Kenntnisse unvermeidlich sein. Aus diesem Gesichtspunkte scheine es weit räthlicher, einstweilen durch Festsetzung einiger Hauptgrundsätze die aus dem Preßburger Frieden entstandenen Territorialirrungen niederzuschlagen, die einzelnen Austauschungen und Arrondirungen einer künftigen Uebereinkunft vorzubehalten, inzwischen ein Surrogat für die zerfallene Kreisverfassung aufzufinden, das Schicksal der zahlreichen Reichsritterschaft definitiv zu bestimmen, sofort dem anarchischen Zustande in Schwaben vor der Hand ein Ende zu machen und denselben durch Zögerungen nicht ferner den Einwirkungen von mancherlei politischen Zufälligkeiten zu überlassen.

Allein die Vorstellungen hatten keine Wirkung. Bayern und Württemberg schienen ihrer entscheidenden Demarkationslinie gewiß zu sein und mochten wohl auch noch besondere Gründe haben, eine separate Uebereinkunft zwischen ihnen beiden allen andern Betrachtungen vorzuziehen.

Se Exc. der kaiserlich französische H. Minister Otto konnten sich von den unübersteiglichen Schwierigkeiten einer solchen Demarkationslinie zwischen Württem-

[1] Ueber die früheren Verhandlungen mit Württemberg wegen eines Gebietstausches vergl. Politische Correspondenz, IV, 350; sie waren im August 1804 wieder aufgenommen und bis auf einige Differenzpunkte im October 1805 dem Abschluß nahe gebracht, dann aber durch die Abreise des Ministers v. Normann in das französische Hauptquartier von Neuem unterbrochen worden. Nach den territorialen Veränderungen in Folge des Preßburger Friedens handelte es sich nunmehr um eine Weiterführung derselben auf völlig erweiterter Grundlage.

berg und Baden nicht überzeugen, und wir sahen uns daher auf Hochdesselben ausdrückliches Verlangen veranlaßt, Hochdemselben den folgenden Tag, den 21. Februar, unsere Ansichten über die kurbadischen Rechte und Ansprüche sammt einem resp. Tausch- und Vergleichsvorschlage zu behändigen, den er an die württembergischen H. Bevollmächtigten mitzutheilen und zu unterstützen versprach.

vid. Beilage Nr. 1 zum dritten Berichte.

Das Wesentliche davon bestund in Folgendem:

a) Kurbaden sollte das Biberacher Gebiet sammt den dortigen beträchtlichen Enclaven, die occupirte Commanderie Altshausen (exclusive Neuhohenfels) und an dem östlichen Theil des obern Fürstenthums so viel, als die wechselseitige Evaluation der Tauschobjecte erheischen würde, gegen Nellenburg und Bonndorf, auch allenfalls gegen Bräunlingen an Württemberg abtreten;

b) die Fürstenbergische Herrschaft Neufra, sodann die Taxische Herrschaft Schemmerberg, Schussenried und Wolfegg-Waldsee in den württembergischen, — nicht minder Ochsenhausen, Müntingen[1], Heggbach, Gutenzell in den bayerischen Kreisbezirk überlassen, wodurch der württembergische Bezirk auf 94487 Seelen erhöhet, der kurbadische aber auf 84060 Seelen reducirt worden wäre;

c) von der Ritterschaft sollte Kurbaden verbleiben: der Canton Ortenau, der Canton Kraichgau nordöstlich an der Straße von Heilbronn über Eppingen nach Bretten, der Hagenschieß und die Konstanzische lehnbare Herrschaft Mühlheim[2] sammt den Enclaven der Influenzlinie und ein Theil des an das obere Fürstenthum angrenzenden Heganes. Etwaige einzelne Anstände sollten besonders ausgeglichen werden, und

d) die wechselseitigen Dependenzen diesseits und jenseits der sich ergebenden Demarkationslinie sollten mittelst reciproker Austauschung und Evaluation purificirt werden.

§ 9.

Den 24. Februar überreichten wir auch an die k. bayerischen H. Bevollmächtigten einen Ausgleichungsvorschlag, welcher die zwei einzigen, zwischen diesem Hofe und Kurbaden vorwaltenden Differenzgegenstände, nämlich:

a) einige ritterschaftliche Orte links und rechts an dem Ufer der Riß, an das Biberacher Gebiet anstoßend,

b) die Comthurei Altshausen betrifft (vid. Beilage Nr. 1 zum vierten Berichte, datirt 27. Februar), damit auch die Ausgleichung mit diesem höchsten Hofe in den gemeinschaftlichen Ausgleichungsvertrag aufgenommen werden könnte.

§ 10.

Den 6. März wurden uns von den württembergischen H. Bevollmächtigten

---

[1] Dorf, zum ehemaligen Kloster Heggbach gehörig, seit 1803 im Besitz der Grafen von Plettenberg.

[2] Mühlheim a. d. Donau, heute im württembergischen Oberamt Tuttlingen.

in einem durch dieselben veranlaßten Zusammentritte die Gegenvorschläge ihres höchsten Hofes auf unsern Vorschlag vom 21. Februar mitgetheilt.

Diese bestunden wesentlich in Folgendem:

a) Kurbaden sollte beinahe das ganze ehemalige Fürstenthum Konstanz, sammt Biberach, Pfullendorf und Ueberlingen, auch Salmansweil und Petershausen, endlich auch die Commanderie Mainau, exclusive der Herrschaft Blumenfeld, gegen den unbedeutenden Theil vom Hegau, welcher am rechten Ufer des Flüßchens Aach (jedoch exclusive Hohentwiel) liegt, und gegen die Grafschaft Bonndorf, den abgerissenen Theil vom Breisgau, — welcher der General Clarkeschen Demarkation ungeachtet immer noch auf 17000 Seelen angeschlagen werden wollte, — und gegen Bräunlingen an Württemberg überlassen;

b) zur Scheidung der Occupations- und Influenzgegenstände sollte eine Demarkationslinie stattfinden, welche an den alten kurbadischen, breisgauischen und fürstenbergischen Grenzen bis an die Donau nach Donaueschingen fortziehen, sodann diesen Residenzort wie auch die Städte Geisingen und Engen an Württemberg zutheilen, sofort an dem obigen Flüßchen Aach bis an den Bodensee sich erstrecken sollte, wonach also das Kurhaus Baden nur die Herrschaft Hausen im Kinziger Thal, den waldigen Theil der Landgrafschaft Baar, das Klettgau, Thengen und Geroldseck, folglich höchstens 60000 Seelen in seinen Kreisbezirk erhalten, der württembergische Kreisbezirk aber sich auf beiläufig 119000 Seelen vergrößert hätte;

c) im Kraichgau sollte der Elsenzbach die Grenze, folglich nur ein sehr unbedeutender Theil, höchstens ein Fünftel dieses von den badischen Landen beinahe auf drei Seiten umschlossenen Cantons dem Kurhause zu Theil werden.

vid. Beilage Nr. 1 und 2 zum achten Berichte, datirt 9. März.

§ 11.

Die vollständige Unannehmbarkeit dieser Gegenvorschläge sprang leider beim ersten Anblick nur allzusehr in die Augen. Vermöge derselben hätte das Kurhaus Baden ungefähr 40000 Seelen an Cameral- und Domanial-Unterthanen in den schönsten und fruchtbarsten Gegenden Schwabens, sodann wenigstens 11000 Seelen an enclavirten und occupirten ritterschaftlichen Orten abtreten müssen, um in dem unfruchtbaren, bergigen Amte Triberg 6500 Seelen, sodann mit Bräunlingen 19000 Seelen, endlich die nach ihrem Umfange noch sehr im Streite befangene, in der rauhesten Gegend des Schwarzwaldes gelegene Grafschaft Bonndorf, endlich einige Tausend ritterschaftlicher Unterthanen im südlichen Theile des Hegaues, worauf Kurbaden ohnehin schon Contiguitätsansprüche hatte, zu erhalten. Dieser höchste Hof hätte überdies auf das ganze Commerz an dem Bodensee verzichten und sich sowohl in Absicht auf den Kreisbezirk als in Ansehung der mediatisirten Reichsritterschaft auf die unleidlichste Art verkürzt sehen müssen.

Wir säumten daher nicht, die Unthunlichkeit dieser Gegenvorschläge in einer specificirten Bilanz ausführlich darzustellen, und diese sowohl den k. württembergischen H. Bevollmächtigten zur Einsicht mitzutheilen, als Sr Exc. dem vermittelnden H. Minister Otto vorzulegen.

vid. Beilage Nr. 3 mit 5 subadiunctis zum achten Berichte.

§ 12.

Die Divergenz der beiderseitigen Vorschläge war so groß, daß sich eine vollständige wechselseitige Annäherung auf dem Wege gütlicher Unterhandlungen kaum oder wenigstens nicht anders als nach langwierigen und verzögerlichen Discussionen zwischen Württemberg und Baden erwarten ließ. Auch gingen die Separatunterhandlungen zwischen dem ersteren Hofe und dem k. bayerischen nur langsam von statten und schienen ebenfalls einen baldigen Ausgang nicht zu versprechen.

Se Exc. der vermittelnde H. Minister und Staatsrath Otto fand sich von dieser Ansicht der Sache selbst durchdrungen, und da Hochderselbe auf der andern Seite die Beschleunigung einer gemeinschaftlichen Uebereinkunft ebenso sehr den Gesinnungen Sr französisch-kaiserlichen Majestät als den Zeitbedürfnissen angemessen hielt, so faßte er den Entschluß, aus den vorliegenden und bisher discutirten Materialien ein gemeinschaftliches Ganzes als einen Mediationsvorschlag zu bilden und diesen in der Form eines *Projet de Convention*[1] Sr M. dem französischen Kaiser als allerhöchstem Vermittler in der Absicht vorzulegen, damit entweder mittelst Veranlassung einer erschöpfenden Discussion zwischen den in Paris anwesenden bevollmächtigten H. Ministern der drei contrahirenden höchsten Höfe eine allerhöchste vermittelnde Bestimmung den Zustand der auszugleichenden Verhältnisse definitiv fixiren möge, oder daß eben dieses Projet de Convention, nach vorläufiger allerhöchster Genehmigung der darin enthaltenen Hauptideen, zum bestimmteren Leitfaden der ferneren Unterhandlungen dahier in München dienen könne.

§ 13.

Dieser Uebereinkunftsentwurf ging auch wirklich den 15. März durch einen Courier nach Paris ab und wurde sodann von dem H. Minister in vorerwähnter Hinsicht den Bevollmächtigten der drei Höfe mittelst einer Note vom 19. März abschriftlich mitgetheilt.

vid. Beilage Nr. 1 und 2 zum zwölften Berichte, datirt 23. März.

Der wesentliche Inhalt desselben besteht in Folgendem:

ad Delib. I wird zwischen Bayern und Württemberg eine Territorial- und Influenz-Demarkationslinie vorgeschlagen, wie solche auch nach der Hand, im Monat Mai, mit einigen Modifikationen zwischen diesen beiden höchsten Höfen verglichen worden ist.

---

[1] S. Nr. 536.

Zwischen Baden und Württemberg wird eine Demarkationslinie proponirt, welche einen Mittelweg zwischen den beiderseitigen bisherigen Vorschlägen enthält. Vermöge derselben soll Kurbaden die Städte Biberach und Pfullendorf, die Herrschaften Neuhohenfels und Herdwangen, den Drittel von der Commanderie Altshausen und an dem östlichen Theile des obern Fürstenthums so viel, als die wechselseitige Evaluation der Cedendorum erheischen würde, an Württemberg abtreten, dagegen aber Triberg, Bonndorf, Bräunlingen und den südlichen Theil von Nellenburg bis inclusive Stockach erhalten.

Die Gegenstände des Droit d'épave sollten hälftig zwischen diesen beiden contrahirenden Höfen getheilt werden.

Eben dieses sollte bei dem Canton Kraichgau stattfinden, wenn sich beide Theile über die Straße von Heilbronn nach Eppingen und Bretten als Grenze nicht vereinigen könnten.

In den kurbadischen Kreisbezirk sollten die fürstenbergischen Lande — mit Ausschluß [von] Trochtelfingen, Jungnau, Neufra, Meßkirch und Heiligenberg — sodann Klettgau, Thengen und Geroldseck fallen, welches zusammen eine Bevölkerung von 72000 Seelen betragen haben würde.

Nach Maßgabe dieser Demarkationslinie sollten auch jedem Hofe die respectiven dies- oder jenseits gelegenen Occupationsobjecte zufallen.

ad Delib. II und III wurden ferner noch die innern Verhältnisse der Kreisbezirke, sodann die künftige Behandlung der mediatisirten Ritterschaft mittelst sehr billiger Normen bestimmt, auch festgesetzt, daß in Ansehung der durch die Demarkationslinien noch nicht begebenen Ritterorte die Mehrheit der Contiguitätspunkte, jedoch nur von Seiten der alten, d. i. vor oder durch den jüngsten Reichsdeputationsschluß besessenen Lande entscheiden solle.

ad Delib. IV wurde die Analogie des Reichsdeputationsschlusses von 1803, und

ad Delib. V die Schließung gleichförmiger Verträge mit dem H. Fürsten von Thurn und Taxis in Vorschlag gebracht.

§ 14.

Der k. bayerische Hof schien zur Annahme dieser Uebereinkunft, jedoch noch unter Voraussetzung einiger Modifikationen in Betreff der Demarkationslinie gegen Württemberg geneigt zu sein.

Von Seite des kurbadischen Hofes glaubten auch wir, in Gemäßheit der anfänglichen Instruction sowohl, als in den nachherigen Weisungen uns bekannt gewordenen höchsten Gesinnungen, die nämliche Bereitwilligkeit sub spe rati erklären zu können, jedoch unter Voraussetzung, daß ganz Nellenburg an Kurbaden falle, daß Neuhohenfels und Herdwangen diesem Hofe verbleibe und nur so viel vom östlichen Theile des obern Fürstenthums, als die Evaluation erheischen werde, nämlich höchstens bis an das Flüßchen Aa[ch], abgetreten werden müsse; daß

aber die der erlangten Souveränität zuwiderlaufenden Nellenburgischen Prätentionen auf einige Districte des obern Fürstenthums ebenso wenig, als die demselben enclavirten oder angrenzenden Hegauischen Ritterorte gegen Baden in Aufrechnung gebracht würden; ferner, daß das anmaßliche Droit d'épave ohne Wirkung sei; endlich, daß die Eppinger Straße als die Grenze im Kraichgau bleiben und höchstens eine Vergütung für die durch unmittelbare Angrenzung an württembergische Besitzungen eines jenseitigen Anspruchs fähigen Ritterorte stattfinden solle. Diese Erklärung überreichten wir des H. Ministers Otto Exc. in einem ausführlichen Mémoire, datirt 26. März, worin wir obige Modifikationen durch eine specificirte Bilanz und ausführliche Gründe dergestalt rechtfertigten, daß wir uns bei dem definitiven Arrangement eine gewährende Rücksicht um so mehr versprechen konnten, als durch ebengedachte Bilanz bewiesen war, daß nur unter vorbemerkten Modifikationen einige Gleichheit zwischen den wechselseitigen Abtretungen bewirkt und auch alsdann noch die Krone Württemberg durch die Finalbilanz zu bedeutenden Compensationen verpflichtet sein würde.

Wir hatten auch das Vergnügen, die in gedachtem Mémoire vom 26. März gegebene Erklärung und vorgeschlagenen Modifikationen, welche wir in unserm zwölften unterthänigsten Berichte vom 23. März par estafette allerhöchsten Orts vorläufig zur Genehmigung einsendeten, durch ein Schreiben aus dem kurf. Cabinet, datirt Karlsruhe, 27. März, vollkommen gebilligt zu sehen.

vid. Beilage Nr. 1 zum dreizehnten Berichte, datirt 31. März.

§ 15.

Von Seite des k. württembergischen Hofes hingegen war geraume Zeit gar nicht zu vernehmen, wie Höchstderselbe das Projet de Convention des vermittelnden H. Ministers aufgenommen habe.

Nur allein erhielten wir in diesem Zeitpunkte durch die Hand Sr Exc. des H. Ministers Otto von Seite des k. württembergischen H. Bevollmächtigten eine umständliche Beantwortung (vid. Beilage Nr. 2 zum dreizehnten Berichte) derjenigen Beschwerdeschrift, welche wir schon unterm 26. Februar d. J. dem hochgedachten H. Minister gegen die württembergisch-nellenburgischen Eingriffe in das kurbadische obere Fürstenthum überreicht hatten.

Wir ließen uns daher angelegen sein, in einem weitern Mémoire vom 31. März d. J. (vid. Beilage Nr. 3 zum dreizehnten Berichte) die württembergischen Behauptungen in ihrer Grundlage zu widerlegen und darzuthun, daß die Eingriffe des Oberamtes Nellenburg in die kurbadischen, durch den Preßburger Frieden stipulirten Souveränitätsrechte über die Lande des obern Fürstenthums, dem Art. 14 des gedachten Friedens ebenso sehr, als den von dem vermittelnden H. Minister und der Krone Bayern in der Conferenz vom 13. Februar bereits anerkannten Grundsätzen zuwiderlaufen, und daß also die in dem dies-

seitigen Mémoire vom 26. März diesfalls angeführte Voraussetzung vollkommen gegründet sei[1].

§ 16.

Endlich den 14. April, folglich vier Wochen nach dem Erscheinen des vermittelnden Projet de Convention, machte uns der k. württembergische H. Bevollmächtigte, Geh. Legationsrath v. Wucherer, die mündliche und respective schriftliche Eröffnung, daß sein höchster Hof das Projet de Convention durchaus nicht annehmen könne und sich durch diesen Vermittlungsplan vis-à-vis von Kurbaden, über die Hälfte an Volkszahl und Revenüen beschädigt glaube. Zum Beweise dieser Behauptung theilte uns der H. Bevollmächtigte eine dortseitige Bilanz zur Einsicht mit, in welcher nicht nur das abgerissene Stück vom Breisgau annoch mit 17000 Seelen und Bonndorf mit der in jedem Betrachte über-

---

[1] Die seit 1465 österreichische Landgrafschaft Nellenburg besaß die Grafenrechte nicht nur über ihre unmittelbaren Besitzungen, sondern auch über fast alle innerhalb ihrer Grenzen gelegenen Gebiete und beanspruchte auf Grund dieser Rechte, freilich unter dem hartnäckigen Widerspruch der Herrschaften, hier auch überall die Landeshoheit (vergl. Baumann, Die Territorien des Seekreises 1800. Badische Neujahrsblätter. IV, 22 ff.). Württemberg, dem bekanntlich im Preßburger Frieden Nellenburg zufällt, nimmt sofort all diese Rechte für sich in Anspruch und stützt sich dabei im Wesentlichen auf Art. 8 des Friedensvertrages, wonach die drei süddeutschen Höfe die ihnen zugewiesenen österreichischen Gebiete auf dieselbe Art und mit denselben Titeln und Rechten wie ehemals Oesterreich besitzen sollen. In Folge dessen setzt es sich unverweilt in den Besitz all der Rechte, welche Nellenburg über die Ueberlingischen Spitalämter, das Amt Stahringen, die untern Aemter von Mainau, die Herrschaften Hilzingen und Münchhöf ausgeübt hat, ja es geht sogar noch weiter und dehnt seine Ansprüche auch auf die Herrschaften Conzenberg und Blumenfeld, die Insel Reichenau, die Aemter Oehringen und Bohlingen u. a. Territorien aus, auf welche Oesterreich, wie von badischer Seite wenigstens behauptet wird, niemals oder doch nur sehr bestrittene Anrechte geltend gemacht habe. Baden erhebt gegen dieses Vorgehen energische Einsprache und bezeichnet all diese Rechte, die Württemberg sich anmaße, als erloschen: es beruft sich dabei zunächst auf Art. 14 des Preßburger Friedens, wonach den obengenannten drei Höfen über ihre alten und neuen Lande die volle Souveränität mit allen daraus abgeleiteten Rechten zugesprochen wird; dann aber auf Art. 15, wonach Oesterreich allen und jeden Rechten und Ansprüchen auf die abgetretenen Lande entsagt, diese Rechte und Ansprüche selbst also, wie man in Karlsruhe etwas künstlich interpretirt, hinfällig geworden sind und nicht auf Württemberg übergehen konnten. Beide Theile verfechten ihre Interessen in umfangreichen Denkschriften, der Zwist wird dadurch erheblich verschärft, daß Württemberg in Nellenburg das früher von ihm selbst bekämpfte Heimfallrecht Baden gegenüber rücksichtslos zur Anwendung bringt und überdies fast alle Ritterorte des Hegaus occupirt, letzteres unter dem Vorwande, daß sie im Umfange der Landgrafschaft gelegen seien und diese die landgerichtliche Jurisdiktion und die Landeshoheit darüber ausgeübt habe. Eine Einigung kömmt vorerst weder in München noch in Paris zu Stande, bis durch Art. 34 der Rheinbundsacte Württemberg gezwungen wird, all seinen Ansprüchen auf badische Besitzungen zu entsagen und durch den darauf folgenden Staatsvertrag vom 13. November 1806 die Theilung der Ritterorte im Hegau zwischen Baden und Württemberg erfolgt.

spannten, vorzüglich aber in Ansehung der dazu gerechneten breisgauischen Dependenzen unzulässigen Anzahl von 9962 Seelen, — sondern auch alle jene kurbadischen und anderen Districte, auf welche man nellenburgischerseits die unbefugten Regalienansprüche ausdehnt, als wirkliche, dortseitige Territorialunterthanen in Aufrechnung gebracht wurden.

Dabei setzte der H. Bevollmächtigte hinzu, daß bei dieser Lage nichts übrig bleiben werde, als den vorgehabten Haupttausch- und Arrondirungsplan zwischen Württemberg und Baden vor der Hand zu beseitigen und sich auf die Ausgleichung einzelner Punkte zu beschränken, zu welchem Ende sein höchster Hof zu folgenden Vorschlägen geneigt sei:

a) der Canton Kraichgau soll hälftig getheilt werden, jedoch unter der Bedingniß, daß die von Baden occupirten Orte im Odenwald und das Gemmingische Gebiet im Hagenschieß auch in die Theilungsmasse geworfen werde.

b) In Ansehung der nellenburgischen Rechte auf die Bezirke des obern Fürstenthums würde man allenfalls nachgeben, jedoch nur gegen vorläufige kurbadische Verzichtung auf die hegauischen Ritterorte.

c) Bonndorf müsse nach seinem ganzen administrativen Umfange als württembergisch anerkannt werden.

d) Das Fürstenbergische am linken Ufer der Donau sammt Hohenhewen, Meßkirch und Heiligenberg sei in das württembergische Arrondissement zu überlassen.

e) Unter diesen Voraussetzungen wolle man sich auch einen Tausch von Biberach gefallen lassen, jedoch unter Ausgleichung der reinen Seelenzahl und der Revenuen.

vid. Beilage Nr. 1, 2, 3 zum sechszehnten Berichte.

§ 17.

So sehr wir durch diese Erklärung unsere oben § 8 angeführte Behauptung, daß die gütliche Bewirkung alles erschöpfender Demarkationslinien unübersteigliche Hindernisse finden und so lange nicht thunlich sein werde, bis das Eigenthum der im Streite befangenen Gegenstände näher bestimmt und also der Gehalt der wechselseitigen Cedendorum näher erörtert sei. bestätigt gefunden haben, ebenso sehr bedauerten wir, auch an den erwähnten k. württembergischen Vorschlägen über die einzelnen Punkte die Ungeneigtheit einer ernstlichen Annäherung wahrzunehmen.

Wir fanden daher kein Bedenken, dem H. Legationsrath v. Wucherer mündlich, Punkt vor Punkt, darzuthun, daß der kurbadische Hof, ohne seinen gegründetsten Rechten zu nahe zu treten, schon die gemachten Vorbedingnisse, nämlich jene der Theilung der Odenwaldischen, an Württemberg gar nicht angrenzenden Orte, sodann des der kurbadischen Landeshoheit längst unterworfenen Gemming'schen Gebietes, ferner jene der Verzichtung auf alle hegauische Orte, nicht minder jene der Entsagung der breisgauischen Zubehörden bei Bonndorf, sich nicht gefallen lassen könne, folglich, sofern jenseits als Vorbedingnisse darauf beharrt werde, nichts übrig behalte, als die Entscheidung des französischen

Kaisers, als allerhöchsten Vermittlers, über das Projet de Convention abzuwarten und alsdann, sofern es noch erforderlich, zu der Ausgleichung der unerörterten Punkte nach den durch die allerhöchste Vermittlung adoptirten Normen vorzuschreiten. Wir setzten noch hinzu, daß wir übrigens nicht ermangeln würden, die bestimmte höchste Instruktion darüber einzuholen.

Zugleich aber hielten wir für nothwendig, Sr Exc. dem vermittelnden H. Minister, Staatsrath Otto, von der Unthunlichkeit dieser neuen württembergischen Vorschläge und von unserer Ansicht derselben in einem ausführlichen Mémoire vom 16. April die Eröffnung zu machen.

vid. Beilage Nr. 4 zum sechzehnten Berichte.

§ 18.

Da sich nun auch aus dieser neuern württembergischen Communication ergab, wie wenig man dortseits gesonnen sei, in Ansehung der hegauischen Ritterorte, ungeachtet dieselben sämmtlich in Absicht auf die dem Canton zuständig gewesenen Rechte von Kurbaden occupirt worden waren, irgend einem Arrangement stattzugeben, so erachteten wir für sachdienlich, diesen Streitpunkt noch in einem besondern ausführlichen Mémoire: «Examen de la question, si les droits du canton équestre de Hegau, exercés sur les terres comprises dans le district régalien de Nellenbourg, devront être adjugés à la cour de Bade ou à celle de Wurtemberg?»

vid. Beilage Nr. 1 zum achtzehnten Berichte, datirt 21. April,

zu erörtern und solches Sr Exc. dem kaiserlich französischen H. Minister Otto zu überreichen.

In diesem Mémoire glaubten wir hinlänglich dargethan zu haben, daß Oesterreich als Besitzer von Nellenburg die Rittercantonsrechte über die hegauischen Ritterorte als z. B. Collectationsrecht, ius armorum etc., weder besessen noch ausgeübt habe, daß also die Krone Württemberg, welche vermöge des achten Artikels des Preßburger Friedens die Landgrafschaft Nellenburg nicht anders (pas autrement) als wie Oesterreich besitzen sollte, ebengedachte Rechte, weder als Nachfolger von Oesterreich, noch durch die Disposition des erwähnten Friedens erworben habe, ferner daß Württemberg eben diese Rechte durch Occupation nicht mehr habe an sich bringen können, da sie schon im December vorigen Jahres, vor dem Preßburger Frieden, in Gemäßheit der ordre du jour vom 19ten des gedachten Monats, ohne einen befugten Concurrenten zu beeinträchtigen, occupirt worden, also nach dem erfolgten Frieden von Preßburg nicht mehr disponibel oder der Gegenstand einer Occupation gewesen seien, folglich daß Kurbaden frühere und gegründetere Ansprüche als Württemberg auf die Rechte habe.

§ 19.

Während wir auf solche Art uns bemühten, die vorkommenden Unterhandlungsgegenstände in ihr gehöriges Licht zu setzen und dem definitiven Ar-

rangement auf jede thunliche Weise vorzuarbeiten, sahen wir mit ebenso sehnlicher Erwartung einer entscheidenden oder näher bestimmenden Aeußerung des französischen Gouvernements über das Projet de Convention entgegen. Gegen alles Vermuthen waren nun schon beinahe fünf Wochen verflossen, binnen welchen man gedachte Aeußerung vergeblich erwartete[1], und der Zustand der Unbestimmtheit, in welchem sich die Angelegenheiten Schwabens und der angrenzenden südlichen Reichskreise befanden, ward mit jedem Tag fühlbarer.

In dieser Lage der Dinge fuhr man insbesondere k. württembergischerseits fort, die Ansprüche, welcher dieser höchste Hof durch den Preßburger Frieden auf verschiedenen Punkten erlangt zu haben glaubte, mittelst militärischer Gewalt durchzusetzen, ungeachtet der obengedachte Hof von den kaiserlich französischen Behörden in den Civilbesitz von Nellenburg, Altdorf ꝛc. noch nicht immittirt war.

Namentlich fanden die k. württembergischen Occupationscommissarien für gut, die nellenburgischen Anmaßungen gegen mehrere Districte des kurbadischen obern Fürstenthums, die Ansprüche auf die ritterschaftlichen Orte im Hegau und Kraichgau mit militärischer Gewalt auszuführen und die kurbadischen Rechte und vorherige ruhige Occupationen immer mehr und mehr zu verdrängen[2].

Da nun der kaiserlich französische H. Kriegsminister Berthier schon in einem Schreiben an die kaiserlich französischen Uebergabscommissarien vom 21. Februar (vid. Beilage Nr. 2 zum vierten Berichte, datirt 27. Februar) verordnet hatte, «daß die strittigen Gegenstände sowohl innerhalb als außerhalb eines durch den Preßburger Frieden begebenen Landes bis zu einer unter französischer Mediation erfolgenden Uebereinkunft von keinem der drei Höfe occupirt werden sollen», so hielt es der kurbadische Hof dieser zweckmäßigen Verfügung angemessen, die Unterstützung der k. französischen Militärbehörden gegen die württembergischen Zudringlichkeiten zu reclamiren und zu verlangen, daß die gedachten objets litigieux im Hegau, Kraichgau und bei Bonndorf bis zur endlichen Erörterung durch k. französische Sauvegarden besetzt werden sollten.

Durch wiederholte, dem H. Kriegsminister Berthier und H. Minister Staatsrath Otto eingereichte Vorstellungen ward dieses Gesuch erreicht.

vid. elfter Bericht, datirt 19. März.

Und da endlich die Uebergabe der im Preßburger Frieden der Krone Württemberg zugedachten Lande vor sich gehen sollte, so wurde der französische Uebergabscommissär, H. General Fririon, von Sr Exc. dem H. Minister und Staatsrath Otto in obiger Gemäßheit beauftragt, den Uebergabsurkunden die

---

[1] Ueber die Gründe, die Napoleon schließlich zur Ablehnung des Otto'schen Mediationsplanes bestimmen, vergl. sein Schreiben an Talleyrand vom 10. April. Correspondance, 12, 266 ff. (Nr. 10071). Nach den Aufzeichnungen Kleisers wäre der Plan, der in den Bureaux des Auswärtigen Amtes wenig Anklang fand und die drei Höfe ebenso wenig befriedigte wie die kleineren Reichsstände, schon Ende März aufgegeben gewesen.

[2] Vergl. im Folgenden oben S. 444.

obige Klausel, «daß die strittigen Gegenstände bis zur definitiven Ausgleichung nicht übergeben seien und daß auch die Gegenstände des Droit d'épave bis dahin den vorigen Eigenthümern zum Genusse verbleiben müssen»[1], — einzuverleiben, welches denn auch bei den am 28. Mai, 2. und 4. Juni erfolgten Uebergaben vollzogen und von dem k. württembergischen H. Uebergabscommissär unterzeichnet worden ist.

vid. Beilage Nr. 1 zum achtundzwanzigsten Berichte, datirt 24. Juni.

§ 20.

In der Zwischenzeit haben Se Kf. D. zu Baden für gut befunden, meinen, des Unterzeichneten, Collega, Geh. Referendär Maler, zu einer anderweiten Bestimmung nach Karlsruhe abzurufen und mir, dem Unterzeichneten, die fernere Besorgung der Angelegenheiten in München anzuvertrauen.

Der Geh. Referendär Maler reiste den 17. Mai ab, und ich sah nun einer nähern Entwicklung aus Paris, allwo den eingelangten Nachrichten zu Folge und in Gemäßheit der oben § 12 gegebenen Veranlassung die bevollmächtigten H. Minister der drei höchsten Höfe bereits in wechselseitige Unterhandlungen getreten waren, mit verdoppelter Sehnsucht entgegen.

Diese Entwicklung erfolgte aber immer noch nicht, und es schien sich jene Besorgniß, die man diesseits gleich von Anfang hegte, zu bestätigen, nämlich daß bei irgend einer Verzögerung der zu München zu Stande kommen sollenden Uebereinkunft die Arrangirung der innern Angelegenheiten von Schwaben entweder mit höhern politischen Einleitungen in Berührung kommen oder verschiedenen Einstreuungen Spielraum gestatten und in beiden Fällen eine Verlängerung des anarchischen Zustandes nach sich ziehen würde.

Unterdessen wurde zwischen den k. württembergischen und den k. bayerischen H. Bevollmächtigten, welche letztere von dem Antrage Sr Exc. des H. Ministers Otto in der gemeinschaftlichen Besprechung vom 20. Februar . . . und von dem in der Folge erschienenen Projet de Convention Anlaß genommen hatten, von dem in der Conferenz vom 13. Februar . . . angefangenen Unterhandlungsplane abzugehen, die wechselseitige Separatnegociation mit abwechselnder Hoffnung des Erfolges fortgesetzt und endlich so weit gebracht, daß diese Separatübereinkunft in den ersten Tagen des Monats Junius zwischen beiden höchsten contrahirenden Höfen unterzeichnet wurde[2].

vid. Beilage Nr. 1 zum einundzwanzigsten Bericht und ferner den fünfundzwanzigsten Bericht, datirt 6. Juni.

§ 21.

Bei der in gedachter Separatübereinkunft an der Schussen und der Riß verglichenen Demarkationslinie befand sich das kurbadische Interesse offenbar, so-

[1] Vergl. oben S. 451.

[2] Die Convention datirt vom 3. Juni. Ein Auszug bei Martens, Supplément au recueil des principaux traités, IV, 289.

wohl in Ansehung des Biberacher Gebiets, als in Betreff der links und rechts dieser Linie vorhandenen Occupationsobjecte und Kreisbezirkszubehörden, betheiligt. Man versäumte also diesseits nicht, sobald der Zeitpunkt des Abschlusses dieser Uebereinkunft heranzunahen schien, Sr Exc. dem französischen H. Minister Otto eine feierliche Verwahrung der kurbadischen Rechte und Ansprüche unterm 14. Mai

vid. Beilage Nr. 2 zum einundzwanzigsten Bericht

mit dem Ersuchen einzuhändigen, solche noch vor dem gedachten Abschlusse zur Kenntniß der beiden höchsten contrahirenden Höfe zu bringen. Dies ward auch durch des hochgedachten H. Ministers Exc. wirklich bewerkstelligt, und der k. württembergische Hof ließ durch seinen Gesandten, Freiherrn v. Bothmer, aus Gelegenheit einer dem H. Minister Otto zugestellten Note, datirt München, 16. Juni, eine beruhigende Gegenversicherung darüber ertheilen.

vid. Beilage Nr. 1 zum einunddreißigsten Bericht.

§ 22.

Nach Auswechslung der beiderseitigen höchsten Ratifikationen über obige Separatconvention begab sich der k. bayerische H. Bevollmächtigte und Comitialgesandte Frhr. von Rechberg nach Regensburg, und der k. württembergische H. Bevollmächtigte, Geh. Legationsrath von Wucherer, in Gefolge des erhaltenen Abberufungsbefehls nach Stuttgart. Jedoch ward von beiden Seiten Sr Exc. dem vermittelnden H. Minister geäußert, daß beide Bevollmächtigte wieder nach München zurückkommen würden, sobald die Wiederanknüpfung der dortigen Unterhandlungen solches erheischen sollte, wo inzwischen k. württembergischerseits S^e^ Exc. der H. Gesandte von Bothmer die einstweiligen Communikationen besorgen würde.

Nachdem mir nun auch vermöge verehrlichen Geh. Rathsconclusi vom 27. Mai, Nr. 2042, die höchste Gesinnung bekannt gemacht worden war, daß man nicht thunlich finde, mit Württemberg vor der Entwicklung der Negociationen in Paris in fernere Unterhandlungen einzugehen; da auch die Erörterung der mit Bayern noch zu berichtigenden Gegenstände (oben § 9) von ebendenselben aus Paris erwarteten Resultaten abhängen, so fand ich in dieser Lage nach eingeholter Miteinstimmung Sr Exc. des vermittelnden H. Ministers für zweckmäßig, auch meinem höchsten Hofe den unterthänigsten Antrag meiner einstweiligen Abberufung nach Karlsruhe in der Art zu machen, daß ich allda die allenfalls noch entfernte Entwicklung der Negociationen in Paris abwarten und erforderlichenfalls wieder nach München zurückkehren könnte, wo inzwischen S^e^ Exc. der kurbadische H. Gesandte, Graf v. Degenfeld, sich ebenfalls den einstweiligen Communikationen unterziehen würde.

vid. neunundzwanzigster Bericht, datirt 17. Juni[1].

[1] Hofer glaubt, daß seiner Abreise um so weniger etwas im Wege stehe, als erreicht sei, was zu erreichen war: „Das Kraichgau und Hegau sind mit französischen Sauvegarden

In Erwartung der hierüber erfolgenden höchsten Verfügung habe ich es für meine Pflicht gehalten, diese unterthänigste Haupt- resp. Schlußrelation zu verfassen und darin den Gang der hiesigen Unterhandlungen unter einem Gesichtspunkte in der Zuversicht zusammenzustellen, daß nichts versäumt worden sei, um den erhaltenen höchsten Aufträgen so viel, als es die Umstände möglich gemacht haben, zu entsprechen.

§ 23.

Nur Folgendes finde ich noch nothwendig unterthänigst bemerklich zu machen:

Erstens habe ich mit meinem Collega, Geh. Referendär Maler, vom Anfange der hiesigen Unterhandlung bis jetzt nicht versäumt, Sr Exc. dem kurbadischen Bevollmächtigten, H. Minister v. Reitzenstein, in Paris durch ununterbrochene Communikationen von dem Gange der hiesigen Geschäfte genaue Kenntniß zu geben. Wir hatten auch die Beruhigung, in Hochdesselben Rückantworten vom 10. März, 8. Mai und 9. Juni, sowohl unser Benehmen überhaupt, als die Grundlage unserer Unterhandlung mit Württemberg vom 21. Februar (vid. dritter Bericht) und das vorgeschlagene resp. Ultimatum vom 15. April (vid. sechzehnter Bericht de eod. dato) vollkommen gebilligt zu sehen.

Zweitens. So sehr ich auch überzeugt bin, daß dahier alles geschehen ist, was zum Behufe der diesseitigen Rechte und Ansprüche bewerkstelligt werden konnte, ebenso sehr glaube ich, daß man Ursache habe, über die bei der Separatconvention zwischen Bayern und Württemberg von beiden Höfen vorwalten mögenden geheimen Absichten auf der Hut zu sein. Ich habe daher auch nicht unterlassen, in dem dreißigsten unterthänigsten Berichte diese Besorgnisse und die voraussichtliche Erneuerung der württembergischen Gewaltthätigkeiten, sobald es diesem Hofe gelingen sollte, die Unbestimmtheit der Ausgleichungsgegenstände bis nach dem Abmarsche der französischen Armee zu unterhalten, ausführlich zu schildern und solche auch Sr Exc. dem H. Cabinetsminister v. Reitzenstein in einem Schreiben vom 22. d. M. zu Gemüthe zu führen, damit alle thunlichen Gegenmittel in Paris angewandt werden möchten.

Drittens. Endlich ist noch zur Darstellung der Münchener Unterhandlungen anzuführen, daß sich vom Anfange derselben bis auf diesen Augenblick mehrere Abgeordnete der kleineren Fürsten und Stände sowohl aus dem oberrheinischen und fränkischen Kreise, nämlich von Hohenlohe, Wertheim, Erbach 2c., als vorzüglich aus dem schwäbischen, nämlich von Fürstenberg, Oettingen, den schwäbischen und westfälischen Grafen 2c., in München eingefunden haben[1].

---

besetzt, die württembergischen Eingriffe im obern Fürstenthum sind vor der Hand beseitigt; das droit d'épave ist provisorisch aufgehoben, und Württemberg sind einstweilen so viel als möglich die Hände durch die Clausel in den Uebergabsurkunden gebunden". Bericht vom 17. Juni.

[1] Ein Verzeichniß der im Auftrag der kleineren Reichsstände in München sich aufhaltenden diplomatischen Agenten gibt Oehl in seinem Berichte vom 10. Mai 1806. An

Ihre gemeinschaftliche Absicht ging dahin, ihre politische und constitutionelle Existenz, so weit immer möglich, zu erhalten und in diesem Sinne auf die Resultate des Münchener Congresses zu wirken. Aber in der Auswahl der Mittel, zu diesem Endzweck zu gelangen und ihre gerechten Wünsche mit dem Drange der Zeitumstände in Uebereinstimmung zu bringen, war weder ein gemeinschaftliches Einverständniß noch ein gemeinschaftliches Organ unter ihnen vorhanden. Von den einzelnen bedeutenden Fürsten schien jeder die Befugniß, nach Umständen seinen eigenen Weg zu gehen, sich vorbehalten zu haben, und auch unter den einzelnen Abtheilungen der kleineren Stände, z. B. der schwäbischen und westfälischen Grafen, ließ sich mehr Einheit der Wünsche als der Maßregeln entdecken[1]. Dieser Zustand war für den Beobachter ein trauriger Widerschein im Kleinen von der Lage des ganzen deutschen Reichs im Großen und er bildete zugleich ein Gegenstück zu dem Mangel an Uebereinstimmung, in welchem sich die drei alliirten Höfe befanden, so wenig auch nach dem höchsten Grade der Evidenz zu mißkennen war, daß, wenn je noch die Stunde vorhanden sei, in dem Innern von Schwaben eine erträgliche Ordnung der Dinge ohne fremde Einmischung zu bewirken, solche durch ein schleuniges Einverständniß der Betheiligten bewerkstelligt werden müßte.

Vermöge dieser leidigen Verhältnisse konnte man zu förmlichen Compositionsanträgen zwischen den drei alliirten Höfen einerseits und den kleineren Ständen andererseits nicht gelangen. Noch weniger konnte sich ein einzelner der drei höchsten Höfe herausnehmen, mit den ohnehin in einem bestimmten gemeinsamen Plane nicht zusammentreffenden kleinern Ständen in eine Separatunterhandlung sich einzulassen, ohne dadurch die Reaktion der beiden andern höchsten Höfe in ihrer ganzen Wirksamkeit herbeizuführen und sofort auf diesem Wege die Unterhandlungen auf dem hiesigen, in seiner Art subalternen Negociationsschauplatze aufzulösen.

Auf solche Art blieb das wohlerwogene Bestreben des kurbadischen Hofes, vermöge der oben §§ 4, 5, 6 angeführten Maßregeln ein schleuniges, dem Drange der Zeitumstände angemessenes und für alle Betheiligte leidentliches Verhältniß in Schwaben herzustellen, ohne Erfüllung. Durch die zur Nothwendigkeit gewordene Absendung des Mediationsvorschlages Sr Exc. des französischen H.

der Rettung der politischen Existenz verzweifelnd, versuchte, wie es scheint, ein Theil dieser Stände, seine Besitzungen bei Zeiten möglichst vortheilhaft loszuschlagen; Wolfegg trug, wie es hieß, seine Territorien Bayern um den Kaufpreis von 10 Millionen an. Ende Mai, als die Verhandlungen der Münchener Mediationscommission als gescheitert betrachtet werden konnten, begaben sich die meisten von diesen Winkeldiplomaten nach Paris, um dort die Interessen ihrer Herren zu wahren. Berichte Oehls aus München vom 16., 24. und 26. Mai.

[1] Auch Kleiser klagt in seiner mehrfach erwähnten Denkschrift über den Mangel an Uebereinstimmung und einheitlichem geschlossenen Vorgehen in diesen Kreisen. — Vergl. Mayer, Geschichte der Mediatisirung des Hauses Isenburg, 52.

Ministers Otto nach Paris wälzte sich das ganze Geschäft an diesen Mittelpunkt der politischen Verhandlungen. Mehrere Abgeordnete der kleineren Stände wanderten nun auch dahin, um die zweifelsohne große Zahl der dort betriebenen Gesuche und Entwürfe zu vermehren, und die sämmtlichen Betheiligten, — vom Schicksale nicht zu dem gewünschten Loose bestimmt, ihre wechselseitigen Verhältnisse durch gemeinschaftliches Einverständniß zu reguliren, — haben nun die Entscheidung desselben von dort aus zu erwarten[1].

[1] Seinem Antrag entsprechend wird Hofer abberufen und begibt sich am 16. Juli nach Günzburg, um dort als Vertreter seiner Regierung neben den Bevollmächtigten Bayerns und Württembergs an den durch die Erwerbung der österreichischen Vorlande bedingten Ausgleichsverhandlungen mit dem Wiener Hofe theilzunehmen.

2. Sendung Reitzensteins nach Paris und Abschluß des Rheinbundes.

538. Geh. Cabinetserlaß an den Geh. Rath.

Karlsruhe, 3. Februar 1806[1].

[Weisung zu energischer Wahrung der badischen Interessen gegen Bayern und Württemberg. Abreise Reitzensteins nach Paris. Abschluß des Ehevertrags.]

Da S. Kf. D. den nächstbevorstehenden Zeitpunkt der Anwesenheit Höchstdero zur Unterhandlung der Vermählungsangelegenheit des H. Kurprinzen Hf. D. abgeschickten Commissarien und des Durchl. H. Kurprinzen Selbst in Paris für besonders geeignet ansehen müssen, die verschiedenen wichtigeren Differenzen mit Bayern und mit Württemberg rc. zu einem für das Interesse Ihres Kf. Hauses günstigen Ende zu bringen, wohingegen das Interesse der Höfe zu München und Stuttgart zu erfordern scheine, alle solche streitige Angelegenheiten über den oben bemerkten Zeitpunkt hinaus unentschieden hinzuhalten, so haben Höchstdieselben für dienlich erachtet, Ihr Kf. Geh. Rathscollegium andurch besonders zu ermächtigen, in allen solchen mit anderen Reichsständen streitigen Angelegenheiten, vorzüglich aber in jener, welche die Erhaltung der Ihnen von des französischen Kaisers Majestät — mit dem bekannten Abzug einer Bevölkerung von 17 000 Seelen übrigens — zugesicherten Integrität des Breisgaues gegen die württembergischen Eingriffe, sodann die Behauptung des Großpriorats Heitersheim und der Klöster im Breisgau gegen Anmaßungen von Bayern und des Johanniterordens betrifft, die diesseitigen Rechte auf das standhafteste zu vertheidigen und in letzterer besonders

[1] Noch in der gleichen Nacht tritt Reitzenstein die Fahrt nach Paris an, wo er gemeinsam mit dem Oberstkammerherrn von Geusau den Ehevertrag des Kurprinzen abzuschließen beauftragt ist. Unmittelbar nach seiner Ankunft beginnen die Verhandlungen mit General Duroc, dem kaiserl. Oberhofmarschall. Der Versuch, einen Artikel einzufügen, wonach die weibliche Linie zur Erbfolge erst berufen sein sollte, wenn auch die gräflich Hochbergische Linie im Mannesstamme erloschen sei, wird französischerseits mit dem Bemerken zurückgewiesen, der Kaiser sei an sich zwar sehr geneigt, dem Wunsch zu entsprechen, halte aber den gegenwärtigen Augenblick hiefür nicht für geeignet (Bericht Reitzensteins vom 18. Febr.). Von weiteren politischen Forderungen, insbesondere der eines Gebietszuwachses (vergl. oben Nr. 422) ist nicht die Rede; es scheint, daß man sich mit gewissen mündlichen Zusicherungen, die Napoleon in Karlsruhe gegeben, zunächst begnügt hat. Am 17. Febr. wird der Ehevertrag unterzeichnet; er findet sich nebst dem geheimen Separatartikel bei De Clercq, Recueil des traités de la France, II, 156 ff. gedruckt, allerdings nicht durchweg in correcter Fassung.

durchaus nichts als der Gewalt der Waffen nachzugeben, auch sich in allen wichtigen Punkten vordersamst der Ansicht des französischen Gouvernements durch obengedachte Commissarien zu versichern, übrigens aber, soweit nöthig, sich mit gegenwärtiger höchster Resolution zu legitimiren.

Concept Wielandts mit Zusätzen Reitzensteins.

539. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 6. Februar 1806.

[Haynau nach Paris. Dalberg wird über die politischen Ziele und Pläne informirt werden.]

Auch Herr v. Haynau [1] ist nach Paris abgereist.

. . . Je savais bien qu'il avait remué ciel et terre pour obtenir cette faveur, mais Msgr. l'Electeur ne m'en avait pas parlé et ne m'a ordonné que dimanche après-dînée de lui signifier sa gracieuse permission d'accompagner S. Exc. Mr le ministre du cabinet, Bon de Reitzenstein, en qualité de gentilhomme d'ambassade. Deus bene vertat! . . .

Les circonstances ne m'ont pas permis de Vous mettre au courant de tout ce qui concerne nos intérêts, dont en partie je n'ai moi-même appris les résultats qu'à fur et mesure etc., mais je ne doute pas qu'on Vous donnera maintenant une connaissance complète des importants dénouements qui sont spécialement confiés à la disposition de S. Exc. Mr le Bon de Reitzenstein . . .

540. Edelsheim an Massias.

Karlsruhe, 8. Februar 1806.

[Grenzverletzungen im Oberlande. Fahndung nach englischer Contrebande. Beschwerde und Remedur.]

Am 16. Januar hat eine Abtheilung französischer Infanterie, 60 Mann vom 7ten Regiment, bei Hüningen den Rhein überschritten und Lörrach besetzt. Man fahndet nach englischen Waaren und visitirt alle Fracht- und Rollwagen. Die gleiche Maßregel ist, wie der commandirende Offizier bemerkt, für alle Städte zwischen Basel und Frankfurt angeordnet. In der That wird ähnliches von Müllheim und anderen Orten berichtet. Derlei Gewaltakte sind unvereinbar mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit. Edelsheim führt daher Beschwerde darüber und ersucht den Vorfall zur Kenntniß des Kaisers zu bringen, «afin que ces violations du territoire électoral soient réprimées et prévenues pour l'avenir».

Am 12. März theilt Talleyrand dem Geschäftsträger in Karlsruhe mit, der Kaiser finde die Beschwerde begründet und habe Weisung ertheilt, die Kosten, die der Einmarsch verursacht habe, zu ersetzen.

Paris. Archiv.

[1] Kammerjunker Ludwig von Haynau, ein natürlicher Sohn des Kurfürsten Wilhelm von Hessen, seit 1803 in badischen Diensten.

541. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 12. Februar 1806.

[Ankunft Reitzensteins. Dalberg in Paris überflüssig. Intriguen gegen Edelsheim; man wünscht in Paris seine Entlassung.]

Depuis ma dernière dépêche M[r] le B[on] de Reitzenstein étant arrivé ici et se trouvant chargé de tout ce qui a rapport aux relations de la France avec le pays de Bade, le cercle de mon activité a disparu . . . J'aurai l'honneur de soumettre à S. A. S. E. le plus tôt que les circonstances me le permettront quelques observations sur l'inutilité de ma présence ici et l'économie qu'Elle pourra faire à mon égard . . .

|: J'ai l'honneur de prévenir V. Exc. qu'on témoigne ici de l'étonnement que Vous êtes encore censé à la tête des affaires étrangères, qu'on insiste que l'Electeur Vous ôte le portefeuille, si Vous ne Vous en démettez [pas] Vous-même. L'Empereur et M[r] Talleyrand ont été outrés, à ce qu'on m'assure, que Vous avez caché la tabatière qui Vous a été donnée[1], et on le juge comme un mépris de Votre part. Il faut encore que d'autres choses se soient dites que j'ignore, mais il est sûr que V. Exc. luttera en vain avec le parti qui Vous en veut et que ceux qui Vous sont attachés et Vous considèrent ne peuvent que Vous conseiller de remettre la besogne à qui veut s'en charger, restant toujours pénible aussi longtemps que la cour ne sait se faire considérer plus ici et ailleurs. Je suis peiné de devoir Vous donner de tels avis, mais comme Vous me l'avez demandé, je crois Vous le devoir. Hier encore on a dit, que si Vous ne quittiez pas, on l'exigerait; Massias même a l'ordre, à ce qu'on me dit, de ne plus traiter avec Vous[2]. V. Exc. saura mieux que moi je puis l'apprendre les motifs de cette décision . . . :|

---

542. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 19. Februar 1806.

[Zurückbehaltung von Kriegsgefangenen für das badische Militär. Mißtrauen gegen Edelsheim.]

|: J'ai communiqué la lettre chiffrée que V. Exc. m'a fait l'honneur de m'écrire en date du 12 févr.[3] à S. A. S. le Prince Louis; il m'a assuré qu'on retiendrait au service de Bade le plus grand nombre de prisonniers

---

[1] Vermuthlich handelt es sich um die Dose, die Thiard im September 1805 nach Abschluß des Allianzvertrages Edelsheim zu überreichen angewiesen war.

[2] In der Correspondenz zwischen Talleyrand und Massias ist in dieser Zeit weder hiervon, noch von dem Wunsche einer Entfernung Edelsheims irgendwie die Rede. Ueber den Ursprung dieser Gerüchte vergl. Nr. 544.

[3] Fehlt.

possible, ceux particulièrement nés dans les anciennes et les nouvelles possessions de l'Electorat d'où l'on exclurait avec soin tout recruteur étranger.

Je n'ai point cru devoir communiquer cette dépêche de V. Exc. à Mr le Bon d'Edelsheim, ayant appris d'une manière positive qu'avant les hostilités il avait donné des renseignements importants sur les mouvements de nos armées à Mr le Bon de Schall . . . qui avait aussitôt dépêché un courrier pour en instruire le général Mack.[1] L'Electeur qui en fut informé en ressentit le plus grand chagrin . . . :

Parls. Archiv.

543. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 20. Februar 1806.

[Clarke in Stuttgart. Scharfe Mißbilligung des württembergischen Vorgehens.]

. . . On prétend que S. Exc. Mr le général Clarke après avoir représenté inutilement les erreurs des principes qu'on soutenait à Stoutgart relativement à l'extension du district du Brisgau, excepté en faveur du Wurtemberg, avait jugé nécessaire, en quittant Stoutgart d'exprimer fort énergiquement dans une note à Mr le Cte de Wintzingerode qu'il n'aurait pas dû s'attendre à une opposition si déraisonnable et si peu conforme aux intentions suffisamment prononcées de l'Empereur, son maître; qu'il s'appliquerait maintenant à tracer les limites respectives ainsi qu'elles lui avaient été prescrites; qu'enfin que c'était cette note qui avait motivé le voyage précipité du Cte Wintzingerode[2] . . .

Der Kurprinz wartet auf Bescheid, wann er nach Paris abgehen soll.

Concept.

544. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 21. Februar 1806.

[Abreise des Kurprinzen. Gefolge. Urtheil über Weinbrenner. Die Intriguen auf Haynau zurückzuführen. Umtriebe desselben; Verhältniß zu Thiard. Warnung.]

. . . Notre prince électoral partira dans les premiers jours de la semaine prochaine, accompagné de Mr le colonel Bon de Roeder[3], de son

[1] Es handelt sich um müßiges Geschwätz; wenigstens ist in den Berichten Schalls davon nirgends die Rede, auch macht die Art und Weise, in der er von Edelsheim im Sept. 1805 spricht, es durchaus unwahrscheinlich, daß der Minister ihm derartige Dienste geleistet.

[2] Ueber seine Sendung vergl. das Schreiben des Königs vom 12. Februar bei v. Schloßberger, Politische und militärische Correspondenz König Friedrichs von Württemberg, 51 ff.

[3] Oberst Georg Friedrich Frh. Röder von Diersburg, Kammerherr des Kurprinzen.

adjudant Mr de Grolmann[1] et de Mr Klüber. On dit que le directeur des bâtiments, Mr Weinbrenner[2], a aussi obtenu la faveur de profiter de cette occasion pour accompagner son ami Mr Klüber à Paris, moyennant une gratification de 45 lsdr., tirée du fond destiné pour les arts et les sciences. Notre ami Becker[3] sera fort affecté de cette préférence peu méritée, et je crois qu'en effet ce régal aurait été plus propre à raviver le peintre émoussé que le capricieux architecte qui, bien loin de profiter le moins du monde des corrections salutaires qu'il pourrait s'y approprier, ne reviendra de Paris que plus déraisonnable et plus ridiculement entiché de ses erreurs et de ses disproportions . . .

|: Je Vous suis bien sensiblement obligé des avis amicaux que Vous venez de me donner. Comme je ne saurais méconnaître la source malveillante qui Vous les a insinués du moins en partie, je ne puis pas être surpris non plus de l'exagération de quelques-unes de ces assertions. Un freluquet damné, dévoué à Mr Thiard, pour se venger de ce que je ne me prêtais pas à ses ridicules prétentions et à ses vœux présomptueux, est allé presque de maison en maison ici à dire du mal de moi et a obtenu par ce méprisable moyen quelques protections qui lui ont fait avoir la faveur d'accompagner le courrier de S. Exc. Mr le ministre de Reitzenstein à Paris[4]. Je ne puis pas Vous marquer toutes les méchancetés de cet intrigant petit fourbe que je tiens en partie confidemment de Massias. Toutefois soyez sur Vos gardes envers lui; comptez qu'il a de méchants projets ou intentions contre Vous comme contre tout le monde. Je lui ai entendu dire une fois qu'il se plaignait du peu de cas qu'on faisait ici de son éminent mérite, tandis qu'un juge compétent — Mr de Thiard — trouvait pourtant qu'il n'y aurait personne ici plus propre à employer dans les plus importantes missions, qu'en blessant son amour-propre et son

---

[1] Ludwig von Grolmann, der spätere Chef des badischen Generalstabs, der als ein Opfer des russischen Feldzugs 1813 zu Wilna in Gefangenschaft starb. v. Weech, Badische Biographien, I, 321. — Die Abreise des Kurprinzen erfolgt am 27. Februar; die Ankunft in Paris am 2. März.

[2] Friedrich Weinbrenner, der bekannte Architekt. Ueber seine Reise nach Paris vergl. Friedrich Weinbrenner, Denkwürdigkeiten aus seinem Leben. S. 276.

[3] Philipp Jakob Becker, bad. Hofmaler und Galeriedirektor.

[4] Die Stelle bezieht sich also auf den Baron Haynau. Vergl. oben Nr. 539. Haynau unterhielt seit dem Sommer 1805 vertrauliche Beziehungen zu Thiard, der ihn damals in das Geheimniß seiner Sendung einweihte und auch in der Folge während des Pariser Aufenthalts über Alles, was vorging, unterrichtete. Die wenig rühmliche Rolle, die er auch späterhin, insbesondere als Karlsruher Polizeidirektor in den Jahren 1813—15, in Baden spielt und mit seiner Entfernung aus dem Staatsdienste endet, bestätigt zur Genüge das Urtheil Edelsheims und Dalbergs über diesen intriguanten Abenteurer. Vergl. über ihn auch das Urtheil Arndts: Beherzigungen vor dem Wiener Congresse S. 72.

ambition on pourrait le porter aux plus violents excès, jusqu'à trahir son propre maître[1]. Voilà un petit sujet bien digne du roué qu'il s'est choisi pour modèle.

Quant à la boète en question, je l'ai montrée en son temps à l'Electeur, au Margrave Louis, à Mr de Reitzenstein etc., même à Mr de Haynau; on avait convenu généralement que ce cadeau faisait si peu d'honneur à l'Empereur qu'à S. A. E.[2] . . . .

545. Reitzenstein an Karl Friedrich.

Paris, 27. Februar 1806.

[Wintzingerode in Paris. Zweck seiner Sendung. Beruhigende Aeußerungen Talleyrands wegen des Breisgaus. Unterredung mit Wintzingerode. Vorstellungen wegen der württembergischen Uebergriffe. Kritik verschiedener Geh. Rathsbeschlüsse. Nachlaß der Breisgauer Contribution. Absichten Bayerns auf Heitersheim und die Klöster im Breisgau. Convention mit dem Malteserorden. Reklamationen dagegen bei Talleyrand.]

Reitzenstein hat sich in den ersten Tagen nach der Ankunft des württembergischen Ministers von Wintzingerode darauf beschränkt, denselben zu beobachten, ehe er es für schicklich erachtet, direkt gegen ihn zu operiren; da aber der Kaiser bei dem letzten Empfang des diplomatischen Corps, wie er selbst gehört, gegen Wintzingerode geäußert, „er solle Tags darauf eine Antwort bekommen", glaubt er sich ungesäumt bei Talleyrand nach dem Zwecke seiner Sendung erkundigen zu müssen. Schon vorher erfährt er durch Geusau, Wintzingerode habe unmittelbar nach dem Empfang mit diesem ein Gespräch angeknüpft und „unter allerhand freundschaftlichen Sincerationen die württembergischen Besitzergreifungen im Breisgau und die darüber entstandenen Mißhelligkeiten sowohl, als die Umgriffe im Canton Kraichgau in einem möglichst günstigen Licht vorzustellen" gesucht, dabei aber unvorsichtiger Weise behauptet, „Württemberg habe selbst die badischen Lehensorte[3] deswegen occupiren zu lassen sich berechtigt geglaubt, weil ihm bekanntlich die volle Souverainität zugestanden worden". „Hiermit hätte er also gerne den Satz aufgestellt, als ob diese Souverainität seinem Hof ausschließlich und so zu sagen über ganz Schwaben zustehe." Geusau habe dem Grafen den unangenehmen Eindruck, den die württembergischen Maßregeln in Karlsruhe gemacht, nicht verhehlt, im übrigen ihn an Reitzenstein verwiesen. „Schon diese detournirte Art, seine Sachen anzubringen, ließ mich muthmaßen, was ich auch schon vorher gehört hatte, daß der von Seiten Württembergs gemachte Versuch, sich des größten Theils des Breisgaus zu bemeistern, hier mit der verdienten Indignation angesehen worden."

Am 24. Februar begibt sich Reitzenstein in Folge dessen zu Talleyrand und ersucht ihn, falls die Aufträge des Grafen Wintzingerode, wie er vermuthe, mit den badischen Interessen collidiren sollten, dringend, nichts mit demselben abzuschließen, ehe man ihn gehört. „Dieser Wunsch sei um so lebhafter, je frischer noch die Erinnerung an die ohnwürdigen Kunstgriffe sei, der[en] sich der Minister von Normann bei der Brünner

[1] Auch Dalberg klagt in der Folge über Haynaus anmaßendes und taktloses Gebahren. An Edelsheim, 23. März.

[2] Die folgenden Zeilen — wie das Ganze mit sympathetischer Tinte geschrieben — sind unleserlich und trotz Anwendung chemischer Reagentien nicht mehr herzustellen.

[3] Im Kraichgau. Vergl. oben S. 444, Anhang 1.

Unterhandlung bedient habe, um der bestimmtesten Intention des französischen Kaisers zuwider das badische Interesse aufs empfindlichste zu verkürzen." Talleyrand bemerkt, Wintzingerode habe eigentlich den Auftrag, „wegen desjenigen, was im Breisgau vorgefallen sei, Excusen zu machen", verspricht aber, wenn er etwa Anträge machen sollte, bei denen das Interesse Badens gefährdet sein könnte, Reitzenstein vorher zu Rath zu ziehen. Die französische Regierung werde bei der Entscheidung entstandener Discussionen die strengste Gerechtigkeit walten lassen, wo es aber möglich sei, „Rücksichten der Gunst eintreten zu lassen, würden diese bei den nunmehrigen Verhältnissen und der bevorstehenden Familienverbindung ganz und ausschließlich für Kurbaden sein. Was insbesondere die Occupationen im Breisgau betreffe, so bleibe es ohnabänderlich bei der Intention Sr Majestät des Kaisers, daß Württemberg vom Breisgau mehr nicht als das Oberamt Triberg und überhaupt eine Bevölkerung von 17000 Seelen erhalten solle, welches auch dem Grafen Wintzingerode ebenso ohnumwunden als das diesseitige Mißfallen über die gewagten Eingriffe zu erkennen gegeben worden sei". Reitzenstein hält die Vornahme einer Volkszählung in dem genannten Bezirke für das beste Mittel, um den Antheil Württembergs am Breisgau zu bestimmen, versichert aber, General Clarke habe sich damit nicht einverstanden erklärt[1]. Talleyrand zeigt sich darüber erstaunt: Clarke habe keine derartige Instruction empfangen, er selbst halte den Vorschlag ebenfalls für das geeignetste Mittel, „der Sache auf den Grund zu kommen".

Am nächsten Tage trifft Reitzenstein mit Wintzingerode zusammen, der mit ihm „über die breisgauischen Angelegenheiten" zu sprechen wünscht. Der Württemberger gibt vor, er habe am gleichen Morgen Depeschen erhalten, welche eine baldige freundschaftliche Auseinandersetzung durch eine Zusammenkunft in Stuttgart versprächen. Reitzenstein bemerkt, er habe an einem baldigen Ausgleiche nie gezweifelt, da die Dinge so, wie sie gelegen, ohnehin nicht lange hätten bleiben können. Die wahre Intention der französischen Regierung sei in Stuttgart ebenso bekannt gewesen wie in Karlsruhe, die gewaltsamen Uebergriffe der württembergischen Commissäre hätten daher allerdings Befremden erregen müssen.

Wintzingerode entgegnet entschuldigend, „daß wahrscheinlich von beiden Seiten die Commissarien über ihre Instructionen hinaus und zu weit gegangen seien", worauf Reitzenstein bemerkt, „daß man diesseits zwar allerdings ebenfalls zu weit gegangen, aber nicht im Occupiren, sondern in der zu weit getriebenen Mäßigung". Weiter beruft sich Wintzingerode auf die angebliche „Dunkelheit des Preßburger Friedens, nach dem man sich doch richten müsse und dessen Bestimmung der breisgauischen Grenze . . . mehrere Auslegungen zuließe, da ein Mohlbach in der dortigen Gegend nicht recht aufzufinden sei".[1]

„Auf diesen Grund war eine nachdrückliche Antwort vollends leicht. Ich sagte nämlich, daß es mir sehr wohl bewußt sei, . . . daß der Mohlbach, der sich auf den neusten Karten nicht mehr finden lasse und seit langer Zeit selbst im Land diesen Namen verloren habe, für nichts anderes als ein être d'imagination angesehen werden könne, welches man dazu benutzen zu können geglaubt habe, um unter dem Deckmantel dieser unbestimmten Grenzscheidung soweit zu greifen, als man nur Lust habe, allein dieser Kunstgriff des H. von Normann werde demselben weder von meinem Hof noch von irgend einem andern, dem es um Erhaltung seiner Consideration zu thun sei, nachgeahmt werden."

Die Absicht der französischen Regierung sei gewesen, den Breisgau unverkürzt an Baden zu überweisen, sie habe sich „zu dem Abriß der benannten integrirenden Theile desselben blos durch die Vorspiegelung bewegen lassen, daß diese Gegenstände vom Württembergischen enclavirt wären", und nicht geglaubt, daß der württembergische Minister sich Behauptungen erlauben werde, welche wider die Wahrheit verstießen.

„Daß diese Voraussstellung der Abtretung dieses Theils vom Breisgau zum Grund gelegen, zeige die Stelle des Tractats selbst, wo es heiße, «enclavé du pays du Wurtemberg».

[1] Vergl. zum Folgenden oben S. 406.

Ebendeswegen, und da die ganze Sache eine offenbare Surprise des französischen Gouvernements gewesen und von solchem ohne Zweifel jetzt selbst dafür anerkannt werde, hätte ich bei meinem Hof darauf angetragen gehabt, das Breisgau ganz zu occupiren und sich sodann gegen Frankreich zu erklären, der Krone Württemberg ohne Anstand soviel davon einzuräumen, als bei genauer Untersuchung sich als württembergische Enclave zeigen würde ...

Ueberhaupt könne er versichert sein, daß, wenn ich nur acht Tage früher angekommen wäre, Württemberg nicht einen Zoll breit vom Breisgau erhalten haben würde, indem es mir ein leichtes gewesen wäre, die Grundlosigkeit der Insinuationen des H. von Normann darzulegen." Es sei unbegreiflich, — meint Reitzenstein, — wie man in Stuttgart sich habe erlauben können, „in seinen Occupationen soweit, ja sogar bis an die Grenze des Oberamts Rötteln und des Kantons Basel zu gehen, wo doch wohl schwerlich jemand württembergische Enclaven suchen werde".

Es werde bei der Bestimmung des Preßburger Friedens unabänderlich verbleiben, alle Versuche von Seiten Württembergs, mehr zu erhalten, würden vergeblich sein. Wintzingerode erwiedert, da er sehe, daß die Unterredung einen unangenehmen Eindruck auf Reitzenstein mache, halte er es für besser, das Thema fallen zu lassen, zumal er „weder von den vorgegangenen Occupationen, noch von den Unterhandlungen des Herrn v. Normann, die er weder vertheidigen, noch tadeln könne, hinreichend informirt sei". Reitzenstein erklärt sich „bei der nunmehr vorliegenden Entscheidung" damit einverstanden, nur müsse er ihm noch freundschaftlich eröffnen, „daß man bei dem so offenbaren Unrecht der württembergischen Occupationen diesseits nicht umhin könne, das Begehren auf eine gerechte Entschädigung anzubringen, und es daher der jenseitige Vortheil von selbst erheische, das ohnrechtmäßig Occupirte so schleunig als möglich wieder zu evakuiren, weil sonst das diesseitige Conto mit jedem Tag stärker werden würde".[1]

Nach Tisch spricht er mit La Besnardière und äußert sein Befremden darüber, daß Württemberg jetzt einen Minister schicke, der sich stelle, als wisse er von nichts; wäre Normann erschienen, so würde er weit stärkere Ausdrücke gebraucht haben. Es wird ihm entgegnet, daß letzterem „bereits in Stuttgart die stärksten Sachen über die ohnwürdigen Mittel, wodurch er das französische Gouvernement überlistet, gesagt worden seien, zugleich aber sei ihm auch aufs festeste erklärt worden, daß Württemberg etwas weiteres als Villingen, Bräunlingen und Triberg nicht zugedacht sei, und Frankreich eigentlich gar nicht die Verbindlichkeit habe ihm etwas zuzuscheiden, was nicht wahre württembergische Enclave sei, . . . kurbadischerseits sei man also keineswegs im Fall, Württemberg außer den obigen drei Objecten nur einen Zoll breit weiter zuzugestehen".

Reitzenstein geht im Folgenden auf den Inhalt verschiedener Karlsruher Depeschen ein; er bedauert, daß man, wie er aus dem Geh. Rathsprotokoll vom 17. d. M. ersehe, auf Clarkes Verlangen von einer Volkszählung zu abstrahiren gedenke, während die französische Regierung doch damit einverstanden sei. Ebensowenig könne er die der Münchner Commission ertheilte Weisung, eine „möglichst vortheilhafte Richtung der Demarcationslinie" zu er-

[1] Ueber die Unterredung mit Wintzingerode hatte Reitzenstein schon Tags zuvor kurz berichtet und vor einer übel angebrachten Nachgiebigkeit, wie man sie s. Zt. bei den Verhandlungen über die Mannheimer Sammlungen bezeigt, dringend gewarnt. «J'espère que cela n'arrivera pas une seconde fois, puisque le conseil intime n'oubliera pas qu'à mon départ l'Electeur lui avait intimé par un ordre du cabinet de ne point céder sur ce point et qu'ainsi il ne pourrait manquer d'encourir une responsabilité personnelle, si un Mr Sensburg ou quelqu'autre voulût préparer un traité désavantageux . . . V. Exc. voudra donc bien y tenir la main avec fermeté auprès du conseil intime.» An Edelsheim.

wirken, billigen, denn da es sich nur um das Oberamt Triberg handle, so sehe er nicht ein, wie eine andere Demarcationslinie möglich sei, „da die im Preßburger Frieden genannte vom Schlegelberg zum Mohlbach, wie aus meinen vorhinigen schriftlichen und mündlichen Anzeigen[1] erinnerlich sein wird, von des französischen Kaisers Majestät eigenhändig in Karlsruhe durchgestrichen worden und nach obigem bei dem hiesigen Ministerio von dieser Linie gar keine Rede mehr" sei. Auch halte er es für überflüssig, daß man die Commission beauftragt, sie solle sich für den Anfall von Elzach angelegentlich verwenden; Elzach sei gar nicht für Württemberg bestimmt, und er kenne „nichts traurigeres, als Difficultäten da selbst zu erheben, wo man keine zu befürchten habe", zumal einem Nachbar gegenüber, der, wie Württemberg, jede Schwäche sofort nütze.

Daß man bezüglich der Zugehörigkeit der vier Herrschaften Betmaringen, Blumegg, Gutenburg und Grafenhausen, die von jeher unstreitig integrirende Theile des Breisgaus gebildet und von der Abtei St. Blasien nur der Bequemlichkeit wegen durch das Oberamt Bonndorf verwaltet worden seien, Zweifel erhoben[2], bedaure er ebenfalls. Nur die Herrschaft Bonndorf sei Württemberg zugewiesen; daß damit lediglich das reichsunmittelbare Gebiet gemeint, gehe aus dem Inhalte des Preßburger Friedens hervor. Wären die Sankt Blasianischen Besitzungen darunter inbegriffen, so hätte man überdies statt des einfachen Ausdrucks «le comté de Bonndorf» nach Analogie des Deputationshauptschlusses die Worte «dans toute l'étendue de son administration actuelle» hinzugefügt. Reitzenstein empfiehlt daher, man möge die Münchener Commission instruiren, falls der Punkt zur Sprache gebracht werde, „ihn gar nicht in die Kategorie der Conferenzgegenstände aufzunehmen". Mit Fug und Recht könne man darauf bestehen, „jene vier Herrschaften in den demnächstigen Civilbesitz des Breisgaus mitzubegreifen".

Was die Frage betreffe, „ob die Zahl der 17000 Seelen außer oder mit Einschluß von Villingen und Bräunlingen" zu verstehen sei, beziehe er sich auf den Bericht, den er vor seiner Abreise von Karlsruhe über eine zweitägige Conferenz mit General Clarke erstattet[3] und demzufolge er letzterem alle Zweifel über diesen Punkt benommen habe. Dieser Bericht sei offenbar der Occupationscommission nicht mitgetheilt worden, sonst hätte sie wohl schwerlich zugegeben, daß man aufs neue darüber streite und discutire.

Reitzenstein berichtet sodann über seine Bemühungen wegen des Nachlasses der rückständigen Contribution des Breisgaus[4], den der Kaiser in Straßburg zugesagt: er habe sich an den Staatssecretär Maret gewendet und von diesem die befremdende Antwort erhalten, die Entschließung des Kaisers sei dahin abgeändert worden, daß die betr. Rückstände „zur Entschädigung der Einwohner von Kehl und andern dergleichen Ausgaben auf dem rechten Rheinufer" verwendet werden sollten, auch sei bereits eine entsprechende Verfügung an Berthier ergangen. Dies sei — meint Reitzenstein — offenbar die Folge heimlicher

[1] Erstere fehlen.

[2] Es handelte sich um die Frage, ob diese vier St. Blasianischen Aemter Zugehörden des Breisgaus bildeten und als solche an Baden fielen oder ob sie nicht zum Breisgau, sondern lediglich zur reichsunmittelbaren Grafschaft Bonndorf gehörten und, wie man in Stuttgart behauptete, mit dieser durch den Preßburger Frieden Württemberg zugesprochen wären. Der badische Occupationscommissar im Breisgau, Geh. Rath von Drais, bezweifelte die Berechtigung der badischen Ansprüche und begründete seine Bedenken des näheren in einem Gutachten vom 8. März, während sein College, Geh. Hofrath Stößer, die entgegengesetzte Ansicht vertrat und sich dabei vor allem auf einen Vertrag der Aemter mit Oesterreich vom Jahre 1777 berief.

[3] Fehlt.

[4] Vergl. oben S. 449.

Intriguen. Die Ankunft des Kurprinzen und dessen persönliche Vermittelung bei dem Kaiser abzuwarten, sei nach dem Eintreffen Wintzingerodes nicht mehr rathsam gewesen; er habe sich daher an den General Duroc gewendet. Derselbe sei äußerst erstaunt gewesen und habe versichert, der Kaiser habe in Straßburg seine Absicht so bestimmt erklärt, daß, wenn nicht zufällig Maret abwesend gewesen wäre, das Decret noch am gleichen Abend ausgefertigt worden sein würde. Er habe dies auf unmittelbaren Befehl des Kaisers nach seiner Rückkehr dem Staatssecretär eröffnet und sei gerne bereit, mit demselben nochmals darüber zu reden, oder, wenn dies nichts helfe, Sr Majestät selbst die Sache vorzutragen. Reitzenstein hofft auf Grund dieser Versicherungen auf eine baldige befriedigende Lösung und hält es weder für nöthig, noch für räthlich, sich an Talleyrand zu wenden, um so mehr, da er noch in einer weit wichtigeren Angelegenheit, wegen der Ansprüche Bayerns auf Heitersheim, mit diesem zu sprechen wünscht.

„In Ansehung dieses Gegenstandes sagte ich dem Herrn Minister: ich hätte die officielle Abschrift eines unterm 28. v. M. zu München zwischen dem König von Bayern und dem Malteser Großpriorat abgeschlossenen Vertrags erhalten, nach welchem der König, um dem Orden seine Dankbarkeit für die dem Prinzen Karl übertragene Coadjutorie auf fremde Kosten zu bezeugen, die Garantie sämmtlicher Malteser Güter übernommen und seine kräftigste Verwendung zugesichert habe, um solchen in den Besitz der im Reichsdeputationsschluß versprochenen Indemnitäten, nämlich der breisganischen Klöster zu bringen[1]. Dieser Vertrag könne zwar als res inter alios acta von Kurbaden völlig ignorirt werden und demselben nichts entziehen; die berührten beiden Klauseln seien aber ebenso lächerlich, als wenn zum Beispiel Kurbaden eine Convention mit dem Kapuzinergeneral schließen wollte, durch welche es sich anheischig machte, die Existenz der Bettelklöster in Bayern zu garantiren. . . . Schon 14 Tage vor dieser Convention habe der König von Bayern desfalls an den diesseitigen Hof geschrieben, allein im Vertrauen auf die gerechten Absichten des französischen Gouvernements die ohnumwundene Antwort erhalten, daß man weder Heitersheim, noch die breisganischen Klöster zu cediren, vielmehr sich in deren Besitz standhaft zu behaupten gemeint sei. In Ansehung der Klöster, die ohnehin fast als die einzige Dependenz des Breisgaues, wie solches friedensschlußmäßig abgetreten worden, anzusehen seien, hätte an sich schon kein Gedanke von Zweifel existiren können, da zumal der Johanniterorden nie in den Besitz derselben gekommen sei." . . . Wegen des Fürstenthums Heitersheim erinnert Reitzenstein den Minister eindringlich an die bestimmten Versprechungen, die er ihm in Brünn gemacht; Talleyrand versichert, „er wisse von der Münchener Convention so wenig, daß es ihm vielmehr Vergnügen machen würde, wenn ich ihm solche mittheilte, übrigens aber hätte man diesseits in Ansehung aller im Land gelegener Besitzungen des Ordens gar keine Notiz davon zu nehmen und sei nicht in dem Fall, das mindeste abzutreten".

Reitzenstein ist überzeugt, daß Frankreich eine Vergrößerung Bayerns auf Kosten seiner beiden andern Alliirten nicht wolle, und räth daher, „sich im Besitz sowohl der breisganischen Klöster als Heitersheims mit dem größten Nachdruck" zu behaupten; da jedoch, wie er bemerke, „eine sehr große Parthie hier wenigstens Heitersheim für den Orden und den Prinzen von Bayern zu erhalten" suche, bitte er um schleunige Zusendung von einigen 100 Exemplaren des erwähnten Vertrages in französischer Uebersetzung.

---

[1] Vergl. oben S. 446. Druck bei Martens, Supplément au recueil des principaux traités, IV, 229 ff.

546. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 28. Februar 1806.

[Reitzensteins Ehrgeiz. Dalberg von den Geschäften völlig verdrängt. Gereizte Auseinandersetzung zwischen Beiden und ihre Folgen.]

. . . Mr de Reitzenstein dirige ici en chef tout ce qui a rapport aux intérêts et aux affaires de la cour. J'ignore tout et je ne sais rien. Mr Groos et Mr de Haynau se présentent rarement chez moi . . . Il n'y a que Mr de Geusau, toujours naturel, calme et tranquille qui va son petit chemin, mais appelant toujours son collègue pour savoir ce qu'il fait ou ce qu'il ne fait pas. Croyez-moi V. Exc. que ce sera difficile de lutter contre de tels intrigants comme le bon Mr de Reitzenstein dont la pensée définitive me paraît être premier ministre à Carlsrouhe à l'époque où il peut réunir tous les pouvoirs.

J'ai eu différentes scènes avec lui, mais la dernière a amené une situation plus difficile pour moi. La voici en peu de mots.

Voyant qu'il m'écarte de tout et qu'il avait disposé même les choses à s'établir gouverneur, grand-maître, ministre près du Prince électoral, la patience m'a quitté . . . Je lui observais que rien ne me paraissait plus extraordinaire que la position dans laquelle tout cela et au jugement de tout le monde me plaçait, que j'ignorais si cela fût par les ordres de l'Electeur, que ce prince quelque respectable qu'il fût, n'était point assez grand seigneur pour me manquer ainsi et qu'il eût mieux valu qu'on ne m'appelât pas au service que de me faire éprouver de tels dégoûts etc. Il prit cela fort adroitement, comme ayant voulu offenser l'Electeur et lui manquer, il s'emporta en disant qu'il allait faire de tout cela son rapport et que c'était à moi à le prier de n'en rien faire . . .

Dalberg entschuldigt sich darauf bei Geusau.

. . . J'ignore maintenant ce que Mr de Reitzenstein fera. V. Exc. en sera instruite et je Vous demande seulement de me faire part de ce que l'Electeur décidera, si Mr de Reitzenstein lui propose, comme je crois, de me rappeler tout de suite, pour que je puisse m'arranger en conséquence. Si je pouvais être assez lâche de rendre tout ce que lui-même m'a dit, dans quel faux jour je le placerais? C'est au-dessous de moi . . .

Trotzdem kann Dalberg es sich nicht versagen, am Schlusse zu bemerken: «Au commencement Mr de Reitzenstein me répétait souvent que V. Exc. ne pouvait pas garder le porte-feuille etc., ne répondant rien, il ne m'en parle plus[1]».

---

[1] Am 5. März berichtet Dalberg weiter: «Mr de Reitzenstein m'a dit hier encore que l'humeur qu'on avait conçue contre V. Exc. et qui est, comme tout le mal qui nous arrive, l'effet des intrigues du Prince Louis n'était point entièrement effacée et qu'on lui en avait parlé plusieurs fois». Daß übrigens Reitzenstein damals selbst dem Kurprinzen dringend gerathen, Edelsheim durch eine geeignetere Persönlichkeit (un homme

In einer Nachschrift bemerkt Dalberg, Reitzenstein werde, wie Geusau ihm eben mitgetheilt, den Bericht über den Vorfall unterdrücken. «Mr de Geusau me paraît pas moins fatigué de vivre avec son collègue que ne le seront tous les autres qui se trouvent dans le même cas.»

547. Napoleon an Karl Friedrich.

Paris, 1. März 1806[1].

[Unterzeichnung des Ehevertrages. Befriedigung.]

Mon frère, les envoyés de V. A. m'ont remis Sa lettre du 24 janvier[2]. Je leur ai témoigné sur-le-champ tout le plaisir que j'éprouvais de la commission dont Vous les aviez chargés. Je me suis empressé de munir de mes pouvoirs le grand-maréchal de mon palais, le général Duroc, qui m'instruit qu'il a signé le contrat du Prince électoral avec ma fille.

Les sentiments que je porte au Prince Charles changeront de nature, mais ne seront pas plus vrais que ceux que je lui ai voués depuis que je le connais et que le vieil attachement que j'ai pour Vous et pour Votre famille. Que V. A. Se repose avec confiance dans mon inviolable amitié et ma constante protection pour Elle et Sa maison. Sur ce je prie etc.

548. Reitzenstein an den Kurprinzen Karl.

Paris, 6. März 1806.

[Rathschläge zur Wahrung der badischen Interessen in dem Verkehre mit Napoleon. Die württembergischen Anmaßungen im Breisgau und im oberen Fürstenthum; Bayerns Ansprüche auf Heitersheim. Breisgauische Contribution. Verzweifelte Finanzlage Badens; wachsendes Deficit. Abhülfe nur durch Gebietszuwachs möglich. Absichten auf Nellenburg und Bonndorf, Ulm, das Herzogthum Berg, das Fürstenthum Aschaffenburg, die Reichsstadt Frankfurt, Bremen und Verden. Mediatisirungspläne in Schwaben. Verhaltungsmaßregeln dem Kaiser gegenüber. Erwerbung von Neufchatel und Valengin.]

Reitzenstein erörtert auf Ersuchen des Kurprinzen in Form eines Memoires nochmals ausführlich die politischen Interessen und Wünsche Badens, damit der Kurprinz bei seinem Aufenthalte in Paris davon Gebrauch mache. Er allein sei in der Lage, mit dem Kaiser direct davon zu reden, mit Ausnahme von Haugwitz seien alle andern Diplomaten auf die Bureaux angewiesen. Nicht alle Punkte auf einmal, sondern einen nach dem andern möge er zur Sprache bringen.

---

d'état un tant soit peu plus savant que le ministre actuel qui a l'incroyable malheur de ne pas s'imaginer ce que ce peuvent être que des lieues carrées» zu ersetzen, ergibt sich auch aus einem späteren Schreiben an den Erbgroßherzog vom 22. März 1809.

[1] Mit einigen Abweichungen gedruckt in der Correspondance de Napoléon I, XII, 81 no. 9861, fälschlich mit dem Datum des 21. Februar; das Original ist vom 1. März datirt. Ebenda, Nr. 9862, auch Napoleons Schreiben an die Markgräfin Wwe. Beide Schreiben wurden durch den kaiserl. Kammerherrn Aubuisson de la Feuillade überbracht.

[2] Vollmacht für Reitzenstein und Geusau zu den Verhandlungen über den Ehevertrag.

Zunächst dürfe man die Erhaltung der Erwerbungen des letzten Friedens gegenüber den Angriffen Bayerns und Württembergs nicht als einen neuen Gewinn betrachten. Er brauche den Kaiser nur daran zu erinnern, daß er — Reitzenstein — bei den vorausgegangenen Verhandlungen schon jene drei Forderungen aufgestellt habe, die heute von den beiden Höfen bestritten würden, nämlich eine genauere Bestimmung des württembergischen Antheiles am Breisgau, die Abtretung aller breisgauischen Klöster, sowie des Großpriorats Heitersheim und die volle Aufhebung aller Souveränitätsrechte, die das Haus Oesterreich bisher über die alten und neuen Besitzungen Badens ausgeübt.

Le Roi de Wurtemberg nous chicane à l'égard du premier et du 3me point, et le Roi de Bavière à l'égard du second.

Vous Vous rappellerez, Monseigneur, que le 1er, c'est à dire la démarcation du Brisgau, a été formellement décidé à Carlsrouhe même par l'Empereur immédiatement. S'étant convaincu que Mr de Normann lui avait fait une tricherie et que malgré sa première intention de nous donner le Brisgau en entier, il avait été surpris par une fausse assertion, sa décision fut qu'on ne pouvait pas à la vérité revenir sur ce qui avait été promis aux Wurtembergeois par un traité formel, mais qu'on pouvait le ramener aux intentions dans lesquelles on avait été alors. L'Empereur se rappela qu'on lui avait dit que la portion de Brisgau qui nous serait ôtée, comprenait une population de 17 000 âmes. C'était la seule base fixe qui pouvait faire cesser l'arbitraire et l'Empereur l'adopta définitivement. Malgré cela l'affaire n'est pas encore tout à fait arrangée, parce que les Wurtembergeois font la misérable chicane de prétendre outre un district de 17 000 âmes de population les deux villes de Villingen et de Braünlingen avec leurs dépendances. Il suffira donc que l'Empereur reste seulement ferme sur sa résolution, puisque si l'on adoptait le principe des Wurtembergeois, on ne détâcherait pas 17 000 âmes, mais de 26 à 27 000 du Brisgau . . .

La seconde prétention du Roi de Wurtemberg n'est pas moins singulière.

Kraft der Besitznahme von Nellenburg maße er sich gewisse landeshoheitliche und lehensherrliche Rechte an, die Oesterreich früher über einige badische Gebietstheile ausgeübt, ja er gehe noch weiter und beanspruche in weit größerem Umfang, als dieses das von Frankreich selbst gemißbilligte «droit d'épave», obgleich Oesterreich im Preßburger Frieden in die Aufhebung all dieser Rechte eingewilligt habe, von einem Uebergang derselben auf Württemberg also nicht die Rede sein könne. Talleyrand selbst habe Reitzenstein darin vollkommen Recht gegeben, und der Kurfürst habe zur Wahrung seiner Rechte der Ratification des Vertrages vom 21. Januar einen Vorbehalt beigefügt[1].

Betr. der Ansprüche Bayerns, die womöglich noch ungeheuerlicher seien — man begehre Heitersheim und die breisgauischen Klöster und überlasse Baden ein jährl. Deficit von 150 000 fl. —, verweist Reitzenstein auf eine abschriftlich beiliegende Denkschrift, die er in dieser Angelegenheit Talleyrand übergebe.

---

[1] S. oben S. 522.

«Voilà les trois objets qui manquent encore à l'entier accomplissement du dernier traité. Les obtenir, c'est seulement éviter une défaite, ce n'est pas remporter un avantage.»

Dahin gehöre ebenfalls der Nachlaß der rückständigen Contribution des Breisgaus, den der Kaiser, als der Kurprinz ihn nach Straßburg begleitet, so bestimmt zugesichert habe, daß, falls Maret zur Stelle gewesen wäre, die Ausfertigung des Decretes sofort stattgefunden hätte. Seitdem aber sei nichts erfolgt und die Besitznahme des Breisgaus dadurch selbst verzögert. Da es unter der Würde des Kurprinzen sei, mit dem Kaiser von Geldfragen zu reden, möge er nur mit Duroc davon sprechen und bemerken, es komme hierbei nicht auf die lumpigen paarmal 100000 Frc. an («d'une misère de quelques cent mille frcs.»), sondern auf die anscheinende Geringschätzung, welche dadurch dem Kurfürsten gegenüber bewiesen werde. Würde das Decret nicht ausgefertigt, so würde der Kurfürst lieber die Summe aus seiner Tasche bezahlen, «pour ne pas frustrer les habitants d'une espérance qu'il leur avait faite».

Ayez maintenant la bonté, Monseigneur, de jeter un coup d'œil sur le tableau effrayant que je Vous communique ci-joint au sujet de l'état des finances[1]. Vous ne sauriez manquer de Vous rappeler, ce que je n'ai pas cessé de répéter depuis plus d'un an et de soutenir toujours contre Msgr Votre oncle et Mr Baumgärtner, c'est-à-dire que d'après toutes mes données il devait nécessairement exister un déficit de 600000 florins par an. On avait hautement protesté contre moi et maintenant qu'on s'est vu poussé au pied du mur, on est obligé d'avouer un déficit, non pas de 600000, mais de 700000 florins par an, sans y comprendre les dettes du Palatinat qu'on avait si méchamment accusées d'être la cause du dérangement de nos finances, tandis que la véritable cause n'est autre, si non que depuis 3 ans on a fait précisément le contraire de ce que j'avais alors conseillé à l'Electeur. Ajoutez maintenant à ce déficit de 700000 florins 100000 florins au moins pour les dettes du Palatinat et 120000 dont l'état de militaire s'augmentera, si nous voulons remplir un certain engagement secret avec la France[2], — Vous auriez déjà au delà de 900000 florins. Ajoutez enfin les 200000 pour Votre cour séparée et les 90000 dont le douaire de Mme Votre mère doit être augmenté, et Vous auriez un déficit de 1200000 florins sur un revenu de 2200000; car, quant au Brisgau, même avec les couvents, on pourra se féliciter, si la recette couvrira la dépense, aussi longtemps du moins qu'il faudra payer des pensions aux prélats et religieux. Les dettes se (sic!) montent certainement à 10 à 11000000 florins, auxquelles on a ajouté il n'y a que 2 mois un million de plus, qu'on a emprunté sous les conditions les plus onéreuses, et les dépenses actuelles de Votre mariage que l'honneur ne Vous permet pas de diminuer, engloutiront un nouvel emprunt tout aussi onéreux. Je Vous conjure, Monseigneur, de réfléchir très sérieusement sur cet état des choses

[1] Die Beilage fehlt.

[2] Art. 10 der Convention vom 21. Januar. Oben S. 521.

qui ne peut se continuer sans amener Votre ruine totale et qui Vous laisse la perspective de n'avoir plus en quelques années où reposer Votre tête. Je dois m'expliquer là-dessus franchement avec V. A. S., parce que je Vous trahirais, si je ne le faisais pas, voyant tant de monde qui y donne tête baissée, soit légèreté, soit désespoir. J'ai évité de mettre sous les yeux de l'Empereur ce tableau, parce qu'il me répugnait trop de découvrir notre partie honteuse; mais maintenant que Vous êtes déjà aussi bien que le beau-fils de l'Empereur, je Vous conseille de Vous jeter sans réserve dans ses bras et de lui découvrir tout, si Vous pouvez parvenir à le faire entre quatre yeux seulement. Ce mariage sera bien triste pour la princesse elle-même, si le pays que Vous devez gouverner un jour n'est pas sauvé, et il ne peut l'être que par des moyens extraordinaires, c'est-à-dire par un accroissement en territoire assez considérable, pour que les finances puissent être rétablies . . .

Im folgenden bespricht Reitzenstein den Operationsplan. Es handle sich um zwei Dinge, einmal die Fehler wieder gut zu machen, die man beim Preßburger Frieden ohne sein Verschulden begangen habe, dann Mittel und Wege für einen Gebietszuwachs des Kurfürstenthums zu finden.

. . . Pour atteindre le premier but, il est d'une nécessité absolue, je dis, Monseigneur, absolue de rattraper ce qui aurait dû être lors des dernières conventions le minimum de Votre lot, c'est à dire les portions qui ont été détachées du Brisgau en faveur de Wurtemberg, le comté de Bonndorf et le landgraviat de Nellenbourg. La réintégration du Brisgau est nécessaire pour couper court à une légion de dissensions avec Wurtemberg qui ne voudra prendre aucune part proportionnelle ni aux dettes du pays, ni aux pensions des employés ni aux autres charges; l'acquisition de Bonndorf, dépendance de l'abbaye de St-Blaise, est nécessaire tant par les mêmes raisons que par les localités; le landgraviat de Nellenbourg enfin Vous est indispensable, parce qu'il se dissémine dans toute la principauté supérieure et qu'il la coupe de mille manières. . . .

Les projets de la cour de Stoutgart ne tendent à rien moins qu'à écraser Votre maison tout à fait et à Vous jeter dans le Rhin. Je Vous expliquerai cela plus en détail, si V. A. me le permet, la carte de la Souabe à la main, et quand on veut se marier, il ne faut pas se faire noyer. Comment le Roi de Wurtemberg a-t-il pu obtenir de tels avantages et comment l'Electeur a-t-il pu être si mal partagé? Le Roi de Wurtemberg a été excellent comédien à Louisbourg et il a fait son métier. C'e n'est pas que je l'approuve, mais nous aurions dû nous montrer bien plus avantageusement. Cette réception d'Ettlingen dont V. A. se souviendra encore, ces entretiens qui répondaient, à ce qu'il paraît, peu à l'idée qu'on s'en était formée, l'opposition de Mme Votre mère à Vous laisser faire la campagne,

cette visite tardive à Strasbourg[1], que toutes mes remontrances ne pouvaient ni accélérer ni faire résoudre, comme je l'avais désiré, enfin l'inaction totale de Mr d'Edelsheim, voilà en peu de mots la solution de l'énigme . . .

Mais pour ne pas trop m'écarter, je dois Vous répéter encore les projets que j'avais déjà eu l'honneur de Vous communiquer à Carlsrouhe par rapport aux moyens de rétablir l'équilibre dans la Haute Souabe . . .

Das einzige Mittel, dies Ziel zu erreichen, bestehe in der Abtretung der Stadt Ulm, der Herrschaft Wiesensteig und Abtei Söfflingen, im ganzen mit etwa 46000 Seelen, durch Bayern, um sie an Württemberg gegen Einräumung der Zugehörden des Breisgaus, der Grafschaft Bonndorf und der Landgrafschaft Nellenburg mit etwa 53000 Einwohnern auszutauschen: bei dem unberechenbaren Werth, den Ulm für Württemberg besitze, verschwinde die Differenz von 7000 Seelen, die sich zu Gunsten Badens ergebe, völlig. Dabei komme alles darauf an, daß Bayern sich zu der Abtretung des gedachten Gebietes bestimmen lasse; dies werde durch die Erwerbung von Ansbach[2] voraussichtlich möglich gemacht. Das Schicksal von Baireuth sei noch unbestimmt. Allem Anschein nach werde Bayern allerdings das Herzogthum Berg abzugeben haben, allein: «quand même il ne lui en reviendrait que le Margraviat d'Anspach, il ne perdrait rien en population et il gagnerait immensément en contiguité de territoire, en revenues et en ressources intérieures». Der Kurprinz möge daher trachten, wenn sich eine Gelegenheit biete, das Herzogthum zu erwerben. «On achète rarement trop cher des lieues carrées, et ce pays pourra devenir d'une bonne ressource, quand les restes peu considérables du duché de Clèves sur la droite du Rhin y seront ajoutés et que la Hollande pourra prospérer après une bonne paix avec l'Angleterre.»

Reitzenstein führt dann noch einige weitere Vergrößerungsobjecte an, deren Erwerbung sich empfehle und in zweiter Linie in Betracht komme. Zunächst das Fürstenthum Aschaffenburg, «un petit territoire, mais fertile et financier». Es wäre thöricht anzunehmen, daß der Kurerzkanzler nicht einen Nachfolger erhalte «dans un Electorat ecclésiastique sans but et sans moyens». Man müsse sich also mit dem Schicksal des Landes schon jetzt beschäftigen. Das Fürstenthum Regensburg falle am besten Bayern zu als Ersatz für Ulm und die übrigen an Baden abzutretenden Gebiete, während Aschaffenburg sich vorzüglich für Baden eigne, «d'autant plus que ce sera une pierre d'attente pour l'incamération future des petits pays de Linange, Erbach, Krautheim et Loewenstein». Dann die Stadt Frankfurt. Sie erkenne klar, daß sie ihre Unabhängigkeit nicht mehr lange behaupten werde, und ziehe die Vereinigung mit Baden jedem andern Loose vor. «V. A. pourra hardiment en assurer l'Empereur, puisque non seulement j'ai reçu des lettres particulières qui me donnent cette assurance, mais que même j'ai été encouragé de la part de quelques Francfurtois même de pousser cette affaire avec la plus grande vigueur[3].» Endlich sei, wenn, wie wahrscheinlich, die kleineren Reichsstände mit ihren Territorien der Landeshoheit der deutschen Verbündeten Frankreichs untergeordnet werden sollten, alles aufzubieten, daß Baden die Fürstenbergischen Lande, den Klett-

[1] Bei der Kaiserin Josephine. Vergl. oben. 364.

[2] In Folge der Convention mit Preußen vom 15. Februar 1806. de Clercq, Recueil de traités de la France, II, 154.

[3] Vergl. Reitzensteins Bericht vom 28. März. Das Gerücht, daß Frankfurt Baden zufallen solle, verzeichnet Graf Beust schon am 3. März. An den Kurerzkanzler. Würzburg, Kreisarchiv.

gau, Geroldseck, Leiningen, Erbach, Salm, Krautheim und Löwenstein — «les petits territoires . . . entre le pays d'Aschaffenbourg et notre Palatinat du Rhin» — erhalte.

. . . Il est clair que dans un cas pareil l'acquisition du pays de Darmstadt en deça du Mein serait bien nécessaire, mais on n'est pas si pressé pour le faire avec désavantage et Vous êtes assez jeune encore, Monseigneur, pour pouvoir attendre la maturité d'un pareil projet et pour Vous conformer à la règle générale qu'il ne faut jamais échanger un pays susceptible d'amélioration.

Je passe sous silence d'autres idées, p. e. si la France se déterminera, ce qui me paraît contre ses intérêts, à donner à la Prusse Brême et Verden, c'est à dire les moyens d'écraser les villes d'Hambourg et Brême. Si ce pays deviendrait donc disponible, il ne faudra pas laisser que d'y diriger également ses opérations. En général, tâchez d'étendre autant que Vous pourrez les demandes que peut-être l'Empereur lui-même Vous mettra dans le cas de lui faire; croyez, Monseigneur, que tout le monde en agira de même. On m'a même assuré que Mr de Wintzingerode avait déjà demandé pour la valeur d'un million et demi de florins de revenus, et je Vous le demande encore qu'est-ce que le Roi de Wurtemberg a fait ou prétend faire pour mériter une faveur aussi extraordinaire et aussi distinguée? . . .

Maintenant il me faut venir aux moyens d'exécution.

Le grand point et dont j'ose dire que le bon ou le mauvais succès de toute la négociation dépendra essentiellement, c'est que V. A. puisse faire en sorte de parler directement à l'Empereur sur les intérêts de Votre maison. Ce serait se faire une illusion vraiment ridicule que de vouloir se cacher la dépendance dans laquelle l'Electorat de Bade se trouve vis-à-vis de la France sous tous les rapports. Je n'ai pas encore avoué à l'Electeur ma profession de foi à cet égard, puisque M^sgr^ Votre grand-père est trop âgé pour avoir la force de caractère nécessaire pour envisager avec calme l'ensemble des événements et ceux que nous verrons encore prochainement et pour se placer tout à coup dans une situation si différente de celle à laquelle il est accoutumé depuis 60 ans de règne; mais c'est à Vous, Monseigneur, que je puis le dire sans détour. La nature a destiné Votre pays à être non seulement un état fédératif, mais, — tranchons le mot — subordonné à l'Empire français. Il ne s'agit pas de pouvoir ou de vouloir changer cet ordre des choses; le meilleur parti qu'un prince sage et éclairé sur ses intérêts et sur ceux de ses sujets puisse prendre, c'est de conclure de bonne heure une capitulation honorable et avantageuse. Ces deux conditions se trouvent déjà parfaitement remplies par un article fondamental, c'est-à-dire par Votre mariage actuel par lequel Vous devenez le fils même de l'Empereur. Agissez donc aussi, Monseigneur, envers lui avec le même abandon et avec la même confiance que le fils le plus chéri

pourrait agir envers son père. Dites-lui que dès le moment où Vous Vous étiez déterminé à contracter cette alliance, Vous aviez en même temps regardé Vos futurs états comme faisant partie intégrante de la France, que Vous lui apportiez tous Vos états comme contre-dot de celle de la Princesse Stéphanie, que Vous ne Vous réserviez que les droits honorifiques, les dehors du gouvernement et les revenus, mais que tout ce qui concernait la haute politique dépendrait entièrement de lui. En lui donnant cette assurance, Vous ne direz rien que la pure vérité et ce qui aurait lieu dans toutes les suppositions. Quand V. A. se sera expliqué d'une manière aussi franche avec l'Empereur, Elle pourra en prendre occasion de lui représenter l'état désespéré de Vos affaires et la nécessité indispensable de Vous agrandir, s'il veut Vous conserver; Vous pourrez lui dire, combien il serait affligeant que le dernier rejeton de la maison de Bade, d'une maison qui devait se renouveler par son alliance actuelle avec celle de France, fût placé au dessous de celle de Wurtemberg dont les premiers aïeux ne furent pas encore connus dans l'histoire, lorsque la branche aînée de la Vôtre, les Ducs de Zaehringen, étaient déjà éteints après avoir laissé de brillants souvenirs. J'ai déjà eu l'honneur de prévenir V. A. dans la lettre que je Lui écrivis il y a 15 jours[1], que les projets du Roi de Wurtemberg tendaient à la destruction de Votre maison; Vous avez vu plus haut que dans ce moment encore Mr de Wintzingerode fait des demandes d'agrandissement qui à ce qu'on m'assure peuvent être évaluées à $1\frac{1}{2}$ million de florins de revenus. Qu'on admette ces projets, et Vous serez entièrement éclipsé. Je ne saurais Vous cacher, Monseigneur, que j'ai une peur terrible d'un pareil résultat, si les négociations sont abandonnées, sans que nous en ayons connaissance, aux bureaux du ministère. Nous n'y sommes nullement favorisés. J'en ai fait la triste expérience à Vienne où la loi impérieuse de la nécessité m'obligeait d'avaler le dernier degré d'humiliation, en mettant ma signature au bas d'un traité qu'on me présentait déjà tout expédié . . .

Mais pour être préparé a profiter de ce qui se fera, il serait presqu'indispensablement nécessaire que je fusse admis, comme je présume que quelques autres le seront, secrètement à quelque confidence dans les grandes négociations actuelles. C'est à V. A. à préparer cette admission et à juger, si Vous pourrez hasarder l'expression de ce vœu sans déplaire à l'Empereur. Vous n'y serez certainement pas compromis, Monseigneur, parce qu'outre que je me flatte d'être connu à V. A. à l'égard de la discrétion et du secret, je puis Vous dire que j'y ai été initié depuis longtemps. Je n'avais que 19 ans, lorsqu'on me fit travailler dans l'affaire du

[1] Fehlt.

fameux *Fürstenbund*, 4 mois avant qu'il fût signé par les ministres de Prusse, de Saxe et de Hanovre. J'espère n'être pas devenu plus indiscret par 20 ans d'expérience de plus . . . Mais si Vous voulez réussir parfaitement, ayez la grâce de Vous pénétrer bien d'une grande vérité; c'est que Vous obtiendrez facilement ce que Vous pouvez désirer, si Vous Vous conciliez de plus en plus l'estime sentie de l'Empereur. Par Votre application à Vous conformer à tous les avertissements que Vous recevrez sans doute de sa part, Vous parviendrez à ce qu'il Vous regarde effectivement comme l'œuvre de sa main, et dès lors je n'aurai plus rien à faire qu'à Vous féliciter . . .

Faites donc en sorte, Monseigneur, que tous Vos moments soient employés utilement et à Vous faire de l'honneur. Appliquez-Vous à une lecture instructive et choisie; priez Mr de Hédouville de Vous faire faire la connaissance des savants les plus estimables de Paris tels que Mrs. Denon, Cuvier, Millin, Denina, Dupont de Nemours etc., profitez de l'occasion que Vous avez de pouvoir inviter de temps en temps quelqu'un à Votre table, pour que même dans Vos moments de repos la conversation soit instructive au lieu d'être futile; recherchez toutes les occasions pour marquer Votre estime aux savants placés dans les différents corps . . .; ensuite demandez à l'Impératrice la permission de passer tous Vos moments de loisir auprès de Votre future épouse à laquelle je suppose du reste que Vous marquerez toujours toute sorte de prévenance et d'attachement. En Vous conduisant constamment de cette manière, en Vous éloignant d'un côté de la légèreté ou de l'inactivité, et en ne négligeant pas de l'autre côté de montrer envers les dames de la cour et surtout envers Votre future épouse cette galanterie qui sied si bien à un jeune prince, Vous Vous ferez généralement respecter et considérer, et l'Empereur Vous prendra certainement dans une affection telle qu'il fera pour Vos intérêts tout ce que les circonstances le mettront à même de faire.

Je crois faire plaisir à V. A., en ajoutant encore ci-près un petit tableau de ce que vaudront les agrandissements[1] que je voudrais bien voir assurés à Votre maison. Il serait superflu, Monseigneur, de Vous exprimer d'une manière plus forte que j'espère l'avoir déjà fait par cette lettre l'attachement respectueux et le dévouement inviolable envers Votre personne et Votre pays.

Apostille.

. . . J'ai . . . oublié de rappeler à V. A. les droits incontestables que Votre maison a sur les pays de Neufchâtel et de Valengin[2]. Comme

---

[1] Fehlt.

[2] Ueber diese Ansprüche, die auf den Markgrafen Rudolf IV. von Hochberg zurückgehen, vergl. Sachs, Einleitung in die Geschichte der Markgrafschaft Baden, I, 229 ff.; 588 ff.; von Weech, Badische Geschichte, 73 ff.

ces pays sont à la veille de changer de sort, V. A. ne manquera pas de mettre en avant cette prétention qui pourra servir de fondement à un agrandissement d'autant plus considérable. J'en ai déjà parlé assez au long à Mr de Talleyrand à Carlsrouhe, mais je ne suis pas tout à fait sûr, si des intérêts aussi peu considérables sont encore présents à sa mémoire parmi tant d'objets d'un intérêt plus haut.

549. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 6. März 1806.

[Verwahrung gegen die Münchener Convention vom 28. Jan. und die Ansprüche auf Heitersheim und die breisgauischen Klöster.]

Reitzenstein legt dem Minister eine Abschrift der am 28. Januar zwischen dem Münchener Hofe und dem Malteserorden abgeschlossenen Convention vor. Baden muß gegen dieselbe die entschiedenste Verwahrung einlegen, und zwar aus folgenden Gründen.

1. Bayern stellt im ersten Artikel der Convention die Besitzungen des deutschen Großpriorats unter seinen Schutz. Baden hat aber, im Verein mit den beiden andern süddeutschen Kurstaaten, im Nov. 1805 von den in seinen Landen gelegenen Gütern des Ordens mit Wissen und Willen Napoleons Besitz ergriffen und ist in diesem Besitze durch die Verträge von Brünn und München (Art. 15) anerkannt worden: mit welchem Rechte maßt sich also Bayern ein Schutzrecht über Besitzungen an, die auf fremdem Gebiete liegen?

2. Bayern verspricht ferner seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um dem Orden zu den ihm in § 26 des Deputationsrecesses bewilligten Entschädigungen zu verhelfen. In den Verträgen von Brünn, Wien und Preßburg ist jedoch Baden ausdrücklich der Breisgau mit seinen Dependenzen zugesprochen worden. Diese Dependenzen bestehen in den Breisgauer Klöstern, und Baden ist demgemäß seit der Auswechslung der Ratificationen, seit 1. Jan. d. J., der alleinige rechtmäßige Besitzer derselben: mit welchem Recht wagt also Bayern darüber zu verfügen? Und weiter: der Deputationsreceß ist vom Kaiser nur mit dem Vorbehalte ratificirt worden, daß die Bestimmungen der Pariser Convention vom 26. Dec. 1802 in Kraft bleiben, daß also auch der Breisgau und die Ortenau ohne jede Einschränkung («sans restriction») dem Herzoge von Modena zufallen. Oesterreich hat sich daher einer Besitznahme von den Breisgauer Klöstern durch den Malteserorden stets mit Recht widersetzt, und Baden wird als Rechtsnachfolger des Hauses Oesterreich ein Gleiches thun und dabei zuversichtlich auf die Unterstützung Frankreichs rechnen «auquel on ferait un outrage coupable en lui supposant l'intention de donner le même objet successivement à deux de ses alliés».

3. Die vertragschließenden Theile vermeiden es sorgfältig, in der Convention vom 28. Jan. von Heitersheim zu sprechen, da sie wohl wissen, daß der Kurfürst nicht ohne Grund den Titel eines Fürsten von Heitersheim angenommen. Sie glauben ihre Absichten verbergen zu können, en se servant de l'expression: habitation principale ou chef-lieu du grand prieuré d'Allemagne». Aber auf den Ausdruck kömmt es nicht an, wo der Gegenstand zur Genüge bezeichnet ist.

Reitzenstein erinnert daher Talleyrand an die bestimmten Zusicherungen, welche dieser ihm wegen Heitersheim in Wien gemacht habe, und erklärt «que S. A. E. confiante dans la justice et l'amour d'équité du Gouvernement Français ne pourra sous aucune modification se désister d'une réclamation qui ne tend qu'à défendre ses droits contre une aggression dont l'iniquité a peut être bien peu d'exemples dans l'histoire moderne».

Paris. Archiv.

550. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 10. März 1806.

[Gutachten über einen Gebietstausch mit Württemberg. Denkschrift für den Kurprinzen; Schüchternheit desselben. Ankunft Pappenheims. Vorbereitungen für die Vermählungsfeier.]

Dank für die durch Kurier übersandten Depeschen; die Nachrichten aus München waren besonders erfreulich. Reitzenstein hat mitten im Drang der Geschäfte das gewünschte Gutachten über die dortigen Verhandlungen ausgearbeitet[1]; Stillgebauer wird es nach Karlsruhe überbringen.

Der Vertrag zwischen Frankreich und Preußen ist vorgestern unterzeichnet worden[2].

«Comme donc maintenant les intérêts des autres maisons seront vraisemblablement discutés d'un moment à l'autre et qu'ainsi il n'y aura pas un moment à perdre, j'ai rédigé pour l'usage de Msgr. le Prince électoral un précis qui contient nos vœux et nos demandes[3]. Il n'y a rien qui me paraisse plus essentiel que de faire en sorte que je sois admis à une participation directe et immédiate aux négociations. C'est ce que le Prince seul pourra obtenir par la voie de l'Empereur; aussi depuis 4 jours je mets la plus grande importunité à l'aiguillonner sans cesse à cet égard, mais j'ai la douleur de remarquer que je n'ai pas encore pu vaincre sa timidité. Je lui ai encore fait la nuit passée les représentations les plus fortes là-dessus et je me suis fait promettre qu'il parlerait encore ce matin à l'Impératrice et ensuite sous son appui à l'Empereur.»

Pappenheim ist vor drei Tagen eingetroffen; wie verlautet, ist er angewiesen, sich einer Abtretung des Fürstenthums Starkenburg, von der die Rede sei, energisch zu widersetzen[4].

«Quant au mariage de S. A. le Prince électoral, le jour n'en est pas encore fixé, je présume cependant que ce sera 10 à 12 jours après pâques. La cérémonie doit se faire avec la plus grande pompe possible et j'ai vu l'ordre original de l'Empereur que tout doit être comme dans un mariage d'une fille de France et même, à ce que

---

[1] Datirt vom 10. März. Im Hinblick auf die von Seiten Ottos gemachten Vorschläge eines Gebietstausches mit Württemberg spricht sich Reitzenstein in dem Gutachten dafür aus, daß man gegen Abtretung des Biberacher Gebiets und des „östlichen Theils vom Konstanzischen, excl. Meersburg" die Landgrafschaft Nellenburg mit Hohentwiel, die Grafschaft Bonndorf und die „breisgauischen Avulsa" eintausche und unter der Voraussetzung, daß Württemberg passend gelegene Besitzungen „an der unterländischen Grenze", etwa die Oberämter Heilbronn, Brackenheim, Güglingen, Deitingen, Neuenburg und Herrenalb nebst Ochsenburg und der Stadt Knittlingen zu überlassen geneigt sei, dem Vorschlage Brauers entsprechend selbst das ganze obere Fürstenthum mit Ausnahme von Rötteln abtrete. — Da die Verhandlungen in Folge der ablehnenden Haltung Württembergs über das Anfangsstadium nicht hinausgerückt sind, gehe ich auf den Inhalt des umfangreichen Gutachtens nicht näher ein. Vergl. im übrigen die Relation Hofers oben S. 547.

[2] Sic! Der Allianzvertrag ist bekanntlich schon am 15. Febr. abgeschlossen worden; auch über seinen muthmaßlichen Inhalt ist Reitzenstein schlecht informirt.

[3] Oben Nr. 548.

[4] Auch die damals bei ihrer Tochter in Darmstadt verweilende Markgräfin Wwe. schreibt ihrem Sohne, dem Kurprinzen, man sei in Sorge «de perdre la bonne ville de Darmstadt qui était depuis des siècles le berceau et le tombeau de leurs Princes» und ersucht ihn sich dafür zu verwenden, daß dem Hause Hessen Stadt und Land erhalten bleibe (11. März).

l'Empereur a ajouté, plus encore[1]. Ce sera le Cardinal Caprara qui le célébrera. . . . En attendant la Princesse Stéphanie a le rang sur toutes les autres Princesses, sans en excepter même la Princesse Louis, fille de l'Impératrice. Elle est toujours assise à droite de l'Empereur et en son absence à droite de l'Impératrice[2].»

Beiliegend eine Abschrift der Note[3], die er Talleyrand wegen des Malteserordens heute überreichen wird; auch der Kurprinz wird mit dem Minister darüber sprechen, er hat dazu um so mehr Anlaß, als auch seine Mutter ihn dazu aufgefordert.

551. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 12. März 1806.

[Der Kurprinz bei der Kaiserin. Berg fällt an Murat. Neue Note für den Kurprinzen.]

|: Le Prince électoral ayant enfin pris en suite de mes instances la résolution de parler non pas à l'Empereur encore, mais du moins à l'Impératrice sur ses affaires et de demander en premier lieu le duché de Berg, l'Impératrice lui a fait la confidence que ce duché ainsi que le reste de Clèves et le comté de Mark était destiné au Prince Murat, mais que l'Empereur s'était réservé un autre pays pour la maison de Bade. Le Prince Murat qui avait été furieux contre le mariage actuel craignant que sa proie lui échappât, s'était, dit-on, permis les menaces les plus fortes. . . .

Je rédigerai encore ce matin une note pour le Prince électoral[4] qui contiendra de nouvelles demandes doubles de celles que nous comptons d'obtenir et que je le prierai de remettre sur-le-champ à l'Impératrice, en lui déclarant sans détours qu'il ne pourrait pas remplir ses engagements, si son futur beau-père ne remplissait pas les siens. . . . :|

552. Denkschrift Reitzensteins.[5]

O. D. [12. März 1806.]

[Hinweis auf Zusicherungen Thiards. Die Hoffnung auf Erwerbung von Berg und Cleve vergeblich. Bitte um Zuweisung eines Theils von Hessen-Darmstadt, des Fürstenthums Aschaffenburg, der Städte Nürnberg und Frankfurt, der rechtsrheinischen Schweiz und des Herzogthums Nassau. Der Landzuwachs durch die gesteigerten finanziellen Anforderungen bedingt.]

Déjà avant la conclusion du traité de Presbourg, dans un moment où il n'était pas encore question du tout d'une alliance de la maison de

[1] Die betr. Ordre fehlt in der Correspondance de Napoléon und den ergänzenden Publicationen von Lecestre und Brotonne.

[2] S. Correspondance de Napoléon, XII, 123, Nr. 9914. — Ebenda Nr. 9923 die vom 4. März datirte Botschaft des Kaisers an den Senat betr. dieser Heirath.

[3] Note vom 6. März. Vergl. Nr. 549.

[4] S. Nr. 552.

[5] Der Verfasser wird nicht genannt, ist indes zweifellos identisch mit Reitzenstein. Die Denkschrift ist undatirt, es liegt uns in ihr aber, wie sich aus dem Inhalt, insbesondere

Bade avec celle de France, le ministre de la première se vit dans le cas de faire au gouvernement français des justes représentations sur la disparité du lot assigné à l'Electeur et sur les désavantages de la position relative dans laquelle le traité de Presbourg le mit vis-à-vis de son voisin le Roi de Wurtemberg. Il se permit de présenter au gouvernement français quelques idées sur le moyen d'améliorer le sort de la maison de Bade[1]. Lorsque peu après il fut chargé de se rendre à Munich pour y préparer la nouvelle alliance projetée, il s'y expliqua avec d'autant plus de confiance sur la nécessité de donner plus de force et de consistance à l'Electorat. Il déclara à Mr. de Thiard que quelque précises que fussent ses instructions, il trahirait ses devoirs, s'il n'insistait pas préalablement sur un point aussi essentiel, d'autant plus que l'état des finances opposerait un obstacle invincible à l'alliance en question, si l'on ne pouvait pas se flatter que S. M. voudrait agrandir l'Electorat au point de pouvoir se soutenir avantageusement.

Ce fut après avoir pris les ordres de l'Empereur et en avoir rapporté l'assurance que S. M. se proposait en effet de faire quelque chose pour la maison de Bade qu'on transmit à Mr de Thiard une désignation des objets qui seraient les plus propres pour remplir ce but. Dans cette désignation le duché de Berg avec les restes de Clèves se trouva en tête et on exprima la très grande probabilité d'en pouvoir disposer en faveur de l'Electeur. — L'arrivée de S. M. à Carlsrouhe et les intentions qu'Elle daigna y manifester ajoutèrent infiniment aux espérances déjà conçues d'avance, et si jamais une confiance fut grande et juste, elle devait l'être dans ce moment. Depuis le duché de Berg, ce pays que l'opinion publique même avait déjà depuis longtemps assigné à la maison de Bade, est devenu disponible et on vient d'apprendre qu'il en a été disposé en faveur d'un prince français[2]. Cette mesure paraît être faite d'un côté pour augmenter encore la confiance de l'Electeur et de son petit-fils, puisqu'elle semble un gage de plus de ce que S. M. fera en faveur de son beau-fils, après ce qu'elle vient de faire pour son beau-frère; mais l'établissement de celui-ci en Allemagne ayant été imprévu et la masse des objets disponibles se trouvant diminuée d'autant plus, le Prince électoral croit de son devoir

---

aus den Bemerkungen über das Herzogthum Berg mit Bestimmtheit ergibt, die in Reitzensteins Schreiben vom 12. März erwähnte „Note“ vor. Danach läßt sich auch die nähere Datirung feststellen.

[1] Gemeint sind wohl die «Considérations». Oben Nr. 427.

[2] Durch die Schönbrunner Convention vom 16. Dez. 1805 und den Pariser Vertrag vom 15. Februar 1806 hatten Bayern auf Berg und Preußen auf die Reste von Cleve zu Gunsten eines durch Napoleon zu bestimmenden Fürsten verzichtet; durch Decret vom 15. März übertrug dann der Kaiser die beiden Herzogthümer seinem Schwager, Joachim Murat. Goecke, Das Großherzogthum Berg, 4 ff.

de désigner de nouveau quelques-uns de ceux sur lesquels il paraît pouvoir porter ses vues. Ce sont les suivants:

1. les moyens d'obtenir par un échange volontaire la partie du pays de Darmstadt sur la gauche du Mein et la principauté de Hanau. On ne demande ni ne désire la cession immédiate de ces deux pays, mais seulement des équivalents. La principauté de Bareith et l'un ou l'autre des deux ci-devant évêchés d'Osnabruck et de Paderborn y suffiraient.

2. La principauté d'Aschaffenbourg avec Wetzlar et l'octroi de la navigation du Rhin. L'Archichancelier actuel n'aura certainement pas de successeur et comme il mérite personnellement l'intérêt de l'Empereur, on se prêtera à toutes les stipulations qui pourront être faites en sa faveur.

3. Les deux villes de Francfort et de Nuremberg. On peut assurer, sans crainte d'être démenti, que les Francfurtois désirent être réunis à l'Electorat, puisqu'ils craignent de tomber sous la domination de l'une des deux maisons de Hesse ou de l'Archichancelier. La ville de Nuremberg convient mieux au Roi de Bavière, mais on pourrait lui imposer l'obligation de céder en retour à l'Electeur la ville d'Ulm avec Soefllingen et Wiesensteig dont l'acquisition est d'une nécessité absolue, si l'on veut jamais parvenir à une frontière supportable avec le pays de Wurtemberg.

4. La supériorité territoriale sur les petits états depuis Furstenberg jusqu'à Loewenstein-Wertheim.

5. Les parcelles de la Suisse sur la droite du Rhin.

6. Enfin, si cela se peut, un moyen d'obtenir le pays de Nassau, ce qui aurait la conséquence agréable de donner à la France pour voisins deux alliés de sa maison, l'un depuis la Suisse jusqu'à la Sieg et l'autre depuis la Sieg jusqu'en Hollande.

On a déclaré à Mr le général Duroc au premier moment de la négociation[1] que le Prince Electoral serait hors d'état de remplir ses engagements, si S. M. ne daignait lui en fournir les moyens par un agrandissement territorial convenable à la grandeur de l'Empereur et à l'honneur du Prince. Le pays est actuellement grévé du déficit énorme de 800000 fl. par an: où donc pourra-t-on trouver 200000 fl. de plus pour une cour séparée, 100000 pour l'augmentation du douaire de Mme la Margrave et 120000 pour l'augmentation du militaire nécessitée par des engagements récents avec la France? Il s'est jeté sans réserve dans les bras de S. M., il a mis toute son existence entre ses mains; il est perdu sans remède et sans retour, si sa confiance dût être déçue. Son agrandissement qui le mettrait alors en niveau avec le Roi de Wurtemberg ne peut être qu'utile à la France sous tous les rapports; le lui refuser serait un sujet de moquerie et de triomphe pour les ennemis de la gloire de l'Empereur.

[1] Gemeint sind die Verhandlungen über den Abschluß des Ehevertrags.

Récapitulation:[1]

	âmes
1. Pays de Darmstadt deça du Mein	133000
2. Principauté de Hanau	65000
3. Pays d'Aschaffenbourg	67000
4. Francfort	43000
5. Ulm, Soeflingen et Wiesensteig	45000
6. Parcelles de la Suisse	22000
	375000
Force actuelle de l'Electorat	575000
Total futur	950000

Le royaume de Wurtemberg est encore plus fort, cependant le pays de Nassau pourrait ajouter 180000 de plus et porter la population du total un peu au delà de 1100000 ce qui équivaudrait à peu près au royaume d'Etrurie.

Copie von Groos.

553. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 15. März 1806.

[Marschordre für die badischen Truppen. Drohender Zusammenstoß mit württembergischem Militär. Provisorische Besetzung des Kraichgaus durch französ. Truppen dringend nothwendig.]

Sur l'avis qu'un corps assez nombreux des Wurtembergeois s'avançait vers les frontières de Bade du côté de Bretten, S. A. S. le Prince Louis a fait marcher du même côté quelques pièces d'artillerie et tout ce qu'il y avait des troupes à sa disposition[2]. Je crains dans l'état où se trouvent les choses qu'il ne se passe des scènes aussi sanglantes qu'inutiles et ridicules, au moins que la France n'interpose son autorité en faisant occuper les possessions du corps équestre en litige conformément à la note que j'ai remise le 21 janv. par ordre de V. Exc. . . .

Paris. Archiv.

554. Karl Friedrich an Reitzenstein.

Karlsruhe, 16. März 1806.

[Die Erbfolge der Grafen von Hochberg. Schwierigkeiten. Dringender Wunsch nach baldiger Lösung der Frage.]

Je ne saurais dissimuler que j'ai été profondément affligé de voir par Votre lettre du 1 de mars[3] la tournure que prend l'affaire qui me

[1] Beilage auf einem besonderen Blatt.

[2] Vergl. oben 444.

[3] Fehlt. Zur Sache vergl. oben Nr. 538. Anm. 1.

tient tant à cœur et qui est si importante pour mon pays, savoir la successibilité de mes fils du second lit. Si elle peut être traînée en longueur, ceux qui s'y opposent auront beau jeu.

Mon petit-fils pense très bien à cet égard et je serais bien aise, si l'Empereur lui en parlait et qu'il eût eu une conversation instructive sur cette matière avec Vous, Monsieur.

Je ne doute pas que Vous ferez tout ce qui est possible de faire réussir cette affaire qui est si importante pour le pays, et [je] manquerais[1] de mourir tranquillement, si les vœux que [je] fais à cet égard n'étaient pas accomplis.

Abschrift v. Weechs nach dem ehemals in Reitzensteins Nachlaß befindlichen Original.

---

555. Der kurerzkanzlerische Gesandte Graf Beust an den Minister von Albini.

Paris, 17. März 1806.

[Aussicht für Baden auf Erwerbung eines Theiles der Schweiz. Erblandammanschaft.]

. . . Parlant de ces deux duchés[2] j'observerai à V. Exc. qu'ils avaient été promis à la maison de Bade pour servir en même temps à la formation d'état au Prince électoral, sauf à les échanger en partie contre le pays de Darmstadt, si le Landgrave y voulait consentir. Aujourd'hui où cette disposition a été changée inopinément, la maison de Bade réclame quelqu'autre possession équivalente et, comme il n'est guères possible d'en trouver en Allemagne, on croit savoir positivement que la Suisse entre dans le plan des partages . . . Le Prince Borghese a refusé le comté de Neufchâtel et Valengin et l'on pense qu'on y ajoutera le pays de Vaud et la charge de Landamman héréditaire de la Suisse, en détachant quelques cantons helvétiques tels que Zurich, Schaffhouse, Bâle etc. en faveur de la maison de Bade . . .

Kreisarchiv Würzburg.

556. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 18. März 1806.

[Die Zukunft Deutschlands. Uebertragung der Kaiserwürde auf Napoleon.]

. . . Tout le monde se fait ici la demande, quel sera le sort définitif de l'Allemagne et à qui pourra revenir la couronne impériale que la maison d'Autriche a perdue de fait, si même elle l'a de forme? On ne peut se refuser au désir que l'Empereur Napoleon s'en charge et qu'il constitue

---

[1] Im Original: m'encherais.

[2] Cleve und Berg. Die folgenden Mittheilungen enthalten manches Unrichtige, zeigen aber, daß man über die geheimen Absichten Badens auf die Schweiz doch in weiteren Kreisen unterrichtet war.

alors l'Allemagne sur les bases qu'admettent les circonstances extraordinaires dans lesquelles ce pays a été placé par les derniers événements. On ignore, si une telle idée s'allie avec son système de confédération, mais au moins est-elle admissible pour rendre l'Allemagne à un état de tranquillité et d'ordre. Un tribunal de conseil aulique, un vice-chancelier d'Empire etc. jouerait ici un plus beau rôle qu'à Vienne . . .

---

557. Talleyrand an Reitzenstein.

Paris, 20. März 1806.

[Die breisgauischen Klöster verbleiben bei Baden. Aufforderung zur Besitzergreifung. Weisungen nach München.]

Talleyrand hat die Note Reitzensteins vom 6. März dem Kaiser vorgelegt[1].

. . . Sa Majesté reconnaît que S. A. S. l'Electeur de Bade a succédé à tous les droits du Prince Ferdinand dans le Brisgau. Les abbayes de St-Blaise et autres se trouvant entre les mains de l'Autriche au moment de la guerre, S. M. trouve juste et conforme au traité de Vienne que S. A. S. E. jouisse de ces abbayes et domaines avec la même plénitude de droits qu'en jouissait la maison d'Autriche et ne voit aucun inconvénient à ce que S. A. S. entre en possession et jouissance des dits biens. S. M. a ordonné à son ministre à Munich de les comprendre spécialement dans la convention qu'il est chargé de conclure parmi ceux dont Elle garantit formellement la possession à la maison électorale de Bade . . .

---

558. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 23. März 1806.

[Verschuldung der Gräfin Hochberg und des Markgrafen Ludwig. Angebliche Ordre an den Finanzrath. Interesse Frankreichs an den Vorgängen.]

|: S. A. E. vient d'envoyer un rescript à son conseil des finances pour lui ordonner de payer sans éclat les dettes de la Ctesse de Hochberg qu'Elle porte à 1 million et demi de francs. Le Margrave Louis cherche à faire payer les siennes qu'il prétend se monter à 1 million[2]. J'ai pensé que

---

[1] Das Folgende wörtlich aus Napoleons Ordre an Talleyrand vom 18. März. Correspondance, XII, 200, Nr. 9989.

[2] Die Zahlen beruhen zweifellos auf ungeheuerlichen Uebertreibungen. Daß die Gräfin Hochberg sich, zum Theil wohl in Folge ihres geringen Deputats, — sie bezog bis z. J. 1806 jährlich nur 3500 fl. — vielfach in finanziellen Schwierigkeiten befand, nicht minder Markgraf Ludwig, war offenkundig, daß aber ihre Schulden eine solche Höhe — fast bis zum Gesammtbetrag der jährl. Staatseinkünfte — erreicht haben sollen, ist schon im Hinblick auf die bescheidenen Grenzen, in denen sich der badische Hofhalt bewegte, ebensowenig anzunehmen, als sich aus den mir vorliegenden Protokollen des Geh. Finanzraths irgend ein Anhaltspunkt dafür ergibt, daß ein kurf. Erlaß, wie der oben angeführte,

V. Exc. jugerait que ces faits ne sont point étrangers aux intérêts de la France au moment où une fille de S. M. doit venir gouverner un pays auquel on ôte sourdement tous les moyens de prospérité future . . .]

Parif. Archiv.

559. Reitzenstein an Karl Friedrich.

Paris, 24. März 1806.

„Unterthänigste Anzeige . . . die Grenzberichtigung im Breisgau und die Bestimmung der an den Grenzen der Grafschaft Bonndorf abzutretenden Gegenstände betreffend."

[Günstige Entscheidung des Grenzstreits im Breisgau. Geschenke für Clarke. Ansprüche auf die Bonndorfer Herrschaften ungerechtfertigt, daher Verzicht.]

Die erste Frage hat, wie Reitzenstein ausführt, dank der Gerechtigkeit des Generals Clarke nicht nur eine beruhigende Erledigung gefunden, sondern Württemberg hat in Folge des Recurses an den Kaiser auch einen Theil desjenigen wieder eingebüßt, „was man ihm, wenn es innerhalb der Grenzen des Oberamts Triberg geblieben wäre, kaum strittig gemacht haben würde". „Die Loyautät des gedachten Generals und die ausnehmende Wichtigkeit der dadurch erlangten negativen und positiven Vortheile" erfordert aber, daß der Kurfürst sich erkenntlich zeige; es werden daher für Clarke und seine Offiziere entsprechende Geschenke vorgeschlagen.

Was die Bonndorfischen Zugehörden betrifft, hat Reitzenstein seine Ansicht völlig geändert. Nach dem Berichte, der ihm s. Zt. vorgelegen, habe man ohne weiteres als erwiesen betrachtet, daß die Herrschaften Betmaringen, Blumegg, Gutenburg und Grafenhausen integrirende Bestandtheile des Breisgaus gebildet. Die Akten ergeben aber bei näherer Prüfung, daß dies nicht zutrifft. Unzweifelhaft gehören sie also zu dem reichsunmittelbaren Gebiete St. Blasiens, das Württemberg zugewiesen worden ist, und Baden kann keinerlei Ansprüche darauf erheben[1].

Reitzenstein empfiehlt daher, je eher, je besser, nachzugeben, den Verzicht aber zu nützen, um etwaige neue Forderungen Württembergs, das bei der erfolgten Zerstückelung des Oberamts Triberg schwerlich die zugesicherte Bevölkerungsziffer von 17000 Köpfen erhalte, abzuweisen und von Württemberg die Aufhebung der Beschlagnahme der Gefälle der Universität Freiburg, des Klosters St. Peter u. s. w. zu erwirken.

560. Reitzenstein an Karl Friedrich.

Paris, 25. März 1806.

„Unterthänigste Anzeige, die königl. bayerischen Versuche auf das Fürstenthum Heitersheim und die breisgauischen Klöster betr."

[Bayerns Absichten auf Heitersheim. Verhandlungen mit dem Bailli von Pfirdt und Anerbieten desselben. Zusicherung einer lebenslänglichen Pension gegen Garantirung von Heitersheim.]

Beiliegend die Antwort Talleyrands auf die Note vom 6. d. M. Die Frage wegen der breisgauischen Klöster, deren Einkünfte auf 500000 fl. beziffert werden und sich bei

ergangen ist. Trotz alledem verdient dieser Bericht doch insofern Beachtung, als er möglicherweise zu der Einmischung Napoleons in die badischen Finanzverhältnisse im Mai d. J. beigetragen hat.

[1] Vergl. oben S. 570.

guter Verwaltung wohl noch steigern lassen, ist damit zu Gunsten Badens entschieden. Reitzenstein räth daher nunmehr, ohne Zeitverlust „mit der wirklichen Aufhebung aller und jeder so Manns- als Frauenklöster und der Einziehung ihrer sämmtlichen Gefälle voranzugehen".

Bezüglich des Fürstenthums Heitersheim hofft er auf eine gleich günstige Entscheidung, falls man in Karlsruhe seine Vorschläge annehme.

Bekanntlich habe Talleyrand schon in Wien, als er bei dem Minister das Fürstenthum Heitersheim reclamirt, „vorzüglich die Versorgung des Commandeurs von Ferrette", der zum Nachfolger des derzeitigen Großpriors designirt sei, empfohlen[1]. Seitdem sei die Sache aber „durch die bekannten Machinationen Bayerns" in eine üble Lage gerathen. Bayern habe kein Mittel versäumt, „um zu seinen zerstörenden Zwecken zu gelangen", es habe sogar in Paris „jemand, dem das Interesse des badischen Hauses nicht gleichgültig sein" könne, versichert, der Kaiser habe die breisganischen Klöster sowohl, als auch Heitersheim dem Prinzen Karl Theodor von Bayern bereits zugesagt, man möge daher alle weiteren Gegenbemühungen einstellen. An dem Tage vor dem Empfang der Note Talleyrands sei nun der mit dem Minister intim befreundete Commandeur von Ferrette bei ihm erschienen, und habe geäußert, bei seiner Devotion für das kurfürstliche Haus, „dem er nunmehr durch seine und seiner Familie Besitzungen im Breisgau angehöre", sowie „bei der Ueberzeugung von den höchsttraurigen Folgen, welche die Hingabe der Klöster an fremde, die Revenuen außer dem Land verzehrende Empfänger für das ganze Breisgau haben müsse", wünsche er lebhaft, daß Baden den Sieg davon trage, und werde nach Kräften dazu mitwirken, falls man berücksichtige, „daß er . . . erstens gerade die Objecte, von denen jetzt die Rede sei, selbst für seinen Orden acquirirt gehabt habe, daß er zweitens zum Nachfolger im Großpriorat designirt gewesen sei und daß ihm drittens die bayerische Gesandtschaft, auf den Fall er sie durch seinen Einfluß unterstützen wolle, bereits Propositionen gemacht habe", und falls man ihm dem entsprechend „ein gutes Sort" bereiten wolle. Reitzenstein erwiedert darauf, man zweifle keineswegs an einem günstigen Ausgange der Angelegenheit und verdenke es den Ordensmitgliedern sehr wenig, wenn sie ihre precäre Existenz um einige Jahre zu verlängern suchten, man sei aber über das Benehmen Bayerns höchst aufgebracht und nicht gesonnen, in dieser Sache „nur im geringsten" nachzugeben. „Von seiner, des Herrn Commandeurs Person" sei schon in Wien die Rede gewesen, er werde sich „mit der größten Wärme" bei seinem Hofe für sein Interesse verwenden und hoffe, eine möglichst günstige Resolution zu erwirken. Am Tage nach dem Empfang der Talleyrand'schen Note vom 20. d. M. erscheint Ferrette wieder bei Reitzenstein und gibt zu verstehen, daß dieselbe „mit seinem Vorbewußt expedirt worden". Der bayerische Gesandte bringe sehr in ihn, gemeinsame Sache mit ihm zu machen, er habe jedoch geantwortet, er müsse erst mit Reitzenstein darüber sprechen, und werde dem Bayern nun definitiv erklären, daß er an seinen Schritten nicht theilnehmen werde. Reitzenstein bemerkt darauf, er werde Talleyrand für seine Fürsprache danken, zugleich aber, da des Fürstenthums Heitersheim in der Note nicht gedacht sei, den Minister an seine frühere Zusage erinnern und „die nämliche ausdrückliche Garantie auch über Heitersheim . . . erbitten". Sobald diese ertheilt werde, wolle man gerne „dem Herrn Minister Proben der diesseitigen Gefälligkeit" geben.

Reitzenstein schlägt daher vor, „die Sache so anzusehen, als ob der jetzige Herr Großprior nicht älter als der Commandeur von Ferrette wäre; . . . und daher demselben die Versicherung auszustellen, daß er nach dem Tode des wirklichen Herrn Großpriors dessen sämmtliche Revenuen lebenslang behalten solle, wofern das französische Gouvernement diese

[1] Vergl. oben S. 415.

Zusage durch die förmliche Garantie des Fürstenthums Heitersheim gegen alle königl. bayerischen Machinationen erwiedern und womöglich dem Kurhause zu einer weitern Stimme im Reichsfürstenrath als Ersatz für die Heitersheimische behilflich sein wolle". Das sei freilich viel, aber mit einem mittelmäßigen Angebote werde man nicht viel ausrichten: Ferrette spiele fast täglich mit Talleyrand Whist und spiele hoch, vor ein paar Jahren habe er in einem Winter 2000 Lsdr. verloren. Es stehe zu befürchten, „daß, wenn man diesseits nicht mit einem blendenden Offert sich beeilt, man in München, wo man in der politischen Rechenkunst nicht ohnerfahren ist, auf die nämliche Idee verfallen und ihn in das dortseitige Interesse ziehen könnte". Auch werde es auf Talleyrand, der zur Zeit eine „sehr bedenkliche Intimität" mit Winzingerode unterhalte, einen günstigen Eindruck machen, wenn er sehe, daß man in Karlsruhe, „welchem Hof man bisher öfters eine im Resultat sich übel belohnende spärliche Handlungsweise schuld gab", eine „große Mesure ergreife. Endlich sei das finanzielle Opfer nicht bedeutend, da Ferrette nicht mehr jung und sein Körper zerrüttet und geschwächt sei[1]. Reitzenstein ersucht daher dringend um Bewilligung seiner Vorschläge[2] und schleunige Mittheilung der erforderlichen Weisungen.

561. Reitzenstein an Karl Friedrich.

Paris, 25. März 1806.

„Unterthänigste Anzeige, die breisgauische Contribution betreffend."[3]

[Bemühungen um Nachlaß der Breisgauer Contribution. Intriguen Berthiers. Note an Talleyrand. Bevorstehende Ankunft der Breisgauer Deputirten.]

Reitzenstein hat seit der Unterredung mit General Duroc[4] wiederholt mit dem Staatssecretär Maret über die Contributionsangelegenheit gesprochen und dieselbe auch dem Kurprinzen anempfohlen. Allein Maret sowohl, als der Kurprinz sind zu schüchtern, um dem Kaiser die Sache vorzutragen, wohl weil sie sich scheuen, die Kabalen aufzudecken, durch welche man den Willen des Kaisers vereitelt. Die Vermuthung, „daß die ganze Sache von dem Kriegsminister, Marschall Berthier, herkomme, vor dem sich jedermann scheut, und der, wie ich aus 20 Belegen bemerkt habe, dem badischen Interesse äußerst abhold sein muß", hat sich bestätigt.

Reitzenstein hält es überdies nicht für räthlich, daß der Kurprinz sich mit dem Anliegen unmittelbar an Napoleon wende, da man „mit diesen directen Sollicitationen bei dem Kaiser zu Erreichung wichtigerer politischer Zwecke sehr sparsam" umgehen müsse. Er wird daher im Laufe der Woche eine Note an Talleyrand richten und sich auf das Ansuchen beschränken, „daß unter dem elenden Prätext dieser noch ohnausgemachten Sache die Civilbesitzergreifung des Breisgaus nicht länger aufgehalten werden möge". Es ist ihm sehr erwünscht, daß die Deputirten des Breisgaus, die bereits in München gewesen, auch nach Paris kommen[5]; der Kaiser werde ihr Gesuch schwerlich verweigern, und es gewinne vor der formellen Besitzergreifung nicht den Anschein, als ob dasselbe direct vom badischen Hofe an den französischen gerichtet werde, was Reitzenstein gerne zu vermeiden

[1] Ferrette starb erst i. J. 1831 als badischer Gesandter zu Paris.

[2] Nach einer Randbemerkung des Geh. Ref. Wielandt vom 1. April werden dieselben vom Kurfürsten genehmigt.

[3] Am Rande: „Aeußerst geheim zu halten".

[4] S. oben S. 571.

[5] Die Freiherren v. Andlaw und v. Neveu. Vergl. Braun, Memoiren des letzten Abtes von St. Peter, 197, 219.

sucht, da es ihm „schon ohnschicklich genug vorkam, daß, nachdem der französische Kaiser in München auf ein Wort des Königs von Bayern die dem Tirol auferlegte Neun-Millionencontribution sogleich nachgelassen, derselbe diese Kleinigkeit nicht in Karlsruhe, um dadurch Serenissimo einen Beweis von Freundschaft zu geben, entschieden hat". Einstweilen räth Reitzenstein, mit General Monard „alles noch suspensiv zu behandeln".

---

562. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 26. März 1806.

[Französische Besetzung des Kraichgaus. Heitersheim und die bayerische Coadjutorie. Abfertigung Pfirdts.]

. . . Le maréchal Berthier a envoyé hier un de ses aides de camp, le jeune Semonville, fils du sénateur, à Mr Massias pour lui demander une liste exacte de tous les objets litigieux dans le Kraichgau afin d'y placer des sauvegardes contre les infractions wurtembergeoises . . .

Le bailli de l'ordre de Malte, Mr le Bon de Pfirdt, est venu il y a environ 3 semaines porter à l'Electeur de la part du Grand Prieur à Heitersheim une notification formelle de la prétendue coadjutorie du prince cadet de Bavière. M'ayant passé le lendemain une note secondée par un office du ministre du Roi de Bavière, Bon de Reibeld[1], j'ai chargé ce dernier de dire à son protégé, qu'ayant l'honneur de lui donner à dîner précisément ce jour là, je voulais lui épargner la mortification qu'il aurait d'ailleurs bien méritée pour s'être permis dans la susdite note des doutes peu convenables, pour ne pas dire offensants; que si j'avais été à même de la parcourir au moment où il me l'avait remise, je la lui aurais rendue sur-le-champ; que toutefois il ne devait pas s'attendre que j'en fasse le moindre rapport à Msgr. l'Electeur ni que je prendrais jamais la peine d'y faire aucune réponse. Mr de Pfirdt s'est tenu pour dit et a quitté Carlsrouhe le lendemain matin sans grouiller. Mr de Reibeld ne m'a également plus parlé sur cet objet et je crois qu'il attend maintenant comme nous le dénouement définitif sur cette contestation par les déterminations qui émaneront de Paris . . .

Concept.

---

563. Reitzenstein an Karl Friedrich.

Paris, 28. März 1806.

[Verhandlungen mit Frankfurter Bürgern wegen einer event. Erwerbung der Stadt. Vorläufige Wünsche derselben. Vor- und Nachtheile dieser Acquisition.]

Ohne Zweifel ist es höchsten Orts noch erinnerlich, daß bereits vor einigen Monaten kurz nach Ausbruch des Kriegs vertraute Eröffnungen angesehener Frank-

---

[1] Oben Nr. 511.

furter Bürger einliefen, worin der Wunsch ausgedrückt wurde, daß, wenn die Stadt ihre Unmittelbarkeit nicht sollte behaupten können, sie lieber in kurbadische als in kurerzkanzlerische oder kur- oder landgräfl. hessische Hände fallen möchte. Seitdem und besonders durch die große französische Contribution hat sich die lebhafte Ueberzeugung der Bürgerschaft, daß die Erhaltung ihrer Unmittelbarkeit das größte Unglück für sie sein würde, und mit solcher auch der Wunsch, badisch zu werden, erhöht[1].

Wenige Tage nach meiner Ankunft dahier erhielt ich von einem sehr bedeutenden Einwohner Frankfurts mehrere Besuche, bei welchen er mich dringend aufforderte, doch ja die Einverleibung Frankfurts in den kurbadischen Staat lebhaft und unverzüglich zu betreiben, weil es das einzige Rettungsmittel für die Stadt sei. Allein da sich Frankfurter Deputirte[2] seit geraumer Zeit hier befinden, die verblendet genug sind, um für eine prekäre Verlängerung ihrer politischen Existenz noch dazu Opfer anzubieten, und der den Gesinnungen des Magistrats entgegengesetzte Wunsch der Bürgerschaft nicht nur durch nichts Schriftliches und Offizielles konstatirt werden konnte, sondern auch keine den Bemühungen der Magistratsdeputirten entgegengesetzte Schritte öffentlich gemacht werden wollten, so mußte ich mich darauf beschränken, in einer dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zugestellten Note zu versichern, daß die beinahe Totalität der Frankfurter Bürgerschaft, wenn diese Stadt, wie zu vermuthen, das Schicksal von Augsburg haben sollte, sehr wünsche kurbadisch zu werden, und die nämliche Versicherung wiederholte ich in einer Note, die durch Ihro des Kurprinzen Hf. D. an den franz. Kaiser unmittelbar gelanget ist[3]. . . .

Vor etwa 14 Tagen, — berichtet Reitzenstein, — sei nun ein anderer hervorragender Frankfurter Bürger[4] eingetroffen, um im Auftrag „des einsichtsvolleren Theils" der Kaufmannschaft „die Mediatisirung der Stadt für Kurbaden und durch dieses Anerbieten den Nachlaß der noch rückständigen Contribution zu betreiben", und habe sich mit dem Kurprinzen und ihm besprochen.

„Seine Wünsche ... bestehen hauptsächlich in einer Garantie von Seiten Serenissimi folgender Punkte, bei deren jedem ich zugleich meine unmaßgebliche Meinung beizufügen mir erlaube.

1. Befreiung von der Militärkonskription.

Dieser Punkt versteht sich wohl von selbst.

2. Beibehaltung aller auf den Handel Bezug habender und zu dessen Flor bisher bestandener Gerechtsame."

Auch hier, meint Reitzenstein, sei das Interesse der Stadt und des neuen Landesherrn identisch.

---

[1] Belege dafür fehlen im Karlsruher Archiv. Die Forderung einer Einverleibung Frankfurts tritt in den Akten erstmals Ende December 1805 in den «Considérations» Reitzensteins auf. Oben Nr. 427.

[2] Der Senator P. C. Müller und der Schöffe F. M. von Günderode.

[3] Die Note an Talleyrand fehlt, auch in Paris; der Précis für den Kurprinzen oben Nr. 552.

[4] Auch hier wird der Name nicht genannt.

3. „Belassung der bisherigen Staatsdiener bei ihren Besoldungen bis zu ihrem Absterben."

4. „Freier Abzug der Frankfurter Bürger in andre kurbadische Orte."

Beide Forderungen dürften nach Reitzensteins Ansicht keinem Bedenken begegnen.

5. „ Endlich Anerkennung der Staatsschuld und Bezahlung der Interessen sowohl als Bildung eines Tilgungsfonds zu Bezahlung der Kapitalien selbst aus dem Ueberschuß der Staatseinkünfte.

Dieser Punkt als der wichtigste von allen verdient allein eine nähere Erwägung".

Die Frankfurter Schuld, — bemerkt Reitzenstein, — habe zur Zeit des Lüneviller Friedens etwa 6 Millionen fl. betragen und sei in Folge der Kriegslasten und der Contribution auf mindestens 10 Millionen gestiegen. Dieser Umstand, der Mangel an baarem Geld, der Stillstand im Handel in Folge des Verbots der englischen Waaren, die steigende Konkurrenz der sächsischen Handelsplätze, sowie die Aussicht, daß, „wenn das französische Gouvernement auf vernünftige Grundsätze der Staatsökonomie verfallen sollte", 9/10 des Frankfurter Handels nach dem besser gelegenen Mainz sich ziehen werden, all' dies habe ihm die Vortheile einer Erwerbung der Stadt sehr zweifelhaft erscheinen lassen.

Die beiden Frankfurter, mit denen er gesprochen, hätten auch eingeräumt, daß, wenn die volle Contribution bezahlt werden müsse, Baden während mehrerer Jahre nicht auf Einkünfte rechnen dürfe. Wenn dagegen der Kaiser den Rest der Contribution nachlasse, werde man bei Ersparung unnöthiger Ausgaben die Finanzen soweit emporbringen, daß in nicht gar zu ferner Zeit die kurfürstl. Kasse bedeutende Einkünfte, in der Höhe von vielleicht 300 000 fl. beziehen werde. „Nur erfordere es die Aufrechthaltung des Kredits nothwendig, daß im Anfang der gesammte Revenuenüberschuß nach Abzug der Administrationskosten, Pensionen, Kapitalzinse ꝛc. in den zu errichtenden Schuldentilgungsfond geworfen würden. . . . Nach diesen Voraussetzungen würde sich also die Erwerbung Frankfurts in den ersten Jahren blos auf Vermehrung der Population und auf einige indirekte finanzielle Vortheile, nämlich mehrern Kredit für die Staatskasse selbst, größere Leichtigkeit, Kapitalien um billige Zinsen zu bekommen, u. dgl. beschränken."

Man werde, glaubt Reitzenstein, die französische Regierung leicht überzeugen, daß dies für den Augenblick kein bedeutender Gewinn sei, trotzdem werde man wohl die Konkurrenz von Kurhessen, welches vielleicht aus Neid ein ansehnliches Geldangebot machen werde, besorgen müssen.

Der betreffende Frankfurter Abgeordnete habe eine Privataudienz beim Kaiser nicht erhalten, da selbst den Deputirten des Magistrats bis zur Berichtigung der Contribution „all' und jedes Gehör" versagt worden sei, und reise in wenigen Tagen wieder zurück. Inzwischen will Reitzenstein sich bemühen, „daß der französische chargé d'affaires Hirsinger geheime Aufträge, die Disposition der Bürgerschaft zu sondiren, erhalte".

. . . Wenn aber, wie es mir beinahe vorkömmt, der Hauptplan der Frankfurter dahin geht, zur Belohnung dafür, daß sie sich Baden in die Arme werfen, zwei Millionen Contribution vom Kaiser nachgelassen zu erhalten, so scheint mir dieses eine zu große Zumuthung und würde es zur Folge haben, daß die Acquisition einer Stadt, die eine mehr oder mindere Reihe von Jahren hindurch dem Staat nichts einträgt, dem Kurhause für weit höher als vielleicht eine andere in der Realität beträchtlichere Vergrößerung in Aufrechnung gebracht würde[1].

[1] Weitere Nachrichten über diese Verhandlungen fehlen; auch die Akten des Frankfurter Stadtarchivs enthalten nach gefl. Mittheilung des H. Stadtarchivars Dr. Jung nichts über die hier erwähnten Bestrebungen eines Theiles der dortigen Bürgerschaft.

564. Reitzenstein an Karl Friedrich.[1]

Paris, 28. März 1806.

[Fingirte Uebereinkunft mit Fürstenberg behufs Einleitung eines Gebietstausches mit Württemberg.]

Der Erfolg hat gelehrt, daß es Württemberg mit seinen Vorschlägen nicht Ernst gewesen; selbst das Angebot von Meersburg ist wirkungslos geblieben, und Württemberg hat auch das Salem'sche Gebiet gefordert, ohne an „eine verhältnißmäßige Zugabe zu seinen Gegencedendis" zu denken. Reitzenstein meint daher, man müsse versuchen, „ob man nicht eine größere Masse von Tauschgegenständen" aufbringen könne. Ein Weg dazu bietet sich. Fürstenberg, das sich möglichst an Baden anzuschließen und zu arrondiren strebt, bemüht sich seit einiger Zeit vergeblich, die auf dem linken Donauufer gelegenen Oberämter Jungnau, Trochtelfingen und Neufra gegen württembergischen Besitz zu vertauschen. Reitzenstein hat nun dem in Paris anwesenden Präsidenten von Kleiser vorgestellt, Württemberg werde jene enclavirten Aemter, die es als sichere Beute ansehe, ohnehin in kurzem an sich ziehen; wolle Fürstenberg diesen Verlust verhüten, so bleibe kein anderes Mittel, „als diese Besitzungen zur badischen Disposition zu geben, um einen Versuch zu machen, ob nicht Württemberg sich alsdann veranlaßt sehen dürfte, sie von Baden auf annehmlichere Bedingungen einzutauschen".

Kleiser ist darauf eingegangen, und man ist, „jedoch um keinen Theil zu kompromittiren, auf ein blos fingirtes, gleichwohl aber nicht nur in München, sondern auch hier für berichtigt anzugebendes Arrangement dahin übereingekommen", daß Fürstenberg jene Aemter zum Versuche eines Tausches Baden überläßt und als wünschenswertes Aequivalent die Grafschaft Bonndorf nebst Bräunlingen und Villingen bezeichnet. Das Abkommen soll vorerst für keinen Theil bindend sein, und eine Abschätzung der Tauschobjecte erst stattfinden, wenn Württemberg auf jenen Vorschlag eingehe. Baden, meint Reitzenstein, könnte dann diese Aemter, Biberach, Pfullendorf, Habsthal, Unterelchingen und Stetten a. k. M. mit etwa 30000 Seelen Württemberg anbieten und als Gegengabe Bonndorf, Villingen, Bräunlingen, Nellenburg und die breisgauischen Aemter fordern. Auf diese Weise trete man blos die abgelegenen Theile des obern Fürstenthums ab und behalte das Gebiet am Bodensee. Bestimmend für diesen Plan ist zum Theil auch die Thatsache gewesen, daß man in Paris die Absicht geäußert, den Fürsten von Fürstenberg „anderswo zu etabliren". Mit der Bitte um Geheimhaltung fügt Reitzenstein hinzu, „daß der französische Kaiser selbst gegen des Herrn Kurprinzen Hf. D. mit dem Beisatze diese Acquisition zugesagt hat, daß dadurch dann doch das Land um 80000 Seelen vergrößert werden würde, worauf ich mich . . . auf den leicht zu führenden Beweis beschränkt habe, daß diese Acquisition bei weitem noch für keinen Ersatz des so feierlich zugesicherten und im Augenblick, wo es disponibel geworden, dem Prinzen Murat gegebenen Herzogthums Berg seie".

Falls aber Fürstenberg anderswo etablirt werde, wäre der vorherige Eintausch der im Württembergischen gelegenen drei Aemter für Baden höchst wichtig, damit Württemberg sie nicht als Enclaven an sich ziehe.

---

[1] Mit der Aufschrift: „Flüchtige Betrachtungen über die von dem kaiserl. französischen Herrn Minister Otto gemachten Vorschläge zu Arrondirung der diesseitigen und der württembergischen Lande".

Reitzenstein räth daher, Otto von der fingirten Uebereinkunft Mittheilung zu machen und auf Grund derselben ein „solideres" Tauschgeschäft einzuleiten.[1]

---

565. Erlaß des kurf. Geh. Cabinets an Reitzenstein.

Karlsruhe, 2. April 1806.

[Bescheid auf die letzten Berichte. Bedenken wegen Frankfurt.]

Es werden die Resolutionen des Kurfürsten auf die Tags zuvor eingelaufenen geh. Berichte Reitzensteins vom 25. und 28. März mitgetheilt.

1. Wegen der Breisgauer Contribution wird, nachdem Berthier nunmehr Ordre zur Uebergabe des Landes ertheilt und den Termin für die Zahlung des Contributionsrestes auf den 1. Juni festgesetzt, Reitzenstein anheimgestellt, während dieser Frist den Nachlaß desselben zu bewirken.

2. Die Vorschläge wegen Heitersheim und der Breisgauer Klöster werden von dem Kurfürsten vollkommen gebilligt; es empfiehlt sich indes, die gänzliche Aufhebung der letzteren bis zur Rückkehr des Geh. Raths von Drais zu verschieben, um mit diesem das weitere zu berathen.

Auch mit den Vorschlägen in Betreff des Bailli de Ferrette ist der Kurfürst einverstanden, vorausgesetzt, daß man darunter nicht mehr verstehe, „als was der Großprior von den alten Ortschaften und Domänen im Lande ohne Einrechnung der Klöster zu fordern habe", — etwa 9/10 der Rente, die man dem jetzigen Großprior zahlen werde.

3. Wegen der Bonndorfer Zugehörden wird man eine Note an Massias richten.

4. Die „flüchtigen Betrachtungen" sind der Münchner Commission mitgetheilt und zur Berücksichtigung empfohlen worden.

5. „Wegen Frankfurt haben S. Kf. D. den Ansichten ihres Cabinetsministers ... Höchstdero ganzen Beifall zu schenken geschienen, gleichwohl aber gewünscht, daß demselben folgende Bemerkungen eines dortigen patriotischen Bürgers[2] mitgetheilt werden möchten.

Wenn Frankfurt nicht Reichsstadt bleiben könne, . . . so werde es am liebsten in badische Hände gerathen wollen. Nach einer genauen Localkenntniß könne man sich übrigens nicht verbergen, daß, sobald Baden jemals mehr als die militärische Verstärkung durch Zahlung dessen, was das Militär vorhin dort kostete, und eine mäßige Recognition für die Hoheitsverwaltung verlange, wie z. Ex. Konstanz an Oesterreich zahlte, — natürlich à proportion stärker — und der Stadt nicht im übrigen ihre ganz eigene Verfassung belassen werde, werde Frankfurt eine noch weit verdorbenere Stadt und größere Last als Mannheim, die so nachmals wegen dem durch ihre alte Bedeutendheit nach sich ziehenden Ruf das kurf. Haus noch dazu jeweils in sehr beschwerliche politische Zumuthungen hineinziehen könnte."[3]

Concept Gerstlachers.

---

[1] Das Projekt bleibt auf sich beruhen, da die Verhandlungen über einen Gebietstausch in München zu keinem Ergebniß führen. Vergl. oben 550.

[2] Wie sich aus einem beiliegenden Gutachten Brauers ergibt, dieser selbst, der sich darin als Frankfurter Bürger bezeichnet; wann er dort das Bürgerrecht erworben, ist unbekannt. Es fällt auf, daß sein Name in dem Erlaß verschwiegen wird, vielleicht geschieht dies mit Rücksicht auf sein gespanntes Verhältniß zu Reitzenstein.

[3] Von einer Erwerbung Frankfurts ist in der Folge nun nicht mehr ernstlich die Rede. Die alte Reichsstadt ist durch die Rheinbundsacte bekanntlich dem Fürst-Primas zugesprochen worden; schon am 27. Mai meldet Graf Beust seinem Herrn, daß ihr Schicksal in diesem Sinne so gut wie entschieden sei. v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg II, 44.

566. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 3. April 1806.

[Unterredung mit Mme. Talleyrand. Berthier und Mme. Visconti. Napoleon dringt auf Heirath. Günstige Stimmung für Baden. Aussicht auf Königswürde. Sympathien für den Kurprinzen.]

|: Dalberg berichtet über eine vertrauliche Unterredung mit Talleyrands Gemahlin. Diese wünscht an Stelle von Mlle Schwarz[1], die kränklich sei, eine junge Dame als Gesellschafterin. Dalberg verspricht, sich nach einer solchen umzusehen, und wird sein Möglichstes thun, da er es für höchst vortheilhaft hält, auf diesem Wege weitere Beziehungen zu dem Hause des Ministers anzuknüpfen.[2]

. . . Cette affaire étant terminée elle me dit qu'elle me savait fort lié avec Mme. Visconti, que je pourrais peut-être la conseiller dans une affaire très importante pour elle et qu'elle m'en parlait avec confiance, parce qu'elle me savait instruit des rapports de Mme. Visconti, du maréchal Berthier et de l'Empereur. Elle continua pour lors à me dire que l'Empereur voulait que le maréchal se mariât[3], qu'on lui destinait une princesse allemande, que le maréchal n'en voulait point, mais que Mme. Visconti le perdrait, si elle ne consentait à divorcer et l'épouser. Qu'elle ne s'expliquait pas la répugnance qu'elle montrait dans cette circonstance à une chose qui ne lui ferait aucun tort, qu'elle lui en avait parlé et qu'elle me demandait de la conseiller et de la pousser dans le même sens. Je lui dis alors que le maréchal n'avait porté aucun intérêt à son élévation et que j'étais sûr que quelles que fussent les volontés de l'Empereur, Mme. Visconti avait un plus grand empire sur lui, qu'elle ferait d'abord ce qu'elle pourrait pour qu'il ne se mariât pas, parce qu'elle préférait ses rapports actuels à ceux du mariage, craignant que le saint sacrement diminuerait la passion du maréchal; mais que je croyais être sûr que lorsqu'elle verrait que le maréchal voulût, pour finir ses querelles avec l'Empereur, se marier, il n'épouserait qu'elle qui y consentait. . . . Elle me parut enchantée de ce que je lui disais, parce qu'elle voit dans le divorce de Mme. Visconti une excuse pour Mr. Talleyrand. Nous convînmes au reste d'agir dans ce sens sur Mme. Visconti.

La maison de Bade sentira, il me semble, que si le maréchal meurt sans enfants, elle aurait tort de le regretter. Je profitais de cette occasion pour lui dire que cette principauté et la Suisse aurait bien dû être donnée à la maison de Bade et que celle-ci avait bien droit de se plaindre d'être si mal récompensée pour tous les sacrifices qu'elle faisait à l'avantage de

[1] S. oben S. 239.

[2] Auf seine Empfehlung tritt im Juni eine Mlle. Pianta als Gesellschafterin bei Mme. Talleyrand ein.

[3] Vergl. das Schreiben an Berthier vom 1. April. Correspondance de Napoléon, XII, 253. Bekanntlich vermählte sich der Herzog später (1808) mit der Prinzessin Elisabeth Marie von Bayern.

l'Empereur et de sa famille. Elle répondit que des circonstances particulières avaient forcé l'Empereur à donner à Murat et à ses sœurs tout ce qu'ils avaient obtenu, qu'incessamment on traiterait bien le Prince électoral de Bade, que la Maison serait élevée à la dignité de Roi et qu'elle serait contente. Je lui observais que, pour soutenir cette dignité, il fallait qu'il y eût une grande augmentation. Elle répondit: «eh bien, qu'il se patiente, il en aura. Vous Vous rappellerez que je ne Vous ai jamais rien dit qui ne se fût vérifié. L'Empereur est très content de lui[1], Mr Talleyrand lui porte de l'amitié et la différence qu'on voit entre lui et le Prince de Bavière lui vaudra beaucoup». . . . Elle me dit à cette occasion encore que cette semaine nous lirions plusieurs autres dispositions importantes communiquées au Sénat, qu'avant trois mois ce qu'elle m'annonçait devait se réaliser, à moins que des événements imprévus ne le retardât (sic!), qu'il était malheureux peut-être que l'impatience de l'Empereur ne permettait pas qu'on mûrisse souvent les choses etc. etc. . . . :|

567. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 7. April 1806.

[Haugwitz auf der Durchreise in Karlsruhe. Friedenshoffnungen.]

. . . Le Cte Haugwitz m'est venu voir à son passage par ici en retournant à Berlin[2]. Il m'a beaucoup parlé de Vous et avec bien des éloges. Je ne puis que me louer aussi des marques de confiance qu'il m'a données. Il pense que l'alliance contractée maintenant avec sa cour assurera plus que toute chose la conservation de la paix et de la tranquillité générale et il paraissait entrevoir même la possibilité que l'Angleterre se prêtât à des propositions conciliatoires pour sa pacification particulière avec l'Empereur de France. . . .

568. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 10. April 1806.

[Neue Aussichten auf Erwerbung der Bonndorfer Herrschaften. Clarke. Die Breisgauer Contribution.]

|: Es bietet sich neuerdings Aussicht, auch mit den Ansprüchen auf die Bonndorfer Herrschaften durchzubringen. General Clarke, mit dem Reitzenstein am 8. April nach der Vermählungsfeier[3] darüber spricht, versichert, er sei von seiner ursprünglichen Ansicht, daß

[1] D. h. mit dem Kurprinzen.

[2] Auf der Rückkehr von Paris, wo er den Allianzvertrag mit Frankreich vom 15. Febr. unterzeichnet hatte.

[3] Ueber die Vermählungsfeierlichkeiten vergl. außer dem Moniteur vom 10. April die Schilderung eines Augenzeugen, des Freih. Carl Christian v. Berkheim, in seinen anonym veröffentlichten «Lettres sur Paris», Heidelberg 1809, S. 205 ff.

Württembergs Forderungen besser begründet seien, abgekommen, auch der Kaiser und Talleyrand seien, wie er wisse, in dieser Streitfrage Baden günstig gesinnt, und er zweifle nicht, «que par ce moyen on nous ferait encore gagner sur notre voisin un objet de pas moins de 8000 âmes».

«La clef de l'énigme est que depuis quelque temps on a une dent contre le Roi de Wurtemberg qui paraît s'être refusé à des propositions d'alliance de famille qu'on a faites pour le Prince royal de Wurtemberg.»

. . . Je dois dire encore que l'Empereur a répété aussi au général Clarke que, son intention originaire ayant été de nous donner le Brisgau sans déduction et cette intention s'étant trouvé éludée, l'Empereur voulait du moins s'occuper d'une compensation et que c'était le principal motif pour lequel nous aurions probablement la plus grande partie de Bonndorf. Mr. Talleyrand m'a aussi donné les assurances les plus positives relativement aux contributions arriérées du Brisgau et la décision de cette affaire n'éprouve d'autre retard que celui de l'audience que les députés du Brisgau devront avoir de l'Empereur . . . :|

---

569. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 16. April 1806.

[Der schwäbische Arrondirungsplan. Aenderungen. Begünstigung von Hohenzollern-Sigmaringen. Pfeffel.]

. . . Le plan pour les arrangements en Souabe a dû depuis deux jours être refondu, parce que l'Empereur, protégeant beaucoup la Princesse de Hohenzollern-Sigmaringen, lui a fait cadeau d'une abbaye en Souabe rapportant 40000 de rentes[1]. Cette protection tient à l'ancienne liaison de l'Impératrice avec la Princesse douairière[2] et l'amitié de Mr La Besnardière avec Mr Fischler[3] qui est avec le Prince.

Toutes ces rédactions et ces arrangements proposés par le travail des bureaux restent soumis aux principes que l'Empereur a réglés lui-même,

---

[1] Gemeint sind wohl die Klöster Habsthal und Klosterwald, die durch Art. 23 der Rheinbundsacte Hohenzollern-Sigmaringen zugesprochen wurden.

[2] Vergl. Bailleu, Preußen und Frankreich, II, 473. Daneben wirkte aber zweifellos noch ein anderes Moment zu Gunsten Hohenzollerns; schon im September 1805 war bei Murats Durchreise durch Sigmaringen zwischen ihm und dem Fürsten Anton der Plan einer Familienallianz ernstlich erörtert worden, die weiteren Verhandlungen, zu denen Napoleon seine Zustimmung ertheilte, führten im Frühjahr 1806 zum Ziel, und am 25. Mai bat Fürst Anton für seinen Sohn, den Erbprinzen Karl Anton, förmlich um die Hand von Murats Nichte Antoinette, Tochter des im Jahre 1792 verstorbenen Pierre Murat, mit der Versicherung «que la princesse sera reçue dans le berceau originaire du grand Frédéric en fille des illustres vainqueurs de l'Autriche». Vergl. Cte de Murat, Murat, Lieutenant de l'Empereur en Espagne 1808. S. 80. — Die Vermählung erfolgte wegen des jugendlichen Alters der Prinzessin erst am 28. Februar 1808.

[3] Nicolaus Fischler, Hofrath und Gouverneur des Erbprinzen.

en ne déterminant rien, parce qu'il y met la dernière main et qu'on est d'assez bonne foi aux relations extérieures pour convenir qu'ils doivent demander ses ordres pour les plus petits détails. Mr Pfeffel m'a dit l'autre jour encore qu'à chaque instant on le contrariait manque de connaissances locales et qu'il finirait par demander qu'on lui laisse manger sa pension sans l'employer à tous ces bouleversements pénibles pour un homme de bien . . .

---

570. Reitzenstein an Karl Friedrich.

Paris, 16. April 1806.

„Unterthänigste Anzeige, die Ausgleichungspläne mit Württemberg in Oberschwaben betr."

[Gebietsausgleich mit Württemberg. Beurtheilung des Otto'schen Projects in Paris. Unterredung mit La Besnardière. Wintzingerodes Bemühungen um Mediatisirung der schwäbischen Fürsten und Grafen. Prinzipielle Zustimmung Napoleons. Bedenken Reitzensteins; Verhandlungen mit Talleyrand.]

Reitzenstein hat im Anschluß an seine „Betrachtungen" vom 28. März (oben Nr. 564) das Project eines Gebietstausches mit Württemberg ausgearbeitet und wiederholt mit La Besnardière besprochen, der dasselbe günstig aufgenommen.

Zugleich hat er nochmals die Zusage erhalten, daß, was nicht streng genommen zur Grafschaft Bonndorf gehöre, Baden zufallen solle. Man table, versichert er, an dem Plane Ottos in Paris ungefähr das Gleiche wie in Karlsruhe, vor allem „daß die endliche Berichtigung noch auf künftige Evalvationen ausgesetzt sein solle", sowie daß Württemberg auf Kosten Badens zu sehr begünstigt werde. Ueberhaupt halte man es nicht für dienlich, „daß Württemberg zwischen Bayern und Baden von der Donau bis an den Bodensee etablirt werde", und wünsche aufrichtig, „daß die Donau die südliche Grenze des württembergischen Staats ausmache und auf dem rechten Ufer dieses Flusses Bayern und Baden als verwandte Höfe von Frankreich allein bleiben möchten". Reitzenstein bemerkt darauf, man werde dieses Ziel wohl am besten dadurch erreichen, daß man Bayern gegen Ueberlassung von Nürnberg zur Abtretung von Ulm an Baden vermöge und so letzterem die Mittel verschaffe, die württembergischen Besitzungen südlich der Donau dagegen einzutauschen. Sein Vorschlag wird nicht von der Hand gewiesen; wenn der Kurprinz sich beim Kaiser dafür verwende, stehen die Aussichten günstig. Auch auf französischer Seite hält man diesen Plan für den einzigen, der die Ruhe in Süddeutschland künftig garantire, doch müsse „zu dessen Ausführung" noch die Entscheidung des Kaisers über die Frage abgewartet werden, ob die Stände des schwäbischen Kreises der Landeshoheit der drei Souveräne unterworfen werden sollten. Die Entscheidung ist inzwischen in der That gefallen. Graf Wintzingerode, der speziell „dieses Gegenstandes wegen" nach Paris gereist sei, habe, so berichtet Reitzenstein, anfangs unter dem Vorwande, daß seinem Herrn „in einem bei der ersten Durchreise des franz. Kaisers durch Ludwigsburg projectirten Vertrag, von dessen Existenz aber hier niemand etwas wissen will, weit mehr versprochen" worden sei, als die Verträge von Brünn und Preßburg gewährt, Anspruch auf die Landeshoheit über ganz Schwaben, so weit es nicht bayrisch oder badisch sei, erhoben, fast gleichzeitig habe Cetto ein ähnliches Begehren von Seiten Bayerns vorgebracht. Beide hätten sich lange nicht überzeugen lassen, daß Frankreich nur in eine Vertheilung Schwabens unter alle drei Souveräne und zwar ohne jede andere Rücksicht, „als jene der Localität und Convenienz"

einwilligen werde. Endlich, nachdem Bayern zuerst nachgegeben, habe auch Wintzingerode sich bequemt und in einer Audienz, die er am letzten Sonntag (13. April) beim Kaiser gehabt, „nur die Adoption des Grundsatzes an sich" nachgesucht. Der Kaiser, dem das Ministerium des Auswärtigen ein zustimmendes Gutachten unterbreitet, habe auch eingewilligt, zugleich aber Folgendes bemerkt:

„Er wünsche nicht, dabei geradehin vorausgestellt zu werden, allein wenn die drei konkurrirenden Höfe des südlichen Deutschlands die Maßregel der Territorialsubjectionen gegen die übrigen Stände ins Werk setzen wollten, so genehmige er solches nicht nur, sondern werde sie auch darin unterstützen. Eben deswegen sei es aber auch nöthig, daß die Sache so schnell als möglich vor sich gehe, währenddem noch die französische Armee in Deutschland stehe. Da die Vertheilung selbst nach Localität und Convenienz vor sich gehen soll, so sei es nöthig, daß die drei Höfe sich sowohl über diese Vertheilung, als über die Art der Ausführung mit einander verständen und sodann dem Kaiser einen gemeinschaftlichen Plan zur Execution vorlegten, bis wohin aber alles mit dem strengsten Geheimniß behandelt werden müsse; zu diesem Ende solle der Graf Wintzingerode mit dem Gesandten Cetto und mir vorläufige Conferenzen pflegen."

Wintzingerode läßt daraufhin Reitzenstein eine kurze Note über diese Unterredung durch den Grafen Taube zustellen und mittheilen, er werde durch ein mit dem nächsten Kurier abgehendes Schreiben das kurbadische Ministerium von der bevorstehenden Conferenz in Kenntniß setzen. In der Note Wintzingerodes fällt auf, daß nach angeblicher Aeußerung des Kaisers die Vertheilung zwar „nach Convenienz und Localität" erfolgen, Württemberg jedoch für die durch die Verträge von Brünn und Preßburg erlittenen Verluste entschädigt werden solle. Dies sei, meint Reitzenstein, sicherlich nur „ein diplomatischer Pfiff".

Er erwidert daher dem Grafen Taube, er sei noch nicht instruirt und müsse erst die Weisungen seines Hofes in dieser Frage abwarten. Vorerst halte er es für geboten, „zwei Punkte nicht aus dem Gesicht zu verlieren", einmal einen gemeinsamen Plan und gemeinsame Maßregeln zu verabreden, dann aber, ehe man irgendwelche Schritte thue, sich zu vergewissern, wie weit man auf die Unterstützung Frankreichs rechnen dürfe, falls sich die bedrohten Fürsten und Stände an den kaiserlichen Hof in Wien und an den Reichstag um Hülfe wenden sollten. Man könne sich nicht verhehlen, daß der Schritt an sich gesetzwidrig sei, das Reich lebe im Frieden mit Frankreich, die ersten gemeinsamen Maßregeln gegen die Stände ließen sich schwerlich rechtfertigen. Noch am gleichen Abend (15. April) begibt Reitzenstein sich zu Talleyrand. Auf dem Wege begegnet er Wintzingerode, der ihn auf den 17. zu einer Conferenz einlädt und behauptet, der Kaiser dringe auf möglichste Eile, da er sonst bei den steten Beschwerden der kleineren Stände einschreiten müsse, um nicht den Schein zu erwecken, als wolle er sie im Einverständnisse mit seinen Alliirten unterdrücken. Reitzenstein theilt dies Talleyrand mit und erklärt, da er „gewohnt sei, in wichtigen Angelegenheiten keinen Schritt ohne seinen Beirath zu thun", so wünsche er auch diesmal zu wissen, wie er sich zu benehmen habe. „Vor der Hand und so weit ich die Gesinnungen Sr Kf. D. und des Ministerii zu kennen glaubte, würde die Unterjochung der kleinern Reichsstände von Kurbaden weder provocirt, noch gewünscht, noch gebilligt. Wenn man sich also damit an Bayern und Württemberg anschlösse, so sei dieses blos aus dem Gesichtspunkt einer defensiven Operation zu beurtheilen, insofern nämlich Kurbaden da, wo es bisher an seinen Grenzen schwache Nachbarn gehabt habe, solche Nachbarn nämlich, die auf der einen Seite nicht stark genug gewesen wären, um chikaniren . . . zu können und die auf der andern Seite ein ehrenvolles Zutrauen in die badischen Grundsätze von Gerechtigkeit und Mäßigung im Gegensatz gegen das württembergische Benehmen bezeugt hätten, durchaus nicht zugeben könne, daß deren Territorien unter die Landeshoheit eines mächtigen Nachbars und noch dazu eines solchen wie Württemberg geriethen." Nur

in diesem Falle beanspruche Kurbaden für seinen Landeshoheitsbezirk die Fürstenbergischen Lande, den Klettgau, das Auersbergische, die Grafschaft Geroldseck und das Leiningen'sche Gebiet; die zerstreute und isolirte Lage einiger Fürstenbergischer Besitzungen kommen dabei nicht in Betracht.

Talleyrand empfiehlt, man solle sich „von Württemberg ja nicht zu viel eingreifen . . . lassen, da es ohnehin Lust genug dazu bezeuge"; überhaupt aber rathe er, einer Conferenz mit den beiden andern Gesandten so lange auszuweichen, bis Reitzenstein eine Privataudienz bei dem Kaiser erhalten habe: er möge zu derselben eine gute Landkarte mitbringen und „die verschiedenen Demarkationslinien, je nachdem sie ebenfalls in Proposition gebracht werden könnten, illuminiren". Auch könne er dem Kaiser ein „kurzes schriftliches Résumé" über die bisher von ihm eingereichten Vergrößerungsvorschläge überreichen: er, der Minister, werde dann, wenn er zum Gutachten aufgefordert werde, sehen, „wieviel sich davon ins Werk setzen ließe".

Diesem Rathe entsprechend hat Reitzenstein heute früh eine kurze Denkschrift entworfen, die Demarkationslinien in die Karte eingetragen, die Conferenz mit Wintzingerode auf den 18. d. M. verschoben, ist nachmittags nach St. Cloud gefahren und hat den Kurprinzen ersucht, ihm so schnell wie möglich bei dem Kaiser eine Audienz, von der alles abhänge, zu verschaffen.

---

571. Réflexions succinctes sur les moyens de donner à la maison de Bade un agrandissement suffisant pour lui faire conférer la dignité royale[1].

Paris au mois d'avril [1806].

[Die Familienallianz mit dem kaiserl. Hause bedingt einen erheblichen Gebietszuwachs und die Annahme des Königstitels. Antrag auf Ueberweisung der Schweiz. Verdienste der Zähringer um die Schweiz. Politische Vortheile für Frankreich.]

Parmi les trois Princes de l'Empire Germanique qui se sont alliés à la France dans la dernière guerre, deux, les Electeurs de Bavière et de Wurtemberg, se sont vus élevés à la dignité royale; le troisième, l'Electeur de Bade, a conservé le titre que les suites de la paix de Lunéville lui avaient assuré. Immédiatement après la paix de Presbourg l'Electeur a resserré par les liens du sang son alliance avec la cour de France et S. M. l'Empereur et Roi, en adoptant comme fille S. A. I. la Princesse Electorale, a daigné donner le gage le plus glorieux de ce que la maison de Bade peut espérer de sa haute protection. Dès ce moment on ne devait pas s'attendre à quelque chose de médiocre; on devait même ne pas se permettre de faire des propositions petites et au-dessous de la grandeur d'une

---

[1] Verfaßt von Reitzenstein; mundirt von Groos; ein zweites ebenfalls von Groos mundirtes Exemplar auf Pergament war offenbar zur Ueberreichung für Napoleon bestimmt. Vergl. Nr. 572, woraus sich auch ergibt, daß die Denkschrift vor dem 18. April geschrieben sein muß. Der Absichten auf Erwerbung der Schweiz gedenkt auch v. Weech, Baden unter den Großherzogen Karl Friedrich, Karl und Ludwig. S. 38.

pareille alliance. C'est à l'Empereur Napoléon que la fille du Roi d'Angleterre est redevable d'être devenue Reine d'Electrice qu'elle était jusque-là; la fille de S. M. ne doit pas avoir une perspective moindre. Cette élévation suppose des agrandissements considérables, pour que la nouvelle dignité royale ne soit pas un jeu de mot; il paraît cependant exister des moyens suffisants pour parvenir à ce but. Les observations que le principe de supprimer la supériorité territoriale a fait naître contiennent déjà les vœux que la maison de Bade doit former pour s'arrondir plus convenablement dans ses anciens états, mais tout cela se borne à très peu de chose, à une demi-douzaine de lieues carrées de plus ou de moins et ne va pas droit au but, puisqu'on cherche en vain ce qui peut faire l'idée du moins d'une puissance quelconque, c'est à dire l'étendue et la population. Ce n'est qu'en ajoutant à l'Electorat de Bade, tel qu'il serait si les propositions ci-dessus pouvaient se réaliser, — ce n'est qu'en y ajoutant la totalité de la Suisse, qu'on pourra lui faire prendre une place du moins décente parmi les royaumes, puisque ce nouvel état présenterait alors une masse de population de près de deux millions et demi d'âmes. Cette mesure serait en même temps conforme à la justice et à la politique. La Suisse est une de ces possessions qui dans les temps les plus heureux, c'est-à-dire il y a six siècles, appartenaient aux ancêtres du Prince électoral; leur titre le plus glorieux c'est d'avoir été des fondateurs de villes dans des siècles de barbarie, d'avoir fondé entre autres les villes de Berne et de Fribourg, agrandi et fortifié celles de Moudon, Yverdun, Bourgdorf et autres. Une politique bienfaisante vient également à l'appui de ce changement. Après tout ce que la Suisse a éprouvé depuis dix ans, il est difficile de se persuader qu'elle puisse être heureuse et tranquille à moins d'un gouvernement héréditaire et jamais le gouvernement anglais ne cessera de fonder sur ce pays des espérances de troubles et d'influence au détriment de la France; jamais elle ne cessera d'y entretenir par ses émissaires les factions aussi longtemps que par établissement d'un gouvernement pareil la porte ne lui en sera pas fermée sans retour. C'est donc une véritable conquête sur l'Angleterre que la France fera, en procurant la Suisse à une maison dont le dévouement lui est assuré pour jamais et qui peut déjà se regarder comme faisant partie de la maison impériale elle-même. Les événements qui pourraient encore avoir lieu en Allemagne pourront seuls indiquer au reste, si on devra porter ses vues sur le complément de la frontière naturelle des états badois entre le Rhin et le Mein jusqu'à la principauté d'Aschaffenbourg et la ville de Francfort inclusivement.

---

572. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 18. April 1806.

[Dalbergs Indiscretion. Absichten und Aussichten auf die Erwerbung der Schweiz. Königreich Helvetien. Verhalten des Kurprinzen. Bayreuth.]

Aus einer chiffrirten Depesche Dalbergs[1] ersieht Reitzenstein mit Bedauern, daß derselbe mit Mme. de Talleyrand von der Schweiz gesprochen, obgleich ihr Einfluß auf den Minister bedeutend abgenommen.

. . . Dès que j'avais appris que le duché de Berg était destiné au Prince Murat, j'avais jeté les yeux sur la Suisse, en la demandant sous le titre de royaume de Helvétie dans un mémoire que le Prince électoral a remis à l'Empereur[2], quoique plus tard que je ne l'avais désiré. Thiard en a eu quelque connaissance vague probablement par Mr Talleyrand et il a été aussitôt courrier chez Dalberg lui en faire la confidence, en disant que nous devions avoir perdu le sens commun pour nous permettre des demandes aussi exorbitantes et que Mr de Talleyrand avait dit plusieurs fois: «Non, la totalité de la Suisse, c'est trop, c'est impossible!»

Quel motif pouvait-il avoir alors à parler d'une chose qui doit rester extrêmement secrète à une femme sans en communiquer avec moi, lui qui dit toujours qu'il ne veut pas se mêler des négociations, puisqu'elles m'étaient confiées? J'avais mes très bonnes raisons et je les ai encore de ne communiquer mes projets à qui que ce soit, parce que ce serait le vrai moyen de les faire échouer l'un après l'autre; je ne m'en explique pas davantage pour le moment. Le général Duroc m'avait également dit que la totalité de la Suisse était trop demander, je lui ai répondu qu'il convenait à la gloire de l'Empereur de ne rien lui demander de médiocre pour son beau-fils. Enfin depuis 10 à 12 jours j'ai remarqué un changement considérable en mieux dans les dispositions. On m'a parlé dans les bureaux du ministère d'une partie de la Suisse comme d'une chose faisable; enfin mardi passé dans ma conférence avec Mr de Talleyrand, lui ayant récapitulé les motifs nombreux et puissants qui venaient à l'appui de mon projet, il ne l'a nullement désapprouvé et le conseil qu'il m'a donné de demander une audience particulière pour le Prince électoral ne m'a presque pas fait douter que l'Empereur ne veuille sérieusement s'occuper de l'agrandissement de la maison de Bade.

Mais[3] malheureusement le Prince est toujours encore si timide vis-à-vis de l'Empereur qu'il me faut toujours livrer des combats et des assauts pour le disposer à parler de ses intérêts. Encore dans cette affaire-ci et malgré le conseil de Talleyrand même il n'a pu se résoudre

[1] S. Nr. 566.
[2] Vermuthlich die vorausgehende Denkschrift Nr. 571.
[3] Das Folgende von Reitzensteins Hand; der Anfang der Depesche von Groos.

à mettre quelque peu de confiance dans mes sollicitations pressantes et à l'heure qu'il est il n'en a pas encore été parlé à l'Empereur. . . . J'ai maintenant la parole d'honneur du Prince qu'il le fera aujourd'hui; ainsi donc V. Exc. me permettra le vœu de ne rien encore dire de tout cela jusqu'à ma prochaine dépêche. . . . Surtout j'ose prier V. Exc. de ne confier à qui que ce soit mes projets politiques touchant la Suisse etc. J'ai fait aussi des démarches relativement à Bareith etc. Au surplus, à quoi bon le saurait-on à la cour? Le Margrave Louis le dirait à Goetz et à Baumgaertner, l'affaire deviendrait publique avant le temps et tout pourrait être brouillé. . . .

573. Précis Edelsheims.[1]

Karlsruhe, 18. April 1806.

[Audienz Wintzingerodes bei Napoleon. Aufforderung zur Auftheilung der Besitzungen der kleineren Reichsstände. Gemeinsames Vorgehen der drei süddeutschen Höfe.]

A condition que du secret le plus impénétrable l'Empereur Napoléon consent à la demande d'un arrangement amiable entre ses trois alliés pour partager sous leur souveraineté les petits princes et états de leur dépendance; dans cet arrangement commun on aura égard à une juste compensation des diminutions que le Roi de Wurtemberg a éprouvées par les traités de Brünn et de Presbourg; il ne sera pas fait mention dans ces arrangements de la maison de Hohenzollern; il est à espérer que S. M. l'Empereur non seulement protégera ces arrangements, mais qu'Elle en accordera même la garantie; il faudra toutefois que tout soit terminé dans l'espace de 15 jours, attendu que cet arrangement ne pourrait jamais être exécuté sans la présence des troupes françaises et que S. M. ne peut pas les laisser au delà de ce terme en Allemagne. Elle ne veut pas intervenir dans ces arrangements par aucune disposition directe, mais prévoyant qu'Elle serait continuellement importunée des réclamations des petits états contre les oppressions des 3 souverains, ses alliés, Elle préfère de n'avoir plus à faire qu'à ceux-ci dans le midi de l'Allemagne.

Dans l'audience que le Cte Wintzingerode a eue dimanche 13 de S. M. l'Empereur à St-Cloud, Elle lui a ordonné de communiquer ce plan

[1] Die vollständige Aufschrift lautet: «Précis d'un extrait qui m'a été communiqué de la part du Cte Wintzingerode par le secrétaire intime du cabinet du Roi de Wurtemberg, Mr Moegling, en passant en courrier à Stoutgart, étant parti le 14 de Paris». Edelsheim theilt diesen Précis, den er nach dem Gedächtniß niedergeschrieben, in einer Depesche vom 24. April Reitzenstein mit und bemerkt dabei, er habe Mögling gegenüber ebenfalls sein Befremden über die angebliche Schädigung Württembergs in den Verträgen von Brünn und Wien ausgesprochen: «Mr Moegling prétendit que dans des négociations précédentes à Stoutgart la possession de Lindau et de plusieurs autres objets avait été assurée au Roi de Wurtemberg». Concept.

à Mrs de Reitzenstein et de Cetto, ce qu'il n'a pas manqué d'effectuer par le Cte Taube, ministre du Roi de Wurtemberg à Paris, il récommande maintenant la plus grande promptitude à procurer les instructions relatives à cet objet, tant aux ministres à Paris, qu'aux députés à Munich.

Concept.

---

574. Graf Wintzingerode an Talleyrand.[1]

O. D. (Ende April 1806).

[Napoleons Vorschlag einer Mediatisirung der kleineren Reichsstände. Aufforderung an die alliirten süddeutschen Höfe. Vorläufige Vereinbarung ihrer Vertreter in Paris. Umfang der beanspruchten Rechte. Anfrage wegen gewisser Garantieen gegen etwaige Reclamationen der Mediatisirten.]

S. M. l'Empereur et Roi ayant déclaré au soussigné Cte de Wintzingerode dans une audience qu'Elle daigna lui accorder à St-Cloud[2]:

«que si d'un côté S. M. ne voulait point s'attribuer la disposition de la souveraineté des petits princes et états au midi de l'Allemagne, Elle voyait cependant de l'autre côté que les réclamations de ces princes contre l'oppression prétendue des trois grands souverains seraient sans bornes et La forceraient de prendre l'apparence de protéger ces princes contre Ses alliés, tandis qu'Elle préférait ne plus avoir à faire qu'à ces derniers; que guidée par ces sentiments, S. M. consentait à ce que les trois cours méridionales de l'Allemagne, alliées de la France, conviennent sans délai sur la soumission des dits princes et états, que S. M. ratifierait le partage de la souveraineté faite entre les trois souverains, qu'Elle protégerait les démarches qui en résulteraient et leur accorderait Sa haute garantie», et S. M. ayant autorisé le soussigné de donner connaissance de ces sentiments et dispositions à Mr le Bon de Reitzenstein etc. et à Mr le Bon de Cetto etc. pour amener ainsi le plus tôt possible un arrangement nécessaire entre les trois souverains, le soussigné s'est empressé de remplir les ordres de S. M. l'Emp. et Roi, et, en exposant aux susdits ministres de Bavière et de Bade les dispositions les plus favorables de S. M. J. et R., ils sont convenus de porter à la connaissance de leurs souverains cette perspective d'un agrandissement qui seul peut mettre les trois souverains en état de concourir sans contrariétés au but de l'alliance formée.

---

[1] Beilage zu dem Berichte Reitzensteins vom 7. Mai 1806. — Die Note ist vermuthlich veranlaßt durch die erste Conferenz der drei süddeutschen Minister, deren in dem Berichte Reitzensteins vom 23. April gedacht wird; dazu würde auch die Zeitangabe „vor 14 Tagen" in dem Berichte vom 7. Mai stimmen. — Die ersten Nachrichten über die Vorschläge Napoleons gelangten durch den württembergischen Cabinetssekretär Mögling am 18. April nach Karlsruhe. S. Nr. 573.

[2] Die Audienz hat am 13. April stattgefunden; vergl. S. 605.

En attendant les instructions ultérieures, les ministres des trois cours rassemblés n'ont pas douté que leurs souverains reconnaîtront avec un empressement égal la confiance et l'intérêt dont S. M. J. et R. leur donne la preuve convaincante et qu'ils mettront leurs ministres en état de soumettre dans le plus court délai à l'Empereur et Roi les bases de l'arrangement entre eux à faire.

Honorés cependant de la confiance particulière de leurs souverains et connaissant l'intérêt qui doit guider leurs démarches, les 3 ministres ont cru pouvoir s'ouvrir préalablement sur les points suivants:

I. Qu'il ne peut être douteux que leurs souverains se réuniront le plus promptement possible sur les démarches à faire pour s'approprier d'après un plan de partage arrêté la souveraineté des petits princes et états du sud de l'Allemagne.

II. Que leurs souverains ne prétendront pas pour le moment à d'autres droits qu'à ceux d'une souveraineté qui leur soumette:

le droit de recrutement par conscription militaire (ius armorum),

la juridiction suprême en causes civiles et criminelles (summa jurisdictio in causis civilibus et criminalibus),

la suprême inspection de l'église (ius circa sacra).

La police générale, les postes etc. et les contributions nécessaires pour l'administration et l'entretien de ces droits souverains; le droit des douanes et les droits réunis.

Ces princes et seigneurs soumis conserveraient toutes les prérogatives compatibles avec la souveraineté ainsi établie et verraient leurs revenus personnels non seulement conservés, mais même augmentés.

III. Persuadés que les petits princes et états, au moment même que les souverains alliés de la France agiront contre eux, porteront pour maintenir leur indépendance politique des réclamations tant à S. M. L'Emp. des Français, Roi d'Italie, qu'à la cour de Vienne, à la Diète de Ratisbonne et aux tribunaux de l'Empire, les trois ministres espèrent que S. M. J. et R. ne les désapprouvera pas, s'ils osent Lui soumettre par l'organe de S. Exc. Mr de Talleyrand quelques questions qui ne sont plus préliminaires, dès que leurs trois souverains doivent être regardés comme décidés à entrer dans les vues de leur haut allié. Ces questions sont:

1. Si les trois souverains peuvent espérer que les chefs des armées françaises en Allemagne seront instruits à prêter de l'instant même, si besoin était, leur assistance lors des prises de possession qui pourront avoir lieu.

2. Si le ministre impérial de France à Vienne et à Berlin sera instruit à manifester au cas échéant l'intention de S. M. l'Emp. des Français, Roi d'Italie, de ne pas voir troublé les souverains, Ses alliés, dans la possession

d'une souveraineté prise sous Son approbation et nécessaire à l'ordre et à la tranquillité publique?

3. Si le ministre de S. M. J. et R. à Ratisbonne sera autorisé à la même déclaration?

Ersucht um baldigen Bescheid, damit die drei Höfe ihre Instructionen danach bemessen und die festgesetzte Frist (l'espace circonscrit du temps marqué) einhalten können.

Copie von Groos.

---

575. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 21. April 1806.

[Audienz der Breisgauer Deputirten bei Napoleon. Bescheid des Kaisers.]

. . . L'Empereur a reçu les députés du Brisgau que j'ai eu l'honneur de lui présenter avec une très grande affabilité. Je lui ai recommandé le mémoire qu'ils lui ont présenté; il a dit qu'il avait cru cette affaire arrangée, qu'une partie des sommes de la contribution était destinée pour l'indemnisation de Kehl et qu'il s'en ferait rendre compte.

J'ai prié l'Impératrice d'appuyer cet objet ce qu'elle a bien voulu promettre . . .

---

576. Staatsrath Pfeffel an Dalberg.[1]

Paris, 21. April [1806].

[Sondirung wegen etwaiger Abtretung eines Theils des oberen Fürstenthums gegen Nellenburg.]

Faites-moi la grâce, M^{r} le B^{on}, de vous informer près de Mr de Reitzenstein ou bien ibi ubi, si S. A. S. E. de Bade serait disposée à céder contre un bel et bon équivalent, même avec bénéfice, les parties de Son domaine de la Haute Souabe, consistant dans la ville et territoire d'Ueberlingen, Meersburg et Salmansweiler ainsi et comme tout ce qui est situé au nord du lac de Constance? et si l'Electeur consentait à cette cession, quel serait le revenu qu'il faudrait lui remplacer? J'ai l'idée qu'on pourrait faire un arrangement pour le landgraviat de Nellenburg, qui étant cédé à la maison de Bade, servirait merveilleusement à lier Constance et la partie de l'évêché qui est située au sud du lac avec le Brisgau et la masse principale des possessions badoises. Je n'ai pas besoin d'observer que les

---

[1] Der Adressat ist nicht genannt; es liegt hier aber zweifellos die Copie des Schreibens an Dalberg vor, von der Reitzenstein in seiner Depesche am 23. April spricht. In der Copie steht als Datum: «lundi 21 août»; es handelt sich hier natürlich um ein Versehen des Copisten, da der 21. Aug. 1806 nicht, wohl aber der 21. April d. J. auf einen Montag fällt.

deux bords du lac inférieur (Unter-See) dans lequel la commanderie de Mainau se trouve demeureraient absolument intacts.

Je Vous en serais infiniment obligé, si Vous pouviez me procurer ces éclaircissements, de manière que je puisse en faire usage demain. J'ai l'honneur etc.

Copie von Groos.

577. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 23. April 1806.

(Verwickelte Lage der deutschen Verhältnisse. Vorläufige Conferenz mit Wintzingerode und Cetto. Zwischenfall: Pfeffels Schreiben. Gefahr im Verzug für Baden. Gesuch um Audienz beim Kaiser. Interesse der Kurprinzessin für Baden.)

Durch den Juwelier Borgnis.

. . . Les affaires sont encore très brouillées et il est absolument impossible de dire dans ce moment quel sera le sort définitif de l'Allemagne. Les rapports avec l'Autriche changent de nature presque d'un courrier à l'autre. Il n'est pas douteux dans le cas d'une nouvelle guerre, que les deux maisons de Hesse offriront leurs troupes à l'Empereur pour se procurer également des agrandissements, leur jalousie contre la maison de Bade est au comble . . .

In der Hauptsache ist Reitzenstein noch immer nicht weiter vorgerückt, da der Kurprinz trotz der dringendsten Vorstellungen des Ministers seine Zusage nicht erfüllt und eine Audienz für ihn beim Kaiser bedauerlicherweise nicht nachgesucht hat.

V. Exc. conçoit que je suis sur les épines, ne pouvant parler en attendant à Mr de Talleyrand et devant m'abstenir jusque-là de toute conférence intime avec les ministres des deux autres cours. Je n'ai pas pu à la vérité reculer davantage une première conférence, mais, pour ne pas contrevenir aux conseils de Mr de Talleyrand, je n'ai fait que battre la campagne, et nous avons seulement arrêté que Mr de Taube ferait un petit projet de constitution qui contiendra les points sur lesquels la supériorité territoriale devra s'étendre. C'est fort bien pour la chose elle-même, mais pendant que les lenteurs de M^sgr le Prince m'empêchent d'agir directement, il survient des incidents qui pourront nous devenir très désavantageux. Hier Mr Pfeffel s'est adressé à son ami intime Mr de Dalberg pour savoir de moi, si on était disposé à la cession de toute la principauté supérieure[1]. . . . Ce qu'il proposait en retour se bornait au Nellenbourg dont il prétendait que l'acquisition arrondirait merveilleusement l'Electorat. Ayant vu par les dernières communications de notre commission à Munich que les Wurtembergeois venaient dans le même temps de demander aussi Uberlingen, je soupçonnais que Mr de Wintzingerode fût du jeu et que, n'ayant pas pu réussir d'une autre manière, on lui avait suggéré l'idée de faire soumettre son projet à Mr de Talleyrand par Mr Pfeffel qui est telle-

[1] Siehe oben Nr. 576.

ment notre ami que, lors de l'affaire des indemnités, il voulait se borner pour nous à la seigneurie de Lahr[1]. Comme c'est un homme très dangereux par ses relations avec Talleyrand . . ., je me bornais d'abord à lui faire répondre que, l'affaire des limites entre les mains de Bade et de Wurtemberg se traitant à Munich sous la médiation de Mr Otto, il me fallait y envoyer sa demande et que je ne pouvais pas m'expliquer précisément avant d'en avoir eu une réponse. Sur cela Pfeffel m'a envoyé Mr Collini pour me faire dire que je devais seulement lui indiquer la valeur de la principauté supérieure et ce que nous voulions avoir en échange, puisqu'il était chargé d'un travail qui devait être fini ce soir et pour lequel il avait besoin de mon explication sur ce sujet, qu'au surplus je n'ignorais probablement pas qu'il ne s'agissait point d'une discussion avec le Wurtemberg, puisqu'on était déjà convenu en principe que le Roi de Wurtemberg devait abandonner toutes ses possessions sur la droite du Danube. . . .

Reitzenstein läßt Pfeffel durch Collini daraufhin erwiedern, sein Vorschlag sei nicht nur weit ungünstiger als der im übrigen ebenfalls unvortheilhafte Plan Ottos, sondern geradezu völlig unannehmbar. Das obere Fürstenthum sei einer der schönsten Theile des Landes, das Amt Salem allein trage mehr ein als ganz Nellenburg, eine Abtretung von Salem und Petershausen würde überdies wegen anderweitiger Entschädigung der Markgrafen Friedrich und Ludwig auf große Schwierigkeiten stoßen.

Da Gefahr im Verzug, läßt Reitzenstein dem Kurprinzen sagen, wenn er ihm nicht binnen 24 Stunden eine Audienz bei Napoleon vermittle, werde er sich durch Talleyrand eine solche verschaffen, um mit äußerster Energie dem verderblichen Projecte Pfeffels entgegenzutreten. Zum mindesten, meint er, müsse man den Preis für das obere Fürstenthum so hoch bemessen, daß Baden bei einem Tausche erheblich gewinne oder Frankreich davon abstehe.

. . . Au reste je dois rendre la justice à la jeune Princesse électorale qu'elle est infiniment plus sensible aux intérêts politiques que ne l'est son époux. Elle étudie la statistique et les cartes géographiques et elle a déjà dit à l'Empereur que le pays était d'une superbe taille, mais qu'il lui manquait de l'embonpoint; elle lit avec beaucoup d'empressement les papiers publics et y ayant vu dernièrement qu'il y avait à Munich des négociations relatives à la cession d'une partie du pays de Constance au Roi de Wurtemberg, elle me dit il y a peu de jours que cette nouvelle lui était très désagréable, qu'il ne fallait jamais rien céder et que surtout comme femme elle devait mettre beaucoup de prix à la [ville de] Constance. Je la tranquillisais, en l'assurant qu'on tâcherait de donner à cette négociation une tournure

[1] Reitzenstein vermuthet an andrer Stelle der Depesche, Pfeffel sei hierzu vielleicht ermuthigt worden, «par une personne à laquelle les intérêts de la maison électorale devraient être chers par devoir, mais qui nous paraît, à Mr de Gensau et à moi, ne désirer rien davantage que d'empêcher tout agrandissement de l'Electorat. Je la soupçonne également d'influencer le Prince électoral qui en vérité fait de son mieux pour contrarier lui-même». Die Stelle bezieht sich natürlich auf Dalberg.

qui ne nous obligerait qu'à des cessions très peu considérables et que je désirais surtout de pouvoir conserver Meersbourg, où il y avait un château superbe pour y passer le plus fort de l'été. Elle me dit alors qu'elle savait pour sûr que l'Empereur avait de très grandes vues sur la maison de Bade et qu'il ferait beaucoup pour elle, mais qu'il fallait seulement lui laisser le temps de mûrir ses projets; qu'elle voyait bien qu'il fallait surtout encore avoir Bâle et cette partie de la Suisse, mais que ce serait mieux encore, si on pouvait trouver un autre royaume pour le Roi de Wurtemberg et incorporer son pays au nôtre. Je l'ai beaucoup félicitée sur son bon appétit et V. Exc. conviendra sans peine que ce sont de très belles vues pour une jeune personne de 16 ans. Je finis par prévenir V. Exc. que j'aurai soin de rédiger les lettres au nom de S. A. E. à l'Empereur et à l'Impératrice. V. Exc. me marquera, si je dois également me charger ou non d'une réponse à la lettre de la Princesse . . .

Voilà une copie du billet de Mr Pfeffel; il m'a fait dire depuis qu'il pourrait encore proposer pour nous la seigneurie de Hausen, mais ce serait toujours une mauvaise affaire . . .

---

578. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 25. April 1806.

[Beurlaubung Dalbergs. Verbleiben auf dem Pariser Posten.]

Edelsheim hat dem Kurfürsten die Wünsche Dalbergs[1] vorgetragen und theilt in dessen Auftrag mit, derselbe bewillige ihm einen Urlaub von 2—3 Monaten für die projectirte Reise, rechne aber darauf, daß Dalberg, da zur Zeit keine andere passende Stelle frei sei, nach seiner Rückkehr den Pariser Posten wieder übernehmen werde[2], um so mehr, als die beabsichtigte Vermählung ihn in den Stand setzen werde, in Paris mit aller Annehmlichkeit zu leben.

579. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 25. April 1806.

[Resolutionen auf die letzten Berichte.]

Der Kurfürst hat auf die drei deutschen Berichte vom 16., 17. und 18. d. M.[3] „folgende Entschließungen vorbersamst zu ertheilen nöthig erachtet".

[1] Dalberg beabsichtigte sich nach Italien zu begeben, um sich mit einer Mlle de Nogarola zu verloben. Er verschiebt indes trotz seiner Beurlaubung die Abreise, da Talleyrand ihm davon abräth und bemerkt, der Augenblick wäre dazu schlecht gewählt.

[2] Dalberg hatte früher wiederholt den Wunsch ausgesprochen, den Wiener Gesandtschaftsposten zu erhalten. An Edelsheim, 9. März, und oben Nr. 399.

[3] Dieselben werden durch den Feldjäger Stillgebauer, der den Weg in 61 Stunden zurücklegt, am 21. April in Karlsruhe übergeben.

1. Bezüglich des Berichtes vom 16. überläßt er, „auch besonders in Hinsicht der neueren Eröffnungen des Grafen von Winzingerode", alles der „weiteren erleuchteten Leitung des H. Cabinetsministers".

2. „Wegen Heitersheim und insonderheit wegen der Zufriedenstellung des H. Großpriors und des H. Commandeurs von Pfirdt" genehmigt er nunmehr, dem Antrage Reitzensteins entsprechend, daß beiden „das volle, unabgekürzte Einkommen des bisherigen Bezugs aus dem Fürstenthum Heitersheim" lebenslänglich zugesichert werde[1].

3. Ebenso wird der Antrag: um Clarke eine Gefälligkeit zu erweisen, seinem Oheim, dem Bischof Zäpfel zu Lüttich, eine jährl. Leibrente von 50 Lsdr. auszuwerfen, genehmigt.

Concept Edelsheims.

---

580. Reitzenstein an Karl Friedrich.

Paris, [Ende April 1806].

Précis du résultat de l'audience particulière que S. M. l'Empereur des Français a accordée vendredi 25 du courant au ministre de S. A. E. de Bade.[2]

[Audienz bei Napoleon. Die Mediatisirungsfrage in Schwaben. Eintreten des Kaisers für das Project. Gefahr einer Ablehnung. Forderungen Reitzensteins. Gleichmäßige Auftheilung der schwäbischen Lande unter die drei Alliirten. Zusage des Fürstenbergischen Gebiets. Erwerb von Leiningen unentschieden. Bedenken wegen der Donaugrenze.]

Einleitend ein kurzer Ueberblick über die in dem Berichte vom 16. d. M. geschilderten Verhandlungen mit Winzingerode und Talleyrand.

. . . Des circonstances qu'il est inutile de rappeler ici ont empêché que la demande d'une audience pût être fait à l'Empereur plus tôt que jeudi 24. d. c. S. M. la fixa dès lors au lendemain matin et une conférence qui en attendant n'avait pas pu être évitée se réduisit simplement à se communiquer mutuellement des observations et à charger le Cte de Taube, envoyé de Wurtemberg, de la rédaction d'un mémoire qui en devait contenir une partie. L'audience de l'Empereur fut assez longue et tout à fait suffisante pour démêler du moins en partie le système de la France à l'égard de l'Empire Germanique. Le ministre de l'Electeur ne manqua pas de faire à S. M. le même aveu relativement à sa manière d'envisager cette entreprise qu'il avait déjà fait à Mr de Talleyrand[3], mais l'Empereur lui observa, combien il était nécessaire de saisir le concours actuel des circonstances qui peut-être ne se reproduiraient plus de longtemps, qu'il fallait assurer la consistance et le repos du midi de l'Allemagne, que les trois puissances y établies devaient augmenter par là la base de leur puissance en population et en revenus, qu'actuellement il n'existait déjà plus de Cercle de Souabe et qu'il se pouvait que sous

---

[1] Reitzenstein hatte in einem Berichte vom 17. d. M. darauf angetragen.

[2] Verfaßt von Reitzenstein. Die Niederschrift muß, wie der Inhalt ergibt, zwischen dem 25. und 29. April erfolgt sein.

[3] Gemeint sind die Bedenken gegen die Mediatisirungspläne.

peu il n'existât plus de Diète Germanique ou que du moins elle éprouvât des modifications très essentielles; que le ministre de l'Electeur n'était pas fait pour plaider la cause des petits états et qu'il devait profiter avec empressement d'un événement qui augmenterait dans tous les cas la population de l'Electorat assez considérablement, que par son consentement dans cette mesure il donnait à ses trois alliés une forte preuve de ses sentiments généreux, en leur faisant même un sacrifice incontestable, puisque toutes ces petites maisons Furstenberg, Hohenlohe, le Prince de Metternich et plusieurs autres lui avaient déjà fait représenter que, voyant maintenant qu'il n'y avait plus rien à espérer pour eux à Vienne, ils consentiraient à venir s'établir à Paris et à mettre leur pays entièrement sous la dépendance et la protection de l'Empereur auquel ils demanderaient ensuite d'envoyer sur les lieux un commissaire pour les protéger immédiatement contre la rapacité des trois grandes cours; qu'ainsi si le principe de la sujétion territoriale n'était pas très incessament mis à (sic!) exécution, S. M. ne pourrait se dispenser de prendre les petits états sous sa protection et de s'approprier par là nécessairement la suprématie directe dans toute l'Allemagne méridionale. Cette explication étant péremptoire et ne permettant aucune alternative, le soussigné expliqua à l'Empereur que les intérêts de la maison de Bade exigeaient surtout en premier lieu que le partage des petits états se fît d'une manière égale entre les trois cours, de sorte que ni le Roi de Wurtemberg, ni même celui de Bavière pût prétendre à un lot plus gros, ensuite que le gouvernement badois n'eût point à craindre d'avoir à l'avenir des voisins puissants là où il n'en avait eu jusqu'ici de faibles; en outre que le partage fût fait à amener naturellement des frontières mieux adaptées aux localités entre les trois états; enfin que S. A. E. pût se reposer, quant à la réalisation de Ses vœux, sur la protection de l'Empereur, faute de quoi on ne devait pas se flatter de faire consentir la maison de Wurtemberg à des propositions justes et raisonnables.

Quant au premier point, S. M. l'adopta formellement en principe, et l'on conviendra aisément que ce point était très important et très désirable, puisque l'Electorat de Bade gagnera évidemment dans sa situation relative avec le pays de Wurtemberg, si des accroissements successifs ne sont pas proportionnels, mais égaux. On désigna à l'Empereur les deux territoires de Furstenberg et de Linange comme ceux dont l'acquisition était la plus indispensable, à moins que l'Electorat, resserré de ces deux côtés par les deux autres cours, ne dût se trouver dans une position pire qu'auparavant. L'Empereur s'était déjà fait faire des calculs qui lui firent porter l'évaluation des états à partager à une masse de 300 000 âmes de population dont par conséquent le pays de Bade obtiendrait 100 000 et

serait par là agrandi jusqu'à concurrence de 700000 sujets ce qui était déjà un commencement quelconque de puissance. S. M. dit ensuite que personne ne pourrait nous disputer la totalité du pays de Furstenberg qui avait 80000 âmes de population et que les 20000 âmes de plus devaient être cherchées plus loin. L'Empereur ne voulut point se prononcer à l'égard du pays de Linange, parce que, disait-il, ce pays n'était pas en Souabe. On se permit de lui faire remarquer à ce sujet que le pays de Hohenlohe n'était pas non plus en Souabe, mais l'Empereur y répondit qu'il avait fallu ajouter ce pays à la masse générale, parce qu'autrement on n'aurait pas pu trouver 300000 âmes. L'Empereur évalua les revenus du pays de Furstenberg à 500000 fl., à quoi à la vérité il y a quelques tableaux statistiques qui le portent, et S. M. se refusait absolument à reconnaître que les seigneuries en Bohème[1] devaient y être comprises. L'Empereur ne se refusait pas moins à la conviction que ces revenus ne pourraient être mis en compte aux trois cours partageantes par la raison quoique certainement très concluante qu'on ne pourrait retenir des revenus de ces petits états que ce qui était indispensablement nécessaire pour les dépenses résultantes de la supériorité territoriale et, si le soussigné ne s'est pas extrêmement mépris, l'opinion de S. M. est qu'il sera suffisant de laisser aux princes dépossédés leurs revenus personnels et domaniaux ou seulement une partie, qu'on pourrait abolir tous les privilèges et que ces princes et comtes ne devaient être regardés que comme tout autre sujet du souverain, parce que, comme S. M. s'est exprimée, Elle ne concevait pas une souveraineté restreinte.

Quant au second article intimement lié avec le troisième, l'Empereur a dit qu'on devait se borner pour le moment à exécuter la mesure en question sur la totalité de la Souabe, qu'on ne pouvait pas arriver d'un seul jet à la perfection, que le mieux était l'ennemi du bien, qu'on devait arranger le partage d'après les convenances et que la rectification des limites respectives se trouverait alors d'elle-même. Malgré cette explication le soussigné ne put s'empêcher de soumettre à S. M. un double vœu: 1°) de pouvoir assigner au royaume de Wurtemberg le Danube pour frontière méridionale, 2°) d'étendre la ligne des occupations jusqu'au Mein pour pouvoir nous agrandir encore par le pays de Linange et celui d'Erbach. On ne crut pas devoir cacher à l'Empereur que la réalisation du premier vœu supposait l'acquisition préalable de la ville et du territoire d'Ulm moyennant laquelle seule la maison de Bade pourrait parvenir à s'arranger avec celle de Wurtemberg, de manière à faciliter une démarcation aussi

---

[1] Die böhmischen Herrschaften des Hauses Fürstenberg: Pürglitz, Kruschowitz, Nischburg u. s. w.

naturelle et aussi conforme aux intérêts de la France même; on ajouta à cette observation que l'acquisition d'Ulm pour la maison de Bade offrirait peu de difficulté, si on voulait donner sous cette condition la ville et le territoire de Nuremberg à la Bavière. Mais l'Empereur fit entendre que tout le monde agissait à peu près dans le même sens, que chacun voulait avoir et rien céder, et que nommément la Bavière avait des vues très positives sur Nuremberg, sans qu'elle témoignât la moindre disposition de se soumettre à quelque rétrocession pour y parvenir. Quant à l'extension de la ligne d'occupation jusqu'au Mein et nommément quant au pays de Linange, l'Empereur ne le refusa, ni ne le promit, et il parut que S. M. n'avait pas encore d'idée fixe à cet égard.

Après de très longues explications et après que S. M. eut même eu la bonté d'entrer tout à fait dans les détails de ces opérations et de ses résultats, Elle fit la remarque que ce qui était le plus pressant, c'était de préparer un accord entre les trois cours respectives à l'égard des objets qui devaient être occupés par chacune d'elles; l'Empereur autorisa le ministre de Bade à déclarer son refus d'accéder à tout arrangement, à moins que les deux autres ministres ne convinssent d'une parfaite égalité de partage. S. M. le chargea en outre de s'occuper d'un travail préparatoire à cet égard. C'est ce qu'on a fait dès le lendemain[1]; on a communiqué ce travail aux deux autres ministres ainsi qu'à celui des relations extérieures, et l'on est maintenant dans l'attente de ce qui s'ensuivra de cette première base.

581. Addition au précis de l'audience de S. M. l'Empereur.

[Ende April 1806.]

[Erörterung der Finanzlage. Ersparnisse beim Militäretat. 3—4000 M. Truppen genügen für Baden.]

L'Empereur étant venu à parler de l'état des finances badoises a résumé plusieurs articles tant de recettes que de dépenses par où les revenus lui paraissaient susceptibles d'augmentation et les dépenses de diminution. Parmi ces dernières il s'est surtout arrêté au chapitre de militaire. Ayant assuré qu'il était tout à fait suffisant pour les besoins du pays d'entretenir 3 à 4000 hommes de troupes, je lui ai répondu que je ne pouvais pas m'empêcher de lui rappeler qu'en vertu d'un traité secret, mais formel conclu tout récemment avec la France, le contingent badois était fixé à 5100 hommes, ce qui supposait au moins un état effectif de 6000 hommes de troupes. Sur cela l'Empereur a répliqué qu'il ne serait jamais exigeant sur cet article et qu'on ne devait pas vouloir entretenir plus de troupes que les finances ne comportaient; que c'était une erreur qui était mainte-

[1] S. Nr. 583 ff.

nant générale à toutes les puissances qui s'épuisaient par un état militaire au-dessus de leurs forces naturelles, et il finit par ces mots: «Croyez-Vous donc que ce sera une diminution de mes forces, si, au lieu de 6000 hommes que Vous devriez me fournir p. e., Vous ne me fourni[ssi]ez que 3000?»

582. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 29. April 1806.

[Mißbilligung der französischen Heirath in Stockholm und Petersburg. Schreiben der Kurprinzessin. Altersschwäche des Kurfürsten. Finanzlage.]

. . . J'ai su d'une manière positive que Mme la Margrave de Bade a reçu de la Suède et de la Russie des lettres peu satisfaisantes sur le mariage de son fils.

Le Prince électoral a fait savoir à sa mère, et j'en ignore le motif, que la lettre qu'elle a reçue de S. A. S. la Princesse Stéphanie à l'occasion de son mariage avait été dictée par S. M. l'Empereur.

Les facultés morales et physiques de S. A. E. sont tellement affaiblies que souvent il faut attendre plus de 8 jours sa signature pour des objets pressés qui ont obtenu son approbation.

Les finances sont dans une situation telle que l'opinion générale est que les payements courants ne pourront s'effectuer le trimestre prochain. . . .

Pariser Archiv.

583. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 29. April 1806.

[Vorlage zweier Theilungsprojecte; Ausdehnung der Mediatisirungspläne bis zur Mainlinie auf Wunsch des bayerischen und württembergischen Gesandten. Sondirung wegen Nassau.]

Pour accélérer autant que possible l'accord commun qui doit s'établir entre les trois puissances souveraines de l'Allemagne méridionale, pour convenir du partage des pays des petits princes et comtes qui devront être soumis à leur supériorité territoriale respective, le soussigné s'est occupé sans délai du tableau préparatoire et du projet de partage éventuel ci-joint qu'il s'empresse de soumettre à S. Exc. M^r^ le ministre des relations extérieures. Mais ayant communiqué hier ce projet aux ministres de Bavière et de Wurtemberg, ils lui ont observé tous les deux qu'il serait bien difficile de convenir d'un partage adapté aux localités avant de savoir précisément, s'il n'entrait pas dans les intentions de S. M. l'Empereur et Roi de donner quelqu'étendue de plus à cette mesure dont l'exécution demande sans doute une détermination très précise des objets qu'elle doit embrasser. Ces deux ministres ont cru que lors même que cette démarche dût être

bornée au midi de l'Allemagne, on ne saurait lui assigner des limites plus resserrées vers le nord que le cours du Mein depuis sa source jusqu'à Mayence et que la dénomination du midi de l'Allemagne devait nécessairement embrasser la totalité des pays situés entre la Suisse, le cours du Rhin depuis Bâle jusqu'à Mayence, depuis Mayence le cours du Mein . . . jusqu'à sa source, le Haut Palatinat et la Bavière; ils ont cru par conséquent qu'il serait entièrement conforme aux principes d'ajouter aux territoires compris dans le premier projet ceux de Linange, d'Erbach et Loewenstein-Wertheim, et s'il était possible ceux encore d'Isenbourg-Birstein, Hohenzollern et Hohengeroldseck, de sorte qu'il ne resterait sur la gauche du Mein de territoires indépendants des trois alliés que la principauté de Starkenburg, appartenante à Hesse-Darmstadt, et le petit baillage de Babenhausen, appartenant à l'Electeur de Hesse. Le soussigné n'ayant pu s'empêcher de reconnaître une grande force aux raisons alléguées par Mrs les ministres de Bavière et de Wurtemberg en faveur de leur opinion et parmi lesquelles la probabilité que la cour de Berlin suivra la même marche dans le nord de l'Allemagne lui a paru particulièrement péremptoire, il a été engagé par eux d'exprimer non seulement leur vœu à S. Exc. Mr le ministre des relations extérieures, mais de s'occuper en même temps d'un second projet de partage adapté à cette extension. C'est pour s'y conformer et pour aller par là au-devant de toutes les difficultés et toutes les longueurs que le soussigné a l'honneur de soumettre encore à S. Exc. ce second projet qu'il a fait sous un double point de vue. Il a été en même temps chargé de tâcher d'obtenir par l'organe de S. Exc. quelqu'éclaircissement sur la question très intéressante, quelles pourraient être les intentions du gouvernement de France relativement aux pays des différentes branches de la maison de Nassau?[1] En s'acquittant tant en son nom qu'en celui des deux autres ministres de cette commission, le soussigné saisit avec empressement cette occasion pour faire agréer à S. Exc. Mr le ministre des relations extérieures l'hommage de ses respects.

Abschrift: Karlsruhe; Orig.: Pariser Archiv.

---

584. Theilungsproject A.[2]

Paris, 28. April 1806.

[Erstes Project einer Auftheilung der Besitzungen der kleinen schwäbischen Fürsten und Grafen unter Bayern, Württemberg und Baden.]

Les petits princes et comtes possessionnés dans le Cercle de Souabe sont les suivants d'après l'ordre alphabétique:

[1] Vergl. den Bericht Reitzensteins vom 7. Mai d. J.

[2] Erste Beilage zu der Note vom 29. April.

La maison de	possède	en population
1. Aspremont	Baindt	340
2. Auersberg	Thengen	1 040
3. Bassenheim	Heggbach	1 000
4. Dietrichstein	Neu-Ravensburg	800
5. Esterhazy	Edelstetten	1 595
6. Furstenberg		80 500
7. Fugger		39 100
8. Hohenzollern		35 000
9. Koenigseck	Aulendorf	4 000
10. Lichtenstein	Vaduz	6 000
11. Leyen	Hohengeroldseck	4 200
12. Limburg		10 500
13. Metternich	Ochsenhausen	7 500
14. Nassau-Fulda	Weingarten	9 000
15. a. Oettingen-Oettingen		22 000
15. b. Oettingen-Wallerstein		35 300
15. c. Oettingen-Baldern		6 000
16. Ostein	Buxheim	800
17. Quadt	Isny	1 600
18. Plettenberg	Sulmingen	1 050
19. Schaesberg	Tannheim	2 000
20. Schwarzenberg	Klettgau	8 682
	Illeraichheim	1 700
	Kellmünz	1 346
21. Sickingen	Pless	600
22. Sinzendorf	Winterrieden	350
23. Stadion	Thannhausen	1 300
24. Sternberg	Schussenried et Weissenau	4 500
25. Taxis	a. Scheer	11 000
	b. Buchau	3 633
	c. Marchthal	4 535
	d. Ostrach	1 579
	e. Schemerberg	1 260
	f. les anciennes parcelles de Salmansweiler	2 520
	g. Neresheim	2 520
	h. Dischingen et Eglingen	2 822
		317 672

		317672
26. Toerring	Gutenzell	3000
27. Traun	Eglofs	1500
28. Truchsess		22400
29. Wartenberg	Roth	3000
30. Pappenheim		7500
		355072

D'après les intentions très prononcées de S. M. l'Empereur et Roi les deux principautés de Hohenzollern et le comté de Hohengeroldseck ne doivent point tomber en partage, de même que la ville de Wimpfen, appartenante à Hesse-Darmstadt. Il faut donc déduire de la somme d'autre part de

	355072
celle de	39200
reste	315872

auxquels (sic!) il faut ajouter hors de la Souabe:

31. le comté d'Ortenburg ou son équivalent	4000
32. la seigneurie de Hernstein (?)	3000
33. celle de Speckfeld	5000
34. la principauté de Schwarzenberg	21000
35. le comté de Castell	10000
36. la seigneurie de Wiesentheid qui seront tous occupés par S. M. le Roi de Bavière	1600
37. les baillages de Billigheim et Neudenau	3700
38. le pays de Hohenlohe d'après la décision formelle de S. M. l'Empereur	105700
39. et probablement la principauté de Krautheim	9000
	478872

D'après ce calcul la masse des objets à partager entre les trois cours souveraines s'élèverait à une population de 478872 âmes. Les intentions de S. M. l'Empereur et Roi sont que la population soit prise pour base des évaluations, que le partage se fasse également entre les trois cours et qu'autant que possible on ait égard aux localités et aux convenances; enfin qu'on mette beaucoup de diligence à s'entendre réciproquement et sans délai sur le partage en lui-même. Il y a encore une dernière observation à faire qui sera généralement sentie, c'est qu'on devra éviter aussi soigneusement qu'on le pourra de morceler un seul et même état entre plusieurs souverains différents.

C'est en partant de ces principes et pour parvenir sans délai à un résultat fixe que le tableau suivant a été rédigé de manière à assurer à

chacun des trois cours souveraines une population aussi rapprochée que possible du tiers de la somme ci-énoncée, c'est à dire du montant de 159 624 âmes.

I. S. M. le Roi de Bavière occuperait:

		âmes.
1.	n⁰. 5. Edelstetten	1 595
2.	n⁰. 7. les terres de Fugger, à l'exception des seigneuries de Babenhausen et Boos	36 642
3.	n⁰. 10. Vaduz	6 000
4.	n⁰. 15. Oettingen-Oettingen	22 000
	Oettingen-Wallerstein et Baldern	41 300
6.	n⁰. 30. Pappenheim	7 500
7.	n⁰. 31—36	44 600
		159 637

conséquemment seulement 13 de trop.

II. S. M. le Roi de Wurtemberg aurait à occuper

1.	n⁰. 12. Limburg	10 500
2.	n⁰. 25. a, b. Scheer et Buchau	14 633
3.	n⁰. 25. c—e. Ostrach, Schemerberg, Marchthal, parcelles de Salmansweiler, appartenantes à Taxis	9 894
4.	n⁰. 25. g, h. Dischingen, Eglingen, Neresheim	5 342
5.	n⁰. 37. Billigheim et Neudenau	3 700
6.	n⁰. 38. Hohenlohe	105 700
7.	n⁰. 39. Krautheim	9 000
		158 769

par conséquent 855 de moins qui lui seraient remplacés par la maison de Bade moyennant l'abandon de deux endroits furstenbergeois de Inneringen et Blaetteringen dans la seigneurie de Jungnau comprenant 860 âmes.

III. S. A. E. de Bade aurait

1.	n⁰. 1—3. Baindt, Thengen et Heggbach	2 380
2.	n⁰. 4. Neuravensburg	800
3.	n⁰. 6. Furstenberg, déduction faite des deux endroits ci-dessus	79 640
4.	n⁰. 9. Aulendorf	4 000
5.	n⁰. 13. Ochsenhausen	7 500
6.	n⁰. 14. Weingarten	9 000
7.	n⁰. 16. Buxheim	800
8.	n⁰. 17—19. Isny, Sulmingen et Thannheim	4 650
9.	n⁰. 20. Klettgau, Illeraichheim, Kellmünz	11 728
10.	n⁰. 21. Pless	600
11.	n⁰. 22. Winterrieden	350
		121 448

			121448
12.	n⁰.	23. Thannhausen	1300
13.	n⁰.	24. Schussenried et Weissenau	4500
14.	n⁰.	26. Gutenzell et Eglofs	4500
15.	n⁰.	28. Truchsess	22400
16.	n⁰.	29. Roth	3000
17.	n⁰.	7. les seigneuries de Babenhausen et de Boos voyez ci-dessus	2458
			159606

conséquemment 18 seulement de moins.

Ce projet pourrait encore être modifié d'une manière même plus conforme aux limites naturelles des trois états, en établissant que la Bavière eût abandonné au royaume de Wurtemberg les pays d'Oettingen-Oettingen et la seigneurie de Baldern, comprenant ensemble une population de 28000 âmes, que la maison de Bade eût à en indemniser celle de Bavière moyennant la cession du pays de Truchsess et de Illeraichheim, Thannhausen, Neuravensburg, Eglofs et Pless, se montant ensemble à une population de 27937, et qu'enfin la maison de Wurtemberg indemnisât réciproquement celle de Bade, en lui abandonnant Billigheim, Neudenau et les possessions du Prince de Taxis à l'exception de Dischingen, Eglingen et Neresheim, ces objets comprenant ensemble une population de 28227 âmes de sorte que le résultat serait presque le même comme ci-dessus.

585. Theilungsproject B.[1]

Paris, 29. April 1806.

[Zweiter Entwurf eines Theilungsplanes mit Ausdehnung der Mediatisirungen bis zur Mainlinie.]

Si l'on veut aller jusqu'au Mein, il faudra encore ajouter aux 478872 du premier projet

	1. la principauté de Linange	82300
	2. le territoire immédiat de Loewenstein	46000
	3. le comté d'Erbach	25000
et	4. celui de Rieneck	6000
		159300
	ci-dessus	478872
	total	638172

Pour rendre la mesure générale il devrait y entrer encore

	5. le comté d'Isenburg-Birstein	22000
	6. les deux principautés de Hohenzollern	35000
et	7. le comté de Hohengeroldseck	4200
	et alors le total s'élèverait à	699372

[1] Zweite Beilage zu der Note Reitzensteins vom 29. April.

Il ne sera pas inutile de faire deux projets du partage pour chacune de ces suppositions. Dans la première chaque lot serait de 212724 âmes de population et dans la seconde de 233124.

Dans le premier cas le partage pourrait être fait comme il suit:

I. Au Roi de Bavière

1. du premier plan n⁰ 4, 5, 7, 11, 15 (à l'exception de Baldern), 16, 20ᶜ, 21, 23, 30 et 31—36 faisant ensemble	160941
2. du second n⁰ 2 et 4 faisant	52000
	212941

par conséquent 217 de trop.

II. Au Roi de Wurtemberg

du premier plan les seigneuries furstenbergeoises de

1. Trochtelfingen, Jungnau et Gundelfingen, faisant	10997
2. puis les n⁰ 3, 12, 13, 15ᶜ, 17, 19, 20ᵇ, 22, 24, 25ᵃ⁻ᵍ, 26, 29 et 38 comprenant	201669
	212666

par conséquent 58 âmes seulement de moins.

III. A l'Electeur de Bade

1. du premier plan n⁰ 1, 2, 6 (sauf les trois seigneuries ci-dessus), 9, 14, 20ᵃ, 37 et 39, faisant ensemble	105265
2. du second plan n⁰ 1 et 3 faisant	107300
	212565

par conséquent 159 âmes de moins.

Dans le second cas on n'aurait qu'à partager en trois portions les 61200 sujets de plus qui en reviendraient, ce qui donnerait à chacune une augmentation de 20400.

Or comme les localités exigeraient de donner le pays de Hohenzollern avec ses 35000 âmes de population au Roi de Wurtemberg et les comtés d'Isenburg et Hohengeroldseck à l'Electeur de Bade, il en résulterait que Wurtemberg devrait céder 14600 et Bade 5800 âmes de population à la Bavière moyennant de quoi chacun aurait ses 20400 sujets. Le plus convenable serait sans doute que le Roi de Wurtemberg cédât au Roi de Bavière les n⁰ 17, 20ᵇ, 27 et 28 et l'abbaye de Weissenau comprenant 28500 sujets, que celui-ci fit au premier une cession jusqu'à concurrence de 8100 sujets qu'il aurait eu de trop, — ce qui se ferait le plus commodement du côté d'Oettingen, — et que la maison de Bade cédât 5800 sujets au Roi de Wurtemberg, savoir 4000 par le comté d'Aulendorf et 1800 également à prendre du côté d'Oettingen sur la Bavière qui en serait indemnisée par la maison de Bade moyennant le baillage d'Ausnang, et

en cas d'insuffisance, la seigneurie de Liebenau dépendants de l'abbaye à Weingarten.

586. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 30. April 1806.

[Unterredung mit Lucchesini. Die preußische Politik für die Zustände im Reich verantwortlich. Anschluß der deutschen Fürsten an Frankreich ihre einzige Rettung.]

. . . Il y a quelques jours que j'ai encore eu le malheur d'indisposer Mr le Mis de Lucchesini contre moi. Nous parlions de la situation présente des affaires générales et il observa, combien les princes et états de l'Empire avaient tort de se jeter si aveuglément dans les bras de la France rompant pour ainsi dire tous les liens avec le chef et avec la Prusse. Je n'ai pu me retenir de lui rappeler que c'était bien aux fautes de la cour de Vienne et à la déloyale conduite de la cour de Berlin que l'Allemagne devait sa perte, qu'il ne pouvait plus être question de l'Empire et que toute la confiance des princes de l'Allemagne devait reposer sur le génie et la générosité de l'Empereur de France, s'il voulait leur conserver en l'appuyant de sa puissante protection une forme d'existence plus ou moins indépendante, qu'un jour peut-être alors sous la conduite et la direction d'un tel chef le nom allemand serait conservé et pourrait se rappeler les mauvais services que depuis 20 ans la cour de Berlin avait rendu à la tranquillité de ce pays et à l'union et la force de la constitution. Il vaut véritablement être aveugle, comme l'est souvent Mr de Lucchesini, s'il veut se flatter qu'un Allemand puisse encore avoir de la confiance dans la marche de son cabinet . . .

587. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 1. Mai 1806.

[Das Postwesen in Baden. Napoleon wünscht Uebernahme der Posten in kurf. Verwaltung und Beseitigung der Leitung durch Taxis.]

: Avant d'expédier mon rapport principal sur la sujétion des petits états . . ., je dois m'empresser de communiquer à V. Exc. la partie de mon audience auprès de l'Empereur qui me paraît de nature à devoir être connue très promptement. C'est que l'Empereur m'a dit entre autres choses et en parlant de l'état de nos finances que la régie des postes pourrait maintenant fournir un assez joli revenu et à ce propos il me demanda, si nous avions déjà conclu quelqu'arrangement avec le Prince de Taxis.[1] Prévenu comme je l'étais jusqu'ici et comme je le fus même officiellement à Munich qu'il était dans les intentions de l'Empereur de conserver au Prince de Taxis l'attribution des postes sous la supériorité territoriale, je répondis qu'à la vérité il n'y avait encore aucun traité de signé, mais que je croyais qu'on parviendrait incessamment à un arrangement et qu'on

[1] Vergl. Montgelas, Denkwürdigkeiten, S. 144.

adopterait à peu près les mêmes principes d'équité et de générosité que la cour de Munich avait adoptés dans son traité avec le Prince de Taxis. Sur cela l'Empereur m'ayant demandé de nouveau, si donc nous donnerions au Prince de Taxis une somme annuelle pour l'administration des postes, et y ayant répondu qu'au contraire je croyais que ce serait nous qui demanderions au Prince de Taxis une redevance annuelle à l'instar de ce qui s'était pratiqué jusqu'ici dans le Brisgau, l'Empereur répliqua que nous devions bien nous garder d'imiter l'exemple de la Bavière, qu'on avait fait une grande sottise à Munich, que l'Autriche avait eu des raisons de politique pour abandonner au Prince de Taxis l'administration des postes dans le Brisgau, que S. M. ne voyait pas, pourquoi on voulait les confier à un étranger et quel plaisir on pourrait avoir à voir éternellement trahi le secret de sa correspondance et à ne pouvoir pas envoyer en sûreté une dépêche d'un bout du pays à l'autre; qu'il fallait donc faire de la régie de la poste une branche du ministère des finances et la faire exploiter par un serviteur de l'Electeur; qu'ayant entre nos mains la presque totalité de la route de Francfort à Bâle cette régie devait nous rapporter au moins 50000 écus de revenu net, et qu'il venait de donner le même conseil au Prince Murat auquel le Prince de Taxis avait fait offrir une forte somme pour le seul bureau de Wesel, mais qu'étant souverain il ne fallait pas qu'un étranger eût à exercer une partie de l'administration. Toute cette explication était nette et claire et je voyais bien que l'Empereur avait dû avoir découvert quelque menée secrète du Prince de Taxis ou de son ministre . . .

. . . Comme donc on est peut-être sur le point à Carlsruhe de conclure un traité avec Taxis et qu'on se recommanderait très mal ici en le faisant, je dois ne pas perdre un seul moment pour en prévenir V. Exc., afin qu'on évite toute négociation quelconque et qu'on prenne aussi promptement que possible les mesures nécessaires pour organiser nos postes territoriales, comme elles le sont en France et autre part et à l'exclusion totale de Taxis . . . :|

588. Reitzenstein an den Kurprinzen Karl.

O. D. [Anfang Mai 1806.]

[Vorschläge für eine Besprechung der badischen Interessen mit dem Kaiser. Theilung der schwäbischen Kleinstaaten. Erwerbung von Leiningen und Erbach; von Nürnberg, bezw. Ulm, Baireuth und Frankfurt.]

Monseigneur,

comme il se pourrait que V. A. trouvât quelque moment favorable où peut-être l'Empereur lui-même Vous fit quelques questions relatives à Vos intérêts, je crois de mon devoir de Vous indiquer, Monseigneur, les objets qui me paraissent devoir plus particulièrement fixer Votre attention,

en attendant que l'on puisse voir, s'il y a quelque possibilité à réussir dans le projet sur la Suisse.[1]

C'est 1⁰. que l'Empereur décide directement, comment le partage des petits états de la Souabe doit être fait, parce que faute de cela je prédis qu'on ne viendra jamais à un arrangement raisonnable avec deux voisins tels que les nôtres.

2⁰. Que l'Empereur décide de même que la mesure adoptée pour la Souabe et même pour le pays de Hohenlohe soit étendue jusqu'au Mein et que dans ce cas Votre maison reçoive outre le pays de Furstenberg etc. ceux de Linange et d'Erbach. C'est un point capital, parce que, si on laisse s'y établir une autre maison, tout le Palatinat badois en ressentira les suites les plus funestes.

3⁰. Qu'on dispose en Votre faveur de la ville et du territoire de Nuremberg, ou bien, si on veut en faire cadeau à la Bavière, qu'on fasse du moins à celle-ci la condition de céder à l'Electorat Ulm avec son territoire, Soefflingen, Wiesensteig, Ravensburg et Buchhorn. Tout cela ne comprend que tout au plus 54000 habitants, tandis que Nuremberg en compte environ 80000, en sorte que le Roi de Bavière gagnera toujours au-delà de 25000 sujets. Ulm n'est plus bien important pour la Bavière, mais d'une importance incalculable pour le pays de Wurtemberg, et c'est pour cela que c'est encore un point capital que Vous devez tout particulièrement solliciter, puisque, si Vous l'obtenez, Ulm en poche, je m'en vais à Stoutgart et me fais fort de venir avec les Wurtembergeois à un arrangement satisfaisant pour toute notre frontière. Mais c'est aussi le seul moyen d'y parvenir. Mettez donc, Monseigneur, le plus grand empressement à y réussir.

4⁰. Vous pourriez encore dire à l'Empereur que Vous aviez lu avec beaucoup d'attention le n⁰ — —[2] du Moniteur où se trouve le discours de Mr Fox contre la Prusse et que Vous avez été très réjoui d'y voir que la Prusse a aussi cédé le pays de Bareith[3] dont il n'a point encore été disposé. Je Vous garantis, Monseigneur, que Vous pourriez Vous en contenter même au défaut de la Suisse. Vous devriez toujours Vous borner à la vérité à rester Electeur, mais Vous y trouveriez à entretenir Votre cour séparée, faire face au douaire de Mme Votre mère et travailler au rétablissement de Vos finances sans parler des projets d'échange auxquels

---

[1] Vergl. die Denkschrift Reitzensteins vom April 1806, oben Nr. 571.

[2] Lücke. Gemeint ist zweifellos die Nr. 121 vom 1. Mai d. J., welche die von Fox im Hause der Gemeinen am 22. April verlesene, gegen Preußen gerichtete königl. Botschaft enthält; daraus ergibt sich die nähere Datirung des Schreibens.

[3] Von einer Abtretung Baireuths ist in der betr. Nummer natürlich nirgends die Rede, es handelt sich nur um Ansbach: eine Verwechslung, die freilich bei Reitzenstein auffällt.

ce pays pourrait donner lieu. Je le connais à fond et je Vous garantis qu'il rapporte 100000 louis.

5. Quant à la ville de Francfort enfin, c'est toujours acceptable, mais ce n'est pas un objet qui doive être mis pour beaucoup en ligne de compte, à cause de son délabrement et du fardeau presqu'insoutenable de ses dettes.

Concept bezw. Abschrift von Groos.

---

589. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 3. Mai 1806.

[Die deutsche Frage. Zwei Parteien. Aufstellung eines neuen Planes. Das Haus Nassau. Bündniß Hessen-Darmstadts mit Frankreich.]

Depuis ma dernière dépêche la marche des affaires d'Allemagne a reçu une toute autre direction. Deux partis luttent l'un contre l'autre près de l'Empereur: l'un qui veut faire conserver les petits états, l'autre qui veut leur suppression. Les propositions de Mr de Gravenreuth, les sollicitations de Mr de Wintzingerode et de Mr de Reitzenstein ont fait repousser le plan que Mr de Talleyrand avait présenté à l'Empereur et qui, basé sur ses ordres, était l'ouvrage de Mrs La Besnardière et Pfeffel. Il partait du principe de conserver le plus qu'on pouvait, de faire le moins possible d'injustice et de respecter, hors les échanges, les différentes propriétés[1]. Mr Talleyrand a été très mécontent qu'il ait été rejeté, puisqu'il lui était plus profitable de conserver que de renverser. Il ne s'en est [pas] caché envers ses habitués et Mr La Besnardière dit qu'il rougissait de prêter sa main à de telles dispositions comme celles qu'on sollicitait[2]; qu'il ne croyait pas qu'il y eût quelque chose de plus dés-

---

[1] Nachdem das Otto'sche Mediationsproject gescheitert war, hatten in Paris Ende März Verhandlungen über einen Arrondirungsplan begonnen, an denen sich vor allem der Vertreter von Fürstenberg, Präsident von Kleiser, lebhaft betheiligte: die kleinen schwäbischen Fürsten und Grafen sollten nicht mediatisirt, sondern erhalten und in dem Gebiete zwischen Donau, Bodensee, Iller und Schwarzwald arrondirt werden, zu Frankreich aber in ein Bundesverhältniß treten. General Clarke prüfte, wie Kleiser erzählt, den Plan, dessen Entwurf im wesentlichen das Werk Pfeffels war, und hielt ihn für ausführbar und in militärischer Hinsicht empfehlenswerth; auch Napoleon soll ihn anfänglich gebilligt und die Ausarbeitung im einzelnen Pfeffel übertragen haben. Kleiser meint, wenn Napoleon nicht durch die Verhandlungen mit Rußland und England abgelenkt worden wäre, Pfeffel rascher gearbeitet hätte und die schwäbischen Fürsten vor allem einiger gewesen wären, würde der Plan auch zur Ausführung gelangt sein: so aber scheiterte er Mitte Mai an der im eigenen Lager herrschenden Zwietracht und Eifersucht, sowie an dem energischen Widerstande der drei verbündeten süddeutschen Höfe. Nach der Relation v. Kleisers.

[2] Vergl. die Charakteristik bei v. Gagern, a. a. O. I, 140. Auch Kleiser erzählt in seiner obenangeführten handschriftlichen Relation, daß er ein Geldanerbieten mit Entrüstung zurückgewiesen habe.

honorant pour l'esprit de notre siècle que de voir la manière avec laquelle les princes d'Allemagne cherchaient à s'entre-détruire les uns les autres.

Un nouveau plan a donc été tracé et il part du principe de souveraineté plus étendue particulièrement pour la formation des corps militaires. Les princes qui feront partie des grands états de l'Allemagne devront fournir tel nombre de troupes et les entretenir. C'est ainsi que l'Electorat de Bade aura la conscription dans le pays du Prince de Linange, des Princes de Loewenstein, de Furstenberg etc. Le Prince Murat a sollicité vivement d'oser porter sa main sur les maisons de Nassau. L'Impératrice, qui protège particulièrement celui de Weilburg, l'en a fait avertir, en lui conseillant d'arriver lui-même ici. D'après ce qu'on sait les maisons de Nassau seront conservées et formeront même le moyen d'un état plus considérable, en réunissant les enclaves qui se trouvent dans leur pays.

Le Landgrave de Darmstadt est parvenu à faire signer ici une alliance of- et défensive avec la France. Il avait offert 5000 hommes d'infanterie et 600 de cavalerie, si l'on voulait lui donner Francfort, la dignité électorale et lui faciliter l'échange de Hanau avec la Westphalie. On lui a refusé Francfort, on lui a dit qu'on s'occuperait de la dignité électorale et de l'échange, mais qu'on ne lui demandait que 3000 hommes d'infanterie et 300 chevaux comme corps d'alliance, et on l'a signé sur ce pied. Il est donc à l'abri de tout événement. . . .

---

590. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 3. Mai 1806.

[Zusicherung der Pensionen für den Großprior und Ferrette gegen Gewährleistung des Besitzes von Heitersheim.]

Reitzenstein hat von den Eröffnungen, welche Talleyrand ihm zu Wien am 20. Dezember v. J. gemacht,[1] seine Regierung in Kenntniß gesetzt und ihr mitgetheilt, daß Frankreich geneigt sei, den badischen Erwerbungen das Fürstenthum Heitersheim beizufügen, falls Baden entsprechende Fürsorge für den hochbetagten 85jährigen Fürsten und seinen muthmaßlichen Nachfolger, den Bailli de Ferrette, treffen werde. Reitzenstein ist ermächtigt zu erklären, «qu'au cas où l'Electeur recevra du gouvernement français la même garantie complète de la principauté de Heitersheim que S. A. a reçue à l'égard des couvents de Brisgau, Elle s'engage non seulement à laisser au Grand Prieur actuel tout le revenu de la principauté de Heitersheim, mais de continuer aussi après sa mort cette même jouissance à Mr le commandeur Bon de Ferrette.»[2]

Pariser Archiv.

---

[1] Vergl. oben Nr. 417.

[2] Durch Revers des Großherzogs vom 27. October 1806 wird die Pension für Pfirdt auf 60000 fl jährlich festgesetzt.

591. Reitzenstein an Karl Friedrich.[1]

Paris, 7. Mai 1806.

[Uebergabe der Theilungsprojecte. Bescheid wegen Nassau. Bevorstehende Eröffnung der Verhandlungen. Hauptpunkte. Die Noth gebietet Betheiligung Badens. Voraussichtliche Ansprüche Hessen-Darmstadts. Hader der drei alliirten Höfe über den Theilungsmodus. Entscheidung Napoleons die einzige Lösung, andernfalls Verzicht auf das ganze Project zu empfehlen.]

Reitzenstein übersendet den Précis über die Audienz bei Napoleon, sowie Abschriften der beiden Theilungsprojecte A. und B., die er zugleich im Auftrag des bayerischen und württembergischen Gesandten Talleyrand vorgelegt.

. . . Beides überreichte ich vorigen Freitag, den 2ten dieses, dem Herrn Minister Talleyrand, den ich früher nicht zu sprechen bekommen konnte. Die Anfrage wegen der Nassauischen Häuser[2] beantwortete er mir, wie ich vorausgesehen und gesagt hatte, verneinend, indem mit den Nassauischen Häusern bereits wirklich ein Allianztraktat abgeschlossen worden seie; in Ansehung der übrigen Territorien aber bis zum Main sagte er es weder zu noch ab, indem er noch nicht Gelegenheit gehabt habe, die Gesinnungen des Kaisers Majestät darüber zu vernehmen. Inzwischen schien er von der Konvenienz dieser Ausdehnung sich ziemlich zu überzeugen, und ich nahm dabei Anlaß, vorzüglich die Gründe auseinander zu setzen, aus welchen man diesseits ungemein wünschen müsse, die Landeshoheit auch auf das fürstl. Leiningische Gebiet zu extendiren, und solche weder Bayern, noch Württemberg ohne großen Nachtheil zugestehen könne. Seitdem hat der Graf von Wintzingerode zwar Instruktion seines Hofs erhalten, die aber seinen Angaben nach äußerst beschränkt sein soll, der bayerische Minister von Cetto hingegen hat noch gestern . . . . behauptet, weder Instruktion noch Vollmacht erhalten zu haben. Dieses letztere scheint dem französischen Ministerium unangenehm aufzufallen, und ich wurde noch gestern Abend gefragt, ob ich die nöthigen Vollmachten von Sr Kf. D. habe und den zu eröffnenden Konferenzen beiwohnen könne? Da ich hierauf versicherte, jeden Augenblick dazu bereit zu sein, so erwarte ich nun eine nahe bevorstehende Aufforderung hierzu von Seiten des französischen Gouvernements . . . .

Bei Erwägung dieses wichtigen Gegenstandes an sich dürften wohl folgende vier Fragen die meiste Beherzigung verdienen:

1. Ob diese ungerechte und konstitutionswidrige Maßregel überhaupt räthlich sei und nicht lieber aus allen Kräften dagegen gearbeitet werden sollte?

Ueber diese Frage ist es kaum möglich, zweierlei Meinung zu sein. Die Sache ist auch nicht mit dem geringsten Schein zu rechtfertigen, gibt das übelste

---

[1] Mit der Aufschrift: «Die Einverleibung der den kleinen Fürsten und Ständen des südlichen Deutschland zugehörigen Territorien unter die Landeshoheit der drei mit Frankreich alliirten Höfe betr.»

[2] Oben S. 617.

Beispiel und dürfte in der Folge die jetzt theilnehmenden mächtigen Fürsten außer der Lage setzen, sich nur einmal darüber beschweren zu dürfen, wenn dereinst die nämliche Gewaltthätigkeit von noch Größeren gegen sie selbst ausgeübt wird. Baden selbst, wenn man nämlich blos vom Gesichtspunkt der Beibehaltung der relativen Macht, dem einzig richtigen hierinnen, ausgeht, hat auch den wenigsten Beruf dazu, da die bisherige konstitutionsmäßige Direktion zweier Viertel des Kreises ohnehin eine größere Influenzlinie rechtlich zuweist, als es im anderen Fall unrechtmäßig erhalten würde. Allein auf der anderen Seite ist der ohnaufhaltsame Drang der Umstände in der That einer gebieterischen Nothwendigkeit gleich zu achten. Hat einmal die um sich greifende Politik Bayerns und Württembergs das französische Gouvernement zur Annahme dieses Grundsatzes bewogen, hält einmal der französische Kaiser dafür, daß diese Unterjochung zur Begründung der Ruhe im südlichen Deutschland nöthig sei, hat er sich einmal den Plan einer veränderten Konstitution in Deutschland vorgenommen und will er solchen im Süden durch seine drei alliirten Höfe, sowie im Norden durch Preußen ausgeführt wissen, so wird die Gewissenhaftigkeit eines einzigen und noch dazu des schwächsten Hofes die Ausführung dieses Planes gewiß nicht hindern .... Dieses vorausgesetzt, kommt es sodann nicht mehr auf die Frage an, was man thun würde, wenn man sich nach seiner eigenen Ueberzeugung bestimmen könnte, sondern welche Maßregel die Pflicht der Selbsterhaltung gebietet, wenn eine politische Veränderung eintritt, die man weder gewünscht noch betrieben hat: das ist, ob, wenn die fürstenbergischen Lande ohnvermeidlich entweder unter bayerische, württembergische oder badische Landeshoheit kommen würden, ob man jene beiden ersten Fälle zugeben und dadurch den Kurstaat ohnzuberechnenden Gefahren aussetzen dürfe, oder ob, um dieser gewissen Gefahr auszuweichen, die Pflicht gebiete, selbst zuzugreifen, und diese Frage möchte wohl ebensowenig zweifelhaft zu beantworten sein als die erstere.

2. Ein weiterer Punkt betrifft die Ausdehnung, welche obigem Grundsatz zu geben sein dürfte.

Reitzenstein verweist auf die Grenzen, die er in dem Theilungsprojecte B. vom 29. v. M. bezeichnet, glaubt jedoch, daß die ausschließliche Vertheilung der Lande unter die genannten drei Höfe Schwierigkeiten begegnen werde.

... Da Hessen-Darmstadt seit kurzem ebenfalls einen Allianztraktat unterzeichnet hat, und demselben die Landeshoheit über das Ysenburg-Birsteinische versprochen worden sein soll, so ist sowohl in Ansehung dieses Ländchens als der Grafschaft Erbach, auf welch' letztere ich gleichwohl äußerst dringen werde, lebhafter Widerstand zu erwarten ....

Es komme dann: 3. die Hauptfrage in Betrachtung, „wie diese Länder unter die drei Höfe vertheilt werden sollen?“ Der Kaiser habe allerdings eine völlig gleichmäßige Vertheilung gewünscht, aber von Seiten der beiden anderen Höfe bemühe man sich, dies zu vereiteln.

Bayern suche unter allerlei Vorwänden einige Stücke aus der Theilungsmasse auszuschließen, so z. B. die Fuggerschen Lande, vermuthlich weil in diesem Augenblick bereits ein Subjektionsvertrag abgeschlossen sei; er habe bei Talleyrand lebhaft gegen diesen Grundsatz protestirt, da auf dem Wege nie eine Einigung erzielt werde. Betr. der Grafschaft Ortenburg habe Bayern alte Ansprüche auf verschiedene Gerechtsame gehabt, und fordere daher eine Ausscheidung: auch dies sei unstatthaft. Mit Leiningen — behaupte man — habe Bayern einen Erbverbrüderungsvertrag und „obgleich der König nicht verlangen werde, dieses Fürstenthum in seine landeshoheitliche Linie zu ziehen, so müsse er doch für die dadurch entgehende Aussicht einen besonderen Vortheil erhalten". Ueber diesen Punkt erbittet Reitzenstein sich nähere Auskunft. „Das allerärgste aber ist, daß der bayerische Gesandte im allgemeinen hingeworfen hat, alles, was zwischen der Iller, dem Lech und der Donau liege, könne ihnen über kurz oder lang doch nicht entgehen, das Oettingische sei auch von ihnen ganz enclavirt, also habe Bayern kein Interesse dabei, sich diese Objekte in Aufrechnung bringen zu lassen, ein Grundsatz, der alle Gedanken einer erträglichen Transaktion ohnmöglich machen würde."

Andererseits mache Württemberg den Einwand, es besitze ohnehin schon die Landeshoheit und Lehensherrlichkeit über die fürstlich und gräflich Löwenstein-Wertheimischen Lande. Dies sei eine elende „Advokatentaktik", die er aufdecken werde: man vermenge die im Herzogthum Württemberg gelegene Grafschaft Löwenstein mit dem immediaten Gebiete an der Tauber und dem Main und rechne so auf die „gröbste geographische Unwissenheit". Das Gleiche behaupte man von Limburg, aber auch hier werde es ihm nicht schwer fallen, nachzuweisen, daß Württemberg nur ein Drittel davon gebühre. Wegen Billigheim und Neudenau, wo Württemberg angeblich „zent- und landeshoheitliche Rechte" habe, ersucht Reitzenstein um näheren Aufschluß.

. . . All' dieses zusammengenommen, läßt mich sehr daran zweifeln, daß die drei Höfe sich über eine billige Austheilung verstehen werden, wofern nicht das französische Gouvernement durch eine ohnwiderrufliche Entscheidung dem Hader ein Ende macht, wie ich solches auch bereits sowohl des Kaisers Majestät als auch Herrn von Talleyrand erklärt habe. Will Frankreich dieses nicht thun und sich überhaupt nicht directe darein mischen, so gedenke ich zu deklariren, daß der ganze Plan für ohnausführbar angesehen werden müsse und in dieser Voraussehung das Rechtlichste und für Baden Erwünschteste sei, es bei der Abtheilung nach den vier Kreisvierteln zu belassen, wo sodann jeder Direktor mit seinen Viertelsständen, die übrigens bis auf wenige Ausnahmen in ihren Verhältnissen ungekränkt bleiben könnten, Verabredungen wegen Ueberlassung größerer Berechtigung an die Direktorien treffen könne. Das württembergische Betragen in dieser ganzen Sache stößt in der That gegen alle loyauté an. Die schon bei der Unterhandlung in Brünn an Tag gelegten Plane, sich das ganze Fürstenbergische zuzueignen, sind bisher rastlos verfolgt worden, allein nunmehr hat ihnen der französische Kaiser ein Ende gemacht. Gestern nämlich wurde dem Grafen von Wintzingerode, der wiederholt und förmlich die Landeshoheit über das Fürstenbergische begehrte, im Namen des Kaisers erklärt: das ganze Fürstenbergische seie Kurbaden zugedacht, alle Bemühungen Württembergs, an dieser Entscheidung etwas zu ändern, würden vergeblich sein. Kein Memoire, worin er Fürstenberg begehre, würde mehr angenommen werden, und er solle dem König

melden, daß dieses ein «refus positif» sei, «sur lequel on ne reviendrait plus». Herr Minister von Talleyrand hat mir dieses gestern Abend, 1/2 Stunde nach jener Erklärung, offiziell versichert und mich autorisirt es zu berichten.

4. Endlich die letzte Hauptfrage ist, wie weit die Landeshoheit sich erstrecken solle. In abschriftlich anliegender Note[1], die der Graf von Wintzingerode bereits vor mehr als 14 Tagen überreicht hat, sind einige Grundsätze darüber aufgestellt, allein bis gestern war noch keine Antwort darauf erfolgt. Die persönliche Gesinnung des französischen Kaisers geht übrigens sehr viel weiter, da nach solcher die unter die Landeshoheit fallenden Stände wie andere Unterthanen angesehen werden sollen und höchstens ihre Domanialrevenüen behalten werden . . .

Reitzenstein ersucht um vorläufige Mittheilung der Ansicht des Geh. Raths, um sich „en gros darnach bemessen zu können".

---

592. Reitzenstein an Edelsheim.[2]

Paris, [7. Mai 1806.]

[Audienz bei Napoleon. Darlegung der Absichten auf die Schweiz. Verhalten des Kaisers. Verwirklichung des Projects nicht aussichtslos.]

Ce que je vais maintenant avoir l'honneur d'ajouter à ma dépêche pour l'usage exclusif de V. Exc. me paraît devoir rester si totalement secret que je La prie de n'en pas même faire de rapport à Msgr. l'Electeur. Si les vœux s'accomplissent, S. A. le saura toujours encore à temps; dans le cas contraire qui ne laisse pas d'être très possible aussi, on aurait donné de fausses espérances ce qui est toujours désagréable. . . . J'ajouterai donc que dans mon audience j'ai retourné de toutes les manières possibles le thème le plus essentiel, c'est à dire le peu de consistance actuelle du pays, la légitimité du désir de devenir Roi comme notre voisin et la nécessité d'un agrandissement très considérable pour pouvoir y parvenir. L'Empereur entra dans de grands détails sur les agrandissements successifs de la maison de Bade dans ces derniers temps . . ., il remarqua que la maison de Wurtemberg s'était moins agrandie, mais qu'elle avait eu tout un autre noyau. Ayant fait observer sur cela que cette dernière maison n'avait pas même été connue, lorsque les ancêtres de celle de Bade avaient déjà joué un rôle brillant dans l'histoire . . , j'amenais enfin l'Empereur à dire le premier en souriant, qu'il savait bien que ç'avait été la Suisse qui avait appartenue aux ancêtres de cette maison. C'était précisément à quoi je désirais d'arriver. On m'avait fait auparavant toute sorte de compte sur

---

[1] S. Nr. 574.

[2] Mit dem Vermerk: Apostille très secrète au nº 12, im übrigen unbatirt. Da die Reitzenstein'sche Depesche Nr. 12 das Datum des 7. Mai trägt, ist auch das vorliegende Schriftstück vom gleichen Tage zu batiren.

ce que j'étais personnellement tombé en disgrâce auprès de l'Empereur pour avoir fait des demandes exorbitantes et y avoir mis trop de vivacité. Ces insinuations provenaient même indirectement de l'Impératrice et j'avais déjà avoué au Prince électoral immédiatement avant l'audience que j'étais préparé à tout, mais que je ne craignais rien, si non que de ne pas faire mon devoir. J'ai vu à cette audience qu'on n'avait peut-être eu en vue que d'intimider le Prince électoral, et nous empêcher de poursuivre nos idées d'agrandissement. L'Empereur l'avait accordé à la première demande et il ne témoigna pas le moindre mécontentement.

Dès que le premier mot touchant la Suisse était parti de lui, j'en profitai pour lui faire et même à deux reprises différentes un résumé de toutes les raisons qui devaient faire désirer non seulement à la maison de Bade, mais encore à la France et même à toute l'Europe que la totalité de la Suisse nous tombât en partage.

L'Empereur écouta tout cela sans rien improuver et il dit enfin que l'homme se proposait et que Dieu disposait, qu'il verrait ce qu'il pourrait faire, qu'au reste la dignité royale ne devait pas manquer à la maison de Bade et que le Prince électoral devait se proposer le Grand Electeur de Brandenbourg qui avec de très petits commencements avait été le fondateur de la monarchie prussienne; qu'il ne dépendait que du Prince électoral de commencer également une nouvelle époque dans l'histoire de Bade; qu'on devait se confier en lui et attendre le moment où on pourrait exécuter les vues qu'on avait. Je répondis alors que le Prince se contentait parfaitement de cette assurance et qu'il attendrait avec la confiance la plus illimitée le moment où pourraient être exécutées les vues bienfaisantes d'un monarque qui tenait dans sa main les destinées de l'Europe. Le lendemain de cette audience je me rendis chez M[r] de Talleyrand auquel je faisais à peu près la répétition du tout, surtout relativement à la Suisse, en lui disant que l'Empereur n'avait nullement rejeté mes instances à cet égard et que je regardais maintenant cette ouverture immédiate comme un grain de semence qui devait germer et qui, à ce que je me flattais, ne manquerait pas de fructifier, si lui, M[r] de Talleyrand, voulait y apporter ses soins. Sur cela il me répondit que l'Empereur lui en avait parlé après l'audience et qu'il regardait ce projet comme faisable. Or, je crois connaître M[r] de Talleyrand et je sais qu'il n'y a personne qui soit moins disposé à donner de pareilles assurances, surtout vis-à-vis de moi, sans quelque fondement.

J'ai donc lieu de me flatter que cette idée dont on s'était si extrêmement effarouché dans le commencement deviendra plus familière, et, comme je l'ai déjà dit à M[r] de Talleyrand, je regarde ce qui est fait maintenant comme une semence qui doit être cultivée et arrosée avec soin ...

---

593. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 7. Mai 1806.[1]

[Das Schicksal Schwabens. Aussichten auf die Schweiz. Günstige Stimmung des Kaisers und Talleyrands. Schreiben an die Gräfin Hochberg.]

. . . Le rapport ci-joint n⁰ 12[2] avec tout ce dont il est accompagné mettra V. Exc. à même de se faire une idée nette de cette grande affaire de la Souabe, en tant que je suis moi-même en état de la porter jusqu'où elle est maintenant poussée. J'attends d'un moment à l'autre d'être averti par Mr Talleyrand, dès que l'Empereur aura pris une résolution sur les points qui devront être préliminairement décidé, avant qu'on puisse aller plus en avant. Un point particulièrement intéressant, c'est celui de savoir, en quoi consistera la garantie de la France, et je partage très sincèrement les vœux du cabinet de Munich que ce soit l'Empereur qui se met en avant. Je prévois que ce sera encore l'objet de très grandes discussions; au reste V. Exc. verra par mon rapport touchant le pays de Furstenberg que les dispositions du Gouvernement français continuent toujours d'être bonnes . . .

Hat vorgestern nahezu 4 Stunden mit General Clarke conferirt; die Tabatière, die er ihm überreicht, und das Begleitschreiben haben ihre Wirkung nicht verfehlt.

. . . Quant à la Suisse, il y prévoit encore de grandes difficultés, non qu'il ne soit pas persuadé que la France doit désirer cette mesure et qu'elle mériterait une approbation générale, mais il n'est pas sans inquiétude sur l'opposition qu'on trouverait en Suisse qui pourrait même aller jusqu'à une guerre civile et sur le biais qu'il faudra prendre pour préparer cette affaire et la bien conduire.

Pour ce qui regarde le partage de l'Allemagne méridionale, il est très probable qu'il sera chargé par l'Empereur de faire un rapport sur les différents projets auxquels on travaille nuit et jour dans les relations extérieures. Dans ce cas-là il m'a solennellement promis de nous favoriser autant que possible, et ce qui vaut encore mieux, c'est que le même soir l'Empereur a commencé de son propre mouvement à dire à Msgr. le Prince électoral qu'il était persuadé que le lot que la maison de Bade pourrait avoir dans le partage de la Souabe n'était pas encore suffisant et qu'il se proposait de faire plus encore en sa faveur.

Um die günstige Stimmung zu nutzen, überreicht Reitzenstein am folgenden Tage Talleyrand ein Geschenk, das der Kurfürst wegen seiner Mitwirkung an dem Ehevertrage des Kurprinzen für ihn bestimmt, sowie die Note vom 3. Mai.[3]

---

[1] Das Schreiben trägt die Nummer 14.

[2] Oben Nr. 591.

[3] Oben Nr. 590.

. . . Il m'en témoigna une satisfaction extrême et, comme je puis maintenant m'attendre à recevoir incessamment la garantie formelle de Heitersheim que j'ai demandée, Messieurs de Bavière seront complètement battus dans cette méchante guerre qu'ils n'ont pas eu honte de nous faire et Monseigneur sera peu à peu convaincu qu'avec de la patience et de la suite dans le système on parvient à surmonter de grandes difficultés. L'affaire de la démarcation du Brisgau était le premier procès gagné, les couvents le second, les seigneuries de Bonndorf le troisième et Heitersheim le quatrième; maintenant je m'en vais m'attacher à l'affaire de l'épave du côté de Nellenbourg.

Anknüpfend an die oben erwähnten Aeußerungen des Kaisers gegen den Kurprinzen versichert Talleyrand wiederholt, man werde für Baden alles thun, was man könne. «J'espère du moins avoir maintenant obtenu qu'on ne pourra pas me porter des coups fourrés et qu'on entrera en communication avec moi avant de rien décider.»

Il serait inutile d'exprimer derechef à V. Exc. que la présente est toujours exclusivement pour Elle. C'est dans le même secret que je Lui fais la confidence d'une lettre que je fais partir en même temps à Mme la Comtesse de Hochberg, et c'est par ordre de l'Empereur, lui faisant dire de jolies choses à l'égard de ses dettes et du dérangement des finances. Je ne sais pas, si l'on en soufflera envers V. Exc., dans tous les cas Elle aura la bonté de faire semblant de n'en rien savoir . . .

---

594. Reitzenstein an die Gräfin Hochberg.[1]

O. D. [Anfang Mai 1806.]

[Die Erbfolge der Grafen Hochberg. Napoleons Forderungen. Ihre Berücksichtigung dringend zu empfehlen.]

Madame la Comtesse,

C'est par les ordres même de S. M. l'Empereur que j'ai l'honneur de communiquer à V. Exc. par le précis ci-joint un aperçu des intentions de S. M. relativement à la déclaration du droit de succession de Votre descendance. V. Exc. n'aura pas de peine à apprécier la marque du dévouement véritable que je me flatte de Lui donner dans cette occasion, en Lui rapportant sans déguisement des explications qui ne pourront Lui paraître désagréables qu'autant qu'Elle n'y verrait pas en même temps le chemin que l'Empereur lui-même Vous trace, Madame, pour parvenir au vœu qui doit être le plus cher à Votre cœur maternel. Ce fut dans une audience particulière et à laquelle Msgr. le Prince électoral fut toujours présent que l'Empereur commença de son propre mouvement à parler de cette affaire. V. Exc. n'ignore pas sans doute que je savais simplement

[1] Mit der Aufschrift: Projet de la lettre à Mme. la Comtesse de Hochberg. Zur Datirung vergl. Nr. 593.

que le moment actuel n'avait pas paru à Sa Majesté favorable à la déclaration en question. Je crus alors que le moment d'un mariage dont le résultat paraissait rendre moins nécessaire la précaution d'assurer à la branche cadette [le droit de succession] avait paru à l'Empereur peu fait pour s'en occuper et pour prendre une décision qui pourrait être désagréable à Mme la Margrave; je n'avais nulle idée de la véritable raison de ce délai, de celle que je n'ai fait qu'apprendre dans cette audience même. L'Empereur doit avoir reçu des détails très étendus et beaucoup plus affligeants que tout ce dont j'avais pu me douter moi-même. S. M., en exprimant Son opinion que l'Electeur était de tout côté servi avec infidélité, n'a pas paru disposée à admettre aucune exception, et V. Exc. concevra facilement, à quel point j'en ai dû être humilié, l'Empereur ne sachant pas, pour ce qui me regarde moi-même que je ne suis pas en activité de service. L'Empereur en outre m'a ordonné à deux différentes fois de Vous écrire, Madame, tous ces détails, S. M. ayant daigné y ajouter que je devais le faire, ayant l'avantage d'être bien avec V. Exc. et d'être honoré de Sa confiance. Malgré que je n'aie pas encore été dans le cas de mériter cette confiance et que l'occasion actuelle, la première qui se présente, ne soit pas de nature à me concilier Vos bonnes grâces, à moins que par une force d'esprit et de caractère peu commune V. Exc. ne parvienne pas à s'élever au-dessus de toutes les considérations ordinaires et à ne regarder que ce que les conseils donnés ont réellement d'utile pour Ses intérêts, — malgré tout cela j'ai dû obéir pour n'avoir pas à me reprocher d'avoir manqué du courage nécessaire pour le faire. S. Exc. se persuadera bien facilement que par suite de l'alliance actuelle du Prince électoral l'Empereur prend un intérêt direct au sort du pays. Il commence maintenant à le manifester de la manière la plus douce, puisqu'il Vous présente, Madame, la perspective de l'accomplissement de Votre premier vœu et qu'il attache à cette perspective une récompense plus noble encore, celle de contribuer à la prospérité de tout un pays. Vous Vous persuaderez également, Madame, que c'est en même temps le meilleur moyen d'épargner le désagrément de voies moins indirectes pour parvenir au même but et qu'ainsi c'est certainement Vous donner un conseil salutaire de profiter d'un avis aussi important et de Vous assurer par là de la bienveillance de l'Empereur dont V. Exc. doit sentir toute l'importance. J'ai lieu de croire que, si Msgr. le Margrave Louis voudra se prévaloir d'un motif quelconque pour se rendre ici, l'Empereur sera disposé à entrer dans des explications semblables avec Son Altesse. Je désire très vivement que cette communication dont j'ai été chargé tourne tout entière à l'avantage de V. Exc. et de la descendance et que, si Elle croit devoir consulter quelqu'un sur un sujet aussi important, Elle ne prenne conseil que de personnes éloignées de toute flatterie et qui

n'aient d'autre but que le bien général avec lequel celui de V. Exc. et de Messieurs les Comtes de Hochberg me paraît intimement lié tant à présent qu'à l'avenir.

Quel que puisse être le point de vue sous lequel V. Exc. envisagera ma démarche, j'aurai toujours pour moi le sentiment intime d'avoir rempli un devoir important envers Elle et de Lui avoir donné par là une preuve non équivoque du respectueux dévouement dont j'ai l'honneur de Lui offrir l'hommage et avec lequel je suis etc.

Copie von Groos.

---

595. Précis de ce que S. M. l'Empereur a manifesté au soussigné ministre de l'Electeur de Bade par rapport aux droits éventuels de succession de la descendance de Son Altesse du second lit.

O. D. [Anfang Mai 1806.]

[Die Erbfolge der Grafen Hochberg. Ihre Anerkennung abhängig von einer bessern Finanzverwaltung des Landes und der Mitwirkung der Gräfin Hochberg hierbei.]

S. M. a déclaré qu'Elle avait toujours été disposée à prononcer le droit de succession en question; qu'Elle n'avait pas même été très éloignée d'y procéder au moment du mariage de S. A. le Prince électoral, si cette idée n'avait pas été écartée par la considération qu'il était nécessaire avant tout de mettre à cette décision la condition préalable que Mme la Ctesse de Hochberg voulût bien personellement coopérer à établir un meilleur ordre dans les finances et à les préserver d'une décadence qui allait toujours en augmentant. Que c'était le devoir du Prince électoral de considérer toujours comme ses frères M^rs^ les C^tes^ de Hochberg, de les bien traiter et d'en faire des grands seigneurs, mais que l'application de ces sentiments devait être subordonnée à l'administration plus ou moins bonne qui pourrait être due à l'influence de Mme la Comtesse; qu'il ne s'agissait pas même de détruire absolument tous les abus, de prétendre à une perfection toujours difficile à atteindre, de vouloir même s'opposer sans modification à tous les moyens de s'assurer quelques avantages pécuniaires, mais qu'il fallait du moins que tout fût proportionné aux ressources du pays et que le mal ne fût pas porté à un degré qui sous peu ne laisserait plus de remède. S. M. parut avoir des détails très exacts sur le montant des dettes personnelles de Mme la Comtesse, mais Elle ne parut pas convaincue au même degré de l'existence réelle de ces dettes dont la somme surpassait de beaucoup les forces d'un pays déjà surchargé.[1]

---

[1] Vergl. oben 588 Anm. 2, wo das Nöthige hierüber bemerkt ist. Im übrigen liegen, wie ja die von Herrn Dr. Ludwig in Angriff genommene Geschichte der badischen Verwaltung näher erweisen wird, die wahren, entscheidenden Gründe der wachsenden Verschuldung des Landes weder in dem Verhalten und dem Einflusse der Gräfin Hochberg,

Indépendamment de cela l'Empereur manifesta encore d'une manière bien douloureuse pour ceux qui peuvent se rendre le témoignage de n'avoir jamais quitté le chemin de l'honneur, sa persuasion que l'Electeur était trompé et volé de tous les côtés et que ses serviteurs n'aspiraient qu'à faire chacun sa pacotille. S. M. releva particulièrement deux circonstances, c'est à dire des coupes ruineuses dans les forêts et la vente des domaines, en ajoutant que les forêts devaient être toujours regardées comme un trésor auquel il fallait bien se garder de toucher.[1] En résumé l'Empereur fit connaître ses intentions de faire déclarer le droit de succession, dès que S. M. aurait acquis la preuve d'une administration financière suffisamment

noch in den im Folgenden angeführten Maßregeln der Finanzverwaltung. Diese Verschuldung ist vielmehr in erster Linie zurückzuführen auf die Wirkungen der Revolutionskriege, die gewaltigen Kriegs- und Contributionskosten, den Verlust der linksrheinischen, alljährlich auf 175000 fl. veranschlagten Einkünfte, den Aufwand für außerordentliche diplomatische Missionen und die um gewisser politischer Vortheile willen gebrachten Geldopfer: sie brachten die bis dahin wohlgeordneten Finanzen der Markgrafschaft in Verwirrung und bewirkten, daß in den Jahren 1790—1802 die außerordentlichen Ausgaben sich, einschließlich des linksrheinischen Revenüenausfalls, auf 3907165 fl. beliefen, zu deren Deckung bis Ende 1802 im ganzen 3767669 fl. aufgenommen werden mußten. In Folge der Gebietserweiterung von 1803 stiegen dann wohl die jährl. Einkünfte von 800000 fl. auf 1986400 fl., gleichzeitig traten aber auch neue, die badischen Finanzen schwer belastende Anforderungen an das Land heran: die Uebernahme der Pfälzer Schulden, die Zahlung der Pensionen und der Sustentationsgelder für die Säcularisirten (380000 fl.), die Vermehrung des Beamtenpersonals, der Aufwand für die Universität Heidelberg und das Mannheimer Theater, die Formirung neuer Truppentheile und Erhöhung des Militäretats, die Kosten der Occupationen von 1803 und der Mobilisirung von 1805 (337000 fl.) u. a., so daß sich für die Jahre 1803—1805 ein jährliches Deficit von rund 500000 fl. ergab und die Gesammtschuld bis Ende 1805 auf 8 Millionen anschwoll (Beilage A zu der Denkschrift des Finanzministers von Gemmingen vom 23. Januar 1807). Dieser kurze Hinweis auf die eigentlichen Schuldquellen muß zur Richtigstellung der Verhältnisse hier genügen; nähere, genauere Darlegungen müssen dem Geschichtsschreiber der badischen Verwaltung vorbehalten bleiben.

[1] Beide Maßregeln waren vom Kurf. Geh. Finanzrath als Erhöhung der Staatseinkünfte in Vorschlag gebracht worden; man hatte dabei, was speziell die Waldabsteckungen betrifft, angenommen, „daß der fünfte Theil des Waldbodens im Verhältniß mit dem kultivirten Land zum ständigen Holzbedarf hinreichend sei und den Erlös der 50000 Morgen Wald, die man für entbehrlich hielt, auf 10 Millionen Gulden, bezw. einen Zinsertrag von 500000 fl., die Schatzung ungerechnet, veranschlagt. Auf Wunsch des Kurfürsten hat dann Seckendorff bei der provisorischen Uebernahme des Finanzministeriums die beiden Anschuldigungen Napoleons auf ihre Berechtigung hin näher geprüft. Während er sich mit den Grundsätzen, nach denen die Waldabsteckungen erfolgen sollen, aus verschiedenen Erwägungen — u. a. weil er glaubt, daß durch das massenhafte Holzangebot die Preise gedrückt würden und daß nicht alles Waldland sich als Kulturboden eigne, — nicht befreunden kann, hält er den Verkauf der Domänen, der vom April 1803 bis April 1806 einen Ertrag von 771599 fl. geliefert hat, in dem Umfange, in dem er erfolgt, und unter den dabei beobachteten Vorsichtsmaßregeln für durchaus gerechtfertigt (An Karl Friedrich, 29. Mai 1806). Von Unterschleifen und Veruntreuungen ist in dem Berichte nirgends die

améliorée, pour que du moins le pays pût se soutenir et être préservé de sa ruine; que dans ce cas-là il ne pourrait pas y avoir d'inconvénient à remplir les justes vœux de S. A. E., mais que dans le cas contraire il serait également injuste de vouloir que le Prince électoral conservât des sentiments affectueux envers Mme la Comtesse, si elle ne voulait pas user de tous ses moyens pour empêcher qu'au lieu d'un des plus beaux pays de l'Allemagne l'Electorat ne fût un jour livré au Prince sucé, exténué, et comme un désert; qu'après tout cela il fallait attendre que par un retour salutaire on se mît à même de fournir à Sa Majesté le gage de ce qu'Elle désirait se voir réaliser pour la prospérité d'un pays dont la conservation Lui tenait à cœur.

Copie von Groos.

596. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 7. Mai 1806.

[Schicksal von Holland und Berg. Napoleon wünscht Rücksprache mit dem Markgrafen Ludwig. Zweck.]

Für den Fall, daß Louis Napoléon auf seiner Weigerung, die holländische Krone anzunehmen, beharre und der Kaiser nachgebe, soll Murat für den Thron ausersehen sein. Der junge Prinz Aremberg, mit Dalberg befreundet, wird sich mit Mlle Tascher vermählen; die fürstliche Familie, die bei der Kaiserin und bei Talleyrand in hoher Gunst steht, hofft das Herzogthum Berg zu erhalten, das unter der oben erwähnten Voraussetzung vacant wird. Es wäre bedauerlich, meint Dalberg, wenn Baden auf diese Weise alle Aussicht auf Erwerbung des Landes verlöre.

„On m'a dit hier confidemment à la cour que S. A. Msgr. le Margrave Louis était demandé par l'Empereur qui désirait s'entendre avec lui sur différentes choses relatives aux intérêts du pays[1] et j'augure par différents propos de quelques intimes de l'Impératrice qu'on veut que le Prince électoral et sa jeune et jolie épouse restent établis à Paris et près de l'Empereur un temps indéfini."

597. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 7. Mai 1806.

[Die Organisation des Postwesens. Reitzensteins Warnung kömmt zu spät. Verhandlungen mit Taxis im Gang. Abbruch derselben noch möglich.]

Reitzensteins Warnung wegen der Posten[2] kömmt zu spät. Der Kurfürst hat, Reitzensteins früheren Meldungen entsprechend, angenommen, daß der Fürst von Thurn und Taxis sich der Gunst Napoleons erfreue und die Posten unter der Landeshoheit behalten solle.

Rede. Auch Geh. Rath Baumgärtner, damals Mitglied des Finanzkollegiums, hat späterhin betont, daß der Domänenverkauf „nach systematischen, von den neuesten betr. Schriftstellern durchaus und allgemein als richtig und gut anerkannten Grundsätzen" vollzogen und der Erlös auf doppelter Hypothek sicher angelegt worden und nicht in die Generalkasse geflossen sei (d. d. Mai 1808).

[1] Vergl. S. 635.

[2] Vergl. oben Nr. 587.

Enfin toutes les données se réunissant en sa faveur, l'Electeur, après avoir préalablement énoncé il y a déjà quelque temps ses bonnes dispositions à contracter un arrangement équitable avec lui, a fait expédier seulement avant-hier . . . une réponse ultérieure au Bon de Vrints à Paris qui détermine tout ce qui avait été discuté auparavant à 2 seuls articles près dont l'un porte sur l'arrangement des armoiries combinées et l'autre touchant la redevance annuelle sur lesquels heureusement on s'est réservé de s'expliquer définitivement, lorsqu'on serait d'accord sur tous les autres points. Cette circonstance laisse encore à l'Electeur le moyen de rompre, sans trop se compromettre, toute la négociation, en fixant la redevance qu'on demandera à un taux si exorbitant que la proposition n'en puisse absolument pas être acceptée par le Prince de la Tour. Toutefois il paraît indispensable, pour sauver au moins les convenances, de ne pas trop précipiter maintenant encore l'organisation des postes territoriales, mais d'attendre plutôt que de l'autre part on fournisse le prétexte de la rupture de la négociation. . . .

Au reste je me trompe fort ou on finira par nous recommander quelques entrepreneurs ou fermiers français pour cette administration, afin de la mieux assimiler à la régie des postes françaises. . . .

Concept.

---

598. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 8. Mai 1806.

[Anleihe in Frankfurt. Anleiheversuche in Holland und England.]

|: Le crédit du gouvernement électoral est tel qu'il a eu de la peine à emprunter à Francfort 200000 florins, en recevant au pair le quart de cette somme en billets de la banque de Vienne, bien qu'ils perdaient plus de 30 pour cent. [2]

On vient d'envoyer en Hollande pour négocier un emprunt plus considérable un certain Gronovius, homme sans fortune, uniquement connu

[1] Zu einem Bruche ist es nicht gekommen. Vielmehr übertrug Karl Friedrich, der in Folge des Preßburger Friedens das Recht zur Ausübung des Postregals an sich gezogen, durch Erlaß vom 26. Mai 1806 die Verwaltung der Posten in Baden dem Fürsten Karl Alexander von Thurn und Taxis als Thronlehen, wogegen dieser in einer Uebereinkunft vom 26. Aug. d. J. jährlich die Summe von 24000 fl. als Recognition zu zahlen versprach. Erst i. J. 1811 hat Baden die Verwaltung der Posten in eigene Regie übernommen. Nach den Karlsruher Acten.

[2] Gemeint ist wohl das Anlehen von 300000 fl., das Geh. Rath Baumgärtner mit dem Bankhause Gebr. Bethmann in Frankfurt am 16. April d. J. abgeschlossen und von dem später noch die Rede sein wird. Obige Angaben sind übrigens ungenau: für ein Drittel des Anlehens sollten badische 4% Staatspapiere al pari wie Baargeld angenommen werden; von Wiener Bankzetteln ist nicht die Rede. Nach den Acten.

jusqu'à cette heure par sa nullité. Je sais positivement que cet individu se propose de passer d'Amsterdam à Londres, s'il ne peut réussir dans la première de ces villes[1]. . . . :|

Pariser Archiv.

599. Karl Friedrich an Napoleon.[2]

Karlsruhe, 12. Mai 1806.

[Dank für Uebergabe des Breisgaus und der Ortenau. Bitte um Nachlaß der rückständigen Contribution.]

Dank für die Uebergabe des Breisgaus und der Ortenau, die nun durch General Monard erfolgt.

. . . Il appartient à la gloire du règne de V. M. d'avoir par Sa haute protection fait réunir de nouveau à mes états après six siècles de la privation la plus injuste la plus ancienne possession de ma maison dont elle était le berceau . . .

Qu'il est flatteur pour moi de pouvoir donner à V. M. la douce assurance que mes nouveaux sujets ont fêté leur réunion à mes états avec une allegresse qui atteste leur confiance sans borne dans mon gouvernement; aussi je ferai de mon côté tout ce qui dépendra de moi pour leur donner tous mes soins et consolider par là leur prospérité. Ils n'ont pas perdu le souvenir de ce que mes ancêtres ont autrefois fait pour ce pays dans lequel ils ont fondé non seulement les villes de Fribourg, Villingen Brisac et autres, mais encore les principaux établissements d'utilité publique. Ce bon peuple se sentirait tout à fait heureux et n'aurait plus rien à désirer, s'il n'était retenu par l'incertitude affligeante dans laquelle il se trouve encore à l'égard de la remise espérée du restant de la contribution imposée par les armées de V. M. Cette marque de faveur sollicitée par les députés du Brisgau et de l'Ortenau qui se trouvent aux pieds du trône de V. M. pourra seule faire espérer à ce pays de se relever un jour et de voir se cicatriser enfin les plaies profondes faites par des guerres dont il a été jusqu'ici la première victime innocente . . .

Bitte um Gewährung des Gesuchs; Versicherung persönlicher Verehrung und Ergebenheit.

Copie von Groos. Orig. Pariser Archiv.

---

[1] Die Nachricht ist unzuverläßig. Ein in Karlsruhe aufäßiger Holländer, J. U. Gronovius, — derselbe, der später i. J. 1807 mit der diplomatischen Vertretung des neuen Königreichs am badischen Hofe betraut wurde, — hatte sich erboten, der badischen Regierung ein Anlehen von 2 Millionen Gulden zu 5% in Holland zu vermitteln, sein Antrag war aber, weil die Bedingungen zu ungünstig, abgelehnt worden. Nach den Karlsruher Acten.

[2] Reitzenstein hat unter Benützung eines kurf. Blanketts dieses Dankschreiben an den Kaiser gerichtet, um ihn bei diesem Anlaß an die Breisgauer Contribution zu erinnern.

600. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 13. Mai 1806.

[Conferenzen mit Wintzingerode und Cetto. Plan einer Vereinigung der kleineren Reichsstände unter französischem Protectorat und einem Lieutenant des Kaisers. Der Kurerzkanzler der Urheber?]

[: . . . Hier Mr de Wintzingerode a eu deux longs entretiens avec moi, l'un le matin, l'autre le soir. Ce soir nous aurons notre première conférence chez Mr de Cetto. M. de Wintzingerode n'a pas pu cacher qu'il fera les derniers efforts sur Furstenberg, mais il se trompera beaucoup, s'il espère l'obtenir. J'ai reculé la conférence qui devait avoir lieu déjà ce matin pour me ménager le temps de parler encore au général Clarke et à Mr Talleyrand, ce que je suis sur le point de faire.

Ce qu'il y a de plus important dans cette affaire, c'est que non seulement les petits états affluent ici pour se mettre sous la protection de l'Empereur[1], mais que la cour de Vienne elle-même a fait insinuer qu'elle aimait mieux que ce fût la France qui en obtînt la suprématie. Il y a déjà quelque temps que j'ai découvert un projet suggéré au gouvernement et qui ne tend a rien moins qu'à donner à la France la haute supériorité sur tous les états et à en confier l'exercice et la protection contre les 3 grandes cours à un grand fonctionnaire qui aurait le titre de Lieutenant de l'Empereur. Comme on traite ce point ici fort mystérieusement, je n'ai obtenu là-dessus que des notions fragmentaires et m'étant adressé à Mrs de Cetto et de Wintzingerode, ils m'ont dit qu'ils n'en avaient rien appris ici, mais qu'on le leur avait écrit à tous les deux de Munich. J'ai la presque certitude que l'auteur de ce beau projet qui livrerait (sic!) sous peu toute l'Allemagne est ce grand patriote, l'Electeur Archichancelier, que dans des vues plus éloignées encore il l'a concerté avec la cour de Vienne, et que même il s'est offert lui-même à se charger des fonctions de Lieutenant de l'Empereur. V. Exc. verra peut-être dans la suite que je ne me trompe pas; il est donc de la plus haute importance qu'Elle tâche de me fournir là-dessus des notions plus détaillées ce qui pourra peut-être se faire par la correspondance à Stoutgart — ou mieux encore par celle de Munich, en ayant soin toutefois de ne pas s'adresser au Cte Degenfeld comme parent de l'Electeur Archichancelier. V. Exc. conçoit, comme il est fâcheux maintenant de me trouver toujours sur le chemin de notre ministre ici . . . :]

---

[1] Vergl. v. Gagern, Mein Antheil an der Politik, I, 140. Auch in der Kleiser'schen Relation wird dieser Bestrebungen mehrfach gedacht.

601. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 14. Mai 1806.

[Bericht über die erste Conferenz mit Wintzingerode und Cetto. Meinungsverschiedenheit wegen der Ausdehnung der Mediatisirungen unter Berufung auf den Willen des Kaisers Bitte um Entscheidung.]

Le soussigné ministre de S. A. E. de Bade ne perd pas un moment pour rendre compte à S. Exc. Mr le ministre des relations extérieures du résultat de la première conférence qu'il a eue hier au soir avec les ministres de L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg au sujet de la répartition parmi les trois souverains de l'Allemagne méridionale des états des petits princes et comtes y possessionnés. Ces deux ministres avaient déjà eu connaissance du projet de partage rédigé par le soussigné qui a eu l'honneur de le soumettre en même temps à S. Exc. La discussion devait naturellement s'établir en premier lieu sur les objets contre l'admission desquels dans la masse à partager l'une ou l'autre des 3 cours aurait des raisons plus ou moins fondées de protester; ensuite sur l'évaluation de chacun des objets mis en ligne de compte. Quant au premier point, les exceptions faites par Mrs les ministres de Bavière et de Wurtemberg, réduites surtout à leur juste valeur, n'ont pas paru assez importantes au soussigné pour qu'il ne puisse pas se flatter de s'arranger là-dessus sans de grandes difficultés, s'il peut réciproquement supposer, comme il le fait, les mêmes principes d'équité et de franchise dont il a tâché de faire preuve lui-même. Les évaluations ont également paru avoir été généralement approuvées, et sous ce double rapport cette seule conférence aurait dû amener la négociation assez loin pour pouvoir espérer d'arriver sous 2 ou 3 jours à un traité définitif sur cet important objet. C'est donc seulement une difficulté d'un autre genre et que Mr le Comte de Wintzingerode n'a pas cru pouvoir écarter, qui n'a pas permis d'arriver dès la première conférence à un résultat plus marqué. Le soussigné d'après les intentions très précises de S. Exc. Mr le ministre des relations extérieures s'était borné à son premier projet, c'est-à-dire que non seulement il avait exclu de la masse disponible les états de Hohenzollern et le comté de Hohengeroldseck, mais encore qu'il n'y avait fait entrer ni la principauté de Linange ni les comtés d'Erbach, de Loewenstein-Wertheim et d'Isenburg-Birstein, toutes situées entre le Necker et le Mein. S. M. l'Empereur et Roi s'étant abstenu de faire connaître Sa haute décision à l'égard de la principauté de Linange, le soussigné a cru qu'il serait contraire aux intentions de S. M. d'aller plus loin qu'il n'a fait, et les explications par lesquelles S. Exc. a bien voulu le guider dans cette affaire l'ont confirmé dans cette supposition. Mr le Cte de Wintzingerode au con-

traire s'est persuadé que, S. M. ayant déclaré l'exclusion de toute souveraineté dans le midi d'Allemagne hors celle des trois cours alliées et n'en ayant nommément excepté que Hohengeroldseck et Hohenzollern, il était non seulement permis d'étendre la mesure en question jusqu'au Mein comme faisant la démarcation entre le nord et le midi de l'Allemagne, mais que les motifs les plus forts demandaient impérieusement cette extension. Il a en conséquence déclaré qu'à moins que le projet de partage ne dût comprendre les territoires ci-dessus nommés, l'opération projetée n'offrirait presque plus d'intérêt et qu'il supposait à son gouvernement peu de disposition à l'entreprendre, restreinte dans des bornes trop étroites du projet communiqué. Ce ministre a cru devoir formellement insister sur cette observation et il a en conséquence rédigé dans la conférence même la note ci-jointe que le soussigné a l'honneur de communiquer en original à S. Exc.[1] Puisque donc il s'agit principalement de savoir, si c'est Mr le Cte de Wintzingerode ou le soussigné qui a bien saisi les véritables intentions du Gouvernement Français, ce dernier se voit dans la nécessité de soumettre cette difficulté à la décision de S. Exc. Au moment où elle sera donnée rien n'empêchera la conclusion définitive d'un arrangement dans le courant même de cette semaine. Le soussigné ne doute nullement que Mr le ministre de Wurtemberg ne soit empressé d'y accéder telle qu'elle sera donnée; dans le cas contraire qu'il est loin de supposer, il s'entendra avec Mr le ministre de Bavière pour un partage partiel et il se flatte que moyennant cette explication, S. Exc. daignera lui rendre la justice que ce ne sera pas faute de lui, si une affaire d'aussi haute importance ne sera pas terminée dans le plus court délai. Il saisit cette occasion pour recommander derechef à la sollicitude bienveillante de S. Exc. le vœu de l'acquisition presqu'indispensable à la maison de Bade des pays de Linange et d'Erbach . . .

Pariser Archiv.

---

[1] Dat. 14. Mai. Wintzingerode erklärt darin, «qu'il ne prendra non seulement point part à la présentation d'un plan de partage à l'Empereur qui ne comprendrait pas tous les objets du midi de l'Allemagne et par conséquent ne s'étendrait tout au moins jusqu'au Mein, surtout depuis que S. M. I. et R. a cru devoir formellement et officiellement faire excepter le Nassau, mais qu'il regardera comme contraire à l'intérêt commun des trois cours toute démarche qui pourrait diminuer le nombre des objets qui selon la première déclaration de l'Empereur et selon son exception de Nassau devaient être compris au partage. Il n'est après tout instruit de prendre part à la confection d'un partage que conformément aux vues que S. M. I. et R. lui commit de transmettre à Sa cour et non à d'autres absolument différentes des manifestations immédiates de l'Empereur et de celles de son ministre.» Pariser Archiv.

602. Karl Friedrich an Reitzenstein.

Karlsruhe, 16. Mai 1806.

[Rücktritt des Markgrafen Ludwig von der Finanzverwaltung in Folge der Vorwürfe Napoleons. Ernennung Seckendorffs zum Finanzminister; derselbe wird dem Kaiser persönlich über die Finanzlage Bericht erstatten. Markgraf Ludwig geht vorläufig nicht nach Paris.]

Meine Gemahlin, die Reichsgräfin von Hochberg, hat Mir ein Schreiben und ein précis zugestellt, welches sie über die Gesinnungen des französischen Kaisers Majestät wegen Erklärung der Successionsfähigkeit Meiner Kinder zweiter Ehe von dem Herrn Kabinetsminister erhalten hat, und wonach der Kaiser diese Successionsfähigkeit von Einführung einer besseren Staatshaushaltung abhängig, die thätigste Mitwirkung zu letzterer aber Meiner Gemahlin zur unerläßlichen Pflicht macht.

Zugleich enthält das précis insbesondere solche Anschuldigungen von Zugrunderichtung des Landes, von Verschleuderung der Domänen, von Devastirung der Waldungen und von der Untreue und Habsucht Meiner Diener, welche hauptsächlich für Meinen Sohn, den Markgrafen Louis, der, nach Meinem Verlangen, erst seit dem Abtritt des gewesenen Finanzministers von Gayling im Julius v. J. allein an der Spitze der Finanzverwaltung gestanden hat, höchst empfindlich und kränkend sein müssen, da des französ. Kaisers Majestät besonders ihm, bei seinem etwaigen Einfinden in Paris, alle diese Explikationen mündlich wiederholen zu wollen geäußert haben.

Ersagt Mein Sohn hat Sich daher bereits erklärt, daß Er Sich von der Finanzverwaltung, für deren Direktion Er ohnehin nicht einen Kreuzer bezieht, zurückziehen werde, und auf Sein Ansuchen habe Ich unter heutigem Meinen Reichstagsgesandten, den Mir vom H. Kabinetsminister schon vor Ihrer Abreise nach Paris zum Finanzminister vorgeschlagenen Freih. von Seckendorff und der vorhin in Ansbach-Baireuthischen Diensten dem Finanzwesen mit Succeß vorgestanden haben soll, mittelst Estaffette anhero bescheiden lassen, damit derselbe unverweilt von der ganzen hiesigen Finanzadministration und Forstwirthschaft die genaueste Einsicht nehme und sich sodann nach Paris begebe, um des Kaisers Majestät in einer durch den Herrn Kabinetsminister zu erbittenden eigenen Audienz den Erfund unmittelbar anzuzeigen.[1]

---

[1] Der Kurfürst trägt in Folge dessen dem Frh. von Seckendorff am 29. Mai das Finanzministerium an; dieser sagt vorläufig unter Vorbehalt zu und unterbreitet noch am gleichen Tage dem Kurfürsten ein Gutachten über die Domänenveräußerungen und Waldabsteckungen (vergl. oben S. 637, Anm. 2). Am 19. Juli erstattet er, nachdem sämmtliche Behörden zur Einreichung von Ersparnißvorschlägen angewiesen worden waren, seinen Bericht über die gesammte Finanzlage. Nach einem Auszug aus demselben — das Original hat sich leider bis jetzt nicht gefunden — berechnet er die jährlichen Einkünfte auf 2600000 fl., die Ausgaben auf 3167702 fl., das Deficit also auf 567702 fl. und fordert darum strengste Einschränkung. Zu einer Vorlage des Berichtes in Paris ist es nicht gekommen; Napoleon

Sie werden hieraus leicht entnehmen, daß, ehe der Geh. Rath von Seckendorff die nöthigen Aufklärungen dahier erhalten und des französischen Kaisers Majestät ertheilt hat, Mein Sohn Sich einestheils nicht von hier entfernen und anderntheils auch nicht in Paris erscheinen kann, weil Er besorgen müßte, Sich den Aeußerungen des kaiserlichen Mißvergnügens auszusetzen. Ich trage Ihnen daher auf, im eintretenden Falle alles anzuwenden, damit Mein Sohn, wenn es irgend sein müßte, wenigstens nicht eher aufgefordert werde, Sich nach Paris zu begeben, als bis der Kaiser über die eigentliche Lage der hiesigen Finanzen vorerst gehörig unterrichtet sein wird.

Abschrift des H. Geh. Rath v. Weech aus Reitzensteins Nachlaß.

603. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 16. Mai 1806.

[Das Schreiben an die Gräfin Hochberg. Wirkung. Gutachten über die geplante Mediatisirung der schwäbischen Reichsstände.]

Dankt für die vertraulichen Nachrichten, von denen er kein Wort hat verlauten lassen.

Cependant on m'a communiqué aujourd'hui celle[1] que Mme de H[ochberg] a reçue de Sa part par la même voie. On devait s'attendre à la vive impression que cette sévère leçon a faite sur les principaux participants, mais la lettre immédiate que l'Electeur se propose d'adresser aujourd'hui à V. Exc. et le commentaire que M^r^ W[ielandt] y ajoutera vraisemblablement ne Lui laisseront pas le moindre doute à cet égard.

D'après les ordres de S. A. E. je viens d'expédier une estafette à M^r^ le B^on^ de S[eckendorff] à Ratisbonne avec l'invitation pressante de se rendre ici le plus tôt possible.

Quant au rapport officiel de V. Exc. relativement à la médiatisation des petits états, comme Elle a désiré de connaître le point de vue sous lequel cet objet serait envisagé ici, l'Electeur m'ayant chargé d'en faire une communication confidentielle à M^rs^ B[rauer] et H[erzog] et de me

hat, wie es scheint, vorläufig nicht weiter darauf gedrängt, und Seckendorff verzichtet, offenbar verstimmt über den Widerstand und die Anfeindungen, denen seine Finanzreformpläne begegnen, schon am 27. Juli auf den ihm angetragenen Ministerposten; er wäre, wie er bemerkt, nur in dem Falle in der Lage, dies Amt zu übernehmen, wenn ihm „die Organisation des Finanzdepartements und die Auswahl der dabei beschäftigten Personen auf Ueberzeugung für das Beste des höchsten Dienstes, auf Pflicht und Gewissen überlassen werden könnte“: welche Schwierigkeiten dem aber im Wege stünden, erkenne er klar (an Karl Friedrich, 27. Juli 1806). In Folge dieser Absage Seckendorffs geräth die geplante Reform der Finanzen vorläufig — bis zur Berufung Gemmingens — wieder in's Stocken; die einzige Frucht der bisherigen Bestrebungen bleibt für's erste die Schuldenpragmatik vom 1. Okt. 1806.

[1] Scilicet: lettre.

procurer leurs avis par écrit, j'en joins ici les copies in extenso.[1] Il me semble que tout se réduit à un dilemma bien simple: c'est que dans des circonstances impérieuses il n'est pas de parti plus sage que de s'y prêter et d'en tirer le plus d'avantages qui en puissent résulter. Je ne suis pas en peine que V. Exc. avec les profondes connaissances et les rares talents qu'Elle possède ne remplisse parfaitement à cet égard tout ce qu'on peut attendre de Son zèle et de Son dévouement pour les intérêts de la maison électorale. . . .

Concept.

604. Gutachten des Geh. Raths Brauer.

O. D. [16. Mai 1806].

[Die Theilung Schwabens zweifellos eine Rechtsverletzung. Baden in einer Zwangslage. Auswege und ihre Möglichkeit.]

Der H. Kabinetsminister schildert die Widerrechtlichkeit der Maßregel und die politische Bedenklichkeit derselben so lebhaft, daß einem hiesigen Rathe mehr desfalls nicht übrig bleiben kann, als seinen vollkommensten Beifall und sein innigstes Bedauern zu bezeugen, daß die Welt soweit verfallen, daß man auch nicht einmal den Schein von Rechtlichkeit und Redlichkeit mehr zu bewahren sucht, da wo man die Schlüssel zu den Pforten der Hölle und des Todes — gottlob nur für das Menschenleben unter dem Mond — in Händen hat. . . .

Wenn aber Reitzenstein, der allein in der Lage sei, die Dinge richtig zu beurtheilen, dazu rathe, sich dem Gebote der Nothwendigkeit und der Pflicht der Selbsterhaltung zu fügen, müsse man, meint Brauer, geschehen lassen, was man nicht hindern könne, und dafür sorgen, „daß in diesem unvermeidlichen Schiffbruch mit gutem Willen derer, die nun einmal auf den Strand getrieben werden, soviel als möglich nach dem diesseitigen Hafen schwimmen".

„Dazu sind zwei noch halbwegs ehrliche Wege": entweder man schließe in der Hoffnung auf Ratifikation „des von Gottes Vorsehung verordneten Erbenregenten" auf gütlichem Wege Mediatisirungsverträge mit den betr. Reichsständen — dieses Auskunftsmittel erscheine Reitzenstein nicht ausführbar — oder, und dies sei das einzige, was übrig bleibe, man erkläre: „bei der vorauszusehenden Fruchtlosigkeit der Vereinbarungsversuche mit Bayern und Württemberg und bei der anerkannten Auflösung des allgemeinen Kreisverbands denke Kurbaden nur einzig, bei dem noch bestehenden und anwendbaren Kreisviertelsdirektorialverband stehen zu bleiben, solang Seine Majestät nicht bestimmt andres gutfinden, und mit Ihren [sic!] Kreisviertelsständen super modo zu konveniren".

605. Gutachten des Geh. Raths Herzog.

Karlsruhe, 16. Mai 1806.

[Die Umstände gebieten, auf die Vorschläge Frankreichs einzugehen, wie s. Zt. gegenüber der Reichsritterschaft.]

Herzog gesteht, daß auch er die Mediatisirung der „kleinen Herren" für unrechtmäßig halte. Allein diese Mediatisirung bestehe nur in einem Wechsel der Oberherrschaft;

[1] S. Nr. 604 und 605.

an die Stelle von Kaiser und Reich trete der Kurfürst. Allerdings haben sie ein Stimmrecht am Reichstage ausgeübt, aber sie haben doch stets wie Oesterreich stimmen müssen, Höre der Reichstag auf, so sei es auch mit diesem Stimmrechte vorbei; bleibe er bestehen: so könne man ihnen dasselbe auch weiter zugestehen. Der Kreisviertelsdirektorialverband werde dem französischen Kaiser nicht genügen, da derselbe die „kleinen Herren" nicht verhindern könne, im Kriegsfalle gegen Frankreich Partei zu ergreifen. Die Absichten Bayerns und Württembergs seien bekannt, eine Mäßigung und Zurückhaltung Badens werde beiden nur nützen. Habe man, dem Druck der Verhältnisse weichend, die freie Ritterschaft der Landeshoheit unterworfen, obgleich man von der Unrechtmäßigkeit der Maßregel überzeugt gewesen: weshalb wolle man hier nicht nehmen, was angeboten werde, wo jede Weigerung Schaden bringe? Wolle Baden „sein Verhältniß gegen die kleinen Stände blos in seinem Kreisviertelsdirektorium fortbestehen lassen", so werde dies zur Folge haben, daß, wenn, wie vorauszusehen, die Kreisverfassung völlig beseitigt werde, „alsdann auch die Kreisviertelsverhältnisse und damit der ganze badische Einfluß auf die betr. Stände zu nichts werden". Wenn es möglich sei, die „Subjection der kleinen Herren zu hintertreiben", so fordere die Würde des Kurfürsten, dies zu thun, andernfalls aber möge man auf die Anerbietungen Frankreichs eingehen und nehmen, „was für die, so es verlieren, doch nicht zu retten ist".

606. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 20. Mai 1806.

[Wirkung der Pariser Nachrichten auf den Kurfürsten und die Gräfin Hochberg. Markgraf Ludwig. Eingreifen des Kaisers in die Verwaltung nöthig.]

[: Dimanche passé S. A. E. ne parut point à la cour à cause du violent chagrin que lui causaient les nouvelles qu'il avait reçues de Paris.[1] Rien n'est de nature à affecter aussi vivement son âme que tout ce qui paraît blesser son autorité. On se tromperait beaucoup, si la modération avec laquelle il en a usé jusqu'à présent faisait croire qu'il n'y tient pas avec une sensibilité ombrageuse.

Son épouse, la Comtesse de Hochberg, d'un caractère très irascible, a fait une sortie violente à l'occasion de ces nouvelles. «Tous ceux qui environnent l'Electeur, — a-t-elle dit publiquement — sont des espions et des traîtres qui ne méritent point le pain qu'ils reçoivent de leur maître.»

Le Margrave Louis ne sait où il en est, ses combinaisons paraissent entièrement dérangées, de sorte que je suis persuadé que tout sera encore ici plus indécis et plus flottant qu'auparavant, si un plan d'administration et la désignation des personnes qui doivent le faire marcher ne vient pas directement de France avec la manifestation précise des volontés de S. M. l'Empereur . . . :]

Pariser Archiv.

[1] Oben Nr. 594 ff.

607. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 24. Mai 1806.

[Die deutsche Frage. Verwirrung. Absichtliche Verzögerung der Entscheidung durch Frankreich. Napoleons Herrschaft über Deutschland. Die Südstaaten. Erniedrigender Wettlauf um die französische Gunst. Bayern und Leiningen.]

Dalberg ist erfreut, daß seine Mittheilungen für den Hof von Interesse waren.

. . . J'aurais souvent été à même d'en fournir de plus détaillées, si je n'avais dû craindre contrarier par ma correspondance celle de Mr de Reitzenstein. L'isolément dans lequel il paraît vouloir se tenir sur les objets de ses négociations, sur lesquels il ne m'a jamais donné la moindre communication, sa marche et ses principes sur les intérêts de notre patrie me déterminèrent à me tenir à l'écart. J'ai cru devoir le faire avec une plus entière conviction que S. A. S. E. ne m'avait donné dans ces derniers temps que trop de preuves qu'Elle ne me croyait pas l'instrument utile pour Ses communications avec la France, et je ne puis, en voyant la marche des choses, que me féliciter de ne pas être nommé parmi ceux dont les conseils, les vues et les mouvements détruiront peut-être le nom de l'Empire d'Allemagne après avoir plongé ce malheureux pays dans toutes les horreurs de l'anarchie et du désordre . . .

. . . Il me devient de plus en plus évident qu'on ne se soucie pas de finir de sitôt les affaires de l'Allemagne, d'y rétablir l'ordre et de calmer l'agitation de ce pays. L'Empereur voit avec plaisir les jalousies, la convoitise et la cupidité des uns et des autres états. Il s'amuse à les voir se disputer, se dépouiller, s'accuser. Il médite un plan, mais dont l'exécution me paraît éloignée. Il veut en devenir le chef comme il l'est de l'Italie, mais il ne peut brusquer la chose et dans l'intervalle, par les dispositions qu'il prend à cet effet, il laisse subsister cette anarchie pour mieux l'étouffer, lorsqu'il y sera appelé de droit. Les gouvernements allemands verront alors, si le chef de l'Empire placé à Paris vaudra mieux que celui qu'on méprisait à Vienne . . .

Le sort de la Bavière, du Wurtemberg et de l'Electorat de Bade se règle d'après l'étoile de la France, et il me paraît hors de doute que pour une longue suite d'années on pourra s'épargner d'être fort attentif sur les événements secrets des cabinets de l'Europe. Il suffira de conserver le mieux possible la considération que donne une administration sage et éclairée et trouver le bonheur en elle seule, de suivre exactement tout ce qui se prépare ici et d'en profiter le mieux qu'on pourra. Nos voisins feront bien de suivre le même exemple . . .

Il n'y a pas un tableau plus pénible et plus humiliant dans ce moment que de voir la manière avec laquelle l'Allemagne entière est

ici au pied de l'idole pour solliciter les uns leur existence, les autres de quoi augmenter leur dépense, les autres des avantages utiles à leur position, les autres pour réclamer les promesses et les assurances qu'on leur a données. J'ai entendu dire il y a quelque temps à un des ministres de ce pays-ci qu'il était bon de prolonger cet état des choses, parce que d'une part cela prouvait la force et l'influence de l'Empire français, de l'autre cela faisait circuler beaucoup d'argent ici . . .

Der Fürst von Leiningen hat, wie verlautet, mit Bayern einen Erbfolgevertrag abgeschlossen. Pfeffel hat indes auf eine gelegentliche Anfrage von dem Bureau die Antwort erhalten, man werde keine Rücksicht darauf nehmen und nicht dulden, daß Bayern sein Gebiet soweit gegen die französische Grenze ausdehne. Cetto, dem Pfeffel dies mitgetheilt, bemerkt, der Augenblick werde doch kommen, wo man aus dem Vertrage Nutzen ziehen werde, jedenfalls werde man zu verhindern wissen, daß das Fürstenthum in andere Hände falle. — Dalberg ist erstaunt, daß Baden nicht Bayern zuvorgekommen.

608. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 26. Mai 1806.

[Ankunft Seckendorffs. Untersuchung der Geschäftsführung Gaylings. Vorwand um Zeit zu gewinnen. Intriguen.]

|: Die Ankunft der Kurprinzessin Stephanie wird von den Katholiken des Landes freudig begrüßt werden, «qui forment les deux tiers de sa population et qui se plaignent et ont à se plaindre des protestants».

Mr de Seckendorff est arrivé à Carlsruhe. Lui-même augure mal de sa mission. Il a ordre de n'examiner l'état actuel des finances qu'après avoir vérifié la gestion antécédente de Mr de Gayling, quoique ce ministre ait donné à l'Electeur son compte rendu il y a deux ans. Comme le ministère de celui-ci en a duré environ 30, il résulte que Mr de Seckendorff aurait à vérifier une administration de 32 ans. Le peu de personnes au fait de ces particularités ne doutent nullement qu'on ne veuille gagner du temps pour terminer les affaires qui sont sur le tapis, afin de cacher la source des dilapidations et de la ruine des finances et, en détournant l'animadversion publique sur Mr de Gayling, en préserver les coupables.

La cour va se rendre à [Bade-Bade?][1]; l'Electeur s'y trouvera plus isolé et plus à la disposition des personnes qui ont à profiter de sa facilité.

Ersucht um Erlaubniß, «sous prétexte d'y prendre les eaux» sich nach Baden begeben oder durch einen Vertrauten die dortigen Vorgänge überwachen zu dürfen. :|

Pariser Archiv.

---

[1] Lücke in der Auflösung der Chiffre.

609. Napoleon an Karl Friedrich.[1]

St. Cloud, 28. Mai 1806.

[Dank für das Schreiben vom 12. Mai. Befriedigung über die Veränderungen in der Verwaltung.]

Mon frère, j'ai reçu la lettre de V. A. E.[2] Je La remercie des sentiments qu'Elle m'y exprime. J'ai fait connaître à Mr de Reitzenstein tous ceux que je Lui porte et le désir que j'ai que dans aucune circonstance Elle n'éprouve de sujets de chagrin. J'ai vu avec plaisir la résolution qu'a prise V. A. d'organiser Son ministère pour établir dans l'administration de Ses affaires un système uniforme, surtout pour Ses finances. V. A. sait l'intérêt que j'ai toujours porté à Sa maison: cet intérêt n'a pu que s'accroître par les liens qui nous unissent aujourd'hui. Je désire beaucoup La savoir heureuse.[3] Sur ce etc.

---

610. Reitzenstein an Karl Friedrich.

St. Cloud, 29. Mai 1806.

[Audienz bei Napoleon. Beruhigung des Kurfürsten über die Gesinnung des Kaisers. Organisationsvorschläge. Kreisverfassung. Seckendorff in Paris erwartet. Interesse Napoleons für Baden.]

Reitzenstein ist heute mit dem Kurprinzen vom Kaiser in Audienz empfangen worden und hat sich der ihm ertheilten Aufträge entledigt; er hat dabei bemerklich gemacht, wie peinlich die Weisungen Napoleons bezüglich der Gräfin Hochberg den Kurfürsten berührt hätten und wie sehr dieser darüber in Sorge wäre, daß ihm der Vorfall in der persönlichen Meinung Seiner Majestät geschadet haben könnte («combien Elle se sentait malheureuse des inductions qui pourraient en être tirées relativement à l'opinion personnelle de S. M.»). Napoleon versichert, er hätte gewünscht, daß von seinen Weisungen dem Kurfürsten nichts zu Ohren gekommen wäre, und Markgraf Ludwig sowohl wie die Gräfin Hochberg sich darauf beschränkt hätten, sich künftig danach zu richten.

. . . J'ai remarqué avec une entière conviction que c'était par suite d'un intérêt réel au bien général du pays que l'Empereur s'était expliqué comme il a fait. Sa Majesté m'a exprimé de la manière la plus affectueuse qu'Elle désirait vivement que V. A. E. ne passât que des jours heureux et tranquilles, et que c'était pour cela même qu'Elle verrait avec plaisir qu'une bonne organisation procurât au pays tous les avantages que sa population et sa fertilité paraissaient devoir lui assurer.

L'Empereur est entré là-dessus dans quelques détails que j'ose dire, s'il m'est permis, entièrement conformes à ce que j'avais déjà proposé au moment de l'acquisition du Brisgau, savoir de partager tout le pays en 7

---

[1] Gedruckt: Correspondance de Napoléon, 12, 408.

[2] Vom 12. Mai. Oben Nr. 599.

[3] Zusatz in der Correspondance: et contente.

ou 8 cercles, de faire gouverner chaque cercle par un directeur et de réunir le tout dans une seule administration centrale dirigée par 2 ou 3 ministres, chacun chef de son département.[1] C'est en effet une organisation, faute de laquelle je ne conçois pas qu'une machine puisse aller, et qui pourra être facilement exécutée, dès que Votre Altesse aura déclaré que c'est Sa volonté décidée. Quant aux sentiments personnels de l'Empereur envers V. A. E., je ne doute pas qu'Elle n'en trouve la confirmation dans une lettre particulière que Sa Majesté a promis de faire ajouter à la présente dépêche, et qui contiendra l'expression de dispositions tout à fait rassurantes.[2]

En outre l'Empereur a même encouragé Msgr. le Prince électoral à réitérer de nouveau à cette occasion l'hommage du respect filial dont il était pénétré envers Votre Altesse et l'assurance qu'il regarderait toujours Mrs le comtes de Hochberg comme ses frères. Bref, il me faudrait toujours répéter les mêmes expressions, pour retracer fidèlement à Votre Altesse à quel point l'Empereur veut Votre bonheur et Votre contentement et combien est sincère son attachement à Votre personne. Il ne trouve aucun inconvénient à ce que l'arrivée de Mr le Bon de Seckendorff, chargé de lui communiquer les renseignements qu'il devra transmettre sur l'état des finances, précède celle de Msgr. le Margrave Louis.

Sa Majesté désire seulement qu'on donne à Mr de Seckendorff tous les détails, comptes, tableaux etc. nécessaires pour qu'on puisse asseoir un jugement solide et fondé sur les finances. L'Empereur est allé jusqu'à promettre que, quand on lui présentera ces tableaux, il dira en détail, comment il faudra s'y prendre pour restaurer les finances qu'il croit susceptibles d'une très grande amélioration dans plusieurs parties, comme les dépenses le seraient dans d'autres.

Votre Altesse peut me croire sur ma parole d'honneur, que dans tout le passé il n'y a eu rien de personnel à Son égard, rien qui ressemble à une cabale ou à un parti formé. Il n'y a de la part de l'Empereur que le désir de voir se soutenir le pays par un régime intérieur assez vigou-

[1] Man sieht, daß der Kaiser sich schon damals mit Organisationsgedanken beschäftigte, wie sie in der Reitzensteinschen Kreisverfassung von 1809 theilweise zur Durchführung gelangten. Der Minister selbst hat, wie er später erzählt, nach seiner Rückkehr in Karlsruhe eine leider nicht mehr vorhandene Denkschrift über eine Neuorganisation der Ministerien und der gesammten obersten Staatsverwaltung, sowie die Bildung eines Staatsraths vorgelegt. «Il devait être suivi d'un second sur l'organisation des autorités secondaires pour lequel j'avais déjà rassemblé presque tous les matériaux et où je ne me suis abstenu de mettre la dernière main que parce que je pouvais aisément m'apercevoir qu'on était plus éloigné que jamais d'adopter mes idées.» (An Erbgroßherzog Karl, 22. März 1809.)

[2] S. Nr. 609.

reusement organisé pour donner une marche uniforme aux parties hétérogènes dont il se compose actuellement, mais avant tout l'Empereur désire que V. A. E. ne puisse avoir aucun sujet de chagrin quelconque et qu'Elle se repose tout à fait sur les intentions de Sa Majesté . . .

Erwartet die Ankunft Seckendorffs.

---

611. Reitzenstein an Karl Friedrich.

St Cloud, 30. Mai 1806.

[Der Kurprinz in Paris. Anfrage wegen seiner Rückkehr. Interesse Napoleons für seine Person. Längeres Verweilen erwünscht.]

Hat sich dem gestern eingelaufenen Auftrage des Kurfürsten[1] gemäß erkundigt, ob der Rückkehr des Kurprinzen Schwierigkeiten im Wege stehen. Lediglich das lebhafte Interesse Napoleons an dem künftigen Schicksal des Kurfürstenthums ist es, das ihn bestimmt, den Kurprinzen, gleich dem Kronprinzen von Bayern[2], in Paris zurückzuhalten. Der Kurprinz ist der Gegenstand seiner eifrigen Fürsorge.

. . . Il est admis aux séances du conseil de l'Etat, un des plus habiles professeurs des mathématiques, attaché à l'école polytechnique, vient tous les jours de Paris lui donner des instructions; enfin l'Empereur n'oublie rien pour orner l'esprit du Prince, développer ses talents naturels et préparer à Votre Altesse la gloire et la consolation qu'un homme comme l'Empereur ait donné la dernière main à son éducation et l'ait instruit dans toutes les branches de l'administration d'un Etat. A mesure que le Prince y fera des progrès, l'attachement que l'Empereur lui porte déjà augmentera, et Votre Altesse sentira parfaitement, de quelle importance est le double but qui sera par là atteint. L'Empereur s'est dernièrement expliqué là-dessus avec le Prince, moi étant présent. S. M. a dit — s'il m'est permis de le répéter — que Msgr. le Prince avait encore beaucoup à apprendre, et surtout des choses qu'il ne pourrait nulle part aussi bien apprendre qu'ici; qu'il lui serait donc très utile de prolonger encore pendant quelque temps son séjour en France, et que cela ne lui ferait qu'une dépense très médiocre, étant servi ici comme il pourrait l'être dans son château . . .

Da Reitzenstein bemerkt, der Kurfürst sehne sich begreiflicher Weise seinen Enkel wiederzusehen, meint Napoleon, der Kurprinz könne ihn ja vorübergehend besuchen und dann wieder nach Paris zurückkehren.

Reitzenstein hält das Anerbieten des Kaisers für das größte Glück, das dem Kurprinzen begegnen könne; er werde sein Leben lang von der Schule, die er in Paris durchmache, Gewinn davon tragen.

---

[1] Fehlt.

[2] Ueber den Aufenthalt des Kronprinzen Ludwig von Bayern in Paris vergl. Montgelas, Denkwürdigkeiten, 129; Heigel, Ludwig I, König von Baiern, 21 ff.

Im übrigen könne der Kurfürst darauf rechnen, daß sein Enkel jeden Augenblick, wo er es wünsche, zurückkehre: nur sei seine Anwesenheit in Paris noch solange erforderlich, bis das Schicksal des deutschen Südens entschieden sei.

612. Reitzenstein an Edelsheim.

St Cloud, 30. Mai 1806.

[Audienz bei Napoleon. Beruhigende Versicherungen. Man erwartet Seckendorff mit dem Finanzetat.]

En ré-expédiant Stillgebauer, je dois me remettre entièrement à mes trois lettres à S. A. E.[1], particulièrement à ce que j'ai eu l'honneur de Lui marquer sur le résultat de l'audience particulière que S. M. l'Empereur a daigné accorder hier à Msgr. le Prince électoral et à moi. Mes dépêches sont de nature à devoir tranquilliser parfaitement S. A. L'Empereur se trouve dans les dispositions les plus amicales envers Sa personne dont la tranquillité et le bonheur lui tient extrêmement à cœur, et j'ose espérer que Msgr. l'Electeur s'en convaincra parfaitement par le précis fidèle que je lui ai transmis de l'entretien gracieux de S. M. et que S. A. reconnaîtra que l'Empereur dans les explications qu'il a amenées n'a eu pour but que la gloire de l'Electeur et le véritable bien du pays.

Il ne me reste maintenant que le désir que S. Exc. M^r^ le Bon de Seckendorff soit bientôt fourni des dates et des mémoires nécessaires, afin qu'il soit à même de pouvoir venir ici et soumettre à l'Empereur l'état demandé de nos finances. S. M. ne s'étant pas entretenu particulièrement de nos intérêts politiques, je ne suis pas en état de pouvoir marquer là-dessus quelque chose de certain à V. Exc., tout étant encore dans un état de fermentation jusqu'aux affaires de la Hollande . . .

[2]) Je dois supplier V. Exc. de me pardonner ma brièveté et que je n'écris pas de propre main, mais je suis extrêmement fatigué. J'ose seulement Lui recommander le rapport à la curatelle de l'université. Je suis curieux [de savoir] ce que l'Empereur a écrit, surtout s'il a répondu à l'article touchant la contribution de Brisgau, c'est pour cela que j'ai l'honneur d'ajouter copie de ma minute[3]. . . .

613. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 3. Juni 1806.

[Bemerkungen zu den Berichten an den Kurfürsten. Napoleon und Reitzensteins Précis; Befriedigung über den Erfolg des letztern. Uebertriebene Vorstellungen des Kaisers von den Einnahmequellen des Landes. Einfluß bayrischer Intriguen. Ueberwachungssystem. Rathschläge für Seckendorff.]

J'étais si pressé avant-hier . . . que je n'avais plus le temps de communiquer à V. Exc. quelques éclaircissements ultérieurs sur l'objet princi-

[1] Die Berichte vom 29. und 30. Mai, oben Nr. 610 u. 611; das dritte Schreiben fehlt.

[2] Das Folgende von Reitzensteins Hand, das Vorhergehende von Groos.

[3] Vergl. Nr. 599.

pal de mes dépêches à Monseigneur. Ils ne sont pas de nature à exiger d'être rapportés à S. A. E., mais peut-être V. Exc. jugera-t-Elle utile d'en donner connaissance à Msgr. le Margrave Louis.

Avant de faire partir une lettre à M[me] la Comtesse avec le précis y joint, je priai Msgr. le Prince électoral de faire lire le tout à l'Empereur, pour savoir si j'avais rempli son intention. L'Empereur dit alors que le précis contenait avec assez de fidélité ce qu'il m'avait chargé d'exprimer, mais que cette lettre était une lettre de courtisan! et qu'il n'en espérait pas beaucoup d'effet; que c'était pour cela qu'il avait marqué l'intention de s'expliquer de bouche envers le Prince Louis. C'est en effet ce qu'il avait annoncé en disant à plusieurs reprises: qu'il ferait qu'on mît à Carlsruhe un peu d'eau dans son vin! L'effet que néanmoins ma lettre quoiqu'adoucie a suffi pour produire paraît avoir beaucoup calmé l'Empereur et tout ce que j'ai mandé à l'égard de ses sentiments personnels envers S. A. E. est littéralement exact. L'Empereur paraît persuadé que nous pourrions être, comme il s'est exprimé, très riches et que, si nous ne le sommes pas, c'est seulement faute d'une bonne organisation financière et par suite d[es]abus et des dilapidations dont je n'ai pas pu parvenir à lui faire perdre l'idée. Il croit aussi peu à la modicité de nos revenus et m'a fait entendre assez intelligiblement que je voulais lui en imposer à cet égard. On a ici des notions fort exactes sur toutes les cours de l'Allemagne, mais il paraît qu'on nous a scrutés de préférence et la nouvelle alliance ajoutera encore aux motifs de ces perquisitions. Je ne sais, si à mon retour de Munich j'ai déjà dit à V. Exc. tout ce que le Roi de Bavière a rendu de mauvais offices à notre gouvernement vis-à-vis de l'Empereur. Il lui avait proposé pour se convaincre de la véracité des ses assertions de faire parcourir le pays secrètement par une personne de confiance, et je suis tenté de croire que cela s'est fait, parce que je ne comprends pas qui pourrait avoir fourni les détails relatifs aux coupes de bois et à la vente des domaines dont moi-même je ne savais rien. Ce n'est pas Massias; il faut que ce soit quelqu'autre. [1]

Tout cela démontre, combien il est urgent d'établir sur une bonne base le ministère de finances et de ne point gêner M[r] de Seckendorff dans le choix de ses subordonnés. Il faudrait, ce me semble, y réunir des personnes qui aient des connaissances locales des différentes parties du pays et, pour ce qui concerne le Palatinat, l'acquisition de M[r] Ernst qui est maintenant au service du Prince de Linange et qu'on aurait, je crois,

---

[1] Reitzenstein irrt in diesem Punkte; zum Theil gehen die Nachrichten über die schlechte Finanzwirthschaft am Karlsruher Hofe doch wohl auch auf Massias zurück. Vergl. Nr. 558.

pour 1000 écus, m'a toujours paru excellente. Je ne me refuserai pas de discuter mes idées avec Mr de Seckendorff, lorsqu'il sera arrivé ici. Dès qu'il aura convaincu l'Empereur que moyennant les mesures à prendre la machine pourra aller, l'Empereur sera pleinement satisfait, et les vœux de l'Electeur[1] seront, je crois, remplis. Car j'ai remarqué qu'il n'y est entré aucune humeur, mais qu'il veut tout simplement la chose. Dans tous les cas il sera nécessaire de reculer toute organisation définitive du pays, jusqu'après le retour de Mr de Seckendorff qui saura ensuite ce que l'Empereur en pense . . .

614. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 7. Juni 1806.

[Uebernahme des Finanzministeriums durch Seckendorff. Rücktritt des Markgrafen Ludwig.]

. . . Ne croyez donc pas que j'aie voulu Vous cacher la destination de Mr le Bon de Seckendorff, mais Vous connaissez donc assez les irrésolutions qui ont été de tout temps à l'ordre du jour chez nous, pour juger aisément que cela ne pouvait pas être encore définitivement décidé, lorsque des correspondants d'ici en ont mandé, selon ce que Vous me dites, la nouvelle certaine à Paris. On pourrait bien plutôt soutenir qu'il n'y a peut-être pas 2 jours que Mr de Seckendorff s'est expliqué affirmativement et néanmoins il y mettra encore des conditions précises et n'acceptera ni titre ni direction de ce département qu'après avoir tout bien posé, examiné et qu'on aura acquiescé aux arrangements qu'il proposera. Tout cela ne sera décidé définitivement qu'après son retour de Selters pour où il part ce soir. Cependant le Margrave Louis a quitté la direction du conseil intime de finances ainsi que de la députation forestière et il paraît être fort soulagé d'être débarrassé de ce fardeau qui devait lui peser d'autant plus, qu'il était bien mal secondé par des faiseurs peu propres à cette importante besogne . . .

615. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 7. Juni 1806.

[Der Kurfürst beruhigter. Sorge wegen des Markgrafen Ludwig. Seckendorff und Graf Benzel-Sternau. Die breisgauer Deputierten. Schuldenpragmatik.]

. . . Les assurances que V. Exc. a données à l'Electeur sur les dispositions affectueuses de l'Empereur à son égard ont un peu calmé les sollicitudes dont il était affecté depuis l'admonestation adressée dernièrement à Mme la Comtesse de H[ochberg]. Il me semble cependant que les inquiétudes que S. A. E. conserve sur les suites qui pourraient encore en résulter ultérieurement sont principalement fondées sur les appréhen-

[1] In der Erbfolgefrage.

sions de Msgr. le Margrave Louis relativement au voyage qu'on pourrait exiger de lui en dernière analyse et dont il voudrait bien être débarrassé irrévocablement.

Je ne parlerai pas à V. Exc. de Mr le Baron de S[eckendorff], parce que la lettre qu'Elle trouvera de lui dans ce paquet[1] contiendra sans doute tous les éclaircissements nécessaires à son égard ainsi qu'au sujet de Mr le Cte Benzel[2], son gendre, dont le département des finances fera également l'acquisition et que je connais depuis longtemps sous d'autres rapports pour un homme d'un mérite distingué . . .

S. A. E. a infiniment applaudi, comme Elle le devait, sous tous les rapports au contenu de la lettre que V. Exc. a présentée de Sa part à l'Empereur dans la dernière audience, mais, malgré la transition ingénieuse que Vous avez su y placer touchant la contribution du Brisgau, S. M. I. a dissimulé cette importante insinuation dans Sa réponse d'ailleurs fort aimable, ainsi que V. Exc. le verra par la copie que j'ai l'honneur de Lui en communiquer au pli[3] . . . .

Drais wünscht dringend die Rückberufung der Herren von Andlaw und Neveu, da man den Verdacht hegt, daß sie sich insgeheim für die Erhaltung der breisgauischen Landstände bemühen. Der Kurfürst stellt die Entscheidung Reitzenstein anheim.

Quant au statut etc.[4], il a été ajusté définitivement dans une conférence particulière à laquelle S. Exc. M_r de Seckendorff a assisté après qu'il avait complètement examiné toutes les expéditions projetées et donné par écrit ses remarques et son avis. Dès que ce document sera expédié, on l'enverra à V. Exc. pour le présenter à Msgr. le Prince électoral et le lui faire agréer et confirmer . . .

Concept.

616. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 7. Juni 1806.

[Bitte um statistisches Material. Motiv. Note an Talleyrand wegen der Bonndorfer Herrschaften.]

Ersucht, man möge dem Minister von Seckendorff auch zuverlässige statistische Zusammenstellungen über die Bevölkerungszahl des Kurfürstenthums mit auf den Weg geben, „en désignant séparément tant la population des biens équestres de l'Ortenau

[1] Fehlt.

[2] Der auch als Schriftsteller und Dichter bekannte Graf Karl Christian von Benzel-Sternau, der im Juni 1806 aus kurerzkanzlerischen in kurbadische Dienste berufen wird, um als Vicepräsident in das neu zu organisirende Finanzdepartement einzutreten. Vergl. v. Weech, Badische Biographieen, I, 72.

[3] Oben Nr. 609.

[4] Gemeint ist der Entwurf zu der Staats- und Hausschuldenpragmatik, die am 1. Okt. 1806 mit Zustimmung des Kurprinzen und der Agnaten erlassen wurde. Vergl. Regierungsblatt des Gr. Baden, Nr. 26 vom 11. Nov. 1806.

que celle des seigneuries litigieuses sur les frontières du comté de Bonndorf[1] ainsi que celle des autres objets encore en litige avec le Wurtemberg tels que les biens équestres du Kraichgau et du Hegau."

„La raison de ma demande en clair est que je me suis déjà aperçu que l'Empereur me soupçonnait de rester au-dessous de la vérité relativement à l'évaluation de nos revenus et de notre population."

---

617. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 10. Juni 1806.

[Die deutschen Angelegenheiten. Beziehungen zu England und Rußland. Geplanter Rücktritt Talleyrands.]

Die Wahrscheinlichkeit, daß die deutsche Frage wieder in Angriff genommen werde, wächst. Auch das Schicksal der Schweiz soll entschieden werden; wie verlautet, ist sie dem Fürsten Borghese zugedacht.

Die Verhandlungen mit England haben von neuem bestätigt, daß eine friedliche Verständigung der beiden Staaten unmöglich ist, dagegen macht die Wiederannäherung von Rußland Fortschritte: „il y a des personnes dans les lumières desquelles j'ai une grande confiance qui croient que la paix entre la France et la Russie pourrait être signée d'ici à quelques mois."

„La retraite de Mr Talleyrand des affaires étrangères et son remplacement par Mr de Champagny était une affaire presque sûre il y a 8 jours. Tout se disposait même dans les bureaux pour remettre au successeur les papiers. Cela a été ajourné pour un temps indéfini."

---

618. Projet d'une convention entre la cour électorale de Bade et les Princes et Etats possessionnés dans les deux quartiers du cercle de Souabe dirigés jusqu'ici par S. A. l'Electeur.[2]

Paris, 10. Juni 1806.

[Abkommen mit den Ständen des badischen und konstanzischen Kreisviertels. Unterordnung unter badische Souveränität und Landeshoheit. Bestimmungen über Militär, Gerichtsbarkeit, Postwesen u. s. w.]

Die politischen Veränderungen, welche in letzter Zeit in der Verfassung des deutschen Reichs eingetreten, zeigen speciell in Süddeutschland unverkennbar das Bestreben, die Macht immer mehr in den Händen der Könige von Bayern und Württemberg und des Kurfürsten von Baden zu concentriren. Die übrigen Fürsten und Stände des schwäbischen Kreises erachten es daher, um dem Zwange zuvorzukommen und sich gewisse Vortheile, die bei einem Widerstande auf dem Spiele stehen, zu sichern, für das beste verfassungsmäßige

[1] Die obenerwähnten Herrschaften Gutenburg, Betmaringen, Grafenhausen, Blumegg und Birkendorf. Da General Monard dieselben, trotz aller Zusicherungen, die Reitzenstein empfangen, bei der Uebergabe des Breisgaus als streitige Objecte bezeichnet und von der Uebergabe ausgeschlossen hatte, richtet Reitzenstein am 7. Juni von neuem eine Note an Talleyrand, in welcher er sich bemüht, die Anrechte Badens auf diese Gebiete zu begründen, und um Einweisung in den Besitz ersucht. (Copie.)

[2] Beilage zu Nr. 620.

Auskunftsmittel, die Beziehungen wieder anzuknüpfen, welche die Stände eines jeden Kreisviertels mit dem Direktor desselben verbinden. Sie schließen daher, da der Kurfürst von Baden Direktor der beiden Kreisviertel von Baden und Konstanz ist, in der Ueberzeugung, daß die beiden anderen in gleich günstiger Weise sich mit Bayern und Württemberg vergleichen werden, und in der Hoffnung, daß Frankreich die gegenwärtige Konvention billigen und ihr volle Sicherheit und Schutz (la garantie et la protection la plus efficace) gewähren werde, durch ihre Bevollmächtigten mit dem badischen Gesandten Freiherrn von Reitzenstein folgenden Vertrag ab.

§ 1.

Die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen, von Fürstenberg, von Schwarzenberg, von Thurn und Taxis, von Lichtenstein, von Auersberg, von Waldburg, von Metternich, die Grafen Sternberg, von der Leyen, Wartenberg, Bassenheim, Törring, Aspremont, Königseck, Plettenberg, Schäsberg, Sickingen und Sinzendorf treten für sich und ihre Nachfolger dem Kurhause Baden die Ausübung des Souveränitätsrechts und der Landeshoheit (l'exercice du droit de souveraineté et supériorité territoriale pour les cas ci-après déterminés) in nachbenannten Fällen ab.

§ 2.

Der Kurfürst wird in den oben angeführten Territorien alle Rechte ausüben, die bisher den Kreisviertelsdirektoren, sowie den Direktoren des schwäbischen Kreises überhaupt betreffs des Militärs, der ökonomischen Verhältnisse und der hohen Polizei (tant par rapport au militaire que dans ses relations économiques et de police générale) zustanden.

§ 3.

Was das Militär betrifft, verpflichtet sich der Kurfürst, nicht mehr Rekruten zu fordern, als das wechselseitige Verhältniß der Bevölkerung der kreisständischen Territorien und der kurfürstlichen gestatte. Der badische Kriegsminister wird die Zahl der Rekruten jährlich bestimmen, die Stände werden dieselben ausheben und ihre Equipirung etc. bestreiten. Das Kontingent eines jeden Kreisstandes soll in der Regel drei Simpla nach der gegenwärtigen Matrikel nicht überschreiten.

§ 4.

Der Kurfürst ernennt die Offiziere, wird aber bei der Auswahl Rücksicht auf die Unterthanen der betr. Kreisstände nehmen.

§ 5.

Jeder Kreisstand erhält im Frieden sowohl die zur Ausübung der innern Polizei erforderlichen Truppen, als auch auf besonderen Wunsch eine Ehrengarde zur Verfügung gestellt.

§ 6.

Die militärische Gerichtsbarkeit wird durch die kurfürstl. Behörden ausgeübt.

§ 7.

Die Unterthanen der gen. Kreisstände dürfen in keine fremden Dienste treten; das Verbot wird strenge überwacht.

§ 8.

Die Jurisdiktion über seine Unterthanen verbleibt einem jeden Kreisstande im vollen Umfange, wie bisher, abgesehen von folgenden Veränderungen. Er übt durch seine Beamten die Gerichtsbarkeit in zwei Instanzen aus, die endgiltige Berufung aber erfolgt an den obersten kurfürstl. Gerichtshof in Bruchsal. Eine Berufung an einen außerhalb des Landes gelegenen Gerichtshof ist absolut unzulässig. Diejenigen Stände, welche eine Bevölkerung von weniger als 10 000 Seelen besitzen, erhalten kein Gericht zweiter Instanz, sondern haben sich an das Hofgericht in Freiburg zu wenden. Sowohl in Civil- wie in

Kriminalsachen werden sich die kreisständischen Behörden nach dem bisher bestehenden Gesetzbuche richten, bis die gemeinsame Gesetzgebung für die Kurlande, mit deren Ausarbeitung man zur Zeit beschäftigt ist, zur Einführung gelangen wird.

§ 9.

Prozesse, welche zwischen zwei Kreisständen entstehen, werden in erster Instanz durch das bisher übliche Austrägalgericht, in zweiter durch den obersten Gerichtshof in Bruchsal, dessen Urtheil der Kurfürst selbst unterzeichnet, erledigt.

§ 10.

Die bisherigen jährlichen Beiträge für den Unterhalt des Kammergerichtes in Wetzlar fließen in die Generalkasse nach Karlsruhe.

§ 11.

In allen Dingen, welche sich auf die öffentliche Sicherheit und die hohe Polizei beziehen, wie Weg- und Straßenbau, Posten, Aus- und Einfuhr etc. wird der Kurfürst die gleichen Rechte ausüben, wie ehemals der Kreis.

§ 12.

Diejenigen Kreisstände, welche Virilstimmen am Reichstage besitzen, werden dieselben in ihrem Namen fortführen, die Stimmabgabe jedoch dem kurfürstl. Gesandten daselbst übertragen.

§ 13.

Die kurfürstlichen Verordnungen, welche sich direkt auf die Kurlande in ihrem vollen Umfange beziehen, werden auch in den kreisständischen Landen befolgt. Das kurfürstl. Haus wird in den öffentlichen Gebeten an erster Stelle genannt.

§ 14.

Eine etwaige Konvention, welche Kurbaden bezüglich der Einrichtung seiner Landesposten abschließen würde, sowie eventuell ein Konkordat mit der Kurie, wird auch auf die Kreisstände anwendbar sein. Die Unterthanen der verschiedenen Landestheile sind verpflichtet, die beiden Landesuniversitäten zu besuchen.

§ 15.

Der Kurfürst verpflichtet sich, die betr. Kreisstände in dem vollen Genusse aller übrigen Rechte und Einkünfte zu belassen, gegen jeden Eingriff zu schützen, etwaige Beschwerden sofort abzustellen und nicht zu dulden, daß man irgendwie — sei es direkt, sei es indirekt, — seine Rechte und Einkünfte zu erweitern versuche. Dagegen verpflichten sich die kontrahirenden Kreisstände, dem Kurfürsten die Rechte einzuräumen, welche die Könige von Bayern und Württemberg von den Ständen der ihnen unterstehenden Kreisviertel ohne Zuthun des Kurfürsten (sans la participation de Sa dite Altesse) erlangen könnten.

§ 16.

Gegenwärtiger Vertrag wird nach Vollzug der Ratifikation sofort dem französischen Kaiser unterbreitet, um dessen volle Garantie zu erhalten.

Abschrift.

---

619. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 13. Juni 1806.

[Die deutsche Frage. Aussicht auf günstige Entscheidung des Kaisers. Geheimhaltung des Conventionsentwurfes vor dem Geh. Rath.]

. . . Quant aux affaires de l'Allemagne, Mr de Talleyrand m'a encore répété hier que toutes les pièces étaient entre les mains de l'Empereur, que je pouvais compter que la décision finale serait à notre avantage et

que lui, Mr de Talleyrand, y avait contribué de sa personne. J'ai donc itérativement prié Msgr. le Prince électoral de parler sans délai à l'Empereur et de le conjurer seulement de ne point prendre de décision sans avoir fait examiner les mémoires qui devaient se trouver de ma part parmi ses papiers . . .

Reitzenstein bemerkt betr. des beiliegenden Conventionsentwurfes, man werde am besten thun, denselben dem Geh. Rathe nicht vorzulegen, da die Angelegenheit nicht minder Eile, wie strengste Verschwiegenheit erfordere.

---

620. Reitzenstein an Karl Friedrich.

Paris, 13. Juni 1806.

„Unterthänigste Anzeige, die Mediatisirung der mindermächtigen Fürsten und Stände des südlichen Deutschlands betr.“

[Die Verhandlungen mit Bayern und Württemberg wegen der Mediatisirungspläne stocken. Besprechungen mit Kleiser. Plan einer Verständigung zwischen Baden und den badischen Kreisviertelsständen durch freiwillige Subjektionsverträge.]

Obige Angelegenheit hatte seit vier Wochen beinahe ganz geruht, weil der bayersche und württembergische Minister auf eine Concurrenz Badens zu gleichen Theilen so wenig gerechnet und auf eine ausschließliche Vertheilung unter ihren beiden Höfen so sicher gezählt zu haben scheinen, daß sie über den von mir entworfenen Plan erst neue Instruktion einholen mußten.[1] Der bayrische hat die seinige erst vor wenigen Tagen erhalten und hierauf dem Grafen von Wintzingerode und mir einen anderweiten Zusammentritt auf heute vorgeschlagen. Der

---

[1] Auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen führt trotz dem lebhaften Notenwechsel, der sich daran knüpft, auf dessen Mittheilung aber mit Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum hier verzichtet werden muß, zu keiner Einigung. Cetto und Wintzingerode legen im Auftrag ihrer Regierungen neue Theilungspläne vor, die wesentlich von dem badischen abweichen; vor allem wird gegen den letztern geltend gemacht, daß er Gebietstheile umfasse, über welche die beiden Staaten die Territorialhoheit schon besitzen, bzw. beanspruchen, die also aus dem Plane auszuscheiden seien: als solche bezeichnet Bayern, das hierin am weitesten geht, die Besitzungen der Grafen Fugger, Pappenheim, Ortenburg, Truchseß und Sternberg. Nach dem bayrischen Projekte sollten Bayern 185458 S. und Württemberg 165254 S., Baden aber nur eine Bevölkerung von 154362 S. erhalten, und zwar die Grafschaft Thengen, den Klettgau, die Fürstenbergischen Lande, soweit sie nicht Enclaven von Württemberg bilden, die Herrschaft Bretzenheim (Zwingenberg), die Grafschaften Erbach und Rieneck (am Fuße des Spessarts), das Fürstenthum Löwenstein und die Herrschaften Billigheim und Neidenau (Tableau de répartition proposée par la cour de Bavière. s. d.). Reitzenstein versucht darauf zunächst mit Württemberg zu einer Verständigung zu kommen, da dieses Ziel leichter zu erreichen scheint; zu dem Zwecke legt er am 21. Juni einen zweiten Theilungsplan vor, der gegenüber dem früheren mancherlei Zugeständnisse aufweist und für jeden der drei Höfe einen Bevölkerungszuwachs von rund 176270 S. in Aussicht nimmt; das badische Loos sollte danach Salm-Krautheim, den Klettgau, die Fürstenbergischen Aemter Haslach, Wolfach, Stühlingen und Heiligenberg, das

Graf von Wintzingerode hat die seinige zwar zuverlässig schon lang, allein sein Spiel scheint mir zu sein, wenn er nicht Baden von einer in gleiche Theile gehenden Konkurrenz ausschließen kann, die ganze Sache hinzuhalten, die Stände, an deren Territorien ihnen am meisten gelegen ist, durch glatte Worte und Versprechungen zu Separatsubjektionsverträgen zu bewegen und dann, sobald die französischen Truppen Deutschland geräumt haben, ... mit gewohnter Violenz und selbst militärischer Gewalt das badische Interesse an allen Orten und Enden anzugreifen.

Bei solchen Verhältnissen, und da ich zugleich ohnehin Vorkehrungen, bei welchen die ihrer Landeshoheit beraubt werdenden Stände nicht auch zugleich an ihren Einkünften geschmälert werden, für weniger ungerecht ansehen muß als die Pläne, die man dermalen hat, konnte es mir nicht anders als räthlich scheinen, die Versicherungen des Fürstenbergischen Präsidenten von Kleiser, daß sowohl sein Hof als verschiedene andere weit geneigter seien, sich an die badische Souveränität als an irgend eine andere anzuschließen, durch innige Annäherung von meiner Seite auf die Probe zu setzen.

Da er von dem Plane des hiesigen Gouvernements, in Schwaben blos drei Landesherrn zu lassen, genau unterrichtet ist und selbst von Seiten des Departements der auswärtigen Angelegenheiten ganz ohnumwundene Aufklärungen darüber erhalten hat, so konnte ich ziemlich offen mit ihm sprechen. In jener Absicht gab ich ihm daher schon vor geraumer Zeit zu erkennen, das einfachste Mittel, dem allgemein gefühlt werdenden Bedürfnis einer näheren Concentration der Staatskräfte in dem so verstückelten Schwaben abzuhelfen, dabei den constitutionellen Weg nicht allzu auffallend zu verlassen und den mindermächtigen Fürsten ihre Existenz nebst verschiedenen anderen Vortheilen zu sichern, die sie bei irgend einer anderen politischen Benehmungsart in kurzer Zeit einbüßen würden, scheine mir darin zu liegen, von der constitutionellen Eintheilung des Schwäbischen Kreises in vier Viertel auszugehen und von Seiten der Viertels-Direktorien mit denen in jedem Viertel gelegenen Ständen freiwillige Verträge abzuschließen, durch welche den drei souveränen Höfen außer denjenigen Befugnissen, welche bisher dem Kreis im ganzen und den Viertelsdirektoren zugestanden hätten, noch diejenigen weiteren eingeräumt würden, welche die Lage der gegenwärtigen Zeitverhältnisse nothwendig

Fürstenthum Leiningen, die Herrschaft Zwingenberg, die Grafschaft Erbach, das Fürstenthum Löwenstein-Wertheim, die Aemter Neidenau und Billigheim und Zugehörden von Weingarten bei Buchhorn umfassen. Allein Wintzingerode zaudert, dem Projekte beizutreten, und macht neue Einwendungen; vor allem erscheint ihm der Vorschlag bedenklich, daß fast ganz Fürstenberg unter badische Hoheit falle, weil dadurch einige württembergische Gebietstheile von dem Kern der Lande getrennt und in ihrem Werth erheblich geschädigt würden (an Reitzenstein, d. d. 22. und 24. Juni). Auch dieser neue Versuch einer Einigung droht somit zu scheitern; da greift Napoleon selbst in den Lauf der Dinge ein und übernimmt die Entscheidung der deutschen Frage; in wenigen Tagen wird sie durch sein Machtwort gelöst.

herbeiführen, vorzüglich nämlich die hohe Jurisdiktion und Milizzug, nebst Erhebung sowohl der Reichs- und Kreisabgaben als der zur Erhaltung des Militärs nöthigen Kontribution.

Ueber alle diese Punkte verstand sich der Präsident v. Kleiser sehr bald, mit der Versicherung, daß nicht nur der Herr Landgraf v. Fürstenberg, der in einigen Tagen hier erwartet wird, gleiche Gesinnung hege, sondern er mir auch den Beitritt nicht nur der Fürsten und Grafen v. Waldburg, des Fürsten v. Metternich etc., sondern auch der beiden Hohenzollerischen Häuser versichern könne, da diese auf die Fortdauer des französischen Schutzes für die Zukunft nicht sehr zählten und dann von Württemberg alles zu befürchten hätten.[1] Ich habe daher einstweilen, jedoch ganz insgeheim, abschriftlich anliegendes Projekt eines freiwilligen Subjektionsvertrages[2] entworfen, in welchem beinahe nur das Wort „Landeshoheit" über dasjenige hinausgeht, was nach den erhaltenen Versicherungen die mindermächtigen Stände mit Freuden zugeben, ja, in ihrer gegenwärtigen Lage noch als Gewinn ansehen werden. Da der Geh. Referendär Hofer die vollständigste Kenntniß von der inneren Verfassung des Schwäbischen Kreises besitzt, so wünschte ich, daß mein nur flüchtig hingeworfener Aufsatz ihm so schleunig als möglich zur Begutachtung zugeschickt werden möge . . .

Der ganze Plan übrigens ist bloß in dem Fall ausführbar, wenn man diesseits erreichen kann, daß sich auch die Leiningischen und Erbachischen Lande mit anschließen, indem im entgegengesetzten Fall zu befürchten wäre, daß Bayern und Württemberg die Fränkischen Lande allein unter sich theilen, wobei man alsdann diesseits offenbar verlieren würde.

---

621. Karl Friedrich an Reitzenstein.

O. O. 15. Juni 1806.[3]

[Bitte um Uebernahme des Ministeriums des Innern.]

. . . Sie haben der Vergrößerung meines Hauses und dem Wohl und dem Besten meiner Lande alle Ihre Kräfte bis dahin mit so sichtbarem Erfolge gewidmet, daß ich mir schmeichle, der Herr Kabinetsminister werden auch nicht auf

[1] Auch Kleiser gedenkt in seiner mehrfach angeführten Relation dieser Unterredung und bezeichnet die Vorschläge, die Reitzenstein ihm unterbreitet, als sehr gemäßigte, behauptet aber, er habe sich, da er auf Grund von Aeußerungen La Besnardière's vom gleichen Tage von neuem Hoffnung auf Erhaltung Fürstenbergs geschöpft habe, dem Minister gegenüber durchaus zurückhaltend benommen und bemerkt, er könne „bei dem ständigen Wechsel der Dinge" nur dann eine bestimmte Erklärung abgeben, wenn Reitzenstein bestimmte Vollmacht zu Verhandlungen über den Gegenstand besitze.

[2] Oben Nr. 618.

[3] Nach dem theilweisen Abdruck des Schreibens bei **K. A. v. Reichlin-Melbegg**, G. E. Paulus und seine Zeit, II, 19. Original und Concept sind nicht mehr vorhanden; ersteres ist jedenfalls, wie so vieles andere werthvolle und unersetzbare Material zur

halbem Wege stehen bleiben und daher meinem dringenden Ersuchen entsprechen, bei der bevorstehenden Organisation die Stelle eines Ministers des Innern anzunehmen, zu der ich Sie andurch berufe.

Da ich mirs seit Ihrer ersten ruhmvollen Mission nach Paris stets zum angenehmsten Geschäft gemacht habe, dem Herrn Kabinetsminister die ausgezeichnetsten Beweise meines unumschränkten Vertrauens zu geben, so würde es für mich kummervoll sein, ein ablehnende Antwort über diesen Gegenstand zu erhalten, und ich darf vielmehr von Ihrem erprobten Attachement an meine Person und an den badischen Kurstaat mit Zuversicht hoffen, daß Sie mir auch dermalen, wie in so vielen andern Gelegenheiten, Ihre wichtigen Dienste nicht versagen werden . . .

622. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 19. Juni 1806.

[Knechtung Deutschlands. Kaiserthum des Occidents. Neue Pläne für die Gestaltung Deutschlands. Verhältniß zu Preußen und Hessen-Kassel.]

. . . La cour aura vu par les derniers moniteurs avec quelle rapidité sans exemple le système d'un despotisme universel se développe ici. Depuis trois ans que je m'y trouve j'avais cru de mon devoir d'appeler souvent l'attention de la cour sur la perspective effrayante qui se montrait de loin, parlant de l'Empire d'Occident, de la dissolution de l'Empire d'Allemagne, du sort qui attendait chaque prince intermédiaire. Je ne pensais point qu'il puisse arriver une époque où en 5 mois de temps on érigerait arbitrairement deux royaumes et où en un jour on créerait la dignité d'un Roi, d'un Coadjuteur électoral et de deux Ducs souverains. Le Moniteur du 5 a montré la possibilité d'un tel ordre des choses et je ne vois plus autour de nous le moindre élément qui empêchait que l'Empereur Napoléon ne se déclarât cette année-ci encore Empereur d'Occident et fît son couronnement à Rome[1] . . .

badischen Geschichte, bedauerlicher Weise mit dem schriftlichen Nachlaß des Ministers von seinem Neffen vernichtet worden. — Von der Berufung ist weiter nichts bekannt. Wenn Reichlin-Meldegg — und nach ihm wohl auch Kleinschmidt, a. a. O. 201, dann freilich behauptet, Reitzenstein sei dem Rufe auch gefolgt, so irrt er in dieser Annahme. Der Minister hat seine Abneigung gegen die Uebernahme irgendwelcher amtlichen Thätigkeit in Karlsruhe deutlich zu erkennen gegeben und zweifellos das Anerbieten abgelehnt. Vermuthlich aus diesem Grunde hauptsächlich ist die Abzweigung und Bildung eines Ministeriums des Innern damals überhaupt unterblieben.

[1] Auch Dalbergs Oheim, der Kurerzkanzler, denkt an die Errichtung eines Kaiserthums des Occidents durch Napoleon, hält dieselbe aber — und das ist beachtenswerth — im Gegensatz zu dem Neffen für ein erstrebenswerthes Ziel. Vergl. v. Beaulieu-Marconnay, Karl von Dalberg, II, 46 ff.

Quant aux affaires de l'Allemagne, la même incertitude règne encore. Il a été présenté il y a trois jours le septième plan et on pourrait parier qu'il sera également rejeté. Il y a peu de jours que M^r La Besnardière disait, il se pourrait qu'on revînt en définitif au plan de Mr Pfeffel et qu'on repoussât tous ces projets d'envahissement qui ne sont pas le véritable intérêt de la France . . .

M^r le Mis de Lucchesini a voulu par ordre de sa cour discuter près de Mr Talleyrand les affaires de l'Allemagne, on lui a fait sentir que l'influence de sa cour ne pouvait être comptée pour rien et plusieurs notes n'ont pas même été soumises à l'Empereur qui exige que ni la Prusse ni l'Autriche ne se mêlassent dorénavant des intérêts de l'Empire Germanique.[1]

L'Electeur de Hesse a envoyé plusieurs courriers ici du nombre desquels était Mr de Starkloff, son secrétaire, pour présenter sous le plus beau jour l'alliance qu'il avait projetée avec plusieurs des petits princes enclavés dans ses états. On a répondu qu'on n'y consentait pas et qu'aussi longtemps qu'il se trouvait «Feldmarschall» de Prusse on avait peine à le juger comme un souverain dont l'alliance était intéressante pour la France . . .

M^r le Prince de Hohenzollern-Sigmaringen va épouser la nièce du Prince Murat, une petite paysanne élégamment formée dans la maison de Mme Campan où la Princesse Stéphanie a été élevée[2] . . .

---

623. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 19. Juni 1806.

[Rückkehr der Breisgauer Deputirten. Vergebliche Versuche zu Gunsten der landständischen Verfassung.]

. . . Les députés du Brisgau partent demain . . . Je savais qu'ils avaient l'intention de profiter de leur séjour pour intéresser en faveur des états, et on m'en avait averti, mais ils ont bien vu l'impossibilité d'y réussir, et je crois qu'ils s'y sont soumis d'assez bonne grâce. L'Empereur m'a demandé, si nous avions encore des états, et ayant répondu que non, il en a été satisfait . . .

---

624. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 20. Juni 1806.

[Die Haus- und Staatsschuldenpragmatik. Brauers Entwurf ein Meisterstück. Politische Veränderungen. Hoffnungen auf die deutsche Schweiz.]

. . . Mr Vierordt nous est arrivé hier; j'ai lu les papiers qu'il m'a apportés, mais je suis tellement occupé dans ce moment que je ne puis

---

[1] Vergl. dazu Bailleu, a. a. O. II, 473.

[2] Vergl. oben S. 599, Anm. 2.

dire qu'en gros que j'applaudis infiniment au travail de Mr Brauer sur les statuts à établir[1] relativement aux dettes de la maison et que j'en regarde la rédaction comme un chef-d'œuvre dont la publicité fera un excellent effet[2] . . .

Prinz Murat soll, wie verlautet, Istrien und Dalmatien erhalten, Berg und Cleve theils an Holland fallen, theils dem Herzog von Aremberg als dem künftigen Gemahle der Mlle Tascher überwiesen werden.[3]

. . . Cependant je ne m'inquiète nullement de ce partage, j'espère au contraire qu'il devra tourner à notre avantage et favoriser nos espérances par rapport à la Suisse; on m'en a encore parlé tout récemment comme d'une chose assez certaine. Loin de prétendre à la totalité de ce pays, n'ayant jamais sérieusement convoité la partie italienne et française, dont la première pourrait très bien être donnée au Prince Borghese, je crois que nous aurons suffisamment lieu de nous féliciter, si nous parviendrons à obtenir la Suisse allemande . . .

---

624 a. Edelsheim an Reitzenstein.

Paris, 21. Juni 1806.

[Erkrankung des Kurfürsten. Befürchtungen. Finanzoperationen Seckendorffs. Verzicht auf die Frankfurter Anleihe. Plan eines Abkommens mit Thurn und Taxis.]

Der Gesundheitszustand des Kurfürsten, der an katarrhalischem Fieber erkrankt ist, gibt Anlaß zu Befürchtungen; der Kurfürst befindet sich heute etwas besser.

Mr Schr[ickel][4] m'a dit qu'à cet âge on ne pouvait pas garantir que le moindre incident inattendu ne rendît une semblable grippe très sérieuse et alarmante, que ce qui lui déplaisait le plus c'est que depuis

---

[1] Es handelt sich um den Entwurf einer „Pragmatik über landesherrliche Veräußerungen und Schuldaufnahmen", mit dessen Ausarbeitung der Kurfürst den Geh. Rath Brauer schon am 6. Sept. 1805 beauftragt hatte, dessen Berathung im Geh. Rathskollegium aber erst anfangs Juni 1806 angeordnet wurde, als die oben mitgetheilten Nachrichten aus Paris die Publikation eines solchen Gesetzes dringend räthlich erscheinen ließen. Die Pragmatik ist dann nach Brauers Entwurf am 10. Oktober 1806 vom Großherzog unterzeichnet und im Regierungsblatt vom 11. Nov. veröffentlicht worden. Akten darüber im Karlsruher Archiv.

[2] Erst am 11. Juli gibt Reitzenstein sein Gutachten über den Entwurf ab, den er aufs neue als ein „wahres Meisterstück" bezeichnet; er ist überzeugt, „daß dessen Publikation allein schon ein mächtiger Schritt zur Wiederherstellung der Finanzen sein und den badischen Credit im Ausland neu begründen" werde.

[3] Welch' abenteuerliche Gerüchte in diesen Tagen der politischen Krisis in Paris in Umlauf waren und geglaubt wurden, beweisen Reitzensteins Meldungen von einer bevorstehenden Abdankung des Papstes und der Abschaffung des Cölibats und der Ohrenbeichte. An Edelsheim 26. Juni.

[4] Der Leibarzt des Kurfürsten; nach einer anderen Aeußerung befürchtet er Wassersucht.

le commencement de la fièvre catarrhale il trouvait le pouls presque toujours intermittent. Deus bene vertat! Il serait toutefois bon que V. Exc. nous procurât les ordres éventuels de Msgr. le Prince électoral, au cas que cela tournât mal. Il est bien entendu qu'on les tiendrait très secrets jusqu'au moment décisif.

Nachschrift.

Seckendorff hat, obgleich noch abwesend, eine glückliche Finanzoperation gemacht.

. . . Mr B[aumgärtner][1] avait négocié on ne peut guère plus maladroitement chez Mrs Bethmann à Francfort un emprunt de 300000 fl. . Les conditions de son engagement étaient si ridicules et si onéreuses — le calcul le plus juste prouvant qu'il en eût coûté passé 13 %, —[2] cependant Mrs Bethmann ont trouvé une difficulté parfaitement fondée à quelques formalités, en partie même impossibles à remplir, dont le lumineux faiseur leur avait donné par écrit l'assurance la plus précise. Mr de Seckendorff a profité de cette circonstance pour supprimer et rompre un engagement si préjudiciable, à quoi il a été autorisé de suite par l'Electeur ainsi qu'à la négociation d'un nouvel emprunt plus considérable même avec d'autres banquiers pour faire mieux face aux véritables embarras, au lieu de les augmenter continuellement par de semblables palliatifs[3]. Les éclaircissements que Mr de Seckendorff a transmis à l'Electeur sur les turpitudes et la crasse ignorance que le suffisant faiseur avait déployées à cette occasion ont déterminé S. A. S. E. à me charger des expéditions à Mr de Seckendorff sur cet objet, avant d'en faire donner la moindre connaissance au conseil intime des finances . . .

Fortsetzung vom 22. Juni.

Mr le Bon de Seckendorff a émis une idée sur l'objet énoncé ci-devant qui paraît au moins ingénieuse. Comme il s'agit de remplacer les 300000 fl. pour lesquels il va rompre les traités avec Bethman, il pense qu'on pourrait proposer au Prince de La Tour de le tenir quitte des 15000 fl. qu'il avait offerts annuellement, s'il voulait avancer sans intérêts un capital de 300000 fl. sous la condition expresse que de six en six mois on aurait la liberté de le lui dénoncer et restituer partiellement, mais qu'en ce cas, dès que l'Electeur aurait fait entièrement rembourser ce capital, le Prince de Taxis lui en payerait 6 % d'intérêt, c'est à dire

---

[1] Geh. Rath Joh. Friedrich Baumgärtner, der Vertrauensmann des Markgrafen Ludwig, Mitglied des Geh. Finanzraths.

[2] Der Satz fällt hier aus der Construktion.

[3] Vergl. darüber den bei den Acten über das Bethmannsche Anlehen befindlichen Bericht Seckendorffs vom 11. Juni. Der Versuch, bei dem Bankhause Goll in Frankfurt ein Anlehen von 1 Million aufzunehmen, scheitert.

18000 fl. annuellement[1]. Toutefois pour ne pas négliger dans cette circonstance les avis qui ont été donnés par V. Exc. relativement aux intentions de l'Empereur Napoléon, Mr de Seckendorff conseille qu'on se réserve la faculté de lever tout cet engagement dans 1, 2 ou 3 années, bien entendu qu'il faudrait alors qu'on restituât auparavant les 300000 fl. de capital. Quoique l'Electeur n'ait pas pris de résolution définitive à ce sujet, il a invité Mr de Seckendorff à sonder sous main, si le Prince de Taxis accepterait éventuellement cette proposition et serait à même de la remplir, au cas qu'on la lui fît de notre part, mais la détermination de l'Electeur dépendra de l'avis ultérieur qu'il attend de la part de V. Exc. . . .

---

625. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 24. Juni 1806.

[Artikel des Publiciste über die Abdankung des Kurfürsten. Beschwerde bei Talleyrand. Entgegnung im Moniteur.]

Beiliegend ein angeblich aus Stuttgart stammender Artikel aus der gestrigen Nummer des Publiciste, der sich mit der Abdankung des Kurfürsten beschäftigt.[2] Reitzenstein wird sich noch heute bei Talleyrand darüber beschweren und verlangen, daß der Moniteur den Artikel aufs entschiedenste dementire und die schuldigen Redakteure zur Rechenschaft gezogen werden. «Je déclarerai en même temps que faute de cette réparation nécessaire on ne doit pas trouver mauvais ici que nous y fassions répondre par le Journal politique de Mannheim et que par la même voie nous manifestassions notre étonnement de ce qu'un gouvernement, aussi chatouilleux sur tout ce qui est dit à son égard dans les feuilles étrangères, ait dû oublier à un tel point ce qu'il se doit à lui-même et à l'honneur de Msgr. le Prince électoral.»

In einem zweiten Schreiben vom gleichen Tage theilt Reitzenstein mit, der Kurprinz sei über den Vorfall in solche Erregung gerathen, daß er sofort einen Kurier nach Karlsruhe entsandt habe, «pour réiterer à S. A. S. E., son respectable grand-père, ses sentiments inaltérables d'attachement et de respect filial». Talleyrand war über den Artikel, der übrigens aus der Gazette de Francfort stammen soll, gleichfalls sehr ungehalten und hat sofortige Remedur versprochen.[3]

---

[1] In dem Vertrage mit Taxis vom 26. August d. J. kömmt unter ähnlichen Bedingungen ein Anlehen von 100000 fl. zu Stande, dessen mit 6% berechnete Zinsen von der jährlichen Recognition von 24000 fl. in Abzug gebracht werden sollen.

[2] Die Beilage fehlt. In dem betr. aus Stuttgart vom 16. Juni datirten Artikel wird das Gerücht von bevorstehenden großen Veränderungen im Karlsruher Ministerium verzeichnet: Markgraf Ludwig sei zurückgetreten, der Kurfürst denke daran abzudanken und sich nach Rastadt zurückzuziehen; der Kurprinz werde die Regierung übernehmen und Mannheim solle die Residenz und Hauptstadt des Landes werden. Publiciste vom 23. Juni. Pariser Nationalbibliothek.

[3] Dieselbe erfolgt schon in einem Artikel des Moniteur vom 25. Juni Nr. 176, der sich gegen die umlaufenden thörichten Gerüchte wendet; man hätte erwarten dürfen, daß französische Zeitungen eine solche Nachricht nicht bringen würden. «L'Electeur de Bade ne gouvernera jamais ses peuples aussi longtemps que cela est à souhaiter pour leur bonheur.»

626. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 27. Juni 1806.

[Cardinal Fesch. Bemühungen der kleinen deutschen Reichsstände um Rettung ihrer Existenz. Der Kurerzkanzler auf ihrer Seite.]

Die Gerüchte über die Pläne des Kaisers wechseln von Tag zu Tag. Neuerdings verlautet, der Coadjutor Fesch solle das Herzogthum Berg erhalten. Fesch erklärt ziemlich öffentlich, es liege in Frankreichs Interesse «de perpétuer l'anarchie actuelle en Allemagne, en protégeant tous les petits contre les grands».

. . . En attendant tous les petits états de l'Allemagne s'encouragent et donnent encore leur dernier schilling (sic!) dans l'espérance de conserver une ombre d'existence, et personne ne travaille avec plus de ferveur pour faire abouder (sic! aboutir? aborder?) le gouvernement français dans ce sens que l'Archichancelier Dalberg qui doit avoir envoyé ici plusieurs mémoires à cet effet. On voit maintenant que c'était une grande faute il y a 4 ans de n'avoir pas généralisé la sécularisation. Ce levain qu'on a laissé fermente terriblement et nous avons nourri dans notre propre sein l'ennemi le plus acharné et le plus dangereux de l'Allemagne et surtout des princes protestants. Msgr. le Prince électoral est résolu de parler encore très sérieusement à l'Empereur avant son départ et de le presser à lui donner sa parole formelle à l'égard de ses intentions . . .

Da der Kurprinz in ein paar Tagen die Heimreise antritt, wird er selbst das Resultat melden und zugleich drei Schreiben Reitzensteins für den Kurfürsten, die Gräfin Hochberg und den Markgrafen Ludwig überbringen.[1]

---

627. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 28. Juni 1806.

[Der Artikel des Publiciste stammt aus Cannstadt. Beschwerde in Stuttgart. Verleihung des Großkreuzes der Ehrenlegion an den Markgrafen Ludwig.]

Der Artikel des Publiciste ist schon ein paar Tage vorher in der Cannstadter Zeitung erschienen, angeblich aus Karlsruhe datirt. Edelsheim hat daher sofort den Minister von Normann in Stuttgart ersucht, den Redakteur zum Widerruf und zur Nennung des betr. Correspondenten aufzufordern.

. . . Les soins de Msgr. le Prince électoral dans cette circonstance ont aussi été des plus efficaces, l'Empereur venant d'envoyer aujourd'hui par Mr Massias les grandes marques de l'ordre de la légion d'honneur à Msgr. le Margrave Louis. L'Electeur sera sensiblement touché de ce témoignage de bienveillance et il l'appréciera certainement comme une faveur qui se rapporte évidemment au désir de S. M. de faire quelque chose qui lui soit agréable . . .

Concept.

---

[1] Fehlen sämmtlich.

628. Edelsheim an die Markgräfin Amalie.[1]

Karlsruhe, 28. Juni 1806.

[Artikel des Publiciste über bevorstehende Abdankung des Kurfürsten. Taktvolles Benehmen des Kurprinzen. Berichtigung im Moniteur.]

J'aurais aujourd'hui tout un volume à écrire à V. A. S., si le temps me permettait de l'entreprendre. Voici en abrégé le résumé de ce dont il s'agit.

Un article du „Publiciste" du 23 sous la date prétendue de Stoutgart annonce qu'il allait y avoir de grands changements dans le ministère de Bade, la retraite du Prince Louis de l'administration des finances et de la partie forestale, l'abdication prochaine de l'Electeur qui, en cédant la régence à son petit-fils le Prince électoral, vivrait en retraite à Rastadt et à la Favorite, tandis que le Prince électoral fixerait sa résidence à Mannheim . . . Le Prince électoral, indigné de cette légende, a expédié sur-le-champ Montanus ici pour en exprimer son mécontentement à l'Electeur par le Prince Louis, en réitérant ses sentiments inaltérables d'attachement et de respect filial envers son auguste grand-père. Il en a vraisemblablement témoigné en même temps sa sensibilité à l'Empereur qui pour faire une chose agréable à l'Electeur vient d'envoyer aujourd'hui la grande décoration de sa légion d'honneur au Margrave Louis. Le Prince électoral a montré dans cette circonstance un caractère de loyauté et de droiture qui mérite les plus grands éloges, et sa prévoyance ne lui a pas laissé négliger les précautions les plus convenables pour dérober à la connaissance de l'Electeur tout ce qui est relatif à cet objet, au cas qu'il n'en fût pas déjà informé et qu'on jugeât peut-être de le lui devoir laisser ignorer encore. M^{r} le B^{on} de R[eitzenstein], qui de son côté a fait des démarches fort vives pour obtenir que les rédacteurs des journaux français fussent sévèrement censurés de cette inconvenance, espère que le Moniteur déclarera incessamment la fausseté de cet article et qu'une rétractation formelle en fera une réparation satisfaisante. Il semble que Msgr. le Prince électoral ait pris un parti dans cette circonstance sans consulter personne, ne suivant dans tout cela que le sentiment de son propre cœur . . .

Quoique l'Electeur soit si bien qu'il a reçu aujourd'hui M^{r} le Bon de Reibeld et s'est entretenu pendant près $^{1}/_{2}$ heure avec lui, Mr Sch[rickel] que nous avons consulté a jugé qu'il ne serait pas prudent de l'exposer à l'impression désagréable que lui causerait indubitablement l'article du „Publiciste". Il est fâcheux que par cette raison il faille lui laisser ig-

[1] Zur Zeit in Schloß Rohrbach bei Heidelberg.

norer aussi les témoignages d'attachement du Prince électoral, son petit-fils, qui lui auraient causé la satisfaction la plus tendre . . .

Concept.

---

629. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 1. Juli 1806.

[Die Entscheidung der deutschen Frage steht bevor. Sorge vor einer Verständigung mit Bayern und Württemberg auf Kosten Badens. Gesuch um Zulassung zu den Berathungen und Berücksichtigung der badischen Wünsche.]

Le soussigné, ministre du cabinet de S. A. E. de Bade, ayant eu le malheur de faire plusieurs fois des efforts inutiles de présenter ses hommages à S. Exc. Msgr. le Prince de Bénévent se permet de Lui adresser par écrit l'objet important d'une réclamation à laquelle il est appelé par son devoir. Il ne peut pas douter que l'arrangement des affaires du midi de l'Allemagne ne soit très imminent; il a raison de croire que les ministres de Bavière et de Wurttemberg ont été admis à conférer avec S. Exc. sur cet objet, et quelque illimitée que soit sa respectueuse confiance dans l'assurance bienveillante reçue plus d'une fois qu'il ne serait prise aucune détermination sans avoir l'entendu, sans entrer avec lui dans les mêmes communications qu'avec les autres ministres et sans prendre en juste considération le contenu de ses mémoires, il ne saurait néanmoins dissimuler l'inquiétude qu'il éprouve d'apprendre une décision définitive prise à son insu et dès lors sans aucun doute au détriment des intérêts de son maître. Le soussigné a communiqué cette inquiétude à S. A. le Prince électoral en le priant au moment de son départ de se recommander avec toute l'instance possible dans la protection toute-puissante de S. M. l'Empereur et Roi, il a lieu de supposer que Sa Majesté a daigné accueillir l'expression respectueuse de ce vœu et qu'il n'est nullement dans Ses intentions tout aussi peu que dans celles de Son Excellence, qu'il soit préparé un arrangement sous lequel les relations politiques de la maison de Bade pourraient souffrir ou dont elle pût avoir à se plaindre sous d'autres rapports. Le soussigné a scrupuleusement rempli le devoir de ne manquer en rien à ce qu'il devait à la haute médiation du Gouvernement français; il s'est imposé l'obligation de soumettre à Son Excellence les travaux préparatoires qu'il a faits relativement à cet objet; ce n'est pas lui ni sa cour qui a provoqué ou sollicité la mesure en question, mais il a dû déclarer que l'Electeur ne pouvait voir tranquillement que cette mesure fût exécutée d'une manière nuisible à ses intérêts. C'est dans ce principe que Sa Majesté a daigné formellement décider l'égalité de partage entre les trois souverains, Ses alliés. Le soussigné ne demande pas la moindre faveur pour son maître, il se borne à réclamer de la bonté de Son Excellence

la justice la plus rigoureuse, mais il doit désirer d'autant plus vivement de ne pas se voir exposé à souffrir par des attaques que tout son zèle ne suffirait ni à parer ni à détourner, et à devenir peut-être la victime d'une coalition sourde des deux autres cours contre celle de Bade. Il serait infiniment triste si, au moment même peut-être où le Prince électoral revient à Carlsruhe et y apporte la confirmation des dispositions gracieuses et protectrices de Sa Majesté, les intérêts de ses futurs états fussent compromis par des transactions que S. A. l'Electeur apprendrait peut-être plutôt par les papiers publics que par le rapport de son ministre. Le soussigné est parfaitement pénétré des sentiments de profonde reconnaissance qu'il doit à la bienveillance tant de fois éprouvée de S. Exc. le Prince de Bénévent, il sent que ce serait l'ingratitude la plus répréhensible de s'arrêter un seul moment à l'idée qu'un ministre aussi éclairé que zélé pour la gloire de son monarque puisse traiter défavorablement une maison attachée pour jamais et par tant de liens à la France, mais il se défend difficilement de la crainte que la religion de Son Excellence pourrait être surprise par des exposés auxquels on n'aurait pas été admis à répondre ou par des assertions qu'on n'aurait pas pu réfuter faute d'en avoir été instruit. C'est par ce motif aussi important que juste que le soussigné se permet de réitérer la demande que Son Excellence lui a déjà permis de faire de bouche que des affaires d'un intérêt commun aux trois états veuillent bien ne pas être définitivement décidées, sans que le soussigné ait été entendu. S'il pouvait être nécessaire de motiver davantage ce vœu, il suffirait d'observer qu'un des projets rédigés de la part de la Bavière s'est fait remarquer par une faute arithmétique de pas moins de 20 000 sujets précisément au détriment du lot proposé dans ce projet pour la maison de Bade . . .

Pariser Archiv.

630. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 1. Juli 1806.

[Gesundheitszustand des Kurfürsten. Stillstand der Geschäfte.]

J'apprends d'une manière très sûre que S. A. S. l'Electeur est non seulement atteint d'une hydropisie de poitrine, mais encore d'une hydropisie générale. L'enflure est remontée des jambes au haut des cuisses. On n'a point laissé pénétrer cette nouvelle dans le public.

Depuis longtemps S. A. S. l'Electeur n'a pris aucune résolution relative aux affaires du pays. Celles qui lui avaient été envoyées par les divers ministères leur ont été renvoyées de sorte que toutes les affaires sont dans une stagnation absolue . . .

Pariser Archiv.

631. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 2. Juli 1806.

[Nachrichten über den Rheinbund.]

|: Depuis plusieurs jours j'avais des notions sur ce qui se passait. Avant de les mander je désirais avoir connaissance de l'ensemble. Me trouvant hier chez Mme Talleyrand, elle m'a dit ces détails. La ville de Francfort fait la dotation de l'Archichancelier pour le coadjutorat. Après la mort de mon oncle et de Fesch l'Empire français nomme l'Archichancelier. Mon oncle sera chargé de rédiger une nouvelle constitution.

. . . Je m'explique maintenant les motifs pour lesquels Mr de Talleyrand me retient ici. :|

Les affaires d'Allemagne ont pris depuis le 27 de juin une marche décisive, et on peut regarder la forme constitutionnelle de cet empire dissoute et remplacée par ce qu'on va appeler la confédération des états de l'Allemagne. La plupart des petits princes sont fondus dans les états des princes plus puissants. Le siège de cette Confédération est placé à Francfort et chaque prince signe avec la France un traité qui règle ses rapports à ce nouvel édifice politique. Mr de Reitzenstein doit avoir fait part à la cour de ce qui détermine les rapports de l'Electorat de Bade. Les agrandissements les plus considérables qu'il va obtenir sont les principautés de Linange et de Furstenberg, la dignité royale etc. Le comté d'Erbach revient à Darmstadt, nommé ainsi que le Duc de Clèves également Roi . . .

Cette Confédération, liée à la France, formera une masse militaire très considérable et suffisante pour s'en imposer à tous ceux qui pourraient vouloir l'attaquer. La France l'appuye de 200 000 hommes de toutes armes et les forces de la Hollande et de l'Italie y sont jointes.

Avant le 15 les ratifications des traités doivent être faites, ceux de la Bavière et de l'Archichancelier sont déjà signés.[1]

Il y a différents princes qui restent, tels que les Hohenzollern, Isenburg, Geroldseck[2], Salm, le prince de Nassau qui s'empare des états de son cousin d'Orange et qui sera le chef des princes . . . L'Electeur de Hesse pourra, s'il le désire, se joindre à cette Confédération, mais il ne paraît point y être favorisé . . .

---

632. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 2. Juli 1806.

[Schreiben der Markgräfin an die Kurprinzessin. Angebliche Unterschlagung durch Reitzensteins Schuld.]

Dalberg hält den Ausbruch eines großen Krieges des Westens gegen den Osten binnen Jahresfrist für unvermeidlich.

---

[1] Sic! Die Unterzeichnung erfolgte bekanntlich erst später.

[2] Gemeint ist der Fürst von der Leyen als Besitzer der Grafschaft Geroldseck.

. . . Msgr. le Prince électoral Vous dira, V. Exc., combien son épouse et l'Empereur surtout ont été sensibles que Mme la Margrave n'avait point répondu à la lettre de la Princesse Stéphanie lors du mariage.[1] Le fait est que Mme la Margrave a répondu, qu'accompagnée de 5 autres lettres, à ce qu'elle m'a fait l'honneur de m'écrire, elle les remit à Mr Meier[2] et Mr Meier à Mr de Reitzenstein où elles sont restées. Le Prince électoral m'a assuré qu'il n'avait jamais reçu le paquet de sa main. Mme la Margrave m'a envoyé hier une seconde lettre pour Mme la Princesse Stéphanie[3] en m'écrivant qu'elle était outrée de ce qui s'était passé et que cela ne pouvait tenir qu'à un trait de noirceur. Il est sûr que le fait est violent, et j'ignore, de quel front Mr de Reitzenstein se présentera à Mme la Margrave . . .

633. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 2. Juli 1806.

[Die Entscheidung der deutschen Angelegenheiten steht unmittelbar bevor. Hohenzollern als Mitbewerber. Bestrebungen Hessen-Darmstadts und Nassau-Weilburgs.]

|: La présente n'est que pour Vous prévenir que, la grande affaire des arrangements d'Allemagne devant être finie dans le courant de cette semaine, je me trouve obligé de retarder . . . le départ de Mr Vierordt, parce qu'il me faudrait sans cela envoyer un courrier exprès. Je suis fort curieux, de quelle manière le partage se fera encore, un nouveau concurrent s'étant encore présenté dans la personne du Prince de Hohenzollern-Sigmaringen qui, devant épouser Mlle Antoinette de Bonafoux, nièce du Prince Murat[4], obtiendra quelques petits agrandissements. On demande même en sa faveur au Roi de Bavière le comté de Tettnang. Il n'est pas encore décidé, si la souveraineté sur les petits états dont l'application a été promise au Landgrave de Darmstadt[5] et au Prince de Weilburg doit avoir lieu pour le premier au deçà ou au delà du Mein. Ceci influera beaucoup sur les avantages de la Bavière, du Wurtemberg et de nous-mêmes. Le Landgrave de Darmstadt sollicite encore infiniment la dignité électorale, et je crois même que le Prince de Weilburg est possédé de la

[1] Vergl. S. 688 Anm. 2.

[2] Wohl Wilhelm Meier, der Sohn des Geh. Raths und spätere Generalstabsarzt.

[3] Vergl. Lécestre, Lettres inédites de Napoléon, I, 70.

[4] Sic! Es liegt hier eine Verwechslung vor; nicht eine Tochter der Generalin Bonafoux, einer Schwester Joachim Murats, sondern Antoinette, die Tochter seines Bruders Pierre, war es, die sich mit dem Erbprinzen Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen verlobte und i. J. 1808 vermählte. In der Literatur finden sich vielfach irrige Angaben über die Herkunft der Fürstin. Vgl. die Bemerkungen Kékulés von Stradonitz im Deutschen Herold, XXXI, 54.

[5] Ueber die Verhandlungen mit Darmstadt s. die dürftigen Mittheilungen bei Steiner, Großh. Ludwig I., 102 ff.

même lubie; on veut au même moment proposer la dignité royale à notre maître, mais je ne cesserai de répéter qu'il faudra commencer par donner le royaume . . . :|

---

634. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 3. Juli 1806.

[Unterredungen mit Talleyrand. Abschluß des Rheinbunds. Territoriale Erwerbungen Badens. Uebertragung der Königswürde.]

|: La nouvelle donnée hier sur l'arrangement prochain des affaires d'Allemagne se confirme. M'étant aperçu que M[rs] de Cetto et de Wintzingerode s'étaient secrètement réunis pendant deux jours consécutifs chez M[r] Talleyrand, j'ai présenté à celui-ci une note extrêmement forte pour lui rappeler l'engagement qu'il avait pris de ne rien faire avec les autres sans entrer dans les mêmes communications avec moi[1]. En même temps j'avais déjà engagé le général Duroc à présenter directement à l'Empereur une réclamation pareille. Cette dernière démarche est probablement venue à la connaissance de M[r] Talleyrand, parce qu'après une petite discussion préalable que j'eus avant-hier il m'accorda hier une conférence secrète de plus d'une heure, ce qui ne m'est jamais encore arrivé avec lui. Avant-hier le Prince Murat avait la sienne, aujourd'hui j'en aurai une seconde, et il n'est nullement douteux que dès lors et peut-être ce soir encore le projet d'arrangement sera soumis à l'Empereur et que nous signerons demain ou au plus tard après-demain. Je suis déjà assez avancé pour pouvoir assurer que, quand même nous n'aurions peut-être pas absolument la même population comme la Bavière, le résultat sera toujours très acceptable, puisque non seulement nous aurons les $^5/_6$ du pays de Furstenberg, la totalité de Linange avec Billigheim et Neudenau, le Klettgau, Thengen et une grande partie de Loewenstein-Wertheim; mais que j'espère aussi arranger en même temps et d'un seul trait de plume la majeure partie de nos différends avec Wurtemberg. Dans cette position un pareil résultat me paraît trop important pour chicaner sur des petites différences d'évaluation. Nous céderons Biberach et pas un pouce de terrain de plus, par contre nous n'aurons pas Nellenburg à la vérité, mais cependant Bonndorf, Bräunlingen, Villingen avec son territoire, à l'exception de la partie au delà de la Brigach, et Tuttlingen avec la partie de son territoire sur la droite du Danube; Heitersheim est aussi formellement garanti, ce dont on pourra confidemment avertir M[r] de Drais. Mais ce qui me fait une véritable peine, c'est qu'il m'a absolument été impossible de décliner

---

[1] Oben Nr. 629.

la dignité royale. J'expliquerai dans mon rapport[1] que j'expédierai par Mr Vierordt en courrier les raisons, pour lesquels je n'ai pas pu l'empêcher. La principale est que tous les alliés de la France doivent se séparer de l'Empire et former une association à part; dès lors il ne pouvait plus être question de fonctions électorales. Le Prince Murat prend aussi le titre de Roi, mais ce qui est plus ridicule encore et ce que Mr de Pappenheim aurait facilement pu éviter, c'est que le Landgrave de Darmstadt, ne pouvant pas être Electeur, sera Roi. On a eu la grande générosité de nous fixer la première place, au Prince Murat la seconde et au Landgrave de Darmstadt la dernière. :|

635. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 5. Juli 1806.

[Ankunft und Empfang der Kurprinzessin.]

Die Kurprinzessin Stephanie ist gestern angekommen; von Kehl ab haben kurfürstliche Truppen und Bürgerwehr sie geleitet und ihr alle Ehren erwiesen. Die Einwohnerschaft hat sie jubelnd begrüßt, Stadt und Zirkel waren glänzend erleuchtet.[2] Die kurfürstliche Familie hat sie am Wagen empfangen, nur die Markgräfin Mutter war nicht zugegen, da sie am Krankenbette ihrer Tochter, der Erbprinzessin von Darmstadt, weilte.

Pariser Archiv.

636. Kurprinzessin Stephanie an Napoleon.

O. D. (Juli 1806).

[Aufnahme in Frankreich bei der Durchreise und in Karlsruhe bei der Ankunft. Heimweh.]

Sire, encouragée par la permission que m'a donnée V. M. de Lui écrire et de la promesse de me répondre, je profite du premier moment de repos que me laissent les fêtes dont j'ai été l'objet pour me livrer à ce plaisir. J'ai été reçue à Carlsruhe comme Votre fille et comme V. M. pouvait désirer que je le fusse, on m'a très bien accueillie dans toutes les villes de France où je me suis arrêtée, particulièrement à Strasbourg. En passant le Rhin, j'ai senti avec douleur qu'il me séparerait encore davantage de V. M., mais l'espoir de le repasser bientôt m'a un peu consolée.

J'ai trouvé l'Electeur convalescent, il est aujourd'hui moins bien; il me traite avec bonté. Les personnes de sa cour ne sont occupées que des moyens de me distraire du regret d'avoir quitté la France. Le Prince Charles est très occupé de moi et je suis sensible à ses soins. Je n'ai point trouvé la Margrave à Carlsruhe, il paraît qu'elle est retenue à Darmstadt par la maladie de sa fille qu'on dit mortelle.

---

[1] Dieser, auch in Nr. 649 erwähnte Bericht an den Geh. Rath vom 3. Juli fehlt.

[2] Vergl. v. Weech, Gesch. der Stadt Karlsruhe, I, 203. Von einem kühlen Empfange, von dem J. Turquan in seinem soeben erschienenen Buche: Stéphanie de Beauharnais, 103, fabelt, kann nicht die Rede sein.

Tous les jours, quand je suis rendue à moi-même, je pense à Vous, à l'Impératrice, à tout ce que j'ai de plus cher. Je me transporte en France, je me crois près de Vous et je trouve du plaisir encore à m'occuper de mon chagrin. V. M. me pardonnera la liberté que je prends de Lui dire toutes mes pensées, mais Elle me l'a permis, Sa bonté me rassure et me fait compter sur Son indulgence.

Daignez agréer etc. . . .

Eigenhändig. Pariser Archiv.

---

637. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 7. Juli 1806.

[Verhältniß zu Reitzenstein.]

Reitzenstein hat mit Dalberg noch nicht über die Interessen Badens gesprochen: «on n'a peut-être jamais vu une légation placée dans une situation plus ridicule que celle dans laquelle je me trouve. Honoré de la confiance du ministère ici, causant souvent sur les affaires de notre patrie avec les légations de Bavière et de Wurtemberg et d'autres, je me félicite encore que l'exclusion que Mr de Reitzenstein prétend à tout l'éloigne de moi et je ne me crois assurément ni fait, ni disposé à solliciter sa confiance.»

---

638. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 8. Juli 1806.

[Rückkehr des Kurprinzen. Günstiger Eindruck der Kurprinzessin. Das Schreiben der Markgräfin. Haynau. Gesundheitszustand des Kurfürsten.]

Der Kurprinz ist mit seiner Gemahlin in Karlsruhe eingetroffen.

. . . Je puis Vous assurer que la Princesse a été tendrement reçue par son grand-père dont la joie et la satisfaction à cette réception ont été bien vraies et sensibles. Il n'y a qu'une voix sur les grâces et l'affabilité de la Princesse qui gagne tous les cœurs, et le Prince qui l'apprécie tous les jours davantage a le ton le plus amical et confiant avec S. A. E. qui de Son côté paraît y répondre fort affectueusement. Elle nous a enchantés à la danse et toutes ses formes sont charmantes, — je voudrais même oser me permettre de dire — séduisantes. . . .

Ce qui s'est passé à l'égard de la lettre de Mme la Margrave est inconcevable, mais les calomnies qu'on a insinuées à sa charge sont atroces. Je souhaite seulement que l'Empereur puisse jamais être entièrement désabusé de l'injustice qu'on lui fait.

Les prétentions de Mr de Haynau envers Vous[1] ont fait hausser les épaules à l'Electeur qui paraît se convaincre maintenant de son inutilité

[1] Haynau hatte sich neuerdings wieder taktlos gegen Dalberg benommen.

à Paris. Je ne crois pas non plus que S. A. S. E. partage en aucune manière l'opinion de son mérite imaginaire pour une mission diplomatique. . . . Msgr. l'Electeur de Hesse pourrait sans doute le satisfaire plus aisément qu'aucun autre souverain.

Que de couronnes, cher ami. et quels royaumes! . . .

Die Freude über die Rückkehr des Enkels hat den Kurfürsten neu belebt, aber seine Gesundheit ist noch nicht genügend gefestigt. Erst gestern hat er wieder einige Anfälle (deux accès d'oppressions) gehabt.

639. Massias an den Oberſthofmarſchall Duroc.[1]

Karlsruhe, 8. Juli 1806.

[Sympathien der Bevölkerung für die Kurprinzessin. Charakteristik des Kurprinzen. Mißtrauen und Unschlüssigkeit; Scheu vor einem Damenregiment. Verhältniß zwischen Kurprinzessin und Markgräfin. Feinde und Freunde der jungen Ehe. Vorzüge des Aufenthalts in Mannheim, event. Verlegung der Residenz von Karlsruhe.]

L'effet qu'ont produit sur la cour et le public de Carlsruhe les qualités aimables et la réserve pleine de sagesse de S. A. I. la Princesse Stéphanie Napoléon permet de dire avec vérité que, dès ce moment, elle est sûre de l'amour et de l'opinion de tout l'Electorat. La faiblesse des dernières années de l'administration de l'Electeur, le mauvais état des finances, les démarches fausses et équivoques de son ministère, l'autorité abusive et impunie des baillis et des autorités subalternes, la situation politique elle-même du pays dépendant géographiquement de la France, — tout concourt avec les qualités de S. A. I. à Lui assurer la confiance des habitants dont Elle devient le Palladium. Aussi il a été facile de remarquer que la joie et le contentement qu'ils ont laissé éclater, à Son arrivée, s'adressait bien plus à Elle qu'au Prince électoral.

C'est de lui que viendront les plus grands obstacles à Son existence comme Electrice et fille de Sa Majesté. Soit hasard, soit adresse des courtisans, le trait dominant de son caractère est la crainte de paraitre gouverné par une femme. Les personnes avec qui il a vécu jusques à présent et qui ont espéré régner sous son nom ont eu peur que sa mère ou que l'épouse qu'il devait avoir un jour ne leur disputassent l'autorité. Charles, lui disait-on, pour alarmer sa vanité, sera comme son père et son grand-père qui se sont laissé gouverner par leurs femmes. Ce piège a réussi au delà de leurs espérances, et je doute que d'ici à bien des années la justice et la raison recommandées par son épouse puissent être de son goût. Sur

[1] Massias hat mit Duroc anläßlich der Vermählung und Uebersiedelung der Kurprinzessin eine besondere Correspondenz geführt. Das vorliegende Schreiben, das sich im zweiten Supplementbande des Fonds Bade findet, trägt die Nr. 3; außerdem sind die Berichte Nr. 5 und 7 vom 27. und 29. Juli vorhanden.

ce point aussi que dans la plupart de ses actions, il sera plus facile d'éluder que de vaincre son indomptable opiniâtreté. Une profonde méfiance fondée sur la connaissance des personnes avec qui il a vécu, une indécision habituelle, fruit de l'ignorance dans laquelle on l'a élevé, seront un nouvel obstacle aux vues généreuses et au bonheur domestique de la Princesse Impériale et, si l'avènement de son épouse au trône électoral ne fait en lui une heureuse révolution, il fera, sans avoir de grands vices ni de grandes vertus, par sa seule force d'inertie, le désespoir de tous ceux qui voudraient opérer le bien de son pays.

Les manières honnêtes que, depuis son arrivée, il affecte envers son épouse n'ont trompé aucun de ceux qui connaissent sa profonde dissimulation, surtout depuis que dans ses entretiens confidentiels il a laissé échapper une partie de ses vrais sentiments. Il redoute la fermeté et le bon sens de Mme de Walsh[1] que dans un mois, dit-il, il saura s'il faut garder ou renvoyer.

Il pourrait s'établir un accord de volontés entre Mme la Princesse Stéphanie et Mme la Margrave de Bade sans la fierté, en certains points, excessive de celle-ci et sans la faiblesse qu'elle a d'écouter les petits rapports et de s'interesser aux tracasseries de la ville et de la cour. C'est le Prince électoral, et je le tiens d'une voie sûre, qui lui a écrit de ne point se trouver à Carlsruhe lors de l'arrivée de la Princesse Impériale. On voudrait leur ménager une entrevue à Schwetzingen ou à Rohrbach, campagne de la Margrave. Il s'est tenu des conférences secrètes dans lesquelles on a opiné qu'elle devait avoir le pas sur sa belle-fille, vu que l'Impératrice de Russie, la Reine de Suède et celle de Bavière le lui avaient déjà cédé. On m'a pressenti à cet égard, d'une manière indirecte. J'ai répondu que ces Princesses pouvaient, sans se mettre au-dessous de la dignité de leurs places, céder momentanément à leur mère le rang qui leur appartenait; mais qu'ici il s'agissait d'établir celui de Mme la Princesse Stéphanie, et qu'il ne pouvait exister de dispute pour la préséance entre une Altesse Serénissime et une Altesse Impériale, entre une Margrave douairière et une Electrice tout à l'heure régnante.

Le Margrave Louis, le ministre d'état de l'Electeur et sa femme, verront toujours avec un violent chagrin le bon accord exister entre les nouveaux époux[2], et trop malheureusement ils ont les moyens autant que la volonté de l'empêcher ou de le troubler, sans paraître y prendre aucune part. Leur union et leur bonne intelligence ferait plaisir au Prince et à la Princesse Frédéric.

---

[1] Gräfin Agathe von Walsh, Oberſthofmeiſterin der Kurprinzeſſin.

[2] Soweit Edelsheim und ſeine Gemahlin hierbei in Betracht kommen, beruht die Angabe zweifellos auf Irrthum. Vergl. Nr. 638.

Des mœurs plus françaises qu'à Carlsruhe, l'esprit de rivalité et d'intérêt personnel, l'exercice général du culte catholique feront que la Princesse trouvera à Mannheim une cour plus sûre et plus affectionnée. Si la position topographique de cette ville permettait d'en faire la capitale de l'Electorat, S. A. I., en y contribuant, se ferait de chauds et nombreux partisans.[1]

Celle est, Mr le grand maréchal, la position de S. A. I. la Princesse Stéphanie Napoléon. Tout d'ici à quelque temps se passera en observation ou en attaques sourdes et indiscrètes. On fera extérieurement pour elle ce qui est dû à son mérite et à sa naissance, mais si on pouvait l'oublier, croyez, Mr le grand maréchal, qu'en le portant aussitôt à la connaissance de V. Exc. je ne négligerais rien pour lui faire rendre ce qui est dû à une princesse française et à la fille de S. M. l'Empereur et Roi . . .

Pariser Archiv.

640. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 8. Juli 1806.

[Der Entwurf der Bundesakte für Baden äußerst nachtheilig. Reitzensteins Berechnungen durchaus zuverlässig; Wintzingerodes Klagen über Bevorzugung Badens unbegründet. Ergänzung des badischen Looses durch Salm-Krautheim, die auf dem linken Mainufer gelegenen Besitzungen der Fürsten und Grafen von Löwenstein-Wertheim, die Landgrafschaft Nellenburg u. a. Gebietstheile erforderlich. Berufung auf Napoleons Versprechungen.]

A mesure que le soussigné ministre de S. A. E. de Bade réfléchit sur les ouvertures préalables qui lui ont été faites à l'égard du lot destiné à l'Electeur, son maître, dans le partage de l'Allemagne méridionale, sa conviction de la lésion extrême qui en résulterait proportionnellement pour la maison de Bade s'augmente. Ne pouvant plus douter, ayant au contraire acquis la certitude que la masse à partager a été augmentée par la ville et le territoire de Nuremberg assignée au Roi de Bavière, la disproportion qu'il avait remarquée d'abord en devient bien plus forte encore. Les tableaux de population présentés par lui[2] prouvent jusqu'à l'évidence

---

[1] Die rivalisirenden Bestrebungen Mannheims, die auch in dem oben erwähnten Abdankungsgerüchte ihren Ausdruck finden, reichen, wie man sieht, schon in diese Zeit zurück und werden von französischer Seite schon damals begünstigt.

[2] Gemeint ist wohl das «Tableau comparatif de l'influence territoriale destinée aux deux maisons de Wurtemberg et de Bade» vom 5. Juli (Orig. Paris). Reitzenstein berechnet dabei den Antheil an den Besitzungen der Mediatisirten, der nach dem französischen Plane auf Baden entfällt, auf 179577 E., und zwar setzt er im einzelnen unter Hinweis auf die statistische Litteratur für Fürstenberg an: 68000 S., für den Klettgau 9000 S., für Thengen 1000 S., für das Amt Hagnau 1000 S., für das Fürstenthum Leiningen 82000 S.; für Neudenau und Billigheim 3700 S., für die Herrschaft Neuhohenfels 877 und für ein Stück der Grafschaft Wertheim 14000 S. Das württembergische Loos übersteigt dagegen nach seiner Berechnung das badische bei weitem und beläuft sich auf 202594 E. Diese erhebliche Differenz einigermaßen auszugleichen, gebe es kein anderes Mittel «que de donner une plus grande extension à l'objet du comté de Loewenstein-Wertheim, en substituant donc à la rédaction actuelle . . . l'expression suivante *«les possessions*

que si la maison de Bade ne doit obtenir qu'une partie de Loewenstein-Wertheim évaluée à 14000 habitants, ce lot ne sera pas complètement de 180000 âmes. Le soussigné doit insister sur l'exactitude de ses renseignements à l'égard de la population de Linange; il est entré dans des détails si particuliers à ce sujet que ce n'est pas sans doute trop présumer, s'il se flatte qu'on daignera lui opposer des arguments plus forts que des assertions vagues qu'on pourra à la vérité détruire par des renseignements pris sur les lieux d'ici à 6 mois, c'est-a-dire quand il n'en sera plus temps. On lui oppose Hassel[1]; il prie qu'on veuille consulter page 7 du premier cahier de ce même auteur où l'on trouvera qu'il évalue la population de Linange à 85000 âmes ce qui prouve d'autant plus que l'évaluation de 98000 résulte absolument d'une erreur typographique, en mettant pour les baillages mayençais 48000 au lieu de 38000. Les tableaux également communiqués des objets destinés au Roi de Wurtemberg prouvent également que le lot de cette maison, en ne comptant pour la presque totalité du pays de Hohenlohe que 96000, ce qui paraît fort au-dessous de la vérité, en ne comptant Scheer que pour 11000 âmes, tandis que Hassel compte 14700, se monte à 24000 âmes de plus. Enfin le tableau ci-joint du lot bavarois[2] prouve de même qu'en laissant hors de compte Neu-Ravensburg, Edelstetten, Illeraichheim et Kellmünz, ce lot s'élèvera à 238000 âmes, par conséquent à environ 60000 de plus que celui de Bade. Quand le soussigné réfléchit enfin sur l'extrême probabilité que les deux lots de Bavière et de Wurtemberg auront été sans doute rapprochés par la cession d'une partie du territoire d'Ulm au Roi de Wurtemberg, et quand il considère que par ce moyen ces deux états ont obtenu un agrandissement réel en sujets immédiats, tandis que l'Electeur de Bade n'y participe point et se trouve en outre énormément lésé même dans le partage d'une stérile supériorité territoriale sur d'autres états, alors il ne peut plus reconnaître cet esprit de justice qui d'après les intentions de S. M. l'Empereur et Roi devait présider à cette répartition. On lui a dit que chacun des lots avait été rigoureusement évalué à environ 230000 sujets, il n'en est que plus curieux d'apprendre les objets que la bienveillance du Gouvernement

immédiates des princes et comtes de Loewenstein-Wertheim à l'exception de la partie située sur la rive droite du Mein», wodurch die Einwohnerzahl von 14000 auf 30000 erhöht werde. Ueberließe man weiter die Grafschaft Königseck-Aulendorf mit 4000 S. an Baden, so wäre die Ungleichheit vollends beseitigt. —

Wie die definitive Redaktion der Bundesakten ergibt, hat die französische Regierung die beiden Vorschläge nicht angenommen, dagegen dem badischen Loose die auf dem rechten Jaxtufer gelegenen Besitzungen des Fürsten von Salm-Krautheim, die vorher Württemberg zugedacht waren, hinzugefügt.

[1] Gemeint ist Hassel, Statistischer Umriß der sämmtlichen europäischen Staaten. Braunschweig, 1805.

[2] Fehlt.

Français a sans doute fait ajouter à ceux qui lui sont connus et qui sont inférieurs d'environ 50000 âmes à l'évaluation susdite. On lui a assuré encore que Mr le Cte de Wintzingerode venait de recevoir par un courrier du Roi, son maître, l'ordre de se plaindre de l'inégalité du partage et de la trop grande faveur qu'on y remarquait pour la maison de Bade. Pour mettre donc une prompte fin à cette répugnance et pour mettre ses concurrents, comme on dit, au pied du mur, il fait la proposition de troquer le lot badois contre celui de Wurtemberg. Il n'y aura alors qu'une alternative. Ou Mr le Cte de Wintzingerode y accédera et profitera par conséquent des prétendus avantages du lot auquel il paraît porter envie, ou bien il s'y refusera et montrera par là même à nu la solidité de ses assertions. Cette proposition rend inutiles tous les calculs, elle montre que le soussigné est sûr de son fait et qu'il n'a d'autre but que de se défendre d'un résultat trop défavorable aux intérêts qui lui sont confiés. Si l'on ne voudra pas y entrer, il faudra recourir aux moyens de rapprocher d'une autre manière le lot badois des deux autres; ces moyens seront, quant à l'influence territoriale, d'étendre celle de Bade à la principauté de Krautheim et aux restes des possessions des Princes et Comtes de Loewenstein-Wertheim, à l'exception de la partie située sur la droite du Mein, ou bien au comté d'Erbach, et quant à l'agrandissement réel que la Bavière fait par la ville et le territoire de Nuremberg, d'y faire participer l'Electeur de Bade, en lui faisant céder tout au moins le landgraviat de Nellenburg avec les parcelles de la préfecture d'Altdorf à l'ouest de Buchhorn et de l'Aach, la partie détachée du Brisgau et les parcelles wurtembergeoises sur la gauche du Necker au-dessous de Heilbronn et sur la droite de la Jaxt qui servirait de limite jusqu'aux frontières de Mergentheim. Il est évident qu'à moins de cette égalisation le soussigné pourra d'autant moins concourir par sa signature au préjudice de son maître, que S. M. l'Empereur et Roi a daigné l'autoriser à refuser son adhésion à tout projet qui ne mettrait pas la maison de Bade au niveau de ceux de Bavière et de Wurtemberg. Comme il a mandé dans le temps cette gracieuse décision de S. M. à l'Electeur, son maître, il lui est responsable de tout ce qui serait en contradiction avec cette égalité et dans le cas extrême il ne lui resterait d'autre moyen que de porter ses justes réclamations aux pieds de Sa Majesté, la maison de Bade ayant mis toute son existence entre les mains de l'Empereur.

Pariser Archiv.

641. Reitzenstein an Duroc.

Paris, 8. Juli 1806.

[Verwendung Durocs beim Kaiser zu Gunsten Badens. Uebelwollen Talleyrands. Bevorzugung Bayerns und Württembergs.]

Da der Kurprinz in einem Augenblicke, wo die künftige Gestaltung Deutschlands sich entscheidet, leider in der Ferne weilt, wendet sich Reitzenstein an General Duroc und

ersucht ihn, der den Ehevertrag vom 17. Februar unterzeichnet und stets leichten Zutritt zum Kaiser habe, seinen Einfluß zu Gunsten Badens geltend zu machen.

Je ne m'étais nullement trompé dans mes conjectures, lorsque j'eus l'honneur de dire à V. Exc. que la rédaction d'un travail définitif était très prochaine, que les ministres de toutes les autres cours avaient déjà été admis à des conférences sur cet objet et que j'avais lieu de craindre que les intérêts de la Maison de Bade pourraient souffrir par les efforts des deux cours de Munich et de Stoutgart et par des combinaisons impossibles à parer faute d'en avoir la moindre connaissance. Je me déterminais en conséquence à adresser la note ci-jointe cote 1[1] au ministère des relations extérieures. Cette note produisit l'effet qu'on me communiqua le surlendemain une partie du partage arrangé pour les trois cours alliées de la France. Je m'aperçus dans le moment d'une lésion considérable des intérêts de mon maître et je réclamais avec d'autant plus d'instance une augmentation du lot à lui destiné que l'évaluation du principal objet, celui de Linange, me parut beaucoup trop forte et qu'en l'admettant même telle qu'elle se trouvait portée, c'est à dire à 98 000 habitants, le lot badois devenait encore fort au-dessous de la somme moyenne de 230000 âmes qu'on m'assurait devoir tomber en partage à chacun des trois états. Pour en convaincre V. Ex. il me suffira de Lui communiquer ci-joint n⁰ 2[2] un tableau comparatif du projet de partage ainsi que copie des trois mémoires adressés à cet égard au ministère samedi passé, hier et aujourd'hui.[3] On n'a qu'à jeter un coup d'œil sur ce tableau comparatif pour remarquer l'extrême disproportion du lot badois.

Elle devient bien plus grande encore par deux circonstances, l'une que la maison de Bade se voit privée par le fait même des droits directoriaux qui lui compétaient à peu près sur les trois quarts du cercle de Souabe en sa qualité de directeur du quartier de Bade et de celui de Constance; l'autre, bien plus grave encore, qu'elle ne participe point à

---

[1] Oben Nr. 629.

[2] Vergl. oben S. 679 Anm. 2.

[3] Die Denkschriften vom 5., 7. und 8. Juli. In der erstgenannten dringt Reitzenstein darauf, daß man, statt zu erklären, jeder Bundesfürst könne die in seinen Landen eingeschlossenen ritterschaftlichen Besitzungen occupiren, feste, unveränderliche Demarkationslinien ziehe und damit weitere Streitigkeiten ein für allemal verhüte. Zugleich ersucht er um Ueberlassung der Städte Buchhorn und Radolfzell, wogegen das Amt Unterelchingen Bayern und die Herrschaft Stetten a. k. M. Württemberg zugewiesen werden könnten. Endlich bezeichnet er als höchst wünschenswerth die Erwerbung der Landgrafschaft Nellenburg, wozu sich vielleicht die Mittel finden ließen, wenn Bayern gegen Einräumung von Nürnberg die Herrschaften Wiesensteig und Söfftingen an Baden abtreten und dieses dieselben Württemberg zum Austausch gegen Nellenburg anbieten würde. Copie. — Die Denkschrift vom 7. Juli fehlt, auch in Paris; die vom folgenden Tage s. oben Nr. 640.

l'avantage d'un agrandissement réel en sujets immédiats comme la Bavière en jouira par l'acquisition importante de la ville et du territoire de Nuremberg et dont, si mes pressentiments ne me trompent pas, la cour de Stoutgart profitera également par la cession infiniment probable d'une partie du territoire d'Ulm.

S. M. l'Empereur ayant daigné décider le principe d'une égalité parfaite de partage et le Prince électoral venant d'apporter à son grand-père la confirmation rassurante d'une promesse aussi gracieuse, V. Exc. doit parfaitement sentir à quels justes reproches je serais exposé, si je ne pouvais pas prouver que j'ai tâché jusqu'à la dernière extrémité de ne pas laisser évanouir des espérances données par le monarque lui-même.

Il est évident qu'elles ne seraient pas remplies, si le lot badois ne fût pas augmenté d'un côté par une plus grande extension d'influence territoriale qui ne saurait être donnée que du côté d'Erbach ou de Loewenstein-Wertheim et de l'autre côté par une participation proportionnelle à l'avantage d'un arrondissement territorial direct, pour lequel j'ai proposé les objets indiqués à la suite du tableau comparatif.

Ersucht Duroc, das Tableau dem Kaiser zu unterbreiten, der die Berechtigung der badischen Forderungen nicht verkennen werde; eine Entscheidung zu Gunsten Badens werde zugleich in den Augen des Kurfürsten die Unterzeichnung des vorgeschlagenen Vertrages rechtfertigen[1].

Copie.

642. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 9. Juli 1806.

[Stillstand der Verhandlungen über den Rheinbund. Einfluß der Verhandlungen mit Rußland und England.]

Depuis avant-hier il paraît que la conclusion des affaires de l'Allemagne s'est de nouveau arrêtée et voici, à ce que je pense, les motifs qui en ont déterminé la suspension.

Mr Oubril et Mylord Yarmouth, chargés d'instructions pour amener, s'il est possible, un arrangement dont pourra résulter la paix, ont dû nécessairement porter leur regard sur l'état du continent et en même temps de l'Allemagne.[2] On a observé fort naturellement à l'Angleterre, que si la guerre continuait, la France devait, loin de vouloir diminuer l'influence qu'elle y exerce, l'augmenter et qu'elle l'étendrait aussi loin qu'elle le pourrait.

---

[1] In seiner Antwort bemerkt Duroc, er werde von den Mittheilungen, wie er versprochen, geeigneten Gebrauch machen, «pour concourir au but vers lequel tendent le travail et les désirs de V. Exc.» An Reitzenstein, 10. Juli.

[2] Ueber die Sendung des Barons Oubril und Lords Yarmouth, und die Friedensverhandlungen mit Frankreich vgl. v. Bernhardi, Gesch. Rußlands, II, 2, 513 ff.; Thiers, a. a. O., VI, 415.

C'était dans ce sens qu'on disposait le règlement définitif de l'Allemagne. On s'arrête de l'exécuter pour attendre l'issue des négociations et on peut croire que, si la paix peut être amenée, différentes dispositions seront changées et, à ce que je suppose, le renversement total de la constitution germanique sera écartée . . .

Die ersten Verhandlungen zwischen Talleyrand und Oubril sind, wie Dalberg bestimmt weiß, für beide Theile befriedigend ausgefallen.

|: . . . Mr Yarmouth parla il y a deux jours à Mr de Talleyrand sur les affaires de l'Allemagne et sur l'intérêt que l'Angleterre y porte. Mr de Talleyrand lui dit que l'Empereur n'avait encore rien signé et qu'il pouvait l'assurer à son gouvernement.[1] Il est au reste incontestable que les affaires de l'Allemagne se termineront toujours dans le sens disposé, comme nous le voyons, parce que cette paix ne peut avoir aucune durée. Mme de Talleyrand a parlé dans cette opinion hier au soir. . . . :|

643. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 10. Juli 1806.

[Die Verhandlungen über den Rheinbund. Reklamationen. Stellung der Südstaaten zu dem Projecte. Besorgnisse vor einer völligen Unterwerfung unter das französische Protektorat.]

|: Aus London sind ungünstige Depeschen eingelaufen; die Friedensaussichten schwinden.

. . . Ces oscillations de la grande politique n'influent au reste nullement sur les affaires d'Allemagne, au contraire on s'en occupe nuit et jour et ce qui seul a retardé leur conclusion, c'est qu'on veut arrêter tout à la fois et qu'il s'élève de plusieurs côtés des réclamations contre le mode de partage. J'ai été moi-même dans le cas de demander quelqu'extension de plus, ayant appris d'une manière indubitable que Nuremberg est destiné à la Bavière et ayant lieu de présumer que les Wurtembergeois en profiteront pour se faire céder la partie du territoire d'Ulm à leur convenance. Comme le Roi de Wurtemberg est dans une très grande faveur depuis 15 jours, parce qu'il se donne les airs de pouvoir rapprocher la Russie de la France par sa sœur, l'Impératrice mère, je me suis adressé directement à l'Empereur avec un tableau comparatif[2] où j'ai essayé de démontrer que le lot badois était inférieur aux deux autres. Au reste nous sommes continuellement occupés de cette affaire et nous nous appliquerons surtout à éviter un asservissement à la France qui pèserait plus encore sur l'Allemagne que l'Autriche. On a rédigé ici un projet de 40 articles en vertu duquel les souverains de la Haute Allemagne ne devront non seulement se séparer du Corps Germanique, mais faire entr'eux une Confédération sous la protection de l'Empereur français. Comme l'acces-

[1] Vergl. Yarmouth's Bericht vom 9. Juli. Annual register 1806, State papers, 729.
[2] Vergl. oben Nr. 641.

sion de la Bavière, de Wurtemberg et de Darmstadt ainsi que des maisons de Nassau est indubitable, et comme on peut prévoir que l'Electeur de Cassel redoublera d'efforts pour y être seulement reçu, il s'entend de soi-même que nous pourrons bien moins encore nous soustraire à cette Confédération. Il est désagréable que par suite de l'obscurité où toute cette affaire est encore enveloppée et des changements journaliers qu'on fait au projet, je suis tout aussi peu capable de demander des instructions précises qu'on le serait à Carlsruhe même de m'en donner. Nous devons tous nous borner, en combattant d'un côté chacun pour ses propres intérêts, de nous réunir de l'autre côté pour éviter une influence française d'une extension telle qu'elle dégénérerait bientôt dans une sujétion complète. Nous avons encore aujourd'hui une conférence secrète pour concerter nos mesures à cet égard, mais nous sommes réduits absolument à faire le mieux que nous pourrons, sans que nous puissions prétendre à arrêter le torrent. Il paraît que l'Empereur a le désir de se rendre lui-même à Francfort et de s'y faire proclamer protecteur de la Confédération rhénane. Nous tâcherons de surveiller soigneusement tous ces desseins et de nous engager le moins possible. C'est tout ce que je puis mander pour ce moment, mais je ne parierai pas que d'ici à 2 fois 24 heures on ne nous réunisse chez l'Empereur pour nous faire souscrire un pareil traité plutôt en forme d'ordre positif qu'avec l'apparence d'une véritable négociation. J'écris cela à V. Exc. dans le plus grand secret, le moindre ébruitement ne ferait qu'augmenter le danger. L'Electeur peut être persuadé que j'emploie tous mes moyens et que je ne négligerai rien pour lui être utile. :|

---

644. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 13. Juli 1806.

[Abschluß des Rheinbunds. Hessen-Kassel. Demüthigung Preußens. Der Graf von der Leyen. Talleyrand über den Rheinbund. Die Ablehnung der Königswürde durch Baden unklug. Nassau-Weilburg und von der Leyen. Einfluß auf die Verhandlungen mit Rußland.]

|: L'ajournement pour les affaires d'Allemagne n'a pas été long. Jeudi passé, 10 du courant, Mr de Talleyrand eut ordre de le finir promptement et on donna le même soir le pays de Fulde au Prince Murat. Mr de Talleyrand fit des représentations sur le mauvais effet que cela devait produire au moment des négociations, mais les nouvelles arrivées de Londres et l'intimité qui existait de fait et de principe entre le deux négociateurs qui se trouvent ici, déterminèrent l'Empereur à ne pas admettre (sic!) cette mesure. Tous les traités faits avec chacun des princes ont

été mis au net hier. Mon cousin de la Leyen a été le dernier à signer . . . L'Empereur prend le titre de protecteur de la ligue; la Bavière est à la tête des rois, le Prince de Nassau-Weilburg à la tête des princes . . .

Es folgen weitere Mittheilungen über den Inhalt der Rheinbundsakte.

L'Electeur de Hesse qui aurait pu avoir Fulde refuse de concourir à toutes ces mesures, se disant — à son ministre — lié de devoir et de principes à la Constitution Germanique[1]. Voilà les détails qu'on m'a dits avant-hier et confirmés hier. Je Vous demande si on veut ici la paix! . . .

Lucchesini ist über die Entwickelung der Dinge bestürzt, «l'Empereur médite le moment de tomber sur la Prusse. Un chef de division du département de Mr. Talleyrand me disait il y a 8 jours: ‚la Prusse se baisse tant que nous ne pouvons pas la savonner'.»:

. . . Lorsque Mr de la Leyen entra dans le cabinet de Mr de Talleyrand qui l'avait fait appeler, celui-ci dit: «Venez faire signer le déchirement de l'Allemagne que l'Empereur a décidé». Sans lui lire le traité, il lui en annonça la base en ajoutant: «Vous voyez qu'il Vous faut un autre chef»; il lui demanda: «qui signera pour Vous?» Mr de la Leyen lui répondit qu'il n'avait personne, qu'il signerait lui-même. Mr de Talleyrand trouva que cela ne convenait pas, et Mr Durant qui s'y trouvait signa pour lui comme plénipotentiaire. La signature faite Mr de Talleyrand lui dit: «Vous voilà un véritable coalisé».

Mr de Talleyrand ne cache pas à ceux auxquels il accorde quelque confiance qu'il regarde cette disposition pour l'Allemagne comme opposée aux véritables intérêts de la France et de la tranquillité générale.

. . . J'ai appris ce matin que S. A. S. E. n'avait pas voulu du titre de Roi[2], qu'Elle et par conséquent Darmstadt et le Duc de Clèves porteraient le titre de Grand-Duc.

On a été au bureau de l'opinion que S. A. S. E. n'avait pas bien calculé Ses intérêts, que dans des temps de crise et de bouleversements un plus grand titre donnait plus de droits à des agrandissements et que, s'il s'agissait d'ambition, il ne fallait pas vouloir se mettre des bornes. J'ai observé que je n'étais pas instruit de ce qui s'était disposé à ce sujet à Carlsruhe, mais que l'Electeur sans doute avait voulu diminuer ainsi les frais de représentation etc. On a pensé que la dépense de la cour n'aurait pas fait une forte augmentation, parce qu'un Roi pouvait être aussi économe qu'un Electeur ou un Grand-Duc . . .

Le Prince de Nassau-Weilburg règle la matricule des princes qui fournissent ensemble 4000 hommes. Il s'est chargé du contingent de

---

[1] Ueber die Allianzverhandlungen zwischen Hessen-Kassel und Frankreich vergl. Strippelmann a. a. O. II, 68 ff.

[2] Vergl. dagegen Nr. 662.

Mr de la Leyen, sans qu'il en coûtera un sou à ce dernier, et il a dit vouloir le faire pour donner à l'Electeur Archichancelier une preuve de son dévouement particulier. Mr de la Leyen, comme Vous sentez bien, n'a pas cru devoir se refuser à cette générosité. On a été étonné de le voir échapper à la déconfiture générale, Mme d'Aremberg[1], passant sa vie chez l'Impératrice, n'ayant pu obtenir même faveur pour son gendre, le Prince de Schwarzenberg. C'est sur la demande de la Bavière que la disposition a été prise que les princes et seigneurs passant sous une nouvelle domination dussent vivre dans les états de la confédération. On a préféré cette expression, parce qu'on calcule que la plupart viendront s'établir à Paris plutôt que de rester dans leurs anciens états.

Mr d'Oubril a marqué le plus grand étonnement, en apprenant qu'au lieu de suspendre les mesures pour l'Allemagne, l'Empereur les avait fait poursuivre, et il regarde un arrangement comme plus éloigné que jamais.[2]

Mme de Talleyrand a dit, «s'il y a du tapage, il passera comme tant d'autres», et je pense qu'elle a raison, mais que diront un jour nos neveux, en lisant l'histoire, en connaissant les causes et les acteurs qui ont détruit cette belle Allemagne, si heureuse il y a 15 ans! Depuis la paix de Lunéville je n'y avais plus rien à perdre, mais tout Allemand doit souffrir de cet état des choses dont je ne vois personne satisfait . . .

---

645. Napoleon an Karl Friedrich.[3]

St. Cloud, 13. Juli 1806.

[Aufnahme der Kurprinzessin am Karlsruher Hofe.]

Mon frère, j'ai reçu la lettre de V. A. du 5 juillet.[4] Ma fille se loue beaucoup de l'accueil qu'Elle lui a fait. Je ne saurais trop la recommander à Sa toute-puissante protection; elle aura souvent besoin de Ses conseils et V. A. trouvera toujours en elle une fille bien décidée à Lui plaire. Que V. A. ne doute pas de tout l'intérêt que je porte à Elle et à toute Sa famille. Sur ce etc.

---

[1] Wie sich aus dem Folgenden ergibt, Fürstin Luise von Aremberg, Schwiegermutter des Fürsten Johann Josef von Schwarzenberg.

[2] Schon am 20. Juli unterzeichnete Oubril die Friedenspräliminarien mit Frankreich, denen das Petersburger Cabinet freilich die Ratifikation versagte. Bignon, Gesch. von Frankreich, deutsch von Hase, V, 236; Thiers, a. a. O. VI, 437.

[3] Fehlt in der Correspondance de Napoléon.

[4] In demselben spricht der Kurfürst seine Freude darüber aus, daß er nunmehr die Kurprinzessin persönlich kennen gelernt, und dankt dem Kaiser zugleich für die Verleihung des Großkordons der Ehrenlegion an den Markgrafen Ludwig. Concept.

646. Napoleon an den Kurprinzen Karl.[1]

St. Cloud, 13. Juli 1806.

[Befriedigung über die Genesung des Kurfürsten. Schreiben der Markgräfin an die Kurprinzessin, durch Reitzensteins Schuld unterdrückt. Vorwürfe.]

Je reçois Votre lettre de 7 juillet. J'ai vu avec plaisir que Vous aviez fait un bon voyage et que Vous aviez été satisfait de Votre arrivée à Carlsruhe. Le rétablissement de la santé de l'Electeur aura contribué à Votre satisfaction. Je vois qu'il y a eu beaucoup de petites intrigues; la Margrave a effectivement écrit à la Princesse, et sa lettre a été remise à Mr de Reitzenstein, qui a jugé à propos de la supprimer. C'est ce que Mr Dalberg a dit à Mr de Talleyrand.[2] Si cela est, il faut avouer que c'est bien laid et bien vilain, et que les hommes qui se permettent de pareils manques de délicatesse sont bien coupables; s'ils se croient permis de s'immiscer dans les affaires de particuliers, le respect que l'on doit à ses souverains doit rendre sacré tout ce qui vient d'eux. Il faut, quand la Margrave arrivera, punir ceux qui s'oublient à ce point. J'avais peine à croire à cette malhonnêteté gratuite de la part d'une Princesse qui jouit d'une considération aussi méritée que la Margrave. Ne doutez jamais de l'amitié que je Vous porte et de l'intérêt que je porte à Votre bonheur.

Pariser Archiv.

---

647. Napoleon an die Kurprinzessin Stephanie.[3]

St. Cloud, 13. Juli 1806.

[Regeln für ihr Verhalten in Karlsruhe.]

J'ai reçu Votre lettre. Je vois avec plaisir que Vous Vous portez bien. Aimez Votre mari, qui le mérite par tout l'attachement qu'il Vous porte. Soyez agréable à l'Electeur, c'est Votre premier devoir, et il est Votre père. C'est d'ailleurs un prince qui, constamment, a mérité de

---

[1] Gedruckt: Correspondance de Napoléon, XII, 540. Zwei weitere Briefe an den Kurprinzen und seine Gemahlin vom 24. und 25. Juli ebenda, XII, 575 und XIII, 1.

[2] Es handelte sich um ein Antwortschreiben der Markgräfin an die Kurprinzessin, das angeblich durch Reitzensteins Verschulden, in Wahrheit aber durch ein Versäumnis des Kurprinzen nicht an seine Adresse befördert worden war (vergl. oben Nr. 633). Was Turquan a. a. O. 107 über den Inhalt des Schreibens und die Motive vorbringt, die den Minister zur Unterdrückung desselben bestimmt haben sollen, beruht durchweg auf müßiger Erfindung. Reitzenstein selbst hat, als er von den Verleumdungen erfuhr, in einem Schreiben an den Kurprinzen dieselben energisch zurückgewiesen; die Aeußerungen des Kaisers wirkten indes verstimmend auf ihn und trugen zu dem Entschlusse, sich von den Geschäften zurückzuziehen, wesentlich bei. «Déjà dans ce moment je regarde la manière dont l'Empereur a manifesté son opinion comme suffisante pour me déterminer à la retraite la plus absolue et j'ai la petite présomption de croire que ce ne sera pas moi qui y perdra.» An den Kurprinzen, 3. Aug. 1806.

[3] Gedruckt: Correspondance de Napoléon, XII, 541 (nr. 10491).

l'estime. Traitez bien Vos peuples, car les souverains ne sont faits que pour leur bonheur. Accommodez-Vous du pays et trouvez tout bien, car rien n'est plus impertinent que de parler toujours de Paris et des grandeurs qu'on sait qu'on ne peut avoir; c'est le défaut des Français; n'y tombez pas. Carlsruhe est un beau séjour. On ne Vous aimera et estimera qu'autant que Vous aimerez et estimerez le pays où Vous êtes; c'est la chose à laquelle les hommes sont les plus sensibles.

---

648. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 14. Juli 1806.

[Vorschlag eines Ergänzungsvertrages und Bemerkungen zu demselben. Das Fundamentalstatut des Rheinbundes. Wünsche bezüglich desselben.]

Le soussigné ministre de S. A. E. de Bade, en suite de la faculté qu'il s'est réservée en apposant avant-hier sa signature au traité de fédération proposé, a l'honneur de soumettre ci-près deux projets d'articles additionnels dont les uns concernent les explications nécessaires du traité en lui-même, et les autres les intérêts particuliers de la maison de Bade. Quant au premier projet[1], le soussigné a déjà déclaré que les ordres les plus positifs et les instructions les plus péremptoires ne lui permettent pas de se désister de la demande d'une ligne de démarcation avec les possessions wurtembergeoises et que cette fixation doit même précéder la ratification de l'Electeur, son maître. Un léger coup d'œil sur une bonne carte fera voir qu'elle ne peut être autrement tracée que de la manière proposée. Le contenu des articles 2 et 3 est à la vérité déjà dans les intentions du Gouvernement français, mais pourquoi voudrait-on se refuser à une rédaction plus claire et moins sujette à des chicanes?

L'article 4 surtout, pour ce qui a rapport aux parcelles de Salem et de Petershausen, tient si fort à cœur à l'Electeur que le soussigné a

---

[1] Derselbe umfaßt 8 Artikel. In Art. 1 wird die Demarkationslinie, die bei der Mündung der Aach in den Bodensee ihren Anfang nimmt, im einzelnen festgestellt. Art. 2. Die Grenzen im Breisgau bleiben, wie sie durch General Clarke geregelt werden. Art. 3. Unter dem Amt Hagenau sind die Parzellen von Weingarten westlich von Buchhorn zu verstehen. Art. 4. Der Art. 34 der Rheinbundsakte beschränkt sich auf die im Preßburger Frieden erworbenen Besitzungen und gilt ausdrücklich für die Besitzungen der Abteien Salem und Petershausen, auf die Oesterreich ehemals Ansprüche geltend gemacht. Art. 5. Das Occupationsrecht erstreckt sich nicht nur auf die ritterschaftlichen Gebiete, sondern auch auf die Besitzungen der Ritterorden. Art. 6. Die Vertheilung der Kreisschulden erfolgt gemäß der Kreismatrikel. Art. 7. Falls der Mannesstamm eines der mediatisirten Häuser ausstirbt, «le souverain respectif y succédera de plein droit». Art. 8. Die landeshoheitlichen Rechte begreifen auch das Recht der Oberaufsicht über die Forsten in sich. — Der zweite Entwurf s. Nr. 649.

encore reçu l'injonction précise de ne s'en désister dans aucun cas. Ce serait une idée insoutenable pour l'Electeur d'avoir des possessions sous la souveraineté du Roi de Wurttemberg, les traités de Brünn et de Presbourg sont assez clairs à cet égard, mais les actes de violence que le Roi de Wurtemberg se permet encore journellement et dont il vient encore d'être adressé au soussigné des plaintes nouvelles et très fortes rendent de toute nécessité la décision formelle d'une contestation qui n'aurait jamais dû l'être, si on avait voulu se renfermer dans les bornes de l'équité.

L'article 5 s'entend de lui-même.

L'article 6 est de la justice la plus évidente, mais il ne paraîtra nullement superflu à ceux qui auront quelqu' idée de la multitude des disputes qu'il préviendra.

Quant à l'article 7, on observe que la presque totalité des états de l'Empire ont été jusqu'ici des fiefs masculins et qu'il est d'autant plus juste de faire succéder les souverains actuels aux droits de l'Empire Germanique, que par les arrangements pris ces souverains devront se féliciter, s'ils pourront exercer la supériorité territoriale sur les petits états sans une augmentation de dépense à leur charge.

L'article 8 enfin tend particulièrement à maintenir au souverain le droit de s'opposer à des dévastations exorbitantes d'une espèce de propriété qui sous d'autres rapports rentre trop dans la classe des propriétés nationales, pour qu'on puisse empêcher le chef du Gouvernement de prendre des mesures purement conservatrices et essentiellement nécessaires pour la prospérité du pays.

Le soussigné aurait encore eu d'autres observations à faire, particulièrement à l'égard de la nouvelle diète de Francfort et du statut fondamental dont la rédaction doit être confiée au Prince Primat. Il est persuadé que la Confédération des princes et leur alliance avec la France aurait trouvé une garantie suffisante dans l'application pure et simple du traité d'alliance perpétuelle du 16 janvier. Il est convaincu qu'on ne pourra jamais accorder à un prince dont la force ne sera que de 4000 âmes de population tel que le Prince de Leyen un droit de suffrage égal à un souverain qui aura une population 200 fois plus forte; mais il se flatte aussi que toutes les observations de cette nature seront appréciées dans la confection du statut fondamental lui-même, et que la politique du Gouvernement Français est en même temps trop magnanime et trop éclairée pour fournir à ses ennemis le prétexte de lui imputer des arrière-pensées quelconques.[1]

Pariser Archiv.

---

[1] Eine Antwort auf die Note ist nicht erfolgt; sie hat das Schicksal so mancher andern getheilt, da es weder den Interessen, noch den Neigungen der französischen Regierung entsprach, sich mit einzelnen Bundesstaaten auf Separatabkommen einzulassen.

649. Articles séparés pour le traité avec la maison de Bade.

(14. Juli 1806).

Entwurf eines zweiten Ergänzungsvertrags. Anwartschaft auf Ulm und Theile des Fürstenthums Mergentheim. Die Erbfolge der Grafen Hochberg.]

Art. I. La maison de Bade ayant été la seule parmi les souverains confédérés à laquelle des considérations majeures aient empêché d'assigner des acquisitions immédiates, S. M. l'Empereur et Roi pour donner à cette maison une nouvelle preuve de Sa protection, en lui fournissant les moyens de donner à ses états la contiguité nécessaire par l'acquisition du landgraviat de Nellenburg et des parcelles wurtembergeoises sur la droite de la Jaxt, promet d'employer efficacement Ses bons offices à l'effet de faire céder à S. A. la partie du territoire de Ulm, dite la seigneurie inférieure, dans le cas que la principauté de Ratisbonne dût être accordée à S. M. le Roi de Bavière.

Art. II. Le comté de Bonndorf ayant été cédé par S. M. le Roi de Wurtemberg à la maison de Bade en équivalent de la ville de Biberach avec ses dépendances, il est entendu que S. A. le Grand-Duc de Bade ne pourra pas être recherché pour les dettes personnelles des ci-devant évêques de Liège et de Bâle.[1]

Art. III. En vertu de la conservation des droits réciproques des successions éventuelles faite par l'article 45 du récès de la Députation et confirmée par le traité de ce jour, L. L. A. A. le Prince Charles et les Margraves Frédéric et Louis de Bade pourront substituer le titre et les armes du duché de Westphalie et de la principauté de Starkenburg à celui du comté de Hanau qu'ils avaient jusqu'ici à cause de leur droit de succession au comté de Hanau-Lichtenberg, cédé à la France par la maison de Hesse-Darmstadt et représentée par les indemnités accordées à cette maison.

Art. IV. La maison de Bade sera maintenue dans le droit de suzeraineté sur les fiefs relevant avant la cession du Palatinat de la cour féodale de Mannheim et qui sont passés à elle avec la capitale du pays. La maison de Hesse-Darmstadt renoncera en faveur de celle de Bade à ses droits de suzeraineté sur les fiefs de Dühren, Hoffenheim, Michelfeld, Münchzell, Ravensburg, Dalheim[2] et Eichtersheim dans le cercle de Kraichgau.

Art. V. Dans le cas d'un changement des rapports actuels de la principauté de Mergentheim, S. M. l'Empereur et Roi s'interposera pour

[1] Durch Art. 26 des Reichsdeputationshauptschlusses waren dem Großprior des Johanniterordens in Deutschland die Grafschaft Bonndorf nebst den Stiftern und Klöstern des Breisgaues mit der Verpflichtung zugewiesen worden, daß er die Tilgung der persönlichen Schulden der Bischöfe von Basel-Lüttich übernehme. Vgl. Berghaus, Deutschland vor 50 Jahren, I, 345, 349.

[2] Dalheim = Dallau, Bez. A. Mosbach.

faire avoir de préférence à la maison de Bade les deux grands baillages de la Tauber et du Necker.

Art. secret.[1] En cas d'extinction en ligne masculine de la branche aînée de la maison de Bade, S. M. l'Empereur et Roi garantit la succession dans le grand-duché dans toute son intégrité à la branche cadette issue du mariage de Son Altesse avec la Comtesse de Hochberg.

Orig.: Pariser Archiv; Copie: Karlsruhe.

Beiliegend: «Observations sur les articles séparés proposés pour le traité avec la maison de Bade». In denselben wird bezüglich der Art. 1 und 5 auf die Gebietserwerbungen der übrigen Bundesfürsten hingewiesen; die Gerechtigkeit heische «de préparer au moins pour l'avenir un moyen d'égaliser le lot badois avec celui de Wurtemberg». Art. 2 wiederhole nur eine alte Forderung, ohne deren Bewilligung Bonndorf mehr eine Last als ein Gewinn wäre. Art. 3 trete erst nach Aussterben des Hauses Hessen-Darmstadt in Kraft und verfolge lediglich den Zweck, die Rechte Badens gegen Hessen-Kassel zu wahren. «Enfin l'article secret tient justement à cœur à l'Electeur personellement et S. A. a déjà reçu à cet égard les assurances les plus satisfaisantes de la part de S. M. l'Empereur et Roi.»

Copie Karlsruhe.

650. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 15. Juli 1806.

[Bosset. Beitrag zu einem Napoleondenkmal. Die Kurprinzessin. Aufnahme am Hofe. Begegnung in Mannheim mit der Markgräfin.]

Der Kurfürst reitet wieder aus. Bosset ist zum kurfürstlichen Gesandten im Haag ernannt worden, nachdem seine Funktionen seit d. J. 1795 geruht.[2]

. . . Qu'il serait heureux pour l'humanité en général et pour le salut de l'Europe entière que la paix entre la France et l'Angleterre et la Russie pût être bientôt conclue et d'une manière bien solide! Cela me rappelle naturellement le monument à élever par souscription à la gloire de Napoléon le Grand que Mr Poyet[3] propose. Mr Massias m'ayant demandé de mettre sous les yeux de l'Electeur le prospectus que l'auteur a publié à ce sujet, S. A. S. E. m'a ordonné de marquer à Mr Massias qu'Elle signe à cet effet pour 6000 fl . . .

Nous attendons le retour de Mr Vierordt et je me flatte qu'il m'apportera particulièrement de Vos nouvelles. Puisse-t-il nous en transmettre d'ailleurs de bien favorables et conformes à nos espérances! Celles que nous concevons à l'égard de l'heureuse union des jeunes époux augmentent tous les jours davantage par les nouvelles qualités qu'on découvre à S. A. I. Mme la Princesse Stéphanie Napoléon et les soins que le Prince électoral

---

[1] Fehlt in der Karlsruher Copie.

[2] Vergl. Polit. Correspondenz I, 237.

[3] Bernard Poyet, bekannter Architekt des ersten Kaiserreichs. Nouvelle biographie universelle, 40, 953.

est occupé à lui marquer dans toutes les circonstances. Elle a donné déjà des preuves de sa bienfaisance vraiment attendrissantes. L'Electeur la voit chaque jour avec un nouveau plaisir et, quoique le régime que son médecin lui a prescrit ne lui permette pas de se trouver en personne aux récréations qu'il cherche à lui procurer, il a fortement recommandé qu'il y eût un bal élégant toutes les semaines, et il n'y a pas de jour où le Prince électoral ne procure à la Princesse quelque partie de plaisir et des promenades soit à cheval ou en voiture dans nos environs qui paraissent lui plaire infiniment . . .

Le Prince et la Princesse électorale vont faire une apparition à Mannheim, en passant par Schwetzingen. Mme la Margrave qui relève à peine d'une maladie grave — fièvre de nerfs — dont elle a été frappée à Darmstadt y viendra pour embrasser tendrement ses enfants. Je suis sûr que la Princesse électorale en sera fort contente et réciproquement Mme la Margrave aura bien de la satisfaction de cette nouvelle connaissance . . .

---

651. Reitzenstein an den Geh. Rath.

„Unterthänigster Bericht über einen salva ratificatione mit dem französischen Gouvernement abgeschlossenen Staatsvertrag.“

Paris, 14./16. Juli 1806.

[Der Abschluß des Rheinbundes. Vorgeschichte desselben. Inhalt und Bemerkungen darüber. Vorschläge wegen der Ratifikation. Die Tauschverhandlungen mit Württemberg.]

Bereits unterm 3. dieses habe ich das kurf. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in die vorläufige Kenntniß eines Planes gesetzt, nach welchem der französische Kaiser mit der Einverleibung der kleinern Staaten des südlichen Deutschlands unter die souveraineté der größern, eine Verbindung dieser letztern, ihre Trennung vom deutschen Reichskörper und Alliance mit Frankreich vereinigen wollte. Ich befand mich dabei, so wie eigentlich zu sprechen alle übrigen deutschen Gesandten, in der sonderbaren Lage, daß ich sowohl keine Instruktion einholen als auch selbst die Unmöglichkeit für das kurf. Geheime Rechtscollegium mir eine Instruktion zugehen lassen zu können, einsehen mußte.

Nicht 24 Stunden lang war man über die eigentlichen Pläne des französischen Kaisers zuverlässig unterrichtet, indem seit 2 Monaten nicht weniger als 8 Projecte demselben vorgelegt und von ihm successive wieder verworfen worden.[1] Anfangs sollten im Ausschluß von Hohenzollern, Hohengeroldseck und Isenburg alle Staaten des südlichen Deutschland südwärts des Main unter die drei souveränen Staaten desselben, die unterm resp. 16. und 21. Jänner d. J. schon in eine nähere föderative Verbindung mit Frankreich eingegangen waren, vertheilt

[1] Vergl. v. Gagern, Mein Antheil an der Politik, I, 141 ff.

werden. Dann meldeten sich noch mehrere Staaten, um in den Bund aufgenommen zu werden. Dieses wurde successive zuerst den Häusern Hessen-Darmstadt und Nassau-Weilburg, nachher Aremberg und den Salmischen Häusern mit Ausschluß Reifferscheid-Bedbur, endlich auch und zwar erst vor 14 Tagen dem Fürsten von Lichtenstein zugestanden. Die hierdurch zur Genüge bereits veranlaßten Komplikationen und unaufhörlichen Abänderungen vermehrten sich noch, die Unterhandlungen und Einstreuungen der kleinen Stände selbst ganz abgerechnet, durch den Beitritt des neuen Herzogs von Berg, durch seine Bemühung, bedeutende Territorialvergrößerungen zu erhalten, durch die den Häusern Usingen und Weilburg auferlegten Cessionen an denselben, durch die Nothwendigkeit für diese Cessionen Aequivalente auszumitteln, durch den Kurerzkanzlerischerseits unter Versprechung überaus großer Vortheile gemachten Schritt, den Kardinal Fesch zum Coadjutor zu wählen[1], durch die Verlegenheit, Versprechungen nicht erfüllen zu können, die dem damaligen Kurfürsten von Württemberg am 3ten und 4ten Oktober v. J. von dem französischen Kaiser unmittelbar in Stuttgart gemacht worden waren, endlich durch die Verlobung des Erbprinzen von Hohenzollern-Sigmaringen mit einer Nichte des Herzogs von Berg und die daraus entstandene Nothwendigkeit, auch diesem Hause einige Vergrößerung, so gut es gehen konnte, zu verschaffen. Plötzlich und zwar erst in der zweiten Hälfte des verwichenen Monats enthüllte sich der den zuverlässigsten Anzeigen nach von dem Kurerzkanzler suggerirte Plan des französischen Kaisers, das ganze westliche Deutschland vom Reichsverband abzuziehen und in einen nähern mit sich selbst mit den allerbedenklichsten Symptomen zu setzen. Es ist beinahe nicht zu bezweifeln, daß die Grundlage zu diesem Plane schon bei der Anwesenheit des französischen Kaisers in Mainz im Oktober 1804 mit dem Kurerzkanzler zu Faden geschlagen worden[1], und daß die durch die Brünner und Straßburger Traktate den 3 Alliirten Frankreichs verschaffte Souveränität nur eine Brücke war, um auf den zum Ziel führenden Weg zu kommen. Die erste Mittheilung hiervon geschah, wie ich jetzt zu wissen glaube, am 27. v. M. an den bayerischen Gesandten.[1] Da ich bei den öftern geheimen Unterredungen, die der Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit ihm hatte, und bei der Intimität des Grafen von Wintzingerode mit dem nämlichen Minister Einverständnisse zwischen Bayern und Württemberg zum Nachtheil Badens besorgte, so stellte ich

---

[1] Die Uebereinkunft über die Ernennung Feschs vom 6. Mai 1806 bei v. Beaulieu-Marconnay, a. a. O. II, 48; die Vortheile bestanden im wesentlichen lediglich in der Garantirung der Integrität der kurerzkanzlerischen Staaten (vergl. auch Beusts Bericht vom 7. Juni, a. a. O. II, 67). Von der Zusicherung eines Gebietszuwachses, woran Reitzenstein hier zu denken scheint, ist darin nicht die Rede.

[2] Vergl. darüber Obser, Zeitschrift f. Gesch. des Oberrheins XIV, 612 ff.

[3] Gleichzeitig auch wohl an Wintzingerode, der darüber am 28. Juni an den König berichtet. S. v. Schloßberger: Literar. Beilage des Staatsanzeigers für Württemberg, 1889, S. 291. Etwas später scheint die Mittheilung an Beust erfolgt zu sein; vergl. dessen Bericht vom 3./4. Juli bei v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg, II, 76 ff.

dem Minister sogleich am 30. desselben Monats eine Note zu[1], die das dringende Begehren enthielt, von den präparatorischen Conferenzen nicht ausgeschlossen zu werden. Ich erhielt darauf am 2ten dieses eine ausführliche Conferenz, in welcher mir nun ebenfalls ein Entwurf zu dem dermaligen Traktat vorgelegt, jedoch mir ebensowenig als dem bayerischen Gesandten eine Abschrift davon zu nehmen gestattet, vielmehr das strengste Geheimniß selbst gegen die übrigen mitbetheiligten Gesandten anempfohlen wurde; ich konnte daher auch blos aus dem Gedächtniß eine kurze vorläufige Anzeige von dem, was bevorsteht, nach Karlsruhe abgehen lassen[2] und benützte nachher blos den in Erfahrung gebrachten Umstand, daß die Reichsstadt Nürnberg Baiern versprochen worden, zu dem Begehren einiger Aufbesserung des badischen Looses. Von diesem Augenblicke an wurde jedoch das Projekt wieder zurückgelegt und man glaubte, daß die Unterhandlung mit den größern Mächten, vorzüglich mit England und Rußland es um so mehr würden scheitern machen, als Preußen ebenfalls sich äußerst dagegen setzte.[3] In dieser Lage hatte ich noch am 10ten dieses einen geheimen Zusammentritt mit den bayerischen und württembergischen Ministern, worinnen wir uns wechselseitig unsere Versionen über den eigentlichen Inhalt des äußerst geheim gehaltenen Entwurfs mittheilten und über die Punkte übereinkamen, gegen deren Zuläßigkeit wir gemeinschaftlich protestiren wollten, um die Unabhängigkeit unserer Höfe zu sichern und dem zu besorgenden Plan auszuweichen: anfänglich durch den Kurerzkanzler und, so bald man dieses Gerüstes nicht mehr bedürftig sein würde, direkte die Oberbotmäßigkeit in Deutschland auszuüben. Wir kamen dabei hauptsächlich dahin überein, uns der Anstellung eines Fürsten Primas, der bei dem Reichstag zu machenden Anzeige der Trennung vom deutschen Reichskörper, die ohnehin in der Sache selbst liege, der Erklärung des französischen Kaisers als Beschützer des Bundes, der Formirung eines Reichstags in Frankfurt und dem von dem Fürsten Primas zu entwerfenden Fundamentalstatut zu widersetzen. Wir hatten diese Uebereinkunft hauptsächlich in der Besorgniß des divide et impera für nothwendig erachtet, und dennoch zeigte der Erfolg die Unzulänglichkeit dieser Vereinigung. Noch in der nämlichen Nacht von Donnerstag auf den Freitag erklärte der französische Kaiser seinen bestimmten Willen, den ganzen Plan ohne den mindesten Aufenthalt in Ausführung zu bringen. Freitag den 11ten dieses wurde den ganzen Tag in größter Stille daran gearbeitet und dann des nämlichen Tags Abends der bayerische Gesandte durch die Bedrohung, daß sonst Alles nicht nur rückgängig werden, sondern auch viel nachtheiligere Resultate, die sodann nur desto sicherer zu dem befürchteten Ziel führen dürften, entstehen würden, zu

[1] Die Note datirt nicht vom 30. Juni, sondern vom 1. Juli. S. oben Nr. 629.

[2] Oben Nr. 634.

[3] Daß das Project in diesen Tagen nicht ganz bei Seite gelegt wurde, ergibt sich aus der Darstellung bei v. Schloßberger, a. a. O. 292, wonach Talleyrand nichts unversucht ließ, um Wintzingerode zur Zustimmung zu bewegen.

dem mündlichen Versprechen gebracht, das Projekt zu unterschreiben, welches er denn auch vorgestern that.[1] Hierauf wurde das nämliche System gegen mich und natürlich noch mit viel größerer Leichtigkeit in Ausführung gebracht. Sobald nämlich der bayerische Gesandte unterschrieben hatte, ließ mich der Minister zu sich kommen und bewies mir durch Vorzeigung der Unterschrift des bayerischen Gesandten, der inzwischen bereits jene des kurerzkanzlerischen, dann darmstädtischen und nassauischen[2] gefolgt war, daß jetzt nichts Gutes mehr zu machen sei, sondern blos noch ungünstigere Modifikationen abgewendet werden müßten, wo übrigens meine Reklamationen gegen die Unverhältnismäßigkeit des badischen Looses durch Ausbesserung bei dem Löwenstein-Wertheimischen und Krautheimischen Erfolg gehabt hatten. Uebrigens wurde aber selbst noch bei der Unterzeichnung die Mittheilung einer Abschrift des Projekts verweigert, und da ich bis diesen Augenblick noch keine erhalten habe, auf der andern Seite aber die ohnumgängliche Nothwendigkeit fühlte, den schleunigsten Bericht über die ganze Sache an das kurf. geheime Rathscollegium gelangen zu lassen, so benütze ich die Rückreise des Kammerraths Vierordt, der als Kurier zu reisen sich anerboten hat, hierzu, bin aber auch zugleich genöthigt, blos aus dem Gedächtniß zu referiren . . .

Folgen kurze Mittheilungen über den Inhalt der drei ersten Artikel der Rheinbundsakte.

Art. 4.[3] Die obenbemerkten Fürsten werden diejenigen Titel, die eine Verbindung mit dem deutschen Staatskörper anzeigen, ablegen. Diese Disposition trifft direkt eigentlich niemand als gerade Kurbaden, da der Kurfürstentitel dadurch eo ipso praktisch unbrauchbar wird. Man hatte daher anfänglich den königlichen Titel sowohl für Kurbaden als für den Herzog von Berg und Landgrafen von Hessen-Darmstadt ausersehen[4]; derselbe war bereits in den Entwurf aufgenommen, und es fiel mir unmöglich, darin eine Aenderung zu erwirken, so tief ich auch fühlte, daß es der wahren Würde Serenissimi Electoris zuwider laufe. Seitdem scheint man dies hier jedoch selbst gefühlt zu haben, und hat daher dem königlichen Titel den großherzoglichen substituirt[5], mit dem man auch, wie ich hoffe, die von mir in

[1] Montgelas sucht in seinen Denkwürdigkeiten, 140, den thatsächlichen Verlauf der Dinge zu verschleiern, indem er behauptet, Cetto habe im Interesse Bayerns unterschreiben müssen, da die andern Gesandten bereits das Beispiel dazu gegeben und unterzeichnet hätten. Vgl. auch v. Schloßberger, a. a. O. 293.

[2] Ueber die Verhandlungen mit Gagern vom 6./7. Juli s. v. Gagern, Mein Antheil an der Politik, I, 147 ff.

[3] Die folgende Bestimmung bildet keinen besondern Artikel der Rheinbundsakte, sondern gehört noch zu Artikel 3.

[4] Vergl. Pfeffels Entwurf bei v. Gagern, Mein Antheil an der Politik, I, 142; v. Schloßberger, a. a. O. 292.

[5] Geschieht durch Art. 5. — Die Angabe bei Thiers, Histoire du Consulat et de l'Empire, VI, 272, daß Karl Friedrich die Königswürde als unvereinbar mit den Einkünften des Landes abgelehnt habe, beruht auf Irrthum; wie wir aus den weiteren Aktenstücken ersehen, hat der Kurfürst und seine Umgebung im Gegensatz zu Reitzenstein gerade sehr hohen Werth auf die Erwerbung dieser Würde gelegt.

Vorschlag gebrachte Titulatur der „Königlichen Hoheit", wie solche die ehemaligen Großherzoge von Toscana hatten, verbinden wird.

Art 5.[1] Der kurfürstl. Erzkanzler bekommt statt seines bisherigen Titels jenen eines Fürst Primas, ohne jedoch, daß aus diesem Titel irgend einige der souveraineté der Fürsten in ihren innern und äußern Verhältnissen zuwiderlaufende Attribute gefolgert werden könnten. Diese Einschränkung befand sich in dem ersten Entwurf nicht, und der bayerische Gesandte hat sich, wie er gegen mich äußerte, hauptsächlich durch die Aufnahme derselben in den zweiten Entwurf zu dessen Unterschrift bewogen gefunden.

Folgen kurze Angaben über den Inhalt der Artikel 6—10 nach Reitzensteins Zählung, bezw. 6, 9, 39, 35[2], und 38.

Als Reitzenstein gegen die Festsetzung des badischen Contingents auf 8000 Mann Bedenken geltend macht, wird ihm erwidert, daß „der Kaiser diesen Punkt in der Ausführung nie genau zu nehmen gemeint sei und die Summe von 8000 Mann zum Theil nur honoris causa proponire, um gegen Württemberg nicht zu sehr abzustehen"[3]. Das volle Contingent soll (Art. 10) in vier Simpla eingetheilt werden, und der Bundestag in Frankfurt hat darüber zu befinden, wie viel Simpla ausrücken sollen[4].

Art. 11. Der Fürst Primas hat binnen 4 Wochen ein sogenanntes Fundamentalstatut zu entwerfen, welches die Organisation des Frankfurter Bundestages in modum deliberandi, die Gegenstände, welche an solchen gebracht werden sollen, und die Art und Weise, wie sie dahin gebracht werden können, begreifen soll[5]. Dieses Fundamentalstatut bedarf jedoch der Approbation der verbündeten Souverains (qui devra être approuvé par les membres de la Confédération). Bereits bei den ersten vorläufigen Eröffnungen über diesen Plan, und ehe ich noch mit den anderen Gesandten darüber conferiren konnte, hatte ich mich gegen diesen Artikel hauptsächlich opponirt und war darauf bestanden, daß die Redaktion dieses Statuts, welche selbst schon sein Titel: „Grundstatut oder Grundgesetz" verdächtig macht, um so leichter in eine wahre Entziehung der wichtigsten Souveränitätsrechte ausarten könne, ohnmöglich dem Fürst Primas allein anvertraut werden dörfe, sondern durch einen Zusammentritt von Abgeordneten sämt-

---

[1] = Art. 4 der Rheinbundsakte.

[2] In dem vorliegenden Entwurfe erstreckt sich die ewige Allianz auch auf die Königreiche Italien, Neapel und Holland, für welche zugleich die Contingentsstärke festgesetzt wird.

[3] Auch späterhin versichert Talleyrand: «que ce n'avait été simplement que pour les formes qu'on avait porté notre contingent à 8000 h.; qu'il n'y aura pas la moindre difficulté de convenir par un article secret d'une diminution du contingent jusqu'à ce que les finances parviendront avec le temps à un meilleur état de prospérité». In der Abschiedsaudienz, die Napoleon dem badischen Minister am 12. Aug. ertheilt, erklärt der Kaiser sich mit einer Reduktion auf 6000 M. einverstanden An Edelsheim, 5. u. 13. August). Wie wenig sich Frankreich indes um diese mündlichen Zusagen gekümmert, lehrt die Geschichte der folgenden Jahre.

[4] Die Bestimmung fehlt in der Rheinbundsakte.

[5] = Artikel 11 der Rheinbundsakte.

licher Souveräns bearbeitet werden müsse. Ich erklärte, daß ich diesen Artikel für einen der unannehmlichsten des ganzen Planes hielte, und bei meinem Zusammentritt mit den bayerisch- und württembergischen Ministern kamen wir auch alle dahin überein, daß der Artikel äußerst gefährdevoll sei, daß man seine künftige politische Existenz keineswegs denen gar nicht zweideutigen Planen des Kurerzkanzlers unterordnen könne, und daß wir uns der Adoption dieses Paragraphen widersetzen wollten. Allein dies hinderte nicht, daß 36 Stunden später der bayerische Gesandte darüber hinausgehen zu können glaubte. Da ich aber dem ohnerachtet nicht unterließ, die nachdrücklichsten Vorstellungen dagegen zu machen, die Gefährde darzulegen, die selbst aus einer verfänglichen Auslegung des französischen Textes: «qui devra être approuvé» entstehen könnte, und endlich frei zu gestehen, daß mir die ganze Sache verdächtig vorkomme und ich die Besorgniß nicht unterdrücken könne, daß man bei Mittheilung des Entwurfs zum Fundamentalstatut allen übrigen Höfen ins Ohr sagen würde, ja an keine Opposition dagegen zu denken, weil die Arbeit nicht vom Kurerzkanzler herkomme, sondern in Paris zwischen dem französischen Kaiser, dem Kardinal Fesch und dem Minister Talleyrand gemacht worden, so wurde mir zwar darüber einige Empfindlichkeit zu erkennen gegeben, es wirkte aber doch so viel, daß mir der Minister eröffnete, er würde in Frankfurt bei Vorlegung des Statuts, welche am 1. September erfolgen solle, keine einzige Reklamation der übrigen Bundesstaaten unberücksichtigt lassen. Ich konnte daraus ganz deutlich abnehmen, daß höchst zuverlässig gegen Ende des nächsten Monats der französische Kaiser selbst mit dem Minister Talleyrand nach Frankfurt kommen und dort den letzten Akt zur Vernichtung des deutschen Staatskörpers vornehmen werde. Denn schon der nächstfolgende Art. 12 enthält, daß der französische Kaiser als Protektor des rheinischen Bundes erklärt werden sollte.

Auch hiergegen waren wir überein gekommen, uns auf das bescheidenste zu opponiren und, als ich gestern dem bayerischen Gesandten mein Bedauern darüber zu erkennen gab, daß er, dessen Hof gerade im Fall gewesen wäre, die kräftigste und würdevollste Sprache zu führen, um die Selbständigkeit des gemeinschaftlichen Vaterlandes nicht zu Grunde gehen zu lassen, die verabredete Opposition dagegen unterlassen habe, gestand er mir ganz offenherzig, daß, wenn das Münchener Kabinet sein Benehmen blos nach seiner Instruktion abmessen wolle, er die Kassation verdient hätte, daß er aber die allerdringendsten und sämmtlich übrigen Fürsten gemeinschaftlichen Motive gehabt habe. Die sämmtlichen kleinen Stände hätten dem Kaiser angeboten gehabt, ihn nicht nur als ihren Beschützer, sondern als ihr gemeinschaftliches Oberhaupt anzuerkennen [1]. Wenn man es darauf also hätte ankommen lassen wollen, so würden die drückenden Folgen davon für sämmtliche Souveräns ganz unerträglich gewesen sein und das

[1] Vergl. u. a. oben S. 641.

nämliche Resultat, das man jetzt nur im schlimmsten Fall befürchten könne, von selbst herbeigeführt haben, nur auf eine noch ungleich lästigere und gefährdevollere Art.

Es folgen Mittheilungen über den Inhalt der Art. 13—15 incl. (Art. 26, 27, 31, 28 und 32 der Bundesakte[1]). Die Bestimmung über die Besteuerung der Domanialgüter der Mediatisirten hält Reitzenstein für ungerecht, „da sie eine mit nichts begründende Disparität zwischen dem Schicksal der verschiedenen kleinen Stände einführen würde", und empfiehlt schleunigst mit den Markgrafen Friedrich und Ludwig ein Abkommen wegen Besteuerung ihrer Domänen zu treffen, „damit man diesseits nicht deterioris conditionis werde, als die übrigen Souverains".

Art. 16[2]. Die Schulden des schwäbischen Kreises werden zwischen Bayern, Württemberg, Baden und Hohenzollern verhältnißmäßig vertheilt. Ich habe bei diesem Artikel den Zusatz nach Verhältniß der Kreismatrikel aus dem Grundsatz begehrt, weil Bayern und Württemberg die meisten Reichsstädte besitzen, die bekanntlich unverhältnißmäßig hoch angelegt sind.

Ich weiß zwar nicht, ob dieser Zusatz noch beliebt werden wird, glaube aber, daß man auch im gegenseitigen Fall sich diesseits an die Kreismatrikel als den einzigen legalen Maßstab des Verhältnisses zu halten vollkommen gegründet sei. Man hat mir hiebei die für die Gläubiger sehr tröstliche Eröffnung gemacht, daß man diesen Artikel sowie den obigen Vorbehalt bei Artikel 2 mehr Ehren halber als in der Vermuthung in der Bezahlung der Schulden dadurch zu prospiciren, inserirt habe, indem, da niemand die Souverains zum Zahlen zwingen könne, man überzeugt sei, daß die wenigsten etwas bekommen würden; man bedauere sie herzlich, könne ihnen aber nicht helfen. Ich erwiderte darauf, daß eben deswegen, weil mein Gouvernement dergleichen Gesinnungen nie weder annehmen noch praktisch ausüben würde, ich umsomehr auf die bestimmte Vertheilung nach der Kreismatrikel dringen müsse, die sodann eine Repartition der Gläubiger, wobei jeder Souverain vorzüglich seine Landesunterthanen in sein Loos nehmen könne, möglich mache. Daß übrigens diese Schulden auf sämmtliche Kreisunterthanen durch extraordinäre Steuern gelegt werden müßten, wurde als sich von selbst verstehend erklärt. Ich begehrte dabei noch ferner, daß auch die Kreisemployés, Pensionairs und Invaliden, sowie auf der andern Seite die Kreisaktiva und Arreragen nach dem nämlichen Maßstab, die Zeughäuser aber mit allem Zugehörigen, zwischen Bayern, Württemberg und Baden zu gleichen Theilen repartirt werden möchten, weiß aber auch noch nicht, ob dieses Begehren berücksichtigt und in Additionalartikel aufgenommen werden wird[3].

[1] Nach der mehrfach erwähnten Relation v. Kleisers (§ 37) ist die Fassung der § 25—31 der Rheinbundsakte wesentlich auf die Vorstellungen zurückzuführen, die Kleiser, für den Fall einer Mediatisirung der kleineren Reichsstände zur Wahrung gewisser Vorrechte der letzteren am 10. Juni mittels einer Note an La Besnardière richtete; ursprünglich war auch die Steuerfreiheit der Domänen in Aussicht genommen, die Aufnahme dieser Forderung in die Bundesakte scheiterte aber an dem Widerspruche eines „der unbedeutendsten neuen Bundesgenossen".

[2] = Art. 29 der Bundesacte.

[3] Unterbleibt.

Art. 17[1]. Sämmtliche Souverains sind berechtigt, die in ihren Landen enclavirten Besitzungen der Reichsritterschaft zu occupiren; diejenigen aber, die nicht in einem einzigen Lande enclavirt sind, sondern an 2 Territorien stoßen, sollen unter die beiden Souverains gleichmäßig vertheilt werden. Gegen die Redaktion dieses Artikels habe ich die lebhafteste Vorstellung gemacht. Ich habe dargelegt, daß diese Redaktion so undeutlich sei, daß unerachtet ich dem französischen Gouvernement diese Absicht keineswegs zutraue, er ohnmöglich anders hätte redigirt werden können, wenn man die Absicht gehabt hätte, zwischen den verschiedenen Souverains unübersehbare Streitigkeiten entstehen zu machen, diese an den Frankfurter Bundestag gelangen zu lassen und so die vollkommenste Diktatur zu spielen. Ich erklärte, daß mir das einzige Mittel, diesem Unwesen vorzukommen, darin zu liegen scheine, daß man gleich jetzt bestimmte Demarkationslinien ziehe, innerhalb welcher die Occupationen stattfinden sollten, und theilte dazu sogleich einen Entwurf mit, so wie er in der Anlage enthalten ist[2]. Ich erklärte ferner, daß ich bei dem durchaus fortgesetzten feindlichen Benehmen Württembergs und bei den Plänen, die dasselbe zuverlässig zur Ausführung zu bringen suchen werde, sobald die französische Armee über den Rhein zurück sei, diese Linienziehung für schlechterdings nothwendig halte. Man gab mir hierauf zwar zu erkennen, daß des Kaisers Majestät eine ähnliche Arbeit wahrscheinlich dem General Clarke auftragen werde, und daß alsdann die Grenzorte durch französische Detachements bezeichnet werden würden, wo man dann wohl versichert sein könne, daß der König von Württemberg über die hierdurch bezeichneten Orte hinauszugehen sich nicht getrauen werde; allein ich erklärte wiederholt, daß ich mich dabei keineswegs beruhigen könne, vielmehr die bestimmteste Instruktion und die nachdrücklichsten Befehle habe, von diesem Punkte und namentlich auch von der Heerstraße von Bretten nach Heilbronn als Demarkationslinie im Kraichgau schlechterdings nicht abzuweichen; daß ich daher auch den vorgelegten Traktat blos unter dem Vorbehalt, daß die vorgeschlagenen Demarkationslinien sogleich hier gezogen werden, unterschreiben könne. Der Minister versprach mir darauf auf den folgenden Tag eine Diskussion mit seinem chef de division, der die Hauptarbeit in dieser Sache macht, über die Ziehung der Grenzlinien mit Zuhülfenahme guter Karten. Allein, da dieser chef de division weder gestern noch heute sichtbar war, vielmehr, um zur Ajustirung der Traktate Zeit zu haben, sich eingesperrt hatte, so habe ich ihm unmittelbar darauf abschriftlich anliegende Note zugestellt, auf die ich jetzt das weitere erwarte[3]. Zwar ist jetzt durch die Acquisition des Fürstenthums Leiningen der Canton Kraich-

---

[1] = Art. 25 der Bundesakte.

[2] Oben S. 689 Anm. 2.

[3] An La Besnardière, d. d. 14. Juli. Reitzenstein weist in derselben nach, daß La Besnardière durch Pappenheim bezüglich der Herrschaften Breuberg, Habitzheim und Heubach irregeführt worden: Heubach sei so wenig eine Enklave von Erbach, als die drei

gau ohnehin für so gut als größtentheils conservirt anzusehen, allein da man bei der praktischen Ausführung der Definitivoccupation unmöglich wegen jedes einzelnen Dorfes sich direkte an den französischen Kaiser wenden kann, in dessen Entstehung aber alle Entscheidung zuverlässig nur nach Gunst erfolgen werde [sic!] und diese Gunst blos durch pekuniarische Motive geleitet wird, zu welchem all unsere Nachbarn weit geneigter sind, als man es diesseits zu sein pflegt, so halte ich es für unumgänglich nöthig, auf dem Begehren dieser Grenzlinien unabweichlich zu beharren und die Aussetzung der Ratifikation bis auf meine weitere Anzeige darüber in Anstand zu lassen.

Art. 18[1]. Jeder Souverain verzichtet auf die Rechte und Besitzungen, die er in den Staaten des andern haben könnte. Dieser Artikel hat allerdings die Tendenz, alle nachbarlichen Irrungen mit einemal abzuschneiden; allein da ich keineswegs weiß, ob man diesseits bei einer so allgemeinen wechselseitigen Aufhebung nicht vielleicht beträchtlich verlieren dürfte, so habe ich für räthlich gehalten, die Einschränkung dieses Artikels auf die durch den Preßburger Friedensschluß erlangten Lande, wobei denn namentlich auch die den Durchlauchtigsten Herrn Markgrafen wegen der Appertinenzien von Salem und Petershausen gemachten Beeinträchtigungen aufgehoben würden, zu begehren[2]. Von Seiten des kurf. Geh. Rathscollegii wird man weit eher zu beurtheilen im Stande sein, ob dieser Artikel zuträglich oder nachtheilig sein würde, daher auch solchem lediglich die Entscheidung zu überlassen sein wird, ob auf der vorgeschlagenen Einschränkung insistirt oder davon abgestanden werden solle.

Es folgen in Art. 19 Mittheilungen über die in den Art. 13—23 der Bundesakte vereinbarte Gebietsvertheilung.

Daß bei dieser Austheilung Bayern ganz unverhältnißmäßig gewinne, ist in die Augen fallend, allein als Gründe davon wurden mir angegeben eine in Ansehung Nürnbergs schon vor 2 Jahren gegebene verbindliche Zusicherung, die damals blos wegen der Rücksichten gegen Preußen nicht habe zur Ausführung gebracht werden können; sodann der Umstand, daß Bayern einen Theil seiner Occupationen in Franken vorzunehmen habe, wobei es gegen Preußen einen harten Stand haben und, um aus aller Verdrießlichkeit zu kommen, wahrscheinlich in die Nothwendigkeit gerathen dürfte, dieser Macht einen Theil davon, und zwar namentlich des Nürnbergischen Gebiets, abzutreten.

Diese Rücksicht habe es dem französischen Gouvernement für höchst billig ansehen lassen, der Krone Bayern diese wichtige Acquisition zu verschaffen.

Herrschaften insgesammt nur 5300 E. zählten, wie La Besnardière in der letzten Conferenz behauptet. Die halbe Herrschaft Breuberg allein zähle nach Hassel soviel Einwohner Pariser Archiv. — Die Beilage, in der Reitzenstein seine Forderungen zusammengefaßt, fehlt.

[1] = Art. 34 der Bundesakte.

[2] Vergl. Art. 3 des Projet de traité additionnel. Oben Nr. 649.

Bayern befürchte auch das Prekäre derselben so sehr, daß der bayerische Gesandte den Traktat, durch den er noch viel größere Vortheile zu erlangen gehofft, blos mit dem Zeichen der größten Verzweiflung unterschrieben habe. Der Graf von Wintzingerode hingegen mißkennt zwar nicht, daß diese abgenöthigte Unterschrift den Gesandten von Cetto in Verlegenheit gesetzt haben möge, weil er damit zuverlässig seinen bestimmtesten Instruktionen zuwidergehandelt habe, meint aber, daß gerade Nürnberg die große Lockspeise gewesen, durch die man Bayern als den mächtigsten Stand zur Einwilligung zu bringen gesucht habe. Ich unterließ dem ohnerachtet nicht, mich lebhaft darüber zu beschweren, daß, da Bonndorf nebst den Städten Villingen, Bräunlingen und Tuttlingen und dem einzigen, auf dem rechten Donauufer liegenden Tuttlinger Oberamtsort Neuhausen ob Eck blos als das Äquivalent von Biberach anzusehen sei, Heitersheim aber nebst den Kommenthurien Freiburg und Beuggen nicht immediat, sondern Dependenzen vom Breisgau seien, Baden eigentlich ganz leer mit Immediatacquisitionen ausgegangen und in diesem Hauptpunkt gegen alle andern verbündeten Staaten zurückstehe; ich hätte bereits längst darauf angetragen, daß, wenn Nürnberg an Baiern kommen, dieses dagegen Ulm mit seinem Gebiet oder wenigstens den untern Theil desselben an Baden abtreten solle. Ich wäre zugelassen worden, diesen Wunsch des Kaisers Majestät in drei Privataudienzen unmittelbar vorzutragen, und müßte mich daher nothwendig beschwerend an denselben wenden, da ich überzeugt sei, daß eine Schmälerung des badischen Looses zumalen in den jetzigen Verhältnissen den wahren Intentionen des Kaisers entgegen sei, und wenn bei dem Entwurf des Projekts auf meinen Antrag keine Rücksicht genommen worden, ich den Grund davon blos in dem Umstand suchen müsse, daß niemand es dem Kaiser habe in Rückerinnerung bringen wollen. Das geringste, auf dem ich bestehen müsse, sei, irgend einen Weg ausfindig zu machen, durch den das badische Haus zu der ganz unentbehrlichen Acquisition der Landgrafschaft Nellenburg gelangen könne. Dies hatte denn endlich die Wirkung, daß mir die Adoption eines geheimen Artikels versprochen wurde, nach welchem auf den Fall, daß das Fürstenthum Regensburg an Baiern kommen sollte, dieses dagegen von Baden die untere Herrschaft des Ulmer Gebietes, die ich für weit mehr als zureichend für Nellenburg halte, abzutreten habe[1].

Ich habe dieses Begehren nach der Anlage schriftlich wiederholt und werde mich, wenn es nicht in Erfüllung gesetzt wird, durch nichts abhalten lassen, mich direkte bei des Kaisers Majestät zu beschweren.

Es folgen in Art. 20 Angaben über die in Art. 24 der Bundesakte bestimmte Vertheilung der mediatisirten Lande.

Dies sind die Grundzüge der großen Staatsumwälzung Deutschlands. Daß bei der Vertheilung der Landeshoheit das kurfürstliche Interesse aufs möglichste

[1] S. Art. 1 der «Articles séparés». Oben Nr. 649. Die Zusage ist im übrigen nie erfüllt worden.

beobachtet worden, werde ich wohl schwerlich zu beweisen nöthig haben. Man darf nur auf der einen Seite die große Ausdehnung Landes zwischen dem Erbachischen und der Jaxt bis an den Main hinunter mit der beträchtlichen Menge darin enclavirter ritterschaftlicher Besitzungen, die einen beträchtlichen Theil des Cantons Odenwald ausmachen, und auf der andern Seite die Wichtigkeit der Acquisition des Fürstenbergischen erwägen, durch welche zu einem ununterbrochenen Zusammenhang von Wertheim bis nach Buchhorn nur noch die Landgrafschaft Nellenburg und der Canton Schaffhausen zu wünschen übrig bleibt; auch der Tausch von Biberach gegen die anherfallenden württembergischen Besitzungen ist, man mag ihn von welcher Seite als man will, betrachten, höchst vortheilhaft, da zumal Biberach, dessen Gebiet fast ganz dem Spital gehört, nur sehr wenig eintragen kann, und die Entscheidung des Streites wegen der Bonndorfischen Herrschaften dadurch von selbst für Baden ausfällt. Der einzige unangenehme Umstand dabei würde die Uebernahme der persönlichen Schulden der vormaligen Bischöfe von Lüttich und Basel sein. Eben deswegen habe ich auch gleich im ersten Augenblick mich dagegen verwahrt, so sehr man sich auch hier darüber wunderte, weil man nicht begreifen kann, wie man sich für der Uebernahme von Schulden scheut, zu deren Bezahlung man nicht gezwungen werden kann. Ich meines Orts hingegen bin vielmehr der Meinung, daß gerade dieser Punkt, desgleichen jener einer Demarkationslinie für die ritterschaftlichen Occupationen, endlich die Niederschlagung der württembergischen Ansprüche auf einige Bestandtheile des obern Fürstenthums diejenigen drei Punkte seien, auf welchen man unabweichlich beharren und die Auswechslung der Ratifikationen bis zu deren Erledigung zurückhalten sollte.[1] Diese Auswechslung der Ratifikation[en] soll in München für sich gehen und ist bereits auf den 25ten dieses Monats anberaumt, ein Beweis, wie sehr oft alles hier übereilt wird.

Wenn ich nun meine unvorgreifliche Meinung über diejenigen Maßregeln äußern soll, die in dieser Angelegenheit vorzukehren sein dürften, so möchten solche wohl in folgendem bestehen:

1. Ein Ratifikationsinstrument, jedoch unter ausdrücklichem Vorbehalt jener drei Punkte zu entwerfen und expedirt dem Herrn Geh. Referendär Hofer nach München mit der Instruktion zuzuschicken, von dessen Einlangung zwar dem französischen Herrn Minister Otto Nachricht, jedoch mit der Aeußerung zu geben, daß die wirkliche Ratifikation auf obige drei Punkte noch ausgesetzt sei und vor deren annehmlichen Berichtigung nicht zur Auswechslung gelangen könne.

2. Sowohl der provisorischen Regierung zu Freiburg als jener des obern Fürstenthums, ganz vorzüglich aber dem Hofrathsdirektor von Dawans geheime Nachricht von den Gegenständen, die unter diesseitige Landeshoheit kommen würden, zu dem Ende zu geben, damit hauptsächlich der letztere einstweilen den Umfang

[1] Vergl. unten das Projet de déclaration.

von Land und Leuten, zumal in Ansehung der reichsritterschaftlichen Orte, ermessen könne, der diesseits zu occupiren sein werde, auch sogleich die Berathung jener Vorkehrungen vorbereiten, die zur Abwendung nachbarlicher Uebergriffe von Seiten Darmstadts nöthig sein dürften . . .

Ueberhaupt werde ich, sobald ich das Instrument selbst besitze, ohnehin einen Kurier damit abschicken müssen, der zugleich ein illuminirtes Exemplar der Chauchard'schen Karte überbringen wird, aus der man mit einem Blick die Grenzen wird übersehen können, innerhalb welcher man die natürlichste Ansprache zu Occupationen hat. Mit dem nämlichen Kurier werde ich auch meine unmaßgeblichen Gedanken sowohl wegen der neuen Landesorganisation, als auch wegen der Organisation der Ritterschaft und der Konvention mit Taxis einbefördern, da dieses alles Gegenstände sind, über welche man nicht wohl eher etwas Grundhaltendes angeben kann, bis man die neue Gestalt von Deutschland zuverlässig kennt. Uebrigens wird man höchsten Orts ohnehin ermessen, wie sehr ich mich darnach sehne, durch einen Kurier so schleunig als möglich in Kenntniß derjenigen Ansicht gesetzt zu werden, welche man höchsten Orts über mein Benehmen bei dieser ganzen Angelegenheit hat. Die gelegenheitlich der Breisgauischen Huldigung von Seiten Württembergs eingelegte Verwahrung und Protestation kann, da es nunmehr ohnehin bei der Grenzdemarkation bleiben muß, mit einer bloßen Reprotestation abgefertigt werden, bei der man nur noch die beiden Umstände bemerklich machen könnte, einmal daß die Bestimmung der Seelenzahl von 17 000, bei der aber übrigens die Städte Villingen und Bräunlingen mit ihren Dependenzen als notorische Bestandtheile des Breisgaus allerdings mitgerechnet werden müssen, blos als das Maximum anzusehen gewesen, über welches selbst in dem Fall nicht hätte hinausgegangen werden sollen, wenn sich auch ein größerer Bezirk in Württemberg enclavirt gefunden hätte, und fürs andere, daß man, der natürlichen Grenze zulieb, Württemberg ohnehin mehr zugewiesen habe, als ihm nach dem Geist des Preßburger Friedens gebührt, indem einige Vogteien, vorzüglich Furtwangen, augenscheinlich keine Enclaven des Württembergischen seien.

Das äußerst insolente württembergische Schreiben vom 25ten vorigen Monats[1] endlich zeigt um so deutlicher die dringende Nothwendigkeit, auf einer zu bestimmenden Demarkationslinie zu bestehen, und als eine weitere Probe der über alles Ziel und Maß gehenden dortseitigen Vergrößerungspläne erfahre ich soeben beim Schluß dieses, daß der Graf von Wintzingerode, ohnerachtet ich lebhaft überzeugt bin, daß sein Loos dem diesseitigen aufs wenigste gesagt gleich kommt oder vielmehr es noch um etwas übersteigt, sich durchaus weigere, die Konvention mit zu unterschreiben, indem er behauptet, daß die landeshoheitliche

[1] Gemeint ist ein Schreiben Normanns an Edelsheim, in welchem der württembergische Minister den Ton bedauert, der in der badischen Denkschrift vom 29. Mai angeschlagen werde, auf jede Widerlegung derselben verzichtet und sich auf eine feierliche Gegenverwahrung aller und jeder Rechte des Königs beschränkt.

Vertheilung zu ungleich für Württemberg und namentlich zu günstig für Baden ausgefallen sei. Wenn übrigens von Seiten des kurf. Geh. Rathscollegii meine Aeußerung über die von dem Grafen von Normann aufgelegte Frage erfordert wird, ob die diesseitige Verwahrung als Aufkündigung der auf dem Schluß stehenden Vergleichs-, Tausch- und Purifikationsunterhandlungen anzusehen sei, so beschränke ich mich auf die Anzeige, daß zugleich mit der heutigen Gelegenheit ein Schreiben von mir an den diesseitigen Kommissarium Herrn Geheimen Hofrath Sensburg abgeht, worin ich ihm meine Meinung über jene Tauschunterhandlung, soweit ich bei der unvollständigen Kenntniß der Sache eine haben kann, mittheile.

652. Reitzenstein an den Geh. Rath.
„Unterthänigster Nachbericht."

Paris, 17. Juli 1806.

[Unterzeichnung der Rheinbundsakte. Weigerung Wintzingerodes. Vorstellungen wegen der Ratifikation.]

Mein Hauptbericht war gestern Vormittag beendigt, und 2 Stunden darauf sollte Kammerrath Vierordt damit abgehen, alles war zu seiner Abreise bereitet, als ich eine schriftliche Einladung zu einer Konferenz zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten auf 8 Uhr Abends erhielt. Da ich vermuthen konnte, daß der Traktat in Richtigkeit gekommen sei, so behielt ich den Kammerrath Vierordt noch zurück in der Hoffnung, das Originaldokument mitzuschicken. Es waren sämmtliche Minister der verbündeten Höfe versammelt mit alleiniger Ausnahme des Grafen Wintzingerode, welcher auf der bereits berichteten Weigerung zu unterzeichnen beharrt[1] und behauptet, daß der französische Kaiser dem König von Württemberg eine Vermehrung von 500 000 Unterthanen zugesichert, er aber durch den Preßburger Frieden erst 150 000 erhalten habe, also berechtigt sei, noch 350 000 zu fordern, wobei er sich dann wiederholt beschwerte, daß Baden zum Nachtheil Württembergs zu sehr begünstigt worden. Es sind 16 Originalien unterzeichnet worden, welche aber erst heute Abend ausgeliefert werden sollen; gegen meine gestrige Angabe hat sich weiter nichts geändert, als daß der Herzog von Berg die Souverainität über $^4/_5$ der Nassau-Oranischen Lande, nämlich Dillenburg, Hademar und Siegen, der Fürst von Nassau-Weilburg aber nur über den Rest erhalten hat.

Der Minister Talleyrand gab mir bei dieser Gelegenheit volle Beruhigung über die Besorgnisse wegen der Grafschaft Bonndorf, rücksichtlich der bischöflich-lüttich- und baslerischen Schulden sowie auch wegen der württembergischen Prätension

[1] Vergl. Schneider, Württembergische Geschichte, 436; v. Schloßberger in der Literar. Beilage des Staatsanzeigers für Württemberg, 1889, 290 ff.; Montgelas, Denkwürdigkeiten, 139. Aus den beiden letzten Quellen ergiebt sich auch, daß Württemberg durch den Grafen Taube den Münchner Hof vergeblich zu gemeinsamem Widerstande gegen den aufgedrungenen Vertrag zu bestimmen gesucht.

auf die Besitzungen der durchlauchtigsten Herrn Markgrafen im Nellenburgischen. Er versprach mir auch, daß die Berichtigung der Demarkationslinie unverweilt vorgenommen werden solle.

Vorläufig machten wir sämmtlich mündliche Vorstellung über die Kürze des auf den 25ten dieses Monats anberaumten Termins, wo die Ratifikation schon in München eintreffen sollte, und wir werden solche heute wiederholen. Indessen muß ich dennoch unterthänigst anraten, diese Ratifikation zu beschleunigen und sie dem Geh. Referendär Hofer, oder in dessen Abwesenheit dem Grafen von Degenfeld, womöglich in termino, nach München, jedoch mit der Weisung zu übersenden, vor Einlangung weiterer Befehle noch keinen Gebrauch davon zu machen, bis die Nachricht über den versprochenen baldigen Erfolg auf die von mir hier noch eingegebenen Reklamationen eintreffen werde. Wir sind heute auf 1 Uhr Nachmittag zu einer weitern Konferenz gebeten, wobei zugleich der Entwurf einer an den Reichstag zu Regensburg wegen der Trennung vom deutschen Reich, schleunig zu übergebenden Deklaration vorgetragen werden soll.

---

653. Reitzenstein an den Geh. Rath.

„Zweiter Nachbericht."

Paris, 17. Juli 1806.

[Erklärungen am Reichstag. Verabredungen wegen der Auswechslung der Ratifikationen. Württemberg und die Uebergabe der neuerworbenen Gebiete.]

Diesen Augenblick komme ich von der heutigen Konferenz von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten zurück. Ueber das Projekt einer gemeinschaftlichen Erklärung an den Reichstag haben wir uns noch nicht vereinigen können, so daß wir morgen abermals zusammentreten und alsdann die genehmigte Erklärung übermorgen Abends an unsere respektiven Höfe durch außerordentliche Kuriers absenden werden. Zu gleicher Zeit geht ein französischer Kurier mit einer Erklärung des Kaisers an den Reichstag ab. Sie ist uns vorgelesen worden, und ist ein wahres Meisterstück. Das Unangenehme dabei ist aber die Eröffnung, daß, sobald die übrigen deutschen Mächte den neuen Rheinischen Bund nebst den Ereignissen, die ihn begleiten, anerkannt haben werden, — also nicht eher — die grande armée Deutschland räumen und über den Rhein zurück gehen soll. Ueberhaupt klärt sich uns allen erst seit 14 Tagen die Tendenz der Politik des französischen Kaisers auf. Es ist zu besorgen, daß Preußen die Hansastädte besetzen werde, und in diesem Fall würde es wahrscheinlich von Frankreich sogleich angegriffen werden. Ueberhaupt ist die Spannung mit dem Berliner Hof außerordentlich, und wenn der Friede mit England keinen andern Anstand hätte als die Rückgabe von Hannover, so würde Preußen dazu auf der Stelle gezwungen werden.

Uebrigens habe ich ein Originalexemplar zugestellt erhalten, und kann also solches nunmehr nach davon zurückbehaltener Abschrift unterthänigst mitsenden.

Der Graf von Wintzingerode hat unter Vorschützen der Ermanglung einer Vollmacht, die er stündlich erwarte, noch nicht unterschrieben; es ist also die Verabredung getroffen worden, daß diejenigen Abgeordneten der kontrahirenden Höfe, welche den Auftrag erhalten werden, zu München die Auswechslung der respektiven Ratifikationen vorzunehmen, außer diesem Ratifikationsinstrument auch noch das Original des Traktats selbst von ihrem Hof zugeschickt erhalten sollen, damit man in München, wo der Beitritt durch einen andern württembergischen Bevollmächtigten erfolgen wird, sowohl dessen Namen in introitu eintragen, als auch die Unterschrift und Besieglung nachholen könne. Ich muß daher nunmehr darauf antragen, daß sowohl 16 Ratifikationsinstrumente ausgefertigt, als auch mit diesen das anliegende Original dem Grafen von Degenfeld oder Geh. Referendär Hofer zugefertigt werde, um im Fall des württembergischen Beitritts obige Lücke noch ausfüllen zu können. In Ansehung des Tags der Auswechslung ist beliebt worden, in den darüber abzusendenden Protokollen den 25[ten] Juli zu setzen, wenn dieses Geschäft auch gleich 2 oder 3 Tage später vorgenommen werden sollte. Es ist nicht der Herr Minister Otto, der den Auftrag hierzu vom Kaiser erhalten hat, sondern der Kriegsminister Marschall Berthier. Sollte Württemberg nicht beitreten und dadurch noch etwas weiteres zu erlangen hoffen, so ist bereits beschlossen, auch ohne dessen Beiwirkung fortzufahren, wo man alsdann diesseits wohl noch einen Theil der für Württemberg bestimmten Occupationsobjekte erhalten könnte. Marschall Berthier hat bereits den Befehl vom Kaiser, die Besetzung sämmtlicher kleinen Staaten im Namen des betreffenden Souverains durch kleine Detachements ins Werk zu setzen, und wahrscheinlich hatte er diesen Befehl schon, ehe wir insgesammt von dem, was vorgehen sollte, einige Kenntniß hatten. Ueberhaupt habe ich jetzt eine große Beruhigung über den Entschluß der Unterschrift, den ich faßte, da man sonst zuverlässig über den badischen Beitritt eben so leicht hinausgegangen sein würde, die Sache selbst aber von dem französischen Kaiser, der diesen Plan schon von Wien zurückgebracht haben mag, doch durchgesetzt worden sein würde, und Baden nach allen seinen Verhältnissen weniger als sonst jemand im Stand gewesen wäre, sich derselben zu widersetzen oder auch nur einem Beitritt auszuweichen, den man in jedem Fall durch unausweichliche Gewalt erzwungen haben würde. Da übrigens die Ausfertigung von 16 Ratifikationsexemplaren allerwenigst 3—4 Tage Zeit erfordern wird, so hoffe ich nun in jedem Fall Zeit zu haben, den wichtigsten Punkt, nämlich die Demarkationslinie, noch durchzusetzen und alsdann mit dem Resultat davon, einer illuminirten Karte, und dem Projekt der Erklärung an den Reichstag einen zweiten Kurier abzusenden[1]. . . .

[1] Die Berichte vom 14. 16. und 17. Juli werden durch den Legationsrath Groos nach Karlsruhe überbracht, wo derselbe in der Nacht vom 20. 21. Juli eintrifft. Edelsheim schlägt dem Kurfürsten sofort die Berufung einer geheimen Conferenz vor, an der auch

Beiliegend der von Kammerrath Vierordt redigierte Entwurf einer Uebereinkunft mit den beiden Markgrafen „wegen der Besteuerung“[1], der eventuell „auf die Epoche ohnmittelbar nach dem Preßburger Frieden“ zurückdatirt werden könnte.

654. Markgräfin Amalie an Napoleon.

Darmstadt, 17. Juli 1806.

[Bitte um Untersuchung der Briefangelegenheit. Entschuldigt ihre Abwesenheit von Karlsruhe.]

Sire!

La crainte de paraître sous un faux jour aux yeux de V. M. I. m'enhardit aujourd'hui à Lui adresser cette lettre pour La supplier de donner Ses ordres pour que l'on fasse des recherches sur mon paquet perdu que j'ai adressé à mon fils le 26 avril et qui contenait ma réponse à la Princesse électorale qu'il m'importe surtout de savoir retournée. Daignez, Sire, Vous en occuper, car je souffre de l'idée que Vous me croyez capable de manquer à ce que je dois à V. M. et à la Princesse, Votre fille. J'ai été retenue ici par les couches prolongées de ma fille qui a été dangereusement malade d'une fièvre de nerfs. A la suite de ces inquiétudes je fus très souffrante aussi, et quoique convalescente encore, je me prépare à rejoindre au plutôt [possible] mon fils et sa femme. Tout le bien que j'entends de la jeune Princesse, me donne le désir de faire sa connaissance. Croyez, Sire, que je ferai tout ce qui dépendra de moi pour gagner son amitié. Veuillez en être persuadé et de même des sentiments respectueux de la plus haute vénération avec laquelle etc.

Eigenhändig. Pariser Archiv.

655. Talleyrand an Massias.

Paris, 19. Juli 1806.

[Etikettenfrage. Vorrang der Kurprinzessin vor der Markgräfin und allen Prinzessinnen des badischen Hauses.]

On a été informé, Monsieur, qu'à la cour de Carlsruhe S. A. S. la Princesse Stéphanie Napoléon cédait le pas à Mme la Margrave. Cet usage est contraire à l'étiquette qui s'observe dans toutes les cours de l'Europe. Comme fille adoptive de S. M. l'Empereur et Roi et jouissant des titres et des prérogatives d'Altesse Impériale Mme la Princesse Stéphanie doit avoir la préséance sur toutes les Princesses de la maison régnante de Bade . . .

Massias erhält Weisung, bei Edelsheim entsprechende Vorstellungen zu machen.[2]

Seckendorff theilnehmen soll. Der Termin hierfür wird auf den 25. Juli festgesetzt, da indeß der erwartete zweite Kurier ausbleibt, um ein paar Tage verschoben.

[1] Vergl. oben S. 799. Die Beilage fehlt.

[2] Geschieht; die Rangfrage wird demgemäß anders geregelt.

656. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 22. Juli 1806.

[Friedensschluß mit Rußland. Der Kronprinz von Bayern. Voreingenommenheit gegen den Karlsruher Hof. Hessen-Kassel und der Rheinbund.]

Der Abschluß des Friedens mit Rußland, der allgemein überraschte, hat den Kronprinzen von Bayern äußerst erfreut. Der Gedanke an eine Heirath mit der russischen Großfürstin[1] liegt ihm sehr am Herzen.

. . . J'ai vu par plusieurs de ses discours qu'il a de fortes préventions contre notre cour et j'ai démêlé en lui des idées extraordinaires sur les désirs et les espérances dont il se berce un jour. Il faudra toujours surveiller sévèrement la marche et les mouvements que se donnera la Bavière ici et régler le mieux qu'on pourra le degré d'influence qu'elle voudra se donner sur le midi de l'Allemagne.

D'après différentes ouvertures qu'on m'a autorisé de faire à M_r de Malsburg sur l'intérêt de rapprocher l'Electeur de Hesse de la Confédération du Rhin et que j'ai cru devoir lui rendre, j'ai lieu de croire qu'il ne soutiendra pas son refus d'y adhérer[2] . . .

---

657. Gutachten des Geh. Raths Meier.

Karlsruhe, 22. Juli 1806.

[Die Rheinbundsakte. Zwangslage: jede Berathung gegenüber dem von Frankreich ausgeübten Drucke überflüssig. Bemerkungen zu dem Vertrage. Der Vorbehalt der Ratifikation.]

Wenn, wie neulich zu Brünn und Wien und jetzo zu Paris, mit dem Unterhändler der allerwichtigsten Gegenstände gar nicht unterhandelt, sondern ihm keine andere Wahl gelassen wird, als zu unterzeichnen, was eine allgewaltige Macht zum Unterzeichnen vorlegt; — wenn ein solcher Abschluß, dem auch keine Instruktionseinholung und Ertheilung vorangehen konnte, erst alsdann zur hiesigen Wissenschaft gelangt, wenn nichts mehr daran zu ändern ist; — wenn der Vorbehalt der Ratifikation als eine bloße Formalität angesehen wird, die man nicht verweigern darf; und wenn am Ende doch geschieht, was die Uebermacht durchzusetzen sich vorgenommen hat, so ist hintennach das Deliberiren über die Nützlichkeit des Beitritts und das Doliren über manche Unbehaglichkeit sehr überflüssig, und man muß froh sein, wenn man nur noch einige vortheilhafte Modifikationen erringen kann. Dazu macht sich der Herr Kabinetminister von Reitzenstein Hoffnung, und es ist nur zu erwarten, ob die von ihm eingegebenen Vorstellungen und Reklamationen einigen Erfolg haben werden.

---

[1] Großfürstin Katharina, Schwester des Zaren. Vergl. Heigel, Ludwig I. König von Bayern, 21.

[2] Ueber die schwankende Haltung Hessen-Kassels in dieser Frage vergl. Strippelmann, Beiträge z. Geschichte Hessen-Kassels, 3, 94 ff.

Ad Art. 4 in seinem Bericht fragt sich: Wollen Serenissimus den Titel Großherzog annehmen, und wird das Prädikat: „Königliche Hoheit" beliebt werden?

Noch weit wichtiger ist:

Ad Art. 1—3. Die gänzliche Lossagung von dem deutschen Reichsverband mit seinen (sic!) unübersehlichen Folgen.

Allein hat man nicht diese Umwälzung schon geraume Zeit vorhergesehen, und ihr mehr vor= als entgegengearbeitet? Würde es, da es nun schon so weit gekommen ist, etwas fruchten, wenn man die damit verbundenen lockenden Vortheile zur Erhaltung des status quo ausschlagen wollte? Und ist nicht schon seit Jahren alles Dichten und Trachten dahin gegangen, dieser Vortheile, die doch ohne jenen Umsturz nicht zu erlangen waren, noch mehrere zu erringen?

Ad 5. Die Attribute und der künftige Wirkungskreis des Fürsten Primas sind noch nicht vollständig entwickelt. Das Geschöpf wird seinen Schöpfer loben.

Ad 8. Wie folgereich und unselig kann die Verpflichtung werden, an allen Kontinentalkriegen mit Frankreich, Holland, Italien und Neapel Theil zu nehmen!

Ad 9. Die Disproportion der Kontingentsaustheilung ist augenfällig. Was nützt dagegen, wenn einmal in einem feierlichen Vertrag die Verbindlichkeit zu einer bestimmten Zahl übernommen worden ist, die Sage des Kaisers, er werde es hierinnen nicht genau nehmen? Wird er, und werden seine Nachfolger immer so denken? Und haben nicht alle übrigen Verbündeten ein ius quaesitum auf die volle Leistung des Versprochenen?

Die vorgeschobene honoris causa kann in der Folge theuer zu stehen kommen.

Ad 11 und 12. Die Betrachtungen des Herrn Kabinetministers von Reitzenstein über den Fürst Primas als Verfasser des neuen Bundesgesetzes und über den Protektor desselben sind voller Gewicht und lassen vorausahnden, was man zu erwarten hat.

Ad 13. Hier finden die untergeordneten kleinen Staaten ihr künftiges Loos. Die Grundlinien, wie mit ihnen abzutheilen sei, sind generell gezogen, und der Punkt der Besteuerung zu denen mit der Landeshoheit unzertrennlich verbundenen Lasten wird Streit über Streit veranlassen . . .

Ad 15 und 16 muß man sich auf manchen Kampf über die Abtheilung der Diener und Schulden gefaßt machen. Die französischen Insinuationen in Ansehung der Kreisschulden sind abscheulich und tödten den Kredit der Souverains.

Ad 17. Mit Recht eifert der Herr Kabinetminister von Reitzenstein über die vage Fassung des Artikels, die Occupation der Ritterorte betreffend, als welche diesen wichtigsten Punkt in dem bisherig streitigen und beschwerlichen indecisen Zustand belassen würde.

Es ist nur zu wünschen, daß seine desfalls gemachten Reklamationen Eingang und Remedur finden, sonst wird des Haders kein Ende, zumal da man jetzo mit mehreren Souverains zu theilen hat.

Ad 18. Der Verzicht jedes Souverains auf die Rechte auf Besitzungen in den Landen des andern ist sehr weit umfassend und viel zu unbestimmt. Jeder wird kalkuliren, ob er dabei wohl oder übel fahre, und hiernach dem Verzicht eine engere oder weitere Deutung geben. Daher eine reiche Quelle von Streitigkeiten, die man mit dem Generalsatz niederschlagen wollte. Der Herr Kabinetminister von Reitzenstein hat dessen Beschränkung auf die durch den Preßburger Frieden erlangten Lande vorgeschlagen, und er glaubt, das kurf. Geh. Rathscollegium werde wohl beurtheilen können, ob dieser Artikel mit oder ohne die vorgeschlagene Einschränkung zuträglich oder nachtheilig für Baden sein werde.

Ich zweifle aber an diesem Beurtheilungsvermögen, und woher soll man, zumalen bei der neuen Landesvertheilung, die sicheren Data dazu in der Geschwindigkeit hernehmen? Selbst wie man desfalls gegen den stärksten Nachbar, gegen Württemberg, stehet, würden die bisherigen Tauschunterhandlungen bei weitem nicht vollständig zeigen.

Vermuthlich wird der Artikel in seiner Generalität stehen bleiben, wie er jetzo lautet, und dann der Hader angehen. Hoffentlich sind doch darunter nur landesherrliche Rechte verstanden, sonst würde die Universität zu Freiburg, das Stift zu Baden und andere Korporationen übel fahren.

Ad 19 c, warum das Bräunlinger Gebiet jenseits der Brieg vom badischen Loos ausgenommen worden, ist nicht erläutert. Schade, daß Triberg vom Breisgau abgerissen bleibt.

Villingen, Bräunlingen und die Herrschaft Bonndorf werden gegen 9000 Seelen enthalten, also die Bevölkerung von Biberach überschreiten, Tuttlingen nicht eingerechnet.

Ad 20 d. Den von Sigmaringen gewünschten Tausch[1] betreffend, ist sogleich der Präsident von Baur zu Meersburg zum Bericht aufgefordert worden. Wenn dabei keine andere Aussicht vorwaltet, als den Herzog von Berg zu obligiren, so müßte die sehr überwiegend sein, ehe man sich entschließen dürfte, eine souveräne Familie in Heitersheim mitten in den Oberlanden sich eigentlich ansiedeln zu lassen. Der Inkonvenienzien würden nicht weniger sein, die daraus entstehen würden. Vor der Hand möchte es an der Versicherung genügen, daß man über den gewünschten Tausch Erkundigungen einziehe, und zu einem solchen nicht abgeneigt sei, wenn sich schickliche Tauschobjekte ausfindig machen ließen.

Quoad Consilia.

Ad 1. Die Ratifikationsurkunden werden in Bereitschaft gesetzt, und Graf von Degenfeld in München wird benachrichtigt, was er demnächst zu er-

[1] Vergl. Nr. 663.

warten habe. Der Vorbehalt der gemachten drei Bedingungen wird aber nicht wohl in das Ratifikationsinstrument einzurücken sein, sondern es an der Ordre genügen, solches vor weiterer Weisung nicht auszuliefern.

Ad 2. Die Notifikationen an H. von Drais, H. von Baur und H. von Dawans sind abgegangen, können aber vor der Hand bei der Indecision in Ansehung der Ritterorte wenig nützen.

Der Herr Kabinetminister von Reitzenstein wünscht, durch einen Kurier so schleunig wie möglich in Kenntnis gesetzt zu werden, die man höchsten Orts über sein Benehmen habe.

Diese werden Serenissimus Elector nach Höchstem Wohlgefallen zu ertheilen geruhen.

Der erste Nachbericht

bestärkt mich in der Voraussetzung, es sei nicht die Meinung des Herrn Kabinetministers von Reitzenstein, den Vorbehalt der drei Bedingungen in die Ratifikationsurkunde zu setzen, das viele Weiterungen nach sich ziehen würde, da er hierinn sowohl, als

in dem zweiten Nachbericht

nur verlangt, solche vor Erledigung dieser Conditionen, überhaupt vor weiterer Weisung nicht herauszugeben. Werden sie erfüllt, so ist der Vorbehalt in der Ratifikationsurkunde, der alsdann noch eine weitere nachfolgen müßte, überflüssig. Werden sie nicht bewilligt, so bleiben auch die Urkunden zurück, bis Serenissimus resolvirt haben, ob Sie pure ratificiren wollen . . .

---

658. Reitzenstein an den Geh. Rath.

Paris, 23. Juli 1806.

[Entwurf der Erklärung am Reichstag. Unterzeichnung der Bundesakte durch Württemberg. Zusicherungen bezüglich der Demarkationslinie und der württembergischen Ansprüche wegen Nellenburg. Antrag auf Ratifikation. Rathschläge wegen der Occupationen.]

In Verfolg meiner letzteren unterthänigsten Anzeige ermangle ich anburch nicht, in den beiden Originalanlagen den Entwurf einer ohnfehlbar am 1. August zu Regensburg abzugebenden gemeinschaftlichen Deklaration[1], so wie man dahier nach mehreren Besprechungen mit dem französischen Herrn Minister darüber übereingekommen ist, auch der Genehmigung des französischen Kaisers versichert worden, zur höchsten Kenntnis gelangen zu lassen. Die Konvention selbst ist inzwischen durch den am vorigen Sonntag erfolgten Beitritt des württembergischen Ministers Grafen von Wintzingerode[2] zu ihrer Vollständigkeit gediehen, indem derselbe in dem nämlichen Augenblick sich zur Unterschrift bequemte, als er aus der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien mit Rußland abnehmen konnte, daß diese letztere Macht entschlossen sei, sich um die Ange-

[1] In französischer und deutscher Redaktion; identisch mit dem definitiven Texte, wie er u. a. bei Winkopp, der Rheinische Bund, I, 115 gedruckt ist.

[2] Vgl. v. Schloßberger, a. a. O. 293.

legenheiten Deutschlands nicht mehr zu bekümmern. Ich hatte noch gestern eine ausführliche Unterredung darüber mit ihm, wobei er mir nicht verhehlte, daß er ebenfalls ohne Instruktion seines Hofes, die er nicht mehr habe abwarten können, unterschrieben habe, daß er daher zwar nicht ohne Unruhe sei, wie sein Hof die Sache aufnehmen werde, um so mehr, da er vorauszusehen glaube, daß es durchaus nicht bei einem bloßen Protektorat bleiben werde, daß er sich aber mit dem Bewußtsein trösten müsse, wie wenig, höchstens nur mit allenfallsiger Ausnahme von Bayern, irgend eine andere deutsche Macht im Stand gewesen wäre, sich den Planen des französischen Kaisers zu widersetzen oder zu verhindern, daß sie nicht auf eine noch ungleich nachtheiligere Art ausgeführt worden wären. Da also nunmehr dieser Traktat quoad formale vollständig ist, quoad materiale aber vorzüglich in Ansehung der wichtigsten diesseitigen Desiderien soviel:

1. die Bestimmung einer Demarkationslinie mit Württemberg wegen Besetzung der ritterschaftlichen und Ordensgüter betrifft, nun endlich gestern von dem Minister nach dem französischen Kaiser darüber erstattetem Vortrag die offizielle Erklärung erhalten habe, daß zwar Seine Majestät in der Ueberzeugung, daß abermalige württembergische Eingriffe nunmehro bei den Instruktionen, die der Kriegsminister Marschall Berthier erhalte, nicht mehr zu befürchten seien, das diesseitige Begehren für überflüssig hielten, gleichwohl aber, weil diesseits so sehr darauf bestanden werde, eine solche Linie wirklich fixiren lassen wollten; sodann
2. ich in Ansehung der persönlichen Schulden der vormaligen Bischöfe von Lüttich und Basel mich mit der erhaltenen mündlichen, obwohl übrigens ganz beruhigenden Versicherung nicht begnügen, sondern eine schriftliche Garantie dagegen zu erhalten mich noch äußerst bestreben werde, endlich
3. wegen der Nellenburgischen Ansprüche auf verschiedene Bestandtheile des obern Fürstenthums und die[1] dahin einschlagende Interpretation des 34. Artikels des Traktats so verbindende Zusage und Aeußerungen der französischen Intention erhalten habe, daß, wofern sich einiger Umstand ferner thun sollte, die Erlassung bestimmter dessfallsiger Befehle an H. Minister Berthier kaum bezweifelt werden kann;

so scheint mir nunmehr die Sache an dem zu sein, daß dem Geschäft der Ratifikationsauswechslung kein längerer Anstand, der bei der durch die dermalige Uebereinkunst mit Rußland zum Vortheil Frankreichs erfolgten außerordentlichen Alternation nachtheilige Folgen haben müßte, gegeben werden könne. Ich glaube voraussetzen zu können, daß im Augenblick, wo gegenwärtige unterthänigste Anzeige anlangt, die 16 Ratifikationsinstrumente bereits expedirt sein werden, daher ich nun devotest antrage, solche nebst der hier beifolgenden Deklaration

[1] Sic! Lies: der.

aufs schleunigste durch einen nämlichen Kurier nach München, wo bekanntlich die Auswechslung mit dem H. Marschall Berthier vor sich gehen soll, gelangen zu lassen, und dabei demjenigen, der von Serenissimo den Auftrag dazu erhalten wird, die Instruktion zu ertheilen, ohnmittelbar vor dem Auswechslungsmoment dem H. Marschall eine Verwahrung, ohnmaßgeblich beifolgenden Inhalts zu überreichen. Zugleich möchte es dienlich sein, dem nämlichen Bevollmächtigten die anliegende Chauchardische illuminirte Karte nebst einer Abschrift des von mir gemachten Vorschlags zu der Demarkationslinie zuzuschließen, damit er dadurch um so eher in den Stand gesetzt werde, sowohl den H. Marschall, als auch den H. Minister Otto, der bei der Sache noch immer vielen Einfluß behalten wird, von der Gerechtigkeit des diesseitigen Wunsches zu überzeugen.

Das nämliche werde ich dahier bei dem Herrn General Clarke, der in topographischen Angelegenheiten öfters konsultirt wird, zu bewirken suchen. Die hauptsächlichsten Motive, durch welche ich dieses Desiderium unterstützte, waren von den nur zu oft erprobten Gewaltthätigkeiten des Königs von Württemberg und seiner Minister, von dem diesseitigen dringenden Wunsch nach Ruhe und Frieden, wenn dieser auch durch Aufopferung unverkennbar gerechter Ansprüche erkauft werden mußte, endlich von der beständigen Beunruhigung, die bei Serenissimo Electori durch die in den Monaten Januar, Februar und März so zu sagen stündlich eingelaufenen Beschwerden über die württembergischen ohnleidlichen Prozeduren entstanden sei und das mißbehaglichste Gefühl zurückgelassen habe, hergenommen. Diese nämlichen Motive könnten daher auch bei dem H. Minister Berthier und Minister Otto geltend gemacht werden. Ich bemerke blos incidenter, daß bei den Occupationen an der Krautheimischen, Leiningischen und Löwensteinischen Grenze gegen das Mergentheimische und Würzburgische hin es mit der Enclavirung oder auch unmittelbaren Berührung nicht übermäßig gewissenhaft genommen zu werden brauche, sondern [man] auch mit einer auch etwas liberaleren Ausdehnung an der dortigen Grenze gegen die Intention des hiesigen Gouvernements nicht anstoßen werde. Daß man den beträchtlichen Ort Dörzbach, ingleichen Assumstadt[1] und die dortige Nachbarschaft mit hineinziehen müsse, versteht sich von selbst. In meinem vorigen unterthänigsten Bericht ist bereits bemerkt, daß, obgleich die Ratifikationsauswechslung unmöglich früher als einige Tage nach dem dazu festgesetzten 25. dieses vor sich gehen könne, in dem Protokoll dem ohngeachtet dieser Tag angegeben werden soll, wonach also der diesseitige Kommissarius zu instruiren sein wird. Die Deklaration hingegen anlangend, so ist der Termin vom 1. August nach aller Strenge gemeint, und wird daher, da der gegenwärtige Kurier vor dem 26. Nachmittags nicht in Karlsruhe eintreffen kann, nicht wohl eine längere Zeit zur Abfertigung des nach München bestimmten übrig bleiben als bis zum 27. Abends. In diesem

[1] Dörzbach heute im württembergischen Oberamt Künzelsau, Assamstadt im badischen Bezirksamt Tauberbischofsheim.

Falle kann der Kurier den 29. Mittags in München eintreffen, noch den nämlichen Abend die Ratifikationsauswechslung vor sich gehen, die Deklaration selbst aber von dort aus am 31. in Regensburg einlangen. Wir haben sämmtlich gegen diesen so sehr knapp zugeschnittenen Termin Vorstellung gemacht, allein vergeblich. Der 1. August war einmal in der Voraussetzung, daß der Traktat 8 Tage früher werde beendigt werden können, von dem Kaiser bestimmt worden, und von dieser Bestimmung wollte man nicht mehr abweichen, ohngeachtet die Untersuchung[1] nicht am 12. dieses, wie es in der Konvention heißt, sondern erst am 16. und resp. 17. dieses vor sich ging. Vermuthlich werden bis den 30. oder 31. auch die Befehle der übrigen Höfe wegen Abgebung der Deklaration in Regensburg eintreffen, und des Herrn Kurerzkanzlers Kf. Gnaden sind bereits vor einiger Zeit von hier aus veranlaßt worden, solche Vorkehrung zu treffen, daß der reichstäglichen Vakanz ohngeachtet die Erklärung dem Reich legal kund werde . . . .

---

659. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 23. Juli 1806.

[Entsendung Hofers nach Regensburg. Zweck. Zusammenkunft von Vertretern der Hauptstaaten des Rheinbunds zur möglichsten Wahrung ihrer Unabhängigkeit. Ausarbeitung einer neuen Organisation für Baden. Baldige Rückkehr.]

|: Herr v. Haynau überbringt den Entwurf der am Reichstage abzugebenden Erklärung, die durch Kurier sofort nach Regensburg weiter befördert werden muß.

. . . Il serait inutile au reste de répéter ce qui se trouve déjà dans mes rapports allemands; je me borne donc à y ajouter

1) qu'il me paraît très urgent d'envoyer quelqu'un auprès de l'Electeur Archichancelier à Ratisbonne pour le surveiller, le contrôler dans ce qu'il fera par rapport au statut fondamental[2] et pour empêcher autant que possible tout ce qu'on pourrait vouloir y glisser de contraire à notre souveraineté et de trop approchant d'une sujétion dangereuse à l'Empire Français. Mr de Wintzingerode donnera absolument le même conseil à son maître, et je crois qu'à Munich et à Darmstadt on n'en sentira pas moins la nécessité. Comme Mr Hofer est presque sur les lieux et que

---

[1] Sic! Lies: Unterzeichnung.

[2] Das Fundamentalstatut des Rheinbundes, dessen Entwurf der Fürstprimas binnen Monatsfrist vorlegen sollte. Der Entwurf ist von Dalberg ohne jede Verständigung mit den übrigen Bundesfürsten ausgearbeitet und am 4. Aug. an Napoleon übersandt worden. Reitzenstein bemerkt, derselbe bestehe zum Theil aus schönen Phrasen zum Lobe des Kaisers, zum Theil aus Bestimmungen zu Gunsten Dalbergs und seiner Familie und zerstöre auch jeden Schein von Unabhängigkeit, so daß er selbst in Paris nicht gebilligt werde. (An Edelsheim, 24. Aug.) Vergl. dagegen v. Beaulieu=Marconnay, Karl v. Dalberg, II, 88, 105. — Der Entwurf ist bekanntlich in den Pariser Akten begraben geblieben; wie so manche andere Bestimmung der Rheinbundsakte ist auch diese niemals durchgeführt worden.

d'ailleurs il me paraît le plus propre à cette besogne, je crois qu'on ferait fort bien de la lui confier. Il sera bon encore

2) de préparer une conférence secrète entre les députés de ces quatre cours pour se concerter non seulement sur ce qui resterait encore à arranger touchant l'extension de la souveraineté sur les petits états, mais surtout sur le contenu du futur statut fondamental, sur les points qui pourront être accordés, sur ceux auxquels il faudra opposer une résistance, sur le concordat futur, l'Electeur Archichancelier ayant cessé dès ce moment d'être archevêque métropolitain etc. Mr Hofer sera à même de sonder à cet égard les dispositions des autres cours, comme je le ferai ici de mon côté. Ensuite il faudra se réunir avec le moins d'apparence possible sous le prétexte de prendre les eaux, p. e. à Baden, Wildbad, Schlangenbad etc. ou autres endroits pareils. Il ne s'agit de rien que de nous conserver une ombre d'indépendance.

3) Ce n'est que maintenant qu'on pourra s'occuper d'une nouvelle organisation. Je comptais envoyer par Mr de Haynau un petit travail là-dessus que S. A. E. m'a ordonné de préparer; mais le temps en a été trop court, et je dois me le réserver pour mon retour. Dès que Mr Groos sera revenu, je compte prendre mon audience de congé et m'acheminer ensuite si tôt que je pourrai. Arrivé à Carlsruhe, je prévois bien qu'il me faudra m'y arrêter quelques jours pour donner les éclaircissements ultérieurs qu'on me demandera sans doute, et je compte profiter de ce séjour forcé pour présenter mes vues sur l'organisation nouvelle. Il sera très utile de[1] . . . :|

660. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 24. Juli 1806.

[Abreise des Landgrafen von Fürstenberg nach Karlsruhe. Zweck. Nachrichten von der Kurprinzessin.]

Der Landgraf von Fürstenberg, der sich nach Karlsruhe begiebt, hat sich erboten, Dalbergs Depesche zu bestellen[2].

«Il est connu de Vous comme il l'est généralement. C'est un des hommes les plus respectables et je ne doute pas que dans la position où il se trouve vis-à-vis [de] la cour de Bade S. A. S. E., animée des sentiments si nobles, se plaira à lui faire l'accueil généreux qui peut adoucir l'amertume de sa position.»

Der Kammerherr von Beaumont ist aus Karlsruhe zurückgekehrt; Dalberg hat ihn bei Talleyrand getroffen. «Il m'a paru par ses entretiens être assez au fait de tout

[1] Die Schlußseiten des Schreibens fehlen.

[2] Der Landgraf beabsichtigt die Interessen seines Hauses dem Kurfürsten zu empfehlen. Vor seiner Abreise hat er noch eine Unterredung mit Reitzenstein, in der er als Hauptdesiderien die Bestätigung der fürstl. Hausstatuten, die Befreiung seines Mündels von der Residenzpflicht während der Minderjährigkeit und die Fortführung der Vormundschaft bezeichnet. Reitzenstein an den Geh. Rath. Paris, 23. Juli.

et rendre un compte avantageux de ce qu'il a vu se faire à l'égard de la Princesse. La première demande que l'Empereur lui fit était: «Eh bien! Ma petite Stéphanie, est-elle heureuse?» . . .

---

661. Gutachten des Geh. Rath Brauer.

Karlsruhe, 24. Juli 1806.

[Bemerkungen zur Rheinbundsakte. Gebrechen des neuen Staatsgebäudes. Staatsrechtliche und politische Bedenken gegen die Art. 2, 4, 9, 10, 11, 25 und 28. — Die Domänensteuerfrage. Nachtheile der Art. 34—38 für Baden. Sicherung durch Additionalartikel.]

Brauer hat die Rheinbundsakte nebst den Berichten Reitzensteins „gelesen und wiedergelesen, erwogen und wiedererwogen, aber nicht finden können, was einem kurf. Rath dabei zu rathen übrig bleibe, da alles mit ausgedrückten Worten gebieterisch vorgezeichnet ist, wozu man sich verstehen soll". Statt „allen Anraths" muß er sich daher darauf beschränken, „über den Inhalt der aufgedrungenen Convention hier Betrachtungen niederzulegen" und dem Ermessen des Kurfürsten überlassen, was davon etwa brauchbar ist.

„Wenn schon unsere alte Reichsverfassung dem Thon mit Eisen vermengt glich, die nicht zusammenhalten, so ist es der Fall mit diesem neugeschaffenen Bundesstaat noch viel mehr, da der Mischmasch von kleinen und großen Ständen, die zusammengespannt werden und doch so manches Bindungsmittel der alten Verfassung entbehren, die Möglichkeit einer nur wenige Jahrzehnte dauernden Eintracht nicht vorsehen lassen (sic!)."

Schon die Aufhebung aller Reichsgesetze (Art. 2) wird reichlich Stoff zu Hader und Verwirrung bieten, „da die Staaten zu klein sind, um ohne gemeinsame Normen in ihren Gebieten nach freier Willkür souverän zu sein, ohne daß damit der andere Nachbarstaat in seiner Hoheit gestört werde".

„Ad art. 4. Ein Fürstprimas in einem Bundesstaat, wo alle gleich sein sollen, ein Fürstprimas, der in einem Collegio von königl. und fürstl. Bundesgenossen nicht die fürstliche, sondern die königliche Bank präsidiren soll, ein Fürstprimas geistl. katholischen Standes endlich, das sind lauter Eigenheiten, von denen Zweck und Erfolg schwer vorauszubestimmen sind. Die Schicksale und Umgriffe des päpstl. Bischofsprimats dürften wohl nach Zeit und Umständen unter sehr beschwerlichen Gestalten sich reproduciren."

Ad art. 7. Die Lossagung von allem fremden Verband wird zur Folge haben, daß auch die Taxische Postverwaltung für das landesherrliche Postregal nicht beibehalten werden kann.

Ad art. 9. „Wie Streitigkeiten der Bundesgenossen am Bundestag entschieden werden sollen, ist schwer abzusehen." Entweder handeln die Bundestagsgesandten nach Instruktion, und dann ist bei dem Conflikt der Interessen eine unparteiische Entscheidung unmöglich, oder sie stimmen „wie englische Parlamentsmitglieder" unabhängig nach ihrer Ueberzeugung, dann wird „ihr Gremium zum wahren Obersouverän der sog. souveränen Bundesgenossen". „Am Ende wird der Bundestag die Scheinform sein, unter welcher der Protektor seine Entscheidungen ins Mittel schiebt."

Ad art. 10 und 11. „Nothwendig ist ein Bundesstatut, wenn man keinen polnischen Reichstag haben will." Daß aber der Fürstprimas einen annehmlichen Entwurf ausarbeiten könne und werde, erscheint nicht minder zweifelhaft, wie daß die Bundesgenossen über die Annehmbarkeit desselben sich einigten: „nur durch das Machtwort des Protektors wird eines zu Stand kommen können, und wohin dessen Tendenz gehen werde, kann der deutsche Patriot leichter muthmaßen, als sich wohl gefallen lassen, und die deutschen Fürsten, die an ihrem alten Kaiser die kleinste Machtanmaßung nicht dulden konnten, werden nun lernen müssen, das Gewicht des Wortes Cæsar sich zu vergegenwärtigen,

zumal da ad art. 12 die französische Ernennung des Primas . . . diesem Hof die beständige Influenz in das Bundeshaupt sichert."

Ad art. 14 und 15. Daß man, nachdem auf Reitzensteins Rath die Tauschverhandlungen mit Württemberg abgebrochen worden, wo nun doch einmal „so ins Große geschnitten wird", die enclavirten Ortschaften, wie Lußheim, Grünwettersbach u. a., nicht habe abtreten lassen, ist schwer zu verstehen. Die Rechtsgemeinschaften, die durch den Tausch aufgehoben werden sollten, werden nun bei der Uebermacht Württembergs weit bedenklicher, und die Gefahr, daß die badischen Condominatsbefugnisse immer mehr eingeschränkt werden, größer.

Ad art. 25. „Ein Bundespactum, womit die pactirenden Stände sich über ihre um die Einwilligung nicht gefragten Mitstände Hoheitsrechte zuschreiben, ist auch eine Ausgeburt der neuen Rechtsansichten, die mein schlichter Sinn nicht zu klassificiren weiß."

Ad art. 25. „Daß für die ritterschaftliche Mediatisirung ein schicklicher Ausweg durch diesen Artikel nicht gefunden sei und desfalls ein Additionalartikel" nöthig werde, darin ist Reitzenstein durchaus beizustimmen.

Ad art. 27. Eine wegen der Besteuerung der Domänen nach Unterzeichnung der Bundesakte abgeschlossene Uebereinkunft mit den beiden Markgrafen kann für die mediatisirten Stände nicht maßgebend sein; eine Rückdatirung der Uebereinkunft wäre „eine nicht sehr ehrbare Verletzung der Wahrheit", die auf die Dauer nicht verschwiegen bleiben könnte. Man belasse es bei dem bisherigen Brauch, wonach die Domänen in Friedenszeiten steuerfrei, in Kriegs- und Nothstandszeiten aber steuerbar sind, dann ist eine Convention überflüssig.

Ad art. 28. Wie ein Austrägalgericht für Verbrechen zu Stande kommen soll, läßt sich schwer begreifen: wer soll es veranlassen? wer soll es berufen? wie soll es verfahren und in wessen Namen soll es sprechen?

Ad art. 29. „Die Theilung der Kreisschulden nach dem Matrikularfuß wird allerdings besonders ausbedungen werden müssen, wenn man diesen Fuß wünscht", wozu Baden mehr Anlaß hat als andere Stände, obgleich der Verlust bei einer Theilung „nach dem effektiven Revenüeneinkommen nicht groß sein würde.

Ad art. 34. „Der Artikel, daß kein Stand in den Landen des andern Hoheitsrechte haben soll, ist geschwinder geschrieben als angewandt." Lußheim z. B. ist württembergisch, aber Baden qua Speier besitzt zum Theil die Hoheit darüber: wer soll nun da seine Rechte fallen lassen? Zudem verliert Baden hierdurch an Württemberg in den alten Landen viele Staatsdienstbarkeiten ohne jede Vergütung, wie sie durch den geplanten Tauschvertrag erzielt worden wäre. Die Purifikation durch einen Additionalartikel auf die neuen Lande zu beschränken, wird schwer erreichbar und nicht einmal rathsam sein; vorzuziehen wäre ein Additionalartikel, der das schon vorliegende Tauschprojekt „als jenes Epurationsartikels ohnerachtet bei Kräften bleibend und zum Vollzug zu bringend erklärte, damit käme Napoleons Zweck der Epuration zu Stande, ohne daß man den Vortheil des Belegs durch Evalvationen verlöre".

Ad art. 35—38. Die Betheiligung des Rheinbunds an allen französischen Landkriegen erscheint weit beschwerlicher als „die Verwicklung in die österreichischen Hauskriege", die doch immer erst von der Abstimmung am Reichstage abhing; „auch der Fuß ist wenigstens noch einmal so hoch, als der deutsche Reichskriegsfuß würde gewesen sein, und ein nur dreijähriger Krieg würde das Land oder dessen Herren bei einer so unverhältnißmäßigen Truppenzahl von 8000 Mann erdrücken". Der Trost, man werde es damit nicht so genau nehmen, „ist der zerbrochene Rohrstab Ägyptens, welcher dem, der darauf sich lehnet, durch die Hand geht". Eine Milderung durch einen Additionalartikel ist in diesem Falle daher ganz besonders zu wünschen.

Im übrigen erklärt sich Brauer mit den von Reitzenstein vorgeschlagenen Additionalartikeln einverstanden. „Ohnehin wird alle Erinnerung überflüssig und nichts anderes übrig sein, als zu sagen: «fiat voluntas Domini Napoleonis!»"

---

662. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 24. Juli 1806.

[Mißfallen des Kurfürsten über verschiedene Artikel der Rheinbundsakte; Widerstand aussichtslos. Streben nach der Königswürde. — Gegenvorstellungen Reitzensteins.]

|: V. Exc. n'aura pas de peine à concevoir que l'Electeur a été extrêmement frappé de plusieurs dispositions de la nouvelle confédération. Mais quelque fondées que puissent être les remarques qui se présentent tout naturellement à cet égard, il n'en est pas moins positif qu'il n'a aucun moyen de se soustraire à la nécessité absolue de se soumettre et de se résigner aux décrets de la toute-puissance qui nous gouverne. Je m'en rapporte aux détails que M^r^. Groos transmettra à V. Exc. à ce sujet, en ne faisant mention aujourd'hui que de l'article qui concerne la substitution du titre de Grand-Duc au lieu de la dignité Royale à laquelle l'Electeur s'était déjà attendu. L'Electeur et toute sa famille aurait certainement une obligation indicible à V. Exc., s'il Lui était possible de faire redresser cette disposition par quelqu'article additionnel. . . . On reconnaît au reste parfaitement que, si les peines et les soins de V. Exc. eussent été secondées, comme elles auraient dû l'être par Ses collègues et surtout par le ministre de Bavière, les résultats auraient été bien plus salutaires pour les intéressés et pour le maintien de la tranquillité de l'Allemagne. :|

Concept.

In einer Depesche vom 17. August kommt Edelsheim im Auftrag nochmals auf das Anliegen zurück: der Großherzog empfinde es peinlich, «d'avoir été frustré d'une dignité que l'Empereur et Roi avait daigné lui faire entrevoir déjà lors de son passage par ici»; Reitzenstein möge daher alles aufbieten, um Remedur zu schaffen. Der Minister, dem Napoleon in seiner Abschiedsaudienz vom 12. August die Zusicherung ertheilt, daß der Titel: „Königliche Hoheit" ohne weiteres anerkannt werde, wendet sich in seiner Antwort vom 24. August mit schneidender Schärfe gegen dieses Ansinnen, welches sicherlich der persönlichen Ueberzeugung Edelsheims nicht entspreche, sondern auf Einflüsse der Umgebung des Großherzogs zurückzuführen sei. «Un royaume — bemerkt er — avec deux ailes, assez étendues, mais dont le corps de logis n'a que 4 à 5 lieues de largeur, la capitale d'un royaume dont la seule grande rue se compose pour la plus grande partie de huttes, la nécessité d'avoir dû demander en même temps la réduction du contingent de 8 à 6000 h., un état des finances qui fait dresser les cheveux et qui présente l'avenir très prochain d'une dissolution totale de toute la machine, et avec tout cela la triste ambition d'un titre qui nous exposera à la risée de toute l'Europe: quelle pitié! Le nom seul Roi de Bade serait trouvé par trop singulier. Ajoutons à cela le Roi de Darmstadt, le Roi de Berg — car c'était le Prince Murat qui avait fait naître cette

idée — et maintenant le Roi de Wurzbourg et l'on croira être à la foire.» Im Interesse eigenen Ansehens möge man sich gedulden, bis man wirklich ein Königreich besitze und bis sich hierzu Gelegenheit durch weiteren Gebietszuwachs biete und vielleicht der Titel eines Königs von Helvetien oder Allemannien angenommen werden könne. Die württembergische Königswürde habe ihrem Inhaber genug Spott eingetragen, und doch besitze der König 50 Quadratmeilen, 300000 Einwohner und $1^1/_2$ Millionen Einkünfte mehr, sei sein Hof seit 60 Jahren auf größerem Fuße eingerichtet! Und wenn der Kurfürst von Kassel nach der Königswürde strebe, so sei dies zwar auch thöricht, aber mit seiner Hauptstadt, seinem prächtigen Schlosse und vor allem seinem Schatze von 60 Millionen könne er sich dies ungestraft leisten, während Baden schon im ersten Jahre unter der Last der neuen Würde zusammenbräche. «On ne peut pas — schließt Reitzenstein seine Ausführungen — on ne peut pas se faire d'idée à quel point je suis indifférent sur la manière dont la cour jugera ma conduite; d'autres circonstances me déterminent même sans cela de demander l'agrément de S. A. R. de manger ma pension hors du pays. J'aurai alors du moins l'avantage de n'être pas témoin oculaire de sa chute qui me paraît immanquable et qui me présente la perspective guère plus riante que dans deux ans d'ici on ne sera pas même en état de me continuer cette pension.» An Edelsheim, 24. August 1806. — Die Vorstellungen Reitzensteins bei seiner Rückkehr nach Karlsruhe scheinen den Großherzog bestimmt zu haben, auf weitere diplomatische Schritte in der Frage zu verzichten; wenigstens ergeht Mitte September die Resolution, daß die Sache vorläufig auf sich beruhen solle.

---

663. Reitzenstein an den Geh. Rath.

Paris, 24. Juli 1806.

[Hohenzollern schlägt Gebietstausch vor. Absichten auf Heitersheim. Befürwortung durch Reitzenstein, Ablehnung durch den Geh. Rath.]

Von Seiten Hohenzollerns ist, wie Reitzenstein schon am 17. d. M. berichtet, der Wunsch geäußert und von Frankreich befürwortet worden, „dem Herrn Erbprinzen von Sigmaringen irgend einen Distrikt am Bodensee abzutreten, in welchem zum Behuf seiner und seiner dereinstigen Gemahlin künftigen Residenz ein angenehmes Schloß befindlich seie, wogegen als Tauschobjekte das Kloster Beuron, die Herrschaft Neuhohenfels und die deutschordensche Herrschaft Achberg bei Neuravensburg vorgeschlagen wurde[n]". Mittlerweile hat Reitzenstein in Erfahrung gebracht, daß man anfänglich an Salem gedacht, Heitersheim aber von dem Erbprinzen vorgezogen werde, wofern zugleich ein paar benachbarte Orte mit Landeshoheit abgetreten würden; der Minister empfiehlt das Projekt, durch das man die lästigen Hohenzollernschen Enclaven im oberen Fürstenthum loswerde, bringend, „theils weil dieses Etablissement rundum vom Breisgau umschlossen weit weniger gênant sein würde, theils weil man dadurch den H. Fürsten von Sigmaringen veranlaßt, seinen Wohnsitz des Sommers in Heitersheim und des Winters in Freiburg aufzuschlagen, folglich seine Revenüen zu merklichem Nutzen der Stadt Freiburg im Lande zu verzehren". Nach Mittheilungen des in der Gegend wohl orientirten Präsidenten von Kleiser erscheint die Erwerbung von Neuhohenfels nicht sehr bringlich, um so mehr aber die des Klosters Wald[1], weil die Straße Pfullendorf—Meßkirch durchziehe,

[1] Klosterwald, ehemaliges Eistercienserinnenkloster, im heutigen Fürstenthum Hohenzollern gelegen.

und der Dörfer Marbach und Klengen wegen der Straße Donaueschingen—Villingen, die sonst zum Schaden der letzteren Stadt von Württemberg durch Zölle gesperrt werden könnte.

Auch wird es sich fragen, ob in den Tauschverhandlungen mit Württemberg die Herrschaft Konzenberg, die nun durch die Erwerbung des Fürstenbergischen bedeutend im Werth gestiegen, nicht durch die Herrschaft Stetten am kalten Markt ersetzt werden solle.

Der Geh. Rath lehnt beide Vorschläge ab; der Kurfürst lege mit Recht zu großen Wert „auf die nunmehr erlangte Purifikation Ihres Territorii", als daß man ihm die Abtretung von Heitersheim, durch welche „das Continuum des Landes" aufs neue unterbrochen würde, empfehlen könnte. Ebensowenig erachte man es nunmehr, da Württemberg Tuttlingen nicht abgeben wolle, für nöthig, Konzenberg „aus der Reihe der diesseitigen Cedendorum" zu streichen. G. R. P. v. 1. Aug. 1806.

664. Kammerrath Vierordt an Edelsheim.

Paris, 27. Juli 1806.

[Reitzenstein in reger Thätigkeit. Organisationspläne. Wunsch nach Zurückziehung von den Geschäften wegen leidender Gesundheit. Energie und Gedächtniß.]

. . . Herr von Reitzenstein liegt sehr stark im Feuer und treibt die Herren von den Relations extérieures gewaltig herum, so daß sie froh sein müssen, wann er wieder fortgeht. Inzwischen drückt er ihnen ein mündliches Versprechen nach dem andern ab, und ich sollte denken, er bringe noch wichtige Dinge heraus. Er scheint von seiner festen Idee zurückgehen zu wollen, daß man Kreishauptleute organisire, auch auf Anstellung eines gewissen neuen Ministre[1] scheint er nicht ganz fest bestehen zu wollen. Er wird sich, wie er sagt, überhaupt zu Karlsruhe so wenig als möglich aufhalten, um in Heidelberg das Bad zu gebrauchen und dann eine Luftreise (sic!) zu machen. . . .

Erwünscht wäre es ihm augenscheinlich, wenn er seine Pension verzehren könnte, wo er wollte, „weil er selbsten einsieht, daß er zu Karlsruhe in einem Geschäftskreis nicht bestehen kann, und in der That ist seine Gesundheit zu sehr wankend".

. . . Seit einigen Tagen leidet er wieder gar sehr, so wie er aber nur den Kopf halten kann, diktirt er wieder. Ich glaube, er habe von der Natur das Gedächtniß für vier Menschen empfangen, denn dieses ist mir noch nicht vorgekommen. . . .

665. Der Geh. Rath an den Grafen Degenfeld.

Karlsruhe, 27. Juli 1806.

[Uebersendung der Ratifikationsinstrumente. Uebergabe einer Deklaration. Weisungen wegen der Demarkationslinie.]

Uebersendung der 16 Ratifikationsinstrumente nebst dem Original des Vertrages, mit der Weisung, das letztere nunmehr auch durch den württembergischen Bevollmächtigten unterzeichnen zu lassen und die Ratifikationen auszuwechseln.

[1] Seckendorff vermuthlich. Dagegen bemerkt Reitzenstein in einem Schreiben an den Kurprinzen vom 3. Aug.: «Si Vous me permettez encore, Monseigneur, de Vous

. . . Unmittelbar vor dieser Auswechslung hat der Gesandte dem H. Kriegsminister Prinzen Berthier, bei welchem solche vor sich gehen solle, eine Deklaration oder Verwahrungsnote, wozu der Entwurf hier anliegt, zu überreichen, und da insbesondere der darin ausgedrückte Wunsch einer Demarkationslinie zur Bestimmung der Occupationen der ritterschaftlichen, auch Deutsch- und Johanniter-Ordens Besitzungen S^mo Electori von der größten Wichtigkeit ist, so erhält der Gesandte in der weiteren abschriftlichen Anlage den Sr K. Kgl. Majestät in Paris eingereichten Vorschlag zu einer solchen Demarkationslinie nebst einem Exemplar der Chauchard'schen Karte, . . . alles zu dem Ende, um denselben in den Stand zu setzen, sowohl den H. Marschall Prinzen Berthier, als auch den H. Minister Otto von der Gerechtigkeit und Nothwendigkeit des obigen Wunsches desto besser überzeugen zu können. . . .

Concept Meiers.

666. Karl Friedrich an Reitzenstein.

Karlsruhe, 27. Juli 1806.

[Die Erbfolge der Grafen von Hochberg. Der von Reitzenstein vorgeschlagene geheime Artikel genügt nicht. Erhebung der Grafen in den Fürstenstand und öffentliche Garantirung ihrer Successionsrechte durch Napoleon zu erstreben.]

In Ihrem Bericht vom 16. d. M.[1] geben Sie mir die gegründetste Hoffnung, daß die Sanktionirung des in Vorschlag gekommenen Hausgesetzes gegen Schuldenaufnahmen und Veräußerungen[2] des franz. Kaisers Majestät bestimmen werde, die Successionsfähigkeit meiner Söhne zweiter Ehe in Gemäßheit Allerhöchstdero mehrmals wiederholten Zusicherungen unter Ihrer Garantie zu erklären.

Inzwischen hat mein Sohn, der Prinz Louis, den Auszug eines an denselben von dem H. Kabinetsminister unter dem nämlichen Tag erlassenen Schreibens nebst dem von Ihnen vorgeschlagenen geheimen Artikel des Traktats vom 12. d. M.[3] mitgetheilt, wonach der Kaiser ersagte Successionsfähigkeit meiner Söhne zweiter Ehe auf den Fall des Abgangs meiner männlichen Nachkommen aus der ersten Ehe lediglich garantiren würde, ohne daß solches öffentlich erklärt werden, ja nicht einmal zur Kenntniß meiner Gemahlin, der Gräfin von Hochberg, kommen soll, damit, wie es heißt, dieser letztern immer ein Motiv übrig bleibe, den wohlgemeinten Rath des Kaisers nicht aus dem Gesicht zu verlieren. Ich gestehe aber, daß diese Modalität nicht nur jenen wiederholten Zusicherungen

donner un conseil utile, ayez la grâce de demander à Mr de Seckendorff un tableau de l'état des finances et de le soutenir contre les personnes qui éloigneront constamment tous les honnêtes gens. Je crains qu'il ne soit déjà tout à fait dégoûté et rebuté.»

[1] Fehlt.

[2] Die Staatsschuldenpragmatik vom 1. Oktober 1806.

[3] Das Schreiben an den Markgrafen Ludwig fehlt gleichfalls; der geheime Artikel oben S. 692.

des Kaisers, sondern auch meinen Absichten nicht entsprechen würde, und beeile mich um so mehr, Ihnen dieses zu eröffnen, als Ihnen Ihre nachzusuchende Abschiedsaudienz die sichere Gelegenheit darbieten wird, des Kaisers Majestät theils die wirkliche Sanktionirung des obengedachten Hausgesetzes unter dem Anfügen zur Anzeige zu bringen, daß schon dieses um des vom Kaiser beabsichtigten Zwecks willen gemacht worden sei, der dadurch auch vollkommen erreicht wurde; hauptsächlich aber Sr Majestät aus solchem Anlaß Namens meiner die sehr angelegentliche Bitte gebührend vorzutragen, daß Allerhöchstdieselben geruhen möchten:

entweder, wenn ich selbst vermöge der Souveränität meine sämmtlichen Kinder zweiter Ehe in den Fürstenstand erhübe, diese Standeserhöhung derselben, nebst der Successionsfähigkeit der Söhne zu garantiren und zu erklären,

oder aber, daß der Kaiser selbst meine Kinder sogleich zu Prinzen und Prinzessinnen von Baden unter Garantirung und öffentlicher Erklärung der Successionsfähigkeit der Söhne ernennte, indem dieses auf keine Weise mir oder meinen Nachfolgern vermehrten Aufwand verursachen würde, weil bei Auswerfung der bereits wirklich laufenden Einkünfte meiner Kinder zweiter Ehe auch auf diese Standeserhöhung derselben bereits Rücksicht genommen worden ist.

Der H. Kabinetsminister werden mich durch die geschickte Erwirkung der Realisirung des angelegentlichsten meiner Wünsche noch mehr zu jener ausgezeichneten Achtung verbinden, mit welcher ich in unbeschränktem Vertrauen lebenslang beharre.[1]

Copie.

---

[1] In seiner Abschiedsaudienz vom 12. August trägt Reitzenstein dem Kaiser die Wünsche des Großherzogs vor. «Après quelques moments d'hésitations et d'incertitude Sa Majesté s'est déclarée qu'avant que la paix de Presbourg eût assuré à V. A. R. la plénitude de la souveraineté, il y aurait eu des difficultés à élever de son propre mouvement sa descendance du second lit à la dignité princière, mais que depuis cette époque V. A. R. en avait le droit indubitable ainsi que d'y faire ajouter en même temps l'assurance de la succession éventuelle et que Sa Majesté agréerait ces dispositions, pourvu qu'elles se fissent du plein consentement de L. L. A. A. Messeigneurs le Grand-Duc héréditaire et le Margrave Louis. Voilà les propres expressions de l'Empereur qui, apparemment ayant voulu parler du consentement des agnats, n'a pas pensé à Msgr. le Margrave Frédéric.» (Bericht vom 14. August). — Am 10. Sept. d. J. erläßt der Großherzog in Folge dessen mit Einwilligung der Agnaten eine Successionsakte, kraft deren seine Söhne zweiter Ehe nach dem Aussterben des Mannesstammes der älteren Linie zur Erbfolge berufen werden. Von einer Erhebung der Grafen von Hochberg in den Fürstenstand ist dagegen nicht die Rede. Vergl. Klüber, Akten des Wiener Congresses, VIII, 185. Ein Exemplar der Akte wird Napoleon am 6. Dez. 1806 in Posen zur Verwahrung in den kaiserl. Archiven überreicht.

667. Geh. Rathsprotokoll.[1]

Karlsruhe, 28. Juli 1806.

[Stellung zur Bundesakte. Titel und Wappen. Das Bundesstatut; Verständigung mit Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt; Verzicht auf Sendung nach Regensburg. Der Vorschlag wegen Besteuerung der Domänen abgelehnt. Bedenken gegen Art. 34 wegen des Tausches mit Württemberg. Bedauern über die ungleichmäßige Erhöhung des Bundescontingents. Maßregeln zur Vollziehung der Rheinbundsakte.]

Nach Verlesung der Berichte Reitzensteins vom 14.—23. Juli, sowie der Gutachten der Geh. Räthe Meier und Brauer wird beschlossen:

Ad art. 5 der Bundesakte: Der Kurfürst wird den Titel Großherzog unter Beilegung des Prädikats „Königliche Hoheit" auf Grund des Art. 5 und nach dem Vorgange der Großherzoge von Florenz v. J. 1699 annehmen; dagegen scheint dem Kurprinzen der florentinische Titel: Großprinz weniger angemessen.[2] Die Entscheidung über diesen Punkt wird ausgesetzt. Die nachgeborenen Prinzen haben den Titel: Markgrafen zu führen: Folgen Bestimmungen über die Gestaltung des neuen Wappens, worüber Geh. Rath Brauer ebenfalls ein Gutachten erstattet hat.

Zu Art. 7 bemerkt der Kurprinz, daß er schon „seit Jahr und Tag außer aller aktiven Connexion" mit seinem „vorhin in Rußland besessenen Regiment" sei, obwohl er keine förmliche Entlassung erhalten habe, und auf eine Wiederanknüpfung seiner militärischen Beziehungen zu Rußland verzichten werde.

„Ad art. 11 finden Smus regnans wegen Entwerfung des Bundesstatuts eine Abordnung zur Beobachtung der kurerzkanzlerischen Einleitung[3] weder thunlich noch nöthig." Nicht thunlich, weil der Kurerzkanzler sich zur Zeit nicht in Regensburg, sondern zu Wörth «en retirade» aufhalte und dort wohl verbleiben werde, bis die Arbeit vollendet, auch nicht anzunehmen sei, daß „Fremde" bei ihm irgend etwas erforschen könnten, nachdem „selbst sein Staatsministerium vor Vollendung der ganzen Traktaten davon nichts erfahren habe"; ferner nicht thunlich, weil z. Zt. der badische Reichstagsgesandte in Regensburg nicht anwesend sei, die Entsendung eines eigenen Abgeordneten aber noch weit mehr Aufsehen erregen werde, ganz abgesehen davon, daß für eine solche Mission augenblicklich niemand verfügbar sei. Nicht nöthig endlich, weil man von Seiten der übrigen Höfe, die mit Baden gemeinsame Interessen hätten, sicherlich über alles, was diese in Erfahrung brächten, unterrichtet werde.

„Das hingegen fanden Ihre Kurf. D. unverschieblich und unentbehrlich, daß in einer vertraulichen Konferenz bayrischer, württembergischer, badischer und darmstädtischer Abgeordneter noch vor dem 1. September besprochen werde, was dem Bundesstatut inhaltlich einzurücken oder daraus entfernt zu halten, dem gemeinsamen Interesse dieser vordersten Höfe gemäß seie, und Sie ließen deswegen sogleich an die dortigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Eröffnung hievon thun, um sie zur Mittheilung der dortseitigen Ansichten und der gutfindenden Mittel, womit zu Erreichung dieses Zwecks zu gelangen sei,

---

[1] An der Sitzung nehmen Theil der Kurfürst und der Kurprinz, sowie die Geh. Räthe v. Gayling, v. Edelsheim, Meier, Brauer und Reinhard.

[2] Am 12. Aug. schlägt der Geh. Rath statt dessen den Titel: Erbherzog, allenfalls auch Erbgroßherzog vor; die Entscheidung fällt, wie die landesherrliche Verordnung vom 22. Aug. d. J. (Reg.-Blatt Nr. 19) lehrt, schließlich zu Gunsten der letztern Fassung aus. — Der Kurfürst selbst nimmt, wiewohl widerstrebend, auf Drängen des Geh. Raths schon am 13. Aug. den Titel: Großherzog an, indem er zugleich von den ihm zugefallenen Landen Besitz ergreift (Edikt v. 13. Aug; Regierungsblatt Nr 18).

[3] S. oben Nr. 659.

zu vermögen."[1] Zugleich möge Reitzenstein in Paris „wenigstens präparatorische, die Hauptgesichtspunkte auseinandersetzende Berathschlagungen" einleiten.

Von den Schritten Reitzensteins zu Gunsten einer Demarkationslinie hofft der Kurfürst besten Erfolg; entsprechende Vorstellungen sollen in München an Berthier und Otto gerichtet werden.

Ad art. 26 und 27. Was den Vorschlag Reitzensteins, wegen der Besteuerung der Domanialgüter mit den Markgrafen eine Uebereinkunft abzuschließen[2], betrifft, hält das Geh. Rathskollegium es für seine Pflicht, dem Kurfürsten vorzustellen, daß ein solches Abkommen, wenn es offen getroffen werde, die Mediatisirten nicht binden könne, weil sie „auf den dem Bundesvertrag vorhergehenden Rechtsstand der prinzlichen Domänen, welcher hier im Lande darin bestehe, daß sie zwar in Kriegs- und Nothzeiten, aber nicht außerdem zur Mitleidenheit gezogen würden, ein wohlerworbenes Recht hätten". Werde der Vertrag aber rückwärts datirt „mit Verrückung der wahren Abschließungszeit", so enthalte er „eine zum Nachtheil Anderer gereichende Veränderung der Wahrheit" und müsse „der Redlichkeit und der Reputation Smi gleich unangenehm sein".

Der Art. 34 fällt um so beschwerlicher, als bei dem geplanten, auf Reitzensteins Rath bisher indes unvollzogen gebliebenen Tauschvertrage mit Württemberg zu besorgen steht, „daß ein großer Theil derjenigen Objekte, welche dort Württemberg mit Land und Leuten zu belegen übernommen", nun von Württemberg ohne Entgelt an sich gezogen werde. Auch die von Reitzenstein vorgeschlagene Einschränkung[3] bietet keinen ausreichenden Trost, weil Württemberg ganz abgesehen davon, daß der König sich diese Einschränkung nie aufzwingen ließe, in dem Falle immer noch vollauf Gelegenheit besäße, Baden wegen der „in seinem gremio verbleibenden" badischen Rechte zu chikaniren. Es soll daher auf Reitzensteins Vorschlag verzichtet „und nur durch Einleitung mit Württemberg ... eine Deklaration dahin zu Stande gebracht" werden, „daß dieser Artikel dem mit Württemberg auf dem Abschlusse stehenden Vertrag keinen Abbruch, vielmehr dessen Vollzug voraussetzen und nur zu mehrerer Generalisirung der dort schon vorhin verglichenen Epuration seine rechtliche Wirkung äußern solle".

In Art. 38 berührt die Fixirung des Bundeskontingents den Kurfürsten schmerzlich, weil sich im Vergleich mit dem Vertrage vom 21. Januar daraus ergibt, daß das badische Contingent um $^3/_8$,[4] das württembergische und bayerische aber nur um $^1/_8$ bezw. $^1/_6$ erhöht worden sind. Zudem ist das Verhältnis der Infanterie zur Cavallerie nicht bestimmt: sollte das des Januarvertrages zu Grunde gelegt werden, so müßte Baden 1100 Mann Reiterei stellen, was eine neue Last wäre. Die beruhigenden Versicherungen, die der Kaiser gegeben, genügen nicht für alle Zukunft; die Aufnahme eines Additionalartikels ist daher dringend zu wünschen.

Zur Uebergabe Biberachs an Württemberg ist der Oberamtsrath Müller, zur Em-

---

[1] Die betr. Schreiben Edelsheims datieren ebenfalls vom 28. Juli. Am 5. Aug. übersendet Reitzenstein einen mit dem württembergischen und bayrischen Gesandten in Paris vereinbarten Entwurf des Bundesstatuts, während fast zur gleichen Zeit der neuernannte württembergische Gesandte am Karlsruher Hof, Graf Taube, einen Sonderentwurf seiner Regierung vorlegt, der bestimmt ist, dasselbe „so unschädlich als möglich für die Freiheit und Selbständigkeit der deutschen Souveräne zu machen". Eine Verständigung darüber kömmt indes nicht zu Stande; über das Schicksal des Dalbergischen Entwurfes vergl. oben S. 715.

[2] Vergl. oben S. 699.

[3] Oben S. 701.

[4] In einer Randbemerkung stellt Edelsheim fest, daß diese Erhöhung sogar $^9/_{16}$ betrage.

pfangnahme von Bonndorf, Bräunlingen und Villingen der Geh. Rath von Drais, für Tuttlingen endlich der Präsident von Baur als Commissär ernannt.

Die Vollmachten der Agenten beim Reichshofrath und Reichskammergericht sind für erloschen erklärt worden; ebenso hat man die Einstellung der Zahlung der Kammerzieler verfügt.

Im übrigen läßt der Kurfürst dem Minister von Reitzenstein seine Zufriedenheit aussprechen, mit dem Beifügen, daß er wohl einsehe, daß manches, was er gerne „anders zu sehen" gewünscht, „zu ändern nicht in seiner Macht gestanden seie".[1]

668. Marschall Berthier an Napoleon.

München, 29. Juli 1806.

[Einige Ratifikationen im Rückstande; darunter Baden und der Fürst-Primas. Die württembergische Protestation vom 24. Juli.]

Die Ratifikationen des Kurerzkanzlers, des Kurfürsten von Baden, der Fürsten von Salm-Salm und Salm-Kirburg, des Herzogs von Aremberg und des Grafen von der Leyen sind bis zum 27. d. M. nicht eingetroffen. Das Gerücht war verbreitet, der Kurerzkanzler habe seine Demission gegeben und sich geweigert, den Vertrag zu ratificiren. Am 28. abends interpellirt Berthier bei Hofe die Gesandten der beiden Kurfürsten; sie versichern, die Ratifikationen seien vollzogen, lediglich die Ausfertigung der Urkunden sei schuld an der Verzögerung; eine schriftliche Erklärung, die sie ihm auf seinen Wunsch geben, bestätigt dies. Daraufhin entschließt er sich, um Mitternacht die Depeschen nach Wien und Regensburg[2] abgehen zu lassen. «Le ministre de Wurtemberg voulant insérer une réserve après l'acte de ratification, je m'y suis refusé; alors il a remis une protestation séparée à chacun des plénipotentiaires[3]; mais il n'en a été pris acte ni faite aucune espèce de mention ni dans les ratifications ni dans le procès verbal d'échange.»

Hat die Protestation, die übrigens nur ein kleines Gebiet betrifft, Talleyrand übersandt.[3]

Paris, Archives Nationales.

669. Projet de déclaration.[1]

München, [29. Juli 1806].

[Forderungen bei der Ratifikation. Demarkationslinie; Ablehnung jeder Verpflichtung zur Uebernahme der bischöfl. Basel- und Lüttich'schen Schulden; Zurückweisung der württembergischen Ansprüche auf Theile des obern Fürstenthums.]

Le soussigné ayant été chargé de la part de S. A. E. de Bade d'avoir l'honneur de procéder avec S. A. Msgr. le Prince de Neufchâtel, maréchal

[1] In einer Note an Talleyrand vom 6. Aug. faßt Reitzenstein die in dem Geh. Rathserlasse ausgesprochenen Wünsche und Forderungen zusammen; der Minister berichtet darüber am 12. Aug. an Napoleon, welcher bezüglich der Titelfrage, der Demarkationslinie und der vorläufigen Reduktion des Contingents den badischen Wünschen zustimmt, es dagegen ablehnt, Baden seiner Verpflichtung zur Zahlung der bischöfl. Lüttich- und Baselschen Schulden zu entheben. Pariser Archiv.

[2] Es handelt sich um die Anzeige von der Constituirung des Rheinbunds und der Lossagung desselben vom Reiche.

[3] Die württembergische Protestation vom 24. Juli. In derselben legt der König gegen die in der Rheinbundsakte ausbedungene Abtretung der Stadt Tuttlingen und der auf dem rechten Donauufer gelegenen Zugehörden des gleichnamigen Oberamts an Baden Verwahrung ein, da es sich dabei um Theile seiner alten Erblande handle, und verspricht Baden anderweitig dafür zu entschädigen. Gedruckt bei Winkopp, der Rheinische Bund, I, 145 ff.

[4] Beilage zu dem Berichte Reitzensteins vom 23. Juli. Als Note von dem Grafen Degenfeld am 29. Juli unterzeichnet und an den Marschall Berthier übersandt.

de l'Empire, grand veneur de la couronne et ministre de la guerre de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, à l'échange des ratifications respectives du traité signé à Paris le 12 du courant, a en même temps reçu l'ordre de profiter de ce moment pour déclarer au nom de son maître:

Primo que Son Altesse n'ayant rien qui Lui tienne plus à cœur que le maintien du repos et de l'harmonie la plus parfaite avec tous les souverains membres de la confédération actuelle et particulièrement avec Ses voisins, avait donné les instructions les plus positives à Son plénipotentiaire de solliciter du Gouvernement de France le tracement d'une ligne de démarcation invariable pour déterminer le rayon dans lequel les occupations respectives des possessions de la noblesse de l'Empire et des Ordres Equestres pourraient être légitimement faites; que cette mesure paraissait à Son Altesse indispensable pour l'effet d'une garantie réciproque et pour prévenir des contestations, peut-être même des actes de violence sans cesse naissants; qu'au moment de signer le traité actuel Son plénipotentiaire avait déclaré qu'il avait l'ordre précis de ne point se désister d'une demande aussi juste, qu'enfin il avait mandé dans son dernier rapport l'assurance obtenue que S. M. l'Empereur et Roi daignerait accueillir ce vœu; qu'ainsi après tout cela Son Altesse se reposait avec une entière confiance dans la bienveillance de Msgr. le Prince de Neufchâtel et dans l'intention bien prononcée de S. M. d'étouffer dans leur naissance tous les germes de dissension entre les alliés et qu'Elle espérait que Son Altesse voudrait accueillir en conséquence les explications qu'on serait prêt à lui fournir sur la direction de cette ligne de démarcation et sur les motifs impérieux qu'on avait d'en désirer l'exécution la plus prompte possible.

Secundo que S. A. E. renouvelle la protestation déjà faite par Son plénipotentiaire, d'après les ordres donnés, de ne point se charger, sous le prétexte de l'acquisition de Bonndorf, des dettes personnelles des anciens évêques de Liège et de Bâle[1], l'Electeur se croyant fondé de supposer qu'il n'a pas été dans les intentions du Gouvernement de France que la maison de Bade, succédant, quant à l'abbaye de St-Blaise et ses dépendances, aux rapports politiques et de souveraineté de la maison d'Autriche, dût adopter un système différent de celui suivi par cette puissance et justifié par la convention signée à Paris le 26 décembre 1802.

Tertio qu'il doit être bien entendu que la renonciation réciproque, exprimée par l'article 34 du traité actuel, éteint d'elle-même toutes les prétentions faites jusqu'ici par le Roi de Wurtemberg sous le titre du landgraviat de Nellenburg, du comté de Hohenberg et de la préfecture d'Altdorf etc. sur plusieurs dépendances de la principauté badoise supérieure,

---

[1] Vergl. oben S. 703.

tels que Stetten am Kalten Markt, Hilzingen, Münchhöf etc. etc., et qu'en conséquence Son Altesse réclame particulièrement les dispositions équitables de Son Altesse à l'effet de faire réintégrer et maintenir la maison de Bade, et nommément L. L. A. A. les Margraves Frédéric et Louis, dans la possession pleine et entière de ces dépendances, dont la souveraineté se trouve dévolue au chef de la maison de Bade par les suites des traités de Vienne et de Presbourg. Le soussigné a l'honneur d'offrir à Msgr. le Prince de Neufchâtel l'hommage de ses respects.

---

670. Legationsrath Bauriedel[1] an den Geh. Rath.

Regensburg, 1. August 1806.

[Abgabe der Erklärungen am Reichstag. — Kehl.]

Bauriedel hat nach Empfang der Weisungen vom 27. Juli, da der bayrische und hessische Gesandte erst im Laufe des Tages nach Regensburg zurückkehren, mit dem württembergischen Gesandten von Seckendorff Rücksprache genommen, der eine isolirte Abgabe der in Paris verabredeten Erklärung nicht für zweckmäßig hält und wünscht, daß dieselbe, da „sie durchgängig nomine collectivo abgefaßt ist", auch gemeinschaftlich übergeben werde. Bauriedel legt in Folge dessen dem Minister von Albini ein Blankett mit der Unterschrift des z. Zt. noch in Karlsruhe weilenden badischen Comitialgesandten von Seckendorff vor, auf welches der Text der Erklärung gesetzt wird, und überläßt es ihm, die weiteren Unterschriften zu sammeln.

Die Abgabe der Erklärung, durch welche die Rheinbundsstaaten sich von jeder Verbindung mit dem Reiche lossagen, erfolgt noch am gleichen Tage[2]; unterzeichnet sind die Vertreter von Bayern, Württemberg, des Fürstprimas, von Baden, Hessen-Darmstadt, Hohenzollern, Salm-Kirburg und Isenburg. — Am 7. August werden daraufhin der Reichstagsgesandte von Seckendorff, der Kammergerichtsprokurator von Hoffmann und der Reichshofrathsagent von Fabrice ihrer bisherigen Stellungen enthoben. Geh. R. Pr. vom 7. August.

---

671. Graf Degenfeld an den Geh. Rath.

München, 1. August 1806.

[Auswechslung der Ratifikationsinstrumente. Bemühungen wegen der badischen Forderungen. Zusicherungen Berthiers und Ottos. Württembergische Protestation vom 24. Juli.]

Degenfeld hat sofort nach Einlauf der Ratifikationsinstrumente den Marschall Berthier benachrichtigt und ihm die Deklaration in Form einer Note zugestellt. Auf

---

[1] Legationsrath Ludwig Georg Bauriedel, Sekretär der Reichstagsgesandtschaft, der in Seckendorffs Abwesenheit diesen vertrat.

[2] Gedruckt bei Winkopp, der Rheinische Bund, I, 51 ff. Ebenda I, 48 auch die von Bacher überreichte Note. Da in letzterer u. a. hervorgehoben wird, Napoleon habe erklärt, er werde die Grenzen Frankreichs niemals über den Rhein vorrücken, und sein Versprechen auch redlich gehalten, wird Reitzenstein angewiesen sich zu erkundigen, „wie diese Aeußerung mit der stipulirten Ueberlassung von Kehl . . . zu vereinigen seie". Geh. R. P. vom 7. Aug. — Bekanntlich hat die förmliche Uebergabe und Abtretung der Stadt — das Dorf blieb badisch — erst am 14. Febr. 1808 stattgefunden. Vgl. Mayer, Beiträge z. Geschichte des badischen Civilrechts 29.

Wunsch erklärt er ihm „die Anmaßung von Württemberg rücksichtlich Nellenburgs wie auch die Unbilligkeit der Zumuthung, die Schulden des Bischofs von Lüttich und Basel wegen der Acquisition von St. Blasien zu übernehmen"; zugleich legt er dar, daß eine Demarkationslinie „um so mehr unumgänglich nöthig sei, da der Vertrag die Grenzen nicht bestimmt angebe und die Habsucht von Württemberg hinreichend bekannt sei". Berthier scheint von der Rechtmäßigkeit der badischen Forderungen überzeugt zu sein, verspricht die Deklaration sofort an den Kaiser einzusenden, und bemerkt betr. der Demarkationslinie, er werde unverweilt Befehl ertheilen, alle in der Bundesakte bezeichneten Orte militärisch besetzen zu lassen, um alle Streitigkeiten bei der Besitznahme zu verhüten. Die Uebergabe der verschiedenen Territorien soll, wie er versichert, erst erfolgen, wenn „die Grenzberichtigungen im Reinen" sind.[1] Auch Staatsrath Otto verspricht sich in Paris zu Gunsten der badischen Forderungen zu verwenden.

Frhr. von Bothmer hat das Original des Vertrages nunmehr unterzeichnet, nachdem er schon zuvor eine Abschrift der württembergischen Protestation vom 24. Juli übergeben; die badischen Ratifikationsinstrumente sind gestern mit der Mehrzahl der Bevollmächtigten ausgewechselt worden. Nur Nassau-Usingen, Nassau-Weilburg, Salm-Salm, Salm-Kirburg, Aremberg und Leyen sind noch im Rückstande.

---

672. Graf Degenfeld an Edelsheim.

München, 1. August 1806.

[Austausch der Ratifikationen. Ungeduld Berthiers. Hessen-Darmstadt strebt nach dem Titel: Königl. Hoheit. Wink für Baden. Vorrang Württembergs. Bewerbung um den Wiener Gesandtschaftsposten.]

V. Exc. verra par le rapport ci-joint[2] au conseil intime les détails de l'échange des ratifications. Le courrier qui m'en a rapporté les instruments et l'estafette que j'ai eue la veille m'ont tiré d'un grand embarras, car le Prince de Neufchâtel s'impatientait déjà de ce que je ne voulais pas signer le procès-verbal, ce que je ne pouvais faire qu'après avoir obtenu des ordres plus précis de S. A. S. E. Le plénipotentiaire de Darmstadt m'a dit que son Sérénissime maître désirait avoir un autre titre . . . et qu'on négocierait en faveur du titre d'Altesse Royale. Il me semble que personne n'aurait plus de droit à demander l'Altesse Royale que Msgr. l'Electeur et qu'il est impossible que Msgr. l'Electeur se contente du titre d'Altesse Sérénissime, d'autant plus que le Grand-Duc Joachim a l'Altesse Impériale.

Le ministre de Wurtemberg est fier comme son maître d'avoir maintenant un rang si décidé sur moi, jusqu'à présent je ne le lui avais pas cédé.

---

[1] Durch Patent vom 13. Aug. 1806 (Winkopp, I, 99) ergreift Großherzog Karl Friedrich von sämmtlichen ihm zugefallenen Landen Besitz. Die förmliche Uebergabe der fürstenbergischen Gebiete durch General Monard erfolgt am 10. Sept., die der ritterschaftlich ortenauischen Besitzungen am 16. Sept. (Winkopp, I, 471, II, 479).

[2] S. Nr. 671.

Comme cette lettre n'est pas une dépêche officielle, je saisis cette occasion de parler à cœur ouvert à V. Exc. et de Lui parler . . . du désir que j'aurais de remplacer Mr de Gemmingen à Vienne, en cas que celui-ci ne soit plus destiné à cette mission . . .

Je suis assez content de ma position ici, mais les prix des choses les plus nécessaires ont tellement haussé que mes appointements, même avec la somme considérable que j'ajoute et que mon père me donne, ne sont point proportionnés aux dépenses . . .

Nachträge zu Band IV und V.[1]

673. Rapport sur les demandes du Margrave de Bade.[2]

O. D. [März 1802.]

[Vorschläge für die badische Entschädigung.]

Le ministre du Margrave de Bade, en présentant les demandes de son prince, a formé un tableau complexe dont la première colonne *A.* comprend les objets d'indemnité qui doivent faire face au minimum de l'évaluation des pertes du Margrave qu'il estime en population à 42000.

Les objets reclamés en indemnité et dont le plus grand nombre avait déjà été promis par le traité secret du 5 fructidor an 4 sont:

1—3 les restes de Spire, de Bâle et de Strasbourg
4. les baillages de Lichtenau et Willstädt (au Landgrave de Darmstadt)
5. la seigneurie de Lahr (au Prince de Nassau-Usingen)
6. le comté de Geroldseck (au Comte de la Leyen)
7. la seigneurie de Hausen (Prince de Fürstenberg)
8. le baillage de Bretten (à l'Electeur Palatin)
9. l'Ortenau (à l'Autriche)
10. les villes immédiates d'Offenburg, Gengenbach, Zell et la vallée d'Harmersbach

[1] Einige Nachträge zu Band II, die ich im vorigen Jahre in Paris gefunden habe, — zwei Schreiben Reitzensteins an Barthélemy vom 14. Oct. 1795 und 3. Aug. 1796, sowie einen Bericht des letztern an den Wohlfahrtsausschuß vom 16. Oct. 1795 — hat B. Erdmannsdörffer in der Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins N. F. XV, 325 ff. veröffentlicht: sie, wie die hier mitgetheilten Aktenstücke Nr. 673—675 stammen aus den Supplementbänden des Fonds Bade im Pariser Archiv des Auswärtigen Amts.

[2] Der folgende Bericht bezieht sich auf die Denkschrift Reitzensteins vom 16. März 1802 und ihre Beilagen (Polit. Correspondenz IV, Nr. 121) und stammt wohl aus der „deutschen Abtheilung" des Pariser Auswärtigen Amtes.

11. l'abbaye immédiate de Gengenbach.

Tous les objets pris ensemble forment une population de 88000

Cet excédent de population couvre à peine 46000

Les pertes immenses faites en revenus par le Margrave, et celles qui sont résultées pour tout son pays des quatre années de guerre dont il a été le théâtre, même après la pacification particulière.

La colonne *B* du tableau de Mr de Reitzenstein suppose qu'on ajouterait au lot du Margrave le Brisgau, ce qui donnerait un surplus de population de 40000

La colonne *C* ajoute encore le comté de Bonndorf qui appartient à l'abbé de St-Blaise 8000

La colonne *D* le Palatinat du Rhin jusqu'au Necker 56000

La colonne *E* le reste du Palatinat 53000

La colonne *F* les baillages de Heppenheim et Bensheim 10000

A calculer rigoureusement les pertes du Margrave, il n'est pas douteux qu'il dût se contenter du premier lot de la colonne *A*, mais si on considère combien ce prince a de titres à l'intérêt de la France, combien il nous est même avantageux d'arriver à n'avoir que lui pour voisin immédiat depuis Bâle, on sera sans doute porté à lui procurer indépendamment des objets énoncés dans la colonne *A* et qui paraissent tous indispensables à la contiguité de ses possessions actuelles, le Brisgau et le comté de Bonndorf, ce qui donnera en resultat au Margrave un état de 381000

Son état ancien était de 217000

Excédent 164000

Pariser Archiv.

674. Graf Morkow an Talleyrand.

Paris, 5./17. September 1802.

[Zuweisung von Odenheim und Hirschhorn an Baden. Verleihung des Privilegiums de non appellando.]

Le Margrave de Bade appréciant dans toute leur étendue les avantages que sa maison acquiert par le plan convenu entre S. M. l'Empereur de toutes les Russies et le Gouvernement Français pour l'arrangement définitif des affaires d'Allemagne s'est empressé d'en témoigner à Sa Majesté Impériale toute sa reconnaissance et de réclamer Son intervention pour quelques additions de peu de valeur à son lot, mais que leur position lui fait rechercher pour son arrondissement.[1]

[1] Vergl. Polit. Correspondenz, IV, 253, 299.

Ces objets sont la prévôté d'Odenheim et le baillage de Hirschhorn.

Le premier de ces objets ne comprend que cinq villages et devrait être une dépendance nécessaire de l'évêché de Spire; quoique par cette raison cette prévôté soit censée suivre le sort de cet évêché qui entre dans le lot du Margrave, il désire cependant que la concession en soit nominativement exprimée dans le futur arrangement, afin d'éviter les difficultés que cette omission pourrait occasionner par la suite.

Le second est encore d'une moindre valeur. Le bourg de Hirschhorn avec le couvent du même nom et deux hameaux composent la totalité de ce baillage, enclavé dans le grand baillage de Heidelberg qui est pareillement adjugé au Margrave et qui contribuerait par là très avantageusement à l'arrondissement du lot de ce prince.

A ces deux demandes le Margrave de Bade a joint celle du droit *de non appellando* dont jouissent toujours les Electeurs et qui a été accordé aux maisons de Hesse et de Mecklembourg.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, par l'intérêt constant qu'Elle porte à la maison de Bade et vu la modicité des réclamations ci-dessus énoncées, a désiré connaître à leur égard l'opinion du Premier Consul et se flattant qu'elle sera conforme aux vœux d'un prince qui a déjà éprouvé en plusieurs occasions des effets réels de sa bienveillance, S. M. a chargé le soussigné de convenir avec le citoyen ministre des relations extérieures des moyens les plus propres à remplir l'attente et les désirs du Margrave de Bade.

Le soussigné, en remettant le présent office au citoyen ministre des relations extérieures, le prie de vouloir bien lui faire connaître les déterminations du Premier Consul sur son objet, afin qu'il puisse en rendre compte à l'Empereur, son maître, et en prévenir également le Bon de Bühler, son ministre à Ratisbonne . . .

Pariser Archiv.

675. Graf Morkow an Talleyrand.[1]

Paris, 13. Januar 1803.

[Verwendung für Zuweisung der breisgauischen Mediatklöster an Baden.]

S. A. S. le Margrave de Bade, ayant fait connaître au soussigné qu'il s'était adressé à S. M. l'Empereur de toutes les Russies pour obtenir l'incorporation à ses domaines des revenus que les abbayes et couvents médiats du Brisgau destinés pour l'ordre de St-Jean avaient perçus jusqu'ici dans son pays, il s'empresse de communiquer au citoyen ministre des relations extérieures le vœu que S. A. S. le Margrave de Bade lui a fait connaître, vu l'intérêt que S. M. l'Empereur de toutes les Russies daigne prendre à

[1] Vergl. zu dieser Note Polit. Correspondenz, IV, 223, 300.

cette maison, en le priant de s'occuper des moyens qu'on pourrait trouver pour le lui faire obtenir, sans déroger toutefois au plan général des indemnités . . .

Pariser Archiv.

676. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 12. Dezember 1803.[1]

[Die künftige Ordnung der reichsritterschaftlichen Angelegenheiten. Frankreichs Stellung zu der Frage. Unterredung mit Mathieu. Aussicht auf Erwerbung von Geroldseck.]

Mitteilungen über die Angelegenheit der Reichsritterschaft.

Je me persuade de plus en plus qu'on a l'intention de revenir à une certaine époque sur les affaires de l'Allemagne. Les différentes mesures qui restent à prendre, l'anarchie et le désordre qui s'y établissent, le rendent même nécessaire. D'un côté on y trouve de quoi occuper l'attention du Premier Consul; de l'autre ce pays offre des ressources intarissables pour les sous-ordres. C'est sous ce point de vue donc qu'il est presque sûr, qu'on ne forcera pas les états d'Empire envahissant la noblesse immédiate à revenir sur cette mesure injuste et violente; mais, en la désapprouvant hautement, on y voit un motif de plus, pour se présenter comme arbitre et tirer des uns et des autres des bénéfices qu'on sera forcé d'offrir.

Ayant été demandé il y a quelques jours, si le Premier Consul n'avait pas pris de décision sur cette affaire, on m'a dit que non; ayant remarqué que je croyais, qu'il n'y en aurait pas, on a souri.

En plaisantant j'ai dit: nous avons, je crois, eu tort, de n'avoir fait comme les autres. «Non, me répondit-on, vous avez bien fait, vous n'y perdrez rien de toute manière, cette affaire doit se terminer par un arrangement général, elle ne restera pas dans cet état, et pour lors vous avez autant et peut-être plus de droits.»

Mathieu a été chargé du rapport qui doit être présenté au Premier Consul sur l'affaire de la noblesse immédiate. J'ai eu plusieurs entretiens avec lui, et voici les idées dont il m'a chargé de faire usage, en me répétant, que c'était ce que le Gouvernement Français voulait faire dans cette affaire.

Il regarde d'abord la conduite des états d'Empire comme fort répréhensible, il convient cependant, que la noblesse ne se soutiendra plus, et qu'il faudra qu'elle fasse des arrangements avec les états. On désire qu'on les fasse par l'organe de la France. Dès que la noblesse l'aura demandé, la France établirait pour principe, que les états, obtenant une augmentation

[1] Mit dem falschen Datum 1804; das Schreiben fällt natürlich in das J. 1803 und ist in Band IV vor Nr. 570 einzureihen.

en territoire ou en revenus, doivent se charger de différentes rentes, qui restent à constituer en vertu du récès d'Empire.

C'est ainsi qu'on a fait un arrangement avec Mr de la Leyen, par lequel, après la levée de son séquestre, il rendrait ses terres à la France, dès que celle-ci lui en aurait procuré l'équivalent en Allemagne. J'ai eu occasion à me faire répéter, qu'alors le comté de Geroldseck serait accordé à S. A. S. E., mais on y a mis la condition très précise, que cette acquisition serait également chargé de quelques autres sacrifices.

Mathieu insistant que j'employasse les relations que je pourrais avoir en Allemagne, pour faire circuler ces idées, je lui ai donné une petite note, qu'il m'a rendue, en me priant de l'envoyer aux personnes que je connaissais, et qui pourraient influer sur cette affaire. Il y ajouta encore, qu'il lui paraissait essentiel de charger de cette négociation un autre individu que Mr de Wachter, qui n'avait pas la confiance, et qui ne la méritait pas, de ses commettants, puisqu'il ne voudrait pas perdre la place qu'il occupait et dont il savait tirer parti.

V. Exc. observera facilement, que dans cette affaire les bureaux ici trouveront encore les moyens de faire des profits, et que chaque famille, à laquelle on parviendra de faire assigner quelque chose, devra en témoigner sa reconnaissance.

Empfiehlt bei dieser Gelegenheit die Interessen seiner eigenen Familie, die auf dem linken Rheinufer am meisten von allen verloren.

Les circonstances présentes et la probabilité qui existe, que l'indemnisation assurée à la noblesse immédiate dans le récès d'Empire pourra être prouvée par la France ou les puissances médiatrices réunies, me font croire qu'il y aura des arrangements proposés à cet égard et que les états ne parviendront pas à se procurer des augmentations sans quelques sacrifices, lorsque cette affaire sera traitée à fond.

V. Exc. me rendra la justice que tout ce que je puis faire sera de ne point appuyer cette disposition générale en faveur des familles nobles aux dépens des états, de ménager, autant qu'il sera en moi, les intérêts de la maison de Bade, pour qu'on n'y porte pas plus de charge qu'elle n'en tirera de profit. Je ne cache pas à V. Exc. que cette position d'un double rapport m'est en quelque sorte un objet d'embarras, et je tiens trop à mes devoirs, pour ne pas désirer ardemment de ne jamais être ni un objet de méfiance, ni exposer à un doute la pureté de mes intentions.

J'attends de l'amitié de V. Exc. que Vous voudrez présenter ces observations à S. A. E. . . .

---

677. Talleyrand an Thiard.[1]

Paris, 4 thermidor an 13 (23. Juli 1805).

[Empfehlungsschreiben für die Reise.]

J'ajoute, Monsieur, avec plaisir aux lettres que Vous m'avez demandées une recommandation particulière et sans désignation précise. Comme Vous ignorez la direction que Vous donnerez à Votre voyage et qu'en effet plusieurs de nos ministres au dehors sont en congé et que d'autres en demanderont pendant Votre voyage, Vous pourrez présenter ma lettre particulière au ministre du prince qui, je n'en doute pas, Vous fera l'accueil que Votre nom et Vos qualités personnelles doivent Vous faire trouver partout.

Si, de la Suisse, Vous Vous déterminez à aller à Rome et que M^r le Cardinal Fesch n'y soit pas, Vous pourrez présenter ma lettre à M^r le cardinal Consalvi. Mr Alquier doit demander incessamment un congé, mais M^r Le Fèvre Vous introduira partout où Vous le désirerez. Si Vous allez en Allemagne, Vous ne trouverez point d'agent de Sa Majesté à Carlsruhe ni à Salzburg, ni peut-être à Stoutgart; dans ce cas Vous remettrez ma recommandation à M^r le baron d'Edelsheim, à Mr de Manfredini et à Mr Wintzingerode.

Je finis, Monsieur, en Vous souhaitant un voyage agréable et en Vous renouvelant l'assurance de tous les sentiments que Vous me connaissez.

Dijon. Arch. dép., fonds Thiard.

---

678. Talleyrand an Thiard.

Lager von Boulogne, 12 fructidor an 13 (30. August 1805).

[Vollmacht für den Allianzvertrag; erst nach Abschluß desselben Wiederaufnahme des Heirathsprojects.]

J'ai l'honneur, Monsieur, de Vous envoyer les pleins pouvoirs que je Vous ai annoncés par ma dernière lettre. Terminez l'affaire pour laquelle ils sont destinés et, pour ne point effrayer un cabinet qui a eu bien rarement deux grandes affaires à la fois à traiter, ne reprenez celle pour laquelle Vous Vous trouvez à Carlsruhe que lorsque le traité sera signé. Il Vous fournira alors des raisons nouvelles dont Vous pourrez Vous servir avec avantage.

J'ai l'honneur . . .

Dijon. Archives départementales, fonds Thiard.

---

[1] Herr Departementsarchivar Lex in Maçon, der Herausgeber der »Souvenirs diplomatiques et militaires du général Thiard«, hat die Güte gehabt, mich auf die Existenz eines Fonds Thiard im Archive zu Dijon hinzuweisen; dem liebenswürdigen Entgegenkommen des Herrn Departementsarchivars Garnier daselbst verdanke ich die Abschriften dieses und der folgenden Aktenstücke des genannten Fonds. Das vorliegende ostensible Schreiben ist gedruckt in den Souvenirs, p. 100.

679. Generalmajor v. Bohlen[1] an den Markgrafen Ludwig.

Karlsruhe, 25. September 1805.

[Ausweisung und Abreise St Génié's.]

Nach einem von Sr. Kf. Durchlaucht vorgestern erhaltenen höchsten Befehl, sollte der Herr v. St Génié Karlsruhe gestern verlassen. Der Herr Oberstallmeister von Geyer hatte den höchsten Auftrag, ihm dieses bekannt zu machen, und wenn er diesen nicht vollzöge, sollte ich ihn fortschaffen lassen. Da er aber gestern Abend um 1/2 10 Uhr zum Durlacher Thor und seiner Angabe nach [nach] Stuttgart auspassieret ist, so war es unnöthig letzteren höchsten Befehl zu vollziehen . . .

---

680. Markgraf Ludwig an Thiard.

Karlsruhe, 7. Dezember 1805.

[Klagen über die Markgräfin, Edelsheim und Dalberg. Sendung Reitzensteins ins Hauptquartier. Warnung vor Dalberg.]

Je profite d'une occasion sûre pour Vous faire parvenir deux lignes confidentielles. Vous ne pouvez pas être plus fâché que Charles ne soit point venu que moi, mais ce n'est pas de sa santé, la Margrave s'y est opposée.[2] Vous pourrez dire cela dans l'occasion à S. M. l'Empereur. Nos affaires vont toujours de même comme du temps que vous fûtes chez nous. E[delsheim] n'a pas changé et sa femme est trop vieille pour changer encore. Quant à D[alberg], Vous connaissez sa religion, il suffit qu'il soit le neveu d'un archichancelier qui archichancelle.

Dans ces circonstances l'Electeur n'a pu mieux faire que d'envoyer Mr de Reitzenstein qui possède toute sa confiance ainsi que la mienne. Il est parfaitement dans mon secret, et je suis persuadé que plus Vous apprendrez à le connaître, plus Vous en serez content. Il a de très bonnes instructions et particulièrement à Votre égard. Je me borne, en finissant, à Vous avertir de ne pas Vous fier à D[alberg] qui se vante de posséder Votre confiance la plus intime ainsi que des relations particulières, dans lesquelles il prétend se trouver avec Mr Talleyrand. Pardonnez mon style laconique et recevez etc.

P. S. Vous m'obligerez en ne confiant le présent billet à aucun pain à chanter ou à quelque autre cachet, mais en le brûlant tout bonnement.

Dijon. Arch. départementales, fonds Thiard.

---

[1] Kommandant zu Karlsruhe.

[2] Ueber den Widerstand der Markgräfin gegen die Theilnahme ihres Sohnes am Feldzuge vergl. oben Nr. 468.

Personenverzeichniß.

Bearbeitet von Bibliothekar Dr. Karl Hölscher.

G.

J.

M.

N.

R.

S.

T.

V.

W.

Y.

Z.

Zusätze und Berichtigungen.

S. 18 Z. 22 v. o. lies ces statt les.
" 31 Z. 1 v. o. lies 24. st. 28. März.
" 39 Z. 11 v. u. lies résulta st. résulte.
" 58 Z. 13 v. o. lies Mr. st. Mme. de Cobenzl.
" 61 das Schreiben Nr. 56 geht von der Wiener Staatskanzlei aus.
" 86 Z. 14 v. o. Ueber die Partei der „Schwarzen" vergl. Polit. Corr. IV, 104.
" 98 Z. 15 v. o. „sein werde" zu streichen.
" 99 Z. 3 v. u. lies 26. Prairial st. 25.
" 100 Z. 1 v. u. lies 13. st. 23. Juli.
" 110 Z. 19 v. u. ergänze: man.
" 118 Z. 22 v. u. lies Deliberation st. Deliberationen.
" 260 Z. 2 v. o. lies sa st. la.
" 261 Z. 8 v. o. lies son st. bon.
" 372 Z. 14 v. o. lies soit statt fait.
" 374 Z. 15 v. o. lies agrandis statt aggrandis.
" 413 Z. 18 v. u. lies 20 statt 21.
" 431 Z. 3 v. o. lies exciter statt exister.
" 441 Z. 17 v. o. ergänze „Stellung zu der".
" 483 Z. 9 v. o. lies zwar statt zuvor.
" 527 Z. 9 v. u. lies Karoline statt Amalie.
" 576 Z. 5 v. u. lies ce n'est pas statt c'e n'est pas.
" 577 Z. 20 v. u. streiche nicht.
" 694 Z. 17 v. u. lies Preßburger statt Straßburger.



C. F. Winter'sche Buchdruckerei.





